

Apartheidgold, Kalter Krieg und Sanktionsgewinne

Das Framing der Beziehungen der Schweiz
zum südafrikanischen Apartheidregime in der öffentlichen
politischen Kommunikation der Schweiz
1960-2001

Abhandlung
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der Universität Zürich

vorgelegt von
Philipp Merkofer

von
Kaisten / AG

Angenommen auf Antrag von Herrn Prof. Dr. Kurt Imhof
und Herrn Prof. Dr. Gaetano Romano

Johannesburg, 2005

Inhaltsverzeichnis

I.	EINLEITUNG: FRAGESTELLUNG UND AUFBAU DER ARBEIT	3
II.	THEORIE: ÖFFENTLICHKEIT UND STRUKTURWANDEL	7
II.1	Definition von Öffentlichkeit	7
II.2	Strukturwandel: Auswirkungen auf Öffentlichkeitsarenen und Öffentlichkeitsakteure	11
III.	METHODE: UNTERSUCHUNGSOBJEKT UND FORSCHUNGSZUGANG.....	15
III.1	Öffentlichkeitsarenen: Profil der analysierten Medien und Publikationen	15
III.1.1	Medienarena	15
III.1.2	Parlamentspublikationen	16
III.1.3	Binnenorgane apartheidekritische und antikritische Lobbygruppen	16
III.2	Kategoriale Inhaltsanalyse: Resonanzanalyse von Öffentlichkeitsakteuren	22
III.2.1	Akteurstypen	22
III.2.2	Positionen und "Framing"	23
III.3	Thesen zur Resonanz und Arenadiffusion	31
IV.	EXKURS: APARTHEID, SÜDAFRIKA UND DIE SCHWEIZ	33
IV.1	Zur Geschichte der Apartheid in Südafrika und ihres Widerstandes	33
IV.2	Phasen hoher medialer und parlamentarischer Resonanz in der Schweiz zum Thema Apartheid, Südafrika und die Schweiz.....	48
V.	EMPIRIE: DIE BEZIEHUNGEN DER SCHWEIZ ZUM SÜDAFRIKANISCHEN APARTHEID- REGIME IN DER ÖFFENTLICHEN POLITISCHEN KOMMUNIKATION DER SCHWEIZ 1960-2001	57
V.1	Institutionalisierung Apartheid und globale Ächtung nach Sharpeville 1960 und Soweto 1976: Die schweizerisch-südafrikanische Bruderschaft im Kalten Krieg	61
V.1.1	Resonanzanalyse apartheidekritische und antikritische Lobbygruppen 1976-1980...	72
V.1.2	Resonanzanalyse Medienarena 1976-1980	87
V.1.3	Resonanzanalyse Parlament 1976-1980	104
V.1.4	Conclusio: Zur Genese der Positionen der Apartheidkritiker und Antikritiker in den siebziger Jahren	116

V.2	Hoch-Zeit des Südafrikaboykotts 1985-1989: Die zunehmende internationale Isolation Südafrikas und der neutralen Schweiz.....	120
V.2.1	Resonanzanalyse apartheidkritische und antikritische Lobbygruppen 1985-1989.	126
V.2.2	Resonanzanalyse Medienarena 1985-1989	167
V.2.3	Resonanzanalyse Parlament 1985-1989	202
V.2.4	Conclusio: Zur Diffusion der Positionen der Apartheidkritiker und Antikritiker in den achtziger Jahren.....	226
V.3	Pretoriastroika, Demokratisierung und Vergangenheitsbewältigung ab 1990: Die Schweizer Schatten der Apartheid	231
V.3.1	Resonanzanalyse apartheidkritische und antikritische Lobbygruppen 1997-2001.	240
V.3.2	Resonanzanalyse Medienarena 1997-2001	266
V.3.3	Resonanzanalyse Parlament 1997-2001	303
V.3.4	Conclusio: Zur Nachhaltigkeit der Positionen der Apartheidkritiker und Antikritiker in den neunziger Jahren.....	320
VI.	SCHLUSSWORT	325
VII.	ANHANG.....	341
VII.1	Codebook: Akteurstypen	341
VII.2	Codebook: Positionen der Öffentlichkeitsakteure	348
VII.3	Aktivitäten- und Ereigniskalender zum Thema Apartheid, Südafrika und Verhältnis Schweiz-Südafrika 1948-2002.....	369
VII.4	Parlamentarische Vorstösse zu den schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen 1960-2002.....	386
VIII.	ABBILDUNGSVERZEICHNIS	405
IX.	BIBLIOGRAPHIE	407

I. Einleitung: Fragestellung und Aufbau der Arbeit

"Das jüngst in der Schweiz plötzlich erwachte Interesse der Politik an der Geschichte ist politisch und nicht historisch bedingt. Wie wäre es sonst zu erklären, dass die grüne Nationalrätin Pia Hollenstein ausgerechnet die Beziehungen der Schweiz zu Südafrika von einer unabhängigen Expertenkommission à la Bergier «aufarbeiten» lassen will und nicht etwa diejenigen zu Vanuatu?"¹

Wieso Südafrika und wieso nicht Vanuatu; das ist hier keine Frage. Denn die vielfältigen Beziehungen der Schweiz zum international geächteten rassistischen Apartheidregime in Südafrika haben in der schweizerischen Öffentlichkeit über Jahrzehnte hinweg bis in die Gegenwart wiederholt zu kontroversen politischen Debatten Anlass gegeben. Das Verhältnis Schweiz-Südafrika gestaltete dabei massgeblich die Diskussion über die schweizerische Aussenpolitik der siebziger und achtziger Jahre und das Neutralitätskonzept im Kontext des Kalten Krieges mit. Auch nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989/90 und der offiziellen Abschaffung der Apartheid 1994 haben die schweizerischen Beziehungen zu Südafrika keineswegs an Aktualität und Brisanz verloren. Im Kontext der jüngsten Diskussion über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg (Holocaustaffäre) sind Mitte der neunziger Jahre wiederum die unaufgearbeiteten Schweizer Schatten zur Apartheidzeit in den Blickpunkt der öffentlichen politischen Kommunikation gerückt; und prägten international wie national das Bild einer Schweiz vom "Kriegsgewinnler" zum "Sanktionsgewinnler". Die am 16. Juni 2002 (Soweto-Jahrestag) vom amerikanischen "Holocaust-Anwalt" Ed Fagan auf dem Paradeplatz in Zürich medienwirksam inszenierte Ankündigung einer Sammelklage von Apartheidopfern gegen die Schweizer Grossbanken UBS und Credit Suisse für ihr Südafrikaengagement zur Apartheidzeit, markiert nur einen weiteren Höhepunkt in der schweizerischen Debatte über die Apartheidschatten, welche die öffentliche politische Kommunikation der kommenden Jahre noch weiter prägen wird. Denn wiederum stehen sich in der schweizerischen Medienöffentlichkeit und dem Parlament ehemalige Apartheidkritiker und die Antikritiker der neutralen Haltung der offiziellen Schweiz und der Wirtschaft zum südafrikanischen Apartheidregime mit ihren Positionen und Wahrnehmungen gleichermassen unveröhnlich gegenüber wie zur Zeit des Kalten Krieges.

Für das Verständnis der jüngsten politischen Diskussion zum Verhältnis Schweiz-Südafrika (Stichworte: Vergangenheitsaufarbeitung und monetäre Wiedergutmachung) und zur Nachhaltigkeit der Schweizer Apartheidschatten in den neunziger Jahren und dem neuen Millennium, ist eine Rekonstruktion der Positionen, Wahrnehmungen und Erwartungen der politischen Akteure im zeitgenössischen Kontext unabdingbar. Sie liefert nicht nur die Grundlage zur Beurteilung der Handlungen oder Unterlassung der involvierten politischen Akteure gestern, sondern auch für deren Positionierung und Rechtfertigung heute. Im Zentrum dieser Analyse steht somit die Rekonstruktion der *Beziehungen der Schweiz zum südafrikanischen Apartheidregime in der öffentlichen politischen Kommunikation der Schweiz 1960-2001*. Dabei interessiert ausschliesslich die Frage, wie und wann Medienakteure und politische Akteure in der schweizerischen Medienöffentlichkeit und der parlamentarischen Öffentlichkeit das Verhältnis Schweiz-Südafrika unterschiedlich "geframed" haben und in welchem Ausmasse damit die öffentliche politische Kommunikation und die "öffentlichen Meinungen" zu den schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit in der Schweiz darüber geprägt wurden. Vertieft sollen die Wechselwirkungen zwischen der medialen und der parlamentarischen Arena und die Rolle von nicht-etablierten politischen Akteuren – d. h. sozialen Bewegungen, Lobbygruppen, NGOs (Non-Governmental Organisations) und Protestparteien mit ihren Charismaträgern – untersucht werden, die über die Medienöffentlichkeit in die politischen Diskussionen eingreifen und die öffentliche Agenda und die parlamentarischen Debatten beeinflussen.

1

fem.: "Big Brother in den Archiven", NZZ, 6.2.1999.

Seit 1948, als die bursische National Party in Südafrika die Macht übernahm und die Apartheid institutionalisiert wurde, sah sich das weisse Minderheitenregime am Kap der Guten Hoffnung nicht nur einer permanenten und zunehmenden Kritik seitens kirchlicher und linksalternativer Seite ausgesetzt, sondern stiess zuweilen auch auf rege Sympathie und Verständnis in bürgerlichen und rechtsnationalen Kreisen des politischen Establishments und bei den Wirtschaftseliten der Schweiz. Dabei waren es nicht nur alleinig die weltweit Schlagzeilen machenden ausserordentlichen Ereignisse, wie das Sharpeville-Massaker 1960, der Soweto-Aufstand 1976 oder die Freilassung Nelson Mandelas 1990, die das Bild des Apartheidregimes in der schweizerischen Öffentlichkeit prägten und politische Akteure zu Positionsbezügen bewogen, sondern insbesondere die neutrale Haltung der offiziellen Schweiz und die Rolle der Schweizer Wirtschaft im Kontext des internationalen Südafrikaboykotts der achtziger Jahre, welche die diversen politischen Milieus polarisierte. Die Zustände und Entwicklungen in Südafrika unter der Apartheid wurden an sich seit den fünfziger Jahren von der schweizerischen Öffentlichkeit und vor allem den Medien verfolgt und beobachtet. Bis anfangs der achtziger Jahre waren aber die Beziehungen der Schweiz zum Apartheidregime in den Medien und auch dem Parlament für sich nur ein marginales Thema und fanden nachhaltig Resonanz ausschliesslich in den Binnenorganen von sozialen Bewegungen und apartheidkritischen Lobbygruppen linksalternativer Provenienz. Dies änderte sich ab Mitte der achtziger Jahre. Ab 1985 beginnen die Medien verstärkt und mit hoher Regelmässigkeit über das Apartheidregime und seine Beziehungen zu staatlichen und privaten schweizerischen Organisationen und umgekehrt zu berichten. Das Verhältnis Schweiz-Südafrika eroberte nach dem linksalternativen politischen Milieu auch andere Arenen der öffentlichen politischen Kommunikation. In der Medienöffentlichkeit und im Parlament wurde nun die Frage breiter thematisiert, ob und in welcher Form sich die Schweiz dem Südafrikaboykott der internationalen Staatengemeinschaft der UNO (United Nations Organisation) anschliessen soll oder nicht. Dabei veränderte sich innerhalb der öffentlichen politischen Kommunikation das "Framing" des Verhältnis Schweiz-Südafrika und der involvierten politischen Akteure. Waren zu Ende der siebziger Jahre noch Granny Smith Äpfel das zentrale Symbol für die schweizerischen Beziehungen zu Südafrika, und fand der Appell auf Konsumverzicht vorwiegend im Milieu der "Neuen Linken" nachhaltig Resonanz, so rückten in den achtziger Jahren die Kreditpolitik und der Goldhandel der Schweizer Grossbanken und das Südafrikaengagement von Schweizer Firmen in den Blickpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit. Der Disput über die Beibehaltung der Zuwachsplafonierung von Krediten gegenüber dem Apartheidregime versus der Einführung eines sogenannten "echten" Courant normal (inklusive alle Kapitalexporte und Goldhandel) oder gar der Ergreifung von umfassenden Boykottmassnahmen – wie sie vornehmlich von den skandinavischen Staaten verhängt wurden –, führte zu einer starken Emotionalisierung und ausgeprägten Links-Rechts-Polarisierung, in deren Verlauf die Schweiz und ihre Beziehungen zur Welt nur noch in "gut" und "böse" bzw. "schwarz" und "weiss" typisiert wurde. Dieser Wandel allein kann nicht nur mit der zunehmenden internationalen Ächtung des Apartheidregimes respektive den Auswirkungen der von der UNO, Europäischen Gemeinschaft (EG) und der USA 1985/86 verschärften ökonomischen Sanktionen gegen Südafrika erklärt werden. Ebenso wenig lässt sich die Renaissance des Themas in den neunziger Jahren – d. h. die hohe Medienaufmerksamkeit der Forderungen nach Apartheidschuldenerlass, Reparationszahlungen, Entschädigung von Apartheidopfern und umfassender Aufarbeitung der kontroversen Beziehungen zum Apartheidregime seitens sozialer Bewegungen, Lobbygruppen und NGOs an die Adresse der offiziellen Schweiz und wirtschaftliche Apartheidprofiteure –, alleinig auf den Faktor Holocaustaffäre reduzieren.

Um solche Phasen hoher Thematisierungsintensitäten und verstärkter Kommunikationsverdichtungen in der öffentlichen politischen Kommunikation nicht nur beschreiben, sondern auch erklären zu können, müssen auch kulturelle und strukturelle Rahmenbedingungen berücksichtigt werden, unter denen die schweizerischen Beziehungen zum Apartheidregime Mitte der achtziger und neunziger Jahre erhöhte Resonanz fanden. Dabei gilt es grundsätzlich Effekte des *sozialen Wandels* von solchen des *Strukturwandels der Öffentlichkeit* zu unterscheiden. Zu ersteren gehört das Ende des Kalten Krieges.

Denn in dem Masse, wie diese bipolare Weltkonstruktion in den achtziger Jahren obsolet wird, verliert Südafrikas Rolle als verlässlicher Vorposten des Westens im als kommunistisch unterwandert perzipierten südlichen Afrika an legitimierender Kraft. Dies wiederum erhöht die Akzeptanz einer Kritik am Apartheidregime sowie an den es unterstützenden Staaten, Banken und Konzernen. Zu den kulturellen Rahmenbedingungen gehört ebenfalls die durch die "Neue Linke" Ende der sechziger Jahre angestossene Verschiebung der geopolitischen Koordinaten. Auch wenn der durch sie postulierte Nord-Süd-Gegensatz den Ost-West-Antagonismus nur im entsprechenden politischen Milieu als dominante Weltdeutung ersetzen konnte, so vermochten diverse Gruppierungen der "Neuen Linken" doch Themen wie "Antiimperialismus" und "Freiheitskampf der Völker der Dritten Welt" auf die öffentliche Agenda setzen. Dies ging mit dem Versuch einher, das Bild von der Stellung der Schweiz in der Welt grundlegend zu verändern. Aus einer kleinen, neutralen Nation im bedrohten Schatten der beiden grossen Blöcke wurde eine Wirtschaftsmacht, deren international operierenden Konzerne nun ihrerseits zur Bedrohung für die "Völker" der Dritten Welt wurden.

Letzteres Beispiel verweist grundsätzlich auf die zentrale Bedeutung von sozialen Bewegungen, Lobbygruppen und NGOs für die Kreation und die Diffusion alternativer Deutungsmuster. Denn diese Organisationen sind in modernen Gesellschaften massgeblich für das "Framing" neuer und gesellschaftlich brisanter Themen zuständig. Das Augenmerk gilt es also auf jene politischen Milieus zu lenken, in deren Zirkeln das Verhältnis Schweiz-Südafrika viel Aufmerksamkeit fand und "geframed" wurde, lange bevor es mediale oder parlamentarische Resonanz fand. Während das Thema Apartheid innerhalb der Gruppierungen der "Neuen Linken" wie auch der rechtsnationalen Protestparteien bis Mitte der siebziger Jahre nur eines unter mehreren war, bildeten sich Mitte der siebziger Jahre mit der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) auf der Seite der Apartheidkritiker und anfangs der achtziger Jahre mit der Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa) auf der Seite der Verteidiger des Apartheidregimes Organisationen, welche die Frage der Beziehungen der Schweiz zu Südafrika zu ihrem Kernthema machten. Auf dem Höhepunkt der öffentlichen politischen Kommunikation über das Verhältnis Schweiz-Südafrika Mitte der achtziger Jahre haben wir es mit einem breiten Feld vernetzter politischer Akteure zu tun, die um mediale und parlamentarische Aufmerksamkeit für ihr "Framing" konkurrieren. Diese politischen Akteure sehen sich auch mit grundlegend veränderten strukturellen Rahmenbedingungen in der Medienöffentlichkeit konfrontiert. Denn spätestens seit den achtziger Jahren vollzieht sich auch in der Schweiz mit der Ablösung der Medien von ihren politischen Bindungen und ihrer gleichzeitig zunehmenden Marktorientierung ein *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Die Auswahl der berichterstattungswürdigen Themen geschieht nun stärker kaufgruppenorientiert und nach Nachrichtenwertfaktoren. Dies verändert die Chancen politischer Akteure, ihren "Framing" mediale Aufmerksamkeit zu sichern. Soziale Bewegungen, Lobbygruppen und NGOs verlegen sich zunehmend auf die Inszenierung medienwirksamer Events; während grosse privatwirtschaftliche und auch staatliche Organisationen mit der Ausbildung professioneller PR-Stäbe reagieren. Als klassische Beispiele für solche Eventinszenierungen und die Professionalisierung der Medienbeziehungen in den achtziger Jahren können die von der AAB regelmässig durchgeführten Bankenpikett-Aktionen auf dem Paradeplatz in Zürich, die von der rechtsnationalen Lobbygruppe asa jährlich organisierten Südafrika-Seminare und Südafrika-Reisen, diverse Veranstaltungen und Empfänge der Handelskammer Swiss-South African Association (SSAA) sowie die publizistische Propagandaoffensive der südafrikanischen Botschaft in Bern und Inserate- und Informationskampagnen von Wirtschaftsakteuren bezeichnet werden.

In Kapitel zwei (*Theorie: Öffentlichkeit und Strukturwandel*) wird zunächst theoretisch auf die Öffentlichkeit als jene Arena verwiesen, in der sich in modernen Gesellschaften der soziale Wandel massgeblich vollzieht und zugleich spiegelt. Nebst den Effekten des sozialen Wandels auf die öffentliche politische Kommunikation wird verstärkt der theoretische Zusammenhang zwischen dem Strukturwandel der Öffentlichkeit und der öffentlichen politischen Kommunikation betrachtet. Das Augenmerk liegt auf dem Wandel in den beiden Teilsystemen Medien (mediale Öffentlichkeit) und Politik (u. a. parla-

mentarische Öffentlichkeit, Lobbygruppen), die zusammen eine politische Öffentlichkeit repräsentieren, und in denen die öffentliche politische Kommunikation moderner Gesellschaften massgeblich stattfindet und "öffentliche Meinungen" generiert werden. Dabei sollen die Resonanz- und Diffusionschancen für etablierte und nicht-etablierte politische Akteure diskutiert werden, in einer strukturell gewandelten Medienöffentlichkeit mit ihren Deutungen erhöhte Aufmerksamkeit zu erzielen. Im Zentrum hier stehen unterschiedliche Eventinszenierungen und die Faktoren Charisma und Prominenz in der Erzielung hoher Medienresonanz.

Das dritte Kapitel (*Methode: Untersuchungsobjekt und Forschungszugang*) liefert zunächst einen Überblick zu den Medien und Publikationen, die für die Analyse der schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit von 1960-2001 verwendet wurden und repräsentativ für die öffentliche politische Kommunikation zum Verhältnis Schweiz-Südafrika in der Deutschschweiz sind. Das Konzept einer kategorialen Inhaltsanalyse wird danach erläutert, mittels dem die unterschiedlichen Positionen von Öffentlichkeitsakteuren aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Religion, Kultur und Medien im zeitgenössischen Kontext codiert und analysiert werden. An konkreten Beispielen erfolgt eine Diskussion der zentralen Positionen der Apartheidkritiker und Antikritiker der schweizerischen Beziehungen zum südafrikanischen Apartheidregime, welche theoretisch durch einen "Framing"-Ansatz untermauert wird. Zudem werden auf der Basis der vorgestellten theoretischen Konzepte Strukturwandelthesen und Thesen des sozialen Wandels zur Analyse des Verhältnis Schweiz-Südafrika formuliert, welche es erlauben, Rückschlüsse über die Resonanz- und Diffusionschancen von Akteurspositionen in den analysierten Öffentlichkeitsarenen zu ziehen.

Das vierte Kapitel (*Exkurs: Apartheid, Südafrika und die Schweiz*) liefert einen Kurzüberblick zur Geschichte der Apartheid und ihres Widerstandes in Südafrika und der Haltung von internationalen Organisationen und Staaten gegenüber dem Apartheidregime (u. a. UNO, EG, USA, skandinavische Länder). Dies soll zum besseren Verständnis des historischen Kontext und der neutralen Haltung der Schweiz in der Frage des internationalen Südafrikaboykotts dienen. Zudem werden Resultate von sozialwissenschaftlichen Untersuchungen zur schweizerischen Medienöffentlichkeit erläutert, bei denen das Thema Apartheid und Südafrika eine bedeutende Rolle spielten. Basierend darauf können Phasen von erhöhten Thematisierungsintensitäten und verstärkten Kommunikationsverdichtungen in der Medienarena, dem Parlament und den politischen Milieus der linksalternativen und rechtsnationalen Lobbygruppen der Schweiz eruiert, und eine empirisch abgestützte Bestimmung der Untersuchungsphasen für die kategoriale Inhaltsanalyse vorgenommen werden.

Für die empirische Umsetzung in Kapitel fünf (*Empirie: Die Beziehungen der Schweiz zum südafrikanischen Apartheidregime in der öffentlichen politischen Kommunikation der Schweiz 1960-2001*) wird vor allem die Strukturwandelthese der *Vorbereitung* von Positionen und "Framing" durch Lobbygruppen – sowie der medialen und parlamentarischen *Aufbereitung* und *Nachbereitung* selbiger –, anleitend sein. In drei Phasenstudien – Soweto-Aufstand und folgende Jahre (1976-1980), Hoch-Zeit des internationalen Südafrikaboykotts (1985-1989) und Schweizer Schatten der Apartheid (1997-2001) – sollen die Strukturwandelthesen und die Thesen des sozialen Wandels überprüft, und die Akteurspositionen in den einzelnen Öffentlichkeitsarenen (Medien, Parlament, Lobbygruppen) rekonstruiert werden.

Der Anhang schliesslich umfasst einerseits das gesamte Codebook der kategorialen Inhaltsanalyse mit den Akteurspositionen und Beispielen bzw. Zitaten von Zeitgenossen dazu. Andererseits erlaubt ein umfassender Aktivitäten- und Ereigniskalender zum Thema Apartheid, Südafrika und Verhältnis Schweiz-Südafrika sowie eine Zusammenstellung der parlamentarischen Vorstösse zu den schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit einen direkten Zugriff auf die zentralen Referenzdaten für diese Analyse.

II. Theorie: Öffentlichkeit und Strukturwandel

II.1 Definition von Öffentlichkeit

"Öffentlichkeit erscheint als ein offenes Kommunikationsforum für alle, die etwas sagen oder das, was andere sagen, hören wollen. In den Arenen und Relaisstationen dieses Forums befinden sich die Öffentlichkeitsakteure, die zu bestimmten Themen Meinungen von sich geben oder weitertragen: Sprecher und Kommunikateure. Auf den Galerien versammeln sich eine mehr oder weniger grosse Zahl von Beobachtern, das Publikum. Unter bestimmten Bedingungen können sich aus der Kommunikation in den Arenen Fokussierungen auf bestimmte Themen und Übereinstimmungen in den Meinungsäusserungen zu diesen Themen ergeben. In diesem Falle einer Arenenkonsonanz sind «öffentliche Meinungen» entstanden – öffentliche Meinungen als herrschende Meinungen unter den Öffentlichkeitsakteuren, also denen, die das Publikum wahrnehmen kann."²

Unter Öffentlichkeit wird in der aktuellen sozialwissenschaftlichen Forschung vornehmlich eine *Kommunikationsstruktur* verstanden, welche sich in der Moderne als eigenständiges System ausdifferenziert hat. Man kann Öffentlichkeit zunächst Mal als ein einfaches System charakterisieren, in welchem Meinungen gesammelt (Input), verarbeitet (Throughput) und weitergegeben werden (Output).³ Zudem zeichnet sich dieses Kommunikationssystem grundsätzlich dadurch aus, das prinzipiell alle Mitglieder einer Gesellschaft daran teilhaben und zu Öffentlichkeitsakteuren werden können, d. h. dass die Grenzen dieses Systems grundsätzlich offen sind für jegliche Meinungsäusserungen. Für die Öffentlichkeit konstitutiv wirkt nebst einer solchen dispersen Teilnehmerschaft auch "die prinzipielle Unabgeschlossenheit des Publikums", dessen Grenzen die Öffentlichkeitsakteure selbst nicht bestimmen können.⁴ In diesem Sinne nimmt die Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften eine eigentliche *Transparenzfunktion* wahr.⁵ Daneben erfüllt die Öffentlichkeit aber auch eine *Validierungsfunktion* und eine *Orientierungsfunktion*: Öffentlichkeitsakteure handhaben die Meinungen von anderen Teilnehmern an der öffentlichen Kommunikation grundsätzlich diskursiv und revidieren gegebenenfalls ihre eigenen Meinungen unter dem Druck der überzeugenderen Argumente. Eine solch diskursiv betriebene öffentliche Kommunikation produziert mitunter "öffentliche Meinungen", die vom Publikum als überzeugend perzipiert werden und orientierungsstiftend wirken.⁶

Der Öffentlichkeit obliegen somit in modernen Gesellschaften wichtige Steuerungsfunktionen (Transparenz, Validierung und Orientierung). In der Öffentlichkeit werden einerseits durch die Selektion der Kommunikation die politische Agenda der zu verarbeitenden Problembereiche definiert und Lösungsansätze entwickelt. Andererseits ermöglicht die Öffentlichkeit die Kontrolle des Staates bzw. Legitimation der politischen Macht. Daneben dient die Öffentlichkeit auch der Selbstreferenz moderner Gesellschaften, d. h. sichert deren Intersubjektivität: Denn der soziale Wandel moderner Gesellschaften spiegelt sich in der Öffentlichkeit; und moderne Gesellschaften werden sich somit selbst erst als solche bewusst.⁷

² Neidhardt, *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*, Opladen 1994, S. 7 [Hervorhebungen im Original].

³ Vgl. Etzioni, *The Active Society*, New York 1968; sowie Gerhards, und Neidhardt, *Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit*, Berlin 1990.

⁴ Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Frankfurt a. M. 1990, S. 98.

⁵ Vgl. dazu und im folgenden Neidhardt, *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*, Opladen 1994.

⁶ Unter "öffentlichen Meinungen" möchte ich die "Konsonanz öffentlicher Meinungsäusserungen" von Öffentlichkeitsakteuren vor einem Publikum – vornehmlich medial vermittelt –, verstanden wissen; dies in Abgrenzung zur Bevölkerungsmeinung (individuelle Meinung des Publikums). Neidhardt, *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*, Opladen 1994, S. 26.

⁷ Vgl. dazu und im folgenden Imhof, *"Öffentlichkeit" als historische Kategorie und als Kategorie der Historie*, 1996.

Das System der Öffentlichkeit lässt sich weiter auch dadurch beschreiben, dass es eine Struktur und eine Schichtung als charakteristisches *Differenzmerkmal* aufweist. In einer horizontalen Dimension lassen sich unterschiedlich strukturell integrierte politische Milieus, subkulturelle Gemeinschaften und Spezialöffentlichkeiten differenzieren; und in der Vertikalen versuchen verschiedene Öffentlichkeitsakteure wie Parteien, Verbände, Gewerkschaften, Regierungen, Behörden und wirtschaftliche Akteure ihren Einfluss sowie ihre Zugangschancen, Definitionsmacht und Reichweite in diesem System zu vergrößern. In systemtheoretischer Perspektive lässt sich das System Öffentlichkeit auch als eine historisch variable und wechselseitige Durchdringung, Vermengung und Überlappung der Teilsysteme Politik, Wirtschaft und Medien charakterisieren.⁸ Die am Publikum der Staatsbürger sich orientierenden politischen Akteure und die an den Konsumenten interessierten ökonomischen Akteure und die Medien selbst stehen dabei in einer symbiotischen und spannungsreichen Beziehung der gegenseitigen Abhängigkeit (*Interdependenzmerkmal*). Dabei ermöglicht insbesondere die selbstreferentielle Arena der Massenmedien von allen öffentlichkeitsrelevanten Foren die Beobachtung der Gesellschaft für ihre Teilnehmer und Teilsysteme mitsamt ihren Institutionen und Organisationen am besten.⁹

Öffentlichkeit lässt sich somit grundsätzlich als eine Kommunikationsstruktur beschreiben, die ein Produkt eines Ausdifferenzierungsprozesses der Moderne selbst verkörpert.¹⁰ Diese Ausdifferenzierung hat nebst *politischen Kommunikationszentren* (Parteien, Verbände, Gewerkschaften etc.) und *ökonomisch-kommerziellen Kommunikationszentren* (PR-Agenturen, Marketingabteilungen etc.) auch *mediale Kommunikationszentren* (Printmedien und elektronische Medien) herausgebildet, die funktional und finanziell voneinander abhängig sind. Diese drei Kommunikationszentren konstituieren zusammen den erwähnten "sozialen Raum der Intersubjektivierung"; einen *Sinnzirkel*, welcher die drei Zentralsphären Staat, Wirtschaft und Medien moderner Gesellschaften kurzschliesst, und über den die Staatsbürger und Konsumenten erreicht und die "öffentlichen Meinungen" bearbeitet werden.¹¹

Der Sinnzirkel lässt sich als herrschender Grundkonsens in einer Gesellschaft beschreiben, der in der Moderne vornehmlich massenmedial generiert und reproduziert wird. Die Kommunikationsstruktur moderner Gesellschaften wird aber auch durch vom Sinnzirkel separierte, unabhängige politische Milieus und subkulturelle Gemeinschaften gekennzeichnet; spricht durch sogenannte *autonome Öffentlichkeiten* charakterisiert (u. a. soziale Bewegungen, Lobbygruppen, NGOs (Non-Governmental Organisations) etc.).¹² Autonome Öffentlichkeiten können als eigentliche Gegenöffentlichkeiten zum herrschenden Grundkonsens im Sinnzirkel verstanden werden, die sich dem Konformitätsdruck moderner Gesellschaften durch eine eigenständige Lebensweltreproduktion im Sinne einer "Gemeinschaft «für sich» in der Gesellschaft" entziehen.¹³ Mit dem Begriff der autonomen Öffentlichkeiten werden somit diverse politische Gruppierungen erfasst, die "in verschiedenem Grade oppositionell zum dominierenden Grundkonsens" stehen können, ihre Intersubjektivierungsleistungen über eigene Organe und

⁸ Vgl. Imhof, *Eine Symbiose: Soziale Bewegungen und Medien*, Zürich 1996.

⁹ Vgl. Luhmann, *Die Realität der Massenmedien*, Opladen 1996; sowie Gerhards, *Politische Öffentlichkeit*, Opladen 1994.

¹⁰ Vgl. dazu und im folgenden Imhof, und Romano, *Die Diskontinuität der Moderne. Theorie des sozialen Wandels*, Frankfurt a. M. 1996.

¹¹ Imhof, und Romano, *Die Diskontinuität der Moderne. Theorie des sozialen Wandels*, Frankfurt a. M. 1996, S. 295.

¹² Nebst dem Sinnzirkel und den autonomen Öffentlichkeiten zeichnet sich die Moderne zudem durch die Ausdifferenzierung der *semiautonomen Sphären* der Wissenschaft, Religion und Kunst aus, in denen Expertenkulturen mit exklusiven Handlungsrationaltäten und Weltdeutungen moralischen, kognitiven und ästhetisch-expressiven Typs institutionalisiert wurden. Vgl. dazu ausführlichst Imhof, und Romano, *Die Diskontinuität der Moderne. Theorie des sozialen Wandels*, Frankfurt a. M. 1996.

¹³ Imhof, und Romano, *Die Diskontinuität der Moderne. Theorie des sozialen Wandels*, Frankfurt a. M. 1996, S. 316 [Hervorhebung im Original].

Foren aufrechterhalten und im weitesten Sinne als nicht-etablierte politische Akteure bezeichnet werden können (dies im Gegensatz zu den etablierten politischen Akteuren des Sinnzirkels; wie beispielsweise Parteien, Verbände, Gewerkschaften etc.).¹⁴ In diesem Sinne möchte ich im folgenden die schon erwähnte Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) der Schweiz und ihr ideologischer Widerpart, die Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa), als Vertreter von linksalternativen repressive rechtsnationalen Lobbygruppen definieren, die vor allem seit den siebziger und achtziger Jahren für ihr oppositionelles bzw. "autonomes Bild" des Verhältnis Schweiz-Südafrika in einer breiteren Öffentlichkeit (Medienarena und Parlament) lobbyierten.¹⁵

Aus dem Bereich dieser Gegenöffentlichkeiten, in denen vom Grundkonsens des Sinnzirkels abweichenden Weltdeutungen generiert und ideologische Ressourcen konserviert werden, kommen nämlich jene Innovationen, welche die Dynamik des sozialen Wandel moderner Gesellschaften massgeblich prägen und die "gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit" in der öffentlichen politischen Kommunikation beeinflussen.¹⁶ Denn analysiert man diese Gegenöffentlichkeiten unter dem krisentheoretischen Gesichtspunkt der Mechanik des sozialen Wandels – d. h. der zyklischen Wiederkehr von stabilen, strukturzentrierten Phasen und sozialen Krisenphasen –, so wird in der sozialwissenschaftlichen Forschung wiederholt konstatiert, dass im Kontext von diskontinuierlich auftretenden sozialen Krisen neue und alternative Deutungsmuster aus marginalisierten politischen Milieus und subkulturellen Gemeinschaften in den gesellschaftlichen Sinnzirkel zu diffundieren vermögen: "die Peripherie ist es, die die Gesellschaft in ihren Umbrüchen bestimmt."¹⁷ Während in stabilen Perioden kontinuierlicher gesellschaftlicher Entwicklung die etablierten politischen Akteure und Institutionen das politische Raisonement massgeblich bestimmen, sind Umbruchperioden durch die rasche Diffusion neuer Themen seitens sozialer Bewegungen, Lobbygruppen, NGOs und Protestparteien mit ihren Charismaträgern gekennzeichnet.¹⁸ Dabei zeichnet sich die Moderne grundsätzlich durch eine schnellere Abfolge von strukturzentrierten Phasen und sozialen Krisenphasen aus, welche sich in kurzen Rhythmen gegenseitig ablösen;¹⁹ und diesbezüglich auch durch eine gestiegene Bedeutung von nicht-etablierten politischen Akteuren im Meinungsbildungsprozess der öffentlichen politischen Kommunikation.

14 Imhof, und Romano, *Die Diskontinuität der Moderne. Theorie des sozialen Wandels*, Frankfurt a. M. 1996, S. 331.

15 Zur Charakterisierung der linksalternativen AAB und der rechtsnationalen asa als Lobbygruppen bzw. lobbyierende Interessengruppen vgl. Pfister, *Die Schweiz und Südafrika während der Apartheid: Kontroverse und "Agenda-Setting" nach 1998*, Zürich 2000, S. 6.

16 Berger, und Luckmann, *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*, Frankfurt a. M. 1990.

17 Imhof, *"Öffentlichkeit" als historische Kategorie und als Kategorie der Historie*, 1996, S. 14. Zu den theoretischen Implikationen vgl. ausführlichst Imhof, und Romano, *Die Diskontinuität der Moderne. Theorie des sozialen Wandels*, Frankfurt a. M. 1996; sowie Imhof, *Zur Semantik des Fremden in sozialen Krisenphasen*, Zürich 1996. Zu empirischen Befunden vgl. Imhof, Kleger, und Romano, *Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit*, Zürich 1993; Imhof, Kleger, und Romano, *Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit*, Zürich 1996; sowie Imhof, Kleger, und Romano, *Vom Kalten Krieg zur Kulturrevolution. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der 50er und 60er Jahre*, Zürich 1999.

18 Vgl. Imhof, *Eine Symbiose: Soziale Bewegungen und Medien*, Zürich 1996.

19 Zur Thematisierung des sozialen Wandels als Vorgang, in welchem sich Phasen relativer Stabilität mit Phasen relativer Instabilität abwechseln, vgl. stellvertretend Borschier, *Westliche Gesellschaft im Wandel*, Frankfurt a. M. 1988; Borschier, Eisner, Imhof, Romano, und Suter, *Diskontinuität des sozialen Wandels*, Frankfurt a. M. 1990; Siegenthaler, *Regelvertrauen, Prosperität und Krisen. Die Ungleichmässigkeit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung als Ergebnis individuellen Handelns und sozialen Lernens*, Tübingen 1993; sowie Imhof, und Romano, *Die Diskontinuität der Moderne. Theorie des sozialen Wandels*, Frankfurt a. M. 1996.

Wie wir also gesehen haben, konstituiert sich die moderne Öffentlichkeit aus verschiedenen von einander abhängigen und sich wechselseitig beeinflussenden Arenen und Foren, in denen die öffentliche politische Kommunikation massgeblich stattfindet und "öffentliche Meinungen" generiert werden. Öffentlichkeit lässt sich somit nicht nur auf die idealtypische Form der physisch erfahrbaren "Versammlungsöffentlichkeit" der Aufklärungszeit reduzieren, sondern verkörpert eine Kommunikationsstruktur, welche die Teilsysteme Politik, Wirtschaft und Medien miteinander vernetzt und phasenweise Gegenöffentlichkeiten integriert und/oder ausschliesst.²⁰ Als für die Analyse des Verhältnis Schweiz-Südafrika in der öffentlichen politischen Kommunikation seit den sechziger Jahren relevantesten Öffentlichkeitsarenen erweisen sich hiermit die *Medienarena*, die für die etablierten politischen Akteure zentrale Referenzarena des *Parlamentes* und die Binnenforen bzw. autonomen Öffentlichkeiten von nicht-etablierten politischen Akteuren wie der apartheidekritischen und antikritischen *Lobbygruppen*, in denen die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit (und danach) neu gedeutet und "geframed" wurden.

²⁰

Vgl. Imhof, "Öffentlichkeit" als historische Kategorie und als Kategorie der Historie, 1996.

II.2 Strukturwandel: Auswirkungen auf Öffentlichkeitsarenen und Öffentlichkeitsakteure

Seit den sechziger Jahren wird in der sozialwissenschaftlichen Forschung ein "Strukturwandel der Öffentlichkeit" diagnostiziert.²¹ Dieser Strukturwandel lässt sich einerseits als eine Ausdifferenzierung des Mediensystems vom politischen System und andererseits als eine Koppelung des Mediensystems an das ökonomische System beschreiben.²² Mit diesem strukturellen Veränderungsprozess der Teilsysteme Politik, Wirtschaft und Medien wurden auch die Bedingungen und Formen der öffentlichen politischen Kommunikation und die Voraussetzungen zur Bildung von "öffentlichen Meinungen" in der Schweiz fundamental verändert. Die Beziehungen zwischen den parlamentarischen Debatten und dem öffentlichen Meinungsstreit, zwischen Parteien, Verbänden und Medien wie auch sozialen Bewegungen, Lobbygruppen und NGOs (Non-Governmental Organisations) wurden dabei im Bereich der öffentlichen politischen Kommunikation komplett neu gestaltet.

Eine weitere Beschleunigung erfährt dieser Strukturwandel der Öffentlichkeit in den achtziger Jahren mit der Deregulierung der elektronischen Medien und der ökonomischen Konzentration, Globalisierung und Diversifizierung des Medienmarktes. Das politische System verliert mit dem zunehmenden Zerfall der klassischen Parteipresse und der Anpassung des ehemaligen, traditionellen Integrationsrundfunks an die deregulierten und marktorientierten elektronischen Medien seinen unmittelbaren Bezug zur öffentlichen Kommunikation und direkten Zugang zum Publikum der Staatsbürger. Das ökonomische System erhält mit der Informationsindustrie den aktuell grössten Wachstumsmarkt und das Mediensystem selbst macht einen Quantensprung bezüglich einer Aufsplitterung und Vervielfältigung in zahlreiche Medientypen, d. h. es lässt sich eine Stratifizierung in Elitenmedien und Massenmedien und eine Aufspaltung in Spartenmedien feststellen.²³ Die Strukturmerkmale der öffentlichen politischen Kommunikation aus der Ära der Parteipresse und des Integrationsrundfunks sind dadurch weitgehend ausser Kraft gesetzt worden.

War die Zeit vor den sechziger Jahren noch gekennzeichnet durch einen Kampf um die "öffentlichen Meinungen", welche ausschliesslich von "Weltanschauungsorganen" bestritten wurden, so führt der Rückgang dieser Gesinnungspresse zugunsten von Forumsmedien und Boulevardmedien zu einer grösseren Abhängigkeit der Medien von ihrem Markterfolg.²⁴ Die politische Berichterstattung in den Medien wird nun zu einem Thema unter anderen und verliert ihre Interaktivität; und das politische Raisonement – verstanden als diskursive Validierung von Argumenten und Gegenargumenten –, wird zwar nicht einfach eliminiert, aber es unterliegt wie alle Medieninhalte verstärkt einem Zielgrup-

²¹ Vgl. Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Neuwied 1962; sowie Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Frankfurt a. M. 1990.

²² Vgl. Alexander, *The Mass News Media in Systematic, Historical and Comparative Perspective*, London 1981; Gerhards, *Politische Öffentlichkeit*, Opladen 1994; Gerhards, und Neidhardt, *Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit*, Berlin 1990; Imhof, *Ausdifferenzierung – Entdifferenzierung: Mediensystem und politische Kommunikation*, 1994; Jarren, *Auf dem Weg in die "Mediengesellschaft"?*, Zürich 1996; Luhmann, *Die Realität der Massenmedien*, Opladen 1996; Marcinowski, *Publizistik als autopoietisches System*, Opladen 1993; Pöttker, *Politikverdrossenheit und Medien*, Opladen 1996; Schulz, *Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien*, München 1976; sowie Weischenberg, *Die Karten werden neu gemischt*, Zürich 1996.

²³ Vgl. Imhof, *Ausdifferenzierung – Entdifferenzierung: Mediensystem und politische Kommunikation*, 1994; Jarren, *The rise of Candidate-Centered Politics*, Zürich 1998; Müller-Dooch, *Medienkultur im Zeitalter des Globalismus*, Frankfurt/New York 1997; sowie Sarcinelli, *Mediale Politikdarstellung und politisches Handeln: analytische Anmerkungen zu einer notwendigerweise spannungsreichen Beziehung*, Opladen 1994.

²⁴ Imhof, *"Öffentlichkeit" als historische Kategorie und als Kategorie der Historie*, 1996, S. 15.

penmarkt. Politische Positionen werden nun vermehrt über die den Bedürfnissen der Medien angepasste Strategien vermittelt (u. a. medienwirksame Aktionen und Inszenierungen von Events als neue politische Marketingstrategien).

In der sozialwissenschaftlichen Forschung besteht ein Konsens darüber, dass im Zeichen des Strukturwandels der Öffentlichkeit die etablierten politischen Akteure unter einem grösseren Veränderungsdruck stehen als in den Jahrzehnten zuvor. Von der Forschung fokussiert wird dabei vor allem der Wandel der medialen Selektions- und Interpretationslogiken und die verstärkte Erosion der Partei- und Verbandmilieus durch den Verlust der eigenen Vermittlungsorgane. Zudem lässt sich eine tendenzielle Umkehrung der Vermittlungslogik der politischen Kommunikation zwischen dem Mediensystem und dem politischem System durch die plebiszitäre Wirkung der medialen Berichterstattung beobachten;²⁵ und eine "mediendramaturgische Umwertung der Politik" durch eine medienwirksame "Ereignisproduktion" feststellen.²⁶

Die Ausdifferenzierung eines eigenständigen Mediensystems hat den Druck auf die etablierten politischen und auch ökonomischen Akteure zu einem medienkonformen Marketing erhöht.²⁷ Beide Akteurstypen müssen nun verstärkt über eine den Bedürfnissen der Medien angepasste "Symbolpolitik" und Inszenierungspolitik operieren.²⁸ Denn etablierte politische Akteure wie Parteien und Verbände verlieren mit ihren Vermittlungsorganen auch ihre eigenen Publikumssegmente; während Regierungen und Behörden mit einer neuen Medienlandschaft konfrontiert werden, welche sich den Agenden der politischen Willensbildung und Entscheidung höchst selektiv annimmt bzw. diese Agenden selbst beeinflusst. Diese Entwicklung setzt die auf eigene interne Referenzpunkte und fixierte Prozessfristen eingespielte Politik unter permanenten "Reaktionsstress" gegenüber dem medialen Aktualitätstempus. Ein Beispiel für eine solche mediale Beeinflussung der politischen Agenda und den ständigen "Reaktionsstress" der Politik gegenüber dem Aktualitätsdruck der Medien ist die Reaktion der Schweizer Behörden auf die im Sommer 1999 von den Sonntags- und Wochenmedien nachhaltig skandalisierten schweizerisch-südafrikanischen Geheimdienstverflechtungen zur Apartheidzeit – anlässlich der Verhaftung des Le Temps-Journalisten Jean-Philippe Ceppi in Südafrika –, die kurzfristig eine Untersuchung durch die Delegation der Geschäftsprüfungskommission der Eidgenössischen Räte (GPDeI) initiierte.²⁹

25 Vgl. Blum, *Berlusconis Modell – Parallelen in der Schweiz?*, Zürich 1996; Sarcinelli, *Mediale Politikdarstellung und politisches Handeln: analytische Anmerkungen zu einer notwendigerweise spannungsreichen Beziehung*, Opladen 1994; sowie Schmolke, *Von der Parteipresse zur Medienpartei: Ein fragwürdiges Verhältnis unter Druck der real existierenden Politik*, Zürich 1996.

26 Münch, *Mediale Ereignisproduktion*, Frankfurt a. M. 1997. Vgl. auch Kepplinger, *Politische Kommunikation als Persuasion*, Opladen 1998.

27 Vgl. Imhof, *Ausdifferenzierung – Entdifferenzierung: Mediensystem und politische Kommunikation*, 1994; Imhof, *Soziale Bewegungen und öffentliche Kommunikation*, 1996; sowie Longchamp, *Herausgeforderte demokratische Öffentlichkeit*, 1993.

28 Vgl. Sarcinelli, *Symbolische Politik*, Opladen 1987.

29 Vgl. Delegation der Geschäftsprüfungskommission der Eidgenössischen Räte (GPDeI), *Beziehungen zu Südafrika: Rolle des Schweizer Nachrichtendienstes*, Bern 1999. Als weitere Beispiele können auch die vom Bundesrat im gleichen Jahr veranlasste Untersuchung des Verhältnis Schweiz-Südafrika in den einzelnen Departementen und 2002 die Administrativuntersuchung im Departement Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) gegen den ehemaligen Chef des militärischen Nachrichtendienstes der Schweiz, Divisionär Peter Regli, gelten. Vgl. dazu Interdepartementale Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika, *Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika*, Bern 1999; sowie Schweizer, *Schlussbericht der Administrativuntersuchung im Departement Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) über die Beziehungen des Nachrichtendienstes zu Südafrika*, Bern 2002.

Im Wettbewerb um das knappe Gut mediale Aufmerksamkeit sind jedoch etablierte politische und ökonomische Akteure einem massiv erhöhten Skandalisierungsrisiko von Seiten nicht-etablierter politischer Akteure (soziale Bewegungen, Lobbygruppen, NGOs, Protestparteien etc.) ausgesetzt. Die erheblichen Forschungsanstrengungen bezüglich den "(neuen) sozialen Bewegungen" zeigten dabei, dass sich die nicht-etablierten politischen Akteure im Vergleich zu den etablierten politischen Akteuren zunächst als kompetitiver erwiesen.³⁰ Denn soziale Bewegungen, Lobbygruppen, NGOs und Protestparteien – welche als Themenführer gesellschaftliche und politische Probleme für moderne Gesellschaften kreieren und mitunter zeitfest konservieren –, waren von Anfang an darauf angewiesen, ihren mangelnden Einfluss auf das politische Establishment (traditionelle Parteipresse, Parlament etc.) über Resonanz in der medialen Öffentlichkeit zu kompensieren.

Als Königsweg erwies sich dabei zunehmend die Inszenierung von aussergewöhnlichen Aktionen und spektakulären Events, die in den Medien hohe Aufmerksamkeiten erzielen und politische Botschaften nicht nur als blossen Inhalt, sondern auch über die Form der Präsentation vermitteln. Es soll hier nur auf die unzähligen Blockaden, Sitzstreiks und symbolträchtigen Ankettungen von Friedens- und Umweltaktivisten aus dem Umfeld der "Neuen Linken" in den achtziger und neunziger Jahre verwiesen werden (Anti-Atom-Bewegung, Greenpeace etc.), die als Paradebeispiele der Inszenierung eines neuen zivilen Ungehorsams und insbesondere der medienwirksamen Vermittlung politischer Begehren gelten können.³¹ In diese Kategorie fallen auch die Strategien der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), die mit ihren Bankenkipp-Aktionen und dem sogenannten "wägele" oder "chärele" in Schweizer Grossverteilern, welche südafrikanische Produkte in ihren Sortimenten führten, die Öffentlichkeit für das Verhältnis Schweiz-Südafrika zur Apartheidzeit stärker zu sensibilisieren und die "öffentlichen Meinungen" darüber nachhaltig zu formen suchten.

Diverse sozialwissenschaftliche Untersuchungen haben zudem gezeigt, dass für eine hohe mediale Aufmerksamkeit solch spezifischer "Ereignisproduktionen" – nebst den Faktoren Inszenierungsform und Inszenierungsinhalt –, auch weitere Faktoren verantwortlich zeichnen: So begünstigen beispielsweise Charisma und Prominenz eine erhöhte Medienresonanz. Die Anwesenheit von charismatischen und prominenten Persönlichkeiten erhöhen die Chancen für eine umfassendere Berichterstattung durch die Medien; und zwar gilt dies nicht nur für Aktionsformen wie aussergewöhnliche und spektakuläre Events (u. a. Blockaden, Boykotte, Besetzungen, Störaktionen etc.), sondern auch für institutionalisierte Veranstaltungen wie Parteitage, Delegiertenversammlungen, Kongresse, Tagungen und Pressekonferenzen.³² Generell lässt sich sagen, dass sich das moderne Mediensystem grundsätzlich durch eine erhöhte Personalisierung der Berichterstattung auszeichnet und die Faktoren Charisma und Prominenz verstärkt als Anlass oder Hauptgrund für die eigentliche Berichterstattung werden

³⁰ Vgl. Dahinden, *Neue soziale Bewegungen und ihre gesellschaftliche Wirkung*, Zürich 1987; Kriesi, *Akteure – Medien – Publikum*, Opladen 1994; Longchamp, *Herausgeforderte demokratische Öffentlichkeit*, 1993; sowie Neidhardt, *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*, Opladen 1994.

³¹ Vgl. stellvertretend Kunz, *Die Öffentlichkeitsarbeit der Umweltorganisation Greenpeace*, 1989; Kleger, *Der neue Ungehorsam. Widerstände und politische Verpflichtungen in einer lernfähigen Demokratie*, Frankfurt a. M. 1993; sowie Szyszka, *Inszenierte Öffentlichkeit. Eine qualitative Analyse der zentralen Akteure im Fall "Brent Spar"*, Zürich 1999.

³² Vgl. stellvertretend Blum, *www.blocher.ch. Mediales Ereignis-Management und Störpotential einer schweizerischen Oppositionsbewegung*, Opladen 1999; Imhof, und Eisenegger, *Inszenierte Politik: Resonanz von "Events" in den Medien*, Opladen 1999; Merkofer, *Event-Monitoring. Analyse der Resonanzeffekte der Ereignisproduktion von politischen Akteuren in den elektronischen Medien*, Zürich 2000; sowie Merkofer, und Tobler, *Die Medienresonanz der politischen Kampagnen zur Genschutz-Initiative. Eine Analyse der Medienresonanz des WWF sowie der Kampagnen von Befürwortern und Gegnern der Genschutz-Initiative*, Zürich 1998.

können.³³

Nebst Unterschieden bezüglich der Resonanz und Berichterstattung über Events zwischen Printmedien und den elektronischen Medien – das Fernsehen erweist sich beispielsweise als klassisches "Bildmedium" grundsätzlich als "offener" für visuelle Inszenierungen –, gibt es im modernen Mediensystem auch Differenzen bei den sogenannten "Textmedien"; und zwar vor allem zwischen Qualitätsmedien, Forumsmedien und Boulevardmedien. Dabei zeichnet sich der Boulevard stärker durch eine ausschliessliche Fokussierung auf Inszenierungsformen aus (beispielsweise Faktor Gewalt); wo hingegen von den Qualitätsmedien und den Forumsmedien stärker der Inszenierungsinhalt ins Zentrum der Berichterstattung gerückt wird.³⁴

Im Rahmen der Analyse der schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit in der öffentlichen politischen Kommunikation seit den sechziger Jahren sollen diesen neuen politischen Marketingstrategien von Öffentlichkeitsakteuren – vor allem von nicht-etablierten politischen Akteuren, aber auch etablierten politischen Akteuren – ein besonderes Augenmerk geschenkt werden. Zu überprüfen gilt es dabei, inwiefern durch solche spezifisch inszenierte "Ereignisproduktionen" seit den sechziger Jahren die "öffentlichen Meinungen" zum Verhältnis Schweiz-Südafrika neu geprägt wurden, d. h. linksalternative und rechtsnationale Lobbygruppen über Inszenierungen in der Medienöffentlichkeit in die politischen Diskussionen eingreifen konnten; und damit die öffentliche Agenda und die parlamentarischen Debatten zum Verhältnis Schweiz-Südafrika grundsätzlich beeinflusst wurden.

³³ Vgl. Peters, *"Öffentlichkeitseélite" – Bedingungen und Bedeutungen von Prominenz*, Opladen 1994; Romano, *Vernunft und Charisma. Ideologisierung und Personalisierung öffentlicher politischer Kommunikation*, Zürich 1996; sowie Wilke, *Status und Medienprominenz*, Zürich 1996.

³⁴ Vgl. stellvertretend Merkofer, *Event-Monitoring. Analyse der Resonanzeffekte der Ereignisproduktion von politischen Akteuren in den elektronischen Medien*, Zürich 2000.

III. Methode: Untersuchungsobjekt und Forschungszugang

Die für die Analyse des Verhältnis Schweiz-Südafrika zur Apartheidzeit ausgewählten Medien und Publikationen haben nicht den Anspruch, allen sprachregionalen Differenzierungen in der schweizerischen Medienlandschaft und feinsten ideologischen Unterschieden im linksalternativen und rechtsnationalen politischen Milieu gerecht zu werden. Aus arbeitsökonomischen Gründen wurde die Analyse einerseits auf die repräsentativsten Printmedien der Deutschschweiz – sogenannte Leitmedien – beschränkt; andererseits wurden beim linksalternativen wie auch rechtsnationalen politischen Milieu nur die zentralsten Binnenorgane der Apartheidkritiker und Antikritiker der schweizerischen Beziehungen zum Apartheidregime berücksichtigt, die aber zugleich praktisch den gesamten Untersuchungszeitraum 1960-2001 abdecken.³⁵ Eine Einschränkung wurde auch für die Parlamentspublikationen vorgenommen, d. h. es wurden nur die Südafrikadebatten auf Bundesebene berücksichtigt und solche in kantonalen Räten (Zürich, Bern, Basel etc.) ausgelassen.

III.1 Öffentlichkeitsarenen: Profil der analysierten Medien und Publikationen

III.1.1 Medienarena

In Anlehnung an andere sozialwissenschaftliche Untersuchungen zur schweizerischen Medienöffentlichkeit wurde ein repräsentatives Mediensample ausgewählt, das einerseits die wichtigsten parteipolitischen Milieus und andererseits die zentralsten publizistischen Genres berücksichtigt. Als für diese Analyse relevante parteipolitische Milieus können diejenigen der Freisinnigdemokratischen Partei (FDP), der Sozialdemokratischen Partei (SP) und der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) der Schweiz gelten.³⁶ Bei den unterschiedlichen publizistischen Genres lassen sich die liberale politische Presse, die unabhängigen Forums- und Wochenzeitungen, die klassischen Boulevardmedien und boulevardorientierte Sonntagszeitungen voneinander differenzieren.³⁷ In Anlehnung daran werde ich somit als Leitmedien der parteipolitischen Milieus die freisinnig-liberale Neue Zürcher Zeitung (NZZ, seit 1767), die sozialdemokratische Berner Tagwacht – kurz Tagwacht (TW, seit 1892) –, und das christlich-demokratische Vaterland (VA, seit 1871) aus Luzern bezeichnen.³⁸ Diese drei Deutsch-

³⁵ Eine vollständige Analyse müsste natürlich auch Printmedien und Binnenorgane von Lobbygruppen des Welschlandes und des Tessins mitberücksichtigen und die elektronischen Medien (Nachrichtensendungen des Schweizer Fernsehens SF DRS und Radios SR DRS) in die Analyse miteinbeziehen. Zudem müssten auch andere Bewegungsmedien der "Neuen Linken" und Binnenorgane des rechtsnationalen politischen Milieus untersucht werden, welche nicht nur die Apartheid in Südafrika und das Verhältnis Schweiz-Südafrika als einziges "Kernthema" aufweisen. Zur Abdeckung des Untersuchungszeitraums durch die einzelnen Medien und Binnenorgane vgl. Abbildung 1, Seite 21.

³⁶ Vgl. auch Nationalfondsprojekt "Krise und sozialer Wandel – Analyse von Medienereignissen in der Schweiz"; sowie Imhof, *Vermessene Öffentlichkeit – vermessene Forschung? Vorstellung eines Projektes*, Zürich 1993.

³⁷ Vgl. auch Forschungsprojekt "Unternehmenskultur und Qualität. Qualitätsorientiertes Benchmarking der Medienarena der Deutschschweiz" des Forschungsbereichs Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) des Soziologischen Instituts der Universität Zürich; sowie Merkofer, und Tobler, *Die Medienresonanz der politischen Kampagnen zur Genschutz-Initiative. Eine Analyse der Medienresonanz des WWF sowie der Kampagnen von Befürwortern und Gegnern der Genschutz-Initiative*, Zürich 1998.

³⁸ Im folgenden werden für die jeweiligen Medien zuweilen nur noch die in Klammer aufgeführten Kürzel verwendet: U. a. NZZ für Neue Zürcher Zeitung, TW für Tagwacht etc. Nach dem Niedergang der Tagwacht 1991 wurde für die weitere Analyse die Berner Zeitung (BZ) ausgewertet. Zudem wurde ab den neunziger Jahren die Neue Luzerner Zeitung (NLZ) in die Analyse miteinbezogen; sprich das Fusionsprodukt der Luzerner Neuesten Nachrichten (LNN) und der – aus Vaterland und Luzerner Tagblatt hervorgegangenen – Luzerner Zeitung (LZ).

schweizer Leitmedien können bis anfangs der achtziger Jahre als klassische Parteiorgane gelten, die im Zuge des Strukturwandels der Öffentlichkeit in der jüngsten Zeit allmählich ihre politischen Bindungen verloren und sich zu liberalen bzw. unabhängigeren Forumszeitungen wandelten (insbesondere die beiden letztgenannten Medien).³⁹

Als klassische Vertreter der einzelnen publizistischen Genres können seit ihrem Bestehen die überparteiliche bzw. unabhängige Forumszeitung Tages-Anzeiger (TA, seit 1892) und das typische Boulevardmedium Blick (BK, seit 1959) gelten. Daneben werden auch die Weltwoche (WE, seit 1933) – als Vertreter der traditionellen Wochenzeitungen –, und die beiden unterschiedlich boulevardesken Sonntagszeitungen SonntagsBlick (SBK, seit 1969) und SonntagsZeitung (SoZ, seit 1986) in der Analyse berücksichtigt.⁴⁰

III.1.2 Parlamentspublikationen

In die Untersuchung aufgenommen wurden jegliche Vorstösse zum Verhältnis Schweiz-Südafrika, welche im Nationalrat und Ständerat von 1960-2001 behandelt wurden. Darunter fallen Parlamentarische Initiativen und (Dringliche) Interpellationen, Postulate, Motionen, (Dringliche) Einfache bzw. Kleine Anfragen sowie Petitionen; aber auch Fragen in der Fragestunde des Parlamentes. Nebst den Eingabetexten dieser parlamentarischen Vorstösse werden auch die jeweiligen schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen und Beantwortungen des Bundesrates und die Debatten in Nationalrat und Ständerat, d. h. die einzelnen Voten von Parlamentariern, für die Analyse berücksichtigt; sofern sie im Amtlichen Bulletin der Bundesversammlung veröffentlicht wurden.⁴¹

III.1.3 Binnenorgane apartheidekritische und antikritische Lobbygruppen

Für das linksalternative politische Milieu, das sich seit jeher intensiv mit dem Thema Apartheid in Südafrika und dem Verhältnis Schweiz-Südafrika auseinandersetzte, wurde das zentralste Binnenorgan der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) der Schweiz ausgewählt; und zwar die seit 1977 herausgegebenen *Anti-Apartheid Nachrichten* (kurz AAB-Nachrichten).⁴² Der Apartheidwiderstand in der

³⁹ Untertitel NZZ sechziger Jahre und folgende: "... und schweizerisches Handelsblatt"; Untertitel TW sechziger Jahre und folgende: "Seeländer Volkszeitung"; Untertitel TW 1990/91: "Tageszeitung – Unabhängig – Sozial"; Untertitel VA sechziger Jahre: "Konservativ-christlichsoziales Zentralorgan für die deutschsprachige Schweiz"; Untertitel VA siebziger Jahre: "CVP-Zentralorgan für die deutschsprachige Schweiz"; sowie Untertitel VA achtziger Jahre: "Aktuelles aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport".

⁴⁰ Untertitel TA sechziger Jahre und folgende: "Überparteiliche schweizerische Tageszeitung"; Untertitel TA achtziger Jahre und folgende: "Unabhängige schweizerische Tageszeitung"; Untertitel BK sechziger Jahre und folgende: "Unabhängige Schweizer Tageszeitung"; sowie Untertitel WE sechziger Jahre und folgende: "Unabhängige schweizerische Umschau".

⁴¹ Bei der Quellensichtung der parlamentarischen Vorstösse wurde einerseits auf zwei sehr gute Zusammenstellungen der Schweizer Behörden zugegriffen – Schweizerisches Bundesarchiv, *Schweiz – Südafrika 1948-1994. Archivbestände und parlamentarische Vorstösse*, Bern 2000; sowie Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), *Schweiz – Südafrika. Zusammenstellung der parlamentarischen Vorstösse (1948-2000)*, Bern 2000 –, und andererseits das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung zur Validierung konsultiert.

⁴² Um eine komplette Abdeckung aller apartheidekritischen Lobbygruppen für die Deutschschweiz zu erreichen, müssten mindestens auch das *Afrika-Bulletin* des 1973 gegründeten Afrika-Komitee Basel, die *Finanzplatz Informationen* der 1978 gegründeten Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt (AFP) – in den neunziger Jahren umbenannt in Aktion Finanzplatz Schweiz (AFP) –, und die *Boykott-Nachrichten* der von 1980 bis anfangs 1992 aktiven Aktion Südafrika-

Schweiz formierte sich zunächst Mitte der sechziger Jahre im kirchlichen Umfeld im Welschland mit dem Mouvement Anti-Apartheid de Suisse (MAAS); und führte am 1. März 1975 zur Gründung der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) in der Deutschschweiz durch eine Arbeitsgruppe des sich mit der Problematik der Dritten Welt beschäftigenden Hilfswerks Erklärung von Bern (EvB). Ende 1976 wurde eine koordinierende Dachorganisation zwischen dem MAAS und der AAB ins Leben gerufen. Kurz darauf nahm die AAB ihre publizistische Tätigkeit mit folgendem Anspruch in der Deutschschweiz auf:

"Die Anti-Apartheid-Bewegung setzt sich ein für die Gleichberechtigung der Menschen aller Rassen. Die Anti-Apartheid-Nachrichten informieren über das Unrecht der Apartheid und über die Befreiungsbestrebungen im südlichen Afrika. Sie zeigen unsere Mitverantwortung auf."⁴³

Ende der siebziger und in den achtziger Jahren erscheinen die AAB-Nachrichten vier- bis sechsmal jährlich. In den neunziger Jahren werden nur noch vier Ausgaben pro Jahr produziert. Seit Mitte der neunziger Jahre nennt sich zudem neu die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) der Schweiz nur noch AAB Südliches Afrika; und zwar AAB stellvertretend für "Aufbau", "Austausch" und "Bildung". Als prominenteste Exponenten der AAB können ihr Präsident der ersten Stunde, Pfarrer Paul Rutishauser, und der SP-Nationalrat Paul Rechsteiner gelten, der das AAB-Präsidium ab 1987 übernimmt. Zur traditionellen Linken bestanden allgemein enge Kontakte: So beispielsweise zum ehemaligen SP-Nationalrat und heutigen Bundesrat Moritz Leuenberger, dessen Advokatsbüro in den achtziger Jahre in Streitfällen wiederholt die Interessen der AAB wahrte.⁴⁴

Ziel der AAB war es primär Aufklärungsarbeit über die Apartheid und den Rassismus in der schweizerischen Öffentlichkeit zu leisten und Aktionen gegen das Apartheidregime zu koordinieren. Dabei fand eine enge Zusammenarbeit mit anderen Organisationen des schweizerischen Apartheidwiderstandes bei der Eventkoordination und im Rahmen der publizistischen Tätigkeit statt: U. a. mit der Aktion Südafrika-Boycott (ASB), der Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt (AFP) und der Kampagne für Entschuldung & Entschädigung im südlichen Afrika (Keesa).⁴⁵

Boycott (ASB) in die Analyse miteinbezogen werden. Für die Abdeckung des Welschlandes würde sich zudem die Publikation *Non à l'Apartheid* des seit 1965 aktiven Mouvement Anti-Apartheid de Suisse (MAAS) aufdrängen. Nicht berücksichtigt wurden ebenfalls Publikationen der schweizerischen Landeskirchen und ihren Organisationen sowie von Hilfswerken – u. a. Schweizerische Bischofskonferenz, Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund (SEK), Erklärung von Bern (EvB) etc. –, die sich ebenfalls intensiv mit dem Verhältnis Schweiz-Südafrika befassten. Vgl. auch Pfister, *Die Schweiz und Südafrika während der Apartheid: Kontroverse und "Agenda-Setting" nach 1998*, Zürich 2000; sowie Nemeth, *Les soutiens suisses au mouvement anti-apartheid en Afrique du Sud*, Freiburg 2000. Bei der Quellensichtung der AAB-Nachrichten wurde auf das Schweizerische Sozialarchiv in Zürich zugegriffen, das alle Bestände seit der Erstausgabe 1977 archiviert.

43 Kopfzeile AAB-Nachrichten.

44 Vgl. Pfister, *Die Schweiz und Südafrika während der Apartheid: Kontroverse und "Agenda-Setting" nach 1998*, Zürich 2000, S. 3f.

45 Vgl. u. a. Weyermann, *Die Financiers der weissen Herren. Eine Untersuchung zum Südafrika-Engagement der Schweizer Banken*, Basel 1986; Karrer, *"Die Schweizer Neutralitätäter". Die schweizerische Diplomatie und der süd-afrikanische Apartheid-Staat*, Basel 1987; Kein Geld für Apartheid, *Wirtschaftssanktionen als politisches Druckmittel. Argumente zur Bankenkampagne*, Bern 1988; Madörin, *GoldGier. Weltgeld Gold. Vom Kolonialismus zum Goldhorten heute*, Bern 1989; Madörin, *Prüfstein Südliches Afrika. Goldhandelsplatz Schweiz und internationale Solidaritätsbewegung*, 1989; Roux, Stibler, Signer, Weyermann, Mugglin, und Vogel, *Im Windschatten der Apartheid. Schweizer Firmen und schwarze Arbeiterschaft in Südafrika*, Zürich 1990; Weyermann, *Was importiert die Schweiz aus Südafrika?*, Basel 1990; Madörin, *Südafrika, Weltmarkt und die Schweiz. Die Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz mit Südafrika in den 90er Jahren*, Basel 1995; Madörin, Wellmer, und Egli, *Apartheidschulden. Der Anteil Deutschlands und der Schweiz*, Stuttgart 1999; Egli, Madörin, Müller, und Richner, *Diskrete Diplomatie als Alibi. Die Schweizer Aussenpolitik*

Eine gewichtige Rolle bei der breiteren Vermittlung der linksalternativen Apartheidkritik der AAB kommt dem seit 1981 erscheinenden ehemaligen Bewegungsmedium WochenZeitung (WoZ) zu; wie auch deren Vorläufermedium, der 1972 lancierten Studentenzeitschrift konzept.⁴⁶ Die WochenZeitung figuriert seit ihren Anfängen als Schnittstelle zur medialen Öffentlichkeit. Sie gewährte der AAB und deren verbündeten Lobbygruppen Platz für Stellungnahmen; und machte damit die linksalternative Kritik an den apartheidfreundlichen Beziehungen der Schweiz einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich. Zudem werden von der WochenZeitung in den achtziger Jahren mit grosser Regelmässigkeit die vielfältigen Aktionen der Apartheidkritiker angekündigt (Bankenpiketts, "wägele" und "chärrele" etc.).⁴⁷ Doch dazu später noch mehr.

Daneben zeichnen sich die AAB-Nachrichten – wie auch das konzept und die WochenZeitung –, durch eine intensive Beobachtung ihrer politischen Gegner aus. Mit hoher Regelmässigkeit werden u. a. die antikritischen Lobbygruppen asa (Arbeitsgruppe südliches Afrika), der Club der Freunde Südafrikas (CFS) und die als Handelskammer fungierende Swiss-South African Association (SSAA) fokussiert.⁴⁸ Zur Vervollständigung dieser Apartheidkritik der "bewegten" Linken – insbesondere für die Zeit vor der Gründung der AAB und der Lancierung des konzepts und der WochenZeitung –, wurde zudem selektiv seit den sechziger Jahren der Vorwärts der 1944 gegründeten "kommunistischen" Partei der Arbeit (PdA) in die Untersuchung miteinbezogen.⁴⁹

Auf rechtsnationaler Seite wurde das *Bulletin: Arbeitsgruppe südliches Afrika* (kurz asa-bulletin) als für das politische Milieu der Antikritiker der Beziehungen der Schweiz zum südafrikanischen Apartheidregime repräsentativstes Binnenorgan ausgewählt.⁵⁰ Die Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa) wurde

gegenüber der Apartheid. Zeitzeugen berichten, Zürich 2000; sowie Wellmer, *Kredite an Eskom – Ein Beispiel von Kollaboration mit dem Apartheidregime*, Zürich 2002.

46 Die WoZ wurde 1981 von Redaktoren des konzepts als Nachfolgeprojekt mit dem Anspruch lanciert, eine "kritische, engagierte Gegeninformation" zum Mainstream der schweizerischen Presse zu liefern. Die Redaktion: "Warum die WochenZeitung kommt", konzept, Nr. 4, April 1981.

47 Vgl. stellvertretend Paul Rutishauser: "Bericht von Paul Rutishauser nach seiner Ausweisung aus Südafrika: «Im Moment, wo ihr von Europa aus die südafrikanische Wirtschaft boykottiert, legen wir unser Werkzeug nieder!», WoZ, 13.11.1981; Mascha Madörin: "Boykottaufruf gegen Schweizer Banken im Südafrikageschäft: Die Sponsoren der Apartheid", WoZ, 11.6.1982; Res Strehle, und Daniel Wiener: "Südafrika-Kredite: Was bringt der Bankenboykott? – «Unsere Aktion richtet sich gegen die drei Grossbanken, weil die aus unserer Sicht am meisten Dreck am Stecken haben»", WoZ, 13.8.1982; Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt (AFP): "Unbequeme Fragen an der GV der Schweiz. Bankgesellschaft: «Ein Sumpf unmoralischer Verstrickungen»", WoZ, 15.4.1983; Mascha Madörin: "Südafrika-Boykottwoche vom 13. - 19. Juni 1988: Sanktionen selber ergreifen", WoZ, 10.6.1988; sowie "Veranstaltungskalender für die nationale Boykottwoche 1989 vom 3. bis zum 17. Juni: «Kein Geld für Apartheid»", WoZ, 2.6.1989.

48 Vgl. stellvertretend G. Poloebker: "Notwendige Informationen mit unnötigen Schwierigkeiten ... : Schweiz-Südafrika – Komplizen der Rassisten", konzept, Nr. 10, Oktober 1974; "Schweizer Südafrika-Lobby: Lieber rassistisch als rot", AAB-Nachrichten, Nr. 4, Dezember 1982; "Referate, Broschüren und Leserbriefe für die Apartheid: Die Schweizer Freunde Südafrikas", WoZ, 3.6.1983; sowie "Dossier CH-Apartheid-Lobby: Das weisse Südafrika und seine Schweizer Freunde", AAB-Nachrichten, Nr. 1, Februar 1988.

49 Zur Charakterisierung der PdA und des Vorwärts als soziale Bewegung respektive Bewegungsmedium in seinen Anfängen vgl. Meier, *Die Konstitution des Bösen*, Zürich 1998.

50 Um eine vollständige Abdeckung des rechtsnationalen politischen Milieus, das sich mit dem Verhältnis Schweiz-Südafrika befasste, sowie anderer antikritischer Lobbygruppen zu erreichen, müssten auch der *Südafrika-Brief* des 1972 gegründeten Clubs der Freunde Südafrikas (CFS), der Rundbrief *Südafrika, wirtschaftliche und andere Mitteilungen* (1999 umbenannt in *South Africa: Bulletin für Informationen zu Wirtschaft, Politik, Bildung und Kultur*) der 1956 gegründeten Swiss-South African Association (SSAA), die Publikationen der südafrikanischen Botschaft in Bern – u. a. *Südafrikanisches Panorama* und *Südafrikanischer Digest* –, und die von SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer nach seinem

1982 von bürgerlichen "Wissenschaftlern, Politikern, Militärs und Journalisten" um Christoph Blocher, Nationalrat und Präsident der Zürcher Sektion der Schweizerischen Volkspartei (SVP), mit folgendem Anspruch gegründet:

"Die Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa) (...) ist eine in jeder Beziehung unabhängige Organisation, deren Anliegen es ist, die oft einseitige, teils ideologisch motivierte Berichterstattung über das südliche Afrika durch sachliche Hintergrundsberichte zu korrigieren und die Vorgänge im südlichen Afrika in grössere Zusammenhänge zu bringen. Das südliche Afrika ist, seiner strategischen Lage (Kaproute!) und seines Rohstoffreichtums wegen, von unschätzbare Bedeutung für Europa und die ganze freie Welt."⁵¹

In einem Rundbrief zur Erstausgabe des asa-bulletins, datiert vom 27. September 1982, unterstrichen die Herausgeber zudem, dass "[w]ir (...) die Anstrengungen der gemässigten Politiker aller Hautfarben im südlichen Afrika nach einem friedlichen, schrittweisen und evolutionären Wandel (unterstützen)."⁵² Bis 1990 wurde die asa von ihrem Mitgründer Blocher präsiert. Ab 1992 leitete Jacques-Simon Eggly, Genfer Nationalrat der Liberalen Partei der Schweiz (LPS) und Inlandredaktor des Journal de Genève, das asa-Präsidium.⁵³ Im Patronatskomitee der asa sassen in den achtziger Jahren diverse prominente FDP-Nationalräte – u. a. die Präsidentin des Westschweizer Hofer-Klubs Geneviève Aubry (Nationalrätin von 1979-1995), Felix Auer (1971-1991) und Ulrich Bremi (1975-1991) –, Berner alt Regierungsräte der SVP sowie alt Korpskommandant Paul Gygli. Als eifrigste Schreiberlinge im asa-bulletin lassen sich der seit 1995 für die SVP im Nationalrat sitzende Ulrich Schlüer und der Bundeshausjournalist Hans-Rudolf Böckli eruieren. Beide engagieren sich zudem auch aktiv im 1972 von Schweizer Südafikarückkehrern und Südafikanostalgikern gegründeten Club der Freunde Südafrikas (CFS).

Das asa-bulletin erscheint in den achtziger Jahren ein- bis zweimal monatlich; in den neunziger Jahren nur noch vier- bis sechsmal jährlich. Ab 1984 veranstaltete die asa jedes Jahr ein Südafrika-Seminar im Spätherbst, an dem mehrfach prominente Apartheidpolitiker und kontroverse Führerpersönlichkeiten aus dem "vermeintlichen" Apartheidwiderstand teilnahmen (u. a. Zulu-Führer Mangosuthu Buthelezi, Chiefminister des Bantustans KwaZulu). Zudem wurde für die Leserschaft alljährlich eine Südafrika-Reise organisiert.

Analog zur Wochenzeitung im linksalternativen politischen Milieu, lässt sich auf rechtsnationaler Seite die von Ulrich Schlüer 1979 lancierte Schweizerzeit (SZ) – und ihr in den siebziger Jahren ideologisch nahestehendes Vorläufermedium, der vom Überfremdungsgegner James Schwarzenbach seit 1961

Bruch mit der asa 1989 bis 1992 herausgegebene Zeitschrift *Protea-Bulletin: Hintergrund-Informationen zum aktuellen Geschehen im südlichen Afrika* in die Analyse miteinbezogen werden. Vgl. Frischknecht, Haffner, Haldimann, und Niggli, *Die unheimlichen Patrioten*, Zürich 1987; Niggli, und Frischknecht, *Rechte Seilschaften*, Zürich 1998; sowie Gygax, *La Swiss-South African Association (SSAA), une Organe du Capital helvétique en Afrique du Sud*, Freiburg 2001. Bei der Quellensichtung des asa-bulletins wurde auf das private Archiv von Hans Graf in den Beständen des Forschungsbereichs Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) des Soziologischen Instituts der Universität Zürich zugegriffen, da ein Zugang bei der asa direkt nicht gewährleistet werden konnte. Dieses Archiv umfasst für die Jahre 1985-1989 gut drei Viertel aller asa-bulletins und ist ab dem Jahrgang 1990 vollzählig vorhanden. Da die meisten asa-Artikel in den achtziger Jahren auch in der Schweizerzeit publiziert wurden, konnten die fehlenden Jahrgänge über eine Doppelkategorisierung selbiger für die quantitative Analyse kompensiert werden.

51 Kopfzeile asa-bulletin.

52 Zitiert nach Pfister, *Die Schweiz und Südafrika während der Apartheid: Kontroverse und "Agenda-Setting" nach 1998*, Zürich 2000, S. 6f [Hervorhebung im Original].

53 Von 1998 bis zur Auflösung der asa Ende 2001 leitete noch Peter Müller, Präsident des Clubs der Freunde Südafrikas (CFS), das asa-Präsidium.

mit Unterbrüchen herausgegebene Republikaner (RP) –,⁵⁴ als "Brückenkopf" bzw. Hauptvermittler der antikritischen Positionen zum Verhältnis Schweiz-Südafrika in eine breitere, sprich massenmedial geprägte Öffentlichkeit definieren.⁵⁵ Bis Ende der achtziger Jahre wurden praktisch alle Hauptartikel – und die meisten von Schlüer verfassten Stellungnahmen – aus dem asa-bulletin auch von der Schweizerzeit, dem heutigen Hausblatt der SVP, übernommen. Nebst der Besprechung einschlägiger Broschüren und Studien aus dem Umfeld der Antikritiker dient die Schweizerzeit auch als Forum für bürgerliche und rechtsnationale Politiker und Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft, ihre Positionen zum südafrikanischen Apartheidregime zu verbreiten.⁵⁶ Wie die AAB und die WochenZeitung beobachtet auch die Schweizerzeit intensiv ihre politischen Gegner, d. h. kritisiert die Positionen der linksalternativen Lobbygruppen AAB und AFP sowie diejenigen von kirchlichen Organisationen und Hilfswerken: U. a. Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund (SEK), Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS) etc.⁵⁷ Daneben wird auch öfters versucht, die Südafrikaberichterstattung des Führers der "roten Meinungspresse" in der Schweiz – sprich des Schweizer Fernsehens SF DRS – und der Medien im allgemeinen als Desinformation und Propaganda zu entlarven.⁵⁸

⁵⁴ Untertitel SZ achtziger Jahre und folgende: "Konservative Zeitung für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit"; sowie Untertitel RP sechziger Jahre und folgende: "Helvetiorum fidei ac virtuti".

⁵⁵ Im Sommer 1964 stellte der Republikaner zeitweilig sein Erscheinen ein und wurde dann 1971 neu lanciert. Vgl. Frischknecht, Haffner, Haldimann, und Niggli, *Die unheimlichen Patrioten*, Zürich 1987. Mehrere Gründe sprechen dafür, die Schweizerzeit als legitimen Nachfolger des 1978 eingestellten Republikaners zu betrachten: Einerseits war Schlüer lange Zeit Sekretär von Schwarzenbach und betätigte sich in den "Überfremdungsjahren" selbst publizistisch in der republikanischen Bewegung. Andererseits wurden in den Anfängen der Schweizerzeit ein grosser Teil der Artikel von Exponenten der republikanischen Bewegung verfasst; oder von Autoren, die zuvor schon im Republikaner publiziert haben. Zudem inserierte die republikanische Bewegung im Gründungsjahr im Vergleich mit anderen konservativen Gruppierungen am häufigsten in der Schweizerzeit. Vgl. Eisenegger, und Karl, *Die Differenzsemantik der schweizerischen "Neuen Rechten" und des politischen Konservatismus*, Zürich 1995, S. 34f.

⁵⁶ Zu den Broschüren vgl. u. a. Kane-Berman, *Die Erosion der Apartheid*, Flaach 1989; sowie Schlüer, *Südafrika im Aufbruch*, Flaach 1990. Zu den Forumsartikeln vgl. stellvertretend CSU-Bundestagsabgeordneter Hans Graf Huyn: "Europa im Visier", SZ, 3.4.1981; FDP-Nationalrat Otto Fischer: "Südafrika als Sündenbock: Die Hauptsorge der UNO!", SZ, 11.6.1982; FDP-Nationalrat Otto Fischer: "Die UNO und die marxistischen Terrororganisationen in Südafrika", SZ, 29.10.1982; Prof. Dr. Werner Pfeifenberger: "Stellvertretung oder Annäherung? Die Südafrika-Politik der Sowjetunion", SZ, 25.4.1986; Prof. Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb: "Der Westen wird mitschuldig an Südafrikas Unglück: Falsche Sanktionen", SZ, 5.9.1986; Prof. Dr. Erich Leistner: "Südafrika Anfang 1988: Reform verursacht Polarisierung", SZ, 12.2.1988; Bayrischer Ministerpräsident Franz Josef Strauss: "Tatsachen statt Vorurteile: Südafrika, «Frontstaaten» und Wirklichkeit", SZ, 22.4.1988; Dr. Peter Sulzer-Jantzen: "Propaganda und Wirklichkeit: «Krieg gegen Kinder» in Südafrika?", SZ, 6.5.1988; sowie Dr. Dieter Bührle: "Im Vorfeld eines entscheidenden Wahlgangs: Gedanken zur Lage in Südafrika", SZ, 18.3.1994.

⁵⁷ Vgl. stellvertretend Ulrich Schlüer/asa: "Anti-Apartheid-Bewegung der bewussten Verleumdung überführt", SZ, 30.11.1984; Aktion "Kirche wohin?": "Unterschiedliche Informationspolitik des SEK: Südafrika und Sowjetunion", SZ, 25.4.1986; asa: "Anti-Südafrika-Pamphlet: Die «Neue Tageszeitung»", SZ, 2.10.1987; Ulrich Schlüer/asa: "Ungenügend informiert, unglaublich begründet: Kirchliche Offensive gegen Südafrika", SZ, 27.11.1987; sowie S.: "CVJM auf Südafrika-Feldzug: Wie sie (des)informieren", SZ, 3.6.1988.

⁵⁸ Vgl. stellvertretend Ulrich Schlüer: "Offener Brief an SRG-Generaldirektor Prof. Leo Schürmann: Südafrika am Schweizer Fernsehen", SZ, 20.1.1984; asa: "Erneute krasse Fehlleistung des Schweizer Fernsehens: Samuel Platner auf revolutionärem Kurs", SZ, 31.1.1986; "Südafrika-Berichterstattung: «Schockierend»", SZ, 28.11.1986; sowie "Medienanalyse Südafrika", SZ, 10.2.1989.

Mit der Auswahl all dieser Deutschschweizer Leitmedien und Binnenorgane von apartheidkritischen und antikritischen Lobbygruppen des linksalternativen und rechtsnationalen politischen Milieus kann somit praktisch der gesamte Untersuchungszeitraum von 1960-2001 abgedeckt werden, d. h. für alle drei geplanten Vertiefungsstudien in den siebziger, achtziger und neunziger Jahren eine sinnvolle Auswertung gemacht werden (vgl. schwarze Balken in Abbildung 1, Seite 21).

Abbildung 1: Überblick der analysierten Medien und Publikationen

Medium, Jahr	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000
Neue Zürcher Zeitung									
Tagwacht									
Berner Zeitung									
Vaterland									
Neue Luzerner Zeitung									
Tages-Anzeiger									
Blick									
Weltwoche									
SonntagsBlick									
SonntagsZeitung									
Parlamentspublikationen									
AAB-Nachrichten									
konzept									
WochenZeitung									
asa-bulletin									
Republikaner									
Schweizerzeit									

III.2 Kategoriale Inhaltsanalyse: Resonanzanalyse von Öffentlichkeitsakteuren

Im Rahmen der Resonanzanalyse der Öffentlichkeitsakteure zum Verhältnis Schweiz-Südafrika werden alle Medienartikel und parlamentarischen Vorstösse, bei denen die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit im Zentrum stehen, kategorial erfasst, d. h. nach jeweiligen Akteurstypen und ihren zugehörigen Positionen und idealtypischen "Framing" kategorisiert. Im Zentrum stehen heisst hier, dass das Verhältnis Schweiz-Südafrika mindestens in Spitzmarke, Titel, Untertitel, Lead und/oder Zwischentitel eines Medienartikels erwähnt sein muss, um für die Codierung in Frage zu kommen.⁵⁹ Bei den parlamentarischen Vorstössen sind für die Selektion besonders die Titulierungen massgeblich. Verweisen diese auf den südafrikanischen Apartheidkontext oder das Verhältnis Schweiz-Südafrika, so werden alle Formen der Beantwortung – wie beispielsweise mündliche und schriftliche Stellungnahmen des Bundesrates und einzelne Voten von Parlamentariern –, zu diesem Vorstoss codiert.

Nebst der Erfüllung dieses *Zentralitätskriteriums* müssen die vorselektierten Medienartikel zudem ein *2/10-Längenkriterium* und ein *Eigenleistungskriterium* oder *Forumskriterium* erfüllen: Aus arbeitsökonomischen Gründen wurden nur solche Medienartikel codiert, die grösser als zwei zehntel der durchschnittlichen Fläche einer Zeitungsseite sind; zudem mussten diese Artikel von den Redaktionen selbst verfasst oder in Auftrag gegeben sein.⁶⁰ Bei der eigentlichen Codierung wurde dann pro Medienartikel oder parlamentarischem Vorstoss bzw. Beantwortung und/oder Votum eine Zehnfachvergabe der drei Variablen Akteurstyp, Position und "Framing" zugelassen.⁶¹

III.2.1 Akteurstypen

Mit der Variablen Akteurstyp werden verschiedene Typen von im traditionellen politischen Prozess etablierten politischen Akteuren – wie beispielsweise Regierungen, Behörden und Parteien –, und weniger, bis nicht-etablierten politischen Akteuren – u. a. soziale Bewegungen, Lobbygruppen und NGOs (Non-Governmental Organisations) – kategorisiert. Codiert werden auch Wirtschaftsakteure, die das Verhältnis Schweiz-Südafrika zur Apartheidzeit in der öffentlichen politischen Kommunikation massgeblich mitgeprägt haben; sowie Öffentlichkeitsakteure aus den Bereichen Wissenschaft, Religion, Kultur und Medien. Auf einer theoretischen Ebene wird zwischen sogenannten Policy Akteuren, intermediären Akteuren, zivilgesellschaftlichen Akteuren, ökonomischen Akteuren, dem Wissenschaftsbetrieb sowie dem Kulturbetrieb unterschieden;⁶² sowie nebst diesen kollektiven Akteuren auch prominente einzelne Öffentlichkeitsakteure erfasst (beispielsweise berühmte Exponenten aus dem Apartheidwiderstand und ihre antikritischen Gegenspieler). Auf der praktischen Ebene wird

⁵⁹ Medienartikel in denen die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit nur am Rande Erwähnung finden – beispielsweise in einem Satz –, werden somit nicht codiert. Vgl. auch Merkofer, *Event-Monitoring. Analyse der Resonanzeffekte der Ereignisproduktion von politischen Akteuren in den elektronischen Medien*, Zürich 2000.

⁶⁰ Agenturmeldungen werden nicht in die Codierung aufgenommen, wenn keine Eigenleistung der Redaktion erkennbar ist. Sind Agenturmeldungen aber redaktionell bearbeitet und zusätzlich gekennzeichnet, findet eine Codierung statt. Zu dieser im Rahmen des Nationalfondsprojektes "Krise und sozialer Wandel – Analyse von Medienereignissen in der Schweiz" entwickelten Methode der Medienanalyse vgl. ausführlichst Imhof, *Vermessene Öffentlichkeit – vermessene Forschung? Vorstellung eines Projektes*, Zürich 1993.

⁶¹ Ein Pretest im Vorfeld dieser Analyse hat ergeben, dass sich in einem Medienartikel oder parlamentarischem Vorstoss zum Verhältnis Schweiz-Südafrika durchschnittlich vier bis sieben Öffentlichkeitsakteure zu Wort melden.

⁶² Vgl. auch Merkofer, *Event-Monitoring. Analyse der Resonanzeffekte der Ereignisproduktion von politischen Akteuren in den elektronischen Medien*, Zürich 2000.

zudem zukünftig zwischen Kritikern des südafrikanischen Apartheidregimes und den schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen der Apartheidära – kurz *Apartheidkritiker* –, und den Verteidigern des Apartheidregimes bzw. Reformprozesses unter P. W. Botha und/oder Befürwortern der vielfältigen Beziehungen der offiziellen Schweiz und der Wirtschaft zur Apartheidzeit – kurz *Antikritiker* – differenziert. Im Rahmen der kategorialen Inhaltsanalyse werden aus dem Gesamtdiskurs über die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit folgende Akteurstypen eruiert und codiert.⁶³

- *Policy Akteure*: Bundesrat, Parlament, Parlamentskommissionen, Verwaltung, Justiz, Polizei, Regulierungsbehörden und ausländische Policy Akteure.
- *Intermediäre Akteure*: Parteien, Gewerkschaften, Verbände, Kirchen, kirchliche Organisationen und Medien.
- *Zivilgesellschaftliche Akteure*: Soziale Bewegungen, Lobbygruppen, NGOs und Hilfswerke.
- *Ökonomische Akteure*: Banken, Unternehmen, Versicherungen und Wirtschaftsverbände.
- *Wissenschaftsbetrieb*: Forschungsinstitute und Universitäten.
- *Kulturbetrieb*
- *Einzelne Akteure*

III.2.2 Positionen und "Framing"

Mit der Variablen Positionen werden unterschiedliche Argumentationen, Deutungsmuster und Rechtfertigungen von Öffentlichkeitsakteuren aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Religion, Kultur und Medien zum Verhältnis Schweiz-Südafrika erfasst. Diese unterschiedlichen "Bilder" oder Positionen zum Verhältnis Schweiz-Südafrika werden – wie die Akteurstypen auch –, induktiv aus dem Codierungsprozess gewonnen. Dabei lassen sich zunächst Mal generell zwischen *apartheidkritischen Positionen* und *antikritischen Positionen* unterscheiden, d. h. die Positionen der Kritiker des südafrikanischen Apartheidregimes und der schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen der Apartheidära von denjenigen der Verteidiger des Apartheidregimes und Befürworter der vielfältigen Beziehungen der offiziellen Schweiz und der Wirtschaft zur Apartheidzeit differenzieren. Zudem lässt sich zwischen unterschiedlichen *Aspekten* und/oder *Adressaten* dieser Kritik und Antikritik unterscheiden: Beispielsweise beim Aspekt der Sanktionen, die negativen Effekte, die Rolle der UNO und der Faktor Neutralität; oder bei der Adressierung, die Südafrikapolitik des Bundes oder diejenige der Wirtschaft.⁶⁴

⁶³ Eine Auflistung aller für den Gesamtdiskurs über das Verhältnis Schweiz-Südafrika von 1960-2001 relevanten Ausprägungen zu den Akteurstypen findet sich im Anhang VII.1. Die Akteurstypen wurden induktiv aus dem Codierungsprozess gewonnen. Vgl. dazu Forschungsprojekt "Issue Monitoring: Ein Früherkennungssystem von Chancen und Risiken" des Forschungsbereiches Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) des Soziologischen Instituts der Universität Zürich; sowie Imhof, und Eisenegger, *Issue Monitoring: Die Basis des Issue Managements*, Wiesbaden 2001.

⁶⁴ Induktiv wurden folgende Aspekte und Adressaten eruiert: *Sanktionen, allgemein; Sanktionen, negative Effekte; Sanktionen, UNO; Sanktionen, Neutralität; Apartheidschulden; Apartheid, Reformen Botha; Kalter Krieg; Apartheidschatten; Geheimdienstverflechtung; sowie Südafrikapolitik Schweiz, allgemein; Südafrikapolitik Bund und Südafrikapolitik Wirtschaft.*

Als zentraler theoretischer Bezugsrahmen für eine idealtypische Klassifizierung der unterschiedlichen Argumentationen, Deutungsmuster und Rechtfertigungen wird ein "Framing"-Ansatz gewählt. Dieser Ansatz hat sich in der Bewegungsforschung als äusserst fruchtbar erwiesen und lässt sich gut für eine allgemeine Rekonstruktion von Positionen, Wahrnehmungen und Erwartungen von Öffentlichkeitsakteuren adaptieren.⁶⁵ Denn gesellschaftliche und politische Probleme werden nicht nur alleinig von nicht-etablierten, sondern auch etablierten politischen Akteuren im Wettbewerb um erhöhte Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit unterschiedlich "geframed", d. h. die verschiedenen "Bilder" des Verhältnis Schweiz-Südafrika zur Apartheidzeit werden unterschiedlich gerahmt. Solche "Framing" (Rahmungen) dienen vor allem auch zur Stabilisierung und Identifikation von sozialen Kollektiven und ihren spezifischen Weltdeutungen. Grundsätzlich lassen sich drei Idealtypen von "Framing" definieren:

- *"Diagnostic Framing"*: Der vergangenheits- und gegenwartsbezogene Prozess der Identifikation und Definition eines gesellschaftlichen oder politischen Problems durch Öffentlichkeitsakteure kann als "diagnostic Framing" bezeichnet werden. Sehr oft wird mit einer solchen Analyse oder Diagnose auch eine Wertung verbunden und die für das gesellschaftliche oder politische Problem Verantwortlichen benannt und skandalisiert: *"Diagnostic framing involves identification of a problem and the attribution of blame or causality."*⁶⁶ Die Verwendung von solchen Skandalisierungsmustern kann zudem für eine weitere mobilisierungsförderliche Dramatisierung des aktuellen Problems sorgen.⁶⁷ Als Beispiel eines solchen "diagnostic Framing" des Verhältnis Schweiz-Südafrika kann die permanente Skandalisierung der Schweizer Grossbanken als Hauptstützen und Profiteure des Apartheidregimes seitens linksalternativer Lobbygruppen gelten.
- *"Prognostic Framing"*: Die Präsentation von allgemeinen Szenarien und Prognosen bezüglich gesellschaftlicher und politischer Probleme durch Öffentlichkeitsakteure kann im weitesten Sinne als "prognostic Framing" bezeichnet werden. Nicht selten wird mit einer Prognose auch eine Strategie verbunden, d. h. ein Lösungsansatz für ein aktuelles Problem präsentiert: *"The Purpose of prognostic framing is not only to suggest solutions to the problem but also to identify strategies, tactics, and targets."*⁶⁸ Als Beispiele für solche "prognostic Framing" können der Aufruf von linksalternativen Lobbygruppen für einen Kontorückzug bei den als Apartheidprofiteure perzipierten Grossbanken gelten; oder das von den Antikritikern der schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen wiederholt skizzierte Szenario, dass falls sich die Schweiz dem internationalen Südafrika-boycott anschliessen sollte, sich die Lebensbedingungen der schon genug notleidenden schwarzen Bevölkerung Südafrikas noch mehr verschlechtern würden.
- *"Identity Framing"*: Gesellschaftliche und politische Probleme dienen den Öffentlichkeitsakteuren auch zur Definition der eigenen und von fremden Identitäten. Dabei kann beispielsweise die Identität des politischen Gegners oder die nationale Identität der Schweiz im Rahmen von Positionsbezügen neu definiert und stabilisiert werden. Diesen Prozess der Identitätssicherung und Identitätszuschreibung sozialer Kollektive über gesellschaftliche oder politische Probleme möchte ich im

⁶⁵ Zum "Framing"-Ansatz im allgemeinen vgl. Goffman, *Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen*, Frankfurt a. M. 1977. Zum "Framing"-Ansatz in der Bewegungsforschung vgl. stellvertretend Neidhardt, und Rucht, *Auf dem Weg in die "Bewegungsgesellschaft"? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen*, 1993; sowie McAdam, *Das "Framing" der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung*, 1994.

⁶⁶ Snow, und Benford, *Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization*, Greenwich 1988, S. 200 [Hervorhebung im Original].

⁶⁷ Vgl. Neidhardt, und Rucht, *Auf dem Weg in die "Bewegungsgesellschaft"? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen*, 1993.

⁶⁸ Snow, und Benford, *Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization*, Greenwich 1988, S. 201 [Hervorhebung im Original].

folgenden als "identity Framing" bezeichnen: "Identity Framing" bezieht sich auf "the process of defining this «we», typically in opposition to some «they» who have different interests or values."⁶⁹ Als Beispiel eines solchen "identity Framing" durch Öffentlichkeitsakteure kann der Verweis auf das Neutralitätskonzept als integraler Bestandteil einer nationalen Identität im Kontext der Debatte für und wider einer Schweizer Beteiligung am internationalen Südafrikaboykott gelten.

Im folgenden möchte ich nun kurz auf einige konkrete Beispiele von apartheidkritischen und antikritischen Positionen und "Framing" gegenüber unterschiedlichen Aspekten und Adressaten in der öffentlichen politischen Kommunikation über die schweizerischen Beziehungen zum südafrikanischen Apartheidregime eingehen.⁷⁰ Sehr oft – wie wir in der Analyse des Gesamtdiskurses seit den sechziger Jahren später noch sehen werden –, sind diese Positionen in Form eines klassischen *Widerstreites* von Argumenten und Gegenargumenten anzutreffen; so beispielsweise beim allgemein gehaltenen Sanktionsaufruf respektive Sanktionswiderruf mit dem Verweis auf die Betroffenen in Südafrika:⁷¹

- *Sanktionen, allgemein*: "Selbst Schwarze Südafrikas fordern Boykott (u. a. Bischof Tutu)" vs. "Schwarze Südafrikas verurteilen Boykott (u. a. Zulu-Führer Buthelezi)"

"Der südafrikanische Gewerkschaftsbund COSATU, der drei Viertel der südafrikanischen Arbeiter vertritt, hat an seinem Gründungskongress im Dezember 1985 mit grosser Mehrheit Wirtschaftssanktionen des Auslandes gutgeheissen."⁷²

"Massgebliche weisse und schwarze Apartheid-Gegner lehnen *Boykottmassnahmen* als kontraproduktiv ab. Zu erwähnen sind die weisse Oppositionspolitikerin Helen Suzman, der Chiefminister des 6 Mio.-Zulu-Volks und erklärter Apartheid-Gegner Mangosuthu Buthelezi, der schwarze Bischof Isaac Mokoena, welcher der Black Independent Reformed Churches Association vorsteht und eine Studiengruppe der Katholischen Bischofskonferenz."⁷³

Diese Argumentationen der Befürwortung respektive Ablehnung von Sanktionen mit Verweis bzw. Zitierung der schwarzen Bevölkerung Südafrikas – d. h. den Leidtragenden selbst und/oder deren Führerpersönlichkeiten –, sind ein typisches Beispiel für ein solches klassisches Widerstreitpaar. Solche generalisierenden Diagnosen werden im Widerstreit von Apartheidkritikern und Antikritikern oft zugleich als Argumente wie auch Gegenargumente verwendet. Beispielsweise werden in den Parlamentsdebatten der achtziger Jahre auf das "Buthelezi-Argument" grundsätzlich mit der "Tutu-Position" geantwortet und vice versa.

Als Beispiel eines eher ungleichgewichtigen Widerstreitpaares, bei dem die Position von den Antikritikern fast ausschliesslich als Argument und weniger als Gegenargument verwendet wird – und die Apartheidkritiker im Widerstreit zudem praktisch nur "reagieren" und weniger aus Eigeninitiative eine Position dazu beziehen –, kann der Aspekt der negativen Effekte des internationalen Südafrikaboykotts auf die schwarze Bevölkerung Südafrikas gelten:

69 Gamson, *Talking politics*, New York 1992, S. 7.

70 Das vollständige Codebook der kategorialen Inhaltsanalyse mit allen Akteurspositionen und Beispielen bzw. Zitaten von Zeitgenossen dazu findet sich im Anhang VII.2.

71 Die unterschiedlichen Aspekte und Adressaten sind im folgenden kursiv hervorgehoben und die apartheidkritischen und antikritischen Positionen bzw. Gegenpositionen mit Anführungs- und Schlusszeichen versehen.

72 SP-Nationalrat Walter Renschler, Nationalratsdebatte, 19.12.86 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

73 SBG-Verwaltungsratspräsident Robert Holzach: "Die Schweizerische Bankgesellschaft (SBG) und Südafrika", gelbes Beiblatt Nr. 3/87 zum asa-bulletin, Nr. 68, 23. April 1987 [Hervorhebung im Original].

- *Sanktionen, negative Effekte*: "Keine Erhöhung Arbeitslosigkeit Schwarze, Apartheidökonomie selbst erzeugt Arbeitslosigkeit" vs. "Erhöhung Arbeitslosigkeit Schwarze"

"Es ist auch nicht wahr, was Sie immer erzählen: Sanktionen würden den armen Schwarzen besonders schaden. Es gibt (...) die sogenannte Starnberger Studie. Diese stellt fest, dass Apartheidökonomie heute schon strukturell viel mehr Arbeitslosigkeit unter den Schwarzen erzeugt als Sanktionen sie bewirken könnten."⁷⁴

"Im Endeffekt jedoch treffen die Sanktionen *alle Südafrikaner* und damit in erster Linie die wirtschaftlich benachteiligten Bevölkerungsschichten, das heisst die Schwarzen und hier wiederum insbesondere die Jugendlichen. Unterbeschäftigung und Verarmung sind die unvermeidliche Folge. Vor diesem Hintergrund bringen nicht wenige Beobachter die *wachsende Radikalisierung* gerade dieser Kreise in unmittelbaren Zusammenhang mit der Sanktionspolitik."⁷⁵

Die Einschätzung der Antikritiker, dass der internationale Südafrikaboykott das Leid der schon genug notleidenden Schwarzen in Südafrika nur noch vergrössern würde, verkörpert eines ihrer *Leitargumente*, welches seitens der Apartheidkritiker zuweilen nur schwerlich zu widerlegen war. Doch dazu später noch mehr. Bezeichnenderweise können diese Argumente – wie auch Gegenargumente – entweder in einem "diagnostic Framing" oder "prognostic Framing" eingebettet sein, d. h. mit Verweis auf wissenschaftliche Studien eben keine Auswirkungen auf die schwarze Bevölkerung Südafrikas diagnostiziert oder schlicht eine Verschlechterung der Lebensbedingungen bei einer Ergreifung von Boykottmassnahmen prognostiziert werden.

Als weitere negative Effekte von Sanktionen, die von antikritischer Seite regelmässig in die öffentlichen Diskussionen und parlamentarischen Debatten eingebracht – und dort mehrheitlich als "prognostic Framing" verwendet – werden, lassen sich zudem die "Blutbadthese" – sprich die befürchtete Extremisierung des innenpolitischen Konfliktes in Südafrika (Stichwort: Bürgerkriegsgefahr) –, die Verschärfung der Wirtschaftskrise für die südafrikanischen Frontstaaten Moçambique, Angola und Namibia sowie die kontraproduktive Stärkung des Apartheidregimes bzw. die Förderung einer eigentlichen Kriegswirtschaft Südafrikas eruieren.⁷⁶

Nebst solchen Leitargumenten gilt es in der Analyse auch zu beachten, dass die Positionsbezüge von Öffentlichkeitsakteuren einen unterschiedlichen Abstraktionsgrad aufweisen können. Am Aspekt der UNO-Sanktionen lässt sich verdeutlichen, dass Positionen von den Apartheidkritikern und Antikritikern einerseits sehr allgemein – d. h. in Form von sogenannten *Metapositionen* – gefasst werden können: U. a. der allgemein gehaltene Aufruf zur Übernahme des Südafrikaboykotts der UNO selbst, ohne eigentliche Spezifizierung der zu ergreifenden wirtschaftlichen Massnahmen; oder die legalistisch argumentierende antikritische Gegenposition dazu, welche sich auf die Nichtmitgliedschaft der Schweiz bei den Vereinten Nationen beruft:

- *Sanktionen, UNO*: "Allgemeine Wirtschaftssanktionen übernehmen" vs. "Sanktionen nicht bindend, Schweiz nicht UNO-Mitglied"

"Wir fragen insbesondere, ob es nicht angebracht wäre, (...) dass sich die Schweiz den Boykottmassnahmen der UNO anschliesst."⁷⁷

⁷⁴ SP-Nationalrat Helmut Hubacher, Nationalratsdebatte, 15.3.1988 [86.234, 87.918].

⁷⁵ Jean P. Blancpain: "Harte Zeiten für Südafrikas Wirtschaft: Hohe Kostenfolgen der Sanktionspolitik", NZZ, 5.12.1989 [Hervorhebungen im Original].

⁷⁶ Vgl. auch Anhang VII.2.

⁷⁷ Interpellation PSA-Nationalrat Werner Carobbio, *Exportisikogarantie. Südafrika und Rhodesien*, 20.9.1977 [77.423].

"Die Resolution 32/35 der UNO-Vollversammlung stellt eine Empfehlung dar und ist selbst für UNO-Mitgliedstaaten nicht bindend (...). Die Schweiz kann als Nichtmitglied der Vereinten Nationen nicht durch Beschlüsse des Sicherheitsrates und schon gar nicht durch Resolutionen der UNO-Generalversammlung verpflichtet werden."⁷⁸

Andererseits können die Positionen seitens der kritisierenden Öffentlichkeitsakteure auch sehr gezielt und spezifisch eingesetzt werden, indem beispielsweise aus dem umfangreichen und umfassenden wirtschaftlichen Massnahmenkatalog der UNO gegenüber Südafrika ein einzelner Aspekt oder eine einzelne Strategie unter vielen stärker hervorgehoben oder skandalisiert wird. Ein typisches Beispiel hierfür wäre der Aspekt des Handels mit südafrikanischen Goldmünzen:

- *Sanktionen, UNO: "Keine Einfuhr Krügerrand-Goldmünzen" vs. "Handel Krügerrand-Goldmünzen sowieso weltweit rückläufig"*

"Am 24. September 1985 reichte die Anti-Apartheid Bewegung der Schweiz eine Petition ein. Damit fordern 17 454 Personen von Bundesrat und Parlament die folgenden Massnahmen: (...) Keine Einfuhr von Krügerrand-Goldmünzen."⁷⁹

"Wegen mangelnder Nachfrage ist der Handel mit Krügerrand weltweit sehr stark zurückgegangen. Dies gilt auch für die Schweiz. Südafrika soll im übrigen die Produktion der Münze eingestellt haben."⁸⁰

Weiter gilt es zu beachten, dass auf eine spezifische Forderung der Apartheidkritiker – beispielsweise eben nach Einführung eines Importstopps für Krügerrand-Goldmünzen à la UNO –, im Widerstreit seitens der Antikritiker des öfteren mit Metapositionen geantwortet wird (Nichtmitgliedschaft der Schweiz bei der UNO). Dies insbesondere auch dann, wenn konkretere Gegenargumente nicht sonderlich überzeugten (allgemeiner Rückgang des Münzenhandels respektive angebliche Einstellung der Münzenproduktion). Als weitere spezifische Positionen zum UNO-Boycott der Apartheidkritiker – die alle einen stark strategischen Charakter aufweisen und sehr oft in ein "prognostic Framing" eingebettet sind –, wären zudem noch die Aufrufe zur Übernahme des Waffenembargos bzw. zur Verschärfung der Waffenausfuhr, zum Kreditstopp, zum Verbot der Ausfuhr von Computer- und Nukleartechnologie, zur Unterbindung des Luftverkehrs, zur Verhinderung der Umgehungsgeschäfte mit Südafrika über die Drehscheibe Schweiz und zum Abbruch der Sport- und Kulturkontakte zu nennen.⁸¹

Nebst dem Aspekt der UNO-Sanktionen lassen sich auch beim Aspekt der Neutralität typische Metapositionen der Apartheidkritiker und Antikritiker eruieren, welche die Verträglichkeit respektive Nichtverträglichkeit von wirtschaftlichen Boykottmassnahmen gegen international geächtete Staaten mit den Leitlinien der schweizerischen Aussenpolitik in einem abstrakten Sinne legitimieren. Praktisch alle Positionen zum Aspekt der Neutralität werden von den Apartheidkritikern und Antikritikern in einem "identity Framing" präsentiert. Dabei wird von den kritisierenden Öffentlichkeitsakteuren einerseits eine aussenpolitische Tradition der Solidarität und Humanität der Schweiz beschworen – welche vor allem bei schweren Menschenrechtsverletzungen zum Zuge kommen soll und das neutralitätspolitisch legitimierte generelle Einmischungsverbot aufheben würde –, respektive mit sakramentalem Nachdruck die Unantastbarkeit des schweizerischen Neutralitätskonzeptes verteidigt:

⁷⁸ Antwort Bundesrat, 27.2.1980 [79.808].

⁷⁹ Petition Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), *Südafrika. Auch die Schweiz muss handeln*, 24.9.1985 [86.252].

⁸⁰ Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 8.12.1986 [86.948].

⁸¹ Vgl. auch Anhang VII.2.

- *Sanktionen, Neutralität*: "Bei schweren Menschenrechtsverletzungen Vorzug aussenpolitische Tradition Solidarität, Humanität" vs. "Aussenpolitische Tradition Neutralität verbietet grundsätzlich konzertierte Aktionen"

"Verletzt ist aber nicht nur der Grundsatz der Neutralität. Verletzt ist (...) der aussenpolitische Grundsatz der Solidarität (...). Grundsätzlich finden Interventionen eines Landes und der Schweiz zwar ihre Schranken am völkerrechtlichen Einmischungsverbot. Dieses gilt jedoch dann nicht mehr, wenn eine schwere und systematische Verletzung fundamentaler Menschenrechte stattfindet. Zu diesen Verletzungen in einem Kernbereich von Grundrechten, bei denen das Einmischungsverbot nicht gilt, gehört das Verbot des Völkermordes, das der Sklaverei und das der Rassendiskriminierung, darunter die Apartheid."⁸²

"Es gehört zur aussenpolitischen Tradition der Neutralität der Schweiz, dass sie sich nicht an Sanktionen gegenüber einem anderen Lande oder Ländergruppen beteiligt, solange bis die Gesamtheit der Staaten diese nicht nur verbal, sondern auch tatsächlich ergreift."⁸³

Andererseits wird das Neutralitätskonzept in der Debatte für und wider der Ergreifung eines umfassenden Südafrikaboykotts oder – in der abgeschwächten Variante – zur Einführung eines sogenannten "echten" Courant normal (inklusive alle Kapitalexporte und Goldhandel) gegenüber Südafrika auch stark emotionalisiert und ideologisiert. Die staatlichen und wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz zum südafrikanischen Apartheidregime werden von Apartheidkritikern entweder mit denjenigen zum Nazideutschland der dreissiger und vierziger Jahre gleichgesetzt, und damit eine ungebrochene Tradition der Komplizenschaft der Schweiz mit anderen totalitären Regimes bis in die jüngste Gegenwart impliziert; oder aber dann wird von den Antikritikern die alleinige Fokussierung auf die Apartheid durch die Linken bzw. die sogenannte "ungleiche" Handhabung des Fall Südafrika gegenüber sogenannten "vergleichbaren" Fällen von Menschenrechtsverletzungen – insbesondere diejenigen in kommunistischen Staaten Osteuropas und anderen Sowjetsatelliten in Zentralamerika, Asien und Afrika –, im Identitätskontext des Kalten Krieges skandalisiert:

- *Sanktionen, Neutralität*: "Nichtergreifung = Komplizenschaft, Sanktionsgewinnler" vs. "Ungleiche Handhabung Südafrika vs. Ostblock, totalitäre Regimes"

"Nach zahlreichen Sanktionsbeschlüssen in sehr verschiedenartigen Formen, zuletzt von EG und USA, befindet sich unser Land in einer sehr isolierten Lage. Einst hatten wir den Ruf, «Kriegsgewinnler» zu sein; heute stehen wir in der Gefahr, im Westen als «Sanktionsgewinnler» beurteilt zu werden."⁸⁴

"Eigenartigerweise werden jedoch kaum je Sanktionen gegen Staaten verlangt, die nur wenige Autostunden von der Schweiz entfernt sind und gegen ihre Landsleute Drahtzäune, Todesstreifen, Minen und Schusswaffen einsetzen, wenn diese ihren Wohnsitz in einem anderen – beispielsweise deutschsprachigen Land – begründen wollen."⁸⁵

Die letzteren Argumente und Gegenargumente verkörpern eine der konzisesten Links-Rechts-Polarisierungen aller eruierten Widerstreitpaare. Zudem beinhalten sie – wie wir später noch sehen werden – Deutungsmuster, die ihre Ursprünge in den Argumentationslogiken der linksalternativen und rechtsnationalen Lobbygruppen und deren Binnenorgane haben.

⁸² SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, Nationalratsdebatte, 19.12.86 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

⁸³ CVP-Nationalrat Fischer-Sursee, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

⁸⁴ Interpellation SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig, *Südafrika. Massnahmen der Schweiz*, 9.10.1986 [86.948].

⁸⁵ Autopartei-Nationalrat Michael E. Dreher, Nationalratsdebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918].

Als weiteres klassisches Beispiel einer solchen stark ideologisierten Position aus dem rechtsnationalen politischen Milieu kann dasjenige antikritische Argument gelten, das am stärksten den Aspekt des Kalten Krieges ins Zentrum der Rechtfertigung der schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit stellt; und mit diesem "identity Framing" weit mehr als nur die nationale Identität der Schweiz legitimiert. Dabei werden von den rechtsnationalen Antikritikern die bekannten Legitimationen von führenden Apartheidpolitikern – beispielsweise von Premierminister H. F. Verwoerd und Staatspräsident P. W. Botha – übernommen, welche die Apartheid mehrfach vor dem Hintergrund einer drohenden "roten Gefahr" für den gesamten freien – und nicht zu vergessen, "weissen" – Westen gerechtfertigt haben:

- *Kalter Krieg*: "Strategische Bedeutung Südafrikas (u. a. Rohstoffe, westlicher Vorposten gegen Kommunismus)"

"Wenn die Sowjets im Mittleren Osten die Kontrolle über die für Europa lebensnotwendigen Oelquellen zu erringen suchen, so suchen sie im südlichen Afrika den für Europas Industrien ebenso lebensnotwendigen *Nachschubweg* unter ihre Kontrolle zu bringen. Die sowjetische, von kubanischen und ostdeutschen Trabanten vorgetragene Offensive gegen den Süden Afrikas ist damit Teil eines *gegen Europa gerichteten Zangenangriffs*. Dabei ist Namibia – nach Angola, Mozambique und Rhodesien – die zweitletzte Position im sowjetischen Visier; die letzte wird Südafrika selber sein."⁸⁶

Dieses antikommunistische Leitargument der rechtsnationalen Antikritiker, welches die akute Gefahr der Weltrevolution nach dem Fall des Dominosteins Südafrika beschwört, sollte aber seitens der Apartheidkritiker auf wenig direkt reagierende Kritik stossen. Doch dazu später noch mehr.

Auf Seiten der "Neuen Linken" wäre als vergleichbar stark ideologisierte Position – jedoch nun nicht mehr über den in den neunziger Jahren obsolet gewordenen Ost-West-Antagonismus, sondern mit dem verschärften Nord-Süd-Gegensatz im Zeichen der Globalisierung argumentierend – diejenige, welche eine monetäre Wiedergutmachung bzw. einen Schuldenerlass für das zur Apartheidzeit wirtschaftlich beeinträchtigte ganze südliche Afrika (Südafrika, Moçambique, Angola, Namibia) – sprich den verschuldeten und dadurch verarmten Süden insgesamt –, ins Zentrum der Argumentation stellt:

- *Apartheidschulden*: "Moralische Verpflichtung zum Schuldenerlass, Entschädigung Apartheidopfer"

"Statt weitere Sündenböcke herauszugreifen, wäre heute ganz anderes nötig: Wahrheit und Wiedergutmachung – in diesem Fall Offenlegung aller Zusammenhänge und Streichung jener Schulden der neuen südafrikanischen Regierung, mit denen einst die Repression finanziert wurde."⁸⁷

Vergleichbar mit dem Kalten Kriegs-Deutungsmuster der strategischen Bedeutung Südafrikas – welches von den Apartheidkritikern selten direkt entkräftet wird –, finden ideologisierte Positionen, die das Verhältnis Schweiz-Südafrika in den Verschuldungskontext der Dritten Welt stellen, auf Seiten der Antikritiker wenig Entgegnung; und wenn, dann nicht über gleichermassen ideologisierte, sondern eher legalistisch argumentierende Positionen, wie wir noch sehen werden.

Nebst den erwähnten Metapositionen zu den Aspekten UNO-Boykott, Neutralität und Kalter Krieg sind im analysierten Gesamtdiskurs über das Verhältnis Schweiz-Südafrika vor allem auch die beiden klassischen Metapositionen der Apartheidkritiker und Antikritiker an die Adresse des Bundes(rates)

⁸⁶ Ulrich Schlüer: "Verpasst der Westen eine Chance?", SZ, 1.5.1980 [Hervorhebungen im Original].

⁸⁷ Res Strehle: "Aussitzen geht nicht: Die alten Südafrika-Sünden lassen die Schweiz nicht los – allein die volle Wahrheit hilft", WE, 25.3.1999.

und die Schweizer Wirtschaft von zentraler Bedeutung. Dabei wird einerseits die Südafrikapolitik der offiziellen Schweiz grundsätzlich als ineffizient und hypokritisch diagnostiziert, da die Apartheid nur (theoretisch) verurteilt werde, jedoch (praktisch) keine konkreten wirtschaftlichen Massnahmen ergriffen würden; oder aber den Umständen entsprechend als angemessen gerechtfertigt:

- *Südafrikapolitik Bund*: "Unglaublich, da nur verbale Proteste" vs. "Angemessen (keine Zwangsmassnahmen, moralische Verurteilung, Vermittlerrolle anbieten)"

"Seit 1968 hat der Bundesrat verschiedentlich die Apartheid verurteilt. Aber diese schönen Worte blieben bisher billige Sprüche. Ihre Wiederholung reichte zwar noch nicht zu einer goldenen Schallplatte, aber der Goldmedaille sind wir uns gewiss; denn nach wie vor kann bei uns die Krügerand-Goldmünze gekauft werden."⁸⁸

"Er [der Bundesrat, Anm. PM] ist der Auffassung, dass eine Änderung der südafrikanischen Rassenpolitik nur aufgrund einer klaren und beharrlichen Haltung gegenüber Südafrika zu erreichen ist, die der südafrikanischen Regierung in folgender Weise zur Kenntnis gebracht wird: im direkten, mit der erforderlichen Überzeugungskraft geführten Gespräch (...); durch diskrete, aber in der Aussage deutliche Interventionen auf diplomatischem Weg, die auf eine Beachtung der Menschenrechte abzielen; durch öffentliche Erklärungen zu ausserordentlichen Ereignissen."⁸⁹

Wie wir noch sehen werden, lassen sich beide Positionen schon seit anfangs der sechziger Jahre feststellen, und sollten bis in die neunziger Jahre nachhaltig Resonanz finden. Andererseits wird die Schweizer Wirtschaft – und hier insbesondere die Schweizer Grossbanken – mit ihrem umfangreichen Südafrikaengagement als Hauptstütze und Profiteur des Apartheidregimes skandalisiert; oder aber von Wirtschaftsvertretern und Politikern, die der Wirtschaft nahe stehen, darauf verwiesen, dass sich alle Südafrikageschäfte im dem von der offiziellen Schweiz definierten Gesetzesrahmen bewegen würden oder bewegt hätten:

- *Südafrikapolitik Wirtschaft*: "Schweizer Banken als internationale Boykottbrecher, Apartheidstützen (u. a. Kreditpolitik)" vs. "Schweizer Banken handeln im Gesetzesrahmen"

"Geschäfte waren Schweizer Geschäftsleuten auch in Südafrika wichtiger als die Moral. (...) Mit dem dortigen Apartheidregime betrieben die hiesigen Banken trotz weltweiter Boykotte nicht nur «business as usual», sie retteten es 1986 gar vor dem Bankrott."⁹⁰

"Keine Schweizer Grossunternehmung hat die Chance ausgenützt, die nach dem Rückzug der amerikanischen oder englischen Banken entstanden ist. Im Gegenteil: Man hat in klarer Überlegenheit und in klarer Denkweise diesen Courant normal von selbst befolgt."⁹¹

88 SP-Nationalrat Walter Renschler, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

89 Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 16.12.1985 [85.540].

90 Johannes Wartenweiler: "Wer anderen eine Grube gräbt", WoZ, 4.3.1999.

91 FDP-Nationalrat Ernst Mühlemann, Nationalratsdebatte, 15.3.1988 [86.234, 87.918].

III.3 Thesen zur Resonanz und Arenadiffusion

In Anlehnung an das bisher Gesagte und vor dem Hintergrund der theoretischen Verortung von Öffentlichkeit im Zeichen des Strukturwandels und des sozialen Wandels – d. h. verschiedenen Typen von Öffentlichkeitsarenen (Leitmedien, Parlament und Lobbygruppen), dem Zusammenspiel selbiger und der Begriffsklärung, was öffentliche politische Kommunikation und "öffentliche Meinungen" überhaupt seien –, möchte ich nun die daraus abgeleiteten zentralen Strukturwandelthesen und Thesen des sozialen Wandels erörtern, die im Rahmen dieser Analyse zu verifizieren sind.

Strukturwandelthesen:

- Die autonomen Öffentlichkeiten von sozialen Bewegungen, Lobbygruppen und NGOs (Non-Governmental Organisations) sind diejenigen Binnenforen, in denen vorwiegend alternative Deutungsmuster – d. h. neue Positionen und "Framing" zum Verhältnis Schweiz-Südafrika –, gepflegt und bewahrt werden (Strukturwandelthese 1a).
- Die Diffusion von Positionen zum Verhältnis Schweiz-Südafrika durch die unterschiedlichen Öffentlichkeitsarenen erfolgt in den siebziger und achtziger Jahren fast ausschliesslich von den Binnenforen der sozialen Bewegungen, Lobbygruppen und NGOs in die Medienarena und ins Parlament (Strukturwandelthese 1b).
- Die öffentliche politische Kommunikation und "öffentlichen Meinungen" über die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit werden im Zuge des Strukturwandels der Öffentlichkeit verstärkt über aussergewöhnliche Eventinszenierungen von Öffentlichkeitsakteuren geprägt, die hohe Aufmerksamkeiten in der medialen Öffentlichkeit erzeugen (Strukturwandelthese 2a).
- Bei der Skandalisierung des Verhältnis Schweiz-Südafrikas durch Öffentlichkeitsakteure spielen die Faktoren Charisma und Prominenz für die Medien wie auch die Binnenorgane der linksalternativen und rechtsnationalen Lobbygruppen eine prägende Rolle (Strukturwandelthese 2b).
- Im Zuge einer zunehmenden Boulevardisierung der Forumspresse und Herausbildung einer auf Enthüllungsjournalismus spezialisierten Sonntagspresse werden die Medien ab den achtziger und vor allem den neunziger Jahren selbst stärker zu den Mittskandalisierer – wenn nicht gar Hauptskandalisierer – der schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit (Strukturwandelthese 3a).
- Die politische Agenda im Parlament wird in den neunziger Jahren zunehmend durch die mediale Agenda beeinflusst und die Policy Akteure (Bundesrat, Parlament, Verwaltung etc.) stehen verstärkt unter "Reaktionsstress" durch erhöhte Medienskandalisierungen (Strukturwandelthese 3b).

Thesen des sozialen Wandels:

- In der Rechtfertigung der schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit dominieren bei den Antikritikern Positionen, die ein emotionales "identity Framing" über die spezifisch schweizerische Neutralität und – insbesondere im rechtsnationalen politischen Milieu – über den Ost-West-Antagonismus bzw. den Kalten Krieg vollziehen (These des sozialen Wandels 1a).
- Auf Seiten der linksalternativen Antikritiker überwiegen hingegen analytische und strategische Positionierungen zum Verhältnis Schweiz-Südafrika mittels "diagnostic Framing" oder "prognostic Framing"; und ein "identity Framing" lässt sich nur verstärkt im Kontext des Nord-Süd-Gegensatzes und der Typisierung des politischen Gegners feststellen (These des sozialen Wandels 1b).
- Apartheidkritische Positionen, die das Verhältnis Schweiz-Südafrika über den Nord-Süd-Gegensatz skandalisieren, verlieren auch nach dem Ende des Kalten Krieges nicht an ihrer Wirkmächtigkeit, sondern gewinnen noch stärker an Kontur im Rahmen der Globalisierungsdebatte der neunziger Jahre (These des sozialen Wandels 2a).
- Antikritische Positionen, welche die spezifisch schweizerischen Beziehungen zum Apartheidregime im Kontext des Kalten Krieges rechtfertigen, verlieren nach der Zeitenwende von 1989/90 insgesamt an Legitimation und Definitionsmacht in der öffentlichen politischen Kommunikation zum Verhältnis Schweiz-Südafrika (These des sozialen Wandels 2b).
- Die Holocaustaffäre verschafft der Thematik der unaufgearbeiteten Schweizer Schatten zur Apartheidzeit ab Mitte der neunziger Jahre eine erhöhte mediale und parlamentarische Aufmerksamkeit (These des sozialen Wandels 3a).
- Die Holocaustaffäre dient den skandalisierenden sozialen Bewegungen, Lobbygruppen und NGOs, welche von der offiziellen Schweiz und wirtschaftlichen Apartheidprofiteuren einen Schuldenerlass, Reparationszahlungen und Entschädigung für Apartheidopfer einfordern, als eigentliche Blaupause (These des sozialen Wandels 3b).

IV. Exkurs: Apartheid, Südafrika und die Schweiz

Der folgende Kurzüberblick zur Geschichte der Apartheid und ihres Widerstandes in Südafrika und der Haltung der internationalen Staatengemeinschaft gegenüber dem Apartheidregime soll zum besseren Verständnis des historischen Kontextes dienen, in dem das Verhältnis Schweiz-Südafrika analysiert wird. Zudem werden in einem zweiten Schritt Resultate von sozialwissenschaftlichen Untersuchungen zur schweizerischen Öffentlichkeit, bei denen das Thema Apartheid und Südafrika eine Rolle spielten, erläutert. Dies soll dazu dienen, Phasen von erhöhten Thematisierungsintensitäten und verstärkten Kommunikationsverdichtungen in der Medienöffentlichkeit, dem Parlament und den politischen Milieus von apartheidkritischen und antikritischen Lobbygruppen zu bestimmen, und basierend darauf die Untersuchungsphasen für die kategoriale Inhaltsanalyse bzw. Resonanzanalyse von Öffentlichkeitsakteuren und ihren Positionen festzulegen.

IV.1 Zur Geschichte der Apartheid in Südafrika und ihres Widerstandes

Die Apartheid als institutionalisierte Staatsdoktrin hat ihren Ursprung in der Machtübernahme durch die burische National Party 1948. Zwar ist der aus dem Afrikaans stammende Begriff *Apartheid*⁹² älterer Natur und eine gewisse diskriminierende Ausschlusspraxis gegenüber den "Nichtweissen" – oder besser gesagt den "Nichteuropäern" (Schwarze, indische Bevölkerungsgruppe und sogenannte Coloureds) –, herrschte auch schon früher im neunzehnten Jahrhundert in der britischen Kolonialgesellschaft der Kapregion und verstärkt nach der Gründung der Südafrikanischen Union 1910 durch die burischen Siedler und englischen Kolonialisten.⁹³ Unter Premierminister D. F. Malan wurde aber die Ideologie der Apartheid ab 1948 rigide institutionalisiert bzw. kodifiziert. Die sich seit ihrem Auszug aus der Kapregion (Grosser Trek) in den dreissiger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts und nach

92 *Apartheid* selbst ist kein genuines Wort des Afrikaans. Das Afrikaans kannte anfangs des zwanzigsten Jahrhunderts nur das Adjektiv *apart* (getrennt) als Lehnwort des Französischen. Der früheste Beleg für die Verwendung des Begriffs als Übersetzung des englischen Wortes *segregation* stammt aus einer 1938 gehaltenen Rede des späteren Premierministers J. G. Strijdom. Vgl. Bloomberg, *Christian-Nationalism and the Rise of the Afrikaner Broederbond in South Africa 1918-48*, Indianapolis 1989, S. 135.

93 U. a. Bestrafung von "Nichtweissen" bei Bruch Arbeitsvertrag ab 1856 [*Master and Servants Act*]; Verbot des Waffenverkaufs an "Nichtweisse" 1878 [*Peace Preservation Act*]; Passgesetze für "Nichtweisse" im Bergbau 1879 [*Vagrancy Act*]; Erschwerung des Wahlrechts für "Nichtweisse" in Kapregion 1887 [*Franchise and Ballot Act*]; erste Formen städtischer Segregation 1904 [*Native Locations Act*]; Passgesetze für indische Bevölkerungsgruppe 1907 [*Asiatic Law Amendment Act*]; definitive Segregation am Arbeitsplatz und Verwehrung des Zugangs zur Facharbeit für Schwarze 1911 [*Mines and Work Act*]; Einführung des Systems der Wanderarbeit 1911 [*Native Labour Regulation Act*]; Beginn der Reservatspolitik bzw. sogenannten territorial getrennten Entwicklung 1913 [*Native Land Act*]; städtisches Niederlassungsverbot für Schwarze und landesweiter Passzwang 1923 [*Native (Urban Areas) Act*]; Schutz der Weissen, Inder und Coloureds vor schwarzer Arbeitskonkurrenz 1924 [*Industrial Conciliations Act*]; Verbot der geschlechtlichen Beziehungen zwischen Weissen und Schwarzen 1927 [*Immorality Act*]; Ermächtigung zur Umsiedlung der Schwarzen 1927 [*Native Administration Act*]; Ausschluss der Schwarzen von der direkten politischen Repräsentation in der Kapregion 1936 [*Representation of Natives Act*]; städtische Zuwanderungskontrolle für Schwarze 1937 [*Native Law Amendment Act (Influx Control)*]; Regelung des städtischen Aufenthaltsrechtes für Schwarze 1945 [*Native (Urban Areas) Consolidation Act*]; sowie Einschränkung der Bewegungs- und Handelsfreiheit der indischen Bevölkerungsgruppe 1946 [*Asiatic Land Tenure Act*]. Vgl. Sachs, und Bernstein, *Die Gesetze Südafrikas*, Bonn 1976; Sodemann, *Die Gesetze Südafrikas*, Bonn 1986; Simons, und Simons, *Class and Colour in South Africa 1850-1950*, London 1983; Wheatcroft, *The Randlords. The Men Who Made South Africa*, London 1986; sowie Fisch, *Geschichte Südafrikas*, München 1990.

dem burisch-britischen Krieg (1899-1902) als "auserwähltes Volk" perzipierenden Buren erhoben ihren vom Calvinismus inspirierten "exklusiven christlichen Nationalismus" zur Staatsreligion und das Afrikaans zur Nationalsprache; und zementierten die totale Rassentrennung (Apartheid) über imaginierte historische, religiöse, kulturelle und biologische Differenzen bzw. den "Gemeinsamkeitsglauben" an eine exklusive Herkunft wie auch exklusive Zukunft.⁹⁴ So hatte beispielsweise schon J. B. M. Hertzog, Premierminister der Südafrikanischen Union von 1924-1939, in den dreissiger Jahren unmissverständlich verkündet:

"As against the European the native stands as an eight-year-old against a man of mature experience – a child in religion, a child in moral conviction; without art and without science; with the most primitive needs and the most elementary knowledge to meet these needs (...). Differences exist in ethnic nature, ethnic custom, ethnic development and civilization and these differences shall long exist."⁹⁵

Unter Malan, der die Buren mit dem Schlagwort "bring together those who belong together" auch in Abgrenzung zu den britischstämmigen Südafrikanern einte, wurde Ende der vierziger Jahre der rassistische Paternalismus britischer Prägung als Apartheid neu verkleidet; um das Burentum ("Afrikanerdom") in seiner vermeintlichen Reinheit zu schützen.⁹⁶

"Through the urbanisation of our volk Afrikanerdom has largely lost its protected position spiritually as well as economically. White poverty, coupled with the advance of non-whites and taken together with manifold daily contacts in all fields and on virtually an equal footing, makes the struggle for racial purity ever more difficult (...). What hovers threateningly above us is nothing less than the (...) sliding down into semi-barbarism through bloodmixing and the disintegration of the white race."⁹⁷

Dabei wurde die Apartheid von den burischen Nationalisten wiederholt als "something better than segregation" bezeichnet, da mit diesem neuen Konzept angeblich keine Diskriminierung mehr verbunden sei: Malan charakterisierte bei seiner erstmaligen Verwendung des Begriffs Apartheid im Parlament 1944 selbige als eine zum Wohle aller Beteiligten gutgemeinte Politik der Gleichstellung ("which could mean equality but each on its own terrain"); und bezüglich der "Nichtweissen": "according to their character and ability."⁹⁸

In seiner Amtszeit von 1948 bis 1954 setzte Malan eine Vielzahl diskriminierender Gesetzgebungen gegenüber den "Nichtweissen" durch, die als Eckpfeiler der sogenannten "kleinen" Apartheid – der Rassentrennung im Alltag –, und der sogenannten "grossen" Apartheid – der territorial getrennten Entwicklung oder Bantustan- und Homelandpolitik –, gelten können:⁹⁹ U. a. 1949 die Verschärfung des Verbots von geschlechtlichen Beziehungen zwischen den Rassen von 1927 im *Immorality Amendment Act* und das Verbot gemischtrassiger Ehen im *Prohibition of Mixed Marriages Act*, mit der die ethnische Ehre der Buren über Endogamie propagiert wurde; 1950 erfolgte dann die mit den nationalsozialistischen Nürnberger Gesetzen über die "Reinheit der Rasse" von 1935 vergleichbare Kategorisierung aller Bürger nach rassischen Kriterien im *Population Registration Act* – u. a. Schwarze, Inder

⁹⁴ Zum Begriff des "Gemeinsamkeitsglaubens" vgl. Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1972, S. 237. Zur Genese der exklusiven burischen Identität vgl. Bloomberg, *Christian-Nationalism and the Rise of the Afrikaner Broederbond in South Africa 1918-48*, Indianapolis 1989; Furlong, *Between Crown and Swastika. The Impact of the Radical Right on the Afrikaner Nationalist Movement in the Fascist Era*, London 1991; sowie Merkofer, *Die Universalisierung des "Rassischen"*, Zürich 1996.

⁹⁵ Premierminister J. B. M. Hertzog; zitiert nach Moodie, *The Rise of Afrikanerdom. Power, Apartheid and the Afrikaner Civil Religion*, Berkeley 1975, S. 261.

⁹⁶ Olivier, *The Head of Government and the Party*, New York 1994, S. 87.

⁹⁷ Premierminister D. F. Malan; zitiert nach Giliomee, *The Leader and the Citizenry*, New York 1994, S. 107.

⁹⁸ Premierminister D. F. Malan; zitiert nach Giliomee, *The Leader and the Citizenry*, New York 1994, S. 115f.

⁹⁹ Vgl. auch Anhang VII.3.

und die "Residualkategorie" der Coloureds –, sowie die Aufteilung selbiger auf getrennte Gruppengebiete im *Group Areas Act*,¹⁰⁰ 1951 wurden im *Bantu Authorities Act* traditionelle politische Strukturen und regionale Selbständigkeiten (Bantustans) für die im *Population Registration Act* nach Stammeszugehörigkeit differenzierte schwarze Bevölkerungsgruppe (Zulu, Xhosa, Venda, Tswana etc.) festgeschrieben;¹⁰¹ die definitive Trennung der zentralen öffentlichen Einrichtungen (Krankenhäuser, Eisenbahnen, Autobusse, Parkbänke, Strände, Toiletten, Wartesäle etc.) nach Rassenzugehörigkeit erfolgte 1952 im *Reservation of Seperate Amenities Act*; und 1953 wurde mit dem *Bantu Education Act* das schwarze Schulwesen aus dem Unterrichtsministerium ausgegliedert und der erste Grundstein gelegt, für die Chancenungleichheit der Schwarzen im späteren Berufsleben.¹⁰²

Gegen die zunehmende Diskriminierung der "Nichtweissen" in Südafrika haben sich schon relativ früh Oppositionsbewegungen herausgebildet. 1912 wurde der multi-ethnische South African Native National Congress (SANNC) gegründet, der 1923 in African National Congress (ANC) umbenannt wurde.¹⁰³ Der ANC machte sich in seinen Anfängen mittels Petitionen für die Anliegen der unterdrückten Schwarzen stark und hatte noch nicht den Charakter einer breiten Massenbewegung wie in den späteren Jahrzehnten. Daneben formierte sich seit den zwanziger Jahren Widerstand gegen die Diskriminierung der "Nichtweissen" in der Kommunistischen Partei Südafrikas.¹⁰⁴ Zudem erzwang Mahatma Gandhi schon 1914 mit seiner Strategie des passiven Widerstandes (satyagraha) ein Abkommen mit der damaligen Regierung von General J. C. Smuts [*Indian Relief Act*], das die Lebensverhältnisse der seit dem neunzehnten Jahrhundert als "Fremdarbeiter" nach Südafrika eingewanderten Inder zeitweilig verbesserte (Steuern, Aufenthalts- und Eigentumsrechte).¹⁰⁵ Als Phase einer breiten Mobilisierung der von der weissen Minderheit unterdrückten "nichtweissen" Bevölkerungsmehrheit können aber die frühen fünfziger Jahre gelten. Nach dem Verbot der Kommunistischen Partei und "alles Kommunistischen" unter dem *Suppression of Communism Act* 1950,¹⁰⁶ war es vor allem der ANC, der zusammen mit dem in den vierziger Jahren gegründeten South African Indian Congress (SAIC) und anderen Anti-Apartheid-Organisationen in der multi-ethnischen Kongress-Allianz 1952 die ersten grossen Kampagnen des zivilen Ungehorsams im Geiste Gandhis gegen die ungerechten Apartheidgesetze organi-

-
- 100 Bunting, *The Rise of the South African Reich*, London 1964, S. 142f. 1967 wurde der *Population Registration Act* von 1950 ergänzt [*Population Registration Amendment Act*] und synkretisiert, d. h. nebst den sich als schwierig zu handhabenden biologischen Merkmalen (Hautfarbe, Haardichte etc.) wurden auch beliebige soziale Unterscheidungskriterien eingeführt: "Bei der Entscheidung, ob eine Person der Erscheinung nach offenkundig eine weisse Person ist oder nicht, sollen ihre Gewohnheiten, Bildung, Redeweise und Benehmen in Betracht gezogen werden." Sektion 1 des *Population Registration Amendment Act* von 1967; zitiert nach Sodemann, *Die Gesetze Südafrikas*, Bonn 1986, S. 25. Vgl. auch West, *Confusing Categories: Population Groups, National States and Citizenship*, Cape Town 1988, S. 103.
- 101 Vgl. Maré, und Hamilton, *An Appetite for Power. Buthelezi's Inkatha and South Africa*, Johannesburg 1987, S. 36.
- 102 U. a. wurden 1959 getrennttrassige Universitäten geschaffen [*Extension of University Education Act*]. Vgl. Sachs, und Bernstein, *Die Gesetze Südafrikas*, Bonn 1976; sowie Sodemann, *Die Gesetze Südafrikas*, Bonn 1986.
- 103 Vgl. Pampallis, *Foundation of the New South Africa*, Cape Town 1991.
- 104 An ihrer Jahreskonferenz von 1924 verkündete die Kommunistische Partei Südafrikas, ihr neues Leitmotiv: "our main revolutionary task is among the natives." Zitiert in Lodge, *Black Politics in South Africa since 1945*, Johannesburg 1983, S. 7. Vgl. auch Simons, und Simons, *Class and Colour in South Africa 1850-1950*, London 1983.
- 105 Vgl. Gandhi, *An Autobiography or The Story of My Experiments with Truth*, London 1982. 1946 wurde die Bewegungsfreiheit der indischen Bevölkerungsgruppe wiederum beschnitten, d. h. der Landkauf eingeschränkt und definiert, wo Handel und Gewerbe betrieben werden durfte [*Asiatic Land Tenure Act*].
- 106 Die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei wurde mit Gefängnis bis zu zehn Jahren gebüsst. Zudem ermöglichte dem Apartheidregime eine relativ breite Definition dessen, was "Kommunismus" oder "kommunistisch" überhaupt sei, alles und alle, die eine Veränderung des Status Quo in Südafrika anstrebten – d. h. Organisationen, Publikationen, Versammlungen und Einzelpersonen –, mit einem Bann zu belegen. Bis 1976 wurde der *Suppression of Communism Act* achtzigmal ergänzt. Vgl. Merkofer, *Die Universalisierung des "Rassischen"*, Zürich 1996, S. 227.

sierte.¹⁰⁷ Als Speerspitze dieser Aktionen fungierte die von Nelson Mandela, Walter Sisulu und Robert Sobukwe mitgegründete ANC-Jugendliga. Ein Höhepunkt dieser Zeit markiert der Volkskongress in Kliptown am 26. Juni 1955, an dem von der Kongress-Allianz die von der UNO-Menschenrechtserklärung von 1948 inspirierte Freedom Charter verabschiedet und die Kardinalforderung "One Man – One Vote" verschriftet wurde.¹⁰⁸ Zudem lässt sich in den fünfziger Jahren eine Radikalisierung innerhalb der erwähnten grossen südafrikanischen Oppositionsbewegungen feststellen; insbesondere bei der ANC-Jugendliga, die gegen die als zu reformistisch perzeptierte Mutterpartei rebellierte, und 1959 die Abspaltung der Afrikanisten vom ANC bzw. die Gründung des verstärkt nationalistisch ausgerichteten Pan Africanist Congress (PAC) durch Sobukwe inspirierte.¹⁰⁹

International geriet das Apartheidregime schon Mitte der vierziger Jahre zum ersten Mal grösser in die Schlagzeilen. Am 31. Oktober 1946 wurde auf Antrag von Indien das Thema der zunehmenden Diskriminierung der indischen Bevölkerungsgruppe in Südafrika auf die Agenda der UNO-Generalversammlung gesetzt und am 8. Dezember 1946 in eine erste Resolution gegossen; nämlich, dass die Behandlung von Indern in Südafrika die UNO-Charta nicht verletzen dürfe [A/RES/44 (I)].¹¹⁰ Am 2. Dezember 1950 betonte die UNO-Generalversammlung dann erstmals, dass die Apartheid auf einer Doktrin der Rassendiskriminierung beruhe [A/RES/395 (V)].¹¹¹ In der Folge etablierte die UNO eine spezielle Untersuchungskommission zum Thema Apartheid, die von 1953 bis 1955 mit diversen Berichten über die Lage in Südafrika informierte. Verstärkte internationale Beachtung sollte dem Apartheidregime jedoch erst anfangs der sechziger Jahre erteilt werden. Genauer gesagt: Nach dem Sharpeville-Massaker vom 21. März 1960, bei dem die Polizei auf schwarze Demonstranten, die gegen die verschärften Passgesetze demonstrierten, feuerte, und das über neunundsechzig Tote und hundertachtundsiebzig Verletzte forderte.¹¹²

In den späten fünfziger Jahren war die vom "Hauptarchitekten" der Apartheid, Premierminister Malan, 1948 angestossene Institutionalisierung der Diskriminierung der "Nichtweissen" kontinuierlich vorangetrieben worden. Unter J. G. Strijdom, dem Premierminister von 1954-1958, wurde 1956 die auf der britischen Tradition des neunzehnten Jahrhunderts basierende Repräsentation der Coloureds im Lokalparlament in Kapstadt abgeschafft [*Separate Representation of Coloured Voters Act*]; und 1957 die erwähnten Passgesetze für Schwarze eingeführt [*Urban Areas Amendment Act*]. Im gleichen Masse wie Malan machte Strijdom in den fünfziger Jahren klar, dass eine Gleichstellung und Gleichberechtigung der "Nichtweissen" unter burisch-britischer Herrschaft niemals angestrebt werden sollte. Denn angesichts der "schwarzen Übermacht" wurden nun von der burischen Regierung auch die britischstämmigen Südafrikaner in die exklusive Abgrenzung gegenüber den "Nichtweissen" miteinbezogen:

¹⁰⁷ Zur Kongress-Allianz gehörten nebst ANC und SAIC auch der 1953 gegründete Coloured Peoples Congress (CPC), der 1954 gegründete South African Congress of Trade Unions (SACTU) sowie der South African Congress of Democrats (SACOD), der 1952 von Mitgliedern der verbotenen Kommunistischen Partei mitgegründet wurde. Vgl. Pampallis, *Foundation of the New South Africa*, Cape Town 1991, S. 195.

¹⁰⁸ Vgl. Merkofer, *Die Universalisierung des "Rassischen"*, Zürich 1996, S. 148; sowie Pampallis, *Foundation of the New South Africa*, Cape Town 1991, S. 308.

¹⁰⁹ Vgl. Gerhart, *Black Power in South Africa. The Evolution of an Ideology*, Berkeley 1978.

¹¹⁰ Vgl. United Nations Departement of Public Information, *The United Nations and Apartheid 1948-1994*, New York 1994, S. 221. Vgl. im folgenden auch Anhang VII.3.

¹¹¹ "The General Assembly (...). Considering that a policy of «racial segregation» (Apartheid) is necessarily based on doctrines of racial discrimination." United Nations Departement of Public Information, *The United Nations and Apartheid 1948-1994*, New York 1994, S. 223 [Hervorhebungen im Original].

¹¹² 1957 verschärfte das Apartheidregime den *Native Law Amendment Act (Influx Control)* bzw. die Zuwanderungskontrolle von 1937 mit der Einführung von Passgesetzen für Schwarze [*Urban Areas Amendment Act*]. Vgl. Gerhart, *Black Power in South Africa. The Evolution of an Ideology*, Berkeley 1978.

"Our policy is that Europeans must stand their ground and must remain *baas* [Boss, Anm. PM] in South Africa. If we reject the *herrenvolk* idea and (...) if the non-Europeans are given representation and the vote and the non-Europeans are developed on the same basis as the Europeans, how can the Europeans remain *baas*? (...) Our view is that in every sphere the Europeans must retain the right to rule the country and to keep it a white man's country."¹¹³

Die Verhaftung und der darauffolgende Prozess gegen über hundertfünfzig Führer des ANC und anderer Anti-Apartheid-Organisationen im Dezember 1956 (Treason-Prozess) markiert zudem den Auftakt zu einer härteren Gangart des Apartheidregimes gegenüber den südafrikanischen Oppositionsbewegungen, die sich in den folgenden Jahrzehnten noch weiter intensivieren sollte.

Mit H. F. Verwoerds Machtantritt 1958 wurde dann das Projekt der sogenannten "grossen" Apartheid ausgebaut bzw. ab 1959 mit der Erweiterung des Selbstverwaltungsrechts der Bantustans umgesetzt [*Promotion of the Bantu Self-Government Act*].¹¹⁴ Verwoerd, ein ehemaliger Professor für angewandte Psychologie und Vorsitzender des soziologischen Departements der Universität Stellenbosch, diente schon unter seinem politischen Mentor Malan als Minister of Bantu Affairs und war aktiv an der Ausarbeitung des *Mixed Marriages Act*, des *Population Registration Act* und des *Group Area Act* beteiligt. In seine Amtszeit fällt der Versuch, den zunehmend diskreditierten Begriff Apartheid positiv umzuwerten, d. h. mittels neuen Wortschöpfungen wie "separate freedom" und "cultural pluralism" zu euphemisieren und den exklusiven Begriff der "Rasse" durch "Volk" und/oder "Ethnie" zu entschärfen.¹¹⁵ So verkündete beispielsweise M. D. C. De Wet Nel, Minister of Bantu Administration and Development im Kabinett Verwoerds, in einer Parlamentsrede vom 18. Mai 1959 bei der Vorstellung des *Promotion of the Bantu Self-Government Act*:

"The Zulu is proud to be a Zulu and the Xhosa proud to be a Xhosa and the Venda is proud to be a Venda, just as proud as they were hundred years ago. A lesson we have learnt from history during the past three hundred years is that these ethnic groups, the whites as well as the Bantu, sought their greatest fulfillment, their greatest happiness and the best mutual relations on the basis of separate and individual development."¹¹⁶

Im Zeichen des "Wind of Change", der anfangs der sechziger Jahre mit der Unabhängigkeit von Kamerun, Kongo-Brazzaville/Kongo, Gabun, Tschad und der Zentralafrikanischen Republik über den afrikanischen Kontinent wehte, war sich Verwoerd wohl bewusst, dass nur die Propagierung "unabhängiger" Homelands eine ansonsten unausweichliche Integration der schwarzen Bevölkerungsmehrheit unterbinden und eine zukünftige Machtteilung respektive Machtübernahme verhindern könne.¹¹⁷ Dabei propagierte Verwoerd das Projekt der sogenannten "getrennten" Entwicklung auch als Lösungsmodell für jegliche "Rassenkonflikte" weltweit; und forderte den "zivilisierten Westen" zum Schulter-schluss mit Südafrika vor der drohenden "schwarzen Gefahr" auf:

113 Premierminister J. G. Strijdom; zitiert nach Bunting, *The Rise of the South African Reich*, London 1964, S. 118 [Hervorhebungen im Original].

114 1963 wurde dann der gesetzliche Rahmen für die spätere "Unabhängigkeit" des ersten Homelands Transkei festgelegt [*Transkei Constitution Act*]; und in der Amtsperiode von Premierminister B. J. Vorster (1966-1978) dann die im *Population Registration Act* definierten einzelnen schwarzen Sprachgemeinschaften zu "Bürgern" ihrer Homelands erklärt [*Bantu Homelands Citizenship Act*].

115 Vgl. Merkofer, *Die Universalisierung des "Rassischen"*, Zürich 1996.

116 Minister M. D. C. De Wet Nel; zitiert nach Moodie, *The Rise of Afrikanerdom. Power, Apartheid and the Afrikaner Civil Religion*, Berkeley 1975, S. 266.

117 Vgl. Welsh, *The Executive and the African Population*, New York 1994.

"May the white man, may the white nations of the world (...) never lose their hold, intellectually and otherwise. If they try to abdicate and to surrender on our behalf, then in the long run the flood of color will not only overwhelm us but will reach their country in the years to come and eventually overwhelm them as well."¹¹⁸

Nach dem Sharpeville-Massaker und dem ersten Attentat auf Verwoerd 1960 kam der schwarze politische Widerstand in Südafrika gegen die Apartheid zunächst fast zum Stillstand. Mittels des *Unlawful Organisations Act* und diversen Zusätzen im alten *Suppression of Communism Act* wurden ANC, PAC, SAIC und die anderen Anti-Apartheid-Organisationen als "kommunistisch" gebannt und verboten; ihre Aktivisten verfolgt und unter Hausarrest gestellt.¹¹⁹ Als Reaktion auf diese Repression lancierte der nun verstärkt aus dem Exil in Lusaka operierende ANC am 16. Dezember 1961 seinen bewaffneten Flügel MK / Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation) und der PAC organisierte mit seiner Guerillatruppe Azanian Peoples Liberation Army (APLA) seine radikalere Variante einer Anti-Buren-Kampagne (Stichworte: "One Settler – One Bullet" und "Drive the White Men into the Sea"). In den ersten achtzehn Monaten nach seiner Gründung führte MK über zweihundert Sabotageaktionen gegen das Apartheidregime durch.¹²⁰ 1963 wurde dann das MK-Hauptquartier in Rivonia in Johannesburg von der Polizei ausgehoben und praktisch die gesamte ANC-Führerschaft verhaftet. Der weltweit Schlagzeilen machende Rivonia-Prozess gegen den schon 1962 verhafteten, und zu sechs Jahren Gefängnis verurteilten Mandela, und sieben andere "Terroristen" wegen Hochverrates (Sabotage), endet am 20. April 1964 mit lebenslangen Haftstrafen für Mandela und Sisulu; und sollte die südafrikanischen Oppositionsbewegungen nachhaltig schwächen. In seiner berühmten Verteidigungsrede forderte Mandela schon damals die Etablierung eines nicht-rassischen, multi-ethnischen und demokratischen Südafrika. Nach seiner Freilassung aus über siebenundzwanzig Jahren Haft wiederholte Mandela in seiner ersten öffentlichen Ansprache in Kapstadt 1990 seine Forderung von 1963:

"I have fought against white domination, and I have fought against black domination. I have cherished the ideal of a democratic and free society in which all persons live together in harmony with equal opportunities. It is an ideal which I hope to live for, and to see realized. But my lord, if needs be, it is an ideal for which I am prepared to die."¹²¹

Die sechziger Jahre sind diejenigen, in denen die Apartheid verstärkt international kritisiert wurde. Schon kurz nach dem Sharpeville-Massaker 1960 forderte der UNO-Sicherheitsrat in einer Resolution die südafrikanische Regierung auf, die Apartheid abzuschaffen [S/RES/134].¹²² Am 13. April 1961

118 Premierminister H. F. Verwoerd; zitiert nach Pelzer, *Verwoerd Speaks – Speeches 1948-1966*, Johannesburg 1966, S. 369.

119 1962 erfolgte die Erweiterung des *Unlawful Organisation Act* durch den *Sabotage Act*; wobei nun Sabotage als Kapitalverbrechen mit mindestens fünf Jahren Gefängnis geahndet wurde. Die südafrikanische Polizei war zudem ermächtigt, jede Person ohne Haftbefehl festzunehmen, die verdächtigt wurde, Informationen über Delikte mit politischem Charakter zu besitzen, und solche Personen anschliessend für Verhöre in Einzelhaft für einen Zeitraum bis zu neunzig Tagen festzuhalten [*Ninety-Days Law*]. 1965 erfolgte eine weitere Verschärfung [*Hundred and Eighty-Days Law*]. Vgl. Merkofer, *Die Universalisierung des "Rassischen"*, Zürich 1996, S. 228.

120 Grössere Sabotageaktionen des ANC waren u. a. 1980 gegen das staatliche Unternehmen SASOL (South African Stone and Oil Society) und 1982 gegen das Kernkraftwerk Koeberg gerichtet. Vgl. Adam, *Exile and Resistance: The African National Congress, the South African Communist Party and the Pan Africanist Congress*, Cape Town 1988.

121 Nelson Mandela; zitiert nach Meer, *Higher than Hope. The Authorized Biography of Nelson Mandela*. London 1990, S. 258. Vgl. auch Mandela, *Long Walk to Freedom*, London 1994.

122 "The Security Council (...). Calls upon the Government of the Union of South Africa to initiate measures aimed at bringing about racial harmony based on equality in order to ensure that the present situation does not continue or recur, and to abandon its policies of apartheid and racial discrimination." United Nations Departement of Public Information, *The United Nations and Apartheid 1948-1994*, New York 1994, S. 244f [Hervorhebungen im Original].

verurteilte die UNO-Generalversammlung die Apartheid als "reprehensible and repugnant to human dignity" [A/RES/1598 (XV)]; und spätestens ab Mitte der sechziger Jahre setzte sich innerhalb der UNO die Gleichsetzung der Apartheid mit dem Begriff "crime against humanity" durch, obwohl gewisse Mitgliedstaaten dagegen opponieren.¹²³ 1961 erhielt der ANC-Präsident Albert Luthuli, der schon Ende der fünfziger Jahre für einen weltweiten Konsumboykott ("People's Sanctions") von südafrikanischen Produkten aufgerufen hat, den Friedensnobelpreis; und sein Vorschlag von wirtschaftlichen Druckmassnahmen gegen das Apartheidregime eine erste internationale Anerkennung in der Ersuchung der UNO-Generalversammlung an die UNO-Mitgliedstaaten 1962, die diplomatischen und wirtschaftlichen Kontakte mit Südafrika einzustellen [A/RES/1761 (XVII)].¹²⁴ 1963 wurde dann vom UNO-Sicherheitsrat ein nicht bindendes Waffenembargo gegen Südafrika verhängt [S/RES/181 und S/RES/182], welches die USA und Grossbritannien übernahmen und auch in der Schweiz seinen Niederschlag fand.¹²⁵ Ab diesem Zeitpunkt verging praktisch kein Jahr mehr, ohne Verurteilung des Apartheidregimes oder Aufruf zur Einschränkung von Kontakten, und der Forderung nach Verschärfung von Druckmassnahmen gegenüber Südafrika seitens der UNO.¹²⁶

Ende der sechziger Jahre formierte sich an den südafrikanischen Universitäten in schwarzen Studentenkreisen eine neue Generation von Oppositionsbewegungen, die das Vakuum der exilierten und unter Bann gestellten ANC und PAC in den siebziger Jahren füllen sollte. Steve Biko gründete 1968 die South African Students Organisation (SASO), die als Vorläufer des Black Consciousness Movements (BCM) gelten kann und teilweise von der amerikanischen Black Power-Bewegung um

123 United Nations Departement of Public Information, *The United Nations and Apartheid 1948-1994*, New York 1994, S. 249f.

124 Vgl. United Nations Departement of Public Information, *The United Nations and Apartheid 1948-1994*, New York 1994, S. 251.

125 "The Security Council (...). Noting with concern the recent arms build-up by the Government of South Africa (...), *Regretting* that some States are indirectly providing encouragement in various ways to the government of South Africa to perpetuate, by force, its policy of apartheid." United Nations Departement of Public Information, *The United Nations and Apartheid 1948-1994*, New York 1994, S. 257 [Hervorhebungen im Original]. "The Security Council (...). *Solemnly calls upon* all States to cease forth with the sale and shipment of equipment and materials for the manufacture and maintenance of arms and ammunition in South Africa." United Nations Departement of Public Information, *The United Nations and Apartheid 1948-1994*, New York 1994, S. 270 [Hervorhebungen im Original]. Zwei Tage nach Verhängung des UNO-Waffenembargos [S/RES/182] verhängt auch die Schweiz am 6. Dezember 1963 ein Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial, nachdem ein Waffengeschäft der Oerlikon-Bührle mit Südafrika zu internationalen Protesten und erhöhtem parlamentarischen Druck geführt hat: U. a. Kleine Anfrage unabhängiger Nationalrat Werner Schmid, *Schweizerische Waffenlieferungen nach Südafrika*, 3.12.1963; sowie Dringliche Kleine Anfragen SP-Nationalrat Georges Borel und PdA-Nationalrat André Muret, *Livraisons d'armes suisse à l'Afrique du Sud*, 4.12.1963.

126 U. a. Aufforderung zur Freilassung aller politischen Gefangenen und Angeklagten im Rivonia-Prozess durch UNO-Generalversammlung 1963 [A/RES/1881 (XVIII)] und UNO-Sicherheitsrat 1964 [S/RES/190 und S/RES/191]; Ernennung des Sharpeville-Jahrestages zum "International Day for the Elimination of Racial Discrimination" durch UNO-Generalversammlung 1966 [A/RES/2142 (XXI)]; Aufruf der UNO-Generalversammlung an die drei wichtigsten Handelspartner Südafrikas (USA, Grossbritannien, Frankreich) verschärfte Massnahmen zu ergreifen 1966 [A/RES/2202 A (XXI)]; Verurteilung der Praktiken des Apartheidregimes durch UNO-Menschenrechtskommission 1967 [E/CN.4/RES/2 (XXIII)]; Aufruf zur Einschränkung kultureller, sportlicher und anderer Kontakte mit Südafrika durch UNO-Generalversammlung 1968 [A/RES/2396 (XXIII)]; Erneuerung des Aufrufs für ein Waffenembargo von 1963 und Verurteilung von Umgehungs- und Dreiecksgeschäften durch UNO-Sicherheitsrat 1970 [S/RES/282]; Aufruf zum Sportboykott gegen Südafrika [A/RES/2775 D] und zur Verurteilung der Homelandpolitik durch UNO-Generalversammlung 1971 [A/RES/2775]; sowie Anerkennung der südafrikanischen Oppositionsbewegungen als echte Repräsentanten der unterdrückten Bevölkerungsgruppen in Südafrika durch UNO-Generalversammlung 1973 [A/RES/3151 G (XXVIII)]. Vgl. United Nations Departement of Public Information, *The United Nations and Apartheid 1948-1994*, New York 1994; sowie Anhang VII.3.

Malcom X inspiriert war.¹²⁷ Die Black Consciousness wurde zum Schlagwort eines neuen schwarzen Bewusstseins – in positiver Abgrenzung zur als diskriminierend empfundenen Typisierung als "Nicht-weiße" durch das Apartheidregime –, und prägte den Mitte der siebziger Jahre aufflackernden Befreiungskampf in den schwarzen Townships und Schulen, der im Soweto-Aufstand vom 16. Juni 1976 gipfelte (Stichwort: "First Liberation – Then Education").¹²⁸ Die sich landesweit ausbreitende Protestbewegung ab Sommer 1976, die aus einer kleinen Schülerdemonstration in Soweto gegen die Einführung des Afrikaans als verbindliche Unterrichtssprache erwuchs, gut sechshundert Todesopfer forderte und am 12. September 1977 mit der Ermordung von Biko in Polizeigewahrsam einen weiteren unrühmlichen Höhepunkt erfuhr, rückte das Thema Apartheid in Südafrika noch stärker ins Zentrum des internationalen öffentlichen Interessens. Der seit der Ermordung Verwoerds 1966 als Premierminister amtierende, ehemalige Verteidigungsminister B. J. Vorster, der in den vierziger Jahren offen mit Nazi-Deutschland sympathisierte, und den Status Quo in Südafrika mit Polizeistaatmethoden weiter zementierte, sollte unter verstärkten Druck seitens der internationalen Staatengemeinschaft geraten.¹²⁹ Am 18. Juli 1976 tritt die von der UNO-Generalversammlung 1973 adoptierte *International Convention on the Suppression and Punishment of the Crime of Apartheid* in Kraft [A/RES/3068 (XXVII)]; am 26. Oktober 1976 erklärt die UNO-Generalversammlung die am gleichen Tag erfolgte "Unabhängigkeitserklärung" des Homelandes Transkei für ungültig [A/RES/31/6 A]; und am 9. November 1976 wird in einem *Programme of Action against Apartheid* die Einschränkung neuer Investitionen als gutes Druckmittel gegen das Apartheidregime bezeichnet [A/RES/31/6 K] und der 16. Juni 1976 zum "International Day of Solidarity with the Struggling People in South Africa" erklärt [A/RES/31/6 I].¹³⁰ Als stärkste Massnahme erwies sich das am 4. November 1977 vom UNO-Sicherheitsrat verhängte obligatorische Waffenembargo [S/RES/418], welches als einzige verbindliche – d. h. für alle UNO-Mitgliedstaaten bindende – Massnahme gegen das Apartheidregime in die Geschichte der UNO-Sanktionen gegen Südafrika eingehen sollte.¹³¹

Daneben wurden ab Frühling 1977 in den USA die sogenannten "Sullivan Principles" diskutiert – d. h. nicht bindende Verhaltensmassnahmen für amerikanische Konzerne, die in Südafrika operieren (u. a. Anti-Diskriminierungs-Richtlinien am Arbeitsplatz, gleicher Lohn für gleiche Arbeit für schwarze Angestellte etc.) –, und selbige dann innerhalb der Europäischen Gemeinschaft (EG) ab dem 20. Septem-

127 Vgl. Biko, *I write what I like*. London 1987; Woods, *Biko*, London 1987; Halisi, *Biko and Black Consciousness Philosophy*, Cape Town 1991; Alexander, *Black Consciousness: A Reactionary Tendency?* Cape Town 1991; sowie Sono, *Reflections on the Origins of Black Consciousness in South Africa*, Pretoria 1993.

128 Vgl. Merkofer, *Die Universalisierung des "Rassischen"*, Zürich 1996, S. 171ff; sowie Gerhart, *Black Power in South Africa. The Evolution of an Ideology*, Berkeley 1978.

129 U. a. Einschränkung der Versammlungsfreiheit ab zwei oder mehr Personen 1974 [*Riotous Assemblies Act*]; sowie Verbot für gewisse Organisationen, finanzielle Unterstützungen aus dem Ausland entgegenzunehmen 1974 [*Affected Organisations Act*].

130 Vgl. United Nations Department of Public Information, *The United Nations and Apartheid 1948-1994*, New York 1994.

131 "The Security Council (...). Convinced that a mandatory arms embargo needs to be universally applied against South Africa (...). 1. *Determines*, having regard to the policies and acts of the South African Government, that the acquisition by South Africa of arms and related *matériel* constitutes a threat to the maintenance of international peace and security; 2. *Decides* that all States shall cease forthwith any provision to South Africa of arms and related *matériel* of all types, including the sale and transfer of weapons and ammunition, military vehicles and equipment, paramilitary police equipment, and spare parts for the aforementioned, and shall cease as well the provision of all types of equipments and supplies and grants of licensing arrangements for the manufacture or maintenance of the aforementioned." United Nations Department of Public Information, *The United Nations and Apartheid 1948-1994*, New York 1994, S. 348 [Hervorhebungen im Original]. 1980 erneuert der UNO-Sicherheitsrat diese Forderung und ruft alle Mitgliedstaaten auf, das Waffenembargo von 1977 endlich zu implementieren [S/RES/473].

ber 1977 für europäische Firmen im Rahmen eines analogen "Südafrika-Kodex" in Kraft gesetzt.¹³² Ab anfangs 1978 starteten dann Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden als erste Länder überhaupt mit ihrem "Nordischen Aktionsprogramm" von einzelnen Wirtschaftsmassnahmen gegenüber Südafrika.¹³³ Dänemark (ab 1985) und Schweden (ab 1987) sollten später die einzigen Länder weltweit bleiben, die einen totalen Wirtschaftsboykott gegenüber dem Apartheidregime verhängten.¹³⁴

Mit der Wahl von P. W. Botha zum Premierminister 1978 gelangte nach Malan, Strijdom, Verwoerd und Vorster der fünfte burische Politiker an die Schalthebel der Macht, der die Apartheid in Südafrika massgeblich prägte. Unter P. W. Botha wurde die Idee der "Totalen Strategie" aller gesellschaftlicher Kräfte zur Verteidigung und Modernisierung der Apartheid und zur Abwehr der kommunistischen Bedrohung – ausgehend von der Sowjetunion und verkörpert durch den ANC – entwickelt.¹³⁵ Anfangs der achtziger Jahre wurde eine Verfassungsreform ausgearbeitet, deren Kernstück ein neues Dreikammerparlament darstellte; für die Einbindung der Inder und Coloureds in den politischen Prozess, d. h. getrennte Parlamente für Weisse (House of Assembly), Inder (House of Delegates) und Coloureds (House of Representatives). Die 1983 in einem exklusiven weissen Referendum angenommene neue Verfassung, die am 3. September 1984 in Kraft trat, wurde aber von der UNO wiederholt kritisiert.¹³⁶ Der Ausschluss der Schwarzen von jeglicher politischer Partizipation und die proportional nach der Bevölkerungsstärke zusammengesetzten Kammern, die eine Überstimmung des weissen House of Assembly durch die Kammern der Inder und Coloureds zusammen verunmöglichte, entlarvte die ganze Reform als Farce und als neues Instrument der Unterdrückung.¹³⁷ Bei den ersten Wahlen für das House of Delegates und House of Representatives im August 1984 beteiligten sich nicht einmal ein Fünftel aller Inder und Coloureds. Die Strategie, mittels neuer ethnischer Mittelschichten aus Indern und Coloureds eine breitere Front gegen die Kryptokommunisten des ANC und den Weltkommunismus im allgemeinen zu schmieden, erwies sich in den achtziger Jahren als Illusion. Die

132

Die "Sullivan Principles" umfasste sechs Grundsätze: – "Nonsegregation of the races in all eating, comfort, locker rooms, and work facilities; – Equal and fair employment practices for all employees; – Equal pay for all employees doing equal or comparable work for the same period of time; – Initiation and development of training programs that will prepare blacks, coloureds, and Asians in substantial numbers for supervisory, administrative, clerical and technical jobs; – Increasing the numbers of blacks, coloureds, and Asians in management and supervisory positions; – Improving the quality of employees lives outside the work environment in such areas as housing, transportation, and schooling, recreating, and health facilities." Beim "Südafrika-Kodex" der EG wurde zudem das Recht der schwarzen Arbeiterschaft auf eine unabhängige Gewerkschaftsbildung hervorgehoben. Interdepartementale Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika, *Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika*, Bern 1999, S. 39ff.

133

Das "Nordische Aktionsprogramm" umfasste bis Mitte der achtziger Jahre unter anderem die Einstellung von Bankanleihen und neuen Investitionen in Südafrika, den Stopp der Kooperation auf nukleartechnologischem Gebiet, das Verbot des Verkaufs von Krügerrand-Goldmünzen, die Streichung aller Flugverbindungen nach Südafrika sowie die Einschränkung jeglicher kultureller, wissenschaftlicher und sportlicher Beziehungen. Vgl. Interdepartementale Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika, *Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika*, Bern 1999, S. 41.

134

Als einzige wirtschaftliche Massnahme gegen das Apartheidregime in den siebziger Jahren richtete die Schweiz am 17. Januar 1974 im Bereich der bewilligungspflichtigen Kapitalexporte nach Südafrika einen "Plafond" in der Höhe von 240 Mio. SFR pro Jahr ein. 1980 wurde dieser "Plafond" auf 300 Mio. SFR angehoben. Vgl. Interdepartementale Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika, *Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika*, Bern 1999, S. 21.

135

Vgl. Geldenhuys, *The Head of Government and South Africa's Foreign Relations*, New York 1994, S. 277f.

136

U. a. Erklärung der UNO-Generalversammlung über die Unvereinbarkeit der neuen südafrikanischen Verfassung mit der UNO-Charta 1983 [A/RES/38/11]; sowie UNO-Sicherheitsrat erklärt südafrikanische Verfassung für ungültig 1984 [S/RES/554]. Vgl. dazu United Nations Departement of Public Information, *The United Nations and Apartheid 1948-1994*, New York 1994, S. 378 und S. 390.

137

Vgl. Van der Merwe, und Welsh, *Identity, Ethnicity and Nationalism as Political Forces in South Africa: the Case of Afrikaners and Coloured People*, London 1980; Monath, *Afrikaanertum im Staat und Wirtschaft Südafrikas*, Münster 1990; sowie Kotzé, und Greyling, *Political Organisations in South Africa A-Z*, Cape Town 1994.

von P. W. Botha in einer Sitzung der burischen National Party am 10. April 1987 präzisierte antikomunistische Strategie sollte sich als ineffektiv erweisen:

"When you give your neighbour, your Black neighbour, your Coloured neighbour, the opportunity of getting his own house, improving his own education, promoting his own community life, he will have something to defend against Communism. And people who have something to defend will fight at your side when the Communists try to conquer your country."¹³⁸

Nichtsdestotrotz stiess aber diese Legitimation bzw. das Deutungsmuster Südafrikas als "Pretorianer"-Garde des Westens im Kalten Krieg verstärkt auf reges Interesse in bürgerlichen und rechtsnationalen Kreisen des Westens:¹³⁹ U. a. in Deutschland bei der CSU (Christlich-Soziale Union) bzw. beim bayrischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauss und in der Schweiz bei der Freisinnigdemokratischen Partei (FDP), der Liberalen Partei der Schweiz (LPS) und vor allem der Schweizerischen Volkspartei (SVP). Auch die partielle Abschaffung der sogenannten "kleinen" Apartheid 1985 – u. a. *Mixed Marriages Act* von 1949 und *Immorality Act* von 1927/57 – und die Favorisierung des Begriffs "good neighbourliness" gegenüber dem der "Rassenbeziehungen" stellten nur oberflächliche "kosmetische Reformen" bzw. "symbolische Entrassifizierungen" unter der "Neo-Apartheid" P. W. Bothas dar.¹⁴⁰ Am 15. August 1985 wies Botha in seiner Rubikon-Rede an einem Kongress der National Party nämlich jegliche Forderungen nach einer totalen Abschaffung der Apartheid oder einer Abweichung vom eingeschlagenen Reformprozesses weit von sich:

"My Government and I are determined to press ahead with our reform programme. I believe that we are today crossing the Rubicon. There can be no turning back."¹⁴¹

Was der ANC für die fünfziger und frühen sechziger Jahre und das BCM für die siebziger Jahre verkörperten, bedeuteten die 1983 gegründete United Democratic Front (UDF) und die mit der Gründung der Dachorganisation Congress of South African Trade Unions (COSATU) ab 1985 erstarkten schwarzen Gewerkschaftsbewegungen für die achtziger Jahre: Sie waren allesamt Foren für eine breite Mobilisierung der unterdrückten schwarzen Bevölkerungsmehrheit.¹⁴² Im Gegenzug zu diesen Anti-Apartheid-Organisationen formierten sich in den sogenannten "Marionetten-Regierungen" der vermeintlich unabhängigen Homelands Transkei, Bophuthatswana, Venda und Ciskei (sogenannte TBVC-Staaten) – wie auch in den übriggebliebenen Bantustans – Gegenbewegungen, die eine durch die Apartheidpolitik begünstigte Ethnisierung des Politischen betrieben, mit der Administration Bothas kollaborierten und sich vor allem in der Endphase des Apartheidregimes um ihre Privilegien fürchteten.¹⁴³ Schon 1975 reaktivierte beispielsweise der Chiefminister des Bantustans KwaZulu, Mangosuthu Buthelezi, die alte, kulturell inspirierte Zulu-Bewegung Inkatha aus den zwanziger Jahren, und

138 Staatspräsident P. W. Botha; zitiert nach Scholtz, *Fighter and Reformer. Extracts from the Speeches of P. W. Botha*, Pretoria 1989, S. 33.

139 Frankel, *Pretorias Praetorians: Civil-Military Relations in South Africa*, Cambridge 1984.

140 Aufgehoben wurden unter P. W. Botha 1985 auch der *Prohibition of Political Interference Act* von 1968; sowie 1986 der *Native Law Amendment Act (Influx Control)* von 1937 und die Passgesetze [*Urban Areas Amendment Act*] von 1957. Vgl. Merkofer, *Die Universalisierung des "Rassischen"*, Zürich 1996, S. 116f.

141 Staatspräsident P. W. Botha; zitiert nach Scholtz, *Fighter and Reformer. Extracts from the Speeches of P. W. Botha*, Pretoria 1989, S. 20.

142 Vgl. Lodge, *Rebellion: The Turning of the Tide*, Cape Town 1991.

143 1988 verhinderten beispielsweise südafrikanische Truppen einen Putsch gegen den Homelandführer Lucas Mangope in Bophuthatswana; 1993 beteiligten sich diverse Homelandführer an der von der rechtsextremen Afrikaaner Weerstandsbeweging (AWB) und der Conservative Party (CP) gegründeten Freedom Alliance; und kurz vor den ersten demokratischen Wahlen 1994 wurde der Versuch von AWB-Truppen, Mangope mit Waffengewalt an der Macht zu halten vom Militär in Bophuthatswana niedergeschlagen. Vgl. auch Van Rooyen, *Hard Right. The New White Power in South Africa*, London 1994.

bezeichnete sich zunächst als legitimen Nachfolger des geschwächten und exilierten ANC. Nach der Distanzierung des ANC von der stark ethnisch geprägten Politik der Inkatha 1980 wurde Buthelezi zunehmend als reaktionäre Kraft im schwarzen Südafrika perzipiert und geriet mit seiner Inkatha in KwaZulu/Natal in eine blutige Fede mit der UDF.¹⁴⁴ Im Gegensatz zu den grossen südafrikanischen Oppositionsbewegungen (ANC, PAC, UDF etc.) distanzierte sich Buthelezi zudem wiederholt öffentlich von einem internationalen Südafrikaboykott:

"It is we Blacks who are now paying the price for sanctions and disinvestment which have not had the effect they were designed to have. It will be the Blacks who suffer the most if Pretoria is battered so that it retreats into a White-only laager";

und wurde diesbezüglich in Europa – u. a. auch in der Schweiz – von bürgerlichen und rechtsnationalen Politikern und Wirtschaftskreisen hofiert.¹⁴⁵

Die anfangs der achtziger Jahre vom exilierten ANC verkündete und vom UDF umgesetzte neue Devise "make the townships ungovernable" – da die Apartheid nicht reformierbar, sondern nur abschaffbar sei –, wurde unter P. W. Botha mit permanenten landesweiten Ausnahmezuständen beantwortet; und sollte dem Apartheidregime in der internationalen Öffentlichkeit eine dauerhafte Präsenz verschaffen.¹⁴⁶ Eine Folge davon war die weitere Verschärfung der wirtschaftlichen Boykottmassnahmen seitens der internationalen Staatengemeinschaft. Schon ab 1982 war die von südafrikanischen Oppositionsbewegungen gestartete Free Mandela-Kampagne von der britischen Anti-Apartheid-Bewegung internationalisiert worden. Mandela wurde Mitte der achtziger Jahre weltweit zum Symbol gegen die Apartheid, den Rassismus und jegliche Formen von Diskriminierung. Die Apartheidfrage erzielte eine ständige und prominente Präsenz in der internationalen politischen Öffentlichkeit und insbesondere den Massenmedien. Am 10. Dezember 1984 wurde zum zweiten Mal ein südafrikanischer Anti-Apartheid-Aktivist, Bischof Desmond Tutu, mit dem Friedensnobelpreis geehrt. Hohe Aufmerksamkeit erzielte das Apartheidregime in den USA, wo die Öffentlichkeit mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen durch die in der langen Tradition der Bürgerrechtsbewegung verwurzelte amerikanische Anti-Apartheid-Bewegung sensibilisiert wurde.¹⁴⁷

Am 7. Februar 1985 verhängte der US-Staat New York auf Druck der amerikanischen Anti-Apartheid-Bewegung einen Südafrikaboykott und unterbrach jegliche Geschäftsbeziehungen mit Banken und Unternehmen, die Beziehungen zum Apartheidregime pflegten. Die Citibank gewährte daraufhin Südafrika aus Imagegründen keine Anleihen mehr und PepsiCo verzichtete auf jegliche Beteiligungen in Südafrika.¹⁴⁸ Gut eine Woche nach Verhängung des Ausnahmezustandes in Südafrika wurde am 26. Juli 1985 vom UNO-Sicherheitsrat einer in der Geschichte des Südafrikaboykotts der UNO umfassender – jedoch für die UNO-Mitgliedstaaten nicht bindender –, wirtschaftlicher Massnahmenkatalog gegen das Apartheidregime verabschiedet [S/RES/569]: U. a. die Einstellung von Bankanleihen und neuen Investitionen in Südafrika; das Verbot des Verkaufs von Krügerrand-Goldmünzen, Computern und die Unterzeichnung neuer Kontrakte auf dem Gebiet der Nukleartechnologie; sowie die Ein-

144 Vgl. Maré, und Hamilton, *An Appetite for Power. Buthelezi's Inkatha and South Africa*, Johannesburg 1987; sowie Maré, *Brothers Born of Warrior Blood. Politics and Ethnicity in South Africa*, Johannesburg 1992.

145 Buthelezi, *South Africa Today: South Africa Tomorrow*, Egerkingen 1987, S. 8.

146 Der vom Apartheidregime am 21. Juli 1985 verhängte Ausnahmezustand in vierundvierzig Verwaltungsdistrikten wurde am 7. März 1986 zeitweise aufgehoben; am 12. Juni 1986 aber dann landesweit verhängt (ohne TBVC-Staaten) und jährlich bis und mit 1989 erneuert. Vgl. auch Anhang VII.3.

147 Vgl. Thomson, *Incomplete Engagement. U.S. Foreign Policy Towards the Republic of South Africa 1981-1988*, Aldershot 1996.

148 Vgl. Hull, *American Enterprise in South Africa. Historical Dimensions of Engagement and Disengagement*, New York 1990.

schränkung jeglicher kultureller und sportlicher Beziehungen.¹⁴⁹ Die Chase Manhattan Bank weigerte sich in der Folge südafrikanische Anleihen umzuschulden und am 1. September 1985 musste das Apartheidregime seine Zahlungsunfähigkeit gegenüber seinen internationalen Gläubigern bekannt geben.

Die aufwendige Repression der südafrikanischen Oppositionsbewegungen und die kostspieligen militärischen Operationen in den Frontstaaten Südafrikas (Moçambique, Angola, Namibia) zur Kommunismusabwehr hatten das Apartheidregime Mitte der achtziger Jahre in die Verschuldung getrieben. Zudem wirkten allmählich die wirtschaftlichen Boykottmassnahmen.¹⁵⁰ In der Folge sollten mehrere – u. a. von Fritz Leutwiler (ehemaliger Nationalbankpräsident der Schweiz und Verwaltungsratspräsident der ASEA-BBC) vermittelte – Umschuldungsabkommen zwischen der Administration Botha und den internationalen Gläubigerbanken dem Apartheidregime noch weitere Jahre Luft verschaffen; wie dies die UNO wiederholt kritisierte.¹⁵¹

Die Befürwortung wirtschaftlicher Massnahmen durch das amerikanische Repräsentantenhaus und den Senat am 9. September 1985, die sich auf die starke Lobbytätigkeit der Anti-Apartheid-Bewegung zurückführen lässt, zwang die Kalten Krieger um Präsident Ronald Reagan zu einem limitierten Südafrikaboykott (Einstellung von Bankanleihen). Es sollte aber noch gut ein Jahr vergehen, bis der Kongress gegen das Veto von Reagan am 2. Oktober 1986 effektive Wirtschaftssanktionen kodifizierte [*Comprehensive Anti-Apartheid Act*]: U. a. Verbot von Direktinvestitionen und Krediten; Importverbot von Uran, Eisen, Stahl, Textilien, Kohle, Krügergoldmünzen und landwirtschaftlichen Produkten; Aufhebung des Landrechts der South African Airways (SAA); sowie Verbot von Computerverkäufen und Unterzeichnung neuer Kontrakte auf dem Gebiet der Nukleartechnologie.¹⁵² Erst wenn der Ausnahmezustand in Südafrika aufgehoben, Mandela und alle anderen politischen Gefangenen freigelassen, alle Bevölkerungsgruppen zu demokratischen Wahlen zugelassen, Verhandlungen zwischen Vertretern der südafrikanischen Regierung und den Oppositionsbewegungen aufgenommen sowie der *Group Areas Act* von 1950/66 und der *Population Registration Act* von 1950/67 abgeschafft würden – so der *Comprehensive Anti-Apartheid Act* –, sollten die Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika wieder aufgehoben werden.¹⁵³

In Europa einigten sich zunächst zwölf Staaten der EG am 9. September 1985 auf ein Bündel von Sanktionen (Erdölembargo und Verbot der Zusammenarbeit im nukleartechnologischen Bereich); und ein Jahr später verhängte die EG Wirtschaftssanktionen gegenüber Südafrika: U. a. Verbot von Direktinvestitionen sowie Importverbot von Krügergoldmünzen und gewissen Eisen- und Stahlproduk-

149 "The Security Council (...). 6. Urges States Members of the United Nations to adopt measures against South Africa, such as the following: (a) Suspension of all new investments in South Africa; (b) Prohibition of the sale of krugerrands and all other coins minted in South Africa; (c) Restrictions on sports and cultural relations; (d) Suspension of guaranteed export loans; (e) Prohibition of all new contracts in the nuclear field; (f) Prohibition of all sales of computer equipment that may be used by the South African army or police; 7. Commends those States which have already adopted voluntary measures against Pretoria Government and urges them to adopt new provisions, and invites those which have not yet done so to follow their example." United Nations Department of Public Information, *The United Nations and Apartheid 1948-1994*, New York 1994; S. 392 [Hervorhebungen im Original].

150 Vgl. Orkin, *Introduction. The Case of Sanctions Against Apartheid*, Cape Town 1998.

151 U. a. kritisierte der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO bzw. deren Kommission für transnationale Gesellschaften am 4. September 1989 die Schweiz als einer der Hauptstützen des Apartheidregimes. Vgl. United Nations Department of Public Information, *The United Nations and Apartheid 1948-1994*, New York 1994.

152 Vgl. Baker, *The United States and South Africa. The Reagan Years*, New York 1989; sowie Thomas, *The American Predicament. Apartheid and United States Foreign Policy*, Aldershot 1997.

153 Vgl. Interdepartementale Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika, *Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika*, Bern 1999, S. 40.

ten.¹⁵⁴ Umfassende Wirtschaftssanktionen wurden 1985 auch vom Commonwealth beschlossen; und mit wenigen Ausnahmen (Taiwan, Israel und Schweiz) beteiligte sich die internationale Staatengemeinschaft im wesentlichen am von der UNO 1985 verabschiedeten wirtschaftlichen Massnahmenkatalog gegen das Apartheidregime [S/RES/569].¹⁵⁵

Am 14. August 1989 wurde P. W. Botha durch einen Herzinfarkt vorzeitig in den Ruhestand gezwungen. Als Nachfolger wurde im September 1989 der Mitte der achtziger Jahre im Kabinett Bothas als Minister of Home Affairs, National Affairs and National Education dienende F. W. De Klerk zum neuen Staatspräsidenten ernannt. Der stark religiöse und eher dem konservativen Flügel der burischen National Party zuzurechnende De Klerk versuchte in der Folge das in den siebziger Jahren begonnene Reformprojekt Bothas unter neuen weltpolitischen Vorzeichen ("Pretoriastroika") pragmatisch zu Ende zu führen. Denn begünstigt durch den Fall der Berliner Mauer und die friedlichen "refolutions" in den Ostblockländern – sprich den unblutigen Transformationen durch *Reformen* von oben als Antwort auf den Druck und die Forderung nach *Revolution* von unten –, wurde zunehmend auch die Option für eine "ausgehandelte Revolution" zwischen dem Apartheidregime, dem ANC und den anderen Anti-Apartheid-Organisationen attraktiv.¹⁵⁶ Schon relativ früh in den achtziger Jahre hatte sich das Wirtschaftsestablishment in Südafrika verstärkt gegen die rigide Apartheid(gesetzgebung) ausgesprochen und Kontakte mit dem exilierten ANC aufgenommen. Auch in De Klerks Einschätzung war Südafrika in eine Sackgasse geraten; "a dead-end street of increased unemployment and impoverishment that had begun in the early 1970s."¹⁵⁷ De Klerks anfänglich grosse Skepsis bezüglich einer Verhandlungsfähigkeit des als "kommunistisch" perzipierten ANC – eine Ansicht, die stark durch die Propaganda der "Totalen Strategie" unter P. W. Botha geprägt war –, sollte aber zunehmend entkräftet werden. Denn der ANC hatte seine Verhandlungswilligkeit im Rahmen der Mitte der achtziger Jahre begonnenen Geheimgespräche zwischen Mandela und der Administration Botha bestätigt.

Schon Ende 1989 hatten praktisch alle südafrikanischen Oppositionsbewegungen an einer Conference for a Democratic Future die Harare-Deklaration der OAU (Organisation of African Unity) adoptiert, welche die Schaffung eines nicht-rassischen, multi-ethnischen und demokratischen Südafrikas – mit Grundrechte-Charta, Landreform etc. – forderte, und Verhandlungen mit dem Apartheidregime nicht ausschloss. Auch die UNO-Generalversammlung wiederholte mit dem Machtantritt von De Klerk ihren Aufruf zum internationalen Südafrikaboykott [A/RES/44/27 C und A/RES/44/27 D], der erst beendet werden sollte, wenn Verhandlungen über das Ende der Apartheid aufgenommen würden.¹⁵⁸ Am

154 Vgl. Holland, *The European Community and South Africa. European Political Cooperation under Strain*, London 1988; sowie Holland, *European Union Common Foreign Policy. From EPC to CFSP Joint Action and South Africa*, New York 1995.

155 Vgl. Commonwealth Secretariat, *The Commonwealth Group of Eminent Persons: Mission to South Africa*, Commonwealth Report 1986; sowie Freeman, *All but one: Britain, the Commonwealth and Sanctions*, Cape Town 1998. Als einzige wirtschaftliche Massnahme gegen das Apartheidregime in den achtziger Jahren bildete die Schweiz 1986 eine interdepartementale Arbeitsgruppe zur "statistischen Überwachung" der Kapitalexporte nach Südafrika bzw. Verhinderung von Umgehungs- und Dreiecksgeschäften über die Drehscheibe Schweiz. Vgl. Interdepartementale Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika, *Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika*, Bern 1999, S. 21. Die Übernahme der Wirtschaftssanktionen der UNO [S/RES/569] oder die Einführung eines Courant normal (Einfrierung des Handels auf der Basis einer repräsentativen Periode) in den Wirtschaftsbeziehungen mit dem Apartheidregime stiess im Parlament wiederholt auf Ablehnung von bürgerlicher und rechtsnationaler Seite.

156 Vgl. Dahrendorf, *Reflections on the Revolutions in Europe. In a letter intended to have been sent to a gentleman in Warsaw*, London 1990, S. 5; sowie Sparks, *Tomorrow is Another Country. The Inside Story of South Africa's Negotiated Revolution*, London 1995.

157 Staatspräsident F. W. De Klerk; zitiert nach Welsh, *The Executive and the African Population*, New York 1994, S. 155.

158 Vgl. United Nations Departement of Public Information, *The United Nations and Apartheid 1948-1994*, New York 1994, S. 410f.

15. Oktober 1989 wurden Walter Sisulu und andere zu lebenslang verurteilte politische Gefangene freigelassen; und De Klerk verkündete in seiner Rubikon-Rede vom 2. Februar 1990, dass ANC, PAC und die Kommunistische Partei wieder zugelassen, politische Gefangene freigelassen und der Ausnahmezustand weitgehend aufgehoben werden soll. Die Freilassung des über siebundzwanzig Jahre im Gefängnis einsitzenden Mandelas am 11. Februar 1990 symbolisierte weltweit den Anfang vom Ende der Apartheid. Nach und nach wurden von der Administration De Klerk die rigiden Apartheidgesetze aufgehoben: U. a. im Juni 1990 der *Reservation of Seperate Amenities Act* von 1953; und ein Jahr später der *Group Areas Act* von 1950/66, der *Land Act* von 1936 und der *Population Registration Act* von 1950/67. Am 20. Dezember 1991 begannen die Mehrparteiengespräche (CODESA) zwischen der Regierung De Klerks und den südafrikanischen Oppositionsbewegungen über das Ende der Apartheid.¹⁵⁹

Anlässlich seiner Reise durch die USA und Europa im Juni 1990 plädierte Mandela wiederholt für eine Aufrechterhaltung des internationalen Südafrikaboykotts, solange die Apartheid nicht definitiv abgeschafft und der Weg frei sei, für demokratische Wahlen in Südafrika. Nach und nach wurden die Wirtschaftssanktionen aber von einzelnen Ländern gegenüber Südafrika aufgehoben, um De Klerk für seine "Pretoriastroika" zu belohnen: Zunächst durch den amerikanischen Präsidenten George Bush am 10. Juli 1991, wobei siebenundzwanzig US-Staaten und neunundachtzig US-Städte auf Vorschlag des ANC den Südafrikaboykott weiterhin aufrecht erhielten; dann 1992 durch die EG (u. a. Aufhebung des Importverbots für Krügerrand-Goldmünzen, Eisenerz und Stahl sowie Aufhebung des Erdölembargos und der Sanktionen im Bereich sportlicher und kultureller Kontakte).¹⁶⁰ Die UNO kritisierte anfangs der neunziger Jahre weiterhin die Umgehungen der Wirtschaftssanktionen und des Waffenembargos gegenüber Südafrika.¹⁶¹ Erst am 8. Oktober 1992 – nachdem Mandela die UNO dazu aufgefordert hatte –, verkündet die UNO-Generalversammlung die offizielle Beendigung der Wirtschaftssanktionen gegenüber Südafrika [A/RES/48/1]; mit Ausnahme des Waffenembargos.¹⁶²

Zwar hatte sich das "weisse Südafrika" in einem exklusiven Referendum am 17. März 1992 für die Fortsetzung des Friedensprozesses der Regierung De Klerk mit den Oppositionsbewegungen ausgesprochen und sich die National Party und der ANC anfangs 1993 auf die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit nach den ersten demokratischen Wahlen geeinigt. Die CODESA-Verhandlungen waren aber wiederholt gefährdet durch blutige Zwischenfälle, inszeniert durch die vermeintlichen Verlierer der "ausgehandelten Revolution": Im Juni 1992 marodieren Sympathisanten von Buthelezis ethnisch geprägter Zulu-Bewegung Inkatha Freedom Party (IFP) durch das Township Boipatong (fünf- undvierzig Tote); am 10. April 1993 wurde der Kommunistenführer Chris Hani von einem weissen Extremisten ermordet; und am 25. Juni 1993 versuchen Truppen der rechtsextremen Afrikaaner Weerstandsbewegung (AWB) den Tagungsort der CODESA in Johannesburg zu stürmen. Nichtsdestotrotz einigten sich die CODESA-Teilnehmer am 3. Juni 1993 auf ein Wahldatum für 1994; und die Verfassungskonferenz verabschiedete Ende 1993 eine neue Verfassung mit einer Grundrechte-Charta.

Die ersten freien demokratischen Wahlen in Südafrika im April 1994 wurden vom ANC – der ältesten südafrikanischen Oppositionsbewegung –, klar mit 62.6% der abgegebenen Stimmen gewonnen. Am 10. Mai 1994 erfolgte dann die Vereidigung Mandelas zum ersten schwarzen südafrikanischen Staatspräsidenten. Südafrika wurde nun wieder offiziell in die internationale Staatengemeinschaft integriert –

¹⁵⁹ Vgl. Meer, *The Codesa-File. Negotiating a non-racial Democracy in South Africa, 1989-March 1993*, Durban 1993.

¹⁶⁰ Ein Tag nach der Beendigung der amerikanischen Wirtschaftssanktionen gegenüber Südafrika hebt die Schweiz am 11. Juli 1991 den "Plafond" für Kapitalexporte nach Südafrika auf.

¹⁶¹ U. a. kritisiert das Sanktionskomitee des UNO-Sicherheitsrates am 29. September 1992 und am 4. März 1993 die Schweiz wegen der Lieferung von Pilatus PC-7-Flugzeugen nach Südafrika.

¹⁶² Vgl. United Nations Departement of Public Information, *The United Nations and Apartheid 1948-1994*, New York 1994, S. 480.

d. h. als Mitglied in die OAU aufgenommen; und die Mitgliedschaft im Commonwealth wurde erneuert –, und es begann ein weltweit einmaliger Prozess der Aufarbeitung der südafrikanischen Apartheidschatten im Rahmen der Wahrheits- und Versöhnungskommision (TRC), der bis ins neue Millennium dauern sollte und eine monetäre Wiedergutmachung für die Opfer der Apartheid ins Auge fasste.¹⁶³ Verstärkt sollten im Zuge davon auch wirtschaftliche und geheimdienstliche Verflechtungen zwischen der ehemaligen Apartheidelite und westlichen Verbündeten (auch in der Schweiz) seit den fünfziger Jahren enthüllt werden und in die internationalen Schlagzeilen geraten.¹⁶⁴

Am 25. Mai 1994 hob der UNO-Sicherheitsrat die letzte Boykottmassnahme gegen Südafrika auf – die Waffenembargos aus den sechziger und siebziger Jahren [S/RES/919] –, und strich das Thema Apartheid in Südafrika definitiv von seiner politischen Agenda [S/RES/930].¹⁶⁵

¹⁶³ Vgl. Truth and Reconciliation Commission (TRC) of South Africa, *The Final Report of the Truth and Reconciliation Commission (TRC)*, Johannesburg 1998.

¹⁶⁴ Vgl. stellvertretend Welsh, *Dangerous Deceits. The Secrets of Apartheid's Corrupt Bankers*, London 1999; sowie Burger, und Gould, *Secrets and Lies. Wouter Basson and South Africa's Chemical and Biological Warfare Programme*, Cape Town 2002.

¹⁶⁵ Vgl. United Nations Department of Public Information, *The United Nations and Apartheid 1948-1994*, New York 1994, S. 510 und S. 540f. Von der Schweiz wird das Ausfuhrverbot von Kriegsmaterial nach Südafrika am 21. Dezember 1994 aufgehoben.

IV.2 Phasen hoher medialer und parlamentarischer Resonanz in der Schweiz zum Thema Apartheid, Südafrika und die Schweiz

Verschiedene andere sozialwissenschaftliche Untersuchungen haben schon für die sechziger, siebziger, achtziger und neunziger Jahre erhöhte Thematisierungsintensitäten und verstärkte Kommunikationsverdichtungen in der schweizerischen Medienöffentlichkeit bezüglich dem Thema Apartheid und Südafrika und dem Verhältnis Schweiz-Südafrika zur Apartheidzeit diagnostiziert. Im Rahmen des Nationalfondsprojektes "Krise und sozialer Wandel – Analyse von Medienereignissen in der Schweiz" wurden die wichtigsten Kommunikationsereignisse in den Deutschschweizer Leitmedien Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Tages-Anzeiger (TA), Vaterland (VA) und Tagwacht (TW) seit 1910 sowie für den Blick (BK) seit 1960 eruiert und quantitativ hierarchisiert.¹⁶⁶ Mit derselben Methode analysierten diverse Nachfolgeprojekte auch Binnenorgane des rechtsextremen und rechtsnationalen politischen Milieus – u. a. Volk+Heimat, Schweizer Demokrat, Republikaner (RP) und Schweizerzeit (SZ) –, sowie des linksalternativen und traditionellen linken politischen Milieus – u. a. konzept, WochenZeitung (WoZ) und Vorwärts.¹⁶⁷ Dabei hat sich gezeigt, dass das Thema der Apartheid in Südafrika und die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zum Apartheidregime seit 1948 unterschiedlich hohe Aufmerksamkeiten in der schweizerischen Medienöffentlichkeit erfahren haben.¹⁶⁸

166

Die wichtigsten Kommunikationsereignisse wurden durch die Anzahl und die Länge der dazu redaktionell verfassten oder durch die Redaktion beauftragten Artikel im Stamnteil der Zeitungen rekonstruiert. Der Stamnteil umfasst den eigentlichen, "historischen" Zeitungskern ohne Beilagen und Sonderbeilagen. Hierarchisiert wurden die zwanzig grössten Kommunikationsereignisse pro Zeitung über die Länge in cm. Zur Methode vgl. ausführlichst Imhof, *Vermessene Öffentlichkeit – vermessene Forschung? Vorstellung eines Projektes*, Zürich 1993.

167

Für die rechten Binnenorgane vgl. das Forschungsprojekt "Fremdenfeindlichkeit und Fremdenangst: Zur Semantik des Fremden im öffentlichen Diskurs" des Soziologischen Instituts der Universität Zürich; sowie Eisenegger, und Karl, *Die Differenzsemantik der schweizerischen "Neuen Rechten" und des politischen Konservatismus*, Zürich 1995. Für die linken Binnenorgane vgl. das Forschungsprojekt "Das Fremde in der Schweiz im Spannungsfeld sprachregionaler Identität und sozialer Bewegungen" des Nationalen Forschungsprogrammes 39 "Migration und interkulturelle Beziehungen"; das Forschungsprojekt "Kulturdifferenz im Spannungsfeld öffentlicher politischer Kommunikation" der Stiftung Bevölkerung, Migration und Umwelt; sowie Meier, *Die Konstitution des Bösen*, Zürich 1998.

168

Im Rahmen des Nationalfondsprojektes "Krise und sozialer Wandel – Analyse von Medienereignissen in der Schweiz" und der erwähnten Nachfolgeprojekte wurde das Thema Apartheid und Südafrika (und zum grossen Teil auch die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit) in folgenden Jahren als Kommunikationsereignis in den Rängen 1-20 identifiziert: 1954: *Wirtschaftsaspekte Südafrikas*, NZZ [Rang 9]. 1960: *Apartheid in Südafrika*, NZZ [17] und Vorwärts [17]. 1966: *Apartheid in Südafrika*, TA [16]. 1971: *Südafrika – Apartheid unter Beschuss*, VA [12]. 1972: *Lage in Südafrika*, VA [13]. 1977: *Apartheid in Südafrika und Sanktionen des Westens*, TA [10]. 1982: *Südafrika-Boykott*, SZ [11]. 1983: *Südafrika im Aufbruch*, SZ [9]. 1984: *Kontroverse Südafrikaberichterstattung des Schweizer Fernsehen*, SZ [13]. 1985: *Unruhen in Südafrika*, SZ [2], TA [10] und VA [18]; sowie *Boykott gegen Südafrika*, TA [12]; und *Ausnahmezustand in Südafrika*, NZZ [4] und VA [9]. 1986: *Ausnahmezustand in Südafrika und Sanktionsfrage*, SZ [1], Volk+Heimat [5], TA [5], NZZ [6] und TW [8]. 1987: *Westliche Boykottmassnahmen und Reformprozess in Südafrika*, SZ [1]; sowie *Südafrika-Boykott und Anti-Apartheid-Bewegung*, WoZ [5]; und *Apartheid in Südafrika*, Vorwärts [8] und TW [14]. 1988: *Unruhen in Südafrika*, SZ [2] und TA [13]. 1989: *Reformprozess in Südafrika*, SZ [5]; sowie *Schweiz als Stütze der Apartheid*, Vorwärts [14]. 1990: *Reformprozess in Südafrika*, TA [4], SZ [5] und NZZ [11]. 1991: *Versöhnungs- und Reformprozess in Südafrika*, SZ [12], NZZ [15], Vorwärts [15] und TA [18]. 1992: *Politischer Wandel in Südafrika*, WoZ [7] und NZZ [16]. 1993: *Reformprozess in Südafrika und Vorbereitung der ersten Wahlen*, WoZ [8], TA [14], SZ [17] und NZZ [18]; sowie *Ermordung des KP-Generalsekretärs in Südafrika*, Vorwärts [14]. 1994: *Wahlen in Südafrika*, TW [9], TA [9] und VA [20]. 1997: *Südafrikanische Innenpolitik*, NZZ [13]. 1998: *Wahrheitskommission in Südafrika*, WoZ [11].

Vor allem anlässlich des Sharpeville-Massakers 1960, mit Beginn des Rivonia-Prozesses und des UNO-Aufrufs für ein Waffenembargo gegen Südafrika 1963 [S/RES/181 und S/RES/182], der Ermordung von Premierminister H. F. Verwoerd 1966, des Soweto-Aufstandes und der vermeintlichen "Unabhängigkeit" des ersten Homelands Transkei 1976, der Ermordung des Begründers der Black Consciousness 1977, Steve Biko, sowie der Wahl P. W. Bothas zum Premierminister 1978 war die Apartheid in Südafrika in den sechziger und siebziger Jahren ein kontinuierlich bearbeitetes Thema in den Leitmedien der Deutschschweiz; jedoch noch nicht mit ausgeprägten hohen Thematisierungsintensitäten und Kommunikationsverdichtungen. Dabei werden bis Mitte der achtziger Jahre insbesondere die *schweizerischen Beziehungen zum Apartheidregime in Südafrika* nur marginal fokussiert. Dies ändert sich aber spätestens mit Beginn der Reformphase unter P. W. Bothas "Neo-Apartheid" anfangs der achtziger Jahre, im Zeichen der Verfassungsreform zur Einführung eines Dreikammerparlamentes 1983/84 und der Abschaffung der sogenannten "kleinen" Apartheid 1985; sowie noch stärker mit der Verschärfung der internationalen wirtschaftlichen Massnahmen gegen das Apartheidregime Mitte der achtziger Jahre. Der UNO-Aufruf für Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika [S/RES/569] und P. W. Bothas Rubikon-Rede gegen eine totale Abschaffung der Apartheid 1985, sowie die Verhängung eines landesweiten Ausnahmezustandes und der effektive Beginn der amerikanischen und europäischen Wirtschaftssanktionen 1986 rücken das Thema Apartheid und Südafrika in der schweizerischen Medienöffentlichkeit verstärkt in Relation zu den vielfältigen Beziehungen der Schweiz zum rassistischen Apartheidregime: Nun werden die Schweiz-Besuche von prominenten Apartheidpolitikern und sogenannten "gemässigten" schwarzen Führern rege thematisiert und skandalisiert – u. a. P. W. Botha 1984 und 1988 sowie Mangosuthu Buthelezi 1985 und 1987 –, die mehrfachen Südafrikadebatten zur Sanktionenfrage im Parlament fokussiert und die Rolle der Schweizer Wirtschaft (Grossbanken, Konzerne etc.) als Stützen des Apartheidregimes kritisiert. Mit Beginn der "Pretoria-stroika" bzw. der Wahl von Staatspräsident F. W. De Klerk 1989 und der Freilassung von Nelson Mandela 1990 rücken die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit wiederum in den Hintergrund, sprich in den Schatten des Medienfokuses. Das Verhältnis Schweiz-Südafrika wird im Verlaufe des südafrikanischen Demokratisierungsprozesses anfangs der neunziger Jahre (Stichwort: erste demokratische Wahlen 1994) nur noch marginal anlässlich von gegenseitigen Staatsbesuchen thematisiert (u. a. Mandela 1997 und Bundesrat Flavio Cotti 1998). Dies ändert sich erst ab 1998/99 mit der erneuten und erhöhten Skandalisierung der schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit im Nachhall der Holocaustaffäre.

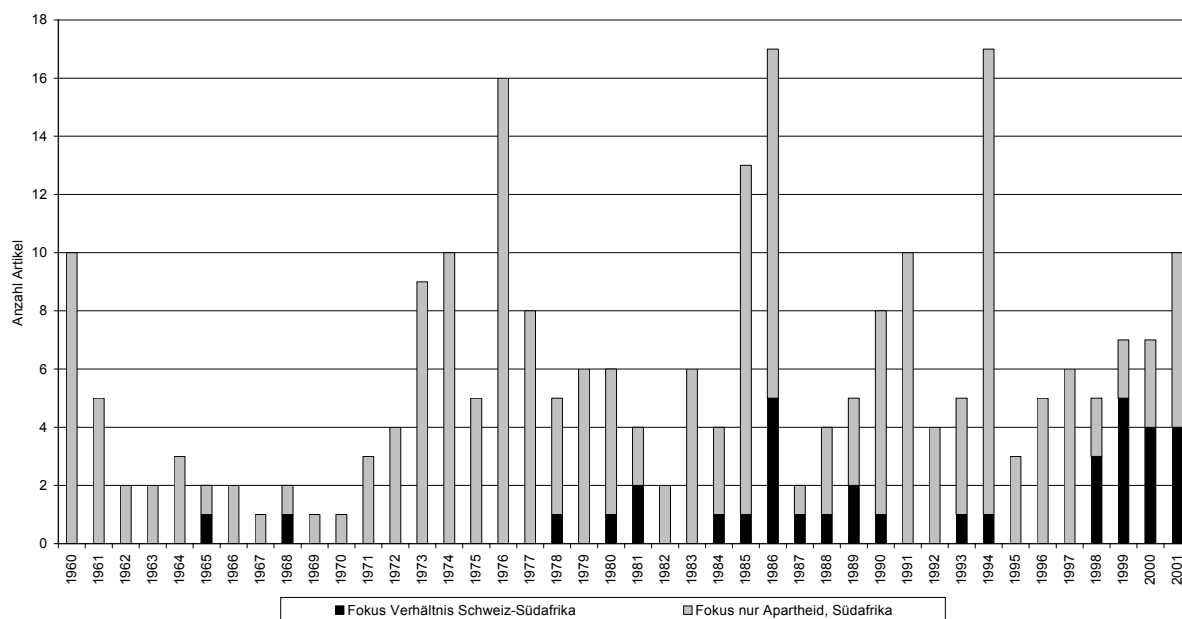
Eine im Vorfeld dieser Analyse erfolgte Vollsichtung aller relevanten Artikel zum Thema Apartheid und Südafrika und zum Verhältnis Schweiz-Südafrika bei einem repräsentativen Vertreter der Deutschschweizer Leitmedien, bei der Weltwoche, stützt die Resultate und Beschreibungen erhöhter Thematisierungsintensitäten und verstärkter Kommunikationsverdichtungen in der medialen Öffentlichkeit der erwähnten sozialwissenschaftlichen Untersuchungen. Der selbe Trend lässt sich vor allem anlässlich der genannten ausserordentlichen Ereignisse – und dann intensiver ab Mitte der achtziger Jahre –, auch bei der Weltwoche feststellen (vgl. Abbildung 2, Seite 50).¹⁶⁹

So nimmt die Weltwoche das Thema Apartheid und Südafrika verstärkt 1960 (Sharpeville-Massaker), 1976 (Soweto-Austand), 1985/86 (Hoch-Zeit des internationalen Südafrikaboykotts), 1990 (Freilassung Mandela) und 1994 (erste demokratische Wahlen) in den Fokus ihrer Berichterstattung. Demgegenüber findet das Verhältnis Schweiz-Südafrika bzw. die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit nur in der Hoch-Zeit des internationalen Südafrikaboykotts 1985/86 und in den darauffolgenden Jahren (Frage nach einer Beteiligung der Schweiz am Wirtschaftsboykott) sowie insbesondere ab 1998 erhöhte Resonanz.

169

Die folgenden Ausführungen stützen sich hauptsächlich auf Imhof, und Merkofer, *Kommunikationsereignisse Schweiz-Südafrika: Öffentliche Debatten im Kalten Krieg*, Zürich 2001.

Abbildung 2: Aufmerksamkeit für Apartheid, Südafrika und Verhältnis Schweiz-Südafrika in Weltwoche 1960-2001¹⁷⁰



Und zwar mit einer verstärkten Thematisierung der Schweizer Schatten der Apartheid anlässlich des Südafrika-Besuchs von Bundesrat Cotti 1998; und ab 1999 – nach der Verhaftung des in Südafrika die schweizerisch-südafrikanischen Geheimdienstverflechtungen zur Apartheidzeit recherchierenden wel- schen Journalisten Jean-Philippe Ceppis – mit neuesten Enthüllungen um den ehemaligen Chef des militärischen Nachrichtendienstes der Schweiz, Divisionär Peter Regli, zu seinen Kontakten zum Leiter des südafrikanischen B- und C-Waffenprogrammes der Apartheidära, Wouter Basson.¹⁷¹

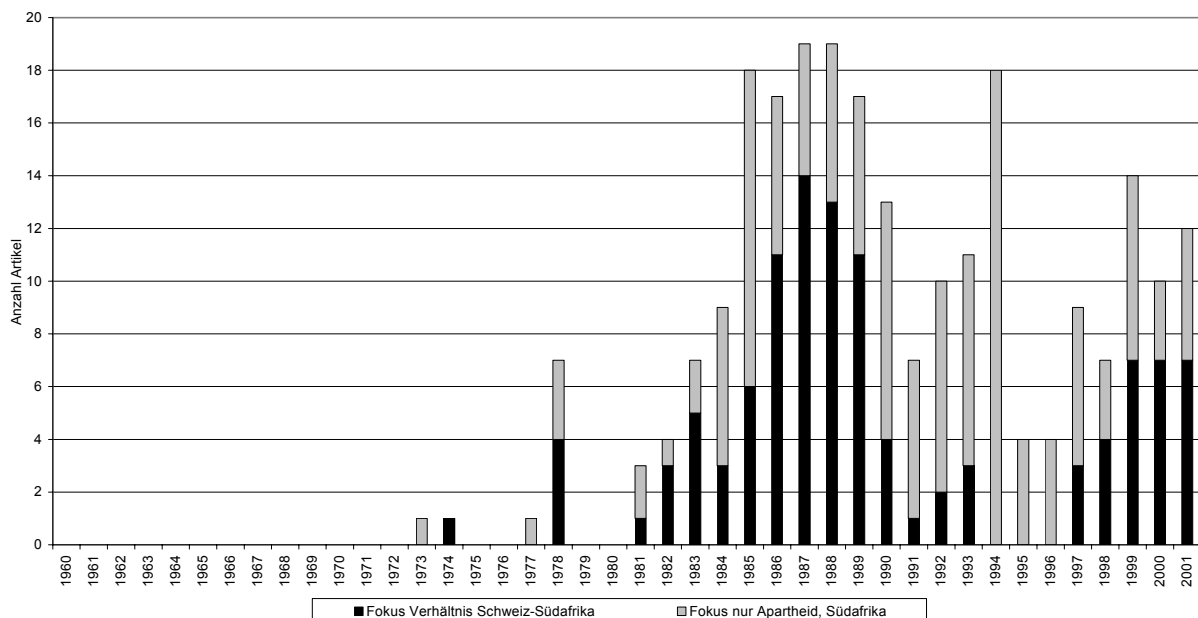
¹⁷⁰ Quantifiziert wurden alle Artikel des Stammteils der Weltwoche zum Thema Apartheid und Südafrika und zum Ver- hältnis Schweiz-Südafrika, die einerseits das 2/10-Längenkriterium und andererseits das Eigenleistungs- oder Forumskriterium des Nationalfondsprojektes "Krise und sozialer Wandel – Analyse von Medienereignissen in der Schweiz" erfüllten.

¹⁷¹ Die punktuelle Resonanz des Verhältnis Schweiz-Südafrika in der Weltwoche 1965, 1968, 1978, 1980, 1981, 1984, 1985, 1987-1990 sowie 1993 und 1994 (vgl. Abbildung 2, Seite 50) ist auf einzelne Artikel zurückzuführen und stellt noch keine Kommunikationsverdichtung im eigentlichen Sinne dar: Cornelius: "Heuchelei als Politik: Schweizer «Di- plomatie» am UIT-Kongress in Montreux", WE, 1.10.1965; SP-Nationalrat Jean Ziegler: "Afrika im Spiel der Welt- mächte", WE, 6.9.1968; Hans O. Staub: "Über Reptilienfonds gestolpert: Skandal im Informationsministerium erschüt- tert das südafrikanische Regime", WE, 15.11.1978; Peter Hartmeier: "Der Spion kam als Flüchtling: Südafrikas Ge- heimdienst unterwanderte Genfer Antiapartheid-Organisation", WE, 6.2.1980; SGB-Sekretär Beat Kappeler: "Rasch wirksam oder doppelt kontraproduktiv: Standpunkte zum Uno-Seminar über Südafrika in Zürich", WE, 8.4.1981; alt FDP-Nationalrat Theodor Gut: "Geduld und Hilfe statt Agitation", WE, 8.4.1981; Barry Streek: "Marc Rich und das Erdöl-Embargo gegen die Republik Südafrika: Retter in der Notlage – gegen Aufpreis", WE, 19.7.1984; Rita Fluba- cher: "Schwarz und Weiss – in Schwarzweiss nicht zu malen: Pio G. Eggstein – Der Mann, der die Interessen der Schweizer Wirtschaft im Apartheid-Staat Südafrika vertritt", WE, 19.9.1985; Andreas Flütsch: "Wie Schweizer Unter- nehmen in Südafrika ihre Position halten und ausbauen wollen: Gute Geschäfte, merkwürdige Verbündete", WE, 10.9.1987; Silvio Bertolami: "Schweiz und Südafrika: Neutralität von Fall zu Fall", WE, 20.10.1988; Rita Flubacher: "Kuba, UdSSR, Südafrika etc. – Wirtschaftssanktionen und warum sie nur in Spezialfällen zum Ziel führen: Lady Di und Prinz Charles sollen China bestrafen", WE, 29.6.1989; Margrit Sprecher: "Scheckfälscher der eine, Mörder der andere – die SBG hat in Südafrika höchst merkwürdige Leute in Diensten: Das Feigenblatt der Bank waren zwei fal- sche Bischöfe", WE, 7.9.1989; Jürgen Dubenbostel: "Zu Hause droht die Verstaatlichung, in London das Kartellamt:

Ein ähnliches Bild von Thematisierungsintensitäten und Kommunikationsverdichtungen zum Thema Apartheid und Südafrika und zum Verhältnis Schweiz-Südafrika lässt sich auch für das bedeutenste mediale Sprachrohr der Apartheidkritiker, für die linksalternative WochenZeitung und deren Vorläufermedium, das konzept, eruieren (vgl. Abbildung 3, Seite 51).

Nicht im gleichen Umfang wie bei der wöchentlich erscheinenden Weltwoche – aber trotzdem beachtlich –, sind auch in der umfangmässig kleineren Studentenzeitschrift konzept der Soweto-Aufstand 1976 und die darauffolgenden repressiven Jahre in Südafrika schon ein erhöhtes Thema. Eine gleich hohe Thematisierungsintensität wie in der Weltwoche erfahren in der WochenZeitung die Hoch-Zeit des internationalen Südafrikaboykotts 1985/86 folgende sowie die ersten demokratischen Wahlen und die Ernennung Mandelas zum ersten schwarzen Präsidenten Südafrikas 1994.

Abbildung 3: Aufmerksamkeit für Apartheid, Südafrika und Verhältnis Schweiz-Südafrika in konzept und WochenZeitung 1960-2001¹⁷²



Im Gegensatz zur Weltwoche wird aber in denen dem politischen Milieu der schweizerischen Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) nahestehenden Binnenorganen konzept und WochenZeitung jeweils der Fokus auf das Verhältnis Schweiz-Südafrika schon verfrühter geschwenkt und insgesamt intensiver und nachhaltiger thematisiert. In den siebziger Jahren findet die Lancierung der Petition *Renonciation*

Warum der Diamantenkonzern De Beers in die Schweiz kommt – Für Südafrikaner ist Luzern weit weg von London", WE, 15.3.1990; Sepp Moser: "Über Südafrika droht der Absturz: Nach dem Ja aus Bern bringen Konkurrenten Pilatus in Bedrängnis", WE, 17.6.1993; sowie Rolf Holenstein: "Wie Schweizer Wahlbeobachter für Südafrikas erste freie Wahlen ausgebildet werden: Besserwisser und Lehrmeister nicht gefragt", WE, 3.3.1994. Zur Definition von Kommunikationsverdichtungen (mindestens drei Artikel zum gleichen Thema oder Verhandlungsgegenstand) vgl. das Forschungsprojekt "Issue Monitoring: Ein Früherkennungssystem von Chancen und Risiken" des Forschungsbereiches Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) des Soziologischen Instituts der Universität Zürich; sowie Imhof, und Eisenegger, *Issue Monitoring: Die Basis des Issue Managements*, Wiesbaden 2001.

172

Quantifiziert wurden alle Artikel des Stamnteils des konzepts und der WoZ zum Thema Apartheid und Südafrika und zum Verhältnis Schweiz-Südafrika, die einerseits das 2/10-Längenkriterium und andererseits das Eigenleistungs- oder Forumskriterium des Nationalfondsprojektes "Krise und sozialer Wandel – Analyse von Medienereignissen in der Schweiz" erfüllten.

à la collaboration Suisse-Afrique du Sud von linksalternativen Lobbygruppen schon nachhaltig Resonanz im Konzept. In den achtziger Jahren wird das Verhältnis Schweiz-Südafrika von der WochenZeitung schon ab 1982, anlässlich des offiziellen Starts der Bankenboykott-Kampagne – organisiert von der Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt (AFP) –, fokussiert; und in den neunziger Jahren schon ab 1997, anlässlich des Schweiz-Besuchs von Staatspräsident Mandela und der Eingabe der Parlamentarischen Initiative *Schweiz soll Beziehungen zu Südafrika aufklären* der grünen Nationalrätin Pia Holenstein.¹⁷³ Dabei wird im Gegensatz zur Weltwoche in der WochenZeitung überwiegend und phasenweise fast nur das Verhältnis Schweiz-Südafrika zur Apartheidzeit beleuchtet. Mitte der achtziger Jahre sind dies vor allem die Skandalisierungen der Schweiz-Besuche von Staatspräsident P. W. Botha und die Rolle der Schweizer Grossbanken als Apartheidstützen, die Umschuldungsmission von Fritz Leutwiler ab 1985/86, Enthüllungen von Dreiecks- und Umgehungsgeschäften durch schweizerische Unternehmen – insbesondere Oerlikon-Bührle, Marc Rich-Firmen und ASEA-BBC; um nur einige zu nennen – sowie die kontroversen Arbeitsbedingungen in Schweizer Firmen mit Tochtergesellschaften in Südafrika (u. a. Schmidheiny-Gruppe); Ende der neunziger Jahre dann die unaufgearbeiteten Schweizer Apartheidschatten – angestossen durch die Publikation einer Apartheidschuldenstudie linksalternativer Lobbygruppen –, die Verhaftung Ceppis 1999 und die Lancierung einer Kampagne für eine Entschuldung und eine Entschädigung für das südliche Afrika.

Misst man für den gesamten Zeitraum von 1960-2001 die Thematisierungsintensitäten und Kommunikationsverdichtungen zum Thema Apartheid und Südafrika und zum Verhältnis Schweiz-Südafrika für das rechtsnationale politische Milieu der Antikritiker der schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit – dies am Beispiel der Schweizerzeit und ihrem Vorläufermedium Republikaner –, so zeigt sich ein etwas anderes Bild als in den Leitmedien (Weltwoche) und den linksalternativen Binnenorganen Konzept und WochenZeitung (vgl. Abbildung 4, Seite 53).

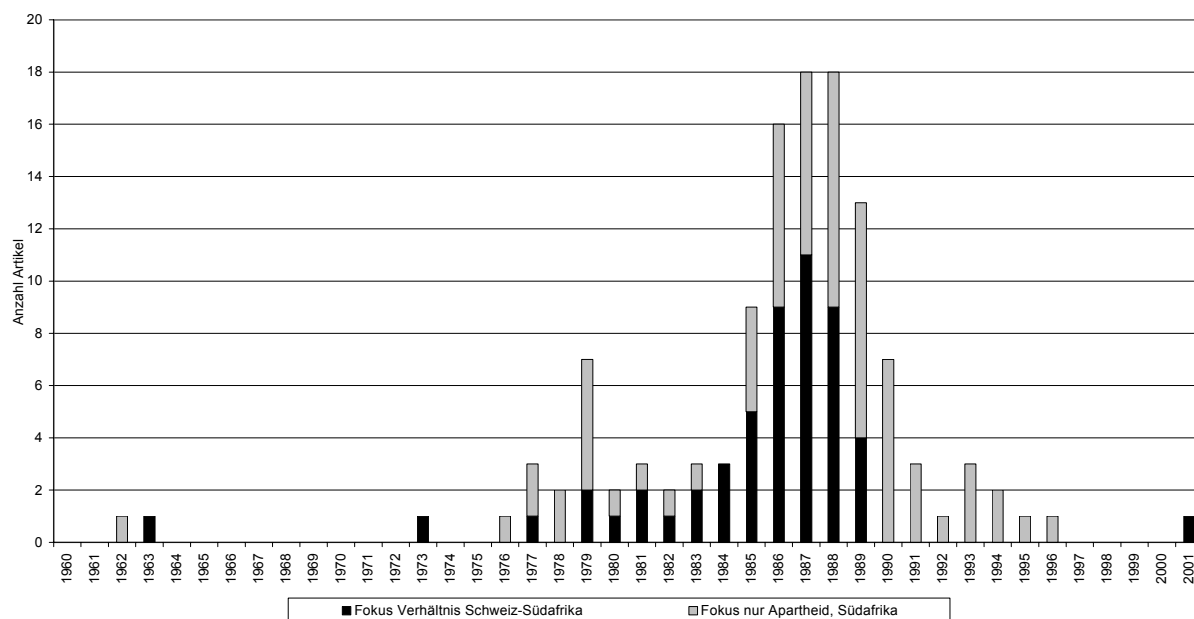
Zwar erfolgt auch hier im Gegensatz zur Weltwoche und analog zur WochenZeitung eine sehr frühe Thematisierung des Verhältnis Schweiz-Südafrika ab anfangs – und intensivere Fokussierung ab Mitte – der achtziger Jahre. Im Kontext der "Pretoriastroika" ab 1990/91 finden die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen hingegen keine Resonanz mehr; wie auch das Thema Südafrika an sich bzw. der Demokratisierungsprozess in den neunziger Jahren für sich zu keinen erhöhten Thematisierungsintensitäten und Kommunikationsverdichtungen in der Schweizerzeit mehr führen.¹⁷⁴

173 Die punktuelle Resonanz des Verhältnis Schweiz-Südafrika im Konzept 1974 und 1981 und in der WoZ 1991 und 1992 (vgl. Abbildung 3, Seite 51) ist auf einzelne Artikel zurückzuführen und stellt noch keine Kommunikationsverdichtung im eigentlichen Sinne dar: G. Poloebker: "Notwendige Informationen mit unnötigen Schwierigkeiten ... : Schweiz-Südafrika – Komplizen der Rassisten", Konzept, Nr. 10, Oktober 1974; Walter Bertschinger: "Uno kritisiert Schweizer Finanzgeschäfte mit Südafrika: Banken finanzieren Apartheid", Konzept, Nr. 4, April 1981; *uf.*: "Apartheidstaat sucht neue Kampfflugzeuge: Noch mehr PC-7 für Südafrika", WoZ, 15.2.1991; sowie Marguerite Misteli: "CH-ParlamentarierInnenreise nach Südafrika: Zum Zweck der «Normalisierung»", WoZ, 16.4.1992.

174 Die punktuelle Resonanz des Verhältnis Schweiz-Südafrika im Republikaner 1963, 1973 und 1977 und in der Schweizerzeit 1979-1983 und 2001 (vgl. Abbildung 4, Seite 53) ist auf einzelne Artikel zurückzuführen und stellt noch keine Kommunikationsverdichtung im eigentlichen Sinne dar: James Schwarzenbach: "Weiche Knie in Bern", RP, 12.12.1963; George d'Abadie: "Finanzieren Weltkirchenrat und HEKS Orgien?", RP 6.7.1973; Frau E. V.: "So erlebte ich Südafrika", RP, 4.2.1977; Ulrich Schlüer: "Unser Standpunkt", SZ, 19.4.1979; J. J. Olivier: "Hungersnot in Südafrika?", SZ, 16.8.1979; Club der Freunde Südafrikas (CFS): "Gebt Südafrika Zeit", SZ, 29.5.1980; Ulrich Schlüer: "Missbrauchte Neutralität", SZ, 3.4.1981; Hans Wittwer: "Nach Zürcher UNO-Seminar über Südafrika: Im Solde Moskaus", SZ, 16.4.1981; Pfarrer Hansjürg Stückelberger: "Offener Brief an die «Erklärung von Bern»: Christliche Versöhnung statt Hass und Angst", SZ, 26.11.1982; asa: "Der Schweizerische Evangelische Kirchenbund und Südafrika", SZ, 8.6.1983; sowie Ulrich Schlüer: "Bemerkungen zum «Fall Regli»: Über Giftmischer und Armee-Abschaffer", SZ, 9.11.2001.

Das Verhältnis Schweiz-Südafrika findet in der Schweizerzeit nur in der Hoch-Zeit des internationalen Südafrikaboykotts hohe Aufmerksamkeit: U. a. anlässlich der beiden grossen Südafrikadebatten im Nationalrat 1986 und 1988 sowie anlässlich der Schweiz-Besuche von "gemässigten" schwarzen Führern und Kritikern von internationalen Wirtschaftssanktionen (1987 Hazen Ntsanwisi, Chiefminister des Bantustans GaZankulu, und Zulu-Führer Mangosuthu Buthelezi, Chiefminister des Bantustans KwaZulu) sowie prominenten Apartheidpolitikern (1986 der damalige südafrikanische Erziehungsminister und spätere Staatspräsident F. W. De Klerk).

Abbildung 4: Aufmerksamkeit für Apartheid, Südafrika und Verhältnis Schweiz-Südafrika in Republikaner und Schweizerzeit 1960-2001¹⁷⁵



Mit dem Ende des Kalten Krieges verschwindet gewissermassen das Thema Apartheid und Südafrika und auch das Verhältnis Schweiz-Südafrika zur Apartheidzeit von der (innenmedialen) Agenda des rechtsnationalen politischen Milieu. Die Apartheidschatten flackern in der Schweizerzeit nur noch punktuell anlässlich von Medienenthüllungen über die schweizerisch-südafrikanischen Geheimdienstverflechtungen im Jahre 2001 auf. Doch dazu später noch mehr.

Die Thematisierungsintensitäten und Kommunikationsverdichtungen in der parlamentarischen Öffentlichkeit von 1960-2001 weisen einem analogen Verlauf auf wie in der Medienöffentlichkeit für die gleiche Zeitspanne (vgl. Abbildung 5, Seite 54).¹⁷⁶

175

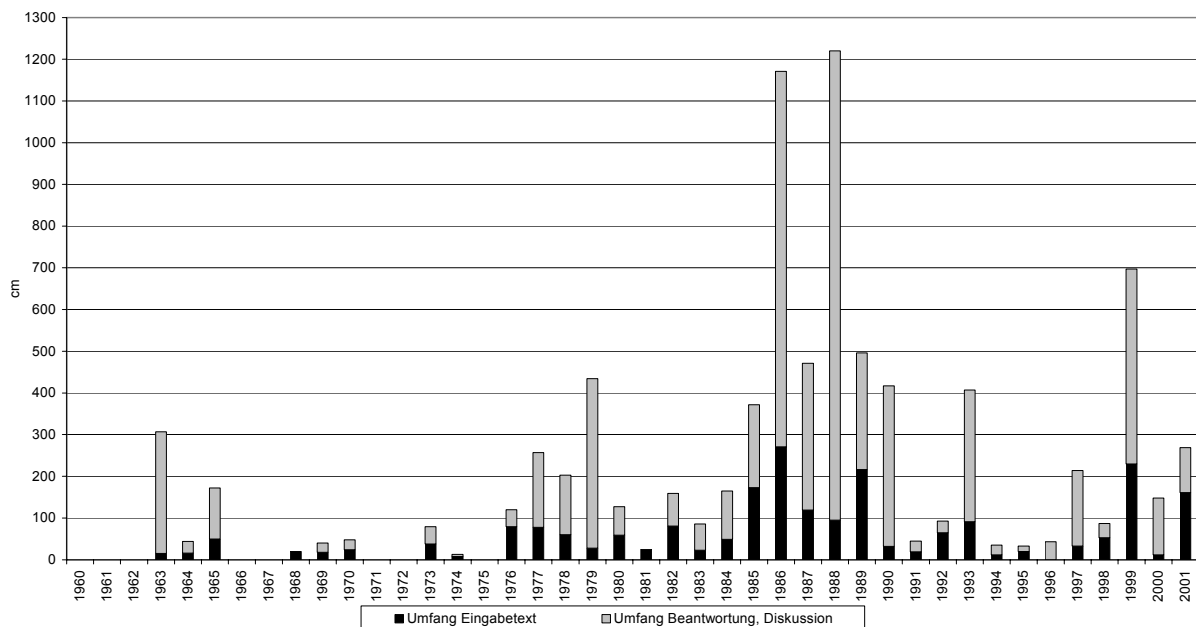
Quantifiziert wurden alle Artikel des Stammteils des Republikaners und der Schweizerzeit zum Thema Apartheid und Südafrika und zum Verhältnis Schweiz-Südafrika, die einerseits das 2/10-Längenkriterium und andererseits das Eigenleistungs- oder Forumskriterium des Nationalfondsprojektes "Krise und sozialer Wandel – Analyse von Medienereignissen in der Schweiz" erfüllten.

176

Zur allgemeinen und quantitativen Vergleichbarkeit von parlamentarischen Debatten mit Kommunikationsereignissen in den Medien vgl. ausführlichst das Forschungsprojekt "Die Schweiz in der Welt – die Welt in der Schweiz: Eine vergleichende Studie zu Bedrohungsaufbau und Bedrohungsverlust als Koordinaten schweizerischer Aussenpolitik" des Nationalen Forschungsprogrammes 42 "Schweizerische Aussenpolitik"; sowie Imhof, Ettinger, Kraft, Meier von Bock, und Schätti, *Die Schweiz in der Welt – die Welt in der Schweiz: eine vergleichende Studie zu Bedrohungsaufbau und Bedrohungsverlust als Koordinaten schweizerischer Aussenpolitik (1944-1998)*, Bern 2000.

Im Parlament erfährt die Apartheid in Südafrika und das Verhältnis Schweiz-Südafrika zunächst 1963 erstmals erhöhte Resonanz; mit dem Beschluss für ein Ausfuhrverbot von Kriegsmaterial nach Südafrika im Kontext der Verhängung eines UNO-Waffenembargos nach dem Sharpeville-Massaker 1960. Des weiteren zeichnen sich die Jahre 1979 – Behandlung der Petition *Renonciation à la collaboration Suisse-Afrique du Sud* der linksalternativen Lobbygruppen –, 1986 und 1988 – die zwei grossen Südafrikadebatten zum Südafrikaboykott respektive zur Einführung eines sogenannten "echten" Courant normal (inklusive alle Kapitalexporte und Goldhandel) gegenüber dem Apartheidregime –, sowie 1999 – Behandlung der Parlamentarischen Initiative *Aufarbeitung der Beziehungen zu Südafrika während den Jahren 1948-1994* der grünen Nationalrätin Pia Hollenstein –, durch eine rege Aktivität im Parlament aus (vgl. den Umfang der Beantwortung und der Diskussion der parlamentarischen Eingaben in Abbildung 5).

Abbildung 5: Parlamentarische Vorstösse und Debatten zum Verhältnis Schweiz-Südafrika 1960-2001¹⁷⁷



Gestützt auf die empirischen Resultate des Nationalfondsprojektes "Krise und sozialer Wandel – Analyse von Medienereignissen in der Schweiz" und der erwähnten Nachfolgeprojekte und die Voll-sichtung und Quantifizierung aller Artikel zum Thema Apartheid und Südafrika und zum Verhältnis Schweiz-Südafrika zur Apartheidzeit für die Weltwoche, die linksalternative WochenZeitung und die rechtsnationale Schweizerzeit – inklusive den Vorläufermedien konzept respektive Republikaner –, sowie aller die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen thematisierenden parlamentarischen Vorstösse im Zeitraum 1960-2001, lässt sich nun eine exaktere Bestimmung derjenigen Phasen vollziehen, in denen die apartheidkritischen und antikritischen Akteurspositionen hohe Resonanzen erzielten und diesbezüglich rekonstruiert werden sollen.

177

Quantifiziert wurden alle parlamentarischen Vorstösse (Parlamentarische Initiativen, Interpellationen, Postulate, Motionen, Einfache bzw. Kleine Anfragen, Petitionen, Fragen in der Fragestunde) zum Thema Apartheid und Südafrika und zum Verhältnis Schweiz-Südafrika differenziert nach Länge des Eingabetextes und Länge der Beantwortung und/oder Diskussion.

Die Rekonstruktion der *Beziehungen der Schweiz zum südafrikanischen Apartheidregime in der öffentlichen politischen Kommunikation der Schweiz 1960-2001* soll im folgenden mittels einer kategorialen Inhaltsanalyse vertieft in denjenigen drei Phasen, in denen das Verhältnis Schweiz-Südafrika in allen drei relevanten Öffentlichkeitsarenen (Leitmedien, Parlament und Binnenorgane von Lobbygruppen) hohe Aufmerksamkeiten erzielten, untersucht werden:

- *Phase 1: Soweto-Aufstand und folgende Jahre (1976-1980)*¹⁷⁸
- *Phase 2: Hoch-Zeit des internationalen Südafrikaboykotts (1985-1989)*¹⁷⁹
- *Phase 3: Schweizer Schatten der Apartheid (1997-2001)*¹⁸⁰

Dabei wurden ausgehend vom Jahr der jeweiligen auslösenden Schlüsselereignisse – Soweto-Aufstand 1976, UNO-Wirtschaftssanktionen [S/RES/569] 1985 und Einfache Anfrage *Schweiz soll Beziehungen zu Südafrika aufklären* im Nationalrat 1997 –, fünfjährige Phasen definiert, um eine grösstmögliche Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

Für die sechziger Jahre wurden die Perzeptionen zum Verhältnis Schweiz-Südafrika in den Leitmedien, im Parlament und in den autonomen Öffentlichkeiten des linksalternativen und rechtsnationalen politischen Milieus nicht quantifiziert. Dies weil einerseits – wie wir gesehen haben – die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen noch nicht die dominante Rolle in der öffentlichen politischen Kommunikation über die Apartheid gespielt haben (im Parlament lässt sich beispielsweise für diese Zeit praktisch nur die Waffenexportfrage zu dieser Thematik eruieren). Andererseits existierten in den sechziger Jahren die für die Theamtik relevanten linksalternativen und rechtsnationalen Lobbygruppen – Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) und Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa) – noch nicht. Generelle

¹⁷⁸ Die wichtigsten ausserordentlichen Ereignisse, die dem Verhältnis Schweiz-Südafrika nebst dem Soweto-Aufstand (16.6.1976) erhöhte Aufmerksamkeit in der schweizerischen Öffentlichkeit bescherten, waren in diesen Jahren: U. a. Treffen zwischen Premierminister B. J. Vorster und US-Aussenminister Henry Kissinger in Zürich (5.9.1976); Einführung "Südafrika-Kodex" durch EG (20.9.1977); Verhängung obligatorisches UNO-Waffenembargo (4.11.1977); Beginn "Nordisches Aktionsprogramm" (1978); Muldergate-Skandal in Südafrika (1978); Schweiz-Besuch Aussenminister Pik Botha (7.3.1979); sowie Nationalratsdebatte zur Petition *Renonciation à la collaboration Suisse-Afrique du Sud* (11.6.1979). Vgl. dazu und im folgenden Anhang VII.3.

¹⁷⁹ Die wichtigsten ausserordentlichen Ereignisse, die dem Verhältnis Schweiz-Südafrika nebst der Verhängung von wirtschaftlichen Massnahmen durch die UNO [S/RES/569] (26.6.1985) erhöhte Aufmerksamkeit in der schweizerischen Öffentlichkeit bescherten, waren in diesen Jahren: U. a. Beginn Umschuldungsverhandlungen zwischen Südafrika und internationalen Gläubigern (23.10.1985); Verhängung landesweiter Ausnahmezustand in Südafrika (12.6.1986); Verhängung Wirtschaftssanktionen durch EG (15.9.1986); Verabschiedung *Comprehensive Anti-Apartheid Act* durch USA (2.10.1986); erste grosse Südafrikadebatte im Nationalrat (19.12.1986); zweite grosse Südafrikadebatte im Nationalrat (10./15.3.1988); Schweiz-Besuch Staatspräsident P. W. Botha (11.10.1988); sowie Verkündung neues Umschuldungsabkommen für Südafrika (19.10.1989).

¹⁸⁰ Die wichtigsten ausserordentlichen Ereignisse, die dem Verhältnis Schweiz-Südafrika nebst der Einreichung der Einfachen Anfrage *Schweiz soll Beziehungen zu Südafrika aufklären* im Nationalrat (20.3.1997) erhöhte Aufmerksamkeit in der schweizerischen Öffentlichkeit bescherten, waren in diesen Jahren: U. a. Enthüllungen Geheimdienstverflechtungen zwischen Schweiz und Südafrika durch SonntagsZeitung (21.9.1997); Publikation Apartheidschuldenstudie linksalternativer Lobbygruppen (10.2.1999); Nationalratsdebatte zur Parlamentarischen Initiative *Aufarbeitung der Beziehungen der Schweiz zu Südafrika während den Jahren 1948-1994* (3.3.1999); Verhaftung Le Temps-Journalist Jean-Philippe Ceppi in Südafrika (5.3.1999); Publikation Südafrikabericht der Interdepartementalen Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika (1.10.1999); Publikation GPDel-Bericht zu Geheimdienstverflechtungen (1.12.1999); sowie neue Enthüllung zu Geheimdienstverflechtungen anlässlich Basson-Prozess in Südafrika (28.7.2001).

mediale und parlamentarische Perzeptionen und Einschätzungen aus dem linksalternativen und rechtsnationalen politischen Milieu in den sechziger Jahren wurden jedoch qualitativ berücksichtigt. Das gleiche gilt für die rechtsnationalen Lobbygruppen in der Phase 1976-1980 und der Phase 1997-2001. Hier konnte keine kategoriale Inhaltsanalyse durchgeführt werden, da die Anzahl der Artikel zum Verhältnis Schweiz-Südafrika, welche die Erhebungsrestriktionen erfüllten (Zentralitätskriterium, 2/10-Längenkriterium und Eigenleistungs- oder Forumskriterium) zu gering für eine sinnvolle Auswertung bzw. einen nützlichen Vergleich waren (vgl. Abbildung 6, Seite 56).

Abbildung 6: Überblick zum Total der Artikel und Beiträge zum Verhältnis Schweiz-Südafrika in den drei Vertiefungsphasen

	1976-1980	1985-1989	1997-2001
Neue Zürcher Zeitung	12	18	22
Tagwacht	5	16	–
Berner Zeitung	–	–	12
Vaterland	7	12	–
Neue Luzerner Zeitung	–	–	4
Tages-Anzeiger	20	78	41
Blick	–	11	5
Weltwoche	2	10	15
SonntagsBlick	2	7	12
SonntagsZeitung	–	8	18
Total Medienarena	48	160	129
Parlamentarische Vorstösse	19	50	30
Stellungnahmen, Antworten, Voten	39	122	55
Total Parlament	58	172	85
AAB-Nachrichten	33	94	49
Konzept	4	–	–
WochenZeitung	–	55	27
Total linksalternative Lobbygruppen	37	149	76
asa-bulletin	–	17	6
Republikaner	1	–	–
Schweizerzeit	3	38	1
Total rechtsnationale Lobbygruppen	4	55	7

V. Empirie: Die Beziehungen der Schweiz zum südafrikanischen Apartheid-regime in der öffentlichen politischen Kommunikation der Schweiz 1960-2001

"Die Schweizer gehören in der südafrikanischen Union zu den Ausländern, die sich eines bemerkenswerten Ansehens erfreuen und deren Einwanderung oder Beteiligung an neuen Gründungen oder an der Entwicklung industrieller Unternehmungen aufrecht gewünscht wird. Die Schweiz wird zwar oft mit Schweden verwechselt, und viele Südafrikaner haben von der Existenz unseres Landes nur eine blasse Ahnung (...). Persönliche Besuche auf unseren konsularischen Vertretungen und bei den Schweizerkolonien sowie Gespräche mit führenden Persönlichkeiten Südafrikas haben denn auch gezeigt, dass eine *Revision* und *Belebung* unseres *bisherigen Verhältnisses* zur Südafrikanischen Union notwendig ist, wenn wir der unerschöpflichen Möglichkeit dieses Landes teilhaftig und seiner künftigen Bedeutung gerecht werden wollen."¹⁸¹

In den vierziger und fünfziger Jahren ist das Verhältnis Schweiz-Südafrika in der öffentlichen politischen Kommunikation der Schweiz zunächst noch ein marginales Thema. Von den Medien fokussiert werden ausschliesslich institutionalisierte und ausserordentliche südafrikanische Ereignisse wie die Parlamentswahlen 1948 und 1958 und der Treason-Prozess von 1956-1961; sowie intensiv dann das Sharpeville-Massaker vom 21. März 1960 und das erste Attentat auf Premierminister H. F. Verwoerd einen Monat später.¹⁸² In der parlamentarischen Öffentlichkeit erzeugen die Beziehungen der Schweiz zum südafrikanischen Apartheidregime noch keine Resonanz; und es lassen sich keine relevanten öffentlichkeitswirksamen Aktionen von apartheidkritischen und antikritischen Lobbygruppen verzeichnen.

Im gleichen Jahr wie der Wahlsieg der burischen National Party im Mai 1948 und dem Beginn der Kodifizierung der Apartheid thematisiert aber die freisinnig-liberale NZZ als eine der wenigen Leitmedien schon ausgiebig die noch jungen Beziehungen der Schweiz zur Burenrepublik und plädiert für eine Ausweitung des Verhältnis, d. h. wirbt aktiv für eine Intensivierung der diplomatischen Kontakte und die Auswanderung von Schweizern nach Südafrika. Denn gemäss NZZ haben es viele "Schweizer in Südafrika, die etwa in den letzten zehn Jahren mit Fleiss und Energie ihrer Arbeit nachgingen, (...) zu ansehnlichem Wohlstand gebracht."¹⁸³ Die NZZ würdigt explizit die Schmidheiny-Gruppe, die "in friedlichem Wettbewerb allmählich ganz Südafrika zu erobern" scheint, und in ihrer Everite Ltd. "bereits dreihundert Weisse und achthundert Eingeborene beschäftigt." Südafrika würde ideale Möglichkeiten bieten; und wenn auch der Aufschwung der südafrikanischen Wirtschaft in den vierziger Jahren teilweise kriegs- und konjunkturbedingt gewesen sei, so verbleibe die Tatsache, dass die Indu-

¹⁸¹ H-n.: "Südafrika und die Schweiz", NZZ, 7.1.1948 [Hervorhebungen im Original].

¹⁸² Vgl. stellvertretend "Smuts zurückgetreten: Überraschende Wahlniederlage seiner Partei", TA, 29.5.1948; (reuter): "General Smuts tritt zurück: Die Endergebnisse der südafrikanischen Wahlen", VA, 29.5.1948; "Die Wahlniederlage Smuts", NZZ, 30.5.1948; Rn.: "Der Hochverratsprozess in Südafrika: Abschluss der Vorverhandlungen", NZZ, 17.2.1958; Rn.: "Der Wahlsieg der Nationalisten in Südafrika", NZZ, 10.5.1958; (upi): "Schwere Unruhen in Südafrika: Kampagne gegen den Passzwang für Neger", TA, 22.3.1960; (upi): "Schwere Unruhen in Südafrika", TW, 22.3.1960; "Die Welt empört über die Rassenpolitik", BK, 24.3.1960; E.S.: "Tag der Trauer in Südafrika: Wie es zu den grässlichen Schiessereien der Polizei kam", VA, 29.3.1960; John Lynne: "Die Schüsse von Sharpeville: Eine neue Phase der blutigen Geschichte Südafrikas hat begonnen", TA, 31.3.1960; (upi): "Der Fluch der bösen Taten in Südafrika", TW, 31.3.1960; Lorenz Stucki: "Das Kap der falschen Hoffnung", WE, 1.4.1960; (upi): "Attentat auf Premierminister Verwoerd: Der südafrikanische Regierungschef durch zwei Revolverschüsse schwer verletzt", TA, 11.4.1960; (upi): "Attentat auf den südafrikanischen Premierminister", NZZ, 11.4.1960; Alan Paton: "Die Hybris der Weissen", TA, 22.4.1960; "Schüsse in Johannesburg: Nur schwache Hoffnung auf Mässigung der Rassenpolitik", WE, 14.6.1960; sowie E.S.: "Eine Schlappe für Verwoerd: Der Freispruch des Afrikanischen Nationalkongresses", TA, 6.4.1961.

¹⁸³ H-n.: "Südafrika und die Schweiz", NZZ, 7.1.1948. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

strialisierung und der Handelsverkehr mit dem Ausland stark zugenommen und noch lange nicht einen Sättigungsgrad erreicht habe. Als "peinlich" erachtet die NZZ die Haltung des Bundesrates, der im Oktober 1945 – "also vor mehr als zwei Jahren" – die Errichtung einer schweizerischen Gesandtschaft in Pretoria ankündigte, den Entschluss dann aber immer hinausschob: Denn "wenn die Schweiz den mächtig einsetzenden Konkurrenzkampf bestehen will, muss sie in einem Land mit noch so bedeutenden, unerschöpflichen Möglichkeiten diplomatisch vertreten sein." Zur "Popularisierung der Schweiz" habe demgegenüber schon viel eine Equipe des Eidgenössischen Turnervereins beigetragen, die auf Einladung Südafrikas eine mehrere Monate dauernde Tournee zur Einführung des Geräteturnens und der rhythmischen Gymnastik unternahm. Laut NZZ muss aber in jeder Hinsicht noch viel getan werden; insbesondere beim Ausbau der wirtschaftlichen Kontakte:

"Und was am wichtigsten für die Beziehungen zwischen der Südafrikanischen Union und der Schweiz ist: jedes schweizerische Unternehmen, das sich durch Qualität, Präzision, Zuverlässigkeit und überzeugende Organisation auszeichnet, findet in Südafrika dankbare Resonanz."

Nebst solchen vereinzelt Reportagen über das Schweizer Engagement in der Burenrepublik findet Südafrika in der NZZ in den frühen fünfziger Jahren vor allem in wirtschaftspolitischer Hinsicht als Anlagemöglichkeit für Kapitalinvestitionen erhöhte Beachtung. Regelmässig wird in grösseren Beiträgen über neue Kredite und Anleihen eines schweizerischen Bankensyndikats – bestehend aus Schweizerischem Bankverein (SBV), Schweizerischer Bankgesellschaft (SBG) und Schweizerischer Kreditanstalt (SKA) – berichtet, die in Südafrika "als *Vertrauensbeweis der Schweiz* in die weitere Entwicklung der südafrikanischen Union betrachtet" würden.¹⁸⁴ Um die südafrikanische Wirtschaft zu beurteilen, schickt die NZZ diesbezüglich 1954 gar ein "Mitglied ihrer Handelsredaktion" auf eine mehrwöchige Reise nach Südafrika.¹⁸⁵ Der Südafrika-Besuch und die daraus hervorgegangene Artikelserie "Südafrikanische Wirtschaftsprobleme" von Franz Aschinger (A.) diente einzig dem Zweck, die wirtschaftliche Entwicklungsdynamik am Kap der guten Hoffnung zu beleuchten und war – wie damals für die Wirtschaftsberichterstattung typisch – weitgehend unpolitisch.¹⁸⁶ Die einzige politische Einschätzung, welche die ganze Artikelserie aufweist, bezieht sich denn auch auf das Vertrauen des "Auslandskapitals" in die Stabilität des Apartheidregimes. Die Apartheid dahingehend sorgfältig abwägend hiess es:

"Was das Vertrauen des Auslandskapitals in die wirtschaftlichen Perspektiven am meisten beeinträchtigt, ist der Mangel an nationaler Einheit, der sowohl im bestehenden Gegensatz zwischen den beiden ethnischen Gruppen des nur zwanzig Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachenden europäischen Volksteils als besonders auch in den alle Lebensbezirke umfassenden Rassenschranken der «europäischen» und «nicht-europäischen» Bevölkerung, der völligen politischen Ausschaltung der Eingeborenenbevölkerung und ihrer selbst wirtschaftlich ungenügenden Integration zum Ausdruck kommt – und der von der gegenwärtigen Regierung durch ihre Apartheidspolitik noch gefördert wird."¹⁸⁷

184 (Cesafen): "Die schweizerische Anleihe an Südafrika", NZZ, 23.1.1952 [Hervorhebung im Original]. Vgl. auch "Schweizerischer Bankenkredit an Südafrika", NZZ, 10.2.1950; W.: "Der schweizerische Bankenkredit an Südafrika", NZZ, 27.2.1950; (Mitg.): "Eine schweizerische Anleihe an Südafrika", NZZ, 7.6.1950; "Anleihensverhandlungen mit Südafrika", NZZ, 22.1.1951; (Mitg.): "Schweizerisches Anleihen an Südafrika", NZZ, 10.1.1952; sowie "Die neue Schweizer Anleihe an Südafrika", NZZ, 22.2.1954.

185 A.: "Die schweizerischen Wirtschaftsinteressen in der Südafrikanischen Union", NZZ, 14.4.1954.

186 Vgl. A.: "Wirtschaft aus der Vogelschau I", NZZ, 23.4.1954; A.: "Wirtschaft aus der Vogelschau II", NZZ, 24.4.1954; A.: "Die neue Industrialisierungswelle", NZZ, 30.4.1954; A.: "Abhängigkeit von der Kapialeinfuhr", NZZ, 7.5.1954; A.: "Investitionen und Investitionspolitik", NZZ, 14.5.1954; A.: "«Goldene» Zahlungsbilanz", NZZ, 19.5.1954; A.: "Industrie ohne integrierte Arbeiterschaft", NZZ, 21.5.1954; sowie Franz Aschinger: "Das «Geheimnis» der wirtschaftlichen Expansion", NZZ, 27.5.1954.

187 Franz Aschinger: "Das «Geheimnis» der wirtschaftlichen Expansion", NZZ, 27.5.1954. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

Diese Kritik am Mangel an nationaler Einheit und dem daraus hervorgehenden Unsicherheitspotential führt aber nicht etwa zu einer klaren Distanzierung von der Apartheid. Vielmehr tritt ein Deutungsmuster hervor, das bis in die achtziger Jahre für bürgerliche und rechtsnationale Kreise charakteristisch ist; die Apartheid wird als notwendiges Übel im Modernisierungs- und Zivilisierungsprozess interpretiert:

"Dass eine Trennung der Rassen in sozialer Beziehung unter den in der Union noch bestehenden Verhältnissen wünschbar ist und dass einer noch nicht über das notwendige Verantwortungsgefühl verfügenden Eingeborenenbevölkerung auch nur beschränkte politische Rechte gegeben werden können, darüber dürften zwar wenig Meinungsverschiedenheiten bestehen; hingegen ist es kaum eine gute Politik, auf diesen Ebenen, wie das heute geschieht, das Rad noch zurückzudrehen."

Ausgiebig berichtet die NZZ dann im Dezember 1956 über die Gründung der als Handelskammer fungierenden Swiss-South African Association (SSAA) in Zürich, die sich "nicht nur auf den Aufbau der kulturellen und gesellschaftlichen Beziehungen" beschränken, sondern auch "einen *konkreten Beitrag zur Stärkung der wirtschaftlichen Bande* zwischen beiden Ländern" leisten soll.¹⁸⁸ Vielversprechend töne dabei, was der erste Präsident, Dr. A. Jann, bezüglich der wirtschaftlichen Erschliessung und Entwicklung dieses "mit bedeutenden Naturreichtümern gesegneten Landes" an der Gründungsversammlung der SSAA in Anwesenheit des südafrikanischen Wirtschaftsministers A. J. R. Rhijn verkündet habe. Dass es Südafrika zudem in Zukunft gelingen werde, "frei von unkontrollierbaren Leiden-schaften" die "Schaffung einer gerechten und tragfähigen Ordnung für das Zusammenleben der verschiedenen Rassen" zu errichten, bezweifelt die NZZ dabei nicht.

Für die nächsten paar Jahrzehnte verfolgt die NZZ mit hoher Regelmässigkeit und Intensität die diversen Veranstaltungen der SSAA; insbesondere dann, wenn prominente Apartheidpolitiker als Referenten teilnehmen (u. a. der südafrikanische Wirtschaftsminister Nicolaas Diederichs 1960 und 1963 sowie dessen Nachfolger, J. F. W. Haak, 1967).¹⁸⁹ Die ideelle Nähe der NZZ zur SSAA illustriert auch der Umstand, dass unter anderem der Wirtschaftsredaktor Franz Aschinger von Anbeginn Aktivmitglied dieser antikritischen Lobbygruppe war. Daneben treten zuweilen auch NZZ-Redaktoren als Gastredner bei der SSAA auf; wie beispielsweise Edmund Schwarzenbach, der an der Generalversammlung von 1969 über seine "Reiseeindrücke" aus dem faszinierenden Land im südlichen Afrika referiert.¹⁹⁰

Hohe Beachtung schenkt die NZZ aber den Auftritten von "gemässigten" schwarzen Führern bei der SSAA: So beispielsweise 1972 dem späteren Chiefminister des Bantustan GaZankulu, Hazen Ntsan-wisi, der "politischen Aktionen gewisser Missionen und *kirchlicher Kreise*, die sich gegen schweizerische Investitionen und industrielle Engagements in Südafrika wenden, (...) jegliche Rechtfertigung" abspricht;¹⁹¹ sowie im gleichen Jahr dem Zulu-Führer Mangosuthu Buthelezi, Chiefminister des Bantustans KwaZulu, der in seinem Vortrag zum Thema "Was können schweizerische Unternehmen zum Wohl meines Volkes beitragen?" offen für Schweizer Investitionen als Beitrag zum Abbau der Apartheid in Südafrika wirbt:

188 Ld.: "Die schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika: Gründung der Swiss-South African Association", NZZ, 4.12.1956 [Hervorhebung im Original]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

189 Vgl. stellvertretend (ag): "Besuch des südafrikanischen Wirtschaftsministers", NZZ, 31.10.1960; (ag): "Der südafrikanische Wirtschaftsminister in Zürich", NZZ, 7.11.1960; Ld.: "Wirtschaftsprobleme Südafrikas: Der südafrikanische Wirtschaftsminister in Zürich", NZZ, 20.5.1963; (ag): "Schweizerisch-südafrikanische Gesellschaft", NZZ, 30.9.1963; sowie C.L.: "Der südafrikanische Wirtschaftsminister in Zürich", NZZ, 6.11.1967.

190 Vgl. (ag): "Generalversammlung der Schweizerisch-Südafrikanischen Gesellschaft", NZZ, 24.6.1969.

191 (sda): "Entwicklungsprobleme in Südafrika: Ein schwarzer Befürworter der getrennten Entwicklung", NZZ, 21.11.1972 [Hervorhebung im Original].

"Eine Verminderung der ausländischen Wirtschaftstätigkeit, so erklärte der Zulu-Politiker [Buthelezi, Anm. PM], würde in der jetzigen Entwicklungsphase zahlreiche Schwarzafrikaner ihrer Arbeitsmöglichkeiten berauben. Er forderte aber schweizerische Investoren auf, nicht nur in dem den Weissen reservierten Teil Südafrikas *Industrien* aufzubauen, sondern auch *in den «Homelands» der Schwarzen*, um deren wirtschaftliche Unabhängigkeit von den weissen Südafrikanern zu fördern."¹⁹²

In der freisinnig-liberalen NZZ hat sich somit in den Jahren nach der Machtergreifung durch die buri-sche National Party und der Institutionalisierung der Apartheid 1948 schon relativ früh eine Berichterstattungsform über Südafrika eingespielt, welche sich in den folgenden Jahrzehnten noch weiter akzentuieren sollte: Im Zentrum der Analyse der Apartheid in Südafrika – wie auch des Verhältnis Schweiz-Südafrika –, stehen bei der NZZ immer wieder wirtschaftspolitische Implikationen, d. h. das liberale Deutungsmuster des graduellen, wirtschaftlichen Fortschrittes, welcher bestehende soziale Ungerechtigkeiten zwangsläufig nivellieren würde. Dass dabei den in Südafrika tätigen internationalen Unternehmen eine Schlüsselrolle als "Förderer freiheitlichen Wandels" zukomme, ist für die NZZ unbestritten.¹⁹³

¹⁹² P.H.: "Die Rolle schweizerischer Investitionen in Südafrika: Wünsche des Chiefministers von Zululand", NZZ, 13.12.1972 [Hervorhebungen im Original].

¹⁹³ Ebenda.

V.1 Institutionalisation der Apartheid und globale Ächtung nach Sharpeville 1960 und Soweto 1976: Die schweizerisch-südafrikanische Bruderschaft im Kalten Krieg

"Die Toten von Sharpeville und die Schüsse, die den Ministerpräsidenten der Südafrikanischen Union trafen, haben die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die unhaltbaren Verhältnisse in jenem Gebiet des Schwarzen Erdteils gelenkt. Sechzehn Jahre nach der Zerschmetterung des Nazismus werden dort die Rassengesetze Hitlers und seine Theorie von Herren- und Sklavenrassen angewendet."¹⁹⁴

"Denn es gehört in der Tat ein ungewöhnlich hoher Grad von Böswilligkeit oder Beschränktheit dazu, auch nur entfernt Parallelen zwischen dem nationalsozialistischen Rassenwahnsinn und der Politik Pretorias zu insinuieren. Eine unüberbrückbare Kluft tut sich auf zwischen einem Hitler, der eine verhasste «Rasse» vernichten wollte, und dem Professor Verwoerd, der mit einem ausserordentlichen Aufwand von gutem Willen, Geld und Geduld beweist, wie sehr ihm das Wohl der anderen Rasse seines Landes am Herzen liegt – auch auf die Gefahr hin, dass die durch diese Fürsorge geförderte Steigerung des Bevölkerungswachstums der Bantu seine Politik der ethnischen Sonderentwicklung nicht erleichtert."¹⁹⁵

In der Südafrikaberichterstattung der meisten anderen Tageszeitungen spielen im Vergleich zur NZZ die Beziehungen der Schweiz zum Apartheidregime in den vierziger und fünfziger Jahren – seien sie politischer, wirtschaftlicher oder auch kultureller Natur – noch keine grosse Rolle. Auch in den sechziger Jahren ist der Medienfokus mehrheitlich auf das Apartheidregime selbst gerichtet – insbesondere 1960 (Sharpeville-Massaker) und 1966 (Ermordung Premierminister H. F. Verwoerd) –, und weniger auf die zwischenstaatlichen Beziehungen.¹⁹⁶ Der früheste Zeitpunkt, bei dem in einer breiteren Öffentlichkeit – d. h. in mehreren Medien und dem Parlament –, erstmals verstärkt über das Verhältnis Schweiz-Südafrika debattiert wird, ist nach dem Sharpeville-Massaker, anlässlich von umstrittenen Waffenlieferungen der Oerlikon-Bührle an Südafrika. Daneben lässt sich aber auch ein verstärkter ideologischer Diskurs bezüglich einer Parteinahme respektive Nichtparteinahme für das weisse Minderheitenregime ab den sechziger Jahren feststellen – vor allem zwischen Vertretern der klassischen Parteipresse (u. a. NZZ, Tagwacht, Vorwärts) –, wobei dabei verstärkt die allgemeinen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika in den Fokus der Kritik und Antikritik geraten.

Schweizerische Waffenexporte nach Südafrika in der öffentlichen politischen Kommunikation der Schweiz in den sechziger Jahren:

Die Lieferung von sechsunddreissig 35-mm-Flabgeschützen inklusive Munition durch den Rüstungsbetrieb Oerlikon-Bührle an Südafrika im Wert von 45 Mio. SFR wird im Sommer 1963 zwar von den schweizerischen Behörden zunächst bewilligt, führt dann im Herbst gleichen Jahres aber zu verstärkten internationalen Protesten und parlamentarischen Eingaben für ein Waffenembargo gegenüber

¹⁹⁴ O.Sch.: "Millionen gegen die «Apartheid» in Südafrika", Vorwärts, 1.5.1960.

¹⁹⁵ "Südafrika in der Weltwirtschaft und Weltpolitik: Aus einem Vortrag von Professor Dr. Wilhelm Röpke", NZZ, 4.7.1964.

¹⁹⁶ Vgl. stellvertretend "Mord im Parlament: Südafrikas Regierungschef starb an drei Messerstichen", BK, 7.9.1966; Martin Speich: "Er war kein Fanatiker", BK, 7.9.1966; (ap): "Tod des südafrikanischen Ministerpräsidenten bringt keinen politischen Kurswechsel: Weisses ermordete Verwoerd im Parlament", TA, 7.9.1966; Samuel Plattner: "Unbeirrt verfolgte er die von ihm für richtig gehaltene Politik: Henrik Verwoerd – Symbol der Apartheid", TA, 7.9.1966; (ag): "Verwoerd ermordet: Attentat im Parlament von Kapstadt", NZZ, 7.9.1966; (ag): "Südafrikas Ministerpräsident Henrik Verwoerd ermordet: Ein Parlamentsbote griechischer Herkunft stach den Premier während der Parlamentssitzung nieder", VA, 7.9.1966; (upi): "Ein Verfechter der Apartheid ist tot: Verwoerd im Parlament ermordet", TW, 7.9.1966; sowie "Verwoerd-Mörder – ein irrer Bibellese", BK, 8.9.1966.

dem Apartheidregime.¹⁹⁷ Die Sozialdemokratische Partei (SP) kritisiert daneben in einem Schreiben an den Bundesrat, welches vom Parteiorgan Tagwacht und diversen Tageszeitungen – u. a. auch von der NZZ – abgedruckt wird, die Bewilligung der Waffenlieferungen mit der Begründung, dass die Regierung Verwoerd in verwerflicher Weise den "Rassenhass" schüren würde. Allein schon aus diesen "grundsätzlichen Unterschieden in der Einstellung zu Mitmenschen anderer Herkunft" wäre gemäss SP ein Waffenausfuhrverbot angebracht gewesen; denn "[n]iemand weiss, ob nicht die schweizerischen Waffen dereinst gegen die für Menschenrecht kämpfenden Schwarzen eingesetzt werden."¹⁹⁸

Willy Bretscher, Chefredaktor der NZZ und Nationalrat der Freisinnigdemokratischen Partei (FDP), kritisiert die Veröffentlichung dieses Briefes in der Presse als "ausserparlamentarischen Unfug" und verurteilt die Positionen der SP, die "mit primitiven Argumenten die Apartheidpolitik Südafrikas verdammt", als absurd; vor allem die Vermutung, dass die "der äusseren Verteidigung dienenden Waffen in Kämpfen zwischen Weissen und Schwarzen eingesetzt werden könnten."¹⁹⁹ Denn auch wer immer die Apartheidpolitik kritisiere – so Bretscher weiter –, "solle sich hüten das *ausserordentlich verwickelte Problem Südafrika* derart zu simplifizieren und die schwierige, ja fast tragisch zu nennende Situation zu übersehen, in der sich die seit Jahrhunderten in diesem Gebiet ansässigen Weissen als Folge neuester geschichtlicher Entwicklungen befinden" würden. Falls der Bundesrat sich entschliessen sollte, eine Einstellung weiterer Waffenlieferungen nach Südafrika zu verfügen, dürfe darin "nicht eine Parteinahme in dem ideologischen Konflikt und nicht ein Tribut an die im Zeichen eines emotionsgeladenen «Antikolonialismus» stehenden Bewegung zur Ächtung Südafrikas erblickt werden", sondern müsste als ernsthafte Bemühung gewertet werden, "unser kleines Land aus den starken und gefährlichen Spannungen herauszuhalten, die sich an dem Rassenproblem entzündet und jetzt weltweite Dimensionen angenommen haben."

Im Parlament verurteilt André Muret, Nationalrat der PdA (Partei der Arbeit), mit seiner Dringlichen Kleinen Anfrage *Livraisons d'armes suisse à l'Afrique du Sud* aufs schärfste die bundesrätliche Bewilligung der Waffenlieferungen an Südafrika – an das "Land der Apartheid und des schlimmsten Rassenfanatismus" –, welche "in der öffentlichen Meinung unseres Landes ein wachsendes Unbehagen ausgelöst" habe.²⁰⁰ Laut dem unabhängigen Nationalrat Werner Schmid kann zudem nicht befriedigen, dass die effektive Bewilligung zur Ausfuhr und die tatsächliche Lieferung zeitlich sehr weit auseinandergelegen haben; denn "die politischen Spannungen in Südafrika (datieren) ja nicht erst von heute."²⁰¹ Einem weiteren Waffenexport müsse nun ein Ende bereitet werden, da dieser gemäss SP-Nationalrat Georges Borel "das Ansehen unseres Landes in hohem Ausmasse beeinträchtigt."²⁰² In seiner Beantwortung der parlamentarischen Vorstösse der Nationalräte Schmid, Borel und Muret betont der Bundesrat, dass die Schweiz als Nichtmitglied der UNO "juristisch gesprochen" zwar nicht an deren Resolutionen gebunden sei, jedoch die "südafrikanische Rassenpolitik (...) unseren eigenen

197 Vgl. (reuter): "Die schweizerischen Waffenlieferungen an Südafrika: Demonstration vor der Botschaft in London", NZZ, 14.11.1963; (upi): "Protest gegen die Schweiz vor der Botschaft in London", TW, 14.11.1963; "Schweizer Wochenrückblick", RP, 21.11.1963; Kleine Anfrage unabhängiger Nationalrat Werner Schmid, *Schweizerische Waffenlieferungen nach Südafrika*, 3.12.1963; sowie Dringliche Kleine Anfragen SP-Nationalrat Georges Borel und PdA-Nationalrat André Muret, *Livraisons d'armes suisse à l'Afrique du Sud*, 4.12.1963. Zu den Eingabetexten dieser parlamentarischen Vorstösse vgl. Anhang VII.4.

198 Sozialdemokratische Partei (SP): "SPS gegen Waffenexport nach Südafrika", TW, 2.12.1963; sowie Sozialdemokratische Partei (SP): "Die Waffenlieferungen an Südafrika: Ein Schreiben an den Bundesrat", NZZ, 2.12.1963.

199 Willy Bretscher: "Zur Kritik an einer Waffenausfuhr", NZZ, 6.12.1963. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Leitartikel [Hervorhebung im Original].

200 Dringliche Kleine Anfrage PdA-Nationalrat André Muret, *Livraisons d'armes suisse à l'Afrique du Sud*, 4.12.1963.

201 Kleine Anfrage unabhängiger Nationalrat Werner Schmid, *Schweizerische Waffenlieferungen nach Südafrika*, 3.12.1963.

202 Dringliche Kleine Anfrage SP-Nationalrat Georges Borel, *Livraisons d'armes suisse à l'Afrique du Sud*, 4.12.1963.

Grundsätzen zu sehr (widerspricht), als dass wir angesichts der Zuspitzung des Konfliktes eine Haltung einnehmen wollten, die als Parteinahme zugunsten dieser Politik aufgefasst werden könnte."²⁰³ Ein Schweizer Embargo soll aber gemäss Bundesrat "grundsätzlich auf Waffen, die zur Bekämpfung innerer Unruhen verwendet werden können", beschränkt bleiben. Zwei Tage nach einem zweiten Aufruf des UNO-Sicherheitsrates zur Verhängung eines Waffenembargos [S/RES/182] – der erste erfolgte am 7. August 1963 auf Antrag mehrere afrikanischer und asiatischer Staaten [S/RES/181] –, verhängt auch die Schweiz am 6. Dezember 1963 ein Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial nach Südafrika.

Im Boulevardmedium Blick wird die Position der offiziellen Schweiz nur in einer kurzen Meldung reflektiert; wobei vor allem betont wird, dass die Schweiz künftig keine Waffen mehr nach Südafrika liefere, "obschon nicht einmal alle UNO-Mitglieder sich daran halten" würden.²⁰⁴ Verstärkt setzt sich hingegen der überparteiliche Tages-Anzeiger mit der brisanten Thematik auseinander. Denn laut Tages-Anzeiger sei dem Bundesrat die Genehmigung für die Waffenlieferungen der Oerlikon-Bührle an Südafrika im Sommer 1963 nicht leicht gefallen. Die Apartheidpolitik wurde schon damals kritisiert; die "Lieferung der 35-mm-Flabgeschütze sei aber schon zum Versand bereit gewesen, als die Uno eine die Apartheid-Politik betreffende Resolution gefasst habe."²⁰⁵ Dass der Bundesrat nun aus eigener Initiative weitere Lieferungen verbieten will, obwohl die Schweiz als Nichtmitglied der UNO dazu nicht verpflichtet wäre, erachtet der Tages-Anzeiger als begrüssenswert. Denn es "dürfte auch im Bundeshaus hinreichend bekannt sein, dass man mit den schnellschiessenden Flabkanonen nicht nur gegen Luftziele schiessen kann."²⁰⁶

Dem pflichtet die sozialdemokratische Tagwacht unumwunden zu: Denn "jeder Wehrmann weiss", dass gerade "Flabgeschütze immer wieder infanteristisch eingesetzt" worden seien.²⁰⁷ Die Tagwacht enerviert sich zudem an der allgemeinen und "zu diplomatischen" Antwort des Bundesrates – vorgebracht von Friedrich Traugott Wahlen (Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB)) –, die überhaupt "nicht zu befriedigen" vermochte.²⁰⁸ Denn einerseits sei die Oerlikon-Bührle als "eine führende Firma der schweizerischen Rüstungsindustrie" schöngeredet worden; andererseits könne man die Rechtfertigung des Bundesrates, dass beim Bewilligungsentscheid die "Apartheidpolitik bei weitem noch nicht die heutige Schärfe aufgewiesen" habe, "nun wirklich nicht als Ausrede gelten lassen – wer Ohren hatte, zu hören, und Augen zu sehen, der konnte schon in jenem Zeitpunkt ermessen, dass uns diese Bewilligung in eine schwierige Lage bringen werde." Die Tagwacht erinnert auch an das Sharpeville-Massakers 1960, wonach sich spätestens dann "Südafrika mit seiner infamen, an Hitler erinnernden Rassenpolitik «zu einem internationalen Problem ausgeweitet»" habe; und kritisiert in diesem Zusammenhang die "erheblichen Gedächtnislücken" des Bundesrates.²⁰⁹

Die schärfste Kritik kommt insgesamt jedoch aus der republikanischen Ecke, welche Sozialdemokraten, Bundesrat (Wahlen) und UNO allesamt skandalisiert. Als "Kuriosum" bezeichnet im Republikaner Nationalrat James Schwarzenbach den Versuch der SP, den Bundesrat mit "Unkorrektheiten" zu beeinflussen, um eine grundsätzliche Verurteilung der Apartheidpolitik und ein Waffenembargo zu erreichen.²¹⁰ Gemäss Schwarzenbach, dem charismatischen Führer der Überfremdungsgegner der Eidgen-

203 Antwort Bundesrat, 6.12.1963 [Kleine Anfrage Schmid, Dringliche Kleine Anfragen Borel und Muret]. Das nachfolgende Zitat stammt aus dieser Antwort.

204 W.S.: "Was Bern so tut: Waffen – Eine komplexe Frage", BK, 7.12.1963.

205 K.G.: "Nationalrat: Kein Kriegsmaterial mehr für Südafrika", TA, 7.12.1963.

206 H.F.: "Waffenlieferungen an Südafrika", TA, 13.11.1963.

207 A.H.: "Eidgenössische Diskretion um Südafrika", TW, 14.12.1963.

208 F.E.: "Einerseits und andererseits ...", TW, 7.12.1963. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

209 A.H.: "Eidgenössische Diskretion um Südafrika", TW, 14.12.1963.

210 James Schwarzenbach: "Weiche Knie in Bern", RP, 12.12.1963. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

nossenschaft, hat nämlich der sozialdemokratische Brief als Merkmal auch das "Nebeneinanderleben verschiedener Rassen" in der Schweiz erwähnt; was jedoch für ihn ein "Novum" sei ("Mit dem Blick auf die südafrikanischen Extreme von Weiss und Schwarz kann man wohl kaum in der Schweiz von Rassenunterschieden sprechen!"). Schwarzenbach betont daneben, dass er ein "grundsätzlicher Gegner jedes schweizerischen Waffenexportes" sei – weil sonst nämlich die Landesverteidigung kompromittiert würde –, und das Argument, dass die Rüstungsindustrie der Schweiz nur dank Exporten überlebensfähig sei, nicht zutreffe. Denn irgendwie sei jeder Waffenexport mit der Vorstellung des "kleinen, unabhängigen und nur auf seine Verteidigung bedachten Friedenslandes Schweiz" unvereinbar: "Wäre es denn undenkbar, dass unsere schweizerische Rüstungsindustrie mit vollen Touren für die schweizerische Armee arbeiten könnte? (...) Warum neue Flab-Batterien nach Südafrika, wo unsere eigene Armee solche dringend benötigt?" Gemäss Schwarzenbach ist die bundesrätliche "Gesinnungswandlung" hin zu einem Waffenembargo – nachdem das Geschäft im Sommer 1963 noch bewilligt wurde –, nur dadurch erklärbar, dass sich der Bundesrat unverständlicherweise als Nichtmitglied der UNO von selbiger "unter massiven Druck setzen lässt." Zudem sei es "barer Unsinn" zu glauben, dass sich "der Sturm, der gegen Pretoria entfesselt wird, auf die Regungen reiner Menschenfreundlichkeiten zurückführen" lasse:

"Wenn es ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist, dass die Regierung Verwoerd daran arbeitet, einen getrennten schwarzen Bantustaat und einen weissen Afrikanerstaat zu schaffen, dann müsste man seitens der Uno mit der gleichen Vehemenz gegen die eigenen von ihr selbst sanktionierten Trennungslinien anrennen: den Eisernen Vorhang, die Berliner Mauer, die Aufspaltung Palästinas, die Teilung Koreas und Vietnams (...). In der Kampagne gegen die Apartheid, namentlich von Seiten der Amerikaner, die ihre eigenen Rassenprobleme nicht bewältigen können, liegt eine abgründige Heuchelei. Was ist die Uno-Politik gegenüber Südafrika anderes denn Rassenpolitik mit umgekehrten Vorzeichen, die so erreichen will, dass der afrikanische Weisse zum Freiwild wird? Dass unser Bundesrat einwilligt, eine derartige Erpresserpolitik der Uno zu billigen, halte ich für ein bedenkliches Schwächezeichen."

Das Deutungsmuster der Ungleichbehandlung des vermeintlichen Sonderfall Südafrika im Vergleich mit anderen Menschenrechtsverletzungen im Kontext des Kalten Krieges hat sich im Republikaner schon anfangs der sechziger Jahre stark gefestigt. Wiederholt wird im Zusammenhang mit der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung zudem betont, dass selbst "Negerführer" in der sogenannten "getrennten" Entwicklung unter der Apartheid die "einzig richtige Lösung" zur Entschärfung der "Rassenfrage" sehen.²¹¹ Der in Südafrika tätige Schweizer Missionar und "Afrika-Kenner" P. Marcel Dischl unterstreicht im Republikaner diese Einschätzung, wonach "viele Schwarze (wohl die Mehrheit) (...) nicht mit Weissen zusammenleben oder zusammenarbeiten möchten"; und verweist zudem auf die offensichtlichen Entwicklungsdifferenzen zwischen (weissen) Europäern und den grundsätzlich "gedankenarmen", "denkfaulen", "einfallslosen" und "arbeitsscheuen" Schwarzen südlich der Sahara, die "keine eigentliche Zivilisation und Kultur" aufweisen würden, und nur durch "christliche Erziehung und der Hilfe des weissen Mannes zu einem besseren Leben heranreifen" könnten.²¹² Den Weissen in Südafrika und ihrer Apartheidpolitik könne man diesbezüglich "nicht den guten Willen absprechen." Von Nöten seien nämlich nur mehr Zeit ("weil das Kindesalter von Völkern eben länger dauert als knappe 10 oder 20 Jahre") und mehr Geduld ("mit den uns anvertrauten schwarzen Völkern").

Daneben enerviert sich Schwarzenbach im Republikaner auch immer wieder über die "Moralzensoren der Presseagenturen" und "neuen Hüter der Menschenrechte in New York", welche die "Rassenfrage" propagandistisch aufputschen und vorzu "neueste Regeln" verkünden würden.²¹³ Denn wenn – so

²¹¹ "Negerführer wünscht Apartheid", RP, 16.5.1963. Vgl. auch "Des Republikaners politische Börse", RP, 31.10.1963.

²¹² P. Marcel Dischl: "Eine Lanze für Südafrika", RP, 19.6.1962. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Forumsartikel.

²¹³ James Schwarzenbach: "In Onkel Toms Hütte", RP, 13.6.1963. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel. Vgl. auch B.H.: "Nicht müde werden, weisser Mann!", RP, 20.2.1964.

Schwarzenbach weiter – ein "Eindringling, der sich an meinen reservierten Tisch setzen will, schwarzer, brauner oder gelber Hautfarbe ist, habe ich aufzuspringen und ihm höflichst dankend einen Stuhl anzubieten" und ja "kein verärgertes Gesicht zeigen, schon gar nicht schimpfen und erst recht nicht drohend die Hand erheben – das wäre Rassendiskriminierung schlimmster Sorte." Mit Verweis auf die Apartheid in Südafrika, betont Schwarzenbach zudem, dass die eigentlichen Diskriminierten nämlich nicht die Schwarzen, sondern die Weissen sind; und dass das Projekt der Apartheid der richtige Weg darstellen würde:

"Keiner ist bereit auch nur einen Finger zu rühren, um den drei Millionen Weissen in Südafrika auch nur den Schein des Rechts einzuräumen, dass sie sich von den einströmenden Bantus nicht ins Meer jagen lassen (...). Es ist die Pflicht des weissen Mannes, immer auf der Seite der Schwächeren zu sein (...). Unter den vielen Rassen dieser Erde aber gibt es eine, die heute am allerbedrohlichsten ist (...). Das hat nichts mit Rassenhass, nur mit Selbsterhaltung zu tun. Greifen wir ruhig wieder zu Onkel Tom und lesen wir aufmerksam in diesem schönen Buch. In Onkel Toms Hütte sitzt heute – der weisse Mann."

Ideologischer Widerstreit über die Apartheid in der öffentlichen politischen Kommunikation der Schweiz in den sechziger Jahren:

Ungleich zum Republikaner wird in in der freisinnig-liberalen NZZ nach dem von den "extremistischen «Pan-Afrikanisten» provozierten" Sharpeville-Massaker vom 21. März 1960, die Apartheid als solches zwar nicht als einzig richtiger Weg legitimiert, wohl aber als "gangbarer Weg" und mögliche Lösung des "Problems des Zusammenlebens der Rassen" charakterisiert:²¹⁴

"Nur ein Idealist reinsten Wassers wird die Kühnheit haben, sich zum Richter über die südafrikanische Regierung aufzuwerfen (...). Die Trennung der Rassen, d. h. die von der Nationalistischen Partei Verwoerds propagierte «Apartheid», könnte möglicherweise einen gangbaren Weg des Zusammenlebens eröffnen."²¹⁵

In der Perspektive der NZZ würden nämlich die weissen Siedler – welche "ungefähr gleichzeitig in den Südzipfel des afrikanischen Kontinents eingedrungen sind wie die Bantu" –, Südafrika "als ihre *legitime Heimat* betrachten"; und angesichts des virulenten panafrikanischen Nationalismus bzw. des "Wind of Change", der mit der Unabhängigkeit von Kamerun, Kongo-Brazzaville/Kongo, Gabun, Tschad und der Zentralafrikanischen Republik anfangs der sechziger Jahre die politische Landschaft des afrikanischen Kontinentes neu strukturierte, "als David gegenüber einem Goliath" dastehen (bewaffnet nur "mit der Schleuder der «Apartheid»").

Es sei grundsätzlich "falsch, sich die zurzeit massgebenden weissen Südafrikaner einfach als Unterdrücker ihrer farbigen Mehrheit vorzustellen" – so der Korrespondent der NZZ aus Johannesburg berichtend –, da selbst das Urteil vieler Schwarzer im südlichen Afrika dagegen spreche:

"Wir haben in Njassaland und Rhodesien mehrmals Neger getroffen, die von sich aus und aus eigener Erfahrung die Meinung äusserten, sie fühlten sich in Johannesburg besser behandelt als in Salisbury. Nicht nur seien die Löhne besser, sondern es gebe dort bei den Buren trotz aller Diskriminierung einen ererbten Respekt für die Eigenart des schwarzen Mannes."²¹⁶

Vielleicht sei das seit 1948 betriebene "Experiment" der Apartheid schlussendlich zum Scheitern verurteilt – so die NZZ zuweilen kritisch abwägend –, wer sich aber "anheischig macht, eine andere Lösung zu finden, ohne den Weg zu betreten, der evolutionär möglicherweise zur Errichtung einer

²¹⁴ E.M.: "Der Irrweg der totalen «Apartheid»", NZZ, 3.4.1960 [Hervorhebung im Original].

²¹⁵ Sh.: "«Apartheid» und Gewalt in Südafrika", NZZ, 24.3.1960. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel [Hervorhebung im Original].

²¹⁶ E.M.: "Der Irrweg der totalen «Apartheid»", NZZ, 3.4.1960. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

«umgekehrten Untertrückung» führen würde, trete vor!"

Zur Untermauerung dieser These veröffentlicht die NZZ wiederholt Forumsbeiträge von Wissenschaftlern, welche diese Einschätzung bekräftigen. In einem längeren Artikel des renomierten Nationalökonom Professor Dr. Wilhelm Röpke wird die Apartheid als etwas "durchaus Vernünftiges" definiert; "nämlich die nicht mischbaren ethnischen Gruppen räumlich (...) auseinanderzuziehen" und durch die Schaffung von Bantustans und Homelands "den Schwarzen wie den Weissen, die ihnen gemässe Entwicklungsmöglichkeiten (zu) geben."²¹⁷ Laut Röpke ist die Apartheid somit die "spezifische Form, in der Südafrika die diesem Lande entsprechende Politik der «Entkolonialisierung» und der «Entwicklungshilfe» betreibt." Denn eines der Hauptziele der Regierung Verwoerd sei es ja den "Bildungsstand der Bantu (...) zu heben und ihnen die Methoden moderner Landwirtschaft beizubringen." Auf Pretoria "einzuschlagen" hingegen – wie dies die UNO und die skandinavischen Staaten aktuell tun würden –, sei vor diesem Hintergrund nur böswillig:

"Es wäre lächerlich, wenn es nicht eher empörend wäre, die Verhältnisse in Südafrika etwa mit dem echten Völker- und Kulturmord in Tibet oder auch nur mit dem Schicksal der Balten und anderer Völker innerhalb des kommunistischen Superkolonialreiches auch nur in Vergleich zu stellen."

Grundsätzlich sollte man sich nämlich auch davor hüten – so Röpke den "ausgezeichneten Kenner der internationalen Politik und standfesten Liberalen" und Chefredaktor der NZZ, Willy Bretscher, zitierend –, "das *ausserordentlich verwickelte Problem Südafrika* derart zu simplifizieren."

In den sechziger Jahren hat sich in der NZZ somit stark das Deutungsmuster des langsamen, evolutionären Wandels gefestigt, der alleinig dafür garantieren könne, dass nicht eine "schrackenlose (...) Herrschaft der ungebildeten, primitiven Massen über die bisherige kleine Führungsschicht, der das Land so viel verdankt", errichtet würde.²¹⁸ Denn gerade die Schweiz sollte am besten wissen, dass "in einem vielgestaltigen Staat die Demokratie mit ihrer Neigung zum *unduldsamen Absolutismus der Mehrheit* durch liberale und föderalistische Freiheitsgarantien für den Einzelnen und die kleinen Gruppen eingegrenzt werden muss." In einer Reisereportage verweist Hans Lang dabei in der NZZ auch auf eine "verblüffende Verwandtschaft des Volkscharakters" bzw. zeichnet Parallelen zwischen Habitus und Mentalität des "Durchschnittsschweizers" und des "Afrikaander", d. h. Südafrikaners burischer Abstammung:

"Der Gast aus der Schweiz trifft auf ein bäuerlich-bürgerliches Volk ohne jede höfisch-adlige Patina, von ernsthaftem und etwas schwerfälligem Wesen, mit ausgeprägtem Bürgersinn und der Bereitschaft zu angestrenzter Arbeit. Der Ähnlichkeiten wären noch viele zu nennen, im Positiven wie im Negativen: Schlichtheit und Offenheit (...); Widerwillen gegen «geschlecktes» Getue und urbane Verfeinerung (...); Gründlichkeit, ja selbst ein gewisser, uns Schweizer nicht ganz fremd anmutender Perfektionismus."

Zudem sei – so Lang weiter – auch eine Übereinstimmung der politischen Grundhaltung und des Geschichtsbildes zwischen Schweizern und Buren feststellbar ("Der Afrikaander tritt für die Selbstbehauptung des Kleinen gegenüber dem Grossen ein").

Harsch kritisiert werden solche Einschätzungen in der sozialdemokratischen Tagwacht und im Binnenorgan der PdA, dem Vorwärts. Letzterer betont, dass das "Organ der schweizerischen Hochfinanz",

²¹⁷ "Südafrika in der Weltwirtschaft und Weltpolitik: Aus einem Vortrag von Professor Dr. Wilhelm Röpke", NZZ, 4.7.1964. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Forumsartikel [Hervorhebung im Original].

²¹⁸ Hans Lang: "Eindrücke eines Schweizers in Südafrika", NZZ, 24.4.1964. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Forumsartikel [Hervorhebung im Original].

die NZZ, "alles unternimmt, um das Prestige der Sklavenhalter von Pretoria zu heben."²¹⁹ Die Einschätzung der NZZ, dass die Apartheid "möglicherweise einen gangbaren Weg der Zusammenarbeit" eröffnen könne, wird dabei als klare Unterstützung und Parteinahme für die "Politik dieser faschistischen Rassenfanatiker" gewertet:

"Damit ist der Schleier endgültig gefallen. Es geht der «NZZ» und ihren grosskapitalistischen Hintermännern nicht um die «Freiheit», sondern um die Freiheit der Ausbeutung, gestern in Ungarn, dann in Tibet und heute in Südafrika."²²⁰

Dabei würde das "Sprachrohr der Kolonialisten in der Schweiz" im Vergleich mit anderen bürgerlichen Medien immer wieder den "Vogel abschiessen"; was die Tagwacht und der Vorwärts mittels diversen Zitaten dokumentieren: U. a. habe die NZZ am 15. März 1959 der Idee zur Schaffung von Bantustans "einen richtigen Kern" attestiert, welcher "einmal zum Ansatzpunkt einer konstruktiven langfristigen Politik werden könnte, die gleichzeitig der Stellung des Europäers in Südafrika und dem Begehren der Neger gerecht zu werden vermag";²²¹ sowie am 2. April 1960 in einem Artikel über die Intellektuellen an der burisch dominierten Universität von Stellenbosch geschrieben, dass diese "keine SS-Theoretiker der Herrenrasse (sind), wie man erwartet haben möchte, sondern bekümmerte Akademiker, redlich bemüht, den Angehörigen der andersfarbigen Gemeinschaften auf eine Weise, die sie für angemessen halten, vorwärts zu helfen."²²² Wiederholt verweisen bzw. rezitieren die Tagwacht und der Vorwärts die "unsäglichen Euphemisierungen" der Apartheid nach dem Sharpeville-Massaker 1960 durch die NZZ: So beispielsweise, dass "[n]ur ein Idealist reinsten Wassers (...) die Kühnheit haben (wird), sich zum Richter über die südafrikanische Regierung aufzuwerfen"; und dass "der Sieg mit der Schleuder der «Apartheid» (!)" doch noch "recht ungewiss" sei.²²³

Gemäss Tagwacht würde sich die NZZ dabei auch wiederholt die beliebten "Geschichtslegenden" zu eigen machen, mit welchen die Apartheidpolitik auch von den Buren in Südafrika historisch begründet würde:

"dass nämlich vor dreihundert Jahren der afrikanische Süden als «leeres Land» von den weissen holländischen Auswanderern in Besitz genommen und besiedelt wurde. Das stimmt nicht. Im damaligen Südafrika lebten Hottentotten, Bergdamara und Buschleute, die von den weissen Siedlern ausgerottet wurden – ja, die Geschichte Südafrikas der ersten zwei Jahrhunderte stellt einen ständigen Prozess der Verdrängung, Ausrottung, Eroberung und Versklavung der schwarzen Urbevölkerung dar."²²⁴

Die Diskretion der bürgerlichen Presse und auch des Bundesrates gegenüber Südafrika hat gemäss Tagwacht nämlich einen "höchst handfesten *wirtschaftlichen Hintergrund*: jene Milliarde eidgenössischer Kapitalbeteiligung am südafrikanischen Wirtschaftswunder." Nicht erstaunlich seien demnach die ausserordentliche "Publicity" Südafrikas in der Schweiz – "man könnte geradezu von einer Lobby reden" –, und die "enormen Renditen" von Schweizer Investitionen in Südafrika, "von denen die Handelsteile renommierter Gazetten berichten," und "welche auf die diskrete Würdigung Südafrikas in den

219 O.Sch.: "Millionen gegen die «Apartheid» in Südafrika", Vorwärts, 1.5.1960.

220 "Prügelorgien der Polizei in Südafrika: Illustration zum Streikrecht in der «freien Welt", Vorwärts, 15.4.1960. Vgl. auch Sh.: "«Apartheid» und Gewalt in Südafrika", NZZ, 24.3.1960.

221 O.Sch.: "Millionen gegen die «Apartheid» in Südafrika", Vorwärts, 1.5.1960.

222 A.H.: "Eidgenössische Diskretion um Südafrika", TW, 14.12.1963; sowie O.Sch.: "Millionen gegen die «Apartheid» in Südafrika", Vorwärts, 1.5.1960. Vgl. auch E.M.: "Weisser Nationalismus am Kap: Der Widerstandsgeist der Buren", NZZ, 2.4.1960.

223 A.H.: "Eidgenössische Diskretion um Südafrika", TW, 14.12.1963; sowie O.Sch.: "Millionen gegen die «Apartheid» in Südafrika", Vorwärts, 1.5.1960. Vgl. auch Sh.: "«Apartheid» und Gewalt in Südafrika", NZZ, 24.3.1960.

224 A.H.: "Eidgenössische Diskretion um Südafrika", TW, 14.12.1963. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel [Hervorhebung im Original].

erwähnten Blättern abfärben" würden.

Offene Propaganda und Werbung für das Apartheidregime würde nebst der NZZ – so der Vorwärts weiter – auch die Swiss-South African Association (SSAA) betreiben, die einer kleinen Anzahl von Schweizer Journalisten auf einer Südafrika-Reise nur die modernsten Unterkünfte von Grubenarbeitern gezeigt, und auf die gute, kalorienreiche Ernährungslage der schwarzen Arbeiterschaft verwiesen habe. Dabei seien den Medienschaffenden auch Kriegstänze vorgeführt worden – "um sie über das Elend und die Rechtslosigkeit der nichteuropäischen Bevölkerung des Landes hinwegzutäuschen" –, was den mitgereisten Wirtschaftsredaktor der National-Zeitung zu folgendem kritischen Fazit bewogen habe: "Wir erlebten die südafrikanische Union gewissermassen nur wie auf grosser Fahrt durch einen grossen Zoo, wo man nur mit dem Wärter sprechen durfte."²²⁵

Auf der Gegenseite kritisiert die NZZ mehrfach die anhaltende "Polemik gegen die «Neue Zürcher Zeitung»" seitens der SP, PdA und der Linkspresse im allgemeinen, welche der NZZ unterstellen würde, "dass ihre «diskrete» Haltung gegenüber dem Thema Südafrika mit den schweizerischen Investitionen im Lande der «Apartheid» zusammenhänge."²²⁶ Dem ist natürlich gemäss NZZ überhaupt nicht so. Denn oft würde in diesen "Unterschiebungen" und "Ausgeburten" versucht, über "bewusst tendenziös zusammengestellte" Zitatensammlungen eine Parteinahme der NZZ für das Apartheidregime glaubhaft zu machen; wobei aber "alle im Laufe der Jahre in unserem Blatte veröffentlichten kritischen Bemerkungen über die Rassenpolitik der südafrikanischen Regierung einfach ignoriert" würden. Passe es nicht ins "polemische Konzept sozialistischer Blätter" – wie beispielsweise die auch in der NZZ mehrfach geäusserte "Kritik an einer als praktisch undurchführbar und moralisch nicht vertretbar gekennzeichneten Rassenpolitik" –, würde es einfach ausgeblendet. Dass beispielsweise "der A.H. der sozialistischen Blätter" – dieser "merkwürdige Experte für rassenpolitische Fragen" von Linksblättern wie der Tagwacht –, ungestraft seine Freude über die Aussicht bekunden dürfe, dass die "«enormen Renditen» – wie er sich ausdrückt – der schweizerischen Investitionen in Südafrika «nicht mehr allzu lange fliessen werden»", ist laut NZZ höchst bedenklich:

"Man spürt beim Lesen dieser unglaublichen Sätze, wie der Mann es kaum erwarten kann, dass die Afrikaner in Südafrika auf eine Weise «Ordnung schaffen», die auch dieses Land in ein Chaos stürzt (...). In diesem von blutrünstigen Instinkten diktierten Stil dürfte in keiner schweizerischen Zeitung über das ernste Problem Südafrika geschrieben werden."²²⁷

Anfangs der siebziger Jahre erfahren dann mit der Publikation zweier Studien des Centre Europe – Tiers Monde (CETIM) in Genf die schweizerisch-südafrikanischen Wirtschaftsbeziehungen eine verstärkte punktuelle Resonanz in den Medien.²²⁸ Der überparteiliche Tages-Anzeiger kritisiert den vom CETIM in der Studie *Suisse – Afrique du Sud. Relations économiques et politiques* von 1972 dokumentierte "offensichtliche Zwiespalt" in der schweizerischen Südafrikapolitik; nämlich zwischen dem, "was Botschafter als offizielle Vertreter schweizerischer Aussenpolitik und im Einverständnis mit dem Bundesrat über das rassistische System sagen, und dem, wie die Politik unseres Landes gegenüber Südafrika in Wirklichkeit läuft."²²⁹

²²⁵ O.Sch.: "Millionen gegen die «Apartheid» in Südafrika", Vorwärts, 1.5.1960.

²²⁶ "Noch einmal das Thema «Südafrika», NZZ, 23.12.1963. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel [Hervorhebung im Original].

²²⁷ Ebenda. Vgl. auch A.H.: "Eidgenössische Diskretion um Südafrika", TW, 14.12.1963.

²²⁸ Vgl. Centre Europe – Tiers Monde (CETIM), *Suisse – Afrique du Sud. Relations économiques et politiques*, Genf 1972; sowie Centre Europe – Tiers Monde (CETIM), *Schweiz – Südafrika. Ende des Dialogs?*, Genf 1974.

²²⁹ Roman Berger: "Eine Dokumentation zum wirtschaftlichen und politischen Verhältnis Schweiz-Südafrika: Sind Schweizer Franken in Südafrika unpolitisch?", TA, 20.11.1972.

Die offizielle Schweiz hat die Apartheid international schon relativ früh "moralisch verurteilt": U. a. 1968 an einer UNO-Konferenz über Menschenrechte in Teheran durch den Schweizer Botschafter August R. Lindt ("toute la tradition démocratique et humanitaire de mon pays repousse l'image d'une société telle que la crée l'apartheid. Les autorités suisse ne peuvent dès lors que condamner moralement ce système").²³⁰ Diese blossе Verurteilung ohne Ergreifung von konkreteren, wirtschaftlichen Massnahmen gegen das Apartheidregime sollte aber in der Folge in der Öffentlichkeit verstärkt skandalisiert werden.

Roman Berger vom Tages-Anzeiger zitiert diesbezüglich aus einer weniger beachteten 1. August-Rede des Schweizer Botschafters Hans Langenbacher von 1971 in Addis Abeba, in welcher aufgrund des umfangreichen Südafrikaengagements der Schweizer Wirtschaft ein Imageverlust für die Schweiz in Afrika und weltweit prognostiziert wurde:

"Diese neutrale Schweiz, mit ihren demokratischen und humanitären Traditionen, ist sie für den Afrikaner wirklich vertrauenswürdig? Afrika sieht Millionen von Franken in Südafrika investiert, es sieht unsere blühenden Handelsbeziehungen mit diesem Land, die Gewinne, die wir auf dem Rücken der Schwarzen machen."²³¹

Die Schweizer Wirtschaft solle sich dies zu Herzen nehmen. Denn die These von schweizerischen Unternehmen, welche ihre Präsenz in Südafrika damit rechtfertigen, dass "wirtschaftliche Zwänge (Wachstum, Mangel an qualifizierten Arbeitskräften) (...) das Regime automatisch zur Milderung und schliesslich zur Aufgabe seiner umstrittenen Politik führen" würde, habe sich "bis heute *nicht erfüllt*." Gemäss Berger zeichnet das CETIM in seiner mehr als "notwendigen Dokumentation" ein "realistisches Bild", was Apartheid bedeuten würde; dies insbesondere wenn man bedenke, dass "in unserem Land (...) durch eine rührige Propaganda immer wieder zu vertuschen versucht wird", was in Südafrika überhaupt geschehe.

Am intensivsten setzt sich aber die Studentenzeitschrift konzept mit den beiden CETIM-Studien auseinander. Im Vorfeld der Publikation der zweiten CETIM-Studie *Schweiz – Südafrika. Ende des Dialogs?* 1974 bilanziert das konzept die wesentlichen Schlussfolgerungen der zweiundsiebziger Untersuchung und kritisiert die Swiss-South African Association (SSAA), welche eine Befragung von schweizerischen Unternehmen mit Niederlassungen in Südafrikas durch das CETIM zu verhindern trachte. Das CETIM habe nämlich einwandfrei festgestellt, dass Schweizer Firmen im internationalen Vergleich sehr stark in Südafrika vertreten sind, "im besten Einverständnis mit dem weissen Minderheitenregime" stehen und "den Schwarzen für gleiche Arbeit weit schlechtere Löhne als den Weissen (bezahlen)" würden.²³² Der Aufruf der SSAA an die Schweizer Wirtschaft, den CETIM-Fragebogen nicht zu beantworten, bewertet das konzept als eindeutiges Indiz, dass diese antikritische Lobbygruppe zunehmend eine "zweiseitig-zweischneidige Zensuraufgabe" in der Schweiz und Südafrika wahrnehme: "nämlich einerseits gegenüber der schweizerischen Öffentlichkeit alles zu unterdrücken, was die Rassismuskomplicenz bestätigen könnte, andererseits auf keinen Fall durch Antiapartheidstel-

230 Botschafter August R. Lindt; zitiert in Schweizerisches Bundesarchiv, *Schweiz – Südafrika 1948-1994. Archivbestände und parlamentarische Vorstösse*, Bern 2000, S. 45. An der Weltkonferenz gegen die Apartheid in Lagos 1977 wurde vom Schweizer Delegierten diese Position erneuert: "Le Gouvernement suisse ne peut que condamner moralement un tel système." Interdepartementale Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika, *Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika*, Bern 1999, S. 30f.

231 Roman Berger: "Eine Dokumentation zum wirtschaftlichen und politischen Verhältnis Schweiz-Südafrika: Sind Schweizer Franken in Südafrika unpolitisch?", TA, 20.11.1972. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel [Hervorhebung im Original].

232 G. Poloebker: "Notwendige Informationen mit unnötigen Schwierigkeiten ... : Schweiz-Südafrika – Komplizen der Rassisten", konzept, Nr. 10, Oktober 1974. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

lungenahmen das gute Verhältnis zum Vorster-Regime zu gefährden."

Auch im Parlament führt die Studie *Suisse – Afrique du Sud. Relations économiques et politiques* des CETIM von 1972 zur Kritik und Antikritik an den schweizerischen Unternehmen mit südafrikanischen Tochtergesellschaften. SP-Nationalrätin Hanna Sahlfeld findet es in ihrer Kleinen Anfrage *Schweizerische Investitionen in Südafrika* bedauerlich, dass "namhafte schweizerische Firmen, die in der Welt weitgehend die Schweiz repräsentieren, ihre Gewinne teilweise realisieren, dass man von einer Ausbeutung der schwarzen Arbeiter sprechen muss."²³³ Der Bundesrat müsse dafür sorgen, dass Schweizer Firmen mit Niederlassungen in Südafrika ihre schwarzen Arbeiter "gerechter entlönnen" und bei der Behandlung ihrer Arbeitnehmer den "Gleichheitsgrundsatz" beachten würden. Ob all dieser vorgebrachten Vorwürfe von "linker Seite" fordert CVP-Nationalrat Albin Breitenmoser in seiner Kleinen Anfrage *Schweizer Firmen in Südafrika* zudem umgehend eine "sachliche Abklärung" durch die offizielle Schweiz.²³⁴ Laut Bundesrat könne es jedoch nicht seine Sache sein, die CETIM-Studie zu beurteilen. Des weiteren habe die offizielle Schweiz "keine Möglichkeit, in einem Drittstaat schweizerischen Unternehmen sozialpolitische Richtlinien zu erteilen"; gemäss Informationen der Verwaltung würden aber die angeschuldigten Konzerne "hinsichtlich ihrer Arbeits- und Lohnbedingungen im Vergleich zu konkurrierenden ausländischen und einheimischen Betrieben" in Südafrika "ziemlich gut abschneiden."²³⁵

Im Gegensatz zum Tages-Anzeiger werden in der NZZ die Befunde der ersten CETIM-Studie nur auf Agenturebene abgehakt und als "Agitation gegen das Engagement der schweizerischen Industrie" in Südafrika typisiert.²³⁶ Anlässlich einer Pressekonferenz von Nestlé 1973, an welcher die "grotesken" Beschuldigungen des CETIM entgegnet werden – u. a. sei der Vorwurf der Diskriminierung der schwarzen Belegschaft unzutreffend, da Nestlé in Südafrika "durch die *Ausbildung von Farbigen* (...) das Los der Benachteiligten erleichtern" würde –, verweist die NZZ auch auf allfällige negative Effekte von sogenannten wirtschaftlichen "Zwangsmassnahmen" und die Tendenz zur ideologisch motivierten Sonderbehandlung von Südafrika.²³⁷ Ein Rückzug aus Südafrika sei keine Alternative; "denn dadurch gingen lediglich Arbeitsplätze verloren (...). Im übrigen müsse man konsequenterweise wohl auch den Handel mit dem Roten Imperium überdenken."

In der öffentlichen politischen Kommunikation über die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen der vierziger, fünfziger, sechziger und frühen siebziger Jahre lassen sich im linken wie auch rechtsnationalen und bürgerlichen politischen Milieu differenzierte kritische und antikritische Argumentationen und Deutungsmuster feststellen, welche sich im Gefolge der verstärkten und verschärften Politisierung des Verhältnis Schweiz-Südafrika im Zuge der Gründung der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) in der Deutschschweiz 1975/76 und begünstigt durch den vom Apartheidregime 1976 blutig niedergeschlagenen Soweto-Aufstand weiter akzentuieren sollten: Einerseits die auf rechtsnationaler Seite (Republikaner) und von bürgerlichen Vertretern (FDP, NZZ) geäußerte Kritik an der ideologischen Sonderbehandlung des Fall Südafrika durch Sozialdemokraten, Kommunisten und andere vermeintliche "Weltverbesserer" unter Ausklammerung von Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion und ihren Trabanten; sowie die Argumentation, dass die Apartheid an sich keine Diskriminierung im klassischen Sinne darstelle und nur ein evolutionärer Wandel und wirtschaftliches Wachstum für sich

233 Kleine Anfrage SP-Nationalrätin Hanna Sahlfeld, *Schweizerische Investitionen in Südafrika*, 25.6.1973 [424]. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Vorstoss. Zum Eingabetext dieser Kleinen Anfrage vgl. Anhang VII.4.

234 Kleine Anfrage CVP-Nationalrat Albin Breitenmoser, *Schweizer Firmen in Südafrika*, 12.6.1973 [398]. Zum Eingabetext dieser Kleinen Anfrage vgl. Anhang VII.4.

235 Antwort Bundesrat, 5.9.1973 [424].

236 (sda): "Die Agitation gegen das Engagement der schweizerischen Industrie", NZZ, 21.11.1972.

237 Gy.B.: "Schweizer Investitionen in Südafrika – das Beispiel Nestlé", NZZ, 15.4.1973 [Hervorhebung im Original]. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

einen unblutigen Ausgleich zwischen den Weissen und Schwarzen Südafrikas schaffen könne. Andererseits die seitens der traditionellen Linken (SP, Tagwacht, PdA, Vorwärts) und "Neuen Linken" (konzept) geäusserte Vorwurf der impliziten und expliziten Parteinahme der offiziellen Schweiz, von bürgerlichen Parteien und der Wirtschaft, welche insgesamt einer Komplizenschaft mit dem rassistischen Apartheidregime gleichkomme.

Im folgenden gilt es nun zu untersuchen, inwiefern die öffentliche politische Kommunikation in der Schweiz über das Verhältnis Schweiz-Südafrika zur Apartheidzeit durch neue Impulse aus dem links-alternativen und rechtsnationalen politischen Milieu weiter genährt wurde, sich die Kritik und die Antikritik an den schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen über die Jahrzehnte hinweg in den einzelnen Öffentlichkeitsarenen (Leitmedien, Parlament und Binnenorgane von apartheidkritischen und antikritischen Lobbygruppen) weiter differenzierte und konkretisierte; und einzelne Argumentationen und Deutungsmuster von Öffentlichkeitsakteuren verschiedenster Provenienz – d. h. aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – im Zuge davon legitimiert und/oder delegitimiert wurden.

V.1.1 Resonanzanalyse apartheidskritische und antikritische Lobbygruppen 1976-1980

"«Jeder Kauf eines südafrikanischen Produkts ist ein Stein in der Mauer unseres Fortbestehens,» sagte einmal der frühere Ministerpräsident Vorster. Folglich ist der Verzicht auf diese Produkte ein Grabstein der Apartheid – aber längst nicht der einzige."²³⁸

"Südafrika ist unerhört reich an Mineralien und Rohstoffen. Kein Wunder, dass die Kommunisten alles ins Werk setzen um, auf dem Umweg über die Schwarzen, Herren dieser Bodenschätze zu werden."²³⁹

Folgende Aktivitäten und Ereignisse werden nach dem Soweto-Aufstand 1976 in den apartheidskritischen Binnenorganen AAB-Nachrichten und konzept im Zusammenhang mit dem Verhältnis Schweiz-Südafrika erhöht thematisiert: Die 1978 eingereichte Petition *Renonciation à la collaboration Suisse-Afrique du Sud* der linksalternativen Lobbygruppen Anti-Outspan-Kampagne Lausanne, Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Arbeitsgruppe Dritte Welt (AG3W) und Solidaritätskomitee für Asien, Afrika und Lateinamerika (SKAAL); die Planung und Lancierung der ersten "People's Sanctions" gegenüber Südafrika in der Schweiz, mit der Granny Smith-Boycott-Kampagne Ende der siebziger Jahre; die Waffenexportpolitik der Schweiz im Zeichen der Verhängung eines obligatorischen UNO-Waffenembargos 1977 [S/RES/418]; die als kontraproduktiv perzipierte Südafrikapolitik der schweizerischen Landeskirchen; sowie die allgemeinen Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zum Apartheidregime (und hier zentral das Südafrikaengagement der Schweizer Grossbanken).

Apartheidskritischer Diskurs in AAB-Nachrichten und konzept in den siebziger Jahren:

Analysiert man die Resonanz der apartheidskritischen Positionen in AAB-Nachrichten und konzept in der Phase 1976-1980, so zeigt sich ein Übergewicht der Positionen der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) selbst, d. h. gut 67.0% aller Fälle sind AAB-Positionen. Die Positionen des konzepts machen in dieser Phase insgesamt 16.1% des Gesamtdiskurses aus. Daneben erzielen nur noch gerade verbündete Lobbygruppen – SKAAL und AG3W (zusammen 12.3%) – und einzelne Kirchenvertreter (2.8%) erhöhte Aufmerksamkeit in den beiden linksalternativen Binnenorganen.²⁴⁰ Als einer der eifrigsten Schreiberlinge in den AAB-Nachrichten, in denen die Beiträge in den siebziger Jahren noch äusserst selten gekennzeichnet sind, erweist sich der AAB-Präsident und Pfarrer Paul Rutishauser. Im konzept lässt sich bezüglich der SüdafrikaBerichterstattung keine klare Autorenschaft ausmachen.

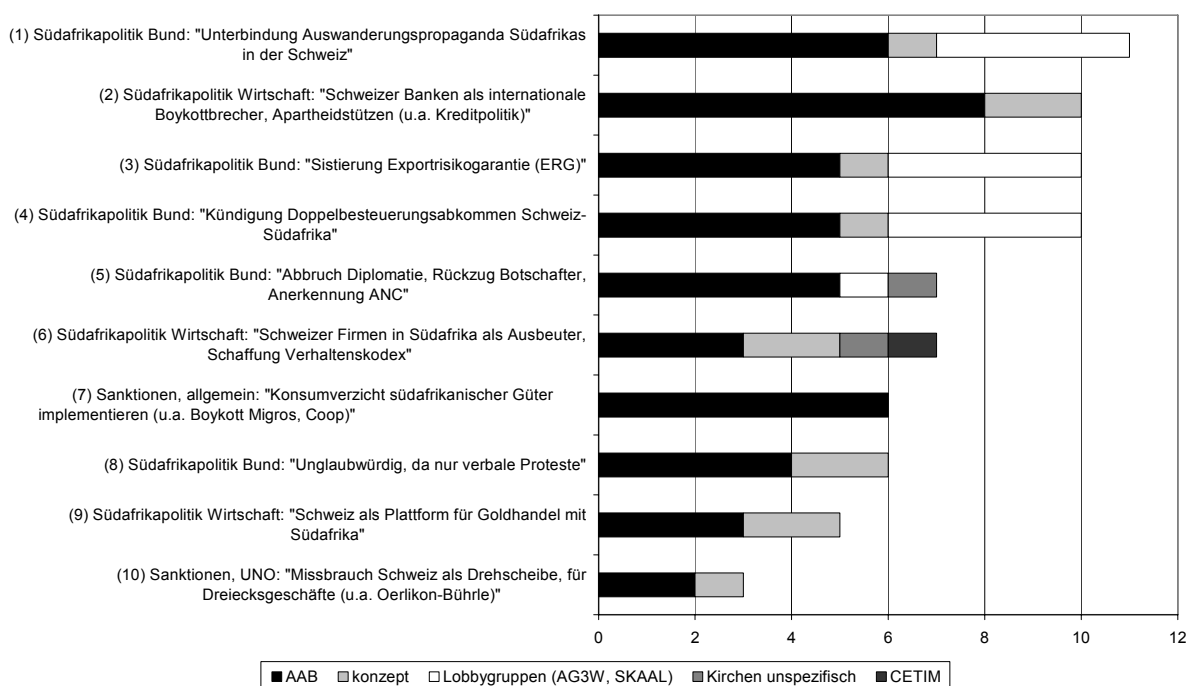
Die höchste Aufmerksamkeit erzielen die drei Kardinalforderungen der Petition der erwähnten linksalternativen Lobbygruppen: Die Unterbindung der Auswanderungspropaganda der südafrikanischen Botschaft in der Schweiz, die Verweigerung der Bundesgarantien für Kredite an Südafrika – sprich die Sistierung der Exportrisikogarantie (ERG) –, und die Aufhebung der Steuererleichterungen für schweizerische Privatinvestitionen in Südafrika (Kündigung des Doppelbesteuerungsabkommens) (vgl. Positionen 1, 3 und 4; Abbildung 7, Seite 73). Diese Positionen erzielen insbesondere in den AAB-Nachrichten, dem Leitorgan eines der Mitinitianten der Petition, hohe Aufmerksamkeit. Die drei Begehren der Anti-Outspan-Kampagne Lausanne, AAB, AG3W und SKAAL an die Adresse der offiziellen Schweiz werden aber auch im konzept gewürdigt.

238 "Fragen zum Granny Smith Boycott", AAB-Nachrichten, Nr. 2, Mai 1980.

239 Frau E. V.: "So erlebte ich Südafrika", RP, 4.2.1977.

240 n = 106. AAB = 71 Positionen (67.0%); konzept = 17 (16.1%); SKAAL = 7 (6.6%); AG3W = 6 (5.7%); Kirche unspezifisch = 3 (2.8%); Centre Europe – Tiers Monde (CETIM) = 1 (0.9%); sowie Financial Mail = 1.

Abbildung 7: Apartheidkritische Positionen differenziert nach Akteuren in AAB-Nachrichten und konzept 1976-1980²⁴¹



Als weitere Position mit sehr hoher Resonanz in den AAB-Nachrichten und dem konzept erweist sich auch die Diagnose, dass die Schweizer Grossbanken mit ihrer Kreditpolitik die Apartheid stützen, d. h. einen "Beitrag zur Aufrechterhaltung und Entwicklung von Apartheid und Aufrüstung und brutaler politischer, kultureller und rassistischer Unterdrückung von Millionen schwarzer Menschen in Südafrika" leisten würden (vgl. Position 2; Abbildung 7).²⁴²

241

Dargestellt werden die zehn am häufigsten geäusserten apartheidkritischen Positionen differenziert nach Akteuren in AAB-Nachrichten und konzept 1976-1980 in absoluten Werten [n = 106]. Weitere apartheidkritische Positionen mit erhöhter Resonanz in AAB-Nachrichten und konzept: *Südafrikapolitik Schweiz, allgemein: "Kirchen unterstützen implizit Apartheidpolitik"* [3 Nennungen]; *Südafrikapolitik Bund: "Ungenügende Intervention für politische Gefangene (u. a. Mandela)"* [3]; sowie *Apartheid, Reformen Botha: "Verschlimmerung Situation, Apartheid ist nicht reformierbar sondern nur abschaffbar"* [3]. Apartheidkritische Positionen mit geringer Resonanz in AAB-Nachrichten und konzept [weniger als 3 Nennungen]: *Sanktionen, allgemein: "Selbst Schwarze Südafrikas fordern Boykott (u. a. Bischof Tutu)"*; *Sanktionen, allgemein: "Rückzug Bankkonten tätigen (u. a. Boykott SBG, SBV, SKA)"*; *Sanktionen, UNO: "Abbruch Sport- und Kulturkontakte"*; *Sanktionen, UNO: "Allgemeine Wirtschaftssanktionen übernehmen"*; *Sanktionen, UNO: "Keine weiteren Kredite an Südafrika gewähren"*; *Sanktionen, UNO: "Verschärftes Waffenembargo übernehmen"*; *Sanktionen, UNO: "Aufhebung Swissair-Flüge, kein Überflug- und Landerecht SAA"*; *Sanktionen, Neutralität: "Nichtergreifung = Komplizenschaft, Sanktionsgewinnler"*; *Südafrikapolitik Schweiz, allgemein: "Behinderung AAB-Tätigkeiten durch Schweizer Behörden"*; *Südafrikapolitik Bund: "Schweiz soll noch stärker in schwarze Entwicklungs- und Bildungsprojekte investieren"*; *Südafrikapolitik Bund: "Überlassen Aussenpolitik der Wirtschaft"*; *Südafrikapolitik Bund: "Nachdrückliche Nichtanerkennung Transkei"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweiz als Plattform für Diamantenhandel mit Südafrika"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Finanzierung Atomprogramm Südafrikas, ESCOM-Anleihe Schweizer Banken siebziger Jahre"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Involvierung Schweizer Banken Muldergate-Skandal 1978"*; *Apartheid, Reformen Botha: "Beschönigung, Rechts-Propaganda Lobbygruppen (u. a. SSAA, CFS)"*; sowie *Apartheid, Reformen Botha: "Desinformation «braune» Massenmedien, Beeinflussung durch Wirtschaft"*.

242

"Schweizer Banken finanzieren die Apartheid", AAB-Nachrichten, Nr. 4, Dezember 1980.

Der Faktor Goldhandel spielt insgesamt noch nicht die massgebliche Rolle in der Skandalisierung der schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen mit dem Apartheidregime, findet aber dennoch schon erhöhte Beachtung in beiden Binnenorganen (vgl. Position 9; Abbildung 7). Denn die Schweizer Grossbanken seien "an 50 - 60% des südafrikanischen Goldhandels beteiligt. Vor allem der Diamanten- und Goldmünzenhandel läuft zu einem grossen Teil über die Schweiz."²⁴³

Daneben finden auch die Positionen von schweizerischen Kirchenvertretern erhöhte Aufmerksamkeit, die den Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Schweiz mit dem Apartheidregime und die Anerkennung des African National Congress (ANC) einfordern und eine Erhöhung des Druckes auf Schweizer Firmen in Südafrika postulieren, um "dort gerechtere Bedingungen für schwarze Arbeiter zu schaffen" (vgl. Positionen 5 und 6; Abbildung 7).²⁴⁴ Das Deutungsmuster, dass schweizerische Unternehmen im "Profitparadies Südafrika" als kapitalistische Ausbeuter operieren, wird verstärkt vom konzept gefördert.²⁴⁵

Der nach dem Motto "Wir kaufen keine Früchte aus Südafrika!" von der AAB mitorganisierte Konsumboykott von Schweizer Grossverteilern, die südafrikanische Produkte in ihren Sortimenten führen – u. a. Migros und Coop –, wird hingegen nur in den AAB-Nachrichten gespiegelt und erzielt im konzept keine nennenswerte Aufmerksamkeit (vgl. Position 7; Abbildung 7).²⁴⁶

Antikritischer Diskurs in AAB-Nachrichten und konzept in den siebziger Jahren:

Noch wenig bis gar nicht werden in den Binnenorganen der Apartheidkritiker die Positionen der Antikritiker der schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen erwähnt (insgesamt nur 11 Fälle). Dabei fällt jedoch auf, dass vor allem antikritische Positionen von ideologisch fremden Medien – sprich den sogenannten "braunen" Massenmedien – aufgegriffen werden (45.5% aller Fälle).²⁴⁷

Eine leicht erhöhte Resonanz nebst allen anderen Einzelpositionen erzielt nur das antikritische Argument des negativen Effektes von Sanktionen bezüglich einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit unter den Schwarzen Südafrikas (3 Nennungen).²⁴⁸ Im Rahmen der Diskussion über die Lancierung der Granny Smith-Boykott-Kampagne verweisen die AAB-Nachrichten auf die Argumente für und wider einen solchen Produkteboykott – u. a. "kann sehr leicht argumentiert werden, dass ein Boykott den Schwarzen mehr schadet als nützt" –, und nehmen damit das spätere Leitargument der bürgerlichen

²⁴³ "Schweizer Banken finanzieren die Apartheid", AAB-Nachrichten, Nr. 4, Dezember 1980.

²⁴⁴ "Schweizer Kirchen herausgefordert", AAB-Nachrichten, Nr. 4, Oktober 1977.

²⁴⁵ "Südafrika – Profitparadies auch für Schweizer Unternehmen: Wirtschaftswachstum dank Apartheid", konzept, Nr. 1, Januar 1978.

²⁴⁶ "Liebe Leserin, lieber Leser", AAB-Nachrichten, Nr. 2, Mai 1980.

²⁴⁷ n = 11. Oberhasler = 5 Positionen (45.5%); Bundesrat = 2 (18.1%); Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund (SEK) = 1 (9.1%); Ciba-Geigy = 1; Schweizerische Fernseh- und Radiovereinigung (Hofer-Klub) = 1; sowie Antikritiker unspezifisch = 1.

²⁴⁸ n = 11. Weitere antikritische Positionen mit geringer Resonanz in AAB-Nachrichten und konzept [weniger als 3 Nennungen]: *Sanktionen, negative Effekte: "Extremisierung, Bürgerkriegsgefahr"; Südafrikapolitik Schweiz, allgemein: "Keine implizite Unterstützung Apartheidpolitik durch Kirchen"; Südafrikapolitik Bund: "Auswanderung Schweizer ist private Angelegenheit"; Südafrikapolitik Bund: "Neutralität verbietet Einmischung, Diplomatie in schwierigen Zeiten wichtig, Nichtanerkennung Befreiungsbewegungen"; Südafrikapolitik Bund: "Angemessen (keine Zwangsmassnahmen, moralische Verurteilung, Vermittlerrolle anbieten)"; Apartheid, Reformen Botha: "Desinformation «rote» Massenmedien, Beeinflussung durch Kommunisten"; sowie Kalter Krieg: "Strategische Bedeutung Südafrikas (u. a. Rohstoffe, westlicher Vorposten gegen Kommunismus)".*

und rechtsnationalen Antkritiker der Südafrikapolitik der offiziellen Schweiz in den achtziger Jahren vorweg.²⁴⁹

Bezüglich dem unterschiedlichen "Framing" der schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen in den Binnenorganen der linksalternativen Lobbygruppen in den siebziger Jahren lässt sich im gesamten analysierten Diskurs eine Dominanz von "diagnostic Framing" (54.7%) und "prognostic Framing" (36.8%) feststellen.²⁵⁰ Das Verhältnis Schweiz-Südafrika wird entweder sehr analytisch und gegenwartsbezogen thematisiert und kritisiert; oder über zukunftsbezogene Vorhersagen bezüglich seiner weiteren Entwicklung eingeschätzt. Positionen welche den Schwerpunkt auf die eigene und/oder fremde oder gar nationale Identität der Schweiz legen ("identity Framing") sind in den siebziger Jahren in den AAB-Nachrichten und dem Konzept nur marginal vertreten (8.5%) und werden überwiegend den Antikritikern zugeschrieben.

Petition linksalternativer Lobbygruppen 1978 in AAB-Nachrichten und Konzept:

Anlässlich der Einreichung der Petition *Renonciation à la collaboration Suisse-Afrique du Sud* am 23. Mai 1978 eröffnet das Leitorgan der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) den verbündeten Lobbygruppen bzw. Mitinitiatoren der Kampagne gegen die schweizerisch-südafrikanische Zusammenarbeit – dem Solidaritätskomitee für Asien, Afrika und Lateinamerika (SKAAL) und der Zürcher Arbeitsgruppe Dritte Welt (AG3W) –, das Forum für Stellungnahmen. Die Einreichung der Petition mit "27'000 (!) Unterschriften" wird als "beachtlicher Erfolg" gewertet; insbesondere seitens des SKAAL.²⁵¹ Die AG3W verweist aber auch auf die "Grenzen einer Petition" und betont, "dass, wenn es gut geht, im Parlament noch zwei, drei Anfragen an den Bundesrat kommen" und danach die Petition und ihre Forderungen wieder "in Vergessenheit geraten" werde.²⁵² Die AAB-Nachrichten enervieren sich an vereinzelt negativen Medienberichten zur Petition und fordern ihre Mitstreiter auf, nun verstärkt Leserbriefe zu schreiben: "Dass unsere Arbeit kaum erst begonnen hat und auch weiterhin wichtig ist, erübrigt sich zu sagen, wenn Sie den nebenstehenden Kommentar zur Petition im «Oberhasler» lesen."²⁵³ Der rechtskonservative Oberhasler würde vor allem die unheilige Allianz zwischen kirchlichen Organisationen, Hilfswerken, Gewerkschaften und auch politischen Parteien mit der "extrem politischen Linken" beklagen:

"Staunen muss man (...) über der katastrophalen Kurzsichtigkeit all dieser Leute, die da arglos – oder geschieht es bei gewissen Gruppierungen doch nicht so arglos? – im einzigen politisch noch einigermaßen stabilen Teil von Afrika dem Vormarsch des Weltkommunismus Schrittmacherdienste leisten";

so der Oberhasler im O-Ton.²⁵⁴ Denn würde die Petition in die Tat umgesetzt – so prognostiziert der Oberhasler weiter –, erhielte Südafrikas Wirtschaft einen schweren Schlag, von dem "hauptsächlich die unteren Schichten (also Schwarze) betroffen" würden. Dabei gingen "Arbeitsplätze (...) verloren – in Südafrika, aber möglicherweise auch in der Schweiz." Laut den AAB-Nachrichten illustrieren solche groben "Falscheinschätzungen" aber nur die Notwendigkeit zu einer offensiven Sensibilisierung der nach wie vor uninformierten schweizerischen Öffentlichkeit.

249 "Wie weiter?", AAB-Nachrichten, Nr. 9, Juni 1978.

250 n = 117. "Diagnostic Framing" = 64 (54.7%); "prognostic Framing" = 43 (36.8%); sowie "identity Framing" = 10 (8.5%).

251 Solidaritätskomitee für Asien, Afrika und Lateinamerika (SKAAL): "Zusammenarbeit", AAB-Nachrichten, Nr. 9, Juni 1978.

252 Arbeitsgruppe Dritte Welt (AG3W): "Stellungnahme der AG3W Zürich, Untergruppe südliches Afrika, zur Kampagne «Stop der Zusammenarbeit Schweiz-Südafrika»", AAB-Nachrichten, Nr. 9, Juni 1978.

253 "Liebe Leserin, lieber Leser", AAB-Nachrichten, Nr. 9, Juni 1978.

254 "Oberhasler", AAB-Nachrichten, Nr. 9, Juni 1978. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

Das Konzept widmet der Kampagne gegen die schweizerisch-südafrikanische Zusammenarbeit verstärkt anlässlich ihrer Lancierung anfangs 1978 erhöhte Aufmerksamkeit; und zwar mit einer dreiseitigen "Südafrika-Beilage", d. h. einem "Kollektivprodukt" der Konzept-Redaktion und den Mitinitiatoren der Petition *Renonciation à la collaboration Suisse-Afrique du Sud*. Deziert kommentiert das Konzept dabei die drei Hauptkritikpunkte der Petenten – Exportrisikogarantie (ERG), Doppelbesteuerung und Auswanderungspropaganda –, und skandalisiert die aktuelle "Unterstützung des Apartheid-Regimes durch den Schweizer Staat": Denn dieser verurteile die Apartheid nur moralisch; würde aber "wirtschaftliche Beziehungen, die auf dem Rücken der Schwarzen überhöhte Gewinne ergeben und für die Lage der Schwarzen im Apartheidstaat mitverantwortlich sind", hingegen dulden.²⁵⁵ Das Konzept votiert dahingehend für ein klares dreimaliges Nein: Denn beim ERG übernehme der "Bund Garantien, die wir Steuerzahler bis zu 95 Prozent zurückzahlen müssen, falls ein Schweizer Exporteur in SA Verluste erleide!"; das Doppelbesteuerungsabkommen bewahre die "Schweizer Kapitalisten davor, allzuviel von ihrem Profit abgeben zu müssen"; und die offensive Werbung der südafrikanischen Botschaft in der Schweiz zur Auswanderung nach dem Kap der guten Hoffnung werde nicht nur einfach toleriert, sondern auch noch durch "rassistische Auskunftsbblätter" des Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) für Auswanderungsinteressenten ideologisch gestützt. Dies erstaune jedoch gar nicht – so das Konzept abschliessend –, wenn man den "wirtschaftspolitischen Filz" in Bern kenne:

"Der Grund für die starke Unterstützung, die der Schweizer Staat dem südafrikanischen Regime gewährt, liegt in der Bedeutung der Schweizer Investitionen in Südafrika. Die privatwirtschaftlichen Interessen sind stark mit denen des Staates verflochten. So waren 1975 90 von 20 Nationalräten und 32 von 44 Ständeräten auch Verwaltungsräte von Firmen, die in Südafrika Filialen besitzen oder finanziell beteiligt sind. Der Staat wie die Privatwirtschaft hat ein Interesse an einem gesicherten Zugang zu den Rohstoffreserven sowie an der Ausbeutung der schwarzen Arbeiter Südafrikas."

Granny Smith-Boycott-Kampagne in AAB-Nachrichten und Konzept in den siebziger Jahren:

Anlässlich der Lancierung der Granny Smith-Boycott-Kampagne Ende der siebziger Jahre stellen die AAB-Nachrichten den Grundgedanken dieses Konsumboykotts südafrikanischer Produkte detailliert vor. Ein Warenboykott in der Schweiz alleine werde zwar "das südafrikanische System noch nicht ins Wanken bringen"; man müsse aber dort anfangen, wo die Bevölkerung der Schweiz aktiv mittun könne.²⁵⁶ Zudem biete die Kampagne eine Möglichkeit sich mit der schwarzen Bevölkerung Südafrikas zu solidarisieren und Informationen über die wirkliche Lage in Südafrika zu vermitteln. Laut AAB wäre ein wichtiger nächster Schritt dann erreicht, wenn "die durch den Boykott sensibilisierten Schweizer Frauen und Männer z. B. ihre Sparhefte von den Banken zurückziehen, die das südafrikanische System weiterhin mit Krediten stützen." Denn ein Handelsboykott könnte eventuell auch eine "Kettenreaktion" nach sich ziehen – spekuliert die AAB –, da es "beispielsweise für die Banken uninteressant (ist), einem Land Kredite zu gewähren, das seine Produkte nicht mehr auf dem Weltmarkt absetzen kann." Wiederholt wird zudem von der AAB erwähnt, dass "die Aktion von schwarzen Widerstandsorganisationen begrüsst" würde.

Nach Abschluss der ersten Granny Smith-Boycottwoche vom 21. - 28. Juni 1980 verkündet die AAB stolz, dass ihres "Wissens noch nie eine Aktion zu Südafrika dermassen Aufsehen in der Öffentlichkeit erregt (hat). Presse, Radio und Fernsehen berichteten in oft ausführlichen Berichten darüber (...). Auf

255 "Zwiespältige Haltung der Schweizer Regierung", Konzept, Nr. 1, Januar 1978. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

256 "Fragen zum Granny Smith Boykott", AAB-Nachrichten, Nr. 2, Mai 1980. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

der Strasse und in Veranstaltungen wurde heftig diskutiert.²⁵⁷ Eine Intensivierung der Aktion sei nun von Nöten; denn "die Granny Smith Äpfel sind immer noch da, von den anderen südafrikanischen Produkten gar nicht zu reden." Konkret müsse die Öffentlichkeit für die südafrikanische Problematik weiter aufgeklärt, und Migros, Coop und andere Grossverteiler, welche auf die Kampagne prompt mit einer Umdeklarierung ihrer südafrikanischen Granny Smith Äpfel zum Ursprungsland Neuseeland oder einer "plumpen" Umetikettierung zum vermeintlichen "Schweizerprodukt" reagiert hätten, verschärft skandalisiert werden.

In Referenz zu jener berühmt berüchtigten Rede von Premierminister B. J. Vorster von 1972 – in welcher dieser gesagt habe, dass "[j]edes Handelsabkommen, jeder Bankkredit, jede neue Investition (...) ein Baustein unserer fortdauernden Existenz" sei –, sollte der von der AAB daraus abgeleitete Grundsatz, dass der Verzicht auf südafrikanische Produkte demnach ein "Grabstein für die Apartheid" markiere, noch alle folgenden schweizerischen "People's Sanctions" gegen das Apartheidregime prägen.²⁵⁸ Vorsters Ausspruch sollte in den achtziger und neunziger Jahren zu einem der meist zitierten Aussagen bzw. zeitgenössischen Beleg für die Notwendigkeit eines internationalen Südafrikaboykotts in den linksalternativen Binnenorganen, Leitmedien und auch dem Parlament werden.²⁵⁹

Schweizerische Waffenexporte nach Südafrika in AAB-Nachrichten und konzept in den siebziger Jahren:

Das konzept kritisiert in den siebziger Jahren wiederholt die schweizerische Waffenexportpolitik gegenüber Südafrika und skandalisiert explizit die Waffenschmiede Oerlikon-Bührle. Denn die Schweiz habe seit 1963 ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr nach Südafrika in Kraft; was die Oerlikon-Bührle jedoch nicht davon abhielt, auch weiterhin illegal Waffen nach Südafrika zu verschieben. Die Bundesanwaltschaft habe diesbezüglich zwar 1968 eingegriffen. Wie zu erwarten, sei dann aber die Strafe gegen den Embargobrecher äusserst milde ausgefallen; und "Bührle durfte wieder Propaganda gegen das Embargo treiben und sein blutiges Geschäft via Tochterfilialen im Ausland weiterführen."²⁶⁰ Angesichts der Verhängung eines obligatorischen UNO-Waffenembargos 1977 [S/RES/418], das neben direkten Waffenlieferungen neu auch Lizenzvergaben verbiete, kritisiert das konzept die inaktive Haltung der offiziellen Schweiz: "Auch hier geschah bis jetzt schweizerischerseits nichts."

257 "Granny Smith – Boykottwoche", AAB-Nachrichten, Nr. 3, 1980. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

258 "Fragen zum Granny Smith Boykott, AAB-Nachrichten, Nr. 2, Mai 1980.

259 U. a. Peter Bosshard: "Schweizer Banken und das weisse Südafrika: Mitgegangen Geld verdient", TA Magazin, 15.5.1982; Tobias Bauer: "Südafrika-Boykottwoche in Bern: Schweizer Blutgeld", TW, 12.6.1985; "Sanktionen – Banken: Schweizer Banken finanzieren die Apartheid", AAB-Nachrichten, Nr. 4, Juli 1986; "Wachsende Importe aus Südafrika", AAB-Nachrichten, Nr. 1, Januar 1987; M.: "Aufruf zum Kontorückzug bei den Grossbanken: «Kein Geld für Apartheid»", TW, 18.11.1988; sowie Peter Kamber: "Vom Kriegsgeschrei der Sonderbündler: Ein paar Bemerkungen zur «Erpressungshysterie» des Christoph Blocher", TA, 27.7.1997. Vgl. auch Motion SP-Nationalrat Leuenberger-Sothurn, *Revision Bankengesetz. Kapitalexport*, 21.6.1985 [85.515].

260 "Zwiespältige Haltung der Schweizer Regierung", konzept, Nr. 1, Januar 1978. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

Wie das Konzept befürchten auch die AAB-Nachrichten mit Inkrafttreten des verschärften Waffenembargos der UNO, dass "unsere weitmaschige Gesetzgebung die Schweiz zum Einkaufszentrum für die südafrikanische Armee mache (z. B. Funkgeräte, elektronische Ausrüstung, Lizenzen, Atomtechnologie und Handel mit Waffen)."²⁶¹ Die AAB sei jedoch mit diesem Hinweis auf wenig Interesse beim Eidgenössischen Militärdepartement (EMD) und Eidgenössischen Politischen Departement (EPD) gestossen.

Kirchenbeziehungen Schweiz-Südafrika in AAB-Nachrichten und Konzept in den siebziger Jahren:

In den AAB-Nachrichten wird in den siebziger Jahren auch mehrfach die Politik der schweizerischen Landeskirchen und ihrer Organisationen gegenüber dem Apartheidregime kritisiert. In der Beteiligung des Basler Kirchenrates am Aufbau eines landwirtschaftlichen Gymnasiums im Bantustan GaZankulu ab 1978 – zusammen mit Basler Chemiefirmen –, sieht die AAB beispielsweise eine aktive Unterstützung der Homelandpolitik Südafrikas durch die Kirchengemeinschaft in der Schweiz: "Mit seinem Projekt (das auch im Gegensatz zu den Empfehlungen des OeRK steht) unterstützt der Basler Kirchenrat deshalb den Rassismus."²⁶²

AAB-Präsident und Pfarrer Paul Rutishauser kritisiert den Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund (SEK), der im Gegensatz zum Weltkirchenrat (OeRK) eine sehr eigenwillige Südafrikapolitik betreibt, und mit seiner Nähe zur Schweizer Wirtschaft "Schützenhilfe für Schweizer Interessen" in Südafrika leisten würde: Denn einerseits habe der SEK den OeRK wegen "Einmischung in schweizerische Angelegenheiten" gerügt, als dieser schweizerische Unternehmen aufgrund ihrer Investitionen in Südafrika anprangerte und den SEK mitaufforderte, diese zum Rückzug aus Südafrika zu bewegen; was laut Rutishauser nichts anderes heisst, dass sich der SEK "mit den angegriffenen Schweizerfirmen solidarisiert – und nicht mit den unterdrückten Südafrikanern."²⁶³ Andererseits habe der SEK eine eigene "Versöhnungsinitiative" in Südafrika gestartet; was "letztlich ein Erfolg des südafrikanischen Informationsministeriums" darstelle.

Denn einige Zürcher Kirchenpolitiker seien einer Einladung der südafrikanischen Botschaft für eine Südafrika-Reise gefolgt und hätten 1979 an einer Kirchenkonferenz in Pretoria teilgenommen. Dabei habe der Präsident der Abgeordnetenversammlung des SEK, der Zürcher Pfarrer Peter Vogelsanger, das Angebot von südafrikanischen Apartheidgegnern, die für ihn Kontakte zu schwarzen Oppositionellen knüpfen sollten, abgelehnt. Denn "Pfarrer Vogelsanger konnte sich auf seinen Freund, den Direktor der Schweizerischen Kreditanstalt in Johannesburg verlassen, der ihn schon zu den «richtigen» Leuten bringen würde."²⁶⁴ Zudem habe der SEK auch die schweizerischen Missionen getadelt, weil sie die Petition *Renonciation à la collaboration Suisse-Afrique du Sud* unterstützt hätten. Laut Rutishauser ist es "wohl eine ständige Gefahr, dass in einer Volkskirche die «Volksmeinung» (die in unserem Fall stark von wirtschaftlichen Interessen geprägt ist) das Handeln stärker bestimmt als die Solidarität mit den unterdrückten Brüdern."²⁶⁵ Zwar sei nicht auszuschliessen, dass die Beteiligten es

²⁶¹ "Jahresbericht", AAB-Nachrichten, Nr. 3, 1980.

²⁶² "Basler Kirche unterstützt Südafrikas Bantustan-Politik", AAB-Nachrichten, Nr. 3, September 1979.

²⁶³ Paul Rutishauser: "Ein Pfarrer nimmt Stellung: Schützenhilfe für Schweizer Interessen", AAB-Nachrichten, Nr. 3, September 1979. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

²⁶⁴ "Dicker Fisch im Netz der Südafrikanischen Propaganda – der Schweizerische Kirchenbund!", AAB-Nachrichten, Nr. 4, Dezember 1979.

²⁶⁵ Paul Rutishauser: "Ein Pfarrer nimmt Stellung: Schützenhilfe für Schweizer Interessen", AAB-Nachrichten, Nr. 3, September 1979.

auch gut meinten; man müsse sich aber folgende Frage gefallen lassen:

"Kann eine kirchliche Strategie mithelfen, die Apartheid zu beseitigen, wenn sie sich mit der Strategie der südafrikanischen Regierung deckt, die Apartheid zu verteidigen?"²⁶⁶

Allgemeine Wirtschaftsbeziehungen Schweiz-Südafrika in AAB-Nachrichten und konzept in den siebziger Jahren:

Die allgemeinen schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen zum Apartheidregime werden von den AAB-Nachrichten und dem konzept in den siebziger Jahren schon intensiv skandalisiert. Laut konzept besteht nämlich seit 1948 – d. h. mit der Machtübernahme der burischen National Party und der Institutionalisierung der Apartheid – eine wechselseitige Interessenverbindung:

"Genau zu dieser Zeit gründeten viele ausländische Firmen Tochniederlassungen in Südafrika und stützten damit die Errichtung der Apartheid von Anfang an. Schweizerischerseits waren es Geigy (1946), Holderbank (1947), Hoffmann-LaRoche, Suchard, Oerlikon Bührle (alle 1948), Escher Wyss (1949), Rückversicherung, Züllig, Ciba, Bankgesellschaft, Sulzer, Salzmänn & Brunschweiler (alle 1950), die auf die verstärkte Unterdrückung der Schwarzen sofort mit Investitionen reagierten."²⁶⁷

Bereits 1972 hätten Schweizer Firmen in Südafrika 1.6 Mia. SFR investiert. Die Schweiz stehe mit einem Anteil von knapp fünf Prozent an fünfter Stelle der Auslandsinvestoren; und die drei "big brothers" SBG, SBV und SKA würden dank ihrem "Zürcher Goldpool" enge Verbindungen zu Südafrika aufweisen ("Rund 80 Prozent der südafrikanischen Goldproduktion findet über diese Banken ihre Abnehmer").²⁶⁸ Daneben hätten die drei Schweizer Grossbanken bis Ende 1976 an Südafrika kontroverse Kredite in der Höhe von 2.3 Mia. SFR gewährt; beispielsweise auch an die südafrikanische Elektrizitätsgesellschaft ESCOM (Electricity Supply Commission), um den "Bau einer südafrikanischen Urananreicherungsanlage zu finanzieren." Vor dem Hintergrund, dass Südafrika den Atomsperrvertrag nicht unterzeichnet habe und in Verdacht stehe, den Bau einer eigenen Atombombe voranzutreiben, sei diese "Finanzierung des Nuklearprogramm" Südafrikas besonders verwerflich.

Und 1980 hat gemäss AAB-Nachrichten das "südafrikanische Minderheitsregime" wiederum Geld von den Banken in der Schweiz bekommen:

"Die schweizerische Bankgesellschaft hat als Kopf eines internationalen Bankenkonsortiums (...) Südafrika eine Anleihe von 260 Mio. Dollar bewilligt. Diese Anleihe hilft mit, die Apartheidregierung in Südafrika zu stärken und macht die westlichen Länder erneut zu Komplizen der Apartheid, die sie sonst verbal gerne verurteilen."²⁶⁹

Unhaltbar seien daneben auch die "Arbeits- und Lohnverhältnisse in Schweizer Niederlassungen in Südafrika", so das konzept mit Verweis auf zwei Studien zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika des Centre Europe – Tiers Monde (CETIM) in Genf von 1972 und 1974.²⁷⁰ Die

266 "Dicker Fisch im Netz der Südafrikanischen Propaganda – der Schweizerische Kirchenbund!", AAB-Nachrichten, Nr. 4, Dezember 1979.

267 "Südafrika – Profitparadies auch für Schweizer Unternehmen: Wirtschaftswachstum dank Apartheid", konzept, Nr. 1, Januar 1978.

268 "Die schweizerische Privatwirtschaft ist dabei", konzept, Nr. 1, Januar 1978. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

269 "Schweizer Banken finanzieren die Apartheid", AAB-Nachrichten, Nr. 4, Dezember 1980.

270 "Die schweizerische Privatwirtschaft ist dabei", konzept, Nr. 1, Januar 1978. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel. Vgl. auch Centre Europe – Tiers Monde (CETIM), *Suisse – Afrique du Sud. Relations économiques et*

Untersuchungen würden nachweisen, "dass die Löhne zu Anfang der siebziger Jahre häufig unter dem Existenzminimum lagen. Streiks der Arbeiter für höhere Löhne und bessere Sozialleistungen wurden mit Hilfe des südafrikanischen Militärs zerschlagen und mit Entlassungen beantwortet (Beispiel Alusaf, an welcher die Alusuisse beteiligt ist, im Jahr 1973)."

Daneben erzielt in den AAB-Nachrichten auch die Involvierung von Schweizer Grossbanken im Muldergate-Skandal von 1978 erhöhte Resonanz. Die SBG habe 1976 für die "inzwischen berühmt berüchtigte" südafrikanische Zeitung Citizen eine Anleihe von 23.5 Mio. SFR getätigt; also dasjenige Medium mitfinanziert, das vom südafrikanischen Informationsministerium mit staatlichen Geldern zu Propagandazwecken aufgebaut wurde.²⁷¹ Nebst den bisher bekannten Apartheidpolitikern – Premierminister B. J. Vorster und Informationsminister Cornelius Mulder mussten beide zurücktreten –, sei gemäss der südafrikanischen Wirtschaftszeitung Financial Mail nun auch der ehemalige Wirtschafts- und Finanzminister Nicolaas Diederichs in diesem Skandal verwickelt. Diederichs hat gemäss AAB vor allem die Verteilung der südafrikanischen Gelder abgewickelt; "natürlich via Schweizer Banken (Schweizerische Bankgesellschaft (SBG) und Schweizerische Kreditgesellschaft) und mit Hilfe eines ehemaligen Generaldirektors der SBG, Bruno Saager."²⁷²

Für die Binnenorgane der linksalternativen Lobbygruppen steht somit schon in den siebziger Jahren fest: "Die Schweizer Investitionen brauchen und stützen die Apartheid und sind damit für die ganze Unmenschlichkeit und Unterdrückung mitverantwortlich und mitschuldig."²⁷³ Dieses apartheidkritische Deutungsmuster sollte sich in den achtziger Jahren noch stärker etablieren.

Als Initialereignis anfangs der achtziger Jahre, welches dieses Leitargument der linksalternativen Lobbygruppen weiter festigte und den "Startschuss" für die Schwesterkampagne zum Granny Smith-Boycott verkörpert – die Bankenboykott-Kampagne der Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt (AFP) nach dem Motto "Kontorückzug! Schreiben Sie Ihrer Bank?" –, kann das internationale UNO-Seminar über Bankenbeziehungen mit Südafrika im April 1981 in Zürich gelten.²⁷⁴ Die vom UNO-Sonderkomitee gegen Apartheid zusammen mit dem Weltkirchenrat (OeRK), der Erklärung von Bern (EvB) und der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) organisierte Tagung sollte erstmals umfassend über das Südafrikaengagement der Banken aufklären: "Die Schweizer Banken (...) sind heute zu schätzungsweise 10% an den Anlagen ausländischer Banken in Südafrika beteiligt. Und sie spielten in den Jahren der südafrikanischen Finanzkrise 1975-77 eine entscheidende Rolle bei der Gewährung von Stützungskäufen."²⁷⁵ Daneben spiele der 1968 durch die SBG, SBV und SKA gegründete "Zürcher Goldpool" eine zentrale Rolle, über den "60% des südafrikanischen Exportgoldes" gehandelt würde.²⁷⁶ Auch beim Handel mit dem "Gold des kleinen Mannes" – der "als sichere Geldanlagen und Göttingeschenke angepriesenen" Krügerrand-Goldmünzen –, seien die "Schweizer Gnomen" weltweit führend: "Nach Zeitungsberichten erwarb der Bankverein 1979 mehr Krügerrand-Münzen als die Deutsche Bank.

politiques, Genf 1972; sowie Centre Europe – Tiers Monde (CETIM), *Schweiz – Südafrika. Ende des Dialogs?*, Genf 1974.

271 "Schweizer Firmen und Banken im Kreuzfeuer", AAB-Nachrichten, Nr. 3, September 1979.

272 "Neue Enthüllungen zum Informationsskandal", AAB-Nachrichten, Nr. 4, Dezember 1980.

273 "Südafrika – Profitparadies auch für Schweizer Unternehmen: Wirtschaftswachstum dank Apartheid", konzept, Nr. 1, Januar 1978.

274 Vgl. "Aktionen gegen Bankenverbindungen: UN Seminar über Bankenbeziehungen mit Südafrika", AAB-Nachrichten, Nr. 2, Juni 1981; sowie "Eine Kampagne der «Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt»: Schreiben Sie Ihrer Bank!", AAB-Nachrichten, Nr. 3, September 1981.

275 "Finanziert Ihre Hausbank die Apartheid?", AAB-Nachrichten, Nr. 2, Juni 1981.

276 Walter Bertschinger: "Uno kritisiert Schweizer Finanzgeschäfte mit Südafrika: Banken finanzieren Apartheid", konzept, Nr. 4, April 1981.

Letztere handelte 45% aller ausserhalb Südafrikas verkauften Münzen."²⁷⁷ Das Konzept zitiert in diesem Zusammenhang den Vorsitzenden des UNO-Sonderkomitees gegen Apartheid, James Victor Ghebo aus Ghana, der die aktive Komplizenschaft der Schweiz kritisiert:

"Schweizer Banken nehmen weiterhin eine führende Rolle in der Koordination verschiedener südafrikanischer Finanztransaktionen ein, offensichtlich unter dem Schutz des schweizerischen Bankgeheimnisses. Nach unserer Meinung symbolisieren diese Kredite leider die konkrete Teilnahme der Schweiz an der Unterstützung eines der brutalsten Regimes seit dem Nazismus."²⁷⁸

Memo Verhältnis Schweiz-Südafrika linksalternative Lobbygruppen 1976-1980:

Für die linksalternativen Apartheidkritiker (AAB, Konzept) verkörpern die Schweizer Grossbanken mit ihrer Kreditpolitik und dem Goldhandel schon in den siebziger Jahren die unbestreitbaren Hauptstützen der Apartheid in Südafrika. Denn die Schweizer Wirtschaft sei seit Anbeginn (1948) ein Komplize des Apartheidregimes gewesen; und die Südafrikapolitik des Bundes und diejenige der schweizerischen Landeskirchen sei grundsätzlich hypokritisch und zu "wirtschaftsfreundlich" (Stichworte: keine Zwangsmassnahmen, moralische Verurteilung und Vermittlerrolle anbieten). Die schweizerische Öffentlichkeit müsse zukünftig noch stärker mittels einer intensivierten Kampagnentätigkeit über das Unrechtregime in Südafrika und die unmoralischen Verflechtungen der Schweizer Wirtschaft aufgeklärt werden (u. a. Granny Smith-Boykott-Kampagne und insbesondere Bankenboykott-Kampagne).

²⁷⁷ "Finanziert Ihre Hausbank die Apartheid?", AAB-Nachrichten, Nr. 2, Juni 1981.

²⁷⁸ Walter Bertschinger: "Uno kritisiert Schweizer Finanzgeschäfte mit Südafrika: Banken finanzieren Apartheid", Konzept, Nr. 4, April 1981.

Antikritischer Diskurs in Republikaner und Schweizerzeit in den siebziger Jahren:

In den siebziger Jahren ist das Verhältnis Schweiz-Südafrika in den antikritischen Binnenorganen Republikaner (nur 1 Artikel) und Schweizerzeit (3 Artikel) noch kein grösseres Thema.²⁷⁹ Dabei lässt sich mit der kleinen Ausnahme des Arguments der strategischen Bedeutung Südafrikas (3 Nennungen) noch keine eigentliche Dominanz von antikritischen Positionen in diesem Diskurs eruieren (insgesamt nur 10 Fälle).²⁸⁰

Nur am Rande, im Zusammenhang mit einem parlamentarischen Vorstoss des republikanischen Nationalrates James Schwarzenbach über die Finanzierung von Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika durch den in Genf beheimateten Weltkirchenrat (OeRK) – u. a. MPLA (Movimento Popular de Libertação de Angola), UNITA (União Nacional para a Independência Total de Angola) und Frelimo (Frente de Libertação de Moçambique) –, erfährt das Verhältnis Schweiz-Südafrika anfangs der siebziger Jahre etwas erhöhte Resonanz.²⁸¹ George d'Abadie kritisiert im Republikaner die "kläglich" Haltung des Bundesrates, der die "neutralitätswidrige Tätigkeit des Weltkirchenrates, der von Genf aus die Ermordung von Weissen organisiert und finanziert", nicht unterbinden würde.²⁸² Denn der OeRK habe unter anderem Listen von ausländischen – und insbesondere schweizerischen – Unternehmen, die in Südafrika Tochtergesellschaften unterhalten, veröffentlicht, und damit "den schwarzen Terroristen und ihren weissen marxistischen Helfern die nötigen Unterlagen für Sprengstoff-Anschläge (...) geliefert." Scharf kritisiert d'Abadie auch die schweizerischen Landeskirchen und ihre Organisationen. Bedenklich sei nämlich, dass das Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS) ein angebliches "Weiterbildungszentrum" für Pfarrer des OeRK in Johannesburg unterstütze; wobei damit aber konkret der "geistigen und moralischen Subversion" Vorschub geleistet würde, da in diesem Zentrum "unter dem Vorwand einer sensitiven Gruppenausbildung" in Wirklichkeit "Sexorgien" gefeiert würden. Diese Kritik an einer verfehlten und "unmoralischen" Südafrikapolitik der Kirchen sollte sich dann vor allem anfangs der achtziger Jahre noch weiter intensivieren.²⁸³ Doch dazu später mehr.

279 Vgl. nochmals Abbildung 4, Seite 53.

280 n = 10. Antikritische Positionen mit geringer Resonanz in Republikaner und Schweizerzeit [weniger als 3 Nennungen]: *Sanktionen, negative Effekte: "Erhöhung Arbeitslosigkeit Schwarze"*; *Sanktionen, Neutralität: "Ungleiche Handhabung Südafrika vs. Ostblock, totalitäre Regimes"*; *Südafrikapolitik Bund: "Neutralität verbietet Einmischung, Diplomatie in schwierigen Zeiten wichtig, Nichtanerkennung Befreiungsbewegungen"*; *Apartheid, Reformen Botha: "Richtiger Reformweg, evolutionärer Wandel"*; *Apartheid, Reformen Botha: "Desinformation «rote» Massenmedien, Beeinflussung durch Kommunisten"*; sowie *Apartheid, Reformen Botha: "Verzerrung, Links-Propaganda Lobbygruppen (u. a. AAB, kirchliche Organisationen, Hilfswerke)"*.

281 Kleine Anfrage republikanischer Nationalrat James Schwarzenbach, *Weltkirchenrat und Befreiungsbewegungen*, 12.3.1973 [334]. Vgl. auch "200 Tote zu Lasten des Weltkirchenrates", RP, 18.1.1973; "Appell zum Austritt aus dem Weltkirchenrat", RP, 4.5.1973; "Weltkirchenrat und Befreiungsbewegungen: Kleine Anfrage Schwarzenbach vom 12. März 1973", RP, 6.7.1973; Peter Meyer: "Der Weltkirchenrat stiftet 450 000 Dollar für den Hunger – nein, für den Krieg in Afrika!", RP, 26.4.1974; sowie Dr. jur. B. C. Bäschlin: "Wie unsere Landeskirchen zu politischen Zwecken missbraucht werden", RP, 29.8.1975.

282 George d'Abadie: "Finanzieren Weltkirchenrat und HEKS Orgien?", RP, 6.7.1973. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

283 Vgl. stellvertretend Franz Baumgartner: "Schweizer Unterstützung für den Weltkirchenrat: Gelder für Guerillas", SZ, 16.10.1980; sowie Pastor Peter Kalangula: "Ein offener Brief an Pfarrer und Priester: weshalb verschliesst Ihr Eure Augen?", SZ, 30.10.1981.

Insgesamt erfreut sich aber das Thema Apartheid in Südafrika im Republikaner und dessen Nachfolgemedium Schweizerzeit reger Beliebtheit. 1979 lanciert die Schweizerzeit beispielsweise eine grosse vierteilige Artikelserie bzw. Aufklärungskampagne zur Apartheid; dies weil "nun auch unser Bundesrat in krasser Missachtung der ihm von unserer Neutralitätspolitik auferlegten Zurückhaltung in den weltweiten Chor gegen Südafrika eingestimmt hat."²⁸⁴ Dabei lassen sich in diesem Diskurs über Südafrika schon die zentralen Deutungsmuster feststellen, die in der breiteren öffentlichen Auseinandersetzung der achtziger Jahre von rechtsnationaler Seite prominent ins Feld geführt werden sollten: U. a. sei die strategische Bedeutung Südafrikas im Kalten Krieg zu beachten; eine ideologisch motivierte Sonderbehandlung des Fall Südafrika durch die Linken zu erkennen; als richtiger Reformweg zur Beendigung der Apartheid ein evolutionäre Wandel zu unterstützen; negative Effekte von sogenannten wirtschaftlichen "Zwangsmassnahmen" auf die schwarze Bevölkerung in Südafrika zu erwarten; sowie eine Desinformation und Propaganda durch die Massenmedien in der Schweiz festzustellen.

Linke Propaganda Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) und "rote" Massenmedien in Republikaner und Schweizerzeit in den siebziger Jahren:

Wiederholt rechtfertigen der Republikaner wie auch die Schweizerzeit in den siebziger Jahren die Politik der sogenannten "getrennten" Entwicklung unter der "grossen" Apartheid, welche von den Schweizer Medien zu Unrecht diabolisiert würde. Denn gemäss Republikaner geht es "[b]ei der Apartheidbewegung in Südafrika (...) nicht um eine Verachtung der schwarzen Volksstämme, sondern um die Wahrung und Reinhaltung der verschiedenen Kulturen."²⁸⁵ Dabei argumentiert der Republikaner – obgleich nun kulturalistisch gewendet – noch mit den altbekannten Stereotypen des klassischen, biologisch argumentierenden Rassismus:

"Wir brauchen den Menschen, der mit den geistigen Werten der Vernunft und Intelligenz ausgestattet ist, nicht den Tieren gleichsetzen, aber wenn wenn schon der normale Tierhalter streng darauf achtet, seine verschiedenen Rassentiere in gesonderten Ställen unterzubringen, ist beim besten Willen nicht einzusehen, warum man vernunftbegabte Menschen verschiedener Rassen nun unbedingt durcheinandermischen und unter das Gleiche Dach bringen soll."

Immer wieder lassen sich Einschätzungen im Republikaner feststellen, die über vermeintliche Entwicklungsdifferenzen die Apartheid legitimieren. Denn da "viele Schwarze gegenüber den Weissen in der Entwicklung um hundert Jahre zurück" seien, könne die südafrikanische "Regierung nichts überstürzen."²⁸⁶ Solche kruden Typisierungen erscheinen im Republikaner entweder ungezeichnet oder als Forumsbeiträge ohne eindeutige Autorenangaben. Als gutes Beispiel kann die idealisierende "Reisereportage" der Frau E. V. gelten, die im "Gegensatz zu allen Greuelmeldungen so vieler Schweizer Zeitungen" in Südafrika nicht ein Land im Niedergang, sondern im Aufstieg vorgefunden habe:

"Dass sich (...) die Weissen gegenüber den Schwarzen herablassend benehmen, konnten wir nirgends feststellen. Wir sahen kein einziges, unterernährtes Negerkind (...). Die älteren Wohnhäuser der Schwarzen sind sehr einfach. Doch hat jedes Häuschen einen Garten. Monatliche Miete 15 Schweizerfranken! Laufend werden schönere und modernere Wohnhäuser auf Staatskosten gebaut. Der Durchschnittsschwarze in Südafrika wohnt besser und angenehmer als mancher Europäer am Rand seiner Grossstädte!"

284 "Südafrika setzt sich zu wehr (1. Teil)", SZ, 1.3.1979. Vgl. auch "Südafrika setzt sich zu wehr (2. Teil)", SZ, 19.3.1979; "Südafrika setzt sich zu wehr (3. Teil)", SZ, 5.4.1979; sowie "Südafrika setzt sich zu wehr (4. Teil)", SZ, 19.4.1979.

285 "Die Hetze gegen die Südafrikanische Union", RP, 3.9.1976. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

286 Frau E. V.: "So erlebte ich Südafrika", RP, 4.2.1977. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Forumsartikel.

Auf Unverständnis stösst in diesem Zusammenhang im Republikaner die Nichtanerkennung des "unabhängigen" Homelands Transkei durch die internationale "Völkergemeinschaft" 1976. Gemäss dem Republikaner ist nämlich die Begründung, die Transkei sei wirtschaftlich zu stark von Südafrika abhängig, "kein stichhaltiges Argument"; der wahre Grund sei vielmehr derjenige, dass man sich scheue, die Transkei zu anerkennen, "weil damit eingestanden würde, dass die Heimatländer-Politik nicht unbedingt eine Ausgeburt des Teufels ist", und die Apartheidpolitik auch ihre positiven Seiten habe.²⁸⁷ Laut Schweizerzeit-Herausgeber Ulrich Schlüer erweist sich nämlich die Apartheidpolitik "[i]m afrikanischen Massstab – und dieser ist zuständig für Südafrika – (...) als achtenswerter Versuch, die schweren Probleme, die sich mit dem Zusammenleben verschiedener Rassen ergeben, möglichst ohne Blutvergiessen und schwere Auseinandersetzungen langfristig zu lösen."²⁸⁸ Denn vor dem Hintergrund, "der – etwa im Bildungs- und Gesundheitswesen – grossen, in Afrika einzig dastehenden Leistungen, die Südafrikas Regierung im Sinne echter Entwicklungshilfe für seine farbige Bevölkerung erbringt, zollen wir dem südafrikanischen Weg unsere Achtung"; bringt Schlüer seine Hochachtung auf den Punkt.

Wiederholt wird von beiden rechtsnationalen Binnenorganen betont, dass eine Abweichung von der aktuellen "evolutionären Entwicklung" nur Chaos bedeute, und das weltstrategisch wichtige Südafrika in die Hände der Kommunisten spielen könnte.²⁸⁹ "Brüske Änderungen, wie sie ungeduldige Eiferer anstreben und fordern, enden unweigerlich in Blutvergiessen und im Chaos"; verkündet beispielsweise der 1972 von Schweizer Südafikarückkehrer und Südafrikanostalgiker gegründete Club der Freunde Südafrikas (CFS) in der Schweizerzeit.²⁹⁰ Und an einem Bürgerkrieg habe "niemand ein Interesse ausser der Sowjetunion", welche bereits in beängstigender Masse in Afrika Fuss gefasst habe, und "für die das strategisch bedeutsame und rohstoffreiche Südafrika das Haupt- und Endziel ihrer Afrikapolitik ist."

Die Bewertung des Apartheidregimes als zentraler Verbündeter im Kalten Krieg erweist sich – nebst der Propagierung eines evolutionären Wandels in Südafrika –, als zweites dominantes Deutungsmuster des rechtsnationalen politischen Milieus bei der Typisierung der Apartheid in Südafrika und des Verhältnis Schweiz-Südafrika. Im Weltbild des Republikaners und der Schweizerzeit verkörpert Südafrika schlicht der "archimedische Punkt" des Ost-West-Antagonismus.²⁹¹ Die Ausdehnung der sowjetischen Hegemonie zur Errichtung der Weltherrschaft müsse in Südafrika gestoppt werden: Denn die "strategische Integrität Südafrikas ist für die Verteidigung, ja für das Überleben des Westens lebenswichtig."²⁹²

Für die Schweizerzeit ist vor diesem Hintergrund das weltweite "Kesseltreiben gegen Südafrika" sehr beunruhigend.²⁹³ Laut Schlüer überrascht immer wieder, "mit welcher Blindheit vor allem europäische Kritiker, selbst Staatsmänner, einfältige UNO-Verurteilungen gegenüber Südafrika mitunterstützen" würden:

287 Jacques Baumgartner: "Waffensperre gegen Süd-Afrika", RP, 11.11.1977. Vgl. auch "Wird die Schweiz Transkei anerkennen? Anfrage von Nationalrat Nauer SP vom 23.9.1976", RP, 15.10.1976.

288 Ulrich Schlüer: "Unser Standpunkt", SZ, 19.4.1979. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

289 Jacques Baumgartner: "Waffensperre gegen Süd-Afrika", RP, 11.11.1977.

290 Club der Freunde Südafrikas (CFS): "Gebt Südafrika Zeit", SZ, 29.5.1980. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Forumsartikel.

291 Hans Wittwer: "Nach Zürcher UNO-Seminar über Südafrika: Im Solde Moskaus", SZ, 16.4.1981.

292 "Der sowjetische Einfluss in Afrika", RP, 9.9.1977.

293 J. J. Olivier: "Kesseltreiben gegen Südafrika: Worum geht es wirklich bei Nyanga?", SZ, 16.10.1981.

"Als wüssten sie nicht, dass gleichsam die Lebensader Westeuropas am Kap der guten Hoffnung vorbeiführt. Als wäre es ihnen gleichgültig, wer an der Südspitze Afrikas, am Nadelöhr für Europas Nachschub, sitzt. Oder ist die Blindheit dieser Kritiker gar nicht Blindheit? Sondern Teil eines langfristigen Planes, einen Machtumschwung in Westeuropa herbeizuführen?"²⁹⁴

In diesem Zusammenhang beklagen der Republikaner und die Schweizerzeit öfters die ideologisch motivierte Sonderbehandlung der Apartheid in Südafrika. Anlässlich der Lancierung der Bankenboykott-Kampagne durch die Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt (AFP) anfangs der achtziger Jahre fragt die Schweizerzeit: "Warum eigentlich wurde *nur gerade Südafrika* ins Visier genommen? Warum nicht auch andere Staaten, andere Regimes? Passen den alle anderen in das ideologische Bild der «Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt»?"²⁹⁵ Gemäss dem Republikaner ist Südafrika nämlich an sich kein "Sonderfall" im Weltgeschehen: Denn "[w]elcher Unterschied besteht zwischen der Kulturideologie der «Authenzität» («Negritude»), die in Schwarzafrika praktiziert wird und der «Apartheid», der Autonomie der schwarzen Stämme und der weissen in Südafrika?"²⁹⁶ Es sei die "Hetzpropaganda" von Kirchen, Medien und Linken – und zunehmends auch einzelner europäischer Staaten –, die Südafrika für sich als "Sonderfall" reklamieren und das Apartheidregime zum "Prügelknaben der Welt" stempeln würden. Dabei sollte man sich aber die Frage erlauben, "wie (...) die europäischen Mächte den revolutionären Marxismus (militante Terror Gruppen, Baader-Meinhof-Bande) im Inneren bekämpfen und im südlichen Afrika gleiche Bewegungen (Patriotische Front in Rhodesien und SWAPO in Namibia) finanziell unterstützen" können. Wiederholt verweist die Schweizerzeit in diesem Zusammenhang auch auf das Schweizer Fernsehen SF DRS, das in einer ganzen Reihe von Sendungen die "Probleme im südlichen Afrika einseitig gewichtet oder gar sachlich völlig unhaltbar" vermittelt habe; und damit den Linken in die Hände spielen würde.²⁹⁷

Ulrich Schlüer begrüsst in der Schweizerzeit vor diesem Hintergrund die "besonnene Absage" des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA) bezüglich einer Teilnahme an dem von der "zweifelhaften Organisation" Erklärung von Bern (EvB) "unter dem UNO-Deckmantel" organisierten internationalen UNO-Seminar über Bankenbeziehungen mit Südafrika im April 1981 in Zürich.²⁹⁸ Doch eigentlich – so Schlüer weiter – hätte Bundesbern gar eingreifen müssen, um die "ungebetenen Gäste", welche mit ihrer "ideologisch motivierten Hetze" die Neutralität der Schweiz missbrauchen würden, vor die Tür zu setzen:

"Dass (...) Zürich zum Ort einer Handlung auserkoren wurde, die klar gegen ein Land gerichtet ist, in dem immerhin einige tausend Schweizer dank Fleiss und persönlichem Einsatz eine zweite Heimat gefunden haben, das geht eindeutig zu weit."

In der Schweizerzeit wird zudem auch auf die einzelnen "Teilnehmer des sehr *einseitig zusammengesetzten* Seminars" verwiesen – u. a. OeRK, OAU (Organisation of African Unity) und diverse afrikanische "Befreiungsbewegungen" – und die NZZ zitiert, welche die "offenkundig von Anbeginn als politische Agitationsveranstaltung konzipierte" Tagung verurteilen würde.²⁹⁹ Das UNO-Seminar diene den

294 Ulrich Schlüer: "Unser Standpunkt", SZ, 19.4.1979.

295 cb.: "Eine Kampagne für Einäugige: Entwicklungsideologen rüsten gegen Südafrika", SZ, 16.4.1982 [Hervorhebung im Original].

296 Prometheus: "Ist Südafrika ein Sonderfall?", RP, 27.10.1978. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

297 Ulrich Schlüer: "Offener Brief an SRG-Generaldirektor Prof. Leo Schürmann: Südafrika am Schweizer Fernsehen", SZ, 20.1.1984. Vgl. auch "Antwort von SRG-Generaldirektor Leo Schürmann: Südafrika am Schweizer Fernsehen", SZ, 2.3.1984; sowie Ulrich Schlüer: "Unser Kommentar", SZ, 2.3.1984.

298 Ulrich Schlüer: "Spalte Rechts: Missbrauchte Neutralität", SZ, 3.4.1981. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Kommentar.

299 Hans Wittwer: "Nach Zürcher UNO-Seminar über Südafrika: Im Solde Moskaus", SZ, 16.4.1981 [Hervorhebung im Original]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel [Hervorhebung im Original].

unverbesserlichen "Idealisten" ganz klar zur Vorbereitung von internationalen Sanktionen gegen Südafrika; dies obschon man wisse, dass "Boykott und Sanktionen in der Geschichte noch nie besonders wirksam" waren und besonders jenen schadeten, welchen eigentlich geholfen werden sollte. Schlimm sei dabei auch – so die Schweizerzeit weiter –, dass viele "vermeintliche" schwarze Führer dem sogar offen beipflichten würden: "*«Genau das ist es ja, was wir wollen und erwarten von Boykottmassnahmen. Nur wenn die Schwarzen arbeitslos werden, sind sie bereit zu revolutionären Massnahmen!»*"; so die Schweizerzeit einen ungenannten Vertreter einer schwarzafrikanischen Gewerkschaft zitierend.

Demgegenüber müsse man vielmehr auf die Stimmen von "gemässigten" schwarzen Führern hören – u. a. auf Zulu-Führer Mangosuthu Buthelezi, Chiefminister des Bantustans KwaZulu; Hazen Ntsanwisi, Chiefminister des Bantustans GaZankulu; sowie Lucas Mangope, Chiefminister des Homelands Bophuthatswana –, die sich alle "ausdrücklich gegen jede Form von wirtschaftlichem Boykott aussprechen" und Investitionen als Mittel zur Beendigung bzw. schrittweisen Abschaffung der Apartheid willkommen heissen würden.³⁰⁰

Das Deutungsmuster, dass ein weltweiter Boykott des Handels mit Südafrika "zuerst die wirtschaftlich Schwächsten treffen" würde – d. h. zunächst "die Wanderarbeiter aus den Nachbarländern und dann die Schwarzen im eigenen Land" –, hat sich in der Schweizerzeit Ende der siebziger und anfangs der achtziger Jahre fest etabliert.³⁰¹ Als weiteres Argument gegen einen internationalen Südafrikaboykott wird zudem immer wieder auf den "pragmatischen Reformkurs" der Regierung Botha verwiesen, welcher nicht mit unverhältnismässigen bzw. kontraproduktiven "Zwangsmassnahmen" gefährdet werden dürfe. Denn die Apartheid sei fast schon abgeschafft; und eine Gleichstellung aller Bevölkerungsgruppen Südafrikas fast schon vollzogen worden. Nach dem exklusiven weissen Referendum über die Etablierung eines neuen Dreikammerparlamentes in Südafrika 1983 verkündet nämlich Schlüer schlicht:

"Damit ist das *Apartheid-System*, das vor rund 25 Jahren die getrennten Entwicklung der verschiedenen Rassen festgeschrieben hatte, in seinem Kern aufgehoben worden: Die Verfügungsgewalt über politische Rechte ist nicht mehr von der Hautfarbe abhängig. Mit der Zugehörigkeit zu einer kulturellen, ethnischen Gruppe ist – zunächst auf Weisse, Farbige und Inder beschränkt – auch die Beteiligung an der politischen Macht geregelt."³⁰²

Memo Verhältnis Schweiz-Südafrika rechtsnationale Lobbygruppen 1976-1980:

Für die rechtsnationalen Antikritiker (Republikaner, Schweizerzeit) ist das südliche Afrika in den siebziger Jahren von zentraler strategischer Bedeutung im west-östlichen Kräftemessen des Kalten Krieges. Die Idee der Apartheid – verstanden als sogenannte "getrennte" Entwicklung –, stelle dabei per se nichts schlechtes dar. Zukünftig könne aber nur ein evolutionärer Wandel und Reformen à la Botha die diskriminierenden Aspekte der Apartheid abschaffen. Sanktionen seien im Gegensatz dazu ein kontraproduktives Mittel, d. h. aufgrund erwartbarer negativer Effekte (Arbeitslosigkeit, Blutbad etc.) grundsätzlich zu verwerfen. Verstärkt müsse zudem in der schweizerischen Öffentlichkeit die linke Propaganda über Südafrika seitens der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), kirchlicher Kreise, Hilfswerke und der "roten" Massenmedien entlarvt und angeklagt werden.

300 Pfarrer Hansjürg Stüchelberger: "Offener Brief an die «Erklärung von Bern»: Christliche Versöhnung statt Hass und Angst", SZ, 26.11.1982.

301 Ebenda.

302 Ulrich Schlüer/asa: "Nach dem Referendumserfolg der Regierung Botha: Südafrika im Aufbruch", SZ, 25.11.1983 [Hervorhebung im Original].

V.1.2 Resonanzanalyse Medienarena 1976-1980

"Die Schwarzen leiden unter den schweizerischen Investitionen in Südafrika, denn sie betrachten diese Investitionen als stabilisierendes Element des rassistischen und ausbeuterischen Systems und als militärische und wirtschaftliche Stärkung des Vorster-Regimes (...). Wir erwarten von den schweizerischen *Gewerkschaften*, dass sie diese Verlagerung schweizerischen Kapitals nach Südafrika bekämpfen und mit allen Mitteln zu verhindern suchen."³⁰³

"Nun hat letzte Woche dieser Herr Z. Sonkosi bezüglich Südafrikas (...) praktisch die ganze Schweizer Industrie inklusive Banken mit Dreck beworfen, um damit eine Spaltung innerhalb unserer Bevölkerung zu provozieren. Auch die Gewerkschaften hat er dabei in souveräner Manier mit einbezogen (...). Dieser wirtschaftlich wenig informierte, politisch radikalisierte Mensch (seine Biographie sagt genug) predigt uns unverhohlen Umsturz, Gewalt, Kommunismus und Enteignung. Glaubt er wirklich, Punkte für seine Sache sammeln zu können, wenn er uns den Verlust von Hunderten von Millionen Franken schweizerischen Volksvermögens, hier erarbeitet und seinem Land zur Verfügung gestellt, vor Augen führt?"³⁰⁴

Der Soweto-Aufstand 1976 markiert für die mediale Öffentlichkeit noch stärker als das Sharpeville-Massaker 1960 eine Zäsur bezüglich ihrer Südafrikaberichterstattung.³⁰⁵ Mit erhöhter Regelmässigkeit und Intensität berichten ab diesem Zeitpunkt alle Leitmedien über die vom Apartheidregime blutig niedergeschlagene Schülerdemonstration in Soweto und die folgenden Unruhemonate, die 1977 mit der Ermordung von Steve Biko, dem Führer des BCM (Black Consciousness Movement), einen weiteren Höhepunkt erfahren und im selben Jahr zu verschärften wirtschaftlichen Massnahmen seitens der internationalen Staatengemeinschaft führen (u. a. "Südafrika-Kodex" der Europäischen Gemeinschaft (EG) und obligatorisches UNO-Waffenembargo [S/RES/418]).³⁰⁶ Im Zuge davon werden auch diverse Aktivitäten und Ereignisse im Zusammenhang mit dem Verhältnis Schweiz-Südafrika verstärkt thematisiert: U. a. erste Aktionen der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) und insbesondere die Granny Smith-Boykott-Kampagne Ende der siebziger Jahre; das Treffen zwischen dem Premierminister B. J. Vorster und dem amerikanischen Aussenminister Henry Kissinger in Zürich und andere Schweiz-Besuche von Apartheidpolitikern; die Südafrikapolitik der schweizerischen Landeskirchen und ihren Organisationen; sowie die allgemeinen Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zum Apartheidregime (und hier vor allem

303 Zola Sonkosi: "Der ANC und die Schweiz in Südafrika", TA, 14.10.1976 [Hervorhebung im Original].

304 "Stellungnahme der Holderbank: Keil zwischen Wirtschaft und Bevölkerung", TA, 22.10.1976.

305 Vgl. nochmals Abbildung 2, Seite 50.

306 Vgl. stellvertretend (ap): "Unruhen in Südafrika fordern Tote", TA, 17.6.1976; *sd.*: "Soziale Misere in den schwarzen Ghettos Südafrikas: Sowetos heimat- und rechtlose Arbeiter", NZZ, 18.6.1976; (*sda*): "Die Rassenunruhen in Südafrika", VA, 18.6.1976; (*dpa*): "Schwere Rassenunruhen in Südafrika: Polizei schoss auf schwarze Kinder", TW, 18.6.1976; (*ddp*): "Uno-Sicherheitsrat verurteilt südafrikanische Machthaber: «Verbrechen gegen die Menschlichkeit»", TA, 21.6.1976; Paul Schumacher: "Warum Gummigeschosse in Südafrika nicht genügen", TA, 22.6.1976; Hans O. Staub: "Südafrikas Rassenpolitik steht auf dem Spiel: Sprachenstreit war nur äusserer Anlass der Unruhen", WE, 23.6.1976; *R.Ky.*: "Ausweitung der Unruhen in Südafrika: Beschwichtigende Erklärung Vorsters", NZZ, 10.8.1976; Hans O. Staub: "Krisenjahr für Weiss-Afrika", WE, 29.12.1976; Paul Schumacher: "Proteste gegen Vorster-Regime nach Tod Bikos: Krüger verstrickt sich in Widersprüche", TA, 20.9.1977; Herrmann Bohle: "Die EG kann Afrikas Süden unter Druck setzen", VA, 20.9.1977; Jörg Thalmann: "EG-Ministerrat verabschiedet Südafrika-Kodex", TA, 21.9.1977; *Ww.*: "Mosaiksteinchen zu einer EG-Südafrikapolitik: Verhaltenskodex für Gemeinschaftsunternehmen", NZZ, 21.9.1977; (ap): "Beerdigung des südafrikanischen Nationalistenführers: Westliche Diplomaten bezeugen Biko die letzte Ehre", TA, 26.9.1977; (afp): "Beisetzung des Negerführers Steve Biko", NZZ, 26.9.1977; (ap): "Erstmals bindende Sanktionen gegen einen Mitgliedstaat der Weltorganisation: Waffenembargo gegen Südafrika", TA, 5.11.1977; *C/s.*: "Obligatorisches Waffenembargo gegen Südafrika: Kompromiss im Sicherheitsrat", NZZ, 5.11.1977; "Waffenembargo gegen Südafrika", BK, 5.11.1977; sowie (*dpa*): "UNO-Sicherheitsrat einstimmig: Waffenembargo gegen Südafrika", TW, 7.11.1977.

die Arbeitsbedingungen bei südafrikanischen Tochtergesellschaften von Schweizer Firmen und die Südafrikapolitik der Schweizer Grossbanken).

Apartheidkritischer Diskurs in der Medienarena in den siebziger Jahren:

Analysiert man die Resonanz der apartheidkritischen Argumente in der medialen Öffentlichkeit in der Phase 1976-1980, so zeigt sich eine erhöhte Resonanz der Medienpositionen der Qualitäts- und Forumsmedien Tages-Anzeiger, Tagwacht, New York Times, Vaterland und Weltwoche selbst (zusammen 24.4%); sowie der Positionen der linksalternativen Lobbygruppen Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Arbeitsgruppe Dritte Welt (AG3W) und des Afrika-Komitee Basel (zusammen 19.8%). Daneben erzielen nur gerade die schweizerischen Landeskirchen und ihre Organisationen – u. a. Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund (SEK), Schweizerischer Evangelischer Pressedienst (epd), Christen für den Sozialismus – eine vergleichbar hohe Aufmerksamkeit (zusammen 17.4%). Die linken Parteien POCH (Progressive Organisation Schweiz), PdA (Partei der Arbeit) und die Sozialdemokratische Partei (SP) (zusammen 5.8%) erzielen in den Medien der siebziger Jahre mit ihren apartheidkritischen Positionen noch keine nennenswert hohe Aufmerksamkeit. Verstärkt werden aber die apartheidkritischen Argumente von ausländischen Akteuren – u. a. African National Congress (ANC) (9.3%) und UNO (United Nations Organisation) (8.1%) – medial gespiegelt.³⁰⁷ Bezüglich der Autorenschaft lassen sich in den Medien der siebziger Jahre noch keine klaren medialen Meinungsmacher zu den schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen eruieren. Einzig im Tages-Anzeiger meldet sich zum Verhältnis Schweiz-Südafrika regelmässig Peter Studer (*pst.*) – bevor er 1978 zum Chefredaktor ernannt wird –, als Ausland- und Bundeshauskorrespondent zu Wort.

Daneben eröffnen der überparteiliche Tages-Anzeiger wie auch die freisinnig-liberale NZZ wiederholt schweizerischen und ausländischen Apartheidkritikern und Antikritikern das Forum für Stellungnahmen: U. a. Zola Sonkosi (ANC); Pfarrer Peter Vogelsanger (SEK); Dr. Walter Wolf (epd); sowie Dr. Peter Sulzer aus Winterthur.³⁰⁸

Als apartheidkritische Position mit der höchsten Medienresonanz erweist sich in den siebziger Jahren die Forderung nach einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Schweiz mit dem Apartheidregime (vgl. Position 1; Abbildung 8, Seite 89). Hohe Aufmerksamkeit erzielt diese vor allem von linksalternativen Lobbygruppen – u. a. AAB, AG3W und Afrika-Komitee Basel – und linken Parteien – u. a. POCH, PdA und SP – portierte Argumentation anlässlich von Schweiz-Besuchen von prominen-

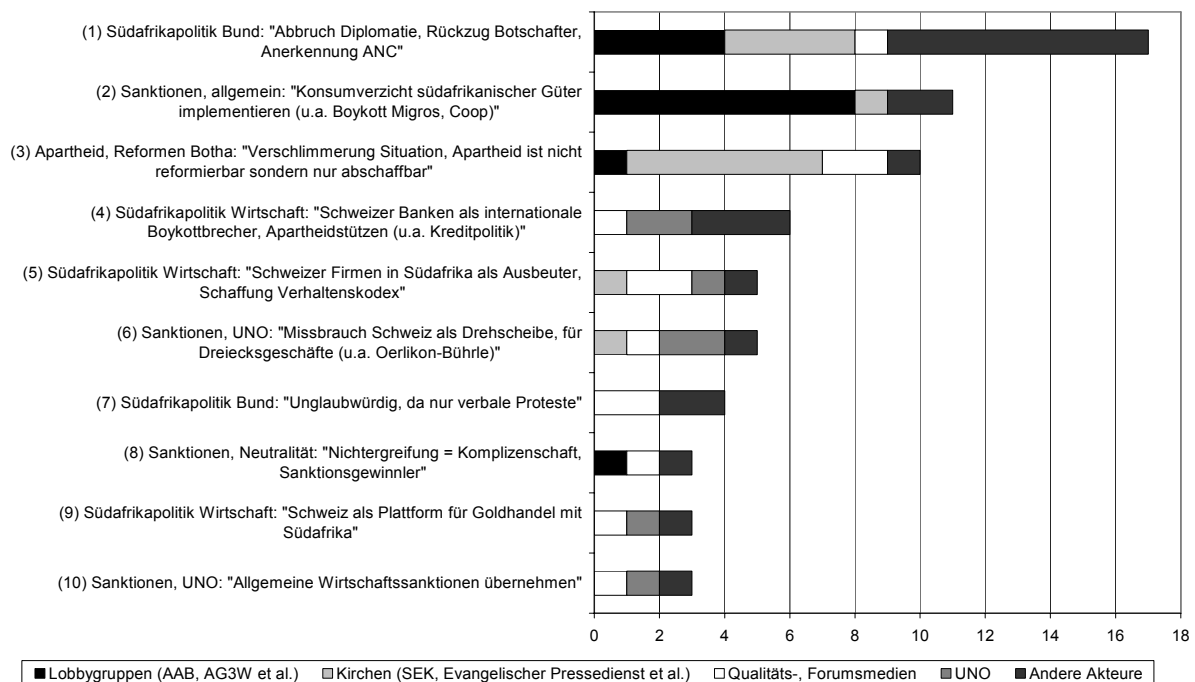
307 n = 86. TA = 12 Positionen (14.0%); AAB = 10 (11.6%); Apartheidkritiker unspezifisch = 9 (10.5%); ANC = 8 (9.3%); UNO = 7 (8.1%); SEK = 6 (7.0%); epd = 6; AG3W = 5 (5.8%); TW = 5; POCH = 3 (3.5%); Afrika-Komitee Basel = 2 (2.3%); Christen für den Sozialismus = 2; New York Times = 2; SBK = 2; PdA = 1 (1.2%); SP = 1; Revolutionäre Marxistische Liga (RML) = 1; VA = 1; WE = 1; Erklärung von Bern (EvB) = 1; sowie Kirche unspezifisch = 1.

308 Vgl. stellvertretend Pfarrer Peter Vogelsanger: "Südafrika – Quadratur des Zirkels?", TA, 15.6.1976; Dr. Peter Sulzer: "«Schwarzer» Protest gegen die Burensprache: Der Sprachstreit in Südafrika", NZZ, 25.8.1976; Zola Sonkosi: "Der ANC und die Schweiz in Südafrika", TA, 14.10.1976; Dr. Peter Sulzer: "Unabhängigkeit für Transkei: Erster Prüfstein der südafrikanischen Bantustanpolitik", NZZ, 21.10.1976; Jakob Waldvogel: "Zum Beispiel Ciba-Geigy in Südafrika", TA, 22.10.1976; "Stellungnahme der Holderbank: Keil zwischen Wirtschaft und Bevölkerung", TA, 22.10.1976; "Stellungnahme der Firma Brown Boveri: Offensichtliche Verdrehung von Tatsachen", TA, 22.10.1976; Dr. Peter Sulzer: "Die Kirche und Südafrika: Eine nichtkonforme Stellungnahme", NZZ, 15.1.1977; Pfarrer Peter Vogelsanger: "Die Kirche und Südafrika: Eine Korrektur", NZZ, 29.1.1977; Dr. Walter Wolf: "«Die Kirche und Südafrika»: Eine Antwort des Evangelischen Pressedienstes", NZZ, 5.2.1977; Prof. Dr. Fritz Büsser: "Kriegshetze im Evangelischen Pressedienst? Zu einer Südafrika-Stellungnahme", NZZ, 8.8.1980; sowie Dr. Walter Wolf: "Friede ohne Gerechtigkeit in Südafrika? Eine Antwort des Evangelischen Pressedienstes", NZZ, 15.8.1980.

ten Apartheidpolitikern (Stichwort: "Vorster raus aus der Schweiz").³⁰⁹

Eine hohe mediale Aufmerksamkeit erzielt auch der Ende der siebziger Jahre im Rahmen der Granny Smith-Boykott-Kampagne lancierte Appell der AAB und verbündeter linksalternativer Lobbygruppen an die schweizerischen Konsumenten zum Boykott südafrikanischer Produkte unter dem Motto "Ich kaufe keine Früchte aus Südafrika" (vgl. Position 2; Abbildung 8).³¹⁰

Abbildung 8: Apartheidkritische Positionen differenziert nach Akteuren in der Medienarena 1976-1980³¹¹



Fest etabliert hat sich zudem in der Medienarena in der Phase 1976-1980 die Einschätzung, dass die Apartheid nicht reformierbar, sondern nur abschaffbar sei (vgl. Position 3; Abbildung 8). Diese Diagnose wird vor allem von den schweizerischen Landeskirchen und ihren Organisationen – u. a. SEK und Pressedienst epd – sowie von Qualitäts- und Forumsmedien wie der New York Times und der sozialdemokratischen Tagwacht gestellt.

³⁰⁹ "Begegnung Kissinger-Vorster in Zürich: Konkrete Ergebnisse stehen noch aus", TW, 6.9.1979.

³¹⁰ *cora.*: "Boykott gegen Waren aus dem Apartheid-Staat: Lieber Schweizer Äpfel als südafrikanische", TW, 17.6.1980.

³¹¹ Dargestellt werden die zehn am häufigsten geäußerten apartheidkritischen Positionen differenziert nach Akteuren in der Medienarena 1976-1980 in absoluten Werten [n = 86]. Weitere apartheidkritische Positionen mit erhöhter Medienresonanz: *Südafrikapolitik Bund*: "Nachdrückliche Nichtanerkennung Transkei" [3 Nennungen]; *Südafrikapolitik Wirtschaft*: "Involvierung Schweizer Banken Muldergate-Skandal 1978" [3]; sowie *Apartheid, Reformen Botha*: "Beschönigung, Rechts-Propaganda Lobbygruppen (u. a. SSAA, CFS)" [3]. Apartheidkritische Positionen mit geringer Medienresonanz [weniger als 3 Nennungen]: *Sanktionen, allgemein*: "Selbst Schwarze Südafrikas fordern Boykott (u. a. Bischof Tutu)"; *Sanktionen, negative Effekte*: "Keine Erhöhung Arbeitslosigkeit Schwarze, Apartheidökonomie selbst erzeugt Arbeitslosigkeit"; *Südafrikapolitik Schweiz, allgemein*: "Kirchen unterstützen implizit Apartheidpolitik"; *Südafrikapolitik Bund*: "Imageschaden Schweiz, verstärkte Isolation"; *Südafrikapolitik Bund*: "Sistierung Exportrisikogarantie (ERG)"; *Südafrikapolitik Wirtschaft*: "Finanzierung Atomprogramm Südafrikas, ESCOM-Anleihe Schweizer Banken siebziger Jahre"; *Südafrikapolitik Wirtschaft*: "Schweiz als Plattform für Diamantenhandel mit Südafrika"; sowie *Apartheid, Reformen Botha*: "Desinformation «braune» Massenmedien, Beeinflussung durch Wirtschaft".

Daneben erzielen auch Skandalisierungen der apartheidstützenden Rolle der Schweizer Grossbanken und der Schweiz als Drehscheibe für die "Umtriebe notorischer Blockadebrecher" – wie beispielsweise die Waffenschmiede Oerlikon-Bührle –, erhöhte Aufmerksamkeit (vgl. Positionen 4 und 6; Abbildung 8).³¹² Prominent wird diese Kritik an den Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz, welche die "rassistischen Herrschaftsstrukturen unterstützen", in den Medien vor allem dann aufgegriffen, wenn sie seitens der UNO vorgebracht wird.³¹³

Hohe Resonanz erfährt auch das von diversen Akteuren aus kirchlichen Kreisen, von Medien und der UNO portierte Deutungsmuster, dass schweizerische Unternehmen mit ihren Tochtergesellschaften in Südafrika als "Prototypen von Ausbeutern" fungieren würden (vgl. Position 5; Abbildung 8).³¹⁴ Denn "Schweizer Firmen wie BBC, Sulzer, Ciba-Geigy, Hoffmann-LaRoche, Holderbank, Alpha Zement, Schindler, Suchard Chocolats, Nestlé, Alusuisse, Sandoz usw. können in Südafrika dank billigen Arbeitskräften günstiger produzieren als in der Schweiz."³¹⁵

Zudem wird in der Medienöffentlichkeit die Einschätzung, dass die Südafrikapolitik der offiziellen Schweiz zunehmend unglaubwürdiger erscheine – d. h. nach dem Prinzip "viele Worte aber wenig Taten" erfolge –, nebst Antikritikern im allgemeinen vor allem vom überparteilichen Tages-Anzeiger geteilt (vgl. Position 7; Abbildung 8).

Im Vergleich zu den linksalternativen Binnenorganen AAB-Nachrichten und konzept findet in den Medien in den siebziger Jahren das Deutungsmuster der Schweiz als wichtigste Drehscheibe für Südafrikas Goldhandel – "nach Schätzungen übernehmen Schweizer Grossbanken 80% der südafrikanischen Goldproduktion" –, aber noch nicht die dominierende Aufmerksamkeit (vgl. Position 9; Abbildung 8).³¹⁶

Ebenso findet die in den linksalternativen Binnenorganen differenziert geäußerte Forderung nach einer Übernahme der Wirtschaftssanktionen à la UNO – u. a. Sistierung Exportrisikogarantie (ERG), Kündigung Doppelbesteuerungsabkommen und Unterbindung Auswanderungspropaganda – in der Medienarena noch wenig bzw. nur als Metaposition Resonanz (vgl. Position 10 und Fussnote zu Abbildung 8).

Antikritischer Diskurs in der Medienarena in den siebziger Jahren:

Von den antikritischen Positionen in der Phase 1976-1980 werden in der medialen Öffentlichkeit am stärksten diejenigen der Schweizer Firmen Ciba-Geigy, BBC, Holderbank, Migros, Oerlikon-Bührle, Hoffmann-LaRoche und Nestlé gespiegelt (zusammen 26.3%). Hohe Resonanzen erzielen auch der Bundesrat (17.5%), die schweizerischen Landeskirche und ihre Organisationen – u. a. SEK und Pressedienst epd (zusammen 15.8%) –, sowie die freisinnig-liberale NZZ (15.8%). Daneben erzeugt nur noch gerade die Verwaltung im allgemeinen, d. h. das Eidgenössische Militärdepartement (EMD), das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD) sowie das Eidgenössische Politische Departement (EPD) und seine Vertreter – u. a. Botschafter Edouard Brunner –, erhöhte Aufmerksamkeit

312 *pst.*: "Welche Konsequenzen hat Uno-Waffenembargo gegen Südafrika: Schweiz verhängte von sich aus Embargo", TA, 8.11.1977.

313 Pierre Simonitsch: "Wirtschaftsbeziehungen mit weissen Minderheitsregimes im südlichen Afrika angeprangert: 38 Schweizer Unternehmen auf «schwarzer» Uno-Liste", TA, 31.8.1978.

314 Pfarrer Peter Vogelsanger: "Die Kirche und Südafrika: Eine Korrektur", NZZ, 29.1.1977.

315 Zola Sonkosi: "Der ANC und die Schweiz in Südafrika", TA, 14.10.1976.

316 Mark Schenker: "Schweizer Firmen: Gut geschäftet, ohne sich einzumischen", TA, 4.11.1977.

(zusammen 12.3%).³¹⁷

Als antikritische Position mit der höchsten Resonanz in der Medienarena in den siebziger Jahren erweist sich die Rechtfertigung des wirtschaftlichen Engagements von Schweizer Firmen in Südafrika, welches auf keinen Fall ausbeuterisch sei. Im Gegenteil sei eine Gleichstellung aller Arbeitnehmer die Regel, wobei "Weisse und Farbige für gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten" würden (vgl. Position 1; Abbildung 9, Seite 92).³¹⁸ Diese Position wird in den Medien fast ausschliesslich den von linker Seite stark skandalisierten Schweizer Firmen Ciba-Geigy, BBC, Holderbank, Oerlikon-Bührle und Hoffmann-LaRoche zugeschrieben; aber auch vom Bundesrat, der NZZ und kirchlichen Akteuren geteilt: Pfarrer Peter Vogelsanger (SEK) vermerkt beispielsweise, dass gerade die zu Unrecht gescholtene Schmidheiny-Gruppe "in der Ignorierung der Apartheid in ihren Betrieben und durch eine sozial fortschrittliche Politik vorangegangen und durch die übrigen Schweizer Firmen in diesem Vorgehen kopiert worden" sei.³¹⁹

Die bekannte rechtsnationale Kritik, dass die linksalternativen Lobbygruppen mittels schlicht politisch motivierten Behauptungen und "offensichtlichen Verdrehung der Tatsachen" über Südafrika eigennützige Propaganda betreiben würden, wird in den Medien in den siebziger Jahren insbesondere von Wirtschaftsvertretern und der NZZ vorgebracht (vgl. Position 2; Abbildung 9).

Antikritische Positionen des Bundesrates finden in der Medienarena vor allem bezüglich der Verteidigung der bestehenden und als angemessen empfundenen Südafrikapolitik der offiziellen Schweiz Resonanz; und in der Rechtfertigung zur Nichtergreifung von weiteren sogenannten "Zwangsmassnahmen" mit dem Hinweis auf das 1963 "von sich aus verhängte" Waffenembargo gegen das Apartheidregime (vgl. Positionen 3 und 9; Abbildung 9).³²⁰

Die in den anikritischen Binnenorganen Republikaner und Schweizerzeit prominent vertretenen Kalter Kriegs-Deutungsmuster – u. a. "Südafrikas *strategische Bedeutung*" aufgrund des Rohstoffreichtums und der geographischen Lage sowie die Ungleichbehandlung Südafrikas im Vergleich mit kommunistischen Staaten, welche selber die Menschenrechte mit Füßen treten würden –, finden in der medialen Öffentlichkeit vorwiegend in der NZZ Resonanz (vgl. Positionen 7 und 10; Abbildung 9).³²¹ Verstärkt werden sie aber auch von einzelnen prominenten Antikritikern vertreten; wie beispielsweise von Paul Gygli, dem ehemaligen Generalstabschef der Schweizer Armee.

Eine beachtliche Medienresonanz in den siebziger Jahren findet auch schon das antikritische Leitargument, welches die negativen Effekte eines wirtschaftlichen Boykotts auf die schwarze Bevölkerung Südafrikas postuliert. So wird beispielsweise seitens der Antikritiker wiederholt die rhetorische Frage gestellt: "Bedenken Sie auch, dass Sie durch einen Boykott südafrikanischer Produkte, zum Beispiel der Granny-Smith-Äpfel, in erster Linie die Schwarzen Südafrikas um ihren Verdienst bringen?" (vgl. Position 8; Abbildung 9).³²²

317 n = 57. Bundesrat = 10 Positionen (17.5%); NZZ = 9 (15.8%); SEK = 6 (10.5%); Antikritiker unspezifisch = 5 (8.8%); Ciba-Geigy = 4 (7.0%); EMD = 4; BBC = 3 (5.5%); Holderbank = 3; Migros = 2 (3.5%); Kirche unspezifisch = 2; Oerlikon-Bührle = 1 (1.8%); Hoffmann-LaRoche = 1; Nestlé = 1; BK = 1; EVD = 1; EPD = 1; Edouard Brunner = 1; epd = 1; sowie Schweizerischer Obstverband = 1.

318 H.H./T. Tr.: "Goldgrube für die Schweiz", SBK, 5.9.1976.

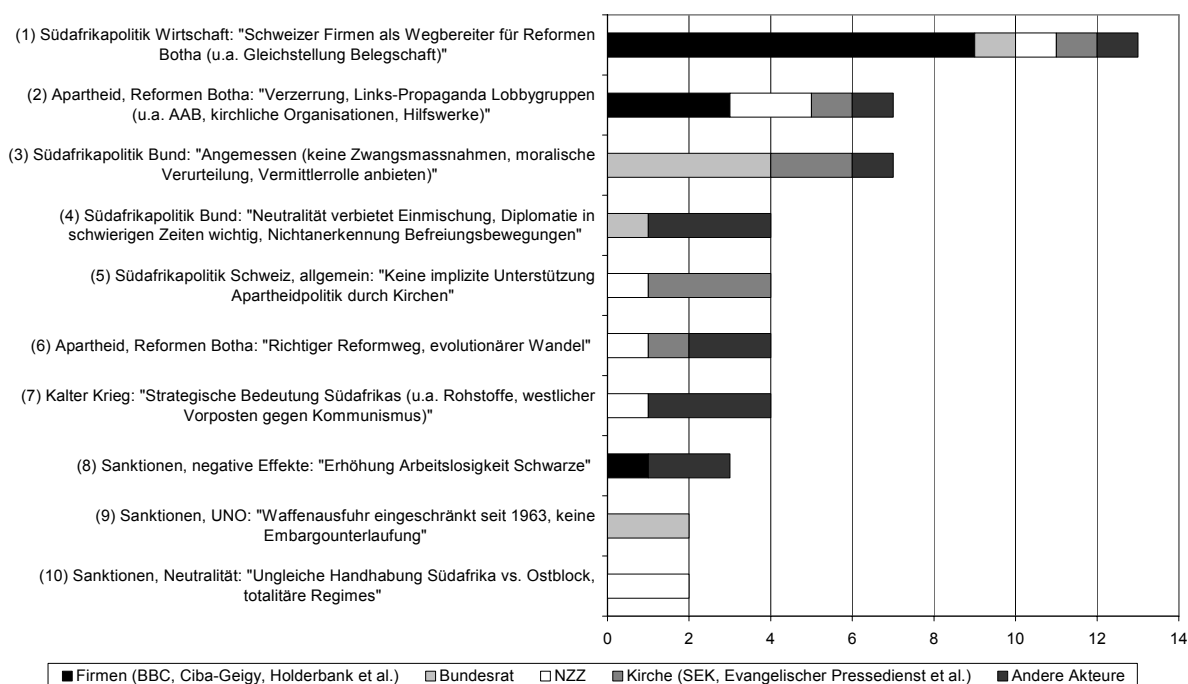
319 Pfarrer Peter Vogelsanger: "Die Kirche und Südafrika: Eine Korrektur", NZZ, 29.1.1977.

320 pst.: "Welche Konsequenzen hat Uno-Waffenembargo gegen Südafrika: Schweiz verhängte von sich aus Embargo", TA, 8.11.1977.

321 "Botha für eine «neutrale Position» Südafrikas: Erklärung in Zürich", NZZ, 8.3.1979 [Hervorhebung im Original].

322 R. Martin: "Keine Waren aus Südafrika?", VA, 26.6.1980.

Abbildung 9: Antikritische Positionen differenziert nach Akteuren in der Medienarena 1976-1980³²³



Analysiert man die unterschiedlichen "Framing" des Verhältnis Schweiz-Südafrika in der Medienarena in den siebziger Jahren, so lässt sich im Vergleich mit den Binnenorganen der linksalternativen Lobbygruppen ein noch stärkeres Übergewicht von analytischen und gegenwartsbezogenen "diagnostic Framing" feststellen (75.5%).³²⁴ Das Verhältnis Schweiz-Südafrika wird in den Medien überwiegend mit Aktualitätsbezug und rein analytisch reflektiert; zukunftsbezogene Vorhersagen ("prognostic Framing") und Positionen, die den Schwerpunkt auf die eigene und/oder fremde oder gar schweizerische Identität legen und damit identitätsstiftend wirken ("identity Framing"), sind nur marginal vertreten (14.0% respektive 10.5%). Auffällig ist jedoch, dass "prognostic Framing" mehrheitlich bei den Apartheidkritikern überwiegen. Demgegenüber lässt sich auf Seiten der Antikritiker im medialen Diskurs eine erhöhte Resonanz von "identity Framing" von Positionen im Rahmen der Neutralitätsfrage feststellen.

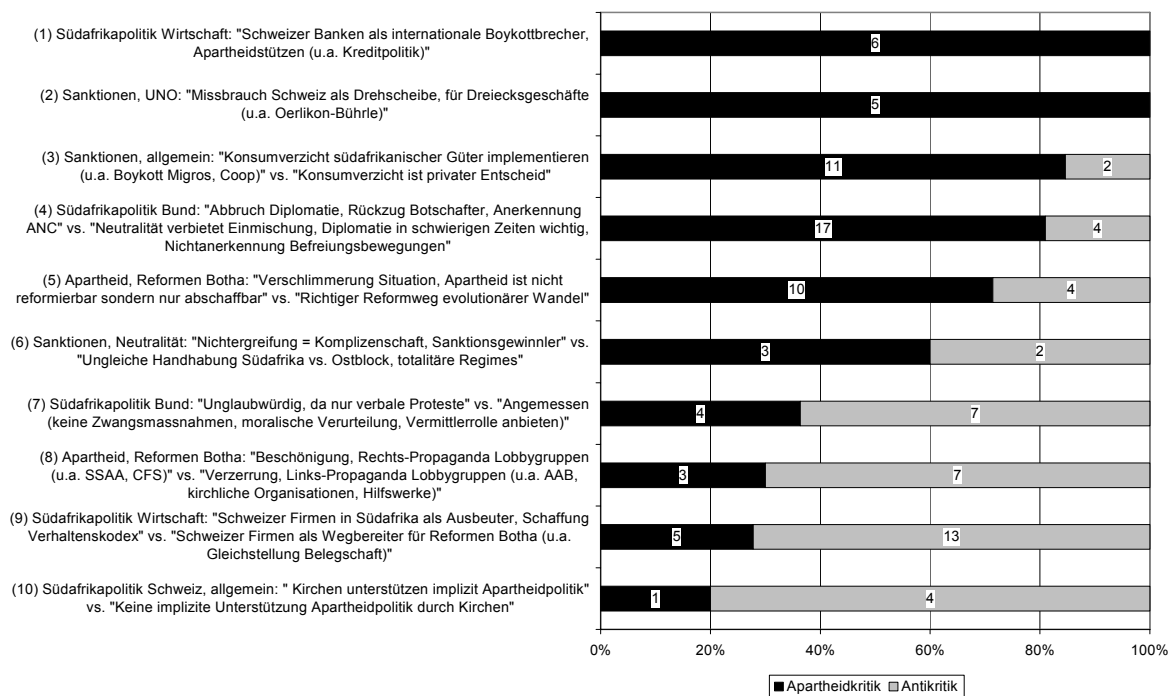
³²³ Dargestellt werden die zehn am häufigsten geäusserten antikritischen Positionen differenziert nach Akteuren in der Medienarena 1976-1980 in absoluten Werten [n = 57]. Weitere antikritische Positionen mit geringer Medienresonanz [weniger als 3 Nennungen]: *Sanktionen, allgemein: "Konsumverzicht ist privater Entscheid"*; *Sanktionen, Neutralität: "Aussenpolitische Tradition Neutralität verbietet grundsätzlich konzertierte Aktionen"*; *Südafrikapolitik Schweiz, allgemein: "Kirchen unterstützen implizit Weltrevolution (u. a. Theologie des Hasses)"*; *Südafrikapolitik Bund: "Schweiz wird Transkei nicht anerkennen"*; sowie *Apartheid, Reformen Botha: "Wirtschafts- und Handelsfreiheit wird Apartheid abschaffen (u. a. Investitionen in Homelands vorantreiben)"*.

³²⁴ n = 143. "Diagnostic Framing" = 108 (75.5%); "prognostic Framing" = 20 (14.0%); sowie "identity Framing" = 15 (10.5%).

Widerstreit in der Medienarena in den siebziger Jahren:

Betrachtet man den Widerstreit der Argumente in der Medienöffentlichkeit in der Phase 1976-1980 – d. h. stellt die apartheidkritischen Positionen den antikritischen Gegenpositionen direkt gegenüber –, so lässt sich eine starke Links-Rechts-Polarität feststellen (vgl. Abbildung 10, Seite 93).

Abbildung 10: Widerstreit in der Medienarena 1976-1980³²⁵



Als praktisch noch unerwiderte Argumente von linker Seite erweisen sich beispielsweise die Skandalisierung der Schweizer Grossbanken als internationale Boykottbrecher und Apartheidstützen sowie der Vorwurf, die Schweiz werde für Umgehungsgeschäfte mit Südafrika missbraucht (vgl. Positionen 1 und 2; Abbildung 10). Demgegenüber werden antikritische Argumente, welche die Propaganda von linksalternativen Lobbygruppen kritisieren, die "positive Rolle" der Schweizer Wirtschaft in Südafrika herausstreichen oder die vermittelnde Südafrikapolitik der schweizerischen Landeskirchen rechtfertigen, von den Apartheidkritikern noch wenig entkräftet (vgl. Positionen 8, 9 und 10; Abbildung 10).

Diese Widerstreitstruktur illustriert, dass in der medialen Öffentlichkeit in den siebziger Jahren von den Apartheidkritikern und Antikritikern teilweise noch auf unterschiedlichen Ebenen debattiert – oder anders gesagt –, aneinander vorbei argumentiert wird. Nur ein geringer Anteil aller Widerstreitpaare von Argumenten und Gegenargumenten kann als ausgeglichen gelten (vgl. Positionen 6 und 7; Abbildung 10).

Petition linksalternativer Lobbygruppen und Granny Smith-Boykott-Kampagne in der Medienarena in den siebziger Jahren:

Die 1978 eingereichte Petition *Renonciation à la collaboration Suisse-Afrique du Sud* der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) und anderer linksalternativer Lobbygruppen, welche die Sistierung der Exportrisikogarantie (ERG), die Kündigung des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und Südafrika und eine Unterbindung der südafrikanischen Auswanderungspropaganda in der Schweiz fordert, findet in den Medien nur auf Agenturebene Resonanz und wird nicht weiter kommentiert.³²⁶ Gleich verhält es sich auch mit kleineren Kungebungen und Protestaktionen linksalternativer Lobbygruppen, die von den meisten Medien nur in kurzen Agenturmeldungen registriert werden; so beispielsweise der Protest "linksgerichteter Jugendlicher" in Zürich 1976 gegen die "Erschiessung von über 100 Schwarzen durch die Polizei in Südafrika" und ein Anschlag mit Molotowcocktail auf die südafrikanische Botschaft in Bern im gleichen Jahr.³²⁷

Auf ein erhöhtes mediales Interesse stösst aber die Ende der siebziger Jahre lancierte Granny Smith-Boykott-Kampagne. Die sozialdemokratische Tagwacht veröffentlicht schon Ende 1978 einen Aufruf des Berner Ablegers der AAB für einen Konsumboykott südafrikanischer Importwaren und stellt seiner Leserschaft die rhetorische Frage: "Machen Sie mit?"³²⁸ Gemäss Tagwacht versucht die AAB zusammen mit Dritte Welt-Organisationen im Rahmen ihrer Granny Smith-Boykottwoche im Sommer 1980 die Öffentlichkeit über die "peinlichen politischen und wirtschaftlichen Hintergründe" des Fruchteimportes aus dem südlichen Afrika aufzuklären.³²⁹ Denn in jüngster Zeit habe sich "in Südafrika das Unterdrückungssystem massiv verschlimmert"; trotzdem gehöre die Schweiz noch zu jenen Ländern, die "intensive wirtschaftliche Beziehungen mit diesem Staat pflegen" würde. Die Granny Smith Äpfel seien als "Symbol" zu verstehen, da sich die Aktion gegen alle südafrikanischen Waren richten würde und eine Unterbindung jeglicher wirtschaftlicher Beziehungen anzustreben sei.

Auch der überparteiliche Tages-Anzeiger berichtet schon im Vorfeld über diese Aktion und beschwört nach "Milchschwemme, Butter- und Fleischberg" nun gar einen "Früchteberg".³³⁰ Zurecht würde die AAB den unsinnigen jährlichen Import ausländischer Äpfel kritisieren, da zugleich in den Kühllhäusern noch tonnenweise einheimische Früchte lagern würden. Denn diese Produkte seien zudem mit dem "Makel" behaftet, zumeist aus dem "rassistischen Südafrika" zu stammen. Nach Abschluss der Kampagne zitiert der Tages-Anzeiger den Obsteinkäufer von Coop, der den Rückgang des Verkaufs von Granny Smith Äpfel jedoch weniger auf die gesamtschweizerischen AAB-Aktionen zurückführt, sondern aufgrund des schlechten Sommerwetters ("Granny sind typische Heisswetteräpfel, die man vorzugsweise im Bad konsumiert").³³¹ Gemäss einem Sprecher der Migros würden die Sanktionsbefürworter zudem ganz vergessen, "dass man mit einem Boykott ohnehin wohl nicht die anvisierten Weissen in Südafrika treffen würde, sondern wiederum die benachteiligten Schwarzen", die im schlimmsten Fall ihre Arbeit verlieren würden. Demgegenüber betont die Tagwacht die Kam-

326 Vgl. stellvertretend (ddp/sda): "Petition hinterlegt: Gegen doppelbödige Südafrika-Politik", TA, 24.5.1978; (sda): "Petition gegen Zusammenarbeit mit Südafrika", NZZ, 24.5.1978; "Stop der Zusammenarbeit", TW, 24.5.1978; sowie (ddp): "Anti-Apartheid-Petition abgelehnt", TA, 12.6.1979.

327 (ddp): "Südafrika-Protest", VA, 22.6.1976. Vgl. auch (sda): "Anschlag auf Berner Südafrika-Botschaft", TA, 26.6.1976.

328 hst.: "Gespräch mit Theo Kotzé im Bürenpark: Südafrika – Kap ohne Hoffnung?", TW, 9.10.1978.

329 cora.: "Boykott gegen Waren aus dem Apartheid-Staat: Lieber Schweizer Äpfel als südafrikanische", TW, 17.6.1980. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

330 Jörg Aeschbacher: "Die schweizerische Obstimportpolitik unter Beschuss: Eine Boykottwoche gegen Äpfel aus Südafrika", TA, 25.6.1980. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

331 aes.: "Nach der Boykottwoche ist zu fragen: Weniger Granny-Äpfel verkauft – warum?", TA, 3.7.1980. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

pagnenführer zitierend, dass sich die Lage für die Schwarzen wie auch ihre "Arbeitsplatzsituation kaum mehr verschlimmern könne."³³²

In der NZZ und den Boulevardmedien Blick und SonntagsBlick findet die Granny Smith-Boykott-Kampagne hingegen keine nennenswerte Resonanz. Anlässlich von heftigen verbalen "Auseinandersetzungen" zwischen Boykottbefürwortern und Boykottgegnern in Luzern, veröffentlicht dann das christlich-demokratische Vaterland einen antikritischen Forumsbeitrag, "der für einmal andere Aspekte aufdeckt, als jene, die am Aktionsstand verbreitet worden sind."³³³ Dabei wird ebenfalls eine "Verdienst-einbusse" für die Schwarzen Südafrikas beschworen, die "zielbewusste" Reformpolitik von Premierminister P. W. Botha gewürdigt und auf die Neutralitätspolitik bzw. den Grundsatz der Nichteinmischung der neutralen Schweiz verwiesen ("Wir würden es auch nicht schätzen, wenn andere Staaten sich in unsere Jurafrage einschalten würden!"). Vielmehr müsse man hingegen – so der Autor R. Martin weiter – Südafrika die notwendige Zeit lassen, seinen eigenen Weg zu finden. Denn mit einem Boykott sei niemandem geholfen; "ausser denjenigen, die auf einen roten Umsturz hin arbeiten." Daneben veröffentlicht das Vaterland auch eine Pressemitteilung des Schweizerischen Obstverbandes, in der betont wird, dass Granny Smith Äpfel nicht nur aus Südafrika importiert, sondern auch aus anderen Ländern der südlichen Hemisphäre – d. h. beispielsweise "aus Neuseeland oder aus südamerikanischen Produktionsgebieten" – stammen würden.³³⁴

In einer Entgegnung zu diesem antikritischen Forumsbeitrag betont die Arbeitsgruppe Dritte Welt (AG3W), dass der von ihr mitorganisierte "Boykott südafrikanischer Produkte (...) auch von vielen Schwarzen unterstützt" würde; namentlich von Bischof Desmond Tutu und dem ANC-Präsidenten und Nobelpreisträger Albert Luthuli.³³⁵ Zudem sei zu bezweifeln, dass P. W. Botha seine Reformpolitik wirklich zielbewusst vorantreibe; was auch namhafte Publizisten – "wie z. B. Theo Sommer von der liberalen, deutschen «Zeit», der ansonsten Südafrika wohlgewogen ist" –, bestätigen würden. Als aktuellstes Beispiel für die "vermeintlichen Reformen" kann gemäss AG3W das anfangs der achtziger Jahre geplante "gemischtrassige" Parlament in Südafrika gelten, welches insofern eine "Farce" sei, "als darin nur die Farbigen, nicht aber die 16 Millionen Schwarzen vertreten sein sollen."

Schweiz-Besuche von prominenten Apartheidpolitikern in der Medienarena in den siebziger Jahren:

Anlässlich des Treffens zwischen dem südafrikanischen Premierminister B. J. Vorster und dem amerikanischen Aussenminister Henry Kissinger zum Themenkomplex Rhodesien, Namibia und Südafrika im September 1976 im Zürcher Dolder-Hotel, rekurrieren einzelne Medien am Rande auf das Verhältnis Schweiz-Südafrika. In der NZZ und dem Vaterland werden zwar schon im Vorfeld des Treffens in Agenturmeldungen über einen Protestbrief und ein Telegramm an den Bundesrat seitens der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) respektive der Revolutionären Marxistischen Liga (RML) berichtet, in welchen die südafrikanisch-amerikanische Begegnung in der Schweiz verurteilt und ein Verbot selbiger gefordert wird.³³⁶ Die NZZ und das Vaterland fokussieren aber – wie die meisten anderen Medien auch – hauptsächlich den "Grossanlass" in Zürich sowie den Verhandlungsgegenstand selbst und

332 cora.: "Boykott gegen Waren aus dem Apartheid-Staat: Lieber Schweizer Äpfel als südafrikanische", TW, 17.6.1980.

333 R. Martin: "Keine Waren aus Südafrika?", VA, 26.6.1980. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Forumsartikel.

334 (sda): "Zur Apfel-Boykott-Aktion", VA, 1.7.1980.

335 Arbeitsgruppe Dritte Welt (AG3W): "«Gegen einen Import von Waren aus Südafrika»", VA, 4.7.1980. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Forumsartikel.

336 Vgl. (sda): "Proteste gegen das Treffen Kissinger – Vorster", NZZ, 2.9.1976; sowie (ddp): "Golflöcher ... ok!", VA, 4.9.1976.

weniger die schweizerischen Implikationen.³³⁷ Als Novum und am detailliertesten beschreiben aber die Boulevardmedien Blick und SonntagsBlick das grosse Sicherheitsdispositiv und den Fünfsternen-Service des Dolder-Hotels für "Kiss" und Vorster.³³⁸

Nicht so der Tages-Anzeiger, der anlässlich des Treffens zwischen Vorster und Kissinger zunächst bemängelt, dass der Bundesrat im Vorfeld davon keine klare Stellungnahme für das Mehrheitsprinzip und gegen die Apartheid im südlichen Afrika verkündet habe. Gemäss dem Auslandredaktor und späteren Chefredaktor des Tages-Anzeigers, Peter Studer, sind die bundesrätlichen Worte zu Rassismus und Apartheid nur in der "üblichen verwinkelten Weise" gefallen; und zwar als die offizielle Schweiz den Brief einer privaten Gruppe beantwortete, die sich über "prosüdafrikanische Äusserungen" des pensionierten Korpskommandanten Paul Gygli, Generalstabschef der Schweizer Armee von 1965-1971 und ab 1982 auch Mitglied des Patronatskomitee der rechtsnationalen Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa), empörte.³³⁹ Gygli habe nämlich in der Aprilnummer der südafrikanischen Zeitschrift South African International die strategischen Probleme Südafrikas analysiert und dabei zum Schluss gekommen, "dass Südafrika die «Unterstützung all jener verdient, die gegen den Weltkommunismus, die Anarchie und die Subversion nicht bloss reden, sondern sich aufrichtig zur Wehr setzen wollen»"; was diverse politische Kreise als klare Parteinahme seitens eines offiziellen Vertreters der Schweiz qualifizierten.³⁴⁰ Der Bundesrat hingegen – so hat es gemäss Studer in der wenig beachteten Antwort geheissen –, "verurteilte die Apartheid «moralisch» 1968 und tut es heute noch."³⁴¹

Intensiv fokussiert der Tages-Anzeiger dann die polizeilich bewilligte Demonstration der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) und anderer linksgerichteter Organisationen am 4. September 1976 in Zürich gegen den Besuch von Vorster und Kissinger. Die Demonstranten hätten den Schweizer Behörden vorgeworfen, "Komplizen der südafrikanischen Rassisten" zu sein: "«Vorster – Mörder, Bundesrat – Komplizen» stand auf einigen Spruchbändern zu lesen."³⁴² Es sei zudem kein Zufall, dass Zürich für die Begegnung ausgewählt wurde. Denn "nur hier oder etwa in Island sei ein solches Treffen heute überhaupt noch möglich." Gemäss den Demonstranten würde die Schweiz eine besondere "Verantwortung für die Zustände im südlichen Afrika" tragen; sei sie doch über eine waffenproduzierende südafrikanische Tochtergesellschaft der BBC "direkt an den an der schwarzen Bevölkerung verübten Massaker mitschuldig." Der ANC-Vertreter Zola Sonkosi habe zudem in seiner Rede vor dem Zürcher Stadthaus auf die traditionsreiche "wirtschaftliche Verbundenheit der Schweizer Grossbanken und

337 Vgl. stellvertretend Hans-Joachim Bargmann: "Kissinger will letzte Minute nutzen: Zürcher Treffen als letzter Versuch", TW, 2.9.1976; *sdl.*: "Vor den Gesprächen zwischen Kissinger und Vorster: Bereit zum Empfang der hohen Gäste", NZZ, 3.9.1976; (afp): "Im Vorfeld des Zürcher Treffens Kissinger-Vorster: Blutvergiessen in Südafrika dauert an", TW, 3.9.1976; *sdl.*: "Vorster in Zürich getroffen: Keine Erklärung auf dem Flughafen", NZZ, 4.9.1976; *Bk.*: "Kissingers Zürcher Gespräche mit Vorster: Umfassende Sicherheitsmassnahmen – bisher kaum offizielle Verlautbarungen", NZZ, 6.9.1976; (sda): "Vorster – Kissinger: Annäherung", VA, 6.9.1976; sowie *Bk.*: "«Pax Americana» für Afrika? Abschluss des Südafrika-Gipfels in Zürich", NZZ, 7.9.1976.

338 Vgl. stellvertretend Ruedi Bliggenstorfer, René E. Gygax, und Benita Cantieni: "Weltpolitik in Zürcher Luxusherberge: Blumen im Zimmer und Gorillas vor der Türe", BK, 4.9.1976; Ruedi Bliggenstorfer, Werner Bucher, René E. Gygax, und Sigi Maurer: "500 Polizisten bewachen Kissinger und Vorster", SBK, 5.9.1976; sowie Pierre A. Graenicher: "Bei Vorster biss «Kiss» auf Granit", BK, 7.9.1976.

339 Peter Studer: "Willkommene Gäste?", TA, 4.9.1976.

340 (TA): "Gegenüberstellung zweier Arbeiten zu Stabilität und Apartheid im südlichen Afrika: In Sachen Südafrika – Gygli kontra Sulzberger", TA, 24.6.1976; sowie (sda): "Eine Lanze für Südafrika", VA, 25.6.1976. Vgl. auch (sda): "Umstrittener Artikel Gygli über Südafrika", NZZ, 25.6.1976; sowie (sda): "Korpskommandant Gygli und Südafrika", NZZ, 3.9.1976.

341 Peter Studer: "Willkommene Gäste?", TA, 4.9.1976.

342 *ua.*: "«Für die Unterstützung der kämpfenden Völker in Südafrika»: Münsterhof – Ruhige Kundgebung", TA, 6.9.1976. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

Konzerne mit Südafrika" hingewiesen, und das Schweizer Volk dazu aufgerufen, den südafrikanischen Befreiungskampf "moralisch und materiell zu unterstützen." Daneben habe Sonkosi von der offiziellen Schweiz auch eine Nichtanerkennung des Homelands Transkei im Hinblick auf die "Unabhängigkeitsfeier" vom 26. Oktober 1976 eingefordert.

In der NZZ wird hingegen über den Demonstrationzug der AAB durch die Stadt Zürich mit anschliessender Kundgebung nur am Rande berichtet. Erstaunt zeigt sich die NZZ aber, dass "[a]n der Bahnhofstrasse (...) die Zuschauer streckenweise so dicht wie während des Zünfteumzuges am Sechsläuten-Montag (standen)."³⁴³

Im SonntagsBlick enerviert sich Kolumnist Hans Gmür grundsätzlich am lokalpolitischen Protest der "POZ-blitzgescheiterten Sozi-genialdemokraten & Co." – sprich siebzehn Zürcher Gemeinderäte von SP, PdA und POCH –, gegen das "Rendez-vous" von Vorster und Kissinger: "Glaubt ihr tatsächlich, das Tête-à-tête im Dolder-Hotel «ziele eindeutig darauf ab, die Unterdrückung im südlichen Afrika fortzusetzen?» (...), (oder) wolltet ihr mit eurem Kraftakt am Ende einfach Eindruck schinden?"³⁴⁴ Denn gemäss Gmür sind beide Einschätzungen verfehlt, da einerseits Kissinger nicht nach Zürich gekommen sei, um dem "alten Zulu-Unterdrücker" anerkennend auf die Schulter zu klopfen und zu sagen, "nur weiter so"; andererseits würden die "Völker Schwarzafrikas (nicht) die Zürcher Lokalpresse lesen", weshalb die Aktion das Zielpublikum verfehle. Und wenn man dazu noch sage, Kissingers Aufenthalt in Zürich "schade dem Ansehen des Schweizervolks bei den Völkern Afrikas", dann sei das einfach "dumm. Sehr dumm sogar."

Eine etwa gleich hohe Medienresonanz bezüglich des Verhältnis Schweiz-Südafrika erzeugt auch der inoffizielle, dreitägige Schweiz-Besuch von Aussenminister Pik Botha im März 1979. Die NZZ fokussiert dabei fast ausschliesslich Pik Bothas Rede vor der Swiss-South African Association (SSAA); wobei sie dessen veröffentlichtes Communiqué über "Südafrikas *strategische Bedeutung* in der Welt" – in welchem Südafrikas "neutrale Position *zwischen Ost und West*" betont wird –, würdigt und gleich zweimal im vollen Wortlaut nachdruckt.³⁴⁵ Nur in einer kurzen Agenturmeldung verweist die NZZ auf Pik Bothas Höflichkeitsvisite beim Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departementes (EPD), Bundesrat Pierre Aubert (SP), der für beide Seiten sehr "business-like" verlaufen sei.³⁴⁶

In der Tagwacht findet der mehrstündige Meinungsaustausch zwischen Pik Botha und Bundesrat Aubert ebenfalls nur auf Agenturebene statt. Die Tagwacht zitiert aber Botschafter Edouard Brunner, wonach das EPD "viele sehr ernste Briefe" im Zusammenhang mit dem Besuch des südafrikanischen Aussenministers erhalten habe, und artikuliert ihre Hoffnung, dass die offizielle Schweiz auch bei dieser Gelegenheit "keine andere Sprache" in der Verurteilung der Apartheidpolitik sprechen werde als bisher.³⁴⁷ Gemäss Tages-Anzeiger hat nämlich Pik Bothas Teilnahme an einer Konferenz der südafrikanischen Botschafter aus aller Welt in Zürich anlässlich seines "Privatbesuches" in der Schweiz auch beim Bundesrat "leichtes Befremden" ausgelöst; und zwar weil dieser von einer solchen Veranstaltung keine Kenntniss gehabt habe.³⁴⁸ Gemäss Aussage von Botschafter Brunner könne aber die Schweiz

343 sdl.: "Protestkundgebungen", NZZ, 6.9.1976.

344 Hans Gmür: "Ganz friedlich: Pro Pestalozzi – contra Kiss", SBK, 5.9.1976. Die nachfolgenden Zitate stammen aus dieser Kolumne.

345 "Botha für eine «neutrale Position» Südafrikas: Erklärung in Zürich", NZZ, 8.3.1979 [Hervorhebungen im Original]. Vgl. auch mü.: "Südafrikanische Neutralitätsüberlegungen: Rede und Erklärung Aussenminister Bothas in Zürich", NZZ, 9.3.1979.

346 (sda): "Höflichkeitsbesuch bei Bundesrat Aubert", NZZ, 9.3.1979.

347 (ddp): "Keine andere Sprache: Südafrikas Aussenminister bei Aubert", TW, 8.3.1979.

348 pst.: "Botha droht dem Westen in Zürich", TA, 8.3.1979.

aufgrund ihrer Neutralität "ausländischen Regierungen keine Instruktionen geben."³⁴⁹ Immerhin habe aber – so der Tages-Anzeiger abschliessend –, das EPD die Kritik der Schweiz am Apartheidregime mit einem Nein gegenüber einem von der Presse gewünschten "Photo mit Händedruck" zwischen Bundesrat Aubert und Pik Botha symbolhaft unterstrichen.

Das Vaterland berichtet nur im Nachhall des südafrikanischen Besuchs über Bundesrat Auberts parlamentarische Rechtfertigung des Empfangs von Pik Botha in Bern. Gemäss Vaterland ist die geläufige "linke Kritik" an solchen "offiziellen" Begegnungen – nämlich, dass dabei eine verbale Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen bloss auf taube Ohren stossen und vielmehr eine Verweigerung von diplomatischen Kontakten eine konkrete Wirkung zeigen würde – aber verfehlt, da das besagte Treffen gerade das Gegenteil bewiesen habe. Pik Botha habe nämlich gesagt, dass Südafrika von der Schweiz eine Kritik eher akzeptiere als von anderen Staaten; dies "weil sie von einem Land stamme, «das eine seriöse, glaubhafte und ehrliche Aussenpolitik»" führen würde.³⁵⁰ Das Vaterland zitiert diesbezüglich auch Bundesrat Aubert, wonach die Verurteilung der Apartheid durch die Schweiz eben "nicht, wie für gewisse andere, eine Schallplatte (ist), die wir auflegen und deren bekanntes Geleier notwendigerweise jeden Auftritt eines schweizerischen Delegierten an einer internationalen Konferenz oder bei einem bilateralen Treffen begleitet." Gemäss Bundesrat Aubert geschieht die "moralische Verurteilung" der Apartheid nämlich "weder aus Gewohnheit, noch Gewandtheit, noch aus schlechtem Gewissen", sondern mit ehrbarer Absicht und sehr zielgerichtet.

Im Vergleich zu den Aufenthalten in der Schweiz von Premierminister B. J. Vorster 1976 und Aussenminister Pik Botha 1979 erfahren die Schweiz-Besuche von schwarzen Homeland-Führern – u. a. Kaiser Matanzima (Transkei) 1976 und Lucas Mangope (Bophutatswana) 1977 – nur marginale Medienresonanz; wobei anlässlich der Visiten dieser "gefügigen Lakaien des Regimes von Pretoria" (Tagwacht) noch weniger das Verhältnis Schweiz-Südafrika fokussiert wird, als vielmehr Südafrika und die Apartheid.³⁵¹ Einzig die freisinnig-liberale NZZ widmet Matanzima, Chiefminister des Homelands Transkei, einen längeren Artikel, d. h. referiert aus dessen Vortrag zum Thema "Transkei, ein neues Glied der Weltgesellschaft" vor der Swiss-South African Association (SSAA).³⁵² Gemäss NZZ habe Matanzima nämlich zuversichtlich erklärt, dass eine Anerkennung der Transkei als souveräner Staat auch durch die Schweiz erfolgen müsse.

In der medialen Öffentlichkeit führt die vermeintliche "Unabhängigkeit" des Homelands Transkei Ende 1976 aber nicht wie im Parlament zu einer grundsätzlichen Hinterfragung des Verhältnis Schweiz-Südafrika, wie wir noch sehen werden. Praktisch alle Medien würdigen das Ereignis der Gründung dieses Staatengebildes an sich und weniger die auch für die Schweiz relevante Frage der Anerkennung für sich.³⁵³ Die sozialdemokratische Tagwacht kritisiert aber scharf die "Unabhängigkeit als

349 *kd.*: "Südafrikas Aussenminister bei Aubert", TA, 9.3.1979. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

350 Hans Moos: "Die aussenpolitische Debatte im Nationalrat: Ausgiebiges Finale von Aussenminister Aubert – Über Reisediplomatie und Apartheidpolitik", VA, 15.3.1979. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

351 H. Hess: "Brave und andere Schwarze", TW, 18.6.1976. Vgl. auch Bernard Keller: "Gespräch mit Chief Kaiser Matanzima, Regierungschef der bald «unabhängigen» Transkei: «Wir sind nicht schuld an der Krankheit Südafrikas»", TA, 18.6.1976; sowie S.M.: "«Chief» eines südafrikanischen Homelands in Zürich: Appell zu gerechter Machtverteilung", TA, 31.10.1977.

352 P.H.: "Ausblick auf Transkeis Unabhängigkeitserklärung: Matanzima in Zürich", NZZ, 16.6.1976.

353 Vgl. stellvertretend Dr. Peter Sulzer: "Unabhängigkeit für Transkei: Erster Prüfstein der südafrikanischen Bantustanpolitik", NZZ, 21.10.1976; *sd.*: "Transkei – ein Produkt der «getrennten Entwicklung»: Unabhängigkeitsfeier vor bescheidener Kulisse?", NZZ, 23.10.1976; "Transkei – Zuversicht und Zweifel", VA, 26.10.1976; (ddp): "Transkei ohne Anerkennung", VA, 27.10.1976; (dpa): "Transkei als 50. Staat Afrikas unabhängig: Bisher nur von Pretoria anerkannt", NZZ, 27.10.1976; (TA): "Isolierte unabhängige Transkei", TA, 27.10.1976; sowie (ddp): "UNO verurteilt Transkei", VA, 28.10.1976.

Farce", da die Transkei auch zukünftig der wirtschaftliche und politische "Unterhund Südafrikas" bleiben werde.³⁵⁴ Einzig Thomas Schellenbaum stellt im Tages-Anzeiger explizit eine Verbindung zum Verhältnis Schweiz-Südafrika her und begrüsst es, dass der Bundesrat nicht gedenke, die Transkei als unabhängigen Staat zu anerkennen; und zwar weil das im Völkerrecht festgeschriebene "Prinzip der uneingeschränkten Selbstregierung" verletzt sei.³⁵⁵

Kirchenbeziehungen Schweiz-Südafrika in der Medienarena in den siebziger Jahren:

Verschärft in die Kritik gerät in der medialen Öffentlichkeit der siebziger Jahre auch die Südafrikapolitik der schweizerischen Landeskirchen und ihren Organisationen.³⁵⁶ Dabei entzündet sich vor allem in der NZZ eine Forumsdebatte zwischen bürgerlichen Antikritikern und apartheidkritischen Kirchenvertretern. Dr. Peter Sulzer ernervt sich über die "undifferenzierte" und "verzerrende" Südafrikaberichterstattung des Schweizerischen Evangelischen Pressedienstes (epd) – insbesondere diejenige von Dr. Walter Wolf –, und am Vorstoss "auf das schmutzige Feld der Politik" des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK), welcher zugunsten einer friedlichen Regelung des Konflikts in Südafrika intervenieren möchte.³⁵⁷ Denn dies könne in der Lesart von Sulzer mitunter heissen, dass der SEK nun der Aufforderung des Weltkirchenrates (OeRK) nachkomme, und Befreiungsbewegungen zukünftig mit Geldzuwendungen für geplante humanitäre Zwecke unterstütze; wobei auch die Gefahr bestehe, dass damit ungewollt Kriegshandlungen querfinanziert würden:

"selbst wenn mittels Kirchengeldern keine Waffenkäufe getätigt werden dürfen, so kann die Unterstützung von Guerillakriegen durch christliche Kirchen dennoch zur Tatsache werden, da Unterstützung mit humanitärer Zweckbestimmung Gelder für Waffenkäufe freimacht."

Unverständlich ist für Sulzer zudem, dass die Kirchen ausgerechnet im südlichen Afrika aktiv werden wollen; gebe es doch "noch sehr viele *andere*, weltpolitisch weniger brisante Bereiche – nicht bloss im Westen, sondern auch im Osten –, wo viel oder *noch mehr Unrecht* zu beseitigen wäre" als in Südafrika. Verwerflich sei zudem, dass wiederum "vom Ausland aus, *aus der sicheren Position des Besserwissers* heraus zum Kampf aufgerufen" werde, und der SEK "mit den Wölfen heult", d. h. die propagandistischen epd-Positionen anstandslos übernehme. Denn wer daran glaube, er könne durch eine friedliche Intervention die Regierung in Südafrika stürzen – so Sulzer weiter –, sei ein "politischer Phantast" und im Endeffekt ein Mitarbeiter der Kommunisten: "Unterstützung der radikalen Schwarzen (...) ist in der heutigen politischen Situation gleichbedeutend mit Kampf für die kommunistische Sache." Anstatt zu intervenieren und damit die "politisch gleichlaufende zerstörerische kommunistische Welle zu fördern", müssten vielmehr die "positiven Bemühungen *weisser* Afrikaner" hervorgehoben und damit jene Kräfte in Südafrika unterstützt werden, die "Friede, Recht und Wohlstand für alle" wollen:

354 Philippe Dätwyler: "Der neuste «Staat» im südlichen Afrika: Transkei – Unabhängigkeit als Farce", TW, 22.10.1976.

355 Thomas Schellenbaum: "Wider den Geist des Völkerrechts", TA, 27.10.1976.

356 Vgl. stellvertretend (ddp): "Evangelischer Missionsrat kritisiert Bundesrat: Solidarisch mit den Apartheidopfern", TA, 1.11.1977; "«Weshalb die Zeit der kleinen Anfänge verachten?» – Der Schweizerische Evangelische Kirchenbund und Südafrika", NZZ, 30.9.1978; *kg.*: "Abgeordnetenversammlung des Kirchenbundes befasste sich auch mit der Ökumene: Südafrika und Engagement für dritte Welt", TA, 25.6.1980; (*sda*): Die Abgeordnetenversammlungen des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes: Südafrika und Abendmahlsgemeinschaft", VA, 26.6.1980; sowie *rkr.*: "Südafrikamission in wachsender Bedrängnis: Frühjahrs-session des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes", NZZ, 26.6.1980.

357 Dr. Peter Sulzer: "Die Kirche und Südafrika: Eine nichtkonforme Stellungnahme", NZZ, 15.1.1977. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Forumsartikel [Hervorhebungen im Original]. Vgl. auch Prof. Dr. Fritz Büsser: "Kriegshetze im Evangelischen Pressedienst? Zu einer Südafrika-Stellungnahme", NZZ, 8.8.1980.

"Denn wo die Linksextremisten einmal sitzen, wird bekanntlich nicht mehr interveniert. Lieber aber ist mir doch eine Kirche, die nicht politisierend die Welt verbessern will, sondern das Reich Gottes in der auf Erlösung harrenden Seele des Einzelmenschen aufrichtet, wie Jesus Christus es getan hat."

Pfarrer Peter Vogelsanger rechtfertigt in der Folge in der NZZ die Position des SEK; insbesondere die aus dem Umfeld der Zürcher Kirche stammende Initiative zur "friedlichen Intervention" in Südafrika. Dr. Peter Sulzer habe sich zwar in diversen Publikationen als "hervorragender Kenner und kluger, sachlicher Beurteiler der südafrikanischen Realität" erwiesen, vermische aber individuelle Positionen – publiziert vom Pressedienst epd –, mit denjenigen des OeRK und des SEK, d. h. sei über die aktuelle kirchliche Diskussionslage zu Südafrika in der Schweiz "offenbar weniger genau informiert."³⁵⁸ Denn weder der SEK noch irgendeine reformierte Landeskirche hätten oder würden den sogenannten "Sonderfonds zur Unterstützung von Kampftruppen" des OeRK unterstützen. Zudem sei sich auch der SEK bewusst, dass der OeRK mit ständigen "Pauschalverurteilungen" den südafrikanischen Gegebenheiten nicht gerecht würde und einen "*braunen* oder *schwarzen* Rassismus" prinzipiell verschweige. Was die Südafrika-Berichterstattung des Pressedienstes epd betreffe, so sei der "Vorwurf der Lüge und Verdrehung" sicherlich zu hart. Die teilweise "einseitigen" und "proportionslosen" Publikationen seien aber äusserst kontraproduktiv und würden im Augenblick wie ein "Dolchstoss" bezüglich der Gesprächsbereitschaft südafrikanischer Kirchengruppen wirken: "Wer versöhnend wirken will, darf nicht im Gewande des Anklägers einherkommen." Unzulässig sei es – so Vogelsanger abschliessend –, dass ein zum überwiegenden Teil aus kirchlichen Steuergeldern finanzierter Informationsdienst als "Parteischrift" fungiere und "Kirchenpolitik auf eigene Faust" betreibe. Denn der SEK und die reformierten Landeskirchen würden in Südafrika keine andere Absicht verfolgen als diejenige, "für Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung zu wirken – in der festen Hoffnung, dass das noch möglich ist."

Dr. Walter Wolf vom Pressedienst epd entkräftet in seinem Forumsbeitrag in der NZZ dann vor allem die Kritik von Dr. Peter Sulzer an einer Bevorzugung Südafrikas im Vergleich mit anderen totalitären Staaten. Eine solche Kritik sei ungerechtfertigt, da beispielsweise das geplante Menschenrechts- und Antirassismusprogramm des SEK "neben Südafrika gerade die Ostblockstaaten anvisiert."³⁵⁹ Laut Wolf ist es völlig falsch, "Sukkurs für kommunistische Infiltration in jenem Lager zu erkennen" zu glauben, welches gerade vor den negativen Folgen der Apartheid warnen würde:

"Wenn es Sulzer in seinem *Kampf gegen den Kommunismus* ernst ist (und es besteht kein Anlass, daran zu zweifeln), so möge er die Schuldigen nicht in den kirchlichen Kreisen suchen, die ihren Einfluss zugunsten friedlicher Lösungen in Gesprächen mit schwarzen und weissen Christen geltend machen."

Bedenklich sei es auch – so Wolf weiter –, wenn kirchliche und andere Kreise vom Pressedienst epd fordern würden, im Hinblick auf bevorstehende Verhandlungen mit südafrikanischen Kirchenkreisen "den Mantel des Schweigens über das in Südafrika begangene Unrecht zu hüllen." Dies und die "«Dolchstoss»-Legende von Vogelsanger" würden zu stark an die Forderungen zur Zeit von Nazi-Deutschland erinnern, die darauf hinausliefen, "der Schweizer Presse angesichts der wirtschaftlichen Beziehungen unseres Landes zum Dritten Reich einen Maulkorb umzuhängen." Gemäss Wolf dürfen sich nämlich die vermittelnden Gespräche des SEK in Südafrika und die Orientierung über die Verhältnisse in Südafrika unter der Apartheid durch die schweizerischen Landeskirchen gegenseitig nicht ausschliessen.

358 Pfarrer Peter Vogelsanger: "Die Kirche und Südafrika: Eine Korrektur", NZZ, 29.1.1977. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Forumsartikel [Hervorhebungen im Original].

359 Dr. Walter Wolf: "«Die Kirche und Südafrika»: Eine Antwort des Evangelischen Pressedienstes", NZZ, 5.2.1977. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Forumsartikel [Hervorhebungen im Original].

Allgemeine Wirtschaftsbeziehungen Schweiz-Südafrika in der Medienarena in den siebziger Jahren:

Am intensivsten von allen Medien beleuchtet der überparteiliche Tages-Anzeiger in den siebziger Jahren die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika. Unter anderem führt ein Forumsbeitrag des im Exil lebenden ANC-Vertreters Zola Sonkosi – in welchem diverse Schweizer Firmen (Ciba-Geigy, Holderbank, BBC, Sulzer, Hoffmann-LaRoche, Sandoz, Nestlé etc.) bezüglich ihrer "ausbeuterischen" Arbeitgeberpolitik in Südafrika skandalisiert und die Gewerkschaften in der Schweiz dazu aufgerufen werden, die "Verlagerung schweizerischen Kapitals nach Südafrika" mit allen Mitteln zu bekämpfen –, zu Richtigstellungen seitens der beschuldigten Konzerne.³⁶⁰ Diese kritisieren die "undifferenzierte und grobfahrlässige Diffamierung" von schweizerischen Unternehmen, die seit langem das Prinzip "Gleicher Lohn und gleiche Sozialleistungen für gleiche Tätigkeiten" in Südafrika praktizieren, d. h. "keine Diskriminierung zwischen weissen und schwarzen Arbeitern" kennen, und Lehrlingsausbildung und Weiterbildung für ihre schwarze Arbeiterschaft betreiben würden (Stellungnahme Ciba-Geigy-Sprecher Jakob Waldvogel).³⁶¹ Schweizer Firmen würden nämlich in Südafrika seit Jahrzehnten den "Lebensstandard der Nichtweissen massiv heben" und einen Beitrag zur Entwicklung der gesamten Bevölkerung Südafrikas leisten (Stellungnahme Holderbank).³⁶² Dabei dürfe es aber nicht die Aufgabe von Unternehmen sein, die "innenpolitischen Vorgänge im Gastland Südafrika zu qualifizieren" (Stellungnahme BBC).³⁶³ Gemäss Sonkosi ist in Südafrika aber "keine schweizerische Firma bekannt, die *schwarze Lehrlinge* ausbildet, obwohl dies juristisch möglich wäre und auch von britischen und amerikanischen Firmen gemacht wird."³⁶⁴ Im Gegensatz zur Computerfirma IBM gebe es beispielsweise "keinen einzigen Schwarzen in der Verwaltung, Direktion oder im Aufsichtsrat von südafrikanischen Ablegern schweizerischer Firmen."

Anlässlich der Implementierung eines "Südafrika-Kodex" für europäische Unternehmen durch die Europäische Gemeinschaft (EG) 1977 – u. a. Anti-Diskriminierungs-Richtlinien am Arbeitsplatz, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Recht auf unabhängige Gewerkschaftsbildung etc. –, spricht sich dann der Bundeshausredaktor und spätere Chefredaktor des Tages-Anzeigers, Peter Studer, konkret für die Institutionalisierung eines analogen schweizerischen Massnahmenkataloges aus, damit die Schweizer Wirtschaft nicht plötzlich als "*unfreiwilliger Komplize* der Apartheidpolitik" dasteht.³⁶⁵ Studer bezweifelt aber, dass einem mit demjenigen der EG vergleichbaren "Kodex hierzulande «Zähne» eingesetzt werden" können; dies vor allem deshalb, weil politischer "Druck zur Erzeugung privaten aussenwirtschaftlichen Wohlvhaltens (...) *nicht* in der helvetischen Tradition" liege.

Zudem würde seitens der Schweizer Wirtschaft auf die schon praktizierte Eigenverantwortung verwiesen. Gemäss Aussagen der Holderbank, BBC, Ciba-Geigy und Hoffmann-LaRoche ist nämlich ein solcher Kodex in den südafrikanischen Tochtergesellschaften "schon realisiert worden, bevor die EG sich damit beschäftigte."³⁶⁶ Daneben würden schweizerische Unternehmen in Südafrika auch Entwicklungshilfe leisten. Die NZZ verweist in diesem Zusammenhang auf die 1975 von der Holderbank, BBC

360 Zola Sonkosi: "Der ANC und die Schweiz in Südafrika", TA, 14.10.1976.

361 Jakob Waldvogel: "Zum Beispiel Ciba-Geigy in Südafrika", TA, 22.10.1976.

362 "Stellungnahme der Holderbank: Keil zwischen Wirtschaft und Bevölkerung", TA, 22.10.1976.

363 "Stellungnahme der Firma Brown Boveri: Offensichtliche Verdrehung von Tatsachen", TA, 22.10.1976.

364 Zola Sonkosi: "Der ANC und die Schweiz in Südafrika", TA, 14.10.1976 [Hervorhebung im Original]. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Forumsartikel.

365 Peter Studer: "Nicht als Kleinstaat, sondern als Wirtschaftsgrossmacht ist die Schweiz für Südafrika wichtig: Ein «Südafrika-Kodex» auch für Schweizer Konzerne?", TA, 4.11.1977 [Hervorhebung im Original]. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel [Hervorhebung im Original].

366 Mark Schenker: "Schweizer Firmen: Gut geschäften, ohne sich einzumischen", TA, 4.11.1977.

und Ciba-Geigy mitinitiierte Gründung einer technischen Berufsbildungsschule in Ga-Rankuwa im Bantustan Bophuthatswana, welche nun auch von kirchlichen Kreisen in der Schweiz – "die gegenüber den Unternehmungen unserer Industrie in Südafrika bisher eine grundsätzlich negative Haltung einnahmen" –, positiv gewürdigt und zukünftig mitunterstützt werde.³⁶⁷

Im August 1978 verweist der Tages-Anzeiger dann auf ein "vertrauliches" Arbeitspapier eines Unterausschusses der UNO-Menschenrechtskommission, in welchem annähernd vierzig Schweizer Firmen identifiziert worden seien, "die den rassistischen Regierungen im südlichen Afrika einen *militärischen, politischen oder wirtschaftlichen Beistand* leisten" würden.³⁶⁸ Nebst den Schweizer Grossbanken, dem "Kriegsgerätelieferanten" Oerlikon-Bührle und den bekannten Unternehmen aus den Bereichen Pharma- und Schwerindustrie, seien auch die Schweizer Rückversicherung, Kuoni, Bally, Securitas und die Swissair in dieser Zusammenstellung erwähnt. Prominent würden aber von der UNO wiederum die Schweizer Grossbanken SBG, SBV und SKA skandalisiert, da sie zu den "wichtigsten Kreditgebern Südafrikas" gehören und die "Finanzierung des Apartheidregimes" massgeblich gewährleisten würden; vorzugsweise über den "Zürcher Goldpool".³⁶⁹ Gemäss dem Korrespondenten des Tages-Anzeigers Pierre Simonitsch ist der von der UNO angekreidete Handel mit dem südlichen Afrika zwar "nach den hiesigen Verordnungen völlig legal"; und die Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika seien noch nicht einmal vom UNO-Sicherheitsrat geächtet worden.³⁷⁰ Man müsse aber zukünftig die "moralische Seite" im Auge behalten, ansonsten nämlich ein Imageschaden für die Schweiz resultieren könnte.

Die im apartheidkritischen Binnenorgan AAB-Nachrichten rege thematisierte Involvierung von Schweizer Grossbanken im Muldergate-Skandal von 1978 findet in der medialen Öffentlichkeit praktisch nur in der sozialdemokratischen Tagwacht nachhaltig Resonanz. In der Weltwoche wird nur in einem Satz über die "Swiss Connection" gemunkelt; und der Tages-Anzeiger widmet den "Manipulationen" mit Schweizer Hilfe bloss eine kleine Agenturmeldung.³⁷¹ Alle anderen Medien fokussieren ausschliesslich das "Watergate Südafrikas" bzw. die Rücktritte von Informationsminister Cornelius Mulder und von B. J. Vorster als Premierminister 1978 bzw. Staatspräsident 1979.³⁷² Dabei würden – so Rudolf H. Strahm in der Tagwacht – bei diesem "Finanzskandal auf der anderen Seite des Erdballes" einmal mehr alle "Finanzfäden" auf dem Finanzplatz Schweiz zusammenlaufen.³⁷³ Erwiesen sei nämlich, dass der mit südafrikanischen Staatsgeldern illegal getätigte Einkauf der südafrikanischen Zeitung Citizen für Propagandazwecke durch "verschiedene Töchter aus dem Imperium der Schwei-

367 tr.: "Ein Schweizer Entwicklungsprojekt in Südafrika: Die Berufsschule in Ga-Rankuwa", NZZ, 15.12.1978.

368 Pierre Simonitsch: "Wirtschaftsbeziehungen mit weissen Minderheitsregimes im südlichen Afrika angeprangert: 38 Schweizer Unternehmen auf «schwarzer» Uno-Liste", TA, 31.8.1978 [Hervorhebungen im Original].

369 Roman Berger: "Uno-Studie analysiert Kredite westlicher Privatbanken an Südafrika: Bankgesellschaft gross im Südafrikageschäft", TA, 4.4.1979.

370 Pierre Simonitsch: "Wirtschaftsbeziehungen mit weissen Minderheitsregimes im südlichen Afrika angeprangert: 38 Schweizer Unternehmen auf «schwarzer» Uno-Liste", TA, 31.8.1978.

371 Hans O. Staub: "Über Reptilienfonds gestolpert: Skandal im Informationsministerium erschüttert das südafrikanische Regime", WE, 15.11.1978; sowie (ddp): "Schweizer Darlehen für Vorsters Manipulationen?", TA, 9.7.1979.

372 Vgl. stellvertretend Richard Manders: "Sind die Gründe gesundheitlicher oder auch politischer Natur: John Vorster trat zurück", VA, 21.9.1978; R.Ky.: "Weiterungen des Informationsskandals in Südafrika", NZZ, 4.11.1978; R.Ky.: "Rücktritt Connie Mulders in Südafrika: Konsequenz der Finanzaffäre im Informationsministeriums", NZZ, 8.11.1978; Annette Braun: "Tagesgespräch in Pretoria: Regierungsskandal erschüttert weisses Südafrika", TA, 11.11.1978; R.Ky.: "Südafrikas früherer Geheimdienstchef im Zwielt: Neue Wirbel im Informationsskandal", NZZ, 17.2.1979; (ddp): "Der Informationsskandal in Südafrika hat sich nicht vertuschen lassen: Rhodies Tonbandaufnahmen weitgehend bekannt", VA, 31.3.1979; sowie (ddp): "Vorster über «Informationsskandal» gestolpert", TA, 5.6.1979.

373 Rudolf H. Strahm: "Zum Sturz von Südafrikas Staatspräsident Vorster: Der Schweizer Finanzplatz mischte mit", TW, 9.6.1979. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

zerischen Bankgesellschaft" sekundiert wurde: U. a. über die Thesaurus Continentale Effektengesellschaft Zürich, bei der die leitenden Personen mehrheitlich aus der SBG-Generaldirektion stammen würden. Der Kauf des Citizen durch das Informationsministerium sei durch eine neu gegründete Scheingesellschaft in Pretoria vollzogen worden (Thor Communications), welche "zum Start – ist dies ein Zufall? – im Oktober 1976 eine 3-Millionen-Dollar Einlage der Schweizerischen Bankgesellschaft" erhalten habe. Laut Strahm gibt es "zufälligerweise" im "Steuerparadies Zug" eine Gesellschaft mit gleichem Namen (Thor Finanzierungs- und Beteiligungs GmbH), welche ihrerseits der Thesaurus bzw. der SBG gehören würde. Bei diesem "aufwendigen Vertuschungsmanöver" federführend dabeigewesen sei der "Südafrikaspezialist der SBG", Bruno M. Saager, der auch Vorstandsmitglied der Swiss-South African Association (SSAA) sei und den Darlehensvertrag zum Kauf des Citizen unterzeichnet habe. Das Dementi der Schweizer Bankiers und die "fast vollständige Informationssperre bei der Schweizer Presse" könne demnach nicht über die Fakten hinwegtäuschen, vermerkt Strahm abschliessend: "Der Chiasso-Skandal der SKA ist wahrlich kein Einzelfall!"

Memo Verhältnis Schweiz-Südafrika Medienarena 1976-1980:

Die linksalternative Kritik an der Südafrikapolitik der offiziellen Schweiz (Stichworte: keine Zwangsmassnahmen, moralische Verurteilung und Vermittlerrolle anbieten) und der Schweizer Grossbanken und Firmen (apartheidstützende Kreditpolitik, "ausbeuterische" Arbeitgeberpolitik etc.) findet in den siebziger Jahren am stärksten im überparteilichen Tages-Anzeiger und der sozialdemokratischen Tagwacht – insbesondere in Forumsbeiträgen von Exponenten des schweizerischen und südafrikanischen Apartheidwiderstandes und Kommentaren der Redaktionen –, Resonanz und Bekräftigung. Demgegenüber zeichnet sich die freisinnig-liberale NZZ und das christlich-demokratische Vaterland eher durch eine Übernahme und Rechtfertigung der Positionen der offiziellen Schweiz wie auch der Schweizer Wirtschaft aus. Für den Boulevard (Blick, SonntagsBlick) und die traditionellen Wochenzeitungen (Weltwoche) spielen die schweizerischen Beziehungen zum südafrikanischen Apartheidregime in den siebziger Jahren hingegen erst eine marginale Rolle.

V.1.3 Resonanzanalyse Parlament 1976-1980

"Man kann nicht ein System verbal verurteilen und es gleichzeitig wirtschaftlich und politisch stützen."³⁷⁴

"Geben Sie doch auch Südafrika etwas Zeit! Schauen sie doch die Entwicklung an! Glauben Sie nicht, dass Sie mit Gewaltmassnahmen und Verdammungen den Schwarzen helfen."³⁷⁵

Im Nachhall des Soweto-Aufstandes 1976 führen folgende Aktivitäten und Ereignisse zu einer erhöhten Hinterfragung des Verhältnis Schweiz-Südafrika im Parlament: Die Transkei-Anerkennungsfrage;³⁷⁶ die Waffenlieferungen der Oerlikon-Bührle im Kontext der Diskussion über eine Verschärfung der Kriegsmaterialausfuhr mit der Verhängung eines obligatorischen UNO-Waffenembargos 1977 [S/RES/418];³⁷⁷ die Fragen nach der Aufhebung der Exportrisikogarantie (ERG) und des Doppelbesteuerungsabkommens anlässlich einer 1978 eingereichten Petition von linksalternativen Lobbygruppen;³⁷⁸ sowie die allgemeinen Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz mit dem Apartheidregime im Zeichen der Implementierung eines "Südafrika-Kodex" durch die Europäische Gemeinschaft (EG) 1977.³⁷⁹ Dabei stammen gut 88.9% aller parlamentarischer Vorstösse zum Verhältnis Schweiz-Südafrika von 1976-1980 aus dem politischen Milieu der Apartheidkritiker.³⁸⁰

Apartheidkritischer Diskurs im Parlament in den siebziger Jahren:

Analysiert man die Resonanz der Positionen der Apartheidkritiker im Parlament in der Phase 1976-1980, so zeigt sich eine beachtliche Aufmerksamkeit für diejenigen der linksalternativen Lobbygruppen Anti-Outspan-Kampagne Lausanne, Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Arbeitsgruppe Dritte Welt (AG3W) und Solidaritätskomitee für Asien, Afrika und Lateinamerika (SKAAL). In gut 12.3% aller Fälle werden dank einer eingereichten Petition dieser Lobbygruppen die Binnenpositionen aus dem Milieu des schweizerischen Apartheidwiderstandes gespiegelt. Insgesamt wird der apartheidkritische Diskurs im Parlament aber überwiegend durch die etablierten linken Akteure der SP (Sozialdemokratische

³⁷⁴ SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig, Nationalratsdebatte, 11.6.1979 [78.267].

³⁷⁵ FDP-Nationalrat Theodor Gut, Nationalratsdebatte, 11.6.1979 [78.267].

³⁷⁶ Einfache Anfrage SP-Nationalrat Otto Nauer, *Transkei-Anerkennungsfrage*, 23.9.1976 [76.764]; Einfache Anfrage PSA-Nationalrat Werner Carobbio, *Situazione in Sud Africa*, 23.9.1976 [76.767]; sowie Postulat FDP-Nationalrat Ruedi Schatz, *Diplomatische Anerkennung von Staaten*, 30.11.1976 [76.478]. Vgl. dazu und im folgenden Anhang VII.4.

³⁷⁷ U. a. Einfache Anfrage SP-Nationalrat Jean Ziegler, *Vente d'armes à l'Afrique du Sud*, 24.6.1976 [76.735]; sowie Motion SP-Nationalrat Jean Ziegler, *Exportation d'armes vers l'Afrique du Sud*, 22.6.1977 [77.396].

³⁷⁸ Petition Anti-Outspan-Kampagne Lausanne, Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Arbeitsgruppe Dritte Welt (AG3W) sowie Solidaritätskomitee für Asien, Afrika und Lateinamerika (SKAAL) und andere Organisationen, *Renonciation à la collaboration Suisse-Afrique du Sud*, 23.5.1978 [78.267].

³⁷⁹ U. a. Interpellation PSA-Nationalrat Werner Carobbio, *Exportisikogarantie. Südafrika und Rhodesien*, 20.9.1977 [77.423]; Kleine Anfrage SP-Nationalrat Christian Grobet, *Rélations économique avec l'Afrique du Sud*, 19.1.1978 [78.612]; Einfache Anfrage POCH-Nationalrat Andreas Herczog, *Importe aus Südafrika*, 29.11.1979 [79.809]; Kleine Anfrage SP-Nationalrat Jean Ziegler, *Afrique du Sud. Banque Barclay de Genève*, 4.12.1979 [79.822]; Kleine Anfrage SP-Nationalrat Jean Ziegler, *Commerce avec l'Afrique du Sud*, 10.3.1980 [80.620]; Einfache Anfrage POCH-Nationalrat Andreas Herczog, *Südafrika-Anleihe*, 21.3.1980 [80.665]; sowie Einfache Anfrage SP-Nationalrat Jean Ziegler, *Crédit bancaire à l'Afrique du Sud*, 30.9.1980 [80.752].

³⁸⁰ n = 18. Apartheidkritiker (linksalternative Lobbygruppen, Sozialdemokratische Partei (SP), PdA (Partei der Arbeit)) = 16; sowie Antikritiker (Freisinnigdemokratische Partei (FDP), Schweizerische Volkspartei (SVP)) = 2 (11.1%).

Partei) (43.1% aller Positionen), der Tessiner Sozialisten der eigenständigen Partito Socialista Autonomo (PSA) (29.2%) sowie der POCH (Progressive Organisation Schweiz) (10.8%) deutungsmässig strukturiert. Dabei zeichnen sich der Genfer SP-Nationalrat Jean Ziegler – mit total sieben –, sowie der PSA-Nationalrat Werner Carobbio (Tessin) und der POCH-Nationalrat Andreas Herczog (Zürich) – mit insgesamt drei respektive zwei parlamentarischen Vorstössen –, als zentralste Wortführer aus.³⁸¹

Die im Rahmen der mit 27'000 Unterschriften eingereichten Petition *Renonciation à la collaboration Suisse-Afrique du Sud* der erwähnten linksalternativen Lobbygruppen geforderte Verweigerung der Bundesgarantien für Kredite an Südafrika (Sistierung Exportriskogarantie (ERG)), Aufhebung der Steuererleichterungen für schweizerische Privatinvestitionen in Südafrika (Kündigung des Doppelbesteuerungsabkommens) und Unterbindung der Auswanderungspropaganda der südafrikanischen Botschaft in der Schweiz findet rege Unterstützung bei der parlamentarischen Linken (vgl. Positionen 1, 5 und 10; Abbildung 11, Seite 106).

Stärker als die SP – welche nur diese von den linksalternativen Lobbygruppen geforderten wirtschaftlichen Teilmassnahmen begrüsst –, sprechen sich kurz nach dem Soweto-Aufstand 1976 die PSA und die POCH zudem für die Ergreifung von umfassenderen Wirtschaftssanktionen gegenüber Südafrika gemäss UNO-Vorschlägen aus (vgl. Position 6; Abbildung 11); so beispielsweise in der Einfachen Anfrage *Situazione in Sud Africa* von PSA-Nationalrat Carobbio vom 23. September 1976.³⁸²

Das apartheidskritische Deutungsmuster, dass sich nach dem Soweto-Aufstand die Situation in Südafrika rapide verschlimmert habe und die Apartheid nicht reformierbar à la Botha, sondern nur abschaffbar sei, hat sich bei den Apartheidkritikern im Parlament nachhaltig gefestigt; und zwar verstärkt bei der SP (vgl. Position 7; Abbildung 11).

Daneben werden von der SP, PSA und POCH wiederholt die Schweizer Grossbanken als internationale Boykottbrecher und Apartheidstützen skandalisiert; und Kritik an der unglaublichen Südafrikapolitik des Bundes geäussert, da dieser nur verbal gegen die Apartheid protestiere und keine Boykottmassnahmen ergreifen wolle (vgl. Positionen 2 und 3; Abbildung 11). Die "Anerkennung in der Praxis" müsse nun die blosser "deklamatorische Anerkennung" ersetzen; betont hierzu SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig.³⁸³

Hohe Resonanzen erzielen auch die Forderungen nach einer Verschärfung der Kriegsmaterialausfuhr der Schweiz durch Übernahme des obligatorischen Waffenembargos der UNO von 1977 [S/RES/418] angesichts enthüllter Waffenlieferungen der Oerlikon-Bührle bzw. einer ihrer italienischen Tochter-niederlassungen an die südafrikanische Polizei und Armee (vgl. Positionen 4 und 8; Abbildung 11).

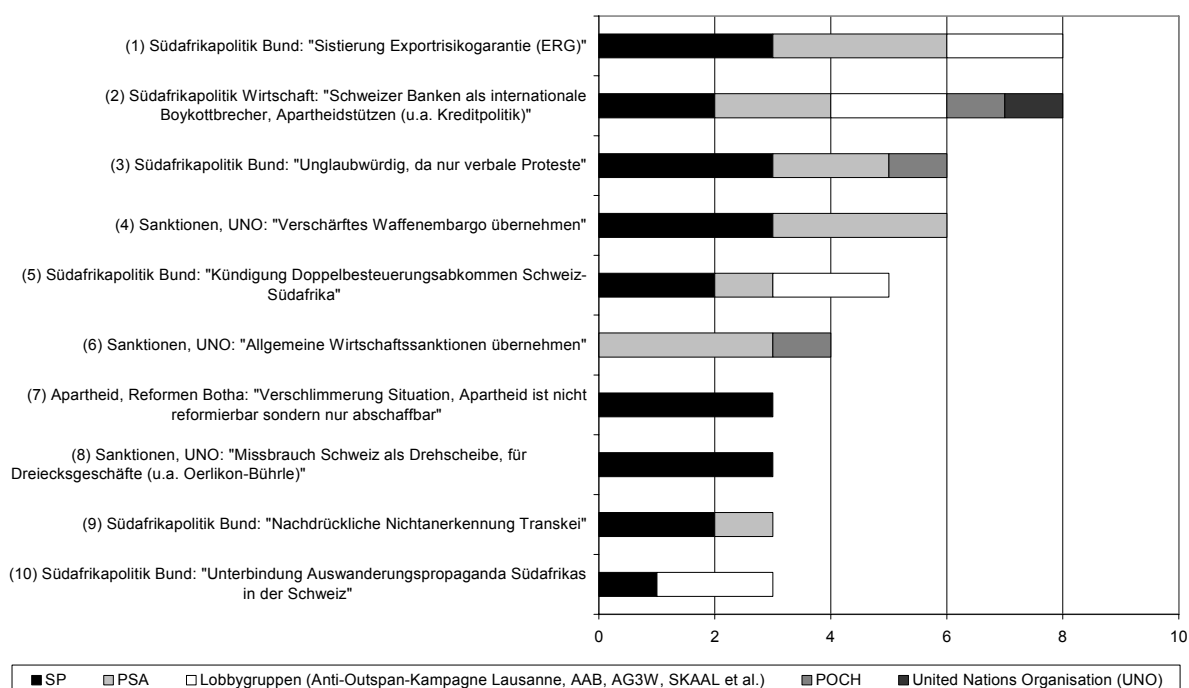
Daneben findet der im Rahmen der Granny Smith-Boykott-Kampagne Ende der siebziger Jahre in den apartheidskritischen Binnenorganen und der Medienarena verstärkt ertönte Ruf nach einem Boykott südafrikanischer Importwaren durch schweizerische Konsumenten (Stichwort: "People's Sanctions") in der parlamentarischen Arena in den siebziger Jahren (noch) keine Resonanz.

381 n = 65. SP = 28 Positionen (43.1%); PSA = 19 (29.2%); Lobbygruppen (Anti-Outspan-Kampagne Lausanne, AAB, AG3W, SKAAL et al.) = 8 (12.3%); POCH = 7 (10.8%); sowie United Nations Organisation (UNO) = 3 (4.6%).

382 Zum Eingabetext der erwähnten Einfachen Anfrage vgl. Anhang VII.4.

383 SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig, Nationalratsdebatte, 11.6.1979 [78.267].

Abbildung 11: Apartheidkritische Positionen differenziert nach Akteuren im Parlament 1976-1980³⁸⁴



Antikritischer Diskurs im Parlament in den siebziger Jahren:

Auf Seiten der Antikritiker der schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen wird der parlamentarische Diskurs stark durch die Positionen des Bundesrates geprägt (55.3% aller Fälle). Daneben finden nur gerade die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates (13.2%), die Freisinnigdemokratische Partei (FDP) (11.8%), das Eidgenössische Politische Departement (EPD) (10.5%) und teilweise die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) (5.3%) erhöhte Aufmerksamkeit.³⁸⁵ Im Gegensatz zu den Apartheidkritikern (Ziegler, Carobbio, Herczog) lässt sich auf antikritischer Seite keine dominierende Personalisierung des Diskurses feststellen, d. h. es melden sich noch keine eigentlichen Rädelsführer verstärkt zu Wort. Die antikritischen Lobbygruppen (u. a. Club der Freunde Südafrikas

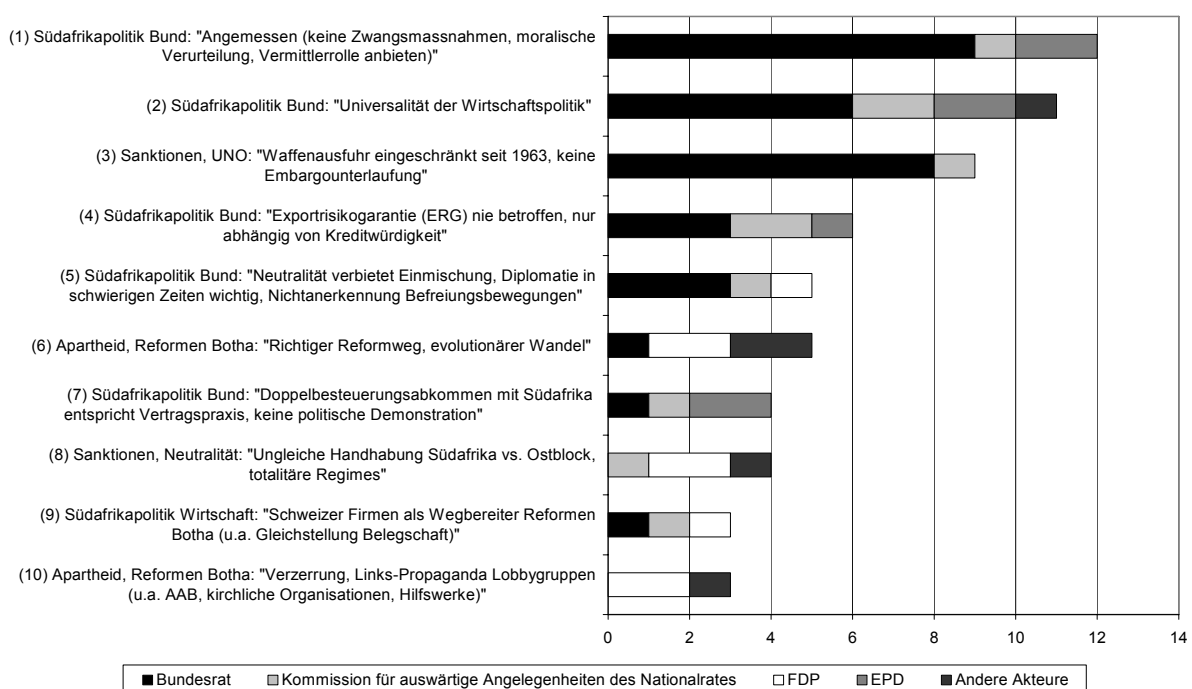
³⁸⁴ Dargestellt werden die zehn am häufigsten geäußerten apartheidkritischen Positionen differenziert nach Akteuren im Parlament 1976-1980 in absoluten Werten [n = 65]. Weitere apartheidkritische Positionen mit geringer parlamentarischer Resonanz [weniger als 3 Nennungen]: Sanktionen, Neutralität: "Nichtergreifung = Komplizenschaft, Sanktionsgewinnler"; Sanktionen, Neutralität: "Bei Menschenrechtsverletzungen Vorzug ausserpolitische Tradition Solidarität, Humanität"; Südafrikapolitik Bund: "Imageschaden Schweiz, verstärkte Isolation"; Südafrikapolitik Bund: "Abbruch Diplomatie, Rückzug Botschafter, Anerkennung ANC"; Südafrikapolitik Bund: "Überlassen der Aussenpolitik der Wirtschaft"; Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweizer Firmen in Südafrika als Ausbeuter, Schaffung Verhaltenskodex"; Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweiz als Plattform für Goldhandel mit Südafrika"; Südafrikapolitik Wirtschaft: "Involvierung Schweizer Banken Muldergate-Skandal 1978"; Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweiz als Plattform für Diamantenhandel mit Südafrika"; Südafrikapolitik Wirtschaft: "Finanzierung Atomprogramm Südafrikas, ESCOM-Anleihe Schweizer Banken siebziger Jahre"; sowie Apartheid, Reformen Botha: "Beschönigung, Rechts-Propaganda Lobbygruppen (u. a. SSAA, CFS)".

³⁸⁵ n = 76. Bundesrat = 42 Positionen (55.3%); Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates = 10 (13.2%); FDP = 9 (11.8%); EPD = 8 (10.5%); CVP = 4 (5.3%); Petitionskommission des Nationalrates = 2 (2.6%); sowie Club der Freunde Südafrikas (CFS) = 1 (1.3%).

(CFS)) finden mit ihren Positionen zudem nur marginal und implizit Resonanz über Skandalisierungen der Sozialdemokraten.³⁸⁶ Die parlamentarischen Debatten über das Verhältnis Schweiz-Südafrika sind noch stark geprägt durch ein Übergewicht der Argumentationen der offiziellen Schweiz und der bürgerlichen Parteien. Rechtsnationale Stimmen – wie beispielsweise diejenigen aus dem Umfeld der Schweizerischen Volkspartei (SVP) –, schalten sich noch nicht gross in diese politischen Diskussionen zu Südafrika ein.³⁸⁷

Vehement wird von der offiziellen Schweiz (Bundesrat, Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates, EPD) die sich Ende der sechziger Jahre etablierende dreigliedrige Südafrikapolitik des Bundes – welche keine sogenannten "Zwangsmassnahmen" vorsieht, eine permanente moralische Verurteilung beinhaltet und eine Vermittlerrolle für die Konfliktparteien Südafrikas propagiert – im Parlament als zeitgemäss und umsichtig verteidigt (vgl. Position 1; Abbildung 12, Seite 107).

Abbildung 12: Antikritische Positionen differenziert nach Akteuren im Parlament 1976-1980³⁸⁸



Dabei wird mehrfach auf die Erklärung des Schweizer Botschafters August R. Lindt an der UNO-Konferenz über Menschenrechte in Teheran von 1968 verwiesen, in welcher die Apartheid "moralisch verurteilt" wurde:

³⁸⁶ Vgl. stellvertretend Einfache Anfrage SP-Nationalrat Jean Ziegler, *Propagande raciste*, 22.9.1980 [80.733].

³⁸⁷ Eine Ausnahme bildet die Einfache Anfrage von SVP-Nationalrat Claudius Alder, *Weltpostverein*, 2.10.1979 [79.782]. Vgl. dazu Anhang VII.4.

³⁸⁸ Dargestellt werden die zehn am häufigsten geäusserten antikritischen Positionen differenziert nach Akteuren im Parlament 1976-1980 in absoluten Werten [n = 76]. Weitere antikritische Positionen mit erhöhter parlamentarischer Resonanz: *Sanktionen, UNO: "Sanktionen nicht bindend, Schweiz nicht UNO-Mitglied"* [3 Nennungen]; sowie *Südafrikapolitik Bund: "Schweiz wird Transkei nicht anerkennen"* [3]. Antikritische Positionen mit geringer parlamentarischer Resonanz [weniger als 3 Nennungen]: *Sanktionen, negative Effekte: "Erhöhung Arbeitslosigkeit Schwarze"*; *Sanktionen, UNO: "Kein Missbrauch Schweiz für Dreiecksgeschäfte"*; *Sanktionen, Neutralität: "Aussenpolitische Tradition Neutralität verbietet grundsätzlich konzertierte Aktionen"*; *Südafrikapolitik Bund: "Auswanderung Schweizer ist private Angelegenheit"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweizer Banken handeln im Gesetzesrahmen"*; sowie *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweiz keine spezifische Plattform für Goldhandel mit Südafrika"*.

"la posizione ufficiale della Svizzera continuava ad essere quelle che l'ambasciatore Lindt aveva chiarito nel 1968 (...), e cioè che un'organizzazione della società basata sull'«apartheid» è in contraddizione con le tradizioni democratiche ed umanitarie del nostro Paese. Le autorità svizzere non possono pertanto che condannare moralmente un tale sistema."³⁸⁹

In Reaktion auf die Forderungen der Petition der linksalternativen Lobbygruppen wird einerseits das Argument der Universalität der schweizerischen Wirtschaftspolitik ins Feld geführt (vgl. Position 2; Abbildung 12); andererseits spezifisch auf die aktuelle ERG-Praxis verwiesen und sogenannte "kontraproduktive politische Demonstrationen" generell kritisiert (vgl. Positionen 4 und 7; Abbildung 12).

Analog zum Deutungsmuster der Nichtreformierbarkeit der Apartheid auf Seiten der Apartheidkritiker festigt sich zudem in den siebziger Jahren vor allem im bürgerlichen Parlamentarierlager (FDP, CVP) die Ansicht, P. W. Botha schlage einen richtigen Reformweg ein; und nur ein sogenannter evolutionärer Wandel könne die Apartheid allmählich überflüssig machen (vgl. Position 6; Abbildung 12). Dies müsse vor allem in der Behandlung der Forderungen von "unverhältnismässigen", sogenannten wirtschaftlichen "Zwangsmassnahmen" linksalternativer Provenienz berücksichtigt werden.

Zudem würde gemäss freisinnigen und christlich-demokratischen Stimmen die aktuelle Lage in Südafrika von der schweizerischen Linken stark verzerrt und propagandistisch ausgeschlachtet (vgl. Positionen 8 und 10; Abbildung 12):

"Es gibt nicht nur eine Diskriminierung der Farben, sei sie schwarz, sei sie weiss, sei sie gelb! Es gibt auch eine Diskriminierung des freien Geistes! Diskriminierung des freien Geistes scheint mir die viel grössere Gefahr zu sein, der Sie hier zu erliegen trachten, als die Diskriminierung der Farben, die Sie in vollständig verzerrter Weise darstellen";

verkündet beispielsweise CVP-Nationalrat Paul Eisenring in seiner Kritik an den Linken und deren Analyse der Lage in Südafrika.³⁹⁰ Der vom bürgerlichen wie auch linken parlamentarischen Lager gegenseitig geäusserte Vorwurf, die Apartheid in Südafrika und die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zu überzeichnen und Propaganda und Agitation zu betreiben, sollte sich in den achtziger Jahren im Parlament noch weiter verstärken; spätestens mit den Eingreifen der SVP in die Südafrikadebatten.

In der Perspektive der Antikritiker lässt sich nämlich auch ein "positiver Einfluss" der Schweizer Wirtschaft auf den Reformprozess in Südafrika registrieren (vgl. Position 9; Abbildung 12). In diesem Sinne verteidigt FDP-Nationalrat Theodor Gut – wie diverse Vertreter der offiziellen Schweiz auch –, schweizerische Unternehmen in Südafrika, die von den Linken "grundlos" skandalisiert würden: "Nun möchte ich noch etwas sagen über den Einfluss der Schweizer Firmen, die hier so wenig sympathisch dargestellt worden sind. Ich glaube, es waren vor allem die Schweizer Firmen, die zu einer Auflockerung der Apartheid beigetragen haben."³⁹¹

Analysiert man die unterschiedlichen "Framing" des Verhältnis Schweiz-Südafrika im Parlament in den siebziger Jahren, so lässt sich – wie bei den Binnenorganen der linksalternativen Lobbygruppen und den Leitmedien auch –, zunächst ein Übergewicht von analytischen und gegenwartsbezogenen "diagnostic Framing" feststellen (65.2%).³⁹² Insgesamt dominieren bei den Apartheidkritikern und Antikritikern Positionen, die mit Aktualitätsbezug auf ausserordentliche Ereignisse (u. a. Soweto-Aufstand)

389 Antwort Bundesrat, 13.12.1976 [76.767].

390 CVP-Nationalrat Paul Eisenring, Nationalratsdebatte, 11.6.1979 [78.267].

391 FDP-Nationalrat Theodor Gut, Nationalratsdebatte, 11.6.1979 [78.267].

392 n = 141. "Diagnostic Framing" = 92 (65.2%); "prognostic Framing" = 17 (12.1%); sowie "identity Framing" = 32 (22.7%).

oder mit reinen Fakten argumentieren. Der Anteil von "prognostic Framing" bleibt im Verhältnis dazu bescheiden (12.1%). Auf Seiten der Apartheidkritiker lassen sie sich nur im Kontext neuer Boykottstrategien und bezüglich deren zukünftigen Chancen feststellen; sowie auf Seiten der Antikritiker ausschliesslich im Zusammenhang mit prognostizierten negativen Effekten von Boykottmassnahmen. Erhöhte parlamentarische Resonanzen erzielen daneben aber Positionen mit "identity Framing" (22.7%): Bei den Apartheidkritikern sind es Argumente, welche bei der Nichtergreifung eines Südafrikaboykotts die Isolation und einen Imageschaden für die neutrale Schweiz befürchten oder die identitätsstiftende Tradition der Solidarität und Humanität der Schweiz im Rahmen einer zeitgemässen Aussenpolitik betonen. Demgegenüber werden von den Antikritikern die Universalität der Wirtschaftsbeziehungen und aussenpolitischen Beziehungen im allgemeinen als unveräusserliche Komponenten der schweizerischen Identität bzw. Neutralitätspolitik gewertet. Zudem wird von den Bürgerlichen im Parlament wiederholt das Verhältnis Schweiz-Südafrika über das identitätsstiftende Deutungsmuster des Kalten Krieges analysiert, d. h. die nationale Identität der Schweiz legitimiert und eine Sonderbehandlung Südafrikas durch die "Fünften Kolonnen" skandalisiert.

Widerstreit im Parlament in den siebziger Jahren:

Die schon erwähnte verstärkte Links-Rechts-Polarisierung im parlamentarischen Diskurs über die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen der siebziger Jahre wird noch deutlicher, wenn man die apartheidkritischen Positionen den antikritischen Gegenpositionen gegenüberstellt (vgl. Abbildung 13, Seite 110).

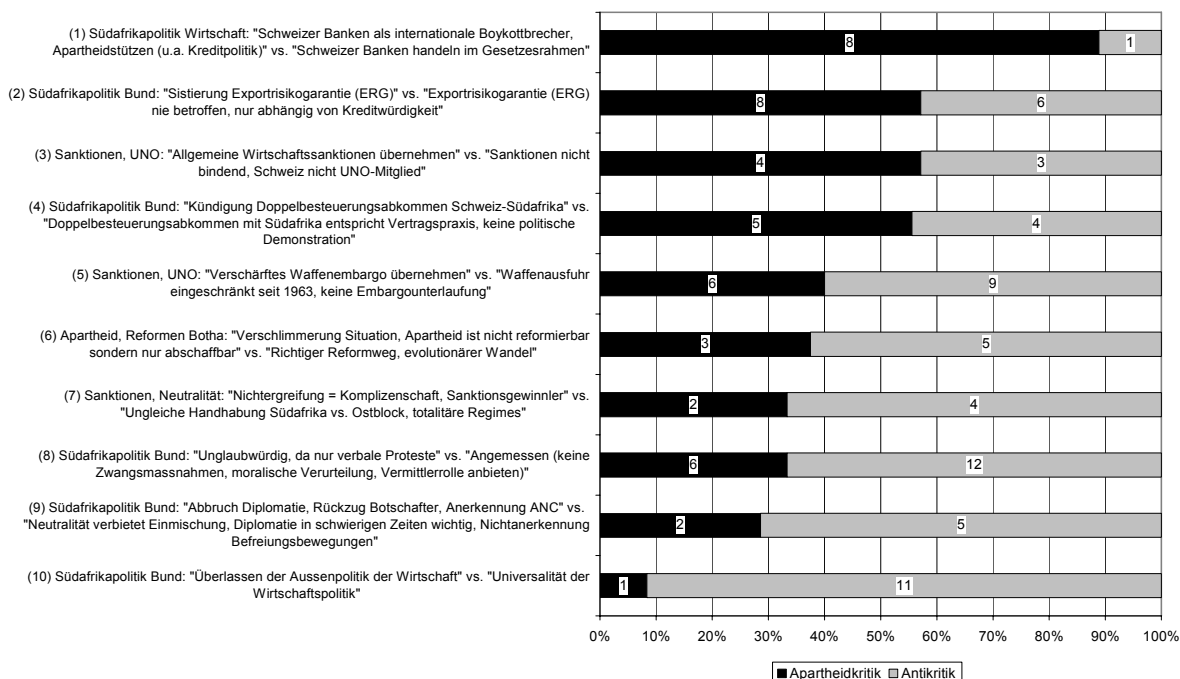
Dabei zeigt sich, dass beispielsweise die linksalternative Diagnose, dass die Schweizer Grossbanken SBG/UBS, SBV und SKA mit ihrer Kreditpolitik als internationale Boykottbrecher und Apartheidstützen fungieren – "L'UBS finance le système de l'apartheid" (vgl. Position 1; Abbildung 13) –, seitens der offiziellen Schweiz und der bürgerlichen Antikritiker im Parlament nur mit wenigen spezifischen Argumentationen entkräftet wird.³⁹³ Vielmehr wird in dieser Diskussion immer wieder auf die identitätsstiftende Metaposition der Universalität der schweizerischen Wirtschaftspolitik verwiesen – "la Suisse applique le principe de l'universalité dans ses relations commerciales" (vgl. Position 10; Abbildung 13) –, die wiederum gleichermassen wenig spezifische Entgegnungen auf der gleichen Abstraktionsebene seitens der Apartheidkritiker im Parlament erfährt.³⁹⁴

Im Vergleich zur Widerstreitstruktur in der Medienöffentlichkeit der siebziger Jahre zeigt sich zudem (vgl. nochmals Abbildung 10, Seite 93), dass auf die in den Medien stark verankerte und noch relativ wenig entkräftete linke Forderung nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Südafrika in der parlamentarischen Arena stärker mit einer klaren Gegenposition geantwortet wird (vgl. Position 9; Abbildung 13). Dies widerspiegelt vor allem die "Hausmacht" von etablierten politischen Akteuren – wie beispielsweise des Bundesrates –, in ihrer traditionellen Referenzarena (Parlament), welche aber mit ihren Positionen im Vergleich zu den nicht-etablierten politischen Akteuren die Medienarena in den siebziger Jahren noch wenig zu beherrschen vermögen.

³⁹³ Einfache Anfrage SP-Nationalrat Jean Ziegler, *Crédit bancaire à l'Afrique du Sud*, 30.9.1980 [80.752].

³⁹⁴ Bundesrat Pierre Aubert, Nationalratsdebatte, 11.6.1979 [78.267].

Abbildung 13: Widerstreit im Parlament 1976-1980³⁹⁵



Generell lässt sich aber feststellen, dass im Parlament der siebziger Jahre im Vergleich zur medialen Öffentlichkeit von Apartheidkritikern und Antikritikern weniger aneinander vorbei argumentiert wird. Dies illustriert das Gros von praktisch ausgeglichenen Widerstreitpaaren in der parlamentarischen Arena (vgl. Positionen 2 bis 6; Abbildung 13).

Transkei-Anerkennungsfrage 1976 im Parlament:

Die erwähnte Widerstreitstruktur auf unterschiedlichen Argumentations- bzw. Abstraktionsebenen lässt sich gut am Beispiel der parlamentarischen Auseinandersetzung über die Transkei-Anerkennungsfrage aufzeigen. Ist die Haltung des Bundesrates bezüglich der Forderung der Sozialdemokratischen Partei (SP) und der Partito Socialista Autonomo (PSA) nach nachdrücklicher Nichtanerkennung dieses südafrikanischen Homelands als unabhängiger Staat konkret und bejahend;³⁹⁶ so werden von den bürgerlichen Antikritikern in der parlamentarischen Debatte über die Aufnahme oder Nichtaufnahme von diplomatischen Beziehungen mit der Transkei vielmehr das Verhältnis Schweiz-Südafrika als ganzes im Kontext des Kalten Krieges thematisiert; und implizit auch der Bundesrat kritisiert:

"Wohl ist Transkei kein demokratischer Staat in unserem Sinn; aber es gibt Staaten, deren Bürger keinerlei Rechte haben und unter ständigem Terror der eigenen Regierung leben müssen – wir anerkennen sie dennoch. Die Schweiz anerkennt Länder, die mit Mauern, Stacheldraht, Tretminen und Bluthunden ihren Bürgern ein elementares Recht verweigern, das Recht, auszuwandern (...). Im Lichte dieser Praxis ist es nicht ganz begreiflich, dass wir bei Transkei derartig strenge Massstäbe anlegen";

³⁹⁵ Dargestellt werden die zehn am höchsten Resonanz erfahrenden Widerstreitpaare von apartheidkritischen und anti-kritischen Positionen im Parlament 1976-1980 in absoluten Werten und Prozentsen zusammen [n = 141].

³⁹⁶ "Es erstaunt deshalb nicht, dass kein Staat – ausgenommen natürlich Südafrika – Absicht zeigt, dieses neue Gebilde zu anerkennen. Auch der Bundesrat denkt nicht an einen solchen Schritt." Antwort Bundesrat, 27.9.1976 [76.764]. Vgl. auch Antwort Bundesrat, 13.12.1976 [76.767].

so der freisinnige Nationalrat Ruedi Schatz in seinem Postulat *Diplomatische Anerkennung von Staaten*.³⁹⁷ Vor diesem Hintergrund sei es zudem unglaublich, wenn der Bundesrat "vom sicheren Stuhl in Bern aus schulmeisterliche Urteile über ein unerhört schwieriges Problem" wie die Apartheid abgebe:

"Hier wird also die Anerkennung von Transkei abgelehnt (Transkei selbst hat übrigens keine Apartheidpolitik) (sic!), weil Südafrika, ein anderer Staat, Apartheidpolitik betreibt, die der Bundesrat verurteilt. (...) [Demnach] müsste er das Element der Apartheid auch ins Feld führen bei Staaten im Schwarzen Afrika, wo eigene Bürger nur deshalb, weil sie indischen oder weissen Ursprungs waren, des Landes verwiesen wurden."³⁹⁸

Vielmehr sei es wichtig auch offiziellen Kontakt zwischen Staaten aufrechtzuerhalten, wenn man schwerwiegende Differenzen habe. Die Beziehungen dürfen nicht abgebrochen werden "aus Gründen der Staatsraison, nämlich weil ganz Schwarzafrika darauf äusserst sauer reagiert hätte, (...) weil der ganze Osten sich empört hätte und weil für den kleinen Staat im Süden Afrikas sich auch im Westen niemand stark machen wollte."

SP-Nationalrat Walter Renschler sieht in diesen bürgerlichen Argumentationen hingegen einen bedenklichen "ersten Schritt zur Anerkennung von Transkei" – wenn nicht gar Legitimierung des Apartheidregimes –, und warnt ausdrücklich davor, "dass es nun ausgerechnet im Fall Transkei Sache der Schweiz sein soll, den Winkelried zu spielen."³⁹⁹

Schweizerische Waffenexporte nach Südafrika im Parlament in den siebziger Jahren:

In Bezug auf diverse parlamentarische Vorstösse in den siebziger Jahren, welche die Waffenlieferungen der Oerlikon-Bührle bzw. einer ihrer italienischen Tochterunternehmen an die südafrikanische Polizei und Armee kritisieren, lässt sich in der Rechtfertigung der offiziellen Schweiz eine Strategie erkennen, die noch bis in die späten neunziger Jahre Bestand haben sollte: Nämlich einerseits, dass die Schweiz schon seit 1963 ein Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial nach Südafrika in Kraft habe:

"Il est à propos de relever ici que la Suisse a déjà édicté le 6 décembre 1963, de son propre chef, un embargo général sur les exportations suisses d'armes vers la République sud-africaine";

so Bundesrat Pierre Graber (SP).⁴⁰⁰ Andererseits würden bestehende Exporte das Kriegsmaterialgesetz nicht verletzen, da es sich nur um private Lieferungen handle – d. h. Waffen und Munition für den Schweizerklub in Johannesburg und chemische Produkte für den pharmazeutischen Gebrauch –, und Auslandproduktionen und Lieferungen, welche niemals das Territorium der Schweiz physisch durchquerten, nicht als Sanktionsumgehungen gewertet werden können ("les livraisons de matériel de guerre vers l'Afrique australe qui ne touchent pas le territoire suisse ne sont pas soumises à autorisation").

Demgegenüber betonen die Sozialdemokraten, dass zwar besagte Lieferungen durch Gesellschaften mit Sitz im Ausland – nebst Oerlikon Italiana (Mailand) und Contraves-Roma (Rom) auch die britische

397 Postulat FDP-Nationalrat Ruedi Schatz, *Diplomatische Anerkennung von Staaten*, 30.11.1976 [76.478]. Zum Eingabetext dieses Postulates vgl. Anhang VII.4.

398 FDP-Nationalrat Ruedi Schatz, Nationalratsdebatte, 10.3.1977 [76.478]. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Votum.

399 SP-Nationalrat Walter Renschler, Nationalratsdebatte, 10.3.1977 [76.478].

400 Bundesrat Pierre Graber, Nationalratsdebatte, 16.1.1978 [77.423]. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Votum. Vgl. auch Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 22.6.1978 [77.396].

Grantham-British-Mark und die deutsche Böhringer-Göppingen – getätigt worden seien, die "Finanzierung, die Verbuchung und das Marketing (...) dagegen – für die Lieferungen nach Südafrika – von der Oerlikon-Bührle Holding, Bucheggplatz, Zürich" erfolgte.⁴⁰¹ Auf diese Weise ist laut SP-Nationalrat Jean Ziegler "das Ausfuhrverbot von Zürich aus unter den Augen und mit Wissen des Bundesrates täglich umgangen" worden. Um solche Skandale zukünftig zu verhindern, schlägt Ziegler in seiner Motion *Exportation d'armes vers l'Afrique du Sud* vom 22. Juni 1977 eine Ergänzung des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial um folgenden Abschnitt vor: "Die Bewilligung des Bundes ist auch erforderlich für den Handel mit Kriegsmaterial ausserhalb der Landesgrenzen, wenn die dafür verantwortlichen natürlichen oder juristischen Personen Wohnsitz in der Schweiz haben."⁴⁰² Die Überweisung dieser Motion wird im Nationalrat aber mit 43 zu 9 Stimmen abgelehnt.

Petition linksalternativer Lobbygruppen 1978 im Parlament:

In der Nationalratsdebatte zur Petition *Renonciation à la collaboration Suisse-Afrique du Sud* 1979 verweist SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig darauf, dass sich die Forderungen der linksalternativen Lobbygruppen gegen die Apartheidpolitik in Südafrika richten und damit "grundsätzlich auf der Linie der schweizerischen Aussenpolitik" liegen würden.⁴⁰³ Denn die Schweiz habe das Apartheidsystem mehrfach verurteilt – u. a. 1968 durch den Schweizer Botschafter August R. Lindt an einer UNO-Konferenz über Menschenrechte in Teheran –, und 1963 ein Waffenembargo gegenüber Südafrika verhängt. Das Beispiel des Doppelbesteuerungsabkommens mit Südafrika zeige nun aber, dass mit einem (steuertechnischen) Vorteil auch ein "unerwünschter Nachteil" verbunden sei; nämlich "das Regime der Apartheid, das wir ablehnen, zu festigen. Wir haben einen Beitrag zu seiner Legitimation geleistet, und das wollen wir nicht." Mit dieser Petition könne man jetzt einen Beitrag leisten; betont Braunschweig. Denn es gehe nun "um die Anerkennung in der Praxis, nicht nur die deklamatorische Anerkennung" der Illegitimität der Apartheid.

PSA-Nationalrat Werner Carobbio unterstreicht Braunschweigs Aufruf – "les déclarations verbales doivent être suivies, chaque fois que cela est possible, d'actes concrets" –, und SP-Nationalrat Christian Grobet betont mit dem Verweis auf die kontroversen Waffengeschäfte der Oerlikon-Bührle mit Südafrika und die Involvierung von Schweizer Grossbanken im südafrikanischen Muldergate-Skandal 1978 auf die "Mitverantwortung" der Schweiz:

"Songeons à Bührle qui sous-traite des exportations d'armes vers l'Afrique du Sud en violation à notre législation (...) et puis il y a en cette récente découverte concernant les fonds publics sudafricains qui ont transité à travers une grande banque suisse pour blanchir cet argent, utilisé dans le cadre du plus grand scandale politique qui ait défrayé la vie publique de l'Afrique du Sud, je veux dire la création du journal *Citizen* par le gouvernement sud-africain. Tout ceci représente des faits qui sont malheureusement à retenir contre notre pays et c'est la raison pour laquelle j'ose espérer que notre conseil saura adopter une position ferme à l'égard des pratiques racistes de l'Afrique du Sud."⁴⁰⁴

Zudem lasse sich – so Grobet weiter –, seit dem Sharpeville-Massaker 1960 und dem Soweto-Aufstand 1976 eine zunehmende Verschärfung der Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung in Süd-

⁴⁰¹ Motion SP-Nationalrat Jean Ziegler, *Exportation d'armes vers l'Afrique du Sud*, 22.6.1977 [77.396]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Vorstoss. Vgl. auch Interpellation PSA-Nationalrat Werner Carobbio, *Exportisikogarantie. Südafrika und Rhodesien*, 20.9.1977 [77.423].

⁴⁰² Zum Eingabetext der erwähnten Motion vgl. Anhang VII.4.

⁴⁰³ SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig, Nationalratsdebatte, 11.6.1979 [78.267]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Votum. Zum Eingabetext der erwähnten Petition vgl. Anhang VII.4.

⁴⁰⁴ PSA-Nationalrat Werner Carobbio und SP-Nationalrat Christian Grobet, Nationalratsdebatte, 11.6.1979 [78.267] [Hervorhebung im Original].

afrika beobachten, die an das Nazideutschland der dreissiger und vierziger Jahre erinnere, und die Schweiz nun endlich zum Handeln bewegen sollte: "De la même manière que notre pays a rejeté les principes racistes sur lesquels se fondait le nazisme, nous devons aujourd'hui rejeter le régime raciste qui prévaut en Afrique du Sud."⁴⁰⁵

Demgegenüber wird von den freisinnigen Antikritikern gerade letztere Einschätzung scharf kritisiert. FDP-Nationalrat Theodor Gut betont, dass entgegen den Übertreibungen der Linken im Parlament überhaupt kein "totales Terror- und Verelendungssystem für die Schwarzen in Südafrika" herrschen würde:

"Ich weiss nicht, wie viele Male Herr Grobet in den letzten Jahren in Südafrika gewesen ist, aber ich kann ihm aus eigener Anschauung sagen, dass eine grosse Entwicklung festzustellen ist."⁴⁰⁶

Denn einerseits würden "sehr interessante Verfassungsdiskussionen geführt", bei denen die "Nicht-weissen" am politischen Prozess zukünftig beteiligt werden sollen. Zudem sehe man eine "Abwendung von der Apartheid im täglichen Leben: in Hotels, Verkehrsbetrieben, Universitäten, Theatern treffen Sie Menschen aller Hautfarben." Daneben enerviert sich FDP-Nationalrat Kaspar Meier vor allem am Nazi-Vergleich durch die Sozialdemokraten:

"Es wird hier der Eindruck erweckt – ich habe sogar das Wort «faschistisch» gehört –, in Südafrika herrsche eine Diktatur. Davon kann nun wirklich keine Rede sein (...). Ich behaupte, dass in Südafrika ein grosses Mass an Pressefreiheit besteht (...). Ich finde es einfach falsch, wenn man hier alles immer nur einseitig darstellt und sich von den Tatsachen nicht überzeugen lässt. Ich weiss nicht, ob es gut- oder bösgläubig ist. Ich nehme an, dass die Leute zu wenig orientiert sind."⁴⁰⁷

Zudem herrscht laut FDP-Nationalrat Gilbert Duboule eine verstärkte weltweite "Hypokrisie", wenn es um die Apartheid in Südafrika geht: "quand je pense à tout ce qui s'est passé récemment dans certains pays comme l'Afghanistan, comme l'Ethiopie, et dans nombre de pays qui connaissent un régime dictatorial à forme communiste, et que l'on ne dit rien, tant sur le plan des relations diplomatiques que sur celui de nos relations économique!"⁴⁰⁸ Und laut CVP-Nationalrat Paul Eisenring sollte man keine "Politik der Heuchelei" betreiben, nur weil es Südafrika betreffen würde; "um so mehr, weil die Menschen, die dort noch Verantwortung tragen, versuchen eine Politik des Möglichen und des Denkbaren zu realisieren."⁴⁰⁹

Grundsätzlich würden die Forderungen der Petition der linksalternativen Lobbygruppen gegen den "Grundsatz der Universalität der Aussenbeziehungen" verstossen (CVP-Nationalrat Eisenring, Bundesrat Pierre Aubert (SP)) und die "Schweizer Interessen in Afrika" konterkarieren (FDP-Nationalrat Gerhart Schürch).⁴¹⁰ Denn laut FDP-Nationalrat Gut hat vor allem auch die Schweizer Wirtschaft für eine "Auflockerung der Apartheid beigetragen"; und dies sei "eine Leistung schweizerischer Firmen, für die man dankbar sein sollte und die man nicht beschimpfen müsste."⁴¹¹ Vor diesem Hintergrund trifft eine Kündigung des Doppelbesteuerungsabkommens und eine Sistierung der Exportrisikogarantie (ERG) mit Südafrika gemäss FDP-Nationalrat Schürch in erster Linie schweizerische Unterneh-

⁴⁰⁵ SP-Nationalrat Christian Grobet, Nationalratsdebatte, 11.6.1979 [78.267].

⁴⁰⁶ FDP-Nationalrat Theodor Gut, Nationalratsdebatte, 11.6.1979 [78.267]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Votum.

⁴⁰⁷ FDP-Nationalrat Kaspar Meier, Nationalratsdebatte, 11.6.1979 [78.267].

⁴⁰⁸ FDP-Nationalrat Gilbert Duboule, Nationalratsdebatte, 11.6.1979 [78.267].

⁴⁰⁹ CVP-Nationalrat Paul Eisenring, Nationalratsdebatte, 11.6.1979 [78.267].

⁴¹⁰ CVP-Nationalrat Paul Eisenring, Bundesrat Pierre Aubert und FDP-Nationalrat Gerhart Schürch, Nationalratsdebatte, 11.6.1979 [78.267].

⁴¹¹ FDP-Nationalrat Theodor Gut, Nationalratsdebatte, 11.6.1979 [78.267].

men, in denen im Vergleich mit südafrikanischen Betrieben "Schwarze in progressiver Weise besser gestellt" seien: "Seien Sie gegenüber Südafrika offen: Präjudizieren Sie nichts; brechen Sie nicht Beziehungen ab, die, vernünftig gehandhabt, dem Lande – und auch den Schwarzen im Lande – dienen können."⁴¹²

Allgemeine Wirtschaftsbeziehungen Schweiz-Südafrika im Parlament in den siebziger Jahren:

Wiederholt werden auch schon in den siebziger Jahren im Parlament die allgemeinen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika kritisiert und verstärkt die Schweizer Grossbanken mit ihrer Kreditpolitik und dem Goldhandel sowie Schweizer Firmen mit Niederlassungen in Südafrika bezüglich ihrer Arbeitgeberpolitik skandalisiert. Denn laut POCH-Nationalrat Andreas Herczog kümmern sich diese einschlägigen "Kreise (...) aus Profitgründen um keinen der Beschlüsse der UNO über Südafrika"; was es aber nun umfassend zu ändern gebe.⁴¹³

PSA-Nationalrat Werner Carobbio verweist in seiner Interpellation *Exportrisikogarantie. Südafrika und Rhodesien* vom 20. September 1977 auf die UNO-Menschenrechtskommission, die in einem ihrer Berichte kritisiert habe, "dass einige schweizerische Wirtschaftszweige dem rassistischen Regime Südafrikas bedeutende Unterstützung gewähren" würden.⁴¹⁴ Der UNO-Bericht würde festhalten, "dass die Schweiz der Staat ist, der, im Verhältnis zur Einwohnerzahl, in Südafrika am meisten investiert." Zudem diene die Schweiz als "internationale Plattform" für den Verkauf des südafrikanischen Goldes. Carobbio erwähnt daneben das von den Binnenorganen der linksalternativen Lobbygruppen schon erhöht skandalisierte Engagement der Schweizer Grossbanken bei der Finanzierung einer Urananreicherungsanlage für die südafrikanische Elektrizitätsgesellschaft ESCOM (Electricity Supply Commission), welches "besonders beunruhigend" sei. Denn laut UNO-Bericht "ist Südafrika dank dieser Hilfe in der Lage, ein Kernprogramm zu Kriegszwecken zu erarbeiten. Dies würde die Afrikafrage in jeder Hinsicht verschärfen."

Eine verschärfte parlamentarische Skandalisierung der schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen auf dem Gebiet der Nukleartechnologie sollte sich jedoch erst anfangs der achtziger Jahre verfestigen; und zwar nach den Enthüllungen über eine Lieferung angereicherten Urans durch die KKW Kaiseraugst AG an Südafrika für dessen Reaktor in Koeberg.⁴¹⁵

In Antwort auf die von PSA-Nationalrat Carobbio geforderte Einführung eines "code de bonne conduit" für Schweizer Firmen nach dem Vorbild des "Südafrika-Kodex" der Europäischen Gemeinschaft (EG) von 1977 unterstreicht Bundesrat Pierre Graber (SP), dass dahingehend keine Notwendigkeit bestehen würde: "Les principales entreprises suisses concernées ont déclaré que leurs filiales sud-africaines agissaient déjà en conformité avec le code et que, par conséquent, elles sont prêtes naturellement à souscrire à son contenu."⁴¹⁶ Als weitere Standardantwort der offiziellen Schweiz bezüglich der Südafrikapolitik der Schweizer Wirtschaft erweist sich zudem auch immer wieder das Universali-

412 FDP-Nationalrat Gerhart Schürch, Nationalratsdebatte, 11.6.1979 [78.267].

413 Einfache Anfrage POCH-Nationalrat Andreas Herczog, *Importe aus Südafrika*, 29.11.1979 [79.809].

414 Interpellation PSA-Nationalrat Werner Carobbio, *Exportrisikogarantie. Südafrika und Rhodesien*, 20.9.1977 [77.423]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Vorstoss. Zum Eingabetext dieser Interpellation vgl. Anhang VII.4.

415 Vgl. stellvertretend Einfache Anfrage SP-Nationalrat Jean Ziegler, *Uranium de Kaiseraugst SA pour l'Afrique du Sud*, 2.12.1981 [81.752]; Interpellation PdA-Nationalrätin Ruth Mascarin-Bircher, *Kernkraftwerk Kaiseraugst. Uranhandel mit Südafrika*, 1.3.1982 [82.325]; Einfache Anfrage SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig, *Tritium. Export*, 11.3.1985 [85.624]; sowie Einfache Anfrage SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig, *Atomgeschäfte einer Schweizer Firma*, 16.12.1988 [88.1077].

416 Bundesrat Pierre Graber, Nationalratsdebatte, 16.1.1978 [77.423].

täts-Argument:

"Im übrigen ist hervorzuheben, dass sich die Handelsbeziehungen der Schweiz nicht nach politischen Gesichtspunkten, sondern nach den wirtschaftlichen Gegebenheiten und dem Grundsatz der Universalität richten."⁴¹⁷

Daneben wird wiederholt betont, dass in der Schweiz der direkten Einflussnahme des Bundes auf die Geschäfts- und Investitionstätigkeit der Privatwirtschaft aufgrund der in der Bundesverfassung verankerten Handels- und Gewerbefreiheit klare Grenzen gesetzt seien.

Memo Verhältnis Schweiz-Südafrika Parlament 1976-1980:

Für die linken Apartheidkritiker im Parlament (SP, PSA, POCH) entpuppen sich in den siebziger Jahren die Schweizer Grossbanken zunehmend als die eigentlichen Apartheidstützen. Die Schweiz würde verstärkt zum Komplizen des Apartheidregimes und die Südafrikapolitik des Bundes (Stichworte: keine Zwangsmassnahmen, moralische Verurteilung und Vermittlerrolle anbieten) erweise sich nach Soweto 1976 eindeutig als hypokritisch. Dabei könne die Kündigung des Doppelbesteuerungsabkommens und die Sistierung der Exportrisikogarantie (ERG) nur ein Minimum bzw. nur ein erster Schritt an möglichen Massnahmen gegenüber Südafrika bedeuten; dies insbesondere vor dem Hintergrund vergleichbarer Sanktionen der internationalen Staatengemeinschaft. Wirtschaftliche Massnahmen – sprich sogenannte "Zwangsmassnahmen" – gegenüber dem Apartheidregime und die Kritik am Bankenengagement in Südafrika werden von den bürgerlichen Antikritikern (FDP, CVP) und der offiziellen Schweiz grundsätzlich mit dem Leitargument der Universalität der Wirtschaftspolitik abgelehnt. Zudem habe die Schweiz schon 1963 – d. h. noch vor der UNO – ein Waffenembargo gegenüber Südafrika verhängt. In den Augen der Bürgerlichen kann nur ein evolutionärer Wandel und Reformen à la Botha die Apartheid abschaffen. Das Konzept der Neutralität verbiete dabei grundsätzlich eine Einmischung in die Innenpolitik Südafrikas (Position offizielle Schweiz) und rechtfertige keine Sonderbehandlung der Apartheid im Kontext des Kalten Krieges (Position FDP, CVP).

417

Antwort Bundesrat, 27.2.1980 [79.809]. Vgl. auch Bundesrat Pierre Graber, Nationalratsdebatte, 16.1.1978 [77.423]; Antwort Bundesrat, 26.4.1978 [78.612]; Bundesrat Pierre Aubert, Nationalratsdebatte, 11.6.1979 [78.267]; sowie Antwort Bundesrat, 28.5.1980 [80.665].

V.1.4 Conclusio: Zur Genese der Positionen der Apartheidkritiker und Antikritiker in den siebziger Jahren

Die öffentliche politische Kommunikation über die schweizerischen Beziehungen zum südafrikanischen Apartheidregime ist in den analysierten Öffentlichkeitsarenen (linksalternative und rechtsnationale Binnenorgane, Leitmedien, Parlament) in der Phase 1976-1980 – mit Ausnahme der parlamentarischen Öffentlichkeit – insgesamt noch wenig stark personalisiert, d. h. noch wenig durch Positionsbezüge von prominenten und charismatischen Öffentlichkeitsakteuren gekennzeichnet.

Die linksalternativen Lobbygruppen – u. a. Anti-Outspan-Kampagne Lausanne, Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Arbeitsgruppe Dritte Welt (AG3W) und Solidaritätskomitee für Asien, Afrika und Lateinamerika (SKAAL) –, wie auch die schweizerischen Landeskirchen und ihre Organisationen treten im öffentlichen Diskurs mehrheitlich noch unpersonalisiert in Erscheinung. Eine Ausnahme bilden einzig AAB-Präsident und Pfarrer Paul Rutishauser, Pfarrer Peter Vogelsanger vom Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund (SEK) und Dr. Walter Wolf vom Schweizerischen Evangelischen Pressedienst (epd).

In der Medienarena lassen sich mit Ausnahme beim überparteilichen Tages-Anzeiger (Ausland- und Bundeshauskorrespondent Peter Studer) noch keine eigentlichen medialen Meinungsmacher zum Verhältnis Schweiz-Südafrika auf apartheidkritischer wie auch antikritischer Seite eruieren. Wiederholt eröffnet aber die freisinnig-liberale NZZ Dr. Peter Sulzer zum Themenkomplex der Schweizer Kirchengemeinde und Apartheid das Forum für Stellungnahmen.

Im Parlament erweisen sich als apartheidkritischste Sprecher die Nationalräte Jean Ziegler von der Sozialdemokratischen Partei (SP), Werner Carobbio von der Partito Socialista Autonomo (PSA) und Andreas Herczog von der POCH (Progressive Organisation Schweiz). Als antikritische Widersacher setzen sich demgegenüber – nebst dem Bundesrat –, nur gerade die Nationalräte Theodor Gut von der Freisinnigdemokratischen Partei (FDP) und Paul Eisenring von der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) grösser in Szene.

Bezüglich dem unterschiedlichen "Framing" des Verhältnis Schweiz-Südafrika lässt sich in der öffentlichen politischen Kommunikation der Schweiz in den siebziger Jahren eine klare Dominanz von analytischen und gegenwartsbezogenen "diagnostic Framing" feststellen (65.7%).⁴¹⁸ Insgesamt wird das Verhältnis Schweiz-Südafrika in den linksalternativen und rechtsnationalen Binnenorganen, Leitmedien und dem Parlament von den Apartheidkritikern wie auch den Antikritikern mit starkem Aktualitätsbezug und rein analytisch reflektiert. Zukunftsbezogene Einschätzungen und Prognosen ("prognostic Framing") – welche mit konkreten Strategien und Lösungsansätzen das Verhältnis Schweiz-Südafrika thematisieren –, wie auch identitätsstiftende Positionen ("identity Framing") – beispielsweise solche zur schweizerischen Neutralität oder im Kontext des Kalten Krieges –, sind demgegenüber nur marginal vertreten (19.5% respektive 14.8%). Auf Seiten der linksalternativen Apartheidkritiker dominieren aber insgesamt strategische "prognostic Framing"; demgegenüber finden "identity Framing" stärker Resonanz auf Seiten der bürgerlichen und rechtsnationalen Antikritiker.

Als apartheidkritische Position mit der höchsten Resonanz in der öffentlichen politischen Kommunikation – sprich in den linksalternativen und rechtsnationalen Binnenorganen, der Medienarena und dem Parlament total –, erweist sich in der Phase 1976-1980 die Kritik an den diplomatischen Kontak-

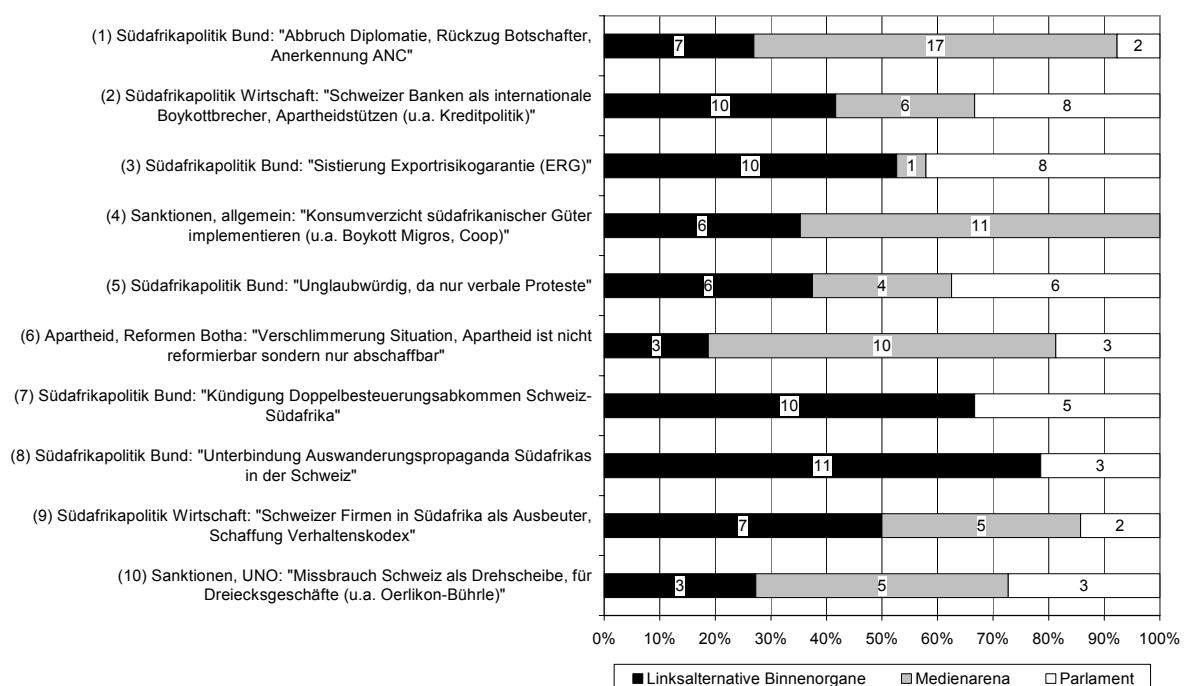
418

n = 411. "Diagnostic Framing" = 270 (65.7%); "prognostic Framing" = 80 (19.5%); sowie "identity Framing" = 61 (14.8%).

ten der offiziellen Schweiz mit dem Apartheidregime (total 26 Nennungen); und zwar vor allem anlässlich von Schweiz-Besuchen von prominenten Apartheidpolitikern: U. a. Premierminister B. J. Vorster 1976 und Aussenminister Pik Botha 1979 (vgl. Position 1; Abbildung 14; Seite 117).

Die linksalternativen Lobbygruppen Anti-Outspan-Kampagne Lausanne, AAB, AG3W und SKAAL erzielen in den siebziger Jahren mit ihren in der Petition *Renonciation à la collaboration Suisse-Afrique du Sud* formulierten strategischen Positionen – Sistierung Exportrisikogarantie (ERG), Aufhebung Doppelbesteuerungsabkommen und Unterbindung Auswanderungspropaganda – schon eine beachtliche Resonanz in der schweizerischen Öffentlichkeit, d. h. strukturieren damit die öffentliche politische Kommunikation; insbesondere im Parlament (vgl. Positionen 3, 7 und 8; Abbildung 14).

Abbildung 14: Apartheidkritische Positionen in der öffentlichen politischen Kommunikation der Schweiz 1976-1980⁴¹⁹



Demgegenüber erfahren die von den gleichen Lobbygruppen in der Schweiz lancierten und propagierten "People's Sanctions" (Granny Smith-Boykott-Kampagne) noch keine parlamentarische Aufmerksamkeit; und werden nur verstärkt in der medialen Öffentlichkeit (vor allem Tages-Anzeiger, Tagwacht, Vaterland) reflektiert (vgl. Position 4; Abbildung 14).

Die in den linksalternativen Binnenorganen AAB-Nachrichten und konzept diagnostizierte und intensiv skandalisierte apartheidstützende Funktion der Schweizer Grossbanken (u. a. Kreditpolitik, Goldhandel) und die "ausbeuterische" Rolle von Schweizer Firmen mit Tochtergesellschaften im "Profitparadies Südafrika" – wie auch die daraus abgeleitete Forderung nach einem umfassenden Südafrikaboykott à la UNO –, hat sich in der medialen Öffentlichkeit (insbesondere Tages-Anzeiger, Tagwacht) in den siebziger Jahren schon nachhaltig gefestigt (vgl. Positionen 2 und 9; Abbildung 14). Diese apartheidkritischen Leitargumente werden im Parlament aber nur gerade von der radikalen Linken (PSA, POCH) verstärkt aufgegriffen und von der SP noch wenig rezipiert.

419

Dargestellt werden die zehn am häufigsten geäusserten apartheidkritischen Positionen differenziert nach linksalternativen Binnenorganen, rechtsnationalen Binnenorganen (hier keine Resonanz), Medienarena und Parlament in absoluten Werten und Prozenten [n = 257].

Die Rolle der Schweizer Grossbanken im Muldergate-Skandal 1978 und die umstrittenen ESCOM-Anleihen bzw. implizite Finanzierung des südafrikanischen Nuklearprogramms bleiben ein reines Binnen-thema der linksalternativen Binnenorgane AAB-Nachrichten und konzept; und werden in den Medien (vor allem Tagwacht) und im Parlament (insbesondere SP) nur marginal skandalisiert. Die Medien-arena erweist sich in den siebziger Jahren noch nicht als die primäre Arena, in welcher neueste Enthüllungen und Skandalisierungen des Verhältnis Schweiz-Südafrika lanciert werden.

Als weiteres eigentliches Binnenthema der linksalternativen Binnenorgane (AAB-Nachrichten, konzept) und ihren rechtsnationalen Pendants (Republikaner, Schweizerzeit), welches nur gerade ver-stärkt in den bürgerlichen Medien (NZZ) rezipiert wird, erweist sich auch das Verhältnis der schwei-zerischen Landeskirchen und ihrer Organisationen zum südafrikanischen Apartheidregime. Dieser Themenkomplex löst in einer breiteren medialen Öffentlichkeit (sprich Tages-Anzeiger, Tagwacht etc.) und im Parlament hingegen (noch) keine grösseren Diskussionen und Debatten aus.

In den rechtsnationalen Binnenorganen Republikaner und Schweizerzeit lässt sich in den siebziger Jahren noch keine intensiverte Thematisierung des Verhältnis Schweiz-Südafrika feststellen wie im linksalternativen politischen Milieu. In der allgemeinen Südafrikaberichterstattung dieser rechten Orga-ne dominieren aber schon verstärkt Leitargumente im identitätsstiftenden Kontext des Kalten Krieges: Intensiv wird beispielsweise die strategische Bedeutung Südafrikas hervorgehoben (u. a. Rohstoffe, westlicher Vorposten gegen den Kommunismus); und eine ungerechtfertigte Sonderbehandlung des Fall Südafrika gegenüber anderen totalitären Staaten (insbesondere des Ostblocks) kritisiert (vgl. Positionen 9 und 10; Abbildung 15, Seite 119).

Zudem lassen sich im Republikaner und der Schweizerzeit auch schon Diagnosen eines positiven "evolutionären Wandels" in Südafrika eruieren und verstärkt Szenarien zu den negativen Effekten von sogenannten wirtschaftlichen "Zwangsmassnahmen" gegenüber Südafrika feststellen; falls diese denn ergriffen würden: U. a. Erhöhung der Arbeitslosigkeit der schwarzen Bevölkerung Südafrikas, "Blut-badthese" etc. (vgl. Positionen 4 und 8; Abbildung 15). Diese Diagnosen und Prognosen – wie auch die Kritik an einer Singularisierung Südafrikas im Kontext des Kalten Krieges –, werden im Parlament in den siebziger Jahren vornehmlich von den bürgerlichen Parteien FDP und CVP unterstützt und auf-gegriffen.

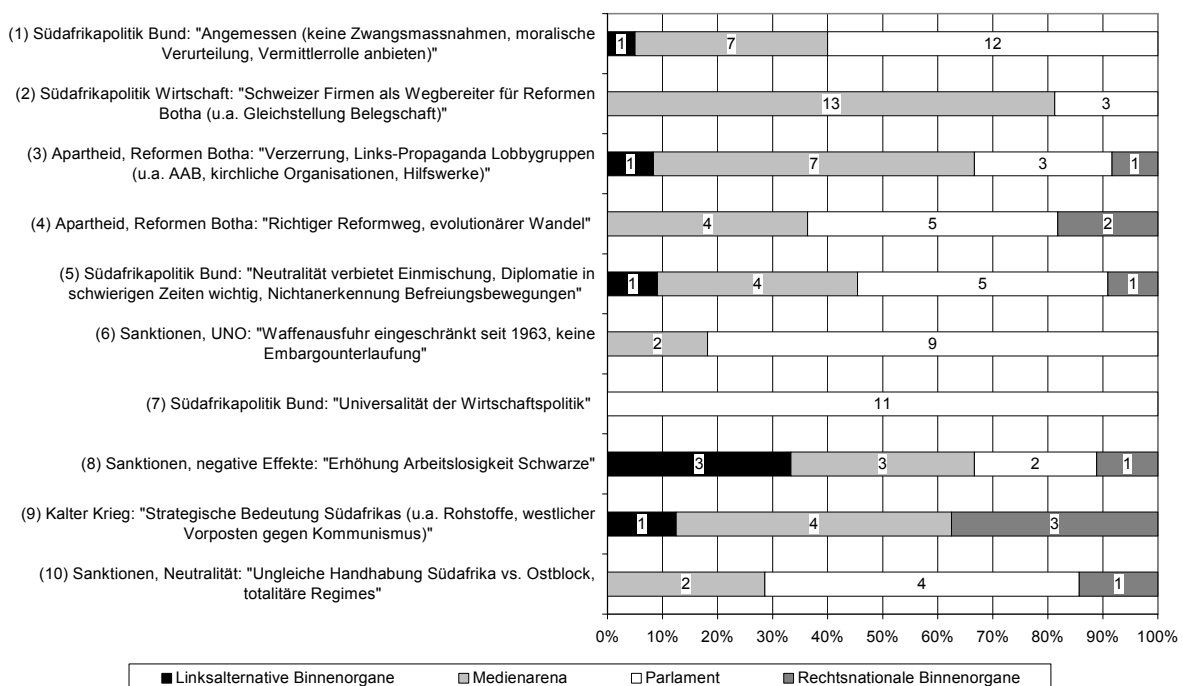
Als antikritische Position mit der grössten Resonanz in der öffentlichen politischen Kommunikation der Schweiz in der Phase 1976-1980 insgesamt, erweist sich aber die Rechtfertigung der aktuellen Süd-afrikapolitik des Bundes als den Umständen entsprechend angemessen (total 20 Nennungen); sprich eben überhaupt keine kontraproduktiven "Zwangsmassnahmen" zu ergreifen, die Apartheid weiterhin moralisch zu verurteilen und wenn immer möglich den Konfliktparteien eine Vermittlerrolle anzubieten (vgl. Position 1; Abbildung 15). Verstärkt wird dabei diese Position von etablierten politischen Akteuren (bürgerliche Parteien, Vertreter der offiziellen Schweiz etc.) in ihrer traditionellen Referenzarena (Par-lament) eingenommen.

Daneben hat sich in der Perspektive der Antikritiker im Parlament (vor allem Bundesrat, Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates, FDP, CVP) die Position der Universalität der Wirt-schaftsbeziehungen stark verankert (vgl. Position 7; Abbildung 15). Diese Argumentation verhält je-doch in den parlamentarischen Hallen und wird in der Medienarena und von den linksalternativen Binnenorganen AAB-Nachrichten und konzept in den siebziger Jahren überhaupt nicht rezipiert.

Als weitere legalistische Rechtfertigungen der Antikritiker – welche ebenfalls den parlamentarischen Diskurs dominieren, jedoch keine grosse mediale Resonanz und Aufmerksamkeit in den linksalternativen Binnenorganen erzeugen –, erweist sich auch der Hinweis auf die seit 1963 eingeschränkte Waffenausfuhr nach Südafrika (vgl. Position 6; Abbildung 15).

Einzig das klassische antikritische Leitargument zur aussenpolitischen Tradition der Neutralität, welche eine Einmischung in die Innenpolitik Südafrikas verbieten würde, wird in den Medien (vor allem Tages-Anzeiger, Vaterland) und den linksalternativen und rechtsnationalen Binnenorganen (insbesondere AAB-Nachrichten und Schweizerzeit) verstärkt registriert (vgl. Position 5; Abbildung 15).

Abbildung 15: Antikritische Positionen in der öffentlichen politischen Kommunikation der Schweiz 1976-1980⁴²⁰



Demgegenüber finden die klassischen Argumentationen von Wirtschaftsakteuren – wonach beispielsweise Schweizer Firmen in Südafrika mit ihrer progressiven Arbeitgeberpolitik als Wegbereiter für die Reformen unter P. W. Botha fungieren würden –, nur gerade in der Medienarena erhöhte Aufmerksamkeit (vgl. Position 2; Abbildung 15). Die von linksalternativer Seite stark skandalisierten Schweizer Grossbanken und schweizerischen Unternehmen mit Tochterniederlassungen in Südafrika sollten es erst im Verlaufe der achtziger Jahre erreichen, die parlamentarische Arena mit ihren Positionen – und insbesondere über ihre "Wirtschaftsvertreter" – zu erobern, und die öffentliche politische Kommunikation zum Verhältnis Schweiz-Südafrika insgesamt stärker zu dominieren. Doch dazu gleich mehr.

420

Dargestellt werden die zehn am häufigsten geäusserten antikritischen Positionen differenziert nach linksalternativen Binnenorganen, rechtsnationalen Binnenorganen, Medienarena und Parlament in absoluten Werten und Prozentsen [n = 154].

V.2 Hoch-Zeit des Südafrikaboykotts 1985-1989: Die zunehmende internationale Isolation Südafrikas und der neutralen Schweiz

"Unsinnig anzunehmen, dass die südafrikanische Apartheid-Ideologie dadurch erschüttert werden kann, dass einige wenige Leute keine Orangen und Äpfel aus Südafrika mehr kaufen; oder dass ein paar ältere Damen und Herren mit Protestbriefen an ihre Bank auch nur ein Lota daran ändern können, was in jenem Land passiert (...). Die Apartheid kann nicht bekämpft werden ohne die Zerstörung dessen, was sie funktionstüchtig erhält. Südafrika und sein Apartheidregime zu zerstören heisst zuerst, das Wirtschaftssystem in der Schweiz, in der EG, im Westen ganz allgemein zu zerstören. Steck eine Nadel in diesen Ballon und du bist Südafrika, die Apartheid und den ganzen universellen Rassismus auf einmal los."⁴²¹

"Infolge seines innenpolitischen Konfliktpotentials wird Südafrika von Moskau gewissermassen als das *schwächste Glied der kapitalistischen Kette* betrachtet, das es herauszubrechen gilt, um die Kette als Ganzes zu zerreißen (...). Schon *Lenin* erkannte den strategischen Wert der von den westeuropäischen Kolonialmächten abhängigen afrikanischen und asiatischen Völker für das Gelingen der Weltrevolution (...). Ein unter sowjetischem Einfluss stehendes Südafrika würde es infolge der Rohstoffabhängigkeit des Westens von Südafrika dem Kreml innerhalb verhältnismässig kurzer Zeit ermöglichen, *Westeuropa* zwar nicht zu kommunistisieren, wohl aber zu *finnlandisieren*."⁴²²

Auch in den achtziger Jahren nimmt das Thema Apartheid in Südafrika in der schweizerischen Öffentlichkeit einen prominenten Platz ein; wobei verstärkt die "kosmetischen Reformen" unter P. W. Botha, die Verhängung des permanenten Ausnahmezustandes in Südafrika und die von der UNO (United Nations Organisation), Europäischen Gemeinschaft (EG) und der USA 1985/86 verschärften ökonomischen Sanktionen im Zentrum stehen.⁴²³ Noch stärker als in den sechziger und siebziger Jahren verschiebt sich dabei in der öffentlichen politischen Kommunikation zu diesem Thema der Fokus auf das Verhältnis Schweiz-Südafrika. Dabei schärfen anfangs der achtziger Jahre zunächst zwei institutionalisierte schweizerische Ereignisse das Sensorium für die vielfältigen schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen in der medialen und parlamentarischen Öffentlichkeit: U. a. das internationale UNO-Seminar über Bankenbeziehungen mit Südafrika im April 1981 in Zürich und der Schweiz-Besuch des südafrikanischen Staatspräsidenten P. W. Botha, zusammen mit seinem Aussenminister Pik Botha, im Juni 1984. Prominent werden dabei in den Medien und dem Parlament die klassischen apartheidkritischen und antikritischen Argumente der Jahrzehnte zuvor aufgegriffen und in der öffentlichen politischen Kommunikation stabilisiert.

⁴²¹ E. N. L. Jean Baptiste: "Boykott-Beginn am 1.6. in Bern: Noch eine Südafrika-Konferenz", WoZ, 11.6.1982.

⁴²² Prof. Dr. Werner Pfeifenberger: "Stellvertretung oder Annäherung? Die Südafrika-Politik der Sowjetunion", SZ, 25.4.1986 [Hervorhebungen im Original].

⁴²³ Vgl. stellvertretend *sdL.*: "Pretorias vorsichtige «Reformpolitik»", NZZ, 1.6.1983; Richard Manders: "Zum ersten Mal wählen heute Mischlinge im südafrikanischen Apartheid-Staat", VA, 2.11.1983; Hans O. Staub: "Südafrikas Asiaten erteilten den Verfassungsplänen Bothas eine noch wuchtigere Abfuhr als die «Farbigen»: Die Rolle lächerlicher Poppanze dankend abgelehnt", WE, 6.9.1984; Reto Pieth: "Bundesstaaten und Städte der USA setzen Geldinstitute unter Druck, die mit Südafrika Geschäfte betreiben", WE, 4.4.1985; *sdL.*: "Verhängung des Ausnahmezustandes in Südafrika", NZZ, 22.7.1985; "Südafrika brodelt: Schwarze von der Menge gelyncht", BK, 22.7.1985; Paul M. Schumacher: "In Südafrika geht die «Saat der Apartheid» auf", TA, 24.7.1985; "Terror von oben in Südafrika", TW, 24.7.1985; (reuter): "Südafrikaresolution des Uno-Sicherheitsrats", NZZ, 29.7.1985; (ap): "Uno-Sicherheitsrat zu Südafrika: Sanktionen", TW, 29.7.1985; Richard Manders: "Wandel oder Kosmetik in Südafrika?", VA, 13.8.1985; "Präsident Botha beharrt auf weisser Herrschaft: Droht Südafrika der Bürgerkrieg?", BK, 17.8.1985; Willy Schenk: "US-Firmen ziehen sich aus Südafrika zurück", TA, 27.8.1985; "Hans O. Staub über Reagans Sanktionen gegen Südafrika: Eisenfaust im Samthandschuh", WE, 12.9.1985; Mark Schenker: "EG: Mini-Sanktionen gegen Südafrika", TA, 17.9.1986; (dpa): "Senat überstimmte Südafrika-Veto sehr deutlich: Schwere Niederlage für Reagan", TW, 4.10.1985; sowie Walter Lüthi: "Reagans Südafrika-Politik hat Schiffbruch erlitten", VA, 4.10.1986.

Anlässlich des Zürcher UNO-Seminars vom 5. - 7. April 1981, welches der Vorbereitung für eine im Mai gleichen Jahres in Paris stattfindende internationale Konferenz über Sanktionen gegen Südafrika dient, eröffnet die Weltwoche einem Apartheidkritiker und einem Antikritiker das Forum für Stellungnahmen. Theodor Gut, alt Nationalrat der Freisinnigdemokratischen Partei (FDP), votiert in der etablierten, bürgerlichen Tradition gegen eine Sonderbehandlung Südafrikas und kritisiert vehement, dass nun ausgerechnet Zürich als "Plattform der Agitation gegen einen Staat dienen muss, mit dem die Schweiz vielfältige Beziehungen unterhält, auch wenn unsere Regierung, mit Recht, ihre Ablehnung der Apartheidpolitik wiederholt kundgetan hat."⁴²⁴ In Übernahme der klassischen antikritischen Legitimationen aus den siebziger Jahren folgert Gut, dass die Wirkung von Boykottmassnahmen gegenüber Südafrika insgesamt nur "kontraproduktiv" sein könne, da die "Arbeitslosigkeit (...) die Schwarzen empfindlicher als die Weissen treffen" würde. Zudem würde die Schweizer Wirtschaft zu Unrecht skandalisiert. Faktum sei nämlich, dass Schweizer Firmen dem laufenden Reformprozess Bothas vorangegangen seien, "indem sie in ihren südafrikanischen Betrieben die Löhne anglichen, die Kantinen allen öffneten – und das ist das Wichtigste – den Schwarzen durch berufliche Ausbildung die Chance des Aufstiegs gaben."

Auf der Gegenseite kritisiert Beat Kappeler, Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), scharf diese Diagnose. Die Schweiz weiche zunehmend von einem "grundsätzlichen Prinzip, wie der menschlichen Gleichheit" ab; dabei gebe es in "Menschenrechtsfragen – Ostblock oder Südafrika hin oder her – (...) neben der Neutralität auch die Pflicht zum Einsatz, zum Kampf. Neutralität und Solidarität, das ist doch unsere Devise."⁴²⁵ Dass sich nämlich die offizielle Schweiz in der Worthülse "Neutralität" verstecke, während die Schweizer Wirtschaft schnelle und "kommerzielle Erfolge" mit dem Apartheidregime erzielen würde, sei zu verurteilen. Zwar seien die Schweizer generell "keine Winkelriede in Wirtschaftsschlachten"; nichts hindere die Schweiz aber daran, "von den bereits 1968 erklärten Prinzipien auch zur Praxis zu schreiten", und alle anderen Industrieländer zu einem massiven wirtschaftlichen und politischen Druck gegen Südafrika zu bewegen:

"Bei konzertiertem Boykott entfallen alle Argumente wie «Schlag ins Wasser», «Alleingang», «Schadet zuerst den Schwarzen selbst», weil er sofort wirken würde."

Verstärkt skandalisieren auch die anderen Leitmedien die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen anlässlich des Zürcher UNO-Seminars; wobei sich insbesondere der unabhängige Tages-Anzeiger als Wortführer hervortut.⁴²⁶ Toni Lienhard verurteilt in seinem Kommentar im Tages-Anzeiger die Südafrikapolitik des Bundes, der seine Nichtteilnahme an der Konferenz mit der "einseitigen Zusammensetzung" der Organisatoren – u. a. Weltkirchenrat (OeRK), Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) und Erklärung von Bern (EvB) – und Teilnehmern – u. a. skandinavische Staaten – begründet habe; sowie explizit betonte, dass die Tendenz des mitorganisierenden UNO-Sonderkomitee gegen Apartheid, Südafrika aus allen internationalen Organisationen auszuschliessen, unvereinbar sei mit der "Universalität als Prinzip der schweizerischen Aussenpolitik."⁴²⁷ Der wahre Grund – so Lienhard die klassi-

424 Alt FDP-Nationalrat Theodor Gut: "Geduld und Hilfe statt Agitation", WE, 8.4.1981. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Forumsartikel.

425 SGB-Sekretär Beat Kappeler: "Rasch wirksam oder doppelt kontraproduktiv: Standpunkte zum Uno-Seminar über Südafrika in Zürich", WE, 8.4.1981 [Hervorhebung im Original]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Forumsartikel.

426 Vgl. stellvertretend (TA): "Schweiz nicht an Apartheid-Seminar", TA, 1.4.1981; (sda): "«Bern» erklärt, zu spät informiert worden zu sein: Südafrika-Seminar der Uno ohne die Schweiz", TA, 1.4.1981; *tsch.*: "Erklärung von Bern bedauert", TA, 1.4.1981; (sda): "Appell zu Südafrika", VA, 8.4.1981; sowie *tsch.*: "Abschluss des Internationalen Seminars über Darlehen an Südafrika in Zürich: Finanzieren Schweizer Banken die Apartheid?", TA, 8.4.1981.

427 Toni Lienhard: "Gewisser Dilettantismus", TA, 1.4.1981. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Kommentar.

schen Argumentationen der linksalternativen Binnenorgane AAB-Nachrichten und konzept der siebziger Jahre zusammenfassend –, ist wohl aber ganz ein anderer gewesen: Denn am Zürcher UNO-Seminar wäre die Schweiz sicher aufgefordert worden, sich "etwas ausführlicher als nur mit einem Satz" über die "moralische Verurteilung" der Apartheid – wie geschehen 1968 an der UNO-Konferenz über Menschenrechte in Teheran – zu äussern; und zwar "zur Frage der wirtschaftlichen Beziehungen (Kreditgeschäfte, Goldhandel) mit einem Staat, dessen Politik man als Verletzung der Menschenrechte taxiert."

In der Folge ist es auch der Tages-Anzeiger, der von allen Medien am umfangreichsten über die 1982 von der Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt (AFP) lancierte Bankenboykott-Kampagne berichtet, welche sich vornehmlich gegen die drei Schweizer Grossbanken SBG, SBV und SKA richtet, da diese die "entscheidende Rolle bei der Finanzierung des Apartheidregimes" spielen würden.⁴²⁸ Dies im Gegensatz beispielsweise zur freisinnig-liberalen NZZ, die zum Start dieser neuen "People's Sanctions" in der Schweiz nur eine kleine Agenturmeldung plazierte.⁴²⁹

Im Rahmen des Schweiz-Besuchs von Staatspräsident P. W. Botha und Aussenminister Pik Botha im Juni 1984 wird dann von den meisten Medien eine ähnliche Haltung eingenommen, wie anlässlich vergleichbarer Ereignisse in den Jahren zuvor (u. a. Treffen zwischen Premierminister B. J. Vorster und amerikanischem Aussenminister Henry Kissinger 1976; sowie Schweiz-Besuch von Aussenminister Pik Botha 1979); jedoch insgesamt noch stärker die Schweizer Wirtschaft skandalisiert und die Positionen der linksalternativen Apartheidkritiker gespiegelt. Schon im Vorfeld berichtet beispielsweise der Tages-Anzeiger über ein kontroverses Einladungsschreiben der Swiss-South African Association (SSAA) zu einem "Privatempfang" P. W. Bothas im Zürcher Dolder-Hotel für eine auserwählte Schar von Wirtschaftsführern und Politikern, in welchem die Reformpolitik Bothas zur Abschaffung der "verpönten Apartheid" in Südafrika gewürdigt und mit den "voreingenommenen (...), militanten in- und ausländischen Scharfmachern" in der Schweiz "scharf ins Gericht" gegangen werde: Denn diesen "geht es offensichtlich auch gar nicht um eine Besserstellung der Nichtweissen in Südafrika, sondern um politische Aktivitäten, die in erster Linie auf Systemveränderung in der marktwirtschaftlich organisierten freien Welt des Westens abzielen"; so das SSAA-Einladungsschreiben im Wortlaut.⁴³⁰ Dass die SSAA auch "freundschaftliche Gefühle" gegenüber dem Apartheidregime mit folgenden Worten demonstrierte, dass nämlich "Mitgefühl und Sympathie für ein kleines Volk, das sich in einer scheinbar übermächtigen Umwelt erfolgreich gegen unablässige Angriffe behauptet, (...) bester schweizerischer Tradition" entspreche, findet der Tages-Anzeiger schlichtweg "taktlos". P. W. Botha werde in SSAA-Kreisen als ein "grosser, mutiger Reformator dargestellt"; dabei sei er "allenfalls ein Anpasser", welcher "mit bemerkenswertem Geschick das *Apartheid-System* an die Erfordernisse der modernen Industriegesellschaft" angepasst habe.⁴³¹

Laut dem Chefredaktor des Tages-Anzeigers, Peter Studer, verrate die "billige Anbiederungsprosa" dieser "Lobby-Vereinigung" gegenüber der weissen Minderheit Südafrikas nicht nur "schlechten demokratischen Stil", sondern unterlaufe auch die "klare Politik des Bundesrates"; wie auch die "Apartheidskepsis" vieler schweizerischer Unternehmer, deren Firmen in Südafrika von Menschenrechts-

428 Guntram Rehsche: "Aktionswoche gegen die Wirtschaftsbeziehungen Schweiz-Südafrika gestartet: Aufruf zum Boykott der Schweizer Grossbanken", TA, 2.6.1982. Vgl. auch *gre.*: "Banken sehen Boykott gelassen entgegen", TA, 2.6.1982.

429 (ap): "Aufruf zum Südafrika-Boykott: Aktion gegen Schweizer Banken", NZZ, 2.6.1982.

430 (TA): "Schweizer Wirtschaftskreise wollen dem südafrikanischen Premier einen warmen Empfang bereiten: Botha-Besuch – Es geht um «handfeste Interessen»", TA, 29.5.1984. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

431 *pst./bä.*: "Das aktuelle Porträt: Der südafrikanische Ministerpräsident Piter W. Botha – eher Aufpasser als Reformator", TA, 2.6.1984 [Hervorhebung im Original].

beobachtern mit guten Noten bedacht worden seien.⁴³² Richtiger verhalten habe sich demgegenüber Bundespräsident Leon Schlumpf (SVP), der beim Empfang von Staatspräsident P. W. Botha zumindest eine gewisse Distanz bewahrt habe.

Die schärfste Kritik kommt insgesamt aber seitens der der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) nahestehenden WochenZeitung, welche den gut einstündigen Meinungsaustausch zwischen P. W. Botha und dem SVP-Spitzenpolitiker Schlumpf – Aussenminister Pierre Aubert (SP) habe sich "vorsorglich unabkömmlich" gemacht –, als skandalös, jedoch nicht unbedingt erstaunlich bezeichnet: Denn die "Meinungen Schlumpfs und Bothas über die Rolle der Schweiz in Südafrika (dürften) nicht allzuweit auseinandergehen (...): Die Schweizer Industrie ist seit den vierziger Jahren fest in Südafrika etabliert."⁴³³ Nicht nur beherrsche die Holderbank von Thomas Schmidheiny in Südafrika den Zementmarkt und "produzierte bis vor kurzem den gefährlichen Asbest"; auch Sandoz und Nestlé hätten ihre Investitionen um je rund 30 bis 40 Mio. SFR vergrössert und der "Zürcher Goldpool" der Schweizer Grossbanken würde mehr als die Hälfte der südafrikanischen Goldproduktion vermarkten. Zudem sei jüngst vom Genfer Finanzinstitut Soditic eine neue Anleihe für die vermeintlich unabhängige "Republik Transkei" in der Höhe von 9.5 Mio. SFR aufgelegt worden.

Laut WochenZeitung macht sich die offizielle Schweiz mit der Tolerierung von Visiten der "weissen Repräsentanten des südafrikanischen Apartheidstaates" mitschuldig an den Verbrechen im südlichen Afrika: Denn "Südafrika kann seinen seit 1948 beschrittenen Weg nur weiter gehen, weil es von Nationen wie der Schweiz das Siegel der Zustimmung erhält."⁴³⁴ Bischof Desmond Tutu habe anlässlich seines Schweiz-Besuchs im März 1983 nämlich unmissverständlich erklärt, dass Investitionen in Südafrika das Apartheidregime stützen würden; sprich somit "nicht nur ein wirtschaftlicher Vorgang" seien, sondern "auch ein politischer und moralischer Entscheid."⁴³⁵ Von der Schweizer Wirtschaft könne man jedoch kaum erwarten, dass sie in eigener Regie ihre Investitionen abbauen, solange sie in Südafrika einen überdurchschnittlichen Gewinn erzielen würden ("Wir warten auf den Tag, an dem Bischof Tutu oder Pfarrer Boesak im Bundeshaus empfangen werden, an dem Bundespräsident Schlumpf und ANC-Präsident *Oliver Tambo* gemeinsam vor die Fernsehkameras treten").

Am stärksten von allen Medien fokussieren insgesamt der Tages-Anzeiger und das Vaterland die Anti-Botha-Kundgebungen der AAB, welche – zusammen mit dem SGB – eine weitere Beschränkung der Handelsbeziehungen mit Südafrika fordere, und "als Ausgleich zum angeblichen «Höflichkeitsbesuch»" der prominenten Apartheidpolitiker auf den Empfang von "Vertretern der Schwarzen" bestehen würde.⁴³⁶ In Zentrum steht dabei eine unbewilligte "Nach-Demo" von rund hundert Personen in Zürich unter dem Motto "Blut-Gold-Linie Johannesburg-Zürich", welche laut Tages-Anzeiger aber friedlich verlaufen ist.⁴³⁷ Gemäss Vaterland haben Dutzende Mitglieder der Aktion Südafrika-Boycott (ASB) das Südafrikaengagement der Schweizer Grossbanken auf Transparenten angeprangert und Flugblätter mit den Aussagen verteilt: "Wir schämen uns, dass die Regierung unseres Landes Herrn Botha

432 Peter Studer: "Botha in der Schweiz: Eine Frage des Taktes", TA, 2.6.1984.

433 "Botha «halb-privat» in Bern: Protest gegen Besuch des südafrikanischen Ministerpräsidenten in der Schweiz", WoZ, 30.5.1984. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel. Vgl. auch "Auf allen Stationen und aus Südafrika: Proteste gegen Bothas Reise", AAB-Nachrichten, Nr. 3, Juni 1984; sowie "Auch in der Schweiz: Widerstand gegen Botha – Besuch", AAB-Nachrichten, Nr. 3, Juni 1984.

434 E. N. L. Jean Baptiste: "Gedanken eines Schwarzen zu Botha, UNITA, etcetera: «Lord Help Me Against My Friends»", WoZ, 8.6.1984.

435 Lukas Vogel: "Vor Südafrikas diplomatischen Durchbruch in Europa? Händedruck für die Apartheid", WoZ, 30.5.1984. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel [Hervorhebungen im Original].

436 (TA): "Botha: Vorsichtige Flexibilität", TA, 2.6.1984.

437 aus: "Botha-Besuch unter Beschuss", TA, 2.6.1984.

empfängt."⁴³⁸

Auch das Boulevardmedium Blick fokussiert verstärkt die Protestaktionen der Anti-Apartheid-Aktivistinnen, welche von diversen Organisationen – u. a. "von den evangelischen Missionaren bis zum Schweizerischen Gewerkschaftsbund" – unterstützt wurden, und berichtet über eine Kranzniederlegung in Clarens von P. W. Botha am Grabmal von Paul Krüger, dem ehemaligen Präsidenten der burischen Republik Transvaal (1882-1902), der nach dem burisch-britischen Krieg ins Schweizer Exil ging.⁴³⁹ Daneben kritisiert der Blick – wie der Tages-Anzeiger und das Vaterland auch –, dass anlässlich der Rede Bothas bei der SSAA im Zürcher Dolder-Hotel, eine ausländische und eine Schweizer Journalistin, welche über diesen Anlass berichten wollten, mit der Begründung abgewiesen wurden, dass "«Mädchen» (...) nicht zugelassen" seien.⁴⁴⁰ Laut Tages-Anzeigers mutet dies um so "lächerlicher" an, als südafrikanische Journalistinnen am SSAA-Empfang zugegen waren.⁴⁴¹

Frank A. Meyer skandalisiert in seiner Kolumne im SonntagsBlick ebenfalls weniger die offizielle Schweiz – welche P. W. Botha zumindest "mit der gebotenen Distanz empfangen" habe –, als vielmehr Wirtschaftsvertreter und einzelne Politiker, die in Zürich dem Staatspräsidenten Südafrikas die Ehre erwiesen hätten ("Dem Privatempfang der schweizerisch-südafrikanischen Gesellschaft fehlte alle Diskretion").⁴⁴² Bedenklich sei dies um so mehr, weil die "Kritiker des Botha-Besuches" – welche ihren Protest gegen den südafrikanischen Rassismus aus den "freiheitlichen Idealen unserer Demokratie" ableiten würden –, plötzlich als "Feinde des Westens" und "Helfershelfer Moskaus" beschimpft worden seien: "So werden alle Werte verkehrt: Unterdrücker sind plötzlich Garanten der freien Welt"; weil man nicht auf die Moral, sondern auf Geschäfte Rücksicht nehme.

Im Gegensatz zu den anderen Medien berichtet die NZZ vornehmlich über die feierliche Ansprache von Staatspräsident P. W. Botha bei der SSAA; wobei sie sich jedoch darüber enttäuscht zeigt, dass wenig über die laufende Verfassungsreform in Südafrika (Einführung Dreikammerparlament) zu erfahren gewesen sei – verkörpere diese doch "einen gangbaren Weg aus dem Rassendilemma" –, und der südafrikanische Gast insgesamt die Gelegenheit verpasst habe, eine "zweite «Zürcher Rede»" (wie Aussenminister Pik Botha 1979) im Dolder-Hotel abzuliefern.⁴⁴³

Auf verstärkte "Opposition" stösst der offizielle Empfang von P. W. Botha und Pik Botha in Bern neu auch bei den bürgerlichen Antikritikern im Parlament, welche sich in den siebziger Jahren noch mit Positionsbezügen zu vergleichbaren Treffen zurückhielten. FDP-Nationalrat Peter Hefti und SVP-Nationalrat Christoph Blocher kritisieren gemeinsam, dass die südafrikanischen Gäste nur von Bundespräsident Schlumpf empfangen wurden; nicht aber wie es den diplomatischen Gepflogenheiten entsprechen würde auch von Bundesrat Aubert, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Hefti hofft aber, "dass sich die Abwesenheit des Departementsvorstehers nicht gegen Südafrika richtet"; und Blocher würde "politische Gründe" für das "Fernbleiben

438 (ap): "Freundliche und kritische Fragen beim Besuch Bothas in Bern: Schlumpf betont Bedeutung der Menschenrechte", VA, 2.6.1984.

439 "Schwieriger Staatsgast in der Schweiz", BK, 1.6.1984.

440 "Regierungschef Botha in der Schweiz: Es hagelt Proteste", BK, 2.6.1984. Vgl. auch (ap): "Botha in der Schweiz eingetroffen", TA, 1.6.1984; (ap): "Der Bundesrat empfängt Pieter W. Botha: Massive Kritik am südafrikanischen «Privatbesuch»", VA, 1.6.1984.

441 Peter Studer: "Botha in der Schweiz: Eine Frage des Taktes", TA, 2.6.1984.

442 Frank A. Meyer: "Z Bärn obe: «Frage nicht, wem die Glocke schlägt»", SBK, 3.6.1984. Die nachfolgenden Zitate stammen aus dieser Kolumne.

443 de.: "Das südliche Afrika im Zeichen der Kooperation: Rede Ministerpräsident Bothas in Zürich", NZZ, 3.6.1984.

von Herrn Bundesrat Aubert" für äusserst bedenklich halten.⁴⁴⁴

Diese intensivierte Resonanz im Parlament – insbesondere die verstärkten aktiven Positionsbezüge aus der bürgerlichen und rechtsnationalen parlamentarischen Ecke –, und die divergierende Berichterstattung über Aktionen aus dem Umfeld der AAB und anderer linksalternativer Lobbygruppen durch die Medien – u. a. verstärkte Übernahme der apartheidkritischen Positionen durch den unabhängigen Tages-Anzeiger und eher distanzierte Berichterstattung der freisinnig-liberalen NZZ darüber –, sollte sich ab Mitte der achtziger Jahre noch weiter akzentuieren; und zwar vor allem nach der Verschärfung der wirtschaftlichen Massnahmen gegenüber Südafrika seitens der UNO [S/RES/569], der USA [*Comprehensive Anti-Apartheid Act*] und der Europäischen Gemeinschaft (EG) 1985/86 sowie mit der zunehmenden internationalen Kritik an der neutralen Haltung der Schweiz gegenüber dem Apartheidregime.

444

Dringliche Interpellation FDP-Nationalrat Peter Hefti, *Besuch des Premierministers von Südafrika*, 4.6.1984 [84.435]; sowie Frage SVP-Nationalrat Christoph Blocher, *Besuch des südafrikanischen Regierungschefs in Bern*, 12.6.1984 [Frage 2].

V.2.1 Resonanzanalyse apartheidkritische und antikritische Lobbygruppen 1985-1989

"Ich weiss, dass viele Leute sagen, wenn die Gelder und Investitionen nicht mehr nach Südafrika fließen, wären es die Schwarzen, die darunter am meisten zu leiden hätten. Die Schwarzen stellen darauf folgende Gegenfrage: «Wenn ihr sagt, dass die Schwarzen darunter leiden werden – was glaubt ihr denn eigentlich, was sich jetzt abspielt? Meint ihr, wir seien jetzt glücklich? Glaubt ihr, dass wir jetzt leben, ohne zu leiden, ohne fürchterlich zu leiden?» Ich weiss, dass viele unserer Schwarzen sagen: «Unser jetziges Leiden ist ein Leiden ohne Hoffnung: wenn wir hingegen auf ein bestimmtes Ziel hin leiden würden, hätte dieses Leiden wenigstens einen Sinn». Ich möchte betonen, dass dies die letzte Gelegenheit ist, in unseren Land einen friedlichen Wandel herbeizuführen."⁴⁴⁵

"Nicht nur in der Sowjetunion und im Rumänien des Despoten Ceausescu, auch im SED-Staat Honeckers gibt es für politische Gefangene einen Archipel Gulag – Teilstück einer Kette von Menschenrechtsverletzungen vor unserer Haustür im sowjetisch besetzten Mitteldeutschland. Man blendet ab, das könnte von Südafrika ablenken, man will der Entrüstung auf ein gezieltes Objekt freien Lauf lassen. Ein selektives, einäugiges Weltgewissen das über das Unrecht anderswo hinwegsieht."⁴⁴⁶

Folgende Aktivitäten und Ereignisse finden in der Hoch-Zeit des internationalen Südafrikaboykotts der achtziger Jahre in den apartheidkritischen Binnenorganen AAB-Nachrichten und WochenZeitung im Zusammenhang mit dem Verhältnis Schweiz-Südafrika besonders hohe Resonanz: Die Einreichung der AAB-Petition *Südafrika. Auch die Schweiz muss handeln* 1985; die vom ehemaligen Nationalbankpräsidenten Fritz Leuwiler ab Oktober 1985 sekundierten Umschuldungsverhandlungen Südafrikas mit internationalen Gläubigern; die Granny Smith-Boycott-Kampagne und die Ausweitung dieser "People's Sanctions" in der Schweiz über die Lancierung der alljährlichen Bankenboykott-Kampagne; Enthüllungen zu Umgehungsgeschäften von schweizerischen Unternehmen über die Drehscheibe Schweiz (u. a. Marc Rich-Firmen, ASEA-BBC); die Schweiz-Besuche von führenden Apartheidpolitikern (u. a. Staatspräsident P. W. Botha, Zulu-Führer Mangosuthu Buthelezi) und die Südafrika-Reisen von Schweizer Beamten und Parlamentariern; sowie die allgemeinen Wirtschafts- und Aussenbeziehungen der Schweiz zum Apartheidregime (nebst der Kreditpolitik und dem Goldhandel der Schweizer Grossbanken vor allem auch die Arbeitgeberpolitik von Schweizer Firmen in Südafrika, wie beispielsweise diejenige der Schmidheiny-Gruppe).

Apartheidkritischer Diskurs in AAB-Nachrichten und WochenZeitung in den achtziger Jahren:

Der apartheidkritische Diskurs in den AAB-Nachrichten und der WochenZeitung wird in der Phase 1985-1989 – wie in den siebziger Jahren auch schon –, stark durch die Positionen der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) selbst geprägt (50.9%). Die Positionen der WochenZeitung machen in dieser Phase aber total 24.5% des Gesamtdiskurses aus, d. h. etwas mehr als in den siebziger Jahren diejenigen des konzepts. Daneben erzielen verbündete Lobbygruppen eine erhöhte Resonanz mit ihren Positionen: U. a. Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt (AFP), Aktion Südafrika-Boycott (ASB), Arbeitsgruppe Dritte Welt (AG3W) und Südafrika-Komitee Amandla (zusammen 7.5%). Zudem verweisen die beiden linksalternativen Binnenorgane AAB-Nachrichten und WochenZeitung öfters auf Positionen der Sozialdemokratischen Partei (SP) (4.3%), solche von Führerpersönlichkeiten des südafrikanischen Apartheidwiderstandes – u. a. Desmond Tutu, Allan Boesak und C. F. Beyers Naudé (zusammen 3.2%) –, sowie solche anderer Medien – u. a. The Economist und Le Monde (zusammen 1.7%) – und von Wissenschaftsinstituten; wie dem Starnberger Institut, der Community Agency for Social Enquiry

⁴⁴⁵ U. a. "Herr Präsident, wir haben einige Fragen", AAB-Nachrichten, Nr. 1, Januar/Februar 1986; sowie Helen Baumann: "Sanktionen – Argumente", AAB-Nachrichten, Nr. 4, Juli 1986.

⁴⁴⁶ Dr. Wolfgang Höpker: "Südafrika – Kampfziel für selektives Weltgewissen?", SZ, 19.8.1988.

(CASE) und dem Institut de recherche et d'information sur les multinationales (IRM) (zusammen 1.7%).⁴⁴⁷ Als derjenige Schreiberling mit der höchsten Frequenz in den AAB-Nachrichten im Zeitraum 1985-1989 zeichnet sich der von 1986 bis 1989 als AAB-Sekretär amtierende Jean-Michel Berthoud aus. Daneben lässt sich auch eine verstärkte publizistische Tätigkeit von Pfarrer Paul Rutishauser (AAB-Präsident 1976-1987) sowie SP-Nationalrat Paul Rechsteiner (AAB-Präsident ab 1987) feststellen. In der WochenZeitung widmen sich in den achtziger Jahren folgende Journalisten den schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen: Afrikaspezialist Al Imfeld und Oskar Scheiben; sowie Res Strehle, Gian Trepp, Barbara Weyermann, Markus Mugglin und der ehemalige AAB-Sekretär Lukas Vogel (allesamt auch Autoren diverser Publikationen zum Verhältnis Schweiz-Südafrika).⁴⁴⁸ Eine enge personelle Verflechtung besteht in diesen Jahren zwischen den beiden untersuchten Binnenorganen und verbündeten linksalternativen Lobbygruppen. Einzelne Journalisten publizieren in den achtziger Jahren sowohl in der WochenZeitung als auch den AAB-Nachrichten (so beispielsweise nebst Vogel auch Weyermann); und die WochenZeitung eröffnet wiederholt das Forum für Anti-Apartheid-Aktivist:en: U. a. Berthoud (AAB) und Mascha Madörin (AFP, ASB).

Noch stärker als in den siebziger Jahren findet in den Binnenorganen AAB-Nachrichten und WochenZeitung die Kritik an den Schweizer Grossbanken als Hauptstützen des Apartheidregimes Resonanz (vgl. Position 1; Abbildung 16, Seite 128). Dieses Leitargument – "Apartheid bringt Profit. (...) die Grossbanken, kassieren kräftig mit. Und stärken damit die Fesseln der Apartheid" –, wird nun noch stärker von verbündeten Lobbygruppen und der SP geteilt.⁴⁴⁹

Zudem wird in den achtziger Jahren der Faktor Goldhandel – als zentrale Facette des Südafrikaengagements der SBG, SBV und SKA – fokussiert, über welchen sich die "drei Grossen" nur ungern äussern würden: Denn "Reden ist Silber, Schweigen ist Gold!" (vgl. Position 2; Abbildung 16).⁴⁵⁰ Wiederholt zitiert die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) einen anonymen südafrikanischen Goldminengeschäftsleiter, der gegenüber der britischen Wirtschaftszeitung Financial Times vom 8. Juni 1986 die Wichtigkeit des Schweizer Goldumschlagplatzes für Südafrika herausgestrichen habe:

"Was für uns entscheidend ist, sind die grossen Käufer von Gold. Das letzte Flugzeug, das Südafrika verlassen wird, ist sicher eine Swissair-Maschine der Schweizerischen Bankgesellschaft."⁴⁵¹

447 n = 466. AAB = 237 Positionen (50.9%); WoZ = 114 (24.5%); SP = 20 (4.3%); Südafrika-Komitee Amandla = 17 (3.6%); ASB = 11 (2.4%); C. F. Beyers Naudé = 7 (1.5%); AFP = 6 (1.3%); Kulturschaffende unspezifisch = 6; Freisinnigdemokratische Partei (FDP) = 5 (1.1%); Starnberger Institut = 5; Desmond Tutu = 4 (0.9%); Commonwealth = 3 (0.6%); POCH (Progressive Organisation Schweiz) = 3; The Economist = 3; Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB) = 2 (0.4%); CASE = 2; Le Monde = 2; Handelszeitung = 2; Allan Boesak = 2; Dulcie September = 2; Congress of South African Trade Unions (COSATU) = 2; World Gold Commission (WGC) = 2; Verein kritischer Aktionäre = 2; Grüne Partei = 1 (0.2%); Landesring der Unabhängigen (LdU) = 1; AG3W = 1; NZZ = 1; Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) = 1; Kirche unspezifisch = 1; sowie IRM = 1.

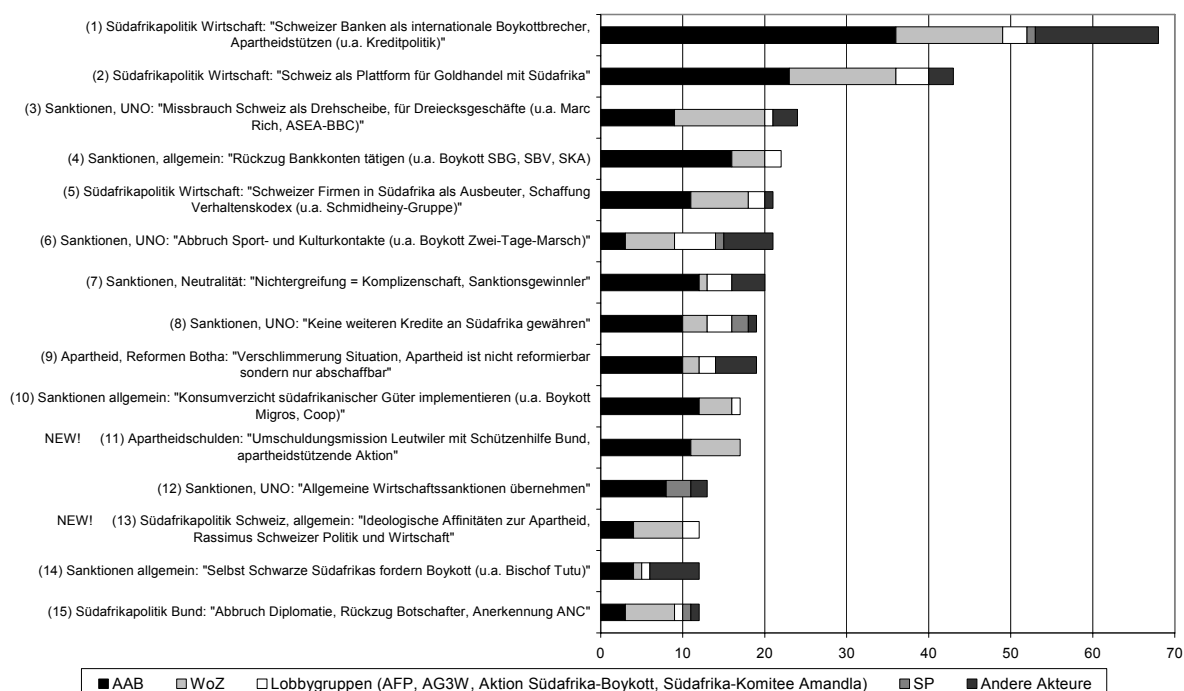
448 Vgl. Bibliographie IX.

449 Lukas Vogel: "Gesetze fallen – die Apartheid bleibt!", AAB-Nachrichten, Nr. 3, Mai/Juni 1985.

450 Jean-Michel Berthoud: "Erfolgreiche Südafrika-Boykottwoche 1988: Der Druck auf die Banken wird grösser", AAB-Nachrichten, Nr. 4, August 1988.

451 U. a. Jean-Michel Berthoud: "Kleine Schweiz – grosse Stütze der Apartheid", WoZ, 20.6.1986; "Südafrika: Eine bankrotte Politik", AAB-Nachrichten, Nr. 6a, November 1986 (Sonderausgabe "Boykottiert Südafrika – Unterstützt Nicaragua!"); Jean-Michel Berthoud: "125-Jahr Jubiläum der SBG: 39 Jahre Unterstützung der Apartheid – wie lange noch?", AAB-Nachrichten, Nr. 2, März 1987; Jean-Michel Berthoud: "Pikett vor Schweizer Banken", WoZ, 27.3.1987; Jean-Michel Berthoud: "Schweiz: Hier werden Sanktionen umgangen", AAB-Nachrichten, Nr. 5, Dezember 1987; sowie Jean-Michel Berthoud: "Südafrika vor neuen Umschuldungsverhandlungen: «Zu den Risiken zählen wir auch die öffentliche Meinung»", AAB-Nachrichten, Nr. 3, Juni 1989.

Abbildung 16: Apartheidkritische Positionen differenziert nach Akteuren in AAB-Nachrichten und WochenZeitung 1985-1989⁴⁵²



452

Dargestellt werden die fünfzehn am häufigsten geäusserten apartheidkritischen Positionen differenziert nach Akteuren in AAB-Nachrichten und WoZ 1985-1989 in absoluten Werten [n = 466]. Neue Positionen sind in der Abbildung mit **NEW!** gekennzeichnet. Weitere apartheidkritische Positionen mit erhöhter Resonanz in den AAB-Nachrichten und WoZ: *Südafrikapolitik Bund*: "Unglaublich, da nur verbale Proteste" [11 Nennungen]; *Sanktionen, UNO*: "Keine Einfuhr Krügerrand-Goldmünzen" [10]; *Apartheid, Reformen Botha*: "Desinformation «braune» Massenmedien, Beeinflussung durch Wirtschaft" [10]; *Südafrikapolitik Schweiz, allgemein*: "Behinderung AAB-Tätigkeiten durch Schweizer Behörden" [9]; *Apartheidschulden*: "Keine weiteren Umschuldungsabkommen mit Südafrika mehr" [9]; *Südafrikapolitik Wirtschaft*: "Schweiz als Plattform für Diamantenhandel mit Südafrika" [7]; *Südafrikapolitik Wirtschaft*: "Schweizer Banken finanzieren Auslandengagement südafrikanischer Firmen, Herkunftsverschleierung (u. a. Minorco, CFR)" [7]; *Apartheid, Reformen Botha*: "Besöhnigung, Rechts-Propaganda Lobbygruppen (u. a. asa, SSAA, CFS)" [7]; *Sanktionen, UNO*: "Aufhebung Swissair-Flüge, Kein Überflug- und Landerecht SAA" [6]; *Südafrikapolitik Bund*: "Ungenügende Intervention für politische Gefangene (u. a. Mandela, Pfarrer Bill)" [6]; *Südafrikapolitik Wirtschaft*: "Finanzierung Atomprogramm Südafrikas, ESCOM-Anleihe Schweizer Banken siebziger Jahre, Uran-Lieferungen achtziger Jahre" [6]; *Sanktionen, UNO*: "Waffenausfuhr verschärfen gemäss Cocom-Praxis, da Missbrauch" [5]; *Sanktionen, negative Effekte*: "Keine Erhöhung Arbeitslosigkeit Schwarze, Apartheidökonomie selbst erzeugt Arbeitslosigkeit" [4]; *Sanktionen, UNO*: "Kein Verkauf von Computer- und Nukleartechnologie" [4]; *Südafrikapolitik Bund*: "Überlassen der Aussenpolitik der Wirtschaft" [4]; *Südafrikapolitik Bund*: "Einführung «echter» Courant normal (inkl. alle Kapitalexporte, Goldhandel)" [4]; *Südafrikapolitik Schweiz, allgemein*: "Kirchen unterstützen implizit Apartheidpolitik" [3]; sowie *Südafrikapolitik Bund*: "Beamtenaufenthalte neutralitätswidrig, Umgehungs-Diplomatie" [3]. Apartheidkritische Positionen mit geringer Resonanz in den AAB-Nachrichten und WoZ [weniger als 3 Nennungen]: *Sanktionen, negative Effekte*: "Apartheid selbst destabilisiert Frontstaaten Südafrikas"; *Sanktionen, UNO*: "Drehscheibe Umgehungsgeschäfte Schweiz unterbinden"; *Sanktionen, Neutralität*: "Bei Menschenrechtsverletzungen Vorzug aussenpolitische Tradition Solidarität, Humanität"; *Südafrikapolitik Bund*: "Imageschaden Schweiz, verstärkte Isolation"; *Südafrikapolitik Bund*: "Keine unabhängige Informationsbeschaffung vor Ort"; sowie *Geheimdienstverflechtung*: "Verstrickungen Schweiz bei Ermordung Dulcie September 1988".

Noch stärker als in den siebziger Jahren hat sich dabei der Begriff bzw. das Deutungsmuster "Apartheid-Gold" im Sprachgebrauch der linksalternativen Lobbygruppen – insbesondere bei den AAB-Nachrichten – etabliert.⁴⁵³

Intensiver als die AAB-Nachrichten skandalisiert die WochenZeitung zudem den Missbrauch der Schweiz für Umgehungs- und Dreiecksgeschäfte mit Südafrika (vgl. Position 3; Abbildung 16). Im Zentrum dieser Kritik stehen der "Erdölembargo-Brecher" Marc Rich und vermutete Umgehungen des "Nordischen Aktionsprogrammes" gegenüber Südafrika durch das schwedisch-schweizerische Fusionsprojekt ASEA-BBC.⁴⁵⁴

Daneben werden in den AAB-Nachrichten und noch stärker in der WochenZeitung – insbesondere im Vergleich zum Konzept der siebziger Jahre –, Schweizer Firmen mit Niederlassungen in Südafrika kritisiert, welche von den "durch die Apartheidgesetzgebung garantierten Billiglöhnen" profitieren würden, und deshalb nur allzuerne bereit seien, das Apartheidregime zu stützen (vgl. Position 5; Abbildung 16).⁴⁵⁵ Die WochenZeitung skandalisiert hier prominent das Südafrikaengagement der Schmidheiny-Gruppe, d. h. die untragbaren "Arbeitsbedingungen in einem der asbestverarbeitenden Hinterhöfe des zweitreichsten Schweizer Unternehmers."⁴⁵⁶

Von allen schweizerischen "People's Sanctions" in den achtziger Jahren fokussieren die AAB-Nachrichten und die WochenZeitung verstärkt die Bankenboykott-Kampagne. Dies im Gegensatz zur Granny Smith-Boykott-Kampagne ("Hände weg vom Kap-Obst!"), welche vor allem in den siebziger Jahren erhöhte Resonanz findet, und in der Phase 1985-1989 nur von den AAB-Nachrichten nachhaltig reflektiert wird (vgl. Positionen 4 und 10; Abbildung 16).⁴⁵⁷

Als neue Positionen in den AAB-Nachrichten und der WochenZeitung gegenüber den siebziger Jahren erweisen sich diejenigen zur Umschuldungsproblematik zwischen dem Apartheidregime und seinen internationalen Gläubigern. Eine hohe Skandalisierung erfährt einerseits die als apartheidstützende Aktion perzipierte Umschuldungsmission von Ex-Nationalbankpräsident Leutwiler 1985/86; andererseits finden Forderungen nach einem Kreditstopp und Umschuldungstopp gegenüber Südafrika Ende der achtziger Jahre erhöhte Aufmerksamkeit (vgl. Positionen 8 und 11 sowie Fussnote zu Abbildung 16).

Ebenfalls neu ist die Einschätzung in beiden linksalternativen Binnenorganen, dass es zwischen den "Kap-Rassisten" und den "Schweizer Kapitalisten" ideologische Affinitäten gebe – sprich eine eigentliche "Rassismusachse Südafrika-Schweiz" bestehen würde –, die für eine schlüssige Erklärung der vielfältigen Beziehungen der offiziellen Schweiz, Wirtschaft und Politik zum Apartheidregime mitberücksichtigt werden müssen (vgl. Position 13; Abbildung 16).⁴⁵⁸

453 Vgl. stellvertretend "SBB wirbt für Apartheid-Gold", AAB-Nachrichten, Nr. 4, August 1988; "SBB wirbt für Apartheid-Gold", AAB-Nachrichten, Sondernummer, Oktober 1988; sowie "Schweizer Grossbanken: Drehscheibe für Apartheid-Gold", AAB-Nachrichten, Nr. 2, April 1989.

454 "Die Schweiz – eines von sechs Ländern, die Sanktionen wirksam machen könnten", AAB-Nachrichten, Nr. 2, April 1988.

455 Helen Baumann: "Sanktionen – Argumente", AAB-Nachrichten, Nr. 4, Juli 1986.

456 Barbara Weyermann: "Südafrika/Schweiz: Solidarität mit den streikenden Everite-ArbeiterInnen weitet sich aus – Schmidheiny wird nervös", WoZ, 30.6.1989.

457 "Hände weg vom Kap-Obst!", WoZ, 7.6.1985.

458 Südafrika-Komitee Amandla: "Soweto, 16. Juni 1976 – 11 Jahre SchülerInnenaufstand: Apartheid-Klima in der Schweiz", WoZ, 12.6.1987.

Stärker als in den siebziger Jahren wird zudem ein Abbruch von Sport- und Kulturkontakten von einer breiten Fraktion von Apartheidkritikern gefordert (vgl. Position 6; Abbildung 16). Im Zentrum hier steht der von der WochenZeitung zusammen mit der ASB initiierte Boykottaufruf des Berner Zwei-Tage-Marsches von 1988 bzw. gegen die "Provokation, dass (...) uniformierte und bewaffnete südafrikanische Truppen, die mit brutalsten Methoden das Apartheid-Regime aufrechterhalten, seit Jahren an dieser Veranstaltung mitmarschieren."⁴⁵⁹ Diese Initiative wird von diversen Nationalräten (u. a. von der SP, Grünen Partei, LdU, PdA, POCH) und politischen Gruppierungen unterstützt (u. a. AAB, Südafrika-Komitee Amandla).⁴⁶⁰

Daneben hat sich im Zeichen der "Neo-Apartheid" unter P. W. Botha bzw. angesichts der Abschaffung der sogenannten "kleinen" Apartheid 1985 (u. a. *Mixed Marriages Act* und *Immorality Act*) auch das Deutungsmuster nachhaltig gefestigt, dass die Apartheid nicht reformierbar, sondern nur abschaffbar sei (vgl. Position 9; Abbildung 16). Die AAB-Nachrichten und die WochenZeitung sind sich gleicher Meinung in der Einschätzung, dass mit Bothas "kosmetischen Reformen" nur gewisse "Gesetze fallen – die Apartheid [aber] bleibt."⁴⁶¹

Als weitere Position, die sich seit den siebziger Jahren in den Binnenorganen der linksalternativen Lobbygruppen weiter verankert hat, erweist sich diejenige der Komplizenschaft, falls die Schweiz weiterhin an ihrer Neutralität festhalten und keine Sanktionen gegenüber Südafrika initiieren sollte (vgl. Position 7; Abbildung 16). In der Perspektive der linksalternativen Lobbygruppen hat diese Komplizenschaft mit Unrechtregimes eine lange Tradition und kann praktisch als integraler Bestandteil der schweizerischen Identität gelten: "Nun, wer weiss es nicht, die Kriegsgewinnlerpolitik gehört zur Schweiz wie der Emmentalerkäse; der notorische Egoismus der Schweiz hat den Status einer Staatsdeologie."⁴⁶² Von den AAB-Nachrichten und der WochenZeitung wird in diesem Zusammenhang wiederholt Allan Boesak, Mitgründer der United Democratic Front (UDF) in Südafrika und Präsident des Reformierten Weltbundes (RWB), zitiert:

"Neutralität ist die verabscheuenswürdigste Parteilichkeit, die es gibt. Denn sie bedeutet faktisch, sich für das Unrecht zu entscheiden und doch die Verantwortung dafür nicht zu übernehmen. Wenn die Situation so eindeutig ist wie bei uns hier, dann ist es unverzeihbar, wenn Christen neutral bleiben wollen."⁴⁶³

Diese Kritik von Boesak findet auch prominent Eingang in die Medienarena (u. a. Weltwoche, Tages-Anzeiger) und sollte in den parlamentarischen Debatten der achtziger Jahre von linker Seite mehrfach rezipiert werden.⁴⁶⁴ Doch dazu später noch mehr.

⁴⁵⁹ "Berner Zwei-Tage-Marsch: Boykottaufruf", WoZ, 8.4.1988.

⁴⁶⁰ Vgl. auch Franz Moor: "Südafrika-Truppen und Neo-Nazis: Herzlich willkommen!", WoZ, 8.4.1988; *uf.*: "Zwei-Tage-Marsch: Erfolgreicher Boykottaufruf – Out für Wikinger und Südafrikaner", WoZ, 22.4.1988; "Zwei-Tage-Marsch: Irreführung", WoZ, 29.4.1988; "2 Tage-Marsch: Internationaler Druck", WoZ, 8.6.1988; sowie *uf.*: "Berner 2 Tage-Marsch: WoZ-Kampagne zeigt Wirkung – «Sanfte Entmilitarisierung»", WoZ, 21.4.1989.

⁴⁶¹ Lukas Vogel: "Gesetze fallen – die Apartheid bleibt!", AAB-Nachrichten, Nr. 3, Mai/Juni 1985.

⁴⁶² Südafrika-Komitee Amandla: "Soweto, 16. Juni 1976 – 11 Jahre SchülerInnenaufstand: Apartheid-Klima in der Schweiz", WoZ, 12.6.1987.

⁴⁶³ U. a. Fritz Siegenthaler: "Apartheid – kein Platz für Neutralität", AAB-Nachrichten, Nr. 5, Oktober/November 1985; sowie "Die Schweiz und Sanktionen: Ein moralischer und politischer Skandal", AAB-Nachrichten, Nr. 1, Februar 1988.

⁴⁶⁴ U. a. Rita Flubacher: "Schwarz und Weiss – in Schwarzweiss nicht zu malen: Pio G. Eggstein – Der Mann, der die Interessen der Schweizer Wirtschaft im Apartheid-Staat Südafrika vertritt", WE, 19.9.1985; Fritz Billeter: "Skulptur gegen Apartheid", TA, 1.12.1989; sowie Christian Kaiser: "Schweizer Profiteure sollen zahlen", TA, 4.8.1998. Vgl. auch POCH-Nationalrätin Anita Fetz, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948]; sowie LdU-Nationalrat Weder-Basel, Nationalratsdebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918].

Antikritischer Diskurs in AAB-Nachrichten und WochenZeitung in den achtziger Jahren:

Analysiert man die Resonanz der Positionen der Antikritiker in den AAB-Nachrichten und der WochenZeitung in der Phase 1985-1989, so lässt sich ein leichtes Übergewicht derjenigen des Bundesrates feststellen (24.2% aller Fälle). Daneben finden auch die Schweizer Grossbanken SBG, SBV und SKA (zusammen 15.2%), antikritische Lobbygruppen – u. a. Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa), Swiss-South African Association (SSAA) und Club der Freunde Südafrikas (CFS) (zusammen 13.1%) –, das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und seine Exponenten (Staatssekretär Edouard Brunner, Botschafter Jenö C. A. Staehelin) (ebenfalls 13.1%) sowie die Antikritiker im allgemeinen (11.2%) erhöhte Aufmerksamkeit.⁴⁶⁵

Noch stärker als in den siebziger Jahren wird in den AAB-Nachrichten und der WochenZeitung das antikritische Argument der Erhöhung der Arbeitslosigkeit der Schwarzen im Falle eines Boykotts gegenüber Südafrika gespiegelt (vgl. Position 1; Abbildung 17, Seite 132). Dieses laut den beiden Binnenorganen vor allem von Banken- und Wirtschaftsvertretern, Bundesrat und rechtsnationalen Lobbygruppen portierte Deutungsmuster, wird aber im Vergleich zu den siebziger Jahren – wo die Apartheidkritiker noch kein eigentliches Gegenargument zu dieser bürgerlichen Leitkritik besaßen –, nun mit wissenschaftlich Fakten beantwortet. Denn gemäss einer von der Evangelischen Kirche Deutschlands in Auftrag gegebenen, und vom Starnberger Institut ausgearbeiteten Studie, würde "die (weisse) Minderheit bei der Durchsetzung effektiver Sanktionen (...) rasch einen Abbau ihrer Privilegien und eine Verschlechterung ihres (...) hohen Lebensstandards erfahren"; sich jedoch "für die (schwarze) Mehrheit (...) so gut wie keine negativen Auswirkungen ergeben, sondern gerade umgekehrt erst hoffnungsvolle Perspektiven eröffnen."⁴⁶⁶ Die Studie würde aber nicht ignorieren, dass ein Boykott auch Arbeitslosigkeit unter den Schwarzen erzeugen könnte. Sie unterstreiche jedoch nachdrücklich, "dass die ökonomischen und politischen Grundstrukturen der Apartheidökonomie in den vergangenen Jahren ein sehr viel höheres Mass an Arbeitslosigkeit haben entstehen lassen (...), als es sich infolge effektiver Sanktionen kurzfristig ergeben könnte."

Zudem habe selbst das von der Nestlé finanzierte Institut de recherche et d'information sur les multinationales (IRM) in Genf in einer Studie "der Ansicht (widersprochen), dass ein Rückzug der europäischen Unternehmungen und Banken die Lage der schwarzen Erwerbsbevölkerung verschlechtern würde."⁴⁶⁷

Zur Widerlegung dieses antikritischen Leitargumentes – "Sanktionen schaden in erster Linie den Schwarzen selbst" –, werden in den AAB-Nachrichten und der WochenZeitung immer wieder auf moralisch integre Führerpersönlichkeiten des südafrikanischen Apartheidwiderstandes verwiesen, welche einerseits betonen, dass selbst die Schwarzen Südafrikas einen Boykott befürworten würden; oder in den Worten von Bischof Desmond Tutu, Friedensnobelpreisträger von 1984: Sanktionen dem "Leiden ohne Hoffnung (...) wenigstens einen Sinn" geben.⁴⁶⁸ Zudem wird auf neueste Umfragen aus Südafrika verwiesen – u. a. solche von der Community Agency for Social Enquiry (CASE) –, wonach sich

⁴⁶⁵ n = 99. Bundesrat = 24 Positionen (24.2%); Banken (SBG, SBV, SKA) = 15 (15.2%); Antikritiker unspezifisch = 11 (11.2%); Edouard Brunner = 7 (7.1%); asa = 6 (6.0%); SSAA = 5 (5.1%); Freisinnigdemokratische Partei (FDP) = 5; Migros = 5; Coop = 3 (3.0%); Fritz Leutwiler = 3; EDA = 3; Jenö C. A. Staehelin = 3; CFS = 2 (2.0%); Schmidheiny-Gruppe = 2; NZZ = 2; Schweizerische Volkspartei (SVP) = 1 (1.0%); Swissair = 1; sowie Zürcher Verwaltung = 1.

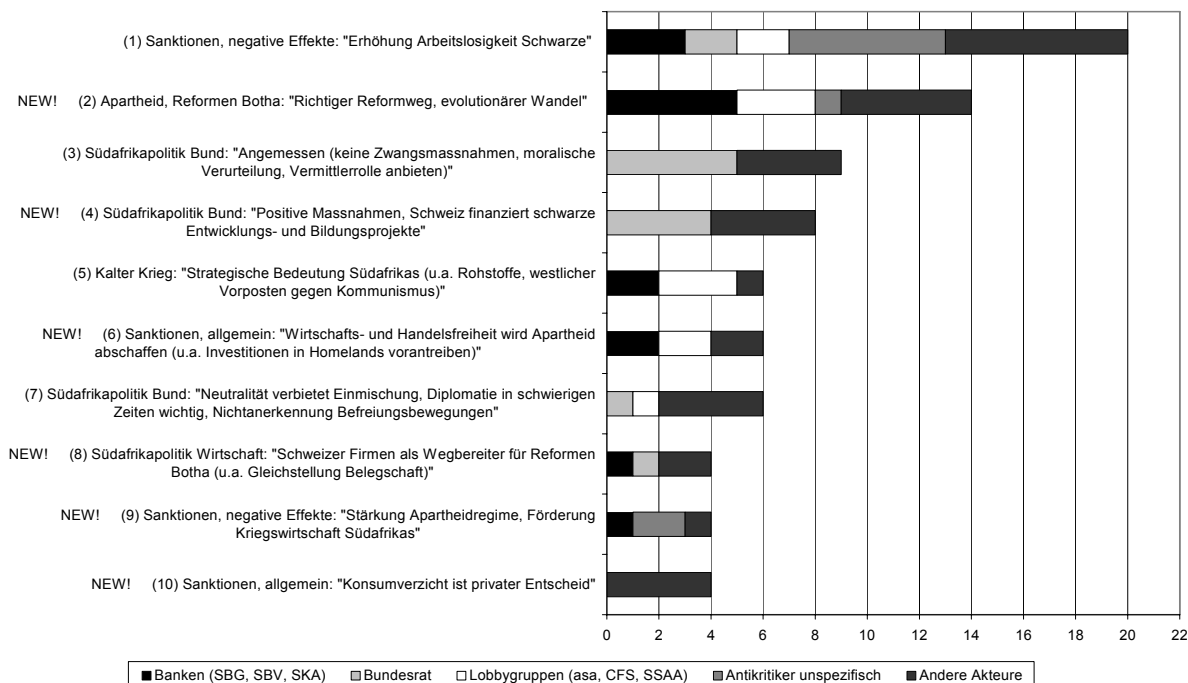
⁴⁶⁶ "Die Schweiz – eines von sechs Ländern, die Sanktionen wirksam machen könnten", AAB-Nachrichten, Nr. 2, April 1988. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

⁴⁶⁷ "Europäische Multis unter (internem) Beschuss", AAB-Nachrichten, Nr. 6, Dezember 1986.

⁴⁶⁸ U. a. "Herr Präsident, wir haben einige Fragen", AAB-Nachrichten, Nr. 1, Januar/Februar 1986; sowie Helen Baumann: "Sanktionen – Argumente", AAB-Nachrichten, Nr. 4, Juli 1986.

"zwei Drittel der befragten schwarzen Bevölkerung (...) für Sanktionen aus(sprechen), auch wenn sie vorübergehend wirtschaftliche Einbussen in Kauf nehmen müssten."⁴⁶⁹

Abbildung 17: Antikritische Positionen differenziert nach Akteuren in AAB-Nachrichten und WochenZeitung 1985-1989⁴⁷⁰



Andererseits wird wiederholt die Absurdität solcher antikritischer Positionen generell in Frage gestellt; wie beispielsweise vom amerikanischen Kongressabgeordneten William Gray, der betont, dass das Argument, ein Wirtschaftsboykott nehme der schwarzen Mehrheit die Arbeit weg, "etwa so dumm (ist) wie wenn einer behauptet, die Abschaffung der Sklaverei verursache ein Arbeitslosenproblem."⁴⁷¹

Verstärkte Unterstützung findet die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) Ende der achtziger Jahre zudem von einem ehemaligen Sanktionsgegner: Peter Tschopp, Ex-Präsident der Genfer FDP und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Genf. Dieser hat sich laut AAB-Nachrichten nach seinem

⁴⁶⁹ "Sanktionen bedrohen die Profite", AAB-Nachrichten, Nr. 5, Dezember 1987.

⁴⁷⁰ Dargestellt werden die zehn am häufigsten geäusserten antikritischen Positionen differenziert nach Akteuren in AAB-Nachrichten und WoZ 1985-1989 in absoluten Werten [n = 99]. Neue Positionen sind in der Abbildung mit *NEW!* gekennzeichnet. Weitere antikritische Positionen mit geringer Resonanz in den AAB-Nachrichten und WoZ [weniger als 3 Nennungen]: *Sanktionen, negative Effekte: "Wirtschaftskrise Frontstaaten Südafrikas"*; *Sanktionen, UNO: "Statistische Überwachung Handelsbeziehungen zur Unterbindung Umgehungsgeschäfte Schweiz"*; *Sanktionen, UNO: "Waffenausfuhr eingeschränkt seit 1963, keine Embargounterlaufung"*; *Sanktionen, UNO: "Kein Missbrauch Schweiz für Dreiecksgeschäfte"*; *Sanktionen, UNO: "Abbruch Sport- und Kulturkontakte ist private Angelegenheit"*; *Sanktionen, Neutralität: "Ungleiche Handhabung Südafrika vs. Ostblock, totalitäre Regimes"*; *Südafrikapolitik Bund: "Restriktive Kapitalexportpolitik, Zuwachsplafonierung in Kraft seit 1974 (=Courant normal), Kapitalexporte rückläufig"*; *Südafrikapolitik Bund: "Beamtenaufenthalte privater Natur, unproblematisch"*; *Südafrikapolitik Bund: "Genügende Intervention Bund für politische Gefangene (u. a. Mandela, Pfarrer Bill)"*; *Südafrikapolitik Bund: "Unabhängige Informationsbeschaffung vor Ort"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweizer Banken handeln im Gesetzesrahmen"*; *Apartheid, Reformen Botha: "Desinformation «rote» Massenmedien, Beeinflussung durch Kommunisten"*; sowie *Apartheidschulden: "Umschuldungsmission Leutwiler privater Natur"*.

⁴⁷¹ Helen Baumann: "Sanktionen – Argumente", AAB-Nachrichten, Nr. 4, Juli 1986.

Besuch des südlichen Afrikas – als Teilnehmer einer vierzehnköpfigen Schweizer Delegation von Hilfswerkvertretern und Parlamentariern, welche im April 1989 die Frontstaaten Südafrikas bereiste –, explizit für Sanktionen ausgesprochen. Die Situation sei viel schlimmer als er gedacht habe; so Tschopp in einem Interview mit den AAB-Nachrichten. Bezüglich des Argumentes, Sanktionen würden die Falschen treffen, habe Zimbabwes Aussenminister Shamuyarira der Schweizer Delegation zudem eine "unmissverständliche Antwort" gegeben: "Erstens ist das Problem der Apartheid weit mehr als lediglich eine Frage des materiellen Komfortes. Zweitens geht das Argument von einer materialistischen Philosophie aus, die in Ländern, in denen bereits Armut und niedrige Lebenserwartung herrscht, völlig fehl am Platz ist."⁴⁷² Laut Tschopp hat die Schweiz "jegliche Glaubwürdigkeit verloren"; man "verdächtigt uns, dass wir mit unserer Weigerung, Sanktionen zu ergreifen, lediglich materiell profitieren wollen." Dabei könnte die Schweiz gemäss Tschopp international durchaus wirtschaftlichen Druck ausüben: "Die Schweizer Wirtschaft ist der internationale Bürge des Apartheidregimes. Wenn *diese* Schweiz nun konkret etwas unternimmt, dann wird der Druck spürbar sein."

Als weiteres zentrales antikritisches Argument, welches von den linksalternativen Binnenorganen prominent gespiegelt wird, erweist sich dasjenige des richtigen Reformweges unter P. W. Botha bzw. die Einschätzung, dass nur ein evolutionärer Wandel die Apartheid zum Verschwinden bringen könne (vgl. Position 2; Abbildung 17). Diese neu gespiegelte Position wird von den AAB-Nachrichten und der WochenZeitung vor allem den Schweizer Grossbanken SBG, SBV und SKA sowie den antikritischen Lobbygruppen asa, SSAA und CFS – aber auch Vertretern der offiziellen Schweiz – zugeschrieben. Wiederholt habe nämlich Staatssekretär Edouard Brunner in "paternalistischer" Manier betont, dass der "Anspruch auf demokratische Rechte sämtlicher SüdafrikanerInnen von einer echten Dialogbereitschaft und einer Evolution im Vielvölkerstaat selber abhängen."⁴⁷³ Und Hans-Rudolf Böckli, Bundeshausjournalist und aktives asa-Mitglied, unterstrich an einer Tagung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) noch deftiger, dass die Apartheid erst beseitigt werden könne, "wenn die Schwarzen das kulturelle Niveau für die Demokratie erreicht haben."⁴⁷⁴ Dabei habe Böckli auch auf die angeblich positiven Seiten des Reformprozesses verwiesen, welche "der sogenannten benachteiligten Bevölkerung" grosse Vorteile (beispielsweise im Gesundheitswesen) bringen würde: "Wenn ich Neger wäre und ich hätte die Wahl zwischen irgend einem afrikanischen Land und Südafrika, würde ich keinen Augenblick zögern, in Südafrika leben zu wollen"; habe Böckli verkündet.

Von den Positionen des Bundesrates erfahren vor allem diejenige der Rechtfertigung der offiziellen Südafrikapolitik als zeitgemäss und angemessen (Stichworte: keine Zwangsmassnahmen, moralische Verurteilung und Vermittlerrolle anbieten) und der Hinweis auf das neu eingerichtete "Programm der positiven Massnahmen" gegenüber Südafrika – u. a. Finanzierung von schwarzen Entwicklungs- und Bildungsprojekten –, erhöhte Resonanzen (vgl. Positionen 3 und 4; Abbildung 17). Die Südafrikapolitik der offiziellen Schweiz wird in beiden linksalternativen Binnenorganen aber scharf kritisiert. Denn das "Schweigen des Bundesrates" – welcher "zum x-ten Mal die Apartheid verurteilt, konkrete Schritte aber verweigert" habe –, würde in Wirtschaftskreisen "als Ermunterung gewertet, mit Südafrika weiterhin Geschäfte zu betreiben, als wäre nichts geschehen."⁴⁷⁵ Die regelmässigen "neutralitäts-theoretischen Erörterungen" würden zudem die "helvetische Scheinheiligkeit" widerspiegeln und kämen einer

472 Jean-Michel Berthoud: "Interview: Genfer FdP-Professor Peter Tschopp für Sanktionen – «Die Schweiz hat jegliche Glaubwürdigkeit verloren»", AAB-Nachrichten, Nr. 3, Juni 1989. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Interview [Hervorhebung im Original].

473 Matthias Klemm: "Die offizielle Schweiz und Nelson Mandela: «Wir denken darüber nach»", AAB-Nachrichten, Nr. 3, Juni 1988.

474 Bernhard Ott: "«Menschenrechtskämpfer» tagten: «wenn ich Neger wäre»", WoZ, 14.3.1986. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

475 "Wo bleiben Taten?", AAB-Nachrichten, Nr. 4, Juli/August 1985.

Kollaboration mit dem Unterdrückerregime gleich.⁴⁷⁶ Und ohne Ergreifung von Sanktionen bleibe die vorzu argumentativ bemühte "originelle Politik der «positiven Massnahmen»" nichts weiteres als eine Alibiübung: Denn "[d]as machen andere Staaten trotz Sanktionen in viel grösserem Umfang als die Schweiz längst."⁴⁷⁷

Daneben wird von den AAB-Nachrichten und der WochenZeitung auch verstärkt das Leitargument der "plump antikommunistisch" argumentierenden "Freunde der Botha-gewollten weissen Superiorität" der rechtsnationalen Lobbygruppe asa gespiegelt, wonach die strategische Bedeutung Südafrikas im Kontext des Kalten Krieges von grösster Bedeutung sei (vgl. Position 5; Abbildung 17).⁴⁷⁸

Verschärft kritisiert wird zudem die von den Schweizer Grossbanken, der schweizerisch-südafrikanischen Handelskammer SSAA und der Freisinnigdemokratischen Partei (FDP) in den achtziger Jahren verstärkt portierte Position, dass "nur durch Investitionen (...) die Entwicklung, auch die politische, gefördert" bzw. die Apartheid in Südafrika schlussendlich abgeschafft werden könne (vgl. Position 6; Abbildung 17).

Die Argumentationen anderer Wirtschaftsakteure werden von den beiden apartheidkritischen Binnenorganen schlussendlich nur gerade verstärkt im Kontext der Granny Smith-Boycott-Kampagne erwähnt: U. a. das Argument der Konsumentenfreiheit seitens der Grossverteiler Migros und Coop (vgl. Position 10; Abbildung 17). Dabei sind es vor allem die AAB-Nachrichten, welche – im Vergleich zu den siebziger Jahren – in der Phase 1985-1989 diese antikritische Position neu aufgreifen.

Bezüglich dem unterschiedlichen "Framing" des Verhältnis Schweiz-Südafrika in den Binnenorganen der linksalternativen Lobbygruppen lässt sich in der Phase 1985-1989 insgesamt eine Dominanz von analytischen und gegenwartsbezogenen "diagnostic Framing" feststellen (64.2%).⁴⁷⁹ Etwas weniger stark als in den siebziger Jahren werden antikritische Positionen thematisiert, die zukunftsbezogene Vorhersagen über das Verhältnis Schweiz-Südafrika machen ("prognostic Framing") (23.2%). Im Vordergrund stehen hier nebst diversen Strategien der Apartheidkritiker (Konsumboykott, Bankenboykott, Kreditstopp etc.) auch die von Antikritikern prognostizierten negativen Effekten von Sanktionen und das Szenario, dass über eine Förderung der Wirtschafts- und Handelsfreiheit im allgemeinen und eine Erhöhung der Investitionstätigkeit im besonderen sich die Apartheid mit der Zeit selbst erübrige. Positionen, die den Schwerpunkt auf die eigene und/oder fremde oder gar nationale Identität der Schweiz legen ("identity Framing"), lassen sich aber in den achtziger Jahren nicht nur verstärkt bei den antikritischen Argumenten eruieren, sondern auch bei den Apartheidkritikern und ihrer Typisierung des politischen Gegners (12.6%): U. a. werden die schweizerischen Antikritiker als latent oder gar offen "rassistisch" charakterisiert und die guten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Apartheidregime damit begründet, dass Affinitäten zwischen dem "bedrohten buri-schen Volk" in Südafrika und dem "bedrohten Kleinstaat Schweiz zwischen Ost und West" in Teilen der schweizerischen Wirtschafts- und Politikerelite bestehen würden. Als neue identitätsstiftende Position seit den siebziger Jahren hat sich auf apartheidkritischer Seite zudem der Appell an die "Maxime der Solidarität und der Grundrechtbezogenheit der Aussenpolitik" als unveräusserlicher Bestandteil einer schweizerischen Identität etabliert; sowie die Einschätzung, dass sich die Schweiz trotz der Neu-

476 Südafrika-Komitee Amandla: "«Die Schweiz ist eine Contra-Reservemacht»", WoZ, 3.10.1986.

477 Mascha Madörin: "Schweizerische Aussenpolitik im Fall Südafrika: Neutralité et discrétion à la suisse", WoZ, 11.12.1987.

478 "Dossier CH-Apartheid-Lobby: Das weisse Südafrika und seine Schweizer Freunde", AAB-Nachrichten, Nr. 1, Februar 1988. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

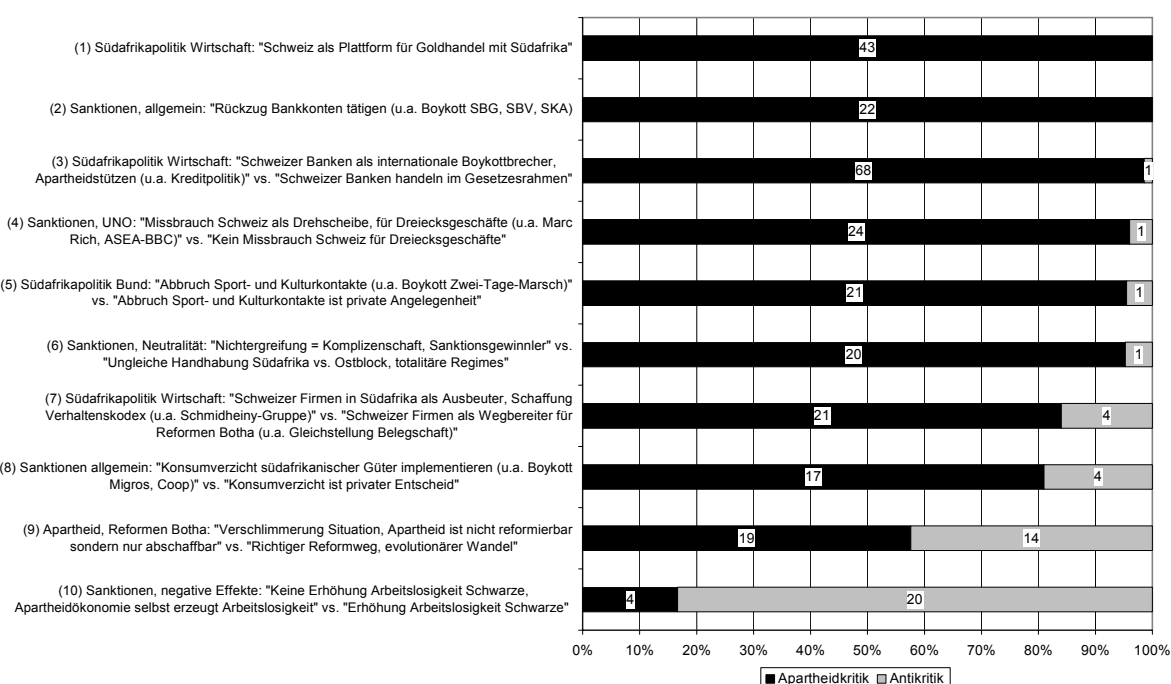
479 n = 565. "Diagnostic Framing" = 363 (64.2%); "prognostic Framing" = 131 (23.2%); sowie "identity Framing" = 71 (12.6%).

tralität zum Komplize mit einem Unrechtregime mache.⁴⁸⁰

Widerstreit in AAB-Nachrichten und WochenZeitung in den achtziger Jahren:

Stellt man in den AAB-Nachrichten und der WochenZeitung in der Phase 1985-1989 die apartheidskritischen Positionen den antikritischen Gegenpositionen direkt gegenüber, so lässt sich im linksalternativen politischen Milieu praktisch kein klassischer Widerstreit feststellen (vgl. Abbildung 18, Seite 135). In den linksalternativen Binnenorganen dominiert in den achtziger Jahren – wie erwartbar –, der einsame Monolog der Apartheidskritiker (vgl. Positionen 1 bis 8; Abbildung 18).

Abbildung 18: Widerstreit in AAB-Nachrichten und WochenZeitung 1985-1989⁴⁸¹



Einzig das schwierig zu widerlegende "Totschlagargument" der bürgerlichen und rechtsnationalen Antikritiker, welches bei einer Ergreifung von sogenannten wirtschaftlichen "Zwangsmassnahmen" gegenüber Südafrika eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit für die schwarze Bevölkerung diagnostiziert und/oder prognostiziert, lässt in Ansätzen so etwas wie einen Widerstreit erkennen (vgl. Position 10; Abbildung 18).

⁴⁸⁰ "Die Schweiz und Sanktionen: Ein moralischer und politischer Skandal", AAB-Nachrichten, Nr. 1, Februar 1988.

⁴⁸¹ Dargestellt werden die zehn am höchsten Resonanz erfahrenden Widerstreitpaare von apartheidskritischen und antikritischen Positionen in AAB-Nachrichten und WoZ 1985-1989 in absoluten Werten und Prozents zusammen [n = 565].

AAB-Petition 1985 in AAB-Nachrichten und WochenZeitung:

Die Lancierung der Petition *Südafrika. Auch die Schweiz muss handeln* der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) wird praktisch nur in den AAB-Nachrichten kommentiert; in der WochenZeitung findet diese keine nennenswerte Resonanz. Die vier Hauptforderungen der Petition – Kreditstopp, keine Einfuhr von Krügergoldmünzen, keinen Verkauf von Computer- und nukleartechnologischem Material sowie Aufhebung der Swissair-Flüge und keine Landrechte für die South African Airways (SAA) –, werden von der AAB als sinnvolle Massnahmen der im internationalen Vergleich nach wie vor abseitsstehenden Schweiz gegen die zunehmende Gewaltbereitschaft des Apartheidregimes im Zeichen der Verhängung eines Ausnahmezustandes 1985 erachtet.⁴⁸² Denn die "gegenwärtige Untätigkeit der Schweiz wird von Weiss und Schwarz in Südafrika als Unterstützung der Apartheid verstanden."⁴⁸³ In diesem Zusammenhang verweist die AAB auf die Haltung des Südafrikanischen Kirchenrates (SACC), welcher festhalte, "dass viele Kirchenführer und Christen in Südafrika einen (selektiven) Rückzug von Investitionen und wirtschaftlichen Sanktionen befürworten"; und zwar weil sie der Überzeugung seien, dass die Lage in Südafrika jetzt so ernst sei, dass wirtschaftliche Sanktionen ergriffen werden müssen.

Anlässlich der Einreichung der Petition mit 17'454 Unterschriften am 24. September 1985 verweisen die AAB-Nachrichten auf das "gute Ergebnis" nach nur fünf Wochen Sammelzeit.⁴⁸⁴ Unverständlich sei aber, dass die Petition, die im Dezember 1985 im Nationalrat hätte diskutiert werden sollen, nun nicht auf die Traktandenliste der Session gesetzt wurde: "Die Petitionskommission, so vernahm man, wollte zuerst die Meinung des Bundesrates hören, bevor sie darüber diskutierte. Seit wann muss die gesetzgebende Behörde die Meinung der ausführenden anhören, bevor sie ein Thema auch nur diskutieren darf?"⁴⁸⁵ Diese klare Obstruktionspolitik von Bundesbern könne nur im Zusammenhang mit den anlaufenden Umschuldungsverhandlungen Südafrikas bzw. mit der "Ernennung" des Vermittlers Fritz Leutwiler zum "Schweizer Südafrika-Minister" erklärt werden; vermuten die AAB-Nachrichten. Indiz dafür sei, dass der Bundesrat seine Stellungnahme zur Petition auf Februar 1986 angekündigt habe, d. h. auf einen Termin nach Beendigung der Umschuldungsverhandlungen.

Umschuldungsmission Fritz Leutwiler 1985/86 in AAB-Nachrichten und WochenZeitung:

Die Umschuldungsverhandlungen Südafrikas mit internationalen Gläubigern, die am 23. Oktober 1985 beginnen und vom ehemaligen Nationalbankpräsidenten Fritz Leutwiler geleitet werden, stossen auf resoluten Widerstand und Kritik seitens der AAB-Nachrichten und der WochenZeitung. Leutwiler solle umgehend "von diesem skandalösen Mandat, das nur Gewalt und Tod in Südafrika verlängert, zurückzutreten"; so die AAB-Nachrichten.⁴⁸⁶ Und die Rechtfertigung des Bundesrates, dass Leutwilers Mission eine Privatangelegenheit sei, wird von beiden linksalternativen Binnenorganen negiert. Denn der Bundesrat habe durch sein allgemeines Wegsehen die Südafrikapolitik der Schweiz an die Wirtschaft abgegeben; und der "neue Super-Aussenminister" Leutwiler, der "von den Grossbanken angestellt und von der südafrikanischen Regierung bezahlt" sei, werde im Ausland und von der südafrikanischen Opposition sowieso nur als offizieller Vertreter der Schweiz und damit auch der Südafrikapolitik des Bundes wahrgenommen.⁴⁸⁷ Leutwilers Legitimation – es sei ein "optimistisch" stimmender, "positiver"

482 Zum Eingabetext der erwähnten Petition vgl. Anhang VII.4.

483 "Stichworte zur Petition", AAB-Nachrichten, Nr. 4, Juli/August 1985. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

484 "Gutes Ergebnis für die Petition", AAB-Nachrichten, Nr. 5, Oktober/November 1985.

485 "Propagandist Leutwiler wird Schweizer Südafrika-Minister", AAB-Nachrichten, Nr. 1, Januar/Februar 1986.

486 "Protest gegen Leutwiler", AAB-Nachrichten, Nr. 5, Oktober/November 1985.

487 "Propagandist Leutwiler wird Schweizer Südafrika-Minister", AAB-Nachrichten, Nr. 1, Januar/Februar 1986.

Reformprozess in Südafrika im Gange, welcher die Umschuldungsfrage in eine anderes Licht rücke –, ist in der Einschätzung der AAB-Nachrichten und der WochenZeitung unzutreffend, und wird geradezu als "Peinlichkeit" für die Schweiz gewertet.⁴⁸⁸ Denn Botha habe mit der Aufhebung der sogenannten "kleinen" Apartheid 1985 (u. a. *Mixed Marriages Act* und *Immorality Act*) sowie der Aufhebung der Influx Control / Passgesetze 1986 nur "für die Galerie gespielt", d. h. hoffe nun auf den "Goodwill im Ausland" und mehr Vertrauen bei den teilweise ungedulden Gläubigern.⁴⁸⁹ In der Einschätzung der AAB-Nachrichten hat Leutwiler mit seiner Vermittlungsmission "für Pretoria ein weiteres Mal die Kohlen aus dem Feuer geholt" bzw. dem Apartheidregime eine weitere "Atempause" verschaffen.⁴⁹⁰

Intensiv werden von den Binnenorganen AAB-Nachrichten und WochenZeitung auch Ende der achtziger Jahre die Umschuldungsproblematik in Südafrika fokussiert. Nach der Vermittlungsmission Leutwilers hätten sich die dreissig Gläubigerbanken im Februar 1986 auf ein "vorläufiges Arrangement" zugunsten des Apartheidregimes geeinigt (Beendigung des Moratoriums ohne Umschuldung), um schliesslich im März 1987 einem "für Südafrika äusserst vorteilhaften" Umschuldungsplan zuzustimmen, der von den Schweizer Grossbanken SBG, SBV und SKA mitausgearbeitet wurde, und erst 1990 auslaufen sollte: "Von den insgesamt 24 Mrd. Dollar Aussenschulden sind 13.6 Mrd. vom Umschuldungsabkommen betroffen. Lediglich 1.4 Mrd. Dollar wollen die Gläubiger davon bis 1990 zurück. Für den Rest, der den Schuldnern bis zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung steht, sind Zinsen zu entrichten."⁴⁹¹ Zusätzlich würde der Umschuldungsplan eine "exit clause" enthalten, welche es den Gläubigerbanken ermögliche, ihre ausstehenden Kredite in Darlehen mit einer Laufzeit von zehn Jahren und entsprechendem Zinssatz umzuwandeln. Davon hätten "fast alle Hauptgläubiger für einen Teil ihrer Guthaben (...) Gebrauch gemacht." Laut AAB-Nachrichten werden die "eingefrorenen Gelder, die nun Südafrika (noch) nicht zurückbezahlen musste, (...) vom Apartheidstaat in der Wirtschaft und – noch schlimmer – direkt für Militärausgaben investiert."⁴⁹² Vor dem Hintergrund, dass bei den anstehenden Umschuldungsverhandlungen Südafrika wiederum ein "ähnlich günstiges Abkommen wie anno 86/87" zu erreichen versuche, müsse im Rahmen der Bankenboykott-Kampagne der Druck auf die Schweizer Grossbanken intensiviert werden.

Eine zentrale Rolle im Rahmen dieser Skandalisierung würde auch dem blühenden Goldhandel zukommen. Denn "[w]egen der Goldausfuhr hat Südafrika bis Ende 1987 ca. 5 Mia. Dollar Schulden zurückzahlen und solide Gold- und Währungsreserven in der Höhe von 4.1 Mia. Dollar anlegen können."⁴⁹³ Der grösste Teil des südafrikanischen Goldes – "Schätzungen gehen von zwei Dritteln bis 100 Prozent" –, sei über die "big brothers" SBG, SBV und SKA verkauft worden. Gian Trepp erinnert in der WochenZeitung auch daran, dass der Bundesrat durch die Aufhebung der Warenumsatzsteuer auf Gold die "Vermarktung des wichtigen Exportprodukts aus dem Apartheidstaat erleichtert habe"; was die "gestressten Kapitalisten am Paradeplatz" wohl um so mehr freuen würde.⁴⁹⁴

488 Markus Mugglin: "Südafrika: Laue Versprechungen, lauer Optimismus – Die Peinlichkeiten des Fritz Leutwilers", WoZ, 7.2.1986.

489 "Aufhebung der Passgesetze – Einsturz der Apartheid-Säule?", AAB-Nachrichten, Nr. 2/3, Mai 1986.

490 "Die Financiers der weissen Herren", AAB-Nachrichten, Nr. 2/3, Mai 1986.

491 Jean-Michel Berthoud: "Südafrika vor neuen Umschuldungsverhandlungen: «Zu den Risiken zählen wir auch die öffentliche Meinung»", AAB-Nachrichten, Nr. 3, Juni 1989. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

492 Jean-Michel Berthoud: "Apartheid ist bankrott – keine neue Umschuldung!", AAB-Nachrichten, Nr. 3, Juni 1989. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

493 Peter Kamber: "Goldhandel Südafrika-Schweiz: Ein sauberes Umgehungsgeschäft", WoZ, 17.6.1988. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

494 Gian Trepp: "Steuererleichterung auf Goldhandel: Südafrika lässt danken", WoZ, 19.9.1986.

Granny Smith-Boykott-Kampagne in AAB-Nachrichten und WochenZeitung in den achtziger Jahren:

Auch in den achtziger Jahren wird der 1979/80 lancierte Konsumboykott von Grossverteilern in der Schweiz, welche südafrikanische Produkte in ihren Sortimenten führen (u. a. Migros, Coop), intensiv vorangetrieben. Denn sei der einzelne Konsument auch nur ein "kleiner Fisch", so sei jeder doch verantwortlich für das was er tue: "Tun wir das, was wir tun können! (...) Boykott ist für uns ein wichtiges Mittel, den südafrikanischen Widerstand zu unterstützen und gegen die wachsende Zusammenarbeit unserer Wirtschaft mit Südafrika protestieren."⁴⁹⁵ Verstärkt Resonanz findet diese Kampagne für "People's Sanctions" aber nur in den AAB-Nachrichten und weniger in der WochenZeitung, welche sich stärker der Bankenboykott-Kampagne zuwendet.

Die AAB-Nachrichten propagieren und berichten dabei regelmässig über das sogenannte "wägele" oder "chärrele" der Aktivisten der Aktion Südafrika-Boykott (ASB), bei dem in möglichst vielen Läden möglichst viele Einkaufswägelchen mit Waren aus Südafrika gefüllt werden, um sie danach mit einer erklärenden Notiz versehen – "Achtung Apartheid – Kauft keine Produkte aus Südafrika" –, als "Mahnmal" für die Kundschaft stehen zu lassen.⁴⁹⁶ Das Leitargument der Grossverteiler Migros und Coop – wie auch dasjenige des Bundesrates –, dass nämlich der Kaufentscheid für ein Produkt "in freier Wahl" beim mündigen Konsumenten liegen sollte, gilt laut AAB-Nachrichten aber nur dort, wo eine klare Herkunftsdeklaration bestehen würde.⁴⁹⁷ Dies sei aber meistens nicht der Fall. Zudem verweise die Argumentation von Migros und Coop, man teile die "Auffassung mit dem Bundesrat, dass Boykotte noch nie eine Lösung eines Problems herbeigeführt hätten", auf eine generelle "Argumentationskrise" bei den Antikritikern, welche immer wieder zu einem "Schwarz-Peter-Spiel" zu drohen werde ("Der Bundesrat bezieht sich auf die Wirtschaft, und die Wirtschaft bezieht sich auf den Bundesrat").⁴⁹⁸

Nichtsdestotrotz müsse aber die Strategie der "Politik mit dem Warenkorb" weiter intensiviert werden. Laut Mascha Madörin (AFP, ASB) muss eine "neue Form von Wirtschaftsbürgerrechtsbewegung" in der Schweiz entstehen: "wir mischen uns ein und benutzen als Angestellte, KonsumentInnen und BesitzerInnen die Möglichkeit, die wir haben, um Druck auszuüben."⁴⁹⁹ Denn es dürfe uns "nicht egal sein, woher die Güter kommen, die wir kaufen. Es darf uns nicht egal sein, was die Banken mit dem Geld machen, das wir bei ihnen anlegen."⁵⁰⁰

495 "Wachsende Importe aus Südafrika", AAB-Nachrichten, Nr. 1, Januar 1987.

496 Lilo Brand-Moser/Aktion Südafrika-Boykott (ASB): "Warum wollen Coop und MIGROS keine Sanktionen gegen Südafrika?", AAB-Nachrichten, Nr. 1, Januar 1987. Vgl. auch Aktion Südafrika-Boykott (ASB): "Zwischenbilanz der LoRa-Aktion Zürich-Südafrika Boykott: «chärrele» – «Achtung Apartheid»", WoZ, 24.10.1986.

497 Jean-Michel Berthoud: "Editorial", AAB-Nachrichten, Nr. 6, Dezember 1986.

498 Lilo Brand-Moser/Aktion Südafrika-Boykott (ASB): "Warum wollen Coop und MIGROS keine Sanktionen gegen Südafrika?", AAB-Nachrichten, Nr. 1, Januar 1987.

499 Mascha Madörin/Aktion Südafrika-Boykott (ASB): "Keine Apartheid ohne die Schweiz", AAB-Nachrichten, Nr. 6a, November 1986 (Sonderausgabe "Boykottiert Südafrika – Unterstützt Nicaragua!").

500 Lukas Vogel: "Südafrika-Boykottwoche: «Wenn kein Geld mehr fliesst, wird das Apartheid-Regime handlungsunfähig» – Erste Erfolge", WoZ, 7.6.1985.

Bankenboykott-Kampagne in AAB-Nachrichten und WochenZeitung in den achtziger Jahren:

Die 1982 von der Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt (AFP) lancierte und von der Aktion Südafrika-Boykott (ASB) mitkoordinierte Bankenboykott-Kampagne wird von den AAB-Nachrichten und der WochenZeitung in den achtziger Jahren intensiv thematisiert. Regelmässig berichtet die WochenZeitung über die alljährlich um den Soweto-Jahrestag (16. Juni) stattfindenden nationalen Protestaktionen, Boykottwochen und anderen Events, die frei nach dem afrikanischen Sprichwort "Viele Ameisen können einem Elefanten das Leben sauer machen" die Hauptstützen der Apartheid skandalisieren.⁵⁰¹ Denn auch "Grossbanken wie die SBG haben ihre empfindlichen Stellen" in ihrer "dicken Haut".⁵⁰² Stärker als der SBV und die SKA wird regelmässig die SBG (Synonym für "Südafrika bringt Geld") wegen ihrer "bewussten Zusammenarbeit mit Rassisten" kritisiert.⁵⁰³ Die SBG halte nicht nur einen "Schweizerrekord" – da sie von allen Schweizer Grossbanken Südafrika am meisten Kredite gewähre –, sondern auch einen "Weltrekord": Denn gemäss einer Studie des Weltkirchenrates (OeRK) habe die SBG "zwischen 1982 und 1984 am meisten internationale Anleihen für Südafrika organisiert."⁵⁰⁴ Die SBG sei eine "Säule des Unrechtsregimes" im südlichen Afrika und helfe die "Wagenburg der Weissen" weiter auszubauen, in dem sie "in die Lücke springt", welche durch den Rückzug anderer westlicher Banken aus Südafrika resultierte.

Von den AAB-Nachrichten und der WochenZeitung verstärkt fokussiert wird das 125-Jahr-Jubiläum der SBG am 9. April 1987. Einerseits wird schon im Vorfeld des Jubiläums über die von der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), AFP und ASB ab Mitte Dezember 1986 in Zürich, Bern und Basel durchgeführten wöchentlichen "Banken-Piketts" – d. h. über das Markieren "permanenter Präsenz vor (...) den Hauptpeilern des Apartheidsystems" – berichtet, und zur Aufkündigung von Bankkonten und Geschäftsbeziehungen mit den drei Schweizer Grossbanken SBG, SBV und SKA aufgerufen.⁵⁰⁵ Dabei finden laut WochenZeitung die Pikettaktionen "bei den weihnachtlich gestimmten PassantInnen ein überraschend positives Echo."⁵⁰⁶ Andererseits berichten beide Binnenorgane intensiv über diesen Anlass und den Gegenevent unter dem Motto "39 Jahre Unterstützung der Apartheid" und ein von AAB, AFP und ASB lanciertes "Gegenjubiläumsinserat".⁵⁰⁷

Bei all diesen "Jubiläums-Werberummel" der SBG herum dürfe man nicht vergessen, dass "die SBG seit 1948, just mit dem Regierungsantritt der rassistischen Nationalist Party, in Südafrika engagiert ist, dass sie als eine der bedeutendsten Kreditgeberinnen des Apartheidregimes gilt und weltweit eine führende Rolle im physischen Handel mit südafrikanischem Gold spielt"; vermerkt AAB-Sekretär Jean-Michel Berthoud.⁵⁰⁸ Die AAB-Nachrichten und die WochenZeitung enervieren sich in diesem Zusammenhang an der grundsätzlichen Ablehnung des "Gegenjubiläumsinserates" durch die Berner Zeitung und die Haltung des Tages-Anzeigers, nur dann eine Plazierung zu tätigen, wenn gewisse Änderungen am Text vorgenommen würden:

501 Agathe Bieri: "Tagung zu Solidaritätsarbeit mit Südafrika: Ein hartes Pflaster", WoZ, 13.6.1986.

502 "Bankkonten-Boykott", AAB-Nachrichten, Nr. 2, März 1987.

503 "Die Schweiz: Pretorias zweitbesten Kunde", WoZ, 29.8.1986.

504 "Herr Präsident, wir haben einige Fragen", AAB-Nachrichten, Nr. 1, Januar/Februar 1986. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

505 "Pikett vor Schweizer Banken", AAB-Nachrichten, Nr. 6, Dezember 1986.

506 "Schweizer Banken für Südafrika", WoZ, 19.12.1986.

507 Jean-Michel Berthoud: "125-Jahr Jubiläum der SBG: 39 Jahre Unterstützung der Apartheid – wie lange noch?", AAB-Nachrichten, Nr. 2, März 1987.

508 Jean-Michel Berthoud: "Editorial", AAB-Nachrichten, Nr. 2, März 1987. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

"In der Medienlandschaft Schweiz ist es heute offenbar so, dass zwar kritische Berichte über die Situation in Südafrika durchkommen, jedoch kaum solche mit konkreten Hinweisen auf die direkten Zusammenhänge und Verantwortlichkeiten Schweiz (Banken, Regierung-)Südafrika";

so die Einschätzung von Berthoud (AAB). In der Perspektive der WochenZeitung ist dies ein weiteres Beispiel dafür, dass die "Zensur politischer Inserate" damit "immer mehr an Bedeutung – und Tradition" – gewinnt.⁵⁰⁹ Die NZZ und der Tages-Anzeiger hätten sich nämlich wiederholt geweigert, AAB-Inserate zu publizieren, und viel lieber die Werbung des staatlichen, südafrikanischen Verkehrsbüro SATOUR in ihren Anzeigenseiten plazierte.⁵¹⁰ Der direkte und indirekte Einfluss der Wirtschaft auf die Medien und auch die Politik werde immer stärker. Denn anders lasse es sich nicht erklären, dass der Zürcher Stadtpräsident Thomas Wagner die kulturelle Südafrika-Woche in der Roten Fabrik 1987 mit der "Banken-Zensurschere im Kopf" für nicht unterstützungswürdig befunden habe: "Da die Apartheid-Stützen an der Zürcher Bahnhofstrasse in der Ära Wagner entsprechend der freisinnigen Ideologie des privaten Mäzenatentums zu namhaften Sponsoren der Zürcher Kultur geworden sind, sieht sich Wagner diesen Geldgebern verpflichtet."⁵¹¹

Ende 1988 wird die anfangs der achtziger Jahre von der AFP initiierte Bankenboykott-Kampagne unter dem Motto "Kein Geld für Apartheid" erweitert, d. h. nun auch offiziell von "fortschrittlichen Parteien", dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) und engagierten kirchlichen Kreisen unterstützt.⁵¹² Die "drei Grossbanken, die das Herz, das Hirn und die Muskeln des Schweizer Südafrikaengagement bilden", müssen – so SP-Nationalrat und AAB-Präsident Paul Rechsteiner – nun umfassend boykottiert werden. Laut Rechsteiner haben SBG, SBV und SKA allen Grund langsam nervös zu werden. Denn zum ersten Mal seien Schweizer Grossbanken durch das Ausland – genauer gesagt durch die kanadische Elektrizitätsgesellschaft Ontario Hydro –, wegen ihres Südafrikaengagements von einer Europa-Anleihe in der Höhe von 500 Mio. Dollar ausgeschlossen worden: "Es spricht einiges dafür, dass ihre Rolle bei der Finanzierung des Apartheidregimes durch die Weltöffentlichkeit in Zukunft nicht mehr so stark vergessen wird wie in der Vergangenheit."⁵¹³

Die Bekanntgabe eines neuen Umschuldungsabkommens für Südafrika im Oktober 1989 – noch vor Ablauf des siebenundachtziger Abkommens im Juni 1990 und wiederum unter Federführung der Schweizer Grossbanken –, in dem eine Verlängerung der Rückzahlungsfrist der ausstehenden 8 Mia. Dollar Schulden bis Ende 1993 vorgesehen ist, werten die AAB-Nachrichten dann als eine weitere "finanzielle Verschnaufpause" für den neuen Staatspräsidenten F. W. De Klerk, welche wohl "nicht für eine Beschleunigung der «Reformen», geschweige denn für die Abschaffung der Apartheid" genutzt werden dürfte.⁵¹⁴ Mascha Madörin (AFP, ASB) wertet den "Umschuldungscoup" als "clever koordinierten und politisch üblen Schachzug des Apartheidregimes und seiner Bankenfreunde", der nur mit einer noch stärkeren Intensivierung der Bankenboykott-Kampagne beantwortet werden könne:

"Die Konsequenzen sind klar: Wir müssen die Grossbanken unter Druck setzen – mehr denn je. Bisher haben etwa 2100 Personen schriftlich erklärt, dass sie ihr Konto bei den Grossbanken zurückziehen oder zurückgezogen haben. Weitere 5000

509 Jonathan Südblick: "Anti-Apartheid-Bewegung: Inserate schon wieder zurückgewiesen", WoZ, 27.3.1987.

510 osk.: "Angenommene und abgelehnte Südafrika-Inserate, Migros-Boykott: Vom Zustand der freien Presse", WoZ, 30.1.1987.

511 Patrik Landolt: "Keine Unterstützung für Anti-Apartheid-Veranstaltungen: «Zürichs Glaubwürdigkeit»", WoZ, 23.1.1987.

512 Paul Rechsteiner: "Editorial", AAB-Nachrichten, Nr. 6, Dezember 1988. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Editorial.

513 Paul Rechsteiner: "Editorial", AAB-Nachrichten, Nr. 2, April 1989.

514 Jean-Michel Berthoud: "Schweiz-Südafrika: Apartheid besser verkaufen – die Schweiz hilft mit", AAB-Nachrichten, Nr. 6, Dezember 1989.

haben unterschrieben, dass sie kein Konto bei den Grossbanken eröffnen werden. Es müssen mehr werden."⁵¹⁵

Vor diesem Hintergrund wird die Suspendierung der 1986 initiierten Südafrikagesprache mit den drei Schweizer Grossbanken und der Bankiervereinigung durch eine kirchliche Delegation des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK), der Schweizerischen Bischofskonferenz und der Hilfswerke allseits begrüsst: "Worüber könnte denn jetzt überhaupt noch geredet werden?", fragt die AAB-Vizepräsidentin und Pfarrerin Leni Altwegg.⁵¹⁶ Gemäss SP-Nationalrat Jean Ziegler wird mit dem letzten "Umschuldungscoup" wiederum im Namen der Schweiz "eines der schlimmsten Verbrechen" das es überhaupt gebe – die "Stützung und Wiederbelebung der rassistischen Rassentyrannie Südafrika" – weiter gefördert: Denn "Südafrika würde nicht vierzehn Tage überleben ohne die Schweizerische Bankgesellschaft, den Schweizerischen Bankverein, die Schweizerische Kreditanstalt und wie die philanthropischen Gesellschaften auch alle heissen."⁵¹⁷

Umgehungsgeschäfte über die Schweiz in AAB-Nachrichten und WochenZeitung in den achtziger Jahren:

Im Zentrum der Skandalisierungen von ausländischen und schweizerischen Unternehmen, die Umgehungsgeschäfte über die Schweiz tätigen, steht in den AAB-Nachrichten und der WochenZeitung immer wieder der Zuger Erdöhländler Marc Rich, der sich aufgrund des gegen Südafrika gerichteten Erdölembargos eine "goldene Nase" verdiene.⁵¹⁸ Laut Jo Lang in der WochenZeitung gehört Marc Rich zu den wichtigsten Erdöllieferanten nach Südafrika, wobei er das "Erdöl zum Teil aus «erklärten» Anti-Apartheid-Staaten wie den USA und dem Iran" beziehe.⁵¹⁹ Der Finanzplatz Zug, mit all seinen Briefkastenfirmen und dubiosen Unternehmen, mache sich mitschuldig, da ihm die eigentliche Schlüsselrolle bei diesen "Drecksgeschäften" mit dem Apartheidregime zukomme.⁵²⁰ Bringe man den Paradeplatz im Volksmunde mit Gold in Verbindung, so liege bei Zug die Assoziation mit Erdöl nahe. Gemäss Lang hat das holländische Shipping Research Bureau beispielsweise für die Zeit "zwischen 1979 und 1986 31 Erdöl-Schiffloadungen der Marc Rich oder einer ihrer Tochterfirmen mit Bestimmungsort Südafrika identifizieren" können.⁵²¹ Bewiesen sei zudem, "dass die Marc Rich-Firma *Minoil Inc* zusätzlich 17 Ladungen aus «nichtidentifizierbaren Ländern des Gebietes um den Persischen Golf» nach Südafrika brachte"; womit Marc Rich insgesamt für den genannten Zeitraum "mindestens 6% des südafrikanischen Bedarfs an importiertem Erdöl deckte."

Dass sich Marc Richs Aktivitäten generell "ständig am Rande oder ausserhalb der Legalität" bewegen – so die WochenZeitung weiter –, würde auch das Memorandum der Londoner Auskunftei Marine Reporting Company (MRC) aufzeigen: Denn diese nenne als profitträchtigste Spezialität des "Zuger Multis" die Vermittlung von "heiklen Waren an heikle Käufer (...) – z. B. Öl nach Südafrika, Waffen an den Iran, militärisch verwendbare Metalle an Russland."⁵²²

515 Mascha Madörin: "Südafrika/Schweizer Banken: Der Umschuldungscoup – Kündigt euer Konto!", WoZ, 27.10.1989.

516 Leni Altwegg: "Kirchen und Banken – Ende des Dialogs?", AAB-Nachrichten, Nr. 6, Dezember 1989.

517 "Umschuldung: Jean Ziegler nennt die Missetäter beim Namen", AAB-Nachrichten, Nr. 6, Dezember 1989.

518 Maria Schnyder: "Südafrika-Boykott: Umgehungsgeschäfte laufen über die Schweiz – Die Milliarden-geschäfte der Beziehungs-Profi", WoZ, 16.8.1985.

519 Jo Lang: "Illegale Erdöllieferungen von Brunai nach Südafrika: Schon wieder Skandal um Marc Rich", WoZ, 30.1.1987.

520 "Widerstand gegen Apartheid – auch in der Schweiz", AAB-Nachrichten, Nr. 5, Oktober/November 1985.

521 Jo Lang: "Illegale Erdöllieferungen von Brunai nach Südafrika: Schon wieder Skandal um Marc Rich", WoZ, 30.1.1987. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel [Hervorhebung im Original].

522 Urs Zwicky: "Memorandum einer Londoner Auskunftei über die Geschäftstätigkeit des geheimnisvollen Zuger Multis Marc Rich: Aufriss eines Imperiums", WoZ, 6.3.1987.

Im Zusammenhang mit Umgehungen des Erdölembargos gegen Südafrika über die Schweiz wird in den AAB-Nachrichten auch wiederholt die Hamburger Handelsfirma Marimpex skandalisiert, welche nachdem es in Deutschland "für die Umgehungsgeschäfte zu heiss" wurde, ihren Firmensitz in die "südafrikafreundliche und «neutrale» Schweiz (wie Marc Rich)" nach Rapperswil am Zürichsee verlegt habe.⁵²³ Gegen die Südafrikageschäfte der Marimpex – dieses "tüchtigen Gehilfen der Rassisten in Südafrika" –, würde die offizielle Schweiz zu wenig unternehmen. Othmar Wyss vom Bundesamt für Aussenwirtschaft (BAWI) habe zwar konzidiert, vom Fall Marimpex schon gehört zu haben; jedoch betont, dass das "Erdölembargo gegen Südafrika (...) nicht bindend" sei, und die Sanktionen der Europäischen Gemeinschaft (EG) "nur Erdöl mit Ursprung EG" betreffen würde. Eine Antwort darauf könne nur ein obligatorisches Erdölembargo der UNO sein; vermerken die AAB-Nachrichten.

Daneben wird in den achtziger Jahren auch regelmässig der fusionierte schwedisch-schweizerische Konzern ASEABBC skandalisiert. Da die ASEABBC in Schweden infolge der offiziellen Sanktionsbestimmungen unter dem "Nordischen Aktionsprogramm" keine Südafrikageschäfte mehr betreiben könne, "wird dies die ASEABBC im Sanktionsumgehungsland Schweiz umso mehr tun können", vermutet der AAB-Sekretär Jean-Michel Berthoud in den AAB-Nachrichten.⁵²⁴ Pikant sei nämlich die personelle Besetzung im Führungsgremium der neuen ASEABBC. Zusammen mit dem ASEABBC-Präsidenten Curt Nicolin würde der ASEABBC-Präsident, Ex-Chef der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und Ex-Nationalbankpräsident Fritz Leutwiler, dem paritätisch zusammengesetzten ASEABBC-Verwaltungsrat vorsitzen. Mit Leutwiler – auch bekannt als "sanfter Umschuldner für Pretorias Auslandschulden" –, würde somit ein "ausgesprochener Freund der Apartheidregierung" zur neuen Konzernspitze gehören; doppelt Berthoud in der WochenZeitung nach.⁵²⁵ "Ganz zynisch wird's" dabei laut Daniel Ganzfried in der WochenZeitung, wenn sich das offizielle Zürich noch um den Firmensitz des neuen Elektromultis bewirbt: "Weltoffen, im Herzen Europas und Infrastrukturen wie der nahe Flughafen gelten als Hauptargument der Werbetrommel."⁵²⁶

Neu werden zudem Ende der achtziger Jahre die südafrikanischen Gründungen unabhängiger Firmen im Ausland oder der Kauf ausländischer Firmen durch südafrikanische Konzerne skandalisiert und die Involvierung der Schweizer Grossbanken bei diesen Massnahmen zur "Verschleierung südafrikanischen Ursprungs" kritisiert.⁵²⁷ Laut AAB-Nachrichten und WochenZeitung hat die Schweizer Beteiligung an der "Organisation und Finanzierung dieser Sanktionsumgehungsmanöver" und "Entaparteidierungen" südafrikanischer Konzerne, die "im Ausland Stützpunkte errichten, um sich auf diese Weise vor negativen wirtschaftlichen Folgen der Apartheid-Politik zu schützen", in letzter Zeit vor allem bei der SBG und beim SBV frappant zugenommen.⁵²⁸ Einerseits habe die in Luxemburg registrierte Investitionsgesellschaft Minorco der südafrikanischen Anglo American Corporation und des Diamantenkonzerns De Beers mit Hilfe des SBV ein Übernahmeangebot an das britische Bergbauunternehmen Consolidated Gold Fields (ConsGold) unterbreitet, was einer Schweizer Beteiligung an der Umgehung von Wirtschaftssanktionen gegenüber Südafrika gleichkomme. Andererseits wurde in Zug die Gründung der Compagnie Financière Richemont (CFR) als formelle Abspaltung der nicht-süd-

523 Pius Frey: "MARIMPEX schmiert Apartheid", AAB-Nachrichten, Nr. 5, Oktober 1988. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel. Vgl. auch Pius Frey: "MARIMPEX schmiert Apartheid", AAB-Nachrichten, Nr. 6, Dezember 1988.

524 Jean-Michel Berthoud: "Schweiz: Hier werden Sanktionen umgangen", AAB-Nachrichten, Nr. 5, Dezember 1987.

525 Jean-Michel Berthoud: "Wie ASEABBC schwedische Südafrika-Sanktionsbestimmungen umgehen: Südafrika-Business mindestens as usual", WoZ, 11.12.1987.

526 Daniel Ganzfried: "Samstag, 24. Oktober: Protestmarsch zum Flughafen Kloten – Wer Gold erntet, sät Flüchtlinge", WoZ, 16.10.1987.

527 "Finanzplatz Schweiz-Südafrika: Goldgier in schwierigen Zeiten", WoZ, 17.2.1989.

528 "Kein Geld für Apartheid", AAB-Nachrichten, Nr. 6, Dezember 1988.

afrikanischen Aktivitäten der Rembrandt-Gruppe (Remgro) lanciert. Die "tiefe Verstrickung" der SBG sei dort nicht nur bei der Federführung in der Aktienemission ersichtlich, sondern auch durch die Ernennung des "SBG-Boss" Niklaus Senn zum CFR-Verwaltungsratspräsidenten.⁵²⁹ Südafrikanische Konzerne würden munter expandieren und können "auf die Hilfe ihrer alten Freundinnen, den Schweizer Grossbanken, zählen", fasst AAB-Sekretär Jean-Michel Berthoud diesen neuesten Trend zusammen.⁵³⁰ In die gleiche Kategorie fällt laut AAB-Nachrichten und WochenZeitung auch die Ankündigung zur Gründung der De Beers Centenary AG in Luzern, zur Abwicklung sämtlicher Auslandgeschäfte des südafrikanischen Diamantenkonzerns De Beers hinter neutralen Schweizer Fassaden.⁵³¹

Schweiz-Besuche von prominenten Apartheidpolitikern und Südafrika-Reisen von Schweizer Beamten und Politikern in AAB-Nachrichten und WochenZeitung in den achtziger Jahren:

Schon der erste "halb-offizielle" Schweiz-Besuch von Staatspräsident P. W. Botha im Juni 1984, der mit einem einstündigen Empfang bei Bundesrat Leon Schlumpf (SVP) und einem Vortrag bei der Swiss-South African Association (SSAA) gipfelte, haben die AAB-Nachrichten und die WochenZeitung vehement als Schweizer "Beitrag zum Ausbruch Südafrikas aus der politischen Isolation" kritisiert.⁵³² Im Oktober 1988 wird dann von den AAB-Nachrichten und der WochenZeitung gleichermassen der "Privatbesuch" von Staatspräsident P. W. Botha und dessen Aussenminister Pik Botha skandalisiert, die sich "von Finanznöten und Zahlungsschwierigkeiten geplagt", auf Kreditsuche bei ihren "Schweizer Freunden" gemacht hätten.⁵³³ Gemäss WochenZeitung hat P. W. Botha von Anfang an klar gemacht, "dass er Geld brauchte" bzw. wiederum die "helfende Hand" suche, die ihm die Schweiz in so manchen Krisen gereicht habe.⁵³⁴ Unverständlicherweise habe dann Staatssekretär Edouard Brunner "es sich nicht nehmen" lassen – so die AAB-Nachrichten –, die "doppelten Bothas" im Zürcher Dolder-Hotel zu begrüßen; und auch Brunners Chef, "SP-Aussenminister Felber, konnte es nicht lassen, die beiden Apartheid-Bosse (...) in Bern zu empfangen."⁵³⁵ Weniger höflich als die beiden Bothas seien hingegen Demonstranten in Zürich begrüsst worden, welche gegen ein Treffen zwischen den "Rassisten aus Pretoria" mit Grossbankenvertretern protestiert hätten ("Botha, Senn und Frick, ziehen alle am gleichen Strick").

Daneben fokussieren die AAB-Nachrichten und die WochenZeitung immer wieder den umstrittenen Zulu-Führer und Chiefminister des Bantustans KwaZulu, Mangosuthu Buthelezi, der gemäss Res Strehle "in «seinem» Homeland für absolute Ruhe und Ordnung garantiert, wenn's sein muss mit

529 Martin Stuber: "Generalversammlung der Compagnie Financière Richemont: Südafrikanisches Kapital im Zuger Exil", WoZ, 13.8.1989.

530 Jean-Michel Berthoud: "Südafrikanische Konzerne expandieren – die Schweizer Grossbanken sind dabei: Hilfe in allen Lagen", WoZ, 18.11.1988. Vgl. auch WA.: "Südafrikanisches Kapital auf der Flucht in die Schweiz", Vorwärts, 8.9.1988.

531 Vgl. "Südafrikanisches Diamantenkartell bald in der Schweiz", AAB-Nachrichten, Nr. 1, Februar 1989; "Schweiz ein sicherer Platz für Südafrika-Diamanten", AAB-Nachrichten, Nr. 3, Juni 1989; *bw.*: "De Beers Umzug in die Schweiz: Warnung für ANC", WoZ, 16.3.1990.

532 "Botha «halb-privat» in Bern: Protest gegen Besuch des südafrikanischen Ministerpräsidenten in der Schweiz", WoZ, 30.5.1984. Vgl. auch Lukas Vogel: "Vor Südafrikas diplomatischen Durchbruch in Europa? Händedruck für die Apartheid", WoZ, 30.5.1984; "Auf allen Stationen und aus Südafrika: Protest gegen Bothas Reise", AAB-Nachrichten, Nr. 3, Juni 1984; sowie "Auch in der Schweiz: Widerstand gegen Botha-Besuch", AAB-Nachrichten, Nr. 3, Juni 1984.

533 Südafrika-Komitee Amandla: "Südafrikas Regierung in der Schweiz auf Kreditsuche: Protest gegen Bothas", WoZ, 14.10.1988.

534 "Finanzplatz Schweiz-Südafrika: Goldgier in schwierigen Zeiten", WoZ, 17.2.1989.

535 "Schweiz als Sanktionenüberbrückerin", AAB-Nachrichten, Nr. 5, Oktober 1988. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

Todesschwadronen."⁵³⁶ Laut AAB-Nachrichten ist Buthelezi das eigentliche "lieb Kind bei Schweizer Banken"; und werde von der "unter der Ägide der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG) gegründeten Lobby-Vereinigung" SSAA und der Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa) "als der vernünftige, friedliebende und repräsentative schwarze Gesprächspartner in Südafrika herumgeboten".⁵³⁷ U. a. sei Buthelezi 1985 mit Staatssekretär Brunner zusammengetroffen und bei der SSAA empfangen worden; und habe 1987 Bundesrat Pierre Aubert (SP) getroffen und ein Referat beim 4. Südafrika-Seminar der asa gehalten.⁵³⁸ Insbesondere der Empfang der "Apartheid-Marionette" Buthelezi durch Bundesrat Aubert am 1. September 1987 würde die "Widersprüche zwischen Anspruch und Wirklichkeit" der Haltung von Bundesbern gegenüber Südafrika "schockierend" illustrieren: Denn theoretisch anerkenne die Schweiz die vom Apartheidregime "künstlich geschaffenen" Bantustans und Homelands zwar nicht; handkehrum habe sie jedoch Buthelezi empfangen und Ende August Hazen Ntsanwisi, Chiefminister des Bantustans GaZankulu, der zu Besuch bei Staatssekretär Brunner weilte.⁵³⁹ Gemäss Christian Hubschmied in der WochenZeitung heisst dies aber nichts anderes als eine offene Unterstützung der Apartheidpolitik:

"faktisch akzeptiert die Schweiz die Politik der Homelands, welche zusammen mit der Beschränkung des Wahlrechts, der erzwungenen räumlichen Rassentrennung (verankert im «Group Areas Act»), der Zwangsregulierung der Arbeitskräfte zu den vier Säulen der Apartheid-Doktrin gehört, indem sie mit deren Repräsentantinnen Kontakt pflegt."

Laut AAB-Nachrichten gibt sich die Schweiz der Illusion hin, sie könne die Apartheidmachthaber "bei Cocktailgesprächen von der sturen Verfechtung der Apartheid abbringen"; weshalb hochrangige Kontakte mit der südafrikanischen Opposition eher auf liberale Wirtschaftsvertreter beschränkt bleiben würden.⁵⁴⁰ In diesem Sinne sei auch der Schweiz-Besuch von ANC-Präsident Oliver Tambo zu bewerten, welcher "nur gerade während 10 Minuten" von Bundesrat Aubert empfangen wurde.⁵⁴¹

Nebst der Kritik an den Südafrika-Reisen von Schweizer Beamten – im Zentrum hier stehen Nagra-Präsident Rudolf Rometsch, der 1986 an einer Konferenz über Nukleartechnologie in Südafrika teilgenommen hat; die Südafrika-Reise von Zürcher Kantonspolizisten mit anderen Mitgliedern der International Police Association (IPA) 1988; sowie eine "Ferienreise" von Hans-Ulrich Ernst, Direktor der eidgenössischen Militärverwaltung, ebenfalls 1988 –, skandalisieren AAB-Nachrichten und WochenZeitung regelmässig die "Apartheid-Politsafaris" von Schweizer Parlamentariern.⁵⁴² Denn obwohl beispielsweise die Südafrika-Reise von FDP-Nationalrat Jean-Pierre Bonny privater Natur gewesen sei, wurde er auch von südafrikanischen Regierungsstellen empfangen; und FDP-Ständerat Max Affolter und alt Generalstabchef Jörg Zumstein hätten sich "gar in Begleitung des notorischen Südafrika-Lobbyisten Ulrich Schlüer von der Blocherschen «Arbeitsgruppe südliches Afrika»" (asa) befunden.⁵⁴³ Gemäss WochenZeitung ist Schlüer "einer Einladung des faschistisch inspirierten Ministerpräsidenten von *KwaZulu*, *Gatsha Buthelezi* («ein Gegenbesuch»)" gefolgt, und habe die alljährliche Südafrika-

⁵³⁶ Res Strehle: "Faschistisch oder (noch) nicht?", WoZ, 27.9.1985.

⁵³⁷ Jean-Michel Berthoud: "Buthelezi lieb Kind bei Schweizer Banken", AAB-Nachrichten, Nr. 3, Juni 1987.

⁵³⁸ Vgl. stellvertretend "Buthelezi in der Schweiz", AAB-Nachrichten, Nr. 5, Oktober/November 1985.

⁵³⁹ Christian Hubschmied: "CH-Diplomatie für Apartheid", WoZ, 11.9.1987. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel [Hervorhebung im Original].

⁵⁴⁰ Matthias Klemm: "Die offizielle Schweiz und Nelson Madela: «Wir denken darüber nach»", AAB-Nachrichten, Nr. 3, Juni 1988.

⁵⁴¹ Mascha Madörin: "Schweizerische Aussenpolitik im Fall Südafrika: Neutralité et discrétion à la suisse", WoZ, 11.12.1987.

⁵⁴² Vgl. "Rometsch in Südafrika", WoZ, 22.8.1986; "Südafrika-Reise bleibt im Gespräch", WoZ, 18.3.1988; "Magere Antwort zu Südafrika-Reise", WoZ, 11.5.1988; sowie "Auch EMD-Ernst in Südafrika", WoZ, 3.2.1989.

⁵⁴³ "CH-Parlamentarier auf Apartheid-Politsafari", AAB-Nachrichten, Nr. 3, Juni 1988.

Reise der asa vorbereitet.⁵⁴⁴ Damit wird laut WochenZeitung "die Liste der bürgerlichen Südafrika-FahrerInnen, darunter Bankenvertreter wie *Christoph Blocher* (SVP) und *Ernst Mühlemann* (FDP) immer länger. In schlechtester Erinnerung ist die Bernjurassierin *Geneviève Aubry*, die 1986 nach ihrer Rückkehr schrieb: «Die südafrikanische Presse ist eine der freiesten, die ich kenne»."

Verstärkt geraten in den linksalternativen Binnenorganen in den achtziger Jahren auch die Umgehungen des Sportboykotts gegenüber Südafrika durch Schweizer Sportler und Sportverbände in den Fokus der Kritik.⁵⁴⁵ Schon 1983 skandalisierte beispielsweise die WochenZeitung einen Südafrika-Besuch des Schweizer Aero-Clubs – sprich das "völkerverbindende" Training von schweizerischen Fallschirmspringern mit solchen der südafrikanischen Streitkräfte –, bei dem sich einige Schweizer Teilnehmer auch mit rassistischen Bemerkungen hervorgetan hätten ("Die Schwarzen sind in diesem Sport nicht aktiv, weil sie zu ängstlich sind");⁵⁴⁶ und 1988 wurden zwei Ringerklubs in Zürich und Winterthur gerügt, welche trotz des Südafrikaboykotts des Internationalen Ringerverbandes eine südafrikanische Mannschaft – "die berühmten «Springböcke»" (Eigenwerbung der Ringerklubs) –, zu einem Turnier geladen hätten.⁵⁴⁷

Daneben kritisiert die WochenZeitung, dass sich der Bund bzw. offizielle Behördevertreter in Sachen Apartheid wiederholt an "dubiosen" Veranstaltungen in der Schweiz exponieren würden. Staatssekretär Brunner, der für das 4. Südafrika-Seminar der Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa) im September 1987 eingeladen wurde, habe zwar aus Terminschwierigkeiten zunächst abgesagt; dann aber Botschafter Jenö C. A. Staehelin als offiziellen Vertreter des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA) zum Event der "rechtslastigen asa" delegiert.⁵⁴⁸ Die WochenZeitung zitiert diesbezüglich den AAB-Präsidenten und Pfarrer Paul Rutishauser, der diese EDA-Teilnahme als "bedauerliche politische Fehleinschätzung" seitens der offiziellen Schweiz wertet.

Dass das EDA aufgrund einer Bezahlung von 45'000 SFR an das Treffen von Mitgliedern des ANC mit südafrikanischen Wirtschaftsvertretern in Dakar verstärkt in die Kritik von Rechtskreisen geraten sei, kann laut WochenZeitung wohl nicht als einziger Grund gelten, weshalb sich Botschafter Staehelin bei seinem asa-Auftritt so in die Defensive gedrängt sah: U. a. habe Staehelin in seinem Referat zur offiziellen Haltung der Schweiz gegenüber Südafrika gefordert, dass die südafrikanische Regierung in Verhandlungen zur Abschaffung der Apartheid treten müsse, wenn "die Anti-Apartheid-Opposition (...) auf «das Prinzip von one woman – one vote» (Wahlrecht für alle, Anm. d. Red.) in einem Einheitsstaat verzichten" würde.⁵⁴⁹ Diese "horrende Aufforderung" an die südafrikanischen Oppositionsbewegungen, "das fundamentale demokratische Prinzip des Wahlrechts, Essenz ihres Freiheitskampfes, einfach fallenzulassen", stellt laut Christian Hubschmied in der WochenZeitung die schweizerische Aussenpolitik grundsätzlich in Frage; weil diese "offensichtlich nicht auf freiheitlichen Prinzipien, sondern einzig auf diplomatischen Erwägungen beruht und dem Kompromiss zuliebe bürgerliche Grundrechte

544 Urs Frieden: "WoZ ertappte drei CH-Parlamentarier in Südafrika: Die «Privatferien» der Herren B., W. und A.", WoZ, 20.5.1988 [Hervorhebungen im Original]. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel [Hervorhebungen im Original].

545 Vgl. stellvertretend ph.: "Sport und Apartheid", WoZ, 30.3.1988.

546 Urs Frieden: "Schweizer Fallschirmspringer trainieren in Südafrika: «Die Schwarzen sind in diesem Sport nicht aktiv, weil sie zu ängstlich sind»", WoZ, 8.4.1983. Vgl. auch "Blindflug nach Südafrika: Schweizer Aero-Club schert sich einen Deut um Rassismus bzw. Sportboykott", WoZ, 8.4.1983.

547 El Bocadillo: "Ringerklubs in Zürich und Winterthur unterlaufen internationalen Südafrikaboykott: Kraft hoi! Kraft hoi! Kraft hoi!", WoZ, 30.3.1988.

548 "Schweiz-Südafrika: «Politische Fehleinschätzung»", WoZ, 4.9.1987. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

549 Christian Hubschmied: "CH-Diplomatie für Apartheid", WoZ, 11.9.1987 [Hervorhebungen im Original]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

sorglos über Bord wirft."

Gemäss Mascha Madörin (AFP, ASB) zeichnet sich das Verhalten der Schweiz gegenüber Südafrika schon lange durch "Kleinkarierte, rassistischen Paternalismus und Wirtschaftshörigkeit" aus.⁵⁵⁰ Wiederholt würden "Argumentationen des Apartheidregimes übernommen" – u. a. wenn Staatssekretär Brunner meine, "die Welt darüber belehren zu müssen, dass Sanktionen politisch kontraproduktiv seien und den Schwarzen schaden" –, und der "von Verachtung zeugende" Ratschlag von Botschafter Staehelin – die "Schwarzen Südafrikas (sollen) Kompromisse schliessen" –, sei nur ein weiteres Beispiel in einer langen Tradition eines "widerlichen Paternalismus".

Allgemeine Wirtschafts- und Aussenbeziehungen Schweiz-Südafrika in AAB-Nachrichten und WochenZeitung in den achtziger Jahren:

Die grundsätzliche Einschätzung, dass es ideologische Affinitäten zwischen Vertretern der offiziellen Schweiz, Politikern und Wirtschaftsführern mit Vertretern des Apartheidregimes gebe – d. h. dass die "Wertvorstellungen hier und dort (...) deckungsgleich" seien –, wird in den achtziger Jahren von den AAB-Nachrichten und der WochenZeitung gleichermassen stark geteilt.⁵⁵¹ Gemäss Rechtsextremismusexperte Jürg Frischknecht in den AAB-Nachrichten würde nämlich nicht nur in den vielen rechtsnationalen "Pro-Apartheid-Grüppchen", wie beispielsweise bei der Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa) von SVP-Nationalrat Christoph Blocher und dem "fleissigen Wanderprediger in Sachen Südafrika", Ulrich Schlüer, ein "blanker Rassismus doziert – «kulturell gesehen sind die Schwarzen immer noch auf der Stufe des Jägers und Sammlers geblieben»" –, sondern verstärkt auch in hohen Wirtschaftskreisen, "die in Südafrika vorwiegend schnelle Franken jagen und sammeln."⁵⁵² Afrikaspezialist Al Imfeld betont dazu, dass es in vielen "Schweizer Bank-, Geschäfts- und Mittelstandskreisen (erstaunlich viele Ärzte und Juristen) heisst (...) – vor allem wenn man unter sich ist – diese dreckigen, stinkigen, faulen, dummen, primitiven, unreifen, unterentwickelten Neger in Südafrika sind der Macht unfähig."⁵⁵³ Wiederholt wird in diesem Zusammenhang von den AAB-Nachrichten und der WochenZeitung der "Botha-Freund" und Präsident der Generaldirektion der SBG, Niklaus Senn, zitiert, der sich in einem Interview mit Radio 24 vom 25. Januar 1987 aus "Gewissensgründen" klar gegen einen Südafrikaboykott ausgesprochen habe:

"Was wir nicht mitgemacht haben, ist dieser Boykott-Türk, und zwar aus Überzeugung heraus (...). Was jetzt gemacht wird, ist eine einäugige, zum Teil moralisch sicher gut gemeinte Übung, die aber mehr schadet, als dass sie nützt. Ich kenne zufälligerweise den Herrn Botha persönlich sehr gut und habe mit ihm lange über dieses Thema diskutiert."⁵⁵⁴

Zudem betont Senn weiter, dass man unter globalstrategischen Gesichtspunkten gegen die vom "kommunistischen" African National Congress (ANC) propagierte Revolution in Südafrika sein müsse,

550 Mascha Madörin: "Schweizerische Aussenpolitik im Fall Südafrika: Neutralité et discrétion à la suisse", WoZ, 11.12.1987. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Forumsartikel.

551 Südafrika-Komitee Amandla: "Soweto, 16. Juni 1976 – 11 Jahre SchülerInnenaufstand: Apartheid-Klima in der Schweiz", WoZ, 12.6.1987.

552 Jürg Frischknecht: "Lobbies für Contra und Apartheid", AAB-Nachrichten, Nr. 6a, November 1986 (Sonderausgabe "Boykottiert Südafrika – Unterstützt Nicaragua!").

553 Al Imfeld: "Da gibt es nur den Widerstand!", WoZ, 31.7.1985.

554 U. a. Jean-Michel Berthoud: "Südafrika vor neuen Umschuldungsverhandlungen: «Zu den Risiken zählen wir auch die öffentliche Meinung»", AAB-Nachrichten, Nr. 3, Juni 1989; Südafrika-Komitee Amandla: "Soweto, 16. Juni 1976 – 11 Jahre SchülerInnenaufstand: Apartheid-Klima in der Schweiz", WoZ, 12.6.1987; sowie Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Mouvement Anti-Apartheid de Suisse (MAAS), Aktion Südafrika-Boykott (ASB), und Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt (AFP), *Südafrika: Schweizer Banken profitieren – wir boykottieren!*, Zürich 1988.

da ansonsten "für praktisch sämtliche (...) Spezialmetalle der Westen auf den Knien betteln gehen muss."⁵⁵⁵ Gemäss AAB-Nachrichten habe sich Senn schon 1983 im Wirtschaftsmagazin Bilanz ganz offen und klar gegen jeglichen Wandel in Südafrika ausgesprochen:

"Wenn ich in Südafrika leben würde, wäre ich auch nicht bereit, die Zügel aus der Hand zu geben. (...) «one man – one vote» ist für mich keine Weltreligion."⁵⁵⁶

Zwar würde sich laut Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) aktuell die SBG nicht mehr ein derart "offenes Bekenntnis zur Apartheid" und zum Rassismus leisten.⁵⁵⁷ In den sechziger Jahren hätte es aber noch ganz anders getönt; wie Res Strehle, Gian Trepp, und Barbara Weyermann in ihrem "etwas anderen" Jubiläumsbuch *Ganz oben – 125 Jahre SBG* enthüllten. So habe der Leiter der SBG-Vertretung in Johannesburg, W. Zehnder, in einem Artikel in der Personalzeitung vom April 1960 unter anderem die Apartheid, welche vornehmlich der "Protektion der Schwarzen" dienen würde, folgendermassen gerechtfertigt:

"Das ganze System mag dem Leser ungebührlich und erniedrigend erscheinen; es muss jedoch folgendes im Auge behalten werden: Der südafrikanische Eingeborene darf nicht mit dem ETH-Studenten aus Jamaika oder Ghana verglichen werden. Der südafrikanische Eingeborene ist noch absolut roh, hat keine Erziehung, kann weder lesen noch schreiben, kurz er ist halb Kind, halb Tier (sic!). Wenn ihn ein Unglück befällt, ist er absolut hilflos, und wenn er unter dem Einfluss von Alkohol steht, verliert er das wenige, das er an Kultur gelernt hat und greift zum ersten Messer (...). Er ist sehr oft schmutzig in seinen persönlichen Wohnheiten, und das Paradox ist, dass er z. B. das Heim seines Meisters sauber hält, seine eigenen Räume dagegen komplett vernachlässigt. Er ist auch faul von Natur und charakterlich schlecht, das heisst er lügt, er betrügt, und sehr oft stiehlt er auch, wenn er hofft, nicht dabei erappt zu werden (...). Einen Eingeborenen zu Gefängnis zu verurteilen, ist zwecklos, denn für ihn bedeutet dies nur Ferien; er hat keine Verantwortung und wird gefüttert. Die einzige Sprache die er versteht, ist Härte und Autorität. Ist Apartheid nötig oder erwünscht? Nötig wohl kaum, aber bestimmt erwünscht. Ohne Apartheid (...) hätte man sehr bald auch in diesem Lande den «café au lait», und ein typisches Beispiel sind die sogenannten «coloured» (...), die leider in der Regel das Schlechte vom Weissen und vom Schwarzen geerbt haben (...). Es bestehen keine Zweifel, dass sowohl Schwarze wie Weisse eine Art von Apartheid wünschen, das heisst der Weisse will nicht einen Schwarzen als Nachbarn haben und auch umgekehrt."⁵⁵⁸

Diese pikanten Aussagen von Schweizer Bankenvertretern – "«one man – one vote» ist für mich keine Weltreligion", "halb Kind, halb Tier", "ist Apartheid nötig oder erwünscht?" etc. –, sollten in der Folge von der sozialdemokratischen Tagwacht übernommen und bis in die neunziger Jahre von der AAB rezipiert werden; und zudem verstärkt Eingang finden in eine breitere mediale Öffentlichkeit (u. a. im TA Magazin (Samstagsbeilage des Tages-Anzeigers), im SonntagsBlick, in der Weltwoche und in der

555 U. a. Südafrika-Komitee Amandla: "Soweto, 16. Juni 1976 – 11 Jahre SchülerInnenaufstand: Apartheid-Klima in der Schweiz", WoZ, 12.6.1987. Vgl. auch Strehle, Trepp, und Weyermann, *Ganz oben – 125 Jahre SBG*, Zürich 1987, S. 150.

556 U. a. Jean-Michel Berthoud: "Südafrika vor neuen Umschuldungsverhandlungen: «Zu den Risiken zählen wir auch die öffentliche Meinung»", AAB-Nachrichten, Nr. 3, Juni 1989; sowie Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Mouvement Anti-Apartheid de Suisse (MAAS), Aktion Südafrika-Boycott (ASB), und Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt (AFP), *Südafrika: Schweizer Banken profitieren – wir boykottieren!*, Zürich 1988.

557 Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Mouvement Anti-Apartheid de Suisse (MAAS), Aktion Südafrika-Boycott (ASB), und Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt (AFP), *Südafrika: Schweizer Banken profitieren – wir boykottieren!*, Zürich 1988.

558 Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Mouvement Anti-Apartheid de Suisse (MAAS), Aktion Südafrika-Boycott (ASB), und Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt (AFP), *Südafrika: Schweizer Banken profitieren – wir boykottieren!*, Zürich 1988. Vgl. auch Strehle, Trepp, und Weyermann, *Ganz oben – 125 Jahre SBG*, Zürich 1987, S. 152ff.

Laut WochenZeitung sind "[b]estimmte Verhaltensweisen (...) nur aus einer «ideologischen und emotionalen Identifikation» (...) von Teilen der schweizerischen Elite mit der herrschenden Kaste in Südafrika heraus verständlich. Die gegenseitigen ökonomischen Interessen erklären da zu wenig."⁵⁶⁰ Diese "psycho-sozialen Affinitäten" zwischen der Schweiz und Südafrika sind gemäss Mascha Madörin (AFP, ASB) zunächst "die Privilegien, der Sonderfall, eine Art Laagerbewusstsein oder Igelmentalität."⁵⁶¹ So hätten beispielsweise die Schweizer Bankiers schon immer etwas von einem Freibeuter gehabt; "und sie betrieben immer eine clevere Aussenseiter-Politik, spürten diskret Marktlücken auf, wie etwa beim Goldmarkt nach dem Zweiten Weltkrieg, wo sie direkt in den Schmuggelgebieten wie z. B. Vientian oder Djakarta, ihre Geschäfte tätigten. Die Mentalitäten des diskreten Durchmauscheins scheinen mir gewisse Ähnlichkeiten zu haben."

Daneben verweisen vor allem die AAB-Nachrichten auch auf den – teilweise direkten – Einfluss der Schweizer Wirtschaft auf die Massenmedien und ihre Südafrikaberichterstattung. AAB-Sekretär Jean-Michel Berthoud hält es für bedenklich, dass der Wirtschaftsjournalist und "Südafrika-Lobbyist" Hansjürg Saager – ständiger Mitarbeiter der Handelszeitung, Redaktor des Bulletins *Südafrika, wirtschaftliche und andere Mitteilungen* der Swiss-South African Association (SSAA) und "Sprössling von Bruno M. Saager, der seinerseits während Jahrzehnten für die SBG südafrikanische Edelmetalle mit Gewinn verkaufte" –, immer wieder im unabhängigen Tages-Anzeiger "Gastrecht mit Propagandaberichten zur Wirtschafts- und Finanzlage im Apartheid-Staat" finden würde.⁵⁶² So beispielsweise anlässlich eines Referates des südafrikanischen Notenbankgouverneurs Gerhard De Kock im Oktober 1987 im Rahmen einer Vortragsreihe zum dreissigjährigen SSAA-Jubiläum, als Saager gleich selber einen Artikel im Tages-Anzeiger "über dieses Ereignis mit der klaren Option «Intensivierung der Investitionen in Südafrika»" verfasste.⁵⁶³

Wie in den siebziger Jahren auch schon, skandalisieren die linksalternativen Binnenorgane AAB-Nachrichten und WochenZeitung daneben die Anleihen von Schweizer Grossbanken an die südafrikanische Elektrizitätsgesellschaft ESCOM (Electric Supply Commission), die einer "Unterstützung Südafrikas bei der Anschaffung einer nukleartechnologischen Infrastruktur" gleichkomme.⁵⁶⁴ Gemäss Berthoud ist die Schweiz zudem seit anfangs der achtziger Jahre noch direkter mitbeteiligt an der atomaren Aufrüstung Südafrikas. Im Herbst 1981 habe die KKW Kaiseraugst AG durch die Vermittlung der amerikanischen Maklerfirma Edlow International angereichertes Uran an Südafrika für einen Reaktor in Koeberg verkauft: "In verschiedenen Anlagen kann das Uranium (aus der Schweiz)

559 U. a. Tobias Bauer: "Südafrika-Boykottwoche in Bern: Schweizer Blutgeld", TW, 12.6.1985; Pascal Cuttat: "Südafrika und die Schweizer Wirtschaft", TW, 10.8.1985; Mascha Madörin: "Wirtschaftsbeziehungen Schweiz-Südafrika: Von Solidarität mit weissen Herren geprägt", AAB-Nachrichten, 2/1997; Peter Leuenberger: "Profiteure und deren weisse Westen", AAB-Nachrichten, 1/1998; Erwin Koch: "Im gelobten Land", TA Magazin, 14.2.1998; Frank A. Meyer: "Zum 2. August", SBK, 2.8.1998; Markus B. Meier: "Benefizkonzerte für Südafrika: Die billigere Lösung", WoZ, 26.11.1998; Res Strehle: "Schwarze Vergangenheit – Hässliche Schulden: Die Schweizer Banken wollen ihr Südafrika-Engagement nicht aufarbeiten", WE, 8.4.1999; Gian Trepp: "Geschäfte über das Verfalldatum hinaus: Schweizer Bankiers standen dem Apartheidregime noch zur Seite, als es schon in Agonie lag", SoZ, 2.5.1999; sowie Frank A. Meyer: "Wiedergutmachung – für «Tiere»?", SBK, 14.5.2000.

560 osk.: "Das besondere Verhältnis der Schweiz zu Südafrika: Verbunden im Gold und Geist", WoZ, 21.8.1987 [Hervorhebungen im Original].

561 Giaco Schiesser: "Grossbanken – Volksbewegung nicht gewöhnt", WoZ, 17.3.1989. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

562 Jean-Michel Berthoud: "Buthelezi lieb Kind bei Schweizer Banken", AAB-Nachrichten, Nr. 3, Juni 1987.

563 Jean-Michel Berthoud: "Editorial", AAB-Nachrichten, Nr. 1, Februar 1988.

564 "Sanktionen – Banken: Schweizer Banken finanzieren die Apartheid", AAB-Nachrichten, Nr. 4, Juli 1986.

derart angereichert werden, dass es für die Atombombe gebraucht werden kann."⁵⁶⁵

Daneben skandalisieren AAB-Nachrichten und WochenZeitung verstärkt Stephan Schmidheiny und seine Eternit Holding AG (Schmidheiny-Gruppe) bzw. dessen südafrikanische Tochtergesellschaft Everite Ltd., wegen unzulänglicher Arbeitsbedingungen für ihre schwarze Belegschaft bei der Asbestverarbeitung. Die WochenZeitung zitiert aus einem Bericht des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) von Oktober 1985, in dem kritisiert wird, dass die "schwarzen Arbeiter der schweizerisch kontrollierten Everite in Südafrika «(...) wie Tiere gehalten (werden)»."⁵⁶⁶ Die Everite Ltd. zahle "Mindestlöhne von 630 Rand pro Monat, während der EG-Verhaltenskodex über Niederlassungen von multinationalen Unternehmen in Südafrika für sechsköpfige Familien für 1988 803 Rand und für achtköpfige Familien 1095 Rand empfiehlt."⁵⁶⁷ Zudem sei auf Betreiben des Managements die Armee gegen Streikende eingesetzt und dabei ein Streikführer erschossen worden; obschon die Belegschaft nur eine "R 1.08 Lohnerhöhung pro Stunde (R 1.- = ca. Fr. -.60) für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer" forderten.⁵⁶⁸ Laut Barbara Weyermann in der WochenZeitung belegt gemäss einer dem Solifonds (Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt) "vorliegenden Lohn-Rangliste (...) die Eternit-Tochter im Vergleich zu anderen Schweizer Firmen 1988 den zweitletzten Platz."⁵⁶⁹ Dies sei vor dem Hintergrund untragbar, dass der Gewinn der Everite Ltd. 1988 um sechzig Prozent stieg. Insbesondere auch deshalb, weil es "in gewissem Widerspruch zum Image des fortschrittlichen Unternehmens, das *Stephan Schmidheiny* in der Schweiz pflegt", stehen würde.⁵⁷⁰

Auch in der von Jean-Pierre Bonny, Nationalrat der Freisinnigdemokratischen Partei (FDP), 1989 lancierten Initiative zur Förderung von schwarzen Kleinunternehmern und Eigenheimbesitzern in Südafrika über einen eigens dazu gegründeten Verein (Schweizer Freunde der Urban Foundation) – und mehrheitlich finanziert durch Schweizer Firmen (u. a. Schmidheiny-Gruppe) –, sieht die WochenZeitung nur eine weitere apartheidstützende Aktion; spricht "Bonnyfikation" für das Apartheidregime. Denn die Schweizer Unterstützung der nach dem Soweto-Aufstand 1976 von prominenten südafrikanischen Geschäftsleuten – u. a. Harry Oppenheimer (Anglo American Corporation, De Beers) und Anton Rupert (Rembrandt-Gruppe) –, gegründeten Urban Foundation zur Erhaltung der "bedrohten Ökonomie" Südafrikas, würde nur den Plan der Regierung Botha, die "Neo-Apartheid" mit einer neuen schwarzen Mittelschicht zu stabilisieren, weiter "begünstigen".⁵⁷¹ Laut WochenZeitung finanziert zudem die Schmidheiny-Gruppe wohl Bonnys Initiative nur aus Eigennutz, um für ihre südafrikanische Tochtergesellschaft Everite Ltd. den "äusserst wichtigen Markt" der "Billighäuser" weiter umfassend erschliessen

⁵⁶⁵ Jean-Michel Berthoud: "Kleine Schweiz – grosse Stütze der Apartheid", WoZ, 20.6.1986. Vgl. auch "Der Uran-Verkauf der KKW Kaiseraugst an Südafrika: Kein AKW in Kaiseraugst – dafür in Südafrika", AAB-Nachrichten, Nr. 1, März 1982; "Nukleare Zusammenarbeit zwischen Südafrika und der Schweiz", WoZ, 11.6.1982; Lukas Vogel: "Schweizer Multis in Südafrika", AAB-Nachrichten, Nr. 4, Dezember 1982; Silvia Sanides-Kilian, und Martin Kilian: "Südafrikas Weg zur Atommacht", WoZ, 6.4.1984; sowie Peter Hug: "Schwerwasseranlage von Sulzer nach Südafrika?", WoZ, 28.9.1984. Vgl. auch Aktion Südafrika-Boycott (ASB), *Kaiseraugst, Südafrika-Namibia: Gemeinsam gegen Atommultis*, Zürich 1983.

⁵⁶⁶ Markus Mugglin: "Personalpolitik eines schweizerisch kontrollierten Betriebes in Südafrika: «Wie Tiere gehalten»", WoZ, 29.11.1985.

⁵⁶⁷ "Armee gegen Streikende bei Schmidheiny-Filiale Everite", AAB-Nachrichten, Nr. 3, Juni 1989.

⁵⁶⁸ Barbara Weyermann/jmb: "Arbeitsbedingungen in Südafrika – am Beispiel der Schmidheiny-Tochter Everite: Mit Hungerlöhnen keine Menschenwürde", AAB-Nachrichten, Nr. 4, August 1989. Vgl. auch *bw.*: "Südafrika: Mord an Everite-Arbeiter – Todesschwadronen gegen Streikführer", WoZ, 4.8.1989.

⁵⁶⁹ Barbara Weyermann: "Südafrika: Streik gegen Schmidheiny", WoZ, 9.6.1989.

⁵⁷⁰ Barbara Weyermann: "Südafrika/Schweiz: Solidarität mit den streikenden Everite-ArbeiterInnen weitet sich aus – Schmidheiny wird nervös", WoZ, 30.6.1989 [Hervorhebung im Original].

⁵⁷¹ Barbara Weyermann: "Entwicklungshilfe für Südafrikas schwarze Mittelschicht: Bonnyfikationen statt Sanktionen", WoZ, 17.11.1989. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

zu können. Dass sich die offizielle Schweiz bzw. die Direktion für Entwicklungs-Zusammenarbeit (DEZA) ebenfalls an Bonnys Vorhaben beteiligen wolle, sei zudem vor allem vor dem Hintergrund bedenklich, dass beispielsweise auch die "CSU-nahe Hanns-Seidl-Stiftung, die auch im internationalen Netz der organisierten Rechtsextremen eine Rolle spielt", als Geldgeber der Schweizer Freunde der Urban Foundation fungieren würde.

Memo Verhältnis Schweiz-Südafrika linksalternative Lobbygruppen 1985-1989:

Noch stärker als in den siebziger Jahren markieren für die linksalternativen Apartheidkritiker (AAB, WochenZeitung etc.) in den achtziger Jahren die Schweizer Grossbanken mit ihrer Kreditpolitik und – nun insbesondere – dem Goldhandel, wie auch die Schweizer Firmen mit Niederlassungen in Südafrika, die Hauptstützen des Apartheidregimes. Die Südafrikapolitik des Bundes wird weiterhin und durchwegs als hypokritisch typisiert (Stichworte: keine Zwangsmassnahmen, moralische Verurteilung und Vermittlerrolle anbieten), und dabei eine eigentliche Komplizenschaft mit dem Apartheidregime diagnostiziert. Skandalisiert wird neu eine "Rassismusachse Südafrika-Schweiz", d. h. die ideologischen Affinitäten zwischen Schweizer Wirtschaftsvertretern, Politikern und Beamten mit den Exponenten des Apartheidregimes. Zudem wird in den achtziger Jahren noch stärker als zuvor zu einem umfassenden Wirtschaftsboykott aufgerufen (Konsumboykott, Bankenboykott-Kampagne, Kreditstopp, Umschuldungsstopp etc.); und das antikritische Leitargument der negativen Effekte von Sanktionen (u. a. Arbeitslosigkeit unter den Schwarzen) mittels wissenschaftlichen Studien und dem Hinweis entkräftet, dass selbst schwarze Führer in Südafrika Boykottmassnahmen um jeden Preis befürworten würden.

Antikritischer Diskurs in asa-bulletin und Schweizerzeit in den achtziger Jahren:

Folgende Aktivitäten und Ereignisse finden in der Hoch-Zeit des internationalen Südafrikaboykotts der achtziger Jahre in den antikritischen Binnenorganen asa-bulletin und Schweizerzeit im Kontext des Verhältnis Schweiz-Südafrika besonders hohe Resonanz: Die als reine Propaganda perzipierten Kampagnen der linksalternativen Lobbygruppen und die Desinformation der "roten" Massenmedien im allgemeinen; die als "verfehlt" perzipierte Südafrikapolitik der schweizerischen Landeskirchen und ihren Organisationen; die beiden Südafrikadebatten im Nationalrat zur Sanktionenfrage 1986 und zur Ergreifung eines sogenannten "echten" Courant normal (inklusive alle Kapitalexperte und Goldhandel) 1988; die Schweiz-Besuche von prominenten Apartheidpolitikern und sogenannten "gemässigten" schwarzen Führern und die Südafrika-Reisen der Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa); sowie die allgemeinen Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zum südafrikanischen Apartheidregime.

Im asa-bulletin und der Schweizerzeit dominieren bei den antikritischen Positionen in der Phase 1985-1989 diejenigen der Schweizerzeit (39.3%) und der Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa) selbst (33.3%). Erhöhte Resonanzen erzielen nur gerade die Schweizer Grossbanken SBG, SBV und SKA (10.4%), führende weisse und schwarze Apartheidpolitiker – u. a. F. W. De Klerk, P. W. Botha und Zulu-Führer Buthelezi (zusammen 6.7%) – sowie die Schweizerische Volkspartei (SVP) (5.2%).⁵⁷² Als einer der eifrigsten Schreiberlinge in beiden Binnenorganen erweist sich Ulrich Schlüer (us.), Schweizerzeit-Herausgeber und aktives Mitglied der asa und des Clubs der Freunde Südafrikas (CFS). Praktisch alle asa-Artikel zum Verhältnis Schweiz-Südafrika werden auch in der Schweizerzeit abgedruckt (mehrheitlich mit den Kürzeln asa oder asa/us versehen); und Schlüer meldet sich verstärkt in seiner "Spalte Rechts" auf der Frontseite der Schweizerzeit zu Wort. Im asa-bulletin schreiben nebst Schlüer zudem auch verstärkt Bundeshausjournalist und CFS-Mitglied Hans-Rudolf Böckli und Josef Jäger, ehemaliger Direktor der rechtsbürgerlichen Nachrichtenagentur Schweizerische Politische Korrespondenz (spk), über das Verhältnis Schweiz-Südafrika. Daneben veröffentlichen das asa-bulletin und die Schweizerzeit regelmässig Beiträge von mehr oder weniger prominenten konservativen Antikritikern: U. a. SVP-Nationalrat Christoph Blocher, FDP-Nationalrat Müller-Meilen (zugleich Chef der Inlandredaktion der NZZ), Dr. Peter Sulzer-Jantzen und der frühere republikanische Nationalrat und aktuelle SVP-Nationalrat Hans Ulrich Graf.⁵⁷³

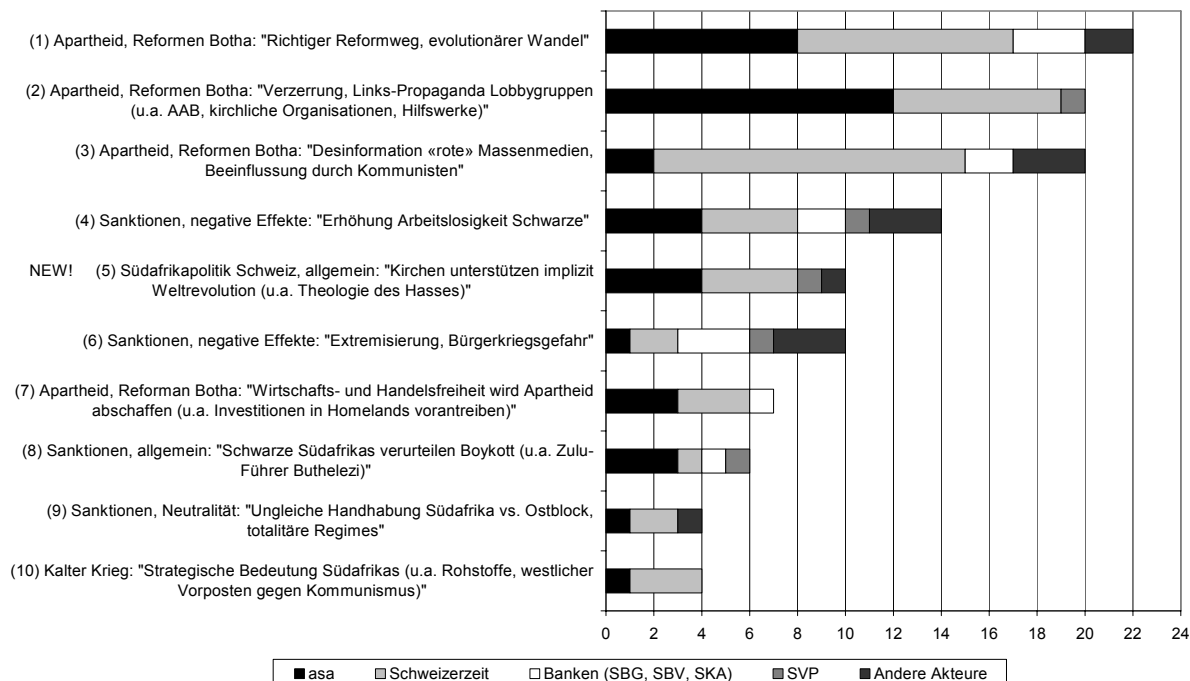
Als antikritische Position mit der höchsten Resonanz in beiden Binnenorganen erweist sich in den achtziger Jahren die altbekannte Einschätzung, dass P. W. Bothas Reformweg die einzige Chance für einen unblutigen, evolutionären Wandel im südlichen Afrika verkörpere (vgl. Position 1; Abbildung 19, Seite 152). Unbestritten sei nämlich, dass "wesentliche Pfeiler der Apartheid-Gesetzgebung in den letzten Jahren gefallen" seien und dass "die noch verbliebenen Reste in absehbarer Zeit ebenfalls

572 n = 135. SZ = 53 Positionen (39.3%); asa = 45 (33.3%); Banken (SBG, SBV, SKA) = 14 (10.4%); SVP = 7 (5.2%); F. W. De Klerk = 4 (3.0%); Freisinnigdemokratische Partei (FDP) = 4; P. W. Botha = 3 (2.2%); Mangosuthu Buthelezi = 2 (1.5%); Aktion "Kirche wohin?" = 1 (0.7%); Bundesrat = 1; sowie ifo-Institut = 1.

573 Vgl. stellvertretend FDP-Nationalrat Müller-Meilen: "Rufen Menschenrechtsverletzungen nach Boykottmassnahmen? Südafrika und die Schweiz", SZ, 30.1.1987; Dr. Peter Sulzer-Jantzen: "Walter Wolfs Wortklaubereien: «Tyrannennord» in Südafrika?", SZ, 3.6.1987; Dr. Peter Sulzer-Jantzen/asa: "Südafrika und RENAMO", asa-bulletin, Nr. 75, 19. Oktober 1987; SVP-Nationalrat Hans Ulrich Graf: "Den «Predigern der Gewalt» muss das Handwerk gelegt werden", SZ, 13.11.1987; SVP-Nationalrat Christoph Blocher: "Südafrika-Sanktionen: Was wären die Folgen?", gelbes Beiblatt Nr. 4/88 zum asa-bulletin, Nr. 81, 12. April 1988; Dr. Peter Sulzer-Jantzen: "Propaganda und Wirklichkeit: «Krieg gegen Kinder» in Südafrika?", SZ, 6.5.1988; sowie Dr. Peter Sulzer-Jantzen: "Der schweizerische Evangelische Kirchenbund und Südafrika: Bewusst falsch informierte Pharisäer", SZ, 2.12.1988.

fallen würden.⁵⁷⁴ Doch was Südafrika heute brauche, ist "Zeit für seine innere Erneuerung und die Entwicklung zu einer westlichen Demokratie"; betont die Schweizerzeit.⁵⁷⁵

Abbildung 19: Antikritische Positionen differenziert nach Akteuren in asa-bulletin und Schweizerzeit 1985-1989⁵⁷⁶



Eine sehr hohe Aufmerksamkeit – insbesondere im asa-bulletin – erzielt auch die Kritik an der linken Propaganda der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), kirchlicher Organisationen, Hilfswerken und anderen linksalternativen Lobbygruppen, welche wiederholt mit "gezinkten Karten" und vermeintlichem "Beweismaterial" unverfroren für ihre Anliegen mobilisieren würden (vgl. Position 2; Abbildung 19).⁵⁷⁷

⁵⁷⁴ Ulrich Schlüer: "Die «Schweizer Illustrierte» hinterlegt ihre Visitenkarte: Die Geschichte eines Interviews", SZ, 23.9.1988.

⁵⁷⁵ Dr. Egon P. S. Zehnder: "Wirtschaftsboykott gegen Südafrika? Sanktionen auf dem Buckel der Schwarzen", SZ, 13.12.1985 [Hervorhebungen im Original].

⁵⁷⁶ Dargestellt werden die zehn am häufigsten geäußerten antikritischen Positionen differenziert nach Akteuren in asa-bulletin und Schweizerzeit 1985-1989 in absoluten Werten [n = 135]. Neue Positionen sind in der Abbildung mit NEW! gekennzeichnet. Weitere antikritische Positionen mit erhöhter Resonanz in asa-bulletin und Schweizerzeit: *Südafrikapolitik Bund: "Positive Massnahmen, Schweiz finanziert schwarze Entwicklungs- und Bildungsprojekte"* [3 Nennungen]. Antikritische Positionen mit geringer Resonanz in asa-bulletin und Schweizerzeit [weniger als 3 Nennungen]: *Sanktionen, allgemein: "Ausschluss Südafrika IKRK-Konferenz Genf 1986 nicht gerechtfertigt (Imageschaden Schweiz)"; Sanktionen, negative Effekte: "Wirtschaftskrise Frontstaaten Südafrikas"; Sanktionen, negative Effekte: "Stärkung Apartheidregime, Förderung Kriegswirtschaft Südafrikas"; sowie Sanktionen, UNO: "Hypokrisie US- und EG-Firmen, unechter Südafrikaboykott"; Sanktionen, Neutralität: "Aussenpolitische Tradition Neutralität verbietet grundsätzlich konzertierte Aktionen"; Südafrikapolitik Bund: "Neutralität verbietet Einmischung, Diplomatie in schwierigen Zeiten wichtig, Nichtanerkennung Befreiungsbewegungen"; Südafrikapolitik Bund: "Restriktive Kapitalexportpolitik, Zuwachsplafonierung in Kraft seit 1974 (=Courant normal), Kapitalexporte rückläufig"; Südafrikapolitik Bund: "Angemessen (keine Zwangsmassnahmen, moralische Verurteilung, Vermittlung anbieten)"; Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweizer Banken handeln im Gesetzesrahmen"; sowie Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweizer Firmen als Wegbereiter für Reformen Botha (u. a. Gleichstellung Belegschaft)".*

⁵⁷⁷ asa: "Anti-Südafrika-Pamphlet: Die «Neue Tageszeitung»", SZ, 2.10.1987.

Stärker als das asa-bulletin kritisiert die Schweizerzeit zudem die Desinformation(skampagnen) der "kommunistisch" unterwanderten Massenmedien; insbesondere seitens des Schweizer Fernsehens SF DRS, das in seiner Südafrikaberichterstattung – "bewusst oder blind" –, eine "schwerwiegende Verzerrung der südafrikanischen Wirklichkeit" porträtieren würde (vgl. Position 3; Abbildung 19).⁵⁷⁸ Vor dem Hintergrund, dass mit P. W. Bothas Reformen der "Kern der Apartheid beseitigt" sei, stelle nämlich einerseits die ausschliessliche Beschränkung auf Unruhen eine "grundlegend falsche Gewichtung der Ereignisse" dar und liefere "ein in mehrfacher Hinsicht entstelltes Bild" von Südafrika.⁵⁷⁹ Denn eine "friedliche Revolution" sei für Fernsehleute offenbar nicht attraktiv: "Man will Extreme zeigen – mag dies nun der Wahrheit entsprechen oder nicht."⁵⁸⁰ Andererseits würden die Massenmedien auch regelmässig mit "schwerwiegenden und offenkundigen Verdrehungen" Unwahrheiten produzieren; vor allem die Boulevardzeitungen, denen "busenbestückte Sensation und skrupelloses «Verbrauten» von als süffig vermuteten Stories offensichtlich wichtiger ist, als wahrheitsgetreue Wiedergabe."⁵⁸¹

Hohe Kritik erfahren in beiden rechtsnationalen Binnenorganen auch die "willfähigen Diener einer sturen Anti-Apartheid-Politik" – sprich die schweizerischen Landeskirchen und ihre Organisationen –, die mit ihrer "fehlgeleiteten" Südafrikapolitik als "klerikale Sendboten des Weltkommunismus" agieren würden (vgl. Position 5; Abbildung 19).⁵⁸² Bedenklich sei bei dieser neuen Entwicklung, dass dabei "jene «Befreiungstheologie», der sich die Hintermänner und -frauen der modernen Kreuzzüge verschrieben haben längst in eine Theologie des Hasses umzuschlagen droht."⁵⁸³

Als zentrale Leitargumente gegen die Ergreifung sogenannter wirtschaftlicher "Zwangsmassnahmen" erweisen sich im asa-bulletin und der Schweizerzeit die Betonung der negativen Effekte der Erhöhung der Arbeitslosigkeit der Schwarzen und der Gefahr eines Bürgerkrieges bzw. Blutbades in Südafrika (vgl. Positionen 4 und 6; Abbildung 19). Denn dass "politische und wirtschaftliche Einflussnahmen von aussen (...) in erster Linie die Schwarzen selber treffen", ist für das asa-bulletin und die Schweizerzeit unbestritten.⁵⁸⁴ Dabei wird auch regelmässig auf die Gleichgültigkeit der Linken für das "Schicksal der Schwarzen" verwiesen, da es diesen Kreisen weniger um die Rechte der Schwarzen in Südafrika gehen würde, als vielmehr "um die *eigene Publizität* (...) – *auf dem Buckel der Schwarzen*."

Das Argument, dass selbst schwarze Führer den internationalen Südafrikaboykott verurteilen und als kontraproduktiv beurteilen würden, findet in beiden antikritischen Binnenorganen nachhaltig Resonanz; und wird – wie die beiden anderen erwähnten Leitargumente zu den negativen Effekten von Sanktionen – verstärkt von Bankenvertretern unterstützt (vgl. Position 8; Abbildung 19). Gemäss asa und Schweizerzeit haben sich nicht nur der Zulu-Führer Mangosuthu Buthelezi, sondern auch Lucas Mangope, Chiefminister des Homeland Bophuthatswana, und Hazen Ntsanwisi, Chiefminister des Bantustan GaZankulu, "[m]it aller Schärfe (...) gegen jene politischen Kräfte im In- und Ausland (gewendet), die Sanktionen und Boykotte gegen Südafrika fordern. Solche Massnahmen kann nur for-

578 Ulrich Schlüer: "Spalte Rechts: Mitleid", SZ, 30.8.1985.

579 asa/us: "Südafrika – Entscheidende Vorgänge bahnen sich an: Der Weg aus den Unruhen", SZ, 18.10.1985.

580 Ulrich Schlüer: "Spalte Rechts: Soweto", SZ, 3.11.1989.

581 Ulrich Schlüer: "Die «Schweizer Illustrierte» hinterlegt ihre Visitenkarte: Die Geschichte eines Interviews", SZ, 23.9.1988.

582 SVP-Nationalrat Hans Ulrich Graf: "Den «Predigern der Gewalt» muss das Handwerk gelegt werden", SZ, 13.11.1987.

583 Ulrich Schlüer: "Spalte Rechts: Gegen Apartheid und so ...", SZ, 7.7.1989.

584 Dr. Egon P. S. Zehnder: "Wirtschaftsboykott gegen Südafrika? Sanktionen auf dem Buckel der Schwarzen", SZ, 13.12.1985. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Forumsartikel [Hervorhebungen im Original].

dern, wer sich für die Folgen nicht verantwortlich fühlt."⁵⁸⁵

Prominent wird vom asa-bulletin und der Schweizerzeit auch eine Forcierung der Wirtschafts- und Handelsfreiheit gefordert, welche die Apartheid in naher Zukunft von selbst zum Verschwinden bringen würde (vgl. Position 7; Abbildung 19). Denn nicht Sanktionen, sondern "wirtschaftliche und moralische Unterstützung seitens des Westens könnte Südafrika helfen, unter erträglichen Opfern das zu verwirklichen, worum noch vor gut 40 Jahren die Europäer sich buchstäblich die Köpfe eingeschlagen haben: den Ausgleich zwischen Völkern und Rassen."⁵⁸⁶ Und "[w]er die noch bestehenden Apartheid-Reste wirklich beseitigen, wer vollständige Gleichstellung aller Rassen wirklich erreichen will, muss in erster Linie die wirtschaftliche Kraft des Landes stärken."⁵⁸⁷

Als zentrale identitätsstiftende Argumentationen, die im Kontext des Kalten Krieges stehen, erweisen sich in beiden rechtsnationalen Binnenorganen einerseits dasjenige der Ungleichbehandlung des Fall Südafrika im Vergleich mit anderen totalitären, sprich kommunistischen Regimes; und andererseits dasjenige der strategischen Bedeutung Südafrikas als einer der letzten Vorposten gegen den Kommunismus in Afrika (vgl. Positionen 9 und 10; Abbildung 19).⁵⁸⁸ Denn nebst der "Versorgung mit militärisch wichtigen Edelmetallen [dürfe] auch die strategisch bedeutsame Route um das Kap der Guten Hoffnung" nicht gefährdet werden.⁵⁸⁹ Nicht vergessen sollte man zudem "Lenins Worte aus den frühen zwanziger Jahren, wonach der Kommunismus in Westeuropa über Afrika führt."⁵⁹⁰

Apartheidkritischer Diskurs in asa-bulletin und Schweizerzeit in den achtziger Jahren:

Ungleich weniger als bei den linksalternativen Binnenorganen AAB-Nachrichten und WochenZeitung (insgesamt 99 Fälle), werden im asa-bulletin und der Schweizerzeit in den achtziger Jahren die Argumente des politischen Gegners gespiegelt (nur 46 Fälle). Dabei überwiegen apartheidkritische Positionen der schweizerischen Landeskirchen und ihren Organisationen – u. a. Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund (SEK), Schweizerischer Evangelischer Pressedienst (epd), Kooperation Evangelischer Kirchen und Missionen (kem), Weltkirchenrat (OeRK) und Justitia et Pax (zusammen 54.3% aller Fälle) – und diejenigen der "roten" Massenmedien; wie beispielsweise des Schweizer Fernsehens SF DRS und des sozialdemokratischen Volksrechtes (zusammen 19.6%). Die apartheidkritischen Positionen der Sozialdemokratischen Partei (SP) (13.0%), der Hilfswerke Brot für Brüder, Fastenopfer und HEKS (Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz) (zusammen 6.6%) und der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) (6.5%) erzielen im Vergleich dazu nur eine geringe Resonanz.⁵⁹¹

Von allen Einzelpositionen insgesamt, wird vom asa-bulletin und der Schweizerzeit nur gerade das

585 asa/us: "Die Stimme eines gemässigten Schwarzen: Engagement statt Disengagement für Südafrika", SZ, 18.9.1987. Vgl. auch asa: "Schicksalsfrage für das südliche Afrika – Marktwirtschaft oder Planwirtschaft: Ein Gespräch mit Präsident Lucas Mangope von Bophuthatswana", SZ, 15.11.1985.

586 Markus Herzig: "Gegen den Strom: Hilfe statt Sanktionen für Südafrika", SZ, 15.8.1986.

587 asa/us: "Die Stimme eines gemässigten Schwarzen: Engagement statt Disengagement für Südafrika", SZ, 18.9.1987.

588 Der in der Kopfzeile jedes asa-bulletins getätigte Hinweis auf die strategische Bedeutung Südafrikas im Kalten Krieg (vgl. dazu nochmals Kapitel III.1.3) wurde im Rahmen der Resonanzanalyse nicht quantifiziert; ansonsten würde dieses antikritische Leitargument in der Hierarchie unumstritten auf Position 1 aufscheinen.

589 Markus Herzig: "Gegen den Strom: Hilfe statt Sanktionen für Südafrika", SZ, 15.8.1986.

590 Hansjürg Saager: "Franz Josef Strauss sprach in Zürich: Europa im Spannungsfeld zwischen Ost und West", SZ, 11.4.1986.

591 n = 46. SEK = 11 Positionen (23.9%); SP = 6 (13.0%); SF DRS = 5 (10.9%); epd = 4 (8.7%); Kirche unspezifisch = 4; kem = 3 (6.5%); AAB = 3; OeRK = 2 (4.3%); Volksrecht = 2; Schweizer Illustrierte = 1 (2.2%); Medien unspezifisch = 1; Justitia et Pax = 1; Brot für Brüder = 1; Fastenopfer = 1; sowie HEKS = 1.

apartheidkritische Leitargument bezüglich der Verschlimmerung der Situation und der Nichtreformierbarkeit der Apartheid prominent aufgegriffen und vorwiegend den schweizerischen Landeskirchen zugeschrieben (total 22 Nennungen): "Das ist der *theologische Fehlschluss*, zu dem leider auch unser Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund (SEK) ja zu sagen scheint. Nach dem Glaubenssatz, Apartheid lasse sich nicht reformieren, sondern nur abschaffen, wodurch jegliches Bemühen um Reformen – zugunsten einer Entmachtung der Regierung auf *revolutionärem Weg* – in den Wind geschlagen wird."⁵⁹² Andere apartheidkritische Argumente finden demgegenüber nur marginal Resonanz.⁵⁹³

Verstärkt wird aber vom *asa-bulletin* und der *Schweizerzeit* auf die linksalternative Kritik reagiert, gewisse Exponenten aus antikritischen Kreisen würden starke ideologische Affinitäten zum Apartheidregime aufweisen: U. a. habe Ulrich Schlüer an einem Volkshochschulkurs in Zürich zum Thema Südafrika "skrupellos «für das weisse Minderheitenregime Südafrikas» geworben und «die Apartheidpolitik konsequent unterstützt. Selbst die grössten Menschenrechtsverletzungen» seien vom Referenten «toleriert – ja sogar unterstützt» worden, weil er einem «überlebten Herr-Knecht-Verhältnis» huldige."⁵⁹⁴ Gemäss Schlüer hat jedoch dieser Ankläger einer "zürcherischen Lokalzeitung" – gemeint ist der *Tages-Anzeiger* –, aus dem "hohlen Bauch heraus" über angeblich "gar schrecklicher Einzelheiten aus dem Vorleben des Referenten" berichtet, und aufs Abschreiben aus den altbekannten Quellen zurückgegriffen: "Zum Glück gibt's die «Unheimlichen Patrioten» – wobei der Abschreiber in seinem Eifer auch gerade alle dort enthaltenen Fehler mitübernimmt." In einem Vorstoss zu dieser Kontroverse im Zürcher Kantonsrat durch die SP, welche "sich allzugerne ihres besonderen Flairs für (...) ihre «Kultur der Demokratie» (brüstet), die insbesondere auch Andersdenkende zu Wort kommen lässt", erkennt dann Schlüer den wahren "totalitären Anspruch" der Linken:

"Geht es ums Thema Südafrika, dann ist es offensichtlich vorbei mit aller Kultur. Verschmäht jemand den bis zur Ungeniessbarkeit vorgekauften revolutionären Einheitsbrei, beurteilt er die Verhältnisse differenzierter, versucht er, das gegenwärtige Geschehen auch in längerfristige Entwicklungen einzuordnen, dann ist (...) ihm vom Staat ein Maulkorb umzubinden."

Bezüglich dem unterschiedlichen "Framing" des Verhältnis Schweiz-Südafrika zur Apartheidzeit in den Binnenorganen der rechtsnationalen Lobbygruppen in den achtziger Jahren lässt sich im gesamten analysierten Diskurs eine sehr starke Dominanz von analytischen und gegenwartsbezogenen "dia-

592 Dr. Peter Sulzer-Jantzen: "Der schweizerische Evangelische Kirchenbund und Südafrika: Bewusst falsch informierte Pharisäer", *SZ*, 2.12.1988 [Hervorhebungen im Original].

593 n = 46. Weitere apartheidkritische Positionen mit erhöhter Resonanz in *asa-bulletin* und *Schweizerzeit*: *Südafrikapolitik Bund*: "Unglaublich, da nur verbale Proteste" [5 Nennungen]; *Sanktionen, UNO*: "Allgemeine Wirtschaftssanktionen übernehmen" [4]; sowie *Südafrikapolitik Schweiz, allgemein*: "Ideologische Affinitäten zur Apartheid, Rassismus Schweizer Politik und Wirtschaft" [3]. Apartheidkritische Positionen mit geringer Resonanz in *asa-bulletin* und *Schweizerzeit* [weniger als 3 Nennungen]: *Sanktionen, allgemein*: "Rückzug Bankkonten tätigen (u. a. Boykott SBG, SBV, SKA)"; *Sanktionen, UNO*: "Keine weiteren Kredite an Südafrika gewähren"; *Sanktionen, UNO*: "Keine Einfuhr Krügerand-Goldmünzen"; *Sanktionen, UNO*: "Aufhebung Swissair-Flüge, kein Überflug- und Landerecht SAA"; *Sanktionen, Neutralität*: "Nichtergreifung = Komplizenschaft, Sanktionsgewinnler"; *Sanktionen, Neutralität*: "Bei schweren Menschenrechtsverletzungen Vorzug aussenpolitische Tradition Solidarität, Humanität"; *Südafrikapolitik Bund*: "Einführung «echter» Courant normal (inkl. sämtliche Kapitalexporte, Goldhandel)"; *Südafrikapolitik Wirtschaft*: "Schweizer Firmen in Südafrika als Ausbeuter, Schaffung Verhaltenskodex"; *Südafrikapolitik Wirtschaft*: "Schweiz als Plattform für Goldhandel mit Südafrika"; *Südafrikapolitik Wirtschaft*: "Schweizer Banken als internationale Boykottbrecher, Apartheidstützen (u. a. Kreditpolitik)"; sowie *Apartheid, Reformen Botha*: "Beschönigung, Rechts-Propaganda Lobbygruppen (u. a. *asa*, *SSAA*, *CFS*)".

594 Ulrich Schlüer: "Spalte Rechts: Maulkorb", *SZ*, 12.2.1988. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Kommentar.

gnostic Framing" feststellen (73.5%).⁵⁹⁵ Daneben erzielen aber im Vergleich mit den Binnenorganen linksalternativer Provenienz verstärkt "identity Framing" – sprich Positionen, die den Schwerpunkt auf die eigene und/oder fremde oder gar nationale Identität der Schweiz legen – erhöhte Aufmerksamkeiten im *asa-bulletin* und der *Schweizerzeit* (20.4%). Im Zentrum hier stehen vornehmlich Deutungen im Kontext des Kalten Krieges, Typisierungen des politischen Gegners und neutralitätspolitische Legitimationen zur Rechtfertigung der schweizerischen Beziehungen zum Apartheidregime. Demgegenüber spielen zukunftsbezogene Vorhersagen ("prognostic Framing") insgesamt nur eine marginale Rolle im rechtsnationalen Südafrikadiskurs der achtziger Jahre (6.1%). Nur am Rande wird dabei auf die Prognosen des schweizerischen Apartheidwiderstandes eingegangen.

Linke Propaganda Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) und "rote" Massenmedien in *asa-bulletin* und *Schweizerzeit* in den achtziger Jahren:

Das *asa-bulletin* und die *Schweizerzeit* skandalisieren in den achtziger Jahren scharf die Demonstrationen, Boykottaufrufe und Forderungen nach wirtschaftlichen und politischen Sanktionen gegenüber Südafrika seitens der linksalternativen Lobbygruppen: Mit "lautstarken und spektakulären Auftritten und Aktionen wollen verschiedene «Entwicklungsorganisationen» angeblich die Apartheid bekämpfen"; kritisiert hierzu die *Schweizerzeit*.⁵⁹⁶ Dabei scheine man keine Mühen zu scheuen, "der westlichen Welt ein schlechtes Gewissen und Schuldgefühle aufzudrängen"; und zwar beispielsweise "mit aus der Luft gegriffenen Behauptungen und Unterstellungen an die Adresse der Schweizer Banken."

Ein gutes Beispiel für eine solch undifferenzierte linke Propaganda ist laut *Schweizerzeit* die Lancierung der *Neuen Tageszeitung* im September 1987; ein "achtseitiges im Boulevard-Stil konzipiertes Gratisblatt in einer Auflage von 300 000 Exemplaren" der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB).⁵⁹⁷ Denn "[a]ngefangen mit einer Fotomontage auf der Titelseite ziehen sich die Verdrehungen über alle Seiten dieser Zeitung." In einem längeren Artikel würde beispielsweise auch zum Spenden für eine "Schule für die Freiheit" aufgerufen, wobei ein "schwarzes Kind am Zählrahmen" geradezu "rührend Werbung" für diese vom African National Congress (ANC) in Tanzania unterhaltenen Schule betreibe. Bedenklich sei, dass grundsätzlich eine nähere Beschreibung des ANC unterbleibe. Der Leser würde nicht erfahren, "dass sich der ANC ausdrücklich zur Anwendung von *Gewalt* und *Terror* zur Herbeiführung eines Umsturzes in Südafrika bekennt, dass der ANC solche Akte auch tatsächlich begeht, dass die von ihm im Ausland unterhaltenen Lager dazu dienen, Kämpfer für Terroranschläge aus dem Untergrund sowie insbesondere auch zur Einschüchterung der breiten, nicht an Revolution interessierten schwarzen Bevölkerungsmassen in Südafrika auszubilden."

Eine besondere Beachtung im *asa-bulletin* und der *Schweizerzeit* erfährt daneben immer wieder die Südafrikaberichterstattung der schweizerischen Massenmedien, welche die Stimmung gegen Südafrika "medial aufgeheizt" hätten.⁵⁹⁸ Gemäss *Schweizerzeit*-Herausgeber Ulrich Schlürer steht Südafrika "heute besonders deshalb im Mittelpunkt weltweiter Agitation", weil unter Staatspräsident P. W. Botha "mit einem ebenso zielbewusst wie vorsichtig vorangetriebenen Reformkurs Schritt für Schritt allen Bevölkerungsteilen des Landes die politische Mitsprache" einberäumt werde: "Gelingen diese Reformen, dann wird der Revolution in Südafrika der Boden für lange Zeit entzogen sein. Das wissen

595 n = 181. "Diagnostic Framing" = 133 (73.5%); "prognostic Framing" = 11 (6.1%); sowie "identity Framing" = 37 (20.4%).

596 Dr. Egon P. S. Zehnder: "Wirtschaftsboykott gegen Südafrika? Sanktionen auf dem Buckel der Schwarzen", SZ, 13.12.1985. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Forumsartikel.

597 *asa*: "Anti-Südafrika-Pamphlet: Die «Neue Tageszeitung»", SZ, 2.10.1987. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel [Hervorhebungen im Original].

598 Markus Herzig: "Gegen den Strom: Hilfe statt Sanktionen für Südafrika", SZ, 15.8.1986.

auch jene, die diese Revolution um jeden Preis wollen."⁵⁹⁹ Dabei würden aber "[d]iejenigen in unseren Breitengraden, die seinerzeit von der «Befreiung» schwärmten, (...) weiterhin an der Realität vorbei (träumen)."⁶⁰⁰ Da gemäss Schlüer im "Zeitalter des politischen Krieges" – in welchem man sich heutzutage befinde –, mit der "veröffentlichten Meinung" gekämpft wird, müsse verhindert werden, dass diese "Träumer unversehens erbittert um die Verfügungsgewalt über die Medien, um den Erhalt des SRG-Monopols (ringen)" können, welches es ihnen "gestattet, über ein Land wie Südafrika eine «Berichterstattung» aufzuziehen, die allmählich jeder Beschreibung spottet." Laut Schlüer scheint "totaler Krieg" zu herrschen; wobei "jede Unsachlichkeit, jede Unwahrheit, jede Verfälschung billig" sei.

Vor diesem Hintergrund gibt die Schweizerzeit eine Studie in Auftrag, welche die "einseitige" Medienberichterstattung über Südafrika, die "nicht selten zu eigentlichem Kampagnen-Journalismus degeneriere", nach journalistischen Qualitätsmerkmalen analysiert.⁶⁰¹ Diese habe dann ergeben, dass im Vergleich zu den Printmedien NZZ und Tages-Anzeiger vor allem das Radio seinen Hörern ein teilweise "einseitig gefiltertes Bild" liefere, das "kaum eine hinreichende Grundlage für eine unabhängige Urteilsbildung" darstelle.⁶⁰² Als Beispiel verweist Schlüer auf die Sendung Input von DRS 3 vom 11. Juni 1989 über eine Boykottveranstaltung der AAB, die zeitgleich mit den Diamant-Anlässen zur fünfzigjährigen Generalmobilmachung in der Schweiz stattfand. Das Radio habe eine "siebzigminütige Propagandareportage" aufgezogen; dies obschon "an diesem zur Grossveranstaltung emporstilisierten Boykott-Anlass sage und schreibe nur gerade jämmerliche zwanzig Männlein und Weiblein anwesend waren (...). Nähme man die Teilnehmerschaft als Vergleichsbasis, wieviel Sendezeit müsste die SRG dann einer Veranstaltung einräumen, zu der sich inzwischen bereits 150 000 Schweizer angemeldet haben?"⁶⁰³

Da man in der "Berichterstattung im Radio und Fernsehen, aber auch in manchen Zeitungen", weiterhin den Eindruck kriegen würde, dass das "Apartheidsystem in Südafrika unverändert fortbestehe", veröffentlicht die Schweizerzeit einen längeren Artikel von asa-Redaktor Josef Jäger, der mit einer Zusammenstellung aller Reformschritte Bothas zu belegen sucht, "dass die Apartheid *zum grossen Teil bereist abgebaut* und, was noch bleibt, entscheidend gelockert worden ist": U. a. Abschaffung der sogenannten "kleinen" Apartheid – d. h. des *Mixed Marriages Act* und des *Immorality Act* 1985 – und Abschaffung der Influx Control / Passgesetze 1986.⁶⁰⁴ Gemäss Jäger hat dies "alles (...) in wenigen Jahren die heutige Regierung Botha bewirkt, dieselbe, die wie keine zuvor weltweit kritisiert und molestiert wird!"

Laut Schlüer habe gerade Jägers in der Schweizerzeit veröffentlichte und "sehr sachliche, sehr gute" Dokumentation wiederum gezeigt, was die schweizerischen Massenmedien ihrem Lesepublikum für "liederlich angerichtete trübe Brühen" vorsetzen, und mit welchen Journalistenmethoden sie dabei arbeiten würden.⁶⁰⁵ Denn Ronald Sonderegger vom "Ringier-Flaggschiff" Schweizer Illustrierte habe sich ob dieser Zusammenstellung sichtlich herausgefordert gefühlt und zum "Mittel des persönlichen Tiefschlags, der Diffamierung" gegriffen. Sondereggers Recherchierkunst habe jedoch nicht ausgereicht, den wirklichen Autor des Artikels und den für die Herausgabe verantwortlichen Pressedienst zu

599 Ulrich Schlüer: "Spalte Rechts: Brüderliche Hilfe", SZ, 1.3.1985.

600 Ulrich Schlüer: "Spalte Rechts: Totaler Krieg", SZ, 20.9.1985. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Kommentar.

601 S.: "Demnächst erscheint eine wissenschaftliche Studie: Südafrika im Schweizer Radio", SZ, 23.9.1988. Vgl. auch Kepplinger, *Medienanalyse Südafrika*, Flaach 1989.

602 "Medienanalyse Südafrika", SZ, 10.2.1989.

603 Ulrich Schlüer: "Spalte Rechts: 20 gegen 150 000", SZ, 23.6.1989.

604 Josef Jäger/asa: "Entlarvter Kampagnen-Journalismus: «Apartheid» – was bleibt davon?", SZ, 5.6.1987 [Hervorhebungen im Original]. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

605 Ulrich Schlüer: "Spalte Rechts: Journalist", SZ, 3.6.1987. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Kommentar.

entdecken; weshalb er die Dokumentation kurzerhand dem Schweizerzeit-Herausgeber zugeschrieben habe. Zudem habe es Sonderegger ausgereicht, "aus «Wochenzeitung» und «Vorwärts» abzuschreiben; was tut's, wenn die dort abgedruckten Zitate gefälscht sind." Dies alles habe Sonderegger schlussendlich genügt, "die von ihm mit den hier geschilderten Mitteln Angegriffenen kurzerhand in den gleichen Topf" zu werfen, in dem er zuvor einen "Berner NA-Exponenten angerichtet hatte, der sich offenbar auch heute noch nicht von Nazi-Träumen trennen kann." Mit diesem Trick wähnt sich Sonderegger laut Schlüer wohl gerichtlich unangreifbar, wenn er seine "trübe Suppe aus gefälschtem Zitat, hingepfuschten Autorenangaben und aus dem Zusammenhang gerissenen und bräunlich angereicherten Aussagen zusammenbraut."

Wiederholt wird auch auf die von Samuel Plattner moderierte Rundschau des Schweizer Fernsehens SF DRS verwiesen, die eine "offenbar von purem Hass gegen Südafrika diktierte Einseitigkeit" an den Tag lege.⁶⁰⁶ Weil ausländische Fernseheteams Unruhen in Südafrika nicht mehr filmen dürfen, sind zwar laut asa "jene früher bisweilen täglich über den Bildschirm flimmernden und entsprechend einseitig kommentierten Bilder, die mit Vorliebe prügelnde Polizisten in möglichst martialischer Aufmachung festhielten, selten geworden." Interessanterweise seien "gleichzeitig auch die Unruhen in Südafrika deutlich abgeflaut"; was gewisse Fernsehleute, die monatelang ein "Zerrbild über die Burenrepublik" verbreitet hätten, aber "nicht wahrhaben wollen". Anders lasse es sich nämlich nicht erklären, dass in der Nachrichtensendung Rundschau vom 21. Januar 1986 mit dem "Mittel des Video-Clips" gegen Südafrika mobilisiert wurde: U. a. Porträt einer einschlägigen Londoner Popgruppe, die "[m]it hasserfülltem Schreien (...) sozialistische Lehren förmlich in die Jugend hinein(peitschen)" und den Gewinn aus dem Plattenverkauf – "solche Propaganda darf man neuerdings ungestraft am Bildschirm verbreiten" – dem ANC spenden.

Gemäss Schweizerzeit zeichnet sich das Schweizer Fernsehen SF DRS generell durch eine "kaum überbietbare Einseitigkeit" in ihren Sendungen über Südafrika aus.⁶⁰⁷ Als weiteres Beispiel könne auch das Fernsehmagazin Zeitgeist gelten, das "ausgerechnet unter dem Gesamtthema «Gerechtigkeit»" am 28. Februar 1988 undifferenzierte "Kaskaden von Verurteilungen" Südafrikas vom Zaume gelassen habe. Da die "Agitation die Information bei weitem überwog", müsse überprüft werden, ob SRG-Richtlinien und Konzessionsvorschriften hier noch eingehalten wurden. Schlüer appelliert diesbezüglich auch direkt an seine Leserschaft:

"Wie lange können jene Bürger, die wissen, dass systematische Desinformation in jedem Land letztlich Freiheit und Selbstbestimmung zu Grabe trägt, diesem Treiben noch zuschauen?"⁶⁰⁸

Daneben verbreitet gemäss asa-bulletin und Schweizerzeit auch der Schweizerische Evangelische Pressedienst (epd) wiederholt "Unwahrheiten" über Südafrika; so beispielsweise in einer Meldung am 3. Oktober 1985, in der behauptet wurde, dass der Schweizer Pfarrer Edmond Perret, Generalsekretär des Reformierten Weltbundes (RWB), beobachtet habe, wie "südafrikanische Polizisten spielende schwarze Kinder auf der Strasse ohne Warnung und grundlos erschossen."⁶⁰⁹ Gemäss Recherchen der asa hat aber Pfarrer Perret die Kindererschüsse nicht persönlich miterlebt, nur aus zweiter Hand erfahren und konnte keine "genauen Orts- und Zeitangaben zu diesem angeblichen (...) Vor-

606 asa: "Erneute krasse Fehlleistung des Schweizer Fernsehens: Samuel Plattner auf revolutionärem Kurs", SZ, 31.1.1986. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

607 wf.: "Pseudoreligiöser «Zeitgeist» am Werk: Theologisches Wirtschaftsverdict gegen Südafrika", SZ, 11.3.1988. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

608 Ulrich Schlüer: "Spalte Rechts: Totaler Krieg", SZ, 20.9.1985.

609 asa: "Die Kirchen und Südafrika: Missbrauchte Autorität oder kirchliche Desinformation?", SZ, 6.6.1986.

gang" angeben.⁶¹⁰ Besonders bedauerlich sei, dass der Pressedienst epd es nicht für nötig befunden habe, den "Wahrheitsgehalt dieser Unterstellung vor ihrer Veröffentlichung auch nur ansatzweise abzuklären (...). Die Urheber solcher Falschinformationen scheinen offenbar darauf zu vertrauen, dass sich die Leser ganz selbstverständlich auf die Glaubwürdigkeit und Autorität eines kirchlichen Organs verlassen."⁶¹¹ Und statt nun wenigsten überprüfbare Fakten zu den "verbreiteten Behauptungen" nachzuliefern, würde der Pressedienst epd nun einfach "eine ganze Reihe neuer Anklagen und Anschuldigungen" abdrucken, die einmal mehr derart vage seien, dass "eine Überprüfung der wirklichen Fakten zur Eruiierung des Wahrheitsgehalts der geschilderten Greueltaten nicht möglich ist."⁶¹²

Ein vergleichbarer Fall verkörpert laut asa-Redaktor Josef Jäger auch eine Sonderausgabe zum Thema Südafrika der Zeitschrift Auftrag – herausgegeben von der Kooperation Evangelischer Kirchen und Missionen (kem) –, die von "Behauptungen, Fehlinterpretationen und «Erfindungen»" nur so strotze: U. a. sei die Behauptung, dass den Schwarzen in Südafrika bestimmte Gebiete einfach zugeteilt wurden, "schlicht nicht wahr."⁶¹³ Denn die Homelands seien "ausnahmslos die *Siedlungsgebiete*, die die Schwarzen bei ihrer *Einwanderung* ins südliche Afrika (...) selber *wählten*, nämlich eben die niederschlagsreichen." Vor diesem Hintergrund stimme auch die Einschätzung nicht, dass die meisten Homelands unfruchtbares Land und Wasser- und Holzprobleme haben würden ("Gerade das *Gegenteil* ist der Fall"). Zudem sei mit den Townships ein "Weg zu geordneter Besiedlung" eingeschlagen worden; und die Kritik, dass alle Township-Häuser nach dem selben Schema gebaut würden, treffe nicht zu, da es auch "Nobelviertel" geben würde wie "in Soweto – (wo) z. B. auch Bischof Tutu seine Villa hat." Was aber über die Inkatha, diese "grösste Schwarzen-Organisation" des Zulu-Führers Mangosuthu Buthelezi gesagt würde, sei eine "Ungeheuerlichkeit von A bis Z"; so Jäger abschliessend: "Niemand der die Verhältnisse kennt, könnte solche Behauptungen aufstellen ... ausser Bischof Tutu, für dessen Hass gegenüber Buthelezi ebenso handfeste Beweise vorliegen wie dafür, dass gewisse kirchliche Kreise der Schweiz (...) sich von ihm manipulieren lassen." Am schlimmsten sei jedoch, dass all diese "Ungeheuerlichkeiten" aus dem Schosse der Kirche stammen würden:

"Die Art, wie hier Halb- und Unwahrheiten gesagt und – vor allem – dazugehörige Tatsachen unterschlagen werden, dürfte einmalig sein. Das ist schlimm genug. Noch schlimmer ist aber, dass all dies von einer kirchlichen – christlichen! – Organisation stammt, die berufen wäre, Liebe zu predigen, nicht Hass zu säen. Wenn wundert's, dass solchen Seelenhirten die Herde davonläuft?"

In diesem Zusammenhang wird in der Schweizerzeit auch das evangelische Hilfswerk Brot für Brüder kritisiert, welches mit einem "unverhüllt agitatorischen Film" gegen Südafrika einen Spendenaufwurf am Fernsehen lanciert habe.⁶¹⁴ Selbstverständlich hätten auch "Bilder eines harten Polizeieinsatzes gegen Schwarze" nicht gefehlt; wobei über den Zusammenhang, in dem dieser Einsatz angeordnet wurde, der Zuschauer unaufgeklärt geblieben sei. Schluer zweifelt daran, ob sich das Hilfswerk dessen bewusst ist, mit seinem "unverhohlenen" Spendenaufwurf dazu beizutragen, "dem dank funktionierender Marktwirtschaft zumindest von Hungersnot freien Südafrika unbedingt auch noch eine jener Revolutionen zu beschern, die Schwarzafrika zu dem gemacht haben, was es heute ist: ein ausgehungertes, jämmerlich verarmter Kontinent!?"

610 Ulrich Schluer/asa: "Zitate manipuliert: Der Evangelische Pressedienst und die Gewaltausbrüche in Südafrikas schwarzen Städten", SZ, 5.9.1986.

611 asa: "Die Kirchen und Südafrika: Missbrauchte Autorität oder kirchliche Desinformation?", SZ, 6.6.1986.

612 Ulrich Schluer/asa: "Zitate manipuliert: Der Evangelische Pressedienst und die Gewaltausbrüche in Südafrikas schwarzen Städten", SZ, 5.9.1986.

613 Josef Jäger/asa: "Zu einer Sonderausgabe der KEM-Zeitschrift «Auftrag»: «Christliches» über Südafrika", SZ, 13.3.1987. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel [Hervorhebungen im Original].

614 Ulrich Schluer: "Spalte Rechts: Brüderliche Hilfe", SZ, 1.3.1985. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Kommentar.

Denn das Prinzip sei im "«befreiten» Rhodesien – welches heute als Simbabwe von bürgerkriegs-ähnlichen Auseinandersetzungen geschüttelt" werde –, in Moçambique – das den Reichtum seines Landes dem "ideologischen Hirngespinnst des Sozialismus" geopfert habe –, und in Äthiopien – wo in der Hauptstadt prunkvoll die Revolution gefeiert würde, während auf dem Lande eine Hungersnot herrsche –, das gleiche: "Das Geld geht in die Sowjetunion, um mit Ostblock-Waffen die eigene Machtstellung zu sichern, die Hilfe an die verhungerende Bevölkerung überlassen wir dem Westen."⁶¹⁵

Kirchenbeziehungen Schweiz-Südafrika in asa-bulletin und Schweizerzeit in den achtziger Jahren:

Im Zentrum der rechtsnationalen Kritik der schweizerisch-südafrikanischen Kirchenbeziehungen steht der Schweizerische Evangelische Kirchenbund (SEK), der mit einer "Beschönigung" des vom Südafrikanischen Kirchenrat (SACC) verbreiteten Kairos-Dokument – welches zur aktiven Parteinahme der Kirchen gegen die Apartheid aufruft –, in den Chor der "theologischen Rechtfertigung des Klassenkampfes" eingestimmt sei; und damit "jene Kräfte, die für christliche *Versöhnung* in Südafrika plädieren, (...) eine *schroffe Absage*" erteilen würde.⁶¹⁶ Schweizerzeit-Herausgeber Ulrich Schlüer kritisiert einen vom Weltkirchenrat (OeRK) zusammen mit dem Lutherischen Weltbund und dem Reformierten Weltbund (RWB) verfassten Gebetsaufruf zum Soweto-Jahrestag, der 1986 vom SEK an alle Kirchgemeinden der Schweiz zugestellt werden soll, und in der Bitte gipfeln würde: "Verdamme und bestrafe sie, oh Gott! (...) und entferne sie aus unserem Blickfeld!"⁶¹⁷ Die Verantwortlichen beim SEK hätten den "unglaublichen «Gebetsaufruf»" zuvor offenbar kaum gelesen und seien zudem uninformiert über die wahren Verhältnisse in Südafrika. Denn "[m]it den Menschen, die Gott «aus unserem Blickfeld» zu entfernen hat, sind jene Kräfte in Südafrika gemeint, die seit Jahren versuchen, auch die Schwarzen schrittweise, auf dem Weg friedlicher Verhandlungen und Reformen, ins Gesellschafts-, Wirtschafts- und Staatsgeschehen miteinzubeziehen." Dass nun gerade diese Leute "mit Hass und Verachtung überschüttet" werden sollen, ist laut Schlüer eine bedenkliche Entwicklung in der Verpolitisierung der Kirchen: "Das biblische Wort «Versöhnung» soll (...) offenbar – wenn es nach den politisierenden Kirchenmännern geht – um so konsequenter aus dem Wortschatz der Christenmenschen getilgt werden."

Die zunehmende Radikalität des SEK illustrierte auch der Umstand, dass sich der SEK vorwiegend mit Personen aus Kreisen um Bischof Desmond Tutu und dem SACC umgebe – das asa-bulletin verweist hierzu auf den Schweiz-Besuch des SACC-Generalsekretärs Frank Chikane im Oktober 1987 –, und dabei die gemässigten Kräfte in Südafrika im "üblichen SACC-Jargon" verurteile, sie würden mit dem Apartheidregime kollaborieren.⁶¹⁸ Dass der SEK hingegen "[r]egelmässig – letztmals wieder Anfang September anlässlich des Besuchs von Zuluführer Buthelezi – (...) jeden offiziellen Kontakt mit (...) gemässigten Führen (verweigert)", wird von der Schweizerzeit besonders bedauert.

Laut Dr. Peter Sulzer-Jantzen in der Schweizerzeit würde sich zudem immer wieder Dr. Walter Wolf, Redaktor des Schweizerischen Evangelischen Pressedienstes (epd), auf die "Gewaltanwendung als einem unter mehreren Mitteln" mit folgendem Argument berufen, dass ein Christ, der die Landesverteidigung der Schweiz bejahe, auch eine bewaffnete Auseinandersetzung in Südafrika befürworten

⁶¹⁵ Ulrich Schlüer: "Spalte Rechts: Totaler Krieg", SZ, 20.9.1985.

⁶¹⁶ Aktion "Kirche wohin?": "Unterschiedliche Informationspolitik des SEK: Südafrika und Sowjetunion", SZ, 25.4.1986 [Hervorhebungen im Original].

⁶¹⁷ Ulrich Schlüer: "Spalte Rechts: Hass", SZ, 6.6.1986. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Kommentar.

⁶¹⁸ asa/us: "Ungenügend informiert, unglaubwürdig begründet: Kirchliche Offensive gegen Südafrika", gelbes Beiblatt Nr. 9/87 zum asa-bulletin, Nr. 76, 13. November 1987. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Beiblatt.

müsste.⁶¹⁹ Eine solche Gleichsetzung impliziert gemäss Sulzer-Jantzen, dass jeder Südafrikaner "um sein Leben" kämpft; anders gesagt, "ein Schwarzer könne weder im heutigen noch in einem bloss mittels Reformen veränderten Südafrika leben." In der Weltanschauung Sulzer-Jantzens stimmt das natürlich überhaupt nicht. Denn "[w]er den jetzt geltenden Gesetzen gehorcht und auch nur willig ist, über deren Änderungen zu verhandeln, hat nichts zu befürchten." Laut Sulzer-Jantzen "schießt Wolf freilich den Vogel ab", wenn er "den Kirchen empfiehlt, sich heute schon auf einen eventuellen «Tyrannenmord» in Südafrika einzustellen." Dies würde beinahe an die Aufforderung zu letzterem grenzen und "passt weder in eines Schweizer noch in eines Christen Mund" (denn "Jesus aber pries die *Friedfertigen* selig, nicht jene, die den «Teufel» mit *Beelzebub* austreiben wollen").

Sanktionenfrage anlässlich der Südafrikadebatten im Nationalrat 1986 und 1988 in asa-bulletin und Schweizerzeit:

Als prominenteste Deutungsmuster, die im Kontext der Südafrikadebatten zur Sanktionenfrage im Nationalrat der achtziger Jahre im rechtsnationalen politischen Milieu des asa-bulletins und der Schweizerzeit Resonanz finden, erweisen sich die Ungleichbehandlung des Fall Südafrika im Vergleich mit anderen totalitären Regimes, die Förderung des evolutionären Wandels im Zeichen der Reformen Bothas und die negativen Effekte eines Südafrikaboykotts (u. a. Erhöhung Arbeitslosigkeit der schwarzen Bevölkerung, Wirtschaftskrise Frontstaaten Südafrikas etc.). Dabei wird insbesondere letzteres Deutungsmuster vom asa-bulletin und der Schweizerzeit immer wieder mit dem Verweis auf wissenschaftliche Studien und Umfragen legitimiert.⁶²⁰

Die Schweizerzeit eröffnet nach der Südafrikadebatte zur Sanktionenfrage vom 19. Dezember 1986 das Forum für Kurt Müller aus Meilen, FDP-Nationalrat, Chef der Inlandredaktion der NZZ und Präsident der Europäischen Konferenz für Menschenrechte und Selbstbestimmung. Müller-Meilen kritisiert in seinem Forumsbeitrag die parlamentarischen Eingaben der Sozialdemokratischen Partei (SP) und Stellungnahmen von kirchlicher Seite zu Südafrika, die alle die Apartheid als vermeintlichen Sonderfall bezeichnen würden, auf den sich das traditionelle Konzept der Neutralität nicht anwenden lasse: "Wo liegt eigentlich der Unterschied zwischen Südafrika und den «vielen ähnlichen Situationen in der Welt»? Gilt das Evangelium nur sektoriell, gilt es nicht vielmehr universal für alle Menschen, für alle Rassen?"; polemisiert Müller-Meilen.⁶²¹ Denn Menschenrechtsverletzungen wie in Südafrika seien generell zu brandmarken und im weltweiten Massstab zu bemessen:

"Wenn wir aber gegen alle Totalitären und autoritären Regimes Boykott- und andere Massnahmen anwenden würden, wie sie jetzt gegen Südafrika gefordert werden, müssten wir mit *zwei Dritteln der Welt* in Streit oder mit gestörter Beziehungen leben; das wäre unrealistisch, niemand verlangt es."

619 Dr. Peter Sulzer-Jantzen: "Walter Wolfs Wortklaubereien: «Tyrannenmord» in Südafrika?", SZ, 3.6.1987. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Forumsartikel [Hervorhebungen im Original].

620 Vgl. stellvertretend Ulrich Schlüer/asa: "Die Kehrseite von Sanktionen: Südafrikas wirtschaftliche Verflechtung mit seinen Nachbarstaaten", SZ, 28.2.1986; asa/us: "Sinkendes Interesse an Wirtschaftsboykotten", gelbes Beiblatt Nr. 6/87 zum asa-bulletin, Nr. 71, 16. Juli 1987; asa/Ulrich Schlüer: "Die Auswirkungen auf Südafrikas Schwarze und auf Südafrikas schwarze Nachbarstaaten: Sanktionen und ihre Folgen", asa-Bulletin, Nr. 91, 10. Februar 1989; *hs.*: "Aufschlussreiche Südafrika-Studie: Wirtschaftssanktionen und ihre Folgen", SZ, 26.5.1989; sowie Josef Jäger/asa: "Verachtendes Ergebnis einer Meinungsumfrage: Sanktionen gegen Südafrika – den Schwarzen zuliebe?", gelbes Beiblatt Nr. 15/89 zum asa-bulletin, Nr. 96, 7. Juni 1989.

621 FDP-Nationalrat Müller-Meilen: "Rufen Menschenrechtsverletzungen nach Boykottmassnahmen? Südafrika und die Schweiz", SZ, 30.1.1987. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Forumsartikel [Hervorhebungen im Original].

Somit sei eine Sonderbehandlung klar abzulehnen, da sie die Glaubwürdigkeit der schweizerischen Aussenpolitik beeinträchtige. Vielmehr solle man "den heute schon praktizierten «*Courant normal*» weiterführen, unsere diplomatischen und anderen Beziehungen spielen lassen, um Menschenrechtsverletzungen rückgängig zu machen"; und insgesamt "auf einen *evolutionären Wandel* zum Abbau und zur Abschaffung der Apartheid setzen."

Anlässlich der zweiten grossen Südafrikadebatte im Nationalrat zur Einführung eines sogenannten "echten" *Courant normal* (inklusive alle Kapitalexporte und Goldhandel) gegenüber dem Apartheidregime vom 10. und 15. März 1988 publiziert das *asa-bulletin* dann das komplette Votum von *asa*-Präsident und SVP-Nationalrat Christoph Blocher zu einer solchen gemeinen "Brotsperr" gegenüber Südafrika im gesamten Wortlaut ab; dies vor allem deshalb, weil es laut *asa-bulletin* "über den Tag hinaus Gewicht haben dürfte."⁶²² Dabei hebt das *asa-bulletin* prominent diejenigen Passagen hervor, in denen Blocher die Szenarien von "Verarmung" und "Blutvergiessen" als negative Effekte von Wirtschaftssanktionen herausstreicht, und die SP-Nationalräte Ursula Bäumlin, Paul Rechsteiner und Helmut Hubacher der "Heuchelei" und Uninformiertheit über die wirkliche Lage in südlichen Afrika bezichtigt:

"Es ist eigenartig, wie hier von kirchlicher Seite für einen Wirtschaftsboykott oder einen *Courant normal* Stellung genommen wird. Frau Pfarrer Bäumlin, ich nehme an, dass es in Ihrem Pfarrhaus neben all der politischen und soziologischen Literatur auch noch etwas Theologisches gibt. Ich würde Ihnen anraten, einmal nachzuschauen, was Zwingli über diese Sache gesagt hat: Er nennt sie «*Brotsperr*». Die Menschen von damals haben darüber nachgedacht und nicht einfach etwas nachgeplaudert. Brotsperr ist ein *Kriegsmittel*, und zwar eines der gemeinsten, weil man nämlich nicht selber den Kopf hinhalten muss, sondern einen anderen «verrecken» lassen kann, ohne Nachteile zu haben. Es ist eigenartig, dass von Ihrer *pazifistischen Seite* ein *Kriegsmittel* so leichtfertig angewendet wird (...). Bevor man einen solchen Krieg führt, muss man sich doch überlegen, welches die *Folgen* sein werden. Sie wollen diesen Krieg führen (...). Aber, Herr Rechsteiner, das kann man doch nicht dermassen leichtfertig und schnoddrig tun, ohne zu wissen, wie die *Lage* in diesem Land ist. Was ist die *Konsequenz eines solchen Kriegsmittel*? Sie ist eindeutig, Herr Hubacher: Dieses *Kriegsmittel* wird – wenn es wirklich von allen angewendet wird – zur Aushungerung, zu einer *Verarmung* führen. Dass dann die Ärmsten die Leidtragenden sind, wissen Sie auch (...). Vielleicht führt das zu Aufständen. Das gibt ein Blutvergiessen. Wenn Sie glauben, es entstünde eine *Revolution*, welche die Schwarzen gewinnen, haben Sie die Situation in Südafrika nicht beurteilt (...). Die Regierung sitzt fest im Sattel. Also werden Sie dort unten mit dem Wirtschaftsboykott Elend und Blutvergiessen erzeugen, und dann, Frau Bäumlin, das kann ich Ihnen sagen, werden von den Verantwortlichen keine Tränen vergossen, weil das dann nicht mehr zum guten Tone gehört wie jetzt das Schimpfen über Südafrika und die Ungerechtigkeit. (...) Frau Bäumlin, um mit dem Theologischen zu schliessen: Ich habe in der Sonntagsschule etwas von *Pharisäern* gehört. Was hier gespielt wird, erinnert mich sehr stark an diese Geschichten."

Hans-Rudolf Böckli kritisiert anschliessend in seinem *asa*-Kommentar zur Südafrikadebatte im Nationalrat von 1988 zunächst die "heute gross in Mode" gekommenen wirtschaftlichen Sanktionen, bei denen es sich immer um eine "aggressive Kriegsführung" handeln würden, wenn sie nicht der Abwehr der eigenen Bedrohung gelten.⁶²³ Denn zunehmend würde mit der Verhängung von Boykotten und Embargos operiert, "um einen missliebigen Staat politisch zu disziplinieren"; und dies, "obschon die Geschichte bewiesen hat, dass solche Handlungen in den meisten Fällen nicht zum gewünschten Ziel führen, ja oft *Bumerang-Wirkung* haben." Als solche negativen Effekte von Sanktionen eruiert Böckli – analog zu Blocher –, besonders die Erhöhung der Armut und Arbeitslosigkeit in dem "am besten entwickelten Land des afrikanischen Kontinents"; und verweist auf die Blockierung des von P. W. Botha

⁶²² SVP-Nationalrat Christoph Blocher: "Südafrika-Sanktionen: Was wären die Folgen?", gelbes Beiblatt Nr. 4/88 zum *asa-bulletin*, Nr. 81, 12. April 1988. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Beiblatt [Hervorhebungen im Original].

⁶²³ Hans-Rudolf Böckli/*asa*: "Nach der zweiten Südafrika-Debatte im Nationalrat: Die Sanktionsgeister gehen wieder um", *asa-bulletin*, Nr. 81, 12. April 1988. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel [Hervorhebungen im Original].

initiierten Reformprozesses: Die "Sanktionsritter der Linken" würde es nämlich wenig kümmern, "dass im Falle einer erfolgreichen Isolation Südafrikas dort bis zu 600'000 Arbeitsplätze verlorengehen, die heute grösstenteils von Schwarzen versehen werden." Anstatt die von Pretoria versprochene Beseitigung aller Apartheidgesetze zu beschleunigen, würden mit sogenannten wirtschaftlichen "Zwangsmassnahmen" etwelche "Reformen (...)" so gut wie vollständig blockiert."

In den "missionarischen" Vorstössen Rechsteiners – u. a. Parlamentarische Initiative *Südafrika-Sanktionen. Umgehungen durch die Schweiz* und Interpellation *Südafrika-Politik* –, welche die Einführung eines "echten" Courant normal (inklusive alle Kapitalexporte und Goldhandel) gegenüber Südafrika fordert, sieht Böckli nichts anderes als den Versuch der Linken, die Schweiz in die "Phalanx der internationalen Agitation" gegen Südafrika einzureihen.⁶²⁴ Dabei betreibe die Schweiz doch schon seit 1974 den Courant normal und die Neutralität verbiete grundsätzlich eine Teilnahme an wirtschaftlichen Sanktionen. Geflissentlich werde zudem von den "militanten Befürwortern" von Sanktionen im Nationalrat übersehen – so Böckli abschliessend –, dass

"die Schweiz konsequenterweise nicht nur gegen Südafrika einen Wirtschaftskrieg entfesseln, sondern mit einem guten Drittel aller Staaten der Welt, wo laufend Menschenrechte verletzt werden, die Wirtschaftsbeziehungen abbrechen müsste. Bezeichnenderweise hat man in diesen Kreisen nie daran gedacht, etwa Sanktionen gegen *Nicaragua* zu fordern, weil die marxistischen Sandinisten dort die Miskito-Indianer verfolgt und vertrieben haben."

Schweiz-Besuche von prominenten Apartheidpolitikern und Südafrika-Reisen der Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa) in asa-bulletin und Schweizerzeit in den achtziger Jahren:

Im Rahmen diverser Schweiz-Besuche von prominenten Apartheidpolitikern in den achtziger Jahren fokussieren das asa-bulletin und die Schweizerzeit vor allem denjenigen von Erziehungsminister F. W. De Klerk 1986 und denjenigen von Staatspräsident P. W. Botha 1988. Anlässlich des Vortrags von De Klerk vor Parlamentariern und Mitgliedern des Patronatskomitees der Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa) in Bern im Oktober 1986 kritisiert die Schweizerzeit einerseits den weltweiten "Propagandakrieg" gegen das Apartheidregime. Denn in den Nachrichten würde ein Bild von Südafrika vermittelt, "das etwa dem Entwicklungsstand vor fünfzehn Jahren entspricht, die seither erfolgte, *rasch fortschreitende Integration* indessen verleugnet."⁶²⁵ Andererseits wird De Klerk selbst zitiert, der sich gegen Sanktionen ausspricht, weil damit der "Reformprozess – der friedliche Ausgleich zwischen den Völkern Südafrikas – nur erschwert, wenn nicht unterminiert" werde. Prominent kommentiert dann das asa-bulletin auch die Rede P. W. Bothas bei der Swiss-South African Association (SSAA) und die anschliessende Pressekonferenz in Zürich im Oktober 1988. Im Zentrum stehen dabei die Würdigung des Reformprozesses bzw. die "von Regierung und Wirtschaft getragenen Anstrengungen, in Südafrika einen breiten schwarzen Mittelstand entstehen zu lassen"; und ebenfalls die Hinweise auf die Propaganda der internationalen Massenmedien und die negativen Effekte von Sanktionen.⁶²⁶

Daneben berichten das asa-bulletin und die Schweizerzeit immer wieder am Rande über die Schweiz-Besuche von sogenannten "gemässigten" schwarzen Führern oder widmen ihnen geradezu ganze Artikel. Im Oktober 1982 fokussiert beispielsweise die Schweizerzeit eine Pressekonferenz in Bern des Bürgermeister von Soweto, David Thebehali, an welcher sich dieser explizit gegen einen kontraproduktiven Südafrikaboykott und für forcierte "Investitionen auf wirtschaftlichen und schulischem Ge-

624

Zu den Eingabetexten der erwähnten Parlamentarischen Initiative und Interpellation vgl. Anhang VII.4.

625

asa/us: "Ein Vortrag des südafrikanischen Erziehungsministers in Bern: Südafrika ringt um seine neue Staatsordnung", SZ, 17.10.1986 [Hervorhebungen im Original]. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

626

asa/us: "Staatspräsident P. W. Botha in Zürich: Stichworte zu aktuellen Problemen", gelbes Beiblatt Nr. 9/88 zum asa-bulletin, Nr. 88, 20. Oktober 1988.

biet" in Südafrika seitens des Westens ausgesprochen habe,⁶²⁷ und im August 1987 werden im Rahmen des Schweiz-Besuchs von Hazen Ntsanwisi, Chiefminister des Bantustans GaZankulu, diese antikritischen Leitargumente rekapituliert und zementiert ("Sanktionen treffen die Schwarzen" und "Wirtschaft als wichtigster Verbündeter" bei der Abschaffung der Apartheid).⁶²⁸ Wiederholt werden vom asa-bulletin und der Schweizerzeit auch südafrikanische Wirtschaftsvertreter zitiert, welche diese Einschätzungen grundsätzlich teilen würden: U. a. der Präsident der Anglo American Corporation, Gavin W. H. Relly, anlässlich seines Aufenthalts in der Schweiz im Februar 1988 sowie Harry Oppenheimer, ehemaliger Konzernleiter der Anglo American Corporation und des Diamantenkonzerns De Beers, im Rahmen seiner Teilnahme am Weltwirtschaftsforum (wef) in Davos im Januar 1989.⁶²⁹

Als gutes Beispiel dafür, dass eine Förderung der freien Marktwirtschaft in Südafrika die Apartheid zukünftig zum Verschwinden bringe und eine Gleichberechtigung aller Südafrikaner ermögliche, bezeichnet Ulrich Schlüer im asa-bulletin und der Schweizerzeit zudem den (wirtschaftlichen) Aufstieg des "schwarzen Unternehmers" und "Selfmademan" Peter Motale, welcher am 31. August 1988 im Bahnhofbuffet in Zürich einen Vortrag zum Thema Südafrika und Apartheid gehalten habe.⁶³⁰ Denn Motale habe "nur gerade während sechs Jahren eine schwarze Primarschule" besucht; und dennoch – "wenn auch unter Schwierigkeiten und auf Umwegen, im Laufe der Jahre als Frucht harten persönlichen Einsatzes" – eine eigene Transportgesellschaft aufgebaut, "die heute immerhin vierzig Autobusse umfasst." Daneben wird auch wiederholt auf die nach dem Soweto-Aufstand 1976 von prominenten südafrikanischen Geschäftsleuten um den Industriellen Oppenheimer gegründete Urban Foundation verwiesen, welche als "Voraussetzung für die politische Gleichstellung aller Rassen in Südafrika" den "Schwarzen das *Hineinwachsen ins wirtschaftliche Leben*" erleichtern wolle.⁶³¹ Gemäss Schlüer dürfte der Kernsatz für einen friedlichen Wandel in Südafrika nämlich nicht "One Man – One Vote" lauten, sondern einfach "One Man – One Job".

Eine besondere Aufmerksamkeit im asa-bulletin und der Schweizerzeit erfährt in den achtziger Jahren auch immer wieder der Zulu-Führer und Chiefminister des Bantustans KwaZulu, Mangosuthu Buthelezi, welcher sich im Rahmen diverser Schweiz-Besuche nachdrücklich von jeglichen revolutionären Methoden à la ANC distanziert und sich dezidiert für die freie Marktwirtschaft und gegen einen internationalen Südafrikaboykott ausgesprochen habe (u. a. am 4. Südafrika-Seminar der asa vom 5. September 1987).⁶³² Beide antikritischen Binnenorgane würdigen dabei Buthelezis Vorschlag für eine gemeinsame Exekutivbehörde für das Bantustan KwaZulu und die Provinz Natal (Stichwort: Indaba) als konstruktiven Beitrag für einen friedlichen Wandel;⁶³³ und zwar insbesondere anlässlich der alljährlich von der asa durchgeführten Studienreisen nach Südafrika. Josef Jäger zeigt sich beispielsweise stark

627 "Informationen aus erster Hand: Soweto auf dem Weg in die Zukunft", SZ, 29.10.1982.

628 asa/us: "Die Stimme eines gemässigten Schwarzen: Engagement statt Disengagement für Südafrika", SZ, 18.9.1987.

629 Vgl. S.: "Sanktionen zerstören die Lebensgrundlage des südlichen Afrika: Südafrika und die Welt", SZ, 26.2.1988; sowie Harry Oppenheimer: "Engagement statt Sanktionen: Der Weg zur Demokratie", asa-bulletin, Nr. 102, 13. Oktober 1989.

630 asa/us: "Ein schwarzer Unternehmer zur Zukunft Südafrikas: Vorbote einer neuen Generation", asa-bulletin, Nr. 88, 20. Oktober 1988; sowie asa/us: "Ein schwarzer Unternehmer zur Zukunft Südafrikas: Vorbote einer neuen Generation", SZ, 21.10.1988. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesen Artikeln.

631 Ulrich Schlüer/asa: "Ein Porträt der in Südafrika tätigen Urban Foundation: One Man – One Job!", asa-bulletin, Nr. 76, 13. November 1987; sowie Ulrich Schlüer/asa: "Ein Porträt der in Südafrika tätigen Urban Foundation: One Man – One Job!", SZ, 27.11.1987. [Hervorhebung im Original]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesen Artikeln.

632 Vgl. Buthelezi, *South Africa Today: South Africa Tomorrow*, Egerkingen 1987. Vgl. auch Ulrich Schlüer/Protea: "Zulu-führer Mangosuthu Buthelezi sprach in Zürich: Südafrikas einmalige Chance", SZ, 16.11.1990.

633 Vgl. stellvertretend Ulrich Schlüer/asa: "Südafrika: Entscheidende Verhandlungsrunde im Schatten des Ausnahmezustandes – Indaba", SZ, 11.7.1986; Ulrich Schlüer/asa: "Südafrika: Verfassungsprojekt mit weitreichenden Folgen – Weichenstellung in KwaZulu/Natal", SZ, 27.1.1987.

beeindruckt, dass er im November 1987 mit anderen Mitgliedern einer asa-Reisegruppe von Buthelezi persönlich eingeladen wurde, zur "feierlichen Einsetzung der ersten gemeinsamen Verwaltung ("Joint Executive Authority") einer Provinz (Natal/KwaZulu), in der alle Rassen gleichberechtigt vertreten sind und die von ihm [Buthelezi, Anm. PM] und dem südafrikanischen Staatspräsidenten P. W. Botha gemeinsam vorgenommen wurde."⁶³⁴ Auch im April 1989 habe dann Buthelezi wiederum eine asa-Reisegruppe empfangen, und dieser die schwierigen Zusammenhänge in Südafrika anschaulich erläutert.⁶³⁵

Diesen Studienreisen der asa nach Südafrika kommen in den achtziger Jahren insofern eine zentrale meinungsbildende Funktion im rechtsnationalen politischen Milieu zu, weil danach Organisatoren und einzelne Teilnehmer – im Gegensatz zu den "roten" Massenmedien – nachhaltig über das "wahre Südafrika" berichten (u. a. Schlüer in der Schweizerzeit 1986 und Jäger im asa-bulletin 1988).⁶³⁶

Allgemeine Wirtschaftsbeziehungen Schweiz-Südafrika in asa-bulletin und Schweizerzeit in den achtziger Jahren:

Wiederholt wird vor allem vom asa-bulletin auch die Rolle der Schweizer Grossbanken und diejenige von schweizerischen Unternehmen mit Niederlassungen in Südafrika fokussiert. Anlässlich der Aktionsversammlung zum 125-Jahr-Jubiläum der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG) im April 1987 veröffentlicht das asa-bulletin eine Erklärung des SBG-Verwaltungsratspräsidenten Robert Holzach, welche die "Grundsätze der Geschäftspolitik der SBG in Südafrika" verdeutliche und ganz auf der Linie der asa liege.⁶³⁷ Demnach würde die SBG erstens den "schrittweisen Abbau der Apartheid" befürworten, es jedoch ablehnen, "zu einer Situation beizutragen, die in Chaos und Verelendung endet"; zweitens würden sich die Geschäftsbeziehungen mit Südafrika "im Rahmen der schweizerischen gesetzlichen Bestimmungen und der vom Bundesrat erklärten Wirtschafts- und Aussenpolitik" bewegen; drittens würden die von den Banken gewährten Kredite und vermittelten Anleihen "im wesentlichen dem Aufbau der südafrikanischen Wirtschaft und damit regelmässig auch der Schaffung von Arbeitsplätzen für die schwarze Bevölkerung" dienen; sowie viertens würden "Sanktions- und Boykottmassnahmen (...) in erster Linie die schwarze Bevölkerung (treffen), weil sie Arbeitsplätze vernichten." Verwiesen wird zudem auf eine neue Studie des unabhängigen Münchner ifo-Instituts, wonach ein Einfuhrstopp der Europäischen Gemeinschaft (EG) für südafrikanisches Eisenerz, Stahl und Kohle "einen direkten Verlust von 130'000 Arbeitsplätzen (darunter 100'000 für schwarze Arbeitnehmer) und einen indirekten Gesamtverlust von 300'000 Arbeitsplätzen bedeuten (würde), wovon einschliesslich Familienangehörige etwa 2 Mio. Menschen betroffen wären." Vor diesem Hintergrund sei es verständlich, dass massgebliche "weisse und schwarze Apartheid-Gegner" Boykottmassnahmen als "kontraproduktiv" ablehnen würden; so Holzach abschliessend.

Josef Jäger kritisiert in einem längeren Beitrag im asa-bulletin diesbezüglich die Propagandaparle

634 Josef Jäger/asa: "Südafrikanische Reisenotizen: Schwarzenführer Buthelezi", asa-bulletin, Nr. 78, 6. Januar 1988.

635 Vgl. Josef Jäger/asa: "Aus der Ansprache von Zulu-Chief Buthelezi an eine asa-Reisegruppe: Für Verhandlungen, gegen Gewalt und Sanktionen", gelbes Beiblatt Nr. 21/89 zum asa-bulletin, Nr. 101, 22. September 1989.

636 Vgl. stellvertretend Ulrich Schlüer/asa: "Persönlich erlebt in einer schwarzen Township bei Johannesburg: Einschüchterung, Boykott und ihre Opfer", SZ, 23.5.1986; Josef Jäger/asa: "Südafrikanische Reisenotizen: Warum wieder Slums?", asa-bulletin, Nr. 79, 22. Januar 1988; sowie Josef Jäger/asa: "Südafrikanische Reisenotizen: Mehr und bessere Schulung der Schwarzen", asa-bulletin, Nr. 84, 4. Juli 1988.

637 SBG-Verwaltungsratspräsident Robert Holzach: "Die Schweizerische Bankgesellschaft (SBG) und Südafrika", gelbes Beiblatt Nr. 3/87 zum asa-bulletin, Nr. 68, 23. April 1987. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Beiblatt.

"Kein Geld für Apartheid" der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB).⁶³⁸ In "ungezählten Publikationen, Demonstrationen und Vorträgen" der Linken würde als Quintessenz nämlich immer wieder behauptet, dass wer in Südafrika Geld investiere, die "Apartheid finanziere". Am Beispiel der Anglo-Alpha, deren Hauptaktionär die Schweizer Firma Holderbank Financière sei, versucht dann Jäger zu verdeutlichen, dass viele "multinationale Unternehmen" zu Unrecht "als fortschritthemmende Stützen rückständiger, korrupter Regimes kritisiert" würden. Denn die Anglo-Alpha belege in "eindrücklicher Weise", dass gerade das Gegenteil der Fall sei: "Wie andere in Südafrika tätige schweizerische Firmen hat auch diese den *Abbau der Apartheid* nicht gehemmt, sondern *tatkräftig gefördert*." Die Anglo-Alpha würde seit 1982 eine eigene Lehrlings- und Weiterbildungsschule in der Nähe von Johannesburg betreiben; und zwar mit Einzelzimmern, Gemeinschaftsräumen, Swimmingpool und Sportanlagen. Damit würde ein "wichtiger Beitrag zur *Überwindung der beruflichen Diskriminierung der Schwarzen*" geleistet. Zudem gehöre die Anglo-Alpha zu den "allerersten Firmen in Südafrika, die das Prinzip «gleicher Lohn für gleiche Arbeit» ohne Rücksicht auf Rassenzugehörigkeit einführte." Vor dem Hintergrund, dass viele ausländische Unternehmen, die Vergleichbares geleistet hätten, nun durch eine "rein ideologisch bestimmte, kurzsichtige Propaganda" zum Rückzug aus Südafrika bewegt worden seien, wäre es laut Jäger "ein schwerer Fehler, wenn durch eine irregeleitete öffentliche Meinung auch schweizerische Firmen dazu gezwungen würden!"

Als weiteres Paradebeispiel einer zentralen entwicklungspolitischen Initiative, welche "mit Hilfe der *Schweizer Industrie*" in Südafrika verwirklicht werde, erwähnt der Zürcher FDP-Kantonsrat Hans-Ulrich Daeniker in der Schweizerzeit die 1975 gegründete technische Berufsbildungsschule in Ga-Rankuwa im Homeland Bophuthatswana.⁶³⁹ Im Zuge der jüngsten Unterstützung für eine der Schule angegliederte Bibliothek durch Kirchengelder und öffentliche Gelder des Kanton Zürichs würde die Schweiz abermals "einen *wertvollen materiellen* aber auch *geistigen Beitrag* für ein glaubwürdiges Projekt" und eine "Überwindung des Rassismus" in Südafrika leisten. Aktive Hilfe für die schwarze Bevölkerung sei nämlich viel sinnvoller, "als Südafrika bei seinem Ringen um seine Zukunft ständig unsere Ansichten aufzwingen zu wollen."

Memo Verhältnis Schweiz-Südafrika rechtsnationale Lobbygruppen 1985-1989:

Sanktionen werden von den bürgerlichen und rechtsnationalen Antikritikern (FDP, SVP, asa, Schweizerzeit) in den achtziger Jahren vor allem mit dem Verweis auf die negativen Effekte (Arbeitslosigkeit Schwarze, Blutbad etc.) verworfen. Daneben erweist sich das südliche Afrika weiterhin von strategisch zentraler Bedeutung im "kommenden Endkampf" gegen den Weltkommunismus. Die schweizerischen Landeskirchen und ihre Organisationen werden in diesem Zusammenhang teilweise als "fünfte Kolonnen" perzipiert; und ihre Südafrikapolitik grundsätzlich abgelehnt (insbesondere Position Schweizerzeit). Weiterhin wird postuliert, dass nur ein evolutionärer Wandel und Reformen à la Botha die Apartheid abschaffen können. Dabei würden "gemässigten" Schwarzen – wie beispielsweise Zulu-Führer Buthelezi – eine grosse Bedeutung zukommen bzw. die Zukunft Südafrikas gehören (Position Schweizerzeit, asa). Aufgrund des aussenpolitischen Konzeptes der Neutralität verbiete sich zudem weiterhin eine Einmischung in die Innenpolitik Südafrikas. Zudem lasse sich eine (ideologische) Sonderbehandlung der Apartheid nicht rechtfertigen.

638 Josef Jäger/asa: "Am Beispiel einer Schweizer Firma getestet: Desinvestment – den Schwarzen zuliebe?", gelbes Beiblatt Nr. 17/89 zum asa-bulletin, Nr. 98, 13. Juli 1989. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Beiblatt [Hervorhebungen im Original].

639 FDP-Kantonsrat Dr. H. U. Daeniker: "Erfreuliches aus Südafrika: Augenschein in Ga-Rankuwa", SZ, 13.2.1987 [Hervorhebung im Original]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Forumsartikel [Hervorhebungen im Original].

V.2.2 Resonanzanalyse Medienarena 1985-1989

"So stellen sich in der hiesigen Diskussion zumindest zwei Fragen. Soll sich erstens die Schweiz den internationalen Sanktionsmassnahmen anschliessen? Dafür spricht, dass sie wie gezeigt durchaus wirkungsvoller sind als bisher angenommen. Zweitens und aktueller noch: Kann es sich die Schweiz leisten, die aufgezeigte Tendenz weiter zu verfolgen, Wirtschaftliches und Politisches vermeintlich strikte zu trennen, und damit international vollends unglaubwürdig zu werden? In Solidarität mit einer nach wie vor krass unterdrückten Bevölkerungsmehrheit in Südafrika gibt es nur eine Antwort."⁶⁴⁰

"Beim Kampf gegen die Menschenrechte bleibt man nur dann glaubwürdig, wenn man weltweit *gleiche Massstäbe* anwendet. Es geht nicht an, dass durch ein weltweit orchestriertes publizistisches Trommelfeuer nur einzelne Staaten zu internationalen Prügelknaben gemacht werden (...). Nicht Boykottmassnahmen und Desinvestitionen, sondern vermehrte wirtschaftliche Kontakte und Investitionen sind die besten Garanten für eine politische Evolution."⁶⁴¹

Folgende Aktivitäten und Ereignisse finden in der Hoch-Zeit des internationalen Südafrikaboykotts der achtziger Jahre in der medialen Öffentlichkeit zum Verhältnis Schweiz-Südafrika besonders hohe Resonanz: Diverse Aktionen von linksalternativen Lobbygruppen – wie beispielsweise die regelmässigen Bankenpikett-Aktionen auf dem Paradeplatz in Zürich und anderen Schweizer Grossstädten – und Events von rechtsnationalen Lobbygruppen (u. a. Seminare, Vorträge etc.); die beiden Südafrikadebatten im Nationalrat zur Sanktionenfrage 1986 und zur Ergreifung eines sogenannten "echten" Courant normal (inklusive alle Kapitalexporte und Goldhandel) 1988 im Zeichen der verschärften Wirtschaftssanktionen der UNO, USA und Europäischen Gemeinschaft (EG); die Südafrikapolitik der schweizerischen Landeskirchen und ihren Organisationen; die Schweiz-Besuche von prominenten Apartheidpolitikern und Südafrika-Reisen von Schweizer Beamten und Politikern; sowie die allgemeinen Wirtschafts- und Aussenbeziehungen der Schweiz zum Apartheidregime (insbesondere das Südafrikaengagement der Schweizer Grossbanken, der Ausschluss Südafrikas von der 25. IKRK-Konferenz in Genf 1986 und die Verhaftungen von Schweizern in Südafrika (u. a. Pfarrer Jean-François Bill)).

Apartheidkritischer Diskurs in der Medienarena in den achtziger Jahren:

Der apartheidkritische Diskurs in der medialen Öffentlichkeit in der Phase 1985-1989 wird – wie in den siebziger Jahren schon –, stark durch die Positionen von linksalternativen Lobbygruppen – u. a. Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt (AFP), Aktion Südafrika-Boykott (ASB), Arbeitsgruppe Dritte Welt (AG3W) und Südafrika-Komitee Amandla (zusammen 19.8%) – und durch Medienpositionen der Qualitäts- und Forumsmedien Tages-Anzeiger, Tagwacht, Vaterland, Weltwoche, The Economist und Washington Post geprägt (total 18.6%). Eine hohe Resonanz erzielen aber auch die in den siebziger Jahren noch wenig in den Medien gespiegelten Positionen von linken und unabhängigen Parteien; namentlich Sozialdemokratische Partei (SP), Landesring der Unabhängigen (LdU), POCH (Progressive Organisation Schweiz), Grüne Partei, Partei der Arbeit (PdA), Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) und FraP ("Frauen macht Politik!") (insgesamt 18.9%). Daneben erzielen nur gerade die schweizerischen Landeskirchen und ihre Organisationen – u. a. Kooperation Evangelischer Kirchen und Missionen (kem), Justitia et Pax, Arbeitsgruppe Kairos und Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund (SEK) (zusammen 10.8%) –, diverse Hilfswerke – u. a. Schweizerische Stiftung für Entwicklungszusammenarbeit (Swissaid), Brot für Brüder, Fastenopfer, Terre des Hommes,

⁶⁴⁰ Guntram Rehsche: "Schweiz als Financier eines bankrotten Südafrika?", TA, 15.10.1988.

⁶⁴¹ FDP-Nationalrat Jean-Pierre Bonny: "Ein Beitrag zur Diskussion: Mit wirtschaftlichem Druck zu politischer Evolution in Südafrika?", NZZ, 23.6.1988 [Hervorhebung im Original].

Erklärung von Bern (EvB) und HEKS (Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz) (total 5.3%) – und Führerpersönlichkeiten des südafrikanischen Apartheidwiderstandes – namentlich C. F. Beyers Naudé, Frank Chikane, Allan Boesak und Bischof Desmond Tutu – eine nennenswert hohe Aufmerksamkeit (insgesamt 4.1%).⁶⁴² Ausser in der sozialdemokratischen Tagwacht und den Boulevardmedien Blick und SonntagsBlick – in denen die meisten Artikel zum Verhältnis Schweiz-Südafrika ungezeichnet erscheinen –, lässt sich in der Medienarena in den achtziger Jahre im Vergleich zu den Jahren zuvor eine eindeutige Autorenschaft ausmachen: Bei der Weltwoche werden die apartheidkritischen Beiträge zu den schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen vornehmlich von Rita Flubacher und Ulrich Kägi verfasst; und beim Vaterland von Bernadette Koller und Ruedi Hagmann. Beim unabhängigen Tages-Anzeiger stammen die Artikel zum Verhältnis Schweiz-Südafrika mehrheitlich aus der Feder von Chefredaktor Peter Studer sowie Jürg Schoch, Stefan Hartmann, Thomas Schellenbaum, Richard Diethelm und Fritz Pfiffner.

Daneben eröffnen Vaterland, Tagwacht und NZZ – und insbesondere der Tages-Anzeiger –, in den achtziger Jahren wiederholt prominenten Apartheidkritikern und Antikritikern aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft das Forum für Stellungnahmen – u. a. AFP-Sekretär Tobias Bauer; Lukas Vogel (AAB); AAB-Präsident und Pfarrer Paul Rutishauser; SP-Nationalrat und AAB-Präsident Paul Rechsteiner; Dr. Walter Wolf (Schweizerischer Evangelischer Pressedienst (epd)); Dr. Vreni Biber (kem); Wirtschaftsjournalist Hansjürg Saager (u. a. Handelszeitung, SSAA-Bulletin); FDP-Nationalrat Jean-Pierre Bonny; sowie Beat Kaufmann (Christian Solidarity International (CSI)) –,⁶⁴³ oder führen Interviews mit prominenten Apartheidkritikern und Antikritikern: U. a. Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates (SACC) C. F. Beyers Naudé; Präsident der Generaldirektion der SBG Niklaus Senn; Zulu-Führer Mangosuthu Buthelezi; sowie Ex-Nationalbankpräsident Fritz Leutwiler.⁶⁴⁴

642

n = 415. SP = 55 Positionen (13.3%); AAB = 55; TA = 50 (12.0%); Apartheidkritiker unspezifisch = 36 (8.7%); kem = 15 (3.6%); AFP = 14 (3.4%); WE = 12 (2.9%); Justitia et Pax = 11 (2.7%); Swissaid = 10 (2.4%); African National Congress (ANC) = 10; ASB = 9 (2.2%); TW = 8 (1.9%); C. F. Beyers Naudé = 7 (1.6%); SBK = 7; LdU = 6 (1.4%); PÖCH = 6; Grüne Partei = 6; Frank Chikane = 6; Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB) = 6; Kulturschaffende unspezifisch = 6; VA = 5 (1.2%); SoZ = 5; Arbeitsgruppe Kairos = 5; SEK = 4 (1.0%); Brot für Brüder = 4; Freisinnigdemokratische Partei (FDP) = 4; BK = 4; WoZ = 3 (0.7%); PdA = 3; Protestantische Landeskirche Genf = 3; Kirche unspezifisch = 3; Fastenopfer = 3; Allan Boesak = 3; World Gold Commission (WGC) = 2 (0.5%); United Nations Organisation (UNO) = 2; Parlament = 2; SAP = 2; Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt (Solifonds) = 2; Verein kritischer Aktionäre = 2; Schweizerische Bischofskonferenz = 2; Institut de recherche et d'information sur les multinationales (IRM) = 2; Hilfswerke unspezifisch = 2; Terre des Hommes = 1 (0.2%); EvB = 1; Desmond Tutu = 1; HEKS = 1; AG3W = 1; Südafrika-Komitee Amandla = 1; FraP = 1; Weltkirchenrat (OeRK) = 1; Christian Solidarity International (CSI) = 1; The Economist = 1; Washington Post = 1; Züri Woche = 1; sowie Starnberger Institut = 1.

643

Vgl. stellvertretend Dr. Walter Wolf: "Abgeordnetenversammlung des Evangelischen Kirchenbundes: Solidarität mit den Leidenden", VA, 23.6.1982; Lukas Vogel: "UN-Seminar über Multis in Südafrika: Pretorias Regime unterstützt", TW, 13.11.1982; Tobias Bauer: "Südafrika-Boykottwoche in Bern: Schweizer Blutgeld", TW, 12.6.1985; Tobias Bauer: "Schweizer Banken – Stütze der Apartheid", TA, 28.6.1985; Tobias Bauer: "Sinnvolles Druckmittel", TA, 26.7.1985; Hansjürg Saager: "Sanktionen treffen die Falschen", TA, 26.7.1985; Dr. Vreni Biber: "«Kirche ist direkt herausgefordert»", TA, 27.10.1986; Paul Rechsteiner: "Südafrika-Politik: Handeln wir selber – Solidarität praktisch beweisen", TW, 19.3.1988; Jean-Pierre Bonny: "Ein Beitrag zur Diskussion: Mit wirtschaftlichem Druck zu politischer Evolution in Südafrika?", NZZ, 23.6.1988; Beat Kaufmann: "Die besondere Verantwortung unserer Kirchen", NZZ, 3.3.1989; Paul Rutishauser: "Sanktionen als letztes gewaltfreies Mittel", NZZ, 3.3.1989; sowie Hansjürg Saager: "«Schweiz ist für Diamanten ein sicherer Platz»: Ein Gespräch über den stark gestiegenen Diamantenhandel mit der Schweiz", TA, 3.5.1989.

644

Vgl. stellvertretend Silvia Höner: "Gespräch mit Beyers Naudé, Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates: «Südafrika ist in eine neue Phase des Widerstandes getreten»", TA, 20.6.1985; Fritz Pfiffner: "Gespräch mit dem Präsidenten der Generaldirektion der Schweizerischen Bankgesellschaft Nikolaus Senn: Wir haben im Ausland nichts

Noch stärker als in den siebziger Jahren (damals Position 4) hat sich in der Medienöffentlichkeit in der Phase 1985-1989 das Deutungsmuster der Schweizer Wirtschaft als "wichtigste Stütze der Südafrika-Rassisten" etabliert (vgl. Position 1; Abbildung 20, Seite 170).⁶⁴⁵ Die Typisierung der Schweiz als "Wirtschaftsblockade-Brecher" wird dabei von linksalternativen Lobbygruppen wie der AAB, AFP und ASB, den Qualitäts- und Forumsmedien Tages-Anzeiger und Tagwacht, den linken Parteien SP, POCH, PdA und SAP sowie den schweizerischen Landeskirchen und ihren Organisationen – u. a. kem, Justitia et Pax, SEK – gleichermassen stark geteilt.⁶⁴⁶

In den achtziger Jahren wird zudem die Schweiz noch stärker – insbesondere von Tages-Anzeiger, Tagwacht, Vaterland und Weltwoche –, als zentrale Handelsplattform für südafrikanisches Gold kritisiert, da rund "60 Prozent der Weltproduktion oder 900 Tonnen" in Zürich ihre Käufer finden und dabei "knapp die Hälfte des Angebotes (...) aus Südafrika" stammen würde;⁶⁴⁷ und die zunehmende Bedeutung der Schweiz als "Drehscheibe für den internationalen Handel mit Rohdiamanten" aus Südafrika skandalisiert (vgl. Positionen 4 und 12; Abbildung 20).⁶⁴⁸

Eine hohe Aufmerksamkeit – vergleichbar mit derjenigen in den linksalternativen Binnenorganen AAB-Nachrichten und WochenZeitung im gleichen Zeitraum –, erfährt der "Aufruf zu einem kollektiven Kontorückzug bei grossen Schweizer Banken" von AAB, AFP und ASB, der von den Medien nun neu gespiegelt wird (vgl. Position 3; Abbildung 20).⁶⁴⁹ Demgegenüber findet die in den siebziger Jahren medial noch rege beachtete Granny Smith-Boycott-Kampagne – d. h. der Versuch linksalternativer Lobbygruppen, "Konsumentinnen und Konsumenten für einen direkten Boycott südafrikanischer Produkte zu gewinnen" –, nur noch marginal Resonanz (vgl. Fussnote zu Abbildung 20).⁶⁵⁰

Dass die Politik des Bundesrates, "über Gespräche mit Verantwortlichen des Apartheid-Staates Verbesserungen der Lage der schwarzen Bevölkerungsmehrheit zu erreichen", in den achtziger Jahren "Schiffbruch erlitten" hat, ist für die AAB, den Tages-Anzeiger und die Weltwoche – und insbesondere die SP – unbestritten (vgl. Position 5; Abbildung 20).⁶⁵¹ Das gleiche gilt für selbige Öffentlichkeitsakteure (minus Weltwoche) auch bezüglich der Einschätzung, wonach die Apartheid "nicht reformiert", sondern "nur zerstört" werden könne (vgl. Position 11; Abbildung 20).⁶⁵²

verschlafen", TA, 5.7.1985; Peter Studer: "Gespräch mit dem Zulu-Chef Gatsha Buthelezi: «Politisches Ghetto würde Rassismus verewigen»", TA, 16.10.1985; Fritz Pfiffner: "Interview mit Fritz Leutwiler, BBC-Präsident und Südafrika-Vermittler: Die Zeit in Südafrika läuft aus", TA, 23.11.1985; sowie Markus Gisler: "«Wer beliebt sein will, darf nicht Banker werden»: Nikolaus Senn zum angeschlagenen Image der Banken, zum Finanzplatz, zum Bundesrat, zu Südafrika und zum Hypozins", TA, 26.5.1985.

645 Hugo Rämi: "Neue Handelsstatistik beweist – Die Schweiz ist die wichtigste Stütze der Südafrika-Rassisten: Produkte vom Kap immer beliebter – Zwei Drittel des Goldes wird via Schweizer Banken vermarktet", SBK, 27.3.1988.

646 Gisela Blau: "Südafrika: Schweizer als Wirtschaftsblockade-Brecher?", SBK, 21.9.1986.

647 Markus Stadler: "Ein Goldboykott gegen Südafrika trifft Handelsplatz Schweiz kaum: Der Weg führt weiterhin über Zürich", WE, 28.8.1986. Vgl. auch Peter Kamber: "Goldland Schweiz", TA Magazin, 20.9.1986.

648 Guntram Rehsche: "Die Schweiz ist immer mehr Drehscheibe für den Handel mit Südafrikas-Diamanten", TA, 16.2.1989.

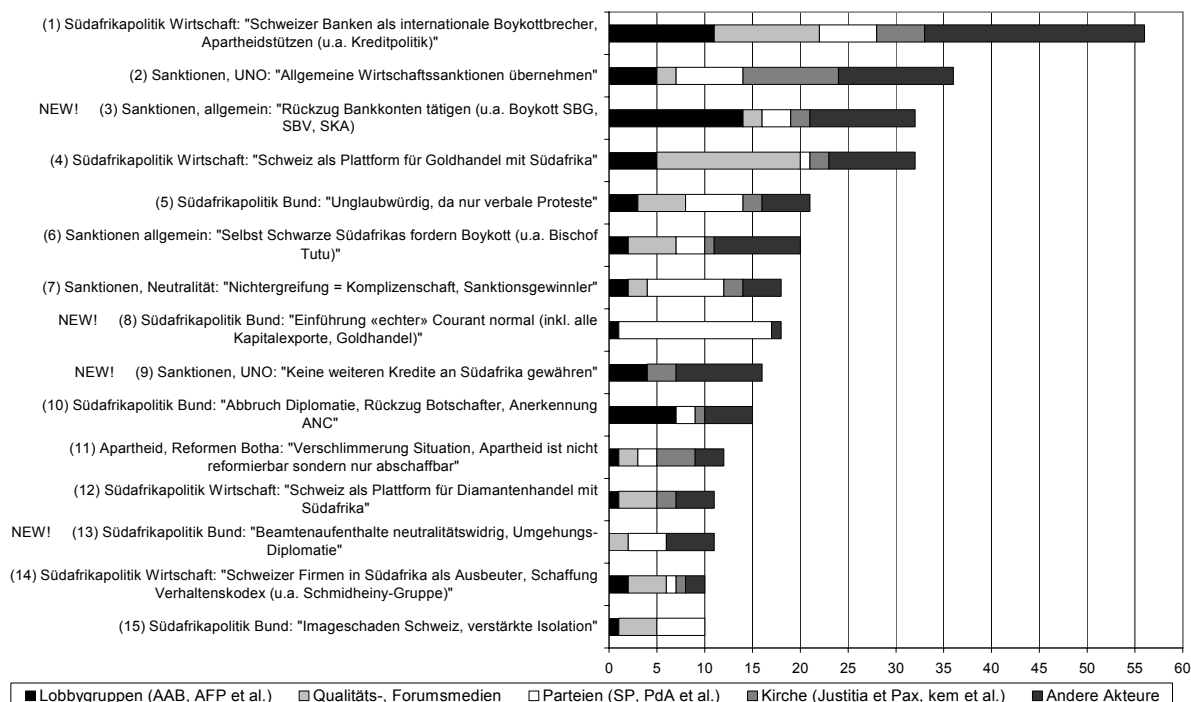
649 dd.: "Kundgebung gegen Bankenbeziehungen", TA, 3.4.1987.

650 Thomas Schellenbaum: "Grossbanken im Visier der Südafrika-Boycottwoche", TA, 15.6.1988.

651 "Pro und Contra Südafrika-Sanktionen und «Courant normal»: Gemeinsam nur das Nein zur Apartheid", VA, 11.3.1988.

652 hju.: "Eine friedliche Demo, doch einmal wurde es brenzlig", TA, 7.10.1985.

Abbildung 20: Apartheidkritische Positionen differenziert nach Akteuren in der Medienarena 1985-1989⁶⁵³



653

Dargestellt werden die fünfzehn am häufigsten geäusserten apartheidkritischen Positionen differenziert nach Akteuren in der Medienarena 1985-1989 in absoluten Werten [n = 415]. Neue Positionen sind in der Abbildung mit *NEW!* gekennzeichnet. Weitere apartheidkritische Positionen mit erhöhter Medienresonanz: *Südafrikapolitik Schweiz, allgemein: "Kirchen unterstützen implizit Apartheidpolitik"* [10 Nennungen]; *Sanktionen, UNO: "Missbrauch Schweiz als Drehscheibe, für Dreiecksgeschäfte (u. a. Marc Rich)"* [9]; *Sanktionen, UNO: "Aufhebung Swissair-Flüge, kein Überflug- und Landerecht SAA"* [9]; *Sanktionen, allgemein: "Konsumverzicht südafrikanischer Güter implementieren (u. a. Boykott Migros, Coop)"* [8]; *Sanktionen, Neutralität: "Bei schweren Menschenrechtsverletzungen Vorzug aussenpolitische Tradition Solidarität, Humanität"* [8]; *Apartheid, Reformen Botha: "Beschönigung, Rechts-Propaganda Lobbygruppen (u. a. asa, SSAA, CFS)"* [8]; *Apartheidschulden: "Umschuldungsmission Leutwiler mit Schützenhilfe Bund, apartheidstützende Aktion"* [8]; *Südafrikapolitik Bund: "Ungenügende Intervention für politische Gefangene (u. a. Pfarrer Bill)"* [4]; *Sanktionen, negative Effekte: "Keine Erhöhung Arbeitslosigkeit Schwarze, Apartheidökonomie selbst erzeugt Arbeitslosigkeit"* [3]; *Sanktionen, UNO: "Waffenausfuhr verschärfen gemäss Cocom-Praxis, da Missbrauch"* [3]; *Sanktionen, UNO: "Drehscheibe Umgehungsgeschäfte Schweiz unterbinden"* [3]; *Sanktionen, UNO: "Kein Verkauf von Computer- und Nukleartechnologie"* [3]; *Sanktionen, UNO: "Keine Einfuhr Krügergoldmünzen"* [3]; *Südafrikapolitik Schweiz, allgemein: "Behinderung AAB-Tätigkeiten durch Schweizer Behörden"* [3]; *Südafrikapolitik Bund: "Senkung Kapitalexportplafond, da massive Überschreitung"* [3]; sowie *Apartheidschulden: "Keine weiteren Umschuldungsabkommen mit Südafrika mehr"* [3]. Apartheidkritische Positionen mit geringer Medienresonanz [weniger als 3 Nennungen]: *Sanktionen, negative Effekte: "Keine Extremisierung, Verhinderung Blutbad"*; *Sanktionen, allgemein: "Ausschluss Südafrika IKRK-Konferenz Genf 1986 gerechtfertigt"*; *Sanktionen, UNO: "Abbruch Sport- und Kulturkontakte (u. a. Boykott Zwei-Tage-Marsch)"*; *Südafrikapolitik Schweiz, allgemein: "Ideologische Affinitäten zur Apartheid, Rassismus Schweizer Politik und Wirtschaft"*; *Südafrikapolitik Bund: "Überlassen der Aussenpolitik der Wirtschaft"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Finanzierung Atomprogramm Südafrikas, ESCOM-Anleihe Schweizer Banken siebziger Jahre, Uran-Lieferungen achtziger Jahre"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweizer Banken finanzieren Auslandengagement südafrikanischer Firmen, Herkunftsverschleierung (u. a. Minorco, CFR)"*; *Apartheid, Reformen Botha: "Desinformation «braune» Massenmedien, Beeinflussung durch Wirtschaft"*; sowie *Kalter Krieg: "Überbewertung strategische Bedeutung Südafrikas (u. a. Rohstoffe, westlicher Vorposten gegen Kommunismus)"*.

Wie in den linksalternativen Binnenorganen AAB-Nachrichten und WochenZeitung auch, hat sich zudem in der Medienarena in den achtziger Jahren die in den Jahrzehnten zuvor noch wenig Resonanz erzeugende Position nachhaltig gefestigt, wonach selbst "Vertreter der Schwarzen (...) trotz den zu erwartenden Opfern Sanktionen (fordern)" würden (vgl. Position 6; Abbildung 20).⁶⁵⁴ Dass die Schwarzen Südafrikas "bereit seien, Arbeitslosigkeit und vorübergehend noch grössere Armut – beides Dinge, unter denen die Schwarzen eh schon leiden – in Kauf zu nehmen, wenn nur die Apartheid abgeschafft werde", ist eine Einschätzung, die insbesondere von den linksalternativen Lobbygruppen AAB und AFP und verstärkt von der SP in die Medienöffentlichkeit getragen wird.⁶⁵⁵

Für die erhöhte mediale Aufmerksamkeit des Deutungsmusters der "Komplizenschaft mit einem rassistischen Regime" zeichnen – im Gegensatz zu den siebziger Jahren – in der Phase 1985-1989 vor allem die linken Parteien SP, POCH und PdA verantwortlich (vgl. Position 7; Abbildung 20).⁶⁵⁶

Als neue apartheidekritische Position mit hoher Aufmerksamkeit in den Medien in den achtziger Jahren, erweist sich zudem die von der SP praktisch im Alleingang lancierte und portierte Forderung, per Bundesbeschluss den "gesamten Kapitalexport nach Südafrika und den Goldhandel mit diesem Land dem Prinzip des «courant normal»" zu unterstellen (vgl. Position 8; Abbildung 20).⁶⁵⁷ Unterstützung findet dieses Begehren verstärkt auch seitens der POCH, LdU und der Grünen Partei.

Daneben findet neu auch die Skandalisierung von Schweizer Beamten, die mit ihren (privaten) Südafrika-Besuchen die Neutralität unterlaufen würden, eine beachtliche Medienresonanz (vgl. Position 13; Abbildung 20). Nebst SP, LdU und Grüne Partei wird diese Kritik an den Vertretern der offiziellen Schweiz in der medialen Öffentlichkeit vor allem dem "Enthüllungsmedium" WochenZeitung zugeschrieben.

Etwas weniger Resonanz als in den siebziger Jahren (damals Position 5) erzielt in der Phase 1985-1989 die Kritik an Schweizer Firmen mit Tochterniederlassungen in Südafrika, welche sich "vorzugsweise um gute Beziehungen zur Regierung in Pretoria (...) kümmern, anstatt der schwarzen Bevölkerung gute Arbeitsbedingungen zur Verfügung zu stellen" (vgl. Position 14; Abbildung 20).⁶⁵⁸ Prominent wird diese Einschätzung aber insbesondere vom unabhängigen Tages-Anzeiger und der sozialdemokratischen Tagwacht portiert.

Die in den linksalternativen Binnenorganen AAB-Nachrichten und WochenZeitung in den achtziger Jahren intensiv skandalisierte Umschuldungsmission von Ex-Nationalbankpräsident Fritz Leutwiler – welcher für das Apartheidregime die "Kastanien aus dem Feuer" zu holen versuche –, findet in den Medien im Vergleich dazu nur geringe Aufmerksamkeit (vgl. Fussnote zu Abbildung 20).⁶⁵⁹

654 "Die meisten Nationalräte lehnen Wirtschaftsdruckmassnahmen gegen Südafrika ab ... : ... alle sind gegen Apartheid", TW, 16.3.1988.

655 Rita Flubacher: "Kuba, UdSSR, Südafrika etc. – Wirtschaftssanktionen und warum sie nur in Spezialfällen zum Ziel führen: Lady Di und Prinz Charles sollen China bestrafen", WE, 29.6.1989.

656 (ap): "In der Schweizer Südafrika-Politik bleibt alles beim alten", TA, 11.3.1988.

657 (sda): "Südafrika-Sanktionen einmal mehr umstritten: Initiative für Beschränkung des Kapitalexports und des Goldhandels im Nationalrat", TA, 11.3.1988.

658 (sda): "SGB kritisiert schweizerische Unternehmen in Südafrika: Schwarze ohne Kaderpositionen", TW, 22.7.1987.

659 Peter Studer: "Südafrika, Sanktionen und die Schweiz", TA, 14.9.1985.

Antikritischer Diskurs in der Medienarena in den achtziger Jahren:

Ungleich stärker als in den siebziger Jahren werden in der medialen Öffentlichkeit in der Phase 1985-1989 die antikritischen Positionen des Bundesrates gespiegelt (19.5%). Eine etwa gleich hohe Aufmerksamkeit erzielen nur gerade die bürgerlichen und rechtsnationalen Parteien Freisinnigdemokratische Partei (FDP), Schweizerische Volkspartei (SVP), Christlichdemokratische Volkspartei (CVP), Liberale Partei der Schweiz (LPS) und die Nationale Aktion (NA) (zusammen 18.8%). Hohe Resonanzen erzielen auch die Schweizer Grossbanken SBG, SBV und SKA (12.8%) und die Verwaltung im allgemeinen, d. h. das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), das Bundesamt für Aussenwirtschaft (BAWI), das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL), das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED), das Bundesamt für Strassenbau und das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) (zusammen 7.8%). Kirchliche Gruppierungen und die schweizerischen Landeskirchen und ihre Organisationen – u. a. Christian Solidarity International (CSI), Aktion "Kirche wohin?", Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund (SEK) und Zürcher Kirchenrat (zusammen 6.0%) –, die antikritischen Lobbygruppen asa (Arbeitsgruppe südliches Afrika) und Swiss-South African Association (SSAA) (zusammen 3.4%) und die freisinnig-liberale NZZ (2.6%) erzielen insgesamt eher eine geringere Resonanz.⁶⁶⁰ Bei der NZZ erweisen sich als antikritischste Wortführer in den achtziger Jahren vor allem Jürg Dedial (*de.*) und Christoph Wehrli (*C.W.*).

Als antikritische Position mit der höchsten Resonanz in den Medien in den achtziger Jahren erweist sich die – insbesondere von NZZ, FDP, SVP, Schweizer Grossbanken (SBG, SBV, SKA) sowie den antikritischen Lobbygruppen asa und SSAA geteilte – Diagnose und Prognose, wonach "wirtschaftliche Repressionen" gegenüber Südafrika nicht nur nichts nützen würden, sondern "letztendlich ausgerechnet jenen Bevölkerungskreisen (schaden), denen man helfen will, den Schwarzen nämlich" (vgl. Position 1; Abbildung 21, Seite 173).⁶⁶¹ Im Vergleich zu den siebziger Jahren (damals Position 8) hat sich dieses Leitargument nun als unumstrittener Spitzenreiter aller antikritischen Positionen in der medialen Öffentlichkeit etabliert.

Eine hohe Resonanz erzeugen auch die Argumentationen, welche die Südafrikapolitik der offiziellen Schweiz als angemessen verteidigen und/oder sich auf die aussenpolitische Tradition der Neutralität berufen, welche konzertierte Aktionen grundsätzlich verunmöglichen würde (vgl. Positionen 2 und 4; Abbildung 21). Als federführend bei diesen Rechtfertigungen erweist sich hauptsächlich der Bundesrat und die Verwaltung (u. a. EDA, BAWI).

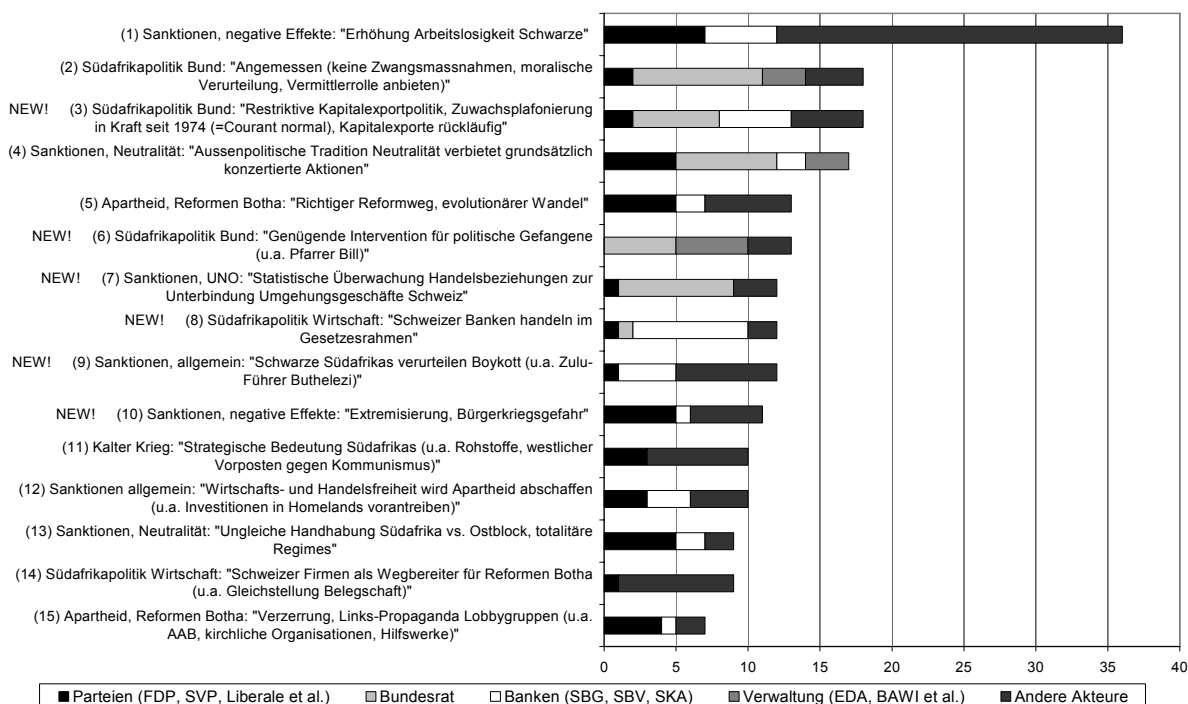
Als neue antikritische Position in der Phase 1985-1989, welche verstärkt seitens des Bundesrates und den bürgerlichen Parteien FDP und CVP ins Feld geführt wird, erweist sich die Diagnose, dass mit der 1974 eingerichteten Zuwachsplafonierung des Kapitalexportes gegenüber Südafrika "die «Courant-

⁶⁶⁰ n = 266. Bundesrat = 52 Positionen (19.5%); Banken (SBG, SBV, SKA) = 34 (12.7%); FDP = 34; Antikritiker unspezifisch = 30 (11.3%); SVP = 10 (3.8%); EDA = 8 (3.0%); CSI = 7 (2.6%); NZZ = 7; asa = 6 (2.3%); BAWI = 5 (1.9%); Regierungsrat Zürich = 5; Parlament = 4 (1.5%); Mangosuthu Buthelezi = 4; WE = 3 (1.1%); CVP = 3; SEK = 3; Aktion "Kirche wohin?" = 3; SSAA = 3; Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates = 3; Fritz Leutwiler = 3; Wissenschaft unspezifisch = 3; BAZL = 2 (0.8%); Schweizer Botschaft = 2; Schweizerische Nationalbank (SNB) = 2; Zürcher Kirchenrat = 2; Schmidheiny-Gruppe = 2; Swissair = 2; Coop = 2; Migros = 2; Nestlé = 2; LPS = 2; EMD = 1 (0.4%); Bundesamt für Strassenbau = 1; EVED = 1; Interdepartementale Arbeitsgruppe statistische Überwachung Handelsverkehr = 1; Edouard Brunner = 1; Schweizerisches Institut für Nuklearforschung (SIN) = 1; Schweizerischer Handels- und Industrieverein (Vorort) = 1; Bankiervereinigung = 1; TA = 1; VA = 1; SBK = 1; SP = 1; NA = 1; Gallup-Institut = 1; ifo-Institut = 1; sowie Kirche unspezifisch = 1.

⁶⁶¹ Rita Flubacher: "Kuba, UdSSR, Südafrika etc. – Wirtschaftssanktionen und warum sie nur in Spezialfällen zum Ziel führen: Lady Di und Prinz Charles sollen China bestrafen", WE, 29.6.1989.

normal»-Politik (...) praktisch schon Tatsache" sei (vgl. Position 3; Abbildung 21).⁶⁶²

Abbildung 21: Antikritische Positionen differenziert nach Akteuren in der Medienarena 1985-1989⁶⁶³



Verstärkt wird diese Argumentation auch von den Schweizer Grossbanken SBG, SBV und SKA verwendet; insbesondere mit dem Zusatz, dass "[s]eit 1985 (...) zudem ein deutlicher Rückgang der bewilligungspflichtigen Kapitalexporte nach Südafrika bis auf 38 Millionen im vergangenen Jahr zu verzeichnen" gewesen sei.⁶⁶⁴

⁶⁶² (sda): "Nationalrat will Südafrika-Handel nicht «einfrieren» lassen", TA, 16.3.1988.

⁶⁶³ Dargestellt werden die fünfzehn am häufigsten geäusserten antikritischen Positionen differenziert nach Akteuren in der Medienarena 1985-1989 in absoluten Werten [n = 266]. Neue Positionen sind in der Abbildung mit *NEW!* gekennzeichnet. Weitere antikritische Positionen mit erhöhter Medienresonanz: *Südafrikapolitik Bund: "Beamtenaufenthalte privater Natur, unproblematisch"* [6 Nennungen]; *Südafrikapolitik Bund: "Positive Massnahmen, Schweiz finanziert schwarze Entwicklungs- und Bildungsprojekte"* [6]; *Sanktionen, UNO: "Kein Missbrauch Schweiz für Dreiecksgeschäfte"* [5]; *Sanktionen, allgemein: "Ausschluss Südafrika IKRK-Konferenz Genf 1986 nicht gerechtfertigt (Image-schaden Schweiz)"* [4]; *Sanktionen, UNO: "Waffenausfuhr eingeschränkt seit 1963, keine Embargounterlaufung"* [4]; *Südafrikapolitik Schweiz, allgemein: "Keine implizite Unterstützung Apartheidpolitik durch Kirchen"* [4]; *Südafrikapolitik Schweiz, allgemein: "Kirchen unterstützen implizit Weltrevolution (u. a. Theologie des Hasses)"* [4]; *Apartheid, Reformen Botha: "Desinformation «rote» Massenmedien, Beeinflussung durch Kommunisten"* [4]; *Sanktionen, allgemein: "Konsumverzicht ist privater Entscheid"* [3]; *Sanktionen, negative Effekte: "Wirtschaftskrise Frontstaaten Südafrikas"* [3]; *Sanktionen, UNO: "Swissair ist private AG, Luftfahrtgesetz gestattet Benutzung Luftraum für SAA"* [3]; sowie *Südafrikapolitik Bund: "Wird je nach Entwicklung der Lage angepasst"* [3]. Antikritische Positionen mit geringer Medienresonanz [weniger als 3 Nennungen]: *Sanktionen, negative Effekte: "Stärkung Apartheidregime, Förderung Kriegswirtschaft Südafrikas"*; *Sanktionen, UNO: "Handel Krüggerrand-Goldmünzen sowieso weltweit rückläufig"*; *Sanktionen, UNO: "Hypokrisie US- und EG-Firmen, unechter Südafrikaboykott"*; *Südafrikapolitik Bund: "Universalität der Wirtschaftspolitik"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweiz keine spezifische Plattform für Goldhandel mit Südafrika"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Importverbot für Diamanten von UNO und EG niemals erlassen"*; sowie *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Umschuldungsmission Leutwiler privater Natur"*.

⁶⁶⁴ (ap): "Uneinig über Südafrika-Politik", VA, 11.3.1988.

Daneben wird vom Bundesrat auch wiederholt auf ein neues Instrument verwiesen, welches es der Schweiz ermögliche, "eine systematische statistische Überwachung des Wirtschaftsverkehrs mit Südafrika" zu betreiben, und somit Umgehungsgeschäfte frühzeitig entdecken und unterbinden zu können (vgl. Position 7; Abbildung 21).⁶⁶⁵

Als diejenige Bankenposition (SBG, SBV, SKA) mit der grössten Medienresonanz in den achtziger Jahren, erweist sich die legalistische Rechtfertigung der Geschäftsbeziehungen mit dem Apartheidregime "im Rahmen (...) der vom Bundesrat erklärten Wirtschafts- und Aussenpolitik" (vgl. Position 8; Abbildung 21).⁶⁶⁶

Im Vergleich zu den siebziger Jahren hat sich zudem in der Phase 1985-1989 die antikritische Diagnose des richtigen Reformweges unter Staatspräsident P. W. Botha und des zu fördernden evolutionären Wandels in Südafrika weiter medial stabilisiert (vgl. Position 5; Abbildung 21). Die Einschätzung, dass nämlich schon eine "stattliche Anzahl von Reformschritten" feststellbar sei – "darunter die Abschaffung des Rassenschandegesetzes und der Passgesetze" –, wird insbesondere von der FDP und der SVP geteilt und von den Medien unspezifischen Antikritikern zugeschrieben.⁶⁶⁷

Das gleiche kann auch für das neue antikritische Leitargument gelten, wonach prominente südafrikanische "Apartheid-Gegner (...) Boykottmassnahmen als kontraproduktiv ab(lehnen)" würden (vgl. Position 9; Abbildung 21).⁶⁶⁸ Wiederholt findet diese Argumentation in den achtziger Jahren Aufmerksamkeit in der Medienarena und wird verstärkt von Vertretern der Schweizer Grossbanken SBG, SBV und SKA aufgegriffen.

Von der FDP, SVP und der LPS werden zudem neu in der Phase 1985-1989 das "Heraufziehen von Bürgerkrieg und Chaos" prognostiziert, welche durch einen internationalen Südafrikaboykott "begünstigt werden könnten" (vgl. Position 10; Abbildung 21).⁶⁶⁹ Dass mit sogenannten wirtschaftlichen "Zwangsmassnahmen" eine Radikalisierung in Südafrika geschürt und gar "weissen Extremisten in diesem Land Vorschub geleistet" würde, wird auch von den antikritischen Lobbygruppen asa und SSAA befürchtet.⁶⁷⁰

Als weitere antikritische Positionen, welche vor allem in den rechtsnationalen Binnenorganen asabulletin und Schweizerzeit Resonanz finden, und in den achtziger Jahren auch eine breitere mediale Öffentlichkeit durchdringen, erweisen sich erstens die antikommunistischen Warnungen vor der "roten Gefahr", d. h. einer "ungewissen Zukunft" des Westens, wenn man "die Sowjets die Hand auf Südafrika legen lasse" (vgl. Position 11; Abbildung 21);⁶⁷¹ zweitens das wirtschaftsliberale Plädoyer für eine verstärkte Investitionstätigkeit in Südafrika durch den Westen, da die "wirtschaftliche Entwicklung am

665 Ruedi Hagmann: "Die Schweiz und die Sanktionen gegen Südafrika: Gerade beim Goldhandel tappt man im dunkeln", VA, 16.3.1988.

666 SBG-Verwaltungsratspräsident Robert Holzach: "Politik der SBG gegenüber Südafrika", TA, 4.5.1987.

667 "Die meisten Nationalräte lehnen Wirtschaftsdruckmassnahmen gegen Südafrika ab ... : ... alle sind gegen Apartheid", TW, 16.3.1988.

668 SBG-Verwaltungsratspräsident Robert Holzach: "Politik der SBG gegenüber Südafrika", TA, 4.5.1987.

669 (sda): "Nationalrat bestätigt bisherige Politik der Landesregierung: Sanktionen gegen Südafrika abgelehnt", VA, 20.12.1986.

670 "Pro und Contra Südafrika-Sanktionen und «Courant normal»: Gemeinsam nur das Nein zur Apartheid", VA, 11.3.1988.

671 Andreas Flutsch: "Wie Schweizer Unternehmen in Südafrika ihre Position halten und ausbauen wollen: Gute Geschäfte, merkwürdige Verbündete", WE, 10.9.1987.

wirksamsten die Apartheid zerstören helfe" (vgl. Position 12; Abbildung 21);⁶⁷² sowie drittens die Kritik an der Propaganda von linksalternativen Lobbygruppen, kirchlichen Kreisen und Hilfswerken (vgl. Position 15; Abbildung 21).

Das in der Medienarena in den siebziger Jahren (damals Position 1) noch prominent gespiegelte Argument, wonach in Südafrika die "Schweizer Firmen (...) führend bezüglich der Gleichstellung" ihrer schwarzen und weissen Arbeiterschaft seien, findet in der Phase 1985-1989 ungleich weniger Beachtung (vgl. Position 14; Abbildung 21).⁶⁷³ Als praktisch einzig relevante Öffentlichkeitsakteure erweisen sich hier nur noch vereinzelte Schweizer Firmen (u. a. Nestlé, Schmidheiny-Gruppe), die regelmässig unterstreichen, dass in ihren Tochniederlassungen in Südafrika "die Schwarzen unter den gleichen Bedingungen wie die Weissen" arbeiten würden.⁶⁷⁴

Bei den unterschiedlichen "Framing" des Verhältnis Schweiz-Südafrika dominieren in der medialen Öffentlichkeit in der Phase 1985-1989 ebenfalls die eher analytisch und gegenwartsbezogenen "diagnostic Framing" (69.0%).⁶⁷⁵ Wie in den siebziger Jahren schon, wird das Verhältnis Schweiz-Südafrika in den Medien mehrheitlich an der Aktualität geschärft und analytisch reflektiert. Zukunftsgerichtete Prognosen ("prognostic Framing") sind insgesamt eher marginal vertreten (16.5%). Das gleiche gilt auch für identitätsstiftende Positionen, welche den Schwerpunkt auf die eigene und/oder fremde oder gar schweizerische Identität legen ("identity Framing") (14.5%). Dabei überwiegen auch in den achtziger Jahren die "prognostic Framing" bei den Apartheidkritikern (u. a. diverse Strategien im Kontext der Granny Smith-Boykott-Kampagne und der Bankenboykott-Kampagne). Im Gegensatz zu den siebziger Jahren sind aber die "identity Framing" in der Phase 1985-1989 auf Seiten der Antikritiker wie auch der Apartheidkritiker etwa gleichermassen stark vertreten (u. a. im Rahmen des Widerstreits Neutralität versus Solidarität als aussenpolitische Tradition der Schweiz).

Widerstreit in der Medienarena in den achtziger Jahren:

Wie schon in den siebziger Jahren, lässt sich auch beim Widerstreit der apartheidkritischen Argumente und antikritischen Gegenargumente in der medialen Öffentlichkeit in der Phase 1985-1989 eine verstärkte Links-Rechts-Polarität feststellen (vgl. Abbildung 22, Seite 176). Als praktisch unerwiderte apartheidkritische Argumente erweisen sich nun jedoch die Forderung nach umfassenden Wirtschaftssanktionen à la UNO und einem Boykott der Schweizer Grossbanken sowie die Skandalisierung der Schweiz als Plattform für den Goldhandel mit Südafrika (vgl. Positionen 1, 2 und 3; Abbildung 22). Das in den Medien in der Phase 1976-1980 unerwiderte Argument der Schweizer Grossbanken als internationale Boykottbrecher und Apartheidstützen wird jedoch nun seitens der Antikritiker aus den Bereichen Politik und insbesondere Wirtschaft verstärkt entkräftet (vgl. Position 4; Abbildung 22). Im Gegensatz zu den Grossverteilern Migros und Coop wird in Bankenkreisen weniger mit der Position der "persönlichen Freiheit der Kunden" argumentiert – d. h. nicht nach dem Motto "Wir machen keine Politik und überlassen den Entscheid den Konsumenten" –, als vielmehr mittels legalistischen Metapositionen (u. a. Berücksichtigung des schweizerischen Gesetzesrahmens).⁶⁷⁶

672 Peter Niggli: "Das Geschäft der Schweiz mit Südafrika: Rückläufige Handels- und Kapitalbeziehungen schliessen Umgehungsgeschäfte nicht aus", TA, 27.10.1987.

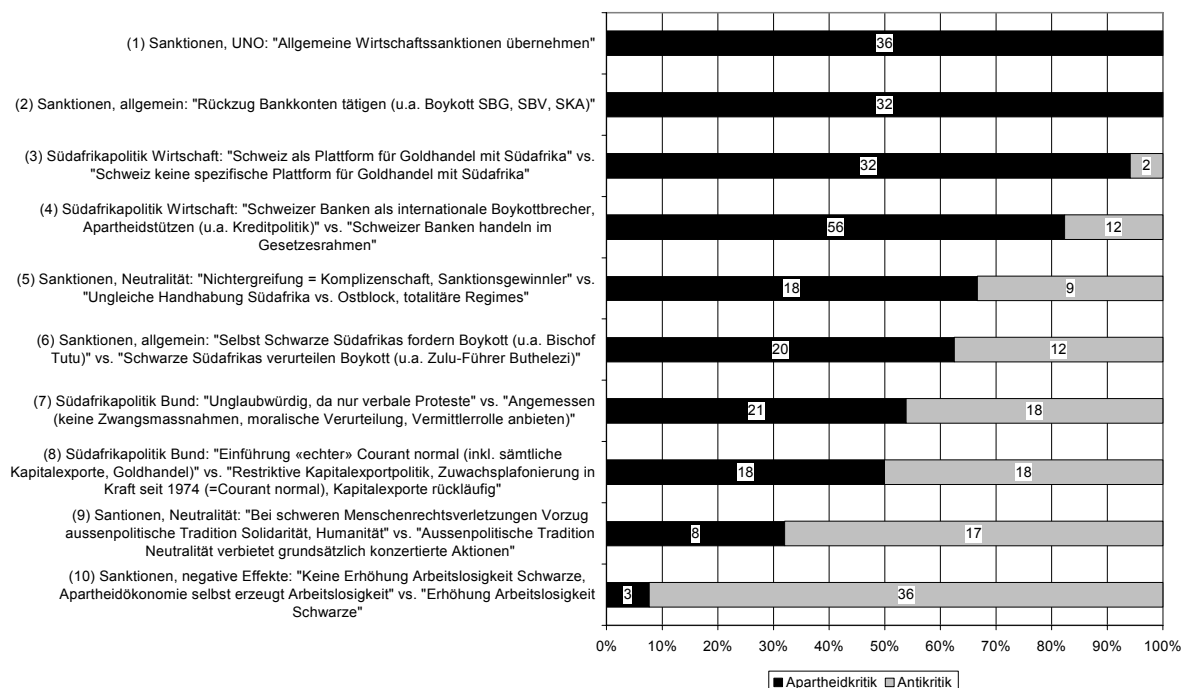
673 di.: "Für und wider Südafrika-Boykott", TA, 20.12.1986.

674 "Südafrika stoppte Schuldentilgung: Schweizer Banken nehmen's gelassen", BK, 3.9.1985.

675 n = 681. "Diagnostic Framing" = 470 (69.0%); "prognostic Framing" = 112 (16.5%); sowie "identity Framing" = 99 (14.5%).

676 Hugo Rämi: "Neue Handelsstatistik beweist – Die Schweiz ist die wichtigste Stütze der Südafrika-Rassisten: Produkte vom Kap immer beliebter – Zwei Drittel des Goldes wird via Schweizer Banken vermarktet", SBK, 27.3.1988.

Abbildung 22: Widerstreit in der Medienarena 1985-1989⁶⁷⁷



Als von den Apartheidkritikern wenig erwidertes antikritisches Argument erweist sich demgegenüber in den Medien in den achtziger Jahren nur gerade dasjenige der Erhöhung der Arbeitslosigkeit der schwarzen Bevölkerung Südafrikas (vgl. Position 10; Abbildung 22). Insgesamt erfahren jedoch antikritische Argumente stärker eine direkte apartheidkritische Entgegnung als umgekehrt. Dies lässt sich beispielsweise am Argument der strategischen Bedeutung Südafrikas im Kontext des Kalten Krieges illustrieren. Das in den Medien in den siebziger Jahren – wie auch in den linksalternativen Binnenorganen AAB-Nachrichten, konzept und WochenZeitung in den siebziger und achtziger Jahren –, von Apartheidkritikern praktisch nicht entkräftete antikritische Leitargument, welches bei einer "feindlichen Übernahme" Südafrikas durch kommunistische Kräfte eine Rohstoffknappheit für den Westen prognostiziert, wird in den achtziger Jahren verstärkt vom Tages-Anzeiger hinterfragt:

"Aber selbst wenn das genaue Gegenstück zum heutigen Apartheid-Regime in Südafrika an die Macht käme, nämlich eine marxistische schwarze Regierung, so hätte das Land auch dann keine andere Wahl, als seine Rohstoffe dem Westen zu verkaufen, genau wie das marxistische Angola sein Erdöl brav von den Amerikanern ausbeuten lässt. Die Sowjetunion ist als Rohstoffproduzent ein *Konkurrent* von Südafrika und kommt als Abnehmer nicht in Frage. Ein anhaltender Unterbruch der südafrikanischen Lieferungen an den Westen gilt deshalb als höchst unwahrscheinlich."⁶⁷⁸

Grundsätzlich lässt sich somit sagen, dass in der Medienarena in der Phase 1985-1989 weniger auf unterschiedlichen Ebenen debattiert – oder gar aneinander vorbei argumentiert – wird, als in den Jahrzehnten zuvor. Dies widerspiegelt auch der doch relativ grosse Anteil von ausgeglichenen Widerstreitpaaren von Argumenten und Gegenargumenten (vgl. Positionen 5 bis 8; Abbildung 22).

⁶⁷⁷ Dargestellt werden die zehn am höchsten Resonanz erfahrenden Widerstreitpaare von apartheidkritischen und antikritischen Positionen in der Medienarena 1985-1989 in absoluten Werten und Prozentsätzen [n = 681].

⁶⁷⁸ Andreas Bänziger: "Der Disput um die Folgen von Wirtschaftsmassnahmen gegen Südafrika: Wem schaden Sanktionen gegen Südafrika?", TA, 11.9.1985 [Hervorhebung im Original].

Aktionen linksalternativer Lobbygruppen in der Medienarena in den achtziger Jahren:

Die Granny Smith-Boykott-Kampagne und Bankenboykott-Kampagne der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Aktion Südafrika-Boykott (ASB), Südafrika-Komitee Amandla und Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt (AFP) erzeugen in der medialen Öffentlichkeit in der Phase 1985-1989 eine unterschiedlich hohe Resonanz. NZZ und Boulevardmedien berichten nur unregelmässig und mehrheitlich in kleinen – teilweise redaktionell bearbeiteten – Agenturmeldungen über diese linksalternativen Aktionen.⁶⁷⁹ Vorzugsweise räsoniert die NZZ dabei über juristische Implikationen von – vornehmlich spektakulären und aussergewöhnlichen – Protestaktionen aus dem Umfeld des schweizerischen Apartheidwiderstandes: U. a. über die Beschädigung von Geldautomaten 1989 durch die Gruppe Tick, Trick und Track wegen der "finanziellen Unterstützung eines rassistischen Regimes",⁶⁸⁰ oder auch über das Verbot der donnerstäglichen Bankenpiketts der AAB durch den Zürcher Stadtrat im gleichen Jahr.⁶⁸¹

Eine hohe Aufmerksamkeit erzeugen die einzelnen Kampagnen – und insbesondere die Bankenpikett-Aktionen – hingegen im unabhängigen Tages-Anzeiger und der sozialdemokratischen Tagwacht. Ab Mitte der achtziger Jahre informiert die Tagwacht jeweils in einer auf der Titelseite plazierten "Pseudorubrik" protokollarisch über die diversen Aktionstage und Boykottwochen: U. a. "*Ein Velo mit Käfig* trug die Aufschrift «Schweizergeld in Schweizer Banken bringen Südafrikaner ins Gefängnis»"; "*Die Schweizer Bankgesellschaft (SBG)* ihrerseits liess in verschiedenen Tageszeitungen ganzseitige Inserate unter dem Titel «Wirtschaft hilft Apartheid überwinden» erscheinen" etc.⁶⁸² Dabei erwähnt die Tagwacht besonders, dass auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) die linksalternativen Kampagnen unterstützen würde.⁶⁸³ Der Tages-Anzeiger widmet dem nationalen Aktionstag "Freiheit für Südafrika" der AAB im Oktober 1985 beispielsweise mehr als eine halbe Seite in Bild und Text.⁶⁸⁴ In Zürich hätten gegen 1'500 Teilnehmer mit Transparenten den Schweizer "Blutsaugern" den Kampf angesagt und in Sprechchören "SBG und SKA – s Portemonnaie in Afrika" gereimt. Für bedenklich wertet der Tages-Anzeiger, dass die Schweizer Grenzbehörden den von der AAB für eine Lesung eingeladenen südafrikanischen Lyriker und Anti-Apartheid-Aktivisten Dennis Brutus, aufgrund seines amerikanischen Flüchtlingspasses, zunächst nicht einreisen lassen wollten.

In einer Bilanz zur laufenden Bankenboykott-Kampagne verweist das Vaterland dann kritisch darauf, dass bis anhin noch "ohne grossen Erfolg" zum Rückzug der Guthaben bei der SBG, SBV und SKA

679 Vgl. stellvertretend (ap): "Unbedachter Protest auf dem Zürcher Paradeplatz", NZZ, 24.10.1985; nw.: "Marsch zum Flughafen: Gegen Südafrika- und Flüchtlingspolitik", NZZ, 26.10.1987; tom.: "Anti-Apartheid-Demonstration: Friedlicher Verlauf", NZZ, 18.3.1988; (sda): "Aufruf zum Boykott des Berner Zweitagemarsches: 25 Nationalräte unter den Unterzeichnern", NZZ, 9.4.1988; Martin Hofer: "Viel Kritik am Zweitagemarsch", SoZ, 8.5.1988; (sda): "«Kein Geld für Apartheid»: Lancierung einer Kampagne", NZZ, 18.11.1988; tom.: "Protest gegen Bankengeschäfte mit Südafrika: Manifestation in Zürich", NZZ, 11.3.1989; sowie "Boykott südafrikanischer Waren gefordert", BK, 28.6.1989.

680 ese.: "Massive Beschädigungen an Geldautomaten in Zürich", NZZ, 13.2.1989; sowie tom.: "Die Beschädigung von Bancomaten", NZZ, 14.2.1989.

681 Vgl. stellvertretend tom.: "Keine Bewilligung mehr für «Bankenpikett»", NZZ, 20.1.1989; sowie Ro.: "Ungenügend begründete Bewilligungsverweigerung: Beschwerde des Anti-Apartheid-«Piketts» gutgeheissen", NZZ, 21.12.1990.

682 "«Nationale Südafrika-Demo» in Zürich", TW, 7.10.1985 [Hervorhebungen im Original]. Vgl. auch "Südafrika-Boykott", TW, 12.6.1985; "Schweizerische Südafrika-Aktionstage", TW, 3.9.1985; sowie "Auch die Schweiz soll sich beteiligen: Sanktionen sind nötig", TW, 9.9.1985.

683 Vgl. stellvertretend (ap): "SGB fordert Sanktionen gegen Südafrika: «Unheil der Apartheid»", TW, 30.8.1985.

684 hju.: "Eine friedliche Demo, doch einmal wurde es brenzlich", TA, 7.10.1985. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

aufgerufen wurde.⁶⁸⁵ Dass die Erfolge der Kampagnen eher gering seien, weiss auch der Tages-Anzeiger zu vermehren. Trotzdem habe die AAB im Kanton Graubünden erreicht, jegliche südafrikanischen Produkte aus den Regalen der Globus-Filiale in Chur zu verbannen; womit das erste "Anti-Apartheid-Kaufhaus" der Schweiz Realität geworden sei.⁶⁸⁶ Der Erfolg in Chur sei aber weniger dem politischen Gewissen des besagten Grossverteilers zuzuschreiben – so der Tages-Anzeiger resümierend –, als vielmehr der nachhaltigen Kampagnentätigkeit der AAB. Denn der Filialdirektor des Churer Globus habe sich nebst dem Weihnachtsrummel derart gestresst gefühlt, dass es "Schimpfworte gehagelt" habe, und er sich nur noch zwischen einer Ehrverletzungsklage und der Schmälerung seines Sortimentes entscheiden konnte.

Eine besonders hohe Resonanz im Tages-Anzeiger erzeugen dann die diversen Aktionen rund um das 125-Jahr-Jubiläum der Schweizer Grossbank SBG im April 1987.⁶⁸⁷ Der Tages-Anzeiger zitiert anlässlich der von AAB und Südafrika-Komitee Amandla organisierten Kundgebung zum 11. Soweto-Jahrestag im Juni 1987 den Journalisten Res Strehle (WochenZeitung), der die Grossbanken als "treueste Verbündete der Apartheidpolitik" kritisiert und eine Erhöhung des öffentlichen Druckes fordert, damit Südafrika für alle Beteiligten "zu einem Vietnam werde"; sowie den südafrikanischen Schriftsteller Zakes Mofokeng, der den "Neo-Kolonialismus" der Schweiz skandalisiert: "Die Schweiz ist mit südafrikanischem Gold reich geworden, doch es sind unsere Leute, die in den Goldminen ihr Leben riskieren."⁶⁸⁸ Anlässlich der Jubiläums-Generalversammlung der SBG am 9. April 1987 eröffnet der Tages-Anzeiger Robert Holzach, SBG-Verwaltungsratspräsident, und Dr. Marianne Biedermann, Präsidentin des Vereins kritischer Aktionäre, das Forum für Stellungnahmen. Holzach skizziert die Südafrikapolitik der SBG in der bekannten Tradition der bürgerlichen Antikritik: U. a. "Buthelezi-Argument", Erhöhung der Arbeitslosigkeit der Schwarzen Südafrikas sowie Geschäftsbeziehungen der Banken im Schweizer Gesetzesrahmen.⁶⁸⁹ Biedermann kritisiert vor allem die Kreditpolitik "an ein Regime, das die Menschenrechte absolut missachtet", und fordert von der SBG, ein Prozent des Reingewinns dafür zu verwenden, den ärmsten Schuldnerländern in Afrika die Zinsen zu erlassen.⁶⁹⁰ Diese Einbettung des Thema Apartheid in Südafrika in den Kontext des Nord-Süd-Gegensatzes (Stichwort: Schuldenfrage) sollte sich dann vor allem in den neunziger Jahren im Rahmen der Globalisierungsdebatte bzw. der Frage nach einer Entschuldung der ärmsten Länder der Welt weiter akzentuieren.

Daneben verweist Stefan Hartmann im Tages-Anzeiger auf ein von der AAB Ende 1987 lanciertes Zeitungsprojekt (Neue Tageszeitung), welches mit der Hauptschlagzeile "Mein Sparheft mordet mit" auf die von vielen Medien "ausgeblendete" wirtschaftliche Verflechtung der Schweiz mit dem Apartheidregime verweisen würde.⁶⁹¹ In den Augen von NZZ-Redaktor Jürg Dedial stellt dieses (hoffentlich) "einmalig erscheinende" Pamphlet mit "irreführendem Titel" und – laut Eigenwerbung – "etwas reisserischer Aufmachung" jedoch nur ein "Schlag unter die Gürtellinie" dar.⁶⁹² Nicht nur würde man fragwürdig mit statistischen Daten zum Südafrikaengagement der Schweizer Grossbanken jonglieren,

685 Balz Bruppacher: "Industrie und Banken halten Boykott nach wie vor für kontraproduktiv: Schweizer Rückzug aus Südafrika nicht in Sicht", VA, 29.7.1985.

686 Carl Bieler: "Globus Chur ohne Waren aus Südafrika", TA, 10.1.1987. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

687 Vgl. stellvertretend (sda): "Kritik am Südafrika-Engagement", TA, 1.4.1987; sowie dd.: "Kundgebung gegen Bankenbeziehungen", TA, 3.4.1987.

688 doe.: "Südafrika-Boykottaufrufe zum Jahrestag von Soweto", TA, 15.6.1987.

689 Vgl. SBG-Verwaltungsratspräsident Robert Holzach: "Politik der SBG gegenüber Südafrika", TA, 4.5.1987.

690 Dr. Marianne Biedermann: "Ethische Forderungen gegen Macht der Banken", TA, 4.5.1987.

691 Stefan Hartmann: "Kritik an den Verflechtungen Schweiz-Südafrika", TA, 18.9.1987.

692 de.: "Ein Pamphlet gegen Südafrika: «Neue Tageszeitung» der Anti-Apartheid-Bewegung", NZZ, 18.9.1987. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel [Hervorhebung im Original].

sondern auch den Goldtransfer über Zürich "weit überrissen darstellen"; und dass "in der Presseerklärung der Autoren ausgerechnet das *Dritte Reich* als Parallele herhalten muss, wirkt denn allerdings ausgesprochen geschmacklos."

Prominent werden vom Tages-Anzeiger im Kontext von Aktionen der linksalternativen Lobbygruppen auch apartheidskritische Positionsbezüge von Zürcher Lokalpolitikern gespiegelt: U. a. im November 1986 die Stellungnahmen der Zürcher SP-Stadträte Ursula Koch und Jürg Kaufmann, anlässlich der "Schweizer Tournee" der anderthalb Jahre später ermordeten Vertreterin des African National Congress (ANC), Dulcie September ("dass Zürich Sanktionen (...) ergreifen könnte (...) liegt durchaus im Bereich des möglichen");⁶⁹³ sowie im Juni 1988 die Rede von SP-Stadträtin Koch auf dem Paradeplatz in Zürich im Rahmen der nationalen Boykottwoche der AAB zum 12. Soweto-Jahrestag ("Ich habe Dulcie September versprochen, gegen die Apartheid zu tun, was ich kann").⁶⁹⁴ Von allen Medien am stärksten fokussiert der Tages-Anzeiger zudem Pressekonferenzen in der Schweiz von Führerpersönlichkeiten des südafrikanischen Apartheidwiderstandes: U. a. ANC-Präsident Oliver Tambo 1986; sowie Pfarrer Frank Chikane 1986 und 1987.⁶⁹⁵

Intensiv wird dann Ende 1988 vom Tages-Anzeiger – wie auch der Tagwacht –, die neue Kampagne "Kein Geld für Apartheid" der AAB thematisiert, welche im Hinblick auf das 1990 zur Erneuerung anstehende Umschuldungsabkommen von Südafrika mit internationalen Gläubigern lanciert worden sei. Laut Tagwacht haben die Apartheidkritiker in Umkehrung jener bekannten Vorster'schen Aussage – wonach "[j]edes Handelsabkommen, jeder Bankkredit, jede neue Investition (...) ein Baustein in der Mauer unserer fortdauernden Existenz" sei –, zum umfassenden Kontorückzug bei den drei grossen "Hausbanken des Apartheid-Regimes" aufgerufen; und würden dabei von SP, Grüner Partei, SGB und Hilfswerken unterstützt.⁶⁹⁶ An der Pressekonferenz anwesend gewesen seien, nebst Politprominenz wie SP-Nationalrat Paul Rechsteiner und Vasco Pedrina von der Gewerkschaft Bau und Holz, auch Anti-Apartheid-Aktivist:innen aus dem In- und Ausland: U. a. Mascha Madörin (AFP, ASB), Pfarrerin Leni Altwegg (AAB) und Solly Smith (ANC). Der Tages-Anzeiger betont zudem, dass diverse "Persönlichkeiten aus dem Bereiche der Kirchen und der Kultur" – u. a. Theologieprofessor Lukas Vischer, der Mitte der siebziger Jahre aus Südafrika ausgewiesen wurde, und Popmusiker Polo Hofer – den Aufruf zum Kontorückzug bei der SGB, SBV und SKA unterzeichnet hätten.⁶⁹⁷

Laut Tages-Anzeiger und Tagwacht verspricht eine solch "verbreiterte Basis" einiges mehr, als die "Mutterkampagne" der AFP von 1982. Ein erstes positives Signal habe die Schweizerische Stiftung für Entwicklungszusammenarbeit (Swissaid) im Juni 1989 gesetzt; indem sie "sämtliche Konten bei den drei schweizerischen Grossbanken" aufgelöst habe.⁶⁹⁸ Dies sei umso notwendiger, als ein neuester Bericht des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO (Kommission für transnationale Gesellschaften) im September 1989 die Schweizer Finanzhilfe als "Sauerstoffzelt" für die Apartheid charakterisiert habe;

693 Maya Doetzkies: "Stadträte trafen südafrikanische Widerstandskämpferin", TA, 21.11.1986.

694 Vgl. *bbü.*: "Ursula Koch: Heuchlerische Haltung – Protestaktion am Paradeplatz gegen Banken und gegen Südafrika", TA, 17.6.1988.

695 Vgl. stellvertretend Pierre Simonitsch: "Tambo beteuert Einheit der Opposition: Der Führer des südafrikanischen ANC sprach in Genf", 20.6.1986; (TA): "«Südafrika erwartet einen würdigen Entscheid»: Theologe aus Soweto sprach in Zürich", TA, 28.10.1986; sowie Albert Wirz: "Südafrikanischer Kirchenvertreter ruft Schweiz zu Sanktionen auf", TA, 22.10.1987.

696 M.: "Aufruf zum Kontorückzug bei den Grossbanken: «Kein Geld für Apartheid»", TW, 18.11.1988.

697 Rolf Wespe: "Apartheidgegner rufen zu Boykott der Grossbanken auf: Banken lehnen Apartheid, aber auch Sanktionen ab", TA, 18.11.1988.

698 Thomas Schellenbaum: "Wie aktuell sind Sanktionen gegen Südafrika? Die Grossbanken im Zentrum der Boykottwoche in Zürich", TA, 16.6.1989; sowie "Swissaid unterstützt Bürgerrechtsgruppen gegen Apartheid: Boykott gegen Südafrika", TW, 16.6.1989.

wie Werner Vontobel in der SonntagsZeitung vermerkt.⁶⁹⁹ Anlässlich einer ersten Bilanz der AAB zur Kampagne "Kein Geld für Apartheid" im Sommer 1989 verweist dann der Tages-Anzeiger aber auf eine gewisse Ernüchterung unter den Schweizer Anti-Apartheid-Aktivist:innen. Nur gut 1'800 Personen hätten ihre Konten bei der SGB, SBV und SKA effektiv aufgelöst; und 4'200 Personen hätten erklärt, dass sie kein Konto bei den besagten Geldinstituten eröffnen wollen: "Der grösste Fisch im Boykott-Teich ist bisher die Stadt Delémont, die ihre Beziehungen per Beschluss der Legislative abbrechen (...) will."⁷⁰⁰ Der Tages-Anzeiger zitiert AAB-Sekretär Jean-Michel Berthoud, der angesichts der anstehenden "«Bluthochzeit» der Grossbanken mit dem Apartheidregime" im Rahmen der Umschuldungsverhandlungen 1990 sein Bedauern darüber ausspricht, dass die schweizerische Öffentlichkeit nach wie vor zu wenig über die Implikationen der Schweizer Verflechtungen mit dem Apartheidregime sensibilisiert und informiert sei.⁷⁰¹

Events rechtsnationaler Lobbygruppen in der Medienarena in den achtziger Jahren:

Im Gegensatz zu den Aktionen der linksalternativen Lobbygruppen, die mit Ausnahme der NZZ von praktisch allen anderen Tageszeitungen verstärkt fokussiert und kommentiert werden (Tages-Anzeiger, Tagwacht, Vaterland), lässt sich bei den Events der rechtsnationalen Lobbygruppen – u. a. Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa) und Club der Freunde Südafrikas (CFS) – eine spiegelverkehrte Resonanz innerhalb der medialen Öffentlichkeit in den achtziger Jahren feststellen: Die freisinnig-liberale NZZ berichtet am nachhaltigsten über asa-Seminare und CFS-Anlässe; wohingegen die anderen Medien diese institutionalisierten Veranstaltungen der organisierten Antikritiker nur marginal thematisieren.

Jürg Dedial berichtet im September 1987 in der NZZ intensiv über das 4. Südafrika-Seminar der asa aus Egerkingen; über diesen "Anlass, der in kurzer Zeit zu einer Institution geworden ist und jährlich mehr Teilnehmer" anziehen würde.⁷⁰² Der Höhepunkt 1987 sei das "Tandem-Referat" von Jan Steyn, ehemaliger Richter und Vorsitzender der südafrikanischen Urban Foundation, und Zulu-Führer Mangosuthu Buthelezi gewesen. Gemäss Dedial haben in Steyns wie auch Buthelezis Beitrag folgende Erkenntnisse eine "Schlüsselrolle" gespielt, wonach "die *Wirtschaftskraft* erhalten werden muss (...) und dass *Sanktionen* nie die Wirkung hätten, das weisse Regime in die Knie zu zwingen." Anlässlich des 5. Südafrika-Seminars der asa im September 1988 – ebenfalls in Egerkingen –, berichtet die NZZ nur über die abschliessende Pressekonferenz in Bern mit dem südafrikanischen Informationsminister Christoffel J. van der Merwe und dem indischen Abgeordneten des House of Delegates, Pfarrer Edward J. Manikkam. Als "auffallendstes Merkmal" dieser Veranstaltung eruiert die NZZ eine "weitgehende sachliche Übereinstimmung" in den Einschätzungen der Probleme Südafrikas seitens beider südafrikanischer Gäste.⁷⁰³ Vom 6. Südafrika-Seminar der asa aus Basel im September 1989 berichtet dann Dedial wiederum exklusiv in einem längeren Beitrag: Einerseits über den Vortrag von Enos Mabuza, Chiefminister des Homelands Kangwane, zu den Verfassungsplänen von Staatspräsident F. W. de Klerk; andererseits über das Exposé des Geologen Rudolf Saager, welcher die "Bedeutung

699 Werner Vontobel: "Uno-Studie: Die Schweiz ist Südafrikas Lebensnerv", SoZ, 10.9.1989. Vgl. auch (sda): "Unterlaufen Schweizer Banken Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika?", TA, 11.9.1989; sowie "Grossbanken helfen Südafrika beim Umschulden – Boykottaufruf: Kein Geld auf solche Banken!", TW, 4.10.1989.

700 Thomas Rüst: "Flauer Südafrika-Boykott", TA, 6.7.1989.

701 bbü.: "Demonstration gegen «Bluthochzeit» Grossbanken-Südafrika", TA, 27.10.1989.

702 de.: "4. Seminar der Arbeitsgruppe südliches Afrika: Südafrika heute und in der Zukunft", NZZ, 8.9.1987. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel [Hervorhebungen im Original]. Vgl. auch de.: "In Zürich getroffen: Chief Mangosuthu Buthelezi", NZZ, 3.9.1987; sowie de.: "In Zürich getroffen: Jan Steyn – stiller Kämpfer für ein besseres Südafrika", NZZ, 23.1.1989.

703 U.Sd.: "Nichts neues über Südafrika: Der Informationsminister Pretorias in Bern", NZZ, 23.9.1988.

Südafrikas als Rohstofflieferant" umrissen habe – und zwar vor allem "vor dem Hintergrund globaler ökologischer Entwicklungen" –, und das Fazit zog, "dass Sanktionen wohl Resultate zeitigen würden, aber nicht einen schnellen Sturz der weissen Regierung, sondern eine *langsame Verarmung* des ganzen südlichen Kontinentes."⁷⁰⁴

Daneben berichtet die NZZ (wiederum Jürg Dedial) auch über die Gründung der Protea Publikationen AG, welche aus der Schweizerzeit von Ulrich Schlüer hervorgegangen sei, und die nun "fundiert, sachlich und kritisch über die Vorgänge am Kap informiere", und mit eigenen "Beiträgen der «Entzerrung und zunehmenden Ideologisierung» entgegenwirken" wolle.⁷⁰⁵ Als erste Beispiele dafür werden von der NZZ eine Publikation von Pio G. Eggstein, Chef der SKA-Vertretung und anderer Schweizer Firmen in Südafrika, genannt; und eine Veröffentlichung qualifiziert, welche die Südafrikaberichterstattung des Schweizer Radios SR DRS analysiert.⁷⁰⁶ Erhöhte Resonanz in der NZZ erzielt auch ein Vortrag von Prof. Werner Pfeifenberger beim CFS über das "Weltbild des Bantu" Ende 1989 in Zürich.⁷⁰⁷ Gemäss NZZ ist Pfeifenberger – welcher auch regelmässig in der Schweizerzeit zum Thema Apartheid in Südafrika publiziert und als Referent bei asa-Seminaren auftritt –,⁷⁰⁸ nämlich zum Schluss gekommen, dass unter anderem aus folgenden Gründen der "«moderne Staat» für einen Bantu «eine Nummer zu gross» sei: das schwache Ich-Bewusstsein des Individuums (...); die Unfähigkeit mit der Zeit in unserem Sinne umzugehen oder gar wirtschaftlich zu planen (...); die dem Bantu fremden Begriffe von Gleichheit und Freiheit." Laut NZZ wollte Pfeifenberger "allerdings keine Sekunde den Eindruck erwecken, dass diese aufgezählten Eigenschaften die Schwarzen als minderwertig abstempelten und eine derartige Kultur die Politik der Apartheid rechtfertige, wie dies einige Zuhörer wohl gerne vernommen hätten."

Die ideelle Nähe der NZZ zu den organisierten Antikritikern (asa, CFS etc.) wird nicht nur alleinig durch eine grosszügige Berichterstattung über deren Veranstaltungen zum Thema Südafrika und Apartheid illustriert, sondern auch durch eine aktive Teilnahme von NZZ-Redaktoren an selbigen (u. a. nimmt Jürg Dedial am "7. Internationalen Südafrika-Seminar" im September 1990 – nun nicht mehr organisiert von der asa, sondern von der Protea-Publikationen AG –, wiederum als Podiumsgast teil, nachdem er schon am 4. Südafrika-Seminar der asa 1987 die Diskussion zu den Referaten von Jan Steyn und Mangosuthu Buthelezi geleitet hatte).⁷⁰⁹

Von den anderen Medien – u. a. Tages-Anzeiger, Tagwacht und Weltwoche – kritisch beleuchtet werden weniger die einzelnen rechtsnationalen Events als solche, als vielmehr die "Südafrika-Lobby" in der Schweiz als ganzes; und zwar institutionalisiert in asa, CFS und dem "Sammelbecken für Rechtsaussenkлубs", der Schweizerzeit.⁷¹⁰ Andreas Flütsch verweist in der Weltwoche auf die Seilschaften um Schlüer – ehemaliger Sekretär der Republikanischen Bewegung, Schweizerzeit-Herausgeber und Mitglied bei der asa und den "rechtsbürgerlichen Tempelreinigern" der Aktion "Kirche wohin?" – und SVP-Nationalrat, asa-Präsident und Schweizerzeit-Aktionär Christoph Blocher. Letzterer ist laut

704 de.: "Auf der Suche nach dem Dialog in Südafrika: 6. Seminar der Arbeitsgruppe südliches Afrika in Basel", NZZ, 19.9.1989 [Hervorhebung im Original].

705 de.: "Ein Verlag für Fragen um Südafrika: Vorstellung der «Protea Publikationen AG» in Zürich", NZZ, 7.2.1989.

706 Vgl. auch Kepplinger, *Medienanalyse Südafrika*, Flaach 1989.

707 ds.: "Das Weltbild der Bantu: Ein Vortrag von Prof. Werner Pfeifenberger", NZZ, 16.11.1989. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

708 Vgl. stellvertretend Prof. Dr. Werner Pfeifenberger: "Stellvertretung oder Annäherung? Die Südafrika-Politik der Sowjetunion", SZ, 25.4.1986; sowie "Termin-Kalender: Südafrika-Seminar der Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa)", SZ, 15.8.1986.

709 Vgl. "7. Internationales Südafrika-Seminar: 21./22. September 1990, Mövenpick-Hotel Egerkingen", SZ, 7.9.1990.

710 Andreas Flütsch: "Wie Schweizer Unternehmen in Südafrika ihre Position halten und ausbauen wollen: Gute Geschäfte, merkwürdige Verbündete", WE, 10.9.1987. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

Tages-Anzeiger schon immer dafür bekannt gewesen, in "schablonenhafter Schwarzweissmalerei" und mit "gewohnt feinfühligster Art in Minutenschnelle die Welt in Gut und Böse aufzuteilen"; so beispielsweise am 4. Südafrika-Seminar der asa 1987, als Blocher in seinem Eingangsreferat den Streik der schwarzen Bergarbeiter als Beispiel aufgeführt habe, dass in Südafrika "das System funktioniert".⁷¹¹ Und der bekennende "Sympathisant des Apartheidregimes" Schlüer, würde sogar seit neuem seine "rassistischen Gedanken" zu Südafrika an Zürcher Volkshochschulkursen anbieten.⁷¹²

Tages-Anzeiger, Tagwacht und Weltwoche betonen alle, dass die asa bekannt dafür sei, an ihren Seminaren regelmässig bekennende Antikommunisten als Gastredner einzuladen: U. a. 1987 den bundesdeutschen Konteradmiral im Ruhestand Hans-Friedrich Meisner, welcher in Südafrika den "Schlüssel zur kommunistischen Weltherrschaft" vermute.⁷¹³ Daneben würde regelmässig auch "gemässigten" schwarzen Führern aus Südafrika das Forum für ihre Antikritik eröffnet; vorzugsweise dem "liebsten Kind des aufgeklärten Kapitals", Zulu-Führer Buthelezi.⁷¹⁴ Der Tages-Anzeiger verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Teilnahme Buthelezis an einem politisch-strategischen Seminar im Ausbildungszentrum Wolfsberg der SBG im Oktober 1985, welche die Nähe des Zulu-Führers zur Schweizer Wirtschaftselite bekräftigen würde.⁷¹⁵ Dass sich zuweilen auch Vertreter der offiziellen Schweiz bei der asa – welche untrüglich den "Kurs des Südafrikaregimes vertreten" würde – exponierten, und als "Werkzeuge der Regierungspropaganda" Südafrikas missbrauchen lassen würden (u. a. Botschafter Jenö C. A. Staehelin 1987), findet vor allem die Tagwacht äusserst bedenklich.⁷¹⁶

Sanktionenfrage anlässlich der Südafrikadebatten im Nationalrat 1986 und 1988 in der Medienarena:

Schon im Vorfeld der beiden grossen Südafrikadebatten im Nationalrat 1986 und 1988 wird in der Medienöffentlichkeit rege über Sinn und Zweck – und insbesondere Wirksamkeit – eines Südafrika-boykotts debattiert. Im Vaterland rezitiert Bernadette Koller die klassischen antikritischen Leitargumente – u. a. Erhöhung der Arbeitslosigkeit der Schwarzen –, und betont, dass auch Schweizer Firmen, welche "bereits heute zu den vehementesten Befürwortern von Reformen" gehören würden, zu den "potentiell unschuldigen Opfern von Wirtschaftssanktionen" zu rechnen wären.⁷¹⁷ Insgesamt seien Sanktionen aber "deshalb zu begrüssen, weil die südafrikanische Regierung kaum ohne *noch stärkeren* Druck, als er heute besteht, zu grundlegenden Veränderungen bereit ist." Für ein besseres Südafrika solle – so Koller abschliessend –, auch der Westen Kosten auf sich nehmen: "Denn heute dürften sie wohl geringer sein als morgen."

Der Tages-Anzeiger eröffnet 1985 – im Jahr der Verhängung umfassender wirtschaftlicher Massnahmen gegenüber Südafrika durch den UNO-Sicherheitsrat [S/RES/569] – diversen Boykottbefürwortern und Boykottgegnern das Forum für Stellungnahmen. Tobias Bauer, Sekretär der Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt (AFP), unterstreicht, dass nur Sanktionen die Apartheid beenden können, wes-

711 Albert Wirz: "Von unehelichen Kindern und der Demokratie in Südafrika", TA, 8.9.1987.

712 Peter Früh: "Schlüer als Südafrika-Dozent an der Volkshochschule tragbar? Lange Kantonsratsdebatte um eine umstrittene Lehrveranstaltung", TA, 24.1.1989.

713 Albert Wirz: "Von unehelichen Kindern und der Demokratie in Südafrika", TA, 8.9.1987.

714 Andreas Flütsch: "Wie Schweizer Unternehmen in Südafrika ihre Position halten und ausbauen wollen: Gute Geschäfte, merkwürdige Verbündete", WE, 10.9.1987.

715 Peter Studer: "Gespräch mit dem Zulu-Chef Gatsha Buthelezi: «Politisches Ghetto würde Rassismus verewigen»", TA, 16.10.1985.

716 Arbeitsgruppe Dritte Welt (AG3W): "EDA, Blocher und Südafrika: «Politische Fehleinschätzung»", TW, 3.9.1987.

717 Bernadette Koller: "Warum Wirtschafts-Sanktionen gegen Südafrika?", VA, 14.9.1985. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel [Hervorhebung im Original].

halb sich "die schwarzen Führer Südafrikas denn auch klar für solche Boykottmassnahmen" aussprechen würden.⁷¹⁸ Zur Untermauerung dieses Argumentes verweist Bauer auf die in seinen Kreisen rege zitierte Aussage von Bischof Desmond Tutu, wonach Sanktionen dem "Leiden ohne Hoffnung (...) wenigstens einen Sinn" geben würden.⁷¹⁹ Niklaus Senn, Präsident der Generaldirektion der SBG, betont demgegenüber in einem Interview mit dem Tages-Anzeiger, dass selbst der "Chef der Zulus, Buthelezi, meinte (...), ein Boykott wäre das Dummste, was man machen könnte."⁷²⁰ Der Weg zum Abbau der Apartheid könne nur über Wirtschaftswachstum führen, d. h. eine wirtschaftliche Besserstellung der schwarzen Bevölkerung. Dabei werde – so Senn die Apartheidkritiker in der Schweiz kritisierend – nur die "Politik in der Richtung, wie sie die jetzige Regierung verfolgt", eine gerechte "Lösung" bringen:

"Vielleicht ist sie für viele etwas langsam. Im übrigen massen sich die Südafrika-Kritiker hierzulande einiges an. Was hätten wir in der Schweiz gesagt, wenn irgendein Land zum Boykott aufgerufen hätte, weil wir das Frauenstimmrecht nicht hatten?"

Und weil Südafrika "nicht das System habe, das wir gerne hätten" – so Senn abschliessend –, dürfe man es nicht einfach diskriminieren oder boykottieren; denn ansonsten müsste man wohl "mit der Hälfte der Welt" die Beziehungen einstellen.

Sekundiert wird Senn in seinen Einschätzungen von Wirtschaftsjournalist Hansjürg Saager, ständiger Mitarbeiter der Handelszeitung und Redaktor des Bulletins *Südafrika, wirtschaftliche und andere Mitteilungen* der Swiss-South African Association (SSAA). Auch Saager bemüht das "Buthelezi-Argument" und verweist auf eine Untersuchung des Wirtschaftswissenschafters Art Spandau, wonach für den Fall eines "50prozentigen Exportboykotts ca. 1.1 Millionen Menschen arbeitslos würden, davon 850 000 Nichtweisse."⁷²¹ Zudem würden Sanktionen "mit grösster Wahrscheinlichkeit zu einer Verhärtung der Fronten" in Südafrika führen.

Der Chefredaktor des Tages-Anzeigers, Peter Studer, kritisiert die Positionen der Wirtschaftsvertreter; insbesondere diejenigen von Senn. Da die Schweiz gegenüber Südafrika die "Vorsicht längst vorweggenommen" habe, indem sie 1974 den Kapitalexport begrenzte, stelle sich nun die Frage, ob die Schweizer Wirtschaft diesen – wie auch den internationalen – "Sanktionsdruck unterlaufen" werde.⁷²² Senn habe nämlich in einem Interview am Schweizer Fernsehen SF DRS eingeräumt, dass sich die Banken "künftig an den «courant normal» halten" würden, nachdem er in seinem Interview mit dem Tages-Anzeiger zuvor noch verkündet habe, dass "[s]olange die Schweiz in normalen zwischenstaatlichen Beziehungen mit Südafrika steht, (...) es nicht an uns (ist), einen Wirtschaftskrieg mitzumachen."⁷²³ Studer betont jedoch, dass bei anderer Gelegenheit die Schweizer Grossbanken schon "durchaus politisch gehandelt" hätten; so etwa vor sechs Jahren, "als sie verkündeten, Kuba sei «nicht geeignet, im Schweizer Anleihenmarkt in Erscheinung zu treten», zumal es «halb Krieg führe»." Vor diesem Hintergrund und der Tatsache, dass "Südafrikas Regime (...) «halb Krieg» gegen das eigene Volk" führen würde – so Studer schlussfolgernd –, sei eine "politisch motivierte Zurückhaltung um so

718 Tobias Bauer: "Schweizer Banken – Stütze der Apartheid", TA, 28.6.1985.

719 Tobias Bauer: "Sinnvolles Druckmittel", TA, 26.7.1985.

720 Fritz Pfiffner: "Gespräch mit dem Präsidenten der Generaldirektion der Schweizerischen Bankgesellschaft Nikolaus Senn: Wir haben im Ausland nichts verschlafen", TA, 5.7.1985. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Interview.

721 Hansjürg Saager: "Sanktionen treffen die Falschen", TA, 26.7.1985. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

722 Peter Studer: "Südafrika, Sanktionen und die Schweiz", TA, 14.9.1985. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

723 Vgl. dazu Fritz Pfiffner: "Gespräch mit dem Präsidenten der Generaldirektion der Schweizerischen Bankgesellschaft Nikolaus Senn: Wir haben im Ausland nichts verschlafen", TA, 5.7.1985.

eher angebracht."

Im Sommer 1986 veranstaltet dann die Weltwoche eine grosse Umfrage unter Schweizer Politikern zur Frage einer Beteiligung der Schweiz am internationalen Südafrikaboykott. Demnach würden u. a. die SP-Nationalräte Richard Bäumlin und Walter Renschler klar "für Sanktionen stimmen", weil nur so das südafrikanische Regime zum Abbau der Apartheid gezwungen werden könne; Rechtsanwalt und FDP-Ständerat Max Affolter hingegen auf die Neutralität der Schweiz verweisen, und SVP-Nationalrat Joseph Cottet dazu aufrufen, sich "nicht in fremde Händel zu mischen."⁷²⁴ FDP-Nationalrat Jean-Pierre Bonny würde zahlreiche "andere Länder" benennen und kennen, "wo grundlegende Menschenrechte missachtet werden", SVP-Nationalrat Peter Sager ein "fürchterliches Blutbad" prognostizieren und CVP-Ständerat Roger Schaffter einen "Niagarafall" befürchten, der "in die Katastrophe führen" könnte. CVP-Nationalrat Theo Fischer aus Sursee verweise darauf, dass Sanktionen in der Regel "elegant umgangen" würden oder "die Falschen treffen" und FDP-Nationalrat Ernst Mühlemann würde "vor der Sicht der Eskimos (warnen), die den Tropenbewohnern Verhaltensregeln erteilen" wollen. Gemäss Ulrich Kägi von der Weltwoche ist dabei bemerkenswert, dass sowohl Befürworter wie auch Gegner von Sanktionen in der Schweiz über ihren "schwarzen Kronzeugen" – vornehmlich Bischof Tutu oder Zulu-Führer Buthelezi – verfügen würden: "Je nachdem wird vor Sanktionen gewarnt, weil sie in erster Linie die eh schon armen Schwarzen treffen, oder sie werden befürwortet, weil nur sie Pretoria zur Kapitulation zwingen."

Anlässlich der ersten grossen Südafrikadebatte im Nationalrat am 19. Dezember 1986 fokussieren dann die meisten Medien die zuvor nur auf Agenturebene behandelten parlamentarischen Eingaben der linksalternativen Lobbygruppen – u. a. *Pétition Südafrika. Auch die Schweiz muss handeln* der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) von 1985 und *Pétition pour les sanctions contre l'Afrique du Sud* des SOS Racisme Vaud von 1986 –, welche zusammen mit weiteren linken "Sanktionsvorstössen" im Rat debattiert würden.⁷²⁵ Das Vaterland und die NZZ fassen in ihren Ratsprotokollen die einzelnen Wortmeldungen der Apartheidkritiker und Antikritiker im Parlament zusammen, welche zwischen den Polen "Komplizenschaft der Schweiz" (bei Nichtergreifung von Sanktionen) und "mehr Schaden als Nutzen" (bei Unterstützung eines Boykottes) oszillieren.⁷²⁶ Der Tages-Anzeiger zitiert dabei die pointiertesten Aussagen für und wider einen Südafrikaboykott: U. a. stehe die Schweiz als "Sanktionsgewinnler" (LdU-Nationalrat Weder-Basel) und "Komplize eines rassistischen Regimes" (POCH-Nationalrätin Anita Fetz) "moralisch, aber auch real im Abseits" (SP-Nationalrat Helmut Hubacher); respektive gehöre es zur "ausserpolitischen Tradition der Neutralität" (CVP-Nationalrat Fischer-Sursee) keine kontraproduktiven "Brotsperrern" (SVP-Nationalrat Christoph Blocher) zu verhängen und der "Sowjetunion die Möglichkeit der Revolutionierung" des südlichen Afrikas zu ermöglichen (SVP-Nationalrat Peter Sager).⁷²⁷

⁷²⁴ Ulrich Kägi: "«Mitschuldig an einem fürchterlichen Blutbad»: «Weltwoche»-Umfrage unter Aussenpolitikern über Sanktionen gegen das Apartheid-Regime in Südafrika", WE, 28.8.1986. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

⁷²⁵ Vgl. stellvertretend (ap): "Petition der Anti-Apartheid-Bewegung", TA, 17.8.1985; "Petition zu Südafrika", TW, 17.8.1985; (sda): "17 000 Unterschriften für Südafrika-Sanktionen", TA, 25.9.1985; (sda): "Petition fordert Sanktionen gegen Südafrika", NZZ, 25.9.1985; (ap): "Abbruch der Handelsbeziehungen für Bundesrat sinnlos: «Courant normal» mit Südafrika", VA, 27.9.1985; (sda): "Für Sanktionen gegen Südafrika", TA, 15.12.1986; sowie (sda): "Petition für Sanktionen", NZZ, 15.12.1986. Zu den Eingabetexten der erwähnten Petitionen vgl. Anhang VII.4.

⁷²⁶ (sda): "Nationalrat bestätigt bisherige Politik der Landesregierung: Sanktionen gegen Südafrika abgelehnt", VA, 20.12.1986. Vgl. auch Hb.: "Der Nationalrat gegen Südafrika-Sanktionen: Aussenpolitische Debatte zum Abschluss der Wintersession", NZZ, 20.12.1986.

⁷²⁷ di.: "Für und wider Südafrika-Boykott", TA, 20.12.1986.

Mit 84 zu 41 Stimmen lehnt der Nationalrat jedoch Sanktionen gegen Südafrika ab, indem er entgegen einem Antrag von SP-Nationalrat Paul Rechsteiner die AAB-Petition *Südafrika. Auch die Schweiz muss handeln* klassiert und damit den geforderten Kreditstopp, Einfuhrstopp für Krügerrand-Goldmünzen, Ausfuhrstopp für Computer und die Einstellung der Swissair-Flüge nach Südafrika sowie den Entzug der Landrechte der South African Airways (SAA) in der Schweiz ablehnt. Jürg Schoch kritisiert in seinem Kommentar im Tages-Anzeiger diesen Entscheid des Parlamentes, welcher das "übliche Ritual" der bürgerlichen Mehrheit und des Bundesrates von "diskreter Diplomatie" und "verbaler Verurteilung des Apartheid" bestätigen würde.⁷²⁸ Denn eine solche "Bescheidenheit" des vermeintlichen "helvetischen Zwergleins" gehöre sich im Fall Südafrika nicht; dies weil die Schweiz "siebt-grösster Lieferant, fünftgrösster Investor, drittgrösster Abnehmer von Produkten (hauptsächlich Gold)" und somit in den Beziehungen zu diesem Unrechtsregime viel eher als "Mittelmacht" zu klassifizieren sei. Im Gegensatz zum Aufbau eines von linksalternativen Lobbygruppen geforderten "rigorosen System von Sanktionen" – so Schoch weiter –, könnte doch die Schweiz zumindest den Visumszwang einführen, die "Flugverbindungen drosseln oder ganz einstellen" und einen Verhaltenskodex für Schweizer Firmen aufstellen, die in Südafrika tätig sind; also Sanktionen verhängen, "die weniger die Schwarzen trafen (...), sondern die Weissen bzw. ihr Regime." Und was das Argument der Neutralität betreffen würde, so dürfe man nicht vergessen, dass auch der Grundsatz der Solidarität das aussenpolitische Verhalten der Schweiz präge. In diesem Falle: "Solidarität mit den geplagten Schwarzen; Solidarität aber auch mit den zahlreichen Staaten (USA, EG, auch neutrale), die solche Sanktionen ergriffen haben." Denn die Schweiz habe auch ihren "eigenen Ruf zu verteidigen"; und der sei aktuell angesichts "zweifelhafter Transaktionen (z. B. Marcos-Gelder, Iran-/US-/Contra-Gelder)" äusserst schlecht. Diese "Doppelbödigkeit" der Schweiz – einerseits "staatliche Grundsätze mit hohen Ansprüchen" und andererseits eine "Drehscheibe, auf der unzählig gewirtschaftet" wird –, müsse endlich durchbrochen werden; so Schoch abschliessend.

Eine ungleich höhere Medienresonanz und Kommentierung erfährt dann die Südafrikadebatte im Nationalrat vom 10. und 15. März 1988 zur Parlamentarischen Initiative *Südafrika-Sanktionen. Umgehungen durch die Schweiz* und zur Interpellation *Südafrika-Politik* (beide von SP-Nationalrat Rechsteiner), welche die Einführung eines sogenannten "echten" Courant normal (inklusive alle Kapitalexporte und Goldhandel) gegenüber dem Apartheidregime zur Unterbindung von Umgehungsgeschäften über die Schweiz fordern.⁷²⁹ Praktisch alle Medien kritisieren die bedenkliche Debattenkultur im Parlament, die im Abstellen des Mikrofons für Rechsteiner wegen überschrittener Redezeit und der Sprachlosigkeit der darüber schockierten grünen Nationalrätin Monika Stocker – welche "den Tränen nahe nach einem ersten Satz ihr Votum abbrach" –, gipfelte.⁷³⁰ Das Vaterland vermerkt, dass der Nationalrat offenbar nicht mehr in der Lage ist, eine "Frage zu behandeln, ohne daraus einen Glaubenskrieg zu machen."⁷³¹ denn die Südafrikadebatte habe sich grundsätzlich "in den alten Geleisen bewegt" und "mit Abdrehen des Mikrofons und Tränen" nur eine "neue – nicht unbedingt bessere – Qualität" gefunden.

728 Jürg Schoch: "Südafrika: Politik aus der Loge?", TA, 20.12.1986. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Kommentar.

729 Zu den Eingabetexten der erwähnten Parlamentarischen Initiative und Interpellation vgl. Anhang VII.4.

730 (ap): "Uneinig über Südafrika-Politik", VA, 11.3.1988; "Sanktionsähnliche Massnahmen gegen Südafrika: Keine Chance vor dem Nationalrat – Alte Argumente neu aufgetischt", TW, 11.3.1988; sowie (ap): "«Ich erkläre mich für unfähig zu sprechen»", TA, 11.3.1988.

731 "Pro und Contra Südafrika-Sanktionen und «Courant normal»: Gemeinsam nur das Nein zur Apartheid", VA, 11.3.1988. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

Richard Diethelm verweist im Tages-Anzeiger auf die reinen Spiegelfechtereien zwischen linken und bürgerlichen Parlamentariern. So habe beispielsweise Jacques-Simon Eggly, Nationalrat der Liberalen Partei der Schweiz (LPS), "vor dem Abgleiten Südafrikas in eine rote Tyrannei à la Äthiopien oder Kuba" gewarnt und SP-Nationalrat Jean Ziegler die "Komplizenschaft mit dem Terrorregime in Pretoria" gegeißelt: "Man hat es der Gegenseite wieder einmal gesagt und kann sich damit vor der eigenen Gemeinde brüsten. Basta!"⁷³² In der Einschätzung des Vaterlands hat man wieder einmal mehr und ausschliesslich nur über Sanktionen und nichts als Sanktionen debattiert und gestritten, d. h. am eigentlichen Thema vorbeidiskutiert. Denn "[ü]ber Sanktionen spricht sich's natürlich auch leichter. Wer versteht schon, was der «Courant normal» ist."⁷³³ Zuweilen sei auch argumentiert worden, dass der Courant normal gegenüber Südafrika – zumindest im Sinne einer Zuwachsplafonierung für bewilligungspflichtige Kapitalexporte seit 1974 – schon existiere; weshalb die Forderungen von Rechsteiner obsolet seien. Eine solche Debatte "hätte man sich schenken können"; bilanziert Ruedi Hagmann im Vaterland.⁷³⁴ Denn ob nun Sanktionen das Apartheidregime zum Nachgeben zwingen oder kontraproduktiv die Falschen treffen, darüber könne man "endlos streiten". Vielmehr hätte es eine definitive Klärung des Begriffs Courant normal gebraucht, was aber der Bundesrat verpasst habe. Daneben kritisiert Hagmann auch die Interdepartementale Arbeitsgruppe statistische Überwachung Handelsverkehr, welche festgestellt habe, dass es "keine Anzeichen für Umgehungsgeschäfte über die Schweiz" geben würde.⁷³⁵ Denn "nur angeschaut, aber nicht genau überprüft" worden sei beispielsweise ein Bereich der schweizerisch-südafrikanischen Wirtschaftsbeziehungen, der von "vordringlicher Bedeutung" sei; nämlich der für die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) und andere "Sanktionsfreunde" zunehmend zum "Stein des Anstosses" werdende Goldhandel.

Jürg Schoch kritisiert in seinem Kommentar im Tages-Anzeiger intensiv die "Gutmenschen" unter den bürgerlichen Antikritikern im Parlament. Denn beeindruckend sei gewesen, wie diese "Versammlung lauter guter Menschen", welche für Südafrika nur das Beste wollen, "unisono alle für die Überwindung der Apartheid einstanden" und ähnlich "wie eine Consulting Group, Ratschläge formulierten", für die Lösung der Problemen im südlichen Afrika:

"Der eine plädierte für mehr Wirtschaftswachstum, der andere für mehr Schulungsmöglichkeiten zugunsten der «schwarzen flotanten Massen», der dritte für Verzicht auf Störungen des Reformprozesses, der vierte für Dialog."⁷³⁶

Wenn nämlich, "wie behauptet, die Courant-normal-Politik praktisch schon Tatsache ist" – so Schoch weiter –, verstehe er nicht, warum der Staat diese Politik nicht mit "gesetzlichen Regelungen" festlege. Dies wäre eine "klarere Misstrauensbekundung" gegenüber dem Apartheidregime "als all die verbalen Verurteilungen, die ihrer rituellen Wiederholungen wegen kaum mehr gehört werden." Wie schon in seinem Kommentar zur Südafrikadebatte 1986 hält Schoch auch 1988 dem klassischen Neutralitätsargument die Solidarität als "Richtschnur der Aussenpolitik" gegenüber, und kritisiert die "mangelhafte Transparenz", weil eine "Reihe von Geschäften mit den geltenden Überwachungsmethoden kaum erfasst", und "wichtige Statistiken (etwa über den Goldhandel) geheim" bleiben würden.

732 Richard Diethelm: "Fast ausschliesslich Grabenkämpfe", TA, 11.3.1988.

733 "Pro und Contra Südafrika-Sanktionen und «Courant normal»: Gemeinsam nur das Nein zur Apartheid", VA, 11.3.1988.

734 Ruedi Hagmann: "Ideologische Grabenkämpfe", VA, 16.3.1988. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Kommentar.

735 Ruedi Hagmann: "Die Schweiz und die Sanktionen gegen Südafrika: Gerade beim Goldhandel tappt man im dunkeln", VA, 16.3.1988. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

736 Jürg Schoch: "Lauter gute Menschen", TA, 16.3.1988. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Kommentar.

Als immerhin bemerkenswert betont Richard Diethelm im Tages-Anzeiger, dass Bundesrat René Felber (SP) auf die "beunruhigenden Entwicklungen der letzten paar Wochen" in Südafrika verwiesen habe; dies beispielsweise im Gegensatz zum "Hardliner" und SVP-Nationalrat Peter Sager, der "immer noch von «glaubwürdigen Ansätzen einer echten Reformbewegung» in Südafrika" sprechen würde.⁷³⁷ Laut dem Chefredaktor des Tages-Anzeigers, Peter Studer, ist jedoch fraglich, wie lange sich die Schweiz noch hinter dem "neutralitätspolitischen Geht-mich-nichts-an verstecken" könne.⁷³⁸ Denn unerträglich sei der Gedanke, dass die "menschenrechtsbewusste Schweiz" zukünftig noch stärker zu "Südafrikas Brückenkopf" werden könnte.

Im Ratsprotokoll der NZZ zur Südafrikadebatte 1988 werden die einzelnen Voten – insbesondere diejenigen der bürgerlichen Antikritiker –, im Form von Zwischentiteln konzise zusammengefasst: U. a. seien Rechsteiners Vorstösse nichts anderes als "sterile Vorschläge" (LPS-Nationalrat Eggly-Genève) und durch "ideologische Einäugigkeit" gekennzeichnet (FDP-Nationalräte Bonny und Müller-Meilen); zudem würden es sich "kirchliche Kreise (...) allzu leicht" machen (SVP-Nationalrat Blocher) und ein "verfälschtes Bild" von Südafrika zeichnen (FDP-Nationalrätin Geneviève Aubry); und – last, but not least – bestände die "Gefahr der Arbeitslosigkeit in Südafrika" (Bonny et al.).⁷³⁹ Gemäss NZZ sind im Nationalrat "die Wogen der Leidenschaft noch einmal hochgegangen", wobei sich Linke und Bürgerliche "gegenseitig «Heuchler» und «Pharisäer» an den Kopf warfen", bevor mit 117 zu 61 Stimmen die Einführung eines sogenannten "echten" Courant normal (inklusive alle Kapitalexporte und Goldhandel) zu Recht abgelehnt worden sei.⁷⁴⁰ Denn laut NZZ gebe es schon eine statistische Überwachung des Wirtschaftsverkehrs mit Südafrika und "keine Hinweise" auf Umgehungsgeschäfte. Deshalb bestehe keine Notwendigkeit, Südafrika zu "singularisieren und aus dem Gesamtkonzept der schweizerischen Aussenpolitik (herauszulösen)." Zudem habe Bundesrat Felber zu bedenken gegeben, dass "solange die Schweiz trotz widrigen Umständen sich für eine Politik des graduellen Wandels einsetze, (...) sie sich die Auswirkungen jeder Massnahmen gegen Südafrika sehr genau überlegen" müsse.

Im Nachhall der Südafrikadebatte von 1988 eröffnet die NZZ dem FDP-Nationalrat Bonny prominent das Forum für einen umfassenden Positionsbezug, in welchem dieser nochmals die zentralen – und von der NZZ geteilten –, bürgerlichen Argumente gegen einen Südafrikaboykott zusammenfasst: U. a. Universalität der Aussen(wirtschafts)politik; Neutralitätsprinzip der Nichteinmischung in die Innenpolitik anderer Staaten; Anwendung weltweit "gleicher Massstäbe" bei Menschenrechtsverletzungen; Bremsen des "politischen Fortschrittes" und "evolutiven Prozesses", Erhöhung der Arbeitslosigkeit der Schwarzen und Gefahr der "Verhärtung und Polarisierung" oder gar Begünstigung eines "gigantischen Chaos" bei Ergreifung von sogenannten wirtschaftlichen "Zwangsmassnahmen"; Bedeutung der Bodenschätze Südafrikas und der Seeroute um das Kap der Guten Hoffnung im "Kampf zwischen Ost und West"; sowie Notwendigkeit von westlichen Investitionen als "Garant für eine politische Evolution" in Südafrika.⁷⁴¹

Silvio Bertolami kritisiert daneben in der Weltwoche die grundsätzliche Haltung der Schweizer Wirtschaft und ihrer Fürsprecher, welche einen Südafrikaboykott mit dem Argument ablehnen, dass "aus-

737 Richard Diethelm: "In der Südafrika-Politik setzte Felber einige Akzente anders", TA, 16.3.1988.

738 Peter Studer: "Sanktionen sind unvermeidlich", TA, 30.7.1988. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Kommentar.

739 "Südafrika-Sanktionen", NZZ, 11.3.1988; sowie "Südafrika-Sanktionen", NZZ, 16.3.1988.

740 *Ihs.*: "Session der eidgenössischen Räte: Keine Änderung in der Südafrikapolitik", NZZ, 16.3.1988. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

741 FDP-Nationalrat Jean-Pierre Bonny: "Ein Beitrag zur Diskussion: Mit wirtschaftlichem Druck zu politischer Evolution in Südafrika?", NZZ, 23.6.1988.

gerechnet die schwarze Bevölkerung am härtesten" getroffen würde.⁷⁴² Dies sei nämlich allzu "faden-scheinig", weil erstens viele Schwarze bereit seien, "negative Folgen von Sanktionen in Kauf zu nehmen", und zweitens "die helvetische Aussenhandelspolitik stets darauf erpicht (ist), politisch-ethische Kriterien auszublenden. Pointiert formuliert: Man würde sogar mit dem Teufel geschäften." Verwerflich ist laut Bertolami auch die "Doppelmoral" der offiziellen Schweiz, die auf Druck der USA im Rahmen des Cocom (Coordinating Committee for Multilateral Export Controls) eine "Selbstbeschränkung" gegenüber den Ländern des Warschauer-Paktes eingeführt habe; im Fall Südafrika nun aber unglaublich wirke:

"Bei Südafrika hingegen kann sie Sanktionen fernbleiben, weil ihr seitens der USA oder anderer Länder (noch) keine Strafen drohen (...). Und eine Schweiz, die Sanktionen nur dort ablehnt, wo dies wenig bis nichts kostet, hat es recht schwer, glaubwürdig dazustehen."

Von der sozialdemokratischen Tagwacht wird anlässlich der Südafrikadebatte 1988 grundsätzlich kritisiert, dass es nun weiterhin beim altbekannten "Lippenbekenntniss" der Schweiz bleibe.⁷⁴³ Denn dass die bisherigen Massnahmen genügend seien, und dass der "Kapitalexport nach Südafrika (...) schon ohne staatliches Zutun beträchtlich unter den Plafond abgesackt" sei, bezweifelt die Tagwacht.⁷⁴⁴ Nach der "emotionalen" parlamentarischen Auseinandersetzung eröffnet die Tagwacht dem SP-Nationalrat und AAB-Präsidenten Paul Rechsteiner das Forum für eine Bilanz. Trotz "salbungsvoller Worte" habe es sich wieder einmal gezeigt – so Rechsteiner –, dass die "bürgerliche Mehrheit die Geschäfte und auch Umgehungsgeschäfte mit dem Apartheidstaat duldet, solange es irgendwie geht."⁷⁴⁵ Die offizielle Schweiz setze nun "seit 20 Jahren auf Gespräche – und Geschäfte – mit den weissen Herren in Pretoria"; dabei sei diese Politik mehr als "gescheitert". Ein Gutachten des Starnberger Instituts in Deutschland würde nämlich aufzeigen, dass "Wirtschaftssanktionen gegenüber dem Apartheidstaat ausserordentlich wirksam sein könnten, wenn sie ernsthaft beschlossen und vollzogen würden"; insbesondere von denjenigen Staaten mit umfangreichen Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika, wie die Schweiz. Rechsteiner fordert vor diesem Hintergrund die Tagwacht-Leserschaft zu einer Intensivierung des Konsum- und Bankenboykotts auf:

"Wenn sich in der Südafrika-Politik etwas ändern soll – und es muss sich was ändern –, dann kommt es in den nächsten Monaten und Jahren entscheidend auf unser Handeln an."

Bezeichnenderweise finden diese apartheidkritischen Positionen Ende der achtziger Jahre auch stärker Resonanz in den Boulevardmedien und Sonntagszeitungen. Im SonntagsBlick zeigt sich beispielsweise Hugo Rämi nach der Südafrikadebatte 1988 enttäuscht, da sich an den schweizerischen Beziehungen zum rassistischen Apartheidregime weiterhin nichts ändern werde: "Unsere Banken erweisen sich nach wie vor als wichtigste Stütze der südafrikanischen Wirtschaft (...). Und das zu einer Zeit, in der immer mehr Länder massive Wirtschafts-Sanktionen gegen das Rassistenregime ergreifen."⁷⁴⁶ Anlässlich der Schweizer Filmpremiere von Cry Freedom zitiert der SonntagsBlick dann Donald Woods – südafrikanischer Journalist und Weggefährte und Biograph von Steve Biko, Führer des

742 Silvio Bertolami: "Schweiz und Südafrika: Neutralität von Fall zu Fall", WE, 20.10.1988. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

743 "Sanktionsähnliche Massnahmen gegen Südafrika: Keine Chance vor dem Nationalrat – Alte Argumente neu aufgetischt", TW, 11.3.1988.

744 "Die meisten Nationalräte lehnen Wirtschaftsdruckmassnahmen gegen Südafrika ab ... : ... alle sind gegen Apartheid", TW, 16.3.1988.

745 Paul Rechsteiner: "Südafrika-Politik: Handeln wir selber – Solidarität praktisch beweisen", TW, 19.3.1988. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Forumsartikel.

746 Hugo Rämi: "Neue Handelsstatistik beweist – Die Schweiz ist die wichtigste Stütze der Südafrika-Rassisten: Produkte vom Kap immer beliebter – Zwei Drittel des Goldes wird via Schweizer Banken vermarktet", SBK, 27.3.1988.

Black Consciousness Movement (BCM) –, welcher die Mitverantwortung der Schweiz herausstreicht: "Jeder, der die Regierung stützt, indem er die Wirtschaft Südafrikas mitfinanziert oder unterstützt, ist mitschuldig an der Situation der schwarzen Mehrheit."⁷⁴⁷

Eine hohe Resonanz in den Medien (insbesondere Tages-Anzeiger, Vaterland, Weltwoche) in den achtziger Jahren erzielten auch Meinungsäusserungen von Öffentlichkeitsakteuren, die aus der klassischen Links-Rechts-Polarisierung in der Südafrikafrage ausscheren bzw. davon abweichen: U. a. die Ende der achtziger Jahre "revidierte Meinung" des ehemaligen Boykottgegners und Ex-Präsidenten der FDP Genf, Professor Peter Tschopp, der nach einer mehrwöchigen Reise als Teilnehmer einer Schweizer Delegation durch die Frontstaaten Südafrikas im April 1989 nunmehr überzeugt sei, "dass die Schweiz nicht mehr abseits stehen dürfe «und schon gar nicht von dem Boykott der anderen westlichen Länder gegenüber dem Apartheidstaat profitieren darf»."⁷⁴⁸ Laut Stefan Hartmann vom Tages-Anzeiger habe Tschopp betont, dass man in den Frontstaaten den "Beteuerungen der Schweiz, ihre Handelsbeziehungen im Rahmen des «Courant normal» mit Südafrika abzuwickeln, keinerlei Glauben schenken" würde.⁷⁴⁹ Damit mehr Druck auf Südafrika erzeugt werden könne, seien nach Aussagen Tschopps nun vor allem die Privatwirtschaft und die Banken angesprochen. Denn da die Apartheid nicht reformierbar sei, drohe ein "entsetzliches Blutbad" in Südafrika; sprich eine "Libanisierung, nur noch schlimmer." Nur über zusätzlichen wirtschaftlichen Druck auf das Apartheidregime liesse sich eine integrierte Gesellschaften in Südafrika erreichen; wobei auch die Wirtschaft an einem zukünftig "gesunden Wirtschaftspartner Südafrika interessiert" sein sollte. Die Formel dafür müsste demnach lauten: Jetzt Sanktionen; und erst später Investitionen.

Kirchenbeziehungen Schweiz-Südafrika in der Medienarena in den achtziger Jahren:

Auch in der Phase 1985-1989 wird in der medialen Öffentlichkeit intensiv die Südafrikapolitik der schweizerischen Landeskirchen und ihrer Organisationen beleuchtet; wobei die Südafrika-Reise des Zürcher Kirchenrates 1987, die Gespräche zwischen einer kirchlichen Delegation mit den Schweizer Grossbanken und anderen Wirtschaftsvertretern und die Haltung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK) gegenüber einem Südafrikaboykott im Zentrum stehen.

Im Sommer 1986 berichtet die NZZ jedoch zunächst über die Publikation der Studie *Unsere Verantwortung für Südafrika* durch das beratende Organ der Schweizerischen Bischofskonferenz, Justitia et Pax, welche einen Boykott explizit rechtfertigt, um in Südafrika "noch grösseres Übel zu vermeiden."⁷⁵⁰ Laut NZZ-Redaktor Jürg Dedial ist der Studie von Justitia et Pax zumindest zugutezuhalten, dass sie "trotz starken Vereinfachungen" versuche, die Sanktionenfrage von möglichst vielen Seiten zu beleuchten. Was aber fehlen würde, sei eine "glaubwürdige Darstellung der *positiven* Wirkung, die

747 Robert Naef: "Herr und Frau Woods, sind wir Schweizer mitschuldig an Südafrikas Misere? Der Kampf des südafrikanischen Journalisten-Ehepaars gegen die Apartheid ist jetzt im Richard-Attenborough-Film «Cry Freedom» in unseren Kinos zu sehen", SBK, 3.4.1988.

748 Rita Flubacher: "Kuba, UdSSR, Südafrika etc. – Wirtschaftssanktionen und warum sie nur in Spezialfällen zum Ziel führen: Lady Di und Prinz Charles sollen China bestrafen", WE, 29.6.1989. Vgl. auch Franz Dähler: "Schweizerisch-afrikanische Delegation nach dreiwöchigem Besuch in Südafrikas Frontstaaten: «Die Schweiz muss Druck auf das Apartheid-Regime ausüben»", VA, 21.4.1989; sowie Sfs.: "Südafrikas Nachbarländer brauchen Hilfe: Schweizerisch-südafrikanische Delegation bereist Frontstaaten", TA, 21.4.1989.

749 Stefan Hartmann: «Die Situation ist schlimmer, als wir dachten»: Professor Peter Tschopp berichtet über die Erfahrungen der Frontstaaten-Delegation", TA, 22.4.1989. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

750 de.: "Justitia et Pax für Boykotte gegen Südafrika: Vorstellung einer Studie zur Frage von Sanktionen", NZZ, 28.6.1986. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel [Hervorhebungen im Original]. Vgl. auch Justitia et Pax, *Unsere Verantwortung für Südafrika*, Bern 1986.

ein Boykott – gleich welcher Art und Stossrichtung – haben soll." Denn dass "Sanktionen *grundsätzlich destruktiver*, nicht aufbauender, Natur sind", darüber könne der sachliche Ton der Studie nicht hinwegtäuschen. Laut Dedial liegt "«unsere Verantwortung gegenüber Südafrika» (so immerhin der Titel der Studie)" denn auch vielmehr darin, "zu verhindern, dass mit der *Zerstörung der wirtschaftlichen Basis* im weitesten Sinn genauso die zukünftige Führung (also auch eine schwarze) beeinträchtigt wird."

Peter Baumgartner würdigt im Tages-Anzeiger ausgiebig die kirchliche Studie, die in einem umfangreichen Kapitel die vielfältigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika offengelegt habe (u. a. Gold- und Diamantenhandel sowie Kreditpolitik der Grossbanken). Gemäss Baumgartner ist die Schlussfolgerung, "Boykottmassnahmen zu befürworten", nachvollziehbar; insbesondere auch vor dem Hintergrund der Gefahr, dass Schweizer Grossbanken "jene Lücke schliessen, welche für Südafrika durch die internationalen Boykottaktionen entstanden" sei.⁷⁵¹ Daneben verweist der Tages-Anzeiger (Baumgartner) auch auf eine gleichzeitig publizierte analoge Untersuchung aus dem Umfeld der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), welche die Schweizer "Finançiers der weissen Herren" prononciert unter die Lupe genommen habe.⁷⁵²

Die Südafrika-Reise des Zürcher Kirchenrates im Sommer 1987 zur Eröffnung einer mit Kirchengeldern und öffentlichen Geldern des Kanton Zürichs unterstützten Bibliothek der technischen Berufsbildungsschule in Ga-Rankuwa im Homeland Bophuthatswana wird vor allem vom Tages-Anzeiger verstärkt thematisiert.⁷⁵³ Die NZZ erwähnt nur in einer Agenturmeldung die "umstrittene" Südafrika-Reise kirchlicher Kreise.⁷⁵⁴ Ursula Kägi verweist aber im Tages-Anzeiger darauf, dass der Zürcher Kirchenrat in einem Telex des Generalsekretärs des Südafrikanischen Kirchenrates (SACC), C. F. Beyers Naudé, gebeten worden sei, "auf die Reise zu verzichten."⁷⁵⁵ Zudem habe auch Allan Boesak, Präsident des Reformierten Weltbundes (RWB), und die Kooperation Evangelischer Kirchen und Missionen (kem) den Besuch "als Unterstützung der Apartheid verurteilt", da er als Anerkennung der Homeland-Politik Südafrikas interpretiert werden könnte.⁷⁵⁶ Der Tages-Anzeiger unterstreicht, dass sich selbst der SEK von der Reise distanziert habe, und diese nur von der Aktion "Kirche wohin?" und der Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa) begrüsst worden sei. Laut dem Zürcher Kirchenratspräsidenten Ernst Meili bedeutet die Südafrika-Reise jedoch "keine Südafrika-Kursänderung".⁷⁵⁷ Zwar habe der SEK in Übereinstimmung mit dem RWB auf die Wiederaufnahme der anfangs der achtziger Jahre suspendierten Beziehungen mit südafrikanischen Burenkirchen verzichtet: "«Dürfen wir mit der Burenkirche deshalb nicht reden?» fragte Meili. «Der schweizerische Weg ist doch, dass wir Gespräche suchen»."

Am regelmässigsten von allen Medien informiert in den achtziger Jahren der Tages-Anzeiger über den Stand der Gespräche zwischen einer kirchlichen Delegation – u. a. SEK, Schweizerische Bischofskonferenz und Hilfswerke Brot für Brüder und Fastenopfer – und den Schweizer Grossbanken und der Bankiervereinigung. Stefan Hartmann betont im Tages-Anzeiger, dass die Treffen zwischen Kirchen-

751 Peter Baumgartner: "«Übergewicht zugunsten des Boykotts»: Bischofskommission befürwortet Druckmassnahmen gegen Südafrika", TA, 28.6.1986.

752 Vgl. auch Weyermann, *Die Finançiers der weissen Herren. Eine Untersuchung zum Südafrika-Engagement der Schweizer Banken*, Basel 1986.

753 Vgl. stellvertretend Paul Bösch: "Beitrag an Homeland-Bibliothek – Unterstützung der Apartheid?", TA, 9.9.1986.

754 (epd): "Kirchenratsdelegation nach Südafrika: Besuch der technischen Schule von Garankuwa", NZZ, 15.7.1987.

755 Ursula Kägi: "«Ich möchte mir von Südafrika ein persönliches Bild machen»: Kirchenrat Hermann Haupt verteidigt umstrittene Reise", TA, 17.7.1987.

756 Michael Meier: "Wie hält es die reformierte Kirche mit Südafrika? Stellungnahme zur Südafrika-Reise des Zürcher Kirchenrates", TA, 7.8.1987.

757 "Kirchenrat verteidigt Südafrika-Reise", TA, 20.8.1987. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

kreisen und dem Wirtschaftsestablishment zwar "mehr als Alibigespräche" seien; man sich aber wohl nichts konkretes von diesem "runden Tisch" versprechen könne.⁷⁵⁸ Zwar seien sich alle Gesprächspartner "über die Verurteilung der Rassendiskriminierung einig"; vermerkt der Tages-Anzeiger wiederholt.⁷⁵⁹ Laut Christoph Wehrli von der NZZ würden aber die Meinungen über Sinn und Zweck von Boykottmassnahmen stark divergieren: U. a. Mittel zur Beeinflussung von P. W. Bothas Reformprozess versus "kontraproduktiver Schritt" im Hinblick auf eine notwendige wirtschaftliche Liberalisierung in Südafrika.⁷⁶⁰ Als weiteren erschwerenden Faktor betont Stefan Hartmann im Tages-Anzeiger, dass selbst die kirchliche Delegation in sich zerstritten sei. Die eher zurückhaltende Position des SEK und der Schweizerischen Bischofskonferenz bezüglich eines Südafrikaboykotts würde verstärkt unter Kritik aus den eigenen Reihen geraten: U. a. würden kem und Justitia et Pax eine "forscher Sprache" sprechen, d. h. Boykottmassnahmen befürworten, und die "neutralistische Politik" der schweizerischen Landeskirchen kritisieren.⁷⁶¹ Zudem hätten die Hilfswerke Brot für Brüder und Fastenopfer im August 1986 in einem Positionspapier zum Verhältnis Schweiz-Südafrika nicht ausgeschlossen, Sanktionen als adäquates Mittel zu befürworten. Über den Rückzug der kirchlichen Delegation vom "runden Tisch" anlässlich der Verkündung eines neuen Umschuldungsabkommens Südafrikas mit Schweizer und anderen Banken Ende 1989 – d. h. noch vor dem Auslaufen des alten Abkommens –, berichten die Medien dann aber nur noch in Kurzmeldungen.⁷⁶²

Im März 1989 wird dann von den meisten Medien intensiv die Abgeordnetenversammlung des SEK fokussiert, an welcher auf Antrag der Genfer Landeskirche die Gretchenfrage – offiziell einen Südafrikaboykott zu unterstützen oder nicht –, definitiv geklärt werden sollte, nachdem ein Jahr zuvor noch relativ vage in einer "unverbindlichen Erklärung" dazu Stellung bezogen wurde.⁷⁶³ Tages-Anzeiger und NZZ berichten schon im Vorfeld über die "Südafrika-Konsultationen" von SEK-Abgeordneten mit prominenten Kirchenvertretern: U. a. mit C. F. Beyers Naudé und dem in Südafrika längere Zeit inhaftierten schweizerisch-südafrikanischen Doppelbürger und Pfarrer Jean-François Bill.⁷⁶⁴ Peter Baumgartner berichtet zudem im Tages-Anzeiger von einer Veranstaltung der kirchlichen Arbeitsgruppe Kairos, an welcher ein klarer "Aufruf zum Bankenboykott" an alle Christen in der Schweiz formuliert worden sei;⁷⁶⁵ und über einen Brief der Christian Solidarity International (CSI) an alle SEK-Abgeordneten, in welchem vor Sanktionen gegenüber Südafrika gewarnt wird, weil sie "bereits heute zur Verarmung der unterprivilegierten Schwarzen geführt" und zudem die "wirtschaftliche Integration und den politischen Reformprozess der Regierung verlangsamt" hätten.⁷⁶⁶ In der Folge eröffnet die NZZ einem Boykottbefürworter und einem Boykottgegner das Forum für Stellungnahmen. Beat Kaufmann (CSI) kritisiert die Anhänger der "«Phönix-aus-der-Asche»-Theorie", welche mit ihren undifferen-

758 Stefan Hartmann: "Südafrika: «Schreien» unsere Kirchen zuwenig? Gespräche zwischen Kirchen- und Bankenvertretern mit ungewissem Ergebnis", TA, 27.10.1986.

759 (ap): "Hilfswerke und Banken sprechen über Südafrika", TA, 24.3.1987. Vgl. auch (sda): "Neue Südafrikagesprache zwischen Kirchen und Banken", TA, 31.5.1989.

760 C.W.: "Südafrikagesprache zwischen Kirchen und Banken: Keine Einigkeit über Sanktionen – Für Kontakte Pretorias mit dem ANC", NZZ, 11.7.1988.

761 Stefan Hartmann: "Südafrika: «Schreien» unsere Kirchen zuwenig? Gespräche zwischen Kirchen- und Bankenvertretern mit ungewissem Ergebnis", TA, 27.10.1986.

762 Vgl. stellvertretend (ap): "Banken haben Kirchen enttäuscht", TA, 8.11.1989; sowie zz.: "Kirchliche Kritik an der Südafrika-Umschuldung: Vorwürfe an die Banken – Suspension der Gespräche", NZZ, 10.11.1989.

763 Peter Baumgartner: "Mutigere Entscheide in der Südafrikapolitik gefragt: Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund diskutiert Haltung zu Südafrika", TA, 21.9.1988. Vgl. auch C.W.: "Zwölf Jahre Südafrika-Engagement des Kirchenbundes: Zwischenbilanz vor der Abgeordnetenversammlung", NZZ, 24.9.1988.

764 Vgl. Thomas Schellenbaum: "Kirchenbund tut sich schwer mit Südafrika-Sanktionen", TA, 21.1.1989; sowie C.W.: "Die Kirchen in der Apartheid Südafrikas: Eine Konsultation mit Blick auf die Haltung der Schweiz", NZZ, 23.1.1989.

765 Peter Baumgartner: "Am Südafrika-Boykott scheiden sich christliche Geister", TA, 27.2.1989.

766 bgt.: "Nein zu Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika: Haltung von Christian Solidarity International", TA, 28.2.1989.

zierten Sanktionsforderungen "Chaos, (...) Hunger und Tod" in Südafrika in Kauf nehmen würden.⁷⁶⁷ Denn "Wirtschaftssanktionen sind nicht Ultimo ratio im Kampf gegen die Apartheid, sondern sie *untergraben den Kampf gegen die Apartheid*" schlicht und einfach. Demgegenüber betont Pfarrer Paul Rutishauser – welcher von der NZZ nicht als prominenter AAB-Vertreter, sondern nur als Mitglied der Arbeitsgruppe südliches Afrika der Missionen und Hilfswerke vorgestellt wird –, dass man nur von "gezielten, sorgfältig ausgewählten und abgesprochenen Sanktionen, die an Bedingungen geknüpft sind", sprechen würde.⁷⁶⁸ Das Zielpublikum seien die "Reichen, die merken, dass viele importierte Güter fehlen, dass die Autos knapper und teurer werden." Zudem sei das Argument der Erhöhung der Arbeitslosigkeit der Schwarzen nicht haltbar, da die "Arbeitslosigkeit schon vor den Sanktionen extrem hoch war."

Der Entscheid des SEK im März 1989, den Antrag der Genfer Landeskirche zur Übernahme des Sanktionsaufrufs des Weltkirchenrates (OeRK) abzulehnen und die Frage vorerst durch weitere Konsultationen zu Südafrika zu klären, wird im Tages-Anzeiger bedauert: Laut Michael Meier habe sich dabei der SEK wiederum durch eine "mangelnde Streitkultur" ausgezeichnet.⁷⁶⁹ Clemens Locher bemängelt zudem im Vaterland, dass "[w]enn es um konkretes «Bekennen» geht, (...) sich Schweizer Christen – nicht nur reformierte – immer noch schwer" tun würden.⁷⁷⁰ Und in der NZZ berichtet Christoph Wehrli kommentarlos über den SEK-Entscheid, welcher wohl aber deshalb ablehnend ausgefallen sei, weil die Genfer Landeskirche "gleich auch einen «Boykott der drei Grossbanken» befürworten wollte."⁷⁷¹

Schweiz-Besuche von prominenten Apartheidpolitikern und Südafrika-Reisen von Schweizer Beamten und Politikern in der Medienarena in den achtziger Jahren:

Der "überraschende" Besuch des südafrikanischen Aussenministers Pik Botha im Februar 1986 in der Schweiz löst in der Medienarena eine unterschiedlich hohe Resonanz aus. Das Boulevardmedium Blick und die sozialdemokratische Tagwacht berichten über die Zusammenkunft zwischen Pik Botha und Chester Crocker (Unterstaatssekretär des amerikanischen Aussenministeriums) in Genf zum Thema Reformen in Südafrika und über die mehrstündige Visite des südafrikanischen Aussenministers bei Bundesrat Pierre Aubert (SP) nur in Kurzmeldungen; nicht so aber das christlich-demokratische Vaterland und der unabhängige Tages-Anzeiger.⁷⁷² Das Vaterland verweist darauf, dass die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) noch gleichentags gegen die Anwesenheit Pik Bothas protestiert und Bundesrat Aubert aufgefordert habe, "das Treffen abzusagen".⁷⁷³ Bei dem von "Anti-Apartheid-Protesten begleiteten" und "unter strengen Sicherheitsabschirmungen" in Bern stattgefundenen Treffen habe es sich aber – so das Vaterland und der Tages-Anzeiger beide auf das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) verweisend –, nur um einen "reinen Höflichkeitsbesuch"

⁷⁶⁷ Beat Kaufmann: "Die besondere Verantwortung unserer Kirchen", NZZ, 3.3.1989. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Forumsartikel [Hervorhebung im Original].

⁷⁶⁸ Paul Rutishauser: "Sanktionen als letztes gewaltfreies Mittel", NZZ, 3.3.1989. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Forumsartikel.

⁷⁶⁹ Michael Meier: "Kirchenbund will nicht zu Südafrika-Sanktionen aufrufen", TA, 7.3.1989.

⁷⁷⁰ Clemens Locher: "Evangelischer Kirchenbund zu Südafrika: Bankenboykott abgelehnt", VA, 7.3.1989.

⁷⁷¹ C.W.: "Breitere Südafrikapolitik des Kirchenbundes: Abgeordnetenversammlung für Klärung der Sanktionenfrage", NZZ, 8.3.1989.

⁷⁷² Vgl. stellvertretend "Südafrikas Aussenminister in der Schweiz", TW, 13.2.1986; sowie "Südafrikas Aussenminister in der Schweiz", BK, 13.2.1986.

⁷⁷³ (ap): "Überraschendes Auftauchen des südafrikanischen Aussenministers: Pierre Aubert empfängt «Pik» Botha", VA, 13.2.1986.

gehandelt.⁷⁷⁴ Der Tages-Anzeiger zitiert den AAB-Präsidenten und Pfarrer Paul Rutishauser, der den mehrfachen Missbrauch der "Schweiz als Plattform zur Imagewerbung" Südafrikas kritisiert: "Leichtgläubigere Menschen als die Schweizer gibt es wohl kaum. Die Südafrikaner wollen der Isolation auf dem internationalen Parkett entgehen. Da kommen sie bei den Schweizern an."⁷⁷⁵

Eine ungleich höhere Aufmerksamkeit in der medialen Öffentlichkeit erfährt der "Privatbesuch" von Staatspräsident P. W. Botha und Aussenminister Pik Botha im Oktober 1988, welcher in zwei Treffen mit Bankenvertretern und Bundesrat René Felber (SP) gipfelt.⁷⁷⁶ Das Vaterland, die Tagwacht und der Tages-Anzeiger verweisen auf einen von AAB und Südafrika-Komitee Amandla organisierten Protestmarsch mit anschliessender Kundgebung in der Zürcher Innenstadt, der von diversen Linksparteien mitgetragen werde – u. a. Sozialdemokratische Partei (SP), PdA (Partei der Arbeit) und Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) –, und zitieren den "prominentesten Redner", den Schriftsteller Niklaus Meienberg, der die "Profitgier" der Schweizer Grossbanken skandalisiert, weil damit die Schweiz zu "einem der letzten Verbündeten" des Apartheidregimes geworden sei.⁷⁷⁷ Meienberg charakterisierte die "Herren Botha" als "siamesische Zwillinge der Unterdrückung"; und der ebenfalls anwesende SP-Nationalrat Paul Rechsteiner habe auf die Gemeinsamkeiten des Apartheidregimes mit der Politik der Nationalsozialisten verwiesen und betont, dass es kein Zufall sei, "dass die beiden hohen Vertreter des Landes ausgerechnet in der Schweiz seien" und Bankenvertreter treffen würden.⁷⁷⁸ Auf den mitgeführten Transparenten der Demonstranten sei der treffende Slogan "Keine Geschäfte mit Südafrika, boykottiert SBV, SBG, SKA" zu lesen gewesen; und am Paradeplatz habe die Menge skandiert: "Schweizer Banken, Schweizer Geld – morden mit in aller Welt."⁷⁷⁹ Die Tagwacht betont, dass die Demonstration auch als Aufruf an den Bundesrat zu verstehen ist, von seiner "scheinheiligen Politik" abzurücken und endlich Sanktionen gegen das Apartheidregime zu ergreifen.⁷⁸⁰

In der NZZ findet der allgemeine Protest gegen den Schweiz-Besuch der beiden Bothas nur in kleineren Meldungen Resonanz, d. h. indem auf eine Pressemitteilung der Veranstalter der Zürcher Protestdemonstration und ein Communiqué von Gewerkschaften und der Kooperation Evangelischer Kirchen und Missionen (kem) verwiesen wird.⁷⁸¹ Die NZZ kritisiert aber die "rhetorischen Seitenhiebe" an die Behördenvertreter durch den Schriftsteller Meienberg, weil dieser mit Südafrika "auch gleich noch die Asylpolitik des Bundes" mitskandalisiert habe.⁷⁸² Daneben verweist die NZZ auf das grosse Sicherheitsdispositiv der Stadtpolizei an dieser "Spontandemonstration" in Zürich.

774 (ap): "Treffen mit Aubert – Konsultationen mit Crocker: Botha – Suche nach Unterstützung", VA, 14.2.1986; sowie (ap): "Südafrikanischer Aussenminister auf der Suche nach Unterstützung", TA, 14.2.1986.

775 Kurt Mayer: "Betrieb «Pik» Botha in Genf nur Image-Werbung?", TA, 15.2.1986.

776 Vgl. stellvertretend tsch.: "Südafrikas Präsident auf «Privatvisite»: Stillschweigen über das Besuchsprogramm", TA, 8.10.1988; Albert Wirz: "Botha traf Bankiers", TA, 12.10.1988; (sda): "«Südafrika hat Freunde in der Schweiz»: Botha bestätigt Kontakte zu Schweizer Bankiers", VA, 12.10.1988; "Botha bestätigt in Zürich Kontakt zu Schweizer Banken: Südafrika sucht dringend Geld", TW, 12.10.1988; sowie (sda): "Südafrikas Präsident Botha bleibt in der Schweiz", TA, 13.10.1988.

777 (ap): "Ruhiger Verlauf der Protestdemonstration: Botha-Privatbesuch mit offizieller Note", VA, 11.10.1988; "Protestdemonstration gegen Südafrika in Zürich: Der Widerstand wird siegen!", TW, 11.10.1988; sowie Daniel Dunkel: "Protest gegen «privaten» Besuch der beiden Bothas", TA, 11.10.1988.

778 "Protestdemonstration gegen Südafrika in Zürich: Der Widerstand wird siegen!", TW, 11.10.1988.

779 Daniel Dunkel: "Protest gegen «privaten» Besuch der beiden Bothas", TA, 11.10.1988.

780 "Protestdemonstration gegen Südafrika in Zürich: Der Widerstand wird siegen!", TW, 11.10.1988.

781 Vgl. (sda): "Protest gegen Bothas Besuch in der Schweiz", NZZ, 8.10.1988; sowie (sda): "Protest gegen Besuch aus Südafrika", NZZ, 10.10.1988.

782 rz.: "Demonstration gegen Südafrika: Massives Polizeiaufgebot", NZZ, 11.10.1988. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

Wie die Tagwacht schon, bezweifelt auch der Tages-Anzeiger, dass anlässlich des mit "Usanz" seitens der Schweizer Behörden legitimierten Treffens zwischen den beiden südafrikanischen Spitzenpolitikern und Bundesrat Felber, die "traditionelle" Schweizer "Aufforderung zu tiefgehenden Reformen in Südafrika" bei den Gesprächspartnern überhaupt auf Resonanz und Akzeptanz stossen werde.⁷⁸³ Immerhin – so vermerkt das Vaterland –, seien die beiden Bothas aber bei ihrem "Höflichkeitsbesuch" nur "extra muros", d. h. auf dem bundesrätlichen Landsitz und nicht im Bundeshaus selbst, empfangen worden.⁷⁸⁴

Intensiv beleuchtet dann der Tages-Anzeiger den Auftritt P. W. Bothas bei der Swiss-South African Association (SSAA), beim dem dieser für die Abschaffung von Sanktionen und die Bereitstellung neuer Kredite mit folgenden Worten geworben habe: "Mit der notwendigen Kapitalinfusion könnte ein Resultat erreicht werden, das mit dem Marshall-Plan für Europa vergleichbar ist (...). Sie als Bankiers werden dies sehr gut verstehen."⁷⁸⁵ Guntram Rehsche vermerkt im Tages-Anzeiger, dass Bothas aktuelle "Goodwill-Tour" in der Schweiz zusammen mit der schwelenden Wirtschaftskrise in Südafrika ein untrügliches Zeichen dafür sei, dass entgegen den Ansichten von Boykottgegnern die internationalen Sanktionen "entscheidende finanzielle Kosten (...) nach sich gezogen" hätten.⁷⁸⁶ Da nach neuesten Meinungsumfragen in Südafrika zudem der grösste Teil der schwarzen Bevölkerung durchaus bereit sei, "negative Folgen eines Boykottes wie beispielsweise noch höhere Arbeitslosigkeit als heute schon zu tragen", gebe es für die Schweiz in "Solidarität mit einer nach wie vor krass unterdrückten Bevölkerungsmehrheit in Südafrika nur eine Antwort"; analysiert Rehsche.

Die NZZ streicht demgegenüber anlässlich der Pressekonferenz von Staatspräsident P. W. Botha in Zürich weniger das Verhältnis Schweiz-Südafrika heraus, als vielmehr generelle Argumente und Aussagen der südafrikanischen Gäste zum Thema Reformen. P. W. Botha habe beispielsweise darauf verwiesen, dass Sanktionen vornehmlich die Frontsaaten Südafrikas treffen – eine Einschätzung, die von der NZZ geteilt wird –, und dass der "von den westlichen Medien als Antiapartheidkämpfer «hochstilisierte» Erzbischof *Tutu* nur über geringen Rückhalt in der schwarzen Bevölkerung verfügen würde."⁷⁸⁷

Daneben wird in der Medienarena in den achtziger Jahre immer wieder über kontroverse Südafrika-Reisen von Schweizer Beamten und Politikern berichtet: U. a. die Teilnahme von Professor Jean-Pierre Blaser vom Schweizerischen Institut für Nuklearforschung (SIN) an der Einweihung eines Protonenbeschleunigers in Johannesburg (1985); der von der WochenZeitung enthüllte Südafrika-Besuch von Zürcher Kantonspolizisten mit Mitgliedern der International Police Association (IPA) (1988); die Teilnahme an einer "SVP-Parteireise" nach Südafrika von Konrad Gisler, ehemaliger Zürcher Polizeidirektor und alt Regierungsrat (1988); die "Ferienreise" mit "offiziösem" Charakter von Hans-Ulrich Ernst, Direktor der eidgenössischen Militärverwaltung (ebenfalls 1988); sowie eine geplante Südafrika-Reise von Offizieren der Schweizer Armee (1989).⁷⁸⁸ Eine besonders hohe "Skandalreso-

783 (ap): "Felber empfing Bothas", TA, 15.10.1988.

784 (ap): "Höflichkeitsbesuch in Bern bei Bundesrat Felber: Botha «extra muros» empfangen", VA, 11.10.1988.

785 Hans Brandt: "Bothas Appell an Schweizer Banken: Apartheid-Regime braucht Kredite zur Umgehung politischer Reformen", TA, 12.10.1988.

786 Guntram Rehsche: "Schweiz als Financier eines bankroten Südafrika?", TA, 15.10.1988. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

787 gl.: "Ein Plädoyer für Südafrikas Politik: Pressekonferenz P. W. Bothas in Zürich", NZZ, 12.10.1988 [Hervorhebung im Original].

788 Vgl. Richard Diethelm: "Soll hoher Bundesbeamter und Nuklearforscher fahren oder nicht? Aufregung um Reise nach Südafrika", TA, 5.10.1985; brh.: "Umstrittene Südafrikareise von Polizisten", TA, 12.3.1988; (ap): "Hoher EMD-Beamter wegen Südafrika-Reise unter Beschuss", TA, 3.2.1989; (sda): "Erneut Südafrika-Reise eines hohen Beamten im Gespräch", NZZ, 3.2.1989; sowie (ap): "Offiziere kritisieren Südafrika-Reise", TA, 19.8.1989.

nanz" – insbesondere in der SonntagsZeitung – erzielt insgesamt die ebenfalls in einer Interpellation von SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig kritisierte Teilnahme von Kurt E. Suter, Direktor des Bundesamtes für Strassenbau, und Frédéric Ruckstuhl, Sektionschef Bau Nationalstrassen, an einer Eröffnung eines Tunnels in Kapstadt 1988; wobei die anderen Medien darüber mehrheitlich in Agenturmeldungen berichten.⁷⁸⁹

Gemäss Recherchen der SonntagsZeitung hat Suter in den fünfziger Jahren als junger Ingenieur im Dienste des Apartheidregimes Strassen gebaut, und Ruckstuhl sein Fachwissen bei der Projektierung des Huguenot-Tunnels in Kapstadt eingebracht. Die Einladung zur Kapstädter Tunneleinweihung durch den südafrikanischen Strassenbauchef Ron G. Meyer, der beide Schweizer Beamte samt Ehefrauen mit Flugtickets der South African Airways (SAA) bedacht habe, sei jedoch vom Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED) als "unbedenklich" eingestuft worden.⁷⁹⁰ Die Ehepaare Suter und Ruckstuhl seien "als Privatpersonen" nach Südafrika gereist, und es habe sich nicht um einen Verstoß des Beamtengesetzes (Artikel 26) gehandelt (verbotene Annahme von Geschenken). Franz Glinz kritisiert in der SonntagsZeitung aber scharf den "Südafrikafreund" Suter, welcher an der Tunneleinweihung nicht nur Staatspräsident P. W. Botha persönlich begrüsst habe, sondern sich in einem Schreiben mit dem offiziellen Briefkopf des Bundesamtsdirektors später bei seinem südafrikanischen Amtskollegen Meyer mit den Worten bedankt habe: "Wir werden Freunde Ihres wundervollen Landes bleiben und auch hier in Europa dazu stehen."⁷⁹¹ Daneben verweist Glinz auf SP-Nationalrat Braunschweig und den grünen Nationalrat Hans Meier, welche beide die "heiklen Südafrika-Kontakte" skandalisieren und fordern, dass künftige Reisen von Bundesbeamten und Regierungsmitgliedern mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) abgesprochen und koordiniert werden müssen.

Jürg Lehmann kritisiert in seinem Kommentar in der SonntagsZeitung vor allem Bundesrat Adolf Ogi (SVP), Departementschef des EVED, welcher mit wenig Sensibilität und nicht überzeugender Begründung die "Beamten-Affäre" nun einfach zu den Akten lege.⁷⁹² Vor dem Hintergrund, dass es für das Apartheidregime einerlei sei, ob eine Visite offiziellen oder privaten Charakter habe – d. h. auch mit einem "stummen schweizerischen Amtsdirektor" mühelos "internationale Salonfähigkeit demonstriert werden" könne – und der Tatsache, dass es sich bei Suter um einen "erklärten Freund des Burenstaates" handle, hätte die Südafrika-Reise nicht erlaubt werden dürfen. Denn "[b]ei solchem fehlenden politischen Gespür eines hohen Beamten beginnt über die beamtenrechtliche Skepsis hinaus der eigentliche Skandal, und er ist nicht dadurch weggewischt, dass sich der Departementschef schützend vor die Reisegruppe stellt."

Daneben wird von diversen Medien auch die Südafrika-Reise der FDP-Nationalrätin und Präsidentin des Westschweizer Hofer-Klubs, Geneviève Aubry, kritisiert, welche diese zusammen mit ihrem Mann und dem FDP-Nationalrat Pierre Rime im Februar 1986 unternommen habe. Gemäss dem Welschen Magazin L'Hebdo hat Aubry nämlich in einem Interview mit dem südafrikanischen Staatsradio vom 5. Februar 1986 behauptet, dass "die Lügen über Südafrika von den Medien erfunden werden, «die von kommunistischen Kreisen bestochen sind, welche Desinformation betreiben»"; und Rime habe

789 Vgl. stellvertretend (sda): "Das «Südafrika-Reisli» zweier EVED-Beamter: Für Bundesrat Ogi unbedenklich", NZZ, 19.1.1989. Vgl. auch Interpellation SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig, *Beamtenreisen nach Südafrika*, 1.1.1989 [89.318].

790 Franz Glinz, und Jürg Lehmann: "Chefbeamte liessen sich Südafrika-Reise schenken", SoZ, 15.1.1989. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

791 Franz Glinz: "Südafrika-Affäre der Bundesbeamten ist noch nicht erledigt", SoZ, 22.1.1989. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

792 Jürg Lehmann: "Diskretion wischt den Skandal nicht weg", SoZ, 22.1.1989. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Kommentar.

verkündet: "Wenn die Schweizer Medien von Soweto sprechen, dann zeigen sie immer nur Clochards."⁷⁹³ Laut Blick hat sich Aubry aber kurz darauf von Meldungen distanziert, wonach sie die Apartheid – welche sie nämlich "voll und ganz ablehne" –, bei ihrem Besuch in Südafrika verteidigte.⁷⁹⁴ Gemäss Aubry ist aber klar, dass sogenannte wirtschaftliche "Zwangsmassnahmen" nur "die Ärmsten der Armen treffen" und sich die "schweren Probleme" Südafrikas nur "Schritt für Schritt lösen" lassen.

Marcel Schwander kritisiert in der Folge im Tages-Anzeiger Aubrys Umgang mit den angeblich von "Kommunisten" und "Sozio-Gauchisten" beeinflussten Medien als verfehlt; sei doch Aubry seinerzeit selbst "wegen Verstössen gegen die Statuten aus dem schweizerischen Journalistenverband ausgestossen worden."⁷⁹⁵ Zur "Affäre Aubry" resümiert Schwander abschliessend, dass natürlich "in Wirklichkeit" die "Ambassadorin der Schweiz" die Apartheid verurteilt und L'Hebdo "ihre Aussagen böswillig entstellt" habe.

Allgemeine Wirtschafts- und Aussenbeziehungen Schweiz-Südafrika in der Medienarena in den achtziger Jahren:

Intensiver als in den siebziger Jahren werden von den Medien in der Phase 1985-1989 die Wirtschafts- und Aussenbeziehungen der Schweiz zum Apartheidregime im allgemeinen fokussiert und skandalisiert; und zwar nun verstärkt auch von den Boulevardmedien und den Wochen- und Sonntagszeitungen. Im Zentrum stehen dabei nebst dem Südafrikaengagement der Schweizer Wirtschaft (Grossbanken, Konzerne etc.), die Südafrikapolitik der offiziellen Schweiz, der als kontrovers perzipierte Ausschluss Südafrikas von der 25. IKRK-Konferenz in Genf 1986 und diverse umstrittene Verhaftungen von Schweizer Bürgern in Südafrika (u. a. Pfarrer Jean-François Bill).

Dass die offizielle Schweiz "Südafrika wie ein rohes Ei behandelt" und die Apartheid nur "moralisch verurteilt", jedoch keine eigentlichen Boykottmassnahmen ergreife, ist gemäss Jürg Zbinden vom Boulevardmedium Blick allein auf die Tatsache zurückzuführen, dass "die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der Schweiz und dem Apartheid-Staat (...) bedeutend", d. h. besonders umfangreich sind: "Wir haben eine Menge Geld investiert"; und das wolle man auf keinen Fall verlieren.⁷⁹⁶ Vor diesem Hintergrund betont Rita Flubacher in der Weltwoche, dass schweizerische Unternehmen – "obwohl schon seit Jahrzehnten von A wie Alusuisse bis Z wie Zuellig (die Nummer 7 unter den helvetischen Welthandelsfirmen) stark im südlichen Zipfel von Afrika präsent" –, vorzu versuchen würden, ihr Südafrikaengagement und ihre "Tätigkeiten im Apartheid-Staat diskret (zu) verbergen."⁷⁹⁷ Zwar hätten einzelne "Schweizer Multis (...) bereits vor einigen Jahren Leistungslohnsysteme eingeführt, die zumindest in der Theorie keine Rücksicht mehr auf die Hautfarbe nehmen." Grundsätzlich möchte sich aber die Schweizer Wirtschaft am liebsten ihren Geschäften widmen und die Politik anderen überlassen.

793 (ap): "Aubry spricht von Lügen über Südafrika", TA, 14.2.1986. Vgl. auch "Aubry: Presse lügt über Südafrika", BK, 14.2.1986.

794 "Geneviève Aubry wehrt sich: «Ich lehne das Apartheid-System voll und ganz ab»", BK, 18.2.1986. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

795 Marcel Schwander: "Was sagte Frau Aubry in Südafrika?", TA, 10.4.1986. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

796 Jürg Zbinden: "Wir haben eine Menge Geld investiert: Warum die Schweiz in Sachen Südafrika wie auf Eiern geht", BK, 12.8.1985.

797 Rita Flubacher: "Schwarz und Weiss – in Schwarzweiss nicht zu malen: Pio G. Eggstein – Der Mann, der die Interessen der Schweizer Wirtschaft im Apartheid-Staat Südafrika vertritt", WE, 19.9.1985. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

Als Beleg dieser Einschätzung zitiert die Weltwoche Pio G. Eggstein, Chef der SKA-Vertretung und anderer Schweizer Firmen in Südafrika:

"«Ob eine Regierung schwarz oder weiss, grün oder gelb ist, ist uns letztlich egal, Hauptsache, man kann mit ihr ein Geschäft machen», bringt Schweizer Firmen-Lobbyist (...) Eggstein die Abneigung der weissen Geschäftswelt gegenüber der Politik auf einen bündigen Nenner."⁷⁹⁸

Dabei verweist Andreas Flütsch in der Weltwoche auch auf die teilweise Unvereinbarkeit der (politischen) Haltungen zwischen dem schweizerischen Wirtschaftsestablishment und antikritischen Zirkeln wie der rechtsnationalen Lobbygruppe asa (Arbeitsgruppe südliches Afrika). Denn Schweizer Firmen, welche sich in Südafrika auf eine "politische Gratwanderung" eingelassen hätten und auf ihre Profite angewiesen seien, würden zuweilen wenig Begeisterung für eine "offen zur Schau getragene Scharfmacherei aus der ewiggestrigen rechten Ecke" aufbringen.

Wiederholt wird in den Medien in den achtziger Jahren auch die Schweizer Grossbank SBG – nebst ihrem Südafrikaengagement – bezüglich ihrer Informationspolitik zum Thema Apartheid in Südafrika skandalisiert. Die Weltwoche verweist auf einen von Markus Herzig, Präsident der rechtslastigen Aktion "Kirche wohin?", produzierten "Hobbyfilm" über den schwarzen "Vorzeigebischof" und vehementen Sanktionsgegner Mzilikazi Masiya, der an SBG-Generalversammlungen zur Pazifizierung "kritischer Aktionäre" verwendet würde.⁷⁹⁹ Peinlich sei dies, weil die südafrikanische Zeitung Weekly Mail am 21. Juli 1989 enthüllt habe, dass der ehemalige Polizist Masiya ein vorbestrafter und flüchtiger Mörder sei. Zudem zähle seine christliche Bewegung (Jesus Christ for Peace in SA) nicht etwa 500'000 Mitglieder; oder gar "drei Millionen Schwarze", wie die SBG in einem Handout zu Masiyas Wirtschaftsglaubenssätzen suggerieren würde. Und am letzten von Masiya organisierten Protestmarsch gegen Wirtschaftssanktionen in Pretoria seien nur gerade drei Dutzend Gesinnungsgenossen erschienen. Die Weltwoche betont aber, dass es der SBG wohl nicht schwerfallen werde, "bald ein besseres Exemplar aufzutreiben, das ihre Geschäfte moralisch rechtfertigt."

Weniger als in den linksalternativen Binnenorganen AAB-Nachrichten und WochenZeitung wird in der medialen Öffentlichkeit mit Beginn der Umschuldungsmission des ehemaligen Nationalbankpräsidenten Fritz Leutwiler für das Apartheidregime Ende 1985 das Verhältnis Schweiz-Südafrika skandalisiert.⁸⁰⁰ Die NZZ fokussiert die Verhandlungen ausschliesslich unter einem ökonomischen Gesichtspunkt, und geht auf die politischen Implikationen der Umschuldung für die Schweiz nur marginal ein.⁸⁰¹ Verstärkt enerviert sich die NZZ aber an einem Artikel der russischen Zeitschrift Nowoje Wremja, welche unter dem Titel "Der Bankier und die Rassisten" eine "primitive Polemik" gegen den

798 Andreas Flütsch: "Wie Schweizer Unternehmen in Südafrika ihre Position halten und ausbauen wollen: Gute Geschäfte, merkwürdige Verbündete", WE, 10.9.1987. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

799 Margrit Sprecher: "Scheckfälscher der eine, Mörder der andere – die SBG hat in Südafrika höchst merkwürdige Leute in Diensten: Das Feigenblatt der Bank waren zwei falsche Bischöfe", WE, 7.9.1989. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

800 Vgl. stellvertretend "Ex-Nationalbank-Boss Leutwiler soll Südafrikas Schuldenkrise lösen", BK, 13.9.1985; (reuter) "Leutwiler wartet auf Banken-Antwort", TA, 14.9.1985; (sda) "Leutwiler vermittelt Umschuldung", TA, 27.9.1985; (sda): "Südafrika verhandelt mit Leutwiler", VA, 24.10.1985; F.Pf.: "Leutwiler: Südafrika muss rasch etwas unternehmen", TA, 23.11.1985; Rita Flubacher: "Fritz Leutwilers Versuch, Südafrika an die Banken anzunähern: Ein Seit tänzer zwischen Geld und Politik", WE, 16.1.1986; (sda): "Leutwiler: Weiterer Aufschub der Zahlungen", VA, 13.2.1986; sowie (ap): "Leutwiler legt Südafrika-Vermittlungsmandat nieder", TA, 4.7.1986.

801 Vgl. stellvertretend (ap): "Kein Veto Berns zu Leutwilers Südafrika-Mandat", NZZ, 17.9.1985; sowie bp.: "Südafrikas Zahlungsengpass: Leutwiler übernimmt Vermittlerrolle", NZZ, 27.9.1985.

gutgemeinten Vorstoss Leutwilers vom Zaume gelassen habe.⁸⁰² Das Boulevardmedium Blick verweist demgegenüber auf die Kritik der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) an Leutwilers Mandat, welche dieser jedoch scharf zurückgewiesen habe ("Es gibt Leute, die reden über Südafrika und haben von Tuten und Blasen keine Ahnung").⁸⁰³ Auch der Tages-Anzeiger spiegelt die Position der AAB ("Treten sie von Ihrem Mandat als Retter des Apartheidregimes zurück");⁸⁰⁴ und im Vaterland wird prominent die Forderung der Sozialdemokratischen Partei (SP) zitiert, wonach sich Leutwiler doch als ehemaliger Staatsdiener bewusst werden und sich aus dem "diplomatischen Schwarz-Peter-Spiel" heraushalten solle.⁸⁰⁵ Leutwiler betont in einem Interview mit dem Tages-Anzeiger aber, dass er das Mandat als "Ökonom und nicht Politiker" übernommen habe; und zwar um eine noch schärfere Rezession und eine noch höhere Arbeitslosigkeit in Südafrika zu verhindern:

"Ich [Leutwiler, Anm. PM] bin überzeugt, dass eine solche Entwicklung in erster Linie den ärmsten Bevölkerungsteilen, nämlich den Schwarzen schaden würde und nicht den Weissen. Wer aber der Meinung ist, dass nicht Reformen der richtige Weg sind, sondern eine eigentliche Revolution in Südafrika, der kann mit guter Logik sagen, lässt diese Wirtschaft zuerst kaputtgehen, denn das ist der beste Nährboden für eine Revolution."⁸⁰⁶

Wie in den linksalternativen Binnenorganen AAB-Nachrichten und WochenZeitung auch, wird in den Leitmedien in den achtziger Jahren ebenfalls die Everite Ltd. der Schmidheiny-Gruppe aufgrund ihrer Lohnpolitik gegenüber der schwarzen Arbeiterschaft skandalisiert; insbesondere von Tages-Anzeiger und Tagwacht anlässlich des Beginn des Streiks gegen einen "Hungerlohn" und für einen "Lohn zum Überleben" anfangs Juni 1989 (und noch stärker nach dem Tod eines Streikführers im August 1989).⁸⁰⁷ Laut Jakob Stark vom Tages-Anzeiger würde gemäss Angaben des Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt (Solifonds) das Angebot der Everite Ltd. von einer Erhöhung um 17.5% zwar 5% über der Teuerung liegen; "jedoch klar unter dem Durchschnitt der Nominallohn-Erhöhung der Bau- und Baustoffbranche in Südafrika."⁸⁰⁸ Die Tagwacht betont zudem – ebenfalls mit Verweis auf die Solifonds-Angaben –, dass keine einzige Schweizer Firma auf der Liste der zwanzig Unternehmen zu finden sei, die in Südafrika die höchsten Löhne bezahlen würden. Betrachte man die dreizehn wichtigsten in Südafrika tätigen Schweizer Firmen bezüglich ihrer Lohnpolitik, so "stehe Everite dort auf dem vorletzten Platz."⁸⁰⁹ Ob denn das Unternehmen eines schweizerischen Konzerns in Südafrika "nicht etwas grosszügiger sein" – oder gar ein Zeichen setzen, und den von Gewerkschaften "gewünschten «Lohn zum Überleben» bezahlen" – könnte, sei aber wohl eher eine "naive Frage"; so Stark zusammenfassend.⁸¹⁰ Denn die Schmidheiny-Gruppe habe verlauten lassen, dass der Lohnkonflikt bei der Everite Ltd. "nicht mit europäischen Masstäben zu messen" sei. Zudem bezahle das Unternehmen im südafrikanischen Vergleich gar die "zweithöchsten Löhne der Branche".

802 A. O.: "Sowjetkritik an Fritz Leutwiler: Missvergnügen wegen der Vermittlungstätigkeit in Südafrika", NZZ, 29.1.1986.

803 "Südafrika-Schuldenregulierung: Grünes Licht für Leutwiler?", BK, 14.9.1985.

804 (sda): "Südafrika-Gläubiger verhandeln mit Leutwiler", TA, 24.10.1985.

805 (ap): "Der Ex-Nationalbank-Chef wird Verhandlungen zur Umschuldung Südafrikas leiten: Leutwiler nimmt «Südafrika-Job» an", VA, 27.9.1985.

806 Fritz Pfiffner: "Interview mit Fritz Leutwiler, BBC-Präsident und Südafrika-Vermittler: Die Zeit in Südafrika läuft aus", TA, 23.11.1985.

807 Hans Brandt: "Statt «Hungerlohn» ein «Lohn zum Überleben» gefordert: Streik beim schweizerisch beherrschten Asbestzementhersteller in Südafrika", TA, 10.6.1989.

808 Jakob Stark: "«Everite-Manager handeln selbständig»: Die Schmidheiny-Meinung zum Streik im südafrikanischen Eternit-Tochterunternehmen", TA, 9.8.1989.

809 "Streik beim südafrikanischen Schmidheiny-Ableger «Everite»: 2200 Arbeiter in den Ausstand", TW, 6.6.1989.

810 Jakob Stark: "«Everite-Manager handeln selbständig»: Die Schmidheiny-Meinung zum Streik im südafrikanischen Eternit-Tochterunternehmen", TA, 9.8.1989. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

Daneben findet das von den linksalternativen Binnenorganen AAB-Nachrichten, konzept und Wochen-Zeitung schon in den siebziger Jahren – und verstärkt in den achtziger Jahren – skandalisierte Engagement von Schweizer Grossbanken bei der Finanzierung einer Urananreicherungsanlage für die süd-afrikanische Elektrizitätsgesellschaft ESCOM (Electricity Supply Commission), in der Medienarena in den achtziger Jahre vor allem über Exponenten aus dem schweizerischen Apartheidwiderstand Reso-nanz: U. a. kritisiert Tobias Bauer, Sekretär der Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt (AFP), in der Tagwacht diese Kapitalaufnahmen Südafrikas, welche "unter anderem auch das Nuklearprogramm Südafrikas finanziert" habe.⁸¹¹ Am nachhaltigsten greift das Deutungsmuster der "Finanzierung einer Atombombe" Südafrikas durch die Schweizer Grossbanken insgesamt aber nur gerade der unabhängige Tages-Anzeiger auf.⁸¹²

Einzig in der freisinnig-liberalen NZZ wird in der Phase 1985-1989 auch das Engagement der Schwei-zer Wirtschaft im Rahmen von Entwicklungsprojekten in Südafrika stärker beleuchtet. Jürg Dedial wür-digt beispielsweise die von Jean-Pierre Bonny, Nationalrat der Freisinnigdemokratischen Partei (FDP), 1989 lancierte Initiative bzw. Gründung eines Vereins (Schweizer Freunde der Urban Foundation), mit welchem der Bau von Schulen und die Ausbildung von schwarzen Bauunternehmern in Südafrika ge-fördert werden soll; und zwar mit finanzieller Unterstützung von Schweizer Firmen und der Direktion für Entwicklungs-Zusammenarbeit (DEZA). Dedial begrüsst es, dass im Gegensatz zum linksalternati-ven politischen Milieu, welches nach wie vor das "Heil in *Sanktionen* gegen das Regime in Pretoria" suche, sich endlich die "Kreise immer stärker (artikulieren), die einen positiven Beitrag leisten wollen – nicht zuletzt aus der Erkenntnis heraus, dass angesichts der Entwicklungsprobleme in Südafrika eine Zerstörung der ökonomischen Wachstumsgrundlagen nicht zugelassen werden darf."⁸¹³

Prominent wird in der Medienarena in den achtziger Jahren auch der Ausschluss Südafrikas von der 25. IKRK-Konferenz in Genf 1986 – auf Antrag Kenias und anderer afrikanischer Staaten wegen der unmenschlichen Apartheidpolitik –, fokussiert und mehrheitlich verurteilt.⁸¹⁴ Dabei wird am Rande die-ser Debatte auch das Verhältnis Schweiz-Südafrika thematisiert; und zwar aufgrund des gemeinsa-men Nenners Neutralität zwischen dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und der Eid-genossenschaft. Scharf kritisieren das Vaterland und der ansonsten sehr apartheidkritische Tages-Anzeiger den Konferenzausschluss als negative Entwicklung und der gemeinsamen Sache abträglich. Bernadette Koller betont in ihrem Kommentar im Vaterland, dass zwar "entschiedene Proteste" gegen das "menschenverachtende System der Apartheid" grundsätzlich zu begrüssen sind, die "politische Aktion" des Ausschlusses aber "deplaziert und kontraproduktiv in jeder Hinsicht" sei.⁸¹⁵ Denn der Ausschluss eines Vertragsstaates stehe im Widerspruch zu den Statuten der Genfer Konvention und zum Prinzip der Neutralität des IKRK, welches ausschliesslich humanitäre Ziele verfolge. Falls das Beispiel Schule machen sollte – so Koller weiter –, "dürfte dies für die Rot-Kreuz-Idee den Dolchstoss bedeuten"; und noch viel schlimmer: Nicht nur "zahllose Menschen ihrer Misere selbst überlassen", sondern "noch mehr der Willkür gewisser Regimes Tür und Tor öffnen." Auch Peter Studer, Chefre-

811 Tobias Bauer: "Südafrika-Boykottwoche in Bern: Schweizer Blutgeld", TW, 12.6.1985.

812 Guntram Rehsche: "Schweiz als Financier eines bankrotten Südafrika?", TA, 15.10.1988.

813 de.: "Konstruktive Hilfe für Südafrika: Lancierung eines Entwicklungsvorhabens in Zürich", NZZ, 2.11.1989 [Hervorhebung im Original].

814 Vgl. stellvertretend (sda): "Internationale Rotkreuz-Konferenz eröffnet: Ausschluss der südafrikanischen Regierungsvertreter gefordert", VA, 24.10.1986; Pierre Simonitsch: "Auch das Rote Kreuz ist nicht apolitisch", TA, 25.10.1986; "Rotkreuz-Konferenz: Südafrikaner ausgeschlossen", SBK, 26.10.1986; (sda): "Reaktionen auf Ausschluss aus Genfer Rotkreuz-Konferenz: Pretoria suspendiert IKRK-Vertreter", VA, 27.10.1986; (ap): "Einmaliger Vorgang in der IKRK-Geschichte: Südafrika wurde ausgeschlossen", TW, 27.10.1986; Allister Sparks: "IKRK-Ausweisungen aus Südafrika weckt Bestürzung", TA, 29.10.1986; sowie (sda): "IKRK bleibt universelle Organisation: Südafrika ist Ausnahmefall", VA, 3.11.1986.

815 Bernadette Koller: "Kontraproduktiv", VA, 27.10.1986. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Kommentar.

daktor des Tages-Anzeigers, kritisiert in seinem Kommentar den Missbrauch der Rotkreuzveranstaltung auf Schweizer Boden, "um ein (falsches) politisches Exempel zu statuieren."⁸¹⁶ Die afrikanischen Antragsteller hätten wenig von der Rotkreuzidee begriffen. Denn die Mitgliedschaft beim IKRK sei "keine Belohnung für politisches Wohlverhalten, sondern eine Verpflichtung, auf die andere Mitglieder und das IKRK pochen können." Laut Studer zweifelt niemand daran, dass das Apartheidregime nämlich die Menschenrechte krass verletzt; und "Staatengemeinschaften sollen es mit politischem und wirtschaftlichem Druck ahnden." Dass nun aber auf der humanitären Ebene – auf der das IKRK "Schlimmeres verhindern" und "Leiden lindern" helfe –, politische Protestaktionen veranstaltet würden, sei äusserst kontraproduktiv. "Pretorias Retourkutsche" bzw. die Ausweisung von (schweizerischen) IKRK-Mitgliedern aus Südafrika habe dies verdeutlicht.

Intensiv fokussieren dann ab Sommer 1986 praktisch alle Medien die Verhaftung des schweizerisch-südafrikanischen Doppelbürgers und protestantischen Pfarrers Jean-François Bill – prominenter Mitunterzeichner des 1986 vom Südafrikanischen Kirchenrat (SACC) veröffentlichten Kairos-Dokument zur aktiven Parteinahme der Kirchen für die südafrikanischen Oppositionsbewegungen –, welcher nun vom Apartheidregime beschuldigt werde, am Soweto-Jahrestag (16. Juni) zu einer illegalen Versammlung in Johannesburg aufgerufen zu haben; und berichten dann ausführlichst über den anschliessenden Prozess und Pfarrer Bills Freilassung im Februar/März 1987.⁸¹⁷ Eine dauerhafte Medienresonanz – insbesondere in den Boulevardmedien und den Sonntagszeitungen –, erzielt dieses aussergewöhnliche Ereignis vor allem aufgrund der praktisch zeitgleichen Verhaftungen von drei weiteren schweizerischen Gleichgesinnten von Pfarrer Bill; namentlich die Soziologin Jeanette Schmid und die beiden Geistlichen Pierre Blaser und Guy Subilia.⁸¹⁸ Die vermittelnde Rolle der offiziellen Schweiz (u. a. Schweizer Botschaft in Südafrika, Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)) wird dabei von praktisch allen Medien mehrheitlich positiv gewürdigt.

Eine vergleichbar hohe "Boulevardresonanz" wie der "Fall Bill" erzeugt auch die Entführung der beiden Schweizer Bürger Daniel Schneider und Corinne Bischof aus Swasiland durch den südafrikanischen Geheimdienst im Dezember 1986. Insbesondere Blick und SonntagsBlick recherchieren mit eigener Crew vor Ort über die "Verschleppung des Schweizer Brautpaares" und die vom "Rassisten-Regime" unterstellten Kontakte Schneiders und Bischofs zum verbotenen African National Congress

⁸¹⁶ Peter Studer: "Schaden für Rotes Kreuz", TA, 27.10.1986. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Kommentar.

⁸¹⁷ Vgl. stellvertretend "Schweizer Pfarrer in Südafrika verhaftet", BK, 23.6.1986; (sda): «Zuckerbrot und Peitsche»: Schweizer Pfarrer in Südafrika verhaftet", VA, 23.6.1986; Jürg Mosimann, und Rolf Widmer: "In Südafrika verhaftet: Kann Bundesrat Schweizer Pfarrer aus Gefängnis befreien?", BK, 24.6.1986; Klara Obermüller: "Wachsender Widerstand der Kirchen in Südafrika – Schweizer Pfarrer Jean-François Bill im Gefängnis: «Darum ist Apartheid nicht der Wille Gottes für uns»", WE, 14.8.1986; "Schweizer Pfarrer leidet in Südafrika-Gefängnis", BK, 12.12.1986; "Südafrika macht Schweizer Pfarrer Bill den Prozess", BK, 15.1.1987; Allister Sparks, und Thomas Schellenbaum: "«Weisser mit schwarzem Herzen» in Südafrika: Der Fall Jean-François Bill", TA, 14.3.1987; Allister Spark: "Freudentränen für den freigelassenen Pfarrer Bill", TA, 28.3.1987; "Maulkorb für Pfarrer Bill: Trotzdem will er in Südafrika bleiben!", SBK, 29.3.1987; "«Südafrika bleibt unser Zuhause»: Interview mit der Frau des nach 280 Tagen Haft freigelassenen Schweizer Pfarrers Jean-François Bill", SoZ, 29.3.1987; sowie Marcel Schwander: "Bill erholt sich in der Schweiz von seiner Haft in Südafrika", TA, 11.5.1987.

⁸¹⁸ Vgl. stellvertretend Jürg Mosimann, und Rolf Widmer: "Noch zwei Schweizer mit Pfarrer Bill in Südafrika verhaftet", BK, 25.6.1986; (ap) "Priester und Soziologin in Südafrika: Noch zwei Verhaftungen", TW, 26.6.1986; "Noch ein 4. Schweizer in Südafrika verhaftet", BK, 26.6.1986; "Verhaftete Schweizer besucht", BK, 1.7.1986; "Schweizer verhaftet: Südafrika schuldet Erklärung", BK, 22.7.1986; sowie (sda): "Pfarrer Guy Subilia in Südafrika freigelassen", TA, 23.7.1986.

(ANC) in Südafrika,⁸¹⁹ wohingegen die meisten anderen Medien dieses aussergewöhnliche Ereignis mehrheitlich auf Agenturebene abhandeln.⁸²⁰ Gemäss Blick wurden die beiden Schweizer von den Schergen des Apartheidregimes "brutal misshandelt", wobei ihre "Gesichter zerschnitten" worden seien und beide "halbnackt in Ketten" und für "Stunden neben Leichen" ausharren mussten.⁸²¹ Der SonntagsBlick zitiert in diesem Zusammenhang Franz Jaeger, Präsident des Landesring der Unabhängigen (LdU), welcher das Kidnapping mit "Gestapo-Methoden" als "völkerrechtlich absolut inakzeptabel" brandmarkt und von der offiziellen Schweiz zukünftig eine kompromisslose Haltung gegenüber Südafrika einfordert.⁸²²

Anlässlich dieser diversen Verhaftungen und Entführungen von Schweizer Bürgern in Südafrika (u. a. Pfarrer Bill, Soziologin Schmid, Geistliche Blaser und Subilia sowie Ehepaar Schneider und Bischof) stehen aber in der Medienarena weniger die vielfältigen und kontroversen schweizerischen Beziehungen zum Apartheidregime (beispielsweise die wirtschaftlichen Kontakte) im Zentrum der Berichterstattung, als vielmehr diese Einzelschicksale und die Apartheid in Südafrika selbst.

Memo Verhältnis Schweiz-Südafrika Medienarena 1985-1989:

Noch intensiver als in den siebziger Jahren werden von den Medien in den achtziger Jahren die klassischen Positionen der apartheidkritischen Lobbygruppen (u. a. unglaubliche Südafrikapolitik der offiziellen Schweiz, apartheidstützende Rolle von Banken und "ausbeuterische" Arbeitgeberpolitik von Firmen) und die linksalternativen Forderungen nach "People's Sanctions" (u. a. Boykott SBG, SBV und SKA sowie Migros und Coop) gespiegelt und übernommen; insbesondere vom unabhängigen Tages-Anzeiger, welcher noch stärker das Forum für Stellungnahmen von Exponenten des in- und ausländischen Apartheidwiderstandes eröffnet. Im Rahmen der grossen Südafrikadebatten im Nationalrat 1986 und 1988 erzielen nun auch etablierte politische Akteure – wie der Bundesrat und Parteien (u. a. SP, FDP, CVP, SVP) –, eine grössere mediale Resonanz als in den Jahrzehnten zuvor. Die freisinnig-liberale NZZ erweist sich am empfänglichsten für die Übernahme der antikritischen Positionen des Wirtschaftsestablishments und des bürgerlichen und rechtsnationalen politischen Milieus (u. a. negativer Sanktionseffekt der Erhöhung der Arbeitslosigkeit, Extremisierung des südafrikanischen Konfliktes), indem sie das Forum für prominente Antikritiker (u. a. von der FDP) eröffnet und ausgiebig über Events von antikritischen Lobbygruppen berichtet. Zudem wird das Verhältnis Schweiz-Südafrika nun auch intensiver vom Boulevard (Blick, SonntagsBlick) und den Wochen- und Sonntagszeitungen (Weltwoche, SonntagsZeitung) reflektiert und kritisiert. Stärker als in den siebziger Jahren hat sich eine eigenständige Südafrikadebatte in der Medienarena etabliert (u. a. zur Gretchenfrage der Ergreifung von Wirtschaftssanktionen durch die neutrale Schweiz). Die vielfältigen und kontroversen schweizerischen Beziehungen zum Apartheidregime werden dabei nicht mehr ausschliesslich und nur anlässlich von aussergewöhnlichen und/oder institutionalisierten Ereignissen (u. a. Schweiz-Besuche von prominenten Apartheidpolitikern) thematisiert.

819 Viktor Damman, und Jürg Mosimann: "Schweizer Brautpaar in Afrika verschleppt", BK, 13.12.1986. Vgl. auch "Schweizer Brautpaar sollte in Südafrika Schwarze denunzieren", BK, 16.12.1986; sowie "Entführte Schweizer freuen sich auf die Weihnachtsferien", SBK, 21.12.1986.

820 Vgl. stellvertretend *sdl.*: "Festnahme von Schweizern in Südafrika: Entführung aus dem Königreich Swasiland", NZZ, 13.12.1986; (ap): "Südafrika liess Schweizer frei", TA, 15.12.1986; *sdl.*: "Pretorias Kriegserklärung an den ANC: Freilassung der entführten Schweizer", NZZ, 15.12.1986; sowie (ap): "Entführte standen Todesängste aus", TA, 16.12.1986.

821 Viktor Damman, und Wolfgang Krebs: "Nach brutaler Misshandlung – Schweizer Brautpaar frei: «Ich betete für mein Leben!», BK, 15.12.1986.

822 Christian J. Strubin, und Harry Rosenbaum: "Verschlepptes Schweizer Brautpaar: Protest gegen «Gestapo-Methoden», SBK, 14.12.1986.

V.2.3 Resonanzanalyse Parlament 1985-1989

"Dazu möchte ich Ihnen ein Zitat von Allan Boesak unterbreiten, das ich sehr treffend für die Haltung der Schweiz finde: «Neutralität ist die miserabelste Parteilichkeit. Sie bedeutet faktisch, sich für das Unrecht zu entscheiden und doch die Verantwortung dafür nicht zu übernehmen». Das ist doch genau das, was die Schweiz heute macht. Ich frage Sie: Wieviele Verhaftete, Gefolterte und Tote, wieviel Unrecht und Terror braucht es noch, bis die offizielle Schweiz (...) endlich auch handelt und wirksame Sanktionen ergreift?"⁸²³

"Es ist eigenartig, wie hier von kirchlicher Seite für einen Wirtschaftsboykott oder einen Courant normal Stellung genommen wird (...). Ich würde Ihnen anraten, einmal nachzuschauen, was Zwingli über diese Sache gesagt hat: Er nennt sie «Brotsperrre». Die Menschen von damals haben darüber nachgedacht und nicht einfach etwas nachgeplaudert. Brotsperre ist ein Kriegsmittel, und zwar eines der gemeinsten, weil man nämlich nicht selber den Kopf hinhalten muss, sondern einen anderen «verrecken» lassen kann, ohne Nachteile zu haben."⁸²⁴

In der Hoch-Zeit des internationalen Südafrikaboykotts der achtziger Jahre sind es folgende Aktivitäten und Ereignisse die zu hoher parlamentarischer Resonanz des Verhältnis Schweiz-Südafrika führen: Der Ausschluss Südafrikas von der 25. IKRK-Konferenz in Genf 1986; einzelne seitens der linksalternativen Lobbygruppen eingereichte Petitionen zum Verhältnis Schweiz-Südafrika;⁸²⁵ die beiden grossen Südafrikadebatten im Nationalrat zum Südafrikaboykott à la UNO am 19. Dezember 1986⁸²⁶ und zur Einführung eines sogenannten "echten" Courant normal (inklusive alle Kapitalexporte und Goldhandel) am 10. und 15. März 1988;⁸²⁷ die Frage nach der Drehscheibe Schweiz für Umgehungs- und Dreiecksgeschäfte (insbesondere bei Erdöl- und Waffengeschäften);⁸²⁸ die diplomatischen Kontakte mit Südafrika (vor allem die als kontrovers perzipierte "Umgehungs-Diplomatie" von Schweizer Beamten auf Südafrika-Reisen);⁸²⁹ sowie die allgemeinen Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zum Apartheidregime.⁸³⁰ Wie in den siebziger Jahren stammen auch in der Phase 1985-1989 fast alle

823 POCH-Nationalrätin Anita Fetz, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

824 SVP-Nationalrat Christoph Blocher, Nationalratsdebatte, 15.3.1988 [86.234, 87.918]. Vgl. auch Christoph Blocher: "Südafrika-Sanktionen: Was wären die Folgen?", gelbes Beiblatt Nr. 4/88 zum asa-bulletin, Nr. 81, 12. April 1988.

825 Petition Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), *Südafrika. Auch die Schweiz muss handeln*, 24.9.1985 [86.252]; Petition SOS Racisme Vaud, *Pétition pour les sanctions contre l'Afrique du Sud*, 13.12.1986 [87.253]; sowie Petition Verband der Schweizerischen Studentenschaft (VSS), *Reform des Erziehungswesens in Südafrika*, 25.4.1988 [89.256].

826 Interpellation Sozialdemokratische Fraktion, *Südafrika. Massnahmen der Schweiz*, 16.9.1985 [85.540]; Interpellation PdA/PSA/POCH-Fraktion, *Südafrika. Haltung der Schweiz*, 16.9.1985 [85.532]; Motion SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, *Unterstützung der Frontstaaten*, 24.9.1986 [86.575]; sowie Interpellation SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig, *Südafrika. Massnahmen der Schweiz*, 9.10.1986 [86.948].

827 Parlamentarische Initiative SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, *Südafrika-Sanktionen. Umgehungen durch die Schweiz*, 9.10.1986 [86.234]; sowie Interpellation SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, *Südafrika-Politik*, 9.10.1987 [87.918].

828 Einfache Anfrage SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig, *Waffen- und Kriegsmaterialdurchfuhr*, 19.12.1986 [86.765]; Interpellation SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, *Waffenembargo gegen Südafrika*, 17.6.1987 [87.468]; sowie Einfache Anfrage SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig, *Rüstungstechnologie. Transfer nach Südafrika*, 18.12.1987 [87.730].

829 Interpellation POCH-Nationalrätin Anita Fetz, *Südafrika. Diplomatisches und politisches Verhalten der Schweiz*, 19.6.1986 [86.516]; Einfache Anfrage SP-Nationalrätin Françoise Pitteloud, *Attitude de la Suisse sur le plan diplomatique vis-à-vis de l'Afrique du Sud*, 10.10.1986 [86.720]; Einfache Anfrage SP-Nationalrat Jean Ziegler, *Visite du Premier ministre de l'Afrique du Sud*, 6.10.1988 [88.1073]; sowie Interpellation SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig, *Beamtenreisen nach Südafrika*, 1.1.1989 [89.318].

830 U. a. Motion SP-Nationalrat Leuenberger-Solothurn, *Revision Bankengesetz. Kapitalexporte*, 21.6.1985 [85.515]; Einfache Anfrage SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig, *Kapitalexporte nach Südafrika*, 20.12.1985 [85.741]; Einfache Anfrage SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig, *Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika*, 20.3.1987 [87.631];

parlamentarischen Vorstösse zum Verhältnis Schweiz-Südafrika aus dem politischen Milieu der Apartheidkritiker (insgesamt 87.5%).⁸³¹

Apartheidkritischer Diskurs im Parlament in den achtziger Jahren:

Der apartheidkritische Diskurs im Parlament wird in den achtziger noch stärker als in den siebziger Jahren von der Sozialdemokratischen Partei (SP) dominiert (63.9% aller Positionen). Die Resonanz der Positionen der PdA/PSA/POCH-Fraktion (14.6%) und der linksalternativen Lobbygruppen Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), SOS Racisme Vaud, Verband Schweizerischer Studentenschaft (VSS) fällt dabei geringer aus (zusammen 4.8%). Eine etwas erhöhte Aufmerksamkeit finden nur noch apartheidkritische Positionen der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates (4.0%) und des Landesring der Unabhängigen (LdU) (2.9%).⁸³² Höhere Resonanzen als in den siebziger Jahren finden jedoch ausländische und schweizerische Medien – u. a. taz, Wall Street Journal und WochenZeitung (zusammen 1.8%) –, auf deren Positionen und Enthüllungen zum Verhältnis Schweiz-Südafrika im Parlament verstärkt verwiesen wird. Die SP-Nationalräte Paul Rechsteiner (St. Gallen) und Hansjörg Braunschweig (Zürich) – mit elf respektive zehn parlamentarischen Vorstössen zum Verhältnis Schweiz-Südafrika –, erweisen sich als dominanteste Wortführer des apartheidkritischen Lagers im Parlament. Dicht gefolgt von den beiden Genfer SP-Nationalräten Jean Ziegler (vier Vorstösse) und René Longet (zwei). Im Vergleich mit den siebziger Jahren ist zudem neu, dass die linksalternativen Lobbygruppen nun Lobbyisten aus den eigenen Reihen im Parlament sitzen haben: U. a. Paul Rechsteiner, der ab 1987 die AAB präsidiert.

In der Phase 1985-1989 wird von den Apartheidkritikern noch stärker als in den siebziger Jahren die Südafrikapolitik des Bundes (damals Position 3), welche die Apartheid nur in der Theorie moralisch verurteilt, jedoch keine praktischen Massnahmen ergreife, als "nicht mehr glaubhaft" kritisiert; und die Rolle der Schweizer Banken als Apartheidstützen skandalisiert (vgl. Positionen 1 und 3; Abbildung 23, Seite 204).⁸³³ Diese beiden Positionen sind vor allem in der SP und in der PdA/PSA/POCH-Fraktion stark verankert. Verstärkt werden sie nun aber auch von Mitgliedern des LdU vertreten und in den parlamentarischen Debatten auch dem Weltkirchenrat (OeRK), einzelnen Medien, den amerikanischen Behörden und der UNO (United Nations Organisation) zugeschrieben.

Daneben wird von der SP immer wieder der Missbrauch der Schweiz für Umgehungs- und Dreiecksgeschäfte skandalisiert bzw. die Forderung nach der Implementierung umfassender Massnahmen geäussert, "damit das Gebiet der Schweiz nicht dazu missbraucht wird, die Sanktionen von Dritt-

Einfache Anfrage SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, (*Wirtschafts-Beziehungen mit Südafrika*, 23.6.1988 [88.685]; Postulat SP-Nationalrat Jean Ziegler, *Rapport sur les relations entre la Suisse et l'Afrique du Sud*, 26.9.1989 [89.616]; sowie Interpellation SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, *Südafrika-Politik*, 6.10.1989 [89.685].

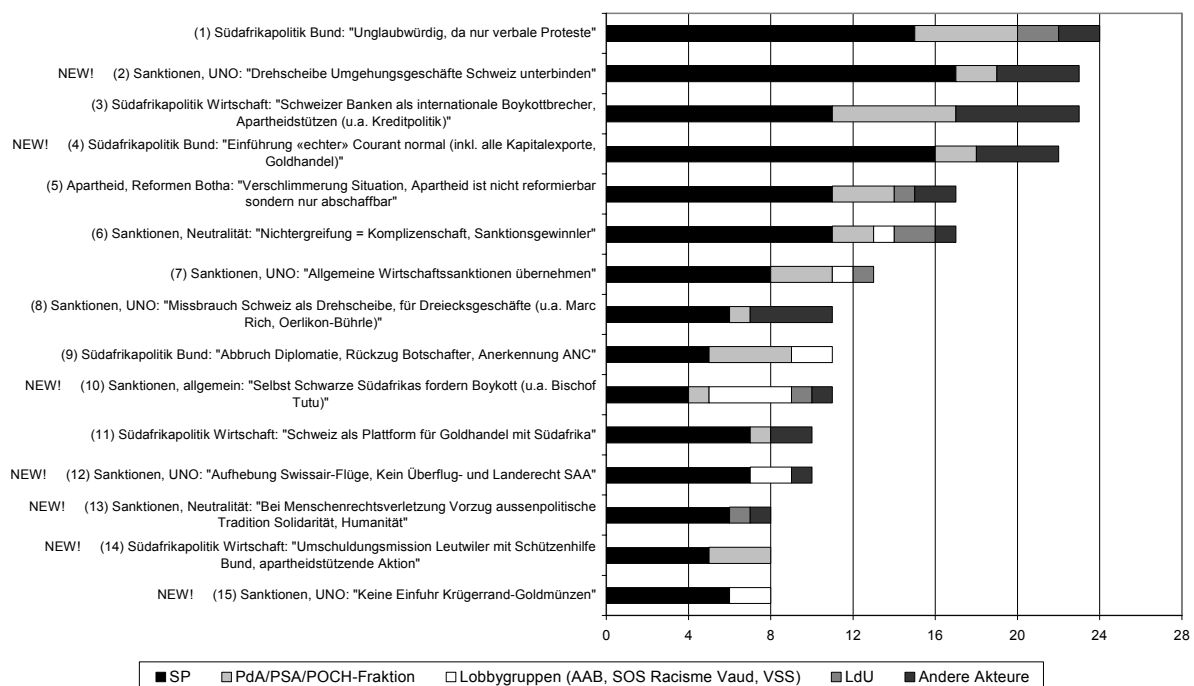
831 n = 48. Apartheidkritiker (linksalternative Lobbygruppen, Sozialdemokratische Partei (SP), PdA/PSA/POCH-Fraktion) = 42; sowie Antikritiker (Freisinnigdemokratische Partei (FDP), Christlichdemokratische Volkspartei (CVP), Liberale Partei der Schweiz (LPS)) = 6 (12.5%).

832 n = 274. SP = 175 Positionen (63.9%); PdA/PSA/POCH-Fraktion = 40 (14.6%); Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates = 11 (4.0%); LdU = 8 (2.9%); AAB = 8; Verband Schweizerischer Studentenschaft (VSS) = 4 (1.5%); Fraktionslose = 4; Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB) = 3 (1.1%); Desmond Tutu = 3; United Nations Organisation (UNO) = 2 (0.7%); Behörden USA = 2; Allan Boesak = 2; SOS Racisme Vaud = 1 (0.4%); Bieler Tagblatt = 1; taz = 1; The Independent = 1; Wall Street Journal = 1; WoZ = 1; Weltkirchenrat (OeRK) = 1; Kirche unspezifisch = 1; Starnberger Institut = 1; Catholic Institute for International Relations (CIIR) = 1; FDP = 1; sowie CVP = 1.

833 SP-Nationalrat Richard Bäumlín, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

staaten zu umgehen" (vgl. Positionen 2 und 8; Abbildung 23).⁸³⁴

Abbildung 23: Apartheidkritische Positionen differenziert nach Akteuren im Parlament 1985-1989⁸³⁵



Die in den siebziger Jahren noch ausschliesslich von der Partito Socialista Autonomo (PSA) und POCH (Progressive Organisation Schweiz) geforderte Übernahme der Wirtschaftssanktionen der UNO wird nun in der Phase 1985-1989 auch verstärkt von der SP geäussert (Position 7; Abbildung

834 Frage SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, *Sanktionen gegen Südafrika. Verhinderung von Umgehungsgeschäften über die Schweiz*, 6.10.1986 [Frage 38].

835 Dargestellt werden die fünfzehn am häufigsten geäusserten apartheidkritischen Positionen differenziert nach Akteuren im Parlament 1985-1989 in absoluten Werten [n = 274]. Neue Positionen sind in der Abbildung mit *NEW!* gekennzeichnet. Weitere apartheidkritische Positionen mit erhöhter parlamentarischer Resonanz: *Südafrikapolitik Bund: "Imageschaden Schweiz, verstärkte Isolation"* [8 Nennungen]; *Südafrikapolitik Bund: "Sistierung Exportrisikogarantie (ERG)"* [6]; *Sanktionen, UNO: "Waffenausfuhr verschärfen gemäss Cocom-Praxis, da Missbrauch"* [5]; *Südafrikapolitik Bund: "Ungenügende Intervention für politische Gefangene (u. a. Mandela, Pfarrer Bill)"* [5]; *Sanktionen, UNO: "Keine weiteren Kredite an Südafrika gewähren"* [4]; *Südafrikapolitik Bund: "Beamtenaufenthalte neutralitätswidrig, Umgehungs-Diplomatie"* [4]; *Sanktionen, negative Effekte: "Keine Extremisierung, Verhinderung Blutbad"* [3]; *Sanktionen, UNO: "Kein Verkauf von Computer- und Nukleartechnologie"* [3]; *Südafrikapolitik Bund: "Überlassen der Aussenpolitik der Wirtschaft"* [3]; *Südafrikapolitik Bund: "Schweiz soll noch stärker in schwarze Entwicklungs- und Bildungsprojekte investieren"* [3]; sowie *Apartheid, Reformen Botha: "Beschönigung, Rechts-Propaganda Lobbygruppen (u. a. asa, SSAA, CFS)"* [3]. Apartheidkritische Positionen mit geringer parlamentarischer Resonanz [weniger als 3 Nennungen]: *Sanktionen, allgemein: "Ausschluss Südafrika IKRK-Konferenz Genf 1986 gerechtfertigt"*; *Sanktionen, allgemein: "Konsumverzicht südafrikanischer Güter implementieren (u. a. Boykott Migros, Coop)"*; *Sanktionen, negative Effekte: "Keine Erhöhung Arbeitslosigkeit Schwarze, Apartheidökonomie selbst erzeugt Arbeitslosigkeit"*; *Sanktionen, negative Effekte: "Apartheid selbst destabilisiert Frontstaaten Südafrikas"*; *Sanktionen, UNO: "Abbruch Sport- und Kulturkontakte (u. a. Boykott Zwei-Tage-Marsch)"*; *Südafrikapolitik Bund: "Keine unabhängige Informationsbeschaffung vor Ort"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweiz als Plattform für Diamantenhandel mit Südafrika"*; sowie *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweizer Firmen in Südafrika als Ausbeuter, Schaffung Verhaltenskodex (u. a. Schmidheiny-Gruppe)"*.

23); und erst nach der Ablehnung eines Südafrikaboykotts à la UNO in der ersten grossen Südafrikadebatte im Nationalrat 1986 in abgeschwächter Form als Etablierung eines sogenannten "echten" Courant normal (inklusive alle Kapitalexporte und Goldhandel) umformuliert (Position 4; Abbildung 23).

Als apartheidkritische Position mit hoher Resonanz, die in den siebziger Jahren im Parlament zunächst noch sehr marginale Aufmerksamkeit erfahren hat, erweist sich nun diejenige, dass sich die offizielle Schweiz durch die Nichtergreifung von wirtschaftlichen Massnahmen zum "Helfer der Apartheid" mache und als Sanktionsgewinnler perzipiert würde (vgl. Fussnote zu Abbildung 11, Seite 106; sowie Position 6; Abbildung 23).⁸³⁶ Diese Einschätzung, die aus dem politischen Milieu der linksalternativen Lobbygruppen (insbesondere AAB) und teilweise der Medien stammt, wird im Parlament vor allem von der SP, der PdA/PSA/POCH-Fraktion und dem LdU geteilt.

Das gleiche gilt auch für die neue Position, dass die Schwarzen und ihre Führer in Südafrika (u. a. Bischof Desmond Tutu) selbst einen konsequenten Südafrikaboykott durch die internationale Staatengemeinschaft begrüssen würden, d. h. "einstweilige Schwierigkeiten in Kauf nehmen"; und zwar weil es überhaupt nichts mehr zu verlieren gebe (vgl. Position 10; Abbildung 23).⁸³⁷ Dieses Argument stösst auf breite Unterstützung im apartheidkritischen Parlamentarierlager (SP, PdA/PSA/POCH-Fraktion, LdU).

Im Vergleich zur Phase 1976-1980 erzielen die apartheidkritischen Lobbygruppen AAB, SOS Racisme Vaud und VSS mit ihren Positionen in den achtziger Jahren eine erhöhte Resonanz im Parlament. Differenziert finden die Forderungen für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem Apartheidregime, die Anerkennung der südafrikanischen Oppositionsbewegungen, die Unterbindung des Lande- und Überflugrechtes der South African Airways (SAA) in der Schweiz und für ein Importverbot von Krüggerrand-Goldmünzen parlamentarische Aufmerksamkeit (vgl. Positionen 9, 12 und 15; Abbildung 23).

Eine neue Position, die verstärkt von der SP im Rahmen der Debatte über einen Südafrikaboykott lanciert wird, ist diejenige der aussenpolitischen Tradition der Solidarität und Humanität, die im Zeichen von gröbsten Menschenrechtsverletzungen – wie im Falle der Apartheid –, gegenüber dem traditionellen aussenpolitischen Credo der Neutralität den Vorzug erhalten soll (vgl. Position 13; Abbildung 23). Denn nicht nur der "Grundsatz der Solidarität", sondern auch das "Gebot einer an den Menschenrechten orientierten Aussenpolitik" würden die Beteiligung der Schweiz an Sanktionen gegen das Apartheidregime erfordern.⁸³⁸

Wie in der Medienarena auch, findet die in den linksalternativen Binnenorganen AAB-Nachrichten und WochenZeitung in der Phase 1985-1989 intensiv kritisierte Umschuldungsmission des ehemaligen Nationalbankpräsidenten Fritz Leutwilers für das südafrikanische Apartheidregime nur eine nachgeordnete parlamentarische Resonanz bzw. Skandalisierung (vgl. Position 14; Abbildung 23).

836 SP-Nationalrat Heinrich Ott, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

837 SP-Nationalrat Richard Bäumlín, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

838 Parlamentarische Initiative SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, *Südafrika-Sanktionen. Umgehungen durch die Schweiz*, 9.10.1986 [86.234].

Antikritischer Diskurs im Parlament in den achtziger Jahren:

Bei der Betrachtung des antikritischen Diskurs im Parlament fällt auf, dass dieser wie in den siebziger Jahren zuvor, auch in den achtziger Jahren stark vom Bundesrat (45.6% aller Positionen), den bürgerlichen Parteien FDP (Freisinnigdemokratische Partei) (19.3%) und CVP (Christlichdemokratische Volkspartei) (7.4%) sowie der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates (7.1%) dominiert wird. Neu finden aber verstärkt die Positionen der Schweizerischen Volkspartei (SVP) (8.8%) und der Liberalen Partei der Schweiz (LPS) (5.7%) Resonanz.⁸³⁹ Die Nationalräte Jean-Pierre Bonny (Bern), Ernst Mühlemann (Thurgau) und Geneviève Aubry (Bern) prägen die Positionen der FDP. Als prominenteste Stimme der SVP lässt sich die des Zürcher Nationalrates Christoph Blocher vernehmen; und als Wortführer der LPS etabliert sich der Genfer Nationalrat Jacques-Simon Eggly. Damit versammeln sich im Parlament einige der gewichtigsten Fürsprecher der rechtsnationalen Lobbygruppe asa (Arbeitsgruppe südliches Afrika). So präsidierte der Mitgründer der asa, Blocher, doch selbige bis 1990 und wurde dann von Eggly-Genève abgelöst (bis 1998); und war doch Aubry seit anfangs der achtziger Jahre Mitglied des Patronatskomitees der asa.⁸⁴⁰ Bonny ist zudem über seine Mitgliedschaft bei der ebenfalls von Blocher mitgegründeten Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) vernetzt, die nebst diversen liberalen Medien (u. a. NZZ) als Resonanzforum für seine Südafrikapositionen dient.⁸⁴¹ Im Grossteil des bürgerlichen Lagers im Parlament der achtziger Jahre sind damit die Parteipositionen zur Apartheid in Südafrika und zum Verhältnis Schweiz-Südafrika praktisch gleichgeschaltet.

Als Positionen, die schon in den siebziger Jahren erhöhte parlamentarische Aufmerksamkeiten fanden und nun von allen bürgerlichen und rechtsnationalen Parteien (FDP, CVP, LPS, SVP und Autopartei) in der Phase 1985-1989 geteilt werden, erweisen sich die Verteidigung der Südafrikapolitik des Bundes(rates) als angemessen, die ungleiche Handhabung des Fall Südafrika im Verhältnis mit anderen totalitären Regimes – insbesondere des Ostblockes –, und die Begrüssung eines kontrollierten evolutionären Wandels bzw. die Unterstützung der Reformen Bothas (u. a. Einrichtung Dreikammerparlament 1983/84, Abschaffung der sogenannten "kleinen" Apartheid 1985) (vgl. Positionen 1, 4 und 6; Abbildung 24, Seite 207).

Neue Positionen, die von der FDP, CVP, LPS und SVP in den achtziger Jahren ins Feld geführt werden, sind vor allem solche, welche die negativen Effekte eines totalen Südafrikaboykotts betonen: U. a. würde die Arbeitslosigkeit unter den Schwarzen Südafrikas massiv erhöht, eine Extremisierung des Politischen gefördert – und damit die Gefahr eines "grauenhaften Blutbades" heraufbeschworen (SVP-Nationalrat Peter Sager) –, sowie die "Wagenburg-Mentalität" der Buren weiter gestärkt (SVP-Nationalrat Albrecht Rychen) (vgl. Positionen 7, 8 und 15; Abbildung 24).⁸⁴² Zu befürchten ist laut FDP-Nationalrat Georg Stucky nämlich, dass die Kriegswirtschaft des Apartheidregime ausgebaut

839 n = 296. Bundesrat = 135 Positionen (45.6%); FDP = 57 (19.3%); SVP = 26 (8.8%); CVP = 22 (7.4%); Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates = 21 (7.1%); LPS = 17 (5.7%); Autopartei = 8 (2.7%); Petitionskommission des Nationalrates = 3 (1.0%); Edouard Brunner = 2 (0.7%); Jenö C. A. Staehelin = 2; NZZ = 2; sowie Wall Street Journal = 1 (0.3%).

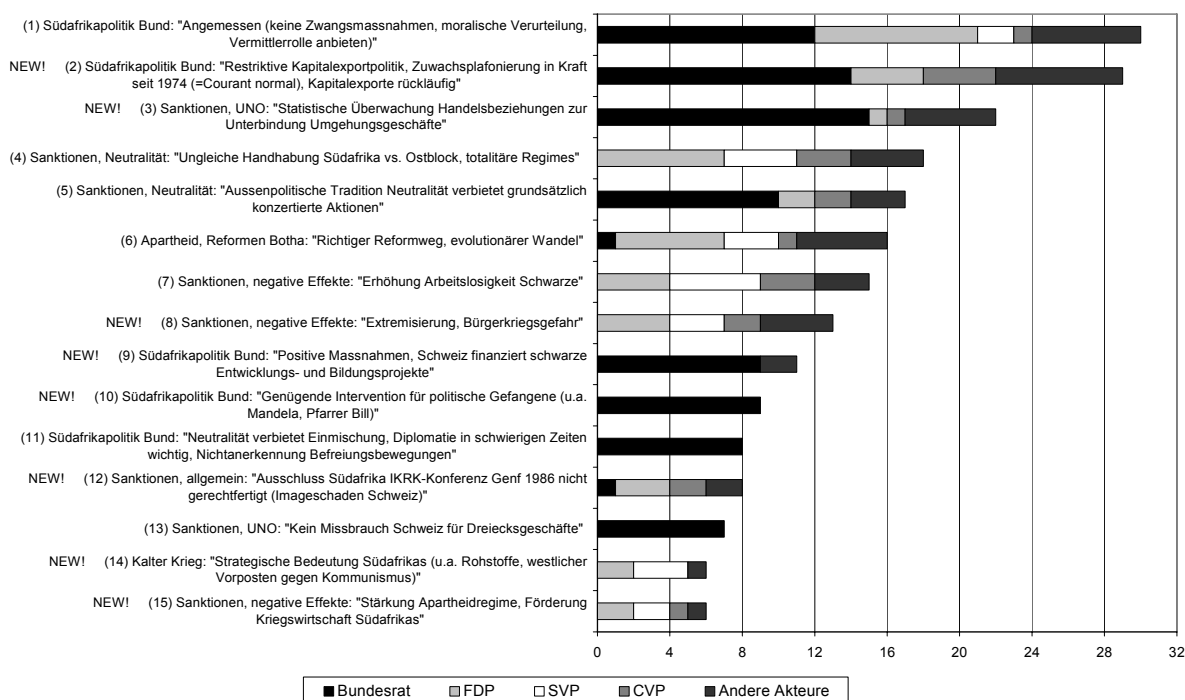
840 Vgl. auch Frischknecht, Haffner, Haldimann, und Niggli, *Die unheimlichen Patrioten*, Zürich 1987.

841 U. a. wird der von Jean-Pierre Bonny in der NZZ vom 23. Juni 1988 veröffentlichte Artikel, *Mit wirtschaftlichem Druck zu politischer Evolution in Südafrika?*, im gleichen Jahr auch von der AUNS unter selbigem Titel als Flugschrift publiziert und in dem von der südafrikanischen Botschaft in Bern herausgegebenen Südafrikanischen Panorama Nr. 186 vom September 1988 in der Rubrik "Zitat des Monats" zitiert. Vgl. "«Südafrikanisches panorama» froh um FDP-Bonny", AAB-Nachrichten, Nr. 5, Oktober 1988.

842 SVP-Nationalrat Peter Sager, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948]; sowie SVP-Nationalrat Albrecht Rychen, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

werde: Denn das "Waffenembargo der Uno hat dazu geführt, dass Südafrika eine blühende Waffenproduktion aufbaut und heute eines der besten Kampfflugzeuge exportiert."⁸⁴³

Abbildung 24: Antikritische Positionen differenziert nach Akteuren im Parlament 1985-1989⁸⁴⁴



Demgegenüber wird auf Seiten der offiziellen Schweiz wiederholt der negative Effekt einer Wirtschaftskrise in den Frontstaaten Südafrikas prognostiziert. Denn Sanktionen würden nicht nur die sozial Schwächeren, sondern "im Falle Südafrikas, die umliegenden Staaten besonders treffen"

- 843 FDP-Nationalrat Georg Stucky, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].
- 844 Dargestellt werden die fünfzehn am häufigsten geäusserten antikritischen Positionen differenziert nach Akteuren im Parlament 1985-1989 in absoluten Werten [n = 296]. Neue Positionen sind in der Abbildung mit *NEW!* gekennzeichnet. Weitere antikritische Positionen mit erhöhter parlamentarischer Resonanz: *Sanktionen, UNO: "Waffenausfuhr eingeschränkt seit 1963, keine Embargounterlaufung"* [6 Nennungen]; *Sanktionen, UNO: "Ausfuhr Computer- und Nukleartechnologie vernachlässigbar, wurde nie autorisiert"* [6]; *Südafrikapolitik Bund: "Wird je nach Entwicklung der Lage angepasst"* [6]; *Sanktionen, allgemein: "Schwarze Südafrikas verurteilen Boykott (u. a. Zulu-Führer Buthelezi)"* [5]; *Sanktionen, negative Effekte: "Wirtschaftskrise Frontstaaten Südafrikas"* [5]; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweizer Firmen als Wegbereiter für Reformen Botha (u. a. Gleichstellung Belegschaft)"* [5]; *Apartheid, Reformen Botha: "Wirtschafts- und Handelsfreiheit wird Apartheid abschaffen (u. a. Investitionen in Homelands vorantreiben)"* [5]; *Sanktionen, UNO: "Hypokrisie US- und EG-Firmen, unechter Südafrikaboykott"* [4]; *Sanktionen, UNO: "Handel Krüggerrand-Goldmünzen sowieso weltweit rückläufig"* [4]; *Südafrikapolitik Bund: "Exportisikogarantie (ERG) nie betroffen, nur abhängig von Kreditwürdigkeit"* [4]; *Sanktionen, UNO: "Swissair ist private AG, Luftfahrtgesetz gestattet Benutzung Luftraum für SAA"* [3]; *Sanktionen, UNO: "Sanktionen nicht bindend, Schweiz nicht UNO-Mitglied"* [3]; *Südafrikapolitik Bund: "Universalität der Wirtschaftspolitik"* [3]; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweizer Banken handeln im Gesetzesrahmen"* [3]; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Umschuldungsmission Leutwiler privater Natur"* [3]; sowie *Apartheid, Reformen Botha: "Verzerrung, Links-Propaganda Lobbygruppen (u. a. AAB, kirchliche Organisationen, Hilfswerke)"* [3]. Antikritische Positionen mit geringer parlamentarischer Resonanz [weniger als 3 Nennungen]: *Sanktionen, allgemein: "Konsumverzicht ist privater Entscheid"*; *Sanktionen, UNO: "Abbruch Sport- und Kulturkontakte ist private Angelegenheit"*; *Südafrikapolitik Bund: "Unabhängige Informationsbeschaffung vor Ort"*; *Südafrikapolitik Bund: "Beamtenaufenthalte privater Natur, unproblematisch"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweiz keine spezifische Plattform für Goldhandel mit Südafrika"*; sowie *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Importverbot für Diamanten von UNO und EG niemals erlassen"*.

(vgl. Fussnote zu Abbildung 24).⁸⁴⁵

Der Bundesrat profiliert sich daneben in der Phase 1985-1989 besonders mittels der neuen Rechtfertigungen, dass die Schweiz seit dem Jahre 1974 "gegenüber Südafrika eine eingeschränkte Kapital-exportpolitik" verfolge – d. h. die "bewilligungspflichtigen Kapitalexporte auf dem Niveau eines sogenannten «courant normal» gehalten" würden –, um die wirtschaftlichen Landesinteressen zu wahren;⁸⁴⁶ die Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika zudem statistisch überwacht würden, um Umgehungsgeschäfte zu unterbinden; und ein "Programm der positiven Massnahmen" eingerichtet wurde, mit welchem spezifisch schwarze Entwicklungs- und Bildungsprojekte in Südafrika unterstützt würden (vgl. Positionen 2, 3 und 9; Abbildung 24).

Als neue Position im Parlament in der Phase 1985-1989, welche am stärksten von der SVP vertreten wird, erweist sich auch diejenige der strategischen Bedeutung Südafrikas im Kalten Krieg bzw. der wachsenden Gefahr einer Weltrevolution, bei einem Fall des westlichen Bollwerks gegen den Kommunismus im südlichen Afrika (vgl. Position 14; Abbildung 24): "Dieses Land ist von einer ausserordentlichen geopolitischen, wirtschaftlichen Wichtigkeit und rohstoffmässig für den Westen wie für den Osten von allergrösster Bedeutung (...). Es ist nicht auszudenken, was passieren würde, wenn auch diese Region in die Hand des Ostens fiel"; verkündet beispielsweise SVP-Nationalrat Blocher.⁸⁴⁷

Daneben verweist die SVP wie auch die FDP öfters darauf, dass sich selbst Schwarze in Südafrika gegen jegliche wirtschaftliche "Zwangsmassnahmen" aussprechen würden (vgl. Fussnote zu Abbildung 24); oder in den Worten von FDP-Nationalrat Ernst Mühlemann: Selbst der "Führer der grössten schwarzen Vereinigung, des Zulu-Stammes, Buthelezi, hat deutlich davor gewarnt, Boykottmassnahmen zu ergreifen."⁸⁴⁸

Zusammen mit der SVP unterstreicht die der Wirtschaft traditionell nahestehende FDP zudem die "vorbildliche" Rolle der Schweizer Firmen in Südafrika, die aufgrund der Gleichstellung ihrer Belegschaft geradezu als Wegbereiter der Reformen Bothas gelten können, und verkündet frei nach dem wirtschaftsliberalen Credo der uneingeschränkten Handelsfreiheit, dass sich die Apartheid schon von selbst abschaffe; insbesondere dann, wenn ausländische Investitionen in den Homelands vorangetrieben würden (vgl. Fussnote zu Abbildung 24). Gemäss dem prominentesten Fürsprecher der freien Marktwirtschaft im Parlament, FDP-Nationalrat Jean-Pierre Bonny, gilt nämlich die simple Gleichung, dass "[j]e mehr wir die Wirtschaftsfreiheit, die Marktwirtschaft in Südafrika fördern, desto schneller wird eine Verbesserung der Menschenrechte und der politischen Grundrechte erreicht."⁸⁴⁹ Und in der Analyse von FDP-Nationalrat Stucky hat allein die "Wirtschaft (...) erreicht – und zwar führend auch die Schweizer Unternehmen –, dass in Kantinen Schwarz und Weiss zusammen isst, dass Büroräume geschaffen worden sind, wo Schwarz neben Weiss arbeitet."⁸⁵⁰ Mit einer Verstärkung der Sanktionen würde die Wirtschaft nur weiter geschwächt und keine weitere "Umwälzung im sozialen, gesellschaftlichen Bereich" erreicht. Im Gegenteil: "Man stoppt sie. Das wäre schade!"

Daneben wird von der FDP, CVP, LPS und SVP auch mehrfach die Sonderbehandlung Südafrikas durch die Linken kritisiert, weil dabei Menschenrechtsverletzungen von anderen totalitären Regimes

⁸⁴⁵ Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 16.12.1985 [85.540].

⁸⁴⁶ Antwort Bundesrat Otto Stich, 17.6.1985 [Frage 48 Leuenberger-Solothurn].

⁸⁴⁷ SVP-Nationalrat Christoph Blocher, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

⁸⁴⁸ FDP-Nationalrat Ernst Mühlemann, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

⁸⁴⁹ FDP-Nationalrat Jean-Pierre Bonny, Nationalratsdebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918].

⁸⁵⁰ FDP-Nationalrat Georg Stucky, Nationalratsdebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Votum.

ausgeblendet würden (vgl. Position 4; Abbildung 24). Laut dem SVP-Nationalrat und Leiter des Ost-Instituts Peter Sager ist es nämlich eine "Ironie, dass einige der heutigen Befürworter von Sanktionen gegen Südafrika das gleiche Instrument gegen totalitäre Diktaturen nicht einsetzen wollten und wollen."⁸⁵¹ Und CVP-Nationalrat Theo Fischer aus Sursee betont, dass wenn man schon Sanktionen gegen Südafrika wegen der Menschenrechtsverletzungen in Betracht zieht, "man konsequenterweise das gleiche auch gegen einige Dutzend andere Staaten tun (müsste), die Menschenrechte verletzen und politische Freiheiten unterdrücken."⁸⁵²

Analysiert man die unterschiedlichen "Framing" des Verhältnis Schweiz-Südafrika im Parlament in der Phase 1985-1989, so lässt sich im Vergleich mit den siebziger Jahren ebenfalls eine Dominanz von analytischen und gegenwartsbezogenen "diagnostic Framing" feststellen (60.9%).⁸⁵³ Die vielfältigen Beziehungen der Schweiz zum Apartheidregime werden in der parlamentarischen Öffentlichkeit in den achtziger Jahren vornehmlich mit Aktualitätsbezug und mehrheitlich analytisch reflektiert (u. a. anlässlich der Verhängung von UNO-Wirtschaftssanktionen [S/RES/569] 1985). Im Vergleich zu den Jahrzehnten zuvor, hat aber der Anteil von "prognostic Framing" leicht zugenommen (21.7%). Insbesondere auf Seiten der Apartheidkritiker werden nun im Parlament verstärkt die Zukunftschancen von einzelnen Boykottstrategien aus dem linken und linksalternativen politischen Milieu breiter thematisiert: U. a. Einführung "echter" Courant normal (inklusive alle Kapitalexporte und Goldhandel), Aufhebung Flugverbindungen, Einfuhrstopp Krügergoldmünzen etc. Auf Seiten der Antikritiker dominieren hier vor allem diverse prognostizierte negative Effekte von sogenannten wirtschaftlichen "Zwangsmassnahmen": U. a. Erhöhung der Arbeitslosigkeit der Schwarzen, Extremisierung und Bürgerkriegsgefahr sowie Förderung der Kriegswirtschaft in Südafrika. Demgegenüber ist die parlamentarische Resonanz von Positionen mit "identity Framing" (17.4%) leicht zurückgegangen. Insgesamt überwiegen solche identitätsstiftenden Argumentationen jedoch auf Seiten der Antikritiker; wobei weiterhin die aussenpolitische Tradition der Neutralität prominent beschworen und der Fall Südafrika im Kontext des Kalten Krieges analysiert wird: U. a. strategische Bedeutung und ideologisch motivierte Sonderbehandlung Südafrikas.

Widerstreit im Parlament in den achtziger Jahren:

Stellt man die apartheidkritischen Positionen den antikritischen Gegenpositionen gegenüber so fällt im Vergleich zu den siebziger Jahren auf, dass die antikritische Metaposition der Universalität der Wirtschaftsbeziehungen im Widerstreit des Parlamentes in den achtziger Jahren praktisch keine Resonanz mehr findet bzw. keine grosse Bedeutung mehr spielt (vgl. Fussnote zu Abbildung 24, Seite 207; sowie Abbildung 25, Seite 210).

Bei den unwidersprochenen apartheidkritischen Positionen der achtziger Jahre ist hingegen die Kritik an den Schweizer Grossbanken als eigentliche Apartheidstützen weiterhin führend: "Wenn das Engagement der Schweizer Banken gegenüber Südafrika in den letzten Jahren geradezu sprunghaft zugenommen hat (...), bedeutet das (...) nichts anderes als eine Parteinahmen, eine massive Unterstützung des Apartheidregimes" (vgl. Position 1; Abbildung 25).⁸⁵⁴

Diese Apartheidkritik wird nun seitens der Antikritiker neu über die identitätsstiftende Metaposition der aussenpolitischen Tradition der Neutralität abgefedert: "Es gehört zur aussenpolitischen Tradition der

851 SVP-Nationalrat Peter Sager, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

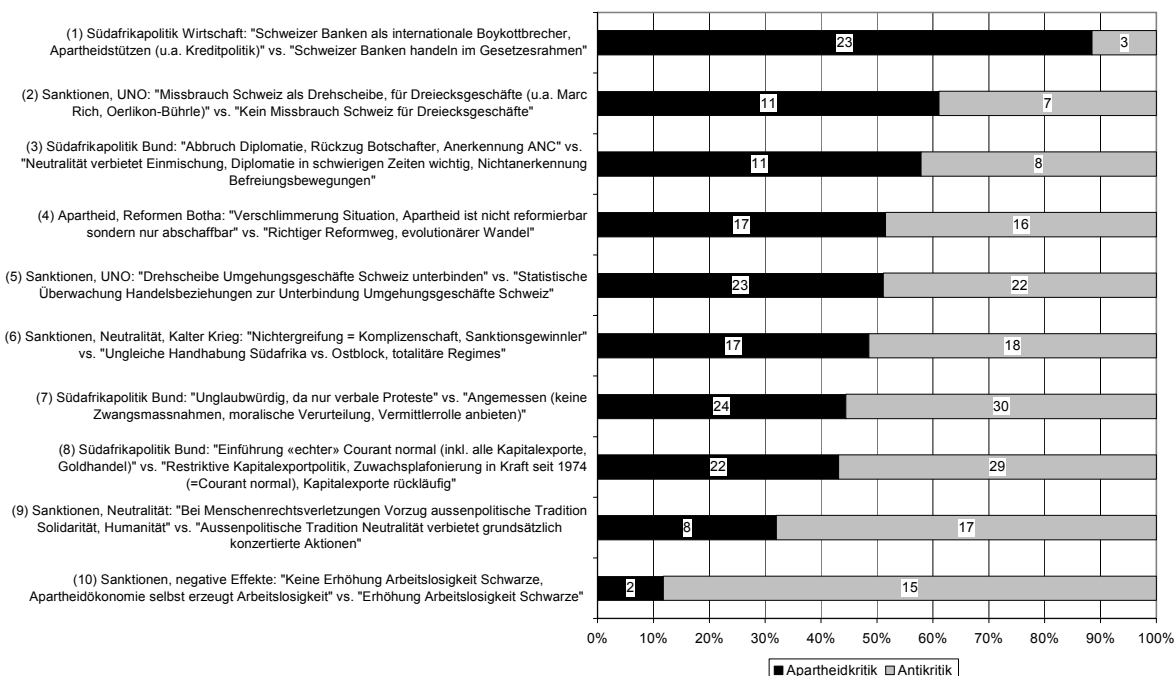
852 CVP-Nationalrat Fischer-Sursee, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

853 n = 570. "Diagnostic Framing" = 347 (60.9%); "prognostic Framing" = 124 (21.7%); sowie "identity Framing" = 99 (17.4%).

854 SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

Neutralität der Schweiz, dass sie sich nicht an Sanktionen gegenüber einem anderen Land oder Ländergruppen beteiligt, solange bis die Gesamtheit der Staaten diese nicht nur verbal, sondern auch tatsächlich ergreift" (vgl. Position 9; Abbildung 25).⁸⁵⁵

Abbildung 25: Widerstreit im Parlament 1985-1989⁸⁵⁶



Als unwiderrspochene Position auf Seiten der Antikritiker hat sich in den achtziger Jahren zudem neu das seitens der Apartheidkritiker schwierig zu widerlegende "Totschlagargument" der Erhöhung der Arbeitslosigkeit der schwarzen Bevölkerung Südafrikas bei einer Ergreifung eines totalen Südafrika-boykotts erwiesen (vgl. Position 10, Abbildung 25).⁸⁵⁷ Dies insbesondere dann, wenn diese Argumentation seitens der Antikritiker mit der Position des Widerstandes von sogenannten "gemässigten" schwarzen Führern, die sich gegen eine Internationalisierung des Südafrikaboykotts aussprechen, kombiniert wird.

In den Südafrikadebatten der achtziger Jahre distanzieren sich FDP, CVP und SVP wiederholt von jeglichen wirtschaftlichen "Zwangsmassnahmen", aufgrund des negativen Effektes der Erhöhung der Arbeitslosigkeit unter der schwarzen Südafrikas: "les sanctions économiques touchent plus particulièrement les Noirs, qui souffrent déjà d'un chômage élevé"; betont beispielsweise FDP-Nationalrätin Geneviève Aubry stellvertretend für alle bürgerlichen und rechtsnationalen Antikritiker.⁸⁵⁸ Im Gegen-

⁸⁵⁵ CVP-Nationalrat Fischer-Sursee, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

⁸⁵⁶ Dargestellt werden die zehn am höchsten Resonanz erfahrenden Widerstreitpaare von apartheidkritischen und anti-kritischen Positionen im Parlament 1985-1989 in absoluten Werten und Prozents [n = 570].

⁸⁵⁷ So hat u. a. schon die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) in den siebziger Jahren darauf verwiesen, dass das Argument der Erhöhung der Arbeitslosigkeit unter den Schwarzen bei einer Internationalisierung des Südafrikaboykotts schwierig zu widerlegen sei. "Es kann sehr leicht argumentiert werden, dass ein Boykott den Schwarzen mehr schadet als nützt." AAB-Nachrichten, Nr. 9, Juni 1978.

⁸⁵⁸ FDP-Nationalrätin Geneviève Aubry, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948]. Vgl. auch "Sanktionen haben zum Beispiel zur Folge, dass im Früchteexportsektor etwa 100 000 Arbeitsplätze verlorengehen, von denen das Wohlergehen von 250 000 Menschen abhängt." FDP-Nationalrat Jean-Pierre Bonny, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948]; "Sanktionen benachteiligen gerade jene Bevölke-

satz dazu findet das wissenschaftlich abgestützte Gegenargument der Sozialdemokraten – "Apartheidökonomie [erzeugt] heute schon strukturell viel mehr Arbeitslosigkeit unter den Schwarzen (...) als Sanktionen sie bewirken könnten" –, welches aus der in den Kreisen der linksalternativen Lobbygruppen rege zitierten Studie des Starnberger Instituts in Deutschland übernommen wird, vergleichbar wenig Resonanz.⁸⁵⁹

Ausschluss Südafrikas von IKRK-Konferenz 1986 im Parlament:

Der Ausschluss Südafrikas von der 25. IKRK-Konferenz in Genf 1986 fungiert in den achtziger Jahren als einziges Ereignis, anlässlich dem im Parlament Vorstösse von bürgerlicher Seite zum Thema Apartheid und Südafrika und zum Verhältnis Schweiz-Südafrika zu verzeichnen sind.⁸⁶⁰ Dabei wird diese "aufsehererregende Politisierung" (Liberale Fraktion) bzw. "gefährliche Verpolitisierung" (CVP) dieser ehrwürdigen karitativen Organisation scharf kritisiert, da sie ein Präjudiz geschaffen und das Image der Schweiz angekratzt habe. Denn "das Bild des südafrikanischen Regierungsdelegierten, der seine Plakette auf das Pult des schweizerischen Vorsitzenden wirft, ist um die Welt gegangen und wird mit unserem Land identifiziert"; so FDP-Nationalrat Ernst Mühlemann.⁸⁶¹ Mühlemann argumentiert dabei wiederum über das etablierte Kalte Kriegs-Deutungsmuster der Ungleichbehandlung des Fall Südafrika mit Menschenrechtsverstössen Russlands und beschwört das Credo der Universalität der aussenpolitischen Beziehungen:

"Selbstverständlich wird nicht Russland ausgeschlossen werden – obwohl wir alle der Meinung sind, dieses Riesenreich sei wegen seiner Afghanistanpolitik zu verurteilen –, aber unter Umständen wird ein nächster kleiner Staat in die Gefahrenzone kommen. Niemand kann garantieren, ob es Israel nicht gleich geht wie Südafrika. Hier haben wir die klare und eindeutige Linie der Neutralität durchzuhalten."

Seitens der Sozialdemokraten werden in der parlamentarischen Behandlung diese "erschreckenden", "schein-liberalen" Vorstösse – welche nach "Gesinnungsneutralität" schmecken würden –, scharf kritisiert: "Mit keinem Wort wird von der Apartheidpolitik Distanz genommen, so dass man wirklich fragen muss, ob denn diese Herren überhaupt noch nicht erfasst haben, was sich in Südafrika abspielt"; so SP-Nationalrat Braunschweig.⁸⁶² Denn angesichts der aktuellen Lage in Südafrika (u. a. Verhängung des permanenten Ausnahmezustandes) wäre eine solche "solidarische politische Demonstration" – welche zudem "zeitlich beschränkt" sei –, nur verständlich und unterstützungswürdig.

rungsgruppen, zu deren Gunsten sie angeblich erlassen werden." SVP-Nationalrat Peter Sager, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948]; sowie "Wir sind aber nicht für Sanktionen, weil sie (...) vor allem die Schwachen, die Wehrlosen, in diesem Fall die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung treffen." CVP-Nationalrat Mario Grassi, Nationalratsdebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918].

859 SP-Nationalrat Helmut Hubacher, Nationalratsdebatte, 15.3.1988 [86.234, 87.918].

860 Interpellation FDP-Nationalrat Ernst Mühlemann, *Südafrika. Ausschluss aus dem Roten Kreuz*, 1.12.1986 [86.976]; Interpellation CVP-Nationalrat Pierre De Chastonay, *25e Conférence internationale de la Croix-Rouge à Genève. Expulsion de l'Afrique du Sud*, 1.12.1986 [86.984]; sowie Interpellation Liberale Fraktion, *Conférence internationale de la Croix-Rouge. Expulsion de l'Afrique du sud*, 8.12.1986 [86.125]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus den letzten beiden Interpellationen. Zu den Eingabetexten dieser parlamentarischen Vorstösse vgl. Anhang VII.4.

861 FDP-Nationalrat Ernst Mühlemann, Nationalratsdebatte, 11.3.1987 [86.976, 86.984, 86.125]. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Votum.

862 SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig, Nationalratsdebatte, 11.3.1987 [86.976, 86.984, 86.125]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Votum.

Petitionen linksalternativer Lobbygruppen im Parlament in den achtziger Jahren:

Insgesamt erfahren in den achtziger Jahren drei Petitionen von apartheidkritischen Lobbygruppen parlamentarische Resonanz. Einerseits erfahren die Petition *Südafrika. Auch die Schweiz muss handeln* der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) und die *Pétition pour les sanctions contre l'Afrique du Sud* des SOS Racisme Vaud, welche beide in der ersten grossen Südafrikadebatte zur Sanktionenfrage im Dezember 1986 mitdiskutiert werden, in diesem Zusammenhang auch eine erhöhte Resonanz in der Medienöffentlichkeit; im Parlament stossen sie aber auf keine grössere Akzeptanz (u. a. wird der Vorschlag von SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, die AAB-Petition als Motion dem Bundesrat zu überweisen vom Nationalrat mit 84 zu 41 Stimmen abgelehnt). Andererseits wird die Petition *Reform des Erziehungswesens in Südafrika* des Verbands der Schweizerischen Studentenschaft (VSS) von der Petitionskommission des Nationalrates zur blossen Überweisung an den Bundesrat zur Kenntnisnahme empfohlen; und zwar mit dem Hinweis, dass ein 1986 von der Schweiz initiiertes "Programm der positiven Massnahmen" schon die von den Petenten geforderte Unterstützung benachteiligter südafrikanischer Studenten umfasse.⁸⁶³

Mehrfach sollte noch in den achtziger Jahren von offizieller Seite auf das vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) zusammengestellte "Programm der positiven Massnahmen" verwiesen werden – welches "vorsieht, zugunsten südafrikanischer Schwarzer, Inder und Mischlinge spezifische Tätigkeiten nichtstaatlicher südafrikanischer Organisationen finanziell zu unterstützen, dies namentlich im Bereich der Bildung" –, um damit die "positiven Seiten" der offiziellen Südafrikapolitik (Stichworte: keine Zwangsmassnahmen, moralische Verurteilung und Vermittlerrolle anbieten) im Hinblick auf die Abschaffung der Apartheid zu legitimieren.⁸⁶⁴

Südafrikadebatte 1986 im Parlament:

Die erste grosse Südafrikadebatte im Nationalrat am 19. Dezember 1986 steht ganz im Zeichen der zunehmenden internationalen Ächtung und Boykottierung des Apartheidregimes bzw. der von der UNO 1985 verhängten Wirtschaftssanktionen [S/RES/569], des vom amerikanischen Kongress 1986 verabschiedeten *Comprehensive Anti-Apartheid Act*, der verschärften wirtschaftlichen Massnahmen der Europäischen Gemeinschaft (EG) und der Haltung der offiziellen Schweiz dazu.⁸⁶⁵ SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig bilanziert in seinem Vorstoss die "isolierte Lage" der Schweiz – angesichts all dieser neuen Sanktionsbeschlüsse seitens der UNO, USA und EG –, und nimmt in seinem Plädoyer für einen Wirtschaftsboykott gewissermassen schon ein Jahrzehnt früher die Verknüpfung der Schweizer Schatten des Zweiten Weltkrieges mit den Apartheidsschatten vorneweg:

"Einst hatten wir den Ruf, «Kriegsgewinnler» zu sein; heute stehen wir in der Gefahr, im Westen als «Sanktionsgewinnler» beurteilt zu werden."⁸⁶⁶

⁸⁶³ Zu den Eingabetexten der erwähnten Petitionen vgl. Anhang VII.4.

⁸⁶⁴ Antwort Bundesrat, 15.6.1987 [87.631]. Vgl. auch Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 8.12.1986 [86.948]; Antwort Bundesrat, 8.12.1986 [86.720]; Bundesrat Pierre Aubert, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948]; Bundesrat René Felber, Nationalratsdebatte, 15.3.1988 [86.234, 87.918]; Antwort Bundesrat, 15.11.1989 [89.1088]; sowie Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 27.11.1989 [89.685].

⁸⁶⁵ Zu den Eingabetexten der einzelnen parlamentarischen Vorstösse, die in der ersten grossen Südafrikadebatte 1986 behandelt wurden, vgl. Anhang VII.4.

⁸⁶⁶ Interpellation SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig, *Südafrika. Massnahmen der Schweiz*, 9.10.1986 [86.948]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Vorstoss.

Nachdem der mit der Umschuldungsmission beauftragte ehemalige Nationalbankpräsident Fritz Leutwiler in Südafrika zudem "nicht als Privatmann, sondern als «Schweizer Vermittler»" wahrgenommen werde – und sich der Eindruck immer deutlicher abzeichne, dass "sich seine Aktion zugunsten des Regimes auswirkt" –, sei der Zeitpunkt nun mehr als gekommen, endlich ein "Signal zu setzen" und umfassende wirtschaftliche Massnahmen zu ergreifen.

SP-Nationalrat Paul Rechsteiner appelliert an das Landesinteresse, welches nicht deckungsgleich mit demjenigen der Grossbanken sein dürfe und nun beeinträchtigt werde, weil gegenüber der Weltöffentlichkeit immer mehr der Eindruck erweckt würde, dass die Schweiz "zu den ganz wenigen verbleibenden wirtschaftlichen und politischen Stützen des Apartheidregimes" gehöre.⁸⁶⁷ Denn laut Walter Renschler, SP-Nationalrat und Sekretär des VPOD (Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste), stilisiert der Bundesrat die Neutralität zur "heiligen Kuh" hinauf und lasse damit zu, "dass die Neutralität für gewisse Kreise der schweizerischen Wirtschaft in Südafrika zum goldenen Kalb wird."⁸⁶⁸ Oder noch pointierter in den Worten von SP-Nationalrat Richard Bäumlín, der diese generelle Einschätzung von Renschler teilt:

"Ein Teil der Wirtschaft – insbesondere die Grossbanken – scheint sich an die Devise «après nous le déluge» zu halten. Man wickelt im Bewusstsein, dass einmal Schluss ist, noch ein Maximum an Geschäften ab."⁸⁶⁹

In der Sichtweise von LdU-Nationalrat Weder-Basel ist dies vor allem deshalb so verwerflich und abscheulich, weil man wisse, dass alles was tagtäglich in Südafrika passiere, "eine Kopie des Geschehens im Nazi-Deutschland in den dreissiger und vierziger Jahren" sei.⁸⁷⁰ Auf Unverständnis stösst in diesen linken Kreisen diesbezüglich, dass die Schweiz neben Taiwan und Israel noch das einzige Land sei, welches noch keine klare Position in der Südafrikafrage bezogen habe. Wiederholt wird auch auf die Mehrheit der Schwarzen in Südafrika verwiesen, die einen internationalen Südafrikaboykott gutheissen würden. SP-Nationalrat Renschler verweist beispielsweise auf Bischof Desmond Tutus oft zitierte Aussage: "Ohne Boykott leiden wir ohne Hoffnung, mit Boykott leiden wir mit Hoffnung."⁸⁷¹ POCH-Nationalrätin Anita Fetz rezitiert hierzu Allan Boesaks geflügelten Worte der "Neutralität als miserabelste Parteilichkeit" überhaupt.⁸⁷²

Dass sich die Schweiz zum "Komplizen eines rassistischen und faschistischen Regimes" mache und die "Aussenpolitik gegenüber Südafrika im Wesentlichen den eigenen Wirtschaftsvertretern" – wie beispielsweise dem "sanften Umschuldner" Leutwiler und den Grossbanken – überlasse (POCH-Nationalrätin Fetz), und dass die "blosse Verurteilung dieses Regimes durch den Bundesrat" nicht ausreiche (LdU-Nationalrat Weder-Basel) und diese Politik die Schweiz "in die Isolation" führe und den Neutralitätsgedanken pervertiere (SP-Nationalrat Richard Bäumlín), ist in der Südafrikadebatte 1986 auf Seiten der Apartheidkritiker unbestritten.⁸⁷³

Seitens der Antikritiker wird dagegen die aktuelle Südafrikapolitik bzw. die Nichtergreifung von sogenannten wirtschaftlichen "Zwangsmassnahmen" durch den Bundesrat begrüsst. Laut SVP-Nationalrat Peter Sager "werden wir deshalb nicht zu Komplizen der Apartheid", weil "bei Kontakten auf wirtschaftlicher, sportlicher, kultureller Ebene die (...) Kritik immer geäussert wird"; und zwar nicht nur am

867 SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

868 SP-Nationalrat Walter Renschler, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

869 SP-Nationalrat Richard Bäumlín, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

870 LdU-Nationalrat Weder-Basel, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

871 SP-Nationalrat Walter Renschler, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

872 POCH-Nationalrätin Anita Fetz, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

873 POCH-Nationalrätin Anita Fetz, LdU-Nationalrat Weder-Basel und SP-Nationalrat Richard Bäumlín, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

Apartheidregime, sondern auch gegenüber seinen Exponenten.⁸⁷⁴ Zu beschreiten sei nun – so Sager weiter –, der "Weg der Reform, nicht jener der Revolution". Dabei könne nur eine "graduelle Liquidierung der Apartheid", wie dies unter P. W. Botha geschehe, das Land konsolidieren und die "Möglichkeit zur Revolutionierung" durch die Sowjetunion vereiteln. Diese Einschätzung wird auch von CVP-Nationalrat Theo Fischer aus Sursee unterstrichen, der die Südafrikapolitik des Bundesrates gutheisst, und in der Abschaffung der sogenannten "kleinen" Apartheid 1985 (u. a. *Mixed Marriages Act* und *Immorality Act*) einen "Lichtblick" bzw. "konkrete Schritte" zur totalen Abschaffung des Apartheid-systems erkennt.⁸⁷⁵

Eine hohe Beliebtheit auf Seiten der bürgerlichen Antikritiker erfreut sich auch das Argument der Überbewertung des Fall Südafrika gegenüber anderen totalitären Regimes. So betont beispielsweise FDP-Nationalrat Jean-Pierre Bonny, dass es nicht angeht, "dass durch ein raffiniert orchestriertes publizistisches Trommelfeuer nur einzelne Staaten zu internationalen Prügelknaben gestempelt werden."⁸⁷⁶ Denn oft sei es "geradezu unerträglich, wie Kreise, die zu einzelnen totalitären Regimes schweigen – denken wir nur an den Genozid in Kambodscha, aber auch an Afghanistan –, fast tagtäglich Südafrika und die USA angreifen."

Und der FDP-Nationalrat und Chef der Inlandredaktion der NZZ, Müller-Meilen, lehnt in seinem Votum, das auch von der Schweizerzeit publiziert wird, eine Sonderbehandlung Südafrikas mit dem Verweis auf die "unglaubliche" aussenpolitische Formel der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) – "Boykottiert Südafrika – unterstützt Nicaragua!" – ab.⁸⁷⁷ Denn diese nähre den Verdacht, dass es nicht nur um die Menschenrechte gehe, "sondern auch um den Sturz eines (...) besonders verhassten Regimes bzw. in Nicaragua um die Erhaltung eines (...) genehmen Regimes." Eine glaubwürdige schweizerische Aussenpolitik sollte hingegen nicht auf politische "Modeströmungen" hören und müsste eine konsequente Menschenrechtspolitik gegenüber allen totalitären und autoritären Staaten beinhalten. Dies könne gemäss Müller-Meilen – in Zusammenfassung der wesentlichsten Positionen der offiziellen Schweiz wie auch der antikritischen "Südafrika-Lobby" im Parlament im allgemeinen – nur heissen:

"dass wir als Staat auch in Südafrika von Boykottmassnahmen absehen, dass wir aber den heute schon praktizierten Courant normal weiterführen, dass wir unsere diplomatischen und anderen Beziehungen spielen lassen, um Menschenrechtsverletzungen rückgängig zu machen, dass wir insgesamt aber auf einen evolutionären Wandel zum Abbau und zur Abschaffung der Apartheid setzen."

In der Südafrikadebatte 1986 wird zudem von vielen antikritischen Parlamentariern – insbesondere von der SVP und am stärksten von FDP-Nationalrat Georg Stucky –, auch immer wieder das "schulmeisterliche" Gehabe vieler "selbsternannter" Südafrikakenner (sprich Apartheidkritiker) kritisiert:

"Wir sollten auch Aufhören, uns wie Oberlehrer aufzuführen. Wenn ich sehe, wie wir zum Teil mit unseren weissen Ausländern, geschweige denn mit den farbigen, umgehen, haben wir kein Recht, mit dem Finger auf Südafrika zu zeigen – wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen um sich werfen!"⁸⁷⁸

874 SVP-Nationalrat Peter Sager, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Votum.

875 CVP-Nationalrat Fischer-Sursee, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

876 FDP-Nationalrat Jean-Pierre Bonny, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948]. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Votum.

877 FDP-Nationalrat Müller-Meilen, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Votum. Vgl. auch FDP-Nationalrat Müller-Meilen: "Rufen Menschenrechtsverletzungen nach Boykottmassnahmen? Südafrika und die Schweiz", SZ, 30.1.1987.

878 FDP-Nationalrat Georg Stucky, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

Zudem erfreuen sich die Argumente der negativen Effekte von Sanktionen reger Beliebtheit. Denn nicht nur würden die "Falschen getroffen" (SVP-Nationalrat Theo Fischer aus Hägglingen), "Arbeitsplätze verlorengehen" (FDP-Nationalrat Bonny), eine "blühende Waffenproduktion" in Südafrika gefördert (FDP-Nationalrat Stucky) und die Nachbarstaaten Südafrikas in ein "noch grösseres Elend" gestürzt (CVP-Nationalrat Fischer-Sursee),⁸⁷⁹ sondern laut SVP-Nationalrat Blocher auch ein Blutbad provoziert, wenn man Südafrika mit einem der "gemeinsten Kriegsmittel" das es gebe – die sogenannten "Brotsperrre" – belegen würde:

"Wenn man ein Volk mit Aushungern zum Überleben zwingt, dann wird das zu Schreckenstaten führen. Wer den Boykott erklärt, hat die Verantwortung für diese Folgen zu tragen."⁸⁸⁰

Verstärkt wird in diesem Kontext auch der Zulu-Führer und Chiefminister des Bantustans KwaZulu, Mangosuthu Buthelezi, gewürdigt, der einerseits "deutlich davor gewarnt (hat), Boykottmassnahmen zu ergreifen" (FDP-Nationalrat Mühlemann); andererseits alleinig für den "friedlichen und gewaltlosen Ausgleich" in Südafrika stehe und dahingehend zu unterstützen sei (FDP-Nationalrat Stucky).⁸⁸¹ Denn es gebe genug Kräfte, die an einer Destabilisierung des südlichen Afrikas interessiert seien, wobei dies weitreichende Konsequenzen für Europa und die anderen westlichen Staaten habe: "Mit einer Kontrolle über Südafrika vermöchte die Sowjetunion beispielsweise ein Chrom-Monopol zu erringen und könnte damit den Westen erpressen"; folgert beispielsweise SVP-Nationalrat Sager.⁸⁸²

Angesichts dieses scharfen Widerstandes der antikritischen "Südafrika-Lobby" bürgerlicher Provenienz (FDP, CVP, LPS, SVP) – sowie der klaren Ablehnung der behandelten Vorstösse im Parlament –, bilanziert der Doyen der Schweizer Sozialdemokratie, SP-Nationalrat Helmut Hubacher, schlicht den Basler Lyriker Dieter Fringeli zitierend: "Die Entscheidungen, die wir trafen, werden uns treffen."⁸⁸³

Südafrikadebatte 1988 im Parlament:

Im Vergleich zur ersten grossen Südafrikadebatte 1986 wird die zweite grosse Südafrikadebatte vom 10. und 15. März 1988 im Nationalrat, bei dem die Einführung eines sogenannten "echten" Courant normal (inklusive alle Kapitalexporte und Goldhandel) im Zentrum steht, um einiges emotionaler geführt.⁸⁸⁴ Seitens sozialdemokratischer Seite (SP-Nationalrat Paul Rechsteiner) wird die Einschränkung der Redezeit durch den Ratspräsidenten kritisiert; und seitens der bürgerlichen Parteien der Déjà-vu-Charakter der als unnötig erachteten weiteren Vorstösse zur Sanktionenfrage herausgestrichen.⁸⁸⁵ Zudem erklärt sich die Sprecherin der sich erstmals zu Wort meldenden Grünen Fraktion, Monika Stocker, schon am ersten Verhandlungstag unter Tränen für "unfähig" im Parlament zu spre-

879 SVP-Nationalrat Fischer-Hägglingen, FDP-Nationalrat Jean-Pierre Bonny, FDP-Nationalrat Georg Stucky und CVP-Nationalrat Fischer-Sursee, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

880 SVP-Nationalrat Christoph Blocher, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

881 FDP-Nationalrat Ernst Mühlemann und FDP-Nationalrat Georg Stucky, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

882 SVP-Nationalrat Peter Sager, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

883 SP-Nationalrat Helmut Hubacher, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].

884 Zu den Eingabetexten der einzelnen parlamentarischen Vorstösse, die in der zweiten grossen Südafrikadebatte 1988 behandelt wurden, vgl. Anhang VII.4.

885 "Bei dieser Initiative Rechsteiner ist man versucht zu sagen: alle Jahre wieder." FDP-Nationalrat Ernst Mühlemann, Nationalratsdebatte, 15.3.1988 [86.234, 87.918].

chen; und zwar wegen der "Art und Weise, wie dieses Thema hier behandelt wird."⁸⁸⁶

In der schriftlichen Begründung zu seiner Parlamentarischen Initiative *Südafrika-Sanktionen. Umgehungen durch die Schweiz* begründet SP-Nationalrat Rechsteiner die Forderung nach einem Bundesbeschluss, der sämtlichen Kapitalexport (inklusive Export- und Exportfinanzkredite, Goldswaps und Konversionen) und den Goldhandel dem Courant normal unterstellen soll damit, dass die vom Bundesrat 1974 angeordnete Zuwachsplafonierung für bewilligungspflichtige Kapitalexporte nach Südafrika keine Wirkung zeige. Denn erstens sei diese fixierende Massnahme, die vom Bundesrat 1974 schon "missverständlich" als Courant normal bezeichnet wurde, gerade das Gegenteil einer Einfrierung des Kapitalflusses (gemäss offizieller Definition eines Courant normal), da der Bund den anfänglich auf 240 Mio. SFR fixierten Plafond 1980 auf 300 Mio. SFR angehoben habe. Zweitens gelte er "nur für ganz bestimmte Kredite, während andere praktisch wichtigere (wie Konversionen, Export- und Exportfinanzkredite) nicht darunter fallen."⁸⁸⁷ Drittens müsse nun endlich auch die "Schlüsselrolle" der Schweizer Grossbanken beim Goldhandel, der "nachweislich das ökonomische Rückgrad des Apartheidsystems" verkörpere, kontrolliert werden.⁸⁸⁸

Dass der Bundesrat einen sogenannten "echten" Courant normal (inklusive alle Kapitalexporte und Goldhandel) nun ablehne, weil seiner Ansicht nach keine genügenden Anhaltspunkte für Umgehungsgeschäfte über die Schweiz auszumachen seien und die Handelsbeziehungen mit Südafrika zudem von einer interdepartementalen Arbeitsgruppe "statistisch überwacht" würden, wäre vor dem Hintergrund "bewiesener" Dreiecksgeschäfte – u. a. durch March Rich-Firmen, die das Erdölembargo gegen Südafrika unterlaufen würden, sowie die Bewilligung von "Ausweichflügen" der South African Airways (SAA) in die Schweiz nach dem Landeverbot in Skandinavien und der USA – sehr bedenklich. Denn "Massnahmen gegen Umgehungsgeschäfte müssen nämlich nicht erst dann getroffen werden, wenn letztere bereits erfolgt sind, sondern rechtzeitig, nämlich dann, wenn die Sanktionen anderer Staaten beschlossen worden sind, und das sind sie längst."⁸⁸⁹

Die aktuelle Haltung der offiziellen Schweiz gegenüber dem Apartheidregime sei zudem auch in historischer Perspektive fragwürdig, da die Schweiz "in anderen Fällen durchaus wirksame Massnahmen gegen Umgehungsgeschäfte getroffen" habe: U. a. beim Embargo der Cocom-Staaten gegenüber den Ländern des Warschauer-Paktes.⁸⁹⁰ Im Falle dieser Ostblocksanktionen habe die Schweiz nämlich nicht nur den Courant normal, sondern in verschiedenen Bereichen sogar einen Courant essentiel eingeführt.

Die Forderung nach einem "echten" Courant normal (inklusive alle Kapitalexporte und Goldhandel) stösst auf Seiten der bürgerlichen Parlamentarier auf vehemente Ablehnung. Der FDP-Nationalrat und Leiter des Ausbildungszentrums Wolfsberg der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG), Ernst Mühlemann, unterstreicht, dass die Einführung einer solchen Massnahme nicht notwendig sei, da die Schweizer Wirtschaft die Chance, die durch den Rückzug der amerikanischen und englischen Banken aus Südafrika entstanden sei, nicht ausgenutzt habe. Im Gegenteil: "Man hat in klarer Überlegenheit

⁸⁸⁶ Grüne Nationalrätin Monika Stocker, Nationalratsebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918]. Vgl. auch "Deine Tränen ehren Dich, Monika, die Du vorhin vergossen hast! Aber gib nicht zu früh auf. Es gibt noch viel zu tun!" SP-Nationalrätin Ursula Bäuml, Nationalratsebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918].

⁸⁸⁷ Parlamentarische Initiative SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, *Südafrika-Sanktionen. Umgehungen durch die Schweiz*, 9.10.1986 [86.234].

⁸⁸⁸ SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, Nationalratsdebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918].

⁸⁸⁹ Ebenda.

⁸⁹⁰ Parlamentarische Initiative SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, *Südafrika-Sanktionen. Umgehungen durch die Schweiz*, 9.10.1986 [86.234].

und in klarer Denkweise diesen Courant normal von selbst befolgt."⁸⁹¹ Zudem sei ja bereits klar, dass der Kapitalexport nach Südafrika plafoniert bleibe und die Interdepartementale Arbeitsgruppe statistische Überwachung Handelsverkehr eingesetzt wurde. Rechsteiner – so Mühlemann bilanzierend –, solle doch einfach "auf karitativem Weg, auf dem Weg der Entwicklungshilfe diesem Land helfen und nicht auf dem Weg der Staatsintervention."

In der spezifischen Forderung nach Einführung eines "echten" Courant normal seitens der Apartheid-kritiker sehen die Antikritiker einen ersten bedenklichen Schritt zur Verhängung umfassender Wirtschaftsmassnahmen. In der Folge entzündet sich auch in der Südafrikadebatte 1988 ein allgemeiner Widerstreit für und gegen Sanktionen. Dabei erweist sich 1988 noch stärker als 1986 die Position der negativen Effekte von Sanktionen auf die schwarze Bevölkerung Südafrikas als Leitargument der Antikritiker: "Nicht die Weissen werden zuerst hungern, sondern die andern" (SVP-Nationalrat Christoph Blocher); "les sanctions touchent particulièrement le pouvoir économique des non-Blancs" (FDP-Nationalrätin Geneviève Aubry); "Sanktionen (...) treffen in der Regel primär jene Schichten, deren Interesse die (...) Initiative angeblich wahrnehmen will" (Autopartei-Nationalrat Michael E. Dreher); sowie schon "heute leidet Südafrika unter einer stark verbreiteten Arbeitslosigkeit (...). Ist es nun also sinnvoll, weitere Massnahmen zu ergreifen, die diese Tendenz verstärken?" (FDP-Nationalrat Georg Stucky).⁸⁹²

Noch schärfer als in der Südafrikadebatte von 1986 kritisiert dabei SVP-Nationalrat Blocher in seinem achtundachtzigsten Votum, das auch im asa-bulletin publiziert wird, die Sanktionen als "Brotsperr" – als eigentliches "Kriegsmittel", welches von vermeintlich pazifistischer Seite ins Feld geführt würde –, und versucht damit die Linke als "Kriegstreiber" zu entlarven: Denn es sei ihm "schon aufgefallen, dass bei den Pazifisten, wenn es um ihre Ideen geht, eine ausserordentlich militante Natur zum Vorschein kommt."⁸⁹³ Blocher bezeichnet es als "Heuchelei, wenn man ein Unrecht mit einem Kriegsmittel ausmerzen will und dabei ganz klar sehen muss, dass das dadurch entstandene Unrecht weit grösser ist." Zudem sei es "noch keine fünfzig Jahre her, seit es in diesem Land auch Leute gab, die gesagt haben: «Andere führen Krieg, also führen wir auch Krieg». Was ist das für eine Begründung?"

Laut FDP-Nationalrat Jean-Pierre Bonny gibt es gegenüber dem Apartheidregime prinzipiell nur zwei Strategien: Einerseits die "Konfrontation", die jedoch zu einer Polarisierung und Extremisierung führe; andererseits die zu begrüßende "Strategie des Dialogs, der Evolution".⁸⁹⁴ Dabei spiele die Wirtschaftsordnung in Südafrika zukünftig eine zentrale Rolle; und zwar laut Bonny nach der einfachen Formel "Förderung der Wirtschaftsfreiheit" gleich "Verbesserung der Menschenrechte". Vor diesem Hintergrund ist nicht ein Rückzug aus Südafrika zu tätigen – so Bonny abschliessend –, sondern sind verstärkte und gezielte Investitionen angebracht:

"Ich sehe beispielsweise eine Chance, wenn wir unter gewissen Voraussetzungen Investitionen in diesem Land gewähren und damit einen gewissen Druck ausüben, die Apartheid abzubauen."

891 FDP-Nationalrat Ernst Mühlemann, Nationalratsdebatte, 15.3.1988 [86.234, 87.918]. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Votum.

892 SVP-Nationalrat Christoph Blocher und FDP-Nationalrätin Geneviève Aubry, Nationalratsdebatte, 15.3.1988 [86.234, 87.918]; sowie Autopartei-Nationalrat Michael E. Dreher und FDP-Nationalrat Georg Stucky, Nationalratsdebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918].

893 SVP-Nationalrat Christoph Blocher, Nationalratsdebatte, 15.3.1988 [86.234, 87.918]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Votum. Vgl. auch Christoph Blocher: "Südafrika-Sanktionen: Was wären die Folgen?", gelbes Beiblatt Nr. 4/88 zum asa-bulletin, Nr. 81, 12. April 1988.

894 FDP-Nationalrat Jean-Pierre Bonny, Nationalratsdebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Votum.

Laut SVP-Nationalrat Albrecht Rychen würden umfassende Sanktionen hingegen den "Graben zwischen Schwarz und Weiss nur vertiefen, die radikalen Elemente beider Lager verhärten und schliesslich noch zu mehr Gewalt und Unverständnis führen."⁸⁹⁵ In diesem Zusammenhang warnt auch der der Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa) nahestehende Nationalrat der Liberalen Partei der Schweiz (LPS), Eggly-Genève, vor einem "Genozid" im südlichen Afrika, falls der African National Congress (ANC) mit seiner revolutionären Strategie reüssieren und der "gemässigte" Zulu-Führer Buthelezi mit seinem "Volk" unterliegen sollte:

"Nous condamnons l'apartheid sud-africain, je le répète, mais nous ne voulons pas non plus être aveugle. Nous voyons bien le caractère idéologique (...) du mouvement révolutionnaire ANC, nous voyons bien (...) quel risque de génocide est imaginable (...). Pensez à l'Éthiopie et à ce que deviennent les Érythréens et les gens du Tigré. Je songe à l'attitude de l'ANC vis-à-vis de l'ethnie zouloue."⁸⁹⁶

Und FDP-Nationalrat Stucky beschwört die parlamentarische Linke, doch die laufenden Reformen in Südafrika durch eine "sicherlich nicht gewollte" Unterstützung der rechtsextremen Opposition Bothas oder gar Förderung des Rassismus zu konterkarieren: "Wir sollten (...) die Rechtsextremisten nicht direkt unterstützen. Wir würden das aber mit Sanktionen tun."⁸⁹⁷ Die allgemeine "Emotionalisierung eines Problems", wie sie von der Linken betrieben würde, ist laut SVP-Nationalrat Peter Sager "unbe helflich, wenn es um dessen sachliche Lösung geht".⁸⁹⁸ Mit Verweis auf die Abschaffung der sogenannten "kleinen" Apartheid 1985 (u. a. *Mixed Marriages Act* und *Immorality Act*) sowie der Aufhebung der Influx Control / Passgesetze 1986 betont Sager, dass nämlich "echte Reformansätze sichtbar" sind, und es dahingehend "problematisch (ist), eine Reformbewegung zu bestrafen oder zu diffamieren, nur weil sie ihre Ziele kurzfristig nicht zu erreichen vermag." Dies gelte – so Sager zusammenfassend –, sowohl für die sowjetische unter Michail Gorbatschow, wie auch die südafrikanische "Reformbewegung" unter P. W. Botha.

Prominent werden auch in der Südafrikadebatte 1988 die Sonderbehandlung der Apartheid durch die Linken kritisiert, welche Südafrika zum "negativen Symbol" und "Objekt einer weltweiten Agitation" gemacht hätten.⁸⁹⁹ Denn "noch niemandem wäre es eingefallen, mit einer parlamentarischen Initiative gegen Äthiopien, gegen die DDR, gegen Rumänien oder Vietnam wirtschaftliche Boykottmassnahmen wie gegen Südafrika zu verlangen"; enerviert sich Müller-Meilen, FDP-Nationalrat und Chef der Inlandredaktion der NZZ. In Bezug auf solche relativierenden Argumentationen zur Lage in Südafrika lassen sich zuweilen auch leicht skurile Legitimationen feststellen, wie beispielsweise diejenige von Autopartei-Nationalrat Dreher, der die Menschenrechtsverletzungen des Apartheidregimes über die praktisch inexistenten Asylgesuche von Schwarzen aus Südafrika in der Schweiz herunterspielt:

"Die dramatische Schilderung der Unrechtssituation, wie sie die Initiative in konsequenter Anwendung des Uno-Vokabulars in Sachen Südafrika glaubhaft machen will, vermag aus schweizerischer Sicht nicht zu überzeugen. Gemäss der uns vorliegenden Dokumentation über die Asylpolitik wurden im Jahre 1987 von 751 Asylgesuchen aus afrikanischen Staaten 5 – oder 0,665 Prozent – von Emigranten aus Südafrika gestellt. Im Vergleich dazu kamen beispielsweise 197 aus Angola, 101 aus Ghana und 191 aus Zaire."⁹⁰⁰

895 SVP-Nationalrat Albrecht Rychen, Nationalratsdebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918].

896 LPS-Nationalrat Eggly-Genève, Nationalratsdebatte, 15.3.1988 [86.234, 87.918].

897 FDP-Nationalrat Georg Stucky, Nationalratsdebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918].

898 SVP-Nationalrat Peter Sager, Nationalratsdebatte, 15.3.1988 [86.234, 87.918]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Votum.

899 FDP-Nationalrat Müller-Meilen, Nationalratsdebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918]. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Votum.

900 Autopartei-Nationalrat Michael E. Dreher, Nationalratsdebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918].

Auf Seiten der Apartheidkritiker steht hingegen die Einzigartigkeit des Fall Südafrika und der Apartheid im Verhältnis zur Schweiz ausser Frage. SP-Nationalrat Jean Ziegler betont die direkte Komplizenschaft der Schweiz mit dem Apartheidregime – dies im Gegensatz zu anderen "totalitären Regimes" wie der Sowjetunion, DDR etc. –, welche eine solche Bevorzugung berechtige: "Mais en Afrique du Sud, nous avons une responsabilité causale, nous sommes des complices de ce régime et c'est pour cette raison qu'il faut le singulariser."⁹⁰¹

Der Vorstoss von Rechsteiner ist laut SP-Nationalrat Helmut Hubacher zudem das geeignetste Mittel, "Umgehungsgeschäfte, die heute existieren, unterbinden" zu können.⁹⁰² Dies im Gegensatz zu der vom Bundesrat favorisierten Massnahme der systematischen "statistischen Überwachung" der Handelsbeziehungen mit Südafrika, die laut SP-Nationalrat Richard Bäumlin wohl nur "zur Beschwichtigung" dient.⁹⁰³ Klar sei nämlich, dass die vom Bundesrat eingesetzte interdepartementale "Arbeitsgruppe (...) dazu verurteilt (ist), aufgrund unzureichender Daten zu arbeiten. Was wir nicht wissen, weiss die Arbeitsgruppe auch nicht. Sie hat die Statistiken auch nicht. So geht das nicht!"

Alle Apartheidkritiker im Parlament sind sich somit einig, dass es für die Schweiz aller höchste Zeit sei, ihr dünnes "Neutralitätsmäntelchen" (POCH-Nationalrätin Anita Fetz) endlich abzulegen.⁹⁰⁴ Denn man könne nicht mehr neutral bleiben – so LdU-Nationalrat Weder-Basel –, "wenn sich die überwältigende Mehrheit aller Regierungen dieser Welt gegen ein Unrechtsregime stellt."⁹⁰⁵ Zudem laufe man Gefahr, als "Sanktionsgewinnler" dazustehen; so Weder-Basel auf den südafrikanischen Anti-Apartheid-Aktivisten Allan Boesak verweisend: "Neutralität ist in Anbetracht von Mord und Totschlag, in Anbetracht von Diskriminierung eine miserable Haltung und bedeutet nichts weiteres als Komplizenschaft."

SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig empört sich in diesem Zusammenhang vor allem über den bürgerlichen Vorwurf, "Sanktionen seien Heuchelei", wie sie verstärkt von SVP-Nationalrat Blocher und dem "vermeintlich" liberalen Eggly-Genève vorgetragen würden: "Wir reden in der Woche zwei Tage lang von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten, und während fünf Tagen machen wir Geschäfte mit Südafrika und streichen massive Gewinne ein! Wenn das keine Heuchelei ist, Herr Eggly – leider sind sie nicht mehr im Saal!"⁹⁰⁶ Und SP-Nationalrat Hubacher vermerkt dazu lakonisch, dass man wieder einmal sehe, "dass der Stoff unserer Schweizerfahne sehr kleinkariert geworden ist", angesichts all dieser "schönen Worte" von wegen Reformen in Südafrika:

"Herr Bonny und Herr Mühlemann dozieren den Weg des Dialogs, der Verständigung, der Kooperation usw. Herr Mühlemann, Sie haben aber seit etwa vier Wochen die Zeitungen nicht mehr gelesen, sonst wüssten Sie, dass die südafrikanische Regierung (...) die Schraube (...) wieder einmal stärker angezogen (hat)."⁹⁰⁷

Somit sollte man – so Hubacher abschliessend – zumindest ehrlich mit sich selbst sein: "Sie wollen Geschäfte machen – um jeden Preis, und wir sind der Meinung: international ist diese Geschäftspolitik auf die Dauer keine solide Geschäftsgrundlage für unser Land, weil sie sich irgendeinmal negativ auszahlen wird (...). Sie wollen Geschäfte, und wir wollen diese nicht." Die Parlamentarische Initiative

901 SP-Nationalrat Jean Ziegler, Nationalratsdebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918].

902 SP-Nationalrat Helmut Hubacher, Nationalratsdebatte, 15.3.1988 [86.234, 87.918].

903 SP-Nationalrat Richard Bäumlin, Nationalratsdebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918]. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Votum.

904 POCH-Nationalrätin Anita Fetz, Nationalratsdebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918].

905 LdU-Nationalrat Weder-Basel, Nationalratsdebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918]. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Votum.

906 SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig, Nationalratsdebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918].

907 SP-Nationalrat Helmut Hubacher, Nationalratsdebatte, 15.3.1988 [86.234, 87.918]. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Votum.

Südafrika-Sanktionen. Umgehungen durch die Schweiz von SP-Nationalrat Rechsteiner wird im Nationalrat schlussendlich klar mit 117 zu 61 Stimmen abgelehnt.

Schweizerische Waffenexporte nach Südafrika im Parlament in den achtziger Jahren:

Immer wieder wird in den achtziger Jahren von sozialdemokratischer Seite auch auf die Drehscheibenfunktion der Schweiz zur Waffen- und Kriegsmaterialdurchfuhr nach dem südlichen Afrika verwiesen, und eine Verschärfung des seit 1963 in der Schweiz bestehenden Waffenembargos gegenüber Südafrika gefordert. SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig beruft sich dabei auf einen Artikel der britischen Tageszeitung *The Independent* vom 9. Dezember 1986, wonach "im November/Dezember 1986 Kriegsmaterial von der Schweiz aus nach Südafrika geflogen" wurde.⁹⁰⁸ Zudem zitiert SP-Nationalrat Paul Rechsteiner aus einem im Rahmen des *Comprehensive Anti-Apartheid Act* von 1986 vom amerikanischen Kongress in Auftrag gegebenen Bericht der Reagan-Administration, wonach gegen das obligatorische Waffenembargo der UNO [S/RES/418] verstossende "Lieferungen u. a. über die Schweiz erfolgt" seien.⁹⁰⁹

Gewissermassen in Umkehrung des Kalten Kriegs-Deutungsmusters der bürgerlichen und rechtsnationalen Antikritiker im Parlament, wonach Südafrika gegenüber anderen totalitären Staaten des Ostblocks eine Sonderbehandlung erfahren würde, verweisen Braunschweig und Rechsteiner auf den Umstand, dass die Schweiz im Rahmen des Cocom (Coordinating Committee for Multilateral Export Controls) ein ausgefeiltes Instrumentarium gegenüber den Ländern des Warschauer-Paktes entwickelt habe, welches die Umgehung des Exports von strategisch und militärtechnologisch relevanten Gütern unterbinde. Dies im Gegensatz zum Fall Südafrika:

"Unter die Cocom-Liste fallen Güter, bei denen die militärische Nutzung möglich ist, und zivile Technologien, die geeignet sein könnten, die strategische Kapazität des Empfängerlandes zu stärken. Beim Waffenembargo der Schweiz gegenüber Südafrika ist die Optik in der Praxis gerade umgekehrt: Alles, was zivil genutzt werden kann, darf geliefert werden (...). Ist der Bundesrat nicht auch der Auffassung, dass die bei der Cocom verwendete Optik auch bei der Handhabung des Waffenembargos gegenüber Südafrika massgebend sein muss?"⁹¹⁰

Gemäss Braunschweig dürfte es demnach "keinen Sonderfall Ostblock" geben; und auch im Fall Südafrika müsse es um die "Anwendung gleichen Rechts" gehen.⁹¹¹

In Antwort auf dieses Begehren übernimmt der Bundesrat aber die gleichen Positionen wie in den siebziger Jahren zuvor: Einerseits habe die Schweiz seit 1963 aus eigener Initiative ein Waffenembargo gegen Südafrika in Kraft gesetzt; und es gebe "keine Anzeichen, dass Schweizer Unternehmen versuchten, das Embargo gegen die südafrikanische Armee oder die Polizei zu unterlaufen."⁹¹² Andererseits sei ausser in "Einzelfällen, in welchen eine Ausnahmebehandlung vertretbar war, zum Beispiel Privatwaffen, Waffen und/oder Munition für Schweizerklubs, chemische Produkte zur Verwendung in Labors und für pharmazeutische Zwecke sowie Sprengstoffe und Zündmitteln, die ausschliesslich für den zivilen Gebrauch bestimmt sind (Strassen und Bergbau), (...) keine Aus- und Durchfuhrbewilligungen von Kriegsmaterial erteilt" worden.⁹¹³

908 Einfache Anfrage SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig, *Waffen- und Kriegsmaterialdurchfuhr*, 19.12.1986 [86.765].

909 Interpellation SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, *Waffenembargo gegen Südafrika*, 17.6.1987 [87.468].

910 Interpellation SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, *Waffenembargo gegen Südafrika*, 17.6.1987 [87.468].

911 Einfache Anfrage SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig, *Rüstungstechnologie. Transfer nach Südafrika*, 18.12.1987 [87.730].

912 Antwort Bundesrat, 29.2.1988 [87.730].

913 Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 21.9.1987 [87.468].

Schweiz-Besuche von prominenten Apartheidpolitikern und Südafrika-Reisen von Schweizer Beamten und Politikern im Parlament in den achtziger Jahren:

Verstärkt wird in den achtziger Jahren von den Apartheidkritikern im Parlament auch das diplomatische Verhalten der Schweiz gegenüber dem Apartheidregime skandalisiert. POCH-Nationalrätin Anita Fetz kritisiert in ihrer Interpellation *Südafrika. Diplomatisches und politisches Verhalten der Schweiz* die "Häufung der Kontakte mit Südafrika auf höchster Ebene" und die Zusammenreffen "halb-offizieller Vertreter der Schweiz" mit Vertretern der Apartheidbehörden vor dem Hintergrund der langjährigen "moralischen Verurteilung" der Apartheid durch den Bundesrat, welche angesichts des Grundsatzes der Neutralität nicht mehr länger zu rechtfertigen seien.⁹¹⁴ Diverse prominente Regierungsvertreter Südafrikas würden nämlich in der Schweiz ein "unbeschränktes Gastrecht" genießen. Anders lasse es sich nicht erklären, dass 1979 und 1986 der südafrikanische Aussenminister Pik Botha und 1984 Staatspräsident P. W. Botha vom Bundesrat hofiert wurde, und im Oktober 1985 Staatssekretär Edouard Brunner die "Apartheidmarionette Chief Ghatsa Buthelezi" zu einem Abendessen empfangen habe. Vor diesem Hintergrund fordert Fetz vom Bundesrat, nun vielmehr auch "massgebende Repräsentanten des ANC" – d. h. "authentische Führer der Schwarzen" – zu empfangen; und zwar offiziell und "ohne Geheimhaltung" wie bis anhin. Zudem würden schweizerische Behördenvertreter "halb-offizielle" Südafrika-Reisen unternehmen. In diese Kategorie falle gemäss Fetz der Nagra-Präsident Rudolf Rometsch, der 1986 an einer Konferenz über Nukleartechnologie in Südafrika als Hauptreferent teilnahm; aber auch die "Vermittlungsaktion" des ehemaligen Nationalbankpräsidenten Fritz Leutwiler 1985/86, die ebenfalls "dem politischen Ruf der Schweiz als demokratisches Land geschadet" habe.

Gemäss dem Bundesrat hat Leutwiler aber das Verhandlungsmandat damals "auf Wunsch der Gläubigerbanken als Privatmann und nicht im Auftrag der Landesregierung übernommen."⁹¹⁵ Auch beim Südafrika-Besuch von Rometsch habe es sich nur um eine Privatinitiative gehandelt ("Gemäss Statuten ist die NAGRA eine Privatgesellschaft"). Der Zulu-Führer Buthelezi sei zudem – so der Bundesrat weiter –, ein "interessanter Gesprächspartner mit durchaus eigenständigen Vorstellungen über eine Lösung der Probleme Südafrikas"; und es entspreche einer konstanten Praxis des Bundesrates und der Verwaltung, sich Informationen durch Kontakte mit unterschiedlichen Kreisen zu beschaffen. In diesem Sinne werde im Juni 1986 auch der Präsident des African National Congress (ANC), Oliver Tambo, in Bern empfangen. Diplomatische Kontakte mit Südafrika seien auch deshalb von Interesse, weil sie die Möglichkeit der "moralischen Verurteilung" der Apartheid an höchster Stelle ermöglichen würden. Der Bundesrat ist der Auffassung, "dass eine Änderung der südafrikanischen Rassenpolitik nur aufgrund einer klaren und beharrlichen Haltung der Schweiz gegenüber Südafrika zu erreichen" sei, wobei dies immerzu bei Kontakten mit südafrikanischen Regierungsvertretern kommuniziert würde:

"In direkten Gesprächen (in diesem Sinn sind 1984 der damalige Ministerpräsident und der Aussenminister von Südafrika in Bern empfangen worden; auch der Besuch des Aussenministers im Frühjahr 1986 in Bern ist zu einer entsprechenden Intervention benützt worden); durch diskrete, aber in der Aussage deutliche Interventionen auf diplomatischem Weg, die auf eine bessere Beachtung der Menschenrechte abzielen; durch öffentliche Erklärungen zu ausserordentlichen Ereignissen."

914 Interpellation POCH-Nationalrätin Anita Fetz, *Südafrika. Diplomatisches und politisches Verhalten der Schweiz*, 19.6.1986 [86.516]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Vorstoss. Zum Eingabetext dieser Interpellation vgl. Anhang VII.4.

915 Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 22.9.1986 [86.516]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus dieser Stellungnahme.

Gemäss diesen Grundsätzen wird der von SP-Nationalrat Jean Ziegler scharf kritisierte "Privatbesuch" von Staatspräsident P. W. Botha – d. h. das Treffen mit Bundesrat René Felber (SP) im Oktober 1988 –, von offizieller Seite legitimiert: Als "visite de courtoisie exprimée officiellement par un Chef d'Etat avec lequel la Suisse entretient des relations diplomatiques normales."⁹¹⁶ Im Gegensatz zu den skandinavischen Staaten, die im Rahmen des "Nordischen Aktionsprogrammes" ihre diplomatischen Kontakte in den achtziger Jahren mit dem Apartheidregime sistierten, wird die schweizerische Diplomatie gegenüber Südafrika ganz vom Grundsatz der Neutralität geleitet. Zudem erwidert der Bundesrat wiederholt auf die Forderung, den Schweizer Botschafter aus Südafrika abzuziehen, mit dem Argument, dass gerade "in schwierigen Zeiten (...) die Präsenz voll handlungsfähiger Aussenvertretungen besonders wichtig" sei.⁹¹⁷

SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig beklagt diese wechselseitig rege Besuchspolitik vor allem vor dem Hintergrund, dass Südafrika das grössere Interesse daran habe als die Schweiz. Die südafrikanische Regierung bemühe sich um Besuche von schweizerischen Beamten, Politikern, Offizieren und Wirtschaftsvertretern, "um die Isolation zu durchbrechen, in die sie weltweit durch ihre unmenschliche Apartheid-Politik geraten ist."⁹¹⁸ Als Beispiele führt Braunschweig dabei die Teilnahme von Kurt E. Suter, Direktor des Bundesamtes für Strassenbau, und Frédéric Ruckstuhl, Sektionschef Bau Nationalstrassen, an einer Tunneleröffnung in Kapstadt 1988 und einen "Ferienaufenthalt" von Hans-Ulrich Ernst, Direktor der eidgenössischen Militärverwaltung, in Südafrika 1988 auf, welche mit "offiziösen Aufträgen" verbunden gewesen seien. Die Schweiz sei Südafrika behilflich, mache sich der "Umgehungs-Diplomatie" schuldig und drohe dabei selbst isoliert zu werden.

Nebst der Kritik an den Schweiz-Besuchen südafrikanischer Regierungsvertreter und den Gegenbesuchen der "Schweizer Freunde Südafrikas", kritisieren die Sozialdemokraten wiederholt schweizerische Behördevertreter, die sich in der Schweiz an umstrittenen Veranstaltungen zur Südafrikafrage exponieren, und mit ihren Stellungnahmen die "moralische Verurteilung" der Apartheid durch den Bundesrat unterlaufen würden: U. a. habe Botschafter Jenö C. A. Staehelin in Vertretung von Staatssekretär Edouard Brunner am 4. Südafrika-Seminar der Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa) im September 1987 die Auffassung vertreten, "die südafrikanische Oposition müsste vor Verhandlungen über die Beseitigung der Apartheid auf das Prinzip «one man – one vote» verzichten."⁹¹⁹ Laut SP-Nationalrat Paul Rechsteiner kommt aber eine solche Aussage der Verletzung eines "elementaren demokratischen Grundsatzes («one person – one vote»)" gleich, dessen Preisgabe von Behördevertretern unter keinen Umständen gutgeheissen werden könne.

Gemäss Bundesrat habe aber Staehelin in seinem Referat bloss bemerkt, "man könnte sich vorstellen, dass eine künftige, auf dem allgemeinen Wahlrecht basierende Ordnung in Südafrika auf Formen zurückgreifen könnte, die in zahlreichen föderalistischen Staaten, namentlich auch in der Schweiz, praktiziert werden."⁹²⁰ Der Botschafter habe mit seiner Aussage in keiner Weise versucht, die Apartheid in irgendeiner Form zu rechtfertigen.

916 Antwort Bundesrat, 23.11.1988 [88.1073]. Vgl. auch Einfache Anfrage SP-Nationalrat Jean Ziegler, *Visite du Premier ministre de l'Afrique du Sud*, 6.10.1988 [88.1073].

917 Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 16.12.1985 [85.540].

918 Interpellation SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig, *Beamtenreisen nach Südafrika*, 1.1.1989 [89.318]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Vorstoss.

919 Interpellation SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, *Südafrika-Politik*, 9.10.1987 [87.918]. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Vorstoss.

920 Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 14.12.1987 [87.918].

Allgemeine Wirtschaftsbeziehungen Schweiz-Südafrika im Parlament in den achtziger Jahren:

Im Rahmen der parlamentarischen Vorstösse, welche die schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen zum Apartheidregime allgemein thematisieren, wird wiederholt die aktuelle Kapitalexportpolitik der offiziellen Schweiz gegenüber Südafrika kritisiert. SP-Nationalrat Leuenberger-Solothurn fordert in seiner Motion *Revision Bankengesetz. Kapitalexporte* 1985 Bestimmungen "gegen die Umgehung des Plafonds über bewilligungspflichtige Kapitalexporte", welcher 1974 vom Bundesrat auf 240 Mio. SFR festgesetzt und 1980 auf 300 Mio. SFR erhöht wurde.⁹²¹ Zudem soll der Bundesrat "sämtliche ihm zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen, um die Bankenbeziehungen der Schweiz mit dem südafrikanischen Apartheidregime abzubauen." Des weiteren sei ein Verbot des Verkaufs von Krügergoldmünzen in der Schweiz anzustreben; und der Kapitalexportplafond gegenüber Südafrika müsse drastisch reduziert und Kredite an Südafrika gänzlich verboten werden. Diese Forderungen von Leuenberger-Solothurn erfahren im Verlaufe der achtziger Jahre durch diverse weitere parlamentarische Eingaben von sozialdemokratischer Seite eine Konkretisierung.⁹²²

In Beantwortung des Vorstosses von Leuenberger-Solothurn rechtfertigt der Bundesrat die gängige Südafrikapolitik zunächst noch mittels dem klassischen Universalitäts-Argument – u. a. entspreche es "ständiger Praxis der Schweiz, sich nicht an Sanktionen eines einzelnen Staates oder einer Staaten-Gruppe zu beteiligen" –, um ab Mitte der achtziger Jahre dann verstärkt über den Verweis auf die 1986 eingerichtete Interdepartementale Arbeitsgruppe statistische Überwachung Handelsverkehr zu argumentieren.⁹²³ Denn diese Arbeitsgruppe – zusammengesetzt aus Vertretern verschiedener Departemente (u. a. EDA, EVD, EFD) –, würde fortlaufend überprüfen, "ob gegen Südafrika gerichtete deckungsgleiche Massnahmen der wichtigsten Industrieländer über die Schweiz umgangen" werden oder nicht.⁹²⁴ Der Bundesrat betont mehrfach, dass sich keine Embargolücken feststellen und "keine Anhaltspunkte erkennen (lassen), dass das schweizerische Territorium als Drehscheibe für Umgehungsgeschäfte dient."⁹²⁵ Trotz des 1986 von der USA und der Europäischen Gemeinschaft (EG) verhängten Importverbotes für südafrikanisches Eisen und Stahl, können beispielsweise laut Bundesrat die erhöhten schweizerischen Importe selbiger Rohstoffe nicht als "Sanktionsumgehungen" – wie sie SP-Nationalrat Paul Rechsteiner bezeichnen würde –, gewertet werden; und zwar weil "keine Hinweise vorliegen, dass in die Schweiz importierte südafrikanische Eisen- und Stahlprodukte in ein Land exportiert würden, das ein entsprechendes Embargo gegenüber Südafrika erlassen" habe.⁹²⁶

Daneben werden von den Sozialdemokraten in den achtziger Jahren auch regelmässig die Schweizer Grossbanken als "Hauptstützen des rassistischen Diktaturregimes" skandalisiert; und diese Charakterisierung mit Verweis auf neuestes Beweismaterial für das illegitime Südafrikaengagement zusätzlich untermauert.⁹²⁷ So beispielsweise anlässlich der Publikation eines Berichts des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO (Kommission für transnationale Gesellschaften) am 4. September 1989, in wel-

⁹²¹ Motion SP-Nationalrat Leuenberger-Solothurn, *Revision Bankengesetz. Kapitalexporte*, 21.6.1985 [85.515]. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Vorstoss. Zum Eingabetext dieser Motion vgl. Anhang VII.4.

⁹²² Vgl. u. a. Einfache Anfrage SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig, *Kapitalexporte nach Südafrika*, 20.12.1985 [85.741]; Einfache Anfrage SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig, *Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika*, 20.3.1987 [87.631]; sowie Einfache Anfrage SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, *(Wirtschafts-)Beziehungen mit Südafrika*, 23.6.1988 [88.685].

⁹²³ Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 23.9.1985 [85.515].

⁹²⁴ Antwort Bundesrat, 15.6.1987 [87.631].

⁹²⁵ Antwort Bundesrat, 15.6.1987 [87.631]. Vgl. auch Antwort Bundesrat, 14.9.1988 [88.685]; sowie Antwort Bundesrat, 27.2.1989 [88.1044, 88.1069].

⁹²⁶ Antwort Bundesrat, 27.2.1989 [88.1044].

⁹²⁷ Postulat SP-Nationalrat Jean Ziegler, *Rapport sur les relations entre la Suisse et l'Afrique du Sud*, 26.9.1989 [89.616].

chem die "massgebende Rolle der Schweizer Banken für das finanzielle Überleben des Apartheidregimes" hervorgehoben werde: "Die Kredite der Schweizer Banken hätten insbesondere in kritischen Situationen wie ein «Sauerstoffzelt» gewirkt"; fasst SP-Nationalrat Rechsteiner den UNO-Bericht zusammen.⁹²⁸ In einer schriftlichen Stellungnahme vermerkt der Bundesrat dazu nur, dass dieser Bericht des UNO-Zentrums für transnationale Gesellschaften zahlreiche Aussagen enthalte, zu denen die offizielle Schweiz keine Stellung zu nehmen vermag: Einerseits "wegen des offiziösen Charakters einiger darin zitierter Informationsquellen, und andererseits weil keine anerkannte statistische Grundlage vorliegt."⁹²⁹

In der Rechtfertigung der allgemeinen Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zu Südafrika werden in den achtziger Jahren im Parlament von offizieller Seite (Bundesrat) regelmässig zwei Leitargumente vorgebracht, die auch von der FDP und CVP übernommen werden: Erstens verfolge die Schweiz gegenüber Südafrika "seit 1974 eine restriktive Kreditpolitik",⁹³⁰ und zweitens seien nach der bundesrätlichen "Erklärung vom 22. September 1986" Massnahmen in Kraft gesetzt worden, die sicherstellen, dass "das Gebiet der Schweiz nicht dazu missbraucht werde, die Sanktionen von Drittstaaten zu umgehen" (Stichwort: Interdepartementale Arbeitsgruppe statistische Überwachung Handelsverkehr).⁹³¹

Memo Verhältnis Schweiz-Südafrika Parlament 1985-1989:

Noch stärker als in den siebziger Jahren erweisen sich für die linken Apartheidkritiker im Parlament (SP, PdA/PSA/POCH-Fraktion, LdU) in den achtziger Jahren die Schweizer Grossbanken mit ihrer Kreditpolitik und dem Goldhandel als eigentliche Apartheidstützen und die offizielle Schweiz als Komplize des Apartheidregimes. Ein umfassender Wirtschaftsboykott (erste Wahl) oder die Einführung eines sogenannten "echten" Courant normal (inklusive alle Kapitalexporte und Goldhandel) (zweite Wahl) stellen dabei ein Minimum an zu ergreifenden Massnahmen gegenüber Südafrika dar. Verstärkt kritisiert werden zudem die "Wirtschafts-Lobbyisten" im Parlament aus der FDP und LPS. Sogenannte wirtschaftliche "Zwangsmassnahmen" gegenüber Südafrika werden von den bürgerlichen und rechtsnationalen Antikritikern (FDP, CVP, LPS, SVP, Autopartei) in den achtziger Jahren grundsätzlich mit dem Leitargument der Erhöhung der Arbeitslosigkeit unter der schwarzen Bevölkerung Südafrikas abgelehnt. Auf Seiten der offiziellen Schweiz wird neu auf den faktisch bestehenden Courant normal (Stichwort: Zuwachsplafonierung seit 1974) und auf die "statistische Überwachung" der Handelsbeziehungen zur Verhinderung von Umgehungsgeschäften verwiesen. Verstärkt finden auch Argumente zur Neutralität, welche konzertierte Aktionen grundsätzlich verbiete (Position offizielle Schweiz), und

⁹²⁸ Interpellation SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, *Südafrika-Politik*, 6.10.1989 [89.685].

⁹²⁹ Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 27.11.1989 [89.685].

⁹³⁰ Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 23.9.1985 [85.515]. Vgl. auch Antwort Bundesrat Otto Stich, 17.6.1985 [Frage 48 Leuenberger-Solothurn]; Antwort Bundesrat Pierre Aubert, 23.9.1985 [Frage 4 Magnin]; Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 16.12.1985 [85.540]; FDP-Nationalrat Jean-Pierre Bonny, Nationalratsdebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918]; CVP-Nationalrat Mario Grassi, Nationalratsdebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918]; FDP-Nationalrat Ernst Mühlemann, Nationalratsdebatte, 15.3.1988 [86.234, 87.918]; Antwort Bundesrat, 27.2.1989 [88.1069]; Antwort Bundesrat, 10.5.1989 [89.1033]; sowie Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 27.11.1989 [89.685].

⁹³¹ Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 8.12.1986 [86.948]. Vgl. auch Antwort Bundesrat Kurt Furgler, 6.10.1986 [Frage 38 Rechsteiner]; Antwort Bundesrat, 8.12.1986 [86.720]; Bundesrat Pierre Aubert, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948]; Antwort Bundesrat, 27.5.1987 [87.630]; Antwort Bundesrat, 15.6.1987 [87.631]; Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 21.9.1987 [87.468]; Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 14.12.1987 [87.918]; FDP-Nationalrat Ernst Mühlemann, Nationalratsdebatte, 15.3.1988 [86.234, 87.918]; CVP-Nationalrat Fischer-Sursee, Nationalratsdebatte, 15.3.1988 [86.234, 87.918]; Antwort Bundesrat, 14.9.1988 [88.685]; Bundesrat Pascal Delamuraz, 19.6.1989 [Frage 74 Spielmann]; Bundesrat Pascal Delamuraz, 25.9.1989 [Frage 24 Longet]; sowie Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 27.11.1989 [89.685].

solche Resonanz, welche eine Sonderbehandlung der Apartheid im Kontext des Kalten Krieges verurteilen (Position FDP, CVP, LPS, SVP, Autopartei).

V.2.4 Conclusio: Zur Diffusion der Positionen der Apartheidkritiker und Antikritiker in den achtziger Jahren

Im Gegensatz zur öffentlichen politischen Kommunikation in den siebziger Jahren, zeichnen sich die Phase 1985-1989 durch eine stärkere Personalisierung bzw. Strukturierung des öffentlichen Diskurs über die Beziehungen der Schweiz zum südafrikanischen Apartheidregime durch prominente und charismatische Öffentlichkeitsakteure aus. Zudem lässt sich eine stärkere Diffusion von Positionen und Vernetzung von Öffentlichkeitsakteuren durch alle öffentlichkeitsrelevanten Arenen (linksalternative und rechtsnationale Binnenorgane, Leitmedien, Parlament) hindurch feststellen.

Die linksalternativen Lobbygruppen Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt (AFP), Aktion Südafrika-Boycott (ASB), Arbeitsgruppe Dritte Welt (AG3W) und Südafrika-Komitee Amandla erhalten im Gegensatz zu den siebziger Jahren nun mit Jean-Michel Berthoud (AAB-Sekretär), Tobias Bauer (AFP-Sekretär), Lukas Vogel (AAB) und Mascha Madörin (AFP, ASB) ein eigentliches Gesicht in der schweizerischen Öffentlichkeit. Dabei publizieren die Genannten nicht nur regelmässig in der WochenZeitung, sondern stossen auch verstärkt in den Forumsbereich der Medienarena vor (insbesondere im unabhängigen Tages-Anzeiger und der sozialdemokratischen Tagewacht). Zudem gewinnen die linksalternativen Lobbygruppen mit der Übernahme des AAB-Präsidiums durch Paul Rechsteiner, Nationalrat der Sozialdemokratischen Partei (SP), einen prominenten Fürsprecher im Parlament.

In der Medienöffentlichkeit gesellen sich in den achtziger Jahren zu Peter Studer (nun Chefredaktor beim Tages-Anzeiger) verstärkt auch andere mediale Meinungsmacher zum Verhältnis Schweiz-Südafrika; insbesondere Bernadette Koller und Ruedi Hagmann (beide Vaterland), Rita Flubacher und Ulrich Kägi (beide Weltwoche), Jürg Schoch und Stefan Hartmann (beide Tages-Anzeiger) und Jürg Dedial und Christoph Wehrli (beide NZZ). Daneben ermöglichen diverse Medien der Schweizer Wirtschaftsprominenz verstärkt Positionsbezüge in Interviews: U. a. Niklaus Senn (Präsident Generaldirektion SBG) und Fritz Leutwiler (ehemaliger Nationalbankpräsident).

Als apartheidkritischste Sprecher im Parlament erweisen sich – nebst dem erwähnten Lobbyisten des linksalternativen politischen Milieus Rechsteiner –, die beiden in Sachen Südafrika seit den siebziger Jahren bekannten SP-Nationalräte Hansjörg Braunschweig und Jean Ziegler. Auf antikritischer Seite exponieren sich zum Verhältnis Schweiz-Südafrika vor allem Nationalräte der Freisinnigdemokratischen Partei (FDP): U. a. Jean-Pierre Bonny, Ernst Mühlemann (auch Leiter eines Ausbildungszentrums der SBG), Geneviève Aubry und Kurt Müller aus Meilen (zugleich Chef der Inlandredaktion der NZZ). Nebst antikritischen Vertreter der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) – u. a. Nationalrat Theo Fischer aus Sursee –, scharen sich in den achtziger Jahren um den Freisinn in Südafrikafragen auch neu nationalrätliche Prominenz aus der Schweizerischen Volkspartei (SVP) – u. a. Christoph Blocher (Präsident der Zürcher SVP) und Peter Sager (Leiter des Ost-Instituts) –, und der Liberalen Partei der Schweiz (LPS): U. a. Jacques-Simon Eggly aus Genf (zugleich Inlandredaktor des Journal de Genève). Mit Blocher, Aubry und Eggly-Genève versammeln sich somit in der parlamentarischen Arena gewichtige Fürsprecher der rechtsnationalen Lobbygruppe asa (Arbeitsgruppe südliches Afrika). Daneben lässt sich auch eine verstärkte publizistische Tätigkeit von antikritischen Nationalräten feststellen: U. a. Bonny in der NZZ und Müller-Meilen in der Schweizerzeit.

Als einer der eifrigsten Schreiberlinge in den rechtsnationalen Binnenorganen asa-bulletin und Schweizerzeit erweist sich zudem Ulrich Schlüer, Gründer und Herausgeber der Schweizerzeit und aktives Mitglied der asa und des Clubs der Freunde Südafrikas (CFS).

Bezüglich dem unterschiedlichen "Framing" des Verhältnis Schweiz-Südafrika lässt sich in der öffentlichen politischen Kommunikation der Schweiz im Vergleich mit den siebziger Jahren auch in der Phase 1985-1989 ein starkes Übergewicht von analytischen und gegenwartsbezogenen "diagnostic Framing" feststellen (65.8%).⁹³² Die Beziehungen der Schweiz zum südafrikanischen Apartheidregime werden in den linksalternativen und rechtsnationalen Binnenorganen, Leitmedien und dem Parlament auch in den achtziger Jahren von den Apartheidkritikern und Antikritikern stark aktualitätsbezogen analysiert. Demgegenüber erzielen zukunftsgerichtete Strategien und Lösungsansätze ("prognostic Framing") wie auch identitätsstiftende Positionen ("identity Framing") nur eine geringe Resonanz (18.9% respektive 15.0%). Nach wie vor dominieren auf Seiten der Apartheidkritiker insgesamt aber strategische "prognostic Framing". Demgegenüber werden von den Antikritikern etwas stärker als in den siebziger Jahren "identity Framing" im Rahmen der schweizerischen Neutralität und im Kontext des Kalten Krieges zur Analyse des Verhältnis Schweiz-Südafrika hinzugezogen. Neu lassen sich zudem auf Seiten der Apartheidkritiker wie auch Antikritiker identitätsstiftende Typisierungen des politischen Gegners feststellen.

Als apartheidkritische Position mit der grössten Resonanz in der öffentlichen politischen Kommunikation der Schweiz – d. h. in den linksalternativen und rechtsnationalen Binnenorganen, Leitmedien und dem Parlament insgesamt –, erweist sich in der Phase 1985-1989 die Skandalisierung der Schweizer Grossbanken für ihre boykottbrechende und apartheidstützende Rolle (total 148 Nennungen); dicht gefolgt von der Kritik am Goldhandel der Schweiz mit dem Apartheidregime (vgl. Positionen 1 und 2; Abbildung 26, Seite 228). Diese beiden seit den siebziger Jahren in den linksalternativen Binnenorganen (AAB-Nachrichten, WochenZeitung) stark skandalisierten Deutungsmuster werden in der Medienarena vor allem vom unabhängigen Tages-Anzeiger, der sozialdemokratischen Tagewacht sowie von der Weltwoche und dem SonntagsBlick gespiegelt und teilweise als eigene Positionen übernommen; und im Parlament von der SP und der PdA/PSA/POCH-Fraktion in die Südafrikadebatten eingebracht.

Als neue Position im öffentlichen Diskurs über das Verhältnis Schweiz-Südafrika hat sich in der Phase 1985-1989 die strategische Forderung nach einer Übernahme des internationalen Südafrikaboykotts der UNO etabliert (vgl. Position 4; Abbildung 26). Am stärksten spiegeln dabei die Forums- und Wochenmedien Tages-Anzeiger und Weltwoche und die sozialdemokratische Tagewacht dieses von diversen linksalternativen Lobbygruppen (u. a. AAB, AFP, ASB), Hilfswerken, prominenten Führerpersönlichkeiten des südafrikanischen Apartheidwiderstandes (u. a. Bischof Desmond Tutu, C. F. Beyers Naudé, Frank Chikane, Allan Boesak) und den Sozialdemokraten eingebrachte Begehren.

Neu etabliert hat sich daneben in allen relevanten Öffentlichkeitsarenen die linke Kritik an der Komplizenschaft der Schweiz im Falle einer Nichtergreifung von Sanktionen gegenüber Südafrika (vgl. Position 6; Abbildung 26). Als federführend in dieser Argumentation erweisen sich insbesondere die AAB (im eigenen Organ und der Medienarena) und die SP (in den Medien und dem Parlament).

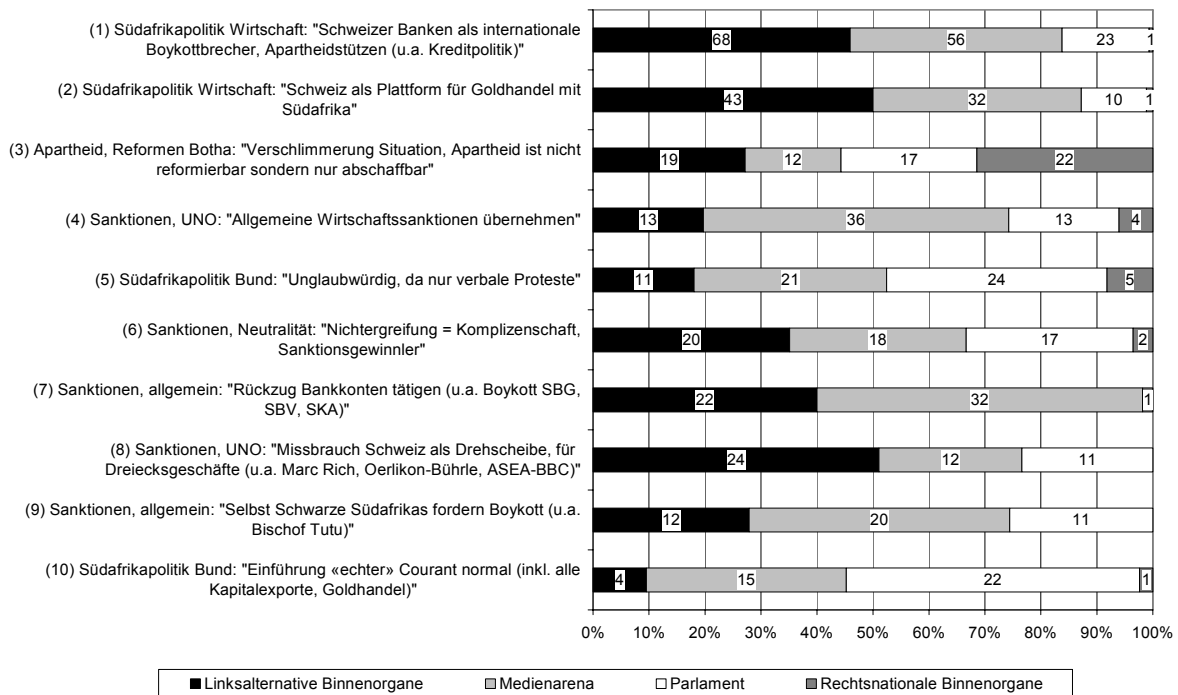
Daneben findet die in den linksalternativen Binnenorganen AAB-Nachrichten und WochenZeitung wiederholt ins Feld geführte Argumentation, dass nämlich selbst die Schwarzen Südafrikas einen Boykott befürworten würden, nachhaltige Resonanz in der Medienarena (Tages-Anzeiger, Tagewacht, Weltwoche) und dem Parlament (Position SP und PdA/PSA/POCH-Fraktion) (vgl. Position 9; Abbildung 26).

932

n = 1997. "Diagnostic Framing" = 1313 (65.8%); "prognostic Framing" = 378 (18.9%); sowie "identity Framing" = 306 (15.0%).

Wie in den siebziger Jahren auch schon, erzielen die von den linksalternativen Lobbygruppen lancierten "People's Sanctions" – insbesondere die Bankenboykott-Kampagne –, auch in den achtziger Jahren keine nachhaltige Resonanz im Parlament (vgl. Position 7; Abbildung 26). Stärker als in den Jahrzehnten zuvor fokussieren aber Tages-Anzeiger und Tagwacht diese Aktivitäten der AAB, AFP und ASB "auf der Strasse".

Abbildung 26: Apartheidkritische Positionen in der öffentlichen politischen Kommunikation der Schweiz 1985-1989⁹³³



Im Vergleich zu den siebziger Jahren wird zudem in der Phase 1985-1989 die von den linksalternativen Lobbygruppen geäußerte Kritik am Missbrauch der Schweiz für Umgehungs- und Dreiecksgeschäfte – u. a. Umgehungen des Erdölembargos gegenüber Südafrika durch Marc Rich –, verstärkt auch in die Medienarena und parlamentarische Öffentlichkeit getragen (vgl. Position 8; Abbildung 26). Als Hauptkandalisierer erweisen sich hier die AAB (im eigenen Organ und der Medienarena), die WochenZeitung und die SP (in den Medien und dem Parlament).

Die kontroversen Uran-Lieferungen an Südafrika durch die KKW Kaiseraugst AG und die als Herkunftsverschleierung bzw. "Sanktionsumgehung" gewertete Finanzierung des Engagements von südafrikanischen Firmen in Europa durch Schweizer Grossbanken (u. a. "Affäre Minorco", Gründung Compagnie Financière Richemont (CFR)), bleiben in den achtziger Jahren – wie schon die umstrittenen ESCOM-Anleihen in den siebziger Jahren –, mehrheitlich ein Binnenthema der linksalternativen Binnenorgane AAB-Nachrichten und WochenZeitung. Auch in den achtziger Jahren erweist sich die Medienöffentlichkeit noch nicht als diejenige Arena, in welcher neueste Enthüllungen und Skandalisierungen des Verhältnis Schweiz-Südafrika primär erfolgen.

933

Dargestellt werden die zehn am häufigsten geäußerten apartheidkritischen Positionen differenziert nach linksalternativen Binnenorganen, rechtsnationalen Binnenorganen, Medienarena und Parlament in absoluten Werten und Prozentsen [n = 1201].

Auch die Skandalisierung der ideologischen Affinitäten zwischen dem wirtschaftspolitischen Establishment der Schweiz und Exponenten des südafrikanischen Apartheidregimes – sprich eine eigentliche "Rassismusachse Südafrika-Schweiz" –, bleibt in den achtziger Jahren (noch) vornehmlich ein Binnen-thema der linksalternativen Binnenorgane AAB-Nachrichten und WochenZeitung.

Im Vergleich zu den siebziger Jahren lassen sich zudem in der Phase 1985-1989 auch verstärkt apartheidekritische Positionen in der öffentlichen politischen Kommunikation eruieren, welche ihren eigentlichen Ursprung in der parlamentarischen Arena aufweisen; so beispielsweise der von der SP lancierte Vorstoss zur Einführung eines sogenannten "echten" Courant normal (inklusive alle Kapital-exporte und Goldhandel) gegenüber Südafrika (vgl. Position 10; Abbildung 26).

In den rechtsnationalen Binnenorganen asa-bulletin und Schweizerzeit lässt sich im Vergleich zu den siebziger Jahren in der Phase 1985-1989 insgesamt eine Intensivierung der Thematisierung des Verhältnis Schweiz-Südafrika feststellen. Als dominanteste antikritische Deutungsmuster aus diesem politischen Milieu, welche die öffentliche politische Kommunikation der Schweiz in den achtziger Jahren massgeblich mitstrukturiert, lassen sich einerseits die Befürwortung eines "evolutionären Wandels" bzw. Unterstützung des Reformprozesses unter P. W. Botha eruieren; andererseits eine Kritik an der Propaganda der linksalternativen Lobbygruppen erkennen (vgl. Positionen 2 und 9; Abbildung 27, Seite 230).

Als antikritische Position mit der höchsten Resonanz in allen relevanten Öffentlichkeitsarenen erweist sich aber dasjenige des negativen Effekts von Sanktionen bezüglich der Erhöhung der Arbeitslosigkeit der schwarzen Bevölkerung Südafrikas (total 85 Nennungen) (vgl. Position 1; Abbildung 27). Dieses antikritische Leitargument wird in der Medienarena vor allem von den Schweizer Grossbanken (SBG, SBV, SKA), FDP und NZZ vertreten; und im Parlament von FDP, CVP, LPS und SVP in die Südafrikadebatten eingebracht.

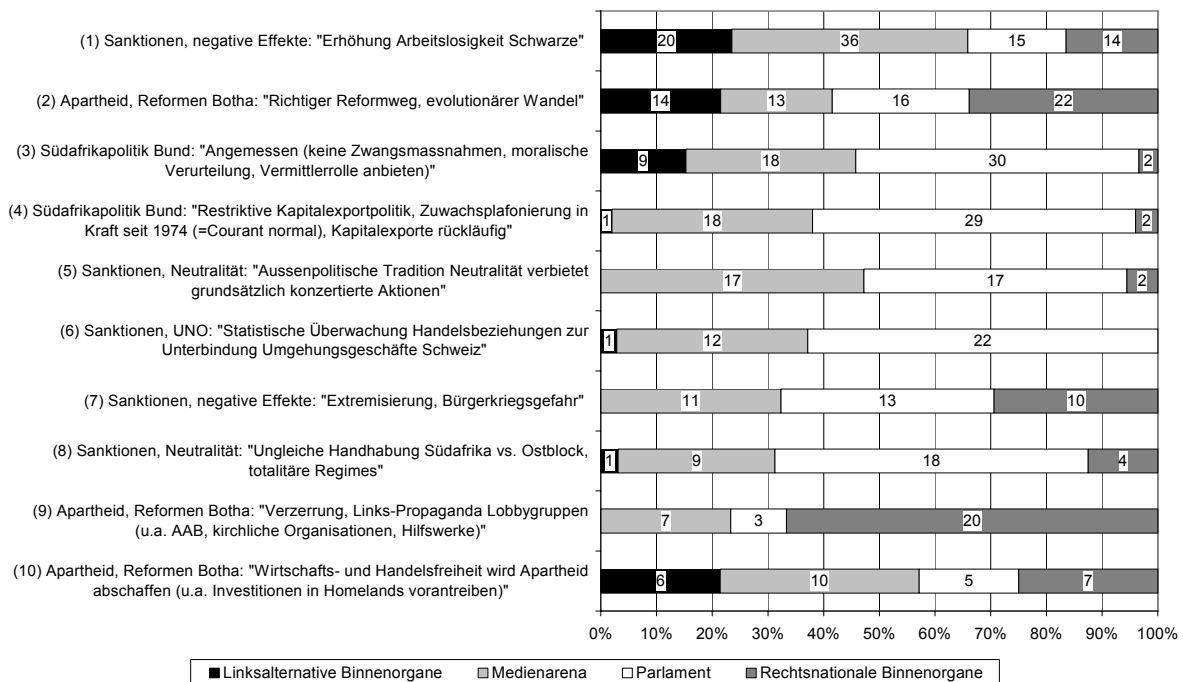
Wurden in den siebziger Jahren im Parlament die schweizerischen Beziehungen (insbesondere die wirtschaftlichen) zum Apartheidregime noch öfters mit dem Argument der Universalität der Aus-sen(wirtschafts)beziehungen gerechtfertigt, so wird in den achtziger Jahren verstärkt die aussenpoli-tische Tradition der Neutralität, welche konzertierte Aktionen – wie Sanktionen – grundsätzlich ver-bieten würde, beschworen (vgl. Position 5; Abbildung 27). Diese Position wird in der Medienarena und dem Parlament vor allem dem Bundesrat und den bürgerlichen Parteien FDP und CVP zugeschrieben respektive von diesen Öffentlichkeitsakteuren eingenommen.

Als weitere zentrale antikritische Argumente, welche in der öffentlichen politischen Kommunikation in den achtziger Jahren das Verhältnis Schweiz-Südafrika vor allem in der parlamentarischen Arena strukturieren, erweisen sich die Rechtfertigungen bzw. legalistischen Gegenargumente zu Sanktionen, wonach die Schweiz einerseits seit 1974 den Kapitalexpert nach Südafrika plafoniert habe – also ge-wissermassen einen Courant normal gegenüber dem Apartheidregime praktiziere –, und andererseits die Handelsbeziehungen "statistisch überwache", um allfällige Umgehungsgeschäfte aufzudecken (vgl. Positionen 4 und 6; Abbildung 27). Auch diese antikritischen Leitargumente werden im öffentli-chen Diskurs vornehmlich vom Bundesrat und den bürgerlichen Parteien FDP und CVP vertreten.

Im Vergleich zu den siebziger Jahren hat sich zudem neu in allen relevanten Öffentlichkeitsarenen die "Blutbadthese" – d. h. eine befürchtete Extremisierung des Konfliktes in Südafrika bei einer Ergreifung von sogenannten wirtschaftlichen "Zwangsmassnahmen" –, und das Kalte Kriegs-Deutungsmuster der ideologischen Ungleichbehandlung des Fall Südafrika im Vergleich mit Menschenrechtsverletzungen in anderen totalitären Staaten (insbesondere des Ostblocks) gefestigt (vgl. Positionen 7 und 8; Abbildung 27). Hohe Resonanzen erzeugen beide Argumente dabei in den rechtsnationalen Binnen-

organen asa-bulletin und Schweizerzeit und in der Medienarena, wo sie vor allem von der FDP, SVP und den antikritischen Lobbygruppen asa und Swiss-South African Association (SSAA) vertreten werden. Im Parlament erweist sich der gesamte "Bürgerblock" (FDP, CVP, LPS, SVP) geschlossen als Fürsprecher dieser Argumentationen.

Abbildung 27: Antikritische Positionen in der öffentlichen politischen Kommunikation der Schweiz 1985-1989⁹³⁴



Demgegenüber bleibt in den achtziger Jahren das zweite klassische Kalte Kriegs-Deutungsmuster der strategischen Bedeutung Südafrikas im Ost-West-Antagonismus im Vergleich mit allen anderen antikritischen Positionen eher ein Binnenthema des rechtsnationalen politischen Milieus (insgesamt nur 26 Nennungen in allen relevanten Öffentlichkeitsarenen).

Als prominentestes Leitargument von Wirtschaftsvertretern hat im öffentlichen Diskurs in der Phase 1985-1989 der Appell an die freie Marktwirtschaft bzw. eine forcierte Investitionstätigkeit in Südafrika – welche die Apartheid zwangsläufig zum Verschwinden bringen würde –, die noch in den siebziger Jahren besonders hervorgehobene "positive Rolle" von Schweizer Firmen in Südafrika im Reformprozess unter P. W. Botha abgelöst (vgl. Position 10; Abbildung 27). Diese Haltung wird in der Medienarena vor allem von Schweizer Grossbanken und wirtschaftsfreundlichen Vertretern der FDP eingenommen.

934

Dargestellt werden die zehn am häufigsten geäusserten antikritischen Positionen differenziert nach linksalternativen Binnenorganen, rechtsnationalen Binnenorganen, Medienarena und Parlament in absoluten Werten und Prozentsen [n = 796].

V.3 Pretoristroika, Demokratisierung und Vergangenheitsbewältigung ab 1990: Die Schweizer Schatten der Apartheid

"Miriam Makeba stand für die weltweite Opposition gegen das Apartheidregime (...). Mitte November ist Makeba (...) in der Schweiz aufgetreten. Kosponsorin der Konzerte war die UBS. Die Bankgesellschaft (SBG) und der Bankverein, die sich (...) zur UBS zusammengeschlossen haben, waren für das Apartheidregime entscheidende Handelspartner (...). «Das letzte Flugzeug, das Südafrika verlassen wird, ist sicher eine Swissair-Maschine der Schweizerischen Bankgesellschaft», spottete 1986 die britische «Financial Times» (...). Die WoZ wollte von der UBS wissen, ob die Bank sich je für ihr früheres Engagement in Südafrika entschuldigt habe (...). Auf alle Fragen blieb die Bank (...) die Antwort schuldig (...). Die Banken haben seit der Auseinandersetzung um die Holocaust-Konten eins gelernt: Gutes Marketing ist allemal billiger als Entschädigungszahlungen."⁹³⁵

"Die Holocaust-Krise ist noch nicht zu Ende, und es ist durchaus möglich, dass andere, zum Teil ähnliche Vorwürfe fallen. Wenn irgendwelche einflussreiche Kreise Interesse daran haben, die Schweiz in den Schwitzkasten zu nehmen, können sie Gründe finden. Die Schweiz hatte enge wirtschaftliche Beziehungen zum Apartheid-Regime in Südafrika (...). Im Freistilringen nach dem Ende des Kalten Kriegs braucht es andere Reaktionen (...). Mit einer Umfall-Regierung, die das Land durch fremde Kommissionen inspizieren lässt und in eine Ecke kriecht, wenn man sich ängstigt, und mit einem Parlament, in dem eine Mehrheit mit einem permanenten bösen Gewissen behaftet scheint, fordert die Schweiz Erpressungen geradezu heraus."⁹³⁶

Mit Beginn der "Pretoristroika" und der Demokratisierung in Südafrika – welche ihren symbolischen Auftakt in der Freilassung von Nelson Mandela nach über siebenundzwanzig Jahren Haft im Februar 1990 nimmt –, gerät in der öffentlichen politischen Kommunikation der Schweiz das Thema Südafrika und die Abschaffung der Apartheid abermals in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses, wobei dabei jedoch das Verhältnis Schweiz-Südafrika zunächst in den Schatten der medialen (wie auch parlamentarischen) Debatten rückt.⁹³⁷ Im Zentrum stehen die "ausgehandelte Revolution" zwischen der burischen National Party und dem African National Congress (ANC) und anderer Anti-Apartheid-Organisationen (Stichwort: CODESA-Verhandlungen), die ersten demokratischen Wahlen im April 1994 – welche vom ANC mit 62.6% der abgegebenen Stimmen gewonnen werden –, sowie die Ernennung von Mandela zum ersten schwarzen Staatspräsidenten Südafrikas.⁹³⁸ Nur vereinzelt – vor allem anlässlich institutionalisierter Ereignisse –, werden anfangs der neunziger Jahre die in den Jahrzehnten zuvor intensiv und breit in den Medien und dem Parlament skandalisierten schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit zu einem grösserem öffentlichen Thema: U. a. im Mai 1990

935 Markus B. Meier: "Benefizkonzerte für Südafrika: Die billigere Lösung", WoZ, 26.11.1998.

936 Richard Anderegg: "Nach dem Kniefall vor den Erpressern: Was nun?", SZ, 21.8.1998.

937 Vgl. nochmals Abbildung 2, Seite 50 und Abbildung 5, Seite 54.

938 Vgl. stellvertretend *sdl.*: "Ein Vierteljahrhundert Gefangener des weissen Regimes: Freilassung von Nelson Mandela", NZZ, 12.2.1990; Hans Brandt: "Ein Hoffnungsträger kommt in die Realpolitik", TA, 12.2.1990; "Frei! Zehntausende feierten Mandela", BK, 12.2.1990; *de.*: "Pretorias Perestroika – kein schlechter Start", NZZ, 15.12.1990; *mü.*: "Versinkt Südafrika in der Gewalt?", NZZ, 4.5.1991; Markus Haefliger: "Verfassungsgespräche über ein «neues Südafrika» – doch die politische Lage hat sich alles andere als normalisiert", WE, 19.12.1991; *de.*: "Südafrika und die Spätfolgen der Apartheid", NZZ, 28.3.1992; Markus Haefliger: "Der nächtliche Massenmord von Boipatong hat den Friedensprozess in Südafrika in seine tiefste Krise gestürzt", WE, 25.6.1992; "Weisse Volksfront beschliesst Wahlboykott: Die rechtsextremen Südafrikaner vollziehen einen Tag nach dem Eintrag in die Wahllisten eine Kehrtwende", SoZ, 6.3.1994; Carl Just: "23 Millionen stehen Schlange – die meisten, um Mandela zu wählen!" BK, 28.4.1994; Hanspeter Born: "Der Weg in die Freiheit ist kein Spaziergang", WE, 28.4.1994; Carl Just: "Alles spricht für Nelson Mandela", SBK, 1.5.1994; Hanspeter Born: "Nach der Euphorie der Wahlen kommt für Südafrika und dessen Präsidenten Nelson Mandela jetzt der harte Polit-Alltag", WE, 5.5.1994; *de.*: "Mandela an der Macht", NZZ, 7.5.1994; sowie Hans Brandt: "«Südafrika wird ein grossartiges Land werden»: Südafrika feiert die Amtseinssetzung des neuen Staatspräsidenten Nelson Mandela und das Ende der Apartheid", TA, 11.5.1994.

anlässlich der Visite von Staatspräsident F. W. De Klerk und Aussenminister Pik Botha in der Schweiz; im Juni 1990 mit dem ersten Schweiz-Besuch von Mandela bzw. dessen expliziten Aufruf, die Schweiz solle doch endlich auch Sanktionen ergreifen; sowie 1992/93 anlässlich von umstrittenen Lieferungen von Pilatus PC-7-Flugzeugen an Südafrika und neu(alt)en Enthüllungen über einen schweizerisch-südafrikanischen Pilotenaustausch und Aufenthalt von Schweizer Beamten in Südafrika in den achtziger Jahren.

Nicht ganz im gleichen Umfang wie anlässlich der Schweiz-Besuche von prominenten Apartheidpolitikern in den achtziger Jahren – aber doch im erhöhten Masse aufgrund vereinzelter Protestkundgebungen –, erzeugt auch die Visite von De Klerk und Pik Botha im Mai 1990 eine beachtliche Resonanz; und rückt das Verhältnis Schweiz-Südafrika teilweise in den Vordergrund der Medienberichterstattung.⁹³⁹ Im Gegensatz zu den Boulevardmedien (u. a. Blick), bei denen ein kleiner Autounfall im Konvoi der südafrikanischen Regierungsdelegation im Zentrum steht,⁹⁴⁰ berichtet vor allem der unabhängige Tages-Anzeiger über die von der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) und verbündete linksalternative Lobbygruppen organisierten Demonstrationen in Zürich und Bern unter dem Motto "Keine Geschäfte mit der Apartheid: de Klerk raus."⁹⁴¹ Prominent zitiert wird dabei Andreas Herczog, Nationalrat der POCH (Progressive Organisation Schweiz), der an der Zürcher Schlusskundgebung auf die nach wie vor "bedeutende Rolle der Schweiz als Handelspartner des Apartheidregimes" verwiesen habe.

Im Kontext des Schweiz-Besuchs dieser "Apartheidprominenz" skandalisiert der Tages-Anzeiger auch verstärkt die Gründung der De Beers Centenary AG in der "Fluchtborg Luzern" durch den südafrikanischen Diamantenkonzern De Beers.⁹⁴² Denn damit könne sich De Beers nicht nur drohenden Verstaatlichungen unter einer zukünftigen ANC-Regierung in Südafrika entziehen, sondern gleichzeitig die rigide Kartellgesetzgebung der Europäischen Gemeinschaft (EG) umgehen. Solche von den linksalternativen Binnenorganen AAB-Nachrichten und WochenZeitung seit den achtziger Jahren kritisierten "Umgehungen" und "Vertuschungsmanöver" südafrikanischer Konzerne über die Drehscheibe Schweiz – wie auch die gestiegene Bedeutung der Schweiz als Plattform für den südafrikanischen Diamantenhandel –, finden anfangs der neunziger Jahre auch zunehmend Resonanz in einer breiteren, sprich medialen und parlamentarischen Öffentlichkeit.⁹⁴³

939 Vgl. stellvertretend "Südafrika-CH: De Klerk bei Felber", WoZ, 11.4.1990; Hans Brandt: "Der südafrikanische Präsident kommt in die Schweiz", TA, 22.5.1990; Roger Blum: "De Klerk umwirbt die Schweiz", TA, 23.5.1990; sowie de.: "Südafrikas Präsident in der Schweiz: Unterredung de Klerks mit vier Bundesräten in Bern", NZZ, 23.5.1990.

940 Vgl. stellvertretend Jürg Mosimann: "Südafrikas Präsident von Leibwächtern gerammt: Aussenminister bei Auto-Unfall in Zürich verletzt", BK, 25.5.1990; sowie (ap): "Botha erlitt Unfall, de Klerk kaufte Uhr", TA, 25.5.1990.

941 hy.: "Demonstration gegen de Klerk", TA, 23.5.1990. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel. Vgl. auch Roger Blum: "Berner Polizeigrenadiere mussten die «Herzlichkeit» schützen", TA, 23.5.1990; (sda): "Demonstration gegen de Klerks Besuch in Bern", NZZ, 23.5.1990; sowie tom.: "Kundgebung gegen den Besuch de Klerks", NZZ, 23.5.1990.

942 Sylvia Egli von Matt: "De-Beers-Diamanten in Luzern unwillkommen: Wird Luzern zur Fluchtborg für südafrikanische Konzerne?", TA, 14.6.1990.

943 Vgl. stellvertretend Pierre Weill: "Löst die Schweiz London als Drehscheibe im Diamantenhandel ab?", TA, 8.3.1990; Dieter Bergens: "De Beers neu mit Schweizer Adresse", TA, 8.3.1990; "Diamantenkonzern kommt: Da klingelt die Luzerner Kasse", BK, 8.3.1990; sowie Jürgen Dubenbostel: "Zu Hause droht die Verstaatlichung, in London das Kartellamt: Warum der Diamantenkonzern De Beers in die Schweiz kommt – Für Südafrikaner ist Luzern weit weg von London", WE, 15.3.1990. Vgl. auch Frage grüne Nationalrätin Monika Stocker, *Diamantenhandel mit Südafrika*, 19.3.1990 [Frage 82].

Eine ungleich höhere Medienaufmerksamkeit als diejenige von Staatspräsident De Klerk einige Wochen zuvor, erzeugt dann anfangs Juni 1990 der erste Schweiz-Besuch von Mandela, dem amtierenden ANC-Vizepräsidenten und charismatischsten aller südafrikanischer Oppositionsführer. Schon im Vorfeld dieses Events berichtet beispielsweise der SonntagsBlick über die grosse "Ehre für die Schweizer", einen so berühmten Gast empfangen zu dürfen.⁹⁴⁴ Von allen Medien am stärksten spiegelt der Tages-Anzeiger Mandelas mehrfach geäusserten "Wunsch nach Sanktionen von der Schweiz"; und zwar anlässlich des offiziellen Treffens mit Bundesrat René Felber (SP) in Bern, zweier Reden bei der AAB und ILO (International Labour Organisation) sowie Gesprächen beim Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) in Genf.⁹⁴⁵ Die WochenZeitung bemängelt jedoch, dass von Mandela nach seinem Gespräch mit der "Schweizer Regierung, die als grosse internationale Ausnahme nie Sanktionen gegen Südafrika verhängt hat", nur gute Worte zu vernehmen gewesen seien: "«Meine Delegation verliess die Unterredung mit der Regierung ermutigt» oder «eine neue Wahrnehmung scheint seitens der Regierung stattgefunden zu haben» oder «unser Besuch in diesem Land brachte den erhofften Erfolg»"; hätten die höflichen aber nichtssagenden – und gemäss WochenZeitung wohl auch unzutreffenden – Einschätzungen gelaute.⁹⁴⁶ Denn an der Haltung der Schweiz (Bundesrat, Wirtschaft etc.) gegenüber dem Apartheidregime habe sich doch gar nichts geändert.

Die erste Visite von Mandela in der Schweiz erzeugt auch eine erhöhte parlamentarische Resonanz. Mitte Juni 1990 wird in der Fragestunde im Parlament von der Sozialdemokratischen Partei (SP) und der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) beim Bundesrat angefragt, wie er sich denn nun zum konkreten Sanktionsufruf Mandelas stellen wolle.⁹⁴⁷ Bundesrat Felber distanziert sich in seiner Antwort aber dezidiert von möglichen Boykottmassnahmen mit dem Verweis auf das schweizerische Neutralitätskonzept bzw. Universalitäts-Argument: "le Conseil fédéral (...) rappelle qu'il a un principe d'opposition à l'application de sanctions pour des raisons tenant à la fois à sa politique d'universalité, à ses relations extérieures ainsi qu'à celle de sa disponibilité et de ses bons offices."⁹⁴⁸

In den Kontext des Schweiz-Besuchs von Mandela fällt auch die im September 1990 im Nationalrat behandelte Parlamentarische Initiative *Südafrika-Sanktionen* von SP-Nationalrat Paul Rechsteiner aus dem Sommer 1989, die "bis zur Abschaffung des Apartheid-Systems und der Einführung der Demokratie die Gewährung neuer Kredite und Anleihen sowie die Erneuerung auslaufender Kredite (...) verbieten" will.⁹⁴⁹ In der medialen Öffentlichkeit erzeugt dieser Vorstoss – vor allem im Vergleich mit parlamentarischen Eingaben zum gleichen Thema in den achtziger Jahren –, jedoch keine nennenswerte

944 "Ehre für die Schweizer: Nelson Mandela kommt", SBK, 3.6.1990.

945 Roger Blum: "Nelson Mandela wünschte Sanktionen von der Schweiz", TA, 9.6.1990. Vgl. auch "Mandela kommt", WoZ, 1.6.1990; Hans Brandt: "Nach de Klerk Mandela in der Schweiz: Der ANC-Vizepräsident wirbt für Aufrechterhaltung der Wirtschaftssanktionen", TA, 8.6.1990; Pierre Simonitsch: "Mandela trat in Genf ganz als Staatsmann auf", TA, 9.6.1990; (ap): "Rede Mandelas vor der ILO in Genf: Forderung nach einer Fortsetzung der Sanktionen gegen Südafrika", NZZ, 9.6.1990; "Nelson Mandela beharrt auf Schweizer Südafrika-Boykott", SBK, 10.6.1990; (ap): "Hoffnung auf Meinungsumschwung in der Sanktionenfrage: Nelson Mandela beendet Besuch der Schweiz", TA, 11.6.1990; sowie (ap): "Mandela über seine Gespräche in der Schweiz", NZZ, 11.6.1990.

946 cor.: "Nelson Mandela auf Welttournee: Der Mann, den wir alle lieben", WoZ, 15.6.1990.

947 Vgl. Frage CVP-Nationalrätin Rosmarie Dormann, *Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika*, 18.6.1990 [Frage 33]; Frage SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, *Treffen mit Nelson Mandela*, 18.6.1990 [Frage 34]; sowie Frage SP-Nationalrätin Françoise Pitteloud, *Visite de Nelson Mandela en Suisse*, 18.6.1990 [Frage 35].

948 Antwort Bundesrat René Felber, 18.6.1990 [Frage 33 Dormann, Frage 34 Rechsteiner, Frage 35 Pitteloud].

949 Parlamentarische Initiative SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, *Südafrika-Sanktionen*, 15.6.1989 [89.233]. Zum Eingabetext dieser Parlamentarischen Initiative vgl. Anhang VII.4.

Resonanz mehr.⁹⁵⁰ Im Parlament werden demgegenüber die altbekannten apartheidkritischen Argumente und antikritischen Gegenargumente zur Sanktionenfrage der Jahrzehnte zuvor unter neuen weltpolitischen Vorzeichen nach der Zeitenwende 1989/90 mobilisiert.

Rechsteiner kritisiert, dass angesichts der Verhängung eines Embargos gegenüber Saddam Husseins Regime im Irak durch die UNO – an dem sich die Schweiz seit dem Sommer 1990 beteiligen würde –, das "Feigenblatt Neutralität" für den Fall Südafrika bzw. als Argument gegen einen Südafrikaboykott im Rahmen der "Neuen Weltordnung" nicht mehr taugen würde.⁹⁵¹ Auch SP-Nationalrätin Ursula Bäumlin unterstreicht, dass "seit dem Irak-Boykott die Verträglichkeit von Sanktionen ja plötzlich nicht mehr umstritten ist"; und entlarvt die antikritische Position, wonach Sanktionen schon den Reformprozess unter P. W. Botha verzögert hätten – geschweige denn den aktuellen unter dem neuen Staatspräsidenten De Klerk begünstigen würden –, als "oberflächliches Wechselbalg-Argument".⁹⁵² SP-Nationalrat Jean Ziegler betont – wie früher auch schon –, die absolute "Hypokrisie" der offiziellen Schweiz und der Schweizer Wirtschaft seit dem Sharpeville-Massaker 1960: "on est neutre, on ne peut rien faire. Hélas! Hypocrisie."⁹⁵³ Vor kurzem habe zudem Bundesrat Felber Sanktionen mit dem Verweis auf den negativen Effekt der Erhöhung der Arbeitslosigkeit unter den Schwarzen und dem Argument verworfen, dass selbst schwarze Führer einen Südafrikaboykott als kontraproduktiv erachten. Dabei habe doch selbst Mandela – so Ziegler weiter –, eindringlich für Boykottmassnahmen geworben: "Mandela est venu en Suisse (...). On l'a interrogé et il a dit: «nous attendons que la Suisse, dernier pays européen, applique enfin les sanctions contre l'Afrique du Sud» (...). Hypocrisie encore" könne man da nur sagen; so Ziegler abschliessend.

Im Vergleich zu den achtziger Jahren stossen die Sozialdemokraten im Parlament anfangs der neunziger Jahre nun auch stärker auf Zustimmung und Unterstützung seitens der Grünen Partei. Die grüne Nationalrätin Monika Stocker verweist nämlich ebenfalls auf den "peinlichen Moment" beim Treffen zwischen Mandela und Bundesrat Felber, und wirbt mit dem Grundsatz "global denken, lokal handeln" für eine nachhaltige Unterstützung von Rechsteiners parlamentarischen Vorstoss.⁹⁵⁴

Demgegenüber wird von den bürgerlichen Antikritikern der Klassiker der "Sonderbehandlung" ins Zentrum der Gegenargumentationen gerückt. Felix Auer, Nationalrat der Freisinnigdemokratischen Partei (FDP) und prominentes Mitglied des Patronatskomitees der rechtsnationalen Lobbygruppe asa (Arbeitsgruppe südliches Afrika) in den achtziger Jahren, verwehrt sich gegen einen generellen Vergleich des Fall Südafrika mit der Golfkrise. Denn im Fall Irak sei "das erste Mal eine internationale Solidarität bei gleichzeitiger Überwindung des langjährigen Ost-West-Gegensatzes" gegenüber einem "Aggressor" zustande gekommen: "Unser Land musste hier mitmachen."⁹⁵⁵ Dagegen sei es "eine Art Heuchelei, die Apartheid zu verurteilen (...), aber anderswo über Schlimmeres zu schweigen" und keinen Boykott zu verlangen. Als Beispiele erwähnt Auer die "Greuel in Äthiopien", den "Stalinismus in der Mongolei", den "Kasernenhofkommunismus" in Somalia und die Zustände in Burma, China, Tibet, Kaschmir, Iran, Kolumbien, Liberia, Sudan, Indonesien/Osttimor etc.: "Herr Rechsteiner, Sie wären glaubwürdiger, wenn Sie allerorts solche Verletzungen der Menschenrechte anklagen würden."

950 Vgl. stellvertretend *ubv.*: "Zum 24. Mal ein Nein zu Südafrika-Sanktionen", TA, 21.9.1990; sowie "Sanktionen gegen Südafrika", NZZ, 21.9.1990.

951 SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, Nationalratsdebatte, 20.9.1990 [89.233].

952 SP-Nationalrätin Ursula Bäumlin, Nationalratsdebatte, 20.9.1990 [89.233].

953 SP-Nationalrat Jean Ziegler, Nationalratsdebatte, 20.9.1990 [89.233]. Das nachfolgende Zitate stammt aus diesem Votum.

954 Grüne Nationalrätin Monika Stocker, Nationalratsdebatte, 20.9.1990 [89.233].

955 FDP-Nationalrat Felix Auer, Nationalratsdebatte, 20.9.1990 [89.233]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Votum.

Auch Albrecht Rychen, Nationalrat der Schweizerischen Volkspartei (SVP), kritisiert die inkonsequente Haltung und "Zwängerei" der "Sozis" bei Menschenrechtsverletzungen, und fragt Ziegler rhetorisch, weshalb er denn nicht endlich einen Vorstoss zu Sanktionen gegen Kuba einreiche: "Die Antwort ist für mich klar: Als Sozialist wollen Sie nicht, können sie nicht, weil Sie in diesen Sachen nicht nur einäugig, sondern blind sind."⁹⁵⁶ Seit 1983 hat es gemäss Rychen vierundzwanzig Interventionen zur Frage des Südafrikaboykotts im Parlament gegeben, wobei diese Vorstösse "jedes Mal mit klarer Mehrheit abgelehnt" wurden, und es nun langsam an der Zeit sei, diese Mehrheiten endlich anzuerkennen. Zudem habe sich die Situation in Südafrika "dramatisch verändert" und es sei "viel in Gang gekommen" unter De Klerk. Vor diesem Hintergrund seien Sanktionen, die "in erster Linie die Ärmsten der Armen, und das sind die grossen Massen der Schwarzen, (treffen)", völlig unangebracht.

In diesen letzteren Einschätzungen werden die bürgerlichen Antikritiker im Parlament – dies im Gegensatz zu den achtziger Jahren –, nun neu auch vom Landesring der Unabhängigen (LdU) und der Evangelischen Volkspartei (EVP) unterstützt. Die LdU-Nationalrätin und Sprecherin der LdU/EVP-Fraktion Verena Grendelmeier betont, "dass es im Moment falsch wäre, diesen doch immerhin halbwegs positiven, mit viel Mühe begangenen Prozess zu stören", indem man Sanktionen gegenüber Südafrika ergreife.⁹⁵⁷ Auch Martin Burckhardt, Nationalrat der Liberalen Partei der Schweiz (LPS), betont den "schweren Weg", den Südafrika noch vor sich habe, "seine noch geordnete und unkorrupte Wirtschaft zu erhalten und gleichzeitig den Prozess der Gleichberechtigung durchzuführen."⁹⁵⁸ Boykottmassnahmen würden nur ein falsches Zeichen setzen und die Falschen treffen. Zudem hätten einige Länder den Südafrikaboykott nur aus "egoistischen Wirtschaftsgründen" eingeführt bzw. weiterhin aufrechterhalten: U. a. erwähnt Burckhardt "Kanada und Australien, welche als Konkurrenten Südafrika in Bezug auf Mineralien am Weltmarkt mitmischen." Mit 68 zu 34 Stimmen wird die Parlamentarische Initiative *Südafrika-Sanktionen* von Rechsteiner im Nationalrat schliesslich abgelehnt.

Eine hohe mediale und parlamentarische Resonanz erzielt das Verhältnis Schweiz-Südafrika auch anlässlich der geplanten Lieferungen von sechzig Pilatus PC-7-Flugzeugen an Südafrika durch die zur Oerlikon-Bührle gehörenden Pilatus-Werke in Stans; insbesondere aufgrund der wiederholten Verurteilungen der Schweiz durch das Sanktionskomitee des UNO-Sicherheitsrates – u. a. am 29. September 1992 und am 4. März 1993 –, für diesen Bruch des obligatorischen Waffenembargos der UNO von 1977 [S/RES/418].⁹⁵⁹ Dabei wird von Blick, Tages-Anzeiger und Luzerner Zeitung (LZ) – dem Nachfolgemedium des Vaterlandes –, das Südafrikageschäft der Pilatus-Werke in der Höhe von

956 SVP-Nationalrat Albrecht Rychen, Nationalratsdebatte, 20.9.1990 [89.233]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Votum.

957 LdU-Nationalrätin Verena Grendelmeier, Nationalratsdebatte, 20.9.1990 [89.233].

958 LPS-Nationalrat Martin Burckhardt, Nationalratsdebatte, 20.9.1990 [89.233]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Votum.

959 Vgl. stellvertretend Willy Schenk: "Bundesrat verteidigt PC-7-Lieferungen: Kein Verständnis für UNO-Forderung", TA, 4.2.1993; Niklaus Wächter: "Mogelt Pilatus beim PC-7-Export?", SBK, 7.2.1993; Tz.: "Export von Pilatus-Flugzeugen nach Südafrika von UNO abgelehnt", NZZ, 6.3.1993; Harald Fritsch: "Neue EMD-Auflagen für Pilatus-Fluzeuge", SoZ, 9.5.1993; André Marty: "Überraschende Wende: ANC unter Umständen für PC-7 – Schwarzenvertreter schliessen Flugzeugverkauf nach Südafrika nicht mehr aus", SoZ, 30.5.1993; Urs Buess: "Südafrika kann PC-7 kaufen: Bundesrat erteilt den Stanser Pilatuswerken die Exportbewilligung", TA, 2.6.1993; sowie Sepp Moser: "Über Südafrika droht der Absturz: Nach dem Ja aus Bern bringen Konkurrenten Pilatus in Bedrängnis", WE, 17.6.1993. Vgl. auch Motion SP-Nationalrat Jean Ziegler, *Exportation des PC-7 en Afrique du Sud*, 14.12.1992 [92.3512]; Motion unabhängiger Nationalrat Jean Spielmann, *Pas de Pilatus PC-7 pour l'Afrique du Sud*, 15.12.1992 [92.3518]; Einfache Anfrage unabhängiger Nationalrat Jean Spielmann, *La Suisse, les PC-7 et l'Afrique du Sud*, 17.12.1992 [92.1147]; Einfache Anfrage SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, *Bruch des Waffenembargos gegen Südafrika*, 18.12.1992 [92.1155]; sowie Dringliche Einfache Anfrage SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, *Lieferungen von PC-7 Flugzeugen nach Südafrika*, 2.3.1993 [93.3058].

260 Mio. SFR vor allem auch als Grundsatzfrage für den "Werkplatz Innerschweiz" thematisiert.⁹⁶⁰ Denn eine abschlägige Exportbewilligung durch den Bundesrat bzw. ein "Nein zum Pilatus PC-7 macht Stans kaputt!"; titelt der Blick wie gewohnt übergross.⁹⁶¹

Am intensivsten skandalisiert aber insgesamt die WochenZeitung – welche schon in den frühen achtziger Jahren die "Mär über den angeblich «ausschliesslich zivilen» Verwendungszweck" des "PC-7 Turbo Trainers" kritisierte und dessen Einsatz als "Mehrzweck-Kampfflugzeug" (bestückt mit Schnellfeuerkanonen, Maschinengewehren, Bomben und Raketen) in Guatemala und Burma enthüllte –, dieses neueste "Waffengeschäft" der Oerlikon Bührle und die gleichgültige Haltung der offiziellen Schweiz dazu.⁹⁶² Die WochenZeitung betont, dass das geplante Geschäft gegen das "völkerrechtlich bindende" Uno-Waffenembargo von 1977 verstosse [S/RES/418], das "explizit auch Nichtmitglieder der Uno verpflichtet."⁹⁶³ Daneben verbiete die 1986 verfasste "Sicherheitsrats-Resolution 591 (...) jegliche Lieferungen an die südafrikanische Armee und Polizei, «namentlich auch Flugzeuge, Flugzeugmotoren und Flugzeugbestandteile»." Zudem verfüge der Bundesrat mit der Bundesverfassung (Artikel 102, Ziffern 8 und 9) genügend Rechtsgrundlage, um sich UNO-Sanktionen anzuschliessen: "Darauf stütze er auch seine Embargobeschlüsse gegen den Irak sowie seither gegen Lybien und Serbien-Montenegro." Eine bundesrätliche Bewilligung dieses "Waffenexportes" – inklusive Erteilung der Exportrisikogarantie (ERG) –, stelle somit einen groben "Rückfall zum Sonderfall" dar.⁹⁶⁴

Auf Seiten des Bundesrates wird der PC-7-Export nach Südafrika bzw. die Nichtbefolgung des UNO-Waffenembargos in den Antworten auf diverse parlamentarische Vorstösse aber einerseits mit der UNO-Nichtmitgliedschaft der Schweiz begründet;⁹⁶⁵ andererseits mit dem bekannten Argument gerechtfertigt, dass schon "im Jahre 1963 (das heisst 14 Jahre vor dem Uno-Waffenembargo) (...) die Schweiz einen Waffenlieferungsstopp nach Südafrika beschlossen" habe.⁹⁶⁶ Der Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartementes (EMD), Bundesrat Kaspar Villiger (FDP), betont zudem, dass die

960 Vgl. stellvertretend Beat Bühlmann: "Pilatus-Werke haben «moralisch versagt»: Stanser Flugzeugwerke wollen mit der Gruber-Entlassung das Südafrika-Geschäft retten", TA, 27.3.1993; *rh/ry*: "«Pilatus» setzt neu auf Zivilflugzeuge: Trotz erfolgreichem Geschäftsjahr Turbulenz im Stanser Unternehmen", LZ, 27.3.1993; Beat Bühlmann: "«Wenn wir nicht liefern, verkaufen die anderen»: Der Nidwaldner Volkswirtschaftsdirektor Werner Odermatt wirft sich für das PC-7-Geschäft mit Südafrika in die Bresche", TA, 13.5.1993; Franz Glinz: "PC-7: Entscheid für Arbeitsplätze", BK, 2.6.1993; Beat Christen: "«Ein Gefühl wie das Sonnenaufgangserlebnis auf einem Gipfel»: Erleichterung bei den Pilatus-Flugzeugwerken nach Bundesratsentscheid", LZ, 2.6.1993; sowie K.F.: "Pilatus PC-7 nach Südafrika: Auslieferung beginnt", LZ, 24.8.1994.

961 "BLICK-Interview mit Ernst Thomke über das Südafrika-Geschäft, den Kauf von Piper und den Werkplatz Schweiz: «Ein Nein zum Pilatus PC-7 macht Stans kaputt!», BK, 13.5.1993.

962 Georg Hodel: "Interne «PC-7»-Verkaufsunterlagen sorgen für neuen Bührle-Skandal: Ein untaugliches Vertuschungsmanöver", WoZ, 21.9.1984. Vgl. auch Leo Gabriel: "Auf den Spuren des «Pilatus PC-7»: Besuch bei der «Fuerza Aerea Guatemalteca», WoZ, 11.1.1985; Urs Frieden: "Pilatus-Flugzeuge: Neuer Absatzmarkt Südafrika – PC-7 fliegt auf Apartheid", WoZ, 30.3.1990; sowie *uf*: "Apartheidstaat sucht neue Kleinflugzeuge: Noch mehr PC-7 für Südafrika?", WoZ, 15.2.1991.

963 Peter Hug: "Opportunistische Sanktionspolitik der Schweiz: Fliegen für die Apartheid", WoZ, 12.2.1993. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

964 Peter Hug: "Die neue alte Südafrika-Politik des Bundesrates: Rückfall zum Sonderfall", WoZ, 9.4.1993. Vgl. auch Peter Hug: "Zum PC-7-Südafrika-Entscheid des Bundesrates: Von «Kehrtwende» des ANC keine Rede", WoZ, 4.6.1993.

965 Vgl. stellvertretend Schriftliche Antwort Bundesrat, 24.3.1993 [92.1155]; sowie Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 20.9.1993 [92.3512].

966 Schriftliche Antwort Bundesrat, 7.12.1992 [Frage 11 Rechsteiner, Frage 12 Spielmann, Frage 13 Bär]. Vgl. auch Schriftliche Antwort Bundesrat, 24.3.1993 [93.3058]; Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 24.3.1993 [92.1147]; sowie Antwort Bundesrat, 1.6.1993 [93.1024].

Pilatus PC-7-Flugzeuge im herkömmlichen Sinne kein Kriegsmaterial darstellen; schon gar nicht im "unbewaffneten" Zustand, in welchem sie die Schweiz verlassen würden. Dabei scheint sich laut Bundesrat Villiger nicht einmal das Sanktionskomitee des UNO-Sicherheitsrates sicher zu sein, ob das Flugzeug "in dieser Konfiguration wirklich unter die Resolution fällt."⁹⁶⁷ Laut Bundesrat Villiger bestehen somit "einige Ermessensspielräume". Im übrigen würde "wahrscheinlich das generelle Wirtschaftsembargo von der Uno nächstens aufgehoben."

Im Zusammenhang mit der "PC-7-Affäre" werden in der Medienarena und dem Parlament auch der in den achtziger Jahren von Divisionär Peter Regli – Chef der Untergruppe Nachrichtendienst im Generalstab (UNA) und von 1982 bis 1988 Flieger- und Fliegerabwehr-Nachrichtendienstchef –, organisierte Pilotenaustausch zwischen der Schweiz und Südafrika sowie die Südafrika-Reisen von Schweizer Beamten skandalisiert (u. a. 1988 Hans-Ulrich Ernst, Direktor der eidgenössischen Militärverwaltung).⁹⁶⁸ Scharf kritisiert beispielsweise der SonntagsBlick das "Fliegergaudi" über Südafrikas Steppen und Schweizer Alpengipfel und das "muntere und zynische Treiben" des EMD, welches sich in der Hoch-Zeit des internationalen Südafrikaboykotts "keinen Deut" um die internationale Solidarität gekümmert habe.⁹⁶⁹ In der Einsetzung der Delegation der Geschäftsprüfungskommission der Eidgenössischen Räte (GPDeI) im Sommer 1993 zur Abklärung des Pilotenaustausches, verspricht sich jedoch Urs Frieden in der WochenZeitung nicht viel Aktuelleres zu den "traditionell gewachsenen Verbindungen zwischen der Schweiz und Südafrika" – als Beispiel verweist er auf die Südafrika-Besuche von Schweizer Fallschirmspringern 1983, Zürcher Kantonspolizisten 1987 und von alt Generalstabchef Jörg Zumstein 1988 –, als es die Parlamentarischen Untersuchungskommissionen (PUK) zum EMD und EJPD (Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement) im Rahmen der "Fichenaffäre" anfangs der neunziger Jahre (nicht) zu enthüllen vermochten.⁹⁷⁰ Vom Bundesrat wird jedoch der "Erfahrungsaustausch" der schweizerischen und südafrikanischen Piloten im "Lichte der damaligen sicherheitspolitischen Lage" als "militärisch gerechtfertigt" charakterisiert und insgesamt als "nicht völkerrechtswidrig" gewertet.⁹⁷¹ Zudem habe es sich bei der Südafrika-Reise von Ernst um eine "private und selbstfinanzierte Ferienreise" des EMD-Generalsekretärs mit seiner Ehefrau gehandelt, welche "mit keinerlei offiziellen oder offiziösen Aufträgen verbunden" gewesen sei. Im Vergleich mit den anderen Medien stossen diese bundesrätlichen Begründungen zum Pilotenaustausch und zu den Beamten-Aufenthalten in Südafrika insgesamt vor allem in der WochenZeitung auf das grösste Unverständnis.

Anlässlich der ersten demokratischen Wahlen im Mai 1994 und dem anschliessenden Machtwechsel in Südafrika spielen die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit in der öffentlichen politischen Kommunikation der Schweiz nur noch eine marginale Rolle. Wenn das Verhältnis Schweiz-Südafrika überhaupt thematisiert wird, dann nicht mehr vergangenheitsbezogen, sondern gegenwartsbezogen und/oder zukunftsgerichtet: U. a. im Rahmen der Diskussion über die Entsendung von Schweizer Wahlbeobachtern nach Südafrika;⁹⁷² sowie anlässlich des Südafrika-Besuchs von

967 Bundesrat Kaspar Villiger, Nationalratsdebatte, 21.9.1993 [92.3512, 92.3518]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Votum.

968 Vgl. stellvertretend Andres Büchi: "Piloten-Affäre: EMD präsentiert den Schuldigen", SoZ, 4.4.1993; *sto.*: "Pilotenaustausch: EMD will keine Köpfe rollen lassen", BZ, 6.4.1993; *sto.*: "Militär: Pilotenaustausch mit Südafrika war kein Einzelfall", BZ, 8.4.1993; (sda): "Leitbild der Sicherheitsdelegation des Parlaments: Untersuchung des Pilotenaustausches mit Südafrika", NZZ, 28.5.1993; sowie (ap): "Pilotenaustausch mit Südafrika war politisch fragwürdig: Departementsvorsteher nicht unterrichtet", TA, 16.10.1993. Vgl. auch Dringliche Einfache Anfrage SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, *Militärische Kooperation mit Südafrika*, 26.4.1993 [93.1024].

969 "Ins Herz der Armee", SBK, 4.4.1993.

970 Urs Frieden: "Unschickliche Trips", WoZ, 9.4.1993.

971 Antwort Bundesrat, 1.6.1993 [93.1024]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus dieser Antwort.

972 Vgl. stellvertretend "Teure Wahlbeobachtung", BK, 23.2.1994; Rolf Holenstein: "Wie Schweizer Wahlbeobachter für Südafrikas erste freie Wahlen ausgebildet werden: Besserwisser und Lehrmeister nicht gefragt", We, 3.3.1994; Chris-

Bundesrat Flavio Cotti (CVP) im September 1994, bei welchem vor allem die neuen schweizerischen Wirtschafts- und Aussenbeziehungen mit der ANC-Regierung und die finanzielle Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Südafrika durch die Schweiz im Zentrum stehen.⁹⁷³

Die vielfältigen und kontroversen Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika seit der Institutionalisierung der Apartheid 1948 sollten erst wieder im Gefolge der mit der Auseinandersetzung über den "Fichenstaat" beginnenden Vergangenheitsbewältigungsdebatten der neunziger Jahre stärker in den Fokus des öffentlichen Interessens rücken; und zwar explizit nach der Holocaustaffäre 1996/97/98 (d. h. nach dieser intensiven Skandalisierung der Schweiz für ihre "Schatten des Zweiten Weltkrieges" seitens des Jüdischen Weltkongresses (WJC) und des New Yorker Senators Alfonse D'Amato, welche im August 1998 zu einem Vergleich zwischen Holocaustopfern und den Schweizer Grossbanken SBG/UBS, SBV und Credit Suisse in der Höhe von 1.25 Mia. \$ führte). Doch dazu gleich mehr.

In der medialen Perzeption der Holocaustaffäre lassen sich aber teilweise schon von Beginn an Vorzeichen erkennen, die darauf hindeuten, dass nach den Themen "Nazigold" und "nachrichtenlose Vermögen" zum Millenniumswechsel auch die Apartheidschatten und das Thema "Apartheidgold" zu einer zweiten grossen Geschichtsdebatte und Vergangenheitsbewältigung für die Schweiz auswachsen könnte. Denn waren die Verbindungen zum Thema Apartheid in Südafrika im Rahmen der Holocaustdebatte international wie auch in der Schweiz anfänglich eher zufälliger Natur – u. a. wurde vor Einrichtung der Bergier-Kommission eine "Wahrheitskommission" nach südafrikanischem Muster (Stichwort: TRC) für die Schweiz gefordert und die Boykottdrohungen einzelner US-Staaten und US-Städte gegen die Schweiz mit den Sanktionen gegen das Apartheidregime in den achtziger Jahren verglichen –,⁹⁷⁴ so rückte zunehmend der gemeinsame Nenner der Komplizenschaft der Schweiz mit totalitären Regimes ins Zentrum des öffentlichen Interessens (Stichwort: vom "Kriegsgewinnler" der Nazizeit zum "Sanktionsgewinnler" der Apartheidära).

Am Beispiel von SVP-Nationalrat Christoph Blocher verweist dabei Peter Kamber im Tages-Anzeiger schon im Sommer 1997 auf eine enge personelle und ideelle Verflechtung der beiden brisanten Gegenwartsthemen der Schweiz:

tian Sauter: "Die Schweiz schickt am meisten Wahlbeobachter: Für Flavio Cotti hat der Einsatz in Südafrika Priorität", TA, 13.4.1994; sowie *fre.:* "Scharf beobachtetes Südafrika: Weitere parlamentarische Wahlbeobachter", NZZ, 22.4.1994. Vgl. auch Einfache Anfrage SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, *Übergang zur Demokratie*, 7.10.1993 [93.1072]; sowie Frage FPS-Nationalrat Walter Steinemann, *Auslanddelegationen*, 26.9.1994 [94.5179].

973 Vgl. stellvertretend Hans Brandt: "Cotti: Südafrika als Exempel – Neue Konturen für Schweizer Engagement in Afrika", TA, 14.9.1994; *ach.:* "80 Millionen Franken für Südafrika: Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der Kaprepublik", NZZ, 15.9.1994; sowie Willy Schenk: "«Hoffentlich sind wir nicht die letzten»: Bundesrat Flavio Cotti erwartet in Südafrika einen Wettlauf der Investoren", TA, 16.9.1994. Vgl. auch Frage SVP-Nationalrat Albrecht Rychen, *Unterstützung für Südafrika*, 26.9.1994 [94.5188]; sowie Frage FPS-Nationalrat Walter Steinemann, *80 Millionen Franken für Südafrika*, 13.3.1995 [95.5018].

974 Vgl. stellvertretend (sda): "Gegen eine «Wahrheitskommission»: Die Schweiz weist Forderungen aus den USA zurück", TA, 2.11.1996; Jürg Schoch: "Zukunft schaffen heisst, sich erinnern: Der Berner Historiker Jacques Picard über die Geisteshaltung in der geforscht werden sollte", TA, 27.11.1996; Martin Suter: "«Wenn die UBS die Botschaft hört, werden wir die Beziehungen nicht abbrechen»: New Yorks Finanzchef Alan G. Havesi über den Ausschluss der UBS von einer Anleiheemission", TA, 12.10.1997; Thomas Rüst: "Lobbying gegen die Schweiz", TA, 8.12.1997; sowie (ap): "Mit der Apartheid im gleichen Topf: Wie einst Südafrika bei der Apartheid könnte ein Boykott die Schweiz im Fall der Holocaust-Opfer zum Einlenken zwingen", TA, 4.8.1998.

"Als er noch einfach Blocher hiess und als Jurist im Verwaltungsrat der Schweizerischen Bankgesellschaft sass, die sich ebenfalls umbenannt hat, hatte er noch kein Gehör für die Verfolgten und Bedrängten. Weder setzte er sich für die Überlebenden des Holocaust und deren Hinterbliebene ein, die dann und wann an den Schaltern «seiner» Bank kleinlaut nach den verschollenen Konten aus der Kriegszeit fragten, noch fand er, dass die Bank unrecht tat, wenn sie damals in führender Stellung das Gold aus dem Apartheid-Staat an der Südspitze Afrikas einschmolz, umprägte und weiterverkaufte."⁹⁷⁵

Dass angesichts der amerikanischen Boykottandrohungen gegen die Schweiz 1997 Blocher – zusammen mit Ulrich Schlüer, Parteikollege und zugleich "Kampfgefährte" der rechtsnationalen Lobbygruppe asa (Arbeitsgruppe südliches Afrika) –, hysterisch von "Erpressungsversuchen" reden würde, sei auf dessen grundsätzliche Ablehnung von "unsinnigen Sanktionen" und dem "Kriegsmittel Boykott" aus den Südafrikadebatten der achtziger Jahre zurückzuführen; bilanziert Kamber:

"In welchem Masse ihm [Blocher, Anm. PM] die Ähnlichkeit der Fälle zu Bewusstsein kam – die Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie kopiert schlechte Gewohnheiten –, ist nicht auszumachen: Das Apartheid-Gold war der scheinbar so unverfängliche Seelentest für jene, die jetzt behaupten, mit dem Nazigold ein reines Gewissen zu haben."

Im Vergleich zur Medienarena und dem Parlament sollten aber solche Verbindungen und Gemeinsamkeiten zwischen den Schatten des Zweiten Weltkrieges und den Apartheidschatten zunächst vor allem – wie wir gleich sehen werden –, in den apartheidekritischen Binnenorganen des linksalternativen politischen Milieus (AAB-Nachrichten, WochenZeitung) getätigt und herausgestrichen werden.

975

Peter Kamber: "Vom Kriegsgeschrei der Sonderbündler: Ein paar Bemerkungen zur «Erpressungshysterie» des Christoph Blocher", TA, 27.7.1997. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

V.3.1 Resonanzanalyse apartheidekritische und antikritische Lobbygruppen 1997-2001

"Wenn wir die Beziehungen der Schweiz zu Südafrika in der Nachkriegszeit verstehen wollen, dann ist es wichtig zu wissen, dass ein Teil der schweizerischen Wirtschafts- und Politikerelite, bestimmt auch ein Teil der Schweizer Bevölkerung und insbesondere die militanten Kalten Krieger bis in die jüngste Zeit etliche Sympathien zum burischen Nationalismus und zur südafrikanischen Führungselite zur Apartheidzeit gehabt haben."⁹⁷⁶

"Die Geschichtsschreibung hat heute in den Augen vieler eine richterliche Funktion. Es geht darum, ein Verschulden festzustellen und dann gleich ein Strafmass festzulegen. Die gegenwärtige Kontroverse um die Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika während der Apartheid wird in diesem Geist ausgetragen. Die Darstellung der zurückliegenden Ereignisse wird vom beabsichtigten Endzweck diktiert: Es soll über einen «Schuldspruch» bei den Schweizer Banken eine massive Geldbusse eingefordert werden."⁹⁷⁷

Im Nachhall der Holocaustaffäre finden in den neunziger Jahren folgende Aktivitäten und Ereignisse zum Verhältnis Schweiz-Südafrika in den Binnenorganen AAB-Nachrichten und WochenZeitung eine erhöhte Aufmerksamkeit: Diverse Forderungen von linksalternativer Seite und parlamentarische Vorstösse der Grünen Partei zu einer umfassenden Aufarbeitung aller Beziehungen der Schweiz zum Apartheidregime seit 1948;⁹⁷⁸ die südafrikanische Kampagne für einen Apartheidschuldenerlass, Reparationszahlungen und Entschädigungen von Apartheidopfern durch wirtschaftliche Apartheidprofiteure, welche mit der Publikation einer Apartheidschuldenstudie im Februar 1999 durch die kampagnenführenden NGOs (Non-Governmental Organisations) in der Schweiz breiter lanciert wird;⁹⁷⁹ die mit der Verhaftung des in Südafrika die Geheimdienstverflechtungen zur Apartheidzeit recherchierenden Journalisten Jean-Philippe Ceppis in den Medien verstärkt skandalisierten nachrichtendienstlichen Kontakte der Schweiz zum Apartheidregime; sowie die schweizerisch-südafrikanischen Wirtschafts- und Aussenbeziehungen zur Apartheidzeit im allgemeinen.

Apartheidkritische Positionen in AAB-Nachrichten und WochenZeitung in den neunziger Jahren:

Im Vergleich mit den siebziger und achtziger Jahren wird der apartheidekritische Diskurs in den AAB-Nachrichten und der WochenZeitung in der Phase 1997-2001 noch intensiver durch verbündete schweizerische – sowie neu und verstärkt auch südafrikanische – Lobbygruppen und ihre Exponenten dominiert: U. a. Aktion Finanzplatz Schweiz (AFP) – nun neu ohne den Zusatz "Dritte Welt" –, Kampagne für Entschuldung & Entschädigung im südlichen Afrika (Keesa), Afrika-Komitee Basel, South African National NGO Coalition (SANGOCO), Alternative Information and Development Centre (AIDC) sowie vor allem die Jubilee 2000 und ihr Fürsprecher, Bischof Njongonkulu Ndungane (insgesamt 36.5%). Zusammen machen in dieser Phase aber die Positionen der AAB Südliches Afrika – vormals Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) (28.0%) – und solche der WochenZeitung (18.2%) gut die Hälfte des Gesamtdiskurses aus. Daneben erzielt nur gerade die Grüne Partei eine erhöhte Aufmerksamkeit mit ihren Argumenten (6.0%). Wie in den achtziger Jahren auch, reagieren AAB-Nachrichten

⁹⁷⁶ Mascha Madörin: "Wirtschaftsbeziehungen Schweiz-Südafrika: Von Solidarität mit weissen Herren geprägt", AAB-Nachrichten, 2/1997.

⁹⁷⁷ "Die Schweiz und Südafrika", asa-bulletin, Nr. 172, August 1999; sowie *fem.*: "Komplexe Wahrheit", NZZ, 3.7.1999.

⁹⁷⁸ U. a. Einfache Anfrage grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, *Schweiz soll Beziehungen zu Südafrika aufklären*, 20.3.1997 [97.1031]; sowie Parlamentarische Initiative grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, *Aufarbeitung der Beziehungen zu Südafrika während den Jahren 1948-1994*, 20.3.1998 [98.412]. Vgl. auch Anhang VII.4.

⁹⁷⁹ Vgl. Madörin, Wellmer, und Egli, *Apartheidschulden. Der Anteil Deutschlands und der Schweiz*, Stuttgart 1999.

und WochenZeitung in den neunziger Jahren zudem öfters auf apartheidkritische Positionen in den Medien (u. a. SonntagsZeitung und Le Temps).⁹⁸⁰ Als aktivste Schreiberlinge in den AAB-Nachrichten zum Verhältnis Schweiz-Südafrika in der Phase 1997-2001 erweisen sich AAB-Präsident Chris Fannin, Pfarrerin Leni Altwegg (ehemalige AAB-Präsidentin) und vor allem AAB-Sekretär Peter Leuenberger. Daneben publizieren immer wieder Mascha Madörin (AFP) und die zugleich für die WochenZeitung schreibende Martina Egli, Journalistin mit den Spezialgebiet Südafrika, Beiträge in diesem Binnenorgan. Nebst einigen wenigen Artikeln der Redaktoren Johannes Wartenweiler und Gertrud Ochsner, wird ansonsten die Debatte über die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit in der WochenZeitung ausschliesslich vom Zweierteam Madörin-Egli bestritten (zusammen gut 12 Artikel). Daneben eröffnen die AAB-Nachrichten wie auch die WochenZeitung wiederholt Bischof Ndungane, Fürsprecher der südafrikanischen Sektion der internationalen Erlasskampagne Jubilee 2000, das Forum für Stellungnahmen.⁹⁸¹

Erweist sich in den siebziger und achtziger Jahren die Kritik an der apartheidstützenden Funktion der Schweizer Wirtschaft als unangefochtenes Leitargument der Apartheidkritiker, so wird nach den ersten demokratischen Wahlen in Südafrika 1994 die daraus abgeleitete moralische Verpflichtung zur monetären Wiedergutmachung zur neuen Blaupause der Skandalisierung der schweizerischen Beziehungen zum ehemaligen Apartheidregime (vgl. Position 1; Abbildung 28, Seite 242). Diese Position wird vorwiegend von linksalternativen Lobbygruppen portiert. Unbestritten sei nämlich, dass die Schweizer Grossbanken jahrzehntelang "aufs falsche Pferd gesetzt" und "unmoralische Geschäfte" mit dem Apartheidregime betrieben haben.⁹⁸² Der Druck gegenüber den Apartheidprofiteuren müsse nun erhöht werden: "Entschädigungen sollen jetzt bezahlt werden – und nicht erst in 50 Jahren", wie bei den Holocaustopfern.⁹⁸³

Das alte Deutungsmuster der Schweizer Grossbanken als Hauptstützen des Apartheidregimes geniesst dabei auch in den neunziger Jahren eine ungebrochen hohe Aufmerksamkeit in den AAB-Nachrichten und der WochenZeitung (vgl. Position 2; Abbildung 28): "Eines ist klar, die schweizerischen (...) Banken haben eine zentrale Rolle bei der Finanzierung der Apartheidregierung" gespielt.⁹⁸⁴ Denn sie haben "[i]n allen politischen und wirtschaftlichen Krisensituationen, wenn Südafrika international isoliert dastand, (...) das Apartheidregime unterstützt."⁹⁸⁵

980 n = 286. AAB Südliches Afrika = 80 Positionen (28.0%); WoZ = 52 (18.2%); Keesa = 45 (15.8%); Jubilee 2000 = 17 (5.9%); Grüne Partei = 17; AFP = 16 (5.6%); Njongonkulu Ndungane = 15 (5.3%); Jean-Philippe Ceppi = 9 (3.2%); SANGOCO = 6 (2.1%); AIDC = 3 (1.1%); Parlamentarische Gruppe Schweiz-Südafrika = 3; Afrika-Komitee Basel = 2 (0.7%); Erklärung von Bern (EvB) = 2; SoZ = 2; Centre Europe – Tiers Monde (CETIM) = 2; Schweizerischer Nationalfonds = 2; Regierung Südafrika = 2; Commission Tiers Monde de l'Eglise catholique (COTMEC) = 2; Wouter Basson = 2; HEKS (Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz) = 1 (0.3%); Le Temps = 1; Interdepartementale Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika = 1; Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) Südafrika = 1; Sozialdemokratische Partei (SP) = 1; Partei der Arbeit (PdA) = 1; sowie Congress of South African Trade Unions (COSATU) = 1.

981 U. a. Njongonkulu Ndungane: "Entschädigungszahlungen für die Apartheidopfer: Jetzt, und nicht erst in fünfzig Jahren", AAB-Nachrichten, 2/2000; sowie Njongonkulu Ndungane: "Entschädigungszahlungen für die Apartheidopfer: Jetzt, und nicht erst in fünfzig Jahren", WoZ, 11.5.2000.

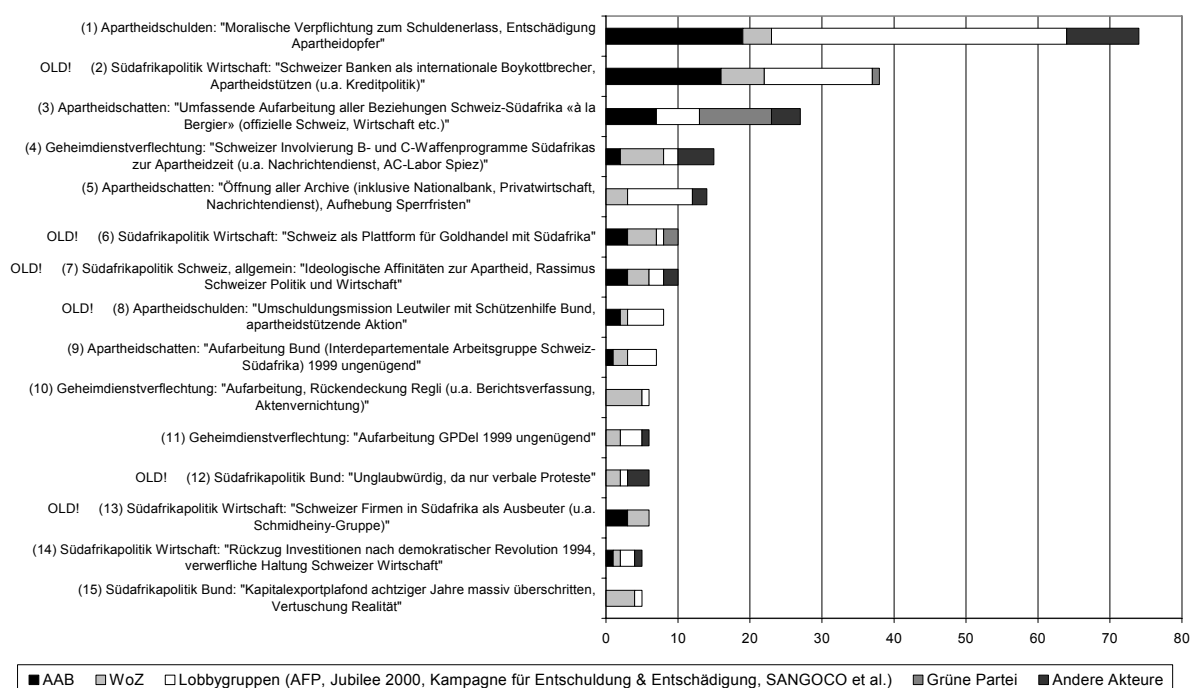
982 Chris Fannin: "AAB-Jahresbericht: Arbeit gibt es noch genug", AAB-Nachrichten, 3/2000.

983 Peter Leuenberger: "Druck erzeugen auf Apartheidprofiteure", AAB-Nachrichten, 3/2000.

984 Mascha Madörin: "Reparationen für Wiederaufbau und Entwicklung in Südafrika: Der Finanzplatz Schweiz als Stütze des Apartheidregimes und seine aktuelle Verantwortung", AAB-Nachrichten, 3/1997.

985 Martina Egli: "Die Schweiz und Südafrika: Schwierige Vergangenheitsbewältigung – Wie befreit man sich von Schuld?", WoZ, 12.9.1997.

Abbildung 28: Apartheidkritische Positionen differenziert nach Akteuren in AAB-Nachrichten und WochenZeitung 1997-2001⁹⁸⁶



Das gleiche gilt auch für den Goldhandel der Schweizer Grossbanken mit Südafrika – welcher seit den achtziger Jahren von beiden linksalternativen Binnenorganen konstant skandalisiert wird –, und die Umschuldungsmission des ehemaligen Nationalbankpräsidenten Fritz Leutwiler – welche dem Apartheidregime eine "wichtige Verschnaufpause" verschaffen habe –, und beide als weitere Parade-

986

Dargestellt werden die fünfzehn am häufigsten geäusserten apartheidkritischen Positionen differenziert nach Akteuren in AAB-Nachrichten und WoZ 1997-2001 in absoluten Werten [n = 286]. Alte Positionen sind in der Abbildung mit OLD! gekennzeichnet. Weitere apartheidkritische Positionen mit erhöhter Resonanz in den AAB-Nachrichten und WoZ: *Sanktionen, UNO: "Missbrauch Schweiz als Drehscheibe, für Dreiecksgeschäfte (u. a. Marc Rich, Oerlikon-Bührle, ASEA-BBC)"* [5 Nennungen]; *Südafrikapolitik Bund: "Pilotenaustausch ist neutralitätswidrig"* [5]; *Südafrikapolitik Bund: "Abbruch Diplomatie, Rückzug Botschafter, Anerkennung ANC"* [4]; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweizer Banken finanzieren Auslandengagement südafrikanischer Firmen, Herkunftsverschleierung (u. a. Minorco, CFR)"* [4]; *Apartheidschatten: "Aufarbeitung Schweiz-Südafrika im Rahmen NFP42+ nicht ausreichend (u. a. Geldmangel)"* [4]; *Sanktionen, Neutralität: "Nichtergreifung = Komplizenschaft, Sanktionsgewinnler"* [3]; *Apartheid, Reformen Botha: "Beschönigung, Rechts-Propaganda Lobbygruppen (u. a. asa, SSAA, CFS)"* [3]; *Apartheidschatten: "Lernen aus der Geschichte (Holocaustaffäre)"* [3]; sowie *Geheimdienstverflechtung: "Verstrickungen Schweiz bei Ermordung Dulcie September 1988"* [3]. Apartheidkritische Positionen mit geringer Resonanz in AAB-Nachrichten und WoZ [weniger als 3 Nennungen]: *Sanktionen, Neutralität: "Bei schweren Menschenrechtsverletzungen Vorzug aussenpolitische Tradition Solidarität, Humanität"*; *Südafrikapolitik Schweiz, allgemein: "Behinderung AAB-Tätigkeiten durch Schweizer Behörden"*; *Südafrikapolitik Bund: "Überlassen der Aussenpolitik der Wirtschaft"*; *Südafrikapolitik Bund: "Einführung «echter» Courant normal (inkl. sämtliche Kapitalexperte, Goldhandel)"*; *Südafrikapolitik Bund: "Beamtenaufenthalte neutralitätswidrig, Umgehungs-Diplomatie"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweiz als Plattform für Diamantenhandel mit Südafrika"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Involvement Schweizer Banken Muldergate-Skandal 1978"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "DEZA-Fonds ungenügend, nur Imagekorrektur Wirtschaft"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Finanzierung Atomprogramm Südafrikas, ESCOM-Anleihe Schweizer Banken siebziger Jahre, Uran-Lieferungen achtziger Jahre"*; *Apartheidschatten: "Bund soll südafrikanische Wahrheitskommission (TRC) unterstützen"*; *Geheimdienstverflechtung: "Tatbestand Mandrax-Deal 1992"*; sowie *Geheimdienstverflechtung: "Tatbestand Nuklear-Deal mit Russland 1992"*.

beispiele für die Schweizer "Beihilfe für Sanktionsbrecher" aufgeführt werden (vgl. Positionen 6 und 8; Abbildung 28).⁹⁸⁷

Wie in den siebziger und achtziger Jahren zuvor schon, werden auch schweizerische Unternehmen mit Niederlassungen in Südafrika zur Apartheidzeit skandalisiert, da sie jahrzehntelang "von der Terrorisierung schwarzer ArbeiterInnen profitiert haben" (vgl. Position 13; Abbildung 28).⁹⁸⁸ Neu wird dabei auf die verwerfliche Haltung der Schweizer Wirtschaft in den neunziger Jahren verwiesen, die nachdem "klar war, dass die Tage der Apartheid gezählt waren" und die Sanktionen aufgehoben wurden, ihre Investitionstätigkeiten wieder reduzierten (vgl. Position 14; Abbildung 28): "Ihr Bekenntnis zur Förderung der Demokratie in Südafrika hat die Schweiz nicht mit einer Steigerung der Investitionen an das neue Südafrika bekundet";⁹⁸⁹ vielmehr habe die Schweizer Wirtschaft einfach "in Südafrika einen Scherbenhaufen hinterlassen."⁹⁹⁰

Als neue apartheidkritische Position in den neunziger Jahren, die vor allem in der WochenZeitung Resonanz findet, erweist sich die anlässlich der Publikation der Apartheidschuldenstudie durch links-alternative Lobbygruppen geäußerte Kritik am "Kapitalexportplafond, der die Kapitalexporte nach Südafrika beschränken sollte und Anfang der achtziger Jahre faktisch beträchtlich überschritten wurde" (vgl. Position 15; Abbildung 28).⁹⁹¹ Dabei stelle sich auch die Frage, ob die Schweizer Behörden denn je ernsthaft daran interessiert gewesen seien, den Kapitalexport wirklich zu beschränken, oder ob dieser nur zur Vertuschung der Realität gedient habe.

Eine hohe Resonanz erzielen auch die schweizerisch-südafrikanischen Geheimdienstverflechtungen zur Apartheidzeit – d. h. "die wiederholten Kontakte des schweizerischen militärischen Nachrichtendienstes zu Exponenten des biologischen Waffenprogrammes des Apartheidregimes" –, die jedoch im Gegensatz zu den AAB-Nachrichten verstärkt und differenzierter in der WochenZeitung skandalisiert werden (vgl. Positionen 4, 10 und 11; Abbildung 28).⁹⁹²

Daneben findet verstärkt die Grüne Partei bzw. die grüne Nationalrätin Pia Hollenstein mit ihrer Forderung, "dass die Schweiz ihre Beziehungen zum Apartheidregime in Südafrika in den Jahren 1948 bis 1994 aufarbeitet", hohe Aufmerksamkeit in beiden Binnenorganen (vgl. Position 3; Abbildung 28).⁹⁹³ Laut Hollenstein steht es der Schweiz gut an, "einen Beitrag zur Vergangenheit zu leisten."⁹⁹⁴ Zudem gehöre es zur allgemeinen "politischen Verantwortung, dass ein Land wie die Schweiz die Apartheid-Beziehungsgeschichte der Schweizer Wirtschaft und der Politik publik macht."

Eine Öffnung aller relevanten Archive – nicht nur die "des Nachrichtendienstes und der Nationalbank (Beispiel Leutwiler) (...), sondern auch die (...) privaten Archive der Banken und Unternehmen sowie von Lobby-Gruppen" –, wird in diesem Zusammenhang von AAB-Nachrichten, WochenZeitung und verbündeten linksalternativen Lobbygruppen als unumgänglich angesehen (vgl. Position 5; Abbildung

987 Peter Leuenberger: "Kurzer Abriss einer langen Kollaboration", AAB-Nachrichten, 2/1998.

988 ms.: "Hilfe für Apartheid-Opfer", WoZ, 5.9.1997.

989 Amanda Weibel: "Strategisches Verschweigen", AAB-Nachrichten, 3/1998.

990 Edith Häusler: "Wirtschaft verweigert Gespräch", AAB-Nachrichten, 2/2000.

991 Mascha Madörin: "Untersuchungen Schweiz-Südafrika: Die hohe Kunst der Imagepflege", WoZ, 25.3.1999.

992 Mascha Madörin: "Hilfe für den Apartheidstaat: Als die Welt ging, kam die Schweiz – Geheim halten statt lügen", WoZ, 1.11.2001.

993 mü.: "Die Schweiz und die Apartheid: Die Wahrheit erforschen", WoZ, 21.1.1999.

994 Grüne Nationalrätin Pia Hollenstein: "Schweizer Rolle durchleuchten", AAB-Nachrichten, 2/1998. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Forumsartikel.

28).⁹⁹⁵ Die im Rahmen des Schweizerischen Nationalfonds geplante Untersuchung des Verhältnis Schweiz-Südafrika bekomme nämlich keinen vollen Archivzugang zugesichert: "Die ganz heissen Sachen können wir so nicht untersuchen"; konstatiert die WochenZeitung.⁹⁹⁶

Die Aufarbeitung des Verhältnis Schweiz-Südafrika durch die offizielle Schweiz im Rahmen der Untersuchungen der Interdepartementalen Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika und der Delegation der Geschäftsprüfungskommission der Eidgenössischen Räte (GPDel) wird in diesem Zusammenhang – nebst den AAB-Nachrichten und der WochenZeitung – insbesondere von verbündeten Lobbygruppen als ungenügend kritisiert, da sie vornehmlich der "Entpolitisierung und Skandalvermeidung" diene (vgl. Positionen 9 und 11; Abbildung 28).⁹⁹⁷

Wie in den achtziger Jahren auch, hat sich zudem das Deutungsmuster der ideologischen Affinitäten bzw. "Sympathien für das «tapfere Völklein der Buren»" im südlichen Afrika seitens breiter Kreise des wirtschaftlichen und politischen Establishment der Schweiz nachhaltig gefestigt (vgl. Position 7; Abbildung 28).⁹⁹⁸ Laut Mascha Madörin (AFP) lässt sich die "enge Verknüpfung der Schweiz mit Südafrika nicht einfach mit Wirtschaftsinteressen erklären (...). Es gab eine Identifikation mit dem Projekt der Apartheid, mit dem kleinen, von allen Seiten bedrohten Volk der Buren."⁹⁹⁹

Antikritische Positionen in AAB-Nachrichten und WochenZeitung in den neunziger Jahren:

Noch stärker als in den achtziger Jahren werden in den linksalternativen Binnenorganen AAB-Nachrichten und WochenZeitung in der Phase 1997-2001 Argumentationen des Bundesrates gespiegelt, welche die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit ex post rechtfertigen (insgesamt 56.8%). Eine erhöhte Beachtung erfahren daneben nur gerade Positionen der Schweizer Grossbanken UBS (Fusionsprodukt von SBG und SBV) und Credit Suisse (ehemals SKA) (zusammen 10.0%), der Delegation der Geschäftsprüfungskommission der Eidgenössischen Räte (GPDel) (8.7%) und des Eidgenössischen Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) (5.0%); sowie des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA), der Regierung Südafrikas und der Schweizerischen Volkspartei (SVP) (alle drei jeweils 3.7%). Die Positionen der antikritischen Lobbygruppen asa (Arbeitsgruppe südliches Afrika) und Swiss-South African Association (SSAA) werden von den AAB-Nachrichten und der WochenZeitung in den neunziger Jahren nur noch marginal aufgegriffen (zusammen 2.4%).¹⁰⁰⁰

Als antikritische Positionen mit der höchsten Resonanz in den beiden linksalternativen Binnenorganen erweisen sich einerseits diejenigen, die eine Untersuchungskommission à la Bergier für den Fall Südafrika ablehnen – respektive eine Aufarbeitung der schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit im Rahmen des Schweizerischen Nationalfonds gutheissen –, und andererseits den

995 Gertrud Ochsner: "«Apartheid-Connections»: Neue Publikationsreihe – Diskrete Diplomatie als Alibi", WoZ, 16.11.2000.

996 Martina Egli: "Schweiz-Südafrika: Es braucht eine «Bergier-Kommission» – Die Angst vor den Fakten", WoZ, 16.11.2000.

997 Martina Egli, und Mascha Madörin: "Schweiz-Apartheid: Ein Bericht, der nicht weh tut – Mysteriöse Besuche in Bern", WoZ, 7.10.1999.

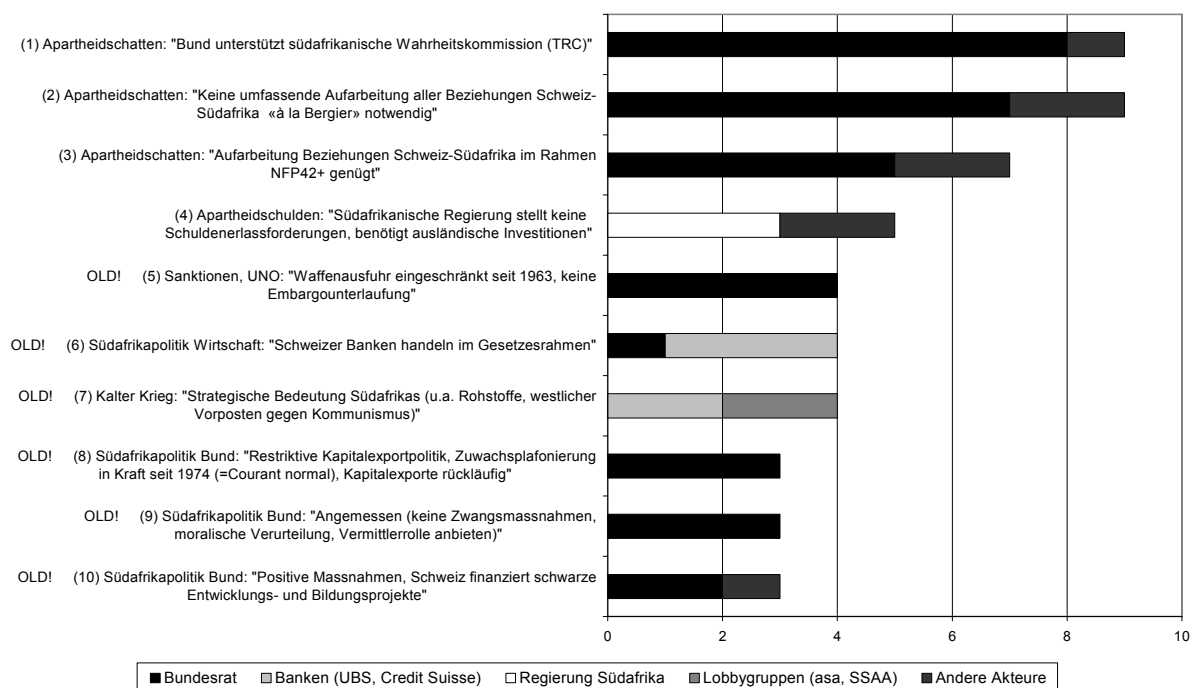
998 Leni Altwegg: "Warum schon wieder?", AAB-Nachrichten, 3/1997.

999 Johannes Wartenweiler: "Schweiz-Südafrika: Eine innige Beziehung – Apartheid-Wunden", WoZ, 20.12.2001.

1000 n = 81. Bundesrat = 46 Positionen (56.8%); Banken (UBS, Credit Suisse) = 8 (10.0%); GPDel = 7 (8.7%); VBS = 4 (5.0%); EDA = 3 (3.7%); Regierung Südafrikas = 3; SVP = 3; asa = 1 (1.2%); SSAA = 1; NZZ = 1; Bundesamt für Ausenwirtschaft (BAWI) = 1; Interdepartementale Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika = 1; Direktion für Entwicklungs-Zusammenarbeit (DEZA) = 1; sowie Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates = 1.

Sukkurs der offiziellen Schweiz an die südafrikanische Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) als Beispiel der "guten Taten" der Schweiz und Gegenargument zu etwelchen monetären Wiedergutmachungsforderungen gegenüber Südafrika hervorheben (vgl. Positionen 1, 2 und 3; Abbildung 29, Seite 245). Diese Positionen werden mehrheitlich dem Bundesrat zugeschrieben.

Abbildung 29: Antikritische Positionen differenziert nach Akteuren in AAB-Nachrichten und WochenZeitung 1997-2001¹⁰⁰¹



Daneben werden von den AAB-Nachrichten und der WochenZeitung die altbekannten, klassischen Leitargumente der offiziellen Schweiz aus den siebziger und achtziger Jahre zum schweizerischen Waffenembargo gegenüber Südafrika seit 1963, zur eingeschränkten Kapitalexportpolitik seit 1974

1001

Dargestellt werden die zehn am häufigsten geäusserten antikritischen Positionen differenziert nach Akteuren in AAB-Nachrichten und WoZ 1997-2001 in absoluten Werten [n = 81]. Alte Positionen sind in der Abbildung mit OLD! gekennzeichnet. Weitere antikritische Positionen mit erhöhter Resonanz in den AAB-Nachrichten und WoZ: *Südafrikapolitik Bund: "Logik des Kalten Krieges rechtfertigt Pilotenaustausch zur Apartheidzeit, nicht neutralitätswidrig"* [3]; *Apartheidschatten: "Keine Öffnung privater und nachrichtendienstlicher Archive, keine Aufhebung Sperrfristen"* [3 Nennungen]; sowie *Geheimdienstverflechtung: "Logik des Kalten Krieges rechtfertigt Geheimdienstkontakte zur Apartheidzeit"* [3]. Antikritische Positionen mit geringer Resonanz in AAB-Nachrichten und WoZ [weniger als 3 Nennungen]: *Sanktionen, UNO: "Sanktionen nicht bindend, Schweiz nicht UNO-Mitglied"*; *Sanktionen, UNO: "Statistische Überwachung Handelsbeziehungen zur Unterbindung Umgehungsgeschäfte Schweiz"*; *Südafrikapolitik Bund: "Neutralität verbietet Einmischung, Diplomatie in schwierigen Zeiten wichtig, Nichtanerkennung Befreiungsbewegungen"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweiz keine spezifische Plattform für Goldhandel mit Südafrika"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweizer Firmen als Wegbereiter für Reformen Botha (u. a. Gleichstellung Belegschaft)"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "DEZA-Fonds zeigt Verantwortung Wirtschaft"*; *Apartheid, Reformen Botha: "Richtiger Reformweg, evolutionärer Wandel"*; *Apartheidschatten: "Aufarbeitung Bund (Interdepartementale Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika) 1999 genügend, Mea Culpa Bundesrat"*; *Geheimdienstverflechtung: "Keine Schweizer Involvierung B- und C-Waffenprogramm Südafrikas zur Apartheidzeit (u. a. Nachrichtendienst, AC-Labor Spiez)"*; *Geheimdienstverflechtung: "Aufarbeitung, kein Versagen Bundesrat, interne Untersuchung"*; *Geheimdienstverflechtung: "Aufarbeitung GPDel 1999 genügend"*; *Geheimdienstverflechtung: "Aufarbeitung, Fehlverhalten Regli wird untersucht"*; sowie *Geheimdienstverflechtung: "Aufarbeitung, Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Behörden wird soweit wie möglich gemacht"*.

und zur permanenten moralischen Verurteilung des Apartheidregimes gespiegelt (vgl. Positionen 5, 8 und 9; Abbildung 29). Kritisiert wird der Bundesrat, der bei der Auflistung dieser "Eigeninitiativen" oft vergesse zu ergänzen, dass diese zum Teil nur auf äusseren Druck initiiert wurden; so beispielsweise beim Kapitalexport, wo der Plafond "auf Druck der nigerianischen Regierung, mit welcher damals Handelsverträge anstanden", errichtet wurde.¹⁰⁰² Zudem sei der Kapitalexportplafond so konstruiert gewesen, dass "kaum Versteckspiele notwendig waren, um das Apartheidregime ohne juristische Unannehmlichkeiten mit Milliarden von Franken zu versorgen."¹⁰⁰³

In diesem Zusammenhang wird das von den Antikritikern seit den achtziger Jahren häufig geäusserte Argument, die Schweiz habe mit dem "Programm der positiven Massnahmen" aktiv zur Abschaffung der Apartheid beigetragen, von beiden Binnenorganen als Übertreibung entlarvt (vgl. Position 10, Abbildung 29). Denn die "sogenannten positiven Massnahmen waren (...) ambivalenter Natur" und hätten sich im Vergleich mit den Aktivitäten anderer europäischer Staaten eher bescheiden ausgenommen.¹⁰⁰⁴

Zudem greifen beide Binnenorgane die traditionellen Leitargumente der Schweizer Grossbanken (UBS, Credit Suisse) – u. a. dass sich die Geschäftsbeziehungen mit Südafrika nie ausserhalb des Gesetzesrahmens bewegten –, und der antikritischen Lobbygruppen asa und SSAA auf, die "aus ihrer Sicht, den Vormarsch der Sowjetunion im südlichen Afrika zurückdrängen und das gefährdete Bollwerk der Weissen gegen den Ansturm des Kommunismus zu verteidigen" suchten (vgl. Positionen 6 und 7; Abbildung 29).¹⁰⁰⁵

Analysiert man die unterschiedlichen "Framing" des Verhältnis Schweiz-Südafrika in den Binnenorganen der linksalternativen Lobbygruppen in der Phase 1997-2001, so lässt sich eine vergleichbar hohe Resonanz von vergangenheits- und gegenwartsbezogenen "diagnostic Framing" feststellen wie in den achtziger Jahren zuvor (58.3%).¹⁰⁰⁶ Etwas stärker als in der Phase 1985-1989 werden in den neunziger Jahren demgegenüber Prognosen mit strategischem Charakter zu den schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen abgegeben ("prognostic Framing") (31.3%). Im Zentrum hier stehen insbesondere die linksalternativen Forderungen nach einer monetären Wiedergutmachung gegenüber Südafrika und einer Öffnung aller relevanten Archive (Bund, Privatwirtschaft etc.), als Voraussetzung einer umfassenden historischen Aufarbeitung des Verhältnis Schweiz-Südafrika zur Apartheidzeit. Identitätsstiftende Positionen ("identity Framing") sind in den linksalternativen Binnenorganen in den neunziger Jahren weiterhin nur marginal anzutreffen (10.4%). Etwas stärker als in den achtziger Jahren lassen sich aber apartheidkritische Positionen eruieren, welche den politischen Gegner typisieren bzw. der Identität der Antikritiker ideologische Affinitäten zum Apartheidregime (Stichwort: Rassismus) zuschreiben.

1002 Mascha Madörin: "Goldhandel mit Südafrika: Bundesrat will keine Untersuchung – Faule Ausreden", WoZ, 1.10.1998.

1003 Mascha Madörin: "Untersuchungen Schweiz-Südafrika: Die hohe Kunst der Imagepflege", WoZ, 25.3.1999.

1004 Kampagne für Entschuldung & Entschädigung im südlichen Afrika (Keesa): "Offener Brief der internationalen Kampagne für Entschuldung und Entschädigung: Antwort auf eine unbefriedigende Antwort", AAB-Nachrichten, 2/2000.

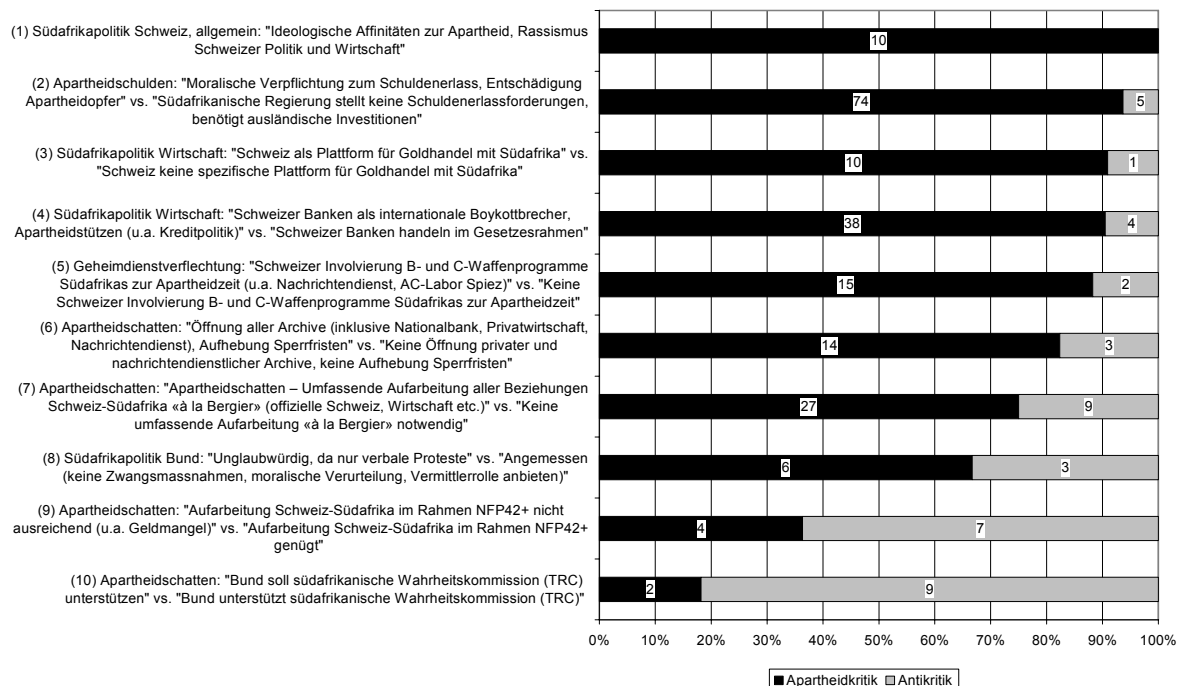
1005 Peter Leuenberger: "Das Fest der Reaktionäre", AAB-Nachrichten, 2/1998.

1006 n = 367. "Diagnostic Framing" = 214 (58.3%); "prognostic Framing" = 115 (31.3%); sowie "identity Framing" = 38 (10.4%).

Widerstreit in AAB-Nachrichten und WochenZeitung in den neunziger Jahren:

Wie in den achtziger Jahren auch schon, lässt sich bei den linksalternativen Binnenorganen AAB-Nachrichten und WochenZeitung in der Phase 1997-2001 praktisch kein ausgeprägter Widerstreit von apartheidkritischen Positionen und antikritischen Gegenpositionen feststellen (vgl. Abbildung 30, Seite 247). In diesem linksalternativen politischen Milieu dominiert in den neunziger Jahren ebenfalls der einsame Monolog der Apartheidkritiker.

Abbildung 30: Widerstreit in AAB-Nachrichten und WochenZeitung 1997-2001¹⁰⁰⁷



Als wenige Ausnahmen können jene antikritischen Positionen bezeichnet werden, die einerseits die Aufarbeitung des Verhältnis Schweiz-Südafrika im Rahmen des Schweizerischen Nationalfonds als genügend erachtet; andererseits die finanzielle Unterstützung der Schweiz für die Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) in Südafrika hervorhebt (vgl. Positionen 9 und 10; Abbildung 30).

Dabei stösst vor allem letztere Argumentation auf verstärkten Widerspruch in den AAB-Nachrichten und der WochenZeitung. Denn erstens sei es regelrecht "absurd, dass die Schweiz für die Wahrheitskommission in Südafrika grosszügige Hilfe zur Verfügung stellt, der Wahrheit im eigenen Land aber nicht näher kommen will";¹⁰⁰⁸ und zweitens würden die an die TRC beigesteuerten 500'000 SFR nur "0,00002 Prozent der Profite und Kommissionen (ausmachen), die zwischen 1985 und 1993 (...) aus Südafrika in die Schweiz geflossen waren", d. h. könnten demnach auf keinen Fall als monetäre Wiedergutmachung für die Sünden aus der Apartheidzeit gelten.¹⁰⁰⁹

¹⁰⁰⁷ Dargestellt werden die zehn am höchsten Resonanz erfahrenden Widerstreitpaare von apartheidkritischen und antikritischen Positionen in AAB-Nachrichten und WoZ 1997-2001 in absoluten Werten und Prozenten [n = 367].

¹⁰⁰⁸ Grüne Nationalrätin Pia Hollenstein: "Schweizer Rolle durchleuchten", AAB-Nachrichten, 2/1998.

¹⁰⁰⁹ "Die Fehler der Apartheid: Eine Wahrheit von 0,00002 Prozent", WoZ, 6.8.1998.

Historische Aufarbeitung Apartheidschatten und Entschädigung Apartheidopfer in AAB-Nachrichten und WochenZeitung in den neunziger Jahren:

Anlässlich des ersten offiziellen Schweiz-Besuchs von Staatspräsident Nelson Mandela im September 1997 berichtet die WochenZeitung erstmals am Rande über die moralische Verantwortung der Schweiz gegenüber der jungen Demokratie in Südafrika. Der "Schweiz, die zu Zeiten der weissen Herrschaft achtzig Prozent des südafrikanischen Goldes abnahm und damit der vielleicht wichtigste Boykottbrecher war, (stände es) gut an, das neue Südafrika besonders bei der Abtragung zweier «Altlasten» zu unterstützen"; namentlich bei der Streichung der Auslandsschulden, die zur Apartheidzeit angehäuft wurden, und der Entschädigung von Apartheidopfern.¹⁰¹⁰ Die Schweiz müsse nun den "Anstand aufbringen", sich selbst dem "unschönen Kapitel der Beziehungen (...) zu den südafrikanischen Rassisten" zu stellen, wobei aber die WochenZeitung mit Verweis auf die Holocaustaffäre befürchtet, "dass wir wieder fünfzig Jahre und auf einen New Yorker Senator [Alfonse D'Amato, Anm. PM] warten müssen."¹⁰¹¹ Mandela habe zwar auf die von vielen Journalisten gestellte "Frage, ob er nicht Mühe habe, diejenigen, die dem Apartheidregime so lange zu überleben halfen, jetzt um Hilfe zu bitten", schlicht geantwortet, dass man das Vergangene ruhen und nun die Versöhnung walten lassen sollte.¹⁰¹² Im Gegensatz zur Schweiz – so die WochenZeitung – habe sich Südafrika aber zumindest ernsthaft mit seiner Vergangenheit auseinandergesetzt; und zwar im Rahmen der Aufarbeitung durch die Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC).

Die AAB-Nachrichten und auch die WochenZeitung unterstützen in diesem Zusammenhang die schon im März 1997 eingereichte Einfache Anfrage *Schweiz soll Beziehungen zu Südafrika aufklären* der grünen Nationalrätin Pia Hollenstein. Der ehemalige AAB-Präsident und Pfarrer Paul Rutishauser beklagt in den AAB-Nachrichten die Haltung des Bundesrates, der in seiner Stellungnahme zu diesem parlamentarischen Vorstoss im September 1997 eine Untersuchung der schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen von einer neutralen und kompetenten Stelle mit "faulen Ausreden" und der wirschen Aussage, dass die "Fakten hinlänglich bekannt" seien, abgelehnt habe.¹⁰¹³ Zu Unrecht würde sich der Bundesrat aber selber von Schuld freizusprechen versuchen:

"Er wiederholt immer wieder, dass er die Lehre der Apartheid verurteilt habe. Vergessen sind alle die Ausdrücke, die der Bundesrat in seinen Antworten auf die Anfragen Rechsteiner, Braunschweig oder Ziegler verwendete, wo er von guten Beziehungen zur südafrikanischen Regierung sprach (...). Das gleiche alte Lied: die Schweiz habe als erstes Land ein Waffenembargo gegen Südafrika verhängt: eine kapitale Lüge, wenn man weiss, dass davon nur «Kriegsmaterial» erfasst war, also zum Beispiel «optische Instrumente» für die südafrikanische Armee so wenig erfasst wurden wie Zulieferungen für den Bau einer Atombombe."

Zwar stelle die Schweiz nun grosszügig Hilfe für die Wahrheitsfindung im Rahmen der TRC in Südafrika zur Verfügung, dabei würde sie selber viel dringender eine Aufarbeitung benötigen; so Pfarrer Rutishauser weiter. Gefordert sei nun eine "Kommission, die der Wahrheit ans Licht verhilft", bevor es wie bei der Holocaustaffäre den "Druck von mächtigen ausländischen Senatoren" braucht, die mit wirtschaftlichen Drohungen aufwarten können.

1010 ms.: "Hilfe für Apartheid-Opfer", WoZ, 5.9.1997.

1011 "Mandela und der Anstand", WoZ, 5.9.1997.

1012 Martina Egli: "Die Schweiz und Südafrika: Schwierige Vergangenheitsbewältigung – Wie befreit man sich von Schuld?", WoZ, 12.9.1997.

1013 Paul Rutishauser: "Nichts gelernt", AAB-Nachrichten, 4/1997. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

Pfarrerin Leni Altwegg (ebenfalls ehemalige Präsidentin der AAB) betont in diesem Zusammenhang besonders das unaufgearbeitete Südafrikaengagement der Schweizer Grossbanken – denn "[w]ieviel unsere Banken auf dem Buckel der schwarzen Mehrheit in Südafrika verdient hat, wissen wir (noch) nicht" –, und verweist auch auf die Holocaustaffäre und die Möglichkeit, aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen: "Warum nicht handeln, solange wir uns noch nicht allzu sehr schämen müssen? Warum nicht aufdecken und zugeben, was falsch lief? Warum nicht einmal aus der Geschichte lernen?"¹⁰¹⁴

Parallel zu dieser in der Schweiz einsetzenden Aufarbeitungsdiskussion berichten die AAB-Nachrichten und die WochenZeitung regelmässig über die Mitte der neunziger Jahre vom südafrikanischen Alternative Information and Development Centre (AIDC) in Kapstadt lancierte Apartheidschuldenerlasskampagne gegen die "Financiers der Apartheid", welche bis anhin "ungeschoren davorgekommen" seien.¹⁰¹⁵ Als zentral erweise sich die Doktrin der "widerwärtigen" Schulden (Odious Debts); ein Konzept der internationalen Rechtssprechung, das 1898 von der amerikanischen Regierung nach dem amerikanisch-spanischen Krieg erstmals formuliert wurde, um die kubanische Schuld bei den Spaniern abzuweisen. Demnach können Schulden von despotischen Regimes, die sich nicht im Interesse des Landes verschuldeten, sondern um die eigene Bevölkerung zu unterdrücken, bei demokratisch gewählten Nachfolgeregierungen nicht mehr eingefordert werden. Das AIDC betone in Anlehnung an diese Doktrin, dass "Kredite, die dem Apartheidregime gewährt wurden, illegitim gewesen" seien.

AAB-Nachrichten wie auch WochenZeitung erwähnen mehrfach, dass diese südafrikanische Schuldenerlasskampagne neu auch von der Dachorganisation South African National NGO Coalition (SANGOCO) unterstützt würde. Zudem habe die südafrikanische Sektion der internationalen Kampagne Jubilee 2000, die das Jahr 2000 zum Erlassjahr für alle Schulden der ärmsten Länder der Welt erklärt habe, sich dem Anliegen angenommen.¹⁰¹⁶ Verstärkt würde sich nun auch kirchliche Prominenz in Südafrika zu Wort melden. Der Nachfolger von Bischof Desmond Tutu und Fürsprecher der Jubilee 2000, Erzbischof Njongonkulu Ndungane von Kapstadt, spreche sich klar für die monetäre Wiedergutmachung durch die "Hauptfinanziers des Apartheidregimes" aus:

"Wir fordern diese Banken auf, durch die Errichtung eines Finanzierungsfonds Reparationsleistungen zur Verfügung zu stellen (in Anlehnung an den Marshall Plan), mit dem Ziel, Ausbildung und Arbeitsplatzbeschaffung zu gewährleisten."¹⁰¹⁷

Gemäss Bischof Ndungane muss zudem berücksichtigt werden, dass "[w]ir (...) in Südafrika nicht die fünfzig Jahre abwarten (können), die den Holocaust-Opfern zugemutet wurden."¹⁰¹⁸ Denn der "schwerste Mühlstein" am Hals der amtierenden Regierung seien "die illegitimen Schulden (odious debts), die sie erbt", und welche die Demokratisierung hemmen würde. Eine Streichung aller ausstehenden Apartheidschulden, Reparationen für den Schuldendienst des Apartheidregimes seit seiner Errichtung 1948 bis zu seinem Ende 1993, und "Entschädigungen für die Profite, die ausländische

¹⁰¹⁴ Leni Altwegg: "Warum schon wieder?", AAB-Nachrichten, 3/1997.

¹⁰¹⁵ Martina Egli: "Wiedergutmachung durch Schuldenerlass", AAB-Nachrichten, 3/1997. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

¹⁰¹⁶ Vgl. Aktion Finanzplatz Schweiz (AFP), und South African National NGO Coalition (SANGOCO): "Kampagne gegen das Erbe der Apartheid", WoZ, 18.6.1998; Michael Stötzel: "Kampagne zur Streichung der Apartheid-Schulden: Geld stinkt doch", WoZ, 6.8.1998; sowie "Jubilee 2000 im südlichen Afrika: Wir woll(t)en so viel mehr", WoZ, 25.3.1999.

¹⁰¹⁷ "Presserklärung: Nachfolger Tutus fordert Reparationen", AAB-Nachrichten, 1/1999.

¹⁰¹⁸ Njongonkulu Ndungane: "Entschädigungszahlungen für die Apartheidopfer: Jetzt, und nicht erst in fünfzig Jahren", AAB-Nachrichten, 2/2000; sowie Njongonkulu Ndungane: "Entschädigungszahlungen für die Apartheidopfer: Jetzt, und nicht erst in fünfzig Jahren", WoZ, 11.5.2000. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesen Forumsartikeln.

Firmen und Banken in diesen 45 Jahren in Südafrika machten", seien demnach nur angemessen: "Wir verlangen keine Almosen, sondern Gerechtigkeit."

Die AAB-Nachrichten stehen klar hinter diesen Forderungen dieser südafrikanischen NGOs (Non-Governmental Organisations). Denn es gehe nicht an, dass die "Menschen in Südafrika (...) zweimal für die Apartheid bezahlen müssen"; zumal die gewährten Kredite zur Unterdrückung der südafrikanischen Bevölkerung verwendet wurden.¹⁰¹⁹

Die von der grünen Nationlarätin Hollenstein im März 1998 als Reaktion auf die inaktive Haltung der offiziellen Schweiz in der Aufarbeitungsfrage eingereichte Parlamentarische Initiative *Aufarbeitung der Beziehungen der Schweiz zu Südafrika während den Jahren 1948-1994* wird von beiden Binnenorganen intensiv verfolgt und begrüsst. Laut WochenZeitung birgt der parlamentarische Vorstoss "einigen Zündstoff", da es genug Hinweise und Beweise gebe, dass "die Schweiz für das Apartheidregime eine besonders wichtige Rolle gespielt" hat.¹⁰²⁰ Die Ablehnung der Parlamentarischen Initiative Hollensteins im Nationalrat im März 1999 wird diesbezüglich vehement kritisiert. Die Befürworter des Vorstosses hätten zwar starke Argumente besessen; der Nationalrat sich aber nicht anders verhalten als in den achtziger Jahren: "Die Mehrheit folgt der alten Südafrikalobby!"¹⁰²¹ Die Sozialdemokraten hätten es verpasst, die Wahl des "altbekannten Apartheidsüdafrika-Lobbyisten" Ulrich Schlüers in die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates zu verhindern. SVP-Nationalrat Schlüer habe dort in seiner Funktion als Berichterstatter einen "Lobgesang auf die angeblichen Wohltaten der Schweizer Wirtschaft zur Apartheidzeit" angestimmt und sich gegen eine umfassende Aufklärung aller schweizerischen Beziehungen zum Apartheidregime von unabhängiger Seite verwehrt. Von den AAB-Nachrichten und der WochenZeitung stark kritisiert wird die geplante Untersuchung im Rahmen des Schweizerischen Nationalfonds, bei der nur staatliche Archive geöffnet werden könnten. Der Zugang zu den Archiven von Banken und Unternehmen, welche die Apartheid massgeblich gestützt hätten, würde hingegen nicht gewährleistet.

Die Einsetzung einer Interdepartementalen Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika am 8. März 1999 durch den Bundesrat wird dann von der WochenZeitung intensiv skandalisiert. Das plötzliche "Skandalbewusstsein" des Bundes – wie auch dasjenige der Grossbanken und der Nationalbank, welche nun plötzlich auch "in ihren Archiven wühlen" wollen –, sei nämlich erst mit der Internationalisierung der Schweizer "Apartheid-Connection" anlässlich der Verhaftung des Le Temps-Journalisten Jean-Philippe Ceppis in Südafrika entstanden, als dieser vor Ort die Geheimdienstverflechtungen zwischen der Schweiz und dem Apartheidregime recherchieren wollte.¹⁰²² Gemäss Mascha Madörin (AFP) ist diese "hektische" Selbstkontrolle der beschuldigten Akteure äusserst bedenklich: "Die Banken untersuchen sich selbst, die Nationalbank untersucht sich selbst, die Bundesdepartemente untersuchen sich selbst"; wobei alle diese Institutionen ans "Amtsgeheimnis" gebunden seien:

"Nun haben wir sie also, die staatlich verordnete geschichtliche Untersuchung. Nur hat sie einen Schönheitsfehler: Sie wird von denjenigen Institutionen kontrolliert, deren Verhalten untersucht werden müsste."

1019 "Internationale Konferenz für Entschuldung und Entschädigung im südlichen Afrika: Entschädigung jetzt!", AAB-Nachrichten, 1/2001.

1020 mü.: "Die Schweiz und die Apartheid: Die Wahrheit erforschen", WoZ, 21.1.1999.

1021 Peter Leuenberger: "Aufarbeitung der Beziehungen Schweiz-Südafrika 1948-1994: Der Ball kommt ins Rollen", AAB-Nachrichten, 1/1999. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

1022 Mascha Madörin: "Untersuchungen Schweiz-Südafrika: Die hohe Kunst der Imagepflege", WoZ, 25.3.1999. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

Intensiv berichten AAB-Nachrichten und WochenZeitung dann über die Publikation der von linksalternativen Lobbygruppen in Auftrag gegebenen Studie *Apartheidschulden. Der Anteil Deutschlands und der Schweiz* von Mascha Madörin, Gottfried Wellmer und Martina Egli am 10. Februar 1999, welche erstmals empirisch abgestützt belege, wie die Schweizer Grossbanken "entscheidend zur Finanzierung des Apartheidregimes in Südafrika" beigetragen hätten.¹⁰²³ Laut AAB-Nachrichten ist die Botschaft dieser Apartheidschuldenstudie schlicht mit einem Satz bilanzierbar: "Wer damals der Apartheidregierung finanziell noch immer die Stange hielt, machte sich einer schwerwiegenden Mittäterschaft schuldig."¹⁰²⁴ Gemäss WochenZeitung ist nun erwiesen, dass Südafrika für den "Finanzplatz Schweiz eine unvergleichlich wichtigere Rolle gespielt (hat) als irgendein anderes Land des Trikonts."¹⁰²⁵ Konfrontiert mit diesen neuesten Fakten dürfte sich die freisinnig-liberale NZZ nicht mehr "hinter dem Argument verstecken können, die Beziehungen zu Südafrika seien für die Schweiz nicht wichtiger gewesen als diejenigen (...) zu Vanuatu."¹⁰²⁶ Denn die "Apartheid-Finanzingenieure" hätten es auch noch in den schwierigsten Zeiten geschafft, "Hunderte von Dollarmillionen für das vor dem finanziellen und politischen Bankrott stehende Regime zu organisieren" und die Konsequenzen auf die junge Demokratie in Südafrika abzuwälzen.¹⁰²⁷ Laut Mascha Madörin, Mitautorin der Apartheidschuldenstudie, ist besonders verwerflich, dass seit der Demokratisierung in Südafrika in den neunziger Jahren der Investitionseifer der Schweizer Wirtschaft markant abgenommen hat. Zudem hätten die Schweizer Grossbanken und Investmentgesellschaften "während der letzten Jahre des Apartheidregimes Schuldpapiere zu 70 Prozent des Nennwertes auf(gekauft), die nun zu 100 Prozent vom demokratischen Staat zurückbezahlt werden müssen."¹⁰²⁸ Damit seien der amtierenden Regierung "finanz-, währungspolitische und institutionelle Engpässe" beschert worden, die den "sozialpolitischen Handlungsspielraum von Anfang an enorm einschränkten" und die Demokratisierung behindere.

Gemäss AAB-Nachrichten ist es nun an der Zeit, dass auch die offizielle Schweiz eine "aktive Rolle in der Bewältigung vergangenen Unrechts" übernimmt, da sie die "politischen Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit der Schweizer Banken mit dem Apartheidregime geschaffen" habe.¹⁰²⁹ Mit dem Eingeständnis des Bundesrates im Südafrikabericht *Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika* der Interdepartementalen Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika im Oktober 1999 – wonach nämlich "der Entschluss, sich Ende der 80er Jahre nicht den von der internationalen Gemeinschaft verhängten Sanktionen anzuschliessen, nicht mehr zu verteidigen ist" –, seien nun ein Apartheidschuldenerlass, Reparationszahlungen und Entschädigungen von Apartheidopfern das Minimum an Wiedergutmachung.¹⁰³⁰ Denn dieser Südafrikabericht habe den grössten Teil der Aussagen der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) ex post bestätigt; und die Einsicht der Interdepartementalen Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika, "dass eine Reihe von Fragen weiter untersucht werden sollte (Sanktionen, Kapitalexport, Gold- und Diamantenhandel etc.)", liege schon lange auf der Hand, könne aber aufgrund einge-

1023 "Pressekonferenz in Genf, Bonn und Kapstadt: Für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika", AAB-Nachrichten, 1/1999. Vgl. auch Madörin, Wellmer, und Egli, *Apartheidschulden. Der Anteil Deutschlands und der Schweiz*, Stuttgart 1999.

1024 "Mascha Madörin, Gottfried Wellmer, Martina Egli: Apartheidschulden. Der Anteil Deutschlands und der Schweiz", AAB-Nachrichten, 1/1999.

1025 mü.: "Die Schweiz und die Apartheid: Die Wahrheit erforschen", WoZ, 21.1.1999.

1026 Mascha Madörin: "Die Schweiz und die Apartheidschulden Südafrikas: Profit für beide Seiten", WoZ, 11.2.1999.

1027 "Mascha Madörin, Gottfried Wellmer, Martina Egli: Apartheidschulden. Der Anteil Deutschlands und der Schweiz", AAB-Nachrichten, 1/1999.

1028 Mascha Madörin: "Die Schweiz und die Apartheidschulden Südafrikas: Profit für beide Seiten", WoZ, 11.2.1999. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

1029 "Entschuldung und Entschädigung", AAB-Nachrichten, 3/1999.

1030 "Apartheidschulden streichen, Reparationen zahlen: Schweiz soll führende Rolle übernehmen", AAB-Nachrichten, 4/1999.

schränkter Rahmenbedingungen beim Nationalfondsprojekt nicht befriedigend gewährleistet werden (Stichwort: kein Zugang zu privaten Archiven).¹⁰³¹ Die Kritik an der damaligen Haltung der offiziellen Schweiz lasse sich aber nicht nur auf die Aussenwirtschaftspolitik bzw. auf das "Abseitsstehen bezüglich Sanktionen" reduzieren, wie die Interdepartementale Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika in ihrer Analyse, welche insgesamt "zu kurz greift", suggeriere, sondern betreffe die Aussenpolitik als ganzes: U. a. Weigerung des Schweizer Botschafters an Trauerfeiern teilzunehmen; indirekte Anerkennung der Homelands durch Einführung der Visumpflicht; sowie Bruch des Waffenembargos durch Lieferungen von Pilatus PC-7-Flugzeugen.¹⁰³² Gemäss der WochenZeitung habe ein ehemaliger Schweizer Botschafter in Pretoria, Jean Olivier Quinche, nämlich an einer öffentlichen Veranstaltung kürzlich erklärt, "er sei nie informiert worden über die Besuche von Schweizer Militärs (und Nachrichtendienstlern) in Südafrika."¹⁰³³ Und Staatssekretär Edouard Brunner habe in einem Interview mit dem Le Temps-Journalisten Ceppi zur Südafrikapolitik der offiziellen Schweiz in den achtziger Jahre vermerkt: "Die rechte Hand wusste nicht, was die Linke tat." Laut WochenZeitung gibt es noch vieles zu untersuchen bzw. die "Leerstellen" des offiziellen SüdafrikaBerichts zu füllen – wie beispielsweise die Rolle der Schweizer Botschaft in Pretoria und die "Beziehungen der Schweiz zum Bantustan-Chef" Buthelezi –, und verweist diesbezüglich auf ein Zeitzeugenprojekt, lanciert von der Recherchiergruppe Schweiz-Südafrika des Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt (Solifonds) und der Kampagne für Entschuldung & Entschädigung im südlichen Afrika (Keesa).¹⁰³⁴

Gemäss Martina Egli und Mascha Madörin (AFP) hofft die offizielle Schweiz "auf den Abbau des «Skandalisierungspotenzials» durch die wissenschaftliche Forschung im Rahmen des Nationalen Forschungsprogrammes."¹⁰³⁵ Denn es seien nun verstärkt prominente internationale wie auch nationale Stimmen zu vernehmen, die eine umfassende Aufarbeitung und Wiedergutmachung einfordern würden. Der Fürsprecher der südafrikanischen Jubilee 2000, Bischof Ndungane, habe anlässlich eines Treffens mit Bundesrat Joseph Deiss (CVP) im Mai 2000 die "begonnene Wahrheitssuche" gewürdigt und für eine Weiterführung plädiert; "wobei auch Untersuchungen von privaten Archiven einzubeziehen seien."¹⁰³⁶ Gertrud Ochsner verweist in der WochenZeitung auch auf alt Bundesrat René Felber (SP), der in einem Interview mit der Westschweizer Zeitschrift L'Hebdo die Schwierigkeit einer effektiven Kontrolle des Südafrikaengagements der Schweizer Grossbanken in den achtziger Jahren betonte: "Heute bilanziert Felber, dass die bundesrätliche Aufsicht zu lasch war und Anlass für moralische Fragen und Reparationsforderungen gibt." Laut WochenZeitung (Ochsner) wird immer klarer, dass die "Schweiz selbst im Rahmen ihrer aussenpolitischen Doktrin und der rechtlichen Grundlagen auch anders handeln" hätte können.¹⁰³⁷

Gemäss Egli herrscht jedoch eine allgemeine "Angst vor den Fakten", die anders als beim Thema Schatten des Zweiten Weltkrieges wohl darin gründe, dass "die meisten damaligen Beamten noch am

1031 "Offizieller Bericht zu Schweiz-Südafrika: Gewisse Eingeständnisse sind unumgänglich", AAB-Nachrichten, 4/1999.

1032 "Schweizer Aussenpolitik gegenüber der Apartheid: Diskrete Diplomatie als Alibi", AAB-Nachrichten, 4/2000.

1033 Martina Egli, und Mascha Madörin: "Schweiz-Apartheid: Ein Bericht, der nicht weh tut – Mysteriöse Besuche in Bern", WoZ, 7.10.1999. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

1034 Vgl. stellvertretend Egli, Madörin, Müller, und Richner, *Diskrete Diplomatie als Alibi. Die Schweizer Aussenpolitik gegenüber der Apartheid. Zeitzeugen berichten*, Zürich 2000.

1035 Martina Egli, und Mascha Madörin: "Schweiz-Apartheid: Ein Bericht, der nicht weh tut – Mysteriöse Besuche in Bern", WoZ, 7.10.1999.

1036 Gertrud Ochsner: "Wahrheitssuche in der Schweiz: Kein courant normal", WoZ, 11.5.2000. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

1037 Gertrud Ochsner: "«Apartheid-Connections»: Neue Publikationsreihe – Diskrete Diplomatie als Alibi", WoZ, 16.11.2000.

Leben, viele immer noch beim Bund tätig" seien.¹⁰³⁸

Geheimdienstverflechtungen Schweiz-Südafrika in AAB-Nachrichten und WochenZeitung in den neunziger Jahren:

Anlässlich einer vierteiligen Artikelserie von Jean-Philippe Ceppi im Le Temps im Juli 1998 wenden sich die AAB-Nachrichten erstmals den schweizerisch-südafrikanischen Geheimdienstbeziehungen zur Apartheidzeit zu.¹⁰³⁹ Einerseits habe der als "Mengele der Apartheid" berühmt gewordene Wouter Basson in seiner Funktion als Chef des südafrikanischen B- und C-Waffenprogrammes zur Apartheidzeit ("Project Coast") anfangs der neunziger Jahre den Chef der Untergruppe Nachrichtendienst im Generalstab (UNA), Divisionär Peter Regli, im Bundeshaus getroffen; und zwar "in Begleitung von Jürg Jacomet, einem notorisch bekannten Waffenhändler, der in eine Schmuggelaffäre von radioaktivem Material verwickelt" gewesen sei.¹⁰⁴⁰ Andererseits habe die Schweiz für diverse Mitglieder südafrikanischer "Todesschwadronen" als Stützpunkt gedient: U. a. unterhielt Eugene De Kock, der Leiter der berüchtigten Vlakplaas-Einheit, die systematisch südafrikanische Oppositionelle ermordete, in Zürich ein Konto bei der Credit Suisse; und Dirk Stoffberg, der an der Ermordung von Dulcie September, der offiziellen Vertreterin des ANC für die Schweiz, Frankreich und Luxemburg, 1988 in Paris mitwirkte, habe sich mit Kenntnis der Bundespolizei "nach der Tat unbehelligt in Luzern aufhalten" können. Als beste Illustration für die schweizerisch-südafrikanische Verflechtung im Bereich der Geheimdienste könne zudem die "Affäre Williamson" gelten. Der Südafrikaner Craig Williamson habe sich in den siebziger Jahren in den International University Exchange Fund (IUEF) eingeschlichen und es gar bis zum Vizedirektor dieser Institution gebracht, welche von Genf aus Gelder aus Skandinavien für den Kampf gegen die Apartheid kanalisierte. Gemäss AAB-Nachrichten wurde diese Unterwanderung der schweizerischen Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) aber frühzeitig offengelegt. Die Genfer Polizei habe sich jedoch geweigert, den südafrikanischen "Superspion" festzunehmen, und liess diesen unbehelligt ausreisen.

Jedoch erst mit der Verhaftung Ceppis, der in Südafrika die schweizerisch-südafrikanischen Geheimdienstverflechtungen für einen Dokumentarfilm des Westschweizer Fernsehens TSR recherchiert, durch den militärischen Geheimdienst Südafrikas in Kapstadt im März 1999, fokussieren die beiden linksalternativen Binnenorgane verstärkt diese Thematik. Dass Ceppi nur verhaftet worden sei, weil er in Besitz vermeintlich "geheimer" Dokumente von der südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) war, ist laut AAB-Nachrichten unglaubwürdig. Denn selbst der Schweizer "Konsul Roland Viotti sagte gegenüber den südafrikanischen Medien, es könnte auch sein, dass die Geheimdienstler «Freunde» in der Schweiz schützten."¹⁰⁴¹ In einem Interview von Martina Egli mit Ceppi, welches in den AAB-Nachrichten und der WochenZeitung abgedruckt wird, betont dieser die sehr engen Beziehungen zwischen hohen Vertretern der Geheimdienste der Schweiz und Südafrika zur

1038 Martina Egli: "Schweiz-Südafrika: Es braucht eine «Bergier-Kommission» – Die Angst vor den Fakten", WoZ, 16.11.2000.

1039 Vgl. Jean-Philippe Ceppi: "Les rendez-vous en Suisse de Mengele de l'apartheid", Le Temps, 20.7.1998; Jean-Philippe Ceppi: "Quand «l'Ange de la mort» planquait ses sous au Credit Suisse", Le Temps, 21.7.1998; Jean-Philippe Ceppi: "A Lucerne, une suite au palace pour les assassins de Dulcie September", Le Temps, 22.7.1998; sowie Jean-Philippe Ceppi: "Quand les services secrets suisses pactisaient avec ceux de l'apartheid", Le Temps, 23.7.1998.

1040 Peter Leuenberger: "Apartheidverbrechen: Welchen Anteil hat die Schweiz", AAB-Nachrichten, 3/1998. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

1041 Martina Egli: "Beziehungen Schweiz-Südafrika: «Naivität» – oder Komplizenschaft?", AAB-Nachrichten, 2/1999; sowie Martina Egli: "Beziehungen Schweiz-Südafrika: Notorische Naivität", WoZ, 29.4.1999. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesen Interviews.

Zeit des Kalten Krieges: "Wir (...) wissen, dass sich diese Leute viermal pro Jahr trafen, direkte Kontakte, in Südafrika und hier. Wir wissen, dass Basson immer wieder in der Schweiz herumreiste." In der Einschätzung Ceppis war Südafrika immer schon ein "guter Freund" gewesen und die Haltung gegenüber dem Apartheidregime klar: "Südafrika ist auf unserer Seite, die Südafrikaner bekämpfen in Angola die Kommunisten."

Der Geheimdienstbericht *Beziehungen zu Südafrika: Rolle des Schweizer Nachrichtendienstes* der Delegation der Geschäftsprüfungskommission der Eidgenössischen Räte (GPDel), welcher im Dezember 1999 publiziert wird, wird von der Kampagne für Entschuldung & Entschädigung im südlichen Afrika (Keesa) in den AAB-Nachrichten als "verharmlosend und mangelhaft" klassifiziert.¹⁰⁴² Der Bericht würde die Frage, welche Kontakte Divisionär Regli mit Vertretern des Apartheidregimes unterhalten habe, "nur sehr eingeschränkt" behandeln, die Aktivitäten des schweizerischen Geheimdienstes allgemein mit dem "Mythos des Kalten Krieges" rechtfertigen und Reglis eigenmächtige Vernichtung von Protokollen und Akten über nachrichtendienstliche Treffen zwar feststellen, dabei jedoch auch eine gewisse Berechtigung dafür attestieren. Insgesamt sei dieser Bericht "noch lückenhafter" als der Südafrikabericht der Interdepartementalen Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika.¹⁰⁴³ Mascha Madörin (AFP) und Martina Egli kommentieren den "verharmlosenden" und "wenig informativen" Geheimdienstbericht in der WochenZeitung und kritisieren vehement die "These vom Kalten Krieg", welche die brisanten Entscheide und Praktiken der offiziellen Schweiz und die "eigenmächtige Politik des militärischen Nachrichtendienstes" gegenüber dem Apartheidregime überdecken würde.¹⁰⁴⁴

Gemäss der Keesa kann "nur eine umfassende Untersuchung, der alle Quellen zugänglich sind" – d. h. diejenigen von Nationalbank, Privatwirtschaft und Nachrichtendienst –, Abhilfe schaffen.¹⁰⁴⁵ Dass nämlich viel mehr hinter der "Südafrika-Connection" stecken würde, als die GPDel nun enthüllt habe, würde ein laufendes Verfahren der Bundesanwaltschaft gegen unbekannt wegen verbotener Nachrichtendienste und Technologieexporte nach Südafrika verdeutlichen. Die AAB-Nachrichten zitieren aus der SonntagsZeitung, wonach die Bundesanwaltschaft über ein Rechtshilfegesuch Dokumente aus Südafrika anfordern wolle, welche Aufschluss über die Rolle von Schweizer Firmen und Einzelpersonen im geheimen B- und C-Waffenprogramm Südafrikas der Apartheidzeit ("Project Coast") geben sollen.¹⁰⁴⁶

Die schweizerisch-südafrikanischen Geheimdienstverflechtungen werden von der WochenZeitung ab August 2001 wiederum verstärkt fokussiert; und zwar anlässlich neuer Beschuldigungen an Divisionär Regli, welche der angeklagte "Giftmischer" Wouter Basson in seinem seit Oktober 1999 laufenden Prozess in Pretoria äusserte. Gemäss einer Aussage Bassons hat der schweizerische Nachrichtendienst 1992 ein Geschäft zwischen Russland und der südafrikanischen Armee vermittelt, wobei es konkret um die Beschaffung einer Tonne des Barbiturats Mandrax in Kroatien gegangen sei, welches in Süd-

1042 Kampagne für Entschuldung & Entschädigung im südlichen Afrika (Keesa): "Beziehungen zu Südafrika: Rolle des Schweizer Nachrichtendienstes – Verharmlosend und mangelhaft", AAB-Nachrichten, 1/2000. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Forumsartikel.

1043 Kampagne für Entschuldung & Entschädigung im südlichen Afrika (Keesa): "Offener Brief der internationalen Kampagne für Entschuldung und Entschädigung: Antwort auf eine unbefriedigende Antwort", AAB-Nachrichten, 2/2000.

1044 Mascha Madörin, und Martina Egli: "Südafrika: Geheimdienstbericht – Es war der Kalte Krieg", WoZ, 2.12.1999.

1045 Kampagne für Entschuldung & Entschädigung im südlichen Afrika (Keesa): "Beziehungen zu Südafrika: Rolle des Schweizer Nachrichtendienstes – Verharmlosend und mangelhaft", AAB-Nachrichten, 1/2000; sowie Mascha Madörin, und Martina Egli: "Südafrika: Geheimdienstbericht – Es war der Kalte Krieg", WoZ, 2.12.1999.

1046 SonntagsZeitung: "Bundesanwalt ermittelt gegen Apartheidchemiker", AAB-Nachrichten, 1/2000. Vgl. auch Martin Stoll: "Pretoria soll Hilfe leisten", SoZ, 5.3.2000.

afrika "als Mittel zur Aufstandsbekämpfung («crowd control») getestet werden" sollte.¹⁰⁴⁷ Zudem sei der schweizerische Nachrichtendienst in einen "grösseren Handel mit russischem Nuklearmaterial involviert" gewesen. Laut WochenZeitung bestreitet Regli aber nach wie vor, dass er über die Entwicklung von Geheimwaffen des auch unter dem Namen "Doktor des Todes" bekannten Basson im Bilde gewesen sei: U. a. "ein Bakterium, das ausschliesslich Schwarze befällt, Methoden zur Massensterilisation schwarzer Frauen, einen unauffälligen Weg, Nelson Mandela langsam Mittels Thallium zu vergiften." Zudem betone Regli, dass es sich bei einem Treffen mit Basson in Bern anfangs der neunziger Jahre bloss um einen "Höflichkeitsbesuch" gehandelt habe.¹⁰⁴⁸

Leider sei jedoch eine "Schlüsselperson" für die nachrichtendienstlichen Beziehungen der Schweiz zu Südafrika, der Waffenhändler Jürg Jacomet, der mit Divisionär Peter Regli zusammen die Offizierschule besuchte, inzwischen verstorben. Die WochenZeitung kritisiert in der Folge das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), das unter ihrem neuen Vorsteher Bundesrat Samuel Schmid (SVP) nicht viel mehr mache, als in der Ära von dessen Parteikollegen, Bundesrat Adolf Ogi (SVP); nämlich nur eine interne Untersuchung dieser neuesten Vorwürfe angeordnet habe und damit "die selben Quellen rezykliert."¹⁰⁴⁹ Gemäss Martina Egli war und ist Südafrika aber immer "Chefsache". Denn Divisionär Regli "nahm sich der Beziehungen zum Apartheidstaat persönlich an" und habe inzwischen "viele seiner Akten vernichtet."

Immerhin habe aber Bundesrat Schmid konzediert, dass die Aktenvernichtung – falls stattgefunden –, "klar widerrechtlich" gewesen sei, und man nach den Abklärungen gegebenenfalls ein Administrativ-, Disziplinar- oder Strafverfahren gegen Divisionär Regli einleiten werde. Die Tatsache aber, dass das Departement VBS seinem nun zwangspensionierten Geheimdienstchef bis zu einem Schuldbeweis das "volle Vertrauen" ausspreche, könne – so Madörin vermutend –, auch daran liegen, dass sich die offizielle Schweiz vor weiteren "heiklen Kenntnissen" und Enthüllungen schützen wolle.¹⁰⁵⁰ Die Frage, ob es "ein BC-Waffenprogramm zwischen der Schweiz und Südafrika gegeben habe" oder nicht, müsste aber nun definitiv geklärt werden.¹⁰⁵¹

Allgemeine Wirtschafts- und Aussenbeziehungen Schweiz-Südafrika in AAB-Nachrichten und WochenZeitung in den neunziger Jahren:

Als roter Faden in der Thematisierung der allgemeinen schweizerischen Wirtschafts- und Aussenbeziehungen zum Apartheidregime zieht sich in den neunziger Jahren in den AAB-Nachrichten und der WochenZeitung die von Mascha Madörin (AFP) schon in den achtziger Jahren postulierte These, dass die Apartheid für führende Vertreter der Schweizer Wirtschaft ein "zivilisatorisches Projekt" gewesen sei.¹⁰⁵² Zur Illustration der ideologischen Affinitäten zwischen Teilen der Wirtschafts- und Politikerelite der Schweiz und der südafrikanischen Führungselite der Apartheidära wird in den AAB-Nachrichten immer wieder der ehemalige Verwaltungsratspräsident der Schweizer Grossbank SBG, Niklaus Senn, (re)zitiert, der als "wohl hervorragendste schweizerische Persönlichkeit (...) diesen Aspekt schweize-

1047 Johannes Wartenweiler: "Schweiz-Südafrika: Basson packt aus – Ärger für Regli", WoZ, 9.8.2001. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

1048 Vgl. auch Heimo Claassen: "Südafrika: Prozess gegen Wouter Basson – Die halbe Wahrheit", WoZ, 1.11.2001.

1049 Martina Egli: "Beziehungen Schweiz-Südafrika: Hilfe für Saddam? Wouter Basson belastet erneut den Schweizer Nachrichtendienst", WoZ, 27.9.2001. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

1050 Mascha Madörin: "Hilfe für den Apartheidstaat: Als die Welt ging, kam die Schweiz – Geheim halten statt lügen", WoZ, 1.11.2001.

1051 Johannes Wartenweiler: "Wie funktioniert Geheimdienstkontrolle? Mit Samthandschuhen", WoZ, 8.11.2001.

1052 Johannes Wartenweiler: "Schweiz-Südafrika: Eine innige Beziehung – Apartheid-Wunden", WoZ, 20.12.2001.

rischer politischer Realität für die 80er Jahre repräsentiert"; und nach wie vor verkörpern würde.¹⁰⁵³ Unvergesslich sind laut Madörin die "paternalistisch" und "pädagogisch-rassistisch" geprägten Aussagen Senns; wie beispielsweise: "Wenn ich in Südafrika leben würde, wäre ich auch nicht bereit, die Zügel aus der Hand zu geben. (...) «one man – one vote» ist für mich keine Weltreligion." Und als Belegstellen für die These der "Rassismusachse Südafrika-Schweiz" rekurrieren AAB-Nachrichten und WochenZeitung in den neunziger Jahren auf ein von Erwin Koch, Mitarbeiter des TA Magazins, mit Senn geführtes Interview, in welchem publikumswirksam die altbekannten Blüten, welche die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) in den achtziger Jahren in alten Personalzeitingen der SBG gesammelt hatten, wiederverwertet werden: "Der südafrikanische Eingeborene ist noch absolut roh, hat keine Erziehung, kann weder lesen noch schreiben, kurz er ist halb Kind, halb Tier."¹⁰⁵⁴ Gemäss AAB-Sekretär Peter Leuenberger würde Senn, der aktuell als Ehrenpräsident der UBS amtierte, auch heute noch mit "Blindheit" geschlagen zu solchen diskriminierenden Aussagen stehen: "Er findet den Passzwang «nicht schlimm», denn ihm sei die erfolgreiche Kontrolle der Einwanderung zu verdanken."¹⁰⁵⁵ Zudem würde Senn die Geschäfte mit der Apartheid "mit der damaligen Lage" rechtfertigen und ausgerechnet mit den Beziehungen zu Nazideutschland vergleichen ("Wenn man Kohle wollte (...), musste man mit den Deutschen geschäften").

Die AAB-Nachrichten zitieren auch den Le Temps-Journalisten Jean-Philippe Ceppi, der im Rahmen der Arbeit für seinen Dokumentarfilm *Sur la piste suisse des chimistes de l'apartheid* immer wieder festgestellt habe, dass es neben der wirtschaftlichen und geheimdienstlichen Zusammenarbeit noch eine dritte wichtige Ebene der Kooperation mit dem Apartheidregime gegeben habe; und zwar "ein Verständnis (...) für die weisse Bevölkerung in Südafrika, besonders bei den konservativen Gruppierungen in der Deutschschweiz", welches über reine Sympathien hinausgegangen sei: "offenbar haben sich gewisse Schweizer identifiziert mit diesem kleinen, starken und mutigen Volk der Buren, das von der ganzen Welt verachtet wurde."¹⁰⁵⁶ Dies erklärt gemäss WochenZeitung auch, weshalb Staatssekretär Edouard Brunner 1986 gegenüber dem St. Galler Tagblatt die schweizerischen Beziehungen zum Apartheidregime mit der Hilfestellung für einen Patienten verglichen habe: "Einem Kranken [Südafrika] muss man helfen und ihn nicht wegen seiner Krankheit [Apartheid] verurteilen."¹⁰⁵⁷ Dabei wisse doch schon jedes Kleinkind, dass "man einem Kranken (...) am wirksamsten (hilft), indem man seine Krankheit bekämpft."

Neueste Untersuchungen würden zudem belegen, dass führende Vertreter der Swiss-South African Association (SSAA) nicht frei von "rassistischer Paranoia" waren: U. a. habe der langjährige SSAA-Sekretär und spätere Generalkonsul Südafrikas in Zürich, Willy Staehelin, bei einer SSAA-Jahresversammlung erklärt, "dass die 3 Millionen Weissen in Südafrika in der gleichen Lage seien wie die 600 Millionen Weissen weltweit. Beide stünden einer starken Mehrheit von Nicht-Weissen gegenüber, die das Lebensrecht der Weissen in Frage stellen könnte."¹⁰⁵⁸

¹⁰⁵³ Mascha Madörin: "Wirtschaftsbeziehungen Schweiz-Südafrika: Von Solidarität mit weissen Herren geprägt", AAB-Nachrichten, 2/1997. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

¹⁰⁵⁴ Peter Leuenberger: "Profiteure und deren weisse Westen", AAB-Nachrichten, 1/1998; sowie Markus B. Meier: "Benefizkonzerte für Südafrika: Die billigere Lösung", WoZ, 26.11.1998. Vgl. auch Erwin Koch: "Im gelobten Land", TA Magazin, 14.2.1998.

¹⁰⁵⁵ Peter Leuenberger: "Profiteure und deren weisse Westen", AAB-Nachrichten, 1/1998. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

¹⁰⁵⁶ Martina Egli: "Beziehungen Schweiz-Südafrika: «Naivität» – oder Komplizenschaft?", AAB-Nachrichten, 2/1999.

¹⁰⁵⁷ Martina Egli: "Die Schweiz und Südafrika: Schwierige Vergangenheitsbewältigung – Wie befreit man sich von Schuld?", WoZ, 12.9.1997. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

¹⁰⁵⁸ Johannes Wartenweiler: "Die Schweiz und die weissen Herren am Kap", WoZ, 20.12.2001. Vgl. auch Gyga, *La Swiss-South African Association (SSAA), une Organe du Capital helvétique en Afrique du Sud*, Freiburg 2001.

Gemäss Madörin scheint es, dass es "keinen namhaften Wirtschaftsvertreter mit Südafrika-Connections gibt, dessen Vergangenheit politisch weniger dubios gewesen wäre."¹⁰⁵⁹ Anders lasse es sich nämlich nicht erklären, dass die amtierende ANC-Regierung in Südafrika niemand anderen in der Schweiz für die ehrenamtliche Funktion eines südafrikanischen Honorarkonsuls gefunden hat, als Anton E. Schrafl, der seit zwanzig Jahren als SSAA-Präsident amtiert und zusammen mit Thomas Schmidheiny als Verwaltungsrat bei der von der Holderbank Financière kontrollierten südafrikanischen Firma Alpha Ltd. einsitzt. Gemäss der südafrikanischen Botschafterin in der Schweiz, Ruth Mompoti, habe sich Schrafl jedoch nach dem Machtwechsel 1994 "sehr aufgeschlossen und kooperative gezeigt." Unbestritten sei jedoch, dass Schrafl "Sympathien für das rassistische Regime" hegte und dem Apartheidregime auch "in den schwersten Stunden die Treue" hielt.

Laut AAB-Nachrichten würde sich in den neunziger Jahren auch die Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa) weiterhin mit "rassistischen Äusserungen" zu Südafrika hervortun; was SP-Nationalrätin Margrith Von Felten zu einer Strafanzeige gegen die Herausgeber des asa-bulletins veranlasst, und im Basler Grossrat zu einer Interpellation von Andrea Büchler-Grüneis, Grossrätin der Frauenliste, geführt habe, welche die Beteiligung der Basler Regierung am fünfundzwanzigjährigen Jubiläum des mit der asa personell (und ideell) verflochtenen Clubs der Freunde Südafrikas (CFS) kritisierte. In der Februar-Ausgabe 1998 des asa-bulletins sei nämlich ein "rassistischer Artikel" der kaum bekannten Nachrichtenagentur Ucanews aus Kapstadt publiziert worden:

"Der Schwarze hat nicht die seichte, flexible Seele, die die meisten Rassen haben (...). Von zwei sich zankenden Parteien regiert zu werden, ist ihm genauso zuwider, wie den Weissen die Art, wie die Dinge von Schwarzen getan werden, zuwider ist (...). Für einen Schwarzen ist ein Mitglied der Opposition nicht nur ein Mann, der andere politische Ansichten hat, er ist ein tödlicher Feind, der umgebracht werden muss."¹⁰⁶⁰

Für die AAB-Nachrichten ist dies ein Beleg dafür, dass bei der asa nach wie vor "erkennbare rassistische Tendenzen vertreten" sind – oder zumindest geduldet werden –, weshalb die AAB auch nicht einer Einladung des CFS für die Jubiläumsfeier am 21. März 1998 im Basler Rathaus gefolgt sei: "Der rassistische Inhalt des asa-bulletins und die öffentliche Auseinandersetzung im Zusammenhang mit dem Jubiläum des CFS haben zumindest klar gemacht, dass im Umgang mit diesen Organisationen (...) weiterhin eine deutliche Abgrenzung angebracht ist."

Nebst der permanenten Kritik an den Schweizer Grossbanken als Hauptstützen und Profiteure des Apartheidregimes werden in den AAB-Nachrichten weiterhin schweizerische Unternehmen skandalisiert, die zur Apartheidzeit Niederlassungen in Südafrika hatten. Die Schmidheiny-Gruppe, die bis anfangs der neunziger Jahre Eigentümerin der asbestverarbeitenden Everite Ltd. gewesen sei, habe beispielsweise "erschreckende Wohn- und Lebensbedingungen" in Südafrika hinterlassen.¹⁰⁶¹ In Südafrika seien erst 1987 Schutzmassnahmen eingeführt worden, um die Dichte der ausgestossenen Asbestfasern in der Atemluft zu kontrollieren. Zuvor sei die vornehmlich schwarze Arbeiterschaft über die gesundheitlichen Risiken nie aufgeklärt worden. Viele ehemalige Arbeiter der Everite Ltd., die aus gesundheitlichen Gründen entlassen wurden und an Asbestosis erkrankt seien, würden nun Entschädigungszahlungen geltend machen. Die Argumentation der Schmidheiny-Gruppe, die "Angelegenheit sei nicht mehr Sache der früheren Besitzer", ist laut AAB-Nachrichten unzutreffend.¹⁰⁶² Mit

1059 Mascha Madörin: "Apartheid-Lobbyist wird Honorarkonsul: Zementierte Beziehung", WoZ, 27.4.2000. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

1060 Peter Leuenberger: "Das Fest der Reaktionäre", AAB-Nachrichten, 2/1998. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel. Vgl. auch Ucanews: "Die Macht der Ahnen", asa-bulletin, Nr. 166, Ende Februar 1998.

1061 Glenda Loebell-Ryan: "Everite-Hostels machen krank", AAB-Nachrichten, 3/2001.

1062 Glenda Loebell-Ryan: "Everite-Arbeiter in Brackenfell/Kapstadt: Lungenkrank und arbeitslos", AAB-Nachrichten, 4/2000. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

Verweis auf einen analogen Fall (britische Firma Cape Asbestos) betonen die AAB-Nachrichten, dass diese ausländischen Firmen verantwortlich waren und nun Verantwortung zeigen müssten: "In ihren Ländern hatten sie längst Massnahmen getroffen, um schädliche Auswirkungen zu vermeiden. Sie profitierten jedoch gleichzeitig von den fehlenden Schutzvorkehrungen in Südafrika. Sie waren sich dieser Situation sehr wohl bewusst."

Memo Verhältnis Schweiz-Südafrika linksalternative Lobbygruppen 1997-2001:

Als wirkmächtigstes Deutungsmuster der linksalternativen Apartheidkritiker (AAB, WochenZeitung, AFP etc.) in den neunziger Jahren erweist sich die moralische Verpflichtung zum Erlass der "widerwärtigen" Schulden (Odious Debts) der Apartheidära und zur Entschädigung von Apartheidopfern; abgeleitet aus der seit den siebziger Jahren kritisierten und "faktisch erwiesenen" apartheidstützenden Rolle der Schweizer Grossbanken (Stichwort: Apartheidschuldenstudie) und der Komplizenschaft der offiziellen Schweiz und der Wirtschaft mit dem Apartheidregime. Daneben wird prominent die von der Grünen Partei geforderte historische Aufarbeitung der Schweizer Apartheidschatten à la Bergier unterstützt und die schweizerisch-südafrikanischen Geheimdienstverflechtungen zur Apartheidzeit skandalisiert. Ins Zentrum der Kritik gerät verstärkt der Bundesrat bzw. die einzelnen Departemente, deren Voruntersuchungen zu den vielfältigen Beziehungen der Schweiz zum Apartheidregime (Stichworte: Interdepartementale Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika und GPDel) wenig neues ans Tageslicht gefördert habe. Die generelle Unwilligkeit des wirtschaftspolitischen Establishments der Schweiz bezüglich einer umfassenden Aufklärung der Apartheidschatten, ist in der Perspektive der linksalternativen Lobbygruppen insbesondere darin begründet, dass es seit 1948 ideologische Affinitäten zwischen Schweizer Wirtschaftsvertretern, Politikern und Beamten mit den Exponenten des Apartheidregimes gegeben habe (Stichwort: "Rassismusachse Südafrika-Schweiz").

Antikritischer Diskurs in asa-bulletin und Schweizerzeit in den neunziger Jahren:

Die Resonanz des Verhältnis Schweiz-Südafrika in den Binnenorganen der rechtsnationalen Lobbygruppen (asa-bulletin, Schweizerzeit) ist in den neunziger Jahren sehr gering. Zwar ist der Demokratisierungsprozess in Südafrika seit anfangs der neunziger Jahren insbesondere für das asa-bulletin ein grösseres Thema; die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit werden aber nur sehr marginal bis gar nicht thematisiert. Das gleiche gilt in noch stärkerem Ausmasse auch für das Hausblatt der Schweizerischen Volkspartei (SVP), die Schweizerzeit.¹⁰⁶³ Für die Südafrikaberichterstattung im asa-bulletin zeichnet in den neunziger Jahren fast ausschliesslich Hans-Rudolf Böckli und asa-Vizepräsident Peter Fehlmann verantwortlich; und immer wieder Dr. Peter Sulzer-Jantzen, der schon in den siebziger Jahren in der NZZ und in den achtziger Jahren in der Schweizerzeit aktiv war.¹⁰⁶⁴ In der Schweizerzeit wird der Demokratisierungsprozess in Südafrika verstärkt vom Herausgeber selbst, SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer, und dem anonymisierten Afrika-Korrespondenten Africanus hinterfragt.

Nur anlässlich des Schweiz-Besuchs von Staatspräsident F. W. De Klerk im Mai 1990 wiederholt die Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa) die klassischen Argumente gegen einen Südafrikaboykott – u. a. Erhöhung der Arbeitslosigkeit der Schwarzen – und betont, dass sich die Schweiz zu Recht nur "an den «courant normal» gehalten" habe und mit ihrem "Programm der positiven Massnahmen" insgesamt mehr im Hinblick auf eine Veränderung in Südafrika bewirkte, als alle westlichen Staaten, welche Sanktionen verhängten.¹⁰⁶⁵ Daneben sind im asa-bulletin nur dem Südafrika-Besuch einer schweizerischen Parlamentarier-Delegation im März 1992, der kontroversen Lieferungen von Pilatus PC-7-Flugzeugen nach Südafrika 1992/93 und dem umstrittenen Pilotenaustausch in den achtziger Jahren im Rahmen einer Untersuchung der Delegation der Geschäftsprüfungskommission der Eidgenössischen Räte (GPDel) 1993 einzelne kurze Artikel gewidmet.¹⁰⁶⁶

Das Ende des Kalten Krieges hat auf Seiten der rechtsnationalen Antikritiker die Mehrzahl ihrer Argumente schlagartig entkräftet (u. a. ideologisch motivierte Sonderbehandlung des Fall Südafrika). Trotzdem lassen sich im dünnen Diskurs über den südafrikanischen Demokratisierungsprozess und das Verhältnis Schweiz-Südafrika einzelne Argumentationen wiederfinden, welche die Zeitenwende von 1989/90 fast unbeschadet überlebt haben. Denn auch in den neunziger Jahren verfolgt die asa weiterhin unbeirrt das Ziel, "die oft einseitige, teils ideologisch motivierte Berichterstattung über das südliche Afrika durch sachliche Hintergrundberichte zu ergänzen"; und betont – wie in den achtziger Jahren – in ihrer Kopfzeile explizit, dass "die Vorgänge in dieser aufgrund ihres Rohstoffreichtums und ihrer Lage an der Kaproute strategisch äusserst wichtigen Region der Welt in grössere Zusammenhänge zu bringen" seien.¹⁰⁶⁷

1063 Vgl. nochmals Abbildung 4, Seite 53.

1064 Vgl. stellvertretend Dr. Peter Sulzer-Jantzen: "Betrachtungen zu den Hintergründen von «Inkathagate»", asa-bulletin, Nr. 127, 23. August 1991; Peter Sulzer: "Südafrika-Seminar in Passau", asa-bulletin, Nr. 129, 2. Dezember 1991; sowie Dr. Peter Sulzer: "Schwarze Südafrikaner", asa-bulletin, Nr. 149, Anfangs Oktober 1994.

1065 Hans-Rudolf Böckli/asa: "Präsident de Klerk in der Schweiz", asa-bulletin, Nr. 112, 31. Mai 1990. Vgl. auch Hans-Rudolf Böckli/asa: "Sanktionen: Ausser Spesen nichts gewesen!", asa-bulletin, Nr. 130, 6. Februar 1992.

1066 Vgl. Hans-Rudolf Böckli/asa: "Schweizer Parlamentarier-Delegation in Südafrika", asa-bulletin, Nr. 131, 27. März 1992; Hans-Rudolf Böckli/asa: "Eindrücke und Folgerungen einer Reise nach Südafrika: Interview mit Nationalratspräsident Hans-Rudolf Nebiker", asa-bulletin, Nr. 133, 13. Juli 1992; Hans-Rudolf Böckli/asa: "Grünes Licht für den Export des PC-7 nach Südafrika", asa-bulletin, Nr. 139, 23. Juni 1993; sowie Hans-Rudolf Böckli/asa: "Keine Verletzung der Neutralitätspflichten: Der Pilotenaustausch war gerechtfertigt", asa-bulletin, Nr. 142, 2. Dezember 1993.

1067 Kopfzeile asa-bulletin.

Für die asa wie auch die Schweizerzeit ist anfangs der neunziger Jahre der Eiserne Vorhang noch nicht ganz gefallen. Denn da der African National Congress (ANC) nach wie vor ein Instrument der Kommunistischen Partei Südafrikas sei, bedeute dies laut dem fleissigsten asa-Schreiberling der neunziger Jahre, Hans-Rudolf Böckli, "dass noch Kräfte vorhanden sind, welche nur allzu gerne einen fortgeschrittenen Zustand der Destabilisierung herbeiführen möchten, um eines Tages mit List und Gewalt die Macht im Staate zu erobern."¹⁰⁶⁸ Selbstredend müsse deshalb bei der laufenden Demokratisierung "unablässig Wachsamkeit" geübt werden. Die asa wie auch die Schweizerzeit setzen wiederum all ihre Hoffnungen in den Zulu-Führer Mangosuthu Buthelezi, der sich schon früh vom revolutionären ANC distanziert habe – "nachdem dieser sich dem gewaltsamen Umsturz mit terroristischen Mitteln und dem Staatssozialismus nach kommunistischem Muster verschrieb" –, und in den achtziger Jahren mit seiner KwaZulu/Natal-Indaba den Weg vorgezeichnet habe, den Südafrika nun beschreiten solle.¹⁰⁶⁹ Anlässlich des überwältigenden Sieges des ANC bei den ersten demokratischen Wahlen in Südafrika im April 1994 zollt die asa dann vollumfänglich der burischen National Party der achtziger und neunziger Jahre ihren Respekt, da diese das meiste für einen friedlichen Wandel in Südafrika beigetragen habe:

"Die Präsidentschaft von F. W. De Klerk in Nachfolge auf P. W. Botha war ein Glücksfall. Allerdings muss der Wahrheit zuliebe anerkannt werden, dass schon sein Vorgänger Botha vom manifesten Willen beseelt gewesen war, die unvermeidlich gewordene Abschaffung der Apartheid-Gesetze an die Hand zu nehmen, diese zu lockern und mit der Zeit zu eliminieren."¹⁰⁷⁰

Das altbekannte rechtsnationale Argument aus den achtziger Jahren, nur ein evolutionärer Wandel und Reformen können die Apartheid abschaffen, findet hier in der Perspektive von Böckli als "self-fulfilling prophecy" seine Bestätigung. Die Gefahren unter dem neuen Staatspräsidenten Mandela, der bis anhin zwar am Reformvorhaben "redlich mitgewirkt" habe, seien nun diejenigen eines drohenden Einparteienstaates unter dem ANC bzw. eines neuen Rhodesien/Zimbabwes mit einer "vollständigen Entmachtung der Weissen."¹⁰⁷¹ In der Folge fokussiert die asa verstärkt die Frage von (weissen) Minderheitsrechten und die Implementierung von Affirmative Action-Programmen; und kritisiert die ANC-Regierung, welche die Problembereiche Korruption und Kriminalität nicht lösen könne.¹⁰⁷²

¹⁰⁶⁸ Hans-Rudolf Böckli/asa: "Die veränderte strategische Situation im südlichen Afrika", asa-bulletin, Nr. 120, 24. Januar 1991. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel. Vgl. auch Protea/us: "Südafrikas neue strategische Lage", SZ, 11.5.1990; Africanus: "ANC gefährdet Versöhnungsprozess", SZ, 18.1.1991; Josef Jäger/asa: "Was unterscheidet ANC und Kommunisten?", asa-bulletin, Nr. 124, 27. Mai 1991; Hans-Rudolf Böckli/asa: "Keine Absage an Erzvater Marx", asa-bulletin, Nr. 129, 2. Dezember 1991; sowie Dr. Dieter Bührle: "Im Vorfeld eines entscheidenden Wahlgangs: Gedanken zur Lage in Südafrika", SZ, 18.3.1994.

¹⁰⁶⁹ Josef Jäger/asa: "Zeit zur Erweiterung der Tafelrunde", asa-bulletin, Nr. 115, 6. September 1990. Vgl. auch Ulrich Schlüer/Protea: "Zuluführer Mangosuthu Buthelezi sprach in Zürich: Südafrikas einmalige Chance", SZ, 16.11.1990; Josef Jäger/asa: "Das Morden Schwarze durch Schwarze: Stammesfehden tarnen nur den Machtkampf des ANC", asa-bulletin, Nr. 123, 2. Mai 1991; Markus Hezig: "Offene Gesellschaft für Südafrika: Exklusiv-Interview mit Dr. M. G. Buthelezi, Chief Minister von KwaZulu", asa-bulletin, Nr. 129, 2. Dezember 1991; Peter Fehlmann/asa: "Mangosuthu Gathsa Buthelezi", asa-bulletin, Nr. 146, 10. Mai 1994; Peter Fehlmann/asa: "Interview mit Dr. M. G. Buthelezi", asa-bulletin, Nr. 158, 26. April 1996; sowie Mangosuthu Buthelezi: "Ansprache von Dr. M. G. Buthelezi an die asa-Gruppe – Kapstadt, 24. März 1998", asa-bulletin, Nr. 167, Ende Mai 1998. Vgl. auch Anhang VII.3.

¹⁰⁷⁰ Hans-Rudolf Böckli/asa: "Ende gut – aber noch nicht alles gut", asa-bulletin, Nr. 146, 10. Mai 1994.

¹⁰⁷¹ Gaudenz Baumann: "Die Weissen seien gewarnt!", asa-bulletin, Nr. 155, 12. September 1995. Vgl. auch FDP-Nationalrätin Geneviève Aubry: "Le temps de tous les espoirs", asa-bulletin, Nr. 147, 15. Juni 1994; Prof. Dr. Erich Leistner: "Lagebeurteilung am Jahresende: Südafrika vor ungewisser Zukunft", SZ, 13.1.1995; sowie Prof. Dr. Erich Leistner: "Südafrika vor ungewisser Zukunft: Was kommt nach Mandela?", SZ, 29.3.1996.

¹⁰⁷² Vgl. Hans-Rudolf Böckli/asa: "Aussenpolitische Verankerung des Minderheitenschutzes", asa-bulletin, Nr. 147, 15. Juni 1994; Hans-Rudolf Böckli/asa: "Das Dilemma des südafrikanischen «Turms zu Babel»", asa-bulletin, Nr. 153, 30. Mai 1995; "Kurzberichte", asa-bulletin, Nr. 164, Anfang September 1997; Peter Fehlmann/asa: "Die Korruption

In der Phase 1997-2001, in welcher in den linksalternativen Binnenorganen, der Medienarena und dem Parlament eine intensive Auseinandersetzung über die Apartheidschatten der Schweiz feststellbar ist, findet das Verhältnis Schweiz-Südafrika im asa-bulletin (6 Artikel) und der Schweizerzeit (1 Artikel) praktisch keine Resonanz mehr. Dabei lässt sich auch keine eigentliche Dominanz von anti-kritischen Positionen eruieren (insgesamt nur 12 Fälle).¹⁰⁷³ Nebst einer Kurzmeldung zum Inkrafttreten eines schweizerisch-südafrikanischen Investitionsschutzabkommens, einer Ankündigung zur voraussichtlich letzten asa-Studienreise nach Südafrika 1999 und dem Abdruck der Tischrede von Staatspräsident Mandela anlässlich des Südafrika-Besuchs von Bundesrat Flavio Cotti (CVP) im August 1998, werden im asa-bulletin nur gerade das fünfundzwanzigjährige Jubiläum des verbündeten Clubs der Freunde Südafrikas (CFS) und die Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zum Apartheidregime im allgemeinen und in der Schweizerzeit die schweizerisch-südafrikanischen Geheimdienstverflechtungen bzw. die medialen Skandalisierungen von Divisionär Peter Regli stärker fokussiert.¹⁰⁷⁴

Im Gegensatz zu den achtziger Jahren, wo asa-Artikel und deren Positionen wiederholt von der Schweizerzeit dubliziert wurden und damit gleichsam eine erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit erzielt werden konnte, lässt sich in den neunziger Jahren eine umgekehrte Diffusion von Deutungsmustern feststellen: Wenn überhaupt das Verhältnis Schweiz-Südafrika im asa-bulletin thematisiert wird, dann nicht mehr aufgrund von Eigenleistungen redaktioneller Mitarbeiter, sondern nur noch über den Abdruck von Meldungen von Nachrichtenagenturen oder Artikeln aus ideologisch nahestehenden Leitmedien (in den neunziger Jahren vor allem die NZZ); und wenn in der Schweizerzeit die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit zum Thema werden, dann nur noch als Reaktion auf erhöhte Skandalisierungen in der Medienarena und nicht mehr aufgrund von eigenen Enthüllungen der asa-Lobbyisten selbst.¹⁰⁷⁵

nimmt zu", asa-bulletin, Nr. 152, 23. März 1995; "Auswirkungen der Kriminalität in Südafrika", asa-bulletin, Nr. 161, Dezember 1996; Peter Fehlmann/asa: "Die Kriminalität in Südafrika", asa-bulletin, Nr. 163, Ende Juni 1997; "Kriminalität", asa-bulletin, Nr. 168, Juli 1998; John Kane-Berman: "«Es lässt in kalt»", asa-bulletin, Nr. 177, Anfangs Februar 1999; sowie "Rassenbeziehungen", asa-bulletin, Nr. 178, Dezember 2000.

1073

n = 12. Antikritische Positionen mit geringer Resonanz in asa-bulletin und Schweizerzeit [weniger als 3 Nennungen]: *Sanktionen, UNO: "Waffenausfuhr eingeschränkt seit 1963, keine Embargounterlaufung"*; *Sanktionen, Neutralität: "Ungleiche Handhabung Südafrika vs. Ostblock, totalitäre Regimes"*; *Südafrikapolitik Bund: "Restriktive Kapitalexportpolitik, Zuwachsplafonierung in Kraft seit 1974 (=Courant normal), Kapitalexporte rückläufig"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweizer Firmen als Wegbereiter für Reformen Botha (u. a. Gleichstellung Belegschaft)"*; *Apartheidschulden: "Umschuldungsmission Leutwiler privater Natur"*; *Apartheid, Reformen Botha: "Verzerrung, Links-Propaganda Lobbygruppen (u. a. AAB, kirchliche Organisationen, Hilfswerke)"*; *Apartheid, Reformen Botha: "Desinformation «rote» Massenmedien, Beeinflussung durch Kommunisten"*; *Kalter Krieg: "Strategische Bedeutung Südafrikas (u. a. Rohstoffe, westlicher Vorposten gegen Kommunismus)"*; *Geheimdienstverflechtung: "Keine Schweizer Involvierung B- und C-Waffenprogramm Südafrikas zur Apartheidzeit (u. a. Nachrichtendienst, AC-Labor Spiez)"*; sowie *Geheimdienstverflechtung: "Logik des Kalten Krieges rechtfertigt Geheimdienstkontakte zur Apartheidzeit"*.

1074

Vgl. "Investitionsschutzabkommen zwischen der Schweiz und Südafrika", asa-bulletin, Nr. 166, Ende Februar 1998; "asa-Reise 1999", asa-bulletin, Nr. 167, Ende Mai 1998; sowie "Tischrede Präsident Mandela's in Kapstadt zu Ehren von Bundespräsident Flavio Cotti am 3. August 1998", asa-bulletin, Nr. 169, Oktober 1998.

1075

Die geringere Resonanz von asa-Artikeln zu Südafrika in der Schweizerzeit der neunziger Jahre resultiert wohl auch durch die Distanzierung des Schweizerzeit-Herausgebers Ulrich Schlüer von der asa. In der Schweizerzeit erscheinen in Folge dessen vermehrt Nachdrucke von Protea-Publikationen, eines von Schlüer in eigener Regie ab 1989 lancierten Lobby-Instrumentes.

Fünfundzwanzigjähriges Jubiläum des Clubs der Freunde Südafrikas (CFS) 1997 in asa-bulletin:

Das fünfundzwanzigjährige Jubiläum des Clubs der Freunde Südafrikas (CFS) – der "Schwesterorganisation" der Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa) –, wird 1997 im asa-bulletin von CFS-Präsident Peter Müller, der 1998 auch zum asa-Präsident ernannt wird, gross angekündigt. 1972 sei der Club von "ein paar Südafrika Sympathisanten" in Bern gegründet worden, "mit dem Ziel einen Beitrag zum besseren Verständnis für die besondere Situation Südafrikas und seiner Völker zu leisten."¹⁰⁷⁶ Denn "obwohl man eine Regierung unterstützte, die die Apartheid mit allen Mitteln durchsetzte", ist es gemäss Müller aus damaliger Sicht und "in einer Zeit, als der Kommunismus überall in Afrika an Einfluss gewann, eine durchaus verständliche und legitime Handlung" gewesen. Im Laufe der letzten fünfundzwanzig Jahre hätten sich die politischen Denkweisen und Einstellungen aber gewandelt. Der CFS unterstütze nun die Regierung Mandela und wolle "dem neuen Südafrika helfen, eine gemeinsame Zukunft für Schwarz und Weiss aufzubauen." Dabei distanziert man sich jedoch klar von politischen Wertungen – versichert Müller –, und bemüht sich eine neutrale Haltung zu bewahren.

Das asa-bulletin kritisiert in der Folge die Basler Grossrätin der Frauenliste Andrea Bächler-Grüneis, die mit einer Interpellation im Basler Grossrat gefordert habe, dass die CFS-Jubiläumsveranstaltung am 21. März 1998 nicht im Basler Rathaus stattfinden dürfe. Dies weil "die «Freunde Südafrikas» dem früheren Apartheid-Regime in Südafrika ideologisch sehr nahe gestanden seien", und der CFS zudem mit der asa sympathisiere; also jener Gruppierung, die in der Einschätzung der Linken "starke Zweifel an der Demokratiefähigkeit der Schwarzen" hegen würde.¹⁰⁷⁷ Die von Bächler-Grüneis und den Basler Medien (insbesondere Basler Zeitung) orchestrierte "Aufregung, die ein erhebliches Aufgebot an Polizeikräften anlässlich der Tagung notwendig machte", wertet das asa-bulletin als bedenklich. Zudem habe den Kritikern als Quelle wieder einmal nur und "vornehmlich das Buch «Unheimliche Patrioten» von Jürg Frischknecht" gedient. Die asa verwehrt sich gegen den Rassismusvorwurf von linksalternativer Seite und betont, dass ihre die nach wie vor stark "ideologisch motivierte Berichterstattung" von Medien und linksalternativen Lobbygruppen korrigierenden Einschätzungen der Sachverhalte – "und auch die geäusserte Kritik an gewissen Vorgängen in Südafrika" –, wohl "nicht allen Kreisen und Parteien in Südafrika und in der Schweiz zusagt."

Dies habe auch die Mitgliederversammlung der asa von 1997 verdeutlicht, an der zum aller ersten Mal in der fünfzehnjährigen Vereinsgeschichte der südafrikanische Botschafter in der Schweiz (Ruth Mompati) mit der Begründung nicht teilgenommen habe, dass solange Gruppierungen wie die asa und der CFS die Realität in Südafrika nicht akzeptieren – d. h. gegen einen Wandel seien und abseitsstehen würden –, ein Auftritt bei Veranstaltungen selbiger nicht in Frage komme. Für das asa-bulletin ist dies ein weiteres Beispiel für Intoleranz, da nur "derjenige südafrikatauglich ist, der unter dem Banner des ANC dessen Grundsätze und Interessen vertritt."¹⁰⁷⁸ Nur "im Einparteiensstaat wird jedermann gezwungen, die Meinung der Regierung zu akzeptieren, ob er wolle oder nicht." Dabei sollte "[j]ede wahre Demokratie (...) mit den verschiedenen Ansichten und Einstellungen ihrer Bürger" leben können. Mit Verweis auf eine im Mai 1990 veröffentlichte Grundsatzerklärung betont das asa-bulletin zudem, dass sich die asa "von je her gegen die Politik der Apartheid gestellt" habe und Rassismus grundsätzlich ablehne:

¹⁰⁷⁶ Peter Müller: "25-jähriges Jubiläum des Clubs der Freunde Südafrikas", asa-bulletin, Nr. 165, Dezember 1997. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

¹⁰⁷⁷ Der Vorstand: "asa Jahresbericht 1997", asa-bulletin, Nr. 168, Juli 1998. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Jahresbericht.

¹⁰⁷⁸ Der Vorstand: "asa Jahresbericht 1996", asa-bulletin, Nr. 163, Ende Juni 1997. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Jahresbericht.

"Die asa (...) bekennt sich zu den Grundsätzen der Menschenrechte. Sie lehnt jeglichen Rassismus, gleich welcher Hautfarbe, ausdrücklich ab, ebenso aber auch undemokratische Ideologien und jeden Versuch, solche irgendeinem Land aufzuzwingen."

Allgemeine Wirtschaftsbeziehungen Schweiz-Südafrika in asa-bulletin in den neunziger Jahren:

In der Augustausgabe 1999 werden im asa-bulletin Auszüge der in der NZZ-Beilage "Zeitfragen" vom 3. Juli 1999 veröffentlichten Artikel von Felix E. Müller (*fem.*) zum Verhältnis Schweiz-Südafrika nachgedruckt; und mit eigenen kommentierenden Zwischentiteln zur Rechtfertigung der Südafrikapolitik der offiziellen Schweiz, des Südafrikaengagements der Schweizer Grossbanken und von Schweizer Firmen sowie der Rolle der Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa) und anderer antikritischer Lobbygruppen in den achtziger Jahren angereichert.¹⁰⁷⁹ Kritisiert wird in dieser "Sonderausgabe" im asa-bulletin – und von Felix E. Müller bzw. der NZZ –, insbesondere die klassische Argumentation der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), wonach die "Schweiz (...) durch die Nichtbefolgung der von den Vereinten Nationen verhängten Sanktionen gegen das Apartheidregime dessen Machenschaften unterstützt (habe) und insbesondere Banken und Wirtschaft (...) das Überleben der Apartheid damit verlängert" hätten.¹⁰⁸⁰ Dem sei natürlich nicht so. Das asa-bulletin betont, dass beispielsweise die wichtigsten Repräsentanten des Schweizer Wirtschaftsestablishments – u. a. Bally, Nestlé, Schindler, Ciba-Geigy, Hoffmann-LaRoche und Sandoz –, in ihren südafrikanischen Filialen "schon während der Zeit der Apartheid Verordnungen und Massnahmen einführten, die ihre schwarzen Mitarbeiter besser stellten, als die örtlichen Gesetze eigentlich erlaubten." Man habe nicht nur höhere Löhne bezahlt, sondern auch Weiterbildungskurse angeboten, ordentliche Unterkünfte erstellt und Schulen gebaut. Von einer Verlängerung der Apartheid können überhaupt keine Rede sein.

Zu Unrecht würde auch die vom ehemaligen Nationalbankpräsidenten Fritz Leutwiler eingefädelt Umschuldungsmission für Südafrika Mitte der achtziger Jahre als "apartheidstützende" Aktion skandalisiert, obschon belegbar sei, dass Leutwiler vielmehr einen "ganz besonderen Beitrag zur friedlichen Überwindung der Apartheid" geleistet habe. Denn es habe auch noch eine "zweite Mission" gegeben, wie "erst kürzlich durch eine Meldung der NZZ bekannt" wurde: Im Auftrag der britischen Premierministerin Margaret Thatcher und des deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl habe Leutwiler Staatspräsident P. W. Botha die klare Botschaft überbracht, nun endlich die Apartheid abzuschaffen, Mandela aus der Haft zu entlassen und freie und demokratische Wahlen in Südafrika abzuhalten. Laut asa-bulletin reagierte P. W. Botha "mit Entrüstung auf dieses Ansinnen"; habe jedoch zwei Wochen später (vielleicht deshalb) einen Herzanfall erlitten, und sei von seinem Amt zurückgetreten. Anlässlich von Leutwilers siebzigsten Geburtstag habe sich dann sogar Mandela persönlich in einem Fax bei diesem für seine "diskreten" und "effizienten" Missionen zur Apartheidzeit bedankt.

Man sollte heutzutage auch nicht vergessen – so das asa-bulletin weiter –, dass die UNO bloss eine einzige "völkerrechtlich verbindliche" Massnahme gegenüber Südafrika implementierte; und zwar das "Waffenembargo im Jahre 1977, das die Schweiz schon 14 Jahre früher verordnet hatte." Zudem würde auch immer wieder ausgeblendet, dass in jener Zeit die "wirtschaftliche Debatte über Südafrika immer von einer politischen überlagert" gewesen sei: "Südafrika (war) ein wichtiger Dominostein in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Kapitalismus, das Bollwerk, das verhin-

¹⁰⁷⁹ "Die Schweiz und Südafrika", asa-bulletin, Nr. 172, August 1999. Vgl. auch *fem.*: "Das Kap der vielen Hoffnungen: Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika bis zum Ende der Apartheid", NZZ, 3.7.1999; *fem.*: "Komplexe Wahrheit", NZZ, 3.7.1999; *fem.*: "Mandela und die guten Dienste", NZZ, 3.7.1999; *fem.*: "Fritz Leutwilers Missionen", NZZ, 3.7.1999; sowie *fem.*: "Die Schweizer «pressure groups»", NZZ, 3.7.1999.

¹⁰⁸⁰ "Die Schweiz und Südafrika", asa-bulletin, Nr. 172, August 1999. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

derte, dass ganz Afrika dem antiwestlichen Lager zufiel." Im African National Congress (ANC) habe man deshalb zurecht eine "kommunistische Kaderorganisation" vermutet, deren Ziel es gewesen sei, "das strategisch wichtige und wirtschaftlich reiche Land an Moskau auszuliefern." Diese Haltung sei damals auch von den Regierungen Reagan und Thatcher geteilt worden, welche einen Südafrika-boycott grundsätzlich ablehnten. In diesem Zusammenhang habe die AAB – "die heute wieder von der südafrikanischen Botschaft hochgespielt wird (sic!)" –, mit "ihrer harten Linie in der Forderung nach Boykottmassnahmen" eine Aussenseiterposition in der Schweiz und weltweit wahrgenommen. Demgegenüber hätten sich die asa, der Club der Freunde Südafrikas (CFS) und die Swiss-South African Association (SSAA) für die Erhaltung der Schweizer Wirtschaftsinteressen im Hinblick auf die Zeit nach der Apartheid eingesetzt; und vor allem "eine objektive, umfassende Aufklärung über die tatsächlichen Verhältnisse in Südafrika" vermittelt. Dabei habe entgegen den Behauptungen diverser radikaler Seiten "insbesondere die asa (...) von Anfang an eindeutig Stellung gegen die Apartheidpolitik" bezogen; unterstreicht das asa-bulletin nachdrücklich.

Geheimdienstverflechtungen Schweiz-Südafrika in Schweizerzeit in den neunziger Jahren:

Im Herbst 2001 meldet sich dann SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer in seiner Schweizerzeit zur Affäre um Divisionär Peter Regli zu Wort. Schlüer nimmt den ehemaligen Chef der Untergruppe Nachrichtendienst im Generalstab (UNA) vor den "reisserischen Schweizer Medienleuten" und den Linken in Schutz, welche Regli zu Unrecht als "«Giftmischer» im Solde des seinerzeitigen «Apartheidstaates Südafrika» gestempelt" hätten; und rechtfertigt die nachrichtendienstlichen Kontakte der Schweiz mit Südafrika zur Apartheidzeit in Kalter Kriegs-Manier:

"Besonders der «Blick» liess seine Phantasie spriessen, in seinem Gefolge aber auch Exponenten der politischen Linken. Fleissig fügten sie allerlei hinzu. Viel, zumeist in Vermutungsform präsentiert, Erfundenes, Konstruiertes, Behauptetes, auch Geflunkertes – bis der gute alte Frankenstein neben dem zum veritablen Ungeheuer aufgeblasenen Regli nur noch als kleines Würmchen erschien."¹⁰⁸¹

Denn was nämlich die medialen "Kampagnen-Schuster" nicht berichten würden – so Schlüer weiter –, sei die eigentliche "Wahrheit" in der "Affäre Regli": Die unbestreitbare Tatsache beispielsweise, dass in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre der Bürgerkrieg in Angola "dramatische Ausmasse" angenommen habe; wobei "[e]ine Seite, nämlich die damals von der Sowjetunion und Kuba massiv unterstützten sogenannten «Regierungstruppen», (...) in diesem Krieg Giftgas" eingesetzt habe. Dies sei alles noch vor der Endphase des Kalten Krieges geschehen, d. h. Jahre vor dem Fall des Eisernen Vorhangs. Zusammen mit dem Umstand eines hochgerüsteten Ostblocks – welcher nicht nur für Westeuropa, sondern "selbst für die Schweiz eine Bedrohung darstellte" –, sei damit die Aufgabe des schweizerischen Nachrichtendienstes schlicht und einfach gewesen; nämlich: "Er hat herauszufinden, was für Gift da eingesetzt wurde, welche Wirkung damit erzielt wurde, wie gefährlich diese Gift ist und auch, ob es Gegenmittel gegen solche Kampfstoffe gibt, über das die Armeen des seinerzeitigen Ostblocks offensichtlich verfügten und das sie auch einsetzten."

1081

Ulrich Schlüer: "Bemerkungen zum «Fall Regli»: Über Giftmischer und Armee-Abschaffer", SZ, 9.11.2001. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

Memo Verhältnis Schweiz-Südafrika rechtsnationale Lobbygruppen 1997-2001:

Im Gegensatz zu den achtziger Jahren spielt nach der Zeitenwende 1989/90 das Verhältnis Schweiz-Südafrika für die rechtsnationalen Antikritiker (asa, Schweizerzeit) nicht mehr die primäre "weltstrukturierende" Rolle. Die vielfältigen Beziehungen der Schweiz zum Apartheidregime (u. a. Schweizer Wirtschaft, Nachrichtendienst) werden aber weiterhin ex post über die klassischen Kalter Kriegs-Deutungsmuster legitimiert (u. a. strategische Bedeutung Südafrikas, Rechtfertigung der Geheimdienstkontakte). Vehement verwehrt sich aber insbesondere die asa gegen jegliche Rassismusbewürfe aus dem linksalternativen politischen Milieu und betont, dass sie die Apartheid von Anfang an verurteilt und einen evolutionären Wandel und Reformen à la Botha in Südafrika begrüsst habe. Zudem habe man nur versucht, den linken Desinformationskampagnen der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) und der Medien zur Apartheid in Südafrika mit eigenen – sprich "objektiven" – Publikationen entgegenzuwirken.

V.3.2 Resonanzanalyse Medienarena 1997-2001

"Wenn die Politik sich der Geschichte annimmt, so tut sie dies mit halber Überzeugung. Sie drückt den Forschenden nicht die besten Instrumente in die Hände. Geschichtsforschung bleibt zwischen staatspolitischer Beschneidung und freier Wissenschaft und gebiert Resultate, die nicht zufriedenstellen können."¹⁰⁸²

"Hat die Schweiz, hat die Schweizer Wirtschaft mit ihren Aktivitäten nun das Apartheid-Regime verlängert, wie es heute im wohlorchestrierten Konzert heisst? (...). Die Aussage ist aus historischer Sicht ähnlich spekulativ wie der Vorwurf der «Kriegsverlängerung», den der erste Eizenstat-Report im Zusammenhang mit den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Hitler-Deutschland erhoben hatte. Tatsache ist, dass sich die Schweiz nicht an der einzigen völkerrechtlich relevanten Sanktion der Uno beteiligt hat, weil dies nicht ihrer damaligen Interpretation von Neutralität entsprach (Sie hatte das Waffenembargo allerdings einseitig schon vierzehn Jahre vor der Uno beschlossen) (...). Tatsache ist ferner, dass sie von allfälligen Umgehungsgeschäften nicht profitieren wollte und den «courant normal» einhielt."¹⁰⁸³

Nach der Holocaustaffäre sind es folgende Aktivitäten und Ereignisse zum Verhältnis Schweiz-Südafrika, die in der medialen Öffentlichkeit eine sehr hohe Aufmerksamkeit erzeugen: Die Apartheidschuldenerlasskampagne linksalternativer Lobbygruppen und die Frage der monetären Wiedergutmachung (Reparationszahlungen, Opferentschädigung) durch wirtschaftliche Apartheidprofiteure; eine Parlamentarische Initiative von grüner Seite zur umfassenden Aufarbeitung des Verhältnis Schweiz-Südafrika à la Bergier seit 1948 und die Diskussion über die Öffnung von staatlichen und privaten Archive diesbezüglich;¹⁰⁸⁴ die kontroversen schweizerisch-südafrikanischen Geheimdienstverflechtungen zur Apartheidzeit, welche mit der Verhaftung des Journalisten Jean-Philippe Ceppi in Südafrika 1999 eine Dynamisierung erfahren, zu verstärkten parlamentarischen Vorstössen führen und sich 2001 mit neuen Enthüllungen im Prozess gegen Wouter Basson, Leiter des südafrikanischen B- und C-Waffenprogrammes zur Apartheidzeit, weiter verdichten;¹⁰⁸⁵ sowie die schweizerischen Wirtschafts- und Aussenbeziehungen zu Südafrika der Apartheidära im allgemeinen.

Apartheidkritischer Diskurs in der Medienarena in den neunziger Jahren:

Analysiert man die Resonanz der apartheidkritischen Positionen in der medialen Öffentlichkeit in der Phase 1997-2001, so zeigt sich eine beachtliche Aufmerksamkeit für die Argumentationen von apartheidkritischen Lobbygruppen schweizerischer wie auch südafrikanischer Provenienz: U. a. AAB Südliches Afrika (vormals Anti-Apartheid-Bewegung (AAB)), Aktion Finanzplatz Schweiz (AFP) und Afrika-Komitee Basel; sowie insbesondere die Kampagne für Entschuldung & Entschädigung im südlichen Afrika (Keesa), Jubilee 2000 und South African National NGO Coalition (SANGOCO). In gut 13.8% aller Fälle werden die Binnenpositionen aus dem linksalternativen Milieu dieser Pressure Groups

¹⁰⁸² Bruno Affentranger: "Zimmern an unserer Geschichte", NLZ, 4.3.1999.

¹⁰⁸³ fem.: "Das Kap der vielen Hoffnungen: Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika bis zum Ende der Apartheid", NZZ, 3.7.1999.

¹⁰⁸⁴ Parlamentarische Initiative grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, *Aufarbeitung der Beziehungen zu Südafrika während den Jahren 1948-1994*, 20.3.1998 [98.412]. Vgl. auch Postulat Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates, *Untersuchung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz zu Südafrika in den Jahren 1948-1994*, 25.1.1999 [99.3002].

¹⁰⁸⁵ U. a. Interpellation Sozialdemokratische Fraktion, *Schweiz-Südafrika*, 1.3.1999 [99.3015]; Interpellation SP-Ständerat Pierre-Alain Gentil, *Renseignements militaires auprès de l'Afrique du Sud*, 17.3.1999 [99.3097]; sowie Parlamentarische Initiative SP-Nationalrat Jean-Nils De Dardel, *Services de renseignement et apartheid. Création de commissions d'enquête parlementaires*, 4.10.2001 [01.448]. Vgl. auch Anhang VII.4.

gespiegelt. Hohe Medienresonanzen erzielen insgesamt aber die apartheidskritischen Positionen der Medien selbst: U. a. Tages-Anzeiger (16.2%), Weltwoche (10.6%), SonntagsBlick (8.4%), Sonntags-Zeitung (7.8%), Berner Zeitung (4.7%) sowie Blick (2.2%). Daneben zeichnen sich nur noch gerade die Sozialdemokratische Partei (SP) (6.7%) und die Grüne Partei (5.2%) durch erhöhte Aufmerksamkeiten in der Medienarena aus.¹⁰⁸⁶ Als aktivste apartheidskritische Schreiberlinge erweisen sich Bruno Vanoni (*bvr.*) und Michael Meier (beide Tages-Anzeiger), Denis von Burg (*dvb.*) (Berner Zeitung), Martin Stoll (SonntagsZeitung), Georges Wüthrich (Blick), sowie Rolf Cavalli und Carl Just (beide SonntagsBlick). Wiederholt meldet sich auch der "Chefideologe" des SonntagsBlick, Frank A. Meyer, zu Wort. In der Weltwoche wird der Südafrikadiskurs fast ausschliesslich durch Res Strehle, Mitgründer der WochenZeitung 1981, und Martina Egli, Journalistin mit dem Spezialgebiet Südafrika und Mitautorin der Apartheidschuldenstudie der linksalternativen Lobbygruppen, bestimmt. Daneben veröffentlicht wiederholt der ebenfalls in den achtziger Jahren für die WochenZeitung schreibende Gian Trepp einzelne Beiträge in der SonntagsZeitung zum Verhältnis Schweiz-Südafrika.

Als apartheidskritische Position mit der höchsten Medienresonanz in der Phase 1997-2001 erweist sich die Skandalisierung der Schweizer Involvierung in dem von Wouter Basson – auch bekannt als "Mengele der Apartheid" oder "Dr. Tod" –, geleiteten südafrikanischen B- und C-Waffenprogramm der Apartheidära ("Project Coast") bzw. der Vorwurf, es habe seit 1986 einen "geheimen Chemiewaffen-Vertrag zwischen dem Schweizer und dem südafrikanischen Geheimdienst" gegeben; und zwar für eine enge Zusammenarbeit im defensiven Bereich von B- und C-Waffen (vgl. Position 1; Abbildung 31, Seite 268).¹⁰⁸⁷ Diese Kritik wird vor allem von den Medien selbst – d. h. Qualitäts-, Forums-, Sonntags- wie auch Boulevardmedien – in die Diskussionen eingebracht.

Im Zusammenhang mit dieser enthüllten Geheimdienstverflechtung zwischen der Schweiz und dem Apartheidregime werden in der medialen Öffentlichkeit sehr differenziert die Defizite und "nicht gerade kooperative Haltung" der offiziellen Schweiz bei der Aufarbeitung dieser Affäre skandalisiert – u. a. die Rückendeckung für Ex-Nachrichtendienstchef Peter Regli durch das Departement VBS und die als ungenügend erachtete Zusammenarbeit mit der Bundesanwaltschaft und der südafrikanischen Staatsanwaltschaft –, sowie die einzelnen Vergehen des Hauptskandalisierten Divisionär Regli selbst kritisiert: U. a. mehrfache Treffen mit Basson in den achtziger und neunziger Jahren; Mandrax-Deal und Nuklear-Deal mit Russland 1992; sowie Beschaffung zweier russischer Luftabwehr-Lenk Waffen 1994 (vgl. Positionen 5, 8, 9 und 14 sowie Fussnote zu Abbildung 31).¹⁰⁸⁸ Eine hohe Medienresonanz erzielt dabei eine von der SP geforderte Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) zur definitiven Aufklärung dieses "Geheimdienstskandals" (vgl. Position 6; Abbildung 31).

1086

n = 464. TA = 75 Positionen (16.2%); WE = 49 (10.6%); SBK = 39 (8.4%); SoZ = 36 (7.8%); SP = 31 (6.7%); Grüne Partei = 24 (5.2%); BZ = 22 (4.7%); Njongonkulu Ndungane = 15 (3.2%); Keesa = 14 (3.0%); Wouter Basson = 13 (2.8%); Jubilee 2000 = 12 (2.6%); AFP = 12; BK = 10 (2.2%); Apartheidkritiker unspezifisch = 10; Jean-Philippe Ceppi = 9 (1.9%); AAB Südliches Afrika = 8 (1.7%); Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund (SEK) = 7 (1.5%); Bundesanwaltschaft = 7; Chris Thirion = 6 (1.3%); Interdepartementale Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika = 6; Schweizerische Bischofskonferenz = 6; Staatsanwaltschaft Südafrika = 6; Neue Luzerner Zeitung (NLZ) = 5 (1.1%); NZZ = 5; 10 vor 10 = 5; Parlamentarische Gruppe Schweiz-Südafrika = 5; Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) = 3 (0.6%); Freisinnigdemokratische Partei (FDP) = 3; Schweizerischer Nationalfonds = 3; SANGOCO = 2 (0.4%); SR DRS = 2; Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) Südafrika = 2; Delegation der Geschäftsprüfungskommission der Eidgenössischen Räte (GPDel) = 2; Roland Viotti = 1 (0.2%); Afrika-Komitee Basel = 1; Centre Europe – Tiers Monde (CETIM) = 1; Hilfswerke unspezifisch = 1; Schweizerisches Bundesarchiv = 1; United Nations Organisation (UNO) = 1; Behörden USA = 1; Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) = 1; Bundesrat = 1; sowie WoZ = 1.

1087

Georges Wüthrich: "Geheimdienst-Skandal: Reglis Terror-Waffen liegen in diesem Bunker", BK, 27.10.2001.

1088

Bruno Vanoni: "Ermittler wollen Geheimbericht", TA, 27.8.2001.

Abbildung 31: Apartheidkritische Positionen differenziert nach Akteuren in der Medienarena 1997-2001¹⁰⁸⁹



1089

Dargestellt werden die fünfzehn am häufigsten geäusserten apartheidkritischen Positionen differenziert nach Akteuren in der Medienarena 1997-2001 in absoluten Werten [n = 464]. Alte Positionen sind in der Abbildung mit *OLD!* gekennzeichnet. Weitere apartheidkritische Positionen mit erhöhter Medienresonanz: *Sanktionen, UNO: "Missbrauch Schweiz als Drehscheibe, für Dreiecksgeschäfte (u. a. Marc Rich, Oerlikon-Bührle)"* [10 Nennungen]; *Südafrikapolitik Bund: "Unglaublich, da nur verbale Proteste"* [9]; *Südafrikapolitik Bund: "Pilotenaustausch ist neutralitätswidrig"* [9]; *Geheimdienstverflechtung: "Tatbestand Mandrax-Deal 1992"* [9]; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweiz als Plattform für Diamantenhandel mit Südafrika"* [8]; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweizer Firmen in Südafrika als Ausbeuter (u. a. Schmidheiny-Gruppe)"* [7]; *Apartheidschulden: "Umschuldungsmission Leutwiler mit Schützenhilfe Bund, apartheidstützende Aktion"* [7]; *Apartheidschatten: "Aufarbeitung Schweiz-Südafrika im Rahmen NFP42+ nicht ausreichend (u. a. Geldmangel)"* [7]; *Apartheidschatten: "Aufarbeitung Bund (Interdepartementale Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika) 1999 ungenügend"* [6]; *Geheimdienstverflechtung: "Tatbestand Nuklear-Deal mit Russland 1992"* [5]; sowie *Sanktionen, Neutralität: "Nichtergreifung = Komplizenschaft, Sanktionsgewinnler"* [3]. Apartheidkritische Positionen mit geringer Medienresonanz [weniger als 3 Nennungen]: *Sanktionen, allgemein: "Konsumverzicht südafrikanischer Güter implementieren (u. a. Boykott Migros, Coop)"*; *Sanktionen, UNO: "Waffenausfuhr verschärfen gemäss Cocom-Praxis, da Missbrauch (u. a. Oerlikon-Bührle)"*; *Sanktionen, UNO: "Abbruch Sport- und Kulturkontakte"*; *Südafrikapolitik Schweiz, allgemein: "Kirchen unterstützen implizit Apartheidpolitik"*; *Südafrikapolitik Bund: "Imageschaden Schweiz, verstärkte Isolation"*; *Südafrikapolitik Bund: "Kapitalexportplafond achtziger Jahre massiv überschritten, Vertuschung Realität"*; *Südafrikapolitik Bund: "Überlassen der Aussenpolitik der Wirtschaft"*; *Südafrikapolitik Bund: "Beamtenaufenthalte neutralitätswidrig, Umgehungs-Diplomatie"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Rückzug Investitionen nach demokratischer Revolution 1994, verwerfliche Haltung Schweizer Wirtschaft"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "DEZA-Fonds ungenügend, nur Imagekorrektur Wirtschaft"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweizer Banken finanzieren Auslandengagement südafrikanischer Firmen, Herkunftsverschleierung (u. a. Minorco, CFR)"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Finanzierung Atomprogramm Südafrikas, ESCOM-Anleihe Schweizer Banken siebziger Jahre, Uran-Lieferungen achtziger Jahre"*; *Apartheid, Reformen Botha: "Beschönigung, Rechts-Propaganda Lobbygruppen (u. a. asa, SSAA, CFS)"*; *Geheimdienstverflechtung: "Tatbestand Südafrika-Reise Regli 1993"*; sowie *Geheimdienstverflechtung: "Verstrickungen Schweiz bei Ermordung Dulcie September 1988"*.

Daneben erzielt das traditionelle Leitargument der linksalternativen Lobbygruppen aus den siebziger Jahren, welches die Schweizer Grossbanken als Boykottbrecher und Apartheidstützen skandalisiert, auch in den neunziger Jahren – nachdem es sich schon in den achtziger Jahren in der Medienöffentlichkeit als apartheidkritische Spitzenposition etablierte –, eine ungebrochen hohe Medienresonanz (vgl. Position 2; Abbildung 31). Dass nämlich an "vorderster Stelle (...) die Schweizerische Bankgesellschaft (SBG, heute UBS) mit ihrem Boss Nikolaus Senn das Rassisten-Regime (unterstützte)", wird vor allem seitens apartheidkritischer Lobbygruppen (u. a. AAB, AFP, Keesa, Jubilee 2000), den Medien selbst (insbesondere Tages-Anzeiger, SonntagsZeitung, SonntagsBlick, Weltwoche) – aber auch von SP und Grüner Partei – konstatiert.¹⁰⁹⁰

Medial stabilisiert hat sich in der Phase 1997-2001 auch nachhaltig das klassische Deutungsmuster des Finanzplatz Schweiz als zentrale Plattform für den Goldhandel mit Südafrika (vgl. Position 7; Abbildung 31). Die Forumsmedien Tages-Anzeiger, Berner Zeitung und Weltwoche erachten es als unbestreitbares Faktum, dass die Schweizer Grossbanken mit dem Apartheidregime mehrfach "zuvorderst im Geschäft" gewesen seien; und insbesondere die "notwendigen Goldtransfers für das Terrorregime (...) diskret über unser Land abgewickelt" wurden.¹⁰⁹¹

Hohe mediale Aufmerksamkeiten erzielen zudem einerseits der moralische Aufruf für einen Schuldenerlass, Reparationszahlungen und Opferentschädigungen in Südafrika seitens linksalternativer Lobbygruppen (u. a. AAB, AFP, Jubilee 2000, SANGOCO, Keesa) – welcher von allen Medien am prominentesten von der Weltwoche als eigene Position übernommen wird –, sowie andererseits die Forderung nach einer unabhängigen Aufarbeitung der Beziehungen der Schweiz zum Apartheidregime analog zu derjenigen der Bergier-Kommission über die Schatten des Zweiten Weltkrieges (vgl. Positionen 3 und 4; Abbildung 31). Die Position, wonach die "Apartheid-Beziehungen der Schweiz (...) umfassend aufgearbeitet" werden müssen, wird von den Medien vor allem der Grünen Partei – aber auch verstärkt dem Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund (SEK) und der Schweizerischen Bischofskonferenz – zugeschrieben.¹⁰⁹²

Im Rahmen dieser Aufarbeitungsdiskussion wird in der medialen Öffentlichkeit in den neunziger Jahren von linksalternativen Lobbygruppen (insbesondere AFP, Jubilee 2000) und der Grünen Partei auch mehrfach gefordert, dass die "Archive der Banken und Unternehmungen geöffnet werden", um so eine umfassende Klarheit zum Verhältnis Schweiz-Südafrika zur Apartheidzeit zu ermöglichen (vgl. Position 10; Abbildung 31).¹⁰⁹³

Dabei verweisen diverse Medien (Tages-Anzeiger, Berner Zeitung, SonntagsZeitung, SonntagsBlick, Weltwoche) verstärkt auf das (verpasste) Lernpotential aus der Holocaustaffäre: "Sollte man nicht annehmen dürfen, dass spätestens nach den schmerzhaften Erfahrungen mit der jahrelangen Verdrängung schweizerischer Fehlleistungen im Zusammenhang mit dem Holocaust zumindest die offizielle Schweiz daraus etwas gelernt hat?" (vgl. Position 11; Abbildung 31).¹⁰⁹⁴

Zudem hat sich in der Medienarena in der Phase 1997-2001 das von den linksalternativen Binnenorganen AAB-Nachrichten und WochenZeitung in den achtziger Jahren forcierte Argument der ideologischen Affinitäten zwischen dem Apartheidregime und dem politischen und wirtschaftlichen Establishment in der Schweiz (Stichwort: "Rassismusachse Südafrika-Schweiz") fest etabliert (vgl. Position 12;

1090 Georges Wüthrich: "Bundesrat fürchtet Klagen aus Südafrika: Regli kann uns 1 Milliarde kosten", BK, 29.10.2001.

1091 SP-Nationalrat Peter Vollmer: "Aufklärung selber an die Hand nehmen", SoZ, 2.5.1999.

1092 Michael Meier: "Schweiz-Südafrika: Kirchen und Transparenz", TA, 4.10.2001.

1093 Ebenda.

1094 SP-Nationalrat Peter Vollmer: "Aufklärung selber an die Hand nehmen", SoZ, 2.5.1999.

Abbildung 31). Fand dieses apartheidkritische Leitargument in der Medienöffentlichkeit in der Phase 1985-1989 eine noch eher geringe Aufmerksamkeit (vgl. nochmals Fussnote zu Abbildung 20, Seite 170), so erweist es sich in den neunziger Jahren zunehmend als roter Faden in der medialen Aufarbeitungsdiskussion. Als federführend in der Übernahme dieser klassischen Einschätzung aus dem linksalternativen politischen Milieu erweisen sich der SonntagsBlick und die Weltwoche.

Daneben wird auch prominent der Missbrauch der Schweiz als Drehscheibe für Umgehungsgeschäfte seit den sechziger Jahren skandalisiert. Als Paradebeispiel wird mehrfach die Waffenschmiede Oerlikon-Bührle typisiert, welche das "Schweizer Waffenembargo gegen den Apartheidstaat umgangen" habe, indem man "Rüstungsgüter einfach durch ausländische Tochterfirmen produzieren und nach Südafrika liefern liess" (vgl. Fussnote zu Abbildung 31).¹⁰⁹⁵

Schlussendlich ist auch die Kritik an der Südafrikapolitik des Bundes zur Apartheidzeit (Stichworte: keine Zwangsmassnahmen, moralische Verurteilung und Vermittlerrolle anbieten) in den neunziger Jahren nicht verstummt. Wiederholt wird in der Medienarena kritisiert, dass "[o]bwohl die Behörden das Rassenregime (...) moralisch verurteilten, (...) sie dennoch die Schweizer Unternehmen in Südafrika sehr aktiv (förderten)" (vgl. ebenfalls Fussnote zu Abbildung 31).¹⁰⁹⁶

Antikritischer Diskurs in der Medienarena in den neunziger Jahren:

Der antikritische Diskurs in der medialen Öffentlichkeit wird in den neunziger Jahren stark durch die Positionen des Bundesrates (24.8%) und die freisinnig-liberale NZZ (18.8%) bestimmt. Daneben erfahren nur gerade der Ex-Nachrichtendienstchef und Divisionär Peter Regli (12.4%), das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) (10.7%), die Delegation der Geschäftsprüfungskommission der Eidgenössischen Räte (GPDel) (7.3%), die Schweizer Grossbanken UBS und Credit Suisse (zusammen 5.6%) und das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) (4.7%) erhöhte Aufmerksamkeit. Bürgerliche und rechtsnationale Parteien – wie beispielsweise die Freisinnigdemokratische Partei (FDP) und die Schweizerische Volkspartei (SVP) (zusammen 3.0%) –, erfahren im Gegensatz zu den achtziger Jahren hingegen praktisch keine Medienresonanz mehr mit ihren antikritischen Positionen.¹⁰⁹⁷ Die aktivsten antikritischen Schreiberlinge in der Medienarena in den neunziger Jahren sind dabei Bruno Lezzi (Lz.), Anton Christen (ach.) und vor allem Felix E. Müller (fem.); allesamt von der NZZ.

Als antikritische Position mit der höchsten Medienresonanz erweist sich in der Phase 1997-2001 diejenige, die eine Schweizer Involvierung im südafrikanischen B- und C-Waffenprogramm der Apartheidära grundsätzlich als "haltlos" kritisiert, da sie "jeglicher Grundlage" entbehren würde (vgl. Position 1; Abbildung 32, Seite 271).¹⁰⁹⁸

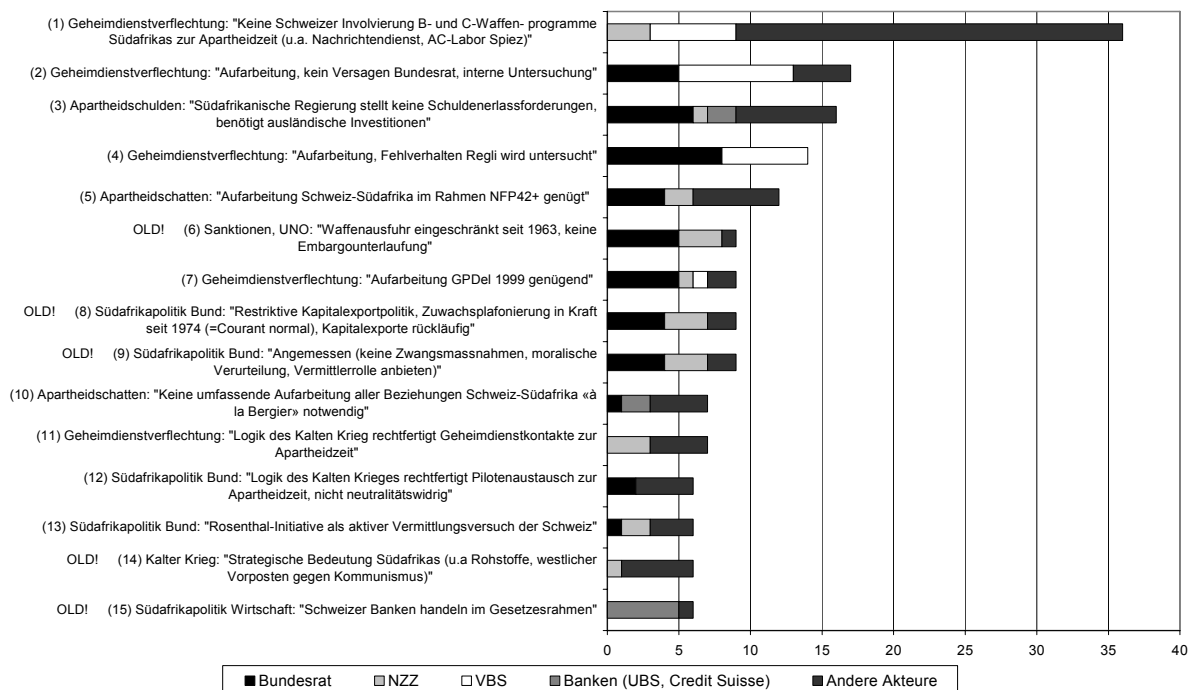
¹⁰⁹⁵ Bruno Vanoni: "Apartheid-Orden für Embargo-Brecher", TA, 12.11.2001.

¹⁰⁹⁶ Urs P. Gasche: "Schweiz verdrängt ihre Südafrika-Sünden", WE, 26.11.1998.

¹⁰⁹⁷ n = 234. Bundesrat = 58 Positionen (24.8%); NZZ = 44 (18.8%); Peter Regli = 29 (12.4%); VBS = 25 (10.7%); GPDel = 17 (7.3%); Banken (UBS, Credit Suisse) = 13 (5.6%); EDA = 11 (4.7%); Parlament = 7 (3.0%); SVP = 6 (2.6%); Regierung Südafrika = 4 (1.7%); Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa) = 3 (1.3%); Interdepartementale Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika = 3; AC-Labor Spiez = 2 (0.9%); Antikritiker unspezifisch = 2; Direktion für Entwicklungs-Zusammenarbeit (DEZA) = 2; Bundesamt für Aussenwirtschaft (BAWI) = 1 (0.4%); Oerlikon-Bührle = 1; Holderbank = 1; FDP = 1; Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates = 1; Handelszeitung = 1; TA = 1; sowie WE = 1.

¹⁰⁹⁸ Bruno Vanoni: "Reglis Apartheid-Kontakte entschuldigt", TA, 2.12.1999.

Abbildung 32: Antikritische Positionen differenziert nach Akteuren in der Medienarena 1997-2001¹⁰⁹⁹



1099

Dargestellt werden die fünfzehn am häufigsten geäusserten antikritischen Positionen differenziert nach Akteuren in der Medienarena 1997-2001 in absoluten Werten [n = 234]. Alte Positionen sind in der Abbildung mit *OLD!* gekennzeichnet. Weitere antikritische Positionen mit erhöhter Medienresonanz: *Sanktionen, UNO: "Statistische Überwachung Handelsbeziehungen zur Unterbindung Umgehungsgeschäfte"* [5 Nennungen]; *Geheimdienstverflechtung: "Treffen Basson-Regli 1990 war nur Höflichkeitsbesuch"* [5]; *Sanktionen, Neutralität: "Aussenpolitische Tradition Neutralität verbietet grundsätzlich konzertierte Aktionen"* [4]; *Südafrikapolitik Bund: "Positive Massnahmen, Schweiz finanziert schwarze Entwicklungs- und Bildungsprojekte"* [4]; *Apartheidschatten: "Keine Öffnung privater und nachrichtendienstlicher Archive, keine Aufhebung Sperrfristen"* [4]; *Geheimdienstverflechtung: "Mandrax-Deal 1992 Schutzbehauptung Basson, unwahr"* [4]; *Geheimdienstverflechtung: "Aufarbeitung, Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Behörden wird soweit wie möglich gemacht"* [4]; *Geheimdienstverflechtung: "Aufarbeitung, Aktenvernichtung Regli mit offizieller Erlaubnis"* [4]; *Sanktionen, UNO: "Keine Embargounterlaufung, Waffenexporte nur für zivile Zwecke"* [3]; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweizer Firmen als Wegbereiter für Reformen Botha (u. a. Gleichstellung Belegschaft)"* [3]; *Apartheid, Reformen Botha: "Verzerrung, Links-Propaganda Lobbygruppen (u. a. AAB, kirchliche Organisationen, Hilfswerke)"* [3]; sowie *Apartheidschatten: "Aufarbeitung Bund (Interdepartementale Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika) 1999 genügend, Mea Culpa Bundesrat"* [3]. Antikritische Positionen mit geringer Medienresonanz [weniger als 3 Nennungen]: *Sanktionen, allgemein: "Schwarze Südafrikas verurteilen Boykott (u. a. Zulu-Führer Buthelezi)"*; *Sanktionen, negative Effekte: "Stärkung Apartheidregime, Förderung Kriegswirtschaft Südafrikas"*; *Sanktionen, UNO: "Hypokrisie US- und EG-Firmen, unechter Südafrikaboykott"*; *Sanktionen, UNO: "Kein Missbrauch Schweiz für Dreiecksgeschäfte"*; *Sanktionen, UNO: "Ausfuhr Computer- und Nukleartechnologie vernachlässigbar, wurde nie autorisiert"*; *Südafrikapolitik Bund: "Beamtenaufenthalte privater Natur, unproblematisch"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "DEZA-Fonds zeigt Verantwortung Wirtschaft"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweiz keine spezifische Plattform für Goldhandel mit Südafrika"*; *Apartheidschulden: "Umschuldungsmission Leutwiler privater Natur"*; *Apartheid, Reformen Botha: "Richtiger Reformweg, evolutionärer Wandel"*; *Apartheidschatten: "Holocaustaffäre und Fall Apartheid nicht vergleichbar"*; *Apartheidschatten: "Bund unterstützt südafrikanische Wahrheitskommission (TRC)"*; sowie *Geheimdienstverflechtung: "Keine Involvierung Schweizer Grossbanken (u. a. Finanzierung Tarnfirmen, Geldwäscherei)"*.

Dieses Argument wird dezidiert von der NZZ, dem Departement VBS sowie der GPDeI – und am stärksten von Divisionär Regli selbst – verfochten: "Regli (...) beteuert: «Mit dem schrecklichen Programm Wouter Bassons hatte ich absolut nichts zu tun. Erst durch einen Artikel der SonntagsZeitung im September 1997 habe ich davon erfahren»."¹¹⁰⁰

Eine hohe Resonanz erzielt auch das antikritische Gegenargument zur moralischen Verpflichtung gegenüber der jungen südafrikanischen Demokratie zur Bewältigung der sozialen und finanziellen Altlasten aus der Apartheidära, wonach nämlich eine monetäre Wiedergutmachung in Form von Schuldenerlass, Reparationszahlungen und Opferentschädigungen nicht notwendig sei, "weil die südafrikanische Regierung selber bisher keine solche Zahlungen verlangt" bzw. keine ausländischen Investoren abschrecken wolle (vgl. Position 3; Abbildung 32).¹¹⁰¹ Diese Einschätzung wird massgeblich vom Bundesrat, NZZ und den Schweizer Grossbanken (UBS, Credit Suisse) geteilt.

Daneben erfahren auch die beiden altbekannten antikritischen Legitimationen eine hohe Medienresonanz, wonach die offizielle Schweiz bereits 1963 die Kriegsmaterialausfuhr nach Südafrika unterbunden und für den Kapitalverkehr "interessanterweise bereits 1974 eine Plafonierung eingeführt" habe; und zwar weil die Schweizer "Behörden befürchteten, das internationale Ansehen des Landes könnte «durch eine zu intensive Finanzbeziehung mit Südafrika Schaden nehmen»" (vgl. Positionen 6 und 8; Abbildung 32).¹¹⁰² Zudem seien einerseits die Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika von einer interdepartementalen Arbeitsgruppe "statistisch überwacht" worden – wobei diese Kontrollinstanz "keine systematischen Umgehungsgeschäften über die Schweiz" feststellen konnte –, und andererseits habe die Schweiz mit ihrem "Programm der positiven Massnahmen" aktiv zur Überwindung der Apartheid und Durchsetzung der Demokratie in Südafrika beigetragen (vgl. Fussnote zu Abbildung 32).

Weiterhin wird auch in der Phase 1997-2001 von verschiedenster Seite – insbesondere Bundesrat und NZZ – die Ansicht vertreten, die Südafrikapolitik der offiziellen Schweiz zur Apartheidzeit sei angemessen gewesen (vgl. Position 9; Abbildung 32). Dies weil der Bundesrat nicht nur die "Apartheid wiederholt moralisch verurteilt" habe, sondern "bis zuletzt auf das «mit der erforderlichen Überzeugungskraft geführte Gespräch»" und auf "diskrete, aber in der Aussage deutliche Interventionen auf diplomatischem Wege" gesetzt habe.¹¹⁰³ Von der NZZ wird in diesem Zusammenhang in den neunziger Jahren auch neu das Beispiel der (schlussendlich jedoch fehlgeschlagenen) "Rosenthal-Initiative" vorgebracht, die als unkonventioneller und aktiver Vermittlungsversuch der Schweiz zwischen dem Apartheidregime und den südafrikanischen Oppositionsbewegungen zu werten sei (vgl. Position 13; Abbildung 32).

Zudem erfreut sich auch nach der Zeitenwende von 1989/90 das Kalte Kriegs-Deutungsmuster vom strategischen Knotenpunkt Südafrika, welcher die "Schiffahrtsrouten um das Kap sicherte und sich gegen das scheinbar unaufhaltsame Vorrücken des Marxismus auf dem Schwarzen Kontinent stemmte", weiterhin reger Beliebtheit in der medialen Öffentlichkeit (vgl. Position 14; Abbildung 32).¹¹⁰⁴

1100 Martin Stoll: "Südafrikas Agenten stets zu Diensten – Neue Erkenntnisse: Die Schweiz war dem Apartheidstaat in Sachen C-Waffen freundschaftlich verbunden", SoZ, 14.3.1999.

1101 bvr.: "Fall Regli: Klärung naht", TA, 1.11.2001.

1102 fem.: "Weder schwarz noch weiss: Bericht zu den Beziehungen Schweiz-Südafrika", NZZ, 2.10.1999. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

1103 Martina Egli: "Die Schweiz war im Zweifel gegen Mandela", TA, 7.11.2001.

1104 fem.: "Die Schweiz und Südafrika – ein konstruierter Skandal", NZZ, 8.6.1999.

Neu werden ex post auch der Pilotenaustausch und die Geheimdienstkontakte der Apartheidära im Kontext des Ost-West-Antagonismus gerechtfertigt; insbesondere von NZZ, Departement VBS, GPDel und Bundesrat (vgl. Positionen 11 und 12; Abbildung 32). Denn "in Angola tobte ein Stellvertreterkrieg zwischen den USA und der UdSSR, der ein Aufeinanderprallen östlicher und westlicher Waffentechnologien zur Folge hatte. Deshalb interessierte sich der Nachrichtendienst der Schweizer Fliegertruppen für die Erfahrungen, welche die südafrikanischen Mirage-Piloten im Kampf mit sowjetischen Flugzeugen und Fliegerabwehrsystemen machten."¹¹⁰⁵

Als Hauptargument der Schweizer Grossbanken UBS und Credit Suisse zur Rechtfertigung ihres Südafrikaengagements zur Apartheidzeit erweist sich in der Phase 1997-2001 der mehrfach geäusserte Hinweis, dass sich ihr Geschäftsgebahren im Rahmen der Aussenpolitik der Schweiz bewegt habe (vgl. Position 15; Abbildung 32). Diverse Medien (u. a. Tages-Anzeiger, Berner Zeitung, Weltwoche) werten diese Haltung jedoch als moralisch verwerflich, weil die Banken "die Verantwortung für ihre damalige finanzielle Unterstützung des Apartheidstaats der Regierung" zuschieben würden.¹¹⁰⁶ So bemängelt die Berner Zeitung, dass Pressesprecher der UBS auf Anfrage automatisch und stereotyp "gleich jenen Satz ein(setzen), den sie dann wie einen Refrain wiederholen (...): «Unsere Geschäftspraktiken bewegten sich damals im Rahmen der vom Bund offiziell festgelegten Aussenpolitik»."¹¹⁰⁷

Analysiert man die unterschiedlichen "Framing" des Verhältnis Schweiz-Südafrika in der Medienöffentlichkeit in der Phase 1997-2001, so lässt sich noch stärker als in den siebziger und achtziger Jahren eine Dominanz von analytischen "diagnostic Framing" feststellen (77.4%).¹¹⁰⁸ Die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit werden in den Medien in den neunziger Jahren mehrheitlich vergangenheits- und gegenwartsbezogen reflektiert. Demgegenüber sind zukunftsgerichtete Strategien und Prognosen ("prognostic Framing") und identitätsstiftende Positionen – wie beispielsweise solche im Kontext der schweizerischen Neutralität oder demjenigen des Kalten Krieges ("identity Framing") –, im Vergleich zu den Jahrzehnten zuvor stark zurückgegangen (12.9% respektive 9.7%). Als neue Positionen, welche die eigene und/oder fremde oder nationale Identität definieren, erweisen sich nur noch gerade diejenige der ideologischen Affinitäten zum Apartheidregime bzw. "rassistischen Paternalismus" der Schweizer Wirtschafts- und Politikerelite;¹¹⁰⁹ sowie der Anspruch, aus der Geschichte zu lernen – d. h. eben nicht nur ein "Geschichtsbild professionell zu verteidigen" (Stichwort: Holocaustaffäre), sondern es auch "aktiv zu hinterfragen" –, und damit eine neue schweizerische Identität einer lernfähigen Gesellschaft zu begründen.¹¹¹⁰

Widerstreit in der Medienarena in den neunziger Jahren:

Im Gegensatz zu den siebziger und achtziger Jahren – in denen sich beim Widerstreit der apartheidkritischen Argumente und antikritischen Gegenargumente eine verstärkte Links-Rechts-Polarität feststellen lässt –, zeichnet sich die mediale Öffentlichkeit in der Phase 1997-2001 grundsätzlich durch einen geringen Widerstreit aus (vgl. Abbildung 33; Seite 274). Vergleichbar mit den linksalternativen Binnenorganen AAB-Nachrichten und konzept / WochenZeitung in den siebziger, achtziger und neun-

1105 *ferm.*: "Die Schweiz und Südafrika – ein konstruierter Skandal", NZZ, 8.6.1999.

1106 Martina Egli: "Sammelklagen gegen die Banken", TA, 7.11.2001.

1107 Stefan von Bergen: "Imagepflege: Hoffentlich nichts böses vom Kap der Guten Hoffnung – Mit welcher Wortwahl Imagebeamte das dunkle Südafrika-Kapitel aufhellen", BZ, 24.11.2001.

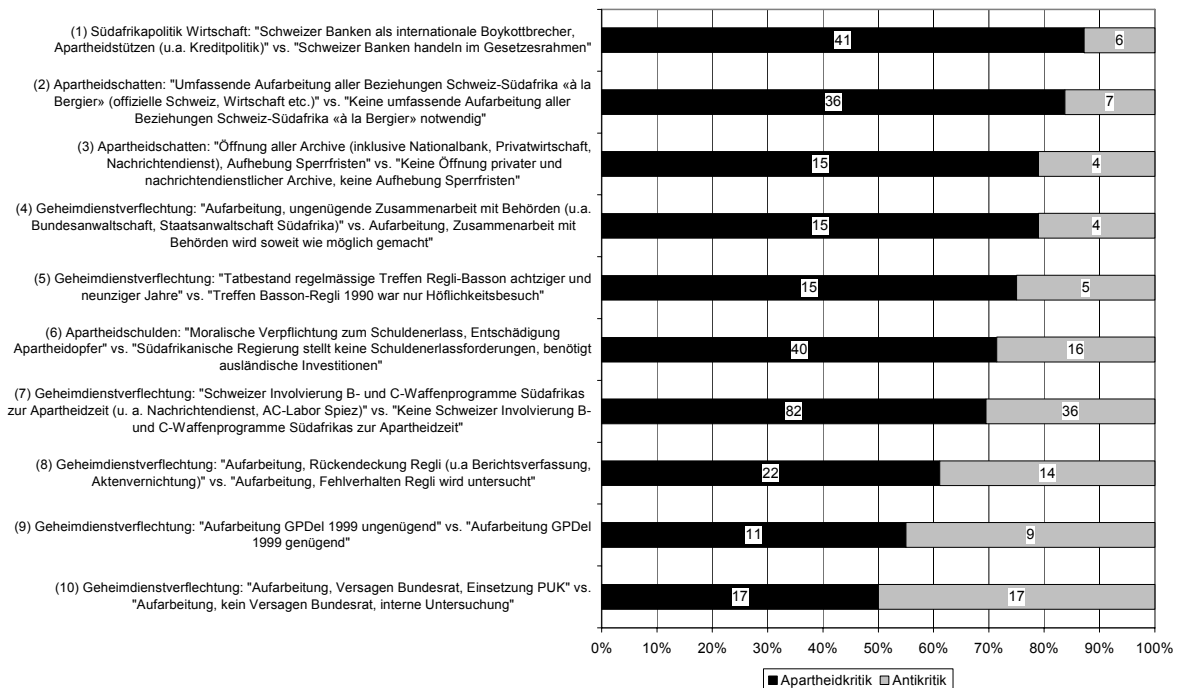
1108 n = 698. "Diagnostic Framing" = 540 (77.4%); "prognostic Framing" = 90 (12.9%); sowie "identity Framing" = 68 (9.7%).

1109 Mascha Madörin: "Gutes Verhalten kostet halt was", WE, 6.12.2001.

1110 Stefan von Bergen, und Jürg Steiner: "Aparte Liaison: Die Schweiz-Südafrika-Connection", BZ, 24.11.2001.

ziger Jahren dominieren auch in den Medien in der Phase 1997-2001 insgesamt eher apartheidskritische Argumentationen bzw. ein mehrheitlicher Monolog der Apartheidskritiker, wobei beispielsweise die apartheidsstützende Rolle der Schweizer Grossbanken kritisiert, eine umfassende Aufklärung des Verhältnis Schweiz-Südafrika (inklusive dasjenige der Privatwirtschaft) zur Apartheidzeit eingefordert und eine monetäre Wiedergutmachung postuliert wird (vgl. Positionen 1, 2, 3 und 6; Abbildung 33).

Abbildung 33: Widerstreit in der Medienarena 1997-2001¹¹¹¹



Auf wenig direkte Antikritik stossen daneben auch die differenzierten medialen Skandalisierungen der schweizerisch-südafrikanischen Geheimdienstverflechtungen (vgl. Positionen 4, 5 und 7; Abbildung 33). Doch dazu gleich mehr. Insgesamt kann in der Medienöffentlichkeit in der Phase 1997-2001 nur ein geringer Anteil aller Widerstreitpaare von apartheidskritischen Positionen und antikritischen Gegenpositionen als einigermaßen ausgeglichen gelten (vgl. Positionen 8, 9 und 10; Abbildung 33).

Apartheidschuldenerlasskampagne linksalternativer Lobbygruppen in der Medienarena in den neunziger Jahren:

Einen ersten medialen Höhepunkt erfährt die Apartheidschuldenerlasskampagne der linksalternativen Lobbygruppen – welche ursprünglich in Südafrika im Umfeld der South African National NGO Coalition (SANGOCO) und der Jubilee 2000 lanciert wurde, und in der Schweiz unter anderem von der Aktion Finanzplatz Schweiz (AFP) und der Kampagne für Entschuldung & Entschädigung im südlichen Afrika (Keesa) unterstützt wird –, wie auch deren Forderungen nach monetärer Wiedergutmachung für Apartheidopfer durch wirtschaftliche Profiteure (Banken, Unternehmen), mit der Publikation der Studie *Apartheidschulden. Der Anteil Deutschlands und der Schweiz* von Mascha Madörin, Gottfried Wellmer und Martina Egli am 10. Februar 1999.¹¹¹² Am stärksten berichtet der unabhängige Tages-Anzeiger – welcher schon in den achtziger Jahren das Verhältnis Schweiz-Südafrika am nachhaltigsten von allen

¹¹¹¹ Dargestellt werden die zehn am höchsten Resonanz erfahrenden Widerstreitpaare von apartheidskritischen und antikritischen Positionen in der Medienarena 1997-2001 in absoluten Werten und Prozenten [n = 698].

¹¹¹² Vgl. Madörin, Wellmer, und Egli, *Apartheidschulden. Der Anteil Deutschlands und der Schweiz*, Stuttgart 1999.

Medien skandalisierte –, über die von der AFP organisierte Pressekonferenz in Genf zur Präsentation dieser Publikation und zur breiteren Lancierung der Kampagne für einen Erlass der illegitimen Apartheidschulden (Odious Debts) in der schweizerischen Öffentlichkeit.

Der Tages-Anzeiger (Barbara Hasler) betont, dass gemäss dieser Apartheidschuldenstudie die Schweiz nebst den USA, Grossbritannien und Deutschland zu den vier wichtigsten Handelspartnern des Apartheidregimes gehört habe. Dabei müsse es schon seit 1968 – also zu jenem Zeitpunkt, als auch der "Zürcher Goldpool" der drei Schweizer Grossbanken SBG, SBV und SKA eröffnet wurde –, zu Absprachen zwischen Banken, Eidgenössischem Finanzdepartement (EFD) und Nationalbank gekommen sein. Zwar sei in den siebziger Jahren offiziell ein Kapitalexportplafond von maximal 240 Mio. SFR eingeführt und 1980 auf 300 Mio. SFR erhöht worden, was es dem EFD und der Nationalbank ermöglichte, den Kapitalfluss nach Südafrika zu kontrollieren. Die entscheidende und unbeantwortete Frage sei jedoch – gemäss Hasler und den Autoren der Apartheidschuldenstudie –, "wie zu Beginn der 80er-Jahre dennoch die Investitionen in Südafrika um ein Mehrfaches dieses Kapitalplafonds hätten steigen können."¹¹¹³ Denn immer wieder hätten die Banken Südafrika kurzfristige Kredite gewährt: "1984 – in einer der hässlichsten und brutalsten Phasen der Apartheid – engagierte sich die Schweiz mit 12.1 Milliarden Franken in Südafrika. Zwischen 1985 und 1993 brachten die Investitionen der Schweiz umgerechnet schätzungsweise rund 420 Millionen Franken an Zinsen und Dividenden ein." Interessant sei zudem, dass "[n]ach der Demokratisierung Südafrikas, als andere Länder wie die USA wieder zu investieren begannen, (...) die Schweiz das Interesse (verlor)." Die schweizerischen Guthaben würden seit dem wieder auf dem Niveau der siebziger Jahre liegen.

Daneben habe die Nationalbank bzw. deren ehemaliger Präsident Fritz Leutwiler in den achtziger Jahren – "in einer Zeit, als weder der Internationale Währungsfonds noch die Weltbank das Apartheidregime weiter unterstützte" –, Umschuldungsverhandlungen mit dem Apartheidregime geführt; so Hasler weiter.¹¹¹⁴ Diese Unterstützung habe Südafrikas finanzielle Krise massgeblich entschärft und damit die Wirksamkeit internationaler Boykottmassnahmen in Frage gestellt. Weil die Schweiz dem Apartheidregime bis zum Schluss "finanziell die Stange hielt" – so das Fazit von Hasler und den Autoren der Apartheidschuldenstudie –, habe sie sich einer "schwerwiegenden Mittäterschaft" schuldig gemacht; und müsste dem neuen demokratischen Südafrika zumindest seine drückende und ungerechte Schuldenlast – sprich die "Erbschuld der Apartheid" – erlassen.

Von der NZZ und den meisten anderen Tageszeitungen wird die Publikation der Apartheidschuldenstudie und die breitere Lancierung der Apartheidschuldenerlasskampagne der linksalternativen Lobbygruppen zunächst nicht weiter kommentiert oder nur auf Agenturebene registriert.¹¹¹⁵ Verstärkt Resonanz finden die Erlasskampagne – wie auch die Resultate der Apartheidschuldenstudie –, aber in der Weltwoche und der SonntagsZeitung; insbesondere in redaktionellen Beiträgen und Forumsartikeln von Exponenten aus dem Umfeld der ehemaligen Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) bzw. deren medialen Sprachrohre.

So verweist beispielsweise Res Strehle, ehemaliger Mitarbeiter der linksalternativen WochenZeitung, in der Weltwoche auf die in Südafrika von diversen NGOs (Non-Governmental Organisations) im Rahmen der Dachorganisation SANGOCO koordinierte Kampagne gegen die "hässlichen Schulden"

1113 Barbara Hasler: "Gute Geschäfte mit dem Rassismus", TA, 11.2.1999. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

1114 Ebenda.

1115 Vgl. stellvertretend (ap): "Genf: Laut Studie gehörte die Schweiz zu den wichtigsten Financier Südafrikas zur Zeit der Apartheid", NLZ, 11.2.1999; (sda): "Apartheid-Opfer", BZ, 11.2.1999; sowie (dpa): "Erzbischof geisselt Geschäfte mit dem Apartheidstaat: Entschädigung von Banken verlangt", NZZ, 3.3.1999.

(Odious Debts); und zitiert aus dem immensen Datenmaterial der Apartheidschuldenstudie.¹¹¹⁶ Dabei sei vor allem die Erkenntnis bemerkenswert, dass die "Schweizer Banken Ende 1993, dem letzten Jahr der weissen Vorherrschaft, für zehn Prozent der Aussenschuld Südafrikas verantwortlich" waren; und "von den insgesamt 25 Milliarden Dollar Aussenschuld (...) umgerechnet gar vier Milliarden Franken der Schweiz geschuldet" wurden. Diese Schulden seien vornehmlich in jener Zeit entstanden, als sich das Apartheidregime "mit allen – vorab militärischen und polizeilichen – Mitteln an der Macht zu halten" versucht habe.

Daneben orientiert in der SonntagsZeitung Gian Trepp – ebenfalls in den achtziger Jahren vornehmlich für die WochenZeitung schreibend –, zusammen mit Othmar von Matt über die südafrikanische Sektion der internationalen Erlasskampagne Jubilee 2000, welche einerseits das Jahr 2000 zum Erlassjahr für alle Schulden der ärmsten Länder der Welt erklärt habe; andererseits nun auch explizit von den Schweizer Grossbanken einen "Verzicht auf Apartheidzeit-Guthaben" und die Leistung von Reparationen einfordern würde.¹¹¹⁷

Einen weiteren medialen Höhepunkt erfährt die Apartheidschuldenerlasskampagne im Mai 2000 mit dem Schweiz-Besuch des südafrikanischen Bischofs Njongonkulu Ndungane; zugleich prominenter Fürsprecher der südafrikanischen Jubilee 2000 und vehementer Befürworter einer monetären Wiedergutmachung durch wirtschaftliche Apartheidprofiteure.¹¹¹⁸ Dabei spiegeln Tages-Anzeiger, Weltwoche und SonntagsBlick am stärksten die von Bischof Ndungane anlässlich seines Treffens mit Bundesrat Joseph Deiss (CVP) geäußerte Forderung nach einer "Entschädigung für die unmoralischen Geschäfte mit der Apartheid" durch die Schweiz (Stichworte: Schuldenerlass, Reparationszahlungen und Opferentschädigungen) und die Einrichtung eines "Marshallplans" für die junge südafrikanische Demokratie; analog zu demjenigen für Europa nach dem Zweiten Weltkrieg.¹¹¹⁹

Denn unbestritten sei, dass die "Schweizer Banken (...) den Sauerstoff für die Apartheid (lieferten)"; so Bischof Ndungane in einem Interview mit dem SonntagsBlick.¹¹²⁰ Bezüglich der daraus resultierenden "moralischen Verantwortung" für die Schweiz, verweist Michael Meier im Tages-Anzeiger auf die Befunde der Apartheidschuldenstudie; und zitiert ebenfalls Bischof Ndungane, welcher explizit – nebst wirtschaftlichen Apartheidprofiteuren (Banken, Unternehmen) –, auch die offizielle Schweiz zur Wiedergutmachung anruft: Denn "[e]s war auch unethisch, die Sanktionen nicht mitzutragen, die letztlich die Apartheidregierung zu Fall gebracht haben."¹¹²¹ Intensiv berichtet in der Weltwoche zudem die Mitautorin der Apartheidschuldenstudie Martina Egli über die Forderungen der Jubilee 2000 und erinnert daran, dass selbst die "heutige Regierungspartei" African National Congress (ANC) in den achtziger Jahren wiederholt die Rolle der Banken als "Akt der Unmenschlichkeit" bezeichnet und wortwörtlich darauf verwiesen habe, dass "zu gegebener Zeit (...) sich die südafrikanische Bevölkerung daran erinnern (wird), dass die Banken aus dem Elend unserer Leute Profite schlug."¹¹²² Dass sich die UBS und die Credit Suisse anlässlich des Aufenthalts von Bischof Ndungane in der Schweiz dann

1116 Res Strehle: "Schwarze Vergangenheit – Hässliche Schulden: Die Schweizer Banken wollen ihr Südafrika-Engagement nicht aufarbeiten", WE, 8.4.1999. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

1117 Gian Trepp, und Othmar von Matt: "Schulden und Sühne: Die Schweiz soll Südafrika Schulden erlassen – und Apartheidopfer prüfen eine Sammelklage", SoZ, 2.5.1999.

1118 Vgl. stellvertretend (ap): "Südafrika: Schweizer Wirtschaft soll zahlen", BZ, 10.5.2000; (sda): "Ruf nach Unterstützung: Erzbischof Ndungane in der Schweiz", NZZ, 10.5.2000; (sda): "Südafrika: Erzbischof ruft zu Entschädigungen auf – Apartheidopfern helfen", NLZ, 10.5.2000; sowie Carl Just: "Weil Banken die Apartheid unterstützten: Südafrika will Schweizer Schmerzensgeld", SBK, 14.5.2000.

1119 Michael Meier: "«Für Südafrika einen Marshallplan»", TA, 13.5.2000.

1120 Carl Just: "«Schweizer Banken lieferten den Sauerstoff für die Apartheid»", SBK, 14.5.2000.

1121 Michael Meier: "«Für Südafrika einen Marshallplan»", TA, 13.5.2000.

1122 Martina Egli: "Zahltag für die Kungelei mit den weissen Herren", WE, 11.5.2000.

aber einerseits weigerten, an einer vom Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS) organisierten Podiumsdiskussion zum Thema Entschädigung und Wiedergutmachung teilzunehmen – und zwar mit der Begründung, man habe "exzellente Kontakte mit der neuen südafrikanischen Regierung", und diese "stellt keine Forderungen an uns" –, und dass der Bundesrat andererseits nur unverbindlich versprach, man werde auf die Forderungen der südafrikanischen NGOs später antworten, wird im SonntagsBlick und der Weltwoche scharf kritisiert.¹¹²³

In der NZZ skandalisiert Anton Christen die "unbegründeten" Forderungen von Bischof Ndungane – diesem "Handelsreisenden in Sachen «Jubilee 2000»" –, der es mit den Fakten insgesamt nicht so genau nehmen würde: U. a. behaupte er kühn, es gebe für einen Erlass der Schulden aus der Apartheidzeit eine "völkerrechtliche Basis: Es handle sich um «odious debts», um die anrühigen Schulden eines Unrechtsregimes, das die Uno-Generalversammlung als verbrecherisch bezeichnet habe."¹¹²⁴ Dabei sind – so betont Christen –, solch politischen Urteile der UNO-Generalversammlung völkerrechtlich grundsätzlich ohne Konsequenzen gewesen; und der UNO-Sicherheitsrat habe nur eine verbindliche Massnahme gegenüber Südafrika erlassen (Waffenembargo 1977 [S/RES/418]). Als "Interpretationsfrage" – wie dies Bischof Ndungane bezeichnen würde –, könne man dies nicht definieren. Zudem würde auch einfach ausgeblendet, dass selbst "schwarze südafrikanische Politiker (...) in den achtziger Jahren (...) selber nach ausländischen Investitionen gerufen" hätten und auch "viele Gelder in nützliche, dem heutigen Südafrika dienliche Projekte geflossen" seien. Laut Christen scheint es einfach so, als wolle Bischof Ndungane "seinen Zuhörern ein Schuldbewusstsein einreden, um dann, wie weiland die Ablasshändler im Mittelalter, die erlösende Summe einstreichen zu können."

Daneben findet die Apartheidschuldenerlasskampagne der linksalternativen Lobbygruppen auch mehrfach im Rahmen von Kommentaren in den Forums-, Wochen-, Sonntags- und Boulevardmedien Resonanz – doch dazu gleich mehr –, sowie anlässlich von institutionalisierten Ereignissen wie den Schweiz-Besuchen von prominenten Befürwortern einer monetären Wiedergutmachung für Südafrika: U. a. beim Vortrag von Dumisa Ntsebeza, Anwalt der südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC), an einer von der AFP organisierten Veranstaltung im Juni 2000 in Basel; beim Schweiz-Besuch des Generalsekretärs des Reformierten Weltbundes (RWB), Setri Nyomi aus Ghana, im November 2000; sowie bei der Teilnahme von Bischof Ndungane am Weltwirtschaftsforum (wef) in Davos im Februar 2001.¹¹²⁵

1123 Carl Just: "«Schweizer Banken lieferten den Sauerstoff für die Apartheid»", SBK, 14.5.2000. Vgl. auch Martina Egli: "Öffnet die Archive! Alte Schuld", WE, 11.5.2000.

1124 ach.: "Erzbischof Ndungane im Schatten Tutus", NZZ, 17.5.2000. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

1125 Vgl. stellvertretend Michael Meier: "Profiteure in die Pflicht nehmen: Dumisa Ntsebeza von der Wahrheits- und Versöhnungskommission forderte in Basel die (Schweizer) Profiteure der Apartheid zu einem Schuldenerlass auf", TA, 5.6.2000; Michael Meier: "Ein Afrikaner als Sprecher der Reformierten – Setri Nyomi: "«Selbst die Sklaverei konnte Afrika nicht zerstören»", TA, 1.11.2000; "Forum-Kritiker Erzbischof Ndungane: «Es braucht die Stimme des Protests»", SBK, 28.1.2001; sowie Michael Meier: "Angetroffen Forum Davos: Erzbischof Ndungane ist der Nachfolger von Desmond Tutu – Ländertes Bild der Schweiz", TA, 29.1.2001.

Parlamentarische Vorstösse zur Aufarbeitung der Apartheidschatten in der Medienarena in den neunziger Jahren:

Schon im Vorfeld der Nationalratsdebatte zur Parlamentarischen Initiative *Aufarbeitung der Beziehungen der Schweiz zu Südafrika während den Jahren 1948-1994* der grünen Nationalrätin Pia Hollenstein vom 3. März 1999, berichten einzelne Medien über ein Postulat der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates, welches eine Untersuchung des Verhältnis Schweiz-Südafrika im Rahmen des Schweizerischen Nationalfonds anregt; und die von Hollenstein geforderte unabhängige Aufarbeitung der Apartheidschatten analog zur Bergier-Kommission über die Schatten des Zweiten Weltkrieges als unverhältnismässig charakterisiert.¹¹²⁶ Der Tages-Anzeiger (Bruno Vanoni) bemängelt an diesem "Kompromissvorschlag" der nationalrätlichen Kommission aber, dass Privatarchive (u. a. von Banken, Unternehmen etc.) verschlossen bleiben würden; und zeigt grosses Verständnis für das Festhalten Hollensteins an ihrer Initiative, welche auch die "Dienste von Schweizer Banken sowie den privaten Gold- und Diamantenhandel" in eine zukünftige Untersuchung miteinbeziehen möchte.¹¹²⁷

In der NZZ enerviert sich Felix E. Müller grundsätzlich an diesem "plötzlich erwachten Interesse der Politik an der Geschichte", welches ausschliesslich "politisch und nicht historisch bedingt" sei.¹¹²⁸ Hollenstein und linke Kreise wollen damit nur "die Schweizer Wirtschaft und die zu jener Zeit vom Freisinn geprägte Verwaltung in die Nähe des Apartheid-Regimes rücken, moralisch diskreditieren und damit politisch in die Defensive drängen." Mit dem Thema Südafrika soll "ein weiteres trojanisches Pferd ins Innere der Banken gerollt" werden; bilanziert Müller mit Verweis auf die Holocaustaffäre. Problematisch sei dabei (wiederum) eine vornehmlich ideologisch und/oder egoistisch motivierte Bevorzugung von "Lieblingsthemen"; wobei Müller nebst der Initiative Hollensteins zu Südafrika auch explizit auf einen parlamentarischen Vorstoss von SVP-Nationalrat Walter Frey verweist, welcher die Aktivitäten des Staatssicherheitsdienstes (Stasi) der ehemaligen DDR in der Schweiz abklären will (insbesondere bezüglich persönlicher Beziehungen zwischen der schweizerischen Linken und Repräsentanten der DDR).

Laut Müller dürfte es "findigen Politikern" zukünftig nämlich nicht an "Ideen für weitere «Bergier»-Kommissionen" mangeln: "Schon fällt da und dort das Stichwort Chile, aber sicher wäre auch das Thema Rumänien interessant. Und weshalb nicht die Beziehungen etwa zwischen der Schweiz und der stalinistischen Sowjetunion unter die Lupe nehmen oder diejenigen zu Indonesien"; oder etwa doch "diejenige zu Vanuatu?"¹¹²⁹ Gefährlich sei in diesem Zusammenhang, dass das "Parlament mit jedem weiteren Schritt in Richtung staatlicher Geschichts-«Aufarbeitung» weiter auf eine schiefe Ebene" geraten würde, wobei vor allem die Privatsphäre bzw. die Persönlichkeitsrechte (von einzelnen Individuen, Banken und Firmen) ins Rutschen kämen, wenn man die Sperrfristen für Archivbestände einfach aufheben oder gar das "Ende des Schweizer Bankgeheimnis" verkünden würde. Dabei beschwört Müller auch explizit die Gefahr eines neuen "Schnüffelstaates" durch eine solche staatlich verordnete Geschichtsforschung:

1126 Vgl. stellvertretend (ap): "Beziehungen zu Südafrika sollen untersucht werden: Postulat einer Nationalratskommission", NZZ, 27.1.1999; Bruno Vanoni: "Für die Forschung an Apartheid-Akten", TA, 27.1.1999; sowie hr.: "Die Wirtschaft soll nicht angetastet werden", TA, 11.2.1999. Vgl. auch Postulat Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates, *Untersuchung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz zu Südafrika in den Jahren 1948-1994*, 25.1.1999 [99.3002].

1127 Bruno Vanoni: "Für die Forschung an Apartheid-Akten", TA, 27.1.1999.

1128 *fem.*: "Big Brother in den Archiven", NZZ, 6.2.1999. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Leitartikel.

1129 Ebenda.

"Es ist ein Charakteristikum totalitärer Staaten, Geschichte auf diese Weise zu «verordnen», weil sie diese im Interesse des Machterwerbs oder der Machterhaltung manipulieren wollen. In dieser Richtung sollte das Parlament nicht einen Zentimeter gehen. Big Brother versteckt sich heute im Archiv."

Gemäss Müller hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates nämlich grundsätzlich einen "vernünftigen Weg" aufgezeigt. Denn sollte tatsächlich ein grosses Interesse an einer historischen Darstellung der schweizerischen Beziehungen zum Apartheidregime bestehen, so sei "dieses Anliegen möglicherweise beim Nationalfonds gut aufgehoben."¹¹³⁰

Der Entscheid des Nationalrates am 3. März 1999, die Parlamentarische Initiative *Aufarbeitung der Beziehungen der Schweiz zu Südafrika während den Jahren 1948-1994* von Hollenstein abzulehnen, und das Postulat der nationalrätlichen Kommission – welches die Untersuchung des Verhältnis Schweiz-Südafrika nur im Rahmen eines nationalen Forschungsprogrammes und unter Ausklammerung von privaten Archiven vorsieht – gutzuheissen, findet in den meisten Medien dann jedoch nur auf Agenturebene Resonanz; wird aber verstärkt vom Tages-Anzeiger, der Neuen Luzerner Zeitung und der Weltwoche kritisiert.¹¹³¹

Barbara Hasler stösst sich im Tages-Anzeiger daran, dass SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer – "früher ein eifriger Fürsprecher zu Gunsten der Apartheid" –, als Sprecher der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates im Parlament gross auftreten konnte.¹¹³² Denn dieser gute "Freund Südafrikas" habe die Haltung der offiziellen Schweiz zur Apartheidzeit verteidigt, und das Südafrikaengagement von Schweizer Grossbanken und Firmen – welche sich angeblich schon früh für bessere Lohnbedingungen ihrer schwarzen Angestellten in Südafrika eingesetzt hätten –, zu positiv gewürdigt. Hasler zitiert dabei die grüne Nationalrätin Margrith Von Felten, die den Entscheid des Nationalrates als "Augenwischerei" wertet; wie auch ihr Parteikollege Hans Meier, welcher mit Bezug auf Schlüers beschönigenden Ausführungen vermerkt habe, dass "wenn die Rolle der Schweizer Wirtschaft doch so positiv gewesen sei, (...) er nicht (verstehe), warum man diese nicht aufarbeiten wolle."

Bruno Affentranger kritisiert in seinem Kommentar in der Neuen Luzerner Zeitung, dass im Fall der Stasi-Aktivitäten eine breite Akteneinsicht – auch bei Privaten – gewährleistet werde; demgegenüber die geplante Nationalfondsstudie zum Verhältnis Schweiz-Südafrika "keine Befugnis hat, bei Privaten oder Firmen zu forschen", sondern nur staatliche Archive einsehen könne.¹¹³³ Dies sei vor allem deshalb schade, weil "bei letzteren wichtige Dokumente zu finden wären, ist zu vermuten, man denke an Luzern und an die Firma de Beers als grösste Diamantendrehscheibe." Auch Res Strehle skandalisiert den Entscheid der "Berner Weisen", anstatt die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit nun die Beziehungen der Schweiz zur ehemaligen DDR umfassend zu untersuchen.¹¹³⁴ Denn die "Schweizer Ratsherren (hatten) mit dem Debakel im Osten Deutschlands weit weniger zu tun als mit jenem im südlichen Afrika." Wahrscheinlich liege aber der Entscheid des Nationalrates

1130 Ebenda.

1131 Vgl. stellvertretend (sda): "Schweiz-Südafrika: Nationalfonds aufgerufen", NLZ, 4.3.1999; (sda): "Nationalratsbeschlüsse: DDR und Südafrika gaben zu reden", NLZ, 4.3.1999; sowie (sda): "Vergangenheitsbewältigung: Verhältnis zur DDR und zu Südafrika unter der Lupe", BZ, 4.3.1999. Vgl. auch Parlamentarische Initiative grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, *Aufarbeitung der Beziehungen zu Südafrika während den Jahren 1948-1994*, 20.3.1998 [98.412].

1132 Barbara Hasler: "Der Nationalrat will es nicht so genau wissen", TA, 4.3.1999. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

1133 Bruno Affentranger: "Zimmern an unserer Geschichte", NLZ, 4.3.1999. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Kommentar.

1134 Res Strehle: "Aussitzen geht nicht: Die alten Südafrika-Sünden lassen die Schweiz nicht los – allein die volle Wahrheit hilft", WE, 25.3.1999. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

darin begründet, dass "[z]eitweilig über die Hälfte aller Schweizer Parlamentarier in Verwaltungsräten von Firmen (sassa), die mit Südafrika Geschäfte machten"; vermutet Strehle.

Die Bewilligung der Untersuchung der schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit im Rahmen des Schweizerischen Nationalfonds – d. h. als ein im laufenden Nationalen Forschungsprogramm Aussenpolitik (NFP 42) integriertes Modul (NFP 42+ Schweiz-Südafrika) –, durch den Bundesrat in der Höhe von 2 Mio. SFR anfangs Mai 2000, wird von den einzelnen Medien dann nur auf Agenturebene registriert.¹¹³⁵ Einzig der Tages-Anzeiger und die Weltwoche verweisen auf die ungelöste Problematik eines eingeschränkten Archivzuganges im Rahmen dieser geplanten wissenschaftlichen Aufarbeitung; und zitieren den Fürsprecher der südafrikanischen Jubilee 2000, Bischof Njongonkulu Ndungane, der anlässlich seines Schweiz-Besuchs im Mai 2000 eine Öffnung aller staatlichen und privaten Archive gefordert habe.¹¹³⁶

Zu erhöhter Medienresonanz führt im Oktober 2000 dann aber der "überraschende" Rücktritt des Zürcher Professors Jürg Martin Gabriel als Präsident des Expertengremiums des NFP 42+ Schweiz-Südafrika; dies aufgrund der zu "unwissenschaftlichen Vorgaben" aus Bern bzw. des Verwehrens eines "privilegierten Zugang zu den sensiblen Akten der Nationalbank, der Bundesanwaltschaft und des Militärs" und des Zugangs zu Banken- und Firmenarchiven.¹¹³⁷ Armin Guhl hinterfragt diesbezüglich in der Weltwoche das grosse Versprechen von Bundesrat Joseph Deiss (CVP), welches dieser Bischof Ndungane gegeben habe – "«Wir erkennen die Notwendigkeit weiterer Forschung. Es besteht der Wille, die Wahrheit zu erfahren» (...), versprach Deiss" –, und fragt, ob dem nun "wirklich" so sei.¹¹³⁸ Denn anscheinend – so zeichne es sich mehr und mehr ab –, wolle man gar "keine Leichen im Keller finden", d. h. man habe schon im voraus entschieden, dass "man am besten nicht suchen" gehen soll; charakterisiert Guhl die geplante wissenschaftliche Aufarbeitung im Rahmen des Schweizerischen Nationalfonds.

In einem Forumsbeitrag in der Weltwoche widerspricht aber der neue Präsident des NFP 42+ Schweiz-Südafrika, Professor Georg Kreis, dieser Einschätzung, und betont, dass man die Restriktionen und Nichtprivilegierungen zwar "aus politischen Gründen bedauern" könne, die "Wissenschaftlichkeit des Unternehmens" aber dadurch "nicht in Frage gestellt" sei.¹¹³⁹ Anlässlich der offiziellen Lancierung des NFP 42+ Schweiz-Südafrika im Dezember 2000 vermerkt dann einzig die NZZ zufrieden, dass es "ein Akteneinsichts-Privileg der Forscher à la Bergier (...) diesmal nicht gibt."¹¹⁴⁰ Die Frage der Öffnung aller für die Thematik der schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit relevanter Archive (Nationalbank, Bundesanwaltschaft, Militär, Banken, Firmen etc.), sollte sich dann insbesondere im Rahmen der verschärften Skandalisierung der Geheimdienstverflechtungen zwischen der Schweiz und dem Apartheidregime immer wieder neu entzünden. Doch dazu gleich mehr.

1135 Vgl. stellvertretend (sda): "Kontakte zu Südafrika unter der Lupe", BZ, 4.5.2000; (sda): "Forschung über Südafrikapolitik", NZZ, 4.5.2000; (sda): "CH-Südafrika: Studie", TA, 4.5.2000; (ap): "Schweiz-Südafrika: Beziehungen werden analysiert", NLZ, 4.5.2000; sowie "Schweiz-Südafrika", SoZ, 7.5.2000.

1136 Vgl. stellvertretend Martina Egli: "Öffnet die Archive! Alte Schuld", WE, 11.5.2000; sowie Michael Meier: "«Für Südafrika einen Marshallplan»", TA, 13.5.2000.

1137 Armin Guhl: "Angst vor Leichen im Keller?", WE, 5.10.2000. Vgl. auch (sda): "Differenzen um Forschung über Schweiz und Südafrika: Kreis statt Gabriel im Expertengremium", NZZ, 16.10.2000.

1138 Armin Guhl: "Forschen, um nichts zu finden", WE, 5.10.2000. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

1139 Georg Kreis: "Öffentliche Diskussion – Armin Guhl: «Angst vor Leichen im Keller?» (Nr. 40)", WE, 19.10.2000.

1140 fre.: "«Ein ganz gewöhnliches Forschungsprogramm»: Nationalfonds leitet Südafrikaforschung ein", NZZ, 16.12.2000.

Intensivierte mediale Skandalisierung der Apartheidschatten und Geheimdienstverflechtungen nach der Verhaftung Jean-Philippe Ceppi 1999

Am 21. September 1997 enthüllt die SonntagsZeitung (Martin Stoll) erstmals die schweizerisch-südafrikanischen Geheimdienstverflechtungen der Apartheidära bzw. skandalisiert die dubiosen Kontakte des "Zürcher Waffenhändlers Jürg J." zum südafrikanischen Armeearzt Wouter Basson, Leiter des B- und C-Waffenprogrammes von Südafrika zur Apartheidzeit ("Project Coast").¹¹⁴¹ Brisant seien diese Beziehungen deshalb, weil Basson – welcher nach dem Ende der Apartheid seine Aktivitäten diversifizierte, und nun für die Herstellung von Ecstasy-Pillen in Untersuchungshaft sitzen würde –, zugegeben habe, in Europa (insbesondere auch der Schweiz), den USA, dem Mittleren Osten und Nordafrika Technologien für seine Waffenprogramme beschafft zu haben; und weil es sich bei "Jürg J." um einen Ex-Agenten der UNA (Untergruppe Nachrichtendienst im Generalstab) und Vertrauten des ehemaligen Flieger- und Fliegerabwehr-Nachrichtendienstchefs und aktuellen UNA-Chefs, Divisionär Peter Regli, handeln würde. Die Frage stelle sich demnach: "Wusste Regli also vom völkerrechtswidrigen Programm für Massenvernichtungswaffen?"¹¹⁴² Diese Enthüllung durch die SonntagsZeitung sollte aber zunächst in der medialen Öffentlichkeit (vor allem der Deutschschweiz) nur bedingt auf eine grössere Nachbearbeitung und Kommentierung stossen.¹¹⁴³ Eine Ausnahme bildet einzig das Welschland, wo sich Jean-Philippe Ceppi im Le Temps in einer vierteiligen Artikelserie im Juli 1998 intensiv der Thematik der schweizerischen Geheimdienstkontakte zum Apartheidregime widmet.¹¹⁴⁴

Erst mit der Verhaftung von Ceppi in Kapstadt anfangs März 1999, der vor Ort die vielfältigen Kontakte von schweizerischen Armee- und Nachrichtendienstkreisen zu Basson – nun international und in der Schweiz auch besser bekannt unter dem Namen "Mengele der Apartheid" –, für eine Reportage des Westschweizer Fernsehens TSR recherchiert, und sich im Besitz geheimer Staatspapiere befinden würde, intensiviert sich in der Medienöffentlichkeit die Skandalisierung dieser Geheimdienstverflechtungen zur Apartheidzeit wie auch der Schweizer Apartheidschatten im allgemeinen.¹¹⁴⁵ Intensiv verfolgen nun ab Mitte März 1999 die Medien die einberufenen Anhörungen zu den nachrichtendienstlichen Kontakten durch die Delegation der Geschäftsprüfungskommission der Eidgenössischen Räte (GPDel). Im Zentrum dieser Untersuchung steht der Verdacht, dass Divisionär Regli nicht nur rege

1141 Martin Stoll: "Die Spur führt ins Bundeshaus: Geheimes Projekt Südafrikas für Massenvernichtungswaffen über die Schweiz abgewickelt", SoZ, 21.9.1997.

1142 Martin Stoll: "Fragen an Una-Chef: Peter Regli soll von geheimem C-Waffen-Programm gewusst haben", SoZ, 19.10.1997.

1143 Vgl. stellvertretend Bruno Vanoni: "Die Gift- und Blutspur führt in die Schweiz", TA, 11.11.1997; sowie "Rückblende: «Die Spur führt ins Bundeshaus», SonntagsZeitung vom 21. September – «Frage an den Schweizer Geheimdienst: Was machten die Schlächter der Apartheid in der Schweiz?» titelte der Nouveau Quotidien", SoZ, 16.11.1997.

1144 Vgl. Jean-Philippe Ceppi: "Les rendez-vous en Suisse de Mengele de l'apartheid", Le Temps, 20.7.1998; Jean-Philippe Ceppi: "Quand «l'Ange de la mort» planquait ses sous au Credit Suisse", Le Temps, 21.7.1998; Jean-Philippe Ceppi: "A Lucerne, une suite au palace pour les assassins de Dulcie September", Le Temps, 22.7.1998; sowie Jean-Philippe Ceppi: "Quand les services secrets suisses pactisaient avec ceux de l'apartheid", Le Temps, 23.7.1998.

1145 Vgl. stellvertretend Martin Stoll: "Journalist verhaftet", SoZ, 7.3.1999; "Schweizer TV-Journalist in Haft", SBK, 7.3.1999; rä.: "Südafrika verhaftet Schweizer: Intervention des Generalkonsulats", NZZ, 8.3.1999; (ap): "Kapstadt: Schweizer verhaftet", TA, 8.3.1999; (sda): "Verhaftung – Schweiz warnt: «Ernste Folgen»", BZ, 8.3.1999; (ap): "Südafrika: Schweizer Journalist festgenommen – Verhaftet wegen Staatspapieren", NLZ, 8.3.1999; wev.: "Südafrikanische Überreaktion: Geheimnisse um B- und C-Waffen-Programm der Apartheidära", NZZ, 9.3.1999; Chris Erasmus: "Schweizer Journalist freigelassen", BK, 9.3.1999; Hans Brandt: "Südafrika: Ceppi ist wieder frei", BZ, 9.3.1999; sowie Werner Vogt: "Südafrika: Schweizer Journalist ohne Kautions freigelassen – Südafrikanische Überreaktion", NLZ, 9.3.1999.

Kontakte mit Basson pflegte, sondern auch Lieferungen von Chemikalien und technischen Instrumenten zur Herstellung von B- und C-Waffen seitens des AC-Labor Spiez an Südafrika erfolgt seien. Angestossen durch die zeitweilige Inhaftierung Ceppis werden in den Medien – nebst den Geheimdienstkontakten –, verstärkt auch alle anderen kontroversen Beziehungen der Schweiz zum Apartheidregime – d. h. diejenigen von Banken, Firmen und der offiziellen Schweiz –, mitskandalisiert. Reflektiert werden dabei auch die Forderungen der Apartheidschuldenerlasskampagne der linksalternativen Lobbygruppen (Stichworte: Schuldenerlass, Reparationszahlungen und Opferentschädigungen) vor dem Hintergrund der Holocaustaffäre.

Bruno Vanoni charakterisiert zunächst im Tages-Anzeiger die Verhaftungsaktion gegen Ceppi in Südafrika als gezielte, wenn nicht gar koordinierte "Einschüchterungsaktion" geheimdienstlicher Kreise, die weitere Recherchen zum Verhältnis Schweiz-Südafrika auf diesem Gebiet unterbinden möchten.¹¹⁴⁶ Denn klar sei, dass Ceppi "die Nase in Dinge gesteckt habe, die gewisse Leute lieber für sich behalten wollten." Dies erkläre nämlich auch, weshalb Ceppi bei seinem Aufenthalt in Südafrika beschattet worden sei. Gemäss Recherchen von Martin Stoll in der SonntagsZeitung haben über Jahre hinweg regelmässig direkte Kontakte zwischen Basson und "hohen Schweizer Militärs und AC-Spezialisten" bestanden, wobei es mehrmals durch Vermittlung des "zwielichtigen" Zürcher Waffenhändlers und ehemaligen Offizierskameraden von Divisionär Regli, Jürg Jacomet ("Agent J"), zu sogenannten "(inoffiziellen) Kontakten" zwischen Basson und dem Schweizer Militär gekommen sei: U. a. 1988 zu einem geheimen "Informationsaustausch über ein damals unbekanntes Kampfgas" mit Spezialisten des AC-Labors Spiez und der Gruppe Rüstung.¹¹⁴⁷ Über das AC-Labor Spiez seien gemäss dem südafrikanischen Untersuchungsrichter Dawie Fouche auch Chemikalien und technische Instrumente an das "Horrorlabor" Bassons geliefert worden; was jedoch ein Sprecher des Spiezer Laboratoriums dementiert. Für Stoll ist aber trotzdem "klar, dass das Schweizer Militär dem Apartheidstaat selbst in brisanten Fragen der chemischen Kriegsführung freundschaftlich zu Diensten war."

Daneben betont Bruno Vanoni im Tages-Anzeiger, dass Divisionär Regli auch heutzutage die "erwiesenen" Zusammentreffen mit Basson "weder bestätigen noch negieren" will; hingegen in einer "Gegenattacke beim Live-Interview" mit dem Nachrichtenmagazin 10 vor 10 des Schweizer Fernsehens SF DRS beteuerte, vom "Projekt des Apartheidregimes, biologische und chemische Waffen gegen die schwarze Bevölkerungsmehrheit zu entwickeln, (...) «nichts gewusst»" zu haben.¹¹⁴⁸ Divisionär Regli habe aber auch prophezeit, "dass Fragen zu den wirtschaftlichen und aussenpolitischen Beziehungen zum Apartheidregime «ganz andere Departemente ins Dribbeln bringen» könnten. «Ich glaube, das Thema wird eine grössere Dimension bekommen»."

Einzig die NZZ verteidigt den geheimdienstlichen Gedankenaustausch zwischen der Schweiz und Südafrika zur Apartheidzeit explizit über den Ost-West-Antagonismus. Denn solche Kontakte – wie zwischen Basson und Divisionär Regli –, seien grundsätzlich im Kontext des Kalten Krieges zu interpretieren, und hätten zudem rein militärstrategischen Erörterungen gedient: "Wie in nachrichtendienstlichen Gesprächen üblich, wurden indessen die Verhältnisse in den eigenen Ländern ausgeklammert"; versucht Bruno Lezzi in der NZZ die Panikmache der skandalisierenden Medien zu beschwichti-

1146 Bruno Vanoni: "Regli will sich erklären: Der Schweizer Geheimdienstchef will vor der Kontrollinstanz des Parlamentes über Südafrika-Kontakte reden", TA, 9.3.1999. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

1147 Martin Stoll: "Südafrikas Agenten stets zu Diensten – Neue Erkenntnisse: Die Schweiz war dem Apartheidstaat in Sachen C-Waffen freundschaftlich verbunden", SoZ, 14.3.1999. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel. Vgl. auch Carl Just: "Konsul Jacomet – Berns hässlichster Agent", SBK, 21.3.1999.

1148 Bruno Vanoni: "Regli: «Ich habe ein gutes Gewissen»", TA, 13.3.1999. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

gen.¹¹⁴⁹ Daneben seien auch die meisten Anschuldigungen von gewissen Medien gegen das AC-Labor Spiez, welches einen ausgezeichneten internationalen Ruf geniesse, haltlos: U. a. seien beispielsweise niemals sogenannte "«Peptide-Synthesizer» noch Chemikalien an Südafrika geliefert worden", wie dies von verschiedenster Seite behauptet werde (u. a. linksalternative Lobbygruppen, Sonntags- und Boulevardmedien).¹¹⁵⁰

Der Südafrikakorrespondent des Tages-Anzeigers, Hans Brandt, verweist schon kurz nach der Verhaftung Ceppis darauf, dass diese neuen Einsichten in die "Schweiz-Südafrika-Connection", die "öffentliche Aufmerksamkeit erneut auf die Banken lenken" würde: Denn Basson habe einen Teil seiner "Giftgeschäfte über Schweizer Konten abgewickelt."¹¹⁵¹ Dies würden vor kurzem veröffentlichte südafrikanische Gerichtsprotokolle von 1997 bestätigen, die ein "zweifelhaftes Licht auf die Schweiz" werfen.¹¹⁵² Basson habe in der Schweiz über einen Mittelsmann, einen gewissen Dr. David Chu, die Medchem Forschungs AG gegründet, die als "Frontorganisation für die geheime Beschaffung von Chemikalien für die Giftlabors des südafrikanischen Militärs diene." Die südafrikanische Staatsanwaltschaft behaupte zudem, dass Basson die "Scheinfirma" missbraucht habe, um "mindestens 325 000 US-Dollar auf Privatkonten umzuleiten. Konten für seine Schmuggelgeschäfte führte Basson in Genf, Basel und Zürich unter anderem bei der Banque Indosuez, der UBS und der Banque Nationale de Paris."

Auch der SonntagsBlick (Rolf Cavalli) stellt die kontroversen Geheimdienstbeziehungen explizit in eine lange Reihe von – vor allem wirtschaftlichen – Verflechtungen mit Südafrika ("Unsere Banken machten Geld mit dem Gold des Apartheid-Regimes in Südafrika. Unsere Militärs kooperierten mit den Rassisten am Kap"), und kritisiert die "Politiker in Bern", die nichts aus der Holocaustaffäre gelernt hätten: "Zwar wird «geprüft» und «abgeklärt». Aber: Die bürgerliche Mehrheit des Nationalrats hat zum Thema Apartheid-Connection beschlossen, die Archive von Banken und Firmen nicht zu öffnen"; und zwar nach dem "Motto: Nur so viel zugeben wie nötig."¹¹⁵³ Die Holocaustaffäre habe indessen gezeigt, dass diese Rechnung nicht aufgehen könne. Cavalli verweist diesbezüglich auf die Apartheidschuldenerlasskampagne der linksalternativen Lobbygruppen und fordert anlässlich dieser "Affäre Regli", dass jetzt "schonungslos aufgedeckt" und "Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen und Opfer entschädigt werden (müssen). Jetzt. Diesmal können wir nicht 50 Jahre warten."

Dabei verweist der SonntagsBlick auch darauf, dass der "Washingtoner Staranwalt" Michael Hausfeld zur Zeit prüfe, ob er im Namen von Apartheidopfer eine "Klage gegen Schweizer Banken" einreichen wolle.¹¹⁵⁴ Martin Stoll von der SonntagsZeitung zieht ebenfalls eine Analogie zu den Schatten des Zweiten Weltkrieges, und fordert eine "hartnäckige Untersuchung" durch einen "unabhängigen Experten" sowie eine enge Zusammenarbeit mit der heutigen demokratischen Regierung Südafrikas: "Frau (Bundesrat) Dreifuss, ordnen Sie jetzt die saubere Aufarbeitung der schweizerisch-südafrikanischen

1149 Lz.: "Fragen zu früheren Kontakten zu Südafrika: Der Schweizer Nachrichtendienst im Scheinwerferlicht", NZZ, 12.3.1999.

1150 Lz.: "Abklärung militärischer Südafrika-Kontakte – Befragungen durch die GPK-Delegation", NZZ, 19.3.1999.

1151 Hans Brandt: "Schweizer Journalist in Südafrika wieder frei", TA, 9.3.1999. Vgl. auch Martin Stoll, und Kordula Doerfler: "Offene Türen für «Dr. Death» in Basel: Zur Swiss Connection von Südafrikas Giftgashändler Basson gehörten laut Anklage Banker und Anwälte", SoZ, 21.3.1999; sowie "Wouter Bassons Verbindung zur Basler Medchem", SoZ, 28.3.1999.

1152 Hans Brandt: "Scheinfirma für «Giftmischer der Apartheid»", TA, 15.3.1999. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

1153 Rolf Cavalli: "Nichts gelernt", SBK, 21.3.1999. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

1154 Rolf Cavalli, Henry Habegger, und Carl Just: "Unheimliche Schweizer Geschäfte mit Rassisten am Kap: Jetzt droht Sammelklage wegen Südafrika!", SBK, 21.3.1999.

Geheimdienstbeziehungen an. Telefonieren Sie umgehend mit Nelson Mandela."¹¹⁵⁵ Der politische "Schwelbrand" dürfe jetzt nicht zugeschüttet, sondern müsse "freigelegt und gelöscht" werden: "Denn das eine haben wir nach der Holocaust-Lektion hoffentlich kapiert: Fehler werden nur noch schlimmer, wenn sie vertuscht werden – auch Fehler im fernen Afrika."

Vor diesem Hintergrund wird die Ankündigung des Vorstehers des Eidgenössischen Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), Bundesrat Adolf Ogi (SVP), einen internen Bericht über die Beziehungen des militärischen Nachrichtendienstes der Schweiz zu anderen Staaten seit 1960 in Auftrag zu geben, von den meisten Medien begrüsst; ebenso der Entscheid des Bundesrates im März 1999 zur Einsetzung einer Interdepartementalen Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika zur Untersuchung der offiziellen Südafrikapolitik in den einzelnen Departementen.¹¹⁵⁶ Die Diskussion über die schweizerisch-südafrikanischen Geheimdienstbeziehungen erfährt dann mit der Ausstrahlung von Ceppis Dokumentarfilm *Sur la piste suisse des chimistes de l'apartheid* in der Sendung Temps présent des Westschweizer Fernsehen TSR am 29. April 1999 eine weitere Intensivierung.¹¹⁵⁷ Im Gefolge davon wird erstens die Person Peter Regli in seiner Funktion als Chef des UNA-Nachrichtendienstes zunehmend als untragbar charakterisiert; und zweitens rücken nebst den kontroversen Beziehungen der offiziellen Schweiz wiederum die Geschäftspraktiken von Banken und Unternehmen sowie deren Verantwortung gegenüber der jungen südafrikanischen Demokratie und den Apartheidopfern ins Zentrum der Diskussion.

Der SonntagsBlick zitiert beispielsweise einen "hohen VBS-Mann", der sich verärgert zeigt, über Reglis Informationspolitik gegenüber den Medien ("Regli hat uns eine Mayonnaise ausgebreitet, die wir nicht mehr in die Tube bringen"), und bilanziert, dass die "Zeit der kalten Krieger, auf dem rechten Auge blind", nun wohl ablaufen dürfte.¹¹⁵⁸ Urs Paul Engeler geht in der Weltwoche gar noch weiter, indem er die Notwendigkeit des gesamten Nachrichtendienst in Frage stellt; und zwar weil dieser nicht in ein demokratisches System passe, einen Informationsstand etwa auf dem Niveau eines durchschnittlichen Zeitungslesers aufweise und in regelmässigen Abständen skurrile bis grössere bzw. amüsante bis heikle Skandale produziere. Da Bedeutung und Nutzen des Nachrichtendienstes gewaltig überschätzt werden – "vor allem, wenn sie ins Verhältnis zum laufend veranstalteten politischen Schaden gesetzt werden" –, sei es an der Zeit, "den teuren Schabernack abzustellen."¹¹⁵⁹

Auch die SonntagsZeitung – welche der Schweizer "Apartheid-Connection" mit all ihren Facetten anfangs Mai 1999 einen eigenen Themenbund widmet ("Die Schweiz und die Apartheid") –,¹¹⁶⁰ fokus-

¹¹⁵⁵ Martin Stoll: "Die geheimen Beziehungen zwischen Südafrika und der Schweiz: Frau Dreifuss, telefonieren Sie mit Mandela", SoZ, 21.3.1999. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Leitartikel.

¹¹⁵⁶ Vgl. stellvertretend (sda): "Schweiz/Südafrika: Bundesrat sucht Dokumente", BZ, 20.3.1999; (sda): "EVD koordiniert Südafrika-Untersuchungen: Bereitstellung von Dokumentationen", NZZ, 20.3.1999; "Bundesrat bereitet sich vor", NLZ, 20.3.1999; Martin Stoll: "Spionage-Chef Regli muss Geheimkontakte aufdecken – Ogi greift durch: Schweizer Giftgas-Connection zu Südafrika wird untersucht", SoZ, 21.3.1999; Georges Wüthrich: "Südafrika-Affäre: Untersuchung gegen Divisionär – Nachrichtendienst-Chef Regli: «Ich fürchte nichts»", BK, 22.3.1999; (ap): "VBS-Bericht über Kontakte des Nachrichtendienstes: Bundesrat Ogi erteilt Auftrag", NZZ, 22.3.1999; "Nachrichtendienst: Adolf Ogi will es genau wissen", NLZ, 22.3.1999; sowie (ap): "Geheimdienst unter der Lupe", TA, 22.3.1999.

¹¹⁵⁷ Vgl. stellvertretend rkr.: "Schweizer Spuren von Apartheid-Chemikern", NZZ, 30.4.1999; Bruno Vanoni: "Den Komplizen auf der Spur", TA, 30.4.1999; sowie Daniela Gisler: "Südafrika-Affäre: Wer sagt die Wahrheit?", SBK, 2.5.1999.

¹¹⁵⁸ Rolf Cavalli, Henry Habegger, und Carl Just: "Unheimliche Schweizer Geschäfte mit Rassisten am Kap: Jetzt droht Sammelklage wegen Südafrika!", SBK, 21.3.1999.

¹¹⁵⁹ Urs Paul Engeler: "Fremdkörper im System", WE, 6.5.1999.

¹¹⁶⁰ U. a. "Schmiergeldaffäre um PC-7", SoZ, 2.5.1999; Gian Trepp: "Geschäfte über das Verfalldatum hinaus: Schweizer Bankiers standen dem Apartheidregime noch zur Seite, als es schon in Agonie lag", SoZ, 2.5.1999; Gian Trepp, und Othmar von Matt: "Schulden und Sühne: Die Schweiz soll Südafrika Schulden erlassen – und Apartheidopfer prüfen

siert nun – wie der Tages-Anzeiger und die Weltwoche auch –, verstärkt die Rolle der Schweizer Grossbanken und von Unternehmen in der Hoch-Zeit des Südafrikaboykotts der UNO: "Gold, Kapital-export und Diamanten: Im Geschäft mit den Rassisten am Kap kassierten Schweizer Firmen fette Gewinne – allen voran die Schweizerische Bankgesellschaft. Menschenrechte, Ethik und Moral kamen dabei unter die Räder"; bringt Gian Trepp das schweizerische Südafrikaengagement in den letzten Jahrzehnte auf einen einfachen Nenner.¹¹⁶¹ Und jetzt deute vieles darauf hin – so Trepp mit Verweis auf die Apartheidschuldenerlasskampagne der linksalternativen Lobbygruppen –, dass "Südafrika die nächste Geschichtslektion der Schweiz und ihrer Banken werden könnte."¹¹⁶² Denn erste Schuldenerlass-, Reparations- und Entschädigungsforderungen würden nun in Südafrika und der Schweiz artikuliert.

In diesem Zusammenhang kritisiert Bruno Vanoni im Tages-Anzeiger insbesondere die aktuelle Informationspraxis der offiziellen Schweiz im Rahmen der "Apartheid-Connection" (Stichwort: "No Comment").¹¹⁶³ Mit der Begründung, den laufenden Untersuchungen in den Departementen nicht vorgreifen zu wollen, weiche der Bundesrat nämlich bei "heikleren Fragen" einfach aus, und sei auch dem Parlament "sämtliche Antworten schuldig" geblieben. Nur bei der Interpellation *Schweiz-Südafrika* der Sozialdemokratischen Fraktion – welche auch explizit die Frage der monetären Wiedergutmachung für Südafrika zum Thema mache –, würde der Bundesrat Klartext sprechen: Er wolle nichts von einem Apartheidschuldenerlass wissen, da sich die südafrikanische "Regierung (aus Rücksicht auf ausländische Investoren) selber dagegen ausgesprochen" habe. Zudem wolle er "sich auch nicht dafür verwenden, dass Schweizer Firmen Wiedergutmachung für ihre Geschäfte mit dem Apartheidregime leisten." Der Tages-Anzeiger (Vanoni) betont aber auch, dass der Bundesrat zumindest schon eine gewisse Form von "Wiedergutmachung" geleistet habe, indem er der südafrikanischen "Wahrheitskommission 500'000 Franken zur Unterstützung von Apartheidopfern zur Verfügung gestellt" habe.

Daneben vertritt Res Strehle in der Weltwoche die Ansicht, dass es der Schweiz schlussendlich nichts helfe, all diese "alten Südafrika-Sünden" einfach auszusitzen.¹¹⁶⁴ Denn ansonsten bekomme sie ihre unrühmliche Vergangenheit in Südafrika in "homöopathischen Dosen" verabreicht:

"Gegenwärtig ist der Chef des militärischen Geheimdienstes dran, Armer Regli. Was gestern noch als korrekt galt, ist heute schon pathologisch, sich austauschen über C-Waffen, die weltweit geächtet sind! Sich mit befreundeten Nachrichtendiensten absprechen in einer Branche, wo Freunde so rasch wechseln! (...). Wer ist der nächste? Fritz Leutwiler, der die Umschuldungsverhandlungen mit Südafrika führte ist 1997 gestorben; die Schulden die er umschichtete, haben ihn überlebt. Die Freunde des weissen Südafrikas in der SBG-Chefetage sind pensioniert oder wegfusioniert worden; auch hier haben die Schulden die Fusion überlebt."

eine Sammelklage", SoZ, 2.5.1999; Othmar von Matt: "Der Versuch der Schweiz, Mandela zu befreien: Die Schweiz wollte 1988 ANC und Apartheidregime an einen Tisch bringen", SoZ, 2.5.1999; Martin Stoll: "Geheimdienste: Ein ständiges Geben und Nehmen – Südafrika lieferte Informationen, die Schweiz Flugzeuge, SoZ, 2.5.1999; sowie SP-Nationalrat Peter Vollmer: "Aufklärung selber an die Hand nehmen", SoZ, 2.5.1999.

1161 Gian Trepp: "Geschäfte über das Verfalldatum hinaus: Schweizer Bankiers standen dem Apartheidregime noch zur Seite, als es schon in Agonie lag", SoZ, 2.5.1999.

1162 Gian Trepp, und Othmar von Matt: "Schulden und Sühne: Die Schweiz soll Südafrika Schulden erlassen – und Apartheidopfer prüfen eine Sammelklage", SoZ, 2.5.1999.

1163 bvr.: "Apartheid: No Comment", TA, 27.5.1999. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

1164 Res Strehle: "Aussitzen geht nicht: Die alten Südafrika-Sünden lassen die Schweiz nicht los – allein die volle Wahrheit hilft", WE, 25.3.1999. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

Anstatt einfach weitere "Sündenböcke" herauszugreifen plädiert Strehle für eine umfassende "Wahrheit und Wiedergutmachung"; in diesem Fall "Offenlegung aller Zusammenhänge und Streichung jener Schulden der neuen südafrikanischen Regierung, mit denen einst die Repression finanziert wurde. Es ist Zeit, die Geschichte der Beziehungen Schweiz-Südafrika endlich systematisch aufzuarbeiten."¹¹⁶⁵

Im Gegensatz zu diesen Forums-, Wochen-, Sonntags- und Boulevardmedien – welche praktisch alle einen Schuldenerlass, Reparationszahlungen und Opferentschädigungen befürworten –, distanziert sich die NZZ klar von solchen direkten Forderungen an "vermeintliche" Sanktionsbrecher, und betont nachdrücklich, dass sich selbst die "ANC-Regierung" in Südafrika dagegen ausgesprochen habe.¹¹⁶⁶ In einem längeren Artikel zur Geschichte des Südafrikaboykotts der UNO und der Rolle der offiziellen Schweiz rechtfertigt Anton Christen in der NZZ zudem die damalige schweizerische Politik des sogenannten "Courant normal" und unterstreicht, dass die gegen Südafrika eingesetzten "Sanktionswaffen (...) sich in allen Fällen als kontraproduktiv oder zumindest als stumpf (erwiesen)" hätten:

"Was geschehen wäre, wenn Südafrika überhaupt keine ausländischen Kredite mehr erhalten hätte, lässt sich nicht mit Sicherheit angeben; im allgemeinen hatte es ein Mass an Autarkie erreicht, dass einer zum Durchhalten entschlossenen Regierung das Überleben gesichert hätte. Für die häufig geäußerte Ansicht, ein völliger Kreditstopp hätte Pretoria dazu veranlasst, die Apartheid sofort abzuschaffen, gibt es nicht die geringsten Hinweise."¹¹⁶⁷

Daneben kritisiert Felix E. Müller in der NZZ das unnötige und "vielfache journalistische Recycling dieser angeblichen Affäre" durch die Boulevardmedien Blick und SonntagsBlick und insbesondere die SonntagsZeitung.¹¹⁶⁸ Denn letztere habe gar eine gewagte Verknüpfung der "Apartheid-Connection" mit der Olympiakandidatur 2006 von Sion konstruiert bzw. die Vermutung angestellt, dass afrikanische Delegierte des Internationalen Olympischen Komitee (IOK) aufgrund der unaufgearbeiteten und kontroversen Geheimdienstbeziehungen mit dem Apartheidregime Vorbehalte gegen Winterspiele in der Schweiz haben würden.¹¹⁶⁹

Anlässlich der Ständeratsdebatte zur Interpellation *Renseignements militaires auprès de l'Afrique du Sud* von SP-Ständerat Pierre-Alain Gentil am 7. Juni 1999 bezeichnet dann die NZZ – d. h. wiederum Felix E. Müller –, die anhaltende Auseinandersetzung zum Verhältnis Schweiz-Südafrika als "konstruierten Skandal".¹¹⁷⁰ Denn Gentils Interpellation stelle einen weiteren Versuch der Sozialdemokraten dar, aus der angeblichen Unterstützung der Apartheid durch Banken und Behörden politisches Kapital zu schlagen. Dabei funktioniert laut Müller diese laufende Kampagne der Apartheidkritiker nach dem "gleichen Strickmuster" wie diejenige um Nazigold und nachrichtenlose Vermögen, wobei sich eine eigentliche Parallelisierung der Debatten feststellen lasse:

"Dem Antisemitismus entspricht der Rassismus, der verfolgten jüdischen die verfolgte schwarze Bevölkerung, dem Goldhandel mit Nazideutschland das Goldgeschäft mit Südafrika und der Kriegsverlängerungsthese die Apartheidverlängerungsthese. Aus all dem wird eine moralische Schuld konstruiert und daraus wiederum die Verpflichtung, diese finanziell abzugelten."

1165 Ebenda.

1166 wev.: "Pretoria in der Schuldenfrage pragmatisch: Geringer Anteil der Verpflichtungen gegenüber dem Ausland", NZZ, 23.4.1999. Vgl. auch (sda): "Gegen Erlass von Schulden Südafrikas", NZZ, 27.5.1999.

1167 ach.: "Mit stumpfen Waffen gegen die Apartheid: Südafrika, der Kalte Krieg und die symbolische Politik der Sanktionen", NZZ, 23.4.1999.

1168 fem.: "Die Schweiz und Südafrika – ein konstruierter Skandal", NZZ, 8.6.1999.

1169 Vgl. dazu Niklaus Ramseyer: "Apartheid-Affären überschatten Olympia-Kandidatur Sions", SoZ, 6.6.1999.

1170 fem.: "Die Schweiz und Südafrika – ein konstruierter Skandal", NZZ, 8.6.1999. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Leitartikel.

Der Argumentation der Sozialdemokraten, wonach die Schweizer Grossbanken im Widerspruch zu den Wirtschaftssanktionen der UNO bis zuletzt ihre Beziehungen mit dem Apartheidregime aufrechterhalten hätten, hält Müller in der NZZ entgegen, "dass es ein solches Embargo nie gegeben hat; zwar hat die Uno-Generalversammlung mehrfach Empfehlungen für Boykotte ausgesprochen, doch sind diese im Sicherheitsrat – mit Ausnahme eines Waffenembargos – immer am Widerstand der USA, Grossbritanniens und Frankreichs gescheitert."¹¹⁷¹ Und den zweiten Anklagepunkt der Sozialdemokraten und anderer Apartheidkritiker, welcher die schweizerisch-südafrikanischen Geheimdienstbeziehungen betrifft, rechtfertigt Müller schlicht durch die besonderen Umstände des Kalten Krieges ("Südafrika galt in den siebziger und achtziger Jahren als eine strategische Bastion des Westens").

In der Folge fokussieren dann die Medien im Oktober 1999 verstärkt die Publikation des Südafrikabericht *Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika* der Interdepartementalen Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika, welche im Zeichen erhöhter medialer Skandalisierungen nach der Verhaftung von Ceppi in Südafrika vom Bundesrat eigens zur Abklärung der offiziellen Südafrikapolitik der Apartheidära eingerichtet wurde.¹¹⁷² Mit Ausnahme der NZZ werten die meisten Medien (u. a. Tages-Anzeiger, Berner Zeitung, SonntagsZeitung) diesen offiziellen Südafrikabericht aus den einzelnen Departementen als insgesamt eher dürftig, wobei aber zumindest gewürdigt wird, dass die Analyse implizit ein "mea culpa" der offiziellen Schweiz enthalte und die Forschungslücken für die wissenschaftliche Aufarbeitung des Verhältnis Schweiz-Südafrika im Rahmen des Schweizerischen Nationalfonds aufzeigen würde.

Bruno Vanoni begrüsst beispielsweise im Tages-Anzeiger, dass nun selbst "Bundesbeamte (...) etwas deutlicher (werden), als es der Bundesrat bisher" war.¹¹⁷³ Denn die offizielle Schweiz hätte problemlos ihre "vorsichtige Haltung" zur Apartheidzeit aufgeben und "sich internationalen Sanktionen gegen Südafrika anschliessen" können, habe die Interdepartementale Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika ex post bilanziert. Trotzdem habe dieser Südafrikabericht aber nicht alle Apartheidschatten ausleuchten können; und vor allem im Bereich der Umgehungsgeschäfte über die Schweiz würden grosse Lücken bestehen: Die "Umgehung internationaler Sanktionen (...) schliesst die Arbeitsgruppe einzig beim Handel mit Goldmünzen aus, nicht aber bei Vermittlungsgeschäften mit Erdöl, bei der Belieferung südafrikanischer Sicherheitskräfte mit Computern und bei der Abnahme von Rohdiamanten."

Auch die SonntagsZeitung (Martin Stoll) verweist auf die vom Bericht ausgeblendeten Umgehungsgeschäfte bzw. erwähnt explizit ein verbotenes Waffengeschäft von Jürg Jacomet – "wie man heute weiss, Schweizer Statthalter des südafrikanischen Geheimdienstgenerals Wouter Basson und Vertrauter des suspendierten Nachrichtendienstchefs Peter Regli" –, welcher in den achtziger Jahren 10'000 sogenannter "Pump-Actions" als Jagdwaffen deklariert an die südafrikanische Armee geliefert habe.¹¹⁷⁴ Die eigentlichen "Leichen bleiben im Schrank", resümiert Stoll den offiziellen Südafrikabericht, und beruft sich dabei – wie die Berner Zeitung ebenfalls –, auf den ehemaligen Präsidenten der

1171 Ebenda.

1172 Vgl. stellvertretend *fem.*: "Vertrauensseliges EVD: Vor der Publikation des bundesrätlichen Südafrika-Berichtes", NZZ, 29.9.1999; "Südafrika-Bericht: Kritik an Schweiz", BK, 2.10.1999; sowie *mou.*: "Neutralität hätte deutlichere Distanz zur Apartheid erlaubt", BZ, 2.10.1999.

1173 Bruno Vanoni: "Zu vorsichtig gegen das Apartheidregime", TA, 2.10.1999. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

1174 Martin Stoll: "Südafrika-Report: Leichen bleiben im Schrank – Bericht verschweigt den Waffendeal zwischen der Schweiz und der Polizei am Kap", SoZ, 3.10.1999. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel. Vgl. auch Martin Stoll: "Der Mann, der 10'000 Pump-Actions organisierte: Der verstorbene Jürg Jacomet galt als wichtiger Drahtzieher in der Schweiz-Südafrika-Connection", SoZ, 14.3.1999; sowie Christian Gross: "Waffen-Deal verschwiegen", SoZ, 3.10.1999.

Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) und SP-Nationalrat, Paul Rechsteiner, welcher die Analyse als "grobe Verharmlosung" bezeichnet habe.¹¹⁷⁵ Als Beleg für diese Einschätzung dient dem Tages-Anzeiger und der SonntagsZeitung auch der Umstand, dass die Bundesanwaltschaft im Rahmen der "Affäre Regli" nun offiziell Ermittlungen wegen Spionage und illegalen Technologieexports nach Südafrika gegen unbekannt eingeleitet habe.¹¹⁷⁶

Für die NZZ (Felix E. Müller) stellt hingegen der Südafrikabericht der Interdepartementalen Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika ein gelungener Überblick über das tatsächliche Verhältnis Schweiz-Südafrika zur Apartheidzeit dar. Die Kritik von linksalternativen "Pressure Groups", dass nämlich nur staatliche Dokumente und Statistiken in der Analyse der Beziehungen der Schweiz zum Apartheidregime niederschlag gefunden hätten, weist Müller zurück: Denn dies reiche "durchaus aus, um deren Dimensionen zu umreissen."¹¹⁷⁷ Müller unterstreicht in seiner Würdigung besonders, dass selbst die Arbeitsgruppe die beiden "Eckpfeiler" der offiziellen Südafrikapolitik – "kein Abbruch der diplomatischen Beziehungen und keine Teilnahme an wirtschaftlichen Sanktionen" –, als stark geprägt durch das "defensiv-vorsichtige Neutralitätskonzept" während des Kalten Krieges charakterisiert habe. Grundsätzlich lasse sich nämlich nichts verwerfliches an der damaligen Südafrikapolitik der offiziellen Schweiz feststellen. Vergessen solle man zudem nicht – so Bruno Lezzi ergänzend –, dass die Schweiz beispielsweise schon 1963 ein "Embargo für Waffenexporte" nach Südafrika erlassen und die Apartheid mehrfach moralisch verurteilt habe (u. a. durch Botschafter August R. Lindt 1968).¹¹⁷⁸

Eine etwas geringere Resonanz in der medialen Öffentlichkeit erzielt dann anfangs Dezember 1999 die Präsentation des Geheimdienstbericht *Beziehungen zu Südafrika: Rolle des Schweizer Nachrichtendienstes* der GPDeI; dies aufgrund der zeitgleichen Publikation eines Berichtes zu einem grösseren Betrugsfalles eines VBS-Beamten ("Affäre Bellasi") und dem daraus resultierenden Rücktritt von Divisionär Regli als UNA-Chef. Praktisch alle Medien rezitieren vornehmlich die Befunde der GPDeI selbst: U. a. dass "eine Beteiligung des Nachrichtendienstes an Südafrikas Chemiewaffen-Programmen (...) mit hoher Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden" könne.¹¹⁷⁹ Laut NZZ hat der "zweifelnde" und inzwischen verstorbene Waffenhändler Jacomet "offensichtlich" Divisionär Regli eigennützig "Missbraucht", als er ein Treffen mit dem südafrikanischen Armeearzt Basson organisierte.¹¹⁸⁰ Divisionär Regli habe sich dabei aber "keinerlei Verfehlungen zuschulden kommen lassen."

Einzig die SonntagsZeitung kritisiert den "mit Fehlern" gespickten Geheimdienstbericht bzw. betont, dass beispielsweise "Hinweise (...), dass Divisionär Regli die Partner am Kap illegal über ein Strafverfahren gegen Wouter Basson in der Schweiz informiert hat", von der GPDeI völlig ausgeblendet worden seien.¹¹⁸¹ Die Geheimdienstkontrolleure hätten zudem keine Dokumente aus Südafrika ange-

1175 Vgl. auch *humor.*: "Südafrika: Beziehungen werden verharmlost", BZ, 2.10.1999.

1176 Vgl. Martin Stoll: "Südafrika-Connection: Jetzt wird ermittelt – Bundesanwaltschaft hegt Verdacht auf Spionage und illegale Exporte für Waffen", SoZ, 26.9.1999; sowie Bruno Vanoni: "Apartheid-Helfer im Visier", TA, 27.9.1999.

1177 *fem.*: "Weder schwarz noch weiss: Bericht zu den Beziehungen Schweiz-Südafrika", NZZ, 2.10.1999. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

1178 Lz.: "Kriegsmaterial, Computer, Nukleargüter und PC-7-Flugzeuge", NZZ, 2.10.1999. Vgl. auch *fem.*: "Schweizer Massnahmen gegen Südafrika", NZZ, 23.4.1999.

1179 Lz.: "Und immer wieder Führungsmängel", NZZ, 2.12.1999. Vgl. auch Bruno Vanoni: "Reglis Apartheid-Kontakte entschuldigt", TA, 2.2.1999; Georges Wüthrich: "Bellasi wurde es leicht gemacht", BK, 2.12.1999; *gr.*: "Südafrika: Wenig Sensibilität gezeigt", NLZ, 2.12.1999; (ap): "Geheimdienst: Regli abgesetzt", NLZ, 3.12.1999; sowie Rolf Elsener: "Divisionär Peter Regli über seine Rehabilitation, seine Frühpensionierung und die Kritik der Geschäftsprüfungsdelegation: «Ich sehe mich nicht als Bauernopfer»", NLZ, 3.12.1999.

1180 Lz.: "Fehlende politische Direktiven: Die nachrichtendienstlichen Beziehungen zu Südafrika", NZZ, 2.12.1999. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

1181 "Ein Bericht mit Fehlern", SoZ, 5.12.1999.

fordert, um die Verflechtungen umfassend zu bewerten. Dass Divisionär Regli im Rahmen der Untersuchungen durch die GPDel einfach ein "Persilschein ausgestellt" wurde, sollte jedoch erst angesichts neuer Enthüllungen zu den Geheimdienstverflechtungen zwischen der Schweiz und dem Apartheidregime im Sommer 2001 wiederum schärfer skandalisiert werden.¹¹⁸²

Intensivierte mediale Skandalisierung der Apartheidschatten und Geheimdienstverflechtungen anlässlich des Prozesses gegen Wouter Basson 2001

Einen weiteren Höhepunkt in der Medienöffentlichkeit erfahren die schweizerisch-südafrikanischen Geheimdienstverflechtungen zur Apartheidzeit im August 2001 während des laufenden Prozesses gegen Wouter Basson in Südafrika bzw. anlässlich direkter Anschuldigungen an die Adresse des schweizerischen Nachrichtendienstes durch selbigen: U. a. beschuldigt Basson den ehemaligen UNA-Chef Peter Regli, 1992 an einem Mandrax-Deal und beim Kauf von Nuklearmaterial in Russland beteiligt gewesen zu sein; zudem sei Divisionär Regli 1993 extra nach Südafrika geflogen, um Basson zu helfen, als er in der Schweiz in Untersuchungshaft sass.¹¹⁸³

Für den Tages-Anzeiger zeichnet sich angesichts dieser neuesten Anschuldigungen immer deutlicher ab, dass die Untersuchung der Delegation der Geschäftsprüfungskommission der Eidgenössischen Räte (GPDel) von 1999 heute wohl zurecht als zu "oberflächlich" und "wenig aussagekräftig" zu werten ist.¹¹⁸⁴ Die Berner Zeitung zitiert diesbezüglich die linksalternative Lobbygruppe Kampagne für Entschuldung & Entschädigung im südlichen Afrika (Keesa), welche den Geheimdienstbericht der GPDel schon 1999 als "verharmlosend" und "absolut ungenügend" kritisiert habe, und nun eine umfassende Untersuchung der nachrichtendienstlichen Kontakte der Schweiz zum Apartheidregime einfordern würde, d. h. inklusive einer Befragung der südafrikanischen Untersuchungsbehörden und der Ermittler von der Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC).¹¹⁸⁵ In der Perzeption praktisch aller Medien hat das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) in der Ära von Bundesrat Adolf Ogi (SVP) nicht nur die Aufarbeitung des Verhältnis Schweiz-Südafrika zuwenig unterstützt, sondern auch den ehemaligen UNA-Chef massgeblich gedeckt: U. a. habe die GPDel nur Divisionär Regli selbst befragen können und keinen umfangreichen Aktenzugang beim Departement VBS erhalten; und Divisionär Regli sei einfach in den vorzeitigen Ruhestand versetzt und beiläufig "rehabilitiert" worden. Diese generelle Einschätzung wird in der Medienarena vor allem anlässlich einer neuen Enthüllung der Berner Zeitung (Denis von Burg) weiter erhärtet, wonach Divisionär Regli nämlich relevante Akten zu Südafrika in den letzten paar Jahren selbst "geschreddert" habe, um seine Spuren zu verwischen.¹¹⁸⁶ Die einzelnen Dementis und Rechtfertigungen von Divisionär Regli in Interviews mit den Medien zu den diversen Anschuldigungen selbst – u. a. mehrfache Treffen mit Basson (= einmaliger "Höflichkeitsbesuch") sowie Mandrax-Deal und Nuklear-Deal (= "haltlose" Schutzbehauptungen eines Angeklagten) –, werden vor diesem Hintergrund in der

1182 *mou.*: "Südafrika-Kontakte des Nachrichtendienstes: Die politische Führung wird vermisst", BZ, 2.12.1999.

1183 Vgl. stellvertretend "Apartheid-Arzt belastet Regli", SoZ, 29.7.2001; *jmb./mso.*: "Vorwürfe gegen Regli", TA, 8.8.2001; Susanne Bittorf: "«Doktor Tod» packt aus", TA, 8.8.2001; *dvb.*: "Neue Vorwürfe: Das VBS klärt ab", BZ, 9.8.2001; *dvb.*: "Vorwürfe Südafrika: Peter Regli wehrt sich", BZ, 9.8.2001; (ap): "Peter Regli dementiert", TA, 9.8.2001; "Divisionär Regli kommt erneut unter Beschuss", BK, 9.8.2001; (sda): "VBS prüft Vorwürfe an Regli aus Südafrika", NZZ, 9.8.2001; (sda): "VBS prüft Anschuldigungen: Regli weist Vorwürfe zu Südafrika-Beziehungen zurück", NLZ, 9.8.2001; *bvr.*: "Peter Regli erneut belastet", TA, 11.9.2001; sowie "Nachrichtendienst: «Doktor Tod» bringt Regli in Not", BZ, 12.9.2001.

1184 Jean-Martin Büttner, und Markus Somm: "Die Wiederkehr des Entsorgten", TA, 8.8.2001.

1185 (ap): "Schweiz-Südafrika: Und wieder steht Regli im Verdacht", BZ, 7.8.2001.

1186 *dvb.*: "Peter Regli: Aktenvernichten war illegal", BZ, 11.8.2001; sowie Denis von Burg: "Aktenvernichtung: Reisswolf bringt Regli in Not", BZ, 11.8.2001.

medialen Öffentlichkeit zunehmend als unglaublich eingestuft.¹¹⁸⁷

Eine hohe mediale Aufmerksamkeit und positive Würdigung erfährt dann zunächst die Haltung des Nachfolgers von Bundesrat Ogi im Departement VBS, Bundesrat Samuel Schmid (SVP), welcher auf die intensivierten (medialen) Skandalisierungen der Geheimdienstverflechtungen mit der Ankündigung einer Überprüfung der konkreten Vorwürfe an Divisionär Regli reagiert.¹¹⁸⁸ Der SonntagsBlick vermerkt, dass erst jetzt unter Bundesrat Schmid "der Wille vorhanden" scheint, "die Zeit des achtjährigen Regimes von Regli umfassend zu durchleuchten."¹¹⁸⁹ Gemäss NZZ hat der von Bundesrat Schmid mit dieser internen Untersuchung beauftragte VBS-Generalsekretär Juan Gut nun alle notwendigen Kompetenzen erhalten, d. h. "VBS-Mitarbeiter, die etwas wissen könnten, (sind) vom Amtsgeheimnis entbunden, und der Beauftragte erhält Einsicht in alle Akten."¹¹⁹⁰

Verstärkt kritisiert aber der Tages-Anzeiger (Bruno Vanoni) diese "Spurensuche" in der "Affäre Regli" – da sie reichlich spät aufgenommen werde –, und skandalisiert das Departement VBS aufgrund seiner Nichtkooperation mit der Bundesanwaltschaft, welche seit zwei Jahren Ermittlungen in Sachen Spionage und Verletzung des Güterkontrollgesetzes in der "Apartheid-Connection" betreibe und relevante Nachrichtendienstakten einsehen möchte.¹¹⁹¹ Die Erklärung des Departement VBS, dass bei einer uneingeschränkten Einsichtnahme durch die Bundesanwaltschaft der Schutz von geheimen Akten nicht gewährleistet sei – d. h. durch das Kopieren und zu den Akten nehmen ausländische Nachrichtendienste kompromittiert werden könnten –, stösst aber nur in wenigen Medien auf Verständnis (u. a. NZZ) und wird generell kritisiert.¹¹⁹² Insbesondere der Tages-Anzeiger vermutet darin nämlich eine weitere "Verschleierungstaktik" des Departement VBS unter Bundesrat Schmid, analog zu derjenigen in der "Ära Ogi".¹¹⁹³ Laut Vanoni ist nämlich besonders peinlich, dass der von Bundesrat Ogi 1999 in Auftrag gegebene interne Bericht über die Beziehungen des militärischen Nachrichtendienstes der Schweiz zu anderen Staaten seit 1960 – welcher leider nie veröffentlicht worden sei, und für den sich nun die Bundesanwaltschaft interessieren würde –, vom "angeschuldigten Nachrichtendienstchef selber geschrieben wurde." Um die Glaubwürdigkeit aller involvierten Instanzen zu retten – so Vanoni abschliessend –, müsse nun die "Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission, einer PUK" erfolgen.

1187 Vgl. stellvertretend "Peter Regli zu neuen Vorwürfen: «Das ist ganz einfach unmöglich»", BZ, 9.8.2001.

1188 Vgl. stellvertretend Bruno Hofer: "Schmid hat genug – Untersuchung gegen Regli", SBK, 12.8.2001; "Reglis Akten: VBS ermittelt", SoZ, 12.8.2001; "Regli vernichtete Akten – jetzt gibts Ärger", BK, 13.8.2001; (sda): "Neue Vorwürfe gegen Regli", NZZ, 13.8.2001; (ap): "VBS prüft Aktenvernichtung im Geheimdienst", TA, 13.8.2001; (ap): "Aktenvernichtung: Peter Regli steht im Brennpunkt", NLZ, 13.8.2001; Georges Wüthrich: "Geheimdienst-Regli: Neue Untersuchung", BK, 18.8.2001; *dvb.*: "Aktenvernichtung: Für Peter Regli wirds eng", BZ, 18.8.2001; *bvr.*: "VBS-Chef lässt Regli überprüfen", TA, 18.8.2001; sowie "Regli: Untersuchung", SoZ, 19.8.2001.

1189 Beat Kraushaar, und Henry Habegger: "Kalter Krieger: Ex-Geheimdienstchef vernichtete weit mehr Akten als vermutet – Reisswolf-Regli droht Knast", SBK, 2.9.2001.

1190 *wab.*: "Vertiefte Abklärungen im Fall Regli", NZZ, 18.8.2001.

1191 Bruno Vanoni: "Späte Spurensuche um «Dr. Tod»", TA, 18.8.2001. Vgl. Bruno Vanoni: "Ring um Reglis Geheimakten", TA, 27.8.2001; Bruno Vanoni: "Ermittler wollen Geheimbericht", TA, 27.8.2001; sowie Bruno Vanoni: "Belastende Aussagen und ein dubioser Fall", TA, 27.8.2001.

1192 Vgl. stellvertretend "Ex-Spionagechef Regli sorgt für Behörden-Krach", BK, 28.8.2001; (sda): "Untersuchung: Einsicht in Regli-Bericht", BZ, 28.8.2001; Christian Peter Meier, und Rolf Elsener: "Nachrichtendienst: Die geheimnisvolle Akte R.", NLZ, 28.8.2001; Rolf Elsener: "Regli erneut auf der Anklagebank", NLZ, 28.8.2001; (sda): "Fall Regli: Streit um ein Geheimpapier", NLZ, 28.8.2001; *bvr.*: "Geheim bleibt geheim", TA, 28.8.2001; sowie *Lz.*: "Erneuter Wirbel um Peter Regli: Südafrika-Beziehungen und Aktenvernichtung", NZZ, 28.8.2001.

1193 Bruno Vanoni: "Gründe genug für eine PUK", TA, 27.8.2001. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

Auch die NZZ (Bruno Lezzi) drängt auf eine "rasche Klärung" der "wenig transparenten" und "verwirrlichen Situation".¹¹⁹⁴ Denn die Vorwürfe seien so schwerwiegend, dass es "nicht im Interesse der Schweiz sein kann, sie noch lange im Raum stehen zu lassen." Dabei wertet Lezzi in der NZZ – wie der Tages-Anzeiger auch –, insbesondere diejenige Legitimation von Divisionär Regli als äusserst brisant bzw. "gravierend", wonach die Aktenvernichtung angeblich mit Bewilligung des Generalstabschefs erfolgt sei; dies vor allem deshalb, weil die angeschuldigten ehemaligen Vorgesetzten dies selbst bestreiten würden: "Bis jetzt steht immer noch Aussage gegen Aussage. Regli muss seine Beweggründe für die Eliminierung von Dokumenten offen auf den Tisch legen."¹¹⁹⁵ Im Hinblick auf die geplante Reorganisation des schweizerischen Nachrichtendienstes nach der "Affäre Bellasi" sei es zudem wichtig, dass das Departement VBS und die Bundesanwaltschaft "am selben Strick ziehen." Denn "[k]einesfalls darf der Eindruck stehen bleiben, man wolle mit formalistischen Argumenten mangelndes gegenseitiges Vertrauen übertünchen"; kommentiert Lezzi.

Eine weitere Intensivierung erfahren die kontroversen Geheimdienstverflechtungen zwischen der Schweiz und dem Apartheidregime dann nochmals ab Ende Oktober 2001: Einerseits angestossen durch einen Bericht des Nachrichtenmagazins 10 vor 10 des Schweizer Fernsehens SF DRS am 26. Oktober 2001 zur Beschaffung zweier russischer Luftabwehr-Lenk Waffen durch Divisionär Regli 1994, welche angeblich für dessen "südafrikanischen Freunde" bestimmt gewesen seien; sowie andererseits durch eine Enthüllung von Jean-Philippe Ceppi im TA Magazin (Samstagsbeilage des Tages-Anzeigers) am gleichen Wochenende zu einem 1986 – d. h. in der Hoch-Zeit des internationalen Südafrikaboykotts –, abgeschlossenen "Geheimabkommens" zwischen dem schweizerischen und dem südafrikanischen Geheimdienst.

Im Rahmen der "Raketen-Affäre" sind es fast ausschliesslich die Boulevardmedien (Blick, SonntagsBlick), welche prominent eine mögliche "Apartheid-Connection" skandalisieren.¹¹⁹⁶ Für die anderen Medien hingegen stellt diese Enthüllung zunächst vielmehr ein Einzelfall bzw. eine neue Facette in einer langen Reihe von Geheimdienstskandalen dar, in welchen der "Schwarze Peter Regli" verwickelt gewesen sei (u. a. "Affäre Bellasi").¹¹⁹⁷ Laut Blick (Georges Wüthrich) würde Divisionär Regli den Erwerb der beiden russischen Luftabwehr-Lenk Waffen des Typs SA-18 "Grouse" in der Höhe von 300'000 SFR von 1994 damit begründen, dass akute Gefahr bestanden habe, dass "nach dem Zusammenbruch des Sowjet-Imperiums diese höchst gefährliche Waffe in Terroristen-Hände geraten" könnte.¹¹⁹⁸ Die Raketen seien aber in den letzten sieben Jahren nie bezüglich ihrer Wirkung und Neutralisierung getestet worden; und Wüthrich verweist auf das Nachrichtenmagazin 10 vor 10, welches den "Verdacht (äusserte), Regli hätte die Grouse seinen südafrikanischen Freunden zuschanzen wollen." Auch der SonntagsBlick skandalisiert die Möglichkeit, dass "Raketen-Regli" möglicherweise die

1194 Lz.: "Erneuter Wirbel um Peter Regli: Südafrika-Beziehungen und Aktenvernichtung", NZZ, 28.8.2001. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

1195 Vgl. auch Bruno Vanoni: "Ungereimt oder gar gelogen", TA, 29.8.2001.

1196 Vgl. stellvertretend Georges Wüthrich: "Geheimdienst-Skandal: Regli kaufte russische Terror-Raketen ... und kein Bundesrat wusste es", BK, 27.10.2001; Henry Habegger: "Bundesrat Samuel Schmid verspricht schonungslose Aufklärung: «Raketen werden entsorgt»", SBK, 28.10.2001; sowie Urs Moser: "Heisse Fragen um Reglis Waffendeal", BK, 5.11.2001.

1197 Stefan von Bergen: "Imagepflege: Hoffentlich nichts böses vom Kap der Guten Hoffnung – Mit welcher Wortwahl Imagebeamte das dunkle Südafrika-Kapitel aufhellen", BZ, 24.11.2001. Vgl. auch Bruno Vanoni, und Walter Niederberger: "Peter Regli im Bundesrat", 30.10.2001; Verena Vonarburg: "Affäre um Ex-Geheimdienstchef Regli: Regli kaufte russische Raketen", BZ, 27.10.2001; *adm.*: "Waffenkäufe: Kopfschütteln über Regli, aber keine PUK", NLZ, 29.10.2001; sowie (ap): "Waffenkäufe: Das VBS stellt sich hinter Regli", NLZ, 30.10.2001.

1198 Georges Wüthrich: "Geheimdienst-Skandal: Reglis Terror-Waffen liegen in diesem Bunker", BK, 27.10.2001. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

Waffen an Südafrika weitergeben wollte, und zitiert Bundesrat Schmid, welcher dies implizit "bestätigte (...): «Auf unterer Stufe wurde ein Export der Raketen nach Südafrika thematisiert. Aber das wurde gestoppt»".¹¹⁹⁹

Eine ebenfalls hohe Medienresonanz erzielt dann eine Reportage von Ceppi im TA Magazin vom 27. Oktober 2001 zu einem schweizerisch-südafrikanischen "Geheimabkommen" auf dem Gebiet der chemischen und biologischen Kriegsführung von 1986, welche dank verstärkter Plakatwerbung im Vorfeld von diversen anderen Medien gleichentags aufgegriffen und mitskandalisiert wird (u. a. Tages-Anzeiger, Berner Zeitung).¹²⁰⁰ Dass der ehemalige Nachrichtendienstchef Südafrikas, Chris Thirion, gegenüber Ceppi die Aushandlung eines solchen Abkommens "unter strengster Geheimhaltung" bestätigt habe, ist laut Bruno Vanoni vom Tages-Anzeiger aber nicht erstaunlich.¹²⁰¹ Denn immerhin sei schon die vom heutigen Bundesrat Moritz Leuenberger (SP) geleitete PUK nach der "Affäre Kopp" einzelnen "geheimen Abkommen des schweizerischen Nachrichtendienstes auf die Spur gekommen." Interessant sei aber, dass 1986 der schweizerische Nachrichtendienst noch von Divisionär Mario Petitpierre geleitet wurde: "Doch auch dessen Nachfolger, Peter Regli, der in jenen Jahren den geheimen Pilotenaustausch mit Südafrika organisiert hatte, soll vom Abkommen gewusst haben."

Die NZZ (Bruno Lezzi) vermerkt dazu, dass abgesehen von der "Neuigkeit" zum "Geheimabkommen", Ceppis Enthüllung nur eine "journalistische Aufarbeitung bereits bekannter Sachverhalte" darstellen würde.¹²⁰² Zudem hätten Vorabklärungen im Departement VBS keine Sichtung von Dokumenten ergeben, welche "eine solche Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Südafrika erkennen liesse (...). Bis jetzt steht also nur Behauptung gegen Behauptung." Als tragisch empfindet Lezzi jedoch, dass falls die "schwerwiegenden Verdachtsmomente" nicht ausgeräumt werden könnten, der neue strategische Nachrichtendienst gerade in einer Phase geschwächt werde, in welcher – "nicht zuletzt mit Blick auf die Terrorismusabwehr" nach den Anschlägen auf das World Trade Center in New York vom 11. September 2001 –, die nachrichtendienstliche Beschaffung von Informationen und Analysen von zentralster Bedeutung sei; deshalb müsse nun Bundesrat Schmid das "Zepter fest in die Hand" nehmen.

Verstärkt erfährt in diesem Zusammenhang die schon anfangs Oktober 2001 eingereichte Parlamentarische Initiative *Services de renseignement et apartheid. Création de commissions d'enquête parlementaires* von SP-Nationalrat Jean-Nils De Dardel Resonanz, und wird von den meisten Medien begrüsst (u. a. Tages-Anzeiger, Berner Zeitung).¹²⁰³ Die Neue Luzerner Zeitung erachtet allerdings die Chancen für eine PUK als grundsätzlich "aussichtslos".¹²⁰⁴ Denn "FDP, CVP und SVP halten

1199 Beat Kraushaar, und Henry Habegger: "Geheimdienstskandal: Schmid stoppte in letzter Minute Geheimaktion – Militärs wollten Reglis Raketen verschwinden lassen", SBK, 28.10.2001.

1200 Vgl. Jean-Philippe Ceppi: "Geheimsache Südafrika", TA Magazin, 27.10.2001. Vgl. auch Bruno Vanoni: "Geheimpakt mit Südafrika", TA, 27.10.2001; sowie w.: "Südafrika: Geheime Vereinbarung?", BZ, 27.10.2001.

1201 Bruno Vanoni: "Rätselhafter Pakt mit «Dr. Tod» – Der Anlass zum Geheimabkommen: 1985, Einsatz südafrikanischer Truppen in Angola", TA, 27.10.2001. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

1202 Lz.: "Und immer wieder Peter Regli: Beschaffung von Einmann-Flablenk Waffen", NZZ, 29.10.2001. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

1203 Vgl. stellvertretend Bruno Vanoni: "Geheimdienst: SP will PUK sofort", TA, 29.10.2001; ho.: "Affäre Regli: Bundesrat Samuel Schmid verlangt «schonungslose Aufklärung»", BZ, 29.10.2001; Denis von Burg: "Südafrika-Connection: Jetzt geht Schmid in die Offensive", BZ, 30.10.2001; Bruno Vanoni: "Neue Fakten sprechen gegen Regli", TA, 2.11.2001; sowie Franz Hophan: "Vorabklärungen des VBS: Hat Peter Regli den Reisswolf zu oft und zur Unzeit betätigt?", BZ, 3.11.2001. Vgl. auch Parlamentarische Initiative SP-Nationalrat Jean-Nils De Dardel, *Services de renseignement et apartheid. Création de commissions d'enquête parlementaires*, 4.10.2001 [01.448].

1204 Jürg auf der Mauer: "Affäre Regli: Rätseln über die Waffenkäufe", NLZ, 29.10.2001. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

diese für nicht sinnvoll", und würden lieber auf Bundesrat Schmid vertrauen, welcher eine "schonungslose Aufklärung" im Departement VBS versprochen habe. Die NZZ bezeichnet die Einsetzung einer PUK als zu "aufwendig" und begrüsst einerseits eine eingeleitete Administrativuntersuchung im Departement VBS gegen Divisionär Regli wegen Aktenvernichtung; sowie andererseits den Entscheid, angesichts der neuesten Vorwürfe die Delegation der Geschäftsprüfungskommission der Eidgenössischen Räte (GPDeI) mit einer "Nachuntersuchung" zu derjenigen von 1999 zu beauftragen.¹²⁰⁵ Der Tages-Anzeiger vermerkt dazu, dass im Nachrichtendienst leider nicht viel geschrieben werde; und "was geschrieben wurde und von Relevanz sein könnte, hat Peter Regli bereits vernichtet."¹²⁰⁶ Vor diesem Hintergrund werde wohl auch die "Nachuntersuchung" der GPDeI nicht viel neues zutage fördern. Denn man sei auf das Gedächtnis der Involvierten angewiesen, d. h. auf die "Erinnerung derer, die sich noch erinnern wollen", und das seien wohl nicht viele. Der Tages-Anzeiger begrüsst es jedoch – wie die Berner Zeitung auch –, dass diesmal auch Befragungen in Südafrika durch die GPDeI erfolgen sollen.¹²⁰⁷

Im Rahmen dieser neuesten Skandalisierung der nachrichtendienstlichen Kontakte der Schweiz zum Apartheidregime im Herbst 2001 findet wiederum die Apartheidschuldenerlasskampagne der linksalternativen Lobbygruppen bzw. die Frage nach einer monetären Wiedergutmachung durch Apartheidprofiteure (Stichworte: Schuldenerlass, Reparationszahlungen und Opferentschädigungen) erhöhte Medienresonanz. Der Blick (Georges Wüthrich) betont Ende Oktober 2001, dass nämlich Apartheidopfer zusammen mit amerikanischen Anwälten "Sammelklagen gegen die Schweizer Regierung und Banken" vorbereiten würden; und zwar ganz nach dem "Vorbild der Holocaust-Forderungen."¹²⁰⁸ Dabei seien es wiederum der "seriöse US-Staranwalt" Michael Hausfeld und der umstrittene "Meili-Advokat" Ed Fagan aus New York, welche die "Schweiz mit Geldforderungen in den «Schwitzkasten» (...) nehmen" wollen. Die meisten anderen Medien berichten aber über diese Ankündigung von neuen Sammelklagen gegen die Schweizer Grossbanken UBS und Credit Suisse zunächst nur in Agenturmeldungen.¹²⁰⁹

Der Tages-Anzeiger (Bruno Vanoni) verweist aber darauf, dass die südafrikanische Jubilee 2000 den Bundesrat daran erinnert habe, dass "Versöhnung und Wiedergutmachung in einem partnerschaftlichen Dialog angestrebt werden müssten – ohne ständige Drohung mit Sammelklagen, wie sie bekannte US-Anwälte wie Ed Fagan und Michael Hausfeld vorbereiten" würden.¹²¹⁰ Die Neue Luzerner Zeitung zitiert zudem die grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, welche sich schon seit Jahren für eine umfassende Aufarbeitung des Verhältnis Schweiz-Südafrika stark machen würde, und die "Ankündigung der Sammelklage" als "letzte Gelegenheit" bezeichne, endlich "selber zu handeln".¹²¹¹ Im Tages-Anzeiger kritisiert Martina Egli, Mitautorin der Apartheidschuldenstudie, die Reaktionen des wirtschaftspolitischen Establishments gegenüber den drohenden Sammelklagen: U. a. würden die Schweizer Grossbanken wie gewohnt die "Verantwortung für ihre damalige finanzielle Unterstützung des Apartheidstaats der Regierung zu(schieben)" und bürgerliche Politiker davor warnen, das Ver-

1205 wab.: "Eine weitere Untersuchung zu Südafrika: Geschäftsprüfungsdelegation wird erneut aktiv", NZZ, 13.11.2001.

1206 Jean-Martin Büttner: "Die Wiederkehr des Verdrängten", TA, 13.1.2001. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Leitartikel.

1207 Vgl. auch David Sieber: "Schweiz-Südafrika: Nun werden die Beziehungen nochmals untersucht", BZ, 13.1.2001.

1208 Georges Wüthrich: "Bundesrat fürchtet Klagen aus Südafrika: Regli kann uns 1 Milliarde kosten", BK, 29.10.2001. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel. Vgl. auch Georges Wüthrich: "Über Reglis Eskapaden und drohende Milliardenklagen: Dubioser Regli – ein idealer Sündenbock", BK, 29.10.2001.

1209 Vgl. stellvertretend (sda): "Sammelklagen", TA, 2.11.2001; "Neue Sammelklagen gegen UBS und Credit Suisse", NLZ, 2.11.2001; Christian Maurer: "Südafrika macht Druck", SoZ, 11.11.2001; sowie svb./jsz.: "Südafrika-News: Aktuelle Akteure", BZ, 24.11.2001.

1210 Bruno Vanoni: "Apartheidklage vor Deiss", TA, 16.11.2001.

1211 Eva Novak: "Südafrika-Connection: Neue Drohung aus den USA", NLZ, 31.10.2001.

hältnis Schweiz-Südafrika umfassend aufzuklären; und zwar "um «nicht das Terrain für übertriebene Geldforderungen» zu ebnen", wie es der ehemalige Präsident der FDP, Franz Steinegger, gegenüber dem Boulevardmedium Blick formuliert habe.¹²¹² Sarkastisch vermerkt dazu Egli nur, dass "diese Gefahr (...) jedoch kaum zu bestehen" scheint. Denn trotz aller Rufe nach umfassender Aufklärung der schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit, würde man beim Nachrichtendienst auf die "harmlose Variante einer Administrativuntersuchung" setzen und im Rahmen des NFP42+ Schweiz-Südafrika den Zugang zu Akten des Departement VBS und jenen von Banken und Unternehmen grundsätzlich verwehren.

Einzig die NZZ erinnert anlässlich der angedrohten Sammelklagen gegen die Schweizer Grossbanken UBS und Credit Suisse daran, "nicht (zu) vergessen, dass es dieselben Grossbanken waren, die – verdeckt – auch die Anti-Apartheid-Programme der Schweizer Kirchen finanzierten, und dass der Wirtschaftsboykott Südafrikas – im Unterschied zu dem auf sportlichem Gebiet – auch von führenden schwarzen Politikern, zum Beispiel Gathsa Buthelezi, als die Falschen treffend abgelehnt worden war."¹²¹³

Allgemeine Wirtschafts- und Aussenbeziehungen Schweiz-Südafrika in der Medienarena in den neunziger Jahren:

Im Gegensatz zu den achtziger und den frühen neunziger Jahren spielt in der Medienarena in der Phase 1997-2001 das Verhältnis Schweiz-Südafrika zur Apartheidzeit im Rahmen von (gegenseitigen) Staatsbesuchen praktisch keine bedeutende Rolle mehr. Anlässlich des Schweiz-Besuchs von Staatspräsident Nelson Mandela im September 1997 – u. a. Treffen mit Bundespräsident Arnold Koller (CVP), Vortrag bei der Swiss-South African Association (SSAA) und Präsentation beim Internationalen Olympischen Komitee (IOK) in Lausanne für die Olympiakandidatur 2004 von Kapstadt –, berichten die Medien vornehmlich über die neuen freundschaftlichen Wirtschafts- und Aussenbeziehungen zwischen beiden Ländern;¹²¹⁴ und nur gerade der Tages-Anzeiger (Andreas Bänziger) erinnert dabei nachdrücklich an die lange Tradition der apartheidstützenden Rolle der Schweizer Wirtschaft:

"Als das weisse Südafrika immer mehr unter Druck geriet, wirkten die Schweizer Banken als Goldmakler des Apartheidregimes. Jede Woche flog die Swissair das wichtigste Exportprodukt des Landes tonnenweise von Johannesburg in die Schweiz, zeitweise bis zu 80 Prozent der südafrikanischen Goldproduktion. Als immer mehr Länder den Apartheidstaat boykottierten, wurde die Schweiz zu Südafrikas wichtigstem Handelspartner."¹²¹⁵

Vor diesem Hintergrund ist es laut Bänziger "überraschend" und "richtig nett", wie "zuvorkommend" Mandela mit der Schweiz umgehen würde. Die versöhnliche Haltung – "Vergessen wir die Vergangenheit und tun wir uns zusammen, um unser Land aufzubauen"; habe Mandela verkündet –, verkörpere den Schlüssel zum Erfolg von Mandelas Politik, und sei Grund für die breite Sympathie, die ihm in der Schweiz entgegengebracht werde.¹²¹⁶ Denn selbst Wirtschaftsführer, welche Mandela einst

¹²¹² Martina Egli: "Sammelklagen gegen die Banken?", TA, 7.11.2001. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

¹²¹³ fre.: "Angebliche neue Sammelklagen gegen Banken", NZZ, 1.11.2001

¹²¹⁴ Vgl. stellvertretend wev.: "Bedeutende Schweizer Präsenz in Südafrika: Aktive Banken, Grosskonzerne und Kleinunternehmer", NZZ, 2.9.1997; (sda): "Nelson Madela in Zürich: Viertägiger Besuch in der Schweiz", NZZ, 3.9.1997; Werner Vogt: "Südafrikas Präsident Nelson Mandela in der Schweiz – Mandela: «Afrika muss sich selbst helfen»", NLZ, 3.9.1997; wev.: "Schweizer investieren in Südafrika", NLZ, 3.9.1997; sowie "Lob von Mandela", BK, 4.9.1997.

¹²¹⁵ Andreas Bänziger: "Schweiz war Südafrikas Goldwäscher", TA, 3.9.1997. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel. Vgl. auch Hans Brandt: "Keine «goldenen Bande» mehr", TA, 3.9.1997.

¹²¹⁶ Andreas Bänziger: "«Noch mehr investieren»", TA, 3.9.1997.

als "Terroristen" beschimpften, würden ihm jetzt sogar die Hand schütteln. Laut Bänziger eine erstaunliche Entwicklung; bedenke man, dass die SSAA, welche in Zürich als Mandelas Gastgeberin aufträte, sich in den achtziger Jahren noch als "lautstarke politische Lobby" des Apartheidregimes inszeniert habe.¹²¹⁷ Auch Jürg Dedial bewundert in der NZZ Mandelas Auftritt bei der SSAA, bei welchem dieser das Engagement der Schweizer Wirtschaft zur Apartheidzeit "diplomatisch, aber *dennoch deutlich* aufs Tapet gebracht" habe; zugleich aber den "Anwesenden, die ihm und dem ANC gegenüber teilweise sehr lange in Skepsis verharnt hatten, *die Hand* zur Kooperation" reichte, und für eine Erhöhung der schweizerischen Investitionen in Südafrika aufrief.¹²¹⁸

Auch anlässlich des Südafrika-Besuchs von Bundesrat Flavio Cotti (CVP) im August 1998 stehen in den Medien die aktuellen schweizerischen Investitionen in Südafrika im Vordergrund (u. a. Absichtserklärung zum weiteren Ausbau der bilateralen Beziehungen). Das Verhältnis Schweiz-Südafrika zur Apartheidzeit spielt hingegen nur eine marginale Rolle: U. a. vermerkt der Blick nur gerade in einem Zweizeiler, dass trotz Holocaustaffäre Bundesrat Cotti "wenigstens in Südafrika willkommen" sei.¹²¹⁹ Der ehemalige Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), Beat Kappeler, typisiert aber in der Weltwoche den Besuch als "Reise in eine unangenehme Vergangenheit."¹²²⁰ Die Schweiz könne sich nämlich glücklich schätzen, dass Bundesrat Cotti nicht vor die südafrikanische Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) treten müsse: "Denn diese Kommission würde wohl an die «ausgezeichneten Beziehungen» (...) zu Zeiten der Apartheid erinnern." Denn nicht nur seien damals jährlich gut 60 Prozent der Goldproduktion Südafrikas in der Schweiz umgegossen worden, sondern – "als die Boykotte der anderen Industrieländer zu wirken begannen" –, insgesamt die "Käufe der Schweiz in Südafrika um 156 Prozent 1987, um weitere 103 Prozent im folgenden Jahr, und auf dieser enormen Basis nochmals um 36 Prozent 1989" explodiert. Zudem hätten sich Wirtschaftsvertreter und Diplomaten in "vertraulichen Sitzungen" des Bundesamtes für Aussenwirtschaft (BAWI) gewunden, um den "Südafrika-Kodex" der Europäischen Gemeinschaft (EG) über Firmenverhalten nicht befolgen zu müssen.

Kappeler verweist auch explizit auf Parallelen zur Holocaustaffäre bzw. auf die amerikanischen Boykottandrohungen im Disput um die nachrichtenlosen Vermögen, welche die Schweiz wiederum in die Isolation zu führen drohen: "wegen der grossen Geschäfte mit Südafrika kamen die Schweizer Grossbanken auf «Verbotslisten» amerikanischer Grossanleger, und die kanadische Provinz Ontario boykottierte sie 1989 öffentlich."¹²²¹ Gefordert seien nun die "Schwergewichte" der Schweizer Wirtschaft – u. a. Holderbank, Ascom, Sulzer, Kuoni, UBS und ABB –, welche sich in den achtziger Jahren gegen einen Südafrikaboykott ausgesprochen und dem politischen Wandel bzw. Reformprozess unter P. W. Botha das Wort geredet hätten, und sich nun mit Bundesrat Cotti auf Südafrika-Reise befinden würden. Denn die offizielle Schweiz – so Kappeler abschliessend –, hat im Gegensatz zu den Banken und Unternehmen den Demokratisierungsprozess in Südasfrika schon mit 50 Mio. SFR gefördert, d. h.

1217 Andreas Bänziger: "Schweiz war Südafrikas Goldwäscher", TA, 3.9.1997.

1218 de.: "Mandela als Werbeträger des neuen Südafrika: Aufforderung an Schweizer Unternehmen zu mehr Investitionen", NZZ, 4.9.1997 [Hervorhebungen im Original].

1219 "Die Schweiz ist willkommen: Wenigstens in Südafrika und Thailand", BK, 4.8.1998. Vgl. auch rä.: "Ausbau der Beziehungen zu Südafrika: Dreitägiger Besuch von Bundespräsident Cotti", NZZ, 3.8.1998; Frank Räther: "Südafrikas Präsident Nelson Mandela empfängt Bundespräsident Flavio Cotti: «Schliesslich sind wir gute Freunde»", NLZ, 4.8.1998; rä.: "«Keine Probleme – wir sind Freunde»: Mandela empfängt Bundespräsident Cotti in Kapstadt", NZZ, 4.8.1998; (sda): "Südafrika: Cotti-Besuch – Tutu bedankt sich für Schweizer Hilfe", NLZ, 5.8.1998; Hans Brandt: "25 Millionen für Südafrikas Demokratie: Die Schweiz will Südafrika weiter finanziell unterstützen", TA, 5.8.1998; sowie rä.: "Cotti: «Wir haben Vertrauen in Südafrika» – Bundespräsident will enge Zusammenarbeit mit dem Kapland", NZZ, 5.8.1998.

1220 Beat Kappeler: "Sie wussten alles und taten es dennoch: Bundespräsident Cotti fährt nach Südafrika – Eine Reise in eine unangenehme Vergangenheit", WE, 30.7.1998. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

1221 Ebenda.

"mit viel Geld gut(gemacht), was er und die Wirtschaft vor 1994 versäumten." Zudem sei jetzt auch der richtige Zeitpunkt, etwas aus der Holocaustaffäre zu lernen: "Dass nämlich eine richtige Haltung zur richtigen Zeit besser ist als die nachträgliche Korrektur – wie bei den jüdischen Vermögen – mit viel Geld."

Im Tages-Anzeiger verweist Christian Kaiser auf die von diversen südafrikanischen NGOs (Non-Governmental Organisations) im Rahmen der Aufarbeitung der Apartheidvergangenheit unter der TRC politisierte moralische Verantwortung von wirtschaftlichen "Profiteuren" und "Blockadebrechern" – u. a. Verpflichtung zum Erlass von sogenannten "illegitimen" Schulden (Odious Debts) der Apartheidära und Entschädigungen von Apartheidopfern –, welche in der Schweiz auch von der Aktion Finanzplatz Schweiz (AFP) und der Erklärung von Bern (EvB) unterstützt werde.¹²²² Kaiser rezitiert dabei Allan Boesaks altbekannte Kritik an der schweizerischen Neutralitätspolitik ("Gegenüber dem Unrecht gibt es keine Neutralität – diese ist Parteilichkeit zugunsten des Unterdrückers"), verweist auf den Sanktionsaufruf Mandelas anlässlich dessen ersten Schweiz-Besuchs im Juni 1990 und die durchwegs ablehnende Haltung des Parlamentes in den Südafrikadebatten zur Sanktionenfrage in den achtziger Jahren, wo selbst der "gemässigte Vorschlag" nach Unterstellung von Kapitalexport und Goldhandel dem Courant normal "chancenlos" geblieben sei.¹²²³ Die Schweizer Grossbanken hätten schon damals ihr Südafrikaengagement mit den immer gleichen dürrtigen Argumenten gerechtfertigt: "Einerseits gelte es, die Schweizer Neutralität und den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten zu respektieren, andererseits sei die schwarze Bevölkerung Leidtragende der Sanktionen." Das nun NGOs in Südafrika und der Schweiz dazu aufrufen würden, dass Banken und Unternehmen, welche die wiederholten Sanktionsaufrufe der UNO ignorierten, Entschädigung für die Profite aus jener Zeit an die Bevölkerung Südafrikas zu zahlen hätten, sei mehr als gerechtfertigt.

Auch im Rahmen der verstärkten Skandalisierung der Schweizer Apartheidschatten nach der Verhaftung des Journalisten Jean-Philippe Ceppi in Südafrika im März 1999, spielt anlässlich von Staatsbesuchen das Verhältnis Schweiz-Südafrika zur Apartheidzeit nur eine marginale Rolle; wie dies beispielsweise der Südafrika-Besuch von Bundesrat Joseph Deiss (CVP) im Oktober 1999 verdeutlicht. Nur gerade Werner Vogt, der für die Neue Luzerner Zeitung und die NZZ vor Ort berichtet, sowie Urs Buess im Tages-Anzeiger erwähnen beim Treffen von Bundesrat Deiss mit Staatspräsident Thabo Mbeki, dass die "Beziehungen Berns zum Südafrika der Apartheidzeit ebenso wie diesbezügliche Kompensationsforderungen von Nichtregierungsorganisationen für Pretoria kein Thema" darstellen würden.¹²²⁴ Ansonsten wird vornehmlich die Unterzeichnung einer Vereinbarung über die Entwicklungszusammenarbeit von 2000 bis 2004 zwischen der Schweiz und Südafrika fokussiert.¹²²⁵ Aussenministerin Nkosazana Zuma habe gemäss Vogt in der NZZ sogar auf Anfrage erklärt, dass Südafrika kein Interesse habe, sich in "schweizerische Debatten" einzumischen: "Mit andern Worten: Wenn in der Schweiz aus der Tatsache, dass Schweizer Banken und Industriebetriebe auch in den achtziger Jahren hier tätig waren, ein politisches Problem konstruiert werden soll, so ist dies ein hausge-

1222 Christian Kaiser: "Schweizer Profiteure sollen zahlen", TA, 4.8.1998. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

1223 Vgl. nochmals Parlamentarische Initiative SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, *Südafrika-Sanktionen. Umgehungen durch die Schweiz*, 9.10.1986 [86.234].

1224 Werner Vogt: "Südafrika: Bundesrat Deiss trifft Präsident Mbeki – Hilfe für Südafrika wird bis 2004 fortgesetzt", NLZ, 13.10.1999; sowie wev.: "Fortführung des Sonderprogramms für Südafrika: Bundesrat Deiss bei Präsident Mbeki", NZZ, 13.10.1999. Vgl. auch Urs Buess: "Kein Wort zu den Apartheidsbeziehungen", TA, 13.10.1999.

1225 Vgl. stellvertretend (sda): "Bundesrat Joseph Deiss reist nach Südafrika", BZ, 8.10.1999; (sda): "Joseph Deiss trifft Mandela-Nachfolger", BZ, 12.10.1999; "Joseph Deiss in Südafrika", BK, 12.10.1999; Werner Vogt: "Südafrika: Schweizer Starthilfe bei Firmengründungen – Risikokapital aus der Schweiz für Südafrika", NLZ, 12.10.1999; (sda): "Deiss sichert Südafrika Finanz-Hilfe zu", BZ, 13.10.1999; wev: "Risikokapital und Managementberatung für Jungunternehmer", NZZ, 13.10.1999; sowie (sda): "Hilfsprojekte besichtigt", TA, 14.10.1999.

machtes. Die Regierung Mbeki schaut – pragmatisch und wirtschaftsorientiert – nach vorne und nicht nach hinten"; bilanziert Vogt.¹²²⁶

Wiederholt werden in der Medienarena in der Phase 1997-2001 auch einzelne kontroverse Fälle von wirtschaftlicher Verflechtung zwischen der Schweiz und dem Apartheidregime, welche von den links-alternativen Binnenorganen AAB-Nachrichten und WochenZeitung schon in den siebziger und achtziger Jahren enthüllt und intensiv skandalisiert wurden, neu aufgerollt und nachhaltig kritisiert.

Der SonntagsBlick widmet sich beispielsweise dem Fall Marimpex – d. h. der Umgehung des Erdöl-embargos gegenüber Südafrika über die Drehscheibe Schweiz durch eine Hamburger Mineralöl-Handelsfirma –, und skandalisiert die St. Galler Behörden; und in klassischer Boulevardmanier zudem Bundesrätin Ruth Metzler-Arnold (CVP) bzw. deren ehemaligen Arbeitgeber, die Treuhand- und Revisionsgesellschaft STG-Coopers & Lybrand (STG-C&L). 1987 sei nämlich das Hamburger Unternehmen "von der Wirtschaftsförderung des Kantons St. Gallen (...) in die Schweiz gelockt" worden, und habe die in Rapperswil domizilierte Marimpex Mineralöl-Handels AG nach Aussagen des ehemaligen Direktors, des Südafrikaners Jürgen Hasse, alleinig zum Zweck gegründet, "das Uno-Embargo zu umgehen und so Öl nach Südafrika zu liefern."¹²²⁷ Laut SonntagsBlick haben die "Embargo-Brecher" schon im ersten Jahr einen Umsatz von gut 1 Mia. SFR gemacht, und sich somit als zweitgrösster Steuerzahler im Kanton etabliert. Deshalb möchten wohl die St. Galler Behörden nun plötzlich nichts mehr von diesen "unmoralischen" Südafrikageschäften hören. Auch bei PricewaterhouseCoopers (PwC), der Nachfolgesellschaft der STG-C&L, wolle man von der seit 1993 im eigenen Haus als Briefkastenfirma geführten Marimpex nicht mehr viel wissen: "PwC diene als Anlaufstelle, um vor allem Post, ungeöffnet, an die Adressaten weiterzuleiten"; habe Peter Schmid, Leiter von PwC St. Gallen, verkündet. Laut Schmid ist auch nicht klar, wieviel die STG-C&L denn bei der Übernahme des Marimpex-Mandates von deren Machenschaften überhaupt gewusst habe. Erwiesen sei aber, dass Bundesrätin Metzler-Arnold nie in irgendeiner Form mit diesem Administrativauftrag betraut gewesen sei, wie der SonntagsBlick zu Unrecht suggerieren würde.

Anlässlich von Recherchen des deutschen Historikers und Mitautors der Apartheidschuldenstudie, Gottfried Wellmer, im Nationalarchiv in Pretoria, und dessen Enthüllung, dass der Schweizer Industrielle Dieter Bührle am 2. November 1978 vom Premierminister P. W. Botha im "geheimen" mit dem höchsten Orden – dem Stern-Orden der Republik Südafrika –, für seine Verdienste als "Verfechter des Freihandels über alle ideologischen, politischen, internationalen und künstlichen Barrieren hinweg" ausgezeichnet worden sei, skandalisiert der Tages-Anzeiger (Bruno Vanoni) verstärkt die schon seit den siebziger Jahren von linksalternativen Lobbygruppen kritisierten Waffengeschäfte der Oerlikon-Bührle mit dem Apartheidregime und die gleichgültige Haltung der offiziellen Schweiz dazu.¹²²⁸ Denn diese bis heute geheim gehaltene Ordensvergabe sei "nicht nur ein zusätzlicher Beweis für die wichtigsten Dienste, die Schweizer Unternehmen dem geächteten Apartheidregime erwiesen haben"; der Zeitpunkt der Vergabe (1978) und die Begründung der Verleihung würden auch auf "besonders heikle Geschäfte" und auf "Versäumnisse der Schweizer Behörden" hinweisen. Für die illegale Lieferung von Flabkanonen an Südafrika zwischen 1964 und 1968 sei der Firmenchef nämlich schon 1970 im "Bührle-Prozess" mit acht Monaten Gefängnis bedingt und 20'000 SFR Busse bestraft worden. Die Begründung zur Ordensverleihung – Bührle habe sich nebst der Organisation "von vitalen Rüstungs-

1226 wev.: "Fortführung des Sonderprogramms für Südafrika: Bundesrat Deiss bei Präsident Mbeki", NZZ, 13.10.1999.

1227 Harry Rosenbaum: "Wie Schweizer trotz Embargo mit Südafrika gute Geschäfte machten: St. Galler verdienten an Apartheid Millionen", SBK, 28.3.1999. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel. Vgl. auch Pius Frey: "MARIMPEX schmiert Apartheid", AAB-Nachrichten, Nr. 5, Oktober 1988; sowie Pius Frey: "MARIMPEX schmiert Apartheid", AAB-Nachrichten, Nr. 6, Dezember 1988.

1228 Bruno Vanoni: "Apartheid-Orden für Embargobrecher", TA, 12.11.2001. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

gütern unterschiedlichster Art" auch mit einer "Beteiligung an einer Vielzahl von Unternehmungen" für "Investitionen in Südafrika" stark gemacht, und jeglicher "Kritik, Hohn und Ächtung getrotzt" –, lese sich aber nun wie eine "Bestätigung der Vorwürfe", welche Bührle in den siebziger und achtziger Jahren von linker Seite immer wieder gemacht wurden: "Er habe das Waffenembargo gegen den Apartheidstaat umgangen, indem er die Rüstungsgüter einfach durch ausländische Tochterfirmen produzieren und nach Südafrika liefern liess."

Tragisch sei dabei auch, dass sich Bundesrat und Parlament ein Vierteljahrhundert lang weigerten, etwas gegen diese Umgehungsgeschäfte zu unternehmen. Als regelrecht skandalös erweist sich aber laut Vanoni, dass Bührle auch noch "heute keine Spur von Reue" zeigen würde:

"Auf die Frage, ob er [Dieter Bührle, Anm. PM] seine Rüstungsgeschäfte mit dem früheren Unrechtsregime mittlerweile als Fehler betrachte, antwortete er unzweideutig: «natürlich nicht». Südafrika sei damals von kommunistischen Feinden bedroht gewesen und habe ein Recht auf Verteidigungswaffen gehabt. Das Apartheidregime habe für die schwarze Bevölkerung zwar «wesentliche Ungerechtigkeiten und Schwierigkeiten» gebracht. Doch mittlerweile zeige sich «genau das Gegenteil». Die schwarze Regierung, behauptet Apartheidfreund Bührle, «unterdrückt heute die weisse Minderheit»."¹²²⁹

Solche von den linksalternativen Lobbygruppen schon seit den achtziger Jahren prominent skandalisierten ideologischen Affinitäten zwischen schweizerischen "Wirtschaftskapitänen" – nebst Dieter Bührle insbesondere auch Niklaus Senn, ehemaliger Präsident der Generaldirektion der SBG und aktueller Ehrenpräsident der UBS –, und den (ehemaligen) "weissen Machthabern" in Südafrika, finden in der Medienarena in den neunziger Jahren nun auch nachhaltiger Resonanz in den Forums-, Wochen- und Sonntagszeitungen und insbesondere Boulevardmedien.

Von all diesen Medien wird dabei einerseits auf ein von Erwin Koch, Mitarbeiter des TA Magazin, mit Senn geführtes Interview von Februar 1998 verwiesen, welches auch mit rassistischen Zitaten aus alten Personalzeitungen der SBG gespickt sei, und die "Rassismusachse Südafrika-Schweiz" konzis illustriere: "Der südafrikanische Eingeborene ist noch absolut roh, hat keine Erziehung, kann weder lesen noch schreiben, kurz er ist halb Kind, halb Tier (...). Er ist auch faul von Natur und charakterlich schlecht, das heisst er lügt, er betrügt, und sehr oft stiehlt er auch, wenn er hofft, nicht dabei ertappt zu werden" etc.¹²³⁰ Andererseits melden sich die "Rechercheure" Gian Trepp und Res Strehle, welche diese Blüten schon in den achtziger Jahren in ihrem Buch zum 125-Jahr-Jubiläum der SBG veröffentlichten, mit den gleichen Zitaten in der SonntagsZeitung und der Weltwoche zu Wort;¹²³¹ und betonen zudem, dass solche diskriminierenden Stellungnahmen "heute nach Anti-Rassismus-Gesetz strafbar wären."¹²³² Im Zusammenhang mit den Forderungen nach monetärer Wiedergutmachung vermerkt Strehle dabei zynisch, dass man jetzt nur noch hoffen könne, "dass Schweizer Eingeborene, vorab Bankiers, charakterlich gut sind, nicht lügen, nicht betrügen und – sollte dennoch ans Licht kommen, dass sie sich an einem Unrechtsstaat bereichert haben – zur Opferentschädigung bereit sind."¹²³³

1229 Ebenda.

1230 Erwin Koch: "Im gelobten Land", TA Magazin, 14.2.1998.

1231 Vgl. Strehle, Trepp, und Weyermann, *Ganz oben – 125 Jahre SBG*, Zürich 1987, S. 152ff.

1232 Gian Trepp: "Geschäfte über das Verfalldatum hinaus: Schweizer Bankiers standen dem Apartheidregime noch zur Seite, als es schon in Agonie lag", SoZ, 2.5.1999. Vgl. auch Res Strehle: "Schwarze Vergangenheit – Hässliche Schulden: Die Schweizer Banken wollen ihr Südafrika-Engagement nicht aufarbeiten", WE, 8.4.1999.

1233 Res Strehle: "Schwarze Vergangenheit – Hässliche Schulden: Die Schweizer Banken wollen ihr Südafrika-Engagement nicht aufarbeiten", WE, 8.4.1999.

Scharf kritisiert auch Frank A. Meyer im SonntagsBlick das "menschenverachtende" und "moralisch verkommene" schwadronieren der schweizerischen "Geschäftemacher, Goldhändler und Geldhändler", weil es eindeutig belegt, dass die "Geldgier der Schweizer Wirtschaft" und die "Goldgier der Schweizer Banken" im Geschäft mit dem Apartheidregime so weit ging, dass die "Rassismus-Ideologie gerechtfertigt" wurde.¹²³⁴ Nun habe sich aber die Situation grundlegend verändert, und es würden "sich die Opfer (melden) – «halb Kind, halb Tier» damals, heute an der Macht."¹²³⁵ Zu bezweifeln ist jedoch – so Frank A. Meyer abschliessend –, dass sich die Banken, welche sich "ideologisch mit dem Rassismus als Staatsdoktrin in Südafrika" identifizierten, für eine geforderte monetäre "Wiedergutmachung – für «Tiere»? (sic!)" –, erwärmen könnten.

Verstärkt werden zudem in den Forums-, Wochen- und Sonntagszeitungen – und insbesondere den Boulevardmedien – die (ehemaligen) "Lobbyisten des Apartheidregimes" skandalisiert, welche sich heute ungern an ihr Südafrikaengagement erinnern möchten.¹²³⁶ Laut Blick (Georges Wüthrich) hätten nämlich "lauter «ehrenwerte» Damen und Herren (...) in der Schweiz das unmenschliche Apartheid-Regime" unterstützt.¹²³⁷ Nebst den bekannten Bankern und Wirtschaftsbossen – u. a. "Bankgeselle Senn", Fritz Leutwiler, Stephan Schmidheiny und "sein Grossneffe" Anton E. Schrafl von der Swiss-South African Association (SSAA) –, vor allem auch die Nationalräte Geneviève Aubry (FDP), Ulrich Bremi (FDP) und Christoph Blocher (SVP) sowie "SVP-Rechtsaussen" Ulrich Schlüer, welche als "politische Helfer" im Parlament und in Lobbygruppen wie der asa (Arbeitsgruppe südliches Afrika) dafür sorgten, "dass niemand auf falsche Gedanken kam – etwa das Apartheid-Regime politisch zu ächten."

Der SonntagsBlick skandalisiert in diesem Zusammenhang SVP-Nationalrat Blocher, welcher als asa-Präsident in den achtziger Jahren "rassistische Schriften verbreiten" liess.¹²³⁸ So sei beispielsweise über den "schwarzen Mann" im asa-bulletin zu lesen gewesen: "«Seine genuine Bewusstseinshaltung (...) kann (...) als vegetativ bezeichnet werden.» Das soll heissen: Die Schwarzen sind Menschen zweiter Klasse und nicht in der Lage, in Südafrika eine tragende Rolle zu übernehmen. Genau die Haltung, die das rassistische Apartheid-Regime vertrat." Mit der "Schandschrift" konfrontiert habe Blocher jedoch nur "trotzig" geantwortet, dass er dies nicht lesen wolle. Davon distanziert habe er sich gemäss SonntagsBlick jedoch nicht:

"Klar, dass Blocher nicht gerne auf seine Südafrika-Vergangenheit zurückblickt. Blocher war Hauptexponent eines ganzen Netzwerks von rechten Schweizer Wirtschafts- und Bankenführern sowie Kirchengegnern, die dem Gräuel-Regime am Kap zudienten. Eine zentrale Rolle spielte Blochers Intimus Ulrich Schlüer. Der Zürcher SVP-Nationalrat und Fan von Ex-Geheimdienstchef Regli war Sekretär der asa und unter anderem Mitglied des «Klubs der Freunde Südafrikas», der gegen die «von Farbigen dominierte Uno» wetterte. Dessen Vizepräsident Arthur Vogt war ein bekennender Holocaust Leugner."

1234 Frank A. Meyer: "Zum 2. August", SBK, 2.8.1998.

1235 Frank A. Meyer: "Wiedergutmachung – für «Tiere»?", SBK, 14.5.2000. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Leitartikel.

1236 Vgl. stellvertretend Christian Mensch: "Die Südafrika-Kampagne rollt", WE, 22.11.2001; sowie Jürg Steiner: "Apartheid: Moralische Verurteilung, glänzende Geschäfte – Wie die Schweiz, im Reduit des Kalten Krieges, auf das weisse Südafrika setzte", BZ, 24.11.2001.

1237 Georges Wüthrich: "Die unheimliche Südafrika-Connection: Die Politik – Die Wirtschaft – Das Militär", BK, 30.10.2001. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

1238 Henry Habegger, und Beat Kraushaar: "Die Schweiz-Südafrika-Connection: Christoph Blocher und der schwarze Mann", SBK, 18.11.2001. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

Als einziges Medium verteidigt in den neunziger Jahren nur gerade die freisinnig-liberale NZZ nachhaltig die schweizerischen Wirtschafts- und Aussenbeziehungen zu Südafrika in der Apartheidära. In ihrer Beilage "Zeitfragen" vom 3. Juli 1999, die ganz dem Verhältnis Schweiz-Südafrika gewidmet ist, sieht sich die NZZ – oder besser gesagt Felix E. Müller, der für alle Beiträge verantwortlich zeichnet –, veranlasst, die "stark unter Beschuss" geratene schweizerische Aussenpolitik zur Apartheidzeit grundsätzlich zu rechtfertigen und ins rechte Licht zu rücken.¹²³⁹

Verwiesen wird diesbezüglich einerseits auf die äusserst aktive Rolle von Schweizer Diplomaten bei ersten Kontaktgesprächen zwischen dem exilierten African National Congress (ANC) und hohen Vertretern des Apartheidregimes in den achtziger Jahren im Rahmen des "Programmes der positiven Massnahmen" der offiziellen Schweiz. Ab 1988 habe sich die offizielle Schweiz zudem aktiv in der "Rosenthal-Initiative" – eine vom südafrikanischen Anwalt Richard Rosenthal initiierte "Vermittlungsmission zwischen der weissen Regierung und der schwarzen Opposition" – engagiert.¹²⁴⁰ Gemäss Müller hätte diese Initiative "in formelle Verhandlungen über die Beendigung der Apartheid auf dem neutralen Boden der Schweiz münden können", wenn Bundesrat René Felber (SP) den uneingeweihten Staatspräsidenten P. W. Botha anlässlich dessen Visite in der Schweiz im Oktober 1988 nicht mit einem "diplomatischen Fehltritt" bzw. einer "ungeduldigen" Frage ("Weshalb geht es mit der Rosenthal-Initiative nicht vorwärts?") in Anwesenheit von Aussenminister Pik Botha dupiert hätte.¹²⁴¹

Andererseits würde auch die Umschuldungsmission des ehemaligen Nationalbankpräsidenten Fritz Leutwiler immer wieder im falschen Licht dargestellt. Heute wisse man nämlich, dass Leutwiler 1988 auch in "geheimer Mission" von westlichen Regierungen in Südafrika weilte, um P. W. Botha davon zu überzeugen, "dass es jetzt an der Zeit sei, die Apartheid aufzugeben."¹²⁴² P. W. Botha habe zwar "mit Entrüstung auf dieses Ansinnen" reagiert; jedoch "[z]wei Wochen danach erlitt der südafrikanische Präsident den Herzanfall, der zur offiziellen Begründung seines Rücktritts wurde." Anlässlich von Leutwilers siebzigsten Geburtstag habe sich dann sogar selbst Mandela mit einem Fax beim Jubilar mit "doppeltem Dank" und folgenden Worten gemeldet:

"Die zentrale Rolle, die Sie [Leutwiler, Anm. PM] bei der Umschuldung der Auslandsschulden Südafrikas spielten, ist gut dokumentiert. Weniger bekannt ist, dass Sie zusammen mit Premierministerin Margaret Thatcher und Kanzler Helmut Kohl Druck auf Präsident Botha ausübten, mich und meine Gefährten aus dem Gefängnis zu entlassen. Dass Sie diese beiden Aufgaben diskret, effizient, ohne Bezahlung und ohne öffentliche Ehrung erfüllten, ist bemerkenswert, und ich möchte Ihnen dafür danken."

Für die NZZ widerspiegeln das "Programm der positiven Massnahmen", die "Rosenthal-Initiative" und die "geheime Mission" Leutwilers einen aktiven Kern der offiziellen Südafrikapolitik zur Apartheidzeit bzw. belegen, dass die Schweiz eben doch mehr unternommen habe, als nur die Apartheid moralisch zu verurteilen.

1239 U. a. *fem.*: "Das Kap der vielen Hoffnungen: Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika bis zum Ende der Apartheid", NZZ, 3.7.1999; *fem.*: "Komplexe Wahrheit", NZZ, 3.7.1999; *fem.*: "Mandela und die guten Dienste", NZZ, 3.7.1999; *fem.*: "Fritz Leutwilers Missionen", NZZ, 3.7.1999; sowie *fem.*: "Die Schweizer «pressure groups»", NZZ, 3.7.1999.

1240 *fem.*: "Mandela und die guten Dienste", NZZ, 3.7.1999. Vgl. auch *ach.*: "Guter Wille aus Kapstadt und Geld von Bern: Rosenthals eigenwillige Initiative für Frieden in Südafrika", NZZ, 10.9.1999; sowie Rosenthal, *Mission improbable. A Piece of the South African Story*, Cape Town 1998.

1241 *fem.*: "Mandela und die guten Dienste", NZZ, 3.7.1999.

1242 *fem.*: "Fritz Leutwilers Missionen", NZZ, 3.7.1999. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

Daneben darf man nicht vergessen – so Müller weiter –, dass die gesamte Südafrikapolitik der Schweiz in den achtziger Jahren nichts anderes als der Versuch gewesen ist, im Kontext des Kalten Krieges die "Interpretation der Neutralität auf diesen Konflikt anzuwenden und dabei die grossen wirtschaftlichen Interessen zu schützen wie auch die moralische Ablehnung der Apartheid zu signalisieren."¹²⁴³ Aus heutiger Sicht hinterlasse dies zwar den Eindruck "eines nicht immer sehr koordinierten Verhaltens"; doch:

"Alles in allem zeigt das Verhalten gegenüber Südafrika für die Schweiz charakteristische Züge: eine wirtschaftsfreundliche Grundhaltung, ein Vertrauen auf den friedlichen Wandel durch den Dialog, die Kooperation und die freiwillige Machtteilung, ein geringes politisches Sensorium der Wirtschaftsführer und eine Bedächtigkeit des Urteils. Einen «Fall Schweiz» gibt es in diesem Zusammenhang aber nicht."

Dass die Forderung nach einer historischen Aufarbeitung vom Endzweck diktiert werde, über einen "Schuldspruch bei den Banken" eine massive Geldbusse einzufordern, sei sehr bedauerlich.¹²⁴⁴ Denn wenn man sich dem Thema mit dem Anliegen nähere, zunächst zu verstehen, weshalb die damaligen politischen und wirtschaftlichen Akteure sich so und nicht anders verhalten hätten, stosse man auf "komplexere Wahrheiten". Das Verhältnis zu Südafrika sei stark durch geopolitische Überzeugungen beeinflusst gewesen, und das "damals noch stark vom militärischen Denken geprägte" Schweizer Bankenmilieu habe sich empfänglich für solche Zusammenhänge gezeigt. Dass aber mit dem Zerfall des Kommunismus Ende der achtziger Jahre dieses Argument an Stellenwert verlor, hätten die Banken nur langsam realisiert: "Politische Souplesse hat noch nie zu ihren herausragenden Stärken gehört." Die Schweizer Grossbanken aber deshalb nun zu bestrafen, wäre trotzdem fragwürdig.

Daneben hebt die NZZ auch in der Phase 1997-2001 die soziale Verantwortung der Schweizer Wirtschaft – insbesondere was deren Mitwirkung an Entwicklungsprojekten in Südafrika anbelangt –, besonders stark hervor, d. h. im gleichen Ausmasse wie schon in den siebziger und achtziger Jahren zuvor (u. a. ab 1975 Finanzierung einer Berufsbildungsschule in Ga-Rankuwa/Bophuthatswana und ab 1989 Projekt zur Förderung der schwarzen Mittelschicht von Jean-Pierre Bonny, Nationalrat der Freisinnigdemokratischen Partei (FDP), zusammen mit der Direktion für Entwicklungs-Zusammenarbeit (DEZA)). So würde nämlich gemäss NZZ die von der DEZA anfangs Februar 2001 präsentierte Stiftung Swiss-South African Cooperation Initiative (SSACI) zur Förderung der Ausbildung von Jugendlichen in Südafrika – an der sich mehrere Schweizer Firmen (u. a. Novartis, Schindler, UBS, Credit Suisse) massiv beteiligen würden –, eine "bisher einmalige Form" der Kooperation zwischen der Wirtschaft und den Behörden darstellen.¹²⁴⁵ Als Startgeld hätten die schweizerischen Unternehmen insgesamt 5 Mio. SFR eingebracht. Die offizielle Schweiz würde zudem die gleiche Summe beisteuern.

Im Gegensatz zur NZZ wird in den anderen Medien diese DEZA-Initiative aber verstärkt vor dem Hintergrund der Apartheidschatten thematisiert. Die SonntagsZeitung fragt beispielsweise polemisch, "ob da wohl das schlechte Gewissen mitspielt";¹²⁴⁶ und die Berner Zeitung stellt eine Verbindung zur Apartheidschuldenerlasskampagne der linksalternativen Lobbygruppen her bzw. zitiert DEZA-Direktor Walter Fust, der betont, "dass es bei der Stiftung nicht um Wiedergutmachung von Schweizer Unternehmen für Geschäfte mit dem Apartheid-Regime gehe."¹²⁴⁷ Am schärfsten kritisiert aber die

¹²⁴³ *fem.*: "Das Kap der vielen Hoffnungen: Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika bis zum Ende der Apartheid", NZZ, 3.7.1999. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

¹²⁴⁴ *fem.*: "Komplexe Wahrheit", NZZ, 3.7.1999. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Leitartikel.

¹²⁴⁵ *cky.*: "Südafrika-Hilfe von Bund und Unternehmen: Neuartiger Fonds für Berufsbildung", NZZ, 3.2.2001.

¹²⁴⁶ "Politohr: Ob da wohl das schlechte Gewissen mitspielt?", SoZ, 28.1.2001.

¹²⁴⁷ (sda): "DEZA und Privatunternehmen: Gemeinsame Förderung der Ausbildung in Südafrika", BZ, 3.2.2001.

Weltwoche (Martina Egli) die DEZA-Initiative. Die Mitautorin der Apartheidschuldenstudie bemängelt insbesondere die "Zurückhaltung" bzw. den "schäbigen Beitrag" der Schweizer Firmen, welche ja noch "während der Apartheid profitabel geschäftet" hätten.¹²⁴⁸ Angesichts von Entschädigungsforderungen diverser NGOs (Non-Governmental Organisations) wolle man aber wohl "kein Präjudiz schaffen". Dabei hätte eine "etwas grosszügigere Freiwilligkeit schweizerischer Unternehmen in Südafrika viel Goodwill schaffen können." Zudem vermerkt Christian Mensch – ebenfalls in der Weltwoche –, dass es wieder einmal scheint, als müsse die offizielle Schweiz "für die Schweizer Wirtschaft die Kohlen aus dem Feuer holen."¹²⁴⁹

Memo Verhältnis Schweiz-Südafrika Medienarena 1997-2001:

In den neunziger Jahren zeichnen sich die Medien selbst (u. a. Tages-Anzeiger, SonntagsZeitung, SonntagsBlick) durch eine verstärkte eigene Skandalisierung und durch eigene Enthüllungen zum Verhältnis Schweiz-Südafrika zur Apartheidzeit aus (vor allem zum Thema der Geheimdienstverflechtungen); dies im Gegensatz zu den siebziger und achtziger Jahren, wo diese Rolle noch fast ausschliesslich von den linksalternativen Lobbygruppen wahrgenommen wurde. Wie in den Jahrzehnten zuvor werden von den Medien aber auch in den neunziger Jahren die alten klassischen Positionen der linksalternativen Lobbygruppen (u. a. apartheidstützende Rolle von Banken und "ausbeuterisches" Südafrikaengagement von Firmen) und die neuen Forderungen nach einer monetären Wiedergutmachung (Stichworte: Apartheidschuldenerlass, Reparationszahlungen und Opferentschädigungen) und einer umfassenden Aufarbeitung des Verhältnis Schweiz-Südafrika à la Bergier gespiegelt und übernommen; und zwar nun nicht nur vom Tages-Anzeiger, sondern verstärkt auch von SonntagsZeitung, SonntagsBlick und Weltwoche. Über die journalistische Tätigkeit von ehemaligen Exponenten und Sympathisanten der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) hat sich zudem die These der "Rassismusachse Südafrika-Schweiz" im Forumsbereich der Medienarena fest verankert. Weiterhin erweist sich nur gerade die freisinnig-liberale NZZ als vehementeste Verteidigerin der Südafrikapolitik der offiziellen Schweiz und des Südafrikaengagements der Schweizer Wirtschaft, wobei sie sich zudem als einziges Medium gegen eine Aufarbeitung unter Öffnung aller (staatlicher und privater) Archive ausspricht. Nachhaltig Resonanz finden in der NZZ einerseits die bekannten antikritischen Leitargumente aus den achtziger Jahren (u. a. negativer Sanktionseffekt der Erhöhung der Arbeitslosigkeit und strategische Bedeutung Südafrikas im Kalten Krieg); andererseits wird neu und verstärkt auf die positiven Aspekte der Südafrikapolitik der offiziellen Schweiz verwiesen bzw. deren "Programm der positiven Massnahmen" und die schweizerische "Geheimdiplomatie" gewürdigt (u. a. "Rosenthal-Initiative", "geheime Mission" von Fritz Leutwiler).

1248 Martina Egli: "Schweizer Firmen haben mit dem Apartheidstaat Milliardenbeträge verdient – mit freiwilliger Hilfe zum Wiederaufbau halten sie sich zurück: Ein Eingeständnis wäre teuer", WE, 8.2.2001. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

1249 Christian Mensch: "Die Südafrika-Kampagne rollt", WE, 22.11.2001.

V.3.3 Resonanzanalyse Parlament 1997-2001

"Zwischen dem Naziregime und dem Apartheidregime (...) gab es (...) Parallelen: Menschen wurden in Rassen eingeteilt, danach bewertet und unterdrückt. Leider gibt es auch eine Parallele im Verhältnis zur Schweiz: Mit beiden Ländern pflegte die schweizerische Wirtschaft (...) intensive Beziehungen (...). Es gibt aber auch einen wesentlichen Unterschied: Während die Schweiz im Zweiten Weltkrieg von den Nazis unmittelbar bedroht war, wurden die wirtschaftlichen Beziehungen zu Südafrika aus geschäftlichen – auf Grund der Fakten muss vermutet werden: auch aus politischen – Motiven unterhalten."¹²⁵⁰

"Damals haben Schweizer Betriebe z. B. Lehrwerkstätten geschaffen. Diese waren nie rassengesegregiert (...). Weshalb werden jene kritisiert, die diese Möglichkeiten geschaffen haben, weshalb übernimmt andererseits niemand die Verantwortung für jene, die heute ohne Ausbildung im Elend stehen? (...) Diese Frage müsste von jenen, die noch immer die Boykottpolitik befürworten – die damals vor allem die Schwarzen geschädigt hat, dies muss man hier ganz klar sagen –, endlich einmal beantwortet werden."¹²⁵¹

Im Gefolge der Holocaustaffäre sind es vor allem linksalternative Forderungen die eine umfassende Aufklärung aller Beziehungen der offiziellen Schweiz und der Privatwirtschaft zum Apartheidregime seit 1948 einfordern, welche eine hohe Aufmerksamkeit in der parlamentarischen Arena erzeugen.¹²⁵² Im Gegensatz zu den Binnenorganen der linksalternativen Lobbygruppen und zum zeitweiligen Medientenor in der Medienöffentlichkeit, findet die aus der apartheidstützenden Rolle der Schweizer Wirtschaft abgeleitete moralische Verpflichtung zur monetären Wiedergutmachung gegenüber Südafrika mittels eines Apartheidschuldenerlasses, Reparationszahlungen und Entschädigungen von Apartheidopfern nur marginal Resonanz im Parlament. Im Zuge erhöhter Medienenthüllungen über die schweizerisch-südafrikanischen Geheimdienstverflechtungen zur Apartheidzeit, die mit der Verhaftung des Westschweizer Journalisten Jean-Philippe Ceppis in Südafrika dynamisiert werden und an verstärkter öffentlicher – d. h. insbesondere medialer Aufmerksamkeit gewinnen –, wird verstärkt auch im Parlament eine totale Abklärung aller Geheimdienstkontakte von linker Seite eingefordert.¹²⁵³ Insgesamt stammen alle parlamentarischen Vorstösse zum Verhältnis Schweiz-Südafrika in

1250 Einfache Anfrage grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, *Schweiz soll Beziehungen zu Südafrika aufklären*, 20.3.1997 [97.1031].

1251 SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer, Nationalratsdebatte, 5.6.2000 [99.3015].

1252 Einfache Anfrage grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, *Schweiz soll Beziehungen zu Südafrika aufklären*, 20.3.1997 [97.1031]; Parlamentarische Initiative grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, *Aufarbeitung der Beziehungen zu Südafrika während den Jahren 1948-1994*, 20.3.1998 [98.412]; Interpellation Grüne Fraktion, *Schweizerische Nationalbank. Lernen aus der Geschichte*, 25.6.1998 [98.3316]; Interpellation Sozialdemokratische Fraktion, *Schweiz-Südafrika*, 1.3.1999 [99.3015]; Einfache Anfrage grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, *Untersuchung zu den Beziehungen der Schweiz zu Südafrika. Staatspolitische Fragen*, 21.4.1999 [99.1054]; Interpellation grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, *Apartheidregime in Südafrika. Positionen der Schweiz*, 15.6.1999 [99.3260]; Einfache Anfrage grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, *Präsidium der NFP-Studienkommission zur Aufarbeitung der Beziehungen Schweiz/Südafrika*, 6.10.2000 [00.1113]; Parlamentarische Initiative grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, *Schweiz/Südafrika: Aufarbeitung der Beziehungen während den Jahren 1948-1994*, 29.11.2001 [01.460]; sowie Einfache Anfrage grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, *Auskunftspflicht für Beamte für das NFP42plus, Teil Schweiz-Südafrika*, 13.12.2001 [01.1143]. Vgl. auch Anhang VII.4.

1253 Einfache Anfrage SP-Nationalrat Jean Ziegler, *Service secrets suisse et trafic d'armes*, 10.10.1997 [97.1154]; Interpellation SP-Ständerat Pierre-Alain Gentil, *Renseignements militaires auprès de l'Afrique du Sud*, 17.3.1999 [99.3097]; Interpellation SP-Nationalrat Jean Ziegler, *Génocide en Afrique du Sud*, 19.3.1999 [99.3130]; Interpellation grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, *Beziehungen Schweiz-Südafrika. Zugang zu den Quellen des Nachrichtendienstes*, 31.8.1999 [99.3417]; Interpellation SP-Nationalrat Pierre Chiffelle, *Suisse/Afrique du Sud. A quand de vrais renseignements?*, 4.10.2001 [01.3562]; sowie Parlamentarische Initiative SP-Nationalrat Jean-Nils De Dardel, *Services*

der Untersuchungsperiode 1997-2001 aus dem politischen Milieu der Apartheidkritiker (total 100.0%).¹²⁵⁴

Apartheidkritische Positionen im Parlament in den neunziger Jahren:

Der apartheidkritische Diskurs im Parlament der neunziger Jahre ist stark geprägt durch eine sehr hohe Resonanz der Positionen der Grünen Partei (57.3% aller Fälle); dicht gefolgt von der Sozialdemokratischen Partei (SP) (29.3%). Daneben erzielen die Medien SonntagsZeitung, Tages-Anzeiger und Weltwoche (zusammen 3.3%) sowie die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates und Wouter Basson, Leiter des südafrikanischen B- und C-Waffenprogrammes der Apartheidära, nur eine geringe parlamentarische Aufmerksamkeit (jeweils 2.3%). Noch weniger Resonanz erfahren der Fürsprecher der Jubilee 2000, Bischof Njongonkulu Ndungane, die südafrikanische Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC), der Le Temps-Journalist Jean-Philippe Ceppi, die schweizerischen Landeskirchen und der Schweizerische Nationalfonds (alle fünf jeweils 1.1%).¹²⁵⁵ Als dominanteste Wortführerin der apartheidkritischen Fraktion im Parlament in der Phase 1997-2001 erweist sich die St. Galler Nationalrätin der Grünen Partei, Pia Hollenstein, welche mit insgesamt vierzehn parlamentarischen Vorstössen zum Verhältnis Schweiz-Südafrika von sich reden macht; gefolgt von den beiden Genfer SP-Nationalräten Jean-Nils De Dardel (drei Vorstösse) und Jean Ziegler (zwei, bis zu seinem Ausscheiden aus dem Nationalrat 1999).

Als apartheidkritische Positionen mit der höchsten parlamentarischen Aufmerksamkeit erweisen sich einerseits die grüne Forderung nach einer umfassenden Aufarbeitung aller Beziehungen der Schweiz zum Apartheidregime seit 1948 im Rahmen einer unabhängigen Untersuchungskommission, vergleichbar mit der Bergier-Kommission; andererseits der Appell an das Lernen aus der Geschichte mit Referenz auf die ab Mitte der neunziger Jahre die schweizerische Innen- wie auch Aussenpolitik dominierende Affäre über die "nachrichtenlosen Vermögen" bei Schweizer Grossbanken aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges (vgl. Positionen 1 und 2; Abbildung 34, Seite 305). Die Einschätzung, dass ein "Land, das seine Vergangenheit nicht kennt, (...) Gefahr (läuft), erneut Irrtümer gleicher Art zu begehen", wird dabei am stärksten von der Grünen Partei und der SP geteilt.¹²⁵⁶

Als weitere Position der Apartheidkritiker, welche die Medienöffentlichkeit dominiert und eine sehr hohe parlamentarische Resonanz erzielt, erweist sich die allgemeine Kritik an den Geheimdienstverflechtungen zur Apartheidzeit und an einer möglichen Involvierung des Schweizer Nachrichtendienstes im südafrikanischen "Projekt Coast"; das von Wouter Basson in der Apartheidära geleitete B- und C-Waffenprogramm Südafrikas (vgl. Position 4; Abbildung 34). Denn mehrere Zeugenaussagen würden "den schweizerischen Nachrichtendienst in einen Zusammenhang mit dem Handel mit biologischen und chemischen Waffen, den der südafrikanische Geheimdienst betrieb", bringen.¹²⁵⁷

de renseignement et apartheid. Création de commissions d'enquête parlementaires, 4.10.2001 [01.448]. Vgl. auch Anhang VII.4.

1254 n = 30. Apartheidkritiker (Grüne Partei, Sozialdemokratische Partei (SP)) = 30; sowie Antikritiker = 0 (0.0%).

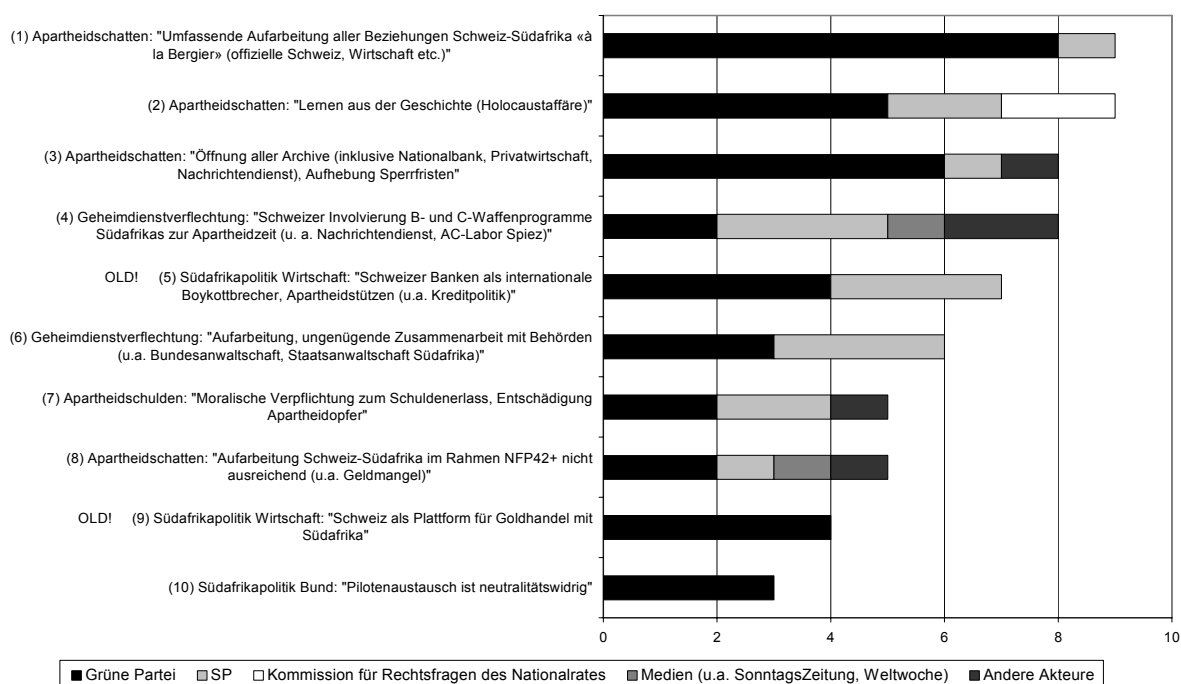
1255 n = 89. Grüne Partei = 51 Positionen (57.3%); SP = 30 (29.3%); Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates = 2 (2.3%); Wouter Basson = 2; SoZ = 1 (1.1%); TA = 1; WE = 1; Njongonkulu Ndungane = 1; TRC = 1; Jean-Philippe Ceppi = 1; Landeskirchen = 1; sowie Schweizerischer Nationalfonds = 1.

1256 SP-Nationalrat Remo Gysin, Nationalratsdebatte, 3.3.1999 [98.412].

1257 Parlamentarische Initiative SP-Nationalrat Jean-Nils De Dardel, *Services de renseignement et apartheid. Création de commissions d'enquête parlementaires*, 4.10.2001 [01.448].

Die schweizerisch-südafrikanischen Geheimdienstbeziehungen werden im Parlament vornehmlich von der SP skandalisiert (vgl. dazu Position 6; Abbildung 34). Der Thematik der historischen Aufarbeitung des Verhältnis Schweiz-Südafrika widmet sich hingegen stärker die Grüne Partei, welche am vehementesten die Öffnung von Archiven von Banken und Unternehmen für die Wissenschaft einfordert (vgl. Position 3; Abbildung 34).

Abbildung 34: Apartheidkritische Positionen differenziert nach Akteuren im Parlament 1997-2001¹²⁵⁸



Dass über Jahre hinweg mit der wirtschaftlichen Unterstützung durch den Finanzplatz Schweiz ein "konkursgefährdetes rassistische Regime aufrechterhalten" werden konnte, ist eine alte Einschätzung,

¹²⁵⁸

Dargestellt werden die zehn am häufigsten geäußerten apartheidkritischen Positionen differenziert nach Akteuren im Parlament 1997-2001 in absoluten Werten [n = 89]. Alte Positionen sind in der Abbildung mit OLD! gekennzeichnet. Weitere apartheidkritische Positionen mit erhöhter parlamentarischer Resonanz: *Sanktionen, UNO: "Missbrauch Schweiz als Drehscheibe, für Dreiecksgeschäfte (u. a. Marc Rich, Oerlikon-Bührle)"* [3 Nennungen]; *Geheimdienstverflechtung: "Tatbestand Südafrika-Reise Regli 1993"* [3]; sowie *Geheimdienstverflechtung: "Aufarbeitung, Rückenbedeckung Regli (u. a. Berichtsverfassung, Aktenvernichtung)"* [3]. Apartheidkritische Positionen mit geringer parlamentarischer Resonanz [weniger als 3 Nennungen]: *Sanktionen, allgemein: "Selbst Schwarze Südafrikas fordern Boykott (u. a. Bischof Tutu)"*; *Sanktionen, negative Effekte: "Apartheid selbst destabilisiert Frontstaaten Südafrikas"*; *Sanktionen, UNO: "Aufhebung Swissair-Flüge, kein Überflug- und Landerecht SAA"*; *Südafrikapolitik Bund: "Unglaublich, da nur verbale Proteste"*; *Südafrikapolitik Bund: "Kapitalexportplafond achtziger Jahre massiv überschritten, Vertuschung Realität"*; *Südafrikapolitik Bund: "Beamtenaufenthalte neutralitätswidrig, Umgehungs-Diplomatie"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweiz als Plattform für Diamantenhandel mit Südafrika"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Rückzug Investitionen nach demokratischer Revolution 1994, verwerfliche Haltung Schweizer Wirtschaft"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Finanzierung Atomprogramm Südafrikas, ESCOM-Anleihe Schweizer Banken siebziger Jahre, Uran-Lieferungen achtziger Jahre"*; *Apartheid, Reformen Botha: "Beschönigung, Rechts-Propaganda Lobbygruppen (u. a. asa, SSAA, CFS)"*; *Aparheidschatten: "Bund soll südafrikanische Wahrheitskommission (TRC) unterstützen"*; *Aparheidschatten: "Aufarbeitung Bund (Interdepartementale Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika) 1999 ungenügend"*; *Geheimdienstverflechtung: "Tatbestand Mandrax-Deal 1992"*; *Geheimdienstverflechtung: "Aufarbeitung GPDel 1999 ungenügend"*; sowie *Geheimdienstverflechtung: "Aufarbeitung, Versagen Bundesrat, Einsetzung PUK"*.

die in den neunziger Jahren von der Grünen Partei und der SP gleichermassen stark geteilt wird (vgl. Position 5; Abbildung 34).¹²⁵⁹

Die Grüne Partei betont daneben als einzige den Verkauf südafrikanischen Goldes durch Schweizer Grossbanken, der besonders "wichtig für das wirtschaftliche und damit politische Überleben des Apartheidstaates war, und im Rahmen der wissenschaftlichen Untersuchung mitaufgearbeitet werden müsse (vgl. Position 9; Abbildung 34).¹²⁶⁰

Vor diesem Hintergrund unterstützen die Grüne Partei wie auch die Sozialdemokraten die Forderungen der kampagnenführenden NGOs (Non-Governmental Organisations) für einen Apartheidschulden-erlass, Reparationszahlungen und Entschädigungen von Apartheidopfern (vgl. Position 7; Abbildung 34). SP-Nationalrat Jean-Nils De Dardel erinnert anlässlich des Schweiz-Besuchs des südafrikanischen Bischofs und Fürsprechers der Jubilee 2000, Njongonkulu Ndungane, im Mai 2000 den Bundesrat an die moralische Verantwortung der Schweiz gegenüber Südafrika ("la responsabilité de la Suisse à l'égard des victimes de l'apartheid").¹²⁶¹

Antikritische Positionen im Parlament in den neunziger Jahren:

Noch stärker als in den siebziger und achtziger Jahren wird der antikritische Diskurs über das Verhältnis Schweiz-Südafrika im Parlament der neunziger Jahre geprägt durch die Positionen des Bundesrates (74.1% aller Fälle). Von den ehemals wortstarken bürgerlichen und rechtsnationalen Parteien der achtziger Jahre meldet sich nur noch gerade die in der Südafrikafrage alleinig durch Nationalrat Ulrich Schlüer personifizierte Schweizerische Volkspartei (SVP) (15.3%) – und in noch geringerem Ausmasse die Liberale Partei der Schweiz (LPS) (3.5%) – zu Wort. Nur marginale Resonanz erfahren auch die Rechtfertigungen der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates (3.5%).¹²⁶²

Als antikritische Position mit der höchsten parlamentarischen Resonanz erweist sich in den neunziger Jahren diejenige, wonach die vom Bundesrat vorgeschlagene wissenschaftliche Aufarbeitung des Verhältnis Schweiz-Südafrika im Rahmen des Schweizerischen Nationalfonds vollumfänglich genüge (vgl. Position 1; Abbildung 35, Seite 307). Diese Einschätzung wird im Parlament vor allem seitens des Bundesrates selbst und der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates portiert.

Eine hohe Aufmerksamkeit im Parlament erzielt auch die Einschätzung, dass die von der Grünen Partei geforderte umfassende Aufarbeitung aller schweizerischen Beziehungen zum Apartheidregime à la Bergier gar nicht notwendig sei (vgl. Position 3; Abbildung 35). Diese Position wird verstärkt von der SVP (Schlüer) in die Diskussion eingebracht, welche sich zudem gegen jegliche "vom Staat geförderte" Aufarbeitung – sei es à la Bergier oder à la Nationalfonds – verwehrt, und eine Untersuchung im Rahmen der "privaten wissenschaftlichen Tätigkeiten" an Hochschulen und Seminarien für mehr als genügend empfindet.¹²⁶³

1259 Interpellation Sozialdemokratische Fraktion, *Schweiz-Südafrika*, 1.3.1999 [99.3015].

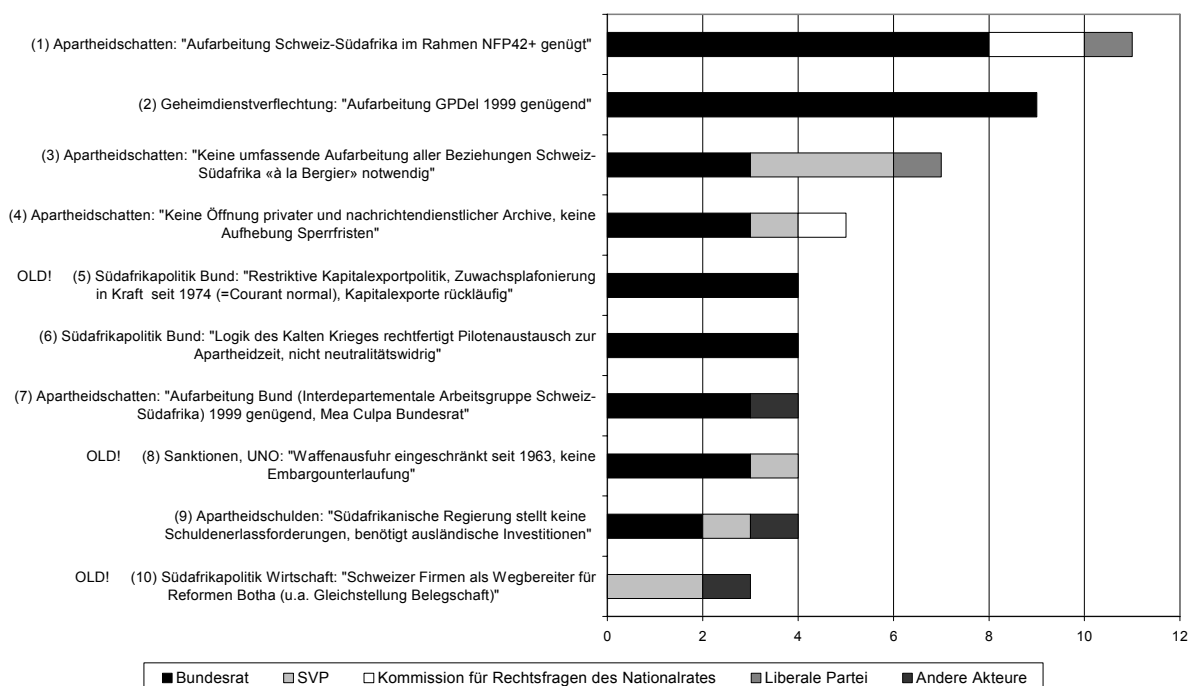
1260 Parlamentarische Initiative grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, *Aufarbeitung der Beziehungen zu Südafrika während den Jahren 1948-1994*, 20.3.1998 [98.412].

1261 SP-Nationalrat Jean-Nils De Dardel, Nationalratsdebatte, 5.6.2000 [99.3015].

1262 n = 85. Bundesrat = 63 Positionen (74.1%); SVP = 13 (15.3%); Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates = 3 (3.5%); LPS = 3 (3.5%); Grüne Partei = 1 (1.2%); NZZ = 1; sowie Regierung Südafrika = 1.

1263 SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer, Nationalratsdebatte, 3.3.1999 [98.412].

Abbildung 35: Antikritische Positionen differenziert nach Akteuren im Parlament 1997-2001 ¹²⁶⁴



Der Bundesrat verweist im Rahmen der Aufarbeitungsdiskussion in den neunziger Jahren auch wiederholt auf die laufenden bzw. im Oktober 1999 abgeschlossenen Untersuchungen der Interdepartementalen Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika zu den allgemeinen Beziehungen der Schweiz zum Apartheidregime und diejenige der Delegation der Geschäftsprüfungskommission der Eidgenössischen Räte (GPDel) zu den Geheimdienstverflechtungen (im Dezember 1999 abgeschlossen), welche beide

1264

Dargestellt werden die zehn am häufigsten geäußerten antikritischen Positionen differenziert nach Akteuren im Parlament 1997-2001 in absoluten Werten [n = 85]. Alte Positionen sind in der Abbildung mit *OLD!* gekennzeichnet. Weitere antikritische Positionen mit erhöhter parlamentarischer Resonanz: *Südafrikapolitik Bund: "Positive Massnahmen, Schweiz finanziert schwarze Entwicklungs- und Bildungsprojekte"* [3 Nennungen]; sowie *Geheimdienstverflechtung: "Aufarbeitung, Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Behörden wird soweit wie möglich gemacht"* [3]. Antikritische Positionen mit geringer parlamentarischer Resonanz [weniger als 3 Nennungen]: *Sanktionen, negative Effekte: "Erhöhung Arbeitslosigkeit Schwarze"*; *Sanktionen, negative Effekte: "Wirtschaftskrise Frontstaaten Südafrikas"*; *Sanktionen, UNO: "Handel Krügerrand-Goldmünzen sowieso weltweit rückläufig"*; *Sanktionen, UNO: "Sanktionen nicht bindend, Schweiz nicht UNO-Mitglied"*; *Sanktionen, UNO: "Hypokrisie US- und EG-Firmen, unechter Südafrika-boycott"*; *Sanktionen, UNO: "Statistische Überwachung Handelsbeziehungen zur Unterbindung Umgehungsgeschäfte Schweiz"*; *Sanktionen, Neutralität: "Aussenpolitische Tradition Neutralität verbietet grundsätzlich konzertierte Aktionen"*; *Südafrikapolitik Bund: "Universalität der Wirtschaftspolitik"*; *Südafrikapolitik Bund: "Angemessen (keine Zwangsmassnahmen, moralische Verurteilung, Vermittlerrolle anbieten)"*; *Südafrikapolitik Bund: "Beamtenaufenthalte privater Natur, unproblematisch"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweiz keine spezifische Plattform für Goldhandel mit Südafrika"*; *Südafrikapolitik Wirtschaft: "Schweizer Banken handeln im Gesetzesrahmen"*; *Kalter Krieg: "Strategische Bedeutung Südafrikas (u. a. Rohstoffe, westlicher Vorposten gegen Kommunismus)"*; *Apartheid, Reformen Botha: "Verzerrung, Links-Propaganda Lobbygruppen (u. a. AAB, kirchliche Organisationen, Hilfswerke)"*; *Apartheidschatten: "Bund unterstützt südafrikanische Wahrheitskommission (TRC)"*; *Apartheidschatten: "Holocaustaffäre und Fall Apartheid nicht vergleichbar"*; *Geheimdienstverflechtung: "Keine Schweizer Involvierung B- und C-Waffenprogramm Südafrikas zur Apartheidzeit (u. a. Nachrichtendienst, AC-Labor Spiez)"*; *Geheimdienstverflechtung: "Aufarbeitung, Fehlverhalten Regli wird untersucht"*; sowie *Geheimdienstverflechtung: "Aufarbeitung, kein Versagen Bundesrat, interne Untersuchung"*.

einen grossen Beitrag zur Klärung dieser Thematik liefern werden bzw. geliefert hätten (vgl. Positionen 2 und 7; Abbildung 35).

In der allgemeinen Rechtfertigungsdiskussion der Südafrikapolitik der Schweiz zur Apartheidzeit finden in den neunziger Jahren insbesondere die beiden klassischen Leitargumente der siebziger und achtziger Jahre zur eingeschränkten Kapitalexportholitik seit 1974 (Stichwort: Courant normal) und zum "autonomen Waffenexportverbot zu einem frühen Zeitpunkt (1963)" erhöhte Resonanz im Parlament (vgl. Positionen 5 und 8; Abbildung 35).¹²⁶⁵ Als wortführend erweist sich hier immer wieder der Bundesrat, der betont, dass der Kapitalexporth nach Südafrika schon sehr früh auf 250 Mio. SFR pro Jahr plafoniert wurde; und zwar "nämlich 1974, als noch kein anderes Land Kapitalexportsanktionen eingeführt hatte."¹²⁶⁶

Von den traditionell bürgerlichen und rechtsnationalen Argumenten, welche sich in den achtziger Jahren verstärkt einer Kalter Kriegs-Semantik bedienen, hat sich in den neunziger Jahren nur noch gerade dasjenige zur Rechtfertigung des Pilotenaustausches zur Apartheidzeit nachhaltig gefestigt (vgl. Position 6; Abbildung 35). Der Pilotenaustausch zwischen der Schweiz und Südafrika in den achtziger Jahren wird vom Bundesrat ex post durchwegs über die zwingende Logik des damals dominanten Ost-West-Antagonismus legitimiert. Die klassischen Kalter Kriegs-Deutungsmuster der strategischen Bedeutung und Singularisierung Südafrikas finden demgegenüber in den neunziger Jahren praktisch keine parlamentarische Resonanz mehr (vgl. Fussnote zu Abbildung 35).

Und das in den achtziger Jahren noch stark von der Freisinnigdemokratischen Partei (FDP), Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) und der LPS mitunterstützte Argument, dass Schweizer Firmen in Südafrika mit ihrer progressiven Gleichstellungspolitik am Arbeitsplatz massgeblich zur Abschaffung der Apartheid beitragen würden, wird in den neunziger Jahren im Parlament praktisch nur noch von der SVP (Schluer) aufrechterhalten (vgl. Position 10; Abbildung 35).

Betrachtet man das unterschiedliche "Framing" des Verhältnis Schweiz-Südafrika im Parlament in der Phase 1997-2001, so lässt sich im Vergleich zu den siebziger und achtziger Jahren eine noch stärkere Dominanz von analytischen "diagnostic Framing" mit Aktualitätsbezug feststellen (60.9%).¹²⁶⁷ Demgegenüber haben "prognostic Framing" (12.7%) und "identity Framing" (15.5%) von apartheidkritischen und antikritischen Positionen in den parlamentarischen Debatten in den neunziger Jahre verstärkt abgenommen. Die linksalternativen Boykottstrategien und zukunftsgerichteten Forderungen und Strategien (u. a. moralische Verpflichtung für Apartheidschuldenerlass und Entschädigungen von Apartheidopfern) werden in der parlamentarischen Öffentlichkeit insgesamt nur marginal reflektiert. Zudem sind antikritische Identifizierungen und Typisierungen des Verhältnis Schweiz-Südafrika im Kontext der schweizerischen Neutralitätspolitik und des Kalten Krieges stark zurückgegangen.

Widerstreit im Parlament in den neunziger Jahren:

Auffällig am Widerstreit der apartheidkritischen und antikritischen Positionen im Parlament der neunziger Jahre ist, dass auf diverse Leitargumente der Apartheidkritiker seitens der Antikritiker überhaupt nicht mehr reagiert wird: U. a. stossen die Position des Lernens aus der jüngsten Geschichte (Holocaustaffäre) und die Kritik an den schweizerisch-südafrikanischen Geheimdienstverflechtungen zur Apartheidzeit, wie auch diejenige an der apartheidstützenden Rolle der Schweizer Grossbanken, auf

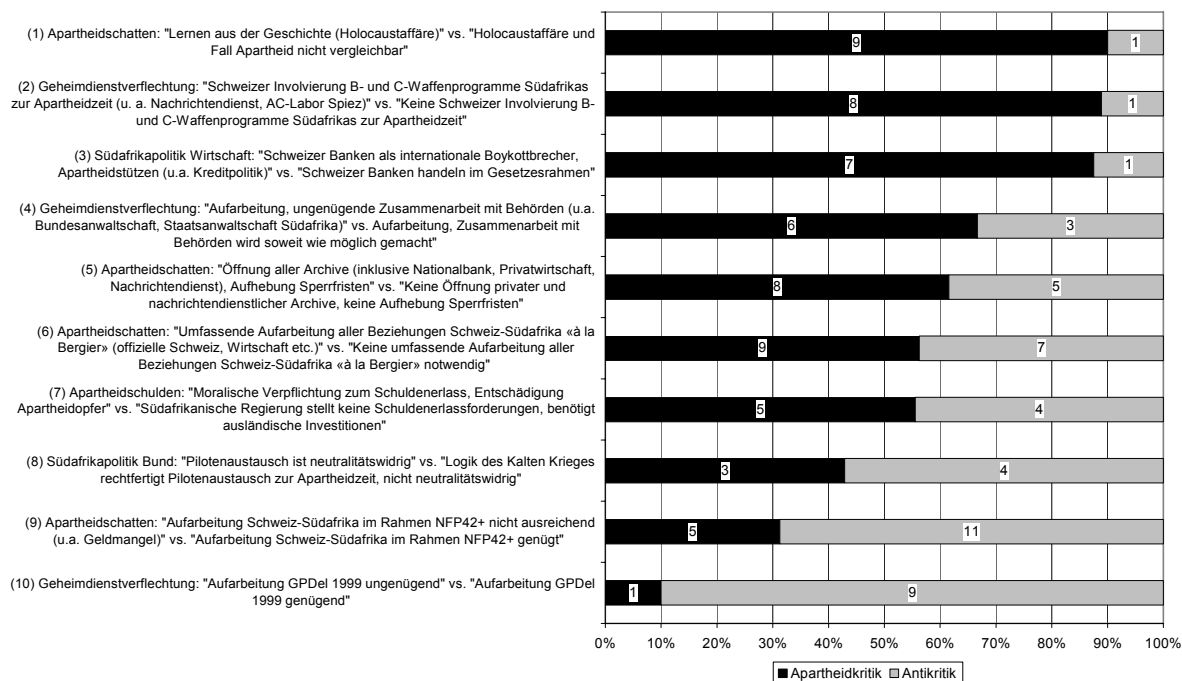
¹²⁶⁵ Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 19.5.1999 [99.3015].

¹²⁶⁶ Antwort Bundesrat, 29.9.1997 [97.1031].

¹²⁶⁷ n = 174. "Diagnostic Framing" = 125 (71.8%); "prognostic Framing" = 22 (12.7%); sowie "identity Framing" = 27 (15.5%).

praktisch keinen direkten Widerspruch mehr seitens der Antikritiker im Parlament (vgl. Positionen 1, 2 und 3; Abbildung 36, Seite 309).

Abbildung 36: Widerstreit im Parlament 1997-2001¹²⁶⁸



Das Paradeargument der Bankenbeziehungen, welche sich im gesetzlichen Rahmen der Schweiz abgespielt hätten, und das in den achtziger Jahren vor allem von wirtschaftsfreundlichen Exponenten der FDP gegenüber der Kritik der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) an den Grossbanken als Apartheidstützen aufgebracht wurde, findet im parlamentarischen Diskurs praktisch keine Resonanz mehr. Mit dem Verstummen der FDP in der Südafrikadebatte der neunziger Jahre verliert die Schweizer Wirtschaft ihren prominentesten Fürsprecher im Parlament.

Als wenig erwiderte antikritische Argumente seitens der Apartheidkritiker im Parlament erweisen sich im Gegenzug diejenigen zur genügenden Aufarbeitung der Geheimdienstverflechtungen durch die Delegation der Geschäftsprüfungskommission der Eidgenössischen Räte (GPDel) 1999 und zur zukünftigen Aufarbeitung der schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen im Rahmen des Schweizerischen Nationalfonds (vgl. Positionen 9 und 10; Abbildung 36). Die in den Binnenorganen der linksalternativen Lobbygruppen und der Medienarena forcierte Skandalisierung der als halbherzig empfundenen Tätigkeit der GPDel und die Kritik an einer gefährdeten Aufarbeitung der Beziehungen Schweiz-Südafrika à la Nationalfonds aufgrund von Geldmangel und Fachkompetenz findet im Parlament ungleich weniger hohe Aufmerksamkeit.

Im Vergleich zu den siebziger und achtziger Jahren spielen im parlamentarischen Widerstreit zudem neutralitätspolitische Argumentationen und klassische Kalte Kriegs-Deutungsmuster praktisch keine grosse Rolle mehr. Einzig im Rahmen der von den Apartheidkritikern als "Verletzung des Neutralitätsrechts" und Missachtung des "Primat der Politik über das Militär" eingestuften Pilotenaustausches zwischen der Schweiz und Südafrika zur Apartheidzeit, lassen sich auf antikritischer Seite noch Artefakte aus dem durch den Ost-West-Antagonismus geprägten bürgerlichen Südafrikadiskurs der achtziger

¹²⁶⁸

Dargestellt werden die zehn am höchsten Resonanz erfahrenden Widerstreitpaare von apartheidkritischen und antikritischen Positionen im Parlament 1997-2001 in absoluten Werten und Prozenten [n = 174].

Jahre feststellen (vgl. Position 8; Abbildung 36).¹²⁶⁹ Denn vor dem Hintergrund einer "bipolaren Welt mit ständiger Gefahr eines Grosskrieges in Europa" sei der mit dem Pilotenaustausch verbundene Austausch von Informationen gestützt auf die Informationsbedürfnisse und die Verteidigungspflicht der Schweiz "neutralitätsrechtlich legitimiert" gewesen; so der Bundesrat in einer schriftlichen Stellungnahme zur Interpellation *Pilotenaustausch mit Südafrika. Beurteilung* der grünen Nationalrätin Hollenstein.¹²⁷⁰ Und gemäss Bundesrat Adolf Ogi (SVP) war es notwendig, das "militärische Know-how unserer Piloten zu festigen und damit die Überlebensfähigkeit in einem Kriegsfall zu erhöhen."¹²⁷¹

Historische Aufarbeitung Apartheidschatten im Parlament in den neunziger Jahren:

Am 20. März 1997 fragt die grüne Nationalrätin Pia Hollenstein mittels einer Einfachen Anfrage beim Bundesrat erstmals an, ob denn nachdem "unter grossem internationalen Druck" die Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg untersucht werde, sich jetzt nicht die Frage stelle, "ob der Bundesrat im Fall Südafrika (...) aktiv werden will, bevor er von der Weltöffentlichkeit dazu aufgefordert wird."¹²⁷² Der Bundesrat solle sich doch besser selbst bereit erklären, die Geschichte der schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit "von einer neutralen und kompetenten Seite untersuchen" zu lassen.

In der bundesrätlichen Antwort auf diesen parlamentarischen Vorstoss werden zunächst die klassischen Argumentationen der offiziellen Schweiz – bekannt auch von Stellungnahmen des Bundesrates aus den siebziger und achtziger Jahren –, gegen eine umfassende Kritik an der Südafrikapolitik des Bundes rezipiert: U. a. habe die Schweiz schon 1963 ein "unilaterales Waffenausfuhrverbot von Kriegsmaterial" nach Südafrika erlassen und 1974 den Kapitalexport plafoniert; zudem habe ab 1986 eine interdepartementale Arbeitsgruppe die wirtschaftlichen Verflechtungen der Schweiz mit Südafrika "statistisch überwacht", um Sanktionsumgehungen zu verhindern.¹²⁷³ Im gleichen Jahr sei auch das "Programm der positiven Massnahmen" zur Überwindung der Apartheid und Durchsetzung der Demokratie mittels der Finanzierung konkreter Projekte für die benachteiligten südafrikanischen Bevölkerungsgruppen initiiert worden. Des weiteren habe die Schweiz grundsätzlich an ihrer "traditionell ablehnenden Haltung gegenüber Sanktionen" für die Erreichung politischer Ziele festgehalten – da sie "indirekt auch die anderen Länder der Region treffen würden" –, und den traditionellen Grundsatz der "Universalität der Wirtschaftsbeziehungen als Pfeiler der schweizerischen Aussenpolitik" befolgt; und letztendlich lasse sich die "kompromisslose Haltung des Bundesrates in der Verurteilung der südafrikanischen Apartheidpolitik" seit den sechziger Jahren klar und deutlich dokumentieren (u. a. Erklärung des Schweizer Botschafters August R. Lindt an der UNO-Konferenz über Menschenrechte in Teheran von 1968).

Nebst diesen altbekannten Rechtfertigungen seitens der offiziellen Schweiz lässt sich aber an gleicher Stelle auch erstmals eine gewisse Selbstkritik des Bundesrates an seiner Südafrikapolitik der vergangenen Jahre feststellen. Und zwar wenn der Bundesrat über den breitgefächerten Südafrikaboykott der UNO in den achtziger Jahren referiert, welcher doch den "Anfang des Endes der Apartheid in Südafrika" beschleunigt habe:

1269 Interpellation grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, *Pilotenaustausch mit Südafrika. Beurteilung*, 21.4.1999 [99.3176].

1270 Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 19.5.1999 [99.3176].

1271 Bundesrat Adolf Ogi, Nationalratsdebatte, 8.6.2000 [99.3176].

1272 Einfache Anfrage grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, *Schweiz soll Beziehungen zu Südafrika aufklären*, 20.3.1997 [97.1031]. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Vorstoss. Zum Eingabetext dieser Einfachen Anfrage vgl. Anhang VII.4.

1273 Antwort Bundesrat, 29.9.1997 [97.1031]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus dieser Antwort.

"Nach heutiger politischer Überzeugung hätte die Schweiz wohl ihrerseits autonome wirtschaftliche Massnahmen im Einklang mit der Wirtschaftssanktionspolitik der Uno ergriffen, weil in den jüngsten Jahren eine «Neuausrichtung der schweizerischen Aussenpolitik hinsichtlich der Neutralität» eingeleitet worden ist, wie dies der Bundesrat in seinem Bericht über die schweizerische Aussenpolitik in der neunziger Jahren dargelegt hat (BBI 1994 I 239). Dass die Schweiz anders gehandelt hat, ist nur aus der damals sicherlich klaren und in sich geschlossenen Haltung des Bundesrates, in erster Linie gestützt auf neutralitätspolitische Überlegungen in bezug auf die Sanktionenpolitik gegenüber Südafrika, zu erklären, die sich im nachhinein zwar aus der Zeit verständlich, aber politisch nicht als weitsichtig erwies."¹²⁷⁴

Für eine "staatlich verordnete geschichtliche Untersuchung" der Beziehungen der Schweiz zum Apartheidregime seit den vierziger Jahren durch eine unabhängige Instanz – so der Bundesrat aber abschliessend –, würde jedoch "keine Notwendigkeit" bestehen. Denn die "Fakten sind hinlänglich bekannt."

Aufgrund dieser klaren ablehnenden Haltung der offiziellen Schweiz bezüglich einer unabhängigen wissenschaftlichen Untersuchung wurde von Hollenstein am 20. März 1998 mit der Parlamentarischen Initiative *Beziehungen der Schweiz zu Südafrika während der Jahre 1984-1994* nachgedoppelt.¹²⁷⁵ Diesem im März 1999 im Nationalrat behandelten Vorstoss, der einen einfachen Bundesbeschluss zur historischen Aufarbeitung des Verhältnis Schweiz-Südafrika fordert, sollte in der Folge eine ungleich höhere und nachhaltigere parlamentarische Aufmerksamkeit beschert sein als der Eingabe Hollensteins von 1997 [97.1031]; insbesondere dank Enthüllungen von linksalternativen Lobbygruppen (Publikation Apartheidschuldenstudie) und begünstigt durch ausserordentliche Ereignisse (Verhaftung des in Südafrika die Geheimdienstverflechtungen recherchierenden Le Temps-Journalisten Jean-Philippe Ceppi).

In der Begründung zu ihrer Parlamentarischen Initiative betont Hollenstein die aussergewöhnlich vielfältigen Beziehungen der Schweiz zu Südafrika – u. a. politischer, wirtschaftlicher, kultureller und sportlicher Natur –, welche während der gesamten Herrschaft des Apartheidregimes, d. h. seit 1948, "ausserordentlich gut" gewesen seien und das "rassistische System" massgeblich und bis zu seinem Ende gestützt hätten:

"Die Schweizer Banken etwa nahmen international eine Spitzenstellung ein (...). Die Schweiz war während dieser Zeit eines der wenigen Länder, die sich weigerten, von internationalen Gremien beschlossene Wirtschaftssanktionen mitzutragen und so das Regime zu isolieren (...). Dies, obwohl solche Sanktionen von der damaligen oppositionellen schwarzen Mehrheit gefordert wurden. Wenn überhaupt, dann haben die offizielle Schweiz und erst recht die Wirtschaft die Vorgänge in Südafrika bloss verbal verurteilt."¹²⁷⁶

Zu bedeutenden Bereichen dieser vielfältigen Kontakte würden grosse Wissenslücken bestehen: U. a. zur Umgehung des Erdölembargos der UNO und der Europäischen Gemeinschaft (EG) über die Schweiz; zur schweizerischen Unterstützung Südafrikas im nukleartechnologischen Bereich; zu den Landerechten der South African Airways (SAA) in der Schweiz; zum Pilotenaustausch in den achtziger Jahren; sowie zur gesamten Thematik der militärischen Beziehungen und geheimdienstlichen Kooperation mit Südafrika. Zudem habe sich der Bundesrat zu all dem noch nie genau geäussert. Da wir "unseren Teil der Wahrheitssuche noch zu leisten" hätten – so Hollenstein bilanzierend –, solle die Schweiz doch dem Beispiel der jungen südafrikanischen Demokratie folgen und endlich auch eine eigene "Wahrheitskommission" einsetzen, welche "Licht in die dunkle Vergangenheit" bringen

1274 Ebenda.

1275 Zum Eingabetext der erwähnten Parlamentarischen Initiative vgl. Anhang VII.4.

1276 Parlamentarische Initiative grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, *Aufarbeitung der Beziehungen zu Südafrika während den Jahren 1948-1994*, 20.3.1998 [98.412].

könnte.¹²⁷⁷

Auf rege Unterstützung stösst Hollensteins Begehren bei den Sozialdemokraten. SP-Nationalrat Remo Gysin betont mit Verweis auf die Apartheidschuldenstudie der linksalternativen Lobbygruppen, dass die Schweiz einen massiven Anteil an der Verschuldung des heutigen Südafrikas aufweise, da sie – zusammen mit der USA, Grossbritannien und Deutschland –, auch "einer der wichtigsten Geldgeberinnen" war.¹²⁷⁸ Dies müsse nun umfassend aufgearbeitet werden, und "darüber müssen wir reden"; vermerkt Gysin kurz und bündig.¹²⁷⁹ Gemäss SP-Nationalrätin Margrith Von Felten haben "Schweizer Unternehmen (...) vom rassistischen Gewaltregime in Südafrika nicht nur enorm profitiert", sondern auch die "Apartheidpolitik vehement verteidigt."¹²⁸⁰ Und als die UNO in den siebziger Jahren die Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilte und zum weltweiten Südafrikaboykott aufgerufen habe, hätten Schweizer Firmen ihre Wirtschaftsbeziehungen noch weiter ausgebaut. Klar sei somit, "dass die Schweiz massgeblich daran beteiligt war, das verbrecherische Regime an der Macht zu halten." Deshalb müsse nun innenpolitisch "über die Bücher" gegangen werden. Mit Verweis auf den aktuellen Sprecher der Kommission für Rechtsfragen, SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer, betont Von Felten ausserdem die nach wie vor wirkmächtige Propaganda des Apartheidregimes durch die alten Schweizer "Freunde Südafrikas", und kritisiert das fehlende historische Bewusstsein in der Schweiz:

"Dass einer der damals rührigsten Lobbyisten für das Apartheidregime heute als Sprecher der Kommission eingesetzt worden ist, zeigt den alarmierenden Mangel an historischem Bewusstsein in diesem Land! Die historische Aufarbeitung der Beziehungen Schweiz/Südafrika muss dringend an die Hand genommen werden."

Dass die Schweiz eines der wenigen Länder war, die dem Apartheidregime – "vor allem, was dessen Finanzierung anbelangt – am längsten die Stange gehalten" habe (grüne Nationalrätin Hollenstein) bzw. "eine der grössten Investorinnen im Apartheidstaat" war und zudem durch die Organisation des südafrikanischen Gold- und Diamantenhandels massiv an der Diskriminierung der schwarzen Bevölkerung Südafrikas mitverdiente (SP-Nationalrätin Von Felten), ist auf Seiten der Apartheidkritiker im Parlament der neunziger Jahre unbestritten.¹²⁸¹

Demgegenüber betont der sich in dieser Debatte über Südafrika als einziger zu Wort meldende Antikritiker, SVP-Nationalrat Schlüer, dass nicht alle Anschuldigungen und Kritiken an der Schweiz zutreffen würden. Die Schweiz habe beispielsweise Waffenexporte nach Südafrika schon ab 1963 untersagt – gemäss Schlüer "als erstes Land übrigens" –, und die von der UNO verhängten wirtschaftlichen Massnahmen "als Nicht-Uno-Mitglied" und aus neutralitätspolitischen Gründen eben nicht mitgetragen.¹²⁸² Zudem sei der internationale Südafrikaboykott längst nie so erfolgreich gewesen, wie er heute von der ehemaligen Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) und den Linken glorifiziert würde. Denn insbesondere die gross angekündigten wirtschaftlichen Massnahmen der USA seien schlussendlich nur einem halbherzigen Rückzug aus Südafrika gleichgekommen:

¹²⁷⁷ Grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, Nationalratsdebatte, 3.3.1999 [98.412].

¹²⁷⁸ SP-Nationalrat Remo Gysin, Nationalratsdebatte, 3.3.1999 [98.412]. Vgl. auch Madörin, Wellmer, und Egli, *Apartheidschulden. Der Anteil Deutschlands und der Schweiz*, Stuttgart 1999.

¹²⁷⁹ SP-Nationalrat Remo Gysin, Nationalratsdebatte, 3.3.1999 [98.412].

¹²⁸⁰ SP-Nationalrätin Margrith Von Felten, Nationalratsdebatte, 3.3.1999 [98.412]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Votum.

¹²⁸¹ Grüne Nationalrätin Pia Hollenstein und SP-Nationalrätin Margrith Von Felten, Nationalratsdebatte, 3.3.1999 [98.412].

¹²⁸² SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer, Nationalratsdebatte, 3.3.1999 [98.412]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Votum.

"Sie [die Sanktionen, Anm. PM] wirkten sich beispielsweise so aus, dass eine Grossfirma Coca Cola, ihren Sitz von Südafrika nach Swasiland verlegte, damit sie den südafrikanischen Markt weiterhin, trotz Sanktionen, bedienen konnte. General Motors entschloss sich zu einem Management-Buyout mit Rückzugsklausel, die inzwischen auch längst wahrgenommen worden ist: Man produzierte weiter, einfach unter anderem Namen."

Zudem sei der Goldhandel wohlweislich weltweit nie boykottiert worden. Denn "man betrachtete Gold als strategisches Material – wie man alle anderen strategischen Minerale vom Boykott ausklammerte." Laut Schlüer hat die USA lediglich in einem unbedeutenden Bereich effektive Massnahmen ergriffen; sprich nur den Handel mit Krüggerrand-Goldmünzen "publikumswirksam" unterbunden. Und die immerzu skandalisierten Schweizer Firmen mit Niederlassungen in Südafrika haben gemäss Schlüer "zu den ersten (gehört), die beispielsweise im Jahr 1976 gewerkschaftliche Rechte anerkannten." Gleichzeitig sei das "Prinzip des gleichen Lohnes für gleiche Arbeit" aufgestellt worden und schweizerische Unternehmen und Banken hätten sich "intensiv im Bildungsbereich engagiert"; laut Schlüer beispielsweise die Firma Sulzer mit der Schaffung einer Lehrlingswerkstätte für "Nichtweisse".

Gemäss dem grünen Nationalrat Hans Meier ist aber gerade deshalb unverständlich, weshalb die Antikritiker im Parlament eine umfassende Aufarbeitung des Verhältnis Schweiz-Südafrika nicht unterstützen wollen. Meier, der nach eigenen Angaben Südafrika in den achtziger Jahren selbst besuchte und "beeindruckt (war), wie diese Schweizer Firmen gleichen Lohn für gleiche Arbeit postulierten", betont, dass die vorgeschlagene Untersuchung nämlich "auch die gute Rolle der Schweiz in der Bekämpfung der Apartheid hervorheben" würde; und an Schlüer direkt gerichtet: "Warum unterstützen Sie das nicht?"¹²⁸³

Die Parlamentarische Initiative von Hollenstein findet im Nationalrat jedoch keine Mehrheit und wird mit 79 zu 50 Stimmen abgelehnt. Dies dank des geschlossen abstimmenden "Bürgerblocks" der Antikritiker, bekannt auch aus den Südafrikadebatten der achtziger Jahre – u. a. Jean-Pierre Bonny (FDP), Fischer-Hägglingen (SVP) und Eggly-Genève (Liberale Partei der Schweiz (LPS)) –, und der Abwesenheit diverser prominenter Apartheidkritiker im Parlament: U. a. die SP-Nationalräte Paul Rechsteiner und Jean Ziegler. Der Nationalrat einigt sich hingegen auf die Überweisung eines Postulats der Kommission für Rechtsfragen, welches den Bundesrat einlädt, "beim schweizerischen Nationalfonds im Rahmen der Nationalen Forschungsprogramme ein Projekt zu initiieren und zu finanzieren, das die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz zu Südafrika in den Jahren 1948-1994 untersucht."¹²⁸⁴ Dieses Postulat und die darin geforderte Aufhebung der dreissigjährigen Schutzfrist für öffentliche Akten – und zwar gemäss Archivierungsgesetz und auf Gesuch von Forschern hin –, wird aber von linker wie auch rechter Seite kritisiert.

Laut Hollenstein geht der Vorschlag der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates zu wenig weit, da mit einem nationalen Forschungsprogramm nur staatliche Archive geöffnet werden könnten: "Der Zugang zu den Archiven der Banken und Unternehmen, die sich massgeblich an der Finanzierung und Unterstützung der Apartheid beteiligt hätten, wäre nicht gewährleistet."¹²⁸⁵ Es brauche einen Zugang zu sämtlichen Quellenbeständen von Bund und Privaten; und zudem ohne Sperrfristen. SP-Nationalrätin Margrith Von Felten verweist darauf, dass der Nationalrat vor kurzem die Aufarbeitung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der ehemaligen DDR gutgeheissen habe und dabei gar die Aufhebung des Bankgeheimnis unterstützte. Das vorgeschlagene Postulat sei demgegenüber

1283 Grüner Nationalrat Hans Meier, Nationalratsdebatte, 3.3.1999 [98.412].

1284 Postulat Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates, *Untersuchung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz zu Südafrika in den Jahren 1948-1994*, 25.1.1999 [99.3002].

1285 Grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, Nationalratsdebatte, 3.3.1999 [98.412].

"reine Augenwischerei".¹²⁸⁶ Denn "[d]amit öffnen sich die Archive nicht, weder das Bundesarchiv noch die Archive der Banken und Unternehmen."

Gemäss der SVP geht der Kommissionsvorschlag bezüglich der Aufhebung der Sperrfristen viel zu weit. Und zwar weil nicht nur die Archivierung der Unterlagen der Bundesversammlung, des Bundesrates und der Bundesverwaltung betroffen seien, sondern auch diejenige der Nationalbank und von "weiteren Personen des öffentlichen Rechtes, soweit diese Vollzugsaufgaben des Bundes erfüllen."¹²⁸⁷ Denn laut der SVP geht es nicht an, "dass die 30jährige Schutzfrist gemäss Artikel 9 des Archivierungsgesetzes, welches erst kürzlich, am 26. Juni 1998, in einem referendumspflichtigen Gesetz beschlossen wurde, einfach im erstbesten Fall in der wenig verbindlichen Form des Postulates für das Thema «Südafrika» ausser Kraft gesetzt werden soll."

Die mit grosser Regelmässigkeit und Intensität in diversen parlamentarischen Vorstössen weiterhin geäusserte Kritik an der "unaufgearbeiteten" Südafrikapolitik der offiziellen Schweiz sollte in der Folge vom Bundesrat wiederholt mit dem Verweis auf die am 8. März 1999 eingesetzte Interdepartementale Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika – welche am 1. Oktober 1999 ihren Südafrikabericht publiziert –, und vor allem mit dem Verweis auf die geplante wissenschaftliche Untersuchung im Rahmen des Schweizerischen Nationalfonds abgedeckt werden.¹²⁸⁸

Vor dem Hintergrund einer kontinuierlichen Skandalisierung des Verhältnis Schweiz-Südafrika in der Medienöffentlichkeit und der unbeugsamen Haltung des Bundesrates bezüglich einer Ausweitung des Mandats des Schweizerischen Nationalfonds beim Quellenzugang, reicht die grüne Nationalrätin Pia Hollenstein im November 2001 eine zweite Initiative zur Aufarbeitungsthematik im Parlament ein. Mit der Parlamentarischen Initiative *Schweiz/Südafrika. Aufarbeitung der Beziehungen während den Jahren 1948-1994* wird die explizite Öffnung aller Archive der offiziellen Schweiz und insbesondere von Banken und Unternehmen mit Beziehungen zu Südafrika zur Apartheidzeit für die Forschung gefordert.¹²⁸⁹ Gemäss Hollenstein dürften zwar mit den Untersuchungen im Rahmen des Schweizerischen Nationalfonds nützliche Erkenntnisse gesammelt, wohl aber "keine umfassende Transparenz über die Zusammenarbeit der Schweiz mit dem südafrikanischen Apartheidregime" erzielt werden, da die relevanten Akten unter Verschluss bleiben würden. Mit Verweis auf neueste Medienenthüllungen Ende 2001 – u. a. Ordensverleihung durch das südafrikanische Apartheidregime an den Industriellen Dieter Bührle für seine Waffenlieferungen in den sechziger und siebziger Jahren –,¹²⁹⁰ betont Hollenstein, dass beispielsweise "die Vorwürfe, dass die Schweiz Uno-Sanktionen umgangen habe, berechtigt" sind. Es sei nun allerhöchste Zeit, Licht in die "zweifelhaften Beziehungen" zu bringen: "Unsere Bevölkerung hat ein Recht, die Wahrheit zu erfahren über die Zusammenarbeit mit dem Apartheidregime." Der Bundesrat sei dahingehend aufgefordert, auch heutige und frühere Beamten, welche Kenntnisse über die Zusammenarbeit der Schweiz mit Südafrika zur Apartheidzeit hatten, "zu verpflichten, ihr Wissen den Forschenden zugänglich zu machen."¹²⁹¹

1286 SP-Nationalrätin Margrith Von Felten, Nationalratsdebatte, 3.3.1999 [98.412]. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Votum.

1287 Antrag SVP-Fraktion, Nationalratsdebatte, 3.3.1999 [98.412]. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Antrag.

1288 U. a. Antwort Bundesrat, 23.6.1999 [99.1054]; Antwort Bundesrat Pascal Couchepin, 4.10.1999 [99.5154]; Antwort Bundesrat, 20.12.1999 [99.3260]; sowie Antwort Bundesrat, 27.11.2000 [00.1113]. Vgl. auch Interdepartementale Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika, *Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika*, Bern 1999.

1289 Parlamentarische Initiative grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, *Schweiz/Südafrika: Aufarbeitung der Beziehungen während den Jahren 1948-1994*, 29.11.2001 [01.460]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Vorstoss. Zum Eingabetext dieser Parlamentarischen Initiative vgl. Anhang VII.4.

1290 Vgl. dazu Bruno Vanoni: "Apartheid-Orden für Embargobrecher", TA, 12.11.2001.

1291 Einfache Anfrage grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, *Auskunftspflicht für Beamte für das NFP42plus, Teil Schweiz-Südafrika*, 13.12.2001 [01.1143].

Entschädigung Apartheidopfer im Parlament in den neunziger Jahren:

Ungleich zu den Binnenorganen der linksalternativen Lobbygruppen und der Medienarena spielt im parlamentarischen Diskurs die Frage der moralischen Verpflichtung zur monetären Wiedergutmachung durch die offizielle Schweiz und insbesondere die Wirtschaft für ihr Südafrikaengagement zur Apartheidzeit eine eher untergeordnete Rolle. Einzig im Rahmen der 1999 eingereichten Interpellation der Sozialdemokratischen Fraktion *Schweiz-Südafrika* findet die postulierte Mitverantwortung der Schweiz bezüglich eines Erlasses von sogenannten "widerwärtigen" Schulden (Odious Debts) aus der Apartheidzeit und für Reparationszahlungen und Entschädigungen von Apartheidopfern prominent Erwähnung: "Ist die Schweizer Regierung bereit, um die wirtschaftliche Unterstützung durch den Finanzplatz Schweiz zu ersuchen, um sich an der Entschädigung der Apartheid-Opfer zu beteiligen, wie dies die Wahrheitskommission empfiehlt?"; fragen die Sozialdemokraten.¹²⁹² Denn die im Februar 1999 publizierte Studie *Apartheidschulden. Der Anteil Deutschlands und der Schweiz* von Mascha Madörin, Gottfried Wellmer und Martina Egli habe die apartheidstützende Rolle von Schweizer Grossbanken und damit die Mitschuld der Schweiz an der aktuellen Verschuldung Südafrikas bewiesen. Die Autoren der Apartheidschuldenstudie hätten festgestellt, dass die 1974 eingerichtete Zuwachsplafonierung der Kapitalexporte nach Südafrika "lediglich dazu (diente), die Realität zu vertuschen", und dass in den achtziger Jahren "dieser Plafond unerklärtermassen massiv überschritten" wurde.

Laut SP-Nationalrat Jean-Nils De Dardel, welcher den sozialdemokratischen Vorstoss in der Nationalratsdebatte vom 5. Juni 2000 verteidigt, ist angesichts solcher Sachverhalte ein Apartheidschulden-erlass unerlässlich ("l'annulation de la dette odieuse et l'indemnisation des victimes de l'apartheid par les pays et les banques occidentales qui ont financé cet apartheid").¹²⁹³ Zu beachten gelte es auch die verstärkte Internationalisierung der Apartheidschuldendiskussion durch die kampagnenführenden NGOs – wie beispielsweise die Jubilee 2000 –, welche gemäss De Dardel Parallelen zur Holocaust-affäre augenfällig mache:

"On se trouve donc dans une situation (...) qui ressemble beaucoup à celle des fonds en déshérence, quand les banques suisses et le Gouvernement suisse se refusaient à tout dialogue sérieux avec les victimes juives."

Doch habe man diesmal noch genug Zeit zum Handeln, bevor der internationale Druck zu stark werde. Demgegenüber erwähnt der Bundesrat mehrfach folgende Gründe, weshalb er einen Apartheidschuldenerlass für Südafrika sowie Reparationszahlungen und Entschädigungen von Apartheidopfern als nicht unterstützenswert erachtet: Einerseits habe die Schweiz schon im Rahmen einer "friedens- und demokratiefördernden Massnahme" die südafrikanische Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) durch diverse Beiträge unterstützt; und der Entscheid, ob die Wirtschaft einen Beitrag an die TRC oder einen Sukkurs für Apartheidopfer tätigen wolle, sei alleinig dem privaten Sektor überlassen.¹²⁹⁴ Andererseits habe die südafrikanische Regierung bisher keine Forderungen nach einem Erlass möglicher Apartheidschulden gestellt, und sich vielmehr "explizit gegen einen Schuldenerlass ausgesprochen", um ausländische Investoren nicht abzuschrecken.

1292 Interpellation Sozialdemokratische Fraktion, *Schweiz-Südafrika*, 1.3.1999 [99.3015]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Vorstoss. Zum Eingabetext dieser Interpellation vgl. Anhang VII.4.

1293 SP-Nationalrat Jean-Nils De Dardel, Nationalratsdebatte, 5.6.2000 [99.3015]. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Votum.

1294 Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 19.5.1999 [99.3015]. Das nachfolgende Zitat stammt aus dieser Stellungnahme.

Letztere Position der offiziellen Schweiz – die "südafrikanische Regierung (...) ist an Investitionen interessiert" –, wird auch nachdrücklich von SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer vertreten.¹²⁹⁵ Daneben enerviert sich Schlüer zudem stark an der von den Sozialdemokraten unterstützten Forderung linksalternativer Lobbygruppen nach einem Apartheidschuldenerlass und an der "ungerechtfertigten" Kritik an der Schweizer Wirtschaft im allgemeinen. Diese habe nämlich in den achtziger Jahren bewusst keinen Rückzug aus Südafrika vollzogen und hingegen auf eine konstruktive "Basis für die Zukunft Südafrikas" hingearbeitet.¹²⁹⁶ Laut Schlüer sind insbesondere auch die Linken in der Schweiz mitverantwortlich an der aktuellen ökonomischen Misere in Südafrika und der Perspektivenlosigkeit der sogenannten "lost generation", der verlorenen Soweto-Generation:

"Auch aus der Schweiz erschallen damals – von linken Kreisen unterstützt – der Ruf nach Südafrika: «Liberation before education» (...). Etwa zwei Millionen Schüler Südafrikas sind aufgrund dieser Boykotte – von der Linken auch aus der Schweiz unterstützen Boykotte – ohne Schulbildung geblieben! Die Schüler haben gestreikt; damit haben sie keine Ausbildung erfahren und stehen in Südafrika heute auf der Strasse, ohne Job, ohne Möglichkeit, den Lebensunterhalt für eine Familie zu bestreiten. Wer ist für diese Arbeitslosen, diese aus dem Leben Geworfenen eigentlich zuständig, wer übernimmt die Verantwortung für sie?"

Demgegenüber haben gemäss Schlüer eben gerade Schweizer Firmen schon sehr früh ihre "soziale Verantwortung" wahrgenommen, indem sie Lehrwerkstätten geschaffen hätten, die "nie rassengetreunt" gewesen seien: "Schwarze und Farbige konnten ihre Ausbildung dort zusammen mit Weissen erhalten. Diese Ausgebildeten stehen heute in der Verantwortung, verfügen über Fähigkeiten, das Land fortzuentwickeln." Unhaltbar und ungerecht sind deshalb Forderungen gegenüber schweizerischen Unternehmen – so Schlüer zusammenfassend –, "die meines Erachtens verantwortungsvoll gehandelt haben, ohne sich mit dem Regime zu verbinden."

Laut Bundesrat Pascal Couchepin (FDP) besteht auch nach der Publikation des Südafrikaberichts der Interdepartementalen Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika am 1. Oktober 1999 kein Anlass, eine monetäre Wiedergutmachung zu unterstützen; egal in welcher Form auch immer (Stichworte: Schuldenerlass, Reparationszahlungen und Opferentschädigungen). Die Einschätzung von SP-Nationalrätin Margrith Von Felten, wonach die Schweiz nun "politische Verantwortung übernehmen und der heutigen südafrikanischen Gesellschaft Entschädigungszahlungen als Ausgleich für die jahrelange Unterstützung des Apartheidregimes" leisten müsse – und zwar insbesondere vor dem Hintergrund, dass mit dem Südafrikabericht "die offizielle Schweiz zum ersten Mal in Teilbereichen Eingeständnisse" machte –, stösst auf keine Akzeptanz bei der offiziellen Schweiz.¹²⁹⁷ Das im Südafrikabericht der Interdepartementalen Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika nochmals reflektierte "mea culpa" des Bundesrates aus seiner Antwort auf den ersten Südafrikavorstoss von Hollenstein 1997 [97.1031] – in welchem "die Weigerung zur Teilnahme an Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika heute kritisch beurteilt" und die damalige offizielle Haltung zwar aus der Zeit verständlich, aber "politisch nicht als weit-sichtig" typisiert wird –, sollte im Parlament keine gleich hohe Skandalisierung erfahren wie in den Bin-nenorganen der linksalternativen Lobbygruppen und in einzelnen Leitmedien.¹²⁹⁸ Dort nämlich wurde dies als klares Eingeständnis der Schweiz und demnach als Verpflichtung zur monetären Wiedergutmachung gegenüber Südafrika gewertet.

1295 SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer, Nationalratsdebatte, 3.3.1999 [98.412].

1296 SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer, Nationalratsdebatte, 5.6.2000 [99.3015]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Votum.

1297 Frage SP-Nationalrätin Margrith Von Felten, *Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe «Beziehungen Schweiz-Südafrika»*, 4.10.1999 [99.5154].

1298 Vgl. Antwort Bundesrat, 29.9.1997 [97.1031]; sowie Interdepartementale Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika, *Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika*, Bern 1999, S. 20.

Geheimdienstverflechtungen Schweiz-Südafrika im Parlament in den neunziger Jahren:

Die von der SonntagsZeitung erstmals im September 1997 enthüllten nachrichtendienstlichen Verflechtungen zwischen der Schweiz und Südafrika zur Apartheidzeit veranlassen SP-Nationalrat Jean Ziegler zu einer ersten Skandalisierung der Kontakte des ehemaligen Flieger- und Fliegerabwehr-Nachrichtendienstchef und Chef der Untergruppe Nachrichtendienst im Generalstab (UNA), Divisionär Peter Regli, zu Wouter Basson, dem Leiter des südafrikanischen B- und C-Waffenprogrammes der Apartheidära ("Project Coast").¹²⁹⁹ Erhöhte parlamentarische Resonanz sollten diese kontroversen schweizerisch-südafrikanischen Nachrichtendienstkontakte zur Apartheidzeit aber erst nach der Verhaftung des in Südafrika die Geheimdienstverflechtungen recherchierenden Le Temps-Journalisten Jean-Philippe Ceppi im März 1999 und anlässlich der im laufenden Prozess in Südafrika gäusserten konkreten Anschuldigungen Bassons an Divisionär Regli im Sommer 2001 erfahren.

Im Zentrum der parlamentarischen Kritik, welche verstärkt von sozialdemokratischer Seite initiiert wird, steht zunächst der Vorwurf, Divisionär Regli habe sich mindestens 1990 mit Basson in der Schweiz getroffen, und habe von dessen "Programm für bakteriologische und chemische Waffen (...), mit denen die schwarze Bevölkerung in den Schwarzenghettos, insbesondere in Soweto, getötet werden sollte", Kenntnis gehabt; so Ziegler in seiner Interpellation *Génocide en Afrique du Sud* vom 19. März 1999.¹³⁰⁰ Im Zuge weiterer brisanter Medienenthüllungen anlässlich der Verhaftung Ceppis – u. a. vermutete Lieferungen von Chemikalien durch das AC-Labor in Spiez an Basson –, setzt sich ab Mitte März 1999 dann die Delegation der Geschäftsprüfungskommission der Eidgenössischen Räte (GPDel) mit diesen Vorwürfen und der Involvierung von Divisionär Regli auseinander. Gemäss Bundesrat habe zudem schon anfangs 1999 das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) eine interne Untersuchung eingeleitet – "une enquête destinée à clarifier les relations générales que le service de renseignements de la Suisse a entretenues avec l'Afrique du Sud" –, welche jedoch noch nicht abgeschlossen sei.¹³⁰¹

Nach der von Bundesrat Adolf Ogi (SVP) versprochenen umfassenden und unabhängigen Aufklärung der "Affäre Bellasi" – eines grösseren Betrugsfalles durch einen Beamten im Departement VBS –, fordert die grüne Nationalrätin Pia Hollenstein dann im August 1999 eine Ausweitung des Südafrikamandats für den Schweizerischen Nationalfonds bzw. nun auch den vollumfänglichen "Zugang zu den Quellen des militärischen Nachrichtendienstes".¹³⁰² Dies wird jedoch vom Bundesrat mit Verweis auf den "unverzichtbaren Quellenschutz" für als geheim klassifizierte Akten verwehrt.¹³⁰³ Der Zugang zu den Quellen würde nur denjenigen erlaubt, die in der Verwaltung damit beauftragt seien, Abklärungen vorzunehmen. Zudem sei die Arbeit der GPDel zu den Geheimdienstverflechtungen überhaupt nicht beeinträchtigt – so Bundesrat Ogi in Antwort auf die von Hollenstein geäusserte Befürchtung, die GPDel erhalte nicht alle Akten, die sie gewünscht habe –, da einerseits das Departement VBS "eng mit der Geschäftsprüfungsdelegation zusammen(arbeitet)" und andererseits alle wesentlichen Unter-

1299 Einfache Anfrage SP-Nationalrat Jean Ziegler, *Service secrets suisse et trafic d'armes*, 10.10.1997 [97.1154]. Vgl. auch Martin Stoll: "Die Spur führt ins Bundeshaus: Geheimes Projekt Südafrikas für Massenvernichtungswaffen über die Schweiz abgewickelt", SoZ, 21.9.1997.

1300 Interpellation SP-Nationalrat Jean Ziegler, *Génocide en Afrique du Sud*, 19.3.1999 [99.3130]. Zum Eingabetext dieser Interpellation vgl. Anhang VII.4. Vgl. auch Interpellation SP-Ständerat Pierre-Alain Gentil, *Renseignements militaires auprès de l'Afrique du Sud*, 17.3.1999 [99.3097].

1301 Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 19.5.1999 [99.3130].

1302 Interpellation grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, *Beziehungen Schweiz-Südafrika. Zugang zu den Quellen des Nachrichtendienstes*, 31.8.1999 [99.3417].

1303 Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 4.10.1999 [99.3417].

lagen zugänglich gemacht wurden.¹³⁰⁴

Die Weiterbeschäftigung des durch die "Affäre Bellasi" zunehmend diskreditierten Divisionär Regli zur Archivierung von Dokumenten des Nachrichtendienstes im Departement VBS wird im Parlament im September 1999 von sozialdemokratischer wie auch grüner Seite scharf kritisiert. Laut Hollenstein stellt dieser "fragwürdige Archivierungsauftrag" an Divisionär Regli ein "Sicherheitsrisiko" dar; insbesondere was "Akten, welche allenfalls Herrn Regli belastendes Material enthalten und für die Aufarbeitung der Beziehungen der Schweiz zum Apartheid-Regime in Südafrika wichtig sind", betreffe.¹³⁰⁵ Gemäss Bundesrat Ogi besteht jedoch diese Gefahr nicht, da besagte "Akten in Zusammenhang mit Südafrika (...) durch die Geschäftsprüfungsdelegation im Rahmen ihrer Untersuchung bereits umfassend gesichtet" worden seien.¹³⁰⁶

Im Rahmen der von Basson anlässlich seines Prozesses in Südafrika im Juli 2001 geäusserten Beschuldigungen an Divisionär Regli – u. a. Involvierung bei einem Mandrax-Deal und Nuklear-Deal mit Russland 1992 sowie eine umstrittene Südafrika-Reise Reglis 1993 –, intensiviert sich auch im Parlament die Debatte über die kontroversen Geheimdienstverflechtungen zur Apartheidzeit. Dabei wird von grünen und sozialdemokratischen Parlamentariern das in der Medienöffentlichkeit rege skandalisierte Deutungsmuster der ungenügenden Zusammenarbeit des Departement VBS mit Untersuchungsbehörden in der Schweiz und Südafrika und die von der Berner Zeitung enthüllte Aktenvernichtung durch Divisionär Regli kritisiert.¹³⁰⁷ Gemäss Bundesrat Samuel Schmid (SVP) würden jedoch "mögliche Fehlleistungen im Umgang mit Aktenmaterial" durch Divisionär Regli untersucht und gegebenenfalls ein "förmliches Untersuchungsverfahren wie beispielsweise ein Administrativ-, Disziplinar- oder Strafverfahren" eingeleitet.¹³⁰⁸ Des weiteren pflege man Kontakte mit den südafrikanischen Behörden; würde aber aufgrund des laufenden Verfahrens gegen Basson auf einen Informationsaustausch mit der zuständigen Staatsanwaltschaft in Südafrika, die schon eine Zusammenarbeit mit der Schweiz signalisiert habe, jedoch vorerst verzichten. Laut Bundesrat Schmid sei nämlich die Trennung von "allfälligen Schutzbehauptungen" Bassons und "effektiven Tatsachen" momentan nicht leicht vorzunehmen. Diesbezüglich warte man lieber den Abschluss des Prozesses ab.

SP-Nationalrat Pierre Chiffelle fragt sich dahingehend, ob denn der Bundesrat wirklich entschlossen genug ist, "Licht in alle Aspekte der Beziehungen zwischen dem südafrikanischen Geheim- und dem Schweizer Nachrichtendienst zu bringen"; oder etwa nicht.¹³⁰⁹ Denn 1999 habe der Bundesrat auf die Interpellation *Génocide en Afrique du Sud* von SP-Nationalrat Jean Ziegler geantwortet, dass das Departement VBS bereits eine interne Untersuchung eingeleitet habe und die Resultate später veröffentlicht würden. Nun müsse man jedoch "durch Presseberichte (sic!)" erfahren, dass dieser Bericht nicht nur "als geheim klassifiziert" worden sei, und "anscheinend nur Ständerat Seiler (SVP) darin

¹³⁰⁴ Bundesrat Adolf Ogi, Nationalratsdebatte, 19.6.2000 [99.3417].

¹³⁰⁵ Frage grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, *Fragwürdiger Archivierungsauftrag an Divisionär Peter Regli*, 27.9.1999 [99.5131]. Vgl. auch Frage SP-Nationalrätin Christiane Jaquet-Berger, *Peter Regli promu archiviste*, 27.9.1999 [99.5133]; sowie Frage SP-Nationalrat Boris Banga, *Vom Bock zum Gärtner der Untergruppe Nachrichtendienst*, 27.9.1999 [99.5120].

¹³⁰⁶ Antwort Bundesrat Adolf Ogi, 27.9.1999 [99.5133].

¹³⁰⁷ Frage grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, *Peter Regli. Quellenzugang für die Untersuchung*, 24.9.2001 [01.5107]; Frage grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, *Peter Regli. Untersuchung. Informationen zu Südafrika*, 24.9.2001 [01.5111]; sowie Frage SP-Nationalrat Jean-Nils De Dardel, *Collaboration avec les autorités sud-africaines en relation avec les agissements de Peter Regli*, 24.9.2001 [01.5115].

¹³⁰⁸ Antwort Bundesrat Samuel Schmid, 24.9.2001 [01.5107, 01.5111, 01.5115]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus dieser Antwort.

¹³⁰⁹ Interpellation SP-Nationalrat Pierre Chiffelle, *Suisse/Afrique du Sud. A quand de vrais renseignements?*, 4.10.2001 [01.3562]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Vorstoss.

Einsicht nehmen konnte", sondern grosse Teil davon auch von "Regli (...), der selber in die Affäre verwickelt ist", verfasst wurden.

Dabei habe beispielsweise auch die Bundesanwaltschaft, welche an einem laufenden Verfahren wegen verbotener Nachrichtendienste und eines Technologieexports nach Südafrika gegen unbekannt ermitteln würde, in diesem Bericht "lediglich unter Aufsicht eines Beamten (!)" blättern können und keine Kopie erhalten; so SP-Nationalrat Jean-Nils De Dardel.¹³¹⁰ Weil somit alle Versuche, die "Wahrheit ans Licht zu bringen", bisher an der "hartnäckigen Weigerung des Bundesrates" gescheitert seien, müsse die Bundesversammlung nun eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) zum Schweizer Nachrichtendienst zur Apartheidzeit einsetzen, zeigen sich grüne und sozialdemokratische Parlamentarier beiderseits überzeugt. Denn gemäss De Dardel ist es für das "Funktionieren unserer Demokratie" unerlässlich "zu wissen, ob sich der schweizerische Nachrichtendienst an kriminellen Aktivitäten des südafrikanischen Geheimdienstes in der Apartheidzeit beteiligt hat und, wenn ja, in welcher Form dies geschehen ist."

Der Nationalrat gibt jedoch am 18. März 2002 diesem sozialdemokratischen Vorstoss für eine PUK zunächst keine Folge. Im Zusammenhang mit der Lancierung diverser Sammelklagen von Apartheidopfern gegen die Schweizer Grossbanken UBS und Credit Suisse und andere schweizerische Unternehmen, sollte die SP im November 2002 aber diese Forderung nach einer PUK zu den schweizerisch-südafrikanischen Geheimdienstverflechtungen zur Apartheidzeit im Parlament wiederum neu beleben.¹³¹¹

Memo Verhältnis Schweiz-Südafrika Parlament 1997-2001:

Auch in den neunziger Jahren ist für die linken Apartheidkritiker im Parlament (SP und neu die Grüne Partei) unbestritten, dass die Schweizer Grossbanken über Jahrzehnte hinweg mit ihrer Kreditpolitik und dem Goldhandel die Apartheid gestützt haben. Vor diesem Hintergrund ist eine umfassende und unabhängige Aufarbeitung aller Beziehungen der Schweiz zu Südafrika zur Apartheidzeit à la Bergier unabdingbar (vor allem Position Grüne Partei); und die von linksalternativen Lobbygruppen und kampagnenführenden NGOs geforderte monetäre Wiedergutmachung gegenüber der jungen südafrikanischen Demokratie unterstützungswürdig (insbesondere Position SP). Auf Seiten der parlamentarischen Antikritiker meldet sich – nebst dem Bundesrat – nur noch gerade die SVP zu Wort. Dabei verwehrt sich die SVP verstärkt gegen eine umfassende Aufarbeitung des Verhältnis Schweiz-Südafrika à la Bergier und eine Öffnung von privaten Archiven. Der Bundesrat macht sich demgegenüber für den "Kompromissvorschlag" der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates stark, welcher eine wissenschaftliche Untersuchung im Rahmen des Schweizerischen Nationalfonds (NFP 42+ Schweiz-Südafrika) vorsieht. Daneben haben sich in den Südafrikadebatten im Parlament in den neunziger Jahren auch die alten antikritischen Leitargumente aus den siebziger und achtziger Jahren zum eingeschränkten Waffenexport seit 1963 und der Plafonierung des Kapitalexportes seit 1974 nachhaltig gefestigt.

1310 Parlamentarische Initiative SP-Nationalrat Jean-Nils De Dardel, *Services de renseignement et apartheid. Création de commissions d'enquête parlementaires*, 4.10.2001 [01.448]. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Vorstoss. Zum Eingabetext dieser Parlamentarischen Initiative vgl. Anhang VII.4.

1311 Vgl. Parlamentarische Initiative SP-Nationalrat Paul Günter, *Beziehungen der schweizerischen Nachrichtendienste zum südafrikanischen Geheimdienst. Einsetzen einer PUK*, 28.11.2002 [02.464]. Zum Eingabetext dieser Parlamentarischen Initiative vgl. Anhang VII.4.

V.3.4 Conclusio: Zur Nachhaltigkeit der Positionen der Apartheidkritiker und Antikritiker in den neunziger Jahren

Auch in der Phase 1997-2001 zeichnet sich wie schon in den achtziger Jahren die öffentliche politische Kommunikation über die Beziehungen der Schweiz zum südafrikanischen Apartheidregime durch eine erhöhte Personalisierung durch prominente und charismatische Öffentlichkeitsakteure und eine starke Diffusion von Positionen und Vernetzung von Öffentlichkeitsakteuren durch alle öffentlichkeitsrelevanten Arenen (linksalternative und rechtsnationale Binnenorgane, Leitmedien, Parlament) hindurch aus.

Die linksalternativen Lobbygruppen AAB Südliches Afrika (vormals Anti-Apartheid-Bewegung (AAB)), Aktion Finanzplatz Schweiz (AFP) und Kampagne für Entschuldung & Entschädigung im südlichen Afrika (Keesa) sind im öffentlichen Diskurs der neunziger Jahre verstärkt durch Mascha Madörin, Ökonomin und prominente Aktivistin der AFP und der – anfangs der neunziger Jahre jedoch aufgelösten – Aktion Südafrika-Boykott (ASB), personifiziert. Noch intensiver als in den achtziger Jahren strukturieren zudem in der Phase 1997-2001 (ehemalige) Exponenten aus dem linksalternativen politischen Milieu die Agenda der Medien zum Verhältnis Schweiz-Südafrika; und zwar nicht nur im Forumsbereich der medialen Öffentlichkeit, sondern auch über die Redaktionen direkt: U. a. die ehemaligen Mitarbeiter der WochenZeitung Res Strehle (nun bei der Weltwoche) und Gian Trepp (für die SonntagsZeitung schreibend); sowie insbesondere Martina Egli, Journalistin mit dem Spezialgebiet Südafrika und Mitautorin der Apartheidschuldenstudie der linksalternativen Lobbygruppen (u. a. in WochenZeitung, Weltwoche und Tages-Anzeiger aktiv).

In der Medienöffentlichkeit zeichnen sich als mediale Meinungsmacher zum Verhältnis Schweiz-Südafrika zur Apartheidzeit in den neunziger Jahren auf apartheidkritischer Seite vor allem Bruno Vanoni (Tages-Anzeiger), Martin Stoll (SonntagsZeitung), Georges Wüthrich (Blick) und Frank A. Meyer (SonntagsBlick) mit ihren diversen Enthüllungen und Kommentaren aus; sowie auf antikritischer Seite Anton Christen und Felix E. Müller (beide NZZ) mit ihren grundsätzlichen Einschätzungen und Richtstellungen.

Als apartheidkritischste Sprecher im Parlament erweisen sich in der Phase 1997-2001 fast ausschliesslich die grüne Nationalrätin Pia Hollenstein und Jean-Nils De Dardel, Nationalrat der Sozialdemokratischen Partei (SP). Stärker als in den siebziger Jahren erweist sich nun die Grüne Partei nebst der SP als HauptskandalisiererIn der schweizerischen Beziehungen zum Apartheidregime in der parlamentarischen Öffentlichkeit. Auf antikritischer Seite meldet sich in den Debatten hingegen nur noch gerade der seit 1995 für die Schweizerische Volkspartei (SVP) im Nationalrat sitzende Ulrich Schlüer verstärkt zu Wort, welcher schon als Gründer und Herausgeber der Schweizerzeit und Mitglied der rechtsnationalen Lobbygruppen asa (Arbeitsgruppe südliches Afrika) und Club der Freunde Südafrikas (CFS) das Südafrikabild des rechtsnationalen politischen Milieus in der Schweiz in den achtziger Jahren massgeblich (mit)geprägt hat.

Im Vergleich mit den siebziger und achtziger Jahren lässt sich in der öffentlichen politischen Kommunikation der Schweiz in der Phase 1997-2001 bezüglich dem unterschiedlichen "Framing" des Verhältnis Schweiz-Südafrika zur Apartheidzeit bei den Apartheidkritikern wie auch Antikritikern eine noch stärkere Dominanz von analytischen "diagnostic Framing" feststellen (70.8%).¹³¹² Weiterhin lassen sich zudem auf Seiten der Apartheidkritiker verstärkt strategische Einschätzungen und Prognosen

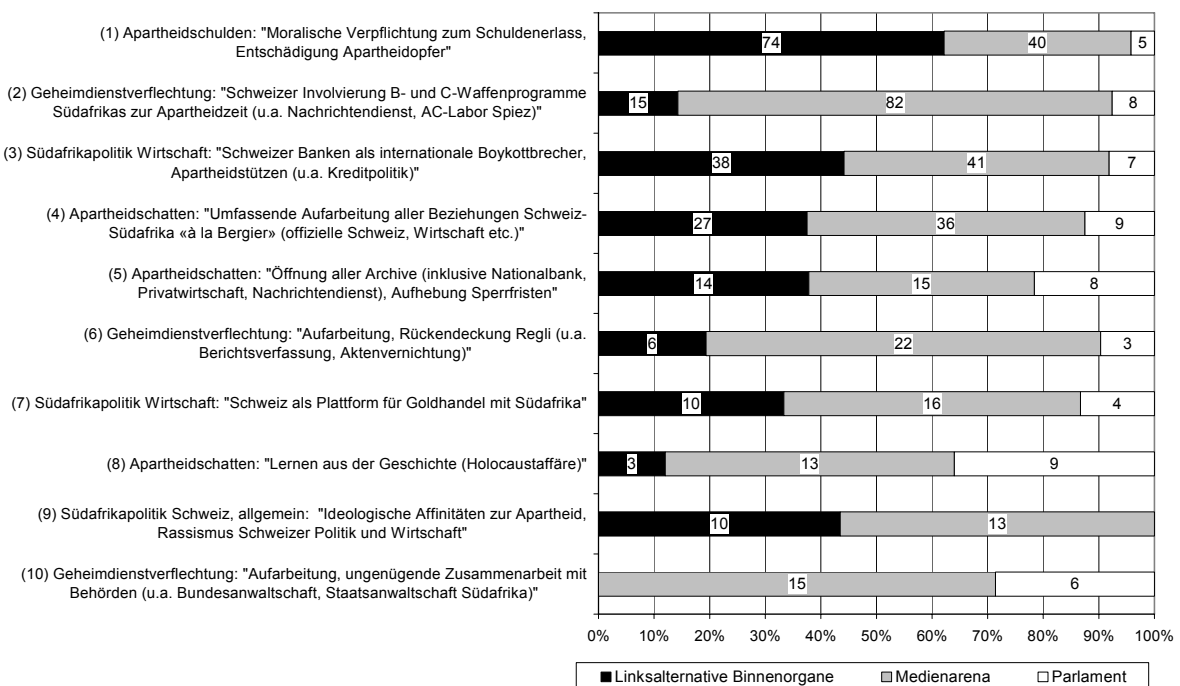
1312

n = 1251. "Diagnostic Framing" = 886 (70.8%); "prognostic Framing" = 227 (18.2%); sowie "identity Framing" = 138 (11.0%).

("prognostic Framing") zum Verhältnis Schweiz-Südafrika eruieren (18.2%). Nach dem Ende des Kalten Krieges sind jedoch identitätsstiftende Positionen ("identity Framing") generell stark zurückgegangen, d. h. finden beispielsweise nur noch Verwendung zur ex post Legitimierung der militärischen und geheimdienstlichen Kooperation zwischen der Schweiz und Südafrika zur Apartheidzeit oder zur Typisierung des politischen Gegners (11.0%).

Als apartheidkritische Position mit der grössten Resonanz in der öffentlichen politischen Kommunikation der Schweiz – d. h. in den linksalternativen und rechtsnationalen Binnenorganen, Leitmedien und dem Parlament insgesamt –, erweist sich in der Phase 1997-2001 die Forderung zur monetären Wiedergutmachung bzw. moralischen Verpflichtung von wirtschaftlichen Apartheidprofiteuren und der offiziellen Schweiz gegenüber der jungen südafrikanischen Demokratie bezüglich eines Erlasses von Apartheidschulden (Stichwort: Odious Debts), Reparationszahlungen und Entschädigungen von Apartheidopfern (total 119 Nennungen) (vgl. Position 1; Abbildung 37; Seite 321).

Abbildung 37: Apartheidkritische Positionen in der öffentlichen politischen Kommunikation der Schweiz 1997-2001¹³¹³



Diese Einschätzung wird insbesondere von den linksalternativen Lobbygruppen und den kampagnenführenden NGOs (Non-Governmental Organisations) selbst – u. a. AAB Südliches Afrika, AFP, Keesa, Jubilee 2000 – portiert; aber auch ausgeprägt von den Forums-, Wochen-, Sonntags- und Boulevardmedien (Tages-Anzeiger, Weltwoche, SonntagsBlick) übernommen. Im Parlament erweisen sich vor allem die SP und die Grüne Partei als Sachverwalter dieser aus dem linksalternativen politischen Milieu stammenden Forderung.

Eine ebenfalls sehr hohe Resonanz in der öffentlichen politischen Kommunikation in den neunziger Jahren – vor allem in dem Anteil, welcher medial geprägt ist –, erzielt auch die Skandalisierung der Schweizer Involvierung im südafrikanischen B- und C-Waffenprogramm zur Apartheidzeit ("Project

¹³¹³ Dargestellt werden die zehn am häufigsten geäußerten apartheidkritischen Positionen differenziert nach linksalternativen Binnenorganen, rechtsnationalen Binnenorganen (hier keine Resonanz), Medienarena und Parlament in absoluten Werten und Prozentsen [n = 839].

Coast") (vgl. Position 2; Abbildung 37). Als Hauptkandalisierer erweisen sich hier der Tages-Anzeiger, Weltwoche, SonntagsBlick und insbesondere die SonntagsZeitung, welche im Gegensatz zu den achtziger Jahren nun verstärkt mit eigenen Enthüllungen die "öffentlichen Meinungen" zu diesem Themenkomplex strukturieren.

Nachhaltig stabilisiert hat sich im öffentlichen Diskurs in der Phase 1997-2001 auch die seit den siebziger Jahren aus dem linksalternativen politischen Milieu traditionell geführte Kritik an der apartheidstützenden Rolle der Schweizer Grossbanken (Stichworte: Kreditpolitik und Goldhandel) (vgl. Positionen 3 und 7; Abbildung 37). Als federführend bei dieser Skandalisierung in der Medienarena erweisen sich Tages-Anzeiger, Berner Zeitung und Weltwoche; im Parlament sind es in den neunziger Jahren wie gehabt die SP und neu die Grüne Partei.

Eine hohe Resonanz in der öffentlichen politischen Kommunikation über das Verhältnis Schweiz-Südafrika zur Apartheidzeit erzielt auch die von grüner Seite eingebrachte Forderung nach einer umfassenden Aufarbeitung der Apartheidschatten durch eine unabhängige Expertenkommission anlog zu derjenigen zu den Schatten des Zweiten Weltkrieges (vgl. Position 4; Abbildung 37). Dabei erzielt vor allem die Forderung von linksalternativen Lobbygruppen (AAB Südliches Afrika, AFP, Keesa, Jubilee 2000), Grüner Partei, SP und einzelner Medien (insbesondere Tages-Anzeiger, Weltwoche) bezüglich der Öffnung aller staatlicher wie auch privater Archive eine besonders hohe Aufmerksamkeit (vgl. Position 5; Abbildung 37).

Als neues identitätsstiftendes Argument in dieser Aufarbeitungsdiskussion hat sich in den linksalternativen Binnenorganen AAB-Nachrichten und WochenZeitung, in der Medienarena (Berner Zeitung, Weltwoche, SonntagsBlick, SonntagsZeitung) wie auch dem Parlament (auf Seiten der SP und Grünen Partei) der Anspruch an ein Lernen aus der Geschichte gefestigt (Stichwort: Holocaustaffäre) (vgl. Position 8; Abbildung 37).

Zudem hat sich in den neunziger Jahren das aus dem Umfeld der linksalternativen Lobbygruppen stammende Deutungsmuster der "Rassismusachse Südafrika-Schweiz" – sprich eigentlicher ideologischer Affinitäten zwischen wirtschaftlichen und politischen Eliten der Schweiz und Südafrikas zur Apartheidzeit –, im öffentlichen Diskurs nachhaltig stabilisiert (vgl. Position 9; Abbildung 37). In der Medienöffentlichkeit zeichnen dafür vor allem Weltwoche, SonntagsBlick und Tages-Anzeiger verantwortlich bzw. (ehemalige) Exponenten aus dem linksalternativen politischen Milieu, welche für die genannten Medien journalistisch tätig sind.

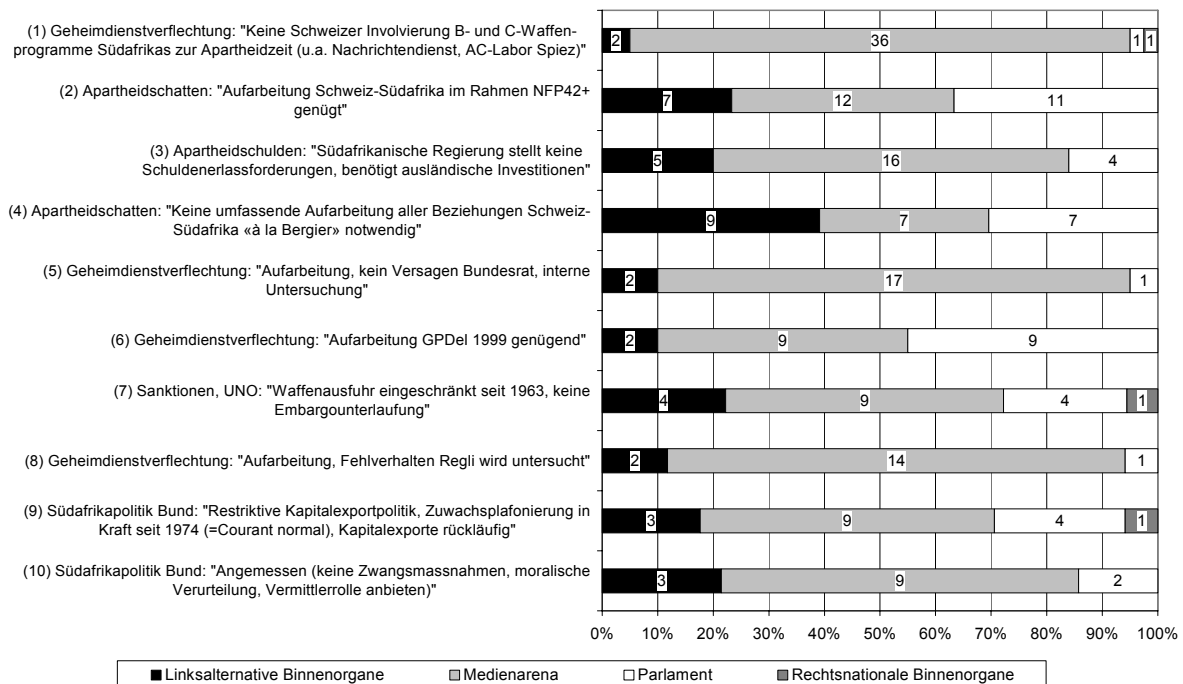
Im Gegensatz zu den siebziger und achtziger Jahren zeichnen sich die linksalternativen Binnenorgane AAB-Nachrichten und WochenZeitung in der Phase 1997-2001 nicht mehr als die eigentlichen Speerspitzen der Enthüllungen zum Verhältnis Schweiz-Südafrika aus. Öfters als in den Jahrzehnten zuvor lässt sich in den linksalternativen Binnenorganen in den neunziger Jahren eine stärkere Bezugnahme auf Enthüllungen in der Medienarena feststellen (als umgekehrt): U. a. bei der Aufdeckung der Geheimdienstverflechtungen durch den Le Temps-Journalisten Jean-Philippe Ceppi.

In den rechtsnationalen Binnenorganen asa-bulletin und Schweizerzeit spielen hingegen nach der Zeitenwende von 1989/90 und dem demokratischen Machtwechsel in Südafrika 1994 die alten Beziehungen der Schweiz zum Apartheidregime praktisch keine Rolle mehr. Auch hier lässt sich aber – wie bei den linksalternativen Binnenorganen –, eine geringere "Eigenproduktion" von Artikeln zum Verhältnis Schweiz-Südafrika und verstärkte Bezugnahme und Übernahme von Einschätzungen und Beiträgen aus der Medienöffentlichkeit feststellen (insbesondere von liberalen Zeitungen).

Als antikritische Position mit der stärksten Resonanz in der öffentlichen politischen Kommunikation der Schweiz in der Phase 1997-2001, erweist sich die Bestreitung und Verneinung einer aktiven In-

volvierung der Schweiz im südafrikanischen B- und C-Waffenprogramm der Apartheidära (total 39 Nennungen) (vgl. Position 1; Abbildung 38, Seite 323). Nebst dem skandalisierten ehemaligen Chef des militärischen Nachrichtendienstes der Schweiz, Divisionär Peter Regli, erweisen sich insbesondere das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) sowie die Delegation der Geschäftsprüfungskommission der Eidgenössischen Räte (GPDeI) als zentrale Verfechter dieses Standpunktes.

Abbildung 38: Antikritische Positionen in der öffentlichen politischen Kommunikation der Schweiz 1997-2001¹³¹⁴



Hohe Resonanzen erzielen auch die antikritischen Positionen, welche einerseits eine umfassende Aufarbeitung der Beziehungen der Schweiz zum südafrikanischen Apartheidregime à la Bergier für unnötig erachtet; andererseits eine wissenschaftliche Untersuchung im Rahmen des Schweizerischen Nationalfonds (Stichwort: NFP 42+ Schweiz-Südafrika) als genügend empfindet (vgl. Positionen 2 und 4; Abbildung 38). Gegen eine weitere Historikerkommission wendet sich dabei vor allem die SVP; die Nationalfondsvariante wird insbesondere vom Bundesrat, der Interdepartementalen Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika und der NZZ favorisiert.

Gegenüber dem Hauptargument der Apartheidkritiker, wonach wirtschaftliche Apartheidprofiteure eine monetären Wiedergutmachung für die junge südafrikanische Demokratie leisten sollten, wird von offizieller Seite, Wirtschaftsvertretern und der NZZ vorzu betont, dass die amtierende Regierung in Südafrika eine solche Massnahme nicht befürworte; dies um aktuelle und potentielle ausländische Investoren nicht abzuschrecken (vgl. Position 3; Abbildung 38).

Nachhaltig etabliert hat sich im öffentlichen Diskurs zudem eines seit den sechziger Jahren immer wieder in die Debatten eingebrachtes antikritisches Leitargument zum Verhältnis Schweiz-Südafrika; und zwar dasjenige der eingeschränkten Waffenausfuhr seit 1963 (vgl. Position 7; Abbildung 38).

¹³¹⁴ Dargestellt werden die zehn am häufigsten geäusserten antikritischen Positionen differenziert nach linksalternativen Binnenorganen, rechtsnationalen Binnenorganen, Medienarena und Parlament in absoluten Werten und Prozenten [n = 412].

Dass nämlich die Schweiz noch vor dem obligatorischen Waffenembargo der UNO 1977 [S/RES/418] gegenüber Südafrika ein Exportverbot von Kriegsmaterial verhängt habe, wird in den neunziger Jahren immer wieder von der NZZ und dem Bundesrat (im Parlament und der Medienarena) prominent erwähnt.

Das gleiche gilt auch für die legalistische Antikritik, wonach die Schweiz seit 1974 den Kapitalexport nach Südafrika plafoniert, d. h. gewissermassen einen Courant normal gegenüber dem Apartheidregime praktiziert habe (vgl. Position 9; Abbildung 38). Auch diese Position wird in der öffentlichen politischen Kommunikation über das Verhältnis Schweiz-Südafrika in den neunziger Jahren fast ausschliesslich von der NZZ und vom Bundesrat forciert.

Als prominentestes Leitargument von Wirtschaftsvertretern hat sich zudem im öffentlichen Diskurs in der Phase 1997-2001 der Verweis auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen der offiziellen Schweiz bzw. der Hinweis auf die Legalität des Südafrikaengagements der Schweizer Wirtschaft weiter stabilisiert (total 11 Nennungen). Diese antikritische Haltung wird in der Medienarena fast ausschliesslich von den Schweizer Grossbanken (UBS, Credit Suisse) eingenommen.

Im Gegensatz zu den siebziger und achtziger Jahren erfahren hingegen antikritische Leitargumente im Kontext des Kalten Krieges (u. a. strategische Bedeutung und Singularisierung Südafrikas) in den neunziger Jahren in der öffentlichen politischen Kommunikation der Schweiz (linksalternative und rechtsnationale Binnenorgane, Medienarena und Parlament insgesamt) keine grosse Aufmerksamkeit mehr.

VI. Schlusswort

Die öffentliche politische Kommunikation über die Beziehungen der Schweiz zum südafrikanischen Apartheidregime zeichnet sich im gesamten analysierten Untersuchungszeitraum von 1960-2001 in der schweizerischen Öffentlichkeit – d. h. den linksalternativen und rechtsnationalen Binnenorganen, Leitmedien und dem Parlament –, durch eine starke Ideologisierung und Links-Rechts-Polarisierung der relevanten Öffentlichkeitsakteure aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und ihrer Positionen aus. Praktisch seit den sechziger Jahren stehen sich im öffentlichen Diskurs zwei unversöhnliche politische Lager mit ihren unterschiedlichen "öffentlichen Meinungen" unverändert gegenüber: Auf der einen Seite versucht das linksalternative politische Milieu der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) und ihre verbündeten Lobbygruppen, kirchliche Kreise und Hilfswerke, die Sozialdemokratische Partei (SP), linke Kleinparteien und – ab den neunziger Jahren verstärkt – die Grüne Partei die schweizerische Öffentlichkeit zum Verhältnis Schweiz-Südafrika zu mobilisieren und zu sensibilisieren; auf der anderen Seite verteidigt und rechtfertigt das rechtsnationale politische Milieu der Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa) und verwandte Lobbygruppen, Vertreter der Wirtschaft und der offiziellen Schweiz, die bürgerlichen Parteien FDP (Freisinnigdemokratische Partei) und CVP (Christlichdemokratische Volkspartei) und – ab den achtziger Jahren verstärkt – die Schweizerische Volkspartei (SVP) die bestehenden (oder alten) Beziehungen der Schweiz zum südafrikanischen Apartheidregime seit 1948.

Anfangs der sechziger Jahren ist das Verhältnis Schweiz-Südafrika zunächst noch kein grösseres Thema in der öffentlichen politischen Kommunikation der Schweiz. Im linksalternativen wie auch rechtsnationalen politischen Milieu haben sich noch keine eigentlichen Lobbygruppen formiert, welche die schweizerischen Beziehungen zum Apartheidregime zu einem Kernthema machen und breitenwirksam politisieren. Intensiv wird aber in der Medienarena im Gefolge des Sharpeville-Massakers 1960 schon über das Thema Apartheid in Südafrika – und implizit auch das Verhältnis Schweiz-Südafrika – debattiert, wobei sich ein verstärkt ideologisch geprägter Diskurs bezüglich einer Parteinahme respektive Nichtparteinahme für das weisse Minderheitenregime feststellen lässt; und zwar insbesondere zwischen Vertretern der klassischen Parteipresse: U. a. Republikaner, freisinnig-liberale NZZ, sozialdemokratische Tagwacht und "kommunistischer" Vorwärts. In bürgerlichen und rechtsnationalen Kreisen hat sich schon in diesen Jahren das Deutungsmuster einer einerseits offenen Unterstützung der Apartheid – verstanden als sogenannte "getrennte" Entwicklung (vor allem Position Republikaner) –, und/oder andererseits eines langsamen "evolutionären Wandels" bzw. sachten Reformprozesses für Südafrika gefestigt (vor allem Position NZZ). Demgegenüber hat sich bei den Vertretern der linken "Weltanschauungsorgane" (Tagwacht, Vorwärts) spätestens mit dem Sharpeville-Massakers 1960 unzweideutig die apartheidkritische Position etabliert, wonach die Apartheid nur abschaffbar und nicht reformierbar sei.

1963 finden dann die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen in der Medienarena und dem Parlament im Zusammenhang mit den kontroversen Waffenlieferungen der Oerlikon-Bührle an das Apartheidregime erstmals erhöhte Resonanz. Die Verhängung eines schweizerischen Waffenembargos im Dezember 1963 – d. h. kurz nach dem UNO-Aufruf zur Unterbindung von Waffenlieferungen ins südliche Afrika im gleichen Jahr und noch vor der Verhängung eines obligatorischen Waffenembargos 1977 [S/RES/418] –, sollte dann bis in die neunziger Jahre seitens der offiziellen Schweiz (Bundesrat, Verwaltung etc.) als Leitargument Verwendung finden, man habe schon frühzeitig konkrete Massnahmen gegenüber dem Apartheidregime eingeleitet. Sekundiert in dieser Einschätzung wird dabei die offizielle Schweiz über die Jahrzehnte hinweg durch die freisinnig-liberale NZZ. Als weitere zentrale Leitargumente der Antikritiker aus dieser Zeit, sollten sich in den achtziger und neunziger Jahre auch immer wieder der Hinweis erweisen, dass die offizielle Schweiz die Apartheid schon 1968

an einer UNO-Konferenz über Menschenrechte in Teheran durch den Schweizer Botschafter August R. Lindt erstmals "moralisch verurteilt" habe – und dies danach bei jeder Gelegenheit wiederholte –, und zudem als Nichtmitglied der Vereinten Nationen zu keiner Befolgung von Sanktionsaufrufen und Sanktionsbeschlüssen der UNO-Generalversammlung und des UNO-Sicherheitsrates verpflichtet gewesen sei. Im *Republikaner* wird zudem schon intensiv die ideologisch motivierte "Sonderbehandlung" des Fall Südafrika durch die Linken skandalisiert; sprich ein antikritisches Leitargument in den öffentlichen Diskurs eingeführt, das in den folgenden Jahrzehnten verstärkt in bürgerlichen Kreisen auf fruchtbaren Boden stossen sollte.

Anfangs der siebziger Jahre sind es zunächst zwei Publikationen des Genfer Centre Europe – Tiers Monde (CETIM) – die Studie *Suisse – Afrique du Sud. Relations économiques et politiques* von 1972 und die Studie *Schweiz – Südafrika. Ende des Dialogs?* von 1974 –, welche das Thema der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika erstmals prominent – jedoch nur punktuell und kurzfristig –, in der öffentlichen politischen Kommunikation der Schweiz (Medienarena, Parlament) zur Sprache bringen. Ab Mitte der siebziger Jahre sollten jedoch in den autonomen Öffentlichkeiten von sozialen Bewegungen und linksalternativen Lobbygruppen verstärkt alternative Deutungsmuster, d. h. neue Positionen und "Framing" zum Verhältnis Schweiz-Südafrika generiert und damit die öffentliche politische Kommunikation strukturiert werden: U. a. werden die Schweizer Grossbanken SBG, SBV und SKA als internationale Boykottbrecher, Schweizer Firmen als "Prototypen von Ausbeutern" im "Profitparadies Südafrika" und die Schweiz als zentrale Plattform für den südafrikanischen Goldhandel und als Drehscheibe für Umgehungsgeschäfte (u. a. Oerlikon-Bührle) mit dem Apartheidregime typisiert (Strukturwandelthese 1a).¹³¹⁵

Nach dem Soweto-Aufstand 1976 und mit der Gründung der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) in der Deutschschweiz im gleichen Jahr lässt sich eine Intensivierung der Thematisierung bzw. Verdichtung des Verhältnis Schweiz-Südafrika in der öffentlichen politischen Kommunikation feststellen: Die linksalternativen Binnenorgane AAB-Nachrichten, konzept und WochenZeitung skandalisieren nun mit erhöhter Regelmässigkeit die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen; und die AAB und verbündete Lobbygruppen – u. a. Anti-Outspan-Kampagne Lausanne, Arbeitsgruppe Dritte Welt (AG3W), Solidaritätskomitee für Asien, Afrika und Lateinamerika (SKAAL) und Aktion Südafrika-Boykott (ASB) –, beginnen die parlamentarischen Debatten mit eigenen Vorstössen zu beeinflussen – u. a. *Petition Renonciation à la collaboration Suisse-Afrique du Sud* von 1978 (Stichworte: Sistierung Exportrisikogarantie (ERG), Kündigung Doppelbesteuerungsabkommen und Unterbindung Auswanderungspropaganda) –, und die "öffentlichen Meinungen" über erste Kampagnen (Granny Smith-Boykottkampagne) zu mobilisieren (Strukturwandelthese 1b).

Im rechtsnationalen politischen Milieu (*Republikaner*, *Schweizerzeit*) ist demgegenüber das Verhältnis Schweiz-Südafrika zu dieser Zeit noch kein grösseres Thema. Prominent wird aber schon auf die negativen Effekte von Boykottmassnahmen gegenüber Südafrika verwiesen – u. a. eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit der schwarzen Bevölkerung und ein Chaos für das südliche Afrika ("Blutbadthese") prognostiziert –, einem "evolutionären Wandel" in Südafrika das Wort geredet und die Apartheid verstärkt im Kontext des Kalten Krieges analysiert, d. h. Südafrika als unterstützenswertes Bollwerk gegen den Weltkommunismus auf dem afrikanischen Kontinent typisiert und die Singularisierung der Apartheid durch die Linken – vor allem im Vergleich mit Menschenrechtsverletzungen im Ostblock – kritisiert (These des sozialen Wandels 1a).

Mit Beginn der öffentlichkeitswirksamen Tätigkeit der AAB wird das Verhältnis Schweiz-Südafrika auch in der Medienöffentlichkeit zu einem grösseren Thema. Diverse Medien kommentieren teilweise neue Enthüllungen aus dem linksalternativen politischen Milieu und berichten nun auch stärker über die

1315

Zu den folgenden Strukturwandelthesen und Thesen des sozialen Wandels vgl. nochmals Kapitel III.3.

schweizerischen Beziehungen zum Apartheidregime anlässlich institutionalisierter Ereignisse: Beispielsweise reflektieren der unabhängige Tages-Anzeiger und die sozialdemokratische Tagwacht die von linksalternativen Lobbygruppen intensiv skandalisierten Anleihen der Schweizer Grossbanken an die südafrikanische Elektrizitätsgesellschaft ESCOM (Electricity Supply Commission) und die Involvierung selbiger im Muldergate-Skandal 1978; und diverse Medien schwenken den Fokus auf die kontroversen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und dem Apartheidregime anlässlich des "Zürcher Treffens" zwischen Premierminister B. J. Vorster und dem amerikanischen Aussenminister Henry Kissinger 1976 und des Schweiz-Besuchs von Aussenminister Pik Botha 1979. Zudem werden verstärkt die schweizerischen "People's Sanctions" gegen Grossverteiler, welche südafrikanische Produkte in ihren Sortimenten führen (u. a. Migros, Coop), medial gespiegelt und kommentiert.

Der in den sechziger Jahren noch dominante ideologische Widerstreit zwischen Vertretern der klassischen Parteipresse in der Medienarena (u. a. NZZ, Tagwacht), wird auch in den siebziger Jahren – nun aber vor allem im Forumsbereich der medialen Öffentlichkeit –, zu unterschiedlichen Aspekten respektive Adressaten zum Verhältnis Schweiz-Südafrika weitergeführt; beispielsweise in der freisinnig-liberalen NZZ bezüglich der Kritik und Antikritik der Südafrikapolitik der schweizerischen Landeskirchen und ihrer Organisationen (Stichwort: keine Unterstützung vs. implizite Unterstützung der Apartheidpolitik in Südafrika durch kirchliche Kreise der Schweiz).

Im Rahmen der Verhängung eines "Südafrika-Kodex" durch die Europäische Gemeinschaft (EG) 1977 geraten zudem in der Medienarena Schweizer Firmen mit südafrikanischen Tochniederlassungen stärker in den Fokus der Berichterstattung über Südafrika. Aus dieser Zeit datieren verstärkt antikritische Argumente, welche schweizerischen Unternehmen eine progressive Arbeitgeberpolitik in ihren südafrikanischen Betrieben attestieren; und zudem betonen, dass ein Rückzug der Schweizer Wirtschaft aus Südafrika nur die Falschen – d. h. die schon genug benachteiligte schwarze Bevölkerung – treffen würde. Diese beiden Argumentationen werden in der Medienarena in den siebziger Jahren vor allem von Wirtschaftsvertretern portiert, stossen aber insbesondere in der freisinnig-liberalen NZZ auf erhöhte Aufmerksamkeiten und Zustimmung.

Im Parlament werden in den siebziger Jahren die linken Kleinparteien Partito Socialista Autonomo (PSA) und POCH (Progressive Organisation Schweiz) sowie die SP zu den Sachverwaltern der Anliegen der AAB und ihrer verbündeten Lobbygruppen (insbesondere für die linksalternative Forderungen nach einer ERG-Sistierung und Kündigung des Doppelbesteuerungsabkommens). Die SP-Nationalräte Jean Ziegler und Hansjörg Braunschweig, PSA-Nationalrat Werner Carobbio und POCH-Nationalrat Andreas Herczog sorgen dabei mit diversen parlamentarischen Vorstössen für eine nachhaltige Thematisierung des Verhältnis Schweiz-Südafrika im Parlament. Skandalisiert werden intensiv der Missbrauch der Schweiz als Drehscheibe für Umgehungsgeschäfte mit dem Apartheidregime (u. a. Oerlikon-Bührle); sowie die unglaubliche Südafrikapolitik der offiziellen Schweiz, welche die Apartheid nur moralisch verurteilen würde, jedoch keine Sanktionen ergreifen wolle (ein Leitargument übrigens, welches bis in die späten achtziger Jahre permanent von Apartheidkritikern in linksalternativen Binnenorganen, der Medienarena und dem Parlament vorgebracht werden sollte).

Nebst dem Bundesrat, der sich vor allem mit den klassischen Argumenten der aussenpolitischen Tradition der Neutralität und der Universalität der Wirtschaftsbeziehungen gegen wirtschaftliche Massnahmen gegenüber Südafrika ausspricht – und zudem auf das Waffenembargo von 1963 verweist –, schalten sich in den siebziger Jahren verstärkt die Freisinnigdemokratische Partei (FDP) und die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) mit Kalter Kriegs-Deutungsmuster in die parlamentarischen Debatten ein. Das Argument der Ungleichbehandlung des "vermeintlichen Sonderfall" Südafrika im Vergleich mit anderen totalitären Staaten und ihren Menschenrechtsverletzungen (insbesondere solche des Ostblockes) wird dabei zum zentralen identitätsstiftenden Deutungsmuster in der Delegitimierung sogenannter wirtschaftlicher "Zwangsmassnahmen" seitens bürgerlicher Parlamentarier.

In den achtziger Jahren wird von der AAB und verbündeten Lobbygruppen – insbesondere von der Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt (AFP) –, noch stärker als in den Jahrzehnten zuvor die Thematik der Schweizer Grossbanken als wirtschaftliche Stützen des Apartheidregimes (Stichworte: Kreditpolitik und Goldhandel) in den Vordergrund der Kampagnentätigkeit gerückt (Banken-Boykottkampagne). Daneben lässt sich eine noch stärkere Einflussnahme auf die parlamentarischen Debatten feststellen: U. a. über die *Petition Südafrika. Auch die Schweiz muss handeln* der AAB 1985 (Stichworte: Importverbot Krügergoldmünzen, Aufhebung Swissair-Flüge und Überflug- und Landerecht SAA), die *Pétition pour des sanctions contre l'Afrique du Sud* des SOS Racisme Vaud 1986 sowie unzählige Vorstösse von SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, welcher zugleich als Präsident der AAB im Parlament lobbyiert. Schärfer als in den Jahrzehnten zuvor werden dabei auch Schweizer Firmen mit Tochterniederlassungen in Südafrika für ihre "ausbeuterische" Arbeitgeberpolitik kritisiert (u. a. Schmidheiny-Gruppe), Umgehungsgeschäfte über die Drehscheibe Schweiz skandalisiert (u. a. Marc Rich, ASEA-BBC) und die "Umgehungs-Diplomatie" bzw. Südafrika-Besuche von Schweizer Beamten und Politikern enthüllt. Zudem hat sich in den linksalternativen Binnenorganen AAB-Nachrichten und WochenZeitung das Deutungsmuster der schweizerischen Komplizenschaft mit dem Apartheidregime bzw. der Schweiz und ihrer Wirtschaft als "Sanktionsgewinnler" nachhaltig stabilisiert; und zwar aufgrund des schweizerischen Abseitsstehens beim internationalen Südafrikaboykott der UNO. Prominent wird in diesem Zusammenhang auch die als apartheidstützende Aktion perzipierte Umschuldungsmission des ehemaligen Nationalbankpräsidenten Fritz Leutwiler skandalisiert.

Als zentrales Leitargument zur Ergreifung von Sanktionen gegenüber Südafrika erweist sich im linksalternativen politischen Milieu nun in den achtziger Jahren der Hinweis, dass selbst die schwarze Bevölkerung und ihre Führerpersönlichkeiten in Südafrika Boykottmassnahmen befürworten würden ("Tutu-Position"). Daneben hat sich in der linksalternativen Typisierung des Verhältnis Schweiz-Südafrika neu das identitätsstiftende Deutungsmuster einer "Rassismusachse Südafrika-Schweiz" etabliert. Insbesondere im Zusammenhang mit einer verstärkten Fokussierung des politischen Gegners aus dem bürgerlichen und rechtsnationalen Lager – welches die schweizerische Öffentlichkeit verstärkt im Rahmen der 1982 gegründeten rechtsnationalen Lobbygruppe asa (Arbeitsgruppe südliches Afrika) für ein eigenes, "autonomes Bild" des Verhältnis Schweiz-Südafrika zu mobilisieren versucht –, intensiviert sich die Kritik an einer eigentlichen Geistesverwandtschaft zwischen wirtschaftlichen und politischen Eliten der Schweiz und Exponenten des Apartheidregimes (These des sozialen Wandels 1b).

Im rechtsnationalen politischen Milieu (asa-bulletin, Schweizerzeit) lässt sich in den achtziger Jahren analog dazu ebenfalls eine verstärkte Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner in Sachen Südafrika (u. a. AAB, kirchliche Organisationen, Hilfswerke) feststellen. Dabei werden einerseits die linksalternativen Apartheidkritiker der Propaganda und Verzerrung der Realität in Südafrika bezichtigt und die schweizerischen Landeskirchen und ihre Organisationen skandalisiert, die mit ihrer "Theologie des Hasses" – gewollt oder ungewollt – der kommunistischen Weltrevolution Vorschub leisten würden; andererseits die Südafrikaberichterstattung der als kommunistisch unterwandert perzipierten Massenmedien (insbesondere Schweizer Fernsehen SF DRS) als Desinformation entlarvt. Als zentrale Leitargumente gegen einen Südafrikaboykott werden – nebst dem Klassiker des negativen Effektes der Erhöhung der Arbeitslosigkeit der schwarzen Bevölkerung – nun vor allem die "Blutbadthese" und der Hinweis aufgeführt, dass selbst schwarze Führerpersönlichkeiten in Südafrika Boykottmassnahmen verurteilen würden ("Buthelezi-Argument"). Prominent werden auch weiterhin die Reformen unter Staatspräsident P. W. Botha als richtiger Reformweg analysiert (Stichwort: "evolutionärer Wandel") und die bekannten Kalter Kriegs-Deutungsmuster als Gegenargumente aufgeführt: U. a. strategische Bedeutung Südafrikas als westlicher Vorposten und ungleiche Handhabung Südafrikas im Vergleich mit anderen totalitären Regimes.

In der Medienarena lässt sich in den achtziger Jahren eine noch stärkere Thematisierung des Verhältnis Schweiz-Südafrika feststellen als in den Jahrzehnten zuvor; und zwar nun nicht nur anlässlich und ausschliesslich institutionalisierter Ereignisse – u. a. UNO-Seminar über Bankenbeziehungen 1981 und Schweiz-Besuche von P. W. Botha 1984 und 1988 –, sondern verstärkt auch im Zeichen aussergewöhnlicher Ereignisse, welche von der AAB, ASB und AFP "auf der Strasse" inszeniert werden (u. a. diverse Bankenpikett-Aktionen, Lancierung Zeitungsprojekt und Events anlässlich des 125-Jahr-Jubiläums der SBG) (Strukturwandelthese 2a).

Der unabhängige Tages-Anzeiger und die sozialdemokratische Tagwacht erweisen sich hierbei als für die Anliegen der linksalternativen Lobbygruppen "offenste" Medien, indem sie am ausgiebigsten über einzelne Aktionen berichten und das Forum für Exponenten des südafrikanischen und schweizerischen Apartheidwiderstandes eröffnen und deren Positionen (teilweise) übernehmen. Demgegenüber berichtet die freisinnig-liberale NZZ in den achtziger Jahren am intensivsten über Events von antikritischen Lobbygruppen wie der asa, Club der Freunde Südafrikas (CFS) und der Swiss South African Association (SSAA), und übernimmt bzw. verbreitet insgesamt die klassischen bürgerlichen Deutungsmuster zum Verhältnis Schweiz-Südafrika: U. a. Sanktionen erhöhen Arbeitslosigkeit der schwarzen Bevölkerung sowie freie Marktwirtschaft bzw. Investitionen werden die Apartheid schon von selber abschaffen.

Stärker als in den siebziger Jahren lässt sich dabei in der Medienarena auch eine Fokussierung auf charismatische und prominente Vertreter aus Politik und Wirtschaft und ihrer Positionen feststellen: U. a. im Boulevardmedium Blick – anlässlich einer Südafrika-Reise der FDP-Nationalrätin Geneviève Aubry –, in der NZZ – welche unter anderem das Forum für FDP-Nationalrat Jean-Pierre Bonny eröffnet –, und im Tages-Anzeigers, welcher diverse Interviews mit Niklaus Senn (Präsident der Generaldirektion der SBG) und Fritz Leutwiler (ehemaliger Nationalbankpräsident) führt; um nur einige Beispiele zu nennen (Strukturwandelthese 2b).

Im Kontext der Verschärfung der wirtschaftlichen Massnahmen gegenüber Südafrika seitens der UNO [S/RES/569], der USA [*Comprehensive Anti-Apartheid Act*] und der Europäischen Gemeinschaft (EG) 1985/86 – wie auch im Rahmen der beiden grossen Südafrikadebatten im Nationalrat 1986 und 1988 zum Südafrikaboykott respektive zur Einführung eines sogenannten "echten" Courant normal (inklusive alle Kapitalexporte und Goldhandel) –, hat sich zudem in der Medienarena eine breite Debatte über die Zweckmässigkeit von Boykottmassnahmen und das internationale Abseitsstehen der neutralen Schweiz etabliert, wobei vor allem die Forums- und Wochenmedien (Tages-Anzeiger, Weltwoche) die massgeblichen apartheidkritischen und antikritischen Positionen von Wirtschaftsvertretern, Parlamentariern und der offiziellen Schweiz spiegeln: U. a. der linksalternative Vorwurf der Komplizenschaft bei Nichtergreifung von Sanktionen (Position SP) und das Gegenargument der Neutralität, welche konzertierte Aktionen grundsätzlich verbieten würde (Position offizielle Schweiz und bürgerliche Kreise); sowie dasjenige des schweizerischen Gesetzesrahmens, der beim Südafrikaengagement der Schweizer Wirtschaft immer eingehalten würde (Position Schweizer Grossbanken).

Die Wochen-, Sonntags- und Boulevardmedien (Weltwoche, SonntagsZeitung, SonntagsBlick, Blick) fokussieren aber in den achtziger Jahren das Verhältnis Schweiz-Südafrika im Vergleich zu den Tageszeitungen noch eher marginal und nur verstärkt anlässlich aussergewöhnlicher Ereignisse, wie beispielsweise der Verhaftung von Schweizer Bürgern in Südafrika (u. a. Pfarrer Jean-François Bill). Verstärkt zeichnet sich jedoch schon die SonntagsZeitung und die Weltwoche Ende der achtziger Jahre durch eigene Enthüllungen zum Verhältnis Schweiz-Südafrika aus; so beispielsweise im Zusammenhang mit den (halboffiziellen) Südafrika-Reisen von Schweizer Beamten oder der Informationspolitik und den PR-Kampagnen der Schweizer Grossbanken zu ihrem Südafrikaengagement.

Im Parlament wird die Apartheidkritik noch stärker von SP-Nationalräten – nebst AAB-Präsident Rechsteiner vor allem Braunschweig und Ziegler –, und der PdA/PSA/POCH-Fraktion dominiert, wobei sich neu auch der Landesring der Unabhängigen (LdU) zu Wort meldet. Nebst den etablierten Argumenten der Unglaubwürdigkeit der Südafrikapolitik der offiziellen Schweiz, dem Vorwurf der traditionellen Komplizenschaft mit totalitären Regimes (Stichwort: vom "Kriegsgewinnler" der Nazizeit zum "Sanktionsgewinnler" der Apartheidära) und der Skandalisierung der apartheidstützenden Rolle der Schweizer Grossbanken (Kreditpolitik, Goldhandel), wird von linker Seite neu auch das Argument der aussenpolitischen Tradition der Solidarität und Humanität in den parlamentarischen Debatten lanciert, welche bei Menschenrechtsverletzungen gegenüber der Neutralität den Vorzug erhalten sollte.

Die Fraktion der Sanktionsgegner und Antikritiker des Verhältnis Schweiz-Südafrika im Parlament – die FDP und CVP –, erhält anlässlich der beiden grossen Südafrikadebatten von 1986 und 1988 mit der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und der Liberalen Partei der Schweiz (LPS) eine gewaltige Verstärkung. Diverse bürgerliche Nationalräte – u. a. Christoph Blocher (SVP), Aubry (FDP) und Jacques-Simon Eggly (LPS) –, agieren dabei als direkte Fürsprecher der rechtsnationalen Lobbygruppe asa im Parlament, wobei dabei die klassischen Kalter Kriegs-Deutungsmuster und die Hinweise auf die negativen Effekte von Sanktionen aus dem rechtsnationalen politischen Milieu umfassend ins Parlament diffundieren. Zentral wird im Parlament auch das Deutungsmuster des "evolutionären Wandels" übernommen, d. h. darauf hingewiesen, dass Sanktionsmassnahmen nur den begrüssenswerten Reformprozess unter P. W. Botha behindern würden.

Wiederholt wird in den achtziger Jahren von den bürgerlichen Antikritikern im Parlament und der offiziellen Schweiz auch darauf verwiesen, dass die Schweiz gewissermassen schon einen Courant normal gegenüber Südafrika praktiziere und Massnahmen zur Unterbindung von Umgehungs- und Dreiecksgeschäften über die Schweiz getroffen habe: U. a. Zuwachsplafonierung der Kapitalexporte seit 1974 respektive "statistische Überwachung" der Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika. Seitens der linken Apartheidkritiker wird dieser Courant normal aber als ungenügende Massnahme kritisiert und ein "echter" Courant normal (inklusive alle Kapitalexporte und Goldhandel) gefordert. Zudem wird auch verstärkt auf die Durchlässigkeit bzw. Umgehung des Waffenembargos und der internationalen Sanktionen der UNO verwiesen; und – in Umkehrung des antikritischen Leitargumentes der ideologischen Bevorzugung des Fall Südafrika – kritisiert, dass gegenüber dem Ostblock auf Druck der USA insgesamt schärfere Bestimmungen von der Schweiz verhängt wurden (Stichwort: Cocom-Liste).

Auch in den neunziger Jahren – nach dem Ende der Apartheid in Südafrika –, lässt sich im linksalternativen politischen Milieu weiterhin eine intensiviert Kampagnentätigkeit der sich nun AAB südliches Afrika nennenden ehemaligen AAB und verwandter Lobbygruppen – u. a. AFP, Kampagne für Entschuldung & Entschädigung im südlichen Afrika (Keesa), Jubilee 2000 – feststellen: Beispielsweise wird mit der Publikation der Studie *Apartheidschulden. Der Anteil Deutschlands und der Schweiz* 1999 eine erhöhte Resonanz in der Medienarena und dem Parlament erzeugt und das Deutungsmuster der Schweizer Grossbanken als internationale Boykottbrecher und Apartheidstützen verifiziert und nachhaltig stabilisiert; sowie gleichzeitig eine moralische Verpflichtung der offiziellen Schweiz und der Schweizer Wirtschaft für eine monetäre Wiedergutmachung für die junge südafrikanische Demokratie (Stichworte: Apartheidschuldenerlass, Reparationszahlungen und Opferentschädigungen) im Kontext eines den Ost-West-Antagonismus überlebten Nord-Süd-Gegensatzes daraus abgeleitet und begründet (These des sozialen Wandels 2a)

Im rechtsnationalen politischen Milieu (asa-bulletin, Schweizerzeit) ist hingegen nach der Zeitenwende von 1989/90 die Antikritik der schweizerischen Beziehungen zum südafrikanischen Apartheidregime praktisch verstummt, wobei gleichzeitig die klassischen Kalter Kriegs-Deutungsmuster in der (ex post)

Analyse des Verhältnis Schweiz-Südafrika stark an Definitionsmacht eingebüsst haben (These des sozialen Wandels 2b).

In der Medienarena ist das Verhältnis Schweiz-Südafrika in den neunziger Jahren nun neu gekennzeichnet durch eine massiv erhöhte Skandalisierung durch Medienakteure selbst. Stärker als die linksalternativen Binnenorgane AAB-Nachrichten und WochenZeitung in den siebziger und achtziger Jahren zeichnen sich nun die Forums-, Wochen-, Sonntags- und Boulevardmedien (Tages-Anzeiger, Weltwoche, SonntagsZeitung, SonntagsBlick, Blick) durch eigene Enthüllungen zu den schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit aus; insbesondere zum Themenkomplex der kontroversen Geheimdienstverflechtung – d. h. zur Schweizer Involvierung im südafrikanischen B- und C-Waffenprogramm der Apartheidära –, welche vor allem vom Tages-Anzeiger (Bruno Vanoni) und der SonntagsZeitung (Martin Stoll) umfangreich recherchiert und langfristig auf der medialen Agenda verankert werden. Die Funktion der Skandalisierung der offiziellen Schweiz wie auch der Schweizer Wirtschaft für ihre Südafrikapolitik bzw. ihr Südafrikaengagement zur Apartheidzeit wird nun fast ganz von den Medien selbst übernommen (Strukturwandelthese 3a).

Analog zur "Eroberung" der parlamentarischen Arena durch die linksalternativen Lobbygruppen mit ihren apartheidkritischen Positionen über "eigene" (Rechsteiner) und gleichgesinnte linke Parlamentarier (Braunschweig, Ziegler etc.) in den achtziger Jahren, lässt sich eine ähnliche "Eroberung" einer breiteren, medial geprägten Öffentlichkeit durch journalistisch tätige Sympathisanten und (ehemalige) Exponenten der AAB in den neunziger Jahren feststellen: U. a. durch die ehemaligen Mitarbeiter der WochenZeitung, Gian Trepp und Res Strehle, die in den neunziger Jahren auch für die SonntagsZeitung und die Weltwoche schreiben – und damit die öffentliche politische Kommunikation über das Verhältnis Schweiz-Südafrika zur Apartheidzeit direkter mitstrukturieren –, sowie durch Mascha Madörin (AFP) und Martina Egli – beide auch Mitautorinnen der Apartheidschuldenstudie –, die sich nebst der WochenZeitung vor allem im Tages-Anzeiger und der Weltwoche zu Wort melden. Diese Entwicklung lässt sich dabei als direkte Folge des Strukturwandels der Öffentlichkeit, d. h. als eigentliches Produkt der Ausdifferenzierung des Mediensystems charakterisieren.

Im Gegensatz zu den siebziger und achtziger Jahren beschränkt sich in den neunziger Jahren die Kampagnentätigkeit der AAB südliches Afrika und ihrer verwandten Lobbygruppen nun nicht mehr nur alleinig auf die Aktivitäten "auf der Strasse" – welche indirekt Medienresonanz erzeug(t)en –, sondern hat sich massgeblich "in die Zeitungsspalten" direkt verlagert. Nachhaltig haben sich im Zuge davon beispielsweise klassische Deutungsmuster aus dem linksalternativen politischen Milieu der achtziger Jahre in der Medienöffentlichkeit stabilisiert; wie beispielsweise die Skandalisierung einer "Rassismusachse Südafrika-Schweiz", die Kritik an der Drehscheibenfunktion der Schweiz im südafrikanischen Diamantenhandel und die als "Sanktionsumgehung" gewertete Finanzierung des Engagements von südafrikanischen Firmen in Europa durch Schweizer Grossbanken kurz vor dem Ende der Apartheid (u. a. "Affäre Minorco", Gründung Compagnie Financière Richemont (CFR)).

Angesichts einer intensivierten Medienskandalisierung des Verhältnis Schweiz-Südafrika gerät zudem in den neunziger Jahren die offizielle Schweiz (Bundesrat, Verwaltung etc.) im Vergleich zu den Jahrzehnten zuvor verstärkt unter "Reaktionsstress" und Legitimationsdruck in der (medialen) Öffentlichkeit. Waren beispielsweise die legalistischen Massnahmen der Plafonierung des Kapitalexportes von 1974 und der "statistischen Überwachung" des Handelsverkehrs zur Unterbindung von Umgehungsgeschäften ab den achtziger Jahren noch eher interne Verwaltungsmassnahmen – und nur der parlamentarischen Referenzarena gegenüber rechenschaftspflichtig –, so wird die offizielle Schweiz – vor allem im Zusammenhang mit den skandalisierten militärischen und nachrichtendienstlichen Kontakten zum Apartheidregime – verstärkt rechenschaftspflichtig gegenüber einer sensibilisierten Medienöffentlichkeit (Strukturwandelthese 3b).

Zeichnen für die moralische Skandalisierung hauptsächlich die linksalternativen Lobbygruppen und die kampagnenführenden NGOs (Non-Governmental Organisations) für eine monetäre Wiedergutmachung durch wirtschaftliche Apartheidprofiteure verantwortlich – und für diejenige der Geheimdienstverflechtungen der Apartheidära vornehmlich die Forums-, Wochen-, Sonntags- und Boulevardmedien –, so erweist sich in den neunziger Jahren vor allem die Grüne Partei als Hauptskandalisiererin der dritten Hauptkritik des Verhältnis Schweiz-Südafrika zur Apartheidzeit verantwortlich; nämlich derjenigen der unaufgearbeiteten Apartheidschatten der Schweiz vor dem Hintergrund der wissenschaftlich umfangreich untersuchten Schweizer "Schatten des Zweiten Weltkrieges" (These des sozialen Wandels 3a)

Denn neu wird die traditionelle linksalternative Kritik – welche zuvor im Parlament vor allem von linken Kleinparteien und den Sozialdemokraten portiert wurde –, in den neunziger Jahren auch massgeblich von der Grünen Partei übernommen und findet in der grünen Nationalrätin Pia Hollenstein eine neue prominente Sachverwalterin. War die SP in den siebziger und achtziger Jahren vorwiegend Fürsprecherin der Anliegen der AAB in der politischen Öffentlichkeit des Parlamentes, so übernimmt in den neunziger Jahren die Grüne Partei diese Rolle. Dabei erfährt das von grüner Seite besonders prominent gestützte apartheidekritische Deutungsmuster des Lernens aus der Geschichte – d. h. konkret aus den Sammelklagen in der Holocaustaffäre –, eine breite mediale Aufmerksamkeit, und dient verstärkt als Blaupause für die linksalternativen Lobbygruppen und kampagnenführenden NGOs, ihre Forderungen für einen Apartheidschuldenerlass, Reparationszahlungen und Opferentschädigungen analog zu lancieren (These des sozialen Wandels 3b).

Auf Seiten der Antikritiker der ehemaligen Südafrikapolitik der offiziellen Schweiz und der Schweizer Wirtschaft meldet sich von den etablierten politischen Akteuren nur noch gerade die SVP in der öffentlichen politischen Kommunikation zu Wort. Daneben erweist sich zudem in der Medienarena nur noch gerade die NZZ als alleinige Verteidigerin der – insgesamt als "angemessen" zu erachtenden – Südafrikapolitik der offiziellen Schweiz und des – grundsätzlich als "rechtmässig" zu wertenden – Südafrikaengagements der Schweizer Grossbanken und Firmen; und zwar unter anderem wiederum mit den traditionellen antikritischen Leitargumenten der eingeschränkten Waffenausfuhr seit 1963 und den Hinweisen auf den aktiven Beitrag der offiziellen Schweiz zur Abschaffung der Apartheid (Stichworte: "Programm der positiven Massnahmen" und "Rosenthal-Initiative") und den "faktischen" Courant normal gegenüber dem Apartheidregime seit 1974 (Zuwachsplafonierung der Kapitalexporte). Weiterhin wird auch in den neunziger Jahren von Wirtschaftsvertretern (insbesondere von den Schweizer Grossbanken UBS und Credit Suisse) das Südafrikaengagement zur Apartheidzeit vornehmlich mit dem legalistischen Argument des schweizerischen Gesetzesrahmen, welcher nie verletzt worden sei, legitimiert.

Die sich seit anfangs der sechziger Jahre herausgebildete, hochgradige Ideologisierung und Links-Rechts-Polarisierung in der öffentlichen politischen Kommunikation über die Beziehungen der Schweiz zum südafrikanischen Apartheidregime prägten die politischen Identitäten der beteiligten Öffentlichkeitsakteure in der Schweiz zeitfest bis in die Gegenwart. Dabei zeichnen sich praktisch alle apartheidekritischen und antikritischen Argumente durch eine erstaunlich hohe Lebensdauer aus. Durch diese rigide, identitätssichernde Ideologisierung und Polarisierung war die Schweiz bezüglich ihrer Beziehungen zu Südafrika grundsätzlich nicht lernfähig; vor allem auch dann nicht, als sich fast alle anderen westlichen Staaten in unterschiedlichem Ausmass am internationalen Südafrikaboykott der UNO beteiligten und sich vom Apartheidregime distanzieren. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der schweizerischen Tradition der Konkordanzpolitik, welche den politischen Akteuren Kompromiss- und Lernfähigkeit abverlangt, bemerkenswert, jedoch gerade auch dadurch selbst erklärbar: Denn in politischen Auseinandersetzungen, die innenpolitisch durch konkordanzdemokratische Aushandlungsprozesse domestiziert werden, kommt vor allem der Aussenpolitik – und damit auch der

Frage nach dem Verhältnis Schweiz-Südafrika – eine ausschliesslich identitätssichernde Funktion zu. Die innenpolitische Kompromiss- und Lernfähigkeit erzeugte als Kehrseite eine aussenpolitische Polarisierung, in welcher sich die politischen Akteure gegenseitig blockierten; und zwar weit über das Ende des Kalten Krieges hinweg, d. h. auch über 1993 hinaus, als die Schweiz vor dem Hintergrund des Golfkrieges und den ethnischen Konflikten im ehemaligen Jugoslawien in Abkehr von ihrem integralen Neutralitätskonzept ihre Aussenpolitik neuausrichtete, und sich grundsätzlich bereit erklärte, zukünftig an von der UNO verhängten Sanktionsmassnahmen teilzunehmen.¹³¹⁶ Dies illustriert insbesondere die nach wie vor hohe Wirkmächtigkeit von "identity Framing" des Verhältnis Schweiz-Südafrika und der involvierten Öffentlichkeitsakteure in der politischen Diskussion der letzten paar Jahre.

Memo Verhältnis Schweiz-Südafrika linksalternative und rechtsnationale Binnenorgane, Medienarena und Parlament 2002:

Auch ab dem Frühjahr 2002 rollt die Südafrikadebatte in der öffentlichen politischen Kommunikation der Schweiz auf den gleichen Geleisen weiter, wie schon in den Jahrzehnten zuvor. Fast schon mit gesetzmässiger Regelmässigkeit führen neue Publikationen, Enthüllungen und Ankündigungen aus dem Umfeld der linksalternativen Lobbygruppen und kampagnenführenden NGOs für einen Apartheid-schuldenerlass, Reparationszahlungen und Opferentschädigungen und der Medien selbst zu grösseren Mediendebatten – zunächst in den apartheidkritischen Forums-, Wochen-, Sonntags- und Boulevardmedien und verzögert in den eher antikritischen liberalen Medien –, und erzeugen eine verstärkte parlamentarische Aktivität auf Seiten der SP und der Grünen Partei: So beispielsweise anlässlich der im Januar 2002 publizierten Studie *Kredite an Eskom – Ein Beispiel von Kollaboration mit dem Apartheidregime* von Gottfried Wellmer, welche von WochenZeitung und Tages-Anzeiger als aktive Beihilfe der Schweizer Grossbanken (Stichwort: ESCOM-Anleihen), Wirtschaft (u. a. Uran-Lieferung KKW Kaiseraugst AG, Schaltanlage ABB) und der offiziellen Schweiz (Erteilung ERG) zur nuklearen Aufrüstung des Apartheidregimes geframed wird ("Am Ende hatte Südafrika die Atombombe");¹³¹⁷ dann im März 2002 anlässlich einer Enthüllung des Tages-Anzeigers, wonach nicht nur der ehemaligen Chef des militärischen Nachrichtendienstes der Schweiz, Divisionär Peter Regli, Kontakte zum "Mengele der Apartheid", Wouter Basson, gepflegt habe, sondern auch Oberfeldarzt André Huber, Leiter des ersten Schweizer UNO-Blaumützen-Einsatzes in Namibia 1989/90;¹³¹⁸ sowie insbesondere Mitte Juni 2002 mit der offiziellen Lancierung einer Sammelklage von Apartheidopfern gegen die Schweizer Grossbanken UBS, Credit Suisse und das amerikanische Finanzinstitut Citigroup in der Höhe von 80 Mia. \$ durch den bekannten "Holocaust-Anwalt" Ed Fagan (inklusive der Ankündigung in der gleichen Woche durch selbigen, auch die amerikanische Computerfirma IBM und schweizerische

1316 Vgl. Imhof, Ettinger, und Merkofer, *Relations between Switzerland and South Africa's apartheid regime in Swiss public political communication between 1948 and 2001*, Zürich 2002.

1317 Gottfried Wellmer, und Bruno Vanoni: "Am Ende hatte Südafrika die Atombombe", TA, 22.1.2002. Vgl. auch *mm.*: "Menschenrecht auf Entschädigung", TA, 24.1.2002; sowie Johannes Wartenweiler: "Schweizer Banken in Südafrika: Schlüssel zur Apartheid", WoZ, 24.1.2002. Vgl. auch Wellmer, *Kredite an Eskom – Ein Beispiel von Kollaboration mit dem Apartheidregime*, Zürich 2002.

1318 Vgl. stellvertretend Bruno Vanoni: "Apartheid-Connection: Es gab mehr Kontakte zwischen der Schweiz und dem früheren Regime Südafrikas als angenommen", TA, 8.3.2002; Bruno Vanoni: "Ein weiterer Divisionär traf «Dr. Tod»", TA, 8.3.2002; Bruno Vanoni: "Auch der Anstifter von «Dr. Tod» war zu Besuch", TA, 11.3.2002; Johannes Wartenweiler: "Schweiz-Südafrika: Schändliche Schulden", WoZ, 14.3.2002; Bruno Vanoni: "Die Apartheid-Vergangenheit macht mühe", TA, 18.3.2002; Carl Just: "Reglis hässlicher Spion erpresste die Schweiz", SBK, 24.3.2002; sowie Bruno Vanoni: "Schweiz ermittelt in Südafrika", TA, 30.3.2002. Vgl. auch Einfache Anfrage SP-Nationalrat Jean-Nils De Dardel, *Relations avec l'Afrique du Sud. Accord secret de 1986*, 22.3.2002 [02.1040]; sowie Einfache Anfrage grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, *Nachrichtendienstbeziehungen Schweiz-Südafrika während der Apartheid. Transparente Position des Bundesrates im Untersuchungsprozess*, 22.3.2002 [02.1041].

Unternehmen wie beispielsweise die Unaxis – früher auch besser bekannt unter dem Namen Oerlikon-Bührle –, für ihr Südafrikaengagement zur Apartheidzeit einzuklagen).¹³¹⁹

Vor allem letztere auf dem Zürcher Paradeplatz am 16. Juni 2002 (Soweto-Jahrestag) von Fagan medienwirksam inszenierte Ankündigung – d. h. in Begleitung der Klägerin Dorothy Molefe, Mutter von Hector Petersen, welcher während des Soweto-Aufstandes 1976 als erster Student getötet wurde –, erweist sich als Lackmustest der "öffentlichen Meinungen" über die Beziehungen der Schweiz zum südafrikanischen Apartheidregime seit 1948. Denn wiederum lässt sich im Gefolge dieses aussergewöhnlichen Events eine verstärkte Personalisierung und Fokussierung auf Prominenz in der Medienöffentlichkeit und eine ausgeprägte Links-Rechts-Polarität in der öffentlichen politischen Kommunikation über das Verhältnis Schweiz-Südafrika zur Apartheidzeit eruieren; spricht ein mehrheitlich apartheidkritischer Kanon – basierend auf den Enthüllungen zu den Schweizer Apartheidschatten aus dem linksalternativen politischen Milieu der siebziger und achtziger Jahre – in den Forums-, Wochen-, Sonntags- und Boulevardmedien sowie eine Renaissance der klassischen antikritischen Leitargumente von (ehemaligen) Wirtschaftsvertretern, bürgerlichen Politikern und Vertretern der offiziellen Schweiz in Interviews und in den liberalen Medien feststellen.

Von den Medien zunächst intensiv hinterfragt und auch kritisiert wird der in breiten Kreisen in der Schweiz seit der Holocaustaffäre 1996/97/98 unbeliebte und umstrittene Anwalt und "Medienprofi" Fagan, der von einzelnen Öffentlichkeitsakteuren – vor allem aus dem Umfeld der FDP und SVP – wahlweise als "Showman", "Politclown", "Sensationshascher", "Geschäftemacher", "Abzocker", "Profilneurotiker", "Ambulanzenjäger", "Leichenfledderer", "Aasgeier", "Ratte" und "Halsabschneider" typisiert wird.¹³²⁰ Dies deshalb, weil er überall dort auftauche, wo immer ein Unglück drohe oder bereits zugeschlagen habe: "Rinderwahnsinn BSE, die Katastrophe von Kaprun, die Bedrohung durch das Atomkraftwerk Temelin in der Slowakei, Asbest im Hochhaus, Apartheid und Amöben – keiner ist schneller am Tatort, niemand hemmungsloser"; kommentiert hierzu der SonntagsBlick.¹³²¹ Dabei erzeugt Fagans Lancierung der Sammelklage auf dem Zürcher Paradeplatz zunächst jedoch weniger aufgrund ihres Inszenierungsinhalts, sondern verstärkt aufgrund der Form der Präsentation (Faktoren Prominenz, etabliertes Feindbild, symbolträchtiger Ort und Zeitpunkt etc.) und einer starken Emotionalisierung – d. h. wegen einer Gegendemonstration rechter Senioren und Sympathisanten der SVP und AUNS (Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz) unter dem Motto "Fagan go home" und den betrüblichen und antisemitischen Zwischenrufen variierend zwischen "Fuck you Fagan" und "jüdischer Sauhund" –, eine durchschlagende und hohe Aufmerksamkeit in der schweizerischen (und internationalen) Medienöffentlichkeit.¹³²²

1319 Vgl. stellvertretend Andrea Bleicher, und Claudia Imfeld: "Sammelklage aus Südafrika gegen Schweizer Banken", SoZ, 16.6.2002; "Fagan in Zürich: Er will 80 Milliarden", BK, 17.6.2002; *am.*: "Ed Fagan inszeniert den nächsten Coup: Apartheid-Sammelklage gegen Grossbanken", NZZ, 18.6.2002; *luc.*: "Buhrufe für Ed Fagan: Aufregung am Paradeplatz", NZZ, 18.6.2002; Georges Wüthrich: "Ed Fagan in Zürich niedergeschrien", BK, 18.6.2002; Karl Fischer: "Sammelklage gegen Grossbanken: Fagan sorgt wieder für hitzige Debatte", NLZ, 18.6.2002; Daniela Niederberger: "Milliardenklagen gegen Schweizer Industrie", TA, 19.6.2002. Vgl. auch Einfache Anfrage SD-Nationalrat Bernhard Hess, *Ed Fagan. Einreisesperre*, 18.6.2002 [02.1072]; sowie Interpellation SP-Nationalrat Jean-Nils De Dardel, *Conséquences de l'apartheid. Conférence internationale*, 20.6.2002 [02.3328].

1320 Vgl. Martin Suter: "Jet-Set-Anwalt Ed Fagan braucht dringend Erfolg", TA, 16.6.2002; Marcel Speiser: "Einseitiger Blick zurück", TA, 18.6.2002; Gregor Poletti: "Reaktionen: «Nicht wieder erpressen lassen»", BZ, 18.6.2002; sowie Jürg Steiner: "Die Schweiz braucht eine Südafrika-Übung", BZ, 29.6.2002.

1321 Carl Schmidt-Polex: "Wo Fagan ist, machen sich Klagen breit", SBK, 23.6.2002.

1322 Bruno Vanoni: "Falsche Solidarität", TA, 22.6.2002.

Verstärkt melden sich im Nachhall dieses emotionalisierten Events auch die bekannten Protagonisten aus dem schweizerischen Apartheidwiderstand im Forumsbereich der Medienarena zu Wort – u. a. Paul Rechsteiner, Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) und ehemaliger AAB-Präsident, sowie die beiden Mitautorinnen der Apartheidschuldenstudie Mascha Madörin (AFP) und Martina Egli –, und verweisen auf das lange Sündenregister der Schweiz: U. a. die apartheidstützende Kreditpolitik und der Goldhandel der Banken; die apartheidverlängernde Umschuldungsmission von Fritz Leutwiler; Sanktionsumgehungen über die Drehscheibe Schweiz (Oerlikon-Bührle, Marc Rich etc.); sowie die unglaubliche Südafrikapolitik der offiziellen Schweiz im allgemeinen.¹³²³ Zentral wird von diesen Kreisen abermals auf eine seit längerem fest etablierte "Südafrika-Lobby" in der Schweiz verwiesen – insbesondere auf die seit den frühen achtziger Jahren aktive Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa) um die SVP-Parteigrößen Christoph Blocher und Ulrich Schlüer sowie auf die in den fünfziger Jahren gegründete Handelskammer Swiss-South African Association (SSAA) –, und die alte Frage gestellt, "weshalb (...) es ausgerechnet in der Schweiz, einem Land, das nie Kolonien besessen hatte, zu dieser Form von indirektem und durch die politischen und wirtschaftlichen Eliten gestützten Rassismus" kam.¹³²⁴

Wiederum – und wohl nicht ein letztes Mal –, werden in diesem Zusammenhang von den Sonntags- und Boulevardmedien (SonntagsZeitung, SonntagsBlick) die altbekannten Zitate und Aussagen von Zeitgenossen, welche diese ideologischen Affinitäten zwischen der Schweiz und dem Apartheidregime belegen würde, aus dem Fundus des schweizerischen Apartheidwiderstandes ausgegraben: U. a. die Charakterisierung der Schwarzen Südafrikas als "halb Kind, halb Tier" und die rhetorische Frage "ist Apartheid nötig oder erwünscht?" – beide aus einer Personalzeitung der SBG von 1960 –,¹³²⁵ sowie die Stellungnahme "«one man – one vote» ist für mich keine Weltreligion" von Niklaus Senn, dem ehemaligen Präsidenten der Generaldirektion der SBG und aktuellen Ehrenpräsidenten der UBS.¹³²⁶

Daneben führt die SonntagsZeitung diverse Interviews mit prominenten Fürsprechern einer monetären Wiedergutmachung – u. a. Bischof Njongonkulu Ndungane von der südafrikanischen Jubilee 2000 und Dumisa Ntsebeza, Anwalt der Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) –, und die von SP-Nationalrat Jean-Nils De Dardel am 20. Juni 2002 im Nationalrat eingereichte Interpellation *Conséquences de l'apartheid. Conférence internationale* stösst in praktisch allen Forums-, Wochen-, Sonntags- und Boulevardmedien auf hohe Aufmerksamkeit und grosse Akzeptanz.¹³²⁷ Der SonntagsBlick (Frank A. Meyer) und Tages-Anzeiger (Bruno Vanoni) unterstützen dabei in ihren Kommentaren expli-

1323 Vgl. Paul Rechsteiner: "Fagan in Zürich", WoZ, 20.6.2002; Martina Egli: "Dem Apartheidregime Sauerstoff geliefert", TA, 20.6.2002; Mascha Madörin: "Keiner rechnete mit Ed Fagan – In der Schweiz reagierten Politik und Medien hingegen wie zu Zeiten der Apartheid: Besserwisserisch, paternalistisch und borniert", WoZ, 27.6.2002; sowie Martina Egli: "Die Anwälte des Apartheidregimes: Schweizer Banken verschafften Südafrika mit Goldgeschäften überlebenswichtige Devisen", WE, 27.6.2002.

1324 Paul Rechsteiner: "Fagan in Zürich", WoZ, 20.6.2002.

1325 U. a. Andreas Flütsch: "«An alle Gesetze und Vorschriften gehalten»: Schweizer Banken sehen sich von Vorwürfen nicht betroffen", SoZ, 16.6.2002; sowie Silvio Bertolami, und Andreas Valda: "Schweizer Wirtschaft wird von ihrer Vergangenheit eingeholt: Jetzt nimmt Fagan Blocher ins Visier", SBK, 23.6.2002. Vgl. auch Marc Walder: "Licht ins Dunkel", Schweizer Illustrierte, 24.6.2002; sowie Urs Bader: "Umstritten Geschäfte am Kap: Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika zwischen Politik, Gewinnstreben und Moral", St. Galler Tagblatt, 28.6.2002.

1326 U. a. Georg Kohler: "Fagans Spiel oder: Geschäft ist Geschäft", SBK, 7.7.2002. Vgl. auch Martina Egli: "Die Anwälte des Apartheidregimes: Schweizer Banken verschafften Südafrika mit Goldgeschäften überlebenswichtige Devisen", WE, 27.6.2002.

1327 Vgl. stellvertretend Andreas Flütsch, und Claudia Imfeld: "«Für viele der letzte Ausweg»: Erzbischof Ndungane über Fagans Sammelklage", SoZ, 23.6.2002; sowie Claudia Imfeld: "«Einziges Ziel war der Profit»: Menschenrechtler Dumisa Ntsebeza klagt Banken an", SoZ, 16.6.2002. Zum Eingabetext der erwähnten Interpellation vgl. Anhang VII.4.

zit den sozialdemokratischen Vorstoss und fordern die "Lancierung eines Marshallplans für die Entwicklung der jungen südafrikanischen Demokratie" (Meyer) bzw. "(verspätete) Solidarität mit den Apartheid-Opfern" (Vanoni).¹³²⁸ In der Einschätzung der meisten Medienkommentatoren müsse nun ein konsequentes (pro)aktives Vorgehen der Schweiz im Rahmen einer umfassenden und unabhängigen Aufarbeitung der Apartheidschatten – inklusive privater Archive –, und monetären Wiedergutmachung – zumindest im Sinne verstärkter Investitionen und eines Entwicklungsfonds für Südafrika –, umgesetzt werden. Denn "Ed Fagan hat nur einen Warnschuss ausgelöst. Unpräzise, wie es seine Art ist. Für einen echten Treffer ist die Schweiz nicht gewappnet"; bilanziert Christian Mensch in der Weltwoche.¹³²⁹

Demgegenüber erweist sich in der Medienarena wiederum nur gerade die NZZ als schärfste Kritikerin der Sammelklage und einzige Verteidigerin der Südafrikapolitik der offiziellen Schweiz und des Südafrikaengagements der Schweizer Grossbanken in der bürgerlichen Tradition der siebziger und achtziger Jahre. Nebst anderem stehen dabei Korrekturen zum allgemeinen Vorwurf der Schweiz als Drehscheibe für den Goldhandel, Typisierungen des Verhältnis Schweiz-Südafrika im Kontext des Kalten Krieges und die Widerlegung der Apartheidverlängerungsthese – Pendant zur "horrenden" Kriegsverlängerungsthese in der Holocaustaffäre – im Zentrum der Rechtfertigungen.

Gemäss NZZ sind nämlich die Beziehungen zwischen den Banken und dem Apartheidregime beim öfters skandalisierten Goldhandel "entscheidend von anderen Akteuren mitgeprägt" worden und würden aus heutiger Perspektive nichts anrühiges verkörpern.¹³³⁰ Goldsanktionen (mit Ausnahme der Krügergoldmünzen) habe man im Fall Südafrika deshalb verworfen, weil sie von der USA grundsätzlich abgelehnt wurden, um nicht die Sowjetunion – zweitgrösster Exporteur von Barengold und Erzfeind im Kalten Krieg – zu bevorteilen. Zur Legitimation des Goldhandels wird von der NZZ zudem das antikritische Leitargument der achtziger Jahre, wonach Sanktionen nur die Falschen treffen würden, reaktiviert. Denn klar sei, dass ein Goldboykott "in erster Linie den schwarzen Minenarbeitern und ihren Angehörigen geschadet" hätte.

Daneben kritisiert die NZZ (Anton Christen) die "naive" Sichtweise der kampagnenführenden NGOs und einzelner Öffentlichkeitsakteure (AAB, AFP, Jubilee 2000, Fagan etc.), welche im Sinne einer "Gesinnungsethik" um historische Fakten einen weiten Bogen schlagen und den "weltpolitischen Hintergrund des Kalten Krieges" ausklammern würden: U. a. sei "einfach postuliert" worden, dass ein Abbruch der Bankenverbindungen ein "einfacher Hebel" verkörpere, der "nur hätte gezogen werden müssen, um eine neue nicht-rassistische Ordnung zu bewirken."¹³³¹ Zudem würde an der Fiktion der Verlängerung der Apartheid festgehalten, und der Konflikt um die Apartheid zu einem "manichäischen Endkampf" zwischen dem "Reich des Bösen" (Apartheid, Banken) und den "Guten" (schwarze Bevölkerung, südafrikanische Oppositionsbewegungen) zugespitzt. Nach dieser Logik müsste Fagan auch "alle, die zwischen 1948 und 1993 Äpfel aus der Kap-Region kauften, als Helfershelfer der Apartheid zur Verantwortung ziehen."

Leider lassen sich – so Christen weiter –, historische Konstellationen nicht unter Laborbedingungen nachspielen. Vieles deute aber darauf, dass Südafrika "eine totale Kreditsperre überlebt hätte"; und zwar weil es schon eine starke wirtschaftliche Autarkie aufwies, als Produzent begehrter Metalle (beispielsweise Platin) für den Westen wichtig war und eine "erfolgreiche Selbstvermarktung (...) als Boll-

1328 Frank A. Meyer: "Ist Geschäft Geschäft?", SBK, 23.6.2002; sowie Bruno Vanoni: "Falsche Solidarität", TA, 22.6.2002.

1329 Christian Mensch: "Ein Warnschuss von Ed Fagan", WE, 20.6.2002.

1330 *gab.*: "Gold-Drehscheibe Schweiz: Beziehungen mit Südafrika als logische Folge", NZZ, 20.6.2002. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

1331 Anton Christen: "Ein weiter Bogen um Südafrikas Geschichte: Ungereimtes in der Sammelklage gegen «Apartheid-Banken»", NZZ, 25.6.2002. Die nachfolgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

werk des Westens im Kalten Krieg" betrieb.¹³³² Zudem spreche einiges dafür, "dass ein völliges Fehlen von Sanktionen und eine blühende, wachsende Wirtschaft die inneren Widersprüche der Apartheid schneller blossgelegt und es dem Regime erleichtert hätte, demokratische Reformen einzuleiten." Vom vereinzelt "Disinvestment" von internationalen Konzernen hätten zudem vornehmlich weisse Südafrikaner profitiert, welche die zurückgelassenen Firmen billig übernehmen konnten. Nicht Sanktionen, sondern Investitionen hätten also die Apartheid frühzeitig beenden können.

Verwegen sei im Rahmen der Kritik an der Südafrikapolitik der offiziellen Schweiz und dem Südafrikaengagement der Banken auch der Verweis auf den UNO-Boykott: Erstens weil die Schweiz der UNO nicht angehörte; und zweitens den zahlreichen Resolutionen und Sanktionsaufrufen der UNO-Generalversammlung nicht die gleichen rechtlichen Verbindlichkeiten zugekommen seien, wie den wenigen Strafmassnahme des UNO-Sicherheitsrates. Zudem habe selbst die UNO keine rechtliche Handhabung gehabt, die Kontakte ihrer Mitglieder zum Apartheidregime selbst zu bestrafen ("wie sollen ihre von Kalten Krieg gefärbten Resolutionen eine rechtliche Grundlage gegen Banken abgeben, die Kontakte zum Apartheid-Staat pflegten?").¹³³³

Nebst diesen klassischen Argumenten aus dem bürgerlichen Arsenal der achtziger Jahre, mit welchen die NZZ die offizielle Südafrikapolitik und das Südafrikaengagement von Banken und Firmen in dieser durch die angekündigte Sammelklage neu(alt)belebte Südafrikadebatte zu rechtfertigen sucht – u. a. strategische Bedeutung im Kalten Krieg, negative Effekte von Sanktionen, Beschleunigung des Reformprozesses durch Investitionen und Hypokrisie des UNO-Boykotts –, wird wiederholt auch die Haltung der Regierung Südafrikas in der Frage der monetären Wiedergutmachung (Stichworte: Schuldenerlass, Reparationszahlungen und Opferentschädigungen) gespiegelt. Denn die südafrikanische Botschafterin in Bern, Nozipho January-Bardill, habe sich in einem Interview mit der NZZ am Sonntag klar gegen Fagans Vorstoss und eine monetäre Wiedergutmachung ausgesprochen; insbesondere aus Furcht vor dem Rückzug ausländischer Investitionen in Südafrika.¹³³⁴

Daneben melden sich in der Medienarena auch diverse bürgerliche Politiker, prominente Wirtschaftsführer und ehemalige Spitzenbeamte zu Wort (insbesondere in Interviews der Sonntags- und Boulevardmedien), welche diese Einschätzungen der NZZ grundsätzlich teilen und mittels den bekannten antikritischen Leitargumente aus den siebziger und achtziger Jahre stützen. Franz Steinegger, Ex-Präsident der FDP, verweist beispielsweise in der Boulevardzeitung Blick darauf, dass die Schweiz bereits "1963 – 14 Jahre vor der Verabschiedung einer entsprechenden Uno-Resolution – (...) ein Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial" verhängt habe,¹³³⁵ und sein Nachfolger an der FDP-Parteispitze, Gerold Bührer, betont in der SonntagsZeitung, dass die Schweiz die Apartheid schon "sehr früh" verurteilt und in den siebziger Jahren "einen Plafond für Kapitalexporte" erlassen habe, und zudem "als Nicht-Uno-Land mit der Kontrolle des Courant normal auch dafür (sorgte), dass nicht Uno-Sanktionen unterlaufen wurden."¹³³⁶

Als prominenter Wirtschaftsvertreter rekurriert der Ehrenpräsident der UBS, Niklaus Senn, in einem Exklusiv-Interview mit der Schweizer Illustrierten in traditioneller, legalistischer Manier auf den Gesetzesrahmen der Schweiz: "Wir hatten zu Südafrika normale Geschäftsbeziehungen im Rahmen der

1332 Ebenda.

1333 Ebenda.

1334 Vgl. Markus Häfliger: "Südafrika-Klagen gegen Grossbanken: «Wir unterstützen Sammelklagen nicht»", NZZ am Sonntag, 23.6.2002.

1335 Franz Steinegger: "Sammelklage von Ed Fagan: Soll die Schweiz zahlen", BK, 19.6.2002.

1336 Urs Paul Engeler: "«Die Schweiz torpedierte alle Sanktionen»: SP-Nationalrat Paul Rechsteiner streitet mit FDP-Präsident Gerold Bührer über die Rolle der Schweiz während des Apartheid-Regimes in Südafrika", SoZ, 23.6.2002.

bundesrätlichen Weisung."¹³³⁷ Zudem beschwört in der SonntagsZeitung der langjährige "heimliche Botschafter am Kap" und ehemalige Chef der SKA-Vertretung in Johannesburg, Pio G. Eggstein, nochmals das in den achtziger Jahren im bürgerlichen und rechtsnationalen politischen Milieu äusserst beliebte Bürgerkriegsszenario: "Das Land wäre im Chaos versunken, wenn niemand investiert hätte. Hungersnöte und Armut hätten die Leute geplagt."¹³³⁸ Prominent wird auch auf die positive Rolle von Schweizer Firmen in Südafrika verwiesen, welche mit der Gleichstellung ihrer schwarzen Belegschaft dem Reformprozess unter P. W. Botha vorangegangen seien; so beispielsweise vom SSAA-Präsidenten Anton E. Schrafl im SonntagsBlick ("Auch die Schwarzen hatten es durch unsere Präsenz besser").¹³³⁹

Zur Rechtfertigung der Südafrikapolitik der offiziellen Schweiz zur Apartheidzeit meldet sich auch alt Staatssekretär Edouard Brunner im SonntagsBlick zur Wort, wobei er daran erinnert, dass aufgrund der Universalität der Aussen(wirtschafts)politik Sanktionsmassnahmen grundsätzlich nicht in Frage gekommen seien und die Schweiz im Rahmen ihres "Programmes der positiven Massnahmen" aktiv zur Beendigung der Apartheid beigetragen habe: U. a. Finanzierung eines Treffens zwischen dem ANC und südafrikanischen Wirtschaftsvertretern 1987 in Dakar, "Rosenthal-Initiative" 1988 etc. Daneben betont Brunner, dass von den Handelsbeziehungen wohl stärker das Land und die Bevölkerung (inklusive die Schwarzen) insgesamt profitiert hätten und weniger das Apartheidregime selbst ("Wenn heute Südafrika weiter entwickelt ist als alle anderen ehemaligen Kolonialgebiete dann ist da, weil Europa und die USA stark investierten").¹³⁴⁰ Mit Verweis auf die Umschuldungsmission Leutwilers betont Brunner zudem, dass "alles, was wir wirtschaftlich gemacht hatten, (...) das Leben der Apartheid (verkürzt)" habe. Letztere Einschätzung wird auch von breiten Wirtschaftskreisen und insbesondere dem Wirtschaftsdachverband Economiesuisse geteilt, welcher mit einer PR-Kampagne das Bild der Schweiz zur Apartheidzeit in einen positiveren Rahmen zu stellen sucht (u. a. über die Streuung des Dankesbriefes von Mandela anlässlich Leutwilers siebzigsten Geburtstags für dessen "guten Dienste" in den Umschuldungsverhandlungen der achtziger Jahre).¹³⁴¹

Und Last, but not least lässt sich auch im Rahmen der Südafrikadebatte im Juni 2002 in den ansonsten in den letzten Jahren in Sachen Südafrika eher ruhigen antikritischen Binnenorganen wiederum eine verschärfte Skandalisierung – analog zu den siebziger und achtziger Jahren –, der angeblich zu einseitig berichtstattenden (linken) Massenmedien feststellen – sprich ein Outing von (linksradikalen) Nestbeschmutzern und vermeintlichen Moralaposteln eruieren –, und eine Kritik an der ideologisch motivierten Sonderbehandlung der Apartheid erkennen: U. a. kritisiert SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer in seiner Schweizerzeit die "inszenierte" Berichterstattung vom SonntagsBlick bzw. Ringier-Verlag im Zusammenhang mit möglichen Schadenersatzforderungen Fagans an Blocher (wegen dessen Involvierung in der rechtsnationalen Lobbygruppe asa), und bezeichnet Frank A. Meyer – ehemals "unverblümter Anhimmler von Mao Tse-tung" –, als "naiven Guttuer", welcher die Schweizer Wirtschaft um Milliarden zu erleichtern versuche, um diese dann der vermeintlich "«gerechten Vertei-

1337 Harry Bredies: "UBS-Ehrenpräsident Nikolaus Senn: War Profit wichtiger als Ethik?", Schweizer Illustrierte, 24.6.2002.

1338 Andrea Bleicher: "«Diese Erpressungsversuche muss man ignorieren»: Der frühere SKA-Chef in Südafrika wehrt sich gegen Klagen", SoZ, 30.6.2002.

1339 Silvio Bertolami: "Apartheid-Debatte: Anton Schrafl, Präsident der Swiss-South African Association – «Auch die Schwarzen hatten es besser»", SBK, 30.6.2002.

1340 Andreas Valda: "Edouard Brunner, alt Staatssekretär: «Wir mussten nicht alle 14 Tage die Apartheid verurteilen>", SBK, 23.6.2002. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Artikel.

1341 Vgl. stellvertretend Urs Paul Engeler: "Wirtschaft lehnt jedes Zugeständnis ab: Economiesuisse will auf die Klage hart und mit einer Positiv-Kampagne reagieren", SoZ, 16.6.2002; sowie Andreas Flütsch, und Claudia Imfeld: "Die Sammelklage: Die Banken Bunkern sich ein – Wie schon gegenüber den Holocaust-Opfern gehen die Geldinstitute auch zu den Apartheid-Opfern auf Distanz", SoZ, 23.6.2002.

lung» in Südafrika" zuführen zu können.¹³⁴² Denn "Meyer darf sich auf seinem Stuhl in Sicherheit fühlen. Aus dem von ihm seinerzeit verherrlichten Rotchina drohen weder ihm selbst noch seinem Verlag irgendwelche Schadenersatzklagen. Weil die Diktatur dort überlebt hat, droht ihrem einstigen Bewunderer keine Gefahr"; analysiert Schlüer in klassischer Kalter Kriegs-Manier.

Somit haben wir sie denn wieder – auch im neuen Millennium angesichts der sich intensivierenden und konkretisierenden "Bedrohung" durch mehrere neue Sammelklagen nach der Holocaustaffäre im Fall der Apartheidschatten –,¹³⁴³ eine unversöhnliche und stark polarisierende Debatte zwischen linken Apartheidkritikern und den bürgerlichen und rechtsnationalen Antikritikern und Wirtschaftsvertretern, wie sie schon die öffentliche politische Kommunikation über das Verhältnis Schweiz-Südafrika der sechziger, siebziger, achtziger und neunziger Jahre grundsätzlich ausgezeichnet hat. Dabei wird wiederum mit den gleichen apartheidkritischen Positionen der linksalternativen Lobbygruppen und antikritischen Gegenpositionen des "Bürgerblocks" argumentiert, wie in den ideologisierten Südafrikadebatten zuvor: Der apartheidstützenden Rolle und Komplizenschaft der Schweizer Grossbanken und Wirtschaft wird der schweizerische Gesetzesrahmen entgegengehalten und auf die progressive Arbeitgeberpolitik von Schweizer Firmen in Südafrika zur Apartheidzeit verwiesen; die Skandalisierung der apartheidverlängernden Umschuldungsmission Leutwilers wird mit der Gegenthese einer apartheidverkürzenden Aktion neutralisiert; die Kritik an der Südafrikapolitik der offiziellen Schweiz (Stichworte: moralische Verurteilung, keine Zwangsmassnahmen und Vermittlerrolle anbieten) mit dem Neutralitätskonzept bzw. Universalitäts-Argument entkräftet (zudem habe die Schweiz schon 1963 ein Waffenembargo verhängt, 1974 den Kapitalexport plafoniert und in den achtziger Jahren ein "Programm der positiven Massnahmen" implementiert); die skandalisierte Nichtergreifung von Sanktionen in den achtziger Jahren mit dem Verweis auf die negativen Effekte (u. a. Erhöhung Arbeitslosigkeit der schwarzen Bevölkerung, "Blutbadthese") gerechtfertigt und/oder als ideologisch motivierte Sonderbehandlung des Fall Südafrika gegenskandalisiert; die kritisierten Geheimdienstverflechtungen als Notwendigkeit eines bedrohten Kleinstaates im Kalten Krieg legitimiert; die geforderte moralische Verantwortung zur monetären Wiedergutmachung und Aufarbeitung der Apartheidschatten analog zu den Schatten des Zweiten Weltkrieges als unverhältnismässig und unnötig verworfen etc.

1342 Ulrich Schlüer: "Spalte Rechts: Christoph Blocher erneut im Visier von Frank A. Meyer – Ringier und Fagan", SZ, 20.6.2002. Das nachfolgende Zitat stammt aus diesem Kommentar. Vgl. auch SVP-Nationalrat Luzi Stamm: "Die Allüren des Frank August Meyer: Elitär bis auf die Knochen", SZ, 26.6.2002.

1343 Am 11. November 2002 reicht auch der amerikanische Anwalt Michael Hausfeld im Namen der südafrikanischen Jubilee 2000 und der Opfergruppe Khulumani eine Sammelklage gegen die UBS und Credit Suisse und zwanzig amerikanische und europäische Banken und Unternehmen ein; und zwei Tage später erweitert Fagan seine Klage um die Schweizer Firmen Ems-Chemie, Unaxis (ex Oerlikon-Bührle) und Holcim (ex Holderbank). Vgl. dazu Martin Suter: "Hausfeld klagt übermorgen", SoZ, 10.11.2002; Martina Egli: "«Nicht auf Warnungen gehört»: Der südafrikanische Anwalt Charles Abrahams erklärt, warum Unternehmen wie UBS und Credit Suisse zur Verantwortung gezogen werden sollen", TA, 11.11.2002; Georges Wüthrich: "Milliarden-Klage gegen Blocher & Schmidheiny", BK, 12.11.2002; Mascha Madörin: "Sammelklage südafrikanischer Apartheidopfer: Die Schuld der Unternehmen", WoZ, 14.11.2002; Jörg Fisch: "Südafrika: Vom Versuch, Jüngstes Gericht zu spielen", WE, 14.11.2002; Luzi Bernet: "Die Angst der Schweiz vor «neuen Schatten»: Beim Reizthema Südafrika wäre mehr Gelassenheit nötig", NZZ am Sonntag, 17.11.2002; Daniel Ammann: "«Die Banken haben kein Unrecht getan»: Friedensnobelpreisträger Frederik Willem de Klerk verteidigt die Schweizer Banken", WE, 21.11.2002; Judith Wittwer: "«Geld kann viel wieder gut machen»: Die Ökonomin Mascha Madörin unterstützt die Klagen der Apartheids-Opfer", TA, 16.12.2002; sowie Felix E. Müller: "Die Verdrängung des Rechts durch die öffentliche Meinung: Die Südafrika-Kampagne verläuft nach Eizenstats Rezept", NZZ am Sonntag, 22.12.2002.

Vor diesem Hintergrund stellt sich somit die alte Frage, ob und inwiefern sich denn die Geschichte grundsätzlich wiederholt oder nicht? Karl Marx hat dazu einmal vermerkt, dass sich "alle grossen weltgeschichtlichen Tatsachen (...) zweimal ereignen"; und zwar "das erste Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce."¹³⁴⁴ Inwiefern jedoch von späteren Historikergenerationen die einzelnen Debatten über die kontroversen Beziehungen der Schweiz zum südafrikanischen Apartheidregime in der Hoch-Phase der achtziger Jahre und der Aufarbeitungs-Phase ab Mitte der neunziger Jahre und folgenden analog charakterisiert – oder etwa gar in Umkehrung des Marx'schen Diktums *zuerst* als Farce und erst dann als Tragödie eingestuft – werden sollten, dürfte massgeblich über die in den nächsten paar Jahren weiterhin durch linksalternative und rechtsnationale Lobbygruppen und etablierte Öffentlichkeitsakteure aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft geprägte öffentliche politische Kommunikation darüber bestimmt werden.

1344

Karl Marx, und Friedrich Engels, *Marx Engels Werke, Band VIII, August 1851-März 1872*, Berlin 1972, S. 115.

VII. Anhang

VII.1 Codebook: Akteurstypen¹³⁴⁵

Policy Akteure:

Bundesrat:	<ul style="list-style-type: none"> - Aubert, Pierre (SP) [1977-1987; EPD, EDA] - Celio, Nello (FDP) [1966-1973; EMD, EFD] - Cotti, Flavio (CVP) [1987-1999; EDI, EDA] - Couchepin, Pascal (FDP) [seit 1998; EVD] - Deiss, Joseph (CVP) [seit 1999; EDA] - Delamuraz, Pascal (FDP) [1983-1998; EMD, EVD] - Dreifuss, Ruth (SP) [1994-2002; EDI] - Felber, René (SP) [1987-1993; EDA] - Furgler, Kurt (CVP) [1972-1986; EJPD, EVD] - Gnägi, Rudolf (BGB/SVP) [1965-1979; EVED, EMD] - Graber, Pierre (SP) [1969-1977; EPD] - Holenstein, Thomas (CVP) [1954-1959; EVD] - Koller, Arnold (CVP) [1987-1999; EMD, EJPD] - Leuenberger, Moritz (SP) [seit 1996; EVED, UVEK] - Metzler-Arnold, Ruth (CVP) [seit 1999; EJPD] - Ogi, Adolf (SVP) [1987-2000; EVED, EMD, VBS] - Schlumpf, Leon (SVP) [1979-1987; EVED] - Schmid, Samuel (SVP) [seit 2000; VBS] - Spühler, Willy (SP) [1959-1970; EVED, EPD] - Stich, Otto (SP) [1983-1995; EFD] - Villiger, Kaspar (FDP) [seit 1989; EMD, EFD] - Wahlen, Friedrich Traugott (BGB) [1958-1965; EJPD, EVD, EPD]
Parlament, Parlamentskommissionen:	<ul style="list-style-type: none"> - Delegation der Geschäftsprüfungskommission der Eidgenössischen Räte (GPDel) - Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates - Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates - Nationalrat - Parlamentarische Gruppe Schweiz-Südafrika - Petitionskommission des Nationalrates - Ständerat - Zürcher Regierungsrat
Verwaltung:	<ul style="list-style-type: none"> - AC-Labor Spiez - Bundesamt für Aussenwirtschaft (BAWI) - Bundesamt für Strassenbau - Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) - Direktion für Entwicklungs-Zusammenarbeit (DEZA) - Eidgenössisches Departement des Innern (EDI) - Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD) - Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

¹³⁴⁵

Aufgeführt sind hier alle Akteurstypen, welche im Rahmen der Resonanzanalyse der schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen zur Apartheidzeit in der medialen und parlamentarischen Öffentlichkeit und den linksalternativen und rechtsnationalen Binnenorganen induktiv erhoben wurden. In der dritten Spalte werden in Klammern Zusatzinformationen zu den eruierten Öffentlichkeitsakteuren mitgeliefert: U. a. Amtsperioden und Departementsvorstellungen von Bundesräten, Gründungsdaten von Organisationen, Funktionen von prominenten Öffentlichkeitsakteuren etc.

Verwaltung (Fortsetzung):	<ul style="list-style-type: none"> - Eidgenössisches Militärdepartement (EMD); 1997 Umbenennung in Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) - Eidgenössisches Politisches Departement (EPD); 1979 Umbenennung in Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) - Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED); 1998 Umbenennung in Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) - Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (EVD) - Interdepartementale Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika - Interdepartementale Arbeitsgruppe statistische Überwachung Handelsverkehr - Schweizer Botschaft Südafrika - Schweizerisches Bundesarchiv - Schweizerisches Institut für Nuklearforschung (SIN) - Schweizerischer Nationalfonds - Zürcher Verwaltung
Justiz:	<ul style="list-style-type: none"> - Bundesanwaltschaft
Polizei	
Regulierungsbehörden	
Ausländische Policy Akteure:	<ul style="list-style-type: none"> - Behörden USA - Commonwealth - Europäische Gemeinschaft (EG) - Organisation of African Unity (OAU) - Regierung Südafrika - Skandinavische Staaten - Staatsanwaltschaft Südafrika - United Nations Organisation (UNO) - Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) Südafrika

Intermediäre Akteure:

Parteien:	<ul style="list-style-type: none"> - Autopartei; 1994 Umbenennung in Freiheits-Partei (FPS) [seit 1985] - Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB); 1971 Umbenennung in Schweizerische Volkspartei (SVP) [seit 1937] - Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) [seit 1912] - Evangelische Volkspartei (EVP) [seit 1917] - FraP ("Frauen macht Politik!") [seit 1986] - Freisinnigdemokratische Partei (FDP) [seit 1894] - Grüne Partei [seit 1986] - Landesring der Unabhängigen (LdU) [1936-1999] - Liberale Partei der Schweiz (LPS) [seit 1913] - Nationale Aktion (NA); 1990 Umbenennung in Schweizer Demokraten (SD) [seit 1963] - Partei der Arbeit (PdA) [seit 1944] - Progressive Organisation Schweiz (POCH) [1972-1993] - Partito Socialista Autonomo (PSA) [1969-1992] - Republikanische Bewegung [1971-1989] - Revolutionär Marxistische Liga (RML); 1980 Umbenennung in Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) [seit 1969] - Sozialdemokratische Partei (SP) [seit 1888]
Gewerkschaften:	<ul style="list-style-type: none"> - Congress of South African Trade Unions (COSATU) [Südafrika] - Gewerkschaft Bau und Holz

Gewerkschaften (Fortsetzung):	<ul style="list-style-type: none"> - Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) - Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB) - Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD)
Verbände:	<ul style="list-style-type: none"> - Schweizerische Fernseh- und Radiovereinigung (Hofer-Klub) - Schweizerischer Obstverband - Verband Schweizerischer Studentenschaft (VSS)
Kirchen, kirchliche Organisationen:	<ul style="list-style-type: none"> - Aktion "Kirche wohin?" - Arbeitsgruppe Kairos - Basler Kirchenrat - Christen für den Sozialismus - Christian Solidarity International (CSI) - Commission Tiers Monde de l'Eglise catholique (COTMEC) - Justitia et Pax - Kooperation Evangelischer Kirchen und Missionen (kem) - Lutherischer Weltbund - Protestantische Landeskirche Genf - Reformierter Weltbund (RWB) - Schweizerische Bischofskonferenz - Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund (SEK) - Schweizerischer Evangelischer Pressedienst (epd) - Südafrikanischer Kirchenrat (SACC) - Weltkirchenrat (OeRK) - Zürcher Kirchenrat
Medien:	<ul style="list-style-type: none"> - 10 vor 10 - Berner Zeitung (BZ) - Bieler Tagblatt - Blick (BK) [seit 1959] - Die Zeit [Deutschland] - Financial Mail [Südafrika] - Financial Times [Grossbritannien] - Handelszeitung - konzept [1972-1981] - L'Hebdo - Le Monde [Frankreich] - Le Nouveau Quotidien - Le Temps - Luzerner Neueste Nachrichten (LNN) - Luzerner Zeitung (LZ) - National-Zeitung - Neue Luzerner Zeitung (NLZ) - Neue Zürcher Zeitung (NZZ) [seit 1767] - Nowoje Wremja [Sowjetunion] - NZZ am Sonntag [seit 2002] - Oberhasler - Republikaner (RP) [1961-1964; 1971-1978] - Schweizer Illustrierte - Schweizerzeit (SZ) [seit 1979] - SF DRS - SR DRS - SonntagsBlick (SBK) [seit 1969] - SonntagsZeitung (SoZ) [seit 1986] - St. Galler Tagblatt - Tages-Anzeiger (TA) [seit 1892] - Tagwacht (TW) [1892-1991] - TA Magazin - taz [Deutschland] - The Economist [Grossbritannien]

Ökonomische Akteure:

Banken:	<ul style="list-style-type: none"> - Schweizerische Bankgesellschaft (SBG/UBS) [1862-1997] - Schweizerischer Bankverein (SBV) [1872-1997] - Schweizerische Kreditanstalt (SKA); 1989 Umbenennung in Credit Suisse [seit 1856] - Schweizerische Nationalbank (SNB) - UBS (Fusionsprodukt von SBG/UBS und SBV) [seit 1997] - Zürcher Kantonalbank (ZKB)
Unternehmen:	<ul style="list-style-type: none"> - ABB (Fusionsprodukt von ASEA und BBC) [seit 1988] - Anglo-Alpha (südafrikanische Tochtergesellschaft Holderbank) - Anglo American Corporation [Südafrika] - Alusuisse - Ascom - Bally - BBC (Brown Boveri & Cie) [1891-1988] - Ciba [1859-1970] - Ciba-Geigy (Fusionsprodukt von Ciba und Geigy) [1970-1996] - Compagnie Financière Richemont (CFR) (schweizerische Tochtergesellschaft Remgro) - Coop - De Beers [Südafrika] - Ems-Chemie - Everite Ltd. (südafrikanische Tochtergesellschaft Schmidheiny-Gruppe) - Geigy [1758-1970] - Hoffmann-LaRoche (Roche) - Holderbank; 2001 Umbenennung in Holcim [seit 1912] - Kuoni - Marc Rich-Gruppe - Marimpex - Migros - Nestlé [seit 1886] - Novartis (Fusionsprodukt von Sandoz und Ciba-Geigy) [seit 1996] - Oerlikon-Bührle; 2000 Umbenennung in Unaxis [seit 1906] - Sandoz [1886-1996] - Rembrandt-Gruppe (Remgro) [Südafrika] - Schindler - Schmidheiny-Gruppe (Anova-Holding) - Suchard - Sulzer - Swissair
Versicherungen:	<ul style="list-style-type: none"> - Schweizer Rückversicherung
Wirtschaftsverbände:	<ul style="list-style-type: none"> - Economiesuisse (Fusionsprodukt von Vorort und wf) [seit 2000] - Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft (wf) - Schweizerische Bankiersvereinigung - Schweizerischer Handels- und Industrieverein (Vorort)

Wissenschaftsbetrieb:

Forschungsinstitute:	<ul style="list-style-type: none"> - Catholic Institute for International Relations (CIIR) - Community Agency for Social Enquiry (CASE) [Südafrika] - Gallup-Institut - ifo-Institut [Deutschland] - Institut de Recherche et d'Information sur les Multinationales (IRM)
----------------------	--

Forschungsinstitute (Fortsetzung):	- Starnberger Institut	[Deutschland]
Universitäten		

Kulturbetrieb:

Kulturbetrieb:	- Schweizer Sportler	
	- Zürcher Fotografen	

Einzelne Akteure:

Einzelne Akteure:	- Altweg, Leni	[Pfarrer; AAB-Vizepräsidentin; AAB-Präsidentin]
	- Aubry, Geneviève	[FDP-Nationalrätin]
	- Basson, Wouter	[Militär Südafrika]
	- Bäuml, Richard	[SP-Nationalrat]
	- Bäuml, Ursula	[SP-Nationalrätin]
	- Bauer, Tobias	[AFP-Sekretär]
	- Berthoud, Jean-Michel	[AAB-Sekretär]
	- Beyers Naudé, C. F.	[Pfarrer; SACC-Generalsekretär]
	- Blocher, Christoph	[SVP-Nationalrat; asa-Präsident]
	- Böckli, Hans-Rudolf	[Redaktor asa]
	- Boesak, Allan	[Pfarrer; RWB-Präsident]
	- Bonny, Jean-Pierre	[FDP-Nationalrat]
	- Botha, P. W.	[Premierminister; Staatspräsident Südafrika]
	- Botha, Pik	[Aussenminister Südafrika]
	- Braunschweig, Hansjörg	[SP-Nationalrat]
	- Bretscher, Willy	[NZZ-Chefredaktor; FDP-Nationalrat]
	- Brunner, Edouard	[Botschafter; Staatssekretär]
	- Buthelezi, Mangosuthu	[Zulu-Führer Südafrika]
	- Carobbio, Werner	[PSA-Nationalrat]
	- Cavalli, Rolf	[Journalist SBK]
	- Ceppi, Jean-Philippe	[Journalist Le Temps]
	- Chikane, Frank	[Pfarrer; SACC-Generalsekretär]
	- Christen, Anton	[Redaktor NZZ]
	- De Dardel, Jean-Nils	[SP-Nationalrat]
	- Dedial, Jürg	[Redaktor NZZ]
	- De Klerk, F. W.	[Staatspräsident Südafrika]
	- Eggly, Jacques-Simon	[LPS-Nationalrat; asa-Präsident]
	- Eggstein, Pio G.	[Chef SKA-Vertretung Johannesburg]
	- Egli, Martina	[Journalistin WoZ, TA, WE; Mitautorin Apartheidschuldenstudie]
	- Fetz, Anita	[POCH-Nationalrätin]
	- Fischer, Theo (Hägglingen)	[SVP-Nationalrat]
	- Fischer, Theo (Sursee)	[CVP-Nationalrat]
	- Frischknecht, Jürg	[Publizist; Rechtsextremismusexperte]
	- Herczog, Andreas	[POCH-Nationalrat]
	- Hollenstein, Pia	[grüne Nationalrätin]
	- Holzach, Robert	[Verwaltungsratspräsident SBG]
	- Hubacher, Helmut	[SP-Nationalrat]
	- Imfeld, Al	[Publizist; Afrikaexperte]
	- Jäger, Josef	[Redaktor asa]
	- Just, Carl	[Journalist SBK]
	- Kamber, Peter	[Historiker; Journalist WoZ, TA]
	- Kappeler, Beat	[SGB-Sekretär; Redaktor WE]
	- Leutwiler, Fritz	[Ex-Nationalbankpräsident, Verwaltungsratspräsident ASEA-BBC]
	- Mandela, Nelson	[Oppositionsführer; Staatspräsident Südafrika]

Einzelne Akteure (Fortsetzung):	-	Madörin, Mascha	[Ökonomin AFP, ASB; Mitautorin Apartheidschuldenstudie]
	-	Meienberg, Niklaus	[Schriftsteller]
	-	Meier, Michael	[Journalist TA]
	-	Meyer, Frank A.	[Publizist; Journalist SBK]
	-	Mugglin, Markus	[Publizist; Journalist WoZ]
	-	Mühlemann, Ernst	[FDP-Nationalrat; Leiter Ausbildungszentrum Wolfsberg SBG]
	-	Müller, Felix E.	[Redaktor NZZ]
	-	Müller, Kurt	[Redaktor NZZ; FDP-Nationalrat]
	-	Müller, Peter	[CFS-Präsident]
	-	Ndungane, Nkongonkulu	[Bischof Südafrika]
	-	Ochsner, Gertrud	[Journalistin WoZ]
	-	Rechsteiner, Paul	[SP-Nationalrat; AAB-Präsident; SGB-Sekretär]
	-	Regli, Peter	[Nachrichtendienstchef]
	-	Renschler, Walter	[SP-Nationalrat; VPOD-Sekretär]
	-	Rich, Marc	[Konzernchef Marc Rich-Gruppe]
	-	Rutishauser, Paul	[Pfarrer; AAB-Präsident]
	-	Rychen, Albrecht	[SVP-Nationalrat]
	-	Saager, Hansjürg	[Journalist Handelszeitung; Redaktor SSAA-Bulletin]
	-	Sager, Peter	[SVP-Nationalrat; Leiter Ost-Institut]
	-	Schlüer, Ulrich	[SZ-Herausgeber; SVP-Nationalrat; Mitglied asa]
	-	Schmidheiny, Stephan	[Konzernchef Schmidheiny-Gruppe (Anova-Holding)]
	-	Schmidheiny, Thomas	[Konzernchef Holderbank]
	-	Schoch, Jürg	[Journalist TA]
	-	Schrafl, Anton E.	[SSAA-Präsident]
	-	Schwarzenbach, James	[RP-Herausgeber; republikanischer Nationalrat]
	-	Senn, Niklaus	[Präsident Generaldirektion SBG; UBS-Ehrenpräsident]
	-	September, Dulcie	[ANC-Vertreterin Südafrika]
	-	Sonkosi, Zola	[ANC-Vertreter Südafrika]
	-	Staehelin, Jenö C. A.	[Botschafter]
	-	Steiner, Jürg	[Journalist BZ]
	-	Stocker, Monika	[grüne Nationalrätin]
	-	Stoll, Martin	[Journalist SoZ]
	-	Strehle, Res	[Journalist WoZ, WE]
	-	Stucky, Georg	[FDP-Nationalrat]
	-	Studer, Peter	[TA-Chefredaktor]
	-	Sulzer-Jantzen, Peter	[Journalist NZZ, SZ]
	-	Thirion, Chris	[Nachrichtendienstchef Südafrika]
	-	Trepp, Gian	[Journalist WoZ, SoZ]
	-	Tschopp, Peter	[Ex-Präsident FDP Genf; Ökonom]
	-	Tutu, Desmond	[Nobelpreisträger; Bischof Südafrika]
	-	Quinche, Jean Olivier	[Botschafter]
	-	Vanoni, Bruno	[Redaktor TA]
	-	Viotti, Roland	[Konsul]
	-	Vogel, Lukas	[AAB-Sekretär]
	-	Vogelsanger, Peter	[Pfarrer; Präsident SEK-Abgeordnetenversammlung]
	-	Von Bergen, Stefan	[Journalist BZ]
	-	Von Felten, Margrith	[SP-Nationalrätin]
	-	Vorster, B. J.	[Staatspräsident Südafrika]
	-	Wartenweiler, Johannes	[Journalist WoZ]
	-	Wellmer, Gottfried	[Historiker; Mitautor Apartheidschuldenstudie]
	-	Weyermann, Barbara	[Publizistin; Journalistin WoZ]
	-	Wolf, Walter	[Redaktor epd]
	-	Wüthrich, Georges	[Journalist BK]
	-	Ziegler, Jean	[SP-Nationalrat]

VII.2 Codebook: Positionen der Öffentlichkeitsakteure

Apartheidkritische und antikritische Positionen "Sanktionen, allgemein":

Kritik: Sanktionen, allgemein – Selbst Schwarze Südafrikas fordern Boykott (u. a. Bischof Tutu)	Antikritik: Sanktionen, allgemein – Schwarze Südafrikas verurteilen Boykott (u. a. Zulu-Führer Buthelezi)
<p>"Hinzu komme, dass selbst betroffene Landarbeiter zu einem Boykott geradezu ermutigen." TW, 17.6.1980.</p> <p>"So sprechen sich denn auch die Schwarzen Südafrikas klar für solche Boykottmassnahmen aus." Motion SP-Nationalrat Leuenberger-Solothurn, <i>Revision Bankengesetz. Kapitalexport</i>, 21.6.1985 [85.515].</p> <p>"Ich [Zürcher SP-Stadträtin Ursula Koch, Anm. PM] habe sie [ANC-Vertreterin Dulcie September, Anm. PM] gefragt, ob bei einem Boykott nicht letztlich die schwarze Bevölkerung die Zeche bezahlen müsste. Sie sagte, die Schwarzen wüssten genau, dass sie dieses Opfer bringen müssten, und sie wünschten das auch, weil das eine Änderung bringen werde." TA, 21.11.1986.</p> <p>"Die im März ermordete schwarze Aktivistin Dulcie September habe ihr [Zürcher SP-Stadträtin Ursula Koch, Anm. PM] beigebracht, dass die südafrikanischen Schwarzen Boykottmassnahmen auch dann begrüssen, wenn sie selbst darunter zu leiden hätten." TA, 17.6.1988.</p> <p>"Inzwischen fordert aber auch der grösste schwarze Gewerkschaftsdachverband COSATU Sanktionen." TA, 18.11.1988.</p>	<p>"Tatsache ist, dass (...) Buthelezi, Chief des Kwazulu-Homelands (...), und Präsident Mangope von Bophuthatswana sich ausdrücklich gegen jede Form von wirtschaftlichem Boykott aussprechen." SZ, 26.11.1982.</p> <p>"Selbst gemässigte schwarze Führer sind hier zurückhaltend und ziehen höchstens differenzierte Teilmassnahmen – und nur solche, welche die schwarze Bevölkerung nicht treffen – in Betracht." CVP-Nationalrat Fischer-Sursee, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].</p> <p>"Schliesslich ist vor kurzem eine Gallup-Umfrage erschienen, in der sich die Mehrheit der befragten Schwarzen gegen Wirtschaftssanktionen ausspricht, auch wenn diese die Liquidierung der Apartheid innert fünf Jahren zur Folge hätten." TA, 16.6.1989.</p> <p>"Wenn man in der Schweiz wieder einmal Gründe für nationale Mortifikation sucht, sollte man dennoch nicht vergessen, (...) dass der Wirtschaftsboykott Südafrikas (...) auch von führenden schwarzen Politikern, zum Beispiel Gathsa Buthelezi, als die Falschen treffend abgelehnt worden war." NZZ, 1.11.2001.</p>
Kritik: Sanktionen, allgemein – Konsumverzicht südafrikanischer Güter implementieren (u. a. Boykott Migros, Coop)	Antikritik: Sanktionen, allgemein – Konsumverzicht ist privater Entscheid
<p>"Die Antiapartheid-Bewegung Bern ruft zum Konsum-Boykott südafrikanischer Importwaren auf." TW, 9.10.1978.</p> <p>"Solidarität mit den Schwarzen heisst direktes Eingreifen in den Eingeweiden «der Bestie»; in den Betrieben und in den Parlamenten, mittels Produkteboykotten und Aktionen, mit Demonstrationen auf der Strasse und aufklärender Öffentlichkeitsarbeit." WoZ, 16.10.1987.</p> <p>"Auch das von der Schweizerischen Anti-Apartheid-Organisation aufgegriffene Konzept der «Sanktionen von unten» stammt vom ANC. Es zielt darauf, möglichst viele Konsumentinnen und Konsumenten für einen direkten Boykott südafrikanischer Produkte zu gewinnen und jene schweizerischen Firmen auf eine Boykottliste zu setzen, die eine zentrale Position im Südafrikageschäft innehaben." TA, 15.6.1988.</p>	<p>"Der Verzicht auf den Konsum südafrikanischer Güter schliesslich muss dem einzelnen Bürger anheim gestellt werden." Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 16.12.1985 [85.540].</p> <p>"Bei Coop-Schweiz heisst es, der Konsument solle entscheiden. Deshalb hat die Coop-Direktion vor einem Monat beschlossen, inskünftig sämtliche Produkte, auch Frischwaren, zu deklarieren. Somit werden in Zukunft Blumen und Früchte aus Südafrika erkenntlich sein." TA, 10.1.1987.</p> <p>"Dazu ein Coop-Sprecher: «Der Südafrika-Boykott ist sehr umstritten. Wir haben eigentlich eher die Einstellung, nicht irgendein Land zu boykottieren. Der Kunde soll entscheiden (...)»." BK, 28.6.1989.</p>
Kritik: Sanktionen, allgemein – Rückzug Bankkonten tätigen (u. a. Boykott SBG, SBV, SKA)	
<p>"Mit verstärktem Druck auf unsere Grossbanken, die Geschäfte mit Südafrika abubrechen, können wir als Bankkunden, als Bürgerinnen und Bürger dazu beitragen, dass die Zügel vom Minderheitenregime endlich aus der Hand gegeben werden müssen." TW, 12.6.1985.</p> <p>"Mit dem Aufruf zu einem kollektiven Kontorückzug bei grossen Schweizer Banken hat die «Anti-Apartheid-Bewegung» am Donnerstag vor dem Hauptgebäude der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG) ihre Aktion «Banken-Pikett» abgeschlossen." TA, 3.4.1987.</p>	
Kritik: Sanktionen, allgemein – Ausschluss Südafrika IKRK-Konferenz Genf 1986 gerechtfertigt	Antikritik: Sanktionen, allgemein – Ausschluss Südafrika IKRK-Konferenz Genf 1986 nicht gerechtfertigt (Image-schaden Schweiz)
<p>"Grundsätzlich bin ich der Auffassung, dass in einer internationalen Gemeinschaft kein Mitglied ausgeschlossen werden soll (...). Anders ist es, wenn eine solidarische politische Demonstration, die zeitlich beschränkt ist, stattfindet. Von daher habe ich für den Mehrheitsbeschluss dieser Rotkreuzkonferenz sehr viel Verständnis." SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig, Nationalratsdebatte, 11.3.1987 [86.125, 86.976, 86.984].</p>	<p>"Mit dem Ausschluss der Regierungsdelegation Südafrikas hat die Internationale Rotkreuzkonferenz in Genf der Rotkreuzidee schweren Schaden zugefügt." TA, 17.10.1986.</p> <p>"Eine politische Aktion wie sie jetzt in Genf praktiziert wurde, ist im Rahmen einer Konferenz des roten Kreuzes deplaziert und kontraproduktiv in jeder Hinsicht." VA, 27.10.1986.</p>

Apartheidkritische und antikritische Positionen "Sanktionen, negative Effekte":

Kritik: Sanktionen, negative Effekte – Keine Erhöhung Arbeitslosigkeit Schwarze, Apartheidökonomie selbst erzeugt Arbeitslosigkeit	Antikritik: Sanktionen, negative Effekte – Erhöhung Arbeitslosigkeit Schwarze
<p>"Zum häufigen Einwand, wonach durch solche Boykotte die unterdrückten schwarzen südafrikanischen Landarbeiter am stärksten betroffen würden, führten die Vertreter der Aktion aus, dass sich die Arbeitsplatzsituation kaum mehr verschlimmern könne." TW, 17.6.1980.</p> <p>"Ob Wirtschaftssanktionen nicht die Falschen treffen würden? Für Pfarrer Chikane sind Sanktionen das einzige noch verbliebene Mittel, um weitere Gewalt vorzubeugen. Im übrigen, so gibt er zu bedenken, habe das Apartheidsystem mehr Arbeitslosigkeit und Missmanagement zur Folge, als Sanktionen je haben könnten." TA, 22.10.1987.</p> <p>"Entscheidend ist aber in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass die ökonomischen und politischen Grundstrukturen der Apartheidökonomie in den vergangenen Jahren ein sehr viel höheres Mass an Arbeitslosigkeit haben entstehen lassen und auch künftig von Jahr zu Jahr neu entstehen lassen würden, als es sich infolge effektiver Sanktionen kurzfristig ergeben könnte." AAB-Nachrichten, Nr. 2, April 1988.</p>	<p>"Von einer Wirtschaftsblockade halte die FDP aber nichts, weil sie die farbige Bevölkerung besonders stark treffen würde." VA, 29.7.1985.</p> <p>"Die Gegner von Wirtschaftssanktionen argumentieren zudem, ein Boykott würde kontraproduktiv wirken und in erster Linie die wirtschaftlich Schwachen, also die Schwarzen treffen." BK, 12.8.1985.</p> <p>"Wie Nikolaus Senn, Präsident der Generaldirektion der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG), am Montag in der «Tagesschau» vom Fernsehen DRS weiter erklärte, würden die Schwarzen von derartigen Massnahmen am schwersten betroffen." TA, 10.9.1985.</p> <p>"Ich muss sogar befürchten, dass sich dies längerfristig auf die schwarze Bevölkerung und ihre Lebensbedingungen sehr negativ auswirken würde." SVP-Nationalrat Albrecht Rychen, Nationalratsdebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918].</p>
Kritik: Sanktionen, negative Effekte – Keine Extremisierung, Verhinderung Blutbad	Antikritik: Sanktionen, negative Effekte – Extremisierung, Bürgerkriegsgefahr
<p>"Wenn mir Schwarze in Südafrika sagen: «Wir wollen diesen Boykott und wir sehen, dass dies im Augenblick der einzige Weg ist, um ein Blutbad zu verhindern», dann ist das für mich verbindlich." AAB-Nachrichten, Nr. 6a, November 1986 (Sonderausgabe "Boykottiert Südafrika – Unterstützt Nicaragua!").</p> <p>"Aber Sanktionen alleine können wohl verhindern, dass es zu einem unvorstellbaren Blutbad kommt." SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].</p>	<p>"Hinzu kommt, dass Sanktionen zu einer Verhärtung des innenpolitischen Kurses der Regierung von Südafrika führen." FDP-Nationalrat Jean-Pierre Bonny, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].</p> <p>"Ausserdem verhärteten Sanktionen die politischen Fronten erst recht, geben extremen Gruppierungen Auftrieb – ich erinnere an den Wahlerfolg der rechtsextremen Partei um Andreas Treurnicht vergangene Woche." Autopartei-Nationalrat Michael E. Dreher, Nationalratsdebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918].</p>
Kritik: Sanktionen, negative Effekte – Apartheid selbst destabilisiert Frontstaaten Südafrikas	Antikritik: Sanktionen, negative Effekte – Wirtschaftskrise Frontstaaten Südafrikas
<p>"Die Frontstaaten Südafrikas leiden in besonderem Mass unter der aggressiven Destabilisierungspolitik des Apartheid-Regimes." Motion SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, <i>Unterstützung der Frontstaaten Südafrika</i>, 24.9.1986 [86.5755].</p>	<p>"Solche Massnahmen [Sanktionen, Anm. PM], da sie indirekt auch die anderen Länder der Region treffen würden, könnten eine schwere Wirtschaftskrise im südlichen Afrika herbeiführen." VA, 23.9.1986.</p> <p>"Der Bundesrat befürchtet, solche Massnahmen [Sanktionen, Anm. PM] könnten indirekt auch <i>andere Regionen treffen</i> und im südlichen Teil Afrikas eine schwere <i>Wirtschaftskrise</i> herbeiführen." NZZ, 23.9.1986 [Hervorhebungen im Original].</p> <p>"«Die Schweiz hält grundsätzlich an ihrer traditionell ablehnenden Haltung gegenüber Sanktionen fest (...),» da «sie indirekt auch die anderen Länder der Region treffen werden» und dadurch «eine schwere Wirtschaftskrise im südlichen Teil Afrikas herbeiführen könnten»." Antwort Bundesrat, 29.9.1997 [97.1031].</p>
	<p>Antikritik: Sanktionen, negative Effekte – Stärkung Apartheidregime, Förderung Kriegswirtschaft Südafrikas</p> <p>"Und schliesslich noch ein möglicher kontraproduktiver Sanktionseffekt. Unter den weissen Südafrikanern kann eine «Wir-gegen-alle»-Haltung entstehen oder bewusst geschürt werden." VA, 14.9.1985.</p> <p>"Mit Sicherheit ist vorauszusehen, dass gegen die Wagenburg-Mentalität der Buren Handelshemmnisse nichts helfen werden. Im Gegenteil." SZ, 15.8.1986.</p> <p>"Die Gefahr bestünde dann darin, dass in Südafrika eine Art Kriegswirtschaft entstünde, die sich ausländischem Einfluss mehr und mehr verschliessen würde." SVP-Nationalrat Albrecht Rychen, Nationalratsdebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918].</p>

Apartheidkritische und antikritische Positionen "Sanktionen, UNO":

Kritik: Sanktionen, UNO – Verschärftes Waffenembargo übernehmen	Antikritik: Sanktionen, UNO – Waffenausfuhr eingeschränkt seit 1963
<p>"Anfang November 1977 hat die Uno ein verbindliches Embargo beschlossen, das neben direkten Waffenlieferungen auch die Lizenzvergabe verbietet. Auch hier geschah bis jetzt schweizerischerseits nichts." konzept, Nr. 1, Januar 1978.</p> <p>"Il sottoscritto chiede al Consiglio federale di dire: (...) se è disposto a riaffermare il divieto assoluto di esportazioni di armi verso il Sud Africa, compresi quei mezzi come l'aereo Pilatus o le autoblende che possono essere trasformati in mezzi militari." Einfache Anfrage PSA-Nationalrat Werner Carobbio, <i>Sud Africa. Risoluzione del Consiglio di sicurezza</i>, 17.6.1980 [80.702].</p> <p>"1963, drei Jahre nach dem Massaker von Sharpeville, empfahl der Uno-Sicherheitsrat ein unverbindliches Waffenembargo gegenüber Südafrika. Der Bundesrat erliess noch im selben Jahr ein Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial, was bis heute stolz vermerkt wird. Doch dem verbindlichen Waffenembargo der Uno von 1977, das viel umfassender war als jenes der Schweiz, schloss er sich nicht an." TA, 7.11.2001.</p>	<p>"Un embargo generale sulle esportazioni svizzere di materiale da guerra verso la Repubblica sud-africana è in vigore dal 6 dicembre 1963." Antwort Bundesrat, 13.12.1976 [76.767].</p> <p>"Das Waffenembargo selber schmerzte die Schweiz und ihre Industrie kaum. Seit 1963 hat unser Land nämlich von sich aus ein solches Embargo gegen Südafrika verhängt." TA, 8.11.1977.</p> <p>"(...) nel dicembre 1963, la Svizzera aveva decretato di propria iniziativa un embargo totale sulle esportazioni di armi svizzere verso la Repubblica Sudafricana." Antwort Bundesrat, 27.8.1980 [80.702].</p> <p>"Par ailleurs, vous savez que l'exportation de tout matériel de guerre vers l'Afrique du Sud est interdite depuis 1963." Antwort Bundesrat Pierre Aubert, 23.9.1985 [Frage 4 Magnin].</p> <p>"Bereits im Jahre 1963 hat der Bundesrat indessen aus eigener Initiative ein Embargo für die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Südafrika beschlossen." Antwort Bundesrat, 29.2.1988 [87.730].</p> <p>"Die Schweiz hat diese Sanktionen, mit Ausnahme der Waffenexporte, nicht mitgetragen. Die Waffenexporte hat sie ab 1963 untersagt, als erstes Land übrigens." SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer, Nationalratsdebatte, 3.3.1999 [98.412].</p>
Kritik: Sanktionen, UNO – Waffenausfuhr verschärfen gemäss Cocom-Praxis, da Missbrauch (u. a. Oerlikon-Bührle)	Antikritik: Sanktionen, UNO – Keine Embargounterlaufung, Waffenexporte nur für zivile Zwecke
<p>"Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass die Schweiz in anderen Fällen durchaus wirksame Massnahmen gegen Umgehungsgeschäfte getroffen hat (z. B. beim Embargo der Cocom-Staaten gegenüber den Ländern des Warschauer-Pakts). Die Schweiz hat in diesem Fall nicht nur den Courant normal, sondern in verschiedenen Bereichen sogar den Courant essentiel eingeführt oder sich faktisch dem Embargo angeschlossen, so dass eine neutrale Haltung bisweilen kaum mehr erkennbar ist." Parlamentarische Initiative SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, <i>Südafrika-Sanktionen. Umgehungen durch die Schweiz</i>, 9.10.1986 [86.234].</p> <p>"Bekanntlich hat die Schweiz seit 1951 ein Instrumentarium entwickelt, um im Rahmen des Cocom (Coordinating Committee for Multilateral Export Controls) den Export strategisch und militärtechnologisch relevanter Güter in die Länder des Warschauer-Paktes wirksam zu unterbinden. (...) Geht es hier [im Fall Südafrika, Anm. PM] nicht um die Anwendung gleichen Rechts?" Einfache Anfrage SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig, <i>Rüstungstechnologie. Transfer nach Südafrika</i>, 18.12.1987 [87.730].</p>	<p>"(...) il ne s'agit pas de matériel de guerre au sens de la loi, la Suisse n'a aucune raison de prendre quelque mesure que ce soit." Antwort Bundesrat, 1.9.1976 [76.735].</p> <p>"L'attitude du Conseil national a été dictée essentiellement par un arrêt du Tribunal fédéral du 23 janvier 1951, selon lequel les opérations commerciales relatives à du matériel de guerre, qui est produit à l'étranger et livré à d'autres Etats, sans pénétrer dans notre pays, ne sont pas soumises à l'autorisation de la Confédération." Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 22.6.1978 [77.396].</p> <p>"Es gibt keine Anzeichen, dass Schweizer Unternehmen versuchten, das Embargo gegen die südafrikanische Armee oder die Polizei zu unterlaufen (...). Auf einige unbedeutende Ausnahmen (Sprengstoff für zivile Zwecke, Privatwaffen, Munition für Auslandschweizer Schützenvereine) haben wir in der Antwort zur Interpellation Rechsteiner vom 17. Juni 1987 hingewiesen." Antwort Bundesrat, 29.2.1988 [87.730].</p>
Kritik: Sanktionen, UNO – Allgemeine Wirtschafts-sanktionen übernehmen	Antikritik: Sanktionen, UNO – Sanktionen nicht bindend, Schweiz nicht UNO-Mitglied
<p>"(...) il sottoscritto deputato chiede al Consiglio federale di sapere si è disposto: (...) a rivedere il suo atteggiamento in fatto di applicazione delle sanzioni economiche decise dall'ONU contro il Sud Africa." Einfache Anfrage PSA-Nationalrat Werner Carobbio, <i>Situazione in Sud Africa</i>, 23.9.1976 [76.767].</p> <p>"Wir fragen insbesondere, ob es nicht angebracht wäre, (...) dass sich die Schweiz den Boykottmassnahmen der UNO anschliesst." Interpellation PSA-Nationalrat Werner Carobbio, <i>Exportisikogarantie. Südafrika und Rhodesien</i>, 20.9.1977 [77.423].</p>	<p>"Da die Schweiz der UNO nicht angehört, ist sie juristisch nicht an deren Resolutionen gebunden." BK, 7.12.1963.</p> <p>"(...) la Svizzera, in quanto Stato non membro delle Nazioni Unite, non è vincolata dalle risoluzioni del Consiglio di sicurezza." Antwort Bundesrat, 27.8.1980 [80.702].</p> <p>"Die Resolution Nr. 418 von 1977 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen bindet die Schweiz als Nichtmitglied der Uno nicht." Antwort Bundesrat, 29.2.1988 [87.730].</p> <p>"Es wurden seinerzeit oft Resolutionen gefasst, aber sie wurden relativ wenig beachtet, und die Schweiz als Nicht-Uno-Mitglied hat die Sanktionen nicht mitgetragen." SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer, Nationalratsdebatte, 3.3.1999 [98.412].</p>

	<p>Antikritik: Sanktionen, UNO – Hypokrisie US- und EG-Firmen, unechter Südafrikaboykott</p> <p>"(...) le régime des sanctions, adopté par certains pays, conduit à une forme d'hypocrisie. (...) certaines entreprises américaines se sont formellement retirées du marché sud-africain mais, en réalité, elles ont continué à travailler avec celui-ci par l'intermédiaire de licences et bénéficient, ce faisant, de «royalties» qui leur sont versées pour l'ensemble de la technologie qui est laissée à disposition, du know-how – comme on dit – et dont les entreprises sur place peuvent profiter." Berichterstatter Kommission Auswärtige Angelegenheiten CVP-Nationalrat Jean-Philippe Maître, Nationalratsdebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918].</p> <p>"Der Boykott ist von Land zu Land verschieden ausgestaltet und wird darüber hinaus auch verschieden gehandhabt. Gerade dies bietet natürlich verschiedenen Ländern Gelegenheit, die von ihnen selbst geschaffenen <i>Marktnischen</i> im Boykottgebäude auszunützen. Es gibt «Boykottstaaten» in Europa, die seit der Einführung ihrer Massnahmen in gewissen Bereichen einen blühenden Aufschwung ihres Importes aus Südafrika erleben." NZZ, 23.6.1988 [Hervorhebung im Original].</p> <p>"Zahlreiche amerikanische Firmen vermochten durch kluge juristische Konstruktionen dem Buchstaben der Boykottgesetze nachzuleben und dennoch ihre wirtschaftliche Tätigkeit am Kap fortzusetzen." NZZ, 3.7.1999.</p>
<p>Kritik: Sanktionen, UNO – Keine weiteren Kredite an Südafrika gewähren</p> <p>"Kredite an die südafrikanische Regierung bzw. den südafrikanischen Staat sind in diesem Rahmen gänzlich zu verbieten." Motion SP-Nationalrat Leuenberger-Solothurn, <i>Revision Bankengesetz. Kapitalexport</i>, 21.6.1985 [85.515].</p> <p>"Unsere vier Forderungen lauten: (...) keine weiteren Kredite für die südafrikanische Regierung." AAB-Nachrichten, Nr. 4, Juli 1986.</p> <p>"Das «disinvestment» aller Kredite von Schweizer Banken an die öffentliche Hand Südafrika sei das Ziel der Hilfswerke, erklärten die beiden Hilfswerkvertreter." TA, 19.12.1988.</p>	
<p>Kritik: Sanktionen, UNO – Keine Einfuhr Krügerrand-Goldmünzen</p> <p>"In diesem Zusammenhang ist auch ein Verbot des Verkaufs von Krügerrand-Münzen in der Schweiz anzustreben." Motion SP-Nationalrat Leuenberger-Solothurn, <i>Revision Bankengesetz. Kapitalexport</i>, 21.6.1985 [85.515].</p> <p>"Unsere vier Forderungen lauten: (...) keine Einfuhr von Krügerrand-Goldmünzen." AAB-Nachrichten, Nr. 4, Juli 1986.</p>	<p>Antikritik: Sanktionen, UNO – Handel Krügerrand-Goldmünzen sowieso weltweit rückläufig</p> <p>"Aufgrund des in verschiedenen Ländern in Kraft stehenden Einfuhrverbotes für Krügerrands sind die schweizerischen Importe solcher Münzen schon vor dem vor zwei Wochen erlassenen EG-Importverbot zusammengeschrumpft." Antwort Bundesrat Kurt Furgler, 6.10.1986 [Frage 38 Rechsteiner].</p> <p>"Auch hier wurde festgestellt, dass die Schweiz nicht als Umgehungsland diene und dass das Volumen der jährlichen Krügerrandimporte ab Mitte der achtziger Jahre drastisch abnahm." Antwort Bundesrat, 29.9.1997 [97.1031].</p>
<p>Kritik: Sanktionen, UNO – Kein Verkauf von Computer- und Nukleartechnologie</p> <p>"Damit fordern 17 454 Personen von Bundesrat und Parlament die folgenden Massnahmen: (...) keinen Verkauf von Computer- und nukleartechnologischem Material oder von Patenten an Südafrika." Petition AAB, <i>Südafrika. Auch die Schweiz muss handeln</i>, 24.9.1985 [86.252].</p> <p>"Unsere vier Forderungen lauten: (...) keinen Verkauf von Computer- und Nukleartechnologie an Südafrika." AAB-Nachrichten, Nr. 4, Juli 1986.</p>	<p>Antikritik: Sanktionen, UNO – Ausfuhr Computer- und Nukleartechnologie vernachlässigbar, wurde nie autorisiert</p> <p>"Dans la domaine nucléaire, aucune demande d'exportation de biens soumis à autorisation n'a été présentée aux autorités compétentes." Antwort Bundesrat Pierre Aubert, 23.9.1985 [Frage 4 Magnin].</p> <p>"Die Ausfuhr von Nukleargütern und -technologien untersteht einer Bewilligung (...). Bisher hat es keine derartigen Exporte nach Südafrika gegeben." Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 16.12.1985 [85.540].</p> <p>"Exporte von Computertechnologie schweizerischen Ursprungs nach Südafrika sind unbedeutend." Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 16.12.1985 [85.540].</p> <p>"Das Exportvolumen von Computerausrüstungen schweizerischen Ursprungs nach Südafrika ist nicht der Rede wert und hat sich nicht vergrössert." Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 21.9.1987 [87.468].</p>

Kritik: Sanktionen, UNO – Aufhebung Swissair-Flüge, kein Überflug- und Landerecht SAA	Antikritik: Sanktionen, UNO – Swissair ist private AG, Luftfahrtgesetz gestattet Benutzung Luftraum für SAA
<p>"Damit fordern 17 454 Personen von Bundesrat und Parlament die folgenden Massnahmen: (...) Aufhebung der Flüge der Swissair nach Südafrika und keine Landerechte für die South African Airways in der Schweiz." Petition AAB, <i>Südafrika. Auch die Schweiz muss handeln</i>, 24.9.1985 [86.252].</p> <p>"Ferner forderte der Kongress [des SGB, Anm. PM] den Rückzug der Überflug- und Landerechte der südafrikanischen Fluggesellschaft." SP-Nationalrat Walter Renschler, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].</p>	<p>"Gemäss Luftfahrtgesetz ist die Benützung des Luftraums über der Schweiz grundsätzlich gestattet (...). Überdies ist die Swissair eine private Gesellschaft." Petitionskommission des Nationalrates, 19.12.1986 [86.252].</p> <p>"Für das Bundesamt für Zivilluftfahrt stellt sich diese Frage gar nicht. Südafrika nützt gemäss Max Neuenschwander ganz einfach die Möglichkeiten, die sich aus dem schweizerisch-südafrikanischen Luftverkehrsabkommen ergeben." TA, 26.3.1987.</p>
Kritik: Sanktionen, UNO – Drehscheibe Umgehungs-geschäfte Schweiz unterbinden	Antikritik: Sanktionen, UNO – Statistische Überwachung Handelsbeziehungen zur Unterbindung Umgehungs-geschäfte Schweiz
<p>"Längst wirft der Sanktionsausschuss der Uno unserem Lande vor, keine gesetzlichen Grundlagen geschaffen zu haben, um die Umtriebe notorischer Blockadebrecher (Strohmänner in Zug und Genf) wirklich überprüfen zu können." TA, 8.11.1977.</p> <p>"Im Hinblick auf die anstehende Revision des Bankengesetzes soll der Bundesrat Bestimmungen gegen die Umgehung des Plafonds über nicht bewilligungspflichtige Kapitalexperte vorlegen." Motion SP-Nationalrat Leuenberger-Solothurn, <i>Revision Bankengesetz. Kapitalexport</i>, 21.6.1985 [85.515].</p>	<p>"Wir haben für solche Drehscheibenfunktionen nie etwas übrig gehabt, und ich versichere Ihnen, Herr Reichsteiner, dass wir auch jetzt durch unsere Ämter, die die Handelsbeziehungen beobachten, uns selbst in die Lage versetzen festzustellen, ob diese saubere Politik durchgehalten wird." Antwort Bundesrat, 6.10.1986 [Frage 38 Reichsteiner].</p> <p>"Die statistische Überwachung der wirtschaftlichen Verflechtung der Schweiz mit Südafrika übernahm von 1986 an eine interdepartementale Arbeitsgruppe. Diese hatte die Aufgabe, eine systematische Überwachung in denjenigen Bereichen sicherzustellen, in denen die wichtigsten Industrieländer deckungsgleiche Sanktionen ergriffen hatten." Antwort Bundesrat, 29.9.1997 [97.1031].</p>
Kritik: Sanktionen, UNO – Missbrauch Schweiz als Drehscheibe, für Dreiecksgeschäfte (u. a. Marc Rich, Oerlikon-Bührle, ASEA-BBC)	Antikritik: Sanktionen, UNO – Kein Missbrauch Schweiz für Dreiecksgeschäfte
<p>"Es ist überdies erwiesen, dass die Oerlikon-Bührle dass rassistische Regime Südafrikas über seine italienische Tochtergesellschaft weiterhin mit Kriegsmaterial versorgt." Interpellation PSA-Nationalrat Werner Carobbio, <i>Exportisikogarantie. Südafrika und Rhodesien</i>, 20.9.1977 [77.423].</p> <p>"Ein spektakulärer Umgehungsfall ereignete sich 1968, als Bührle-Waffen im Wert von 52.7 Millionen Franken unter falschen Angaben über einen Drittstaat nach Südafrika gelangten." TA, 8.11.1977 [Hervorhebungen im Original].</p> <p>"Schweizerische Waffenlieferungen nach Südafrika sind seit 1963 durch ein entsprechendes Embargo untersagt. Doch durfte Bührle danach noch Waffen für 10 Mio. Fr. liefern (da sie kurz vorher bewilligt worden waren). Dies genügte ihm aber nicht, er lieferte fortan seine Waffen weiter illegal nach Südafrika." Konzept, Nr. 1, Januar 1978.</p> <p>"Diesem Bericht, der dem [amerikanischen, Anm. PM] Kongress kürzlich zugeleitet wurde, ist zu entnehmen, dass gegen das Embargo verstossende Lieferungen u. a. über die Schweiz erfolgt sind." Interpellation SP-Nationalrat Paul Reichsteiner, <i>Waffenembargo gegen Südafrika</i>, 17.6.1987 [87.468].</p>	<p>"Die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft haben keine Hinweise erbracht, wonach Lieferungen von amerikanischem Kriegsmaterial in den Iran über schweizerisches Territorium gelaufen sind. Das gleiche gilt auch für die behaupteten Lieferungen an Südafrika." Antwort Bundesrat, 19.12.1986 [86.765].</p> <p>"Sie [interdepartementale Arbeitsgruppe, Anm. PM] hat festgestellt, dass sich in den verschiedenen erfassten Bereichen nach wie vor keine Anzeichen für Umgehungs-geschäfte über das schweizerische Territorium erkennen lassen." Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 14.12.1987 [87.918].</p> <p>"Es liegen bisher keine Hinweise vor, dass in die Schweiz importierte südafrikanische Eisen- und Stahlprodukte in ein Land reexportiert wurden, das ein entsprechendes Embargo gegenüber Südafrika erlassen hat." Antwort Bundesrat, 14.9.1988 [88.685].</p>
Kritik: Sanktionen, UNO – Abbruch Sport- und Kulturkontakte (u. a. Boykott Zwei-Tage-Marsch)	Antikritik: Sanktionen, UNO – Abbruch Sport- und Kulturkontakte ist private Angelegenheit
<p>"Wir empfinden es als offene Provokation, dass beispielsweise uniformierte und bewaffnete südafrikanische Truppen, die mit brutalsten Methoden das Apartheid-Regime aufrecht-erhalten, seit Jahren an dieser Veranstaltung [Zwei-Tage-Marsch, Anm. PM] mitmarschieren." WoZ, 8.4.1988.</p> <p>"25 Nationalräte, 12 Parteien und politische Gruppierungen sowie bekannte Spitzensportler hatten im Vorfeld der zwei Marschstage von Bern einen von der «WochenZeitung» (WoZ) eingefädelten Boykottaufruf verfasst. Sie wollten nicht akzeptieren, dass, wie in den Vorjahren, beflaggte und bewaffnete südafrikanische und israelische Militärgruppen, aber auch Neonazitruppen in Uniform mitmarschieren dürfen." SoZ, 8.5.1988.</p>	<p>"Je précise encore que le groupe d'Afrique du Sud n'était pas l'hôte de la Confédération mais du Comité de la Marche et, enfin, que ce groupe a déjà pris part à plusieurs reprises, lors des années antérieures, à la Marche de deux jours." Antwort Bundesrat, 10.6.1985 [Frage 18 Gurtner].</p> <p>"Was die Sportkontakte anbetrifft, liegt der Entscheid über die Teilnahme an sportlichen Veranstaltungen, die auch von Südafrikanern besucht oder in Südafrika ausgetragen werden, bei den Sportverbänden und den einzelnen Sportlern." Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 16.12.1985 [85.540].</p>

Apartheidkritische und antikritische Positionen "Sanktionen, Neutralität":

Kritik: Sanktionen, Neutralität – Bei schweren Menschenrechtsverletzungen Vorzug aussenpolitische Tradition Solidarität, Humanität	Antikritik: Sanktionen, Neutralität – Aussenpolitische Tradition Neutralität verbietet grundsätzlich konzertierte Aktionen
<p>"Nicht nur der Grundsatz der Solidarität, sondern auch das Gebot einer an den Menschenrechten orientierten Aussenpolitik erfordern die Beteiligung der Schweiz an Sanktionen gegen das Apartheidregime." Parlamentarische Initiative SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, <i>Südafrika-Sanktionen. Umgehungen durch die Schweiz</i>, 9.10.1986 [86.234].</p> <p>"Und die Neutralität? Stünde diese Maxime nicht im Weg? Man darf nicht vergessen, dass nicht nur sie, sondern auch der Grundsatz der Solidarität das aussenpolitische Verhalten der Schweiz prägt. In diesem Falle: Solidarität mit den geplagten Schwarzen." TA, 20.12.1986.</p> <p>"Rechsteiner (plädierte) für die Solidarität der Schweiz mit der Mehrheit der südafrikanischen Bevölkerung. Die Menschenrechtsverletzungen unter dem seit 1986 herrschenden Ausnahmezustand liessen neutralitätspolitische Argumente in den Hintergrund treten." TA, 6.12.1989.</p>	<p>"De plus, la Suisse n'a pas l'habitude de prendre unilatéralement des sanctions économiques. Elle ne se joint pas non plus à des mesures prises par un seul pays ou un groupe de limité de pays." Antwort Bundesrat Pierre Aubert, 23.9.1985 [Frage 4 Magnin].</p> <p>"(...) la neutralité nous interdirait de nous associer aux sanctions d'un groupe de pays." LPS-Nationalrat Eggly-Genève, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].</p> <p>"Einmal entspricht es einer konstanten aussenpolitischen Praxis – Kollega Fischer von der CVP hat das zurecht unterstrichen –, dass wir uns grundsätzlich nicht an konzertierten Aktionen gegen bestimmte Staaten beteiligen." FDP-Nationalrat Jean-Pierre Bonny, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].</p> <p>"Der Bundesrat, so erläuterte Othmar Wyss, als Sektionschef im Bundesamt für Aussenwirtschaft für Südafrika zuständig, wird sich erst an den Sanktionen anderer Länder beteiligen, wenn diese «konvergent» würden." TA, 7.12.1989.</p>
Kritik: Sanktionen, Neutralität – Nichtergreifung = Komplizenschaft, Sanktionsgewinnler	Antikritik: Sanktionen, Neutralität – Ungleiche Handhabung Südafrika vs. Ostblock, totalitäre Regimes
<p>"Wer sich auch heute noch gegen die Verhängung von Sanktionen sträubt, macht sich schlussendlich mitschuldig am Leiden der schwarzen Bevölkerung Südafrikas." AAB-Nachrichten, Nr. 4, Juli 1986.</p> <p>"Es ist höchste Zeit zu handeln, will sich die Schweiz nicht dem Vorwurf der Komplizenschaft mit dem südafrikanischen Unrechtsregime aussetzen." SP-Nationalrat Walter Renschler, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].</p> <p>"Kann man – so stellt sich die Frage – tatsächlich «neutral» bleiben, wenn sich die überwältigende Mehrheit aller Regierungen dieser Welt gegen ein Unrechtsregime stellt? Man kann tatsächlich, aber auf das Risiko hin, die Glaubwürdigkeit in der internationalen Gemeinschaft zu verlieren, und auf die Gefahr hin, als Sanktionsgewinnler dazustehen." LdU-Nationalrat Weder-Basel, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].</p> <p>"Als Schweizer hatten wir nach dem Zweiten Weltkrieg den Ruf, wir seien Kriegsgewinnler gewesen. Heute sind wir nicht bedroht wie im Zweiten Weltkrieg. Um so weniger wollen und können wir uns den Ruf von Sanktionsgewinnlern leisten!" SP-Nationalrat Hansjörg Braunschweig, Nationalratsdebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918].</p>	<p>"Und der Präsident der SBG-Generaldirektion <i>Nikolaus Senn</i> hatte vor einigen Wochen in einem Interview mit dem «Tages-Anzeiger» betont: «Wir diskriminieren oder boykottieren Länder nicht, die nicht das System haben, das wir gerne hätten. Wenn wir das tun würden, müssten wir mit gleichen Begründungen mit der Hälfte der Welt praktisch unsere Beziehungen einstellen (...)»." TA, 4.9.1985 [Hervorhebung im Original].</p> <p>"Einige fanden Sanktionen nur gegen Südafrika einäugig und vermissten analoge Forderungen im Fall Kambodscha oder Afghanistan und gegenüber allen sonstigen, nach Dutzenden zählenden Staaten, in denen die Menschenrechte systematisch verletzt würden." VA, 20.12.1986.</p> <p>"Es geht nicht an – ich zitiere aus einem früheren Votum von mir –, «dass durch ein raffiniert orchestriertes publizistisches Trommelfeuer nur einzelne Staaten zu internationalen Prügelknaben gestempelt werden»." FDP-Nationalrat Jean-Pierre Bonny, Nationalratsdebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918].</p>

Apartheidkritische und antikritische Positionen "Südafrikapolitik Schweiz, allgemein":

Kritik: Südafrikapolitik Schweiz, allgemein – Ideologische Affinitäten zur Apartheid, Rassismus Schweizer Politik und Wirtschaft	
<p>"Die weissen Herrscher sind den Bankiers sicher nicht «zutiefst zuwider», wie das Leutwiler suggerieren möchte – die Wertvorstellungen hier und dort sind deckungsgleich. Rassismusachse Südafrika-Schweiz? Die Erfahrungen aus dem Bankenpikett würden diese These bestätigen." WoZ, 12.6.1987.</p> <p>"Ich glaube inzwischen, dass sich die enge Verknüpfung der Schweiz mit Südafrika nicht einfach mit Wirtschaftsinteressen erklären lässt. Es gab eine Identifikation mit dem Projekt der Apartheid, mit dem kleinen, von allen Seiten bedrohten Volk der Buren." WoZ, 20.12.2001.</p>	

Kritik: Südafrikapolitik Schweiz, allgemein – Kirchen unterstützen implizit Apartheidpolitik	Antikritik: Südafrikapolitik Schweiz, allgemein – Keine implizite Unterstützung Apartheidpolitik durch Kirchen
<p>"Zusammen mit der Basler Chemie hat sich der Basler Kirchenrat am Aufbau eines landwirtschaftlichen Gymnasiums in Giyani, im Bantustan Gazankulu, beteiligt (...). Mit seinem Projekt (das auch im Gegensatz zu den Empfehlungen des OeRK steht) unterstützt der Basler Kirchenrat deshalb den Rassismus." AAB-Nachrichten, Nr. 3, September 1979.</p> <p>"Morgen (...) wird die Zürcher Kirchenratsdelegation von ihrer umstrittenen Südafrika-Reise in die Schweiz zurückkehren. Vor wenigen Tagen hat Allan Boesak, der schwarze Präsident des reformierten Weltbundes, in einem Telegramm an das HEKS den Besuch im Homeland Bophuthatswana als Unterstützung der Apartheid verurteilt." TA, 7.8.1987.</p>	<p>"Für Kirchenratspräsidenten Ernst Meili bedeutet die Aufnahme eines «informellen» Gesprächs mit der Burenkirche keine Südafrika-Kursänderung der Zürcher Kirche. Der Schweizerische Kirchenbund hat (in Übereinstimmung mit dem reformierten Weltbund, wo die Burenkirche nach wie vor in der Mitgliedschaft suspendiert ist) vorderhand auf die Wiederaufnahme der vor ein paar Jahren suspendierten Beziehungen zur Burenkirche verzichtet. «Dürfen wir mit der Burenkirche deshalb nicht reden?» fragte Meili. «Der schweizerische Weg ist doch, dass wir Gespräche suchen»." TA, 20.8.1987.</p>
	<p>Antikritik: Südafrikapolitik Schweiz, allgemein – Kirchen unterstützen implizit Weltrevolution (u. a. Theologie des Hasses)</p> <p>"Andererseits wird die Berechtigung angezweifelt, mit einer theologischen Begründung für die Befreiung der schwarzen Bevölkerung einzutreten. Die Kritiker der Luzerner Tagung [der Arbeitsgruppe Kairos, Anm. PM] setzen das mit der Befürwortung der Gewalt und damit den Zielen des Kommunismus gleich." TA, 27.2.1989.</p> <p>"Für Kreuzzüge braucht es fanatisierte, emotionell aufgeputschte Marschierer, die blindlings nach «Befreiung» rufen, auch wenn jene «Befreiungstheologie», der sich die Hintermänner und -frauen der modernen Kreuzzüge verschrieben haben längst in eine Theologie des Hasses umzuschlagen droht." SZ, 7.7.1989.</p>
Kritik: Südafrikapolitik Schweiz, allgemein – Behinderung AAB-Tätigkeiten durch Schweizer Behörden	
<p>"Die Apartheid-Gegner wollen laut SAP-Sekretär Alex Anderfuhren aber «nicht tolerieren, dass die Banken Druck aufsetzen und die Ausübung von demokratischen Grundrechten verhindern». SAP und AAB kündeten am Donnerstag deshalb einen weiteren Rekurs gegen das Kundgebungsverbot an." TA, 20.1.1989.</p> <p>"Die AAB akzeptiert das von den Zürcher Behörden ausgesprochene Verbot von Bankenkuplets vor den drei Grossbanken SBG, SBV und SKA nicht (...). Das Pikettverbot kommt einer behördlichen Einschränkung der demokratischen Rechte im Interesse der Schweizer Grossbanken gleich, die weiterhin möglichst ungestört ihren Südafrika-Geschäften nachgehen möchten." AAB-Nachrichten, Nr. 5, Oktober 1989.</p>	

Antikritische und antikritische Positionen "Südafrikapolitik Bund":

Kritik: Südafrikapolitik Bund – Unglaubwürdig, da nur verbale Proteste	Antikritik: Südafrikapolitik Bund – Angemessen (keine Zwangsmassnahmen, moralische Verurteilung, Vermittlerrolle anbieten)
<p>"Wenn die Verurteilung der Apartheid durch die Schweiz glaubwürdig werden soll, dann müssen den Worten endlich konkrete Taten folgen." Parlamentarische Initiative SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, <i>Südafrika-Sanktionen. Umgehungen durch die Schweiz</i>, 9.10.1986 [86.234].</p> <p>"(...) die Schweiz hat Partei genommen, aber im wesentlichen verbal – es ist heute schon so oft gesagt worden – oder so diskret, dass die Weltöffentlichkeit davon nichts merkt und weiss. Aber das ist eben eine Frage die die Weltöffentlichkeit mehr und mehr beschäftigt. Man kann nicht mehr nur im Verborgenen handeln." SP-Nationalrat Heinrich Ott, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].</p> <p>"Die bürgerliche Mehrheit und der Bundesrat begnügen sich mit dem üblichen Ritual: diskrete Diplomatie, von Zeit zu Zeit verbale Verurteilung des Apartheid-Regimes. Solche Bescheidenheit gehört sich aber nicht in der Rolle, die die Schweiz in diesem Falle spielt." TA, 20.12.1986.</p>	<p>"La Suisse aussi veut entretenir le dialogue, la Suisse tient à entretenir le dialogue avec tous les pays du monde. La Suisse continuera à entretenir le dialogue avec l'Afrique du Sud (...). Ce dialogue-là est plus fructueux que les portes que l'on claque ou que les critiques furieuses." Bundesrat Pierre Aubert, Nationalratsdebatte, 11.6.1979 [78.267].</p> <p>"Le Conseil fédérale souligne – à juste titre – les trois attitudes parallèles qui sont de mise: dialogue et persuasion, démarches discrètes et fermes, position publique." LPS-Nationalrat Eggly-Genève, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].</p> <p>"Edouard Brunner, damals Staatssekretär im Aussenministerium (EDA), erklärte die Schweizer Haltung 1986 so: «Einem Kranken (Südafrika) muss man primär helfen und ihn nicht wegen seiner Krankheit (Apartheid) verurteilen»." TA, 7.11.2001.</p>

<p>Kritik: Südafrikapolitik Bund – Imageschaden Schweiz, verstärkte Isolation</p> <p>"Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass die aufgezeigte Entwicklung dem internationalen Ansehen der Schweiz eindeutig schadet." Einfache Anfrage POCH-Nationalrat Andreas Herczog, <i>Importe aus Südafrika</i>, 29.11.1979 [79.809].</p> <p>"Der zunehmende Handel mit Südafrika und die finanzielle Unterstützung durch Schweizer Banken werde die Schweiz in die internationale Isolation führen." TA, 6.12.1989.</p> <p>"Dabei steht bereits heute fest, dass die Aufdeckung einiger Vorkommnisse unserem Land beträchtlichen moralischen und allenfalls auch ökonomischen Schaden zufügen wird." SoZ, 2.5.1999.</p> <p>"Die Schweiz verurteilt die Apartheid, verzichtet aber auf Wirtschaftssanktionen, wird damit zu einer Stütze des Apartheidregimes und isoliert sich politisch und moralisch in der Welt." BZ, 24.11.2001.</p>	
	<p>Antikritik: Südafrikapolitik Bund – Wird je nach Entwicklung der Lage angepasst</p> <p>"Der Bundesrat (...) ist bereit, je nach Entwicklung der Lage die schweizerische Position erneut zu überprüfen." Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 23.9.1985 [85.515].</p> <p>"Im übrigen schenkt der Bundesrat der Entwicklung der Lage und der Frage der getroffenen oder noch zu treffenden Massnahmen weiterhin die nötige Aufmerksamkeit." Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 8.12.1986 [86.948].</p> <p>"Die Südafrikapolitik Berns sei indessen nicht in Stein gehauen und werde <i>kontinuierlich auf ihre Wirksamkeit</i>, gemessen am langfristigen Ziel einer Überwindung der Apartheid, <i>überprüft</i>." NZZ, 16.3.1988 [Hervorhebungen im Original].</p> <p>"Wyss, vom Bundesamt für Aussenwirtschaft, will die Position der Schweiz von der Entwicklung in den nächsten Monaten abhängig machen." TA, 6.12.1989.</p>
<p>Kritik: Südafrikapolitik Bund – Überlassen der Aussenpolitik der Wirtschaft</p>	<p>Antikritik: Südafrikapolitik Bund – Universalität der Wirtschaftspolitik</p>
<p>"Das Schweigen des Bundesrates (...) werde in Wirtschaftskreisen als «Ermunterung gewertet, mit Südafrika weiterhin Geschäfte zu betreiben, als wäre nichts geschehen»." AAB-Nachrichten, Nr. 4, Juli/August 1985.</p> <p>"Die Schweizer Regierung überlässt die Aussenpolitik gegenüber Südafrika im Wesentlichen den eigenen Wirtschaftsvertretern." POCH-Nationalrätin Anita Fetz, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].</p>	<p>"La liberté du commerce et de l'industrie ancrée dans la constitution fédérale trace (...) une limite à l'influence directe que nous pouvons exercer sur les affaires et les investissements de l'économie privée." Bundesrat Pierre Graber, Nationalratsdebatte, 16.1.1978 [77.423].</p> <p>"Le Conseil Fédéral applique le principe de l'universalité dans la politique économique suisse. Des relations commerciales sont donc entretenues avec tous les pays du monde quelle que soit leur structure politique." Antwort Bundesrat, 26.4.1978 [78.612].</p>
<p>Kritik: Südafrikapolitik Bund – Senkung Kapital-exportplafond, da massive Überschreitung</p>	<p>Antikritik: Südafrikapolitik Bund – Restriktive Kapital-exportpolitik, Zuwachsplafonierung in Kraft seit 1974 (=Courant normal), Kapitalexporte rückläufig</p>
<p>"Ist der Bundesrat insbesondere bereit, den Kapitalexport-Plafond zu senken." SP-Nationalrat Leuenberger-Solothurn, <i>Schweizer Banken. Südafrika-Geschäft</i>, 17.6.1985 [Frage 48].</p>	<p>"Warum hält man die Idee von Herrn Rechsteiner nicht für praktikabel? Bereits seit Jahren hat die Schweiz den Kapitalexport nach Südafrika plafoniert." Berichterstatter Kommission Auswärtige Angelegenheiten LdU-Nationalrat Widmer, Nationalratsdebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918].</p> <p>"Schon vor der Empfehlung der Uno von 1985, Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika zu ergreifen, nahmen die schweizerischen Kapitalexporte nach Südafrika ab." Antwort Bundesrat, 29.9.1997 [97.1031].</p> <p>"Tatsächlich bestand seit 1974 eine Plafonierung für Finanzgeschäfte mit Südafrika. Gestützt auf einen selten genutzten Paragraphen im Bundesgesetz über Banken (...) limitierten die Schweizer Währungshüter 1974 die südafrikanischen «Bezugsrechte» auf 250 Millionen Franken im Jahr. 1980 wurde der Betrag auf 300 Millionen Franken erhöht." NZZ, 3.7.1999.</p>

Kritik: Südafrikapolitik Bund – Einführung "echter" Courant normal (inklusive alle Kapitalexporte, Goldhandel)	
<p>"Es sei ein Bundesbeschluss zu erlassen, welcher sämtlichen Kapitalexport nach Südafrika (unter Einschluss der Export und Exportfinanzkredite, Goldswaps und Konversionen) sowie den Goldhandel mit Südafrika dem Courant normal unterstellt." Parlamentarische Initiative SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, <i>Südafrika-Sanktionen. Umgehungen durch die Schweiz</i>, 9.10.1986 [86.234].</p> <p>"Mit 117 zu 61 Stimmen lehnte die grosse Kammer am Dienstag unter Namensaufruf eine Parlamentarische Initiative von Paul Rechsteiner (SP/SG) ab, der als Mittel gegen die Umgehung von Sanktionen die Unterstellung von Kapitalexport und Goldhandel unter den «Courant normal» verlangte." TA, 16.3.1988.</p>	
Kritik: Südafrikapolitik Bund – Kapitalexportplafond achtziger Jahre massiv überschritten, Vertuschung Realität	
<p>"Aus dem kürzlich erschienen Buch von Mascha Madörin, Gottfried Wellmer und Martina Egli «Apartheidschulden. Der Anteil Deutschlands und der Schweiz» (...) geht indessen hervor, dass dieser Plafond unerklärtermassen massiv überschritten wurde (...). Diente der offizielle Plafond lediglich dazu, die Realität zu vertuschen?" Interpellation Sozialdemokratische Fraktion, <i>Schweiz-Südafrika</i>, 1.3.1999 [99.3015].</p>	
Kritik: Südafrikapolitik Bund – Sistierung Exportrisikogarantie (ERG)	Antikritik: Südafrikapolitik Bund – Exportrisikogarantie (ERG) nie betroffen, nur abhängig von Kreditwürdigkeit
<p>"Die Petenten fordern, dass Bundesrat und Parlament (...) die Bundesgarantie für Kredite an Südafrika nicht mehr gewähren (keine weiteren Exportrisikogarantien)." Petition Anti-Outspan-Kampagne Lausanne, AAB, AG3W, SKAAL et al., <i>Renonciation à la collaboration Suisse-Afrique du Sud</i>, 23.5.1978 [78.267].</p>	<p>"La garantie contre les risques de l'investissement n'est pas accordée pour l'Afrique du Sud." Antwort Bundesrat, 26.4.1978 [78.612].</p> <p>"Die ERG-Kommission hat, gestützt auf das Gesetz, ihre Entscheide nicht nach politischen Gesichtspunkten, sondern der Kreditwürdigkeit eines Landes zu fällen." Antwort Bundesrat Otto Stich, 17.6.1985 [Frage 48 Leuenberger-Solothurn].</p> <p>"Hinsichtlich der Exportrisikogarantie ruft der Bundesrat erneut in Erinnerung, dass die ERG-Kommission gestützt auf das entsprechende Gesetz gehalten ist, ihren Entscheidungen nicht politische, sondern vielmehr wirtschaftliche Gesichtspunkte zugrunde zu legen." Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 16.12.1985 [85.540].</p> <p>"Die Exportrisikogarantie wurde nie für Schäden aus Geschäften mit Südafrika in Anspruch genommen." Antwort Bundesrat, 18.2.1987 [86.709].</p>
Kritik: Südafrikapolitik Bund – Kündigung Doppelbesteuerungsabkommen Schweiz-Südafrika	Antikritik: Südafrikapolitik Bund – Doppelbesteuerungsabkommen mit Südafrika entspricht Vertragspraxis, keine politische Demonstration
<p>"Die Petenten fordern, dass Bundesrat und Parlament (...) die Steuererleichterung für schweizerische Privatinvestitionen in Südafrika aufheben (Kündigung des Doppelbesteuerungsabkommens mit Südafrika)." Petition Anti-Outspan-Kampagne Lausanne, AAB, AG3W, SKAAL et al., <i>Renonciation à la collaboration Suisse-Afrique du Sud</i>, 23.5.1978 [78.267].</p>	<p>"Das (...) Doppelbesteuerungsabkommen mit Südafrika entspricht der schweizerischen Vertragspraxis (...). Die Motivation für den Antrag auf Kündigung ist somit weder steuertechnischer noch wirtschaftlicher, sondern rein politischer Art." Stellungnahme Eidgenössisches Politisches Departement (EPD), 11.6.1979 [78.267].</p>
Kritik: Südafrikapolitik Bund – Unterbindung Auswanderungspropaganda Südafrikas in der Schweiz	Antikritik: Südafrikapolitik Bund – Auswanderung Schweizer ist private Angelegenheit
<p>"Die Petenten fordern, dass Bundesrat und Parlament (...) die Propaganda in der Schweiz für die Auswanderung nach Südafrika wirksam unterbinden." Petition Anti-Outspan-Kampagne Lausanne, AAB, AG3W, SKAAL et al., <i>Renonciation à la collaboration Suisse-Afrique du Sud</i>, 23.5.1978 [78.267].</p> <p>"Au lieu de dire que la question de la propagande pour l'émigration n'est plus d'actualité, j'aurais voulu entendre le Conseil fédéral dire qu'il réagira contre toute récidive de cette propagande et j'ose espérer que M. Aubert, conseiller fédéral, nous le dira tout à l'heure." SP-Nationalrat Christian Grobet, Nationalratsdebatte, 11.6.1979 [78.267].</p>	<p>"(...) l'Ambassade d'Afrique du Sud a sporadiquement fait paraître dans la presse des annonces ayant pour but la promotion économique et le développement du tourisme dans ce pays. Si, dans certains cas, des personnes s'intéressant à une émigration dans ce pays ont pu prêter attention à ces annonces, cela est dans la nature des publications de ce genre." Stellungnahme Eidgenössisches Politisches Departement (EPD), 5.10.1978 [78.267].</p>

Kritik: Südafrikapolitik Bund – Abbruch Diplomatie, Rückzug Botschafter, Anerkennung ANC	Antikritik: Südafrikapolitik Bund – Neutralität verbietet Einmischung, Diplomatie in schwierigen Zeiten wichtig, Nichtanerkennung Befreiungsbewegungen
<p>"Il sottoscritto chiede al Consiglio federale di dire: (...) se non riteni di riconoscere ai rappresentanti in Svizzera dei movimenti nazionali del Sud Africa che lottano per la fine della politica dell'apartheid." Einfache Anfrage PSA-Nationalrat Werner Carobbio, <i>Sud Africa. Risoluzione del Consiglio di sicurezza</i>, 17.6.1980 [80.702].</p> <p>"(...) à prendre des mesures telles que rappel de notre ambassadeur." PdA-Nationalrat Armand Magnin, <i>Attitude de la Suisse à l'égard de l'Afrique du Sud</i>, 23.9.1985 [Frage 4].</p> <p>"Verschiedene Schweizer Anti-Apartheid-Gruppen protestierten noch am gleichen Tag gegen die Anwesenheit Bothas und forderten (...) das Treffen abzusagen." VA, 13.2.1986.</p> <p>"So nahm der Schweizer Botschafter nie an Beerdigungen schwarzer Opfer teil (...). Im EDA war man der Ansicht, das könne als «Einmischung in die inneren Angelegenheiten» verstanden werden." TA, 7.11.2001.</p>	<p>"La politica di neutralità e il principio di non ingerenza negli affari interni di Stati terzi vietano alla Svizzera d'intervenire, in qualsiasi modo, nei processi di decolonizzazione. D'altronde, la Svizzera non riconosce né i governi in esilio né le organizzazioni di liberazione." Antwort Bundesrat, 13.12.1976 [76.767].</p> <p>"(...) la svizzera riconosce soltanto gli Stati, non i movimenti di liberazione." Antwort Bundesrat, 27.8.1980 [80.702].</p> <p>"Aufgabe der schweizerischen Diplomaten im Ausland ist es, die Interessen der Schweiz im Ausland zu vertreten, (...) nicht aber an Solidaritätskundgebungen jeglicher Art Teilzunehmen, was leicht als Einmischung in die inneren Angelegenheiten ausgelegt werden kann." Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 22.9.1986 [86.516].</p>
Kritik: Südafrikapolitik Bund – Beamtenaufenthalte neutralitätswidrig, Umgehungs-Diplomatie	Antikritik: Südafrikapolitik Bund – Beamtenaufenthalte privater Natur, unproblematisch
<p>"Hätte die Einladung rein privaten Charakter gehabt, hätten sich die Beamten nicht um eine offizielle Annahme bei Bundesrat Ogi bemüht (...). Die Reise nach Südafrika hat aber auch noch einen aussenpolitischen Aspekt: die südafrikanische Regierung (...) bemüht sich (...) um Besuche schweizerischer Beamten, Politiker, Offiziere und Wirtschaftsvertreter, um die Isolation zu durchbrechen (...). Durften sich Beamte solcher Umgehungs-Diplomatie schuldig machen, wenn der Vorsteher des Departementes für auswärtige Angelegenheiten damals den Besuch (...) für nicht opportun hielt?" Interpellation SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, <i>Beamtenreisen nach Südafrika</i>, 1.2.1989 [89.318].</p>	<p>"Bei der Teilnahme von Rudolf Rometsch an einer Konferenz in Südafrika handelt es sich ebenfalls um eine Privatinitiative. Gemäss den Statuten ist die NAGRA eine privatrechtliche Gesellschaft." Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 22.9.1986 [86.516].</p> <p>"So pflegte der Bundesrat damals Apartheidkritikern wie den SP-Nationalräten Paul Rechsteiner und Hansjörg Braunschweig entgegenzuhalten, dass Nachrichtendienst-Oberst Rolf Bandlin und EMD-Generalsekretär Hans-Ulrich Ernst beispielsweise 1988 bloss private Ferienreisen nach Südafrika gemacht hätten." TA, 29.10.2001.</p>
Kritik: Südafrikapolitik Bund – Pilotenaustausch ist neutralitätswidrig	Antikritik: Südafrikapolitik Bund – Logik des Kalten Krieges rechtfertigt Pilotenaustausch zur Apartheidzeit, nicht neutralitätswidrig
<p>"Ist er [der Bundesrat, Anm. PM] auch heute noch immer der Meinung, dass der Pilotenaustausch weder Neutralitätsrecht noch Völkerrecht verletzt hatte, obwohl Namibia widerrechtlich von Südafrika besetzt war?" Interpellation grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, <i>Pilotenaustausch mit Südafrika</i>, 21.4.1999 [99.3176].</p> <p>"Bundesrat und Parlamentsgremien haben sich bisher geweigert, den Pilotenaustausch als Verletzung der Neutralität zu beurteilen. Dabei gehört es zum Kern der Neutralität, dass nicht einseitig mit einem Krieg führenden Land zusammengearbeitet werden darf." TA, 29.10.2001.</p>	<p>"Auch der Aufenthalt von zwei Piloten der Schweizer Luftwaffe in Südafrika im Jahre 1993 wurde 1994 als neutralitäts- und völkerrechtlich unproblematisch eingestuft." NZZ, 19.3.1999.</p> <p>"Eine bipolare Welt mit ständiger Gefahr eines Grosskrieges in Europa auferlegte dem Bundesrat eine besondere Sorgfalt in der Pflege der militärischen Abwehrbereitschaft (...). Der mit dem Pilotenaustausch verbundene Austausch von Informationen war (...) neutralitätsrechtlich legitimiert." Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 19.5.1999 [99.3176].</p> <p>"Der Pilotenaustausch wurde und wird bis heute damit gerechtfertigt, dass Südafrika einzigartige Informationen über den Einsatz der auch von der Schweiz verwendeten Mirage gegen russische Mig Kampfflugzeuge in Angola vermitteln konnte." TA, 29.10.2001.</p>
Kritik: Südafrikapolitik Bund – Ungenügende Intervention für politische Gefangene (u. a. Mandela, Pfarrer Bill)	Antikritik: Südafrikapolitik Bund – Genügende Intervention für politische Gefangene (u. a. Mandela, Pfarrer Bill)
<p>"Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) unter der sozialdemokratischen Führung des neugewählten Bundesrates René Felber «denkt darüber nach», wie es anlässlich des 70. Geburtstag von Nelson Mandela für seine Freilassung nach 25 Gefängnisjahren in den Kerkern des Apartheidstaates zu reagieren gedenkt." AAB-Nachrichten, Nr. 3, Juni 1988.</p>	<p>"Wie der Interpellantin wohl bekannt ist, haben die zuständigen schweizerischen Behörden in der letzten Zeit eine lange Reihe von Interventionen, auch zugunsten von Südafrikanern, getätigt." Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 22.9.1986 [86.516].</p> <p>"Evidement, nous sommes aussi intervenus en faveur de M. Mandela par tous les moyens et là, je dois le reconnaître, nous avons pas aboutis (...). Nous continuerons d'intervenir pour obtenir la libération de notre concitoyen le pasteur Bill." Bundesrat Pierre Aubert, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].</p> <p>"Die Schweiz hat in Südafrika immer wieder und besonders intensiv in jüngster Zeit für die Menschenrechte und zugunsten schweizerischer und südafrikanischer politischer Häftlinge interveniert, in einer Reihe von Fällen sogar mit Erfolg." VA, 20.12.1986.</p>

Kritik: Südafrikapolitik Bund – Schweiz soll noch stärker in schwarze Entwicklungs- und Bildungsprojekte investieren	Antikritik: Südafrikapolitik Bund – Positive Massnahmen, Schweiz finanziert schwarze Entwicklungs- und Bildungsprojekte
"Die Petenten fordern das Parlament auf: (...) sich aktiv und konkret für eine komplette Reform des Erziehungswesens in Südafrika einzusetzen und Massnahmen zu ergreifen, welche diesen Prozess beschleunigen können." Petition Verband der Schweizerischen Studentenschaft (VSS), <i>Reform de Erziehungswesens in Südafrika</i> , 25.4.1988 [89.256].	"Gleichzeitig beabsichtigt der Bundesrat, seine Hilfe an die benachteiligten Bevölkerungsschichten Südafrikas, namentlich im Bildungswesen, zu verstärken." Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 8.12.1986 [86.948]. "Die Erklärung des Bundesrates von 1986 eröffnete aber eine zusätzliche, neue Dimension in den Beziehungen mit Südafrika, nämlich die Begründung eines «Programms der positiven Massnahmen», mit welchem die Schweiz die Überwindung der Apartheid und den Durchbruch zur Demokratie mit konkreten Projekten unterstützte." Antwort Bundesrat, 29.9.1997 [97.1031]. "Wachsender internationaler Druck auf die weisse Minderheitsregierung sowie die zahlreichen Interventionen der Anti-Apartheid-Bewegung führten dann ab 1986 zu einem breit angelegten Programm positiver Massnahmen, das bis 1994 rund 50 Millionen Franken kostete (...). Zu den spektakuläreren Aktionen in Rahmen dieses Programms gehörte die Mitfinanzierung des ersten Treffens zwischen weissen Südafrikanern und Vertretern des ANC in Dakar." NZZ, 3.7.1999.
	Antikritik: Südafrikapolitik Bund – Rosenthal-Initiative als aktiver Vermittlungsversuch der Schweiz
	"Die Rosenthal-Initiative, die [Staatssekretär, Anm. PM] Brunner heute als «Ehrrettung» für die Schweiz bezeichnet, scheiterte schliesslich daran, dass längst auf ganz anderen Ebenen Verhandlungen liefen – unter Ausschluss der Schweiz." TA, 7.11.2001.
Kritik: Südafrikapolitik Bund – Keine unabhängige Informationsbeschaffung vor Ort	Antikritik: Südafrikapolitik Bund – Unabhängige Informationsbeschaffung vor Ort
"Die schweizerische Vertretung in Südafrika sucht keine der bekannten regierungsunabhängigen Organisationen wie Black Sash, Institute of Race Relations oder SACC auf, um sich Informationen zur Lage zu beschaffen." Interpellation POCH-Nationalrätin Anita Fetz <i>Südafrika. Diplomatisches und politisches Verhalten der Schweiz</i> , 19.6.1986 [86.516].	"Die Informationspraxis unserer Vertretung ist durchaus zufriedenstellend; an Informationen aus verschiedensten Quellen über Südafrika mangelt es weder dem EDA noch dem Bundesrat." Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 22.9.1986 [86.516].
Kritik: Südafrikapolitik Bund – Nachdrückliche Nichtanerkennung Transkei	Antikritik: Südafrikapolitik Bund – Schweiz wird Transkei nicht anerkennen
"(...) a non riconoscere come Stato indipendente l'entità segregata del Transkei appena costituita e a condannare severamente ogni forma di «apartheid»." Einfache Anfrage PSA-Nationalrat Werner Carobbio, <i>Situazione in Sud Africa</i> , 23.9.1976 [76.767]. "Ich weiss schon, dass südafrikanische Wirtschaftskreise vorstellig geworden sind, bis hier ins Bundeshaus, um die Anerkennung Transkeis von seiten der Schweiz als erstem Staat zu erreichen. Dagegen wehre ich mich." SP-Nationalrat Walter Renschler, Nationalratsdebatte, 10.3.1977 [76.478].	"Es erstaunt deshalb nicht, dass kein Staat – ausgenommen natürlich Südafrika – Absicht zeigt, dieses neue Gebilde zu anerkennen. Auch der Bundesrat denkt nicht daran." Antwort Bundesrat, 27.9.1976 [76.764].

Apartheidkritische und antikritische Positionen "Südafrikapolitik Wirtschaft":

Kritik: Südafrikapolitik Wirtschaft – Schweiz als Plattform für Diamantenhandel mit Südafrika	Antikritik: Südafrikapolitik Wirtschaft – Importverbot für Diamanten von UNO und EG niemals erlassen
"Nicht nur im Goldhandel und beim Kapitalexport erweist sich die Schweiz als zuverlässiger Wirtschaftspartner Südafrikas. Immer wichtiger wird sie auch als Drehscheibe für den internationalen Handel von Rohdiamanten – ein Geschäft das weltweit zu 85 Prozent vom südafrikanischen Minenkonzern De Beers kontrolliert wird." TA, 16.2.1989. "Ein Drittel des weltweiten Rohdiamantenhandels wickelte sich über den südafrikanischen De-Beers-Konzern in Luzern ab." TA, 11.2.1999.	"Vorderhand beobachte man beim Bund die Entwicklung zwar. Weil es für den Diamantenfall aber gar keine Sanktionen gebe, bestehe trotz des stark gestiegenen Importes keinerlei Anlass, einzugreifen." TA, 16.2.1989.

Kritik: Südafrikapolitik Wirtschaft – Schweiz als Plattform für Goldhandel mit Südafrika	Antikritik: Südafrikapolitik Wirtschaft – Schweiz keine spezifische Plattform für Goldhandel mit Südafrika
<p>"65 pour cent de l'or sud-africain sont négociés à Zurich qui à pris la place de Londres sur le marché de l'or." SP-Nationalrat Jean Ziegler, Nationalratsdebatte, 10.3.1988 [86.234, 87.918].</p> <p>"«Rund zwei Drittel des südafrikanischen Goldes werden in Zürich durch die Schweizer Grossbanken vermarktet. Der Export dieses Goldes ist für das Apartheid-Regime lebenswichtig», sagt Tamar Zehnder von der Anti-Apartheid-Bewegung." TA, 17.6.1988.</p> <p>"Zwischen dem Naziregime und dem Apartheidregime in Südafrika gab es (...) Parallelen (...). Die Schweiz diente für beide menschenrechtsverletzenden Länder als Goldumschlagplatz." Einfache Anfrage grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, <i>Schweiz soll Beziehungen zu Südafrika aufklären</i>, 20.3.1997 [97.1031].</p> <p>"Als das weisse Südafrika immer mehr unter Druck geriet, wirkten die Schweizer Banken als Goldmakler des Apartheidregimes. Jede Woche flog die Swissair das wichtigste Exportprodukt des Landes tonnenweise von Johannesburg in die Schweiz, zeitweise bis zu 80 Prozent der südafrikanischen Goldproduktion." TA, 3.7.1997.</p>	<p>"Im übrigen war Zürich nicht ein spezifischer südafrikanischer Goldmarkt. Er war 1968 als privater weltweiter Markt entstanden." Antwort Bundesrat, 29.9.97 [97.1031].</p> <p>"Eher zufällig war Ende der sechziger Jahre das Geschäft mit dem südafrikanischen Gold nach Zürich gekommen." NZZ, 3.7.1999.</p>
Kritik: Südafrikapolitik Wirtschaft – Schweizer Banken als internationale Boykottbrecher, Apartheidstützen (u. a. Kreditpolitik)	Antikritik: Südafrikapolitik Wirtschaft – Schweizer Banken handeln im Gesetzesrahmen
<p>"Die Schweizer Banken hingegen weiten ihr Südafrika-Geschäft massiv aus und füllen damit mehr und mehr die Finanzlücken, welche Südafrika durch den internationalen Boykott entstehen." SP-Nationalrat Leuenberger-Solothurn, <i>Schweizer Banken. Südafrika-Geschäft</i>, 17.6.1985 [Frage 48].</p> <p>"Heute ist zu beobachten, wie die Schweizer Banken immer mehr die Finanzlücken stopfen, welche Südafrika durch den Boykott entstehen." Motion SP-Nationalrat Leuenberger-Solothurn, <i>Revision Bankengesetz. Kapitalexport</i>, 21.6.1985 [85.515].</p> <p>"Die Schweiz wird zu einer immer wichtigeren Stütze des Apartheid-Regimes in Südafrika." WE, 20.10.1988.</p> <p>"Les grandes banques suisses continuent à financer l'Etat terroriste d'Afrique du Sud." Kleine Anfrage SP-Nationalrat Jean Ziegler, <i>Grandes banques suisses en Afrique du Sud</i>, 17.3.1989 [89.1033].</p> <p>"Der Bundesrat hingegen weigerte sich, unterstützt von der Mehrheit des Parlamentes, Sanktionen zu verhängen – was es den Schweizer Banken und Unternehmen ermöglichte, wie bis anhin weiter zu geschäften oder gar noch vom Rückzug anderer Unternehmen zu profitieren." TA, 7.11.2001.</p>	<p>"Unsere [SBG, Anm. PM] Geschäftsbeziehungen mit Südafrika bewegen sich im Rahmen der schweizerischen gesetzlichen Bestimmungen und der vom <i>Bundesrat</i> erklärten Wirtschafts- und Aussenpolitik." Gelbes Beiblatt Nr. 3/87 zum asa-bulletin, Nr. 68, 23. April 1987 [Hervorhebung im Original].</p> <p>"Dazu sagte Nikolaus Senn: «Wir führen unsere Geschäftsbeziehungen, die wir seit Jahrzehnten pflegten, im 'courant normal' weiter, das heisst, wir denken weder an Abbau noch Ausdehnung des Südafrikageschäfts»." SoZ, 2.5.1999.</p> <p>"Die UBS schiebt die Verantwortung für ihre damalige finanzielle Unterstützung des Apartheidstaats der Regierung zu: «Das Geschäftsgebaren der Bankgesellschaft bewegte sich im Rahmen der schweizerischen Aussenpolitik», sagte ein UBS-Sprecher gegenüber der Zeitung «Cash»." TA, 7.11.2001.</p> <p>"Schliesslich, sagt Bernhard Stettler, Direktor der UBS und in verschiedenen Funktionen seit 1976 mit dem Dossier Südafrika befasst, hätten sich die Banken stets strikt an den behördlich festgelegten Rahmen gehalten." WE, 22.11.2001.</p>
Kritik: Südafrikapolitik Wirtschaft – Schweizer Firmen in Südafrika als Ausbeuter, Schaffung Verhaltenskodex (u. a. Schmidheiny-Gruppe)	Antikritik: Südafrikapolitik Wirtschaft – Schweizer Firmen als Wegbereiter für Reformen Botha (u. a. Gleichstellung Belegschaft)
<p>"(...) que le Conseil fédéral entreprenne des démarches pour obtenir des entreprises suisses oeuvrant en Afrique du Sud l'adoption d'un code de comportement dit «de bonne conduite» sur le modèle de celui proposé les organisations européennes et adopté." PSA-Nationalrat Werner Carobbio, Nationalratsdebatte, 11.6.1979 [78.267].</p> <p>"Damals wanden sich Wirtschaftsvertreter und Diplomaten in vertraulichen Sitzungen des Bundesamtes für Aussenwirtschaft, um den Kodex der Europäischen Gemeinschaft für Firmenverhalten in Südafrika nicht befolgen zu müssen." WE, 30.7.1989.</p> <p>"Während Anton E. Schrafl 1981 die «überdurchschnittliche Salärpolitik» und die Sozialleistung der südafrikanischen Tochtergesellschaft lobte, kam eine südafrikanische Soziologin Ende der achtziger Jahre zu anderen Schlüssen: Im Gegensatz zu anderen Schweizer Firmen, die in Südafrika tätig waren, hielt sich die Holderbank nicht an den Verhaltenskodex der Europäischen Gemeinschaft." WE, 27.4.2000.</p>	<p>"Die Schweizer Firmen in Südafrika sind mit weiteren ausländischen führend in der Gleichstellung für Schwarz und Weiss." FDP-Nationalrat Georg Stucky, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].</p> <p>"Sie [die Schweizer Wirtschaft, Anm. PM] begann mit der Zeit jedoch, ihre schwarzen Angestellten besser zu behandeln, als es die Apartheid eigentlich erlaubte. Sie zahlte höhere Löhne, liess innerbetriebliche Gewerkschaften zu oder errichtete Ausbildungsstätten für Schwarze." NZZ, 23.4.1999.</p> <p>"Im weiteren begannen – einer Empfehlung des Bawi folgend, wie alt Staatssekretär Franz Blankart betont – viele Schweizer Unternehmen, ihre schwarzen Mitarbeiter besserzustellen, als es die Gesetze der Apartheid eigentlich erlaubten. Löhne wurden erhöht (jedoch nicht auf das Niveau der weissen Angestellten), Arbeiter ausgebildet, innerbetriebliche Gewerkschaftsorganisationen zugelassen." NZZ, 3.7.1999.</p>

<p>Kritik: Südafrikapolitik Wirtschaft – Involvierung Schweizer Banken Muldergate-Skandal 1978</p> <p>"(...) il y a en cette récente découverte concernant les fonds publics sudafricains qui ont transité à travers une grande banque suisse pour blanchir cet argent, utilisé dans le cadre du plus grand scandale politique qui ait défrayé la vie publique de l'Afrique du Sud, je veux dire la création du journal <i>Citizen</i> par le gouvernement sud-africain." SP-Nationalrat Christian Grobet, Nationalratsdebatte, 11.6.1979 [78.267] [Hervorhebung im Original].</p> <p>"Diederichs, der übrigens 1939 in der Anti-Komintern-Schule der Nazi-SS ausgebildet worden war, organisierte die Verteilung der südafrikanischen Gelder – natürlich via Schweizer Banken (Schweizerische Bankgesellschaft (SBG) und Schweizerische Kreditgesellschaft) und mit Hilfe eines ehemaligen Generaldirektors der SBG, Bruno Saager." AAB-Nachrichten, Nr. 4, Dezember 1980.</p>	
<p>Kritik: Südafrikapolitik Wirtschaft – Finanzierung Atomprogramm Südafrikas, ESCOM-Anleihe Schweizer Banken siebziger Jahre, Uran-Lieferungen achtziger Jahre</p> <p>"Die Schweiz ist direkt mitbeteiligt an der atomaren Aufrüstung Südafrikas (...). 1981 verkaufte die <i>KKW Kaiseraugst AG</i> durch Vermittlung der US-Maklerfirma <i>Edlow International</i> angereichertes Uran an Südafrika (...). In verschiedenen Anlagen kann das Uranium (aus der Schweiz) derart angereichert werden, dass es für die Atombombe gebraucht werden kann." WoZ, 20.6.1986 [Hervorhebungen im Original].</p> <p>"Der (...) Energiekonzern erhielt den Löwenanteil der auf dem schweizerischen Kapitalmarkt aufgelegten Anleihen (...). ESCOM finanziert (...) das erste Atomkraftwerk. Finanzen für ESCOM bedeuten (...) Unterstützung Südafrikas bei der Anschaffung einer nukleartechnologischen Infrastruktur. Im Februar 1985 bestätigte der ESCOM-Pressesprecher, nicht die Elektrizität sei der Hauptgrund für den Bau von Koeberg, dieser sei vielmehr von «strategischer Natur». 1979 wurde in Südafrika laut Presseberichten die erste Atombombe gezündet." AAB-Nachrichten, Nr. 4, Juli 1986.</p>	
<p>Kritik: Südafrikapolitik Wirtschaft – Schweizer Banken finanzieren Auslandengagement südafrikanischer Firmen, Herkunftverschleierung (u. a. Minorco, CFR)</p> <p>"Weiter gehört der Bankverein zu jenen Banken, die soeben der in Luxemburg domilzierten Anglo-American-Tochter Minorco 1.4 Mrd. Pfund zur Verfügung stellten, um die britische Consolidated Gold Fields zu übernehmen. Gelingt das politisch umstrittene Vorhaben, so hätte der mächtigste private Konzern Südafrikas vorgesorgt für den Fall, das die weisse Burenherrschaft im Apartheidstaat zusammenbricht." TA, 15.10.1988.</p> <p>"Südafrikanische Konzerne versuchen mehr und mehr, Wirtschaftssanktionen zu umgehen, indem sie scheinbar unabhängige Firmen im Ausland gründen und ausländische Firmen aufkaufen. Zwei Fälle haben kürzlich in der Presse Schlagzeile gemacht: die Gründung der Compagnie Financière Richemont und die Minorco-Goldfields-Affäre (...). Auch hier sind Schweizer Grossbanken (SBG und SBV) führend an der Organisation und Finanzierung dieser Sanktionsumgehungsmanöver beteiligt." AAB-Nachrichten, Nr. 6, Dezember 1988.</p>	
<p>Kritik: Südafrikapolitik Wirtschaft – Rückzug Investitionen nach demokratischer Revolution 1994, verwerfliche Haltung Schweizer Wirtschaft</p> <p>"Nach der Demokratisierung Südafrikas, als andere Länder wie die USA wieder zu investieren begannen, verlor die Schweiz das Interesse. Die Schweizer Guthaben liegen heute wieder auf dem Niveau der 70er-Jahre." TA, 11.2.1999.</p> <p>"Die Schweizer Unternehmen und Banken, welche mit dem rassistischen Regime Südafrikas florierende Beziehungen pflegten, haben ihre Investitionstätigkeit seit der «demokratischen Revolution» von 1994 stark eingeschränkt. Wäre es nicht angebracht, dieses schockierende Verhalten zu korrigieren?" Interpellation Sozialdemokratische Fraktion, <i>Schweiz-Südafrika</i>, 1.3.1999 [99.3015].</p>	

Kritik: Südafrikapolitik Wirtschaft – DEZA-Fonds ungenügend, nur Imagekorrektur Wirtschaft	Antikritik: Südafrikapolitik Wirtschaft – DEZA-Fonds zeigt Verantwortung Wirtschaft
"Allein von 1985 bis 1993, also während der Zeit der Uno-Boykotte, flossen Gewinne, Dividenden und Zinsen in der Höhe von über drei Milliarden Franken von Südafrika in die Schweiz (...). In Anbetracht dieser Zahlen wirkt es schäbig, was helvetische Firmen auf freiwilliger Basis zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Südafrikas beitragen. Eine Million Franken pro Jahr steuern Schweizer Unternehmen, die in Südafrika tätig sind, der gemeinsam mit der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) lancierten Stiftung zur Förderung der Schul- und Berufsbildung bei." WE, 8.2.2001.	"Die handfeste Etablierung der Stiftung zeuge von einem gemeinsamen Engagement zwischen Schweizer Staat und Privatwirtschaft für ein stabiles Afrika. Sie sei Ausdruck dafür, dass die Wirtschaft bereit sei, soziale Ausformungen der Entwicklung mitzutragen, erläuterte [DEZA-Direktor, Anm. PM] Fust." AAB-Nachrichten, 1/2001.

Apartheidkritische und antikritische Positionen "Apartheidschulden":

Kritik: Apartheidschulden – Umschuldungsmission Leutwiler mit Schützenhilfe Bund, apartheidstützende Aktion	Antikritik: Apartheidschulden – Umschuldungsmission Leutwiler privater Natur
<p>"Was veranlasste den Bundesrat, durch sein Einverständnis zum Mandat des ehemaligen Nationalbankpräsidenten zur Schuldenregelung Südafrikas bei den internationalen Banken (...) Schützenhilfe zu leisten?" POCH-Nationalrat Andreas Herczog, <i>Schuldenregelung von Südafrika</i>, 23.9.1985 [Frage 3].</p> <p>"Fritz Leutwiler (...) organisierte Umschuldungen und ermöglichte die Aufschiebung fälliger Kreditrückzahlungen, während Schweizer Banken frisches Kapital nach Südafrika pumpeten. Die SBG blieb unbeirrt bis zum Ende der Apartheid in Südafrika." SoZ, 2.5.1999.</p> <p>"Als das Regime 1985 vor dem Bankrott stand, organisierte Ex-Nationalbankspräsident Fritz Leutwiler eine Umschuldungsaktion – die Rassisten blieben weitere 6 Jahre an der Macht." SBK, 14.5.2000.</p> <p>"Der ehemalige Schweizer Nationalbankpräsident und BBC-Verwaltungsratspräsident Fritz Leutwiler rettete 1985 in einer Umschuldungs-Aktion gar das weisse Regime vor dem Bankrott." BK, 30.10.2001.</p>	<p>"L'Exécutif a considéré que M. Leutwiler agissait à titre purement privé et qu'il était donc libre de décider s'il acceptait ou non de coordonner les efforts des créanciers en vue d'obtenir le règlement des dettes sud-africaines." Antwort Bundesrat Pierre Aubert, 23.9.1985 [Frage 3 Herczog].</p> <p>"Der Bundesrat hat bereits bei früherer Gelegenheit darauf hingewiesen, dass Herr Leutwiler das seinerzeitige Verhandlungsmandat auf Wunsch der Gläubigerbanken als Privatmann und nicht im Auftrag der Landesregierung übernommen hat." Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 22.9.1986 [85.516].</p> <p>"Der Bundesrat hat wiederholt darauf hingewiesen, dass Herr Leutwiler sein Mandat, das er seit Februar 1986 als beendet betrachtet, auf Wunsch der Gläubigerbanken als Privatmann und nicht im Auftrag des Bundesrates übernommen hat." Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 8.12.1986 [86.948].</p>
Kritik: Apartheidschulden – Keine weiteren Umschuldungsabkommen mit Südafrika mehr	
<p>"Die AAB beteiligt sich an der entsprechenden Kampagne der internationalen Anti-Apartheid-Bewegung und fordert: Keine Umschuldung: Das Apartheidregime darf nicht gerettet werden." AAB-Nachrichten, Nr. 3, Juni 1989.</p> <p>"Die internationale Anti-Apartheid-Bewegung ist gegen ein Umschuldungsabkommen. Der südafrikanische Staat könne nur mit finanziellem Druck zur Aufgabe der Apartheid gezwungen werden." TW, 4.10.1989.</p>	
Kritik: Apartheidschulden – Moralische Verpflichtung zum Schuldenerlass, Entschädigung Apartheidopfer	Antikritik: Apartheidschulden – Südafrikanische Regierung stellt keine Schuldenerlassforderungen, benötigt ausländische Investitionen
<p>"Ist die Schweizer Regierung bereit, um die wirtschaftliche Unterstützung durch den Finanzplatz Schweiz zu ersuchen, um sich an der Entschädigung der Apartheid-Opfer zu beteiligen, wie dies die Wahrheitskommission empfiehlt?" Interpellation Sozialdemokratische Fraktion, <i>Schweiz-Südafrika</i>, 1.3.1999 [99.3015].</p> <p>"Darum muss alles schonungslos aufgedeckt, müssen Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen und Opfer entschädigt werden." SBK, 21.3.1999.</p> <p>"Statt weitere Sündenböcke herauszugreifen, wäre heute ganz anderes nötig: Wahrheit und Wiedergutmachung." WE, 25.3.1999.</p> <p>"Die Banken können nicht behaupten, nichts von den Auswirkungen ihres Handelns auf Millionen von entrechteten und unterdrückten Menschen gewusst zu haben. Diese Menschen erwarten jetzt von Ihnen aufbauende Gerechtigkeit." WoZ, 11.5.2000.</p>	<p>"Die südafrikanische Regierung hat bisher weder für die (anteilmässig hohen) internen Schulden noch für die (anteilmässig geringen) externen Schulden aus der Zeit der Apartheid einen Erlass gefordert." Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 19.5.1999 [99.3015].</p> <p>"Interessant war namentlich die Tatsache, dass die (...) Kompensationsforderungen von Nichtregierungsorganisationen für Pretoria kein Thema sind. Auf Anfrage sagte Aussenministerin Nkosazana Zuma, dass Südafrika nicht das geringste Interesse habe, sich in schweizerische Debatten einzumischen." NZZ, 13.10.1999.</p> <p>"«Herr Deiss hat dem Erzbischof nichts versprochen», erklärt der Departementssprecher. Und: «Das offizielle Südafrika stellt ja gar keine Ansprüche» (...). «Wir haben exzellente Kontakte mit der neuen südafrikanischen Regierung. Sie stellt keine Forderungen an uns», bekräftigen beide Banken." SBK, 14.5.2000.</p>

Apartheidkritische und antikritische Positionen "Apartheid, Reformen Botha":

Kritik: Apartheid, Reformen Botha – Verschlimmerung Situation, Apartheid ist nicht reformierbar sondern nur abschaffbar	Antikritik: Apartheid, Reformen Botha – Richtiger Reformweg, evolutionärer Wandel
<p>"Wer mit Südafrika geschäfte sei mitverantwortlich für die Situation der unterdrückten Schwarzen, denen «leichtere Ketten» nichts nützen würden: «Apartheid kann nicht reformiert, nur zerstört werden», rief die ANC-Vertreterin unter Applaus." TA, 7.10.1985.</p> <p>"(...) seien Sie zumindest ehrlich und erzählen Sie nicht immer Märchen, man solle in Südafrika den Weg des Dialoges suchen, den es nicht mehr gibt, weil diese Regierung diesen Dialog ja gar nicht führen will." SP-Nationalrat Helmut Hubacher, Nationalratsdebatte, 15.3.1988 [86.234, 87.918].</p> <p>"Demgegenüber forderte der ANC-Vertreter Toni Seedorf auch von der Schweiz Sanktionen, da das rassistische Apartheid-Regime nicht reformierbar, sondern nur abzuschaffen sei." TA, 6.12.1989.</p>	<p>"Nach Worten Gyglis [früherer Generalstabschef der Schweizer Armee, Anm. PM] ist und bleibt das Rassenproblem einer der wichtigsten und heiklesten Fragen (...). Die kurzfristige Einführung der völligen Gleichheit würde wahrscheinlich ein Chaos heraufbeschwören. Der Grundsatz der getrennten Entwicklung (Apartheid) hingegen könnte (...) zu einer annehmbaren Lösung führen. Die <i>Petty Apartheid</i> schliesslich habe in einer nicht allzu fernen Zukunft zu verschwinden." TA, 24.6.1976 [Hervorhebung im Original].</p> <p>"Betreiben wir doch nicht diese Politik der Heuchelei, nur weil es gegen Südafrika geht, um so mehr weil die Menschen, die dort noch Verantwortung tragen, versuchen, eine Politik des Möglichen und des Denkbaren zu realisieren." CVP-Nationalrat Paul Eisenring, Nationalratsdebatte, 11.6.1979 [78.267].</p> <p>"Die «NZZ» braucht dafür übrigens den irreführenden Begriff «kontrollierte Evolution»." POCH-Nationalrätin Anita Fetz, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].</p>
	<p>Antikritik: Apartheid, Reformen Botha – Wirtschafts- und Handelsfreiheit wird Apartheid abschaffen (u. a. Investitionen in Homelands vorantreiben)</p> <p>"Ebenso falsch wäre ein Verzicht auf Neuinvestitionen, denn über sie werden nicht nur Arbeitsplätze für Farbige geschaffen und erhalten, sondern (...) ein Gegengewicht zum burischen, sturen Teil der Wirtschaft geschaffen, zum Beispiel Investitionen in den Homelands wie der Ciskei." FDP-Nationalrat Georg Stucky, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].</p> <p>"Und weil er [Zulu-Führer Buthelezi, Anm. PM] glaubt, dass der nötige grundlegende Wandel nur in einer schnell wachsenden Wirtschaft möglich ist, rief er die Schweizer Wirtschaft auf, durch neue Investitionen ein Zeichen zu setzen." TA, 8.9.1987.</p> <p>"Nicht Desinvestitionen und Sanktionen sind es, welche die südafrikanische Wirklichkeit von uns fordert, sondern im Gegenteil «selective investment». Ausgewählte Investitionen in den Bereichen <i>Schule, Wohnungsbau und Förderung schwarzer Kleinbetriebe</i> sind eine weitere Sprosse in der Stufenleiter des Widerstandes gegen die Apartheid." NZZ, 3.3.1989 [Hervorhebungen im Original].</p> <p>"SBG-Generaldirektor (...) Caballavetta hingegen hält gar nichts von wirtschaftlichem Druck: «Den Schwarzen kann nur mit möglichst viel Handel geholfen werden»." SoZ, 10.9.1989.</p>
Kritik: Apartheid, Reformen Botha – Beschönigung, Rechts-Propaganda Lobbygruppen (u. a. asa, SSAA, CFS)	Antikritik: Apartheid, Reformen Botha – Verzerrung, Links-Propaganda Lobbygruppen (u. a. AAB, kirchliche Organisationen, Hilfswerke)
<p>"Auch Alfred Weidmann (GP, Laufen) forderte, dass die Volkshochschule nicht für Propaganda missbraucht werden dürfte. Schlüter führe «einen kreuzzugartigen Kampf gegen alles Linke und Östliche»." TA, 24.1.1989.</p>	<p>"Es gibt nicht nur eine Diskriminierung der Farben, sei sie schwarz, sei sie weiss, sei sie gelb! Es gibt auch eine Diskriminierung des freien Geistes! Diskriminierung des freien Geistes scheint mir die viel grössere Gefahr zu sein, der Sie hier zu erliegen trachten, als die Diskriminierung der Farben, die Sie in vollständig verzerrter Weise darstellen." CVP-Nationalrat Paul Eisenring, Nationalratsdebatte, 11.6.1979 [78.267].</p> <p>"Aber was hier in der Schweiz über diese Apartheid zum Teil aufgetischt wird, entspricht nun einfach nicht den Tatsachen." FDP-Nationalrat Kaspar Meier, Nationalratsdebatte, 11.6.1979 [78.267].</p> <p>"Die Urheber solcher Falschinformation scheinen offenbar darauf zu vertrauen, dass sich die Leser ganz selbstverständlich auf die Glaubwürdigkeit und Autorität eines kirchlichen Organs verlassen (...). Dass auch kirchliche Organe zu solchen Entstellungen der Wahrheit beitragen, ist besonders bedauerlich." SZ, 6.6.1986.</p>

Kritik: Apartheid, Reformen Botha – Desinformation "braune" Massenmedien, Beeinflussung durch Wirtschaft	Antikritik: Apartheid, Reformen Botha – Desinformation "rote" Massenmedien, Beeinflussung durch Kommunisten
<p>"Zudem ist (...) die Berichterstattung in den Schweizer Medien über Südafrika oft schlecht oder schlicht falsch. Lieber bieten einem z. B. «Tages-Anzeiger», «Sonntagsblick» und «NZZ» Rieseninserate für Reisen nach Südafrika, «wo positive Veränderungen vor sich gehen» (Originalwerbetext SATOUR) oder, im redaktionellen Teil, schönste touristische Schilderungen Namibias (Tagi) oder diverser Gebiete Südafrikas." AAB-Nachrichten, Nr. 6, Dezember 1986.</p> <p>"Die Anti-Apartheid-Bewegung plant ein ganzseitiges Inserat zum Jubiläum des 125jährigen Bestehens der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG). Die Berner Zeitung hat abgesagt, der Tages-Anzeiger will verhandeln, die Basler-Zeitung will das Inserat veröffentlichen (...), vielleicht wegen ihrer Verflechtungen mit dem die SBG konkurrierenden Schweizerischen Bankverein." WoZ, 27.3.1987.</p>	<p>"Geneviève Aubry, Berner FDP-Nationalrätin und Regierungsratskandidatin, hat sich gestern von Meldungen distanziert, wonach sie bei einem Südafrika-Besuch das Apartheid-System verteidigt habe (...). Aubry: «Südafrika hat schwere Probleme, die sich nur Schritt für Schritt lösen lassen. Diese Lage nutzen extrem linke Publizisten aus, um eine Desinformationskampagne auszulösen»." BK, 18.2.1986.</p> <p>"«Die schweizerische und europäische Presse betreibt eine schändliche Falschinformation über Südafrika. Dort wird nämlich die schwarze Rasse weder misshandelt noch unterdrückt. Solche Behauptungen sind reine Lügen, erfunden von Medien im Solde der Kommunisten und einer Mehrheit von Sozio-Gauchisten unter den jungen Zeitungsschreibern der Westschweiz. Diese nuancierten Aussagen machte (...) Aubry am südafrikanischen Radio», notierte «L'Hebdo»." TA, 10.4.1986.</p>

Apartheidkritische und antikritische Positionen "Kalter Krieg":

Kritik: Kalter Krieg – Überbewertung strategische Bedeutung Südafrikas (u. a. Rohstoffe, westlicher Vorposten gegen Kommunismus)	Antikritik: Kalter Krieg – Strategische Bedeutung Südafrikas (u. a. Rohstoffe, westlicher Vorposten gegen Kommunismus)
<p>"Aber selbst wenn das genaue Gegenstück zum heutigen Apartheid-Regime in Südafrika an die Macht käme, nämlich eine marxistische schwarze Regierung, so hätte das Land auch dann keine andere Wahl, als seine Rohstoffe dem Westen zu verkaufen, genau wie das marxistische Angola sein Erdöl brav von den Amerikanern ausbeuten lässt. Die Sowjetunion ist als Rohstoffproduzent ein <i>Konkurrent</i> von Südafrika und kommt als Abnehmer nicht in Frage. Ein anhaltender Unterbruch der südafrikanischen Lieferungen an den Westen gilt deshalb als höchst unwahrscheinlich." TA, 11.9.1985 [Hervorhebung im Original].</p>	<p>"Die Sowjetunion lauert schon lange darauf, den Westen von Südafrikas reichen Bodenschätzen abzuschneiden, um die westliche Wirtschaft zu ruinieren." VA, 26.6.1980.</p> <p>"Zum einen sind wir bei einzelnen Materialien unter Umständen allein von Südafrika abhängig, zum anderen bei anderen Grundstoffen – und hier kommt der sowjetischen Unterstützung des ANC eine besondere Bedeutung zu – sind wir, wenn wir uns nicht mehr auf Südafrika basieren können, materialmässig von der UdSSR (...) abhängig." FDP-Nationalrat Jean-Pierre Bonny, Nationalratsdebatte, 19.12.1986 [85.532, 85.540, 86.252, 86.575, 86.948].</p> <p>"Der Schutz der <i>seestrategischen Verbindungswege um das Kap der Guten Hoffnung</i> herum, (...) ist eine <i>auch für unsere Sicherheit</i> – wenn man die Weltprobleme der Sicherheit global sieht – <i>wichtige Angelegenheit</i>." Gelbes Beiblatt Nr. 5/87 zum asa-bulletin, Nr. 70, 19. Juni 1987 [Hervorhebungen im Original].</p> <p>"Für die Mehrheit des Parlamentes war Südafrika ein wichtiger Dominostein in der (...) Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Kapitalismus, das Bollwerk, das verhinderte, dass ganz Afrika dem antiwestlichen Lager zufiel. Typisch etwa das Votum des liberalen Genfer Nationalrates Simon Eggly, der seine Kolleginnen und Kollegen davor warnte, die «Tyrannei der Apartheid» durch eine «rote Tyrannei» zu ersetzen." NZZ, 3.7.1999.</p> <p>"Auf die Frage, ob er [Dieter Bührle, Anm. PM] seine Rüstungsgeschäfte mit dem früheren Unrechtsregime mittlerweile als Fehler betrachte, antwortete er unzweideutig: «natürlich nicht». Südafrika sei damals von kommunistischen Feinden bedroht gewesen und habe ein Recht auf Verteidigungswaffen gehabt." TA, 12.11.2001.</p>

Apartheidkritische und antikritische Positionen "Apartheidschatten":

Kritik: Apartheidschatten – Bund soll südafrikanische Wahrheitskommission (TRC) unterstützen	Antikritik: Apartheidschatten – Bund unterstützt südafrikanische Wahrheitskommission (TRC)
<p>"Ist der Bundesrat nicht der Meinung, dass es unter diesen Bedingungen angebracht wäre, wenn die Schweizer Regierung als erste Geste die Wahrheits- und Aussöhnungskommission mit einem Betrag von 500 000 Franken unterstützen würde?" Interpellation Sozialdemokratische Fraktion, <i>Schweiz-Südafrika</i>, 1.3.1999 [99.3015].</p>	<p>"Im Rahmen der erwähnten friedens- und demokratiefördernden Massnahmen hat die Schweiz auch spezifisch die südafrikanische Kommission für Wahrheitsfindung und Versöhnung (Wahrheitskommission) durch verschiedene Beiträge unterstützt." Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 19.5.1999 [99.3015].</p>

Kritik: Apartheidschatten – Umfassende Aufarbeitung aller Beziehungen Schweiz-Südafrika "à la Bergier" (offizielle Schweiz, Wirtschaft etc.)	Antikritik: Apartheidschatten – Keine umfassende Aufarbeitung aller Beziehungen Schweiz-Südafrika "à la Bergier" notwendig
<p>"(...) einen einfachen Bundesbeschluss zu erlassen, der das Verhältnis der Schweiz zum südafrikanischen Apartheidregime historisch aufarbeitet." Parlamentarische Initiative grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, <i>Aufarbeitung der Beziehungen zu Südafrika während den Jahren 1948-1994</i>, 20.3.1998 [98.412].</p> <p>"Zusammen mit der Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt hat sie [die AAB, Anm. PM] an die Rechtskommission des Nationalrates appelliert, die Initiative der grünen St. Galler Nationalrätin Pia Hollenstein zu unterstützen. Diese verlangt eine historische Aufarbeitung des Verhältnisses der Schweiz zum früheren Unrechtssystem in Südafrika." TA, 25.1.1999.</p>	<p>"Der Aussenminister bekräftigte auch die bisherige Position des Bundesrates, die historische Aufarbeitung der Beziehungen zum südafrikanischen Unrechtssystem sei keine staatliche Aufgabe." TA, 27.1.1999.</p> <p>"Im Hinblick auf den Entscheid über die parlamentarische Initiative Hollenstein fordert eine Gruppe von Hilfswerken, dass am Anliegen einer «offiziell verordneten Aufarbeitung» der Beziehungen zu Südafrika unbedingt festzuhalten sei. Es ist ein Charakteristikum totalitärer Staaten, Geschichte auf diese Weise zu «verordnen», weil sie diese im Interesse des Machterwerbs oder der Machterhaltung manipulieren wollen. In dieser Richtung sollte das Parlament nicht einen Zentimeter gehen. Big Brother versteckt sich heute im Archiv." NZZ, 6.2.1999.</p>
Kritik: Apartheidschatten – Aufarbeitung Bund (Interdepartementale Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika) 1999 ungenügend	Antikritik: Apartheidschatten – Aufarbeitung Bund (Interdepartementale Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika) 1999 genügend, Mea Culpa Bundesrat
<p>"Die einstige Anti-Apartheid-Bewegung fühlt sich durch die deutlicheren Befunde der Beamten in ihrer Kritik bestätigt, auch wenn sie deren Bericht immer noch als «selektiv» bezeichnet und beispielsweise die Aussagen zur nuklearen Zusammenarbeit als «absolut dürftig» rügt." TA, 2.10.1999.</p> <p>"Der St. Galler SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, einst Präsident der Schweizer Anti-Apartheidbewegung, nennt den Südafrika-Report vom Freitag denn auch «eine grobe Verharmlosung»." SoZ, 3.10.1999.</p> <p>"Mit diesem Bericht macht die offizielle Schweiz zum ersten Mal in Teilbereichen Eingeständnisse; diese sind bisher nie geäußert worden. Der Bericht besagt ja auch, dass weitere Untersuchungen nötig sind." Frage SP-Nationalrätin Margrith Von Felten, <i>Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe "Beziehungen Schweiz-Südafrika"</i>, 4.10.1999 [99.5154].</p>	<p>"Le Conseil fédéral tire les conclusions suivantes du rapport du Groupe interdépartementale sur les relations entre la Suisse et l'Afrique du Sud: la politique de la Suisse à l'égard de l'Afrique du Sud (...) est compréhensible si l'on considère le contexte de guerre froide de l'époque où elle a été adoptée. Néanmoins, on peut aujourd'hui constater que cette politique ne révélait pas une vision très large." Antwort Bundesrat, 4.10.1999 [99.5154].</p>
Kritik: Apartheidschatten – Aufarbeitung Schweiz-Südafrika im Rahmen NFP42+ nicht ausreichend (u. a. Geldmangel)	Antikritik: Apartheidschatten – Aufarbeitung Schweiz-Südafrika im Rahmen NFP42+ genügt
<p>"Heute ist ungewiss, ob die vorgesehene Summe von zwei Millionen Franken ausreichen wird, um die nötigen Recherchen sach- und fachkompetent durchführen zu können." Grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, Nationalratsdebatte, 19.6.2000 [99.3417].</p>	<p>"Welche Beziehungen die Schweiz und ihre Wirtschaft zwischen 1948 und 1994 mit dem Apartheid-Regime pflegte, soll zwar im Rahmen eines Nationalfondsprojekts untersucht werden, eine eigens eingesetzte Expertenkommission – wie die Bergier-Kommission im Falle des Zweiten Weltkriegs – aber hielt der Nationalrat am Mittwoch mit 79 zu 50 Stimmen für überflüssig." TA, 4.3.1999.</p> <p>"Andererseits ist die Vertiefung unseres Wissens über die Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika durchaus von Interesse. Der Bundesrat hat daher das Postulat der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates (99.3002) betreffend die Initiierung eines entsprechenden Nationalfondsprojektes entgegengenommen." Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 19.5.1999 [99.3015].</p>
Kritik: Apartheidschatten – Lernen aus der Geschichte (Holocaustaffäre)	Antikritik: Apartheidschatten – Holocaustaffäre und Fall Apartheid nicht vergleichbar
<p>"Vielleicht lernt auch die Schweiz etwas dabei. Dass nämlich eine richtige Haltung zur richtigen Zeit besser ist als die nachträgliche Korrektur – wie bei den jüdischen Vermögen – mit viel Geld." WE, 30.7.1998.</p> <p>"Die Kommissionsminderheit [Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates, Anm. PM] ist der Auffassung, dass die Vergangenheit nicht verdrängt werden darf und dass es auch darum geht, aus der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen." SP-Nationalrat Jean-Nils De Dardel, Nationalratsdebatte, 3.3.1999 [98.412].</p> <p>"Die Schweiz rühmt sich heute gerne, ihre Lektion aus dem Debakel mit den Holocaust-Geldern gelernt zu haben. Sie hat gelernt, ihr Geschichtsbild professionell zu verteidigen. Aber sie hat noch nicht gelernt, es aktiv zu hinterfragen." BZ, 24.11.2001.</p>	<p>"Für UBS-Sprecher Bernhard Stettler hinkt die Parallele zwischen Apartheid und Holocaust. In Südafrika gebe es nichts, was mit dem jahrzehntelang verschleppten Problem der nachrichtenlosen Konti aus der Kriegszeit vergleichbar sei." SoZ, 2.5.1999.</p> <p>"Auch im Streit um die Holocaust-Gelder vertraten nicht Regierungen, sondern Opfer-Organisationen die Forderungen. Trotzdem wollen die Banken keine Parallelen sehen: «Das kann man nicht vergleichen»." SBK, 14.5.2000.</p>

Kritik: Apartheidschatten – Öffnung aller Archive (inklusive Nationalbank, Privatwirtschaft, Nachrichtendienst), Aufhebung Sperrfristen	Antikritik: Apartheidschatten – Keine Öffnung privater und nachrichtendienstlicher Archive, keine Aufhebung Sperrfristen
<p>"Mit einem nationalen Forschungsprogramm können nur staatliche Archive geöffnet werden. Der Zugang zu den Archiven der Banken und Unternehmen, die sich massgeblich an der Finanzierung und Unterstützung der Apartheid beteiligt hatten, wäre nicht gewährleistet." Grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, Nationalratsdebatte, 3.3.1999 [98.412].</p> <p>"Ist der Bundesrat nicht der Ansicht, dass er seinen Entscheid, Historikern den Zugang zu bestehenden Archiven von Nationalbank und Nachrichtendienst zu untersagen, überdenken soll?" Interpellation SP-Nationalrat Pierre Chiffelle, <i>Suisse/Afrique du Sud. A quand de vrais renseignements?</i>, 4.10.2001 [01.3562].</p>	<p>"Es geht nach Meinung der SVP-Fraktion nicht an, dass die 30jährige Schutzfrist gemäss Artikel 9 des Archivierungsgesetzes, welches erst kürzlich (...) in einem referendumspflichtigen Gesetz beschlossen wurde, einfach im erstbesten Fall in der wenig verbindlichen Form des Postulates für das Thema «Südafrika» ausser Kraft gesetzt werden soll." Antrag der SVP-Fraktion, 3.3.1999 [98.412].</p> <p>"Der Zugang zu Quellen des militärischen Nachrichtendienstes kann Dritten wegen des unverzichtbaren Quellenschutzes nicht gewährt werden." Schriftliche Stellungnahme Bundesrat, 4.10.1999 [99.3417].</p>

Apartheidkritische und antikritische Positionen "Geheimdienstverflechtung":

Kritik: Geheimdienstverflechtung – Verstrickungen Schweiz bei Ermordung Dulcie September 1988	
<p>"Als Dulcie September, offizielle Vertreterin des (...) ANC (...) in Bern, Zürich und anderswo auf Tournee war, wusste die Bundespolizei bereits, dass ein Killerkommando des südafrikanischen Geheimdienstes unterwegs war, um sie ermorden. Statt Dulcie September umgehend zu benachrichtigen, hat die Bundespolizei es für richtig befunden, die südafrikanische Botschaft zu «warnen», etwas gegen die ANC-Vertreterin zu unternehmen." WoZ, 31.3.1989.</p>	
Kritik: Geheimdienstverflechtung – Schweizer Involvierung B- und C-Waffenprogramm Südafrikas zur Apartheidzeit (u. a. Nachrichtendienst, AC-Labor Spiez)	Antikritik: Geheimdienstverflechtung – Keine Schweizer Involvierung B- und C-Waffenprogramm Südafrikas zur Apartheidzeit (u. a. Nachrichtendienst, AC-Labor Spiez)
<p>"Südafrika war zu jener Zeit mit Sanktionen belegt, seine offizielle Politik wurde offiziell missbilligt von den westlichen Ländern. Und dennoch: Gemäss dem Spruch «Der Feind unseres Feindes ist unser Freund» bestand eine ausgedehnte Zusammenarbeit mit Südafrika auf dem Gebiet der chemischen und biologischen Kriegsführung." AAB-Nachrichten, 2/1999.</p> <p>"Die Nachrichtendienste der Schweiz und Südafrikas sollen 1986 vereinbart haben, auf dem Gebiet der chemischen und biologischen Kriegsführung zusammenzuarbeiten. Dies haben Recherchen des Westschweizer Journalisten Jean-Philippe Ceppi für «Das Magazin» des TA ergeben." TA, 27.10.2001.</p> <p>"Fast gleichzeitig ist (...) erneut auf die Südafrika-Beziehungen des schweizerischen Nachrichtendienstes und dabei im Speziellen auf ein bilaterales Geheimabkommen über die Zusammenarbeit im Bereich der Abwehr von B- und C-Waffen aus dem Jahre 1986 hingewiesen worden." NZZ, 29.10.2001.</p>	<p>"Umgekehrt scheinen Vertreter des südafrikanischen Geheimdienstes in der Schweiz zweifelhaften Geschäften nachgegangen zu sein. Für eine Mitwisserschaft schweizerischer Amtsstellen fehlt bis heute jedoch jeder Beweis." NZZ, 23.4.1999.</p> <p>"«Haltlos» seien die Vorwürfe, der damalige Schweizer Nachrichtendienstchef Peter Regli habe sich «am Aufbau des geheimen chemisch-biologischen Waffenprojekts von Südafrika beteiligt». Dies schrieb die Geschäftsprüfungsdelegation von National- und Ständerat im November 1999 in ihrem Untersuchungsbericht." TA, 27.8.2001.</p> <p>"Eine interne Vorabklärung des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) habe keine Anhaltspunkte für eine Mithilfe der Schweiz oder ihres Nachrichtendienstes beim Aufbau eines südafrikanischen Chemiewaffenprojektes in den 80er- und 90er-Jahren zum Vorschein gebracht, sagte Bundesrat Samuel Schmid gestern vor den Medien." BZ, 3.11.2001.</p>
	Antikritik: Geheimdienstverflechtung – Logik des Kalten Krieges rechtfertigt Geheimdienstkontakte zur Apartheidzeit
	<p>"Die Kontakte zum südafrikanischen militärischen Nachrichtendienst sind (...) zur Zeit des Kalten Krieges aufgenommen worden. Da die Schweiz in Schwarzafrika kein Netz von Verteidigungsattachés unterhielt (...), gleichwohl aber auf militärische Informationen über das Engagement sowjetischer, ostdeutscher und kubanischer Berater und Truppenkontingente vor allem in Angola im Bilde sein wollte, war eine Kontaktnahme mit Südafrika (...) sicher nicht abwegig." NZZ, 12.3.1999.</p> <p>"In ihrer «zusammenfassenden Würdigung» gelangt die GPDel (...) zur Auffassung, «dass der schweizerische Nachrichtendienst zur Zeit des Kalten Krieges mit Recht das beachtliche Informationspotenzial genutzt hat, welches sich durch Kontakte mit den südafrikanischen Diensten an einer wichtigen weltpolitischen Front angeboten habe»." WoZ, 2.12.1999.</p>

Kritik: Geheimdienstverflechtung – Tatbestand regelmässige Treffen Regli-Basson achtziger und neunziger Jahre	Antikritik: Geheimdienstverflechtung – Treffen Basson-Regli 1990 war nur Höflichkeitsbesuch
<p>"Laut den Akten, die Radio DRS publik gemacht hat, hat Divisionär Regli schon 1988 einen Besuch des südafrikanischen Militärarztes Wouter Basson in Bern mitorganisiert." TA, 2.11.2001.</p> <p>"Nachweisbar sei nur ein von einem Mitarbeiter Reglis 1990 organisierter Besuch Bassons in Reglis Büro gewesen. In der Zwischenzeit haben sich die Zweifel an dieser Darstellung gemehrt. Denn Regli konnte auf Grund von Telefonnotizen nachgewiesen werden, dass er sich bereits zwei Jahre zuvor sehr um Basson bemüht hatte, als dieser das AC Labor in Spiez besuchen wollte." BZ, 13.11.2001.</p>	<p>"Es treffe nicht zu, dass Divisionär Regli mit Basson Kontakte «gepflegt» habe, betont die Delegation. Immerhin bestätigt sie aber hochoffiziell, dass Brigadier Basson und General Lothar Neethling Anfang der 90er-Jahre im Bundeshaus bei Regli zu Besuch gewesen waren. Dieser einmalige «Höflichkeitsbesuch» sei durch den mittlerweile verstorbenen Waffenhändler Jürg Jacomet eingefädelt worden, den Regli seit der Offiziersschule gekannt (...) hatte. Jacomet habe Regli «offensichtlich missbraucht», erklärt die Delegation." TA, 2.12.1999.</p> <p>"Gegenüber der Parlamentsdelegation beteuerte er 1999 jedoch, Basson nur einmal und erst zu Beginn der 90er-Jahre empfangen zu haben." TA, 2.11.2001.</p>
Kritik: Geheimdienstverflechtung – Tatbestand Mandrax-Deal 1992	Antikritik: Geheimdienstverflechtung – Mandrax-Deal 1992 Schutzbehauptung Basson, unwahr
<p>"1992, sagt Basson laut der Nachrichtenagentur Sapa, habe sein Land mit dem schweizerischen Geheimdienst zusammen ein Geschäft mit den Russen abgewickelt, um eine halbe Tonne Mandrax zu erwerben." TA, 8.8.2001.</p> <p>"Gemäss Basson hat der schweizerische Nachrichtendienst 1992 ein Geschäft zwischen Russland und der südafrikanischen Armee vermittelt. Dabei habe letztere in Kroatien eine halbe Tonne Mandrax beschaffen wollen." WoZ, 9.8.2001.</p> <p>"Basson hat auch behauptet, der schweizerische und der südafrikanische Geheimdienst hätten 1992 mit der Sowjetunion einen Handel über die Lieferung einer halben Tonne Mandrax abgeschlossen." Parlamentarische Initiative SP-Nationalrat Jean-Nils De Dardel, <i>Services de renseignement et apartheid. Création de commissions d'enquête parlementaires</i>, 4.10.2001 [01.448].</p>	<p>"Divisionär Regli hat diese Aussagen von Anfang an als «absolut falsche Anschuldigungen» zurückgewiesen und die angeschlagene Glaubwürdigkeit von Basson betont, der wegen vielfachen Mordes angeklagt ist." TA, 18.8.2001.</p> <p>"Basson sagte während des Prozessverlaufs in Südafrika unter anderem, dass er 1992 mit Unterstützung des heute pensionierten Divisionärs Regli in der damaligen Sowjetunion eine halbe Tonne der Droge Mandrax beschafft habe, deren Verwendung für innere Einsätze vorgesehen war. Regli hat diese Aussagen Anfang August unverzüglich als «falsch und unzutreffend» zurückgewiesen." NZZ, 28.8.2001.</p>
Kritik: Geheimdienstverflechtung – Tatbestand Nuklear-Deal mit Russland 1992	
<p>"Gleichzeitig, so behauptet Basson, hätten die Schweizer von den Russen eine noch grössere Menge nuklearen Materials kaufen wollen." TA, 8.8.2001.</p> <p>"Neu ist auch Bassons im Prozess gemachte Aussage, der schweizerische Nachrichtendienst sei in einen grösseren Handel mit russischem Nuklearmaterial involviert gewesen." WoZ, 9.8.2001.</p> <p>"Erst als die Schweizerische Kampagne für Entschuldung und Entschädigung (...) auf neue Medienberichte aus dem Basson-Prozess aufmerksam machte, schrillten die Alarmglocken. Zumal Basson Regli nicht nur wegen des Mandrax-Kaufes aus Südafrika belastet, sondern weil dieser damals über einen «weit grösseren Kauf» von Nukleargütern in Russland verhandelt haben soll." TA, 18.8.2001.</p>	
Kritik: Geheimdienstverflechtung – Tatbestand Südafrika-Reise Regli 1993	
<p>"Nun sagt Basson im Zeugenstand, Geheimdienstchef Regli sei seinerzeit extra nach Südafrika geflogen, um ihm zu helfen, als er in der Schweiz in Untersuchungshaft sass." TA, 8.8.2001.</p> <p>"Basson behauptet auch, Sie [Peter Regli, Anm. PM] hätten 1993 in Südafrika wegen einer Untersuchung gegen ihn interveniert – aus Angst, er würde sonst über Ihre Beteiligung an seinen Machenschaften auspacken." BZ, 9.8.2001.</p>	
Kritik: Geheimdienstverflechtung – Tatbestand Beschaffung russische Luftabwehr-Lenk Waffen 1994	
<p>"Das SF-DRS-Nachrichtenmagazin «10 vor 10» äusserte gestern Abend deshalb den Verdacht, Regli hätte die Grouse [russische Luftabwehr-Lenk Waffe, Anm. PM] seinen südafrikanischen Freunden zuschanzen wollen. So weit kommt es freilich nicht." BK, 27.10.2001.</p> <p>"Regli habe 1994 für 300 000 Franken zwei russische Lenk Waffen beschaffen lassen, hatte die Fernsehsehung «10 vor 10» am Freitag gemeldet." TA, 29.10.2001.</p>	

Kritik: Geheimdienstverflechtung – Involvierung Schweizer Grossbanken (u. a. Finanzierung Tarnfirmen, Geldwäscherei)	Antikritik: Geheimdienstverflechtung – Keine Involvierung Schweizer Grossbanken (u. a. Finanzierung Tarnfirmen, Geldwäscherei)
<p>"Für die geheime Kommandosache liess er [Basson, Anm. PM] auch Gelder durch Schweizer Finanzinstitute schleusen. (...) «ordentlich» waren in den Augen der Medchem-Verwaltungsräte anfänglich die Finanztransaktionen, die über die Tarnfirma abgewickelt wurden (...). Heute wissen die Behörden am Kap: Über die Medchem-Konten wurden von Basson auch Geheimdienstgelder veruntreut. Kritische Fragen indessen wurden in Basel nie gestellt – genauso wenig wie in Genf und Zürich. Die Geschäftsbeziehungen mit Südafrika waren ohnehin delikats genug: Immer mehr Regierungen Europas distanzieren sich damals vom Unrechtsregime und belegten es mit einem Wirtschaftsboykott. Nur in die Schweiz blieben die Türen für Südafrika weit offen – sogar für den Giftgashändler Wouter Basson." SoZ, 21.3.1999.</p>	<p>"Jetzt reiben sich die ehemaligen Verwaltungsräte der Basler Tarnfirma Medchem die Augen. Bankier Rittmann beteuert: «Die Firma hätte für die Basler Chemie Tierversuche in Südafrika durchführen sollen. Vom Giftgasprojekt haben wir nichts gewusst (...). Alles machte mir einen ordentlichen Eindruck», erinnert er sich." SoZ, 21.3.1999.</p>
Kritik: Geheimdienstverflechtung – Aufarbeitung GPDel 1999 ungenügend	Antikritik: Geheimdienstverflechtung – Aufarbeitung GPDel 1999 genügend
<p>"Der Bericht zu den Geheimdienstbeziehungen Schweiz-Südafrika ist verharmlosend." WoZ, 2.12.1999.</p> <p>"Der veröffentlichte Bericht [Geheimdienstbericht, Anm. PM] beantwortet die Frage, welche Kontakte der schweizerische Nachrichtendienst und insbesondere dessen Chef Peter Regli mit Vertretern des Apartheidregimes unterhielt, nur sehr eingeschränkt." AAB-Nachrichten, 1/2000.</p> <p>"Einflussreiche Beobachter innerhalb des VBS qualifizieren den Bericht der Parlamentsdelegation vom 12. November 1999 heute als «oberflächlich» und «wenig aussagekräftig»." TA, 8.8.2001.</p>	<p>"Die Beziehungen zu Südafrika und meine Rolle [Peter Regli, Anm. PM] wurden von der Geschäftsprüfungsdelegation und einem Experten seriös untersucht. Von einer oberflächlichen und verharmlosenden Untersuchung, wie jetzt behauptet wird, kann keine Rede sein." BZ, 9.8.2001.</p>
Kritik: Geheimdienstverflechtung – Aufarbeitung, ungenügende Zusammenarbeit mit Behörden (u. a. Bundesanwaltschaft, Staatsanwaltschaft Südafrika)	Antikritik: Geheimdienstverflechtung – Aufarbeitung, Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Behörden wird soweit wie möglich gemacht
<p>"Und jetzt muss die Öffentlichkeit auch noch erfahren, dass das VBS die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft verzögert, behindert, jedenfalls nicht fördert (...). Das VBS, die Bundesanwaltschaft und andere Bundesstellen haben vorbehaltlos zusammenzuspannen, um den gravierenden Vorwürfen endlich auf den Grund zu gehen." TA, 27.8.2001.</p> <p>"Glauben Sie nicht, Herr Bundesrat, dass es ohne eine gute Zusammenarbeit mit der südafrikanischen Botschaft letztlich eben gar nicht möglich ist, das abzuklären? (...) Wäre es nicht aufgrund solcher Vorwürfe [von Basson an Regli, Anm. PM] an der Zeit, tatsächlich vermehrt mit Südafrika zusammenzuarbeiten?" Frage grüne Nationalrätin Pia Hollenstein, <i>Schweizer Hilfe bei der Herstellung chemischer und biologischer Waffen in den Achtzigerjahren?</i>, 1.10.2001 [01.5183].</p> <p>"Der südafrikanische Staatsanwalt, der die Ermittlungen gegen Wouter Basson leitet, ist bereit, der Schweiz Informationen zu liefern und sogar in die Schweiz zu reisen. Weshalb verzichtet der Bundesrat auf diese Informationsquelle?" Interpellation SP-Nationalrat Pierre Chiffelle, <i>Suisse/Afrique du Sud. A quand de vrais renseignements?</i>, 4.10.2001 [01.3562].</p>	<p>"Ich verweise in diesem Zusammenhang auf meine Antwort, die ich bereits vor einer Woche gegeben habe. Damals habe ich darauf hingewiesen, dass wir in Kontakt stehen, dass allerdings die Aussagen von Herrn Basson die Aussagen eines Angeschuldigten sind. Ich habe ebenfalls darauf hingewiesen, dass wir erst nach Abschluss des Verfahrens auch die Würdigung des Gerichtes in Beziehung zu diesen Aussagen überprüfen können. Wir stehen diesbezüglich auch mit den Behörden in Kontakt." Antwort Bundesrat Samuel Schmid, 1.10.2001 [01.5183].</p>
Kritik: Geheimdienstverflechtung – Aufarbeitung, Rückendeckung Regli (u. a. Berichtsverfassung, Aktenvernichtung)	Antikritik: Geheimdienstverflechtung – Aufarbeitung, Fehlverhalten Regli wird untersucht
<p>"Und VBS-Chef Adolf Ogi nahm es hin, dass der interne Untersuchungsbericht über sämtliche Auslandkontakte seit 1960 vom angeschuldigten Nachrichtendienstchef selber geschrieben wurde." TA, 27.8.2001.</p> <p>"Im Weiteren wird dem früheren Nachrichtenchef vorgeworfen, unberechtigterweise Akten vernichtet zu haben." NZZ, 28.8.2001.</p> <p>"Der interne Bericht von 1999 über sämtliche ausländische Kontakte des schweizerischen Nachrichtendienstes seit 1960 wurde teilweise von Peter Regli verfasst." Parlamentarische Initiative SP-Nationalrat Jean-Nils De Dardel, <i>Services de renseignement et apartheid. Création de commissions d'enquête parlementaires</i>, 4.10.2001 [01.448].</p>	<p>"Bundesrat Samuel Schmid hat VBS-Generalsekretär Juan Gut beauftragt, neue Vorwürfe gegen den ehemaligen Nachrichtendienstchef Peter Regli zu Kontakten mit dem südafrikanischen Geheimdienst bis Ende Oktober vertieft abzuklären." NZZ, 18.8.2001.</p> <p>"Wie Ihnen bekannt ist, hat das VBS Mitte August dieses Jahres eine interne Vorabklärung insbesondere betreffend die neuen Mutmassungen und Anschuldigungen gegen die Schweiz, den schweizerischen Nachrichtendienst sowie gegen Divisionär Peter Regli eingeleitet. Ein diesbezüglicher Bericht wird bis Ende Oktober dieses Jahres erscheinen." Antwort Bundesrat Samuel Schmid, 24.9.2001 [01.5107, 01.5111, 01.5115].</p>

	<p>Antikritik: Geheimdienstverflechtung – Aufarbeitung, Aktenvernichtung Regli mit offizieller Erlaubnis</p> <p>"Gemäss Delegationsbericht hat der damalige Nachrichtendienstchef Peter Regli ausgesagt, er habe Protokolle über Südafrika-Kontakte «in Absprache mit dem Generalstabschef» vernichtet." TA, 29.8.2001.</p> <p>"Regli scheint sich aber bei der Aktenvernichtung seine eigenen Regeln gegeben zu haben. So stellte er sich gegenüber der Geschäftsprüfungsdelegation auf den Standpunkt, dass alle Protokolle über Kontakte mit ausländischen Nachrichtendiensten nach fünf Jahren vernichtet werden könnten, das sei mit dem damaligen Generalstabschef so festgelegt worden." BZ, 3.11.2001.</p>
<p>Kritik: Geheimdienstverflechtung – Aufarbeitung, Versagen Bundesrat, Einsetzung PUK</p>	<p>Antikritik: Geheimdienstverflechtung – Aufarbeitung, kein Versagen Bundesrat, interne Untersuchung</p>
<p>"Dem Parlament bleibt, um die Glaubwürdigkeit aller involvierten Instanzen zu retten, nur noch eines: die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission, einer PUK." TA, 27.8.2001.</p> <p>"Alle Versuche, die Wahrheit ans Licht zu bringen, sind bisher an der hartnäckigen Weigerung des Bundesrates gescheitert (...). So bleibt zur Klärung dieses Problems nur die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission übrig." Parlamentarische Initiative SP-Nationalrat Jean-Nils De Dardel, <i>Services de renseignement et apartheid. Création de commissions d'enquête parlementaires</i>, 4.10.2001 [01.448].</p> <p>"Für die grüne St. Galler Nationalrätin Pia Hollenstein ist das ein Grund mehr für die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK). Diese müsste auch die Verantwortlichkeiten früherer EMD-Vorsteher klären." TA, 2.11.2001.</p>	<p>"Ich [Bundesrat Schmid, Anm. PM] kann dem Parlament nicht befehlen, wie es das untersuchen will. Allerdings bin ich der Meinung: PUKs soll man dann einsetzen, wenn die Verwaltung solche Arbeiten nicht selbst machen kann. Wir haben eigene Organe (...). Unser heutiger Nachrichtendienst ist ja nicht direkt in die Geschehnisse involviert. Es liegt nichts auf dem Tisch, das die Befangenheit der heutigen Leute belegen würde." SBK, 2.10.2001.</p> <p>"Die Chancen für eine PUK sind allerdings aussichtslos. FDP, CVP und SVP halten diese für nicht sinnvoll. Sie vertrauen auf das Departement von Bundesrat Samuel Schmid. «Die heutigen Fakten reichen nicht aus, um eine PUK einzusetzen», zeigten sich gestern Abend die Generalsekretäre Guido Schommer (FDP) und Gregor Rutz (SVP) überzeugt." NLZ, 29.10.2001.</p>

VII.3 Aktivitäten- und Ereigniskalender zum Thema Apartheid, Südafrika und Verhältnis Schweiz-Südafrika 1948-2002¹³⁴⁶

	Südafrika und Apartheid:	Verhältnis Schweiz-Südafrika:	Thema Apartheid international:
1946		<ul style="list-style-type: none"> - Geigy gründet eine Tochterniederlassung in Südafrika. 	<ul style="list-style-type: none"> - 31. Oktober: Auf Antrag Indiens wird die Diskriminierung der indischen Bevölkerungsgruppe in Südafrika auf die Agenda der UNO-Generalversammlung gesetzt. - 8. Dezember: UNO-Generalversammlung fordert, dass die Behandlung von Indern in Südafrika die UNO-Charta nicht verletzen darf [A/RES/44 (I)].
1948	<ul style="list-style-type: none"> - 26. Mai: Wahlsieg der burischen National Party. - 4. Juni: D. F. Malan wird Premierminister (bis zu seinem Rücktritt 1954) und beginnt mit systematischem Ausbau der Apartheid. - Verschärfung der Kriterien zur politischen Partizipation der Coloureds im Lokalparlament in Kapstadt [<i>Electoral Laws Amendment Act</i>]. 	<ul style="list-style-type: none"> - Hoffmann-LaRoche, Suchard und Oerlikon-Bührle gründen Tochterniederlassungen in Südafrika. 	<ul style="list-style-type: none"> - 12. Juli: Indien verurteilt die Apartheid in einem Brief an den UNO-Generalsekretär [A/577].
1949	<ul style="list-style-type: none"> - Verschärfung des Verbots geschlechtlicher Beziehungen zwischen den Rassen von 1927 [<i>Immorality Amendment Act</i>]. - Verbot gemischtrassiger Ehen [<i>Prohibition of Mixed Marriages Act</i>]. 	<ul style="list-style-type: none"> - Escher-Wyss gründet eine Tochterniederlassung in Südafrika. 	
1950	<ul style="list-style-type: none"> - Kategorisierung aller Bürger nach rassischen Kriterien [<i>Population Registration Act</i>]. - Aufteilung aller Bevölkerungsgruppen auf getrennte Gruppengebiete [<i>Group Areas Act</i>]. - Verbot der Kommunistischen Partei Südafrikas [<i>Suppression of Communism Act</i>]. 	<ul style="list-style-type: none"> - Rückversicherung, Ciba, Sulzer und Schweizerische Bankgesellschaft (SBG) gründen Tochterniederlassungen in Südafrika. - Februar: SBG, Schweizerischer Bankverein (SBV) und Schweizerische Kreditanstalt (SKA) gewähren Südafrika einen Kredit in der Höhe von 36 Mio. SFR. - Juni: SBG, SBV und SKA übernehmen von der Anglo American Corporation eine Anleihe in der Höhe von 50 Mio. SFR. - 12. Juli: Schweiz-Besuch südafrikanischer Wirtschaftsminister Eric Louw. 	<ul style="list-style-type: none"> - 2. Dezember: UNO-Generalversammlung betont, dass die Apartheid auf einer Doktrin der Rassendiskriminierung beruht [A/RES/395 (V)].

1346

Grau hinterlegt sind die Phasen, in denen die Resonanzanalyse durchgeführt wurde und in denen die schweizerischen Beziehungen zum südafrikanischen Apartheidregime erhöhte mediale und parlamentarische Aufmerksamkeit und Resonanz in den linksalternativen und rechtsnationalen Binnenorganen erzielte. Die auslösenden Aktivitäten und Ereignisse, auf welche die Medien und Öffentlichkeitsakteure dabei hauptsächlich rekurrieren, sind fett hervorgehoben. Für diese Zusammenstellung wurde nebst der für die Resonanzanalyse berücksichtigten Medien und Publikationen unter anderem folgende Literatur verwendet: Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), *Schweiz – Südafrika. Zusammenstellung der parlamentarischen Vorstösse (1948-2000)*, Bern 2000; Merkofer, *Die Universalisierung des "Rassischen"*, Zürich 1996; Riley, *Major Political Events in South Africa. 1948-1990*, Oxford/New York 1991; Sachs, und Bernstein, *Die Gesetzte Südafrikas*, Bonn 1976; Schweizerisches Bundesarchiv, *Schweiz – Südafrika 1948-1994. Archivbestände und parlamentarische Vorstösse*, Bern 2000; Sodemann, *Die Gesetze Südafrikas*, Bonn 1986; Truth and Reconciliation Commission (TRC) of South Africa, *The Final Report of the Truth and Reconciliation Commission (TRC)*, Johannesburg 1998; sowie United Nations Departement of Public Information, *The United Nations and Apartheid 1948-1994*, New York 1994.

	Südafrika und Apartheid:	Verhältnis Schweiz-Südafrika:	Thema Apartheid international:
1951	<ul style="list-style-type: none"> - Festschreibung politischer Strukturen und regionaler Selbständigkeiten (Bantustans) für einzelne schwarze Sprachgemeinschaften [Bantu Authorities Act]. 		
1952	<ul style="list-style-type: none"> - Albert Luthuli wird Präsident des African National Congress (ANC) und 1953 vom Apartheidregime gebannt. - 26. Juni: Beginn der Massenkampagnen des zivilen Ungehorsams gegen die Apartheidgesetze organisiert vom ANC und dem South African Indian Congress (SAIC). 	<ul style="list-style-type: none"> - 7. Januar: Schweiz-Besuch südafrikanischer Finanzminister N. C. Havenga. - Januar: SBG, SBV und SKA übernehmen von Südafrika eine Anleihe in der Höhe von 60 Mio. SFR. - Dezember: SBG, SBV und SKA gewähren Südafrika einen Kredit in der Höhe von 30 Mio. SFR. 	<ul style="list-style-type: none"> - 5. Dezember: UNO-Generalversammlung etabliert eine Untersuchungskommission zum Thema Apartheid [A/RES/616 A (VII)].
1953	<ul style="list-style-type: none"> - Trennung der zentralen öffentlichen Einrichtungen (Krankenhäuser, Eisenbahnen, Parks, Toiletten etc.) nach Rassenzugehörigkeit [Reservation of Separate Amenities Act]. - Ausgliederung des schwarzen Schulwesens aus dem Unterrichtsministerium [Bantu Education Act]. 		<ul style="list-style-type: none"> - Erster Bericht der United Nations Commission on the Racial Situation in the Union of South Africa (bis 1955 folgen zwei weitere Berichte).
1954	<ul style="list-style-type: none"> - 30. November: J. G. Strijdom wird Premierminister (bis zu seinem Tod 1958) und setzt den systematischen Ausbau der Apartheid weiter fort. 	<ul style="list-style-type: none"> - Februar: SBG, SBV und SKA übernehmen von Südafrika eine Anleihe in der Höhe von 60 Mio. SFR. - Juni: SBG, SBV und SKA übernehmen vom West Rand Investment Trust eine Anleihe in der Höhe von 25 Mio. SFR. - August: Unterzeichnung eines Luftverkehrsabkommens zwischen der Schweiz und Südafrika. 	
1955	<ul style="list-style-type: none"> - Südafrika zieht Mitgliedschaft von der UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation) zurück, um gegen deren Anti-Apartheid-Aktivitäten zu protestieren. - 26. Juni: Volkskongress in Kliptown: Verabschiedung der Freedom Charter durch ANC und andere Anti-Apartheid-Organisationen. 	<ul style="list-style-type: none"> - Februar: SBG, SBV und SKA übernehmen von der Anglo American (OFS) Housing Company Limited eine Anleihe in der Höhe von 35 Mio. SFR. 	
1956	<ul style="list-style-type: none"> - 28. Februar: Repräsentation von Coloureds im Lokalparlament in Kapstadt wird abgeschafft [Separate Representation of Coloured Voters Act]. - Dezember: Verhaftung von 156 Führern des ANC und anderer Anti-Apartheid-Organisationen (der Treason-Prozess dauert bis 1961 und endet mit Freispruch für alle). 	<ul style="list-style-type: none"> - 30. November: Gründung der als Handelskammer fungierenden Swiss-South African Association (SSAA) in Zürich unter Anwesenheit des südafrikanischen Wirtschaftsministers A. J. R. Van Rhijn. 	
1957	<ul style="list-style-type: none"> - Verschärfung der Influx Control (Zugangskontrolle) von 1937 durch Passgesetze für Schwarze [Urban Areas Amendment Act]. 	<ul style="list-style-type: none"> - 29. März: Empfang südafrikanischer Hochkommissar Dr. J. E. Holloway bei der SSAA. - 8. - 10. September: Schweiz-Besuch südafrikanischer Finanzminister J. F. T. Naudé. - 25. Oktober: Schweiz-Besuch südafrikanischer Wirtschaftsminister Van Rhijn: U. a. Treffen mit Bundesrat Hohenstein. 	
1958	<ul style="list-style-type: none"> - 16. April: Parlamentswahlen. - 2. September: H. F. Verwoerd wird Premierminister (bis 1966) und baut die Apartheid weiter aus. 		

	Südafrika und Apartheid:	Verhältnis Schweiz-Südafrika:	Thema Apartheid international:
1959	<ul style="list-style-type: none"> - Schaffung getrennt-rassiger Universitäten [<i>Extension of University Education Act</i>]. - 9. April: Gründung des Pan Africanist Congress (PAC) (Abspaltung vom ANC). - 20. Juni: Erweiterung des Selbstverwaltungsrechts der Bantustans [<i>Promotion of the Bantu Self-Government Act</i>]. - Dezember: Luthuli ruft zu einem weltweiten Konsumboykott südafrikanischer Produkte auf. 		
1960	<ul style="list-style-type: none"> - 21. März: Sharpeville-Massaker: Polizei feuert auf Demonstranten, die gegen die Passgesetze protestieren (69 Tote und 178 Verletzte). - 30. März: Verhängung des Ausnahmezustandes in 122 Verwaltungsdistrikten (bis 31.8.1960). - 8. April: Verbot von ANC, PAC und anderer Anti-Apartheid-Organisationen [<i>Unlawful Organisations Act</i>]. - 9. April: Attentat auf Verwoerd. - 5. Oktober: Exklusiv weisses Referendum über die Gründung der Republik. 	<ul style="list-style-type: none"> - 13. September: Schweizer Grossbanken gewähren Südafrika Darlehen in der Höhe von 2.5 Mio. £. - 30. Oktober - 5. November: Schweiz-Besuch südafrikanischer Wirtschaftsminister Nicolaas Diederichs: U. a. Treffen mit Bundesrat Wahlen (4.11.) und Referat an einem Empfang der SSAA (3.11.). 	<ul style="list-style-type: none"> - "Afrikanisches Jahr": Unabhängigkeit Kamerun, Kongo-Brazzaville/ Kongo, Gabun, Tschad und Zentralafrikanische Republik. - Gewerkschaften in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden rufen zum Konsumboykott auf. - 3. Februar: Wind of Change-Rede des britischen Premierministers Macmillan im südafrikanischen Parlament in Kapstadt. - 1. April: UNO-Sicherheitsrat fordert Südafrika auf, die Apartheid abzuschaffen [<i>S/RES/134</i>]. - 24. Juni: Die zweite Konferenz der unabhängigen Staaten Afrikas ruft zu Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika auf.
1961	<ul style="list-style-type: none"> - 31. Mai: Gründung der Republik von Südafrika und Austritt aus dem Commonwealth. - 16. Dezember: Der ANC gründet seinen bewaffneten Flügel MK / Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation) und beginnt mit Sabotageaktionen. 	<ul style="list-style-type: none"> - 7. April: Schweiz-Besuch südafrikanische Wirtschaftsdelegation: U. a. Treffen mit Vertretern der Industrie und Grossbanken über die Möglichkeit einer Ausdehnung des Handels. - Sommer: Oerlikon-Bührle erhält Auftrag für Lieferung von 36 Flabgeschützen im Wert von 45 Mio. SFR von Südafrika. 	<ul style="list-style-type: none"> - 13. April: UNO-Generalversammlung verurteilt die Apartheid als "reprehensible and repugnant to human dignity" [<i>A/RES/1598 (XV)</i>]. - 10. Dezember: Verleihung des Friedensnobelpreis an Luthuli.
1962	<ul style="list-style-type: none"> - ab 26. Juni: Verdächtige Personen können ohne Haftbefehl festgesetzt und unter Hausarrest gestellt werden [<i>Sabotage Act</i>]. - 5. August: Verhaftung von Nelson Mandela. - 7. November: Verurteilung von Mandela zu sechs Jahren Haft. 		<ul style="list-style-type: none"> - 6. November: UNO-Generalversammlung ersucht Mitgliedstaaten die diplomatischen und wirtschaftlichen Kontakte mit Südafrika einzustellen; zudem wird ein spezielles Komitee zur Beobachtung der Entwicklungen in Südafrika eingerichtet [<i>A/RES/1761 (XVII)</i>]. - 10. Dezember: Luthuli und Martin Luther King Jr. rufen gemeinsam zu einem umfangreichen Südafrikaboykott auf.
1963	<ul style="list-style-type: none"> - Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die "Unabhängigkeit" der Homelands [<i>Transkei Constitution Act</i>]. - Südafrika wird aus der FAO (Food and Agricultural Organisation) ausgeschlossen. - Südafrika wird aus der ILO (International Labour Organisation) ausgeschlossen. - Beginn des Rivonia-Prozess gegen Mandela, Walter Sisulu und sechs andere "Terroristen" wegen Hochverrats. 	<ul style="list-style-type: none"> - Februar: Das Eidgenössische Politische Departement (EPD) heisst ein Exportbewilligungsgesuch der Oerlikon-Bührle im Wert von 4.5 Mio. SFR gut. - 20. Mai: Referat südafrikanischer Wirtschaftsminister Diederich an der Jahresversammlung der SSAA. - 13. November: Proteste gegen den Schweizer Waffenexport nach Südafrika vor Schweizer Botschaft in London und Salisbury/Rhodesien. - 6. Dezember: Schweiz beschliesst ein Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial nach Südafrika. 	<ul style="list-style-type: none"> - Gründung der OAU (Organisation of African Unity). - 2. April: Erste Sitzung des Special Committee against Apartheid. - 2. August: USA verhängt Waffenembargo gegen Südafrika. - 7. August / 4. Dezember: UNO-Sicherheitstrat ruft alle Staaten auf, ein Waffenembargo gegen Südafrika zu verhängen [<i>S/RES/181</i> und <i>S/RES/182</i>]. - 11. Oktober: UNO-Generalversammlung fordert Südafrika auf, alle politischen Gefangenen und Angeklagten im Rivonia-Prozess freizulassen [<i>A/RES/1881 (XVIII)</i>].

	Südafrika und Apartheid:	Verhältnis Schweiz-Südafrika:	Thema Apartheid international:
1964	<ul style="list-style-type: none"> - 20. April: Rivonia-Prozess endet mit lebenslanger Haftstrafe für Mandela und Sisulu. 		<ul style="list-style-type: none"> - 9. Juni / 18. Juni: UNO-Sicherheitsrat fordert ebenfalls die Freilassung aller politischer Gefangenen und Angeklagten im Rivonia-Prozess [S/RES/190 und S/RES/191]. - November: Grossbritannien verhängt Waffenembargo gegen Südafrika.
1965	<ul style="list-style-type: none"> - Südafrika wird aus der WHO (World Health Organisation) ausgeschlossen. 	<ul style="list-style-type: none"> - Juni: Gründung des Mouvement Anti-Apartheid de Suisse (MAAS) im Welschland. - September: Ausschluss Südafrikas vom Weltnachrichtenkongress der Internationalen Fernmeldeunion (UIT) in Montreux. 	<ul style="list-style-type: none"> - 11. November: Rhodesien erklärt seine einseitige Unabhängigkeit von Grossbritannien. - 20. November: UNO-Sicherheitsrat verhängt Wirtschaftssanktionen gegen Rhodesien [S/RES/217].
1966	<ul style="list-style-type: none"> - Ausdifferenzierung des <i>Group Areas Act</i> von 1950 [Consolidated Act]. - 6. September: Ermordung von Verwoerd. - 13. September: Neuer Premierminister wird B. J. Vorster (bis zu seinem Rücktritt 1978). 		<ul style="list-style-type: none"> - Der Begriff "crime against humanity" für die Apartheid setzt sich innerhalb der UNO durch, obwohl gewisse Mitgliedstaaten dagegen opponieren. - 23. August - 4. September: Erstes internationales UNO-Seminar über Apartheid in Brasilia. - 26. Oktober: Der 21. März (Jahrestag Sharpeville-Massaker) wird von der UNO-Generalversammlung zum "International Day for the Elimination of Racial Discrimination" erklärt [A/RES/2142 (XXI)]. - 16. Dezember: UNO-Generalversammlung fordert die drei wichtigsten Handelspartner Südafrikas (USA, Grossbritannien, Frankreich) auf, verschärfte Massnahmen zu ergreifen [A/RES/2202 A (XXI)]. - 16. Dezember: UNO-Sicherheitsrat verhängt obligatorische Wirtschaftssanktionen gegen Rhodesien [S/RES/232].
1967	<ul style="list-style-type: none"> - Verdächtige Personen können ohne Haftbefehl für "unbeschränkte" Zeit festgesetzt werden [Terrorism Act]. - Ergänzung des <i>Population Registration Act</i> von 1950 [Population Registration Amendment Act]. 	<ul style="list-style-type: none"> - 3. Juli: Unterzeichnung eines Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und Südafrika (tritt am 11.7.1968 in Kraft). - 6. November: Schweiz-Besuch südafrikanischer Wirtschaftsminister J. F. W. Haak: U. a. Referat an einem Empfang der SSAA. 	<ul style="list-style-type: none"> - 6. März: UNO-Menschenrechtskommission verurteilt die Praktiken des Apartheidregimes [E/CN.4/RES/2 (XXIII)].
1968	<ul style="list-style-type: none"> - Die einzelnen schwarzen Sprachgemeinschaften werden zu "Bürgern" von Homelands erklärt [Bantu Homelands Citizenship Act]. - Verbot von gemischtrassigen Parteien [Prohibition of Political Interference Act]. - Dezember: Steve Biko gründet die South African Students Organisation (SASO); den Vorläufer des Black Consciousness Movements (BCM). 	<ul style="list-style-type: none"> - 17. März: Eröffnung des "Zürcher Goldpools" durch SBG, SBV und SKA nach temporärer Schliessung des Londoner Goldpools (Einführung Gold-Dollar-Standard). - 2. Mai: Schweizer Botschafter August R. Lindt verurteilt die Apartheid an einer UNO-Konferenz über Menschenrechte in Teheran. - 18. Oktober: Kurzvisite südafrikanischer Finanzminister Diederichs: U. a. informelles Gespräch mit Vertretern der Grossbanken. 	<ul style="list-style-type: none"> - 2. Dezember: UNO-Generalversammlung ruft zur Einschränkung kultureller, sportlicher und anderer Kontakte mit Südafrika auf [A/RES/2396 (XXIII)].
1969	<ul style="list-style-type: none"> - Gründung der rechtsextremen Herstigte Nasionale Party (HNP). 	<ul style="list-style-type: none"> - Die SKA gründet eine Tochterniederlassung in Südafrika. - 16. Oktober: Kurzvisite südafrikanischer Finanzminister Diederichs: U. a. informelles Gespräch mit Vertretern der Grossbanken. 	

	Südafrika und Apartheid:	Verhältnis Schweiz-Südafrika:	Thema Apartheid international:
1970		<ul style="list-style-type: none"> - Der SBV gründet eine Tochter-niederlassung in Südafrika. - 17. Juni: Schweiz-Besuch südafrikanischer Finanzminister Diederichs: U. a. Treffen mit Bundesrat Celio. 	<ul style="list-style-type: none"> - Mai: Ausschluss Südafrikas aus dem Internationalen Olympischen Komitee (IOK). - 23. Juli: UNO-Sicherheitsrat erneuert Aufruf für ein Waffenembargo von 1963 und verurteilt Umgehungsgeschäfte [S/RES/282].
1971	<ul style="list-style-type: none"> - Festlegung einheitlicher Verfassungsstrukturen für Bantustan-Verwaltungen [<i>Bantu Homelands Constitution Act</i>]. 		<ul style="list-style-type: none"> - 29. November: UNO-Generalversammlung ruft zum Sportboykott gegen Südafrika [A/RES/2775 D (XXVI)] und zur Verurteilung der Homeland-Politik auf [A/RES/2775 E (XXVI)].
1972		<ul style="list-style-type: none"> - Gründung des Clubs der Freunde Südafrikas (CFS). - 17. November: Publikation der Studie <i>Suisse-Afrique du Sud. Relations économiques et politiques</i> durch das Centre Europe – Tiers Monde (CETIM). - 21. November: Referat Hazen Ntsanwisi, späterer Chiefminister Bantustan GaZankulu, an einer SSAA-Veranstaltung. - 12. Dezember: Referat Zulu-Führer Mangosuthu Buthelezi bei der SSAA zum Thema "Was können schweizerische Unternehmen zum Wohl meines Volkes beitragen?" 	
1973	<ul style="list-style-type: none"> - Gründung der rechtsextremen Afrikaaner Weerstandsbeweging (AWB). 	<ul style="list-style-type: none"> - Gründung des Afrika-Komitee Basel. - 15. - 16. Juni: Erste internationale Gewerkschaftskonferenz zu Boykottaktionen gegen das Apartheidregime in Genf, organisiert von der ILO. - 12. Juli: Kurzvisite südafrikanischer Finanzminister Diederichs: U. a. informelles Gespräch mit Vertretern der Grossbanken. 	<ul style="list-style-type: none"> - 30. November: UNO-Generalversammlung adoptiert die <i>International Convention on the Suppression and Punishment of the Crime of Apartheid</i> [A/RES/3068 (XXVIII)]. - 14. Dezember: UNO-Generalversammlung vermerkt, dass nicht das Apartheidregime die südafrikanische Bevölkerung repräsentiere, sondern vielmehr die Anti-Apartheid-Organisationen; alle staatlichen Organisationen werden aufgefordert, Südafrika die Mitgliedschaft aufzukündigen [A/RES/3151 G (XXVIII)].
1974	<ul style="list-style-type: none"> - Versammlungsfreiheit wird eingeschränkt; und zwar schon ab zwei oder mehr Personen [<i>Riotous Assemblies Act</i>]. - Verbot für gewisse Organisationen, finanzielle Unterstützung aus dem Ausland entgegenzunehmen [<i>Affected Organisation Act</i>]. 	<ul style="list-style-type: none"> - Das südafrikanische Verkehrsbüro (SATOIR) eröffnet eine Vertretung in Zürich. - Publikation der Studie <i>Schweiz – Südafrika. Ende des Dialogs?</i> durch das Centre Europe – Tiers Monde (CETIM). - 17. Januar: Schweiz richtet im Bereich der bewilligungspflichtigen Kapitalexporte nach Südafrika einen "Plafond" ein (240 Mio. SFR pro Jahr). - 14. März: Ausweisung des Schweizer Theologen und Vertreters des Weltkirchenrates (OeRK), Dr. Lukas Vischer, aus Südafrika. 	<ul style="list-style-type: none"> - 30. Oktober: Frankreich, Grossbritannien und USA stimmen gegen einen Antrag auf Ausschluss Südafrikas aus der UNO.
1975	<ul style="list-style-type: none"> - Reaktivierung der Zulu-Bewegung Inkatha durch Buthelezi. - August: Südafrikanische Invasion Angolas. 	<ul style="list-style-type: none"> - De Beers eröffnet in Luzern die Verkaufsgesellschaft Central Selling Organisation (CSO). - Holderbank, BBC und Ciba-Geigy unterstützen Gründung einer Berufsbildungsschule in Ga-Rankuwa im Bantustan Bophuthatswana. - 1. März: Gründung der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) in der Deutschschweiz. 	<ul style="list-style-type: none"> - 25. Juni: Unabhängigkeit Moçambiques. - 11. November: Unabhängigkeit Angolas. - 28. November: UNO-Generalversammlung anerkennt die Verantwortung gegenüber der unterdrückten Bevölkerung Südafrikas und den Anti-Apartheid-Organisationen [A/RES/3411 C (XXX)].

	Südafrika und Apartheid:	Verhältnis Schweiz-Südafrika:	Thema Apartheid international:
1976	<ul style="list-style-type: none"> - 16. Juni: Soweto-Aufstand: Aus einer Schülerdemonstration gegen die Einführung von Afrikaans als verbindliche Unterrichtssprache erwächst eine landesweite Protestbewegung, die 600 Todesopfer fordert. - Sommer: Ergänzung des <i>Suppression of Communism Act</i> von 1950: Jede Organisation, die die öffentliche Ordnung gefährdet, kann unter Bann gestellt werden [<i>Internal Security Amendment Act</i>]. - 26. Oktober: Südafrika erklärt die "Unabhängigkeit" der Transkei (bis 1981 folgen Bophuthatswana, Venda und Ciskei (= sogenannte TBVC-Staaten)). 	<ul style="list-style-type: none"> - Eröffnung eines südafrikanischen Generalkonsulats in Genf. - Die Grossbank SBV bewilligt eine Anleihe von 23.5 Mio. SFR an die südafrikanische Zeitung Citizen. - Die Grossbank SBG gewährt der Elektrizitätsgesellschaft ESCOM (Electricity Supply Commission) 50 Mio. SFR für den Bau einer Urananreicherungsanlage. - Juni: Schweiz-Besuch Kaiser Matanzima, Chiefminister Homeland Transkei: U. a. Rede bei der SSAA. - 4. - 6. September: Treffen zwischen Premierminister Vorster und dem US-Aussenminister Henry Kissinger in Zürich. - 25. September: Gründung des Dachverbandes der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) zwischen Deutschschweizer AAB und dem MAAS im Welschland. 	<ul style="list-style-type: none"> - 18. Juli: Die <i>International Convention on the Suppression and Punishment of the Crime of Apartheid</i> tritt in Kraft. - 26. Oktober: UNO-Generalversammlung erklärt die "Unabhängigkeit" der Transkei für ungültig [A/RES/31/6 A]. - 9. November: UNO-Generalversammlung betont in einem <i>Programme of Action against Apartheid</i>, dass die Einschränkung neuer Investitionen ein gutes Druckmittel gegen das Unterdrückerregime in Südafrika sei [A/RES/31/6 K] und erklärt den 16. Juni (Soweto-Aufstand) zum "International Day of Solidarity with the Struggling People of South Africa" [A/RES/31/6 I].
1977	<ul style="list-style-type: none"> - 12. September: Ermordung von Biko, Führer des BCM. - 19. Oktober: Verbot des BCM. 	<ul style="list-style-type: none"> - Erste Kontakte zwischen den Nachrichtendiensten Südafrikas und der Schweiz. - Mai: Erstausgabe der AAB-Nachrichten. - 10. - 11. Juni: Internationale Gewerkschaftskonferenz für Sanktionen gegen die Apartheid in Genf, organisiert von der ILO. - 22. - 26. August: Schweiz verurteilt die Apartheid an der Weltkonferenz gegen die Apartheid in Lagos. - Oktober: Schweiz-Besuch Lucas Mangope, Chiefminister Homeland Bophuthatswana: U. a. Rede bei der SSAA. 	<ul style="list-style-type: none"> - Frühling: "Sullivan Principles" der USA: Nicht bindende Richtlinien für US-Konzerne in Südafrika (u. a. Anti-Diskriminierungs-Richtlinien am Arbeitsplatz, gleicher Lohn für gleiche Arbeit). - 15. Juni: Commonwealth beschliesst, auf sportliche Kontakte mit Südafrika zu verzichten. - August: Frankreich verhängt Waffenembargo gegen Südafrika. - 20. September: "Südafrika-Kodex" der Europäischen Gemeinschaft (EG): Nicht bindende Richtlinien für europäische Konzerne in Südafrika (u. a. Anti-Diskriminierungs-Richtlinien am Arbeitsplatz, gleicher Lohn für gleiche Arbeit etc.). - 4. November: UNO-Sicherheitsrat verhängt ein obligatorisches Waffenembargo gegen Südafrika [S/RES/418]. - 6. Dezember: UNO-Sicherheitsrat verurteilt die "Unabhängigkeitserklärung" von Bophuthatswana. - 14. Dezember: UNO-Generalversammlung erklärt das Jahr 1978 zum "International Anti-Apartheid Year" (21.3.1978 - 20.3.1979) [A/RES/32/105 M] und adoptiert die <i>International Declaration against Apartheid in Sport</i> [A/RES/32/105 B].
1978	<ul style="list-style-type: none"> - September: P. W. Botha wird Premierminister (seit 1984 auch Staatspräsident) und propagiert die "Totale Strategie" aller gesellschaftlicher Kräfte zur Verteidigung und Modernisierung der Apartheid. - November: Muldergate-Skandal: Informationsminister Cornelius Mulder veruntreut Regierungsgelder via Schweizer Banken für Propagandazwecke (Aufkauf der südafrikanischen Zeitung Citizen) und muss von seinem Amt zurücktreten. 	<ul style="list-style-type: none"> - Gründung der Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt (AFP). - Basler Kirchenrat beteiligt sich mit der Basler Chemie am Aufbau eines landwirtschaftlichen Gymnasiums im Bantustan GaZankulu. - 23. Mai: Einreichung <i>Petition Renonciation à la collaboration Suisse-Afrique du Sud</i> der Anti-Outspan-Kampagne Lausanne, AAB, AG3W, SKAAL et al. (27'000 Unterschriften). - 28. - 31. August: Internationale NGO-Konferenz über Sanktionen gegen die Apartheid in Genf. 	<ul style="list-style-type: none"> - Start des "Nordischen Aktionsprogrammes": Einzelne Wirtschaftssanktionen von Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden.

	Südafrika und Apartheid:	Verhältnis Schweiz-Südafrika:	Thema Apartheid international:
1979	<ul style="list-style-type: none"> - Formulierung eines Entwurfs für eine antikomunistische Staatenkonstellation für das südliche Afrika (CONSAS). - April: Gründung der Federation of South African Trade Unions (FOSATU). - Juni: Rücktritt Vorsters vom Amt des Staatspräsidenten als Folge des Muldergate-Skandals. 	<ul style="list-style-type: none"> - März: Teilnahme Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund (SEK) an einer Kirchenkonferenz in Pretoria. - 7. März: Schweiz-Besuch Aussenminister Pik Botha: U. a. Treffen mit Bundesrat Aubert und Vortrag bei der SSAA. - 11. Juni: Nationalratsdebatte zur Petition Renonciation à la collaboration Suisse-Afrique du Sud. 	<ul style="list-style-type: none"> - 24. Januar: UNO-Generalversammlung verhängt ein Erdölembargo [A/RES/33/183 E] und fordert Massnahmen zur Verhinderung eines südafrikanischen Nuklearprogrammes [A/RES/33/183 G]. - 21. September: UNO-Sicherheitsrat verurteilt "Unabhängigkeitserklärung" von Venda. - 12. Dezember: UNO-Generalversammlung ruft alle Staaten, die die Apartheid verurteilen aber noch keine umfassenden Massnahmen verhängt haben, Sanktionen zu ergreifen [A/RES/34/93 O].
1980	<ul style="list-style-type: none"> - Südafrikanische Armee beginnt das "Project Coast"; ein Programm zur Entwicklung biologischer, chemischer und "ethnischer" Kampfstoffe. - 9. März: Beginn der Free Mandela-Kampagne in Südafrika. - 1. Juni: ANC-Sabotageaktion gegen das staatliche Unternehmen SASOL (South African Stone and Oil Society), das Öl aus Kohle produziert. - 26. Juni: Der ANC bricht öffentlich mit der Politik der Inkatha bzw. des Zulu-Führers Buthelezi. 	<ul style="list-style-type: none"> - Gründung der Aktion Südafrika-Boycott (ASB). - Die Schweiz erhöht den "Plafond" für bewilligungspflichtige Kapitalexporte nach Südafrika von 1974 auf 300 Mio. SFR pro Jahr. - Die SBG bewilligt als Kopf eines internationalen Bankenkonsortiums eine Anleihe von 260 Mio. \$ an Südafrika. - 21. - 28 Juni: Erste Granny Smith-Boycottwoche der AAB. - 30. Juni - 3. Juli: Internationale NGO-Konferenz über Südafrika-boycott in Genf. 	<ul style="list-style-type: none"> - April: Unabhängigkeit Simbabwe und Gründung der Southern African Development Coordination Conference (SADCC) durch die Frontstaaten Südafrikas. - Juni: Das niederländische Parlament stimmt für ein Erdölembargo gegen Südafrika. - 13. Juni: UNO-Sicherheitsrat fordert die Freilassung Mandelas; zudem sollen alle Mitgliedstaaten das obligatorische Waffenembargo von 1977 endlich implementieren [S/RES/473].
1981	<ul style="list-style-type: none"> - Überfall der südafrikanischen Armee auf ANC-Büros in Maputo/Moçambique. 	<ul style="list-style-type: none"> - Die Trägergesellschaft des Kernkraftwerk Kaiseraugst liefert angereichertes Uran für den südafrikanischen Reaktor Koeberg. - Eidgenössische Oberzolldirektion schafft Ländergliederung in der Goldhandelsstatistik ab. - 5. - 7. April: Internationales UNO-Seminar über Bankenbeziehungen mit Südafrika in Zürich. - 8. - 27. Juni: Zweite Granny Smith-Boycottwoche der AAB. 	<ul style="list-style-type: none"> - 20. - 27. Mai: Internationale Konferenz über Sanktionen gegen Südafrika in Paris. - 15. September: Der OeRK bricht Beziehungen zu denjenigen Banken ab, die Geschäfte mit Südafrika betreiben. - 15. Dezember: UNO-Sicherheitsrat verurteilt die "Unabhängigkeitserklärung" der Ciskei. - 17. Dezember: UNO-Generalversammlung erklärt das Jahr 1982 zum "International Year of Mobilization for Sanctions against South Africa" [A/RES/36/172 B].
1982	<ul style="list-style-type: none"> - "Neo-Apartheid" Bothas: Ausarbeitung einer Verfassungsreform mit Dreikammerparlament, d. h. getrennte Parlamente für Weisse (House of Assembly), Inder (House of Delegates) und Coloureds (House of Representatives) mit Mehrheit der Weissen in allen übergreifenden Gremien unter Ausschluss der Schwarzen von jeglicher Partizipation. - Vereinheitlichung aller bisherigen Gesetze über die innere Sicherheit [Internal Security Act]. - Gründung der Conservative Party (CP). - 19. Dezember: ANC-Sabotageaktion gegen das Kernkraftwerk Koeberg. 	<ul style="list-style-type: none"> - 16. Juni: 6. Soweto-Jahrestag: Nationale Boycottwoche der AAB und Start der Bankenboycott-Kampagne der AFP: Aufruf zum Kontorückzug bei den Grossbanken SBG, SBV und SKA. - 20. August: WochenZeitung (WoZ) kündigt ihre Konten bei der Grossbank SKA. - November: UNO-Seminar über die Rolle von Schweizer Unternehmen in Südafrika in Genf. - Herbst: Gründung der Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa). 	<ul style="list-style-type: none"> - 25. August: Der OeRK schliesst die beiden südafrikanischen Kirchen NGK (Niederduitse Gereformeerde Kerk) und NHK (Niederduitsch Hervormde Kerk) aus. - ab 11. Oktober: Internationalisierung der Free Mandela-Kampagne durch die britische Anti-Apartheid-Bewegung. - 10. Dezember: Gründung des Committee of Artists of the World against Apartheid.

	Südafrika und Apartheid:	Verhältnis Schweiz-Südafrika:	Thema Apartheid international:
1983	<ul style="list-style-type: none"> - Gründung der United Democratic Front (UDF) (u. a. durch Allan Boesak und Bischof Desmond Tutu). - 2. November: Bothas Verfassungsreform wird in einem exklusiv weissen Referendum gutgeheissen. 	<ul style="list-style-type: none"> - Beginn des Pilotenaustausches mit Südafrika (bis 1988). - 7. April: SBG-Generalversammlung: Stellungnahme des VR-Präsidenten Robert Holzach zu AFP-Vorwürfen über Südafrikageschäft. - 10. - 11. Juni: Internationale Gewerkschaftskonferenz für Sanktionen gegen die Apartheid in Genf, organisiert von der ILO. - 16. Juni: 7. Soweto-Jahrestag: Nationale Boykottwoche der AAB. - August: Zweite UNO-Weltkonferenz gegen Rassismus in Genf. 	<ul style="list-style-type: none"> - 7. April: Frankreich beschliesst, auf jegliche sportliche Kontakte mit Südafrika zu verzichten. - 15. November: UNO-Generalversammlung erklärt die neue südafrikanische Verfassung als unvereinbar mit der UNO-Charta [A/RES/38/11]. - 5. Dezember: UNO-Generalversammlung adoptiert ein neues <i>Programme of Action against Apartheid</i> [A/38/539 und S/16102].
1984	<ul style="list-style-type: none"> - August: Bei den Wahlen für das House of Delegates und House of Representatives beteiligen sich nicht einmal ein Fünftel aller Inder und Coloureds. - 3. September: Die neue südafrikanische Verfassung tritt in Kraft. - November: Massenstreiks in Transvaal. 	<ul style="list-style-type: none"> - März: Schweiz-Besuch Bischof Tutu. - 1. - 2. Juni: Schweiz-Besuch Staatspräsident Botha: U. a. Treffen mit Bundesrat Schlumpf und Vortrag bei der SSAA (1.6.). - 16. Juni: 8. Soweto-Jahrestag: Nationale Boykottwoche der AAB. - 2. - 3. November: 1. Südafrika-Seminar der asa. 	<ul style="list-style-type: none"> - 16. März: Friedensvertrag zwischen Südafrika und Mosambique (Nkomati-Abkommen). - 17. August: UNO-Sicherheitsrat erklärt die südafrikanische Verfassung für ungültig [S/RES/554]. - 10. Dezember: Friedensnobelpreis an Bischof Tutu.
1985	<ul style="list-style-type: none"> - Erste Gespräche zwischen einer Delegation südafrikanischer Geschäftsleute und dem ANC in Lusaka. - Teilweise Abschaffung der sogenannten "kleinen" Apartheid (u. a. Abschaffung des <i>Mixed Marriages Act</i> von 1949, des <i>Immorality Act</i> von 1927/57 und des <i>Prohibition of Political Interference Act</i> von 1968). - 21. Juli: Verhängung des Ausnahmezustandes in 44 Verwaltungsdistrikten (bis 7.3.1986). - 15. August: Rubikon-Rede (I): Botha lehnt alle Forderungen nach Abschaffung der Apartheid ab. - 1. September: Das Apartheidregime gibt seine Zahlungsunfähigkeit gegenüber internationalen Gläubigern zu. - 2. Dezember: Gründung des Congress of South African Trade Unions (COSATU) (Nachfolgeorganisation der FOSATU). 	<ul style="list-style-type: none"> - 16. Juni: 9. Soweto-Jahrestag: Nationale Boykottwoche der AAB. - Juni: Schweiz-Besuch Beyers Naudé, Generalsekretär Südafrikanischer Kirchenrat (SACC). - 26. Juni: Kurzvisite südafrikanischer Finanzminister Barend du Plessis: U. a. informelle Gespräche mit Vertretern der Grossbanken. - 5. Juli: Schweiz-Besuch Lennox Sebe, Führer Homeland Ciskei. - August: WoZ enthüllt illegale Erdöllieferungen nach Südafrika durch Marc Rich-Firmen. - August: Schweiz-Besuch Hazen Ntsanwisi, Chiefminister Bantustan GaZankulu: U. a. Rede bei der asa. - 9. September: Kurzvisite südafrikanischer Notenbankgouverneur Gerhard De Kock: U. a. informelle Gespräche mit Vertretern der Grossbanken. - 24. September: Einreichung AAB-Petition Südafrika. Auch die Schweiz muss handeln (17'454 Unterschriften). - 5. Oktober: Nationaler Aktionstag "Freiheit für Südafrika" der AAB. - 10. Oktober: Schweiz-Besuch Zulu-Führer Buthelezi: U. a. Treffen mit Staatssekretär Edouard Brunner und Empfang bei der SSAA. - ab 23. Oktober: Beginn der Umschuldungsverhandlungen zwischen Südafrika und internationalen Gläubigern, geführt vom Schweizer Fritz Leutwiler, Ex-Nationalbankpräsident. - 1. - 2. November: 2. Südafrika-Seminar der asa. 	<ul style="list-style-type: none"> - 7. Februar: US-Stadt New York verhängt Südafrikaboykott: Stopp von Geschäften mit Banken und Unternehmen, die Beziehungen zu Südafrika pflegen; die Citibank gewährt daraufhin Südafrika keine Anleihen mehr; PepsiCo verzichtet auf Beteiligungen in Südafrika. - 24. Juli: Frankreich zieht seinen Botschafter aus Südafrika zurück. - 26. Juli: UNO-Sicherheitsrat fordert u. a. die Einstellung von Bankanleihen und neuen Investitionen in Südafrika; Verbot des Verkaufs von Krügergoldmünzen, Computerverkäufe und Unterzeichnung neuer Kontrakte auf dem Gebiet der Nukleartechnologie; sowie Einschränkung jeglicher kultureller und sportlicher Beziehungen [S/RES/569]. - 31. Juli: Chase Manhattan Bank weigert sich, fällige südafrikanische Anleihen umzuschulden. - 4. September: Ausländische Banken verweigern neue Kredite an das Apartheidregime. - 9. September: US-Repräsentantenhaus und US-Senat sprechen sich für Wirtschaftssanktionen aus (u. a. Einstellung von Bankanleihen) und zwingen Reagan-Administration zu einem (limitierten) Südafrikaboykott. - 25. September: Zwölf Staaten der EG einigen sich auf Bündel von Sanktionen: U. a. Erdölembargo, Verbot der Zusammenarbeit im nuklearen Bereich. - 20. Oktober: Commonwealth beschliesst Wirtschaftssanktionen. - 10. Dezember: UNO-Generalversammlung adoptiert die <i>International Convention against Apartheid in Sports</i> [A/RES/40/64 G].

	Südafrika und Apartheid:	Verhältnis Schweiz-Südafrika:	Thema Apartheid international:
1986	<ul style="list-style-type: none"> - Publikation des Kairos-Dokumentes durch den SACC. - Beginn der Geheimgespräche der Botha-Administration mit Mandela. - 7. März: Der partielle Ausnahmezustand wird aufgehoben. - 23. April: Ankündigung zur Abschaffung der Influx Control / Passgesetze von 1937/57 (Umsetzung 1.7.1986). - 1. Mai: Generalstreik in ganz Südafrika. - 12. Juni: Verhängung eines landesweiten Ausnahmezustandes ohne TBVC-Staaten (bis 11.6.1987). 	<ul style="list-style-type: none"> - 13. Februar: Schweiz-Besuch Aussenminister Pik Botha: U. a. Treffen mit Bundesrat Aubert. - 16. Juni: 10. Soweto-Jahrestag: Nationale Boykottwoche der AAB. - 20. Juni: Schweiz-Besuch ANC-Präsident Oliver Tambo: U. a. Treffen mit Bundesrat Aubert. - 20. Juni: Verhaftung des schweizerisch-südafrikanischen Doppelbürgers und Pfarrers Jean-François Bill. - 27. Juni: Publikation der Studie <i>Unsere Verantwortung für Südafrika</i> durch Justitia et Pax. - 19. August: Beginn der Gespräche zwischen kirchlicher Delegation (SEK, Schweizerische Bischofskonferenz, Hilfswerke) und Grossbanken und Bankiervereinigung (u. a. am 30.5.1988). - 5. - 6. September: 3. Südafrika-Seminar der asa. - 8. - 12. September: Nagra-Präsident Rudolf Rometsch nimmt als Hauptreferent an einer Konferenz in Südafrika teil. - 22. September: Bundesrat verurteilt die Apartheid "moralisch" in einer Erklärung betreffend die Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika; bildet eine interdepartementale Arbeitsgruppe zur "statistischen Überwachung" der Kapitalexporte; und leitet ein "Programm der positiven Massnahmen" gegenüber Südafrika ein. - 18. Oktober - 8. November: Studienreise der asa nach Südafrika. - 23. - 31. Oktober: Ausschluss der südafrikanischen Delegation von der 25. IKRK-Konferenz in Genf. - 29. November: Nationaler Aktionstag "Boykott gegen Südafrika – Unterstützung für Nicaragua" der AAB und von Zentralamerika-Solidaritätsgruppen. - ab Dezember: Wöchentliche Bankenpikett-Aktionen der AAB in Zürich, Bern und Basel (Höhepunkt: Aktionstage vom 31.3. - 4.4.1987 anlässlich des 125-Jahr-Jubiläums der SBG). - 12. Dezember: Entführung der beiden Schweizer Daniel Schneider und Corinne Bischof in Swasiland durch südafrikanische Sicherheitskräfte. - 19. Dezember: Erste grosse Nationalratsdebatte zu Südafrika (u. a. Interpellationen Südafrika: Haltung der Schweiz und Südafrika. Massnahmen der Schweiz sowie AAB-Petition Südafrika. Auch die Schweiz muss handeln): Nationalrat lehnt Wirtschaftssanktionen ab. 	<ul style="list-style-type: none"> - Gründung eines Ad hoc Standing Committee of Heads of State and Governments on the Question of Southern Africa durch die OAU. - Februar: Unterzeichnung eines "vorläufigen Arrangements" mit Südafrika (Beendigung des Moratoriums ohne Umschuldung) durch dreissig Gläubigerbanken in London. - 6. März: Barclays Bank in Grossbritannien stoppt ihre Bankanleihen an Südafrika. - 15. Juni: Dänemark verhängt totale Wirtschaftssanktionen. - 16. - 20. Juni: World Conference on Sanctions against Racist South Africa in Paris. - 15. September: EG verhängt Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika: U. a. Verbot von Direktinvestitionen und Importverbot für Krügerrand-Goldmünzen und gewisse Eisen- und Stahlprodukte. - 2. Oktober: US-Kongress beschliesst gegen das Veto von Präsident Reagan Wirtschaftssanktionen: U. a. Verbot von Direktinvestitionen und Krediten, Importverbot von Uran, Eisen, Stahl, Textilien, Kohle, Krügerrand-Goldmünzen und landwirtschaftlichen Produkten, Aufhebung des Landrechts der South African Airways (SAA) und Verbot von Computerverkäufen und Unterzeichnung neuer Kontrakte auf dem Gebiet der Nukleartechnologie [Comprehensive Anti-Apartheid Act]. - 26. November: Barclays Bank verkauft seine südafrikanischen Beteiligungen. - 28. November: UNO-Sicherheitsrat bekräftigt das obligatorische Waffenembargo gegen Südafrika [S/RES/591].

	Südafrika und Apartheid:	Verhältnis Schweiz-Südafrika:	Thema Apartheid international:
1987	<ul style="list-style-type: none"> - Einrichtung einer gemeinsamen Exekutivbehörde für das Bantustan KwaZulu und die Provinz Natal (Indaba). - 6. Mai: Exklusiv weisse Parlamentswahlen (House of Assembly). - 11. Juni: Erneuerung des landesweiten Ausnahmezustandes ohne TBVC-Staaten (bis 10.6.1988). - Juli: Treffen zwischen Vertretern des ANC und der südafrikanischen Wirtschaft in Dakar. - August: Streik der Minenarbeiter. 	<ul style="list-style-type: none"> - Januar: Das niederländische Shipping Research Bureau enthüllt illegale Erdöllieferungen nach Südafrika durch Marc Rich-Firmen. - 18. - 24. Januar: Kulturelle Südafrika-Woche in Zürich. - März: Unterzeichnung des Umschuldungsabkommens mit Südafrika unter Mitwirkung von SBG, SBV und SKA (Laufzeit bis 1990). - 1. April: Eröffnung eines südafrikanischen Finanzkonsulates in Zürich. - 9. April: 125-Jahr-Jubiläum SBG: Stellungnahme VR-Präsident Holzach zur Südafrikapolitik an der Jubiläumsgeneralversammlung. - 19. Mai: Erster Bericht der Inter-departementalen Arbeitsgruppe statistische Überwachung Handelsverkehr. - 16. Juni: 11. Soweto-Jahrestag: Nationale Boykottwoche der AAB. - 19. - 25. Juli: Südafrika-Reise Zürcher Kirchenrat zur Eröffnung einer unterstützten Bibliothek in Ga-Rankuwa im Homeland Bophuthatswana. - August: Schweiz-Besuch Hazen Ntsanwisi, Chiefminister Bantustan GaZankulu: U. a. Treffen mit Staatssekretär Brunner. - 1. - 5. September: Schweiz-Besuch Zulu-Führer Buthelezi: U. a. Treffen mit Bundesrat Aubert (2.9.) und Referat bei der asa (5.9.). - 4. - 5. September: 4. Südafrika-Seminar der asa: Das Referat des angekündigten Staatssekretärs Brunner wird von Botschafter Jenö C. A. Staehelin gehalten. - 8. Oktober: Vortrag südafrikanischer Notenbankgouverneur De Kock bei der SSAA. - 17. Oktober - 7. November: Studienreise der asa nach Südafrika. - Oktober: SEK ruft Bundesrat und Wirtschaft auf, ihre Beziehungen zu Südafrika zu überprüfen. - Oktober: Schweiz-Besuch Frank Chikane, Generalsekretär Südafrikanischer Kirchenrat (SACC). - 7. Dezember: Vortrag südafrikanischer Verteidigungsminister Magnus Malan bei der SSAA. - 12. Dezember: Zürcher Südafrika-Fest "Together not Apart" der AAB. 	<ul style="list-style-type: none"> - Gründung des World Gold Council durch die wichtigsten Goldproduzenten (u. a. Südafrika). - 1. Juli: Schweden verhängt totale Wirtschaftssanktionen (mit Ausnahme pharmazeutischer Produkte).

	Südafrika und Apartheid:	Verhältnis Schweiz-Südafrika:	Thema Apartheid international:
1988	<ul style="list-style-type: none"> - 11. Februar: Südafrikanische Truppen verhindern Putsch gegen Lucas Mangope im Homeland Bophuthatswana. - 24. Februar: Verbot von UDF und anderer Anti-Apartheid-Organisationen. - 10. Juni: Erneuerung des landesweiten Ausnahmezustandes ohne TBVC-Staaten (bis 9.6.1989). - 26. Oktober: An den landesweiten Kommunalwahlen, die für alle Bevölkerungsgruppen ausgeschrieben sind, beteiligen sich nur gut ein Viertel aller Inder, Coloureds und Schwarze. 	<ul style="list-style-type: none"> - 10. März / 15. März: Zweite Grosse Südafrikadebatte im Nationalrat (Parlamentarische Initiative Südafrika-Sanktionen. Umgehungen durch die Schweiz und Interpellation Südafrika-Politik): Nationalrat spricht sich mit 117 zu 61 Stimmen gegen zusätzliche Druckmassnahmen (Courant normal) aus. - 29. März: Ermordung Dulcie September, ANC-Vertreterin für die Schweiz/Frankreich/Luxemburg, in Paris. - April: Beginn der "Aktion Rosenthal": Vermittlungsversuch zwischen der Regierung Botha und dem ANC initiiert durch den südafrikanischen Anwalt Richard Rosenthal unter Mitwirkung der Schweiz. - 7. - 8. Mai: WoZ-Boykottaufruf gegen Teilnahme einer Delegation der südafrikanischen Armee am 29. Berner Zwei-Tage-Marsch. - 10. Juni: Schweiz-Besuch Boesak, Präsident Reformierter Weltbund (RWB): U. a. Treffen mit Bundesrat Felber. - 16. Juni: 12. Soweto-Jahrestag: Nationale Boykottwoche der AAB. - August: Gründung der Compagnie Financière Richemont (CFR) in Zug, als formelle Abspaltung der nicht-südafrikanischen Aktivitäten der Rembrandt-Gruppe (Remgro) unter Mitwirkung der SBG (Aktienemission). - September: Die in Luxemburg registrierte Investitionsgesellschaft Minorco der südafrikanischen Anglo American Corporation und De Beers unterbreiten mit Hilfe des SBV ein Übernahmeangebot an das britische Bergbauunternehmen Consolidated Gold Fields (ConsGold). - 23. - 24. September: 5. Südafrika-Seminar der asa. - 11. - 14. Oktober: Privater Schweiz-Besuch Staatspräsident P. W. Botha und Aussenminister Pik Botha: U. a. Treffen mit Bundesrat Felber (14.10.) und Vertretern von Grossbanken (11.10.). - 15. Oktober - 5. November: Studienreise der asa nach Südafrika. - November: Gespräche zwischen Bundesrat Felber und Vertretern der Grossbanken zum Thema Südafrikageschäfte. - 16. November: Nationale Demonstration zum Auftakt der Bankenboykott-Kampagne "Kein Geld für Apartheid". 	<ul style="list-style-type: none"> - 8. Juni: Gründung der World Gold Commission (WGC) als Gegenorganisation zum von Südafrika dominierten World Gold Council. - 11. Juni: Free Mandela-Konzert im Wembleystadion London anlässlich Mandelas 70. Geburtstag. - 8. August: Angola, Kuba und Südafrika beschliessen einen Waffenstillstand in Angola und Namibia. - 5. Dezember: UNO-Generalversammlung ruft alle Staaten, welche die Apartheid verurteilen aber noch keine Sanktionen verhängt haben, auf, endlich Massnahmen zu ergreifen [A/RES/43/50 D]. - 22. Dezember: Angola, Kuba und Südafrika unterzeichnen zwei Verträge, welche die Unabhängigkeit Namibias und den Rückzug kubanischer Truppen aus Angola vorsieht.

	Südafrika und Apartheid:	Verhältnis Schweiz-Südafrika:	Thema Apartheid international:
1989	<ul style="list-style-type: none"> - 9. Juni: Erneuerung des landesweiten Ausnahmezustandes ohne TBVC-Staaten (bis 8.6.1990). - 14. August: Rücktritt von P. W. Botha. - 6. September: Parlamentswahlen. - 20. September: F. W. De Klerk wird Staatspräsident (bis 1994). - 15. Oktober: Freilassung von Sisulu und anderer zu lebenslang verurteilter politischer Gefangener. - 9. Dezember: Die Conference for a Democratic Future (über 4000 Repräsentanten von über 2000 Anti-Apartheid-Organisationen) adoptiert die Harare-Deklaration. 	<ul style="list-style-type: none"> - Januar: SBG erneuert eine fällige Anleihe Südafrikas in der Höhe von 70 Mio. SFR. - 1. März: Die kanadische Elektrizitätsgesellschaft Ontario Hydro schliesst Schweizer Banken von Europa-Anleihe aus, da diese Südafrikageschäfte tätigen. - 6. März: Ausserordentliche Abgeordnetenversammlung des SEK zum Thema Südafrikaboykott. - 1. - 22. April: Studienreise der asa nach Südafrika. - April: Besuch der Frontstaaten-Delegation (u. a. Hilfswerke, Parlamentarier) im südlichen Afrika. - 6. - 7. Mai: WoZ-Boykottaufruf gegen Teilnahme einer Delegation der südafrikanischen Armee am 30. Berner Zwei-Tage-Marsch. - ab 1. Juni: Dreimonatiger Streik bei der von der Schmidheiny-Gruppe kontrollierten Everite Ltd. - 15. Juni: Swissaid löst sämtliche Konten bei den Grossbanken auf. - 16. Juni: 13. Soweto-Jahrestag: Nationale Boykottwoche der AAB. - 4. September: Bericht des Wirtschafts- und Sozialrat der UNO kritisiert die apartheidstützende Rolle der Schweizer Banken. - 15. - 16. September: 6. Südafrika-Seminar der asa. - 4. Oktober: Auftakt der Internationalen Bankenboykott-Kampagne (Höhepunkt: 13.11. - 19.11.). - 9. November: Kirchliche Delegation suspendiert Gespräche mit Grossbanken und Bankiervereinigung, nach Zustandekommen eines neuen Umschuldungsabkommens. 	<ul style="list-style-type: none"> - 21. August: Die OAU verabschiedet die Harare-Deklaration: U. a. Forderung zur Schaffung eines nicht-rassistischen Südafrikas mit Grundrechte-Charta, Landreform etc. - 19. Oktober: Verkündung eines neuen Umschuldungsabkommens zwischen Südafrika und 330 Gläubigerbanken. - 22. November: UNO-Generalversammlung wiederholt Sanktionsaufruf an Staaten, welche die Apartheid zwar verurteilen aber noch keine umfassenden Massnahmen ergriffen haben [A/RES/44/27 C und A/RES/44/27 D].
1990	<ul style="list-style-type: none"> - Umbenennung der Inkatha in Inkatha Freedom Party (IFP). - 2. Februar: Rubikon-Rede (II): De Klerk verkündet, dass ANC und PAC wieder zugelassen, politische Gefangene freigelassen und der Ausnahmezustand weitgehend aufgehoben werde. - 11. Februar: Mandela wird nach 27jähriger Haft aus dem Gefängnis entlassen. - 26. März: Sebokeng-Massaker: Die südafrikanische Polizei eröffnet ohne Warnung das Feuer auf 50'000 Demonstranten (17 Tote). - 8. Juni: Beendigung des Ausnahmezustandes in Südafrika (mit Ausnahme in KwaZulu/Natal (bis 18.10.)). - 17. Juni: Aufhebung <i>Reservation of Seperate Amenities Act</i> von 1953. - Juli: Ausweitung der Kämpfe zwischen IFP und ANC-Unterstützern in KwaZulu/Natal. - 6. August: Der ANC erklärt den bewaffneten Kampf gegen das Apartheidregime für beendet. 	<ul style="list-style-type: none"> - 23. März: Gründung der De Beers Centenary AG in Luzern, zur Abwicklung sämtlicher Auslandsgeschäfte des südafrikanischen Diamantenkonzerns De Beer. - 22. - 23. Mai: Schweiz-Besuch Staatspräsident De Klerk: U. a. Treffen mit Bundespräsident Koller und Bundesräten Felber, Delamuraz und Ogi (22.5.). - 8. - 9. Juni: Schweiz-Besuch Mandela: U. a. Treffen mit Bundesrat Felber und Aufruf zum Ergreifen von Sanktionen. - 21. - 22. September: 7. Südafrika-Seminar, organisiert von der Protea Publikationen AG. - 20. Oktober - 11. November: Studienreise der asa nach Südafrika. - 8. November: Schweiz-Besuch Zulu-Führer Buthelezi. 	<ul style="list-style-type: none"> - 20. März: Unabhängigkeit Namibias. - 27. Juni: USA-Besuch Mandela: Aufruf zur Aufrechterhaltung von Sanktionen. - 15. Dezember: EG hebt das Investitionsverbot gegen Südafrika auf.

	Südafrika und Apartheid:	Verhältnis Schweiz-Südafrika:	Thema Apartheid international:
1991	<ul style="list-style-type: none"> - 5. - 21. Juni: Aufhebung <i>Group Areas Act</i> von 1950/66 und <i>Land Act</i> von 1936 (Festlegung schwarzer Reservate), Abschaffung <i>Population Registration Act</i> von 1950/67 und Lockerung <i>Internal Security Act</i> von 1982. - 5. Juli: Mandela wird Präsident des ANC. - 19. Juli: Inkathagata-Skandal: Die südafrikanische Zeitung <i>Weekly Mail</i> enthüllt die jahrelange Unterstützung von Buthelezi Zulu-Bewegung Inkatha gegen den Erzfeind UDF durch das Apartheidregime. - 14. September: Friedensabkommen zwischen National Party und ANC sowie anderen Anti-Apartheid-Organisationen. - 20. Dezember: Beginn der Mehrparteiengespräche (CODESA) über das Ende der Apartheid. 	<ul style="list-style-type: none"> - 11. Juli: Der "Plafond" auf bewilligungspflichtige Kapitalexporte nach Südafrika von 1974 wird aufgehoben. - 14. September - 12. Oktober: Studienreise der asa nach Südafrika. 	<ul style="list-style-type: none"> - 9. Juli: IOK nimmt Südafrika wieder als vollwertiges Mitglied auf. - 10. Juli: USA hebt Wirtschafts-sanktionen auf; 27 US-Staaten und 89 US-Städte behalten auf Vorschlag des ANC den Südafrikaboykott aufrecht. - 18. Oktober: Commonwealth beschliesst schrittweise Aufhebung der Sanktionen gegen Südafrika.
1992	<ul style="list-style-type: none"> - 17. März: Exklusiv weisses Referendum über die Fortsetzung des Friedensprozesses. - 17. Juni: Boipatong-Massaker: IFP-Sympathisanten und Zulu-Wanderarbeiter marodieren in Boipatong (45 Tote). 	<ul style="list-style-type: none"> - 10. - 16. Februar: Südafrika-Besuch Staatssekretär Klaus Jakobi: U. a. Diskussion eines Investitionsschutzabkommens zwischen der Schweiz und Südafrika. - 22. März - 3. April: Südafrika-Reise Schweizer Parlamentarier. - 14. April: Letzter Bericht der Interdepartementalen Arbeitsgruppe statistische Überwachung Handelsverkehr. - 29. September: Sanktionskomitee des UNO-Sicherheitsrates ruft die Schweizer Behörden auf, den Verkauf von 60 Pilatus PC-7-Flugzeugen an Südafrika zu verbieten (Verstoss gegen UNO-Waffenembargo). 	<ul style="list-style-type: none"> - 27. Januar: EG hebt das Importverbot für Krügerrand-Goldmünzen, Eisenerz und Stahl auf. - 6. April: EG hebt Erdölembargo und Sanktionen im Bereich sportlicher und kultureller Kontakte auf (Waffenembargo bleibt bestehen).
1993	<ul style="list-style-type: none"> - Februar: National Party und ANC einigen sich darauf, nach den Wahlen eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden. - 10. April: Ermordung des Kommunisten-Führers Chris Hani durch einen weissen Extremisten. - 3. Juni: Die CODESA-Teilnehmer einigen sich auf ein Wahldatum (27.4.1994). - 25. Juni: AWB-Truppen versuchen den Tagungsort der CODESA in Johannesburg zu stürmen. - 14. Oktober: Gründung der rechtsnationalen Freedom Alliance zwischen AWB, CP, IFP und Homelandführern. - 18. November: Die Verfassungskonferenz einigt sich auf eine neue Verfassung mit einer Grundrechte-Charta. 	<ul style="list-style-type: none"> - 3. Februar: Bundesrat stellt fest, dass die Lieferung von Pilatus PC-7-Flugzeugen das Kriegsmaterialgesetz nicht verletzt. - 4. März: Wiederholte Verurteilung der Lieferung von Pilatus PC-7-Flugzeugen durch UNO. - 24. Mai: Schweiz-Besuch Thabo Mbeki. - 15. Oktober: Publikation des GPDel-Berichts zum Pilotenaustausch mit Südafrika. - 8. - 31. Oktober: Studienreise der asa nach Südafrika. - 7. - 11. November: Offizieller Arbeitsbesuch Staatssekretär Kellenberger in Südafrika: U. a. Zusage zur Unterstützung der ersten demokratischen Wahlen mit 500'000 SFR. - 29. November: Neutralitätsbericht Bundesrat: Abkehr von integraler Neutralität und zukünftige Beteiligung Schweiz an UNO-Sanktionen. - 8. Dezember: Schweiz-Besuch Aussenminister Pik Botha: U. a. Treffen mit Bundesrat Cotti. 	<ul style="list-style-type: none"> - 24. September: Mandela fordert die UNO auf, die Wirtschaftssanktionen aufzuheben (Norwegen und Schweden beenden den Südafrikaboykott). - 8. Oktober: UNO-Generalversammlung hebt Wirtschafts-sanktionen gegen Südafrika auf (Waffen- und Erdölembargo bleiben noch bestehen) [A/RES/48/1]. - 10. Dezember: Verleihung des Friedensnobelpreis an Mandela und De Klerk.

	Südafrika und Apartheid:	Verhältnis Schweiz-Südafrika:	Thema Apartheid international:
1994	<ul style="list-style-type: none"> - 16. Januar: Der PAC erklärt den bewaffneten Kampf gegen das Apartheidregime für beendet. - 7. März: Gründung der separatistischen Vryheidsfront. - 11. März: Der Versuch von AWB-Truppen, Mangope mit Waffengewalt an der Macht zu halten, wird vom Militär Bophuthatswanas niedergeschlagen. - 26. - 29. April: Erste demokratische Wahlen: ANC gewinnt mit 62.6% der abgegebenen Stimmen. - 10. Mai: Vereidigung Mandelas zum Staatspräsidenten (bis 1999). 	<ul style="list-style-type: none"> - 18. April: Schweiz entsendet 80 Wahlbeobachter nach Südafrika. - 11. - 14. September: Südafrika-Besuch Bundesrat Cotti: U. a. Treffen mit Mandela und Zusage zur Unterstützung des südafrikanischen Wiederaufbau- und Entwicklungsprogrammes (RDP) mit 80 Mio. SFR. - 21. Dezember: Schweiz hebt das Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial nach Südafrika von 1963 auf. 	<ul style="list-style-type: none"> - 23. Mai: Südafrika wird in die OAU aufgenommen. - 25. Mai: UNO-Sicherheitsrat hebt das Waffenembargo auf [S/RES/919]. - 1. Juni: Südafrika erneuert Mitgliedschaft im Commonwealth. - 27. Juni: UNO-Sicherheitsrat streicht das Thema Apartheid von seiner Agenda [S/RES/930].
1995		<ul style="list-style-type: none"> - Unterzeichnung Investitionsschutzabkommen und Abkommen über die "Prävention und Lösung von Konflikten und die Förderung der Demokratie am Arbeitsplatz in Südafrika" durch Schweiz. - 1. - 22. April: Studienreise der asa nach Südafrika. - 7. September: Schweiz-Besuch Bischof Tutu: U. a. Treffen mit Bundesrat Cotti. 	
1996	<ul style="list-style-type: none"> - 15. April: Beginn der Anhörungen der Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) über die Verbrechen unter der Apartheid. - 8. Mai: Verabschiedung der neuen südafrikanischen Verfassung. 	<ul style="list-style-type: none"> - 26. April: Südafrika-Besuch Bundesrat Delamuraz: U. a. Treffen mit Mandela. - 27. Mai: Gründung einer neuen Handelskammer, der Chamber of Commerce and Industries Southern Africa – Switzerland. - 1. - 17. Oktober: Studienreise der asa nach Südafrika. 	<ul style="list-style-type: none"> - April: Gründung der Entschuldungskampagne Jubilee 2000 in Grossbritannien.
1997		<ul style="list-style-type: none"> - 25. Februar: Unterzeichnung Hilfeabkommen zur Unterstützung von Apartheidopfern in der Höhe von 500'000 SFR durch Schweiz. - 20. März: Einfache Anfrage Schweiz soll Beziehungen zu Südafrika aufklären im Nationalrat eingereicht. - 2. - 5. September: Schweiz-Besuch Staatspräsident Mandela: U. a. Treffen mit Bundespräsident Koller und Bundesräte Cotti, Delamuraz und Ogi sowie Vortrag bei der SSAA (2.9.). - 21. September: SonntagsZeitung (SoZ) enthüllt Verstrickung des Schweizer Nachrichtendienstchef Peter Regli mit Wouter Basson, Leiter des südafrikanischen B- und C-Waffenprogrammes zur Apartheidzeit ("Project Coast"). 	
1998	<ul style="list-style-type: none"> - 29. Oktober: Publikation des Rechenschaftsberichtes der TRC. - November: Etablierung der Jubilee 2000 in Südafrika um Bischof Njongonkulu Ndungane. 	<ul style="list-style-type: none"> - 21. März: Fünfundzwanzigjähriges Jubiläum des CFS. - 22. März - 14. April: Studienreise der asa nach Südafrika. - 2. - 6. August: Südafrika-Besuch Bundesrat Cotti: U. a. Treffen mit Mandela und Unterzeichnung Absichtserklärung zum Ausbau der bilateralen Beziehungen. 	

	Südafrika und Apartheid:	Verhältnis Schweiz-Südafrika:	Thema Apartheid international:
1999	<ul style="list-style-type: none"> - 26. März: Beginn des Prozesses gegen Basson, Leiter des B- und C-Waffenprogrammes zur Apartheidzeit ("Project Coast"). - 2. Juni: Zweite demokratische Wahlen. - 14. Juni: Mbeki löst Mandela als Staatspräsident ab. 	<ul style="list-style-type: none"> - 10. Februar: Publikation der Studie <i>Apartheidschulden – Der Anteil Deutschlands und der Schweiz</i> durch NGOs. - 3. März: Nationalratsdebatte zur Parlamentarischen Initiative <i>Aufarbeitung der Beziehungen der Schweiz zu Südafrika während den Jahren 1948-1994.</i> - 5. März: Verhaftung des in Südafrika die Geheimdienstverflechtungen recherchierenden Journalisten Jean-Philippe Ceppi. - 17. März - 14. April: Letzte Studienreise der asa nach Südafrika. - 1. Oktober: Publikation des <i>Südafrikaberichts der Interdepartementalen Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika.</i> - 12. Oktober: Südafrika-Besuch Bundesrat Deiss: U. a. Treffen mit Staatspräsident Mbeki und Unterzeichnung einer Vereinbarung über die Entwicklungszusammenarbeit 2000 bis 2004. - 1. Dezember: Publikation des <i>GPDel-Berichts Beziehungen zu Südafrika: Rolle des Nachrichtendienstes.</i> 	
2000		<ul style="list-style-type: none"> - 4. Mai: Bundesrat bewilligt 2 Mio. SFR zur wissenschaftlichen Aufarbeitungen der Schweizer Beziehungen zum Apartheidregime im Rahmen des Nationalfonds (NFP42+ Schweiz-Südafrika). - 9. Mai: <i>Schweiz-Besuch Bischof Ndungane: U. a. Treffen mit Bundesrat Deiss zur Frage der Apartheidopferentschädigung.</i> 	
2001		<ul style="list-style-type: none"> - 28. Juli: Basson beschuldigt Divisionär Regli, an einem <i>Mandrax-Deal</i> und <i>Nuklear-Deal</i> beteiligt gewesen zu sein. - 17. August: Departement Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) kündigt Untersuchung zur "Affäre Regli" an. - 3. Oktober: SEK und Schweizerische Bischofskonferenz fordern umfassende Aufarbeitung. - 4. Oktober: Einreichung Parlamentarische Initiative <i>Services de renseignement et apartheid. Création de commissions d'enquête parlementaires.</i> - 27. Oktober: TA Magazin enthüllt "Geheimabkommen" zwischen Nachrichtendiensten Südafrikas und der Schweiz von 1986. - November: "Holocaust-Anwalt" Ed Fagan kündigt im Namen von Apartheidopfern eine <i>Sammelklage</i> gegen Grossbanken an. - 12. November: GPDel kündigt "Nachuntersuchungen" zu den Geheimdienstverflechtungen an. - 29. November: Einreichung Parlamentarische Initiative <i>Schweiz/Südafrika. Aufarbeitung der Beziehungen während den Jahren 1948-1994.</i> 	<ul style="list-style-type: none"> - 31. August - 7. September: Dritte UNO-Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban: U. a. Diskussion Reparationszahlungen für Sklaverei und Entschädigungen von Rassismusopfern.

	Südafrika und Apartheid:	Verhältnis Schweiz-Südafrika:	Thema Apartheid international:
2002	<ul style="list-style-type: none"> - 12. April: Freispruch im Prozess gegen Basson in Pretoria. - August: Publikation des definitiven Schlussberichtes der TRC wird verschoben, da Buthelezi und die IFP gegen gewisse Passagen bzw. Einschätzungen der Kommission prozessieren. 	<ul style="list-style-type: none"> - 19. März: Nationalrat entscheidet sich gegen die Einsetzung einer PUK zur Untersuchung der Geheimdienstbeziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika zur Apartheidzeit. - März: Bundesanwaltschaft ermittelt in Südafrika wegen Verdacht auf verbotene Nachrichtendienste und unerlaubte Lieferungen an das Apartheidregime in den achtziger Jahren. - 16. Juni: Fagan reicht im Namen der Apartheid Claim Taskforce (ACT) am Soweto-Jahrestag eine Sammelklage von Apartheidopfern gegen UBS, Credit Suisse und die amerikanische Citigroup in der Höhe von 80 Mia. \$ ein. - August: Michael Hausfeld kündigt eine mögliche Sammelklage im Namen der Jubilee 2000 und der südafrikanischen Opfergruppe Khulumani gegen Schweizer Grossbanken und Firmen für ihre apartheidstützende Rolle an. - 10. September: UNO-Beitritt der Schweiz. - Oktober: Fagan erweitert seine Sammelklage um Deutsche Grossbanken, IBM, Novartis, Roche, Sulzer und Nestlé. - 11. Oktober: Pressekonferenz zum Zwischenstand der wissenschaftlichen Aufarbeitungen der Schweizer Beziehungen zum Apartheidregime im Rahmen des Nationalfonds (NFP42+ Schweiz-Südafrika). - 11. November: Hausfeld reicht eine Sammelklage von Apartheidopfern gegen UBS, Credit Suisse und gut zwanzig andere amerikanische und europäische Banken und Unternehmen ein. - 13. November: Fagan erweitert seine Sammelklage um Ems-Chemie, Unaxis (ex Oerlikon-Bührle) und Holcim (ex Holderbank). - 28. November: Einreichung Parlamentarische Initiative <i>Beziehungen der schweizerischen Nachrichtendienste zum südafrikanischen Geheimdienst. Einsetzen einer PUK.</i> - 20. Dezember: Publikation des Berichts zur Administrativuntersuchung des VBS in der "Affäre Regli". 	<ul style="list-style-type: none"> - 26. August - 4. September: UNO-Weltkonferenz über nachhaltige Entwicklung in Johannesburg: U. a. Demonstrationen der Jubilee 2000. - 16. Dezember: Koordinationsgremium der US-Bundesgerichte entscheidet sich für Zusammenlegung aller Sammelklagen Fagans in New York.

	Südafrika und Apartheid:	Verhältnis Schweiz-Südafrika:	Thema Apartheid international:
2003	<ul style="list-style-type: none"> - 21. März: Veröffentlichung des definitiven Schlussberichtes der TRC: Forderung nach einer Wohlstandssteuer und Entschädigung durch internationale Apartheidprofiteure. - 5. April: Fagan kündigt im Namen von Apartheidopfern eine Sammelklage gegen Anglo American Corporation und De Beers an. - 15. April: Mbeki spricht sich in der Parlamentsdebatte über den Schlussbericht der TRC für eine südafrikanische Lösung in der Frage der Apartheidopferentschädigung und gegen eine Wohlstandssteuer und Sammelklagen à la Fagan und Hausfeld aus. - 22. April: Fagan kündigt im Namen von Apartheidopfern eine Sammelklage gegen Gold Fields an. - 11. Juli: Regierung fordert in einem Brief den zuständigen Richter in New York auf, die Sammelklagen abzuweisen, da ausländische Investoren abgeschreckt und der Versöhnungsprozess in Südafrika behindert würden. 	<ul style="list-style-type: none"> - 4. Februar: Ankündigung einer Sammelklage von südafrikanischen Asbestopfern gegen Everite Ltd. bzw. Schmidheiny-Gruppe (Anova-Holding). - 19. März: Schweiz-Besuch Bischof Wilfrid Napier: U. a. Treffen mit Bundesrätin Micheline Calmy-Rey zur Frage der Apartheidopferentschädigung. - 15. April: Bundesrat spricht sich vor dem Hintergrund der Sammelklagen gegen eine Öffnung von privaten Archiven im Rahmen des Nationalfonds (NFP42+ Schweiz-Südafrika) aus. - 11. Juni: Schweiz-Besuch Staatspräsident Mbeki: U. a. Treffen mit Bundesräte Calmy-Rey und Deiss (Mbeki spricht sich gegen Sammelklagen à la Fagan und Hausfeld aus). - 20. Juni: Parlamentarische Initiative Schweiz/Südafrika. Aufarbeitung der Beziehungen während den Jahren 1948-1994 im Nationalrat abgelehnt. - 30. Juni: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte (SGS) fordert in einem Brief an den Bundesrat die Öffnung von privaten Archiven. - Juli: GPDel kritisiert versuchte Einflussnahme des Bundesrates auf den Bericht zu den "Nachuntersuchungen" zu den Geheimdienstverflechtungen. - 27. August: Publikation des GPDel-Berichts zu den "Nachuntersuchungen" zu den Geheimdienstverflechtungen. 	<ul style="list-style-type: none"> - Januar: Rücktritt des für die Sammelklagen Fagans zuständigen Richters in New York wegen Befangenheit. - 19. Mai: Erstes Hearing zu den gebündelten Sammelklagen Fagans in New York. - 13. Juni: Koordinationsgremium der US-Bundesgerichte entscheidet sich für Zusammenlegung der Sammelklagen Fagans mit denjenigen von Hausfeld in New York. - 6. November: Beginn des Sammelklagen-Prozesses in New York. - 7. November: ACT entzieht Fagan das Mandat zur Erstreitung von Entschädigungszahlungen.
2004	<ul style="list-style-type: none"> - 1. Februar: Bischof Tutu spricht sich gegen den Willen der Regierung für die Unterstützung der Sammelklagen von Apartheidopfern in den USA aus. 	<ul style="list-style-type: none"> - 17. Juni: Parlamentarische Initiative Beziehungen der schweizerischen Nachrichtendienste zum südafrikanischen Geheimdienst. Einsetzen einer PUK im Nationalrat abgelehnt. - 27. September: Schweiz-Besuch Staatspräsident Mbeki: Mbeki spricht sich wiederum gegen Sammelklagen à la Fagan und Hausfeld aus; wie auch gegen Nachforschungen einer Schweizer Parlamentsdelegation, die die Geheimdienstkontakte zur Apartheidzeit klären will. 	<ul style="list-style-type: none"> - 1. Dezember: Das südliche US-Bundesbezirksgericht in Manhattan / New York erklärte sich für nicht zuständig für die Klage gegen 35 Unternehmen (u.a. CS Group und UBS) wegen seinerzeitiger Unterstützung des Apartheidsystems in Südafrika. - 2. Dezember: Jubilee 2000 und AFP teilen mit, dass eine der Klagen von Apartheidopfern gegen internationale Konzerne in den USA, die <i>Khulumani-Klage</i>, weitergezogen werden soll.

VII.4 Parlamentarische Vorstösse zu den schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen 1960-2002¹³⁴⁷

Parlamentarische Vorstösse 1960-1975:

Einreichdatum:	Verhandlungsgegenstand: [Geschäftsnummer] Vorstoss Nationalrat (NR), Ständerat (SR) / Initiator / Fraktion ¹³⁴⁸ / Kanton / Anzahl Mitunterzeichner: ¹³⁴⁹	Antwort Bundesrat (BR) und Ratsbeschlüsse: ¹³⁵⁰ Wortmeldungen:
03.12.63	<i>Schweizerische Waffenlieferungen nach Südafrika</i> Kleine Anfrage NR / Werner Schmid / U / ZH / –	06.12.63 (BR)
04.12.63	<i>Livraisons d'armes suisse à l'Afrique du Sud</i> Dringliche Kleine Anfrage NR / Georges Borel / S / GE / –	
	<i>Livraisons d'armes suisse à l'Afrique du Sud</i> Dringliche Kleine Anfrage NR / André Muret / T / VD / – "Die Waffenlieferungen einer Oerlikoner Firma nach Südafrika haben in der Weltöffentlichkeit mit Recht unliebsames Aufsehen erregt. Die Mitteilung des Bundesrates, dass die Bewilligung zur Ausfuhr und die tatsächliche Lieferung zeitlich sehr weit auseinandergelegen hätten, kann nicht befriedigen, da die politischen Spannungen in Südafrika ja nicht erst von heute datieren (...)." [Kleine Anfrage Schmid]. "Die Tatsache, dass der Bundesrat einer schweizerischen Waffenfabrik die Bewilligung zur Lieferung von Waffen an die Südafrikanische Union erteilt hat, hat in der ganzen Welt eine Welle der Missbilligung ausgelöst. Dieser Beschluss, der entgegen den bisherigen Grundsätzen über den Waffenexport gefasst wurde, hat das Ansehen unseres Landes in hohem Masse beeinträchtigt (...)." [Dringliche Kleine Anfrage Borel]. "Die Tatsache, dass der Bundesrat einer schweizerischen Waffenfabrik die Bewilligung für Waffenlieferungen an die Südafrikanische Union – Land der Apartheid und des schlimmsten Rassenfanatismus – erteilt hat, hat in der öffentlichen Meinung unseres Landes ein wachsendes Unbehagen ausgelöst. An einer grossen öffentlichen Versammlung in Lausanne wurde der Widerruf dieser Bewilligung verlangt. Verschiedene Organisationen haben dasselbe Begehren gestellt. Ähnliche Reaktionen waren in den Ländern der «dritten Welt» festzustellen, und vor der schweizerischen Botschaft in London fand eine Protestkundgebung statt (...)." [Dringliche Kleine Anfrage Muret].	

¹³⁴⁷ Grau hinterlegt sind diejenigen parlamentarischen Vorstösse, in denen ausschliesslich die schweizerischen Beziehungen zum südafrikanischen Apartheidregime im Zentrum stehen. Die für die Resonanzanalyse berücksichtigten Vorstösse sind fett hervorgehoben. Für eine komplette Auflistung aller parlamentarischer Aktivitäten zum Verhältnis Schweiz-Südafrika vgl. Schweizerisches Bundesarchiv, *Schweiz – Südafrika 1948-1994. Archivbestände und parlamentarische Vorstösse*, Bern 2000, S. 27ff; sowie Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), *Schweiz – Südafrika. Zusammenstellung der parlamentarischen Vorstösse (1948-2000)*, Bern 2000, S. 23ff.

¹³⁴⁸ Abkürzungen: A = Fraktion der Autopartei (seit 1994 Fraktion der Freiheits-Partei); C = Christlichdemokratische Fraktion; D = Fraktion der Schweizer Demokraten und der Lega die Ticinesi; G = Grüne Fraktion; L = Liberale und evangelische Fraktion (seit 1979 Liberale Fraktion); N = Fraktion der Nationalen Aktion/Vigilants; P = Republikanische und nationale Fraktion (seit 1974 Freirepublikanische und nationale Fraktion); R = Radikaldemokratische Fraktion (seit 1975 Freisinnigdemokratische Fraktion); S = Sozialdemokratische Fraktion; T = Fraktion der Partei der Arbeit (1975-1979 Fraktion der Partei der Arbeit und der autonomen sozialistischen Partei; seit 1980 PdA/PSA/POCH-Fraktion); U = Fraktion des Landesring der Unabhängigen (seit 1980 Unabhängige und evangelische Fraktion / LdU/EVP-Fraktion); V = Fraktion der Schweizerischen Volkspartei; sowie – = ohne Fraktionszugehörigkeit.

¹³⁴⁹ Abkürzungen: – = nicht eruierbar.

¹³⁵⁰ Die Vorstösse in der Auflistung sind hierarchisiert nach dem Datum der letzten parlamentarischen Behandlung (beispielsweise Antwort Bundesrat und/oder Ratsbeschluss) und nicht nach dem Einreichdatum.

Einreich- datum:	Verhandlungsgegenstand: [Geschäftsnummer] Vorstoss Nationalrat (NR), Ständerat (SR) / Initiator / Fraktion / Kanton / Anzahl Mitunterzeichner:	Antwort Bundesrat (BR) und Ratsbeschlüsse: Wortmeldungen:
18.02.64	<i>Publication des autorisations d'exportations d'armes</i> Anfrage NR / Raymond Bertholet / S / GE / –	03.04.64 (BR)
04.03.65	<i>Handhabung des Waffenausfuhrverbotes</i> Dringliche Kleine Anfrage NR / Karl Dellberg / S / VS / –	09.04.65 (BR)
13.10.65	<i>Ausschluss der Republik Südafrika vom Weltnachrichtenkongress in Montreux</i> Kleine Anfrage NR / Remigius Bärlocher / C / SG / –	21.12.65 (BR)
14.12.65	<i>Stellungnahme des Bundesrates betreffend Sanktionsmassnahmen gegen Rhodesien</i> Kleine Anfrage NR / Walter König / U / ZH / –	01.02.66 (BR)
20.12.66	<i>Neutralitätsfeindliche Propagandatätigkeit</i> Kleine Anfrage NR / Walter Raissig / R / ZH / –	17.02.67 (BR)
	<i>Sanctions contre la Rhodésie</i> Kleine Anfrage NR / Jean Vincent / T / GE / –	03.03.67 (BR)
	<i>Wirtschaftliche Beziehungen zu Rhodesien</i> Kleine Anfrage NR / Paul Eisenring / C / ZH / –	
02.03.67	<i>Cas den non-application des sanctions contre la Rhodésie</i> Kleine Anfrage NR / Jean Vincent / T / GE / –	11.04.67 (BR)
23.09.68	<i>Commerce avec la Rhodésie</i> Kleine Anfrage NR / Jean Ziegler / S / GE / –	16.12.68 (BR)
19.12.68	<i>Exportations d'armes</i> [10098] Interpellation NR / Jean Riesen / S / FR / 30	19.12.68 (Motion Renschler und Postulat Muret überwiesen) Franzoni (C) Muret (T) Renschler (S) Riesen (S) Spühler (Bundespräsident)
	<i>Waffenausfuhr</i> [10102] Motion NR / Walter Renschler / S / ZH / 22	
	<i>Exportations d'armes</i> [178] Dringliche Kleine Anfrage NR / Jean Ziegler / S / GE / 0	
	<i>Waffenausfuhr</i> [193] Dringliche Kleine Anfrage NR / Alfred Rasser / U / AG / 0	
	<i>Transit de matériel de l'OTAN par le Gothard</i> [151] Kleine Anfrage NR / André Muret / T / VD / 0	
	<i>Bührle-Affäre</i> [10134] Interpellation NR / Enrico Franzoni / C / TI / 13	
	<i>Bührle-Affäre</i> [205] Dringliche Kleine Anfrage NR / Otto Schütz / S / ZH / 0	
	<i>Nationalisation de l'industrie des armements</i> [10113] Postulat NR / André Muret / T / VD / 4	
06.03.69	<i>Affaire Bührle</i> Dringliche Kleine Anfrage NR / Gilbert Baechtold / S / VD / –	26.03.69 (BR)
04.06.69	<i>Exportations illicites vers la Rhodésie</i> Dringliche Kleine Anfrage NR / Jean Ziegler / S / GE / –	02.07.69 (BR)
19.06.69	<i>Goldimporte aus Südafrika</i> Kleine Anfrage NR / Didier Wyler / S / TI / –	03.09.69 (BR)
10.12.69	<i>Consul de Suisse en Rhodésie</i> Dringliche Kleine Anfrage NR / Jean Ziegler / S / GE / –	23.12.69 (BR)
12.03.70	<i>Schweizer Konsulat in Rhodesien</i> Dringliche Kleine Anfrage NR / Otto Fischer / R / BE / –	23.03.70 (BR)
17.03.70	<i>Interessenwahrung in Rhodesien</i> Kleine Anfrage NR / Paul Eisenring / C / ZH / –	06.05.70 (BR)
	<i>Konsulat in Rhodesien</i> Kleine Anfrage NR / Walter Raissig / R / ZH / –	
28.06.68	<i>Relations de la Suisse avec la République d'Afrique du Sud</i> [10022] Postulat NR / Jean Ziegler / S / GE / 0	02.06.70 (Vorstoss im NR abgelehnt)
08.06.70	<i>Visite en provenance de l'Afrique du Sud</i> Dringliche Kleine Anfrage NR / Roger Dafflon / T / GE / –	22.06.70 (BR)
01.06.70	<i>Exportation d'armes en fraude avec la législation fédérale</i> Kleine Anfrage NR / Gilbert Baechtold / S / VD / –	02.09.70 (BR)
10.06.70	<i>Barrage de Cabora Bassa – Participation suisse</i> Kleine Anfrage NR / Jean Ziegler / S / GE / –	09.09.70 (BR)

Einreich- datum:	Verhandlungsgegenstand: [Geschäftsnummer] Vorstoss Nationalrat (NR), Ständerat (SR) / Initiator / Fraktion / Kanton / Anzahl Mitunterzeichner:	Antwort Bundesrat (BR) und Ratsbeschlüsse: Wortmeldungen:
02.12.70	<i>Procès Bührle</i> Kleine Anfrage NR / André Muret / U / VD / –	25.01.71 (BR)
18.12.70	<i>Passage d'un colonel au service de ventes de Bührle</i> Kleine Anfrage NR / André Chavanne / S / GE / –	03.02.71 (BR)
02.12.68	<i>Generelles Waffenausfuhrverbot</i> [10096] Motion NR / Werner Schmid / U / ZH / 13	01.03.71 (Vorstösse im NR abgeschrieben, weil seit mehr als zwei Jahren hängig)
20.12.68	<i>Illegale Waffenausfuhr</i> [10154] Postulat NR / Albin Breitenmoser / C / BS / 11	
30.11.70	<i>Bührle-Prozess</i> [10739] Interpellation NR / Walter Allgöwer / U / BS / 14	22.09.71 (BR) Allgöwer (U) Gnägi (Bundespräsident)
28.02.72	<i>Bührle-Prozess, Strafvollzug</i> Kleine Anfrage NR / Heinrich Staehelin / U / AG / –	12.06.72 (BR)
05.10.72	<i>Waffenexport in Entwicklungsländer</i> [11432] Interpellation NR / Edgar Oehler / C / SG / 17	14.03.73 (Schriftliche Stellungnahme BR; Interpellant abwesend)
12.03.73	<i>Weltkirchenrat und Befreiungsbewegungen</i> [334] Kleine Anfrage NR / James Schwarzenbach / P / ZH / 0	30.05.73 (BR)
12.06.73	<i>Schweizer Firmen in Südafrika</i> [398] Kleine Anfrage NR / Albin Breitenmoser / C / BS / 0	05.09.73 (BR)
25.06.73	<i>Schweizerische Investitionen in Südafrika</i> [424] Kleine Anfrage NR / Hanna Sahlfeld / S / SG / 0 "Die Behauptung eines Genfer Kircheninstituts, wonach auch Schweizer Firmen in der Republik Südafrika menschenunwürdige Löhne zahlten, und damit der Rassendiskriminierung Vorschub leisteten, hat nicht nur in der Schweiz, sondern bei der ansehnlichen Schweizer Kolonie in der RSA Aufsehen erregt. An einer sachlichen Abklärung liegt für alle Teile viel." [398]. "Das Ende 1972 in Genf vom «Centre Europe – Tiers Monde herausgegebene Buch «Suisse – Afrique du Sud» befasst sich mit den Niederlassungen von 42 Schweizer Firmen in Südafrika. Insbesondere werden die dort herrschenden Arbeitsverhältnisse sowie die Lohn- und Wohnungssituationen für schwarze und weisse Arbeiter untersucht. Aus dieser Untersuchung geht hervor, dass die Löhne von weissen und schwarzen Arbeitern im Verhältnis von 4-5 zu 1 stehen und dass die Löhne der schwarzen Arbeiter durchschnittlich 50-64 Prozent unter dem offiziellen Existenzminimum liegen." [424].	
05.03.73	<i>Sanktionen gegenüber Rhodesien</i> [11578] Interpellation NR / James Schwarzenbach / P / ZH / 10	18.09.73 (BR; Interpellant unzufrieden) Graber (BR) Schwarzenbach (P)
21.06.73	<i>Alusuisse</i> [421] Kleine Anfrage NR / Jean Ziegler / S / GE / 0	17.10.73 (BR)
20.03.74	<i>Conseil oecuménique des Eglises</i> [640] Kleine Anfrage NR / Jean Ziegler / S / GE / 0	29.05.74 (BR)
18.03.74	<i>Boycott gegenüber Rhodesien</i> [626] Kleine Anfrage NR / Paul Eisenring / C / ZH / 0	10.06.74 (BR)
10.06.74	<i>Rhodesien-Embargo</i> [12012] Interpellation NR / Ezio Canonica / S / ZH / 12	03.03.75 (Schriftliche Antwort BR) Canonica (S)
30.01.75	<i>Aide au Mozambique et à l'Angola</i> [75.622] Kleine Anfrage NR / Gilbert Baechtold / S / VD / 0	17.03.75 (BR)

Parlamentarische Vorstösse 1976-1984:

Einreich- datum:	Verhandlungsgegenstand: [Geschäftsnummer] Vorstoss Nationalrat (NR), Ständerat (SR) / Initiator / Fraktion / Kanton / Anzahl Mitunterzeichner:	Antwort Bundesrat (BR) und Ratsbeschlüsse: Wortmeldungen:
02.03.76	<i>Anerkennung Angolas</i> [76.614] Dringliche Einfache Anfrage NR / James Schwarzenbach / P / ZH / 0	24.03.76 (BR)
08.03.76	<i>Consulat général de l'Afrique du Sud à Genève</i> [76.635] Einfache Anfrage NR / Jean Ziegler / S / GE / 0	26.05.76 (BR)
24.06.76	<i>Vente d'armes à l'Afrique du Sud</i> [76.735] Einfache Anfrage NR / Jean Ziegler / S / GE / 0	01.09.76 (BR)
23.09.76	<i>Transkei. Anerkennungsfrage</i> [76.764] Einfache Anfrage NR / Otto Nauer / S / ZH / 0	27.09.76 (BR)
11.06.76	<i>Exporte nach Rhodesien</i> [76.363] Postulat NR / James Schwarzenbach / P / ZH / 3	29.11.76 (Vorstoss von Schwarzenbach zurückgezogen)
23.09.76	<i>Situazione in Sud Africa</i> [76.767] Einfache Anfrage NR / Werner Carobbio / T / TI / 0 "(...) il sottoscritto deputato chiede al Consiglio federale di sapere si è disposto: a. a non riconoscere come Stato indipendente l'entità segregata del Transkei appena costituita e a condannare severamente ogni forma di «apartheid»; b. a stabilire in modo inequivocabile un embargo di ogni esportazione di armi verso il Sud Africa; c. a riconoscere ufficialmente i movimenti di liberazione dell'Africa Australe (Swapo e African National Congress); d. a rivedere il suo atteggiamento in fatto di applicazione delle sanzioni economiche decise dall'ONU contro il Sud Africa." [76.767].	13.12.76 (BR)
14.12.76	<i>Verhaftung eines Missionars in Rhodesien</i> [76.839] Einfache Anfrage NR / Edgar Oehler / C / SG / 0	02.03.77 (BR)
30.11.76	<i>Diplomatische Anerkennung von Staaten</i> [76.478] Postulat NR / Ruedi Schatz / R / SG / 14 "Der Bundesrat wird eingeladen, seine Grundsätze in bezug auf die Anerkennung bzw. Nichtanerkennung von Staaten zu überprüfen und klarzustellen. Dabei sollte zum Ausdruck kommen, dass die Anerkennung bzw. Nichtanerkennung eines Staates nichts darüber aussagt, ob unser Land dessen Innen- oder Aussenpolitik billigt oder nicht billigt oder ob wir dessen Unabhängigkeit als vollständig oder nicht vollständig betrachten. Diplomatische Anerkennung ist nichts anderes als ein Instrument, um Kontakte mit einem Staat aufrechtzuerhalten. Massgebend für diplomatische Beziehungen muss daher die faktische Existenz des betreffenden Staates sein, wenigstens solange, als dieser nicht direkte Interessen unseres Landes gröblich missachtet." [76.478].	10.03.77 (Schriftliche Stellungnahme BR; modifizierter Vorstoss im NR mit 73 zu 34 Stimmen angenommen) Alder (U) Allgöwer (U) Eisenring (C) Graber (BR) Renschler (S) Schatz (R)
20.09.77	<i>Exportisikogarantie. Südafrika und Rhodesien</i> [77.423] Interpellation NR / Werner Carobbio / T / TI / 10 "Die Menschenrechtskommission der UNO kritisiert in einem kürzlich erschienen Bericht, dass einige schweizerische Wirtschaftszweige dem rassistischen Regime Südafrikas bedeutende Unterstützung gewähren (...). Was Südafrika betrifft, so hält der Bericht fest, dass die Schweiz der Staat ist, der, im Verhältnis zur Einwohnerzahl, in Südafrika am meisten investiert. Insbesondere dient die Schweiz als internationale Plattform für den Verkauf des südafrikanischen Goldes. Noch im letzten Jahr haben die drei Grossbanken bedeutende Kredite gewährt, gut 120 Millionen davon allein die SBG. Besonders beunruhigend wirkt der Kredit, welcher der Elektrizitätsgesellschaft Escom für den Bau einer grossen Urananreicherungsanlage, an der sich auch einige Schweizer Firmen beteiligen werden, gewährt wurde (...). Wir fragen insbesondere, ob es nicht angebracht wäre, dass der Bund wie es die holländische Regierung beschlossen hat, keine Exportisikogarantie mehr übernimmt und dass sich die Schweiz den Boykottmassnahmen der UNO anschliesst." [77.423].	16.01.78 (BR) Carobbio (T) Graber (BR)

Einreich- datum:	Verhandlungsgegenstand: [Geschäftsnummer] Vorstoss Nationalrat (NR), Ständerat (SR) / Initiator / Fraktion / Kanton / Anzahl Mitunterzeichner:	Antwort Bundesrat (BR) und Ratsbeschlüsse: Wortmeldungen:
19.01.78	Relations économique avec l'Afrique du Sud [78.612] Kleine Anfrage NR / Christian Grobet / S / GE / 0	26.04.78 (BR)
22.06.77	Exportation d'armes vers l'Afrique du Sud [77.396] Motion NR / Jean Ziegler / S / GE / 6 <p>"(...) Seit den Aufständen von Soweto (Juni 1976) hat die Unterdrückung der schwarzen Mehrheit durch die südafrikanische Polizei und Armee unter der schwarzen Bevölkerung Hunderte von Toten gefordert.</p> <p>Trotzdem bleibt die Gesellschaft Bührle, Oerlikon, der zweitgrösste Waffenlieferant der südafrikanischen Polizei und Armee. Die 35-mm-Flabkanonen, Infanteriewaffen, Munition usw. werden durch vier Gesellschaften mit Sitz im Ausland geliefert (...).</p> <p>Um diesem Skandal ein Ende zu machen, schlage ich für den Artikel 9 des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial folgende Fassung vor:</p> <p>«Die Bewilligung des Bundes ist auch erforderlich für den Handel mit Kriegsmaterial ausserhalb der Landesgrenzen, wenn die dafür verantwortlichen natürlichen oder juristischen Personen Wohnsitz in der Schweiz haben»." [77.396].</p>	22.06.78 (Schriftliche Stellungnahme BR; Vorstoss im NR mit 43 zu 9 Stimmen abgelehnt)
18.04.78	Afrique du sud. Service militaire obligatoire pour les Suisses [78.667] Kleine Anfrage NR / Jean Ziegler / S / GE / 0	16.08.78 (BR)
18.09.78	Conférences internationales. Attitude de la Suisse [78.747] Kleine Anfrage NR / Gilbert Duboule / R / GE / 0	22.11.78 (BR)
29.11.78	Entreprise suisse en Rhodésie [78.839] Kleine Anfrage NR / Jean Ziegler / S / GE / 0	28.02.79 (BR)
23.05.78	Renonciation à la collaboration Suisse-Afrique du Sud [78.267] Petition / Anti-Outspan-Kampagne Lausanne, Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Arbeitsgruppe Dritte Welt (AG3W), Solidaritätskomitee für Asien, Afrika und Lateinamerika (SKAAL) und weitere Organisationen <p>"(...) Die Petenten fordern, dass Bundesrat und Parlament</p> <p>a) die Steuererleichterungen für schweizerische Privatinvestitionen in Südafrika aufheben (Kündigung des Doppelbesteuerungsabkommens mit Südafrika),</p> <p>b) die Bundesgarantie für Kredite an Südafrika nicht mehr gewähren (keine weiteren Exportrisikogarantien),</p> <p>c) die Propaganda in der Schweiz für die Auswanderung nach Südafrika wirksam kontrollieren (im Auswanderungsgesetz von 1888 vorgesehen).</p> <p>(...) Die Petenten begründen ihre Begehren wie folgt:</p> <p>– «Die Republik Südafrika missachtet durch ihre Apartheidpolitik und ihre grausame Repression die Menschenrechte ganz offensichtlich.</p> <p>– Die Industrieunternehmen, welche in Südafrika investieren unterstützen und stärken das Regime. Durch die tiefen Löhne der Schwarzen werden Investitionen angezogen. Tiefe Löhne bringen grosse Profite für die weisse Minderheit wie die westlichen Investoren. Die UNO und die Oppositionsbewegungen im Lande selbst verurteilen diese Kollaboration.</p> <p>– Der Bund gewährt Schweizer Unternehmen in Südafrika Erleichterungen, wodurch Investitionen gefördert werden» (...)." [78.267].</p>	05.10.78 (Petitionskommission empfiehlt Vorstoss zur Kenntnisnahme ohne Folgegebung) 11.06.79 (Kommission für auswärtige Angelegenheiten empfiehlt Vorstoss zur Kenntnisnahme ohne Folgegebung; dieser Antrag wird im NR mit 97 zu 25 Stimmen angenommen) Aubert (BR) Braunschweig (S) Carobbio (T) Duboule (R, Berichterstatter Kommission für auswärtige Angelegenheiten) Eisenring (C) Grobet (S) Gut (R) Masoni (R, Sprecher Petitionskommission) Meier Kaspar (R) Schürch (R, Sprecher Kommission für auswärtige Angelegenheiten)
05.06.79	Zimbabwe-Rhodesien. Beziehungen der Schweiz [79.389] Interpellation NR / Peter Hefti / R / GL / 4	11.06.79 (BR) Aubert (BR) Hefti (R)

Einreich- datum:	Verhandlungsgegenstand: [Geschäftsnummer] Vorstoss Nationalrat (NR), Ständerat (SR) / Initiator / Fraktion / Kanton / Anzahl Mitunterzeichner:	Antwort Bundesrat (BR) und Ratsbeschlüsse: Wortmeldungen:
19.04.78	<i>Kriegsmaterialgesetz</i> [78.379] Motion NR / Werner Carobbio / T / TI / 2	18.09.79 (Schriftliche 20.09.79 Stellungnahmen BR; Motion Carobbio im NR mit 105 zu 15 Stimmen ab- gelehnt; Motion Friedrich als Pos- tulat angenom- men; Postulat Braunschweig überwiesen) Aubert (BR) Auer (R) Bauer-Lagier (L) Blunschy-Steiner (C) Bommer (C) Bonnard (L) Braunschweig (S) Carobbio (T) Christinat (S) Dupont (R) Euler (S) Fischer-Bremgarten (N) Fischer-Weinfelden (R) Friedrich (R) Früh (R) Gerwig (S) Gnägi (BR) Grobet (S) Hubacher (S) Jaeger (U) Matossi (V) Reichling (V) Röthlin (C) Wellauer (C) Widmer (U) Wyler (S)
27.09.78	<i>Waffenausfuhr. Praxis und Zuständigkeit</i> [78.499] Interpellation NR / Hansjörg Braunschweig / S / ZH / 25	
05.10.78	<i>Kriegsmaterialgesetz</i> [78.518] Motion NR / Rudolf Friedrich / R / ZH / 95	
14.03.78	<i>Arbeitsplatzsicherung und Waffenausfuhr</i> [78.339] Postulat NR / Hansjörg Braunschweig / S / ZH / 23	
02.10.79	<i>Weltpostverein</i> [79.782] Einfache Anfrage NR / Claudius Alder / U / BL / 0	10.12.79 (BR)
04.12.79	<i>Afrique du Sud. Banque Barclay de Genève</i> [79.822] Kleine Anfrage NR / Jean Ziegler / S / GE / 0	06.02.80 (BR)
29.11.79	<i>Importe aus Südafrika</i> [79.809] Einfache Anfrage NR / Andreas Herczog / T / ZH / 0	27.02.80 (BR)
10.03.80	<i>Commerce avec l'Afrique du Sud</i> [80.620] Kleine Anfrage NR / Jean Ziegler / S / GE / 0	21.05.80 (BR)
21.03.80	<i>Espion sud-africain</i> [80.662] Kleine Anfrage NR / Christian Grobet / S / GE / 0	
	<i>Südafrika-Anleihe</i> [80.665] Einfache Anfrage NR / Andreas Herczog / T / ZH / 0	28.05.80 (BR)
17.06.80	<i>Sud Africa. Risoluzione del Consiglio di sicurezza dell'ONU</i> [80.702] Einfache Anfrage NR / Werner Carobbio / T / TI / 0	27.08.80 (BR)
24.09.80	<i>Délégué de l'UNITA en Suisse</i> [80.744] Kleine Anfrage NR / Jean Ziegler / S / GE / 0	01.12.80 (BR)
30.09.80	<i>Crédit bancaire à l'Afrique du Sud</i> [80.752] Einfache Anfrage NR / Jean Ziegler / S / GE / 0	01.12.80 (BR)
08.12.80	<i>Solidaritätsfonds zugunsten von Befreiungsbewegungen</i> Frage 4 / Silvio De Capitani / R / ZH / 0	08.12.80 (BR Aubert) De Capitani (R)

Einreich- datum:	Verhandlungsgegenstand: [Geschäftsnummer] Vorstoss Nationalrat (NR), Ständerat (SR) / Initiator / Fraktion / Kanton / Anzahl Mitunterzeichner:	Antwort Bundesrat (BR) und Ratsbeschlüsse: Wortmeldungen:
22.09.80	Propagande raciste [80.733] Kleine Anfrage NR / Jean Ziegler / S / GE / 0	15.12.80 (BR)
15.12.80	Zimbabwe. Guthaben von Schweizern Frage 29 / Bruno Hunziker / R / AG / 0	15.12.80 (BR Aubert)
24.09.80	Mozambique. Wirtschaftshilfe [80.501] Postulat NR / Andreas Herczog / T / ZH / 2	19.12.80 (Schriftliche Stellungnahme BR)
02.12.80	Solidaritätsfonds für bewaffnete Freiheitskämpfer und Neutralität [80.791] Einfache Anfrage NR / Christoph Blocher / V / ZH / 0	11.02.81 (BR)
02.12.81	Uranium de Kaiseraugst SA pour l'Afrique du Sud [81.752] Kleine Anfrage NR / Jean Ziegler / S / GE / 0	17.02.82 (BR)
14.12.81	Ökumenischer Rat der Kirchen. Politische Aktivitäten [81.771] Einfache Anfrage NR / Theo Fischer / V / AG / 0	01.03.82 (BR)
30.11.81	Uran aus Namibia [81.546] Interpellation NR / Ruth Mascarin-Bircher / T / BS / 0	19.03.82 (Schriftliche Stellungnahme BR; Diskussion im NR verschoben) 21.03.84 (BR) Mascarin-Bircher (T) Aubert (BR)
25.01.82	Politique de la Suisse en matière de non-prolifération de la bombe atomique [82.608] Einfache Anfrage NR / Monique Bauer-Lagier / L / GE / 0	19.05.82 (BR)
01.03.82	Kernkraftwerk Kaiseraugst. Uranhandel mit Südafrika [82.325] Interpellation NR / Ruth Mascarin-Bircher / T / BS / 0	26.06.82 (Schriftliche Stellungnahme BR)
16.12.82	Auswanderung nach Südafrika. Werbung [82.762] Einfache Anfrage NR / Andreas Herczog / T / ZH / 0	23.02.83 (BR)
02.02.83	Internierung südafrikanischer Soldaten [83.610] Einfache Anfrage NR / Valentin Oehen / N / BE / 0	13.04.83 (BR)
02.02.83	Kapitalexport nach Südafrika [83.319] Interpellation NR / Hans Schmid / S / SG / 0	07.10.83 (Schriftliche Stellungnahme BR; Interpellant zufrieden)
12.03.84	Effets catastrophiques de la sécheresse en Afrique australe Frage 1 / Pierre De Chastonay / C / VS / 0	12.03.84 (BR Aubert)
12.06.84	Besuch des südafrikanischen Regierungschefs in Bern Frage 2 / Christoph Blocher / V / ZH / 0	12.06.84 (BR Aubert)
04.06.84	Besuch des Premierministers von Südafrika [84.435] Dringliche Interpellation SR / Peter Hefti / R / GL / 1	18.06.84 (BR; Interpellant zufrieden) Aubert (BR) Hefti (R)
17.06.82	Opérations bancaires avec l'Afrique du Sud [82.425] Postulat NR / Jean Ziegler / S / GE und François Borel / S / NE / 16	28.11.83 (Vorstoss von Borel zurück- gezogen) 22.06.84 (Vorstoss im NR abgeschrieben, weil seit mehr als zwei Jahren hängig)
05.03.84	Militärtechnologie-Export nach Südafrika [84.309] Interpellation NR / Andreas Herczog / T / ZH / 3	22.06.84 (Schriftliche Stellungnahme BR; Antrag auf Diskussion im NR mit 75 zu 39 Stimmen abgelehnt)
21.06.84	Libération de Nelson Mandela [84.707] Einfache Anfrage NR / Roger Dafflon / T / GE / 0	24.09.84 (BR)

Parlamentarische Vorstösse 1985-1996:

Einreich- datum:	Verhandlungsgegenstand: [Geschäftsnummer] Vorstoss Nationalrat (NR), Ständerat (SR) / Initiator / Fraktion / Kanton / Anzahl Mitunterzeichner:	Antwort Bundesrat (BR) und Ratsbeschlüsse: Wortmeldungen:
11.03.85	Tritium. Export [85.624] Einfache Anfrage NR / Hansjörg Braunschweig / S / ZH / 0	10.06.85 (BR)
10.06.85	Südafrikanische Gruppe am Zweitagemarsch Frage 18 / Barbara Gurtner / T / BE / 0	10.06.85 (BR Delamuraz)
17.06.85	Schweizer Banken. Südafrika-Geschäft Frage 48 / Ernst Leuenberger / S / SO / 0	17.06.85 (BR Stich)
23.09.85	Schuldenregelung von Südafrika Frage 3 / Andreas Herczog / T / ZH / 0	23.09.85 (BR Aubert)
	Attitude de la Suisse à l'égard de l'Afrique du Sud Frage 4 / Armand Magnin / T / GE / 0	Herczog (T) Magnin (T)
30.09.85	Kapitalexporte nach Südafrika. Kontrolle Frage 31 / Hansjörg Braunschweig / S / ZH / 0	30.09.85 (BR Stich)
21.06.85	Revision Bankengesetz. Kapitalexport [85.515] Motion NR / Ernst Leuenberger / S / SO / 18 "Im Hinblick auf die anstehende Revision des Bankengesetzes soll der Bundesrat Bestimmungen gegen die Umgehung des Plafonds über nicht bewilligungspflichtige Kapitalexporte vorlegen. Im weiteren soll der Bundesrat sämtliche ihm zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen, um die Bankenbeziehungen der Schweiz mit dem südafrikanischen Apartheidregime abzubauen. In diesem Zusammenhang ist auch ein Verbot des Verkaufs von Krüger-Münzen in der Schweiz anzustreben. Der Bundesrat wird aufgefordert, den aufgrund von Artikel 8 Bankengesetz verfügbaren Kapitalexporthafend gegenüber Südafrika drastisch zu reduzieren. Kredite an die südafrikanische Regierung bzw. den südafrikanischen Staat sind in diesem Rahmen gänzlich zu verbieten." [85.515].	23.09.85 (Schriftliche Stellungnahme BR) 04.10.85 (Motion als Postulat überwiesen)
16.12.85	Afrique du Sud. Attitude de la Suisse Frage 29 / René Longet / S / GE / 0	16.12.85 (BR Aubert) Longet (S)
20.12.85	Kapitalexport nach Südafrika [85.741] Einfache Anfrage NR / Hansjörg Braunschweig / S / ZH / 0	17.03.86 (BR)
16.06.86	Südafrika. Sanktionen Frage 36 / Paul Rechsteiner / S / SG / 0	16.06.86 (BR Aubert) Rechsteiner (S)
06.10.86	Sanktionen gegen Südafrika. Verhinderung von Umgehungsgeschäften über die Schweiz Frage 38 / Paul Rechsteiner / S / SG / 0	06.10.86 (BR Furgler)
19.06.86	Südafrika. Diplomatisches und politisches Verhalten der Schweiz [86.516] Interpellation NR / Anita Fetz / T / BS / 0 "1. Im Gegensatz zur Praxis der meisten westlichen Länder hat bisher kein diplomatischer Vertreter der Schweiz an einer Beerdigung von Opfern der Polizeigewalt in Südafrika teilgenommen oder politische Gefangene im Gefängnis besucht oder den Prozessen gegen die Führer wichtiger schwarzer Organisationen beigewohnt (...). 2. Die schweizerische Vertretung in Südafrika sucht keine der bekannten regierungsunabhängigen Organisationen wie Black Sash, Institute of Race Relations oder SACC auf, um sich Informationen zur Lage zu beschaffen; dies bestätigen Angehörige dieser Organisationen (...). 3. Der Bundesrat hat bisher deutliche diplomatische Schritte wie die Rückberufung des Botschafters und öffentliche Interventionen immer abgelehnt, weil eine kontinuierliche Präsenz des Botschafters und diskrete Interventionen bei der Regierung Südafrikas mehr Erfolg bringe (...)." [86.516].	22.09.86 (Schriftliche Stellungnahme BR) 09.10.86 (Antrag auf Diskussion im NR mit 46 zu 41 Stimmen abgelehnt; Interpellantin unzufrieden)
10.10.86	Attitude de la Suisse sur le plan diplomatique vis-à-vis de l'Afrique du Sud [86.720] Einfache Anfrage NR / Françoise Pitteloud / S / VD / 0	08.12.86 (BR)
08.12.86	Afrique du Sud. Nouvelle Arrestation Frage 1 / Amélia Christinat / S / GE / 0	08.12.86 (BR Aubert) Christinat (S)

Einreichdatum:	Verhandlungsgegenstand: [Geschäftsnummer] Vorstoss Nationalrat (NR), Ständerat (SR) / Initiator / Fraktion / Kanton / Anzahl Mitunterzeichner:	Antwort Bundesrat (BR) und Ratsbeschlüsse: Wortmeldungen:
16.09.85	Südafrika. Massnahmen der Schweiz [85.540] Interpellation NR / Sozialdemokratische Fraktion Südafrika: Haltung der Schweiz [85.532] Interpellation NR / PdA/PSA/POCH-Fraktion	16.12.85 (Schriftliche Stellungnahme BR zur Interpellation Sozialdemokratische Fraktion)
24.09.86	Unterstützung der Frontstaaten Südafrikas [86.575] Motion NR / Paul Rechsteiner / S / SG / 34	21.03.86 (Antrag auf Diskussion im NR mit 56 zu 53 Stimmen angenommen)
09.10.86	Südafrika. Massnahmen der Schweiz [86.948] Interpellation NR / Hansjörg Braunschweig / S / ZH / 44 <p>"(...) 1. Könnten bundesrätliche Erklärungen zu ausserordentlichen aussenpolitischen Ereignissen (...) nicht an Gewicht verlieren, wenn es bei deutlichen Worten bleibt und ihnen nicht Taten resp. weitere Massnahmen folgen?</p> <p>2.a. Welche Massnahmen hat der Bundesrat schon früher Ergriffen oder ins Auge gefasst oder sich direkt oder indirekt dafür eingesetzt (z. B. (...)) «courant normal» der wirtschaftlichen Beziehungen mit Simbabwe (...)?</p> <p>b. Gegenüber Südafrika besteht seit 1974 ein Plafond für bewilligungspflichtige Kapitalexporte (...). Ist es richtig, dass dieser Plafond 1984 ganz beträchtlich überschritten worden ist?</p> <p>3. In welcher Weise nimmt der Bundesrat zu diesen weiteren möglichen Massnahmen Stellung?</p> <p>a. Schaffung eines Verhaltenskodex für schweizerische Unternehmen (...);</p> <p>b. Verzicht auf Kapitalexporte und Privatinvestitionen (...);</p> <p>c. Verzicht auf Exportrisikogarantie (...);</p> <p>d. Importverbot von Krügergoldmünzen (...);</p> <p>e. Exportverbot für Computer- und Nukleartechnologie (...);</p> <p>f. Einstellung des direkten Luftverkehrs (...);</p> <p>g. Konsumverzicht südafrikanischer Güter etc.</p> <p>4. Teilt der Bundesrat unabhängig von einzelnen Massnahmen die Auffassung, dass in Südafrika die Aspekte der internationalen Solidarität und der Menschenrechte mit geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen deckungsgleich geworden sind?" [85.540].</p> <p>"Die Regierung Südafrikas greift zu grausamen Unterdrückungsmassnahmen, um die Beherrschung der grossen schwarzen Mehrheit durch die weisse Minderheit aufrechtzuerhalten. Seit Beginn dieses Jahres sind mehr als 800 Schwarze getötet, zahlreiche Todesurteile gefällt und Tausende von Menschen verhaftet worden. Mit ihren besonders intensiven politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Südafrika unterstützt die Schweiz die rassistische Regierung und ihre Repressionspolitik unmittelbar. Während mehrere Länder zu konkreten Massnahmen, wie zum Beispiel wirtschaftlichen Sanktionen, gegriffen haben, hat die Schweiz sich bis jetzt mit einer zaghaften Verurteilung begnügt. Dies genügt nicht." [85.532].</p> <p>"(...) 1. Der Bundesrat hat bisher alle diplomatischen und wirtschaftlichen Massnahmen gegen die südafrikanische Regierung in undifferenzierter Weise abgelehnt. Befürchtet er nicht, dass seine Glaubwürdigkeit zu leiden beginnt nach den vielen verurteilenden Worten, denen keine Taten folgen?</p> <p>2. Nach zahlreichen Sanktionsbeschlüssen in sehr verschiedenartigen Formen, zuletzt von EG und USA, befindet sich unser Land in einer sehr isolierten Lage. Einst hatten wir den Ruf, «Kriegsgewinnler» zu sein; heute stehen wir in der Gefahr, im Westen als «Sanktionsgewinnler» beurteilt zu werden.</p> <p>3. Während der Bundesrat für ähnliche Entwicklungen jeweils im vornherein festhielt, durch den «courant normal» Umgehungsgeschäfte zu vermeiden, erklärte Bundesrat Furgler in der Fragestunde vom 6. Oktober 1986 ebenso überraschend wie enttäuschend, dass der Bundesrat erst handle, wenn Anhaltspunkte für den Missbrauch der Schweiz als Drehscheibe für Ausweichgeschäfte festgestellt worden seien (...). Wie begründet der Bundesrat diese inkonsequente Praxisänderung? Kann sich nicht auch in umgekehrter Richtung – zugunsten des Apartheid-Regimes – die Neutralitätsfrage stellen? (...)." [86.948].</p>	08.12.86 (Schriftliche Stellungnahmen BR zur Motion Rechsteiner und Interpellation Braunschweig) 19.12.86 (Motion Rechsteiner als Postulat überwiesen; Interpellanten unzufrieden) Aubert (BR) Aubry (R) Bäumlin Richard (S) Blocher (V) Bonny (R) Eggly-Genève (L) Fetz (T) Fischer-Hägglingen (V) Fischer-Sursee (C) Hubacher (S) Magnin (T) Mühlemann (R) Müller-Meilen (R) Ott (S) Pitteloud (S) Rechsteiner (S) Renschler (S) Sager (V) Steindegger (R) Stucky (R) Uchtenhagen (S) Weder-Basel (U)
09.10.86	Exportisikogarantie für Südafrika [86.709] Einfache Anfrage NR / Barbara Gurtner / T / BE / 0	18.02.87 (BR)

Einreich- datum:	Verhandlungsgegenstand: [Geschäftsnummer] Vorstoss Nationalrat (NR), Ständerat (SR) / Initiator / Fraktion / Kanton / Anzahl Mitunterzeichner:	Antwort Bundesrat (BR) und Ratsbeschlüsse: Wortmeldungen:
19.12.86	Waffen- und Kriegsmaterialdurchfuhr [86.765] Einfache Anfrage NR / Hansjörg Braunschweig / S / ZH / 0	25.02.87 (BR)
01.12.86	Südafrika. Ausschluss aus dem Roten Kreuz [86.976] Interpellation NR / Ernst Mühlemann / R / TG / 0	25.02.87 (Schriftliche Ste- lungnahme BR)
	25e Conférence internationale de la Croix-Rouge à Genève. Expulsion de l'Afrique du Sud [86.984] Interpellation NR / Pierre De Chastonay / C / VS / 0	11.03.87 (Antrag auf Dis- kussion im NR mit offensicht- licher Mehrheit angenommen; Interpellanten teilweise zufrieden)
08.12.86	Conférence internationale de la Croix-Rouge. Expulsion de l'Afrique du Sud [86.125] Interpellation NR / Liberale Fraktion "Welche Massnahmen gedenkt der Bundesrat zu treffen, um bei der Entpolitisierung des Roten Kreuzes mitzuwirken?" [86.976]. "Die 25. Internationale Konferenz des Roten Kreuzes in Genf hat mit ihrem Beschluss, Südafrika auszuschliessen, den Grundsatz der Neutralität des IKRK und der Liga der Rotkreuz-Gesellschaften mit Füssen getreten, das Rote Kreuz insgesamt als humanitäre Institution geschwächt und es eines grossen Teils seiner Glaubwürdigkeit beraubt." [86.984].	Aubert (BR) Braunschweig (S) Eggly-Genève (L) Eisenring (C) Mühlemann (R)
16.03.87	Südafrika. Inhaftierung von Pfarrer Bill Frage 22 / Hansjörg Braunschweig / S / ZH / 0	16.03.87 (BR Aubert)
18.12.85	Opération bancaires et droit de l'homme [85.967] Interpellation NR / Françoise Pitteloud / S / VD / 20	10.03.86 (BR) 19.03.87 (BR)
20.03.87	Luftverkehr mit Südafrika [87.630] Einfache Anfrage NR / Angeline Frankhauser / S / BL / 0	27.05.87 (BR)
	Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika [87.631] Einfache Anfrage NR / Hansjörg Braunschweig / SP / ZH / 0	15.06.87 (BR)
24.09.85	Südafrika. Auch die Schweiz muss handeln [86.252] Petition / Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) "(...) Damit fordern 17 454 Personen vom Bundesrat und Parlament die folgenden Massnahmen: – keine weiteren schweizerischen Kredite für die südafrikanische Regierung und die parastaatlichen Organisationen; – keine Einfuhr von Krügergoldmünzen; – keinen Verkauf von Computer- und nukleartechnologischem Material oder von Patenten an Südafrika; – Aufhebung der Flüge der Swissair nach Südafrika und kein Landerecht für die South African Airways in der Schweiz. Diese Massnahmen sind nach Meinung der Petenten anzuordnen und aufrechtzuerhalten, bis Südafrika ernsthafte Schritte zur Abschaffung der Apartheid unternommen hat, z. B. indem – es Gespräche über Machtteilung mit den Führern der Schwarzen aufnimmt und alle politischen Gefangenen freilässt; – es Südafrikanern aller Rassen das gleiche Bürgerrecht verleiht; – jeder Südafrikaner das Recht hat, zu wohnen, zu arbeiten und Land zu erwerben wo er will; – Menschen aller Rassen ein einheitliches Erziehungssystem erhalten (...)." [86.252].	19.12.86 (Petitionskom- mission emp- fiehlt Vorstoss abzuschreiben; dieser Antrag wird mit 84 zu 41 Stimmen an- genommen) 18.06.87 (Kommission für auswärtige Angelegenheit- en empfiehlt Vorstoss zur Überweisung an den BR zur Kenntnisnahme) Affolter (R, Sprecher Kommission für auswär- tige Angelegenheiten) Rechsteiner (S) Steinegger (R, Sprecher Petitionskommission)
13.12.86	Pétition pour des sanctions contre l'Afrique du Sud [87.253] Petition / SOS Racisme Vaud "(...) Les pétitionnaires demandent l'adoption de sanctions contre l'Afrique du Sud par la Suisse dans le but d'appuyer ceux qui luttent contre l'apartheid." [87.253].	19.12.86 (Diskussion NR; 19.06.87 Kommission für auswärtige An- gelegenheiten empfiehlt Vorstoss zur Überweisung an den BR zur Kenntnisnahme) Affolter (R, Kommissions- sprecher)
16.06.87	Erklärung des Weltkirchenrates in Lusaka [87.658] Einfache Anfrage NR / Peter Spälti / R / ZH / 0	16.09.87 (BR)
28.09.87	Hinrichtungen in Südafrika Frage 3 / Hansjörg Braunschweig / S / ZH / 0	28.09.87 (BR Aubert)

Einreich- datum:	Verhandlungsgegenstand: [Geschäftsnummer] Vorstoss Nationalrat (NR), Ständerat (SR) / Initiator / Fraktion / Kanton / Anzahl Mitunterzeichner:	Antwort Bundesrat (BR) und Ratsbeschlüsse: Wortmeldungen:
17.06.87	Waffenembargo gegen Südafrika [87.468] Interpellation NR / Paul Rechsteiner / S / SG / 26	21.09.87 (Schriftliche Stellungnahme BR) 09.10.87 (Antrag auf Diskussion im NR mit 68 zu 58 Stimmen abgelehnt; Interpellant unzufrieden)
18.12.87	Rüstungstechnologie. Transfer nach Südafrika [87.730] Einfache Anfrage NR / Hansjörg Braunschweig / S / ZH / 0	29.02.88 (BR)
09.10.86	Südafrika-Sanktionen. Umgehungen durch die Schweiz [86.234] Parlamentarische Initiative NR / Paul Rechsteiner / S / SG / 0	14.12.87 (Schriftliche Stellungnahme BR zur Inter- pellation Rech- steiner)
09.10.87	Südafrika-Politik [87.918] Interpellation NR / Paul Rechsteiner / S / SG / 23 "Gestützt auf Artikel 93 Absatz 1 BV und Artikel 21bis GVG reiche ich folgende parlamentarische Initiative in Form der allgemeinen Anregung ein: Es sei ein Bundesbeschluss zu erlassen, welcher sämtlichen Kapitalexport nach Südafrika (unter Einschluss der Export- und Exportfinanzkredite, Goldswaps und Konversionen) sowie den Goldhandel mit Südafrika dem Courant normal unterstellt." [86.234]. "(...) 1. Gemäss Presseberichten soll Botschafter Staehelin am Südafrika- Seminar der asa die Auffassung vertreten haben, die südafrikanische Opposition müsste vor Verhandlungen über die Beseitigung der Apartheid auf das Prinzip «one man – one vote» verzichten. Trifft dies zu? Ist der Bundesrat gegebenenfalls nicht auch der Auffassung, dass das Prinzip «one person – one vote» ein elementarer demokratischer Grundsatz ist, dessen Preisgabe durch Schweizer Behördenvertreter nicht empfohlen werden kann? 2. Gelegentlich wird die Auffassung vertreten, es fehle den Bundesbehörden eine Rechtsgrundlage, um die Mitwirkung von Schweizer Firmen und Personen mit Wohnsitz in der Schweiz an Umgehungsge- schäften, welche das Schweizer Staatsgebiet nicht berühren, zu verbieten. Trifft dies zu? Falls ja, ist der Bundesrat nicht auch der Auffassung, dass ein Erlass im Sinne der seinerzeitigen Verordnung über den Geschäfts- verkehr mit Süd-Rhodesien vom 12. Dezeber 1977, mit der die Mitwirkung an derartigen Geschäften verboten wurde, geschaffen werden muss? 3. Aufsehen erregt dabei vor allem der in Zug domilizierte Marc Rich, dem aufgrund detaillierter Dokumentationen durch das Shipping Research Bureau in Amsterdam umfangreiche Umgehungsgeschäfte gegen das Erdöl embargo vorgeworfen werden. Sind den Bundesbehörden diese Informationen bekannt? Was gedenken sie allenfalls zu unternehmen? 4. Unklar ist nach wie vor vieles auch im Zusammenhang mit den Goldgeschäften. a. Trifft es zu, dass Schweizer Banken 1986 an Goldswaps beteiligt waren? Wenn ja, in welchem Umfang? b. Sind Meldungen der internationalen Presse zutreffend, wonach über 60 Prozent des südafrikanischen Goldes über die Schweiz vermarktet werden. c. Welchen Umfang hat der physische Goldhandel über die Zollfreilager angenommen? d. Wie hat sich der Goldhandel mit Südafrika seit 1980 konkret entwickelt (Import von Gold in der Form von Münzen und Barren direkt aus Südafrika und London)? Ist der Bundesrat bereit zu veranlassen, dass die Aussenhandelsstatistik diesbezüglich wieder länderspezifisch geführt wird? 5. Der Bundesrat hat wiederholt festgehalten, dass nach seiner Ansicht «wirtschaftliche Sanktionen und andere Massnahmen nicht geeignet sind, eine gegebene politische Situation zu ändern». Ist der Bundesrat bereit, diese sehr generelle und pauschale Auffassung zu nuancieren und zu differenzieren?" [87.918].	10.03.85 (Mehrheit der Kommission für auswärtige An- gelegenheiten empfiehlt der Initiative keine Folge zu geben; Initiative im NR mit 117 zu 61 Stimmen abgelehnt; Interpellant unzufrieden) 15.03.88 Aubry (R) Bäumlin Ursula (S) Bäumlin Richard (S, Spre- cher der Minderheit) Blocher (V) Bonny (R) Braunschweig (S) Carobbio (T) Deher (A) Dupont (R, Kommissions- sprecher) Eggly-Genève (L) Fankhauser (S) Felber (BR) Fetz (T) Fischer-Sursee (C) Grassi (C) Hubacher (S) Maitre (C, Berichterstatter) Mühlemann (R) Müller-Meilen (R) Pini (R) Rechsteiner (S) Rychen (V) Sager (V, Berichterstatter) Stocker (G) Stucky (R) Uchtenhagen (S) Weder-Basel (U) Widmer (U, Berichterstat- ter) Ziegler (S)

Einreichdatum:	Verhandlungsgegenstand: [Geschäftsnummer] Vorstoss Nationalrat (NR), Ständerat (SR) / Initiator / Fraktion / Kanton / Anzahl Mitunterzeichner:	Antwort Bundesrat (BR) und Ratsbeschlüsse: Wortmeldungen:
23.06.88	<i>(Wirtschafts-)Beziehungen mit Südafrika</i> [88.685] Einfache Anfrage NR / Paul Rechsteiner / S / SG / 0	14.09.88 (BR)
06.10.88	<i>Visite du Premier ministre de l'Afrique du Sud</i> [88.1027] Einfache Anfrage NR / Jean Ziegler / S / GE / 0	23.11.88 (BR)
15.12.88	<i>Swissair en Afrique du Sud</i> [88.1073] Einfache Anfrage NR / Jean Ziegler / S / GE / 0	13.02.89 (BR)
16.12.88	<i>Atomgeschäfte einer Schweizer Firma</i> [88.1077] Einfache Anfrage NR / Hansjörg Braunschweig / S / ZH / 0	
07.10.88	<i>Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika</i> [88.1044] Einfache Anfrage NR / Paul Rechsteiner / S / SG / 0	27.02.89 (BR)
14.12.88	<i>Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika</i> [88.1069] Einfache Anfrage NR / Paul Rechsteiner / S / SG / 0	
17.03.89	<i>Grandes banques suisses en Afrique du Sud</i> [89.1033] Einfache Anfrage NR / Jean Ziegler / S / GE / 0	10.05.89 (BR)
12.06.89	<i>Armee-Einsatz gegen Streikende in einer Schweizer Firma in Südafrika</i> Frage 10 / Paul Rechsteiner / S / SG / 0	12.06.89 (BR Felber) Rechsteiner (S)
19.06.89	<i>Sanctions économiques contre l'Afrique du Sud</i> Frage 74 / Jean Spielmann / – / GE / 0	19.06.89 (BR Delamuraz) Spielmann (–)
25.04.88	<i>Reform des Erziehungswesens in Südafrika</i> [89.256] Petition / Verband der Schweizerischen Studentenschaft (VSS) "(...) Die Petenten fordern das Parlament auf: – den am Kampf gegen die Apartheid beteiligten südafrikanischen Universitäten einerseits aktive materielle und moralische Unterstützung zukommen zu lassen, andererseits die Beziehungen zu denjenigen universitären Institutionen in Südafrika (und anderswo), welche die Apartheid immer noch unterstützen, mit sofortiger Wirkung abubrechen. – sich aktiv und konkret für eine komplette Reform des Erziehungswesens in Südafrika einzusetzen und Massnahmen zu ergreifen, welche den Prozess beschleunigen können, nämlich: a) im Erziehungsbereich die Hilfeleistungen an die Schwarzen massiv zu verstärken, b) sowohl offiziell als auch privat Druck auszuüben (wirtschaftlich, politisch, kulturell usw.), um die Regierung Botha zum Nachgeben zu bewegen (...)." [89.256].	17.03.89 (Petitionskommission NR und SR empfehlen Vorstoss zur Überweisung an den BR zur Kenntnisnahme) 22.06.89 Hess Peter (C, Kommissionssprecher NR) Schmid (Kommissionssprecher SR)
14.06.89	<i>Namibia</i> [89.1050] Einfache Anfrage NR / Martin Burckhardt / L / BS / 0	13.09.89 (BR)
25.09.89	<i>La Suisse et le commerce avec l'Afrique du Sud</i> Frage 24 / René Longet / S / GE / 0	25.09.89 (BR Delamuraz) Longet (S)
21.06.89	<i>Umstrittener Armee-Einsatz in der Eternit-Gruppe Schmidheiny in Südafrika?</i> [89.1062] Einfache Anfrage NR / Ernst Mühlemann / R / TG / 0	02.10.89 (BR)
01.02.89	<i>Beamtenreisen nach Südafrika</i> [89.318] Interpellation NR / Hansjörg Braunschweig / S / ZH / 34	12.06.89 (Schriftliche Stellungnahme BR) 06.10.89 (BR; Interpellant unzufrieden)
18.09.89	<i>Financement par la Suisse d'une réunion anti-apartheid à Lusaka</i> [89.1088] Kleine Anfrage NR / Jean-François Leuba / L / VD / 0	15.11.89 (BR)
26.09.89	<i>Rapport sur les relations entre la Suisse et l'Afrique du Sud</i> [89.616] Postulat NR / Jean Ziegler / S / GE / 1	15.11.89 (Schriftliche Stellungnahme BR) 15.12.89 (Vorstoss wird überwiesen)
06.10.89	<i>Südafrika-Politik</i> [89.685] Interpellation NR / Paul Rechsteiner / S / SG / 28	27.11.89 (Schriftliche Stellungnahme BR) 15.12.89 (BR; Interpellant teilweise zufrieden)

Einreich- datum:	Verhandlungsgegenstand: [Geschäftsnummer] Vorstoss Nationalrat (NR), Ständerat (SR) / Initiator / Fraktion / Kanton / Anzahl Mitunterzeichner:	Antwort Bundesrat (BR) und Ratsbeschlüsse: Wortmeldungen:
13.12.89	<i>Répresentation des intérêts sud-africaine</i> [89.1162] Einfache Anfrage NR / Jean Spielmann / – / GE / 0	28.02.90 (BR)
19.03.90	<i>Diamantenhandel mit Südafrika</i> Frage 82 / Monika Stocker / G / ZH / 0	19.03.90 (Schriftliche Antwort BR)
18.06.90	<i>Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika</i> Frage 33 / Rosmarie Dormann / C / LU / 0	18.06.90 (BR Felber)
	<i>Treffen mit Nelson Mandela</i> Frage 34 / Paul Rechsteiner / S / SG / 0	Pitteloud (S) Rechsteiner (S)
	<i>Visite de Nelson Mandela en Suisse</i> Frage 35 / Françoise Pitteloud / S / VD / 0	
15.06.89	<i>Südafrika-Sanktionen</i> [89.233] Parlamentarische Initiative NR / Paul Rechsteiner / S / SG / 0 "Gestützt auf Artikel 93 Absatz 1 BV und Artikel 21bis GVG reiche ich folgende parlamentarische Initiative in der Form einer allgemeinen Anregung ein: Es seien bis zur Abschaffung des Apartheid-Systems und der Einführung der Demokratie die Gewährung neuer Kredite und Anleihen sowie die Erneuerung auslaufender Kredite an den südafrikanischen Staat und an südafrikanische Unternehmen zu verbieten. Zu verbieten seien ferner der Import von Gold, Diamanten, Kohle, Eisen und Stahl sowie von landwirtschaftlichen Produkten aus Südafrika, der Export von Waffen, Nukleartechnologie, Computern und Erdöl nach Südafrika sowie neue Investitionen in Südafrika. Ausserdem seien der südafrikanischen Fluggesellschaft die Landrechte in der Schweiz zu entziehen und schweizerischen Fluggesellschaften der Flugverkehr mit Südafrika zu verbieten. In das Verbot einzubeziehen seien schliesslich Vermittlungsgeschäfte in den genannten Bereichen." [89.233].	20.09.90 (Mehrheit der Kommission für auswärtige Angelegenheiten empfiehlt Vorstoss keine Folge zu geben; dieser Antrag wird im NR mit 68 zu 34 Stimmen angenommen) Auer (R) Bäumlin Ursula (S, Spre- cherin der Minderheit) Bundi (S, Kommissionssprecher) Burckhardt (L) Grendelmeier (U) Rechsteiner (S) Rychen (V) Stocker (G) Ziegler (S)
05.10.88	<i>Diamantenhandel Südafrika-Schweiz</i> [88.748] Interpellation NR / Grüne Fraktion	22.02.89 (Schriftliche Stellungnahme BR) 17.03.89 (Diskussion im NR verschoben) 05.10.90 (Vorstoss im NR abgeschrieben, weil seit mehr als zwei Jahren hängig)
18.06.90	<i>Collaboration avec les services secrets sud-africains</i> [90.564] Interpellation NR / Jean Ziegler / S / GE / 0	24.09.90 (Schriftliche Stellungnahme BR) 22.03.91 (Antrag auf Diskussion im NR mit 30 zu 49 Stimmen abgelehnt)
20.06.91	<i>Südafrika. Entführte Schweizer(innen). Rehabilitation</i> [91.1069] Einfache Anfrage NR / Susanne Leutenegger Oberholzer / G / BL / 0	28.08.91 (BR)
14.12.89	<i>Goldhandelsstatistik. Veröffentlichung</i> [89.788] Postulat NR / Rolf Seiler / C / ZH / 8	16.05.90 (BR) 13.12.91 (Vorstoss im NR abgeschrieben, weil seit mehr als zwei Jahren hängig)
05.10.92	<i>Lage in Südafrika</i> Frage 66 / Ursula Leemann / S / ZH / 0	05.10.92 (BR Felber)

Einreich- datum:	Verhandlungsgegenstand: [Geschäftsnummer] Vorstoss Nationalrat (NR), Ständerat (SR) / Initiator / Fraktion / Kanton / Anzahl Mitunterzeichner:	Antwort Bundesrat (BR) und Ratsbeschlüsse: Wortmeldungen:
07.12.92	<i>Bruch des Waffenembargos gegen Südafrika</i> Frage 11 / Paul Rechsteiner / S / SG / 0	07.12.92 (Schriftliche Antwort BR)
	<i>Violation de l'embargo sur la vente d'armes à l'Afrique du Sud</i> Frage 12 / Jean Spielmann / – / GE / 0	
	<i>Verkauf von PC-7 an Südafrika</i> Frage 13 / Rosmarie Bär / G / BE / 0	
08.03.93	<i>Verkauf von Pilatusflugzeugen an Burma und Gesetz über den Export von Kriegsmaterial</i> [93.5007] Frage / Werner Carobbio / S / TI / 0	08.03.93 (BR Villiger) Misteli (G) Spielmann (–)
	<i>Pilatus PC-7. Livraison à l'Afrique du Sud</i> [93.5023] Frage / Jean Spielmann / – / GE / 0	
	<i>Pilatus PC-7. Lieferungen an Südafrika</i> [93.5029] Frage / Marguerite Misteli / G / SO / 0	
	<i>Kriegerische Einsätze mit PC-7 und PC-9</i> [93.5033] Frage / Cyrill Brügger / S / FR / 0	
17.12.92	<i>La Suisse, les PC-7 et l'Afrique du Sud</i> [92.1147] Einfache Anfrage NR / Jean Spielmann / – / GE / 0	24.03.93 (Schriftliche Stellungnahmen BR)
18.12.92	<i>Bruch des Waffenembargos gegen Südafrika</i> [92.1155] Einfache Anfrage NR / Paul Rechsteiner / S / SG / 0	
02.03.93	<i>Lieferungen von PC-7-Flugzeugen nach Südafrika</i> [93.3058] Dringliche Einfache Anfrage NR / Paul Rechsteiner / S / SG / 0	
26.04.93	<i>Militärische Kooperation mit Südafrika</i> [93.1024] Dringliche Einfache Anfrage NR / Paul Rechsteiner / S / SG / 0	01.06.93 (BR)
14.12.92	<i>Exportation des PC-7 en Afrique du Sud</i> [92.3512] Motion NR / Jean Ziegler / S / GE / 6	20.09.93 (Schriftliche Stellungnahmen BR)
15.12.92	<i>Pas de Pilatus PC-7 pour l'Afrique du Sud</i> [92.3518] Motion NR / Jean Spielmann / – / GE / 0	21.09.93 (Motion Ziegler im NR mit 80 zu 39 Stimmen und Motion Spielmann mit 80 zu 43 Stimmen abgelehnt) Dreher (A) Miesch (R) Misteli (G) Spielmann (T) Villiger (BR) Ziegler (S)
04.10.93	<i>Ausfuhr von PC-Flugzeugen nach Südkorea und Nigeria</i> [93.5184] Frage / Cyrill Brügger / S / FR / 0	04.10.93 (Schriftliche Antwort BR)
07.10.93	<i>Übergang zur Demokratie in Südafrika</i> [93.1072] Einfache Anfrage NR / Paul Rechsteiner / S / SG / 0	03.11.93 (BR)
06.12.93	<i>Uran-Mafia in der Schweiz</i> [93.5225] Frage / Hansjürg Weder / U / BS / 0	06.12.93 (BR Villiger)
26.09.94	<i>Auslanddelegationen</i> [94.5179] Frage / Walter Steinemann / A / SG / 0	26.09.94 (BR Cotti) Steinemann (A)
	<i>Unterstützung für Südafrika</i> [94.5188] Frage / Albrecht Rychen / V / BE / 0	26.09.94 (BR Cotti)
13.03.95	<i>80 Millionen Franken für Südafrika</i> [95.5018] Frage / Walter Steinemann / A / SG / 0	13.03.95 (BR Cotti) Steinemann (A)
21.12.95	<i>Commerce de l'or</i> [95.3619] Interpellation NR / Joseph Zisyadis / – / VD / 0	31.08.96 (Schriftliche Stellungnahme BR) 24.09.96 (BR; Interpellant abwesend)

Parlamentarische Vorstösse 1997-2002:

Einreich- datum:	Verhandlungsgegenstand: [Geschäftsnummer] Vorstoss Nationalrat (NR), Ständerat (SR) / Initiator / Fraktion / Kanton / Anzahl Mitunterzeichner:	Antwort Bundesrat (BR) und Ratsbeschlüsse: Wortmeldungen:
20.03.97	Schweiz soll Beziehungen zu Südafrika aufklären [97.1031] Einfache Anfrage NR / Pia Hollenstein / G / SG / 0 "(...) Nachdem nun unter grossem internationalen Druck die Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg untersucht wird, stellt sich die Frage, ob der Bundesrat im Fall Südafrika nicht aktiv werden will, bevor er von der Weltöffentlichkeit dazu aufgefordert wird. Ich bitte den Bundesrat, folgende Fragen zu beantworten: 1. Ist der Bundesrat bereit, die Geschichte der Beziehungen der Schweiz zum Apartheidregime in Südafrika von einer neutralen und kompetenten Seite untersuchen zu lassen? 2. Könnte diese Untersuchung in einer ähnlichen Art und Weise durchgeführt werden, wie dies zurzeit in bezug auf die Schweiz im Zweiten Weltkrieg geschieht? 3. Werden nach der Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse Folgerungen für die schweizerische (Wirtschafts-)Politik der Gegenwart und Zukunft gezogen?" [97.1031].	29.09.97 (BR)
10.10.97	Service secrets suisse et trafic d'armes [97.1154] Einfache Anfrage NR / Jean Ziegler / S / GE / 0	01.12.97 (BR)
	Or volé en Afrique du Sud [97.1148] Einfache Anfrage NR / Jean-Nils De Dardel / S / GE / 0	14.01.98 (BR)
25.06.98	Schweizerische Nationalbank. Lernen aus der Geschichte [98.3316] Interpellation NR / Grüne Fraktion	02.09.98 (Schriftliche Stellungnahme BR) 09.10.98 (Diskussion im NR verschoben)
20.03.98	Aufarbeitung der Beziehungen zu Südafrika während den Jahren 1948-1994 [98.412] Parlamentarische Initiative NR / Pia Hollenstein / G / SG / 28 "Gestützt auf Artikel 21bis des Geschäftsverkehrsgesetzes und Artikel 30 des Geschäftsreglementes des Nationalrates verlange ich mit einer parlamentarischen Initiative in der Form der allgemeinen Anregung, einen einfachen Bundesbeschluss zu erlassen, der das Verhältnis der Schweiz zum südafrikanischen Apartheidregime historisch aufarbeitet." [98.412].	03.03.99 (Mehrheit der Kommission für Rechtsfragen beantragt der Initiative keine Folge zu geben; dieser Antrag wird im NR mit 79 zu 50 Stimmen angenommen) De Dardel (S, Kommissionssprecher) Gysin (S) Hollenstein (G) Meier Hans (G) Schlüer (V) Von Felten (S)
25.01.99	Untersuchung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz zu Südafrika in den Jahren 1948-1994 [99.3002] Postulat NR / Kommission für Rechtsfragen NR	01.03.99 (Schriftliche Erklärung BR) 03.03.99 (Vorstoss im NR mit 72 zu 62 Stimmen angenommen)
15.03.99	Arrestation du journaliste Jean-Philippe Ceppi [99.5033] Frage / Didier Berberat / S / NE / 0	15.03.99 (BR Cotti) Berberat (S)
17.03.99	Renseignements militaires auprès de l'Afrique du Sud [99.3097] Interpellation SR / Pierre-Alain Gentil / S / JU / 3	19.05.99 (Schriftliche Stellungnahme BR) 07.06.99 (BR) Gentil (S)

Einreich- datum:	Verhandlungsgegenstand: [Geschäftsnummer] Vorstoss Nationalrat (NR), Ständerat (SR) / Initiator / Fraktion / Kanton / Anzahl Mitunterzeichner:	Antwort Bundesrat (BR) und Ratsbeschlüsse: Wortmeldungen:
21.04.99	Untersuchung zu den Beziehungen der Schweiz zu Südafrika. Staatspolitische Fragen [99.1054] Einfache Anfrage NR / Pia Hollenstein / G / SG / 0	23.06.99 (BR)
18.06.99	Aufenthalte von Beamten in Südafrika 1948 bis 1994 [99.1099] Einfache Anfrage NR / Pia Hollenstein / G / SG / 0	08.09.99 (BR)
27.09.99	Peter Regli promu archiviste [99.5133] Frage / Christiane Jaquet-Berger / S / VD / 0 Fragwürdiger Archivierungsauftrag an Divisionär Peter Regli [99.5131] Frage / Pia Hollenstein / G / SG / 0 Vom Bock zum Gärtner der Untergruppe Nachrichtendienst [99.5120] Frage / Boris Banga / S / SO / 0	27.09.99 (BR Ogi) Banga (S) Hollenstein (G) Jaquet-Berger (S)
04.10.99	Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe "Beziehungen Schweiz-Südafrika" [99.5154] Frage / Margrith Von Felten / S / BS / 0	04.10.99 (BR Couchepin) Von Felten (S)
31.08.99	Abschaffung des Nachrichtendienstes [99.3411] Motion NR / Grüne Fraktion	04.10.99 (BR) 09.12.99 (Vorstoss im NR abgelehnt)
19.03.99	Génocide en Afrique du Sud [99.3130] Interpellation NR / Jean Ziegler / S / GE / 44 "(...) 1. Kann der Bundesrat die Ergebnisse des Berichtes der südafrikanischen Wahrheitskommission (...) bestätigen, namentlich dass Dr. Wouter Basson im Namen und auf Rechnung der südafrikanischen Sicherheitsdienste ein Programm für bakteriologische und chemische Waffen entwickelt hat (...)? 2. Stimmt es, dass Wouter Basson in der Schweiz eine Briefkastenfirma unter dem Namen Medchem Forschungs AG unterhielt und dass die schweizerischen Nachrichtendienste davon Kenntnis hatten? 3. Trifft es zu, dass Wouter Basson fortgesetzte Beziehungen zu den Verantwortlichen des Eidgenössischen Laboratoriums für chemische Waffen in Spiez unterhielt und mit diesem Labor wissenschaftliche Informationen austauschte? 4. Stimmt es, dass der Chef der Untergruppe Nachrichten und Abwehr (UNA), Divisionär Peter Regli, über eine lange Zeit in Beziehung stand zu Wouter Basson (...). 5. Stimmt es, dass der Doppelagent und Waffenhändler Jürg Jacomet auch für die UNA gearbeitet hat (und auch von ihr bezahlt worden ist) (...)?" [99.3130].	19.05.99 (Schriftliche Stellungnahme BR) 18.06.99 (Diskussion im NR verschoben; Interpellant unzufrieden) 22.12.99 (Vorstoss abgeschrieben, da Urheber aus dem NR ausgeschieden)
13.03.00	Action humanitaire au Mozambique [00.5009] Frage / Yves Guisan / R / VD / 0	13.03.00 (BR Deiss) Guisan (R)
15.06.99	Apartheidregime in Südafrika. Position der Schweiz [99.3260] Interpellation NR / Pia Hollenstein / G / SG / 6	20.12.99 (BR) 24.03.00 (Diskussion im NR verschoben; Interpellantin unzufrieden)
01.03.99	Schweiz-Südafrika [99.3015] Interpellation NR / Sozialdemokratische Fraktion "1. Die Schweizer Behörden (...) plafonierten 1974 die Kapitalexporte nach Südafrika auf 250 Millionen Franken pro Jahr (bzw. auf 300 Millionen ab 1980). Wie der Bundesrat (...) erklärte, wurde dieser Plafond (...) 1983 und 1984 erneut voll ausgenützt. Aus dem kürzlich erschienenen Buch von Mascha Madörin, Gottfried Wellmer und Martina Egli «Apartheidschulden. Der Anteil Deutschlands und der Schweiz» (...) geht indessen hervor, dass dieser Plafond unerklärtermassen massiv überschritten wurde (...). 2. (...) Die Schweizer Unternehmen und Banken, welche mit dem rassistischen Regime Südafrikas florierende Beziehungen pflegten, haben ihre Investitionstätigkeit seit der «demokratischen Revolution» von 1994 stark eingeschränkt. Wäre es nicht angebracht, dieses schockierende Verhalten zu korrigieren? 3. (...) sind Länder wie die Vereinigten Staaten, Grossbritannien, Deutschland und die Schweiz nicht politisch und moralisch dafür verantwortlich, dass sie Südafrika jenen Teil der Auslandsschulden erlassen, der als unmoralisch und deshalb als nicht rückzahlpflichtig gelten muss (...)?" [99.3015].	19.05.99 (Schriftliche Stellungnahme BR) 18.06.99 (Diskussion im NR verschoben; Interpellantin unzufrieden) 05.06.00 (BR) Couchepin (BR) De Dardel (S) Schlüer (V)

Einreich- datum:	Verhandlungsgegenstand: [Geschäftsnummer] Vorstoss Nationalrat (NR), Ständerat (SR) / Initiator / Fraktion / Kanton / Anzahl Mitunterzeichner:	Antwort Bundesrat (BR) und Ratsbeschlüsse: Wortmeldungen:
21.04.99	Pilotenaustausch mit Südafrika [99.3176] Interpellation NR / Pia Hollenstein / G / SG / 19	19.05.99 (Schriftliche Stellungnahme BR) 18.06.99 (Diskussion im NR verschoben) 08.06.00 (BR; Interpellantin unzufrieden) Hollenstein (G) Ogi (BR) Schlüer (V)
31.08.99	Beziehungen Schweiz-Südafrika. Zugang zu den Quellen des Nachrichtendienstes [99.3417] Interpellation NR / Pia Hollenstein / G / SG / 8	04.10.99 (Schriftliche Stellungnahme BR) 08.10.99 (Diskussion im NR verschoben) 19.06.00 (BR) Hollenstein (G) Ogi (BR)
19.06.00	<i>Offizielle Position des Bundesrates zu Namibia von Mitte der Sechzigerjahre bis in die Achtzigerjahre</i> [00.5122] Frage / Pia Hollenstein / G / SG / 0	19.06.00 (BR Deiss)
06.10.00	Präsidium der NFP-Studienkommission zur Aufarbeitung der Beziehungen Schweiz/Südafrika [00.1113] Einfache Anfrage NR / Pia Hollenstein / G / SG / 0	27.11.00 (BR)
24.09.01	Peter Regli. Quellenzugang für die Untersuchung [01.5107] Frage / Pia Hollenstein / G / SG / 0	24.09.01 (BR Schmid)
	Peter Regli. Untersuchung. Information aus Südafrika [01.5111] Frage / Pia Hollenstein / G / SG / 0	De Dardel (S) Hollenstein (G)
	Collaboration avec les autorités sud-africains en relation avec les agissements de Peter Regli [01.5115] Frage / Jean-Nils De Dardel / S / GE / 0	
01.10.01	Kontrolle von Flugbewegungen durch Militärangehörige [01.5182] Frage / Pia Hollenstein / G / SG / 0	01.10.01 (BR Schmid)
	Schweizer Hilfe bei der Herstellung chemischer und biologischer Waffen in den Achtzigerjahren? [01.5183] Frage / Pia Hollenstein / G / SG / 0	Hollenstein (G)
13.12.01	Transparenz bezüglich Aussagen in Südafrika über die Schweiz [01.1142] Einfache Anfrage NR / Pia Hollenstein / G / SG / 0	27.02.02 (BR)
	Auskunftspflicht für Beamte für das NFP42plus, Teil Schweiz-Südafrika [01.1143] Einfache Anfrage NR / Pia Hollenstein / G / SG / 0	
11.03.02	Volle Transparenz bezüglich Aussagen in Südafrika über die Schweiz [02.5025] Frage / Pia Hollenstein / G / SG / 0	11.03.02 (BR)
	Reaktivierung der interdepartementalen Arbeitsgruppe Schweiz/Südafrika [02.5026] Frage / Pia Hollenstein / G / SG / 0	
04.10.01	Services de renseignement et apartheid. Création de commissions d'enquête parlementaires [01.448] Parlamentarische Initiative NR / Jean-Nils De Dardel / S / GE / 39 "Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung (...) reiche ich folgende Parlamentarische Initiative (...) ein: Die Bundesversammlung setzt eine parlamentarische Untersuchungskommission ein, um die Natur und die Modalitäten der Beziehungen der schweizerischen Nachrichtendienste zum südafrikanischen Geheimdienst während der Apartheidzeit aufzuklären, und legt ihren Auftrag fest." [01.448].	18.03.02 (Vorstoss im NR mit 94 zu 60 Stimmen abgelehnt) Binder (V) De Dardel (S) Fässler (S) Pelli (R)
22.03.02	Relations avec l'Afrique du Sud. Accord secret de 1986 [02.1040] Einfache Anfrage NR / Jean-Nils De Dardel / S / GE / 0	22.05.02 (BR)

Einreich- datum:	Verhandlungsgegenstand: [Geschäftsnummer] Vorstoss Nationalrat (NR), Ständerat (SR) / Initiator / Fraktion / Kanton / Anzahl Mitunterzeichner:	Antwort Bundesrat (BR) und Ratsbeschlüsse: Wortmeldungen:
22.03.02	<i>Nachrichtendienstbeziehungen Schweiz-Südafrika während der Apartheid. Transparente Position des Bundesrates im Untersuchungsprozess</i> [02.1041] Einfache Anfrage NR / Pia Hollenstein / G / SG / 0	22.05.02 (BR)
04.10.01	<i>Suisse/Afrique du Sud. A quand de vrais renseignements?</i> [01.3562] Interpellation NR / Pierre Chiffelle / S / VD / 19	13.11.01 (BR; Interpellant unzufrieden) 14.12.01 (Diskussion im NR verschoben) 21.06.02 (Vorstoss abgeschrieben, da Urheber aus dem NR ausgeschieden)
18.06.02	<i>Ed Fagan. Einreisesperre</i> [02.1072] Einfache Anfrage NR / Bernhard Hess / D / SO / 0	20.09.02 (BR)
20.06.02	<i>Conséquences de l'apartheid. Conférence internationale</i> [02.3328] Interpellation NR / Jean-Nils De Dardel / S / GE / 7 "Aus den USA wurden Sammelklagen von Apartheid-Opfern angekündigt. 1. Wieder wurde der Weg über die amerikanische Justiz gewählt, um in einer wichtigen geschichtlichen Streitsache zu entscheiden, welche die Schweiz betrifft. So weit kam es, weil die Schweiz sich geweigert hat, (politische oder gerichtliche) Institutionen zu schaffen, die es ihr erlaubt hätten, selber eine Lösung zu finden. Was ist die Haltung des Bundesrates dazu? 2. Verschiedene Finanz- und Wirtschaftsplätze waren an der Unter- stützung der Apartheidpolitik beteiligt. Hält der Bundesrat angesichts dieser Tatsache nicht die Durchführung einer internationalen Konferenz, an der die Opfer der Apartheid sowie betroffene Regierungen und multinationale Unternehmen vertreten sein müssen, für angebracht, um die Frage der Apartheidfolgen und der Wiedergutmachung für die Opfer zu lösen? Oder schlägt der Bundesrat eine andere Lösung vor?" [02.3328].	04.10.02 (BR; Interpellant unzufrieden)
27.11.02	<i>Procédures judiciaires aux Etat-Unis contre les entreprises avec le régime sud- africain de l'apartheid</i> [02.5213] Frage / Jean-Nils De Dardel / S / GE / 0 <i>Apartheidklagen und Rolle der Schweizer Regierung</i> [02.5220] Frage / Pia Hollenstein / G / SG / 0	27.11.02 (BR)
16.06.03	<i>Folgen der verhängten Südafrika-Aktensperre für die laufenden Untersuchungen</i> [03.5167] Frage / Pia Hollenstein / G / SG / 0 <i>Bundesrätliche Sperre der Südafrika-Akten</i> [03.5168] Frage / Pia Hollenstein / G / SG / 0 <i>Druck auf den Bundesrat wegen Klagen aus den USA</i> [03.5169] Frage / Ueli Leuenberger / G / GE / 0 <i>Schweiz/Südafrika. Schuldeingeständnis?</i> [03.5181] Frage / Jean-Nils De Dardel / S / GE / 0	16.06.03 (BR)
29.11.01	<i>Schweiz/Südafrika. Aufarbeitung der Beziehungen während den Jahren 1948- 1994</i> [01.460] Parlamentarische Initiative NR / Pia Hollenstein / G / SG / 79 "Gestützt auf Artikel 21bis des Geschäftsverkehrsgesetzes (...) verlange ich mit einer Parlamentarischen Initiative (...) einen einfachen Bundesbeschluss zu erlassen, der das Verhältnis der Schweiz zum südafrikanischen Apartheidregime historisch aufarbeitet." [01.460].	20.06.03 (Mehrheit der Kommission für Rechtsfragen beantragt der Initiative keine Folge zu geben; dies wird im NR mit 103 zu 67 Stimmen bestätigt) Baumann (V, Kom- missionssprecher) De Dardel (S) Glasson (R, Kommissions- sprecher) Hollenstein (G) Ménétrey-Savary (G)

Einreich- datum:	Verhandlungsgegenstand: [Geschäftsnummer] Vorstoss Nationalrat (NR), Ständerat (SR) / Initiator / Fraktion / Kanton / Anzahl Mitunterzeichner:	Antwort Bundesrat (BR) und Ratsbeschlüsse: Wortmeldungen:
28.11.02	<p><i>Beziehungen der schweizerischen Nachrichtendienste zum südafrikanischen Geheimdienst. Einsetzen einer PUK</i> [02.464] Parlamentarische Initiative NR / Paul Günter / S / BE / 29</p> <p>"Gestützt auf (...) Artikel 21bis des Geschäftsverkehrsgesetzes reiche ich folgende Parlamentarische Initiative (...) ein: Die Bundesversammlung setzt eine parlamentarische Untersuchungskommission ein, um:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Natur und die Modalitäten der Beziehungen der schweizerischen Nachrichtendienste zum südafrikanischen Geheimdienst während der Apartheid aufzuklären; 2. abzuklären, ob und allenfalls wie und von wem die bisher laufenden Untersuchungen des VBS, der Bundesanwaltschaft und der GPK-Delegation zu diesem Thema absichtlich behindert wurden." [02.464]. 	17.06.04 (Initiative wird im NR mit 100 zu 63 stimmen abgelehnt)
19.06.03	<p><i>Position des Bundesrates zum Menschenrecht von Apartheid-Opfern auf Wiedergutmachung</i> [03.1089] Einfache Anfrage NR / Pia Hollenstein / G / SG / 0</p>	10.09.03 (BR)
13.12.04	<p><i>NFP 42+ Schweiz/Südafrika</i> [04.5247] Frage / Pia Hollenstein / G / SG / 0</p>	13.12.04 (BR)
17.03.05	<p><i>Finanzierung der Übersetzung des Schlussberichtes NFP 42+ ins Englische</i> [05.3109] Motion / Claude Janiak / S / BL / 0</p>	<p>18.05.05 (BR)</p> <p>17.06.05 (Motion wird im NR abgelehnt)</p>
19.06.03	<p><i>Aktensperre betreffend Archivbestände Schweiz-Südafrika. Offene Fragen</i> [03.3366] Interpellation NR / Pia Hollenstein / G / SG / 20</p>	<p>10.09.03 (BR)</p> <p>03.10.03 (Diskussion im NR verschoben)</p> <p>17.06.05 (Abgeschrieben, weil seit mehr als zwei Jahren hängig)</p>
18.03.04	<p><i>Menschenrechtsklagen. Keine Einschränkungen</i> [04.3145] Interpellation NR / Pia Hollenstein / G / SG / 0</p>	<p>26.05.04 (BR)</p> <p>08.10.04 (Diskussion im NR verschoben)</p>

VIII. Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1:	ÜBERBLICK DER ANALYSIERTEN MEDIEN UND PUBLIKATIONEN	21
ABBILDUNG 2:	AUFMERKSAMKEIT FÜR APARTHEID, SÜDAFRIKA UND VERHÄLTNIS SCHWEIZ-SÜDAFRIKA IN WELTWOCHEN 1960-2001	50
ABBILDUNG 3:	AUFMERKSAMKEIT FÜR APARTHEID, SÜDAFRIKA UND VERHÄLTNIS SCHWEIZ-SÜDAFRIKA IN KONZEPT UND WOCHEN- ZEITUNG 1960-2001	51
ABBILDUNG 4:	AUFMERKSAMKEIT FÜR APARTHEID, SÜDAFRIKA UND VERHÄLTNIS SCHWEIZ-SÜDAFRIKA IN REPUBLIKANER UND SCHWEIZERZEIT 1960-2001	53
ABBILDUNG 5:	PARLAMENTARISCHE VORSTÖSSE UND DEBATTEN ZUM VERHÄLTNIS SCHWEIZ-SÜDAFRIKA 1960-2001	54
ABBILDUNG 6:	ÜBERBLICK ZUM TOTAL DER ARTIKEL UND BEITRÄGE ZUM VERHÄLTNIS SCHWEIZ-SÜDAFRIKA IN DEN DREI VERTIEFUNGSPHASEN	56

Abbildungen Phase 1976-1980:

ABBILDUNG 7:	APARTHEIDKRITISCHE POSITIONEN DIFFERENZIERT NACH AKTEUREN IN AAB-NACHRICHTEN UND KONZEPT 1976-1980	73
ABBILDUNG 8:	APARTHEIDKRITISCHE POSITIONEN DIFFERENZIERT NACH AKTEUREN IN DER MEDIENARENA 1976-1980	89
ABBILDUNG 9:	ANTIKRITISCHE POSITIONEN DIFFERENZIERT NACH AKTEUREN IN DER MEDIENARENA 1976-1980	92
ABBILDUNG 10:	WIDERSTREIT IN DER MEDIENARENA 1976-1980	93
ABBILDUNG 11:	APARTHEIDKRITISCHE POSITIONEN DIFFERENZIERT NACH AKTEUREN IM PARLAMENT 1976-1980	106
ABBILDUNG 12:	ANTIKRITISCHE POSITIONEN DIFFERENZIERT NACH AKTEUREN IM PARLAMENT 1976-1980	107
ABBILDUNG 13:	WIDERSTREIT IM PARLAMENT 1976-1980	110
ABBILDUNG 14:	APARTHEIDKRITISCHE POSITIONEN IN DER ÖFFENTLICHEN POLITISCHEN KOMMUNIKATION DER SCHWEIZ 1976-1980	117
ABBILDUNG 15:	ANTIKRITISCHE POSITIONEN IN DER ÖFFENTLICHEN POLITISCHEN KOMMUNIKATION DER SCHWEIZ 1976-1980	119

Abbildungen Phase 1985-1989:

ABBILDUNG 16:	APARTHEIDKRITISCHE POSITIONEN DIFFERENZIERT NACH AKTEUREN IN AAB-NACHRICHTEN UND WOCHEN- ZEITUNG 1985-1989	128
ABBILDUNG 17:	ANTIKRITISCHE POSITIONEN DIFFERENZIERT NACH AKTEUREN IN AAB-NACHRICHTEN UND WOCHENZEITUNG 1985-1989	132
ABBILDUNG 18:	WIDERSTREIT IN AAB-NACHRICHTEN UND WOCHENZEITUNG 1985-1989	135
ABBILDUNG 19:	ANTIKRITISCHE POSITIONEN DIFFERENZIERT NACH AKTEUREN IN ASA-BULLETIN UND SCHWEIZERZEIT 1985-1989	152
ABBILDUNG 20:	APARTHEIDKRITISCHE POSITIONEN DIFFERENZIERT NACH AKTEUREN IN DER MEDIENARENA 1985-1989	170
ABBILDUNG 21:	ANTIKRITISCHE POSITIONEN DIFFERENZIERT NACH AKTEUREN IN DER MEDIENARENA 1985-1989	173
ABBILDUNG 22:	WIDERSTREIT IN DER MEDIENARENA 1985-1989	176
ABBILDUNG 23:	APARTHEIDKRITISCHE POSITIONEN DIFFERENZIERT NACH AKTEUREN IM PARLAMENT 1985-1989	204
ABBILDUNG 24:	ANTIKRITISCHE POSITIONEN DIFFERENZIERT NACH AKTEUREN IM PARLAMENT 1985-1989	207
ABBILDUNG 25:	WIDERSTREIT IM PARLAMENT 1985-1989	210
ABBILDUNG 26:	APARTHEIDKRITISCHE POSITIONEN IN DER ÖFFENTLICHEN POLITISCHEN KOMMUNIKATION DER SCHWEIZ 1985-1989	228
ABBILDUNG 27:	ANTIKRITISCHE POSITIONEN IN DER ÖFFENTLICHEN POLITISCHEN KOMMUNIKATION DER SCHWEIZ 1985-1989	230

Abbildungen Phase 1997-2001:

ABBILDUNG 28: APARTHEIDKRITISCHE POSITIONEN DIFFERENZIERT NACH AKTEUREN IN AAB-NACHRICHTEN UND WOCHEN- ZEITUNG 1997-2001	242
ABBILDUNG 29: ANTIKRITISCHE POSITIONEN DIFFERENZIERT NACH AKTEUREN IN AAB-NACHRICHTEN UND WOCHENZEITUNG 1997-2001	245
ABBILDUNG 30: WIDERSTREIT IN AAB-NACHRICHTEN UND WOCHENZEITUNG 1997-2001	247
ABBILDUNG 31: APARTHEIDKRITISCHE POSITIONEN DIFFERENZIERT NACH AKTEUREN IN DER MEDIENARENA 1997-2001	268
ABBILDUNG 32: ANTIKRITISCHE POSITIONEN DIFFERENZIERT NACH AKTEUREN IN DER MEDIENARENA 1997-2001	271
ABBILDUNG 33: WIDERSTREIT IN DER MEDIENARENA 1997-2001	274
ABBILDUNG 34: APARTHEIDKRITISCHE POSITIONEN DIFFERENZIERT NACH AKTEUREN IM PARLAMENT 1997-2001	305
ABBILDUNG 35: ANTIKRITISCHE POSITIONEN DIFFERENZIERT NACH AKTEUREN IM PARLAMENT 1997-2001	307
ABBILDUNG 36: WIDERSTREIT IM PARLAMENT 1997-2001	309
ABBILDUNG 37: APARTHEIDKRITISCHE POSITIONEN IN DER ÖFFENTLICHEN POLITISCHEN KOMMUNIKATION DER SCHWEIZ 1997-2001	321
ABBILDUNG 38: ANTIKRITISCHE POSITIONEN IN DER ÖFFENTLICHEN POLITISCHEN KOMMUNIKATION DER SCHWEIZ 1997-2001	323

IX. Bibliographie

- Adam, Heribert, 1988: *Exile and Resistance: The African National Congress, the South African Communist Party and the Pan Africanist Congress*. S. 95-124 in: Peter Berger, und Bobby Godsell (Hrsg.): *A Future South Africa. Visions, Strategies and Realities*. Cape Town: Human & Rousseau.
- Akiwowo, Akinsola, und Jacques Dofny (Hrsg.), 1980: *National and Ethnic Movements*. London: Sage Publications.
- Aktion Südafrika-Boykott (ASB) (Hrsg.), 1983: *Kaiseraugst, Südafrika-Namibia: Gemeinsam gegen Atommultis*. Zürich.
- Alexander, Jeffrey C., 1981: *The Mass News Media in Systematic, Historical and Comparative Perspective*. In: Elihu Katz, und Tamas Szecskö (Hrsg.): *Mass Media and social Change*. London.
- Alexander, Neville, 1991: *Black Consciousness: A Reactionary Tendency?* S. 238-252 in: Barney Pityana, Mamphela Ramphele, Malusi Mpumlwana, und Lindy Wilson (Hrsg.): *Bounds of Possibility. The Legacy of Steve Biko and Black Consciousness*. Cape Town: David Philip.
- Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Mouvement Anti-Apartheid de Suisse (MAAS), Aktion Südafrika-Boykott (ASB), und Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt (AFP) (Hrsg.), 1988: *Südafrika: Schweizer Banken profitieren – wir boykottieren!* Zürich.
- Baker, Pauline H., 1989: *The United States and South Africa. The Reagan Years*. New York: Ford Foundation.
- Berger, Peter, und Bobby Godsell (Hrsg.), 1988: *A Future South Africa. Visions, Strategies and Realities*. Cape Town: Human & Rousseau.
- Berger, Peter, und Thomas Luckmann, 1990: *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Biko, Steve, 1987: *I write what I like*. London: Heinemann.
- Bloomberg, Charles, 1989: *Christian-Nationalism and the Rise of the Afrikaner Broederbond in South Africa 1918-48*. Indianapolis: Indiana University Press.
- Blum, Roger, 1996: *Berlusconis Modell – Parallelen in der Schweiz?* S. 201-211 in: Imhof, Kurt, und Peter Schulz (Hrsg.): *Politisches Raisonement in der Informationsgesellschaft*. Reihe "Mediensymposium Luzern", Band 2. Zürich: Seismo.
- Blum, Roger, 1999: *www.blocher.ch. Mediales Ereignis-Management und Störpotential einer schweizerischen Oppositionsbewegung*. S. 77-84 in Imhof, Kurt, Otfried Jarren, und Roger Blum (Hrsg.): *Steuerungs- und Regelungsprobleme in der Informationsgesellschaft*. Reihe "Mediensymposium Luzern", Band 5. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Bonny, Jean-Pierre, 1988: *Mit wirtschaftlichem Druck zu politischer Evolution in Südafrika?* Flugschrift der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS).
- Boonzaier, Emile, und John Sharp (Hrsg.), 1988: *South African Keywords. The Use and Abuse of Political Concepts*. Cape Town: David Philip.
- Bornscher, Volker, 1988: *Westliche Gesellschaft im Wandel*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Bornscher, Volker, Manuel Eisner, Kurt Imhof, Gaetano Romano, und Christian Suter (Hrsg.), 1990: *Diskontinuität des sozialen Wandels*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Bunting, Brian, 1964: *The Rise of the South African Reich*. London: Penguin Books.
- Burger, Marlene, und Chandré Gould, 2002: *Secrets and Lies. Wouter Basson and South Africa's Chemical and Biological Warfare Programme*. Cape Town: Zebra Press.
- Buthelezi, Mangosuthu G., 1987: *South Africa Today: South Africa Tomorrow*. Vortrag am 4. Südafrika-Seminar der Arbeitsgruppe südliches Afrika (asa). Egerkingen.
- Centre Europe – Tiers Monde (CETIM) (Hrsg.), 1972: *Suisse – Afrique du Sud. Relations économiques et politiques*. Genf: CETIM.
- Centre Europe – Tiers Monde (CETIM) (Hrsg.), 1974: *Schweiz – Südafrika. Ende des Dialogs?* Genf: CETIM.
- Commonwealth Secretariat, 1986: *The Commonwealth Group of Eminent Persons: Mission to South Africa*. Commonwealth Report.
- Dahinden, M., 1987: *Neue soziale Bewegungen und ihre gesellschaftliche Wirkung*. Zürich.
- Dahrendorf, Ralf, 1990: *Reflections on the Revolutions in Europe. In a letter intended to have been sent to a gentleman in Warsaw*. London: Chatto & Windus.

- Delegation der Geschäftsprüfungskommission der Eidgenössischen Räte (GPDel), 1999: *Beziehungen zu Südafrika: Rolle des Schweizer Nachrichtendienstes*. Bern.
- Egli, Martina, Mascha Madörin, Barbara Müller, und Susi Richner, 2000: *Diskrete Diplomatie als Alibi. Die Schweizer Aussenpolitik gegenüber der Apartheid. Zeitzeugen berichten*. Reihe "Apartheid-Connections", Band 1. Zürich: Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt (Solifonds).
- Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) (Hrsg.), 2000: *Schweiz – Südafrika. Zusammenstellung der parlamentarischen Vorstösse (1948-2000)*. Bern: EDA.
- Eisenegger, Mark, und Hanspeter Karl, 1995: *Die Differenzsemantik der schweizerischen "Neuen Rechten" und des politischen Konservatismus. Zur ideologischen Konstruktion von "Eigen" und "Fremd" im massenmedialen Diskurs. Eine vergleichende, inhaltsanalytische Studie der Presseorgane "Volk+Heimat" und "Schweizerzeit"*. Lizentiatsarbeit Soziologisches Institut der Universität Zürich.
- Etzioni, Amitai, 1968: *The Active Society*. New York: Free Press.
- Fisch, Jörg, 1990: *Geschichte Südafrikas*. München: dtv.
- Frankel, Philipp H., 1984: *Pretorias Praetorians: Civil-Military Relations in South Africa*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Freeman, Linda, 1998: *All but one: Britain, the Commonwealth and Sanctions*. S. 142-156 in: Mark Orkin (Hrsg.): *Sanctions Against Apartheid*. Cape Town: David Philip.
- Frischknecht, Jürg, Peter Haffner, Ueli Haldimann, und Peter Niggli, 1987: *Die Unheimlichen Patrioten. Politische Reaktion in der Schweiz. Ein aktuelles Handbuch*. Zürich: Limmat Verlag.
- Furlong, P. J., 1991: *Between Crown and Swastika. The Impact of the Radical Right on the Afrikaner Nationalist Movement in the Fascist Era*. London: Wesleyan University Press.
- Gamson, William G., 1992: *Talking politics*. New York: Cambridge University Press.
- Gandhi, Mohandas K., 1982: *An Autobiography or The Story of My Experiments with Truth*. London: Penguin Books.
- Geldenhuys, Deon, 1994: *The Head of Government and South Africa's Foreign Relations*. S. 245-290 in: Robert Schrire (Hrsg.): *Malan to De Klerk. Leadership in the Apartheid State*. New York: St. Martin's Press.
- Gerhards, Jürgen, 1994: *Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch*. S. 77-105 in: Friedhelm Neidhardt (Hrsg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gerhards, Jürgen, und Friedhelm Neidhardt, 1990: *Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit*. Discussion Paper FS III. S. 90-101. Wissenschaftszentrum Berlin.
- Gerhart, Gail M., 1978: *Black Power in South Africa. The Evolution of an Ideology*. Berkeley: University of California Press.
- Giliomee, Hermann, 1994: *The Leader and the Citizenry*. S. 102-135 in: Robert Schrire (Hrsg.): *Malan to De Klerk. Leadership in the Apartheid State*. New York: St. Martin's Press.
- Goffman, Erving, 1977: *Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Gygax, David, 2001: *La Suisse-South African Association (SSAA), une Organe du Capital helvétique en Afrique du Sud*. Freiburg.
- Habermas, Jürgen, 1962: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchung zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Neuwied.
- Habermas, Jürgen, 1990: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchung zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Mit einem Vorwort zur Neuauflage 1990*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Halisi, C. R. D., 1991: *Biko and Black Consciousness Philosophy*. S. 100-110 in: Barney Pityana, Mamphela Ramphele, Malusi Mpumlwana, und Lindy Wilson (Hrsg.): *Bounds of Possibility. The Legacy of Steve Biko and Black Consciousness*. Cape Town: David Philip.
- Holland, Martin, 1988: *The European Community and South Africa. European Political Cooperation under Strain*. London.
- Holland, Martin, 1995: *European Union Common Foreign Policy. From EPC to CFSP Joint Action and South Africa*. New York: St. Martin's Press.
- Hradil, Stefan (Hrsg.), 1997: *Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden*. Frankfurt/New York.

- Hull, Richard W., 1990: *American Enterprise in South Africa. Historical Dimensions of Engagement and Disengagement*. New York: New York University Press.
- Imhof, Kurt, 1993: *Vermessene Öffentlichkeit – vermessene Forschung? Vorstellung eines Projektes*. S. 11-60 in: Kurt Imhof, Heinz Kleger, und Gaetano Romano (Hrsg.): *Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit*. Reihe "Krise und sozialer Wandel", Band 1. Zürich: Seismo.
- Imhof, Kurt, Heinz Kleger, und Gaetano Romano (Hrsg.), 1993: *Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit*. Reihe "Krise und sozialer Wandel", Band 1. Zürich: Seismo.
- Imhof, Kurt, 1994: *Ausdifferenzierung – Entdifferenzierung: Mediensystem und politische Kommunikation. Sieben Bemerkungen zu einem theoretischen und empirischen Problem der Kommunikationswissenschaft*. Medienwissenschaft Schweiz, Vol. 2.
- Imhof, Kurt, und Gaetano Romano, 1996: *Die Diskontinuität der Moderne. Theorie des sozialen Wandels*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Imhof, Kurt, Heinz Kleger, und Gaetano Romano (Hrsg.), 1996: *Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit*. Reihe "Krise und sozialer Wandel", Band 2. Zürich: Seismo.
- Imhof, Kurt, 1996: *Eine Symbiose: Soziale Bewegungen und Medien*. S. 165-186 in: Kurt Imhof, und Peter Schulz (Hrsg.): *Politisches Raisonement in der Informationsgesellschaft*. Reihe "Mediensymposium Luzern", Band 2. Zürich: Seismo.
- Imhof, Kurt, 1996: *"Öffentlichkeit" als historische Kategorie und als Kategorie der Historie*. Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Vol. 46, S. 3-25.
- Imhof, Kurt, 1996: *Zur Semantik des Fremden in sozialen Krisenphasen*. In: H.-R. Wicker, C. Bolzmann, R. Fibbi, K. Imhof, A. Wimmer (Hrsg.): *Migration, Ethnizität und Staat. Das Fremde in der Gesellschaft*. Zürich.
- Imhof, Kurt, und Peter Schulz (Hrsg.), 1996: *Politisches Raisonement in der Informationsgesellschaft*. Reihe "Mediensymposium Luzern", Band 2. Zürich: Seismo.
- Imhof, Kurt, Heinz Kleger, und Gaetano Romano (Hrsg.), 1999: *Vom Kalten Krieg zur Kulturrevolution. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der 50er und 60er Jahre*. Reihe "Krise und sozialer Wandel", Band 3. Zürich: Seismo.
- Imhof, Kurt, Otfried Jarren, und Roger Blum (Hrsg.), 1999: *Steuerungs- und Regelungsprobleme in der Informationsgesellschaft*. Reihe "Mediensymposium Luzern", Band 5. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Imhof, Kurt, und Mark Eisenegger, 1999: *Inszenierte Politik: Resonanz von "Events" in den Medien*. S. 195-218 in: Peter Szyszka (Hrsg.): *Öffentlichkeit. Diskurs zu einem Schlüsselbegriff der Organisationskommunikation*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Imhof, Kurt, Patrik Ettinger, Martin Kraft, Stephan Meier von Bock, und Guido Schätti, 2000: *Die Schweiz in der Welt – die Welt in der Schweiz: eine vergleichende Studie zu Bedrohungsaufbau und Bedrohungsverlust als Koordinaten schweizerischer Aussenpolitik (1944-1998)*. NFP 42 Synthesis 50. Bern: Schweizerischer Nationalfonds.
- Imhof, Kurt, und Philipp Merkofer, 2001: *Kommunikationsereignisse Schweiz-Südafrika: Öffentliche Debatten im Kalten Krieg*. Zürich (Ms.).
- Imhof, Kurt, und Mark Eisenegger, 2001: *Issue Monitoring: Die Basis des Issue Managements. Zur Methodik der Früherkennung organisationsrelevanter Umweltentwicklungen*. S. 257-278 in: Ulrike Röttger (Hrsg.): *Issue Management. Theoretische Konzepte und praktische Umsetzung. Eine Bestandesaufnahme*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Imhof, Kurt, Patrik Ettinger, und Philipp Merkofer, 2002: *Relations between Switzerland and South Africa's apartheid regime in Swiss public political communication between 1948 and 2001*. NFP 42+ Zwischenbericht. Zürich (Ms.).
- Interdepartementale Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika, 1999: *Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika*. Bern.
- Jarren, Otfried (Hrsg.), 1994: *Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen*. Opladen: Leske & Buderich.
- Jarren, Otfried, 1996: *Auf dem Weg in die "Mediengesellschaft"? Medien als Akteure und institutionalisierter Handlungskontext. Theoretische Anmerkungen zum Wandel des intermediären Systems*. S. 79-96 in: Kurt Imhof, und Peter Schulz (Hrsg.): *Politisches Raisonement in der Informationsgesellschaft*. Reihe "Mediensymposium Luzern", Band 2. Zürich: Seismo.
- Jarren, Otfried, Patrick Donges, und Hartmut Wessler (Hrsg.), 1996: *Medien und politischer Prozess. Politische Öffentlichkeit und massenmediale Politikvermittlung im Wandel*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Jarren, Otfried et al. (Hrsg.), 1998: *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*. Opladen.
- Justitia et Pax (Hrsg.), 1986: *Unsere Verantwortung für Südafrika*. Bern: Justitia et Pax.

- Kane-Berman, John, 1989: *Die Erosion der Apartheid*. Protea Publikation Nr. 3. Flaach: Protea Publikationen.
- Karrer, Christina, 1987: *"Die Schweizer Neutralitätler". Die schweizerische Diplomatie und der südafrikanische Apartheid-Staat*. Reihe "Zusammenarbeit Schweiz-Südafrika". Basel: Solidaritätskomitee für Asien, Afrika und Lateinamerika (SKAAL), Arbeitsgruppe Dritte Welt (AG3W), und Aktion Südafrika-Boycott (ASB).
- Katz, Elihu, und Tamas Szecskö (Hrsg.): *Mass Media and social Change*. London.
- Kein Geld für Apartheid (Hrsg.), 1988: *Wirtschaftssanktionen als politisches Druckmittel. Argumente zur Bankenkampagne*. Bern: Arbeitsgemeinschaft "Kein Geld für Apartheid".
- Kepplinger, Hans Matthias, 1989: *Medienanalyse Südafrika*. Protea Publikation Nr. 2. Flaach: Protea Publikationen.
- Kepplinger, Hans Matthias, 1998: *Politische Kommunikation als Persuasion*. S. 362-268 in: Jarren, Otfried et al. (Hrsg.): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*. Opladen.
- Klandermans, Bert, Hanspeter Kriesi, und Sidney Tarrow (Hrsg.), 1988: *From Structure to Action: Comparing Social Movement Research Across Cultures*. Greenwich, Connecticut: JAI Press.
- Kleger, Heinz, 1993: *Der neue Ungehorsam. Widerstände und politische Verpflichtungen in einer lernfähigen Demokratie*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Kotzé, Hennie, und Anneke Greyling, 1994: *Political Organisations in South Africa A-Z*. Cape Town: Tafelberg.
- Kriesi, Hanspeter, 1994: *Akteure – Medien – Publikum. Die Herausforderung direkter Demokratie durch die Transformation der Öffentlichkeit*. S. 234-260 in: Friedhelm Neidhardt (Hrsg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kunz, Hildegard, 1989: *Die Öffentlichkeitsarbeit der Umweltorganisation Greenpeace*. Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 2, S. 27-37.
- Lodge, Tom, 1983: *Black Politics in South Africa since 1945*. Johannesburg: Ravan Press.
- Lodge, Tom, 1991: *Rebellion: The Turning of the Tide*. S. 23-204 in: Tom Lodge, und Bill Nasson (Hrsg.), 1991: *All, Here, and Now: Black Politics in South Africa in the 1980s*. Cape Town: David Philip.
- Lodge, Tom, und Bill Nasson (Hrsg.), 1991: *All, Here, and Now: Black Politics in South Africa in the 1980s*. Cape Town: David Philip.
- Longchamp, Claude, 1993: *Herausgeforderte demokratische Öffentlichkeit. Zu den Möglichkeiten und Grenzen des politischen Marketings bei Abstimmungen und Wahlen in der Schweiz*. Annuaire Suisse de science politique, S. 31.
- Luhmann, Niklas, 1996: *Die Realität der Massenmedien*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Madörin, Mascha, 1989: *GoldGier. Weltgeld Gold. Vom Kolonialismus zum Goldhorten heute*. Bern: Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt (AFP).
- Madörin, Mascha, 1989: *Prüfstein Südliches Afrika. Goldhandelsplatz Schweiz und internationale Solidaritätsbewegung*. S. 74-85 in Widerspruch, Sonderband 2 / April 1989: Schuldenkrieg und CH-Finanzkapital.
- Madörin, Mascha, 1995: *Südafrika, Weltmarkt und die Schweiz. Die Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz mit Südafrika in den 90er Jahren*. Basel: Nachrichtenstelle südliches Afrika (NaSA).
- Madörin, Mascha, Gottfried Wellmer, und Martina Egli, 1999: *Apartheidschulden. Der Anteil Deutschlands und der Schweiz*. Stuttgart: Brot für die Welt.
- Mandela, Nelson, 1994: *Long walk to Freedom*. London: Little, Brown & Company.
- Marcinowski, Frank, 1993: *Publizistik als autopoietisches System. Politik und Massenmedien. Eine systemtheoretische Analyse*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Maré, Gerhard, und Georgina Hamilton, 1987: *An Appetite for Power. Buthelezi's Inkatha and South Africa*. Johannesburg: Ravan Press.
- Maré, Gerhard, 1992: *Brothers Born of Warrior Blood. Politics and Ethnicity in South Africa*. Johannesburg: Ravan Press.
- Marx, Karl, und Friedrich Engels, 1972: *Marx Engels Werke, Band VIII, August 1851-März 1872*. Berlin: Dietz.
- McAdam, Doug, 1994: *Das "Framing" der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung*. S. 393-412 in: Friedhelm Neidhardt (Hrsg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Meer, Fatima, 1990: *Higher than Hope. The Authorized Biography of Nelson Mandela*. London: Penguin Books.
- Meer, Fatima (Hrsg.), 1993: *The Codesa-File. Negotiating a non-racial Democracy in South Africa, 1989-March 1993*. Durban: Madiba.

- Meier, Stephan, 1998: *Die Konstitution des Bösen. Die Partei der Arbeit der Schweiz zwischen Aufbruch und Ausgrenzung (1944-1952)*. Lizentiatsarbeit Soziologisches Institut der Universität Zürich.
- Merkhofer, Philipp, 1996: *Die Universalisierung des "Rassischen". Zur ideologischen Konstruktion und Instrumentalisierung von "Gemeinsamkeitsglauben" im Kontext der Apartheid. Eine Analyse der Genese des "Afrikanerdoms" und seiner Gegenidentifikationen*. Lizentiatsarbeit Soziologisches Institut der Universität Zürich.
- Merkhofer, Philipp, und Stefan Tobler, 1998: *Die Medienresonanz der politischen Kampagnen zur Genschutz-Initiative. Eine Analyse der Medienresonanz des WWF sowie der Kampagnen von Befürwortern und Gegnern der Genschutz-Initiative*. Zürich (Ms.).
- Merkhofer, Philipp, 2000: *Event-Monitoring. Analyse der Resonanzeffekte der Ereignisproduktion von politischen Akteuren in den elektronischen Medien*. Zürich (Ms.).
- Monath, Jens, 1990: *Afrikaanertum im Staat und Wirtschaft Südafrikas*. Münster: Lit Verlag.
- Moodie, T. Dunbar, 1975: *The Rise of Afrikanerdom. Power, Apartheid and the Afrikaner Civil Religion*. Berkeley: University of California Press.
- Müller-Doohm, Stefan, 1997: *Medienkultur im Zeitalter des Globalismus*. S. 710-722 in: Stefan Hradil (Hrsg.): *Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden*. Frankfurt/New York.
- Münch, R., 1997: *Mediale Ereignisproduktion. Strukturwandel der politischen Macht*. S. 696-709 in: Stefan Hradil (Hrsg.): *Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden*. Frankfurt/New York.
- Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.), 1994: *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Neidhardt, Friedhelm, und Dieter Rucht, 1993: *Auf dem Weg in die "Bewegungsgesellschaft"? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen*. Soziale Welt. Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis, Vol. 44, S. 305-326.
- Nemeth, Diana, 2000: *Les soutiens suisses au mouvement anti-apartheid en Afrique du Sud*. Lizentiatsarbeit Fac. des Lettres Fribourg.
- Niggli, Peter, und Jürg Frischknecht, 1998: *Rechte Seilschaften. Wie die "unheimlichen Patrioten" den Zusammenbruch des Kommunismus meisterten*. Zürich: Rotpunktverlag.
- Olivier, Nic, 1994: *The Head of Government and the Party*. S. 80-101 in: Robert Schrire (Hrsg.): *Malan to De Klerk. Leadership in the Apartheid State*. New York: St. Martin's Press.
- Orkin, Mark, 1998: *Introduction. The Case of Sanctions Against Apartheid*. S. 1-33 in: Mark Orkin (Hrsg.): *Sanctions Against Apartheid*. Cape Town: David Philip.
- Orkin, Mark (Hrsg.), 1998: *Sanctions Against Apartheid*. Cape Town: David Philip.
- Pampallis, John, 1991: *Foundation of the New South Africa*. Cape Town: Zed Books.
- Pelzer, A. N. (Hrsg.), 1966: *Verwoerd Speaks – Speeches 1948-1966*. Johannesburg: Afrikaanse Pers.
- Peters, Birgit, 1994: *"Öffentlichkeitseleite" – Bedingungen und Bedeutungen von Prominenz*. S. 191-213 in: Friedhelm Neidhardt (Hrsg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Pfister, Roger, 2000: *Die Schweiz und Südafrika während der Apartheid: Kontroverse und "Agenda-Setting" nach 1998*. Beiträge Nr. 31. Zürich: Zentrum für internationale Studien ETH Zürich.
- Pityana, Barney, Mamphela Ramphele, Malusi Mpumlwana, und Lindy Wilson (Hrsg.), 1991: *Bounds of Possibility. The Legacy of Steve Biko and Black Consciousness*. Cape Town: David Philip.
- Pöttker, Horst, 1996: *Politikverdrossenheit und Medien. Daten und Reflexionen zu einem virulenten Problem*. S. 59-72 in: Otfried Jarren, Patrick Donges, und Hartmut Wessler (Hrsg.): *Medien und politischer Prozess. Politische Öffentlichkeit und massenmediale Politikvermittlung im Wandel*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Riley, Eileen, 1991: *Major Political Events in South Africa. 1948-1990*. Oxford/New York: Facts On File.
- Romano, Gaetano, 1966: *Vernunft und Charisma. Ideologisierung und Personalisierung öffentlicher politischer Kommunikation*. S. 107-145 in: Kurt Imhof, und Peter Schulz (Hrsg.): *Politisches Raisonement in der Informationsgesellschaft*. Reihe "Mediensymposium Luzern", Band 2. Zürich: Seismo.
- Rosenthal, Richard, 1998: *Mission improbable. A Piece of the South African Story*. Cape Town: David Philip.

- Roux, Renée, Linda Stibler, Ginevra Signer, Barbara Weyermann, Markus Mugglin, und Lukas Vogel, 1990: *Im Windschatten der Apartheid. Schweizer Firmen und schwarze Arbeiterschaft in Südafrika*. Zürich: Limmat Verlag.
- Röttger, Ulrike (Hrsg.), 2001: *Issue Management. Theoretische Konzepte und praktische Umsetzung. Eine Bestandsaufnahme*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Sachs, Albie, und Hilda Bernstein, 1976: *Die Gesetze der Apartheid*. Bonn: Informationsstelle südliches Afrika (Issa).
- Sarcinelli, Ulrich, 1987: *Symbolische Politik. Zur Bedeutung symbolischen Handelns in der Wahlkampfkommunikation der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Sarcinelli, Ulrich, 1994: *Mediale Politikdarstellung und politisches Handeln: analytische Anmerkungen zu einer notwendigerweise spannungsreichen Beziehung*. In: Otfried Jarren (Hrsg.): *Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen*. Opladen: Leske & Buderich.
- Schlüer, Ulrich, 1990: *Südafrika im Umbruch*. Protea Publikation Nr. 4. Flaach: Protea Publikationen.
- Schmolke, Michael, 1996: *Von der Parteipresse zur Medienpartei: ein fragwürdiges Verhältnis unter dem Druck der real existierenden Politik*. S. 187-200 in: Imhof, Kurt, und Peter Schulz (Hrsg.): *Politisches Raisonement in der Informationsgesellschaft*. Reihe "Mediensymposium Luzern", Band 2. Zürich: Seismo.
- Scholtz, J. J. J. (Hrsg.), 1989: *Fighter and Reformer. Extracts from the Speeches of P. W. Botha*. Pretoria: Bureau for Information.
- Schrire, Robert (Hrsg.), 1994: *Malan to De Klerk. Leadership in the Apartheid State*. New York: St. Martin's Press.
- Schulz, Winfried, 1976: *Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung*. München.
- Schweizer, Rainer J., 2002: *Schlussbericht der Administrativuntersuchung im Departement Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) über die Beziehungen des Nachrichtendienstes zu Südafrika*. Bern.
- Schweizerisches Bundesarchiv (Hrsg.), 2000: *Schweiz – Südafrika 1948-1994. Archivbestände und parlamentarische Vorstösse*. Bern: Schweizerisches Bundesarchiv.
- Siegenthaler, Hansjörg, 1993: *Regelvertrauen, Prosperität und Krisen. Die Ungleichmässigkeit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung als Ergebnis individuellen Handelns und sozialen Lernens*. Tübingen: J. C. B. Mohr.
- Simons, Jack, und Ray Simons, 1983: *Class and Colour in South Africa 1850-1950*. London: International Defence and Aid Fund for Southern Africa.
- Snow, David A., und Robert D. Benford, 1988: *Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization*. S. 197-217 in: Bert Klandermans, Hanspeter Kriesi, und Sidney Tarrow (Hrsg.): *From Structure to Action: Comparing Social Movement Research Across Cultures*. Greenwich, Connecticut: JAI Press.
- Sodemann, Christoph, 1986: *Die Gesetze der Apartheid*. Bonn: Informationsstelle südliches Afrika (Issa).
- Sono, Themba, 1993: *Reflections on the Origins of Black Consciousness in South Africa*. Pretoria: Human Science Research Council.
- Sparks, Allister, 1995: *Tomorrow is Another Country. The Inside Story of South Africa's Negotiated Revolution*. London: Heinemann.
- Strehle, Res, Gian Trepp, und Barbara Weyermann, 1987: *Ganz oben – 125 Jahre SBG*. Zürich: Limmat Verlag.
- Szyska, Peter, 1999: *Inszenierte Öffentlichkeit. Eine qualitative Analyse der zentralen Akteure im Fall "Brent Spar"*. S. 118-135 in Imhof, Kurt, Otfried Jarren, und Roger Blum (Hrsg.): *Steuerungs- und Regelungsprobleme in der Informationsgesellschaft*. Reihe "Mediensymposium Luzern", Band 5. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Szyska, Peter (Hrsg.), 1999: *Öffentlichkeit. Diskurs zu einem Schlüsselbegriff der Organisationskommunikation*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Thomas, Azhakethu M., 1997: *The American Predicament. Apartheid and United States Foreign Policy*. Aldershot: Ashgate.
- Thomson, Alex, 1996: *Incomplete Engagement. U.S. Foreign Policy Towards the Republic of South Africa 1981-1988*. Aldershot: Avebury.
- Truth and Reconciliation Commission (TRC) of South Africa (Hrsg.), 1998: *The Final Report of the Truth and Reconciliation Commission (TRC)*. Vol. 1-5. Johannesburg: TRC.
- United Nations Departement of Public Information (Hrsg.), 1994: *The United Nations and Apartheid 1948-1994*. New York: UN DPI.

- Van der Merwe, H. W., und David Welsh, 1980: *Identity, Ethnicity and Nationalism as Political Forces in South Africa: the Case of Afrikaners and Coloured Peoples*. In: Akinsola Akiwowo, und Jacques Dofny (Hrsg.): *National and Ethnic Movements*. London: Sage Publications.
- Van Rooyen, Johann, 1994: *Hard Right. The New White Power in South Africa*. London: I. B. Tauris.
- Weber, Max, 1972: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen: J. C. B. Mohr.
- Weischenberg, Siegfried, 1996: *Die Karten werden neu gemischt. Politische Kommunikation unter den aktuellen Bedingungen einer legitimationsbedürftigen Markt-Demokratie*. S. 231-254 in: Kurt Imhof, und Peter Schulz (Hrsg.): *Politisches Raisonement in der Informationsgesellschaft*. Reihe "Mediensymposium Luzern", Band 2. Zürich: Seismo.
- Wellmer, Gottfried, 2002: *Kredite an Eskom – Ein Beispiel von Kollaboration mit dem Apartheidregime*. Zürich: Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt (Solifonds).
- Welsh, David, 1994: *The Executive and the African Population – 1948 to the Present*. S. 135-208 in: Robert Schrire (Hrsg.): *Malan to De Klerk. Leadership in the Apartheid State*. New York: St. Martin's Press.
- Welsh, Frank, 1999: *Dangerous Deceits. The Secrets of Apartheid's Corrupt Bankers*. London: HarperCollins.
- West, Martin, 1988: *Confusing Categories: Population Groups, National States and Citizenship*. S. 100-110 in: Emile Boonzaier, und John Sharp (Hrsg.): *South African Keywords. The Use and Abuse of Political Concepts*. Cape Town: David Philip.
- Weyermann, Barbara, 1986: *Die Financiers der weissen Herren. Eine Untersuchung zum Südafrika-Engagement der Schweizer Banken*. Reihe "Zusammenarbeit Schweiz-Südafrika". Basel: Solidaritätskomitee für Asien, Afrika und Lateinamerika (SKAAL), Arbeitsgruppe Dritte Welt (AG3W), und Aktion Südafrika-Boycott (ASB).
- Weyermann, Barbara, 1990: *Was importiert die Schweiz aus Südafrika?* Basel: Aktion Südafrika-Boycott (ASB).
- Wheatcroft, Geoffrey S., 1986: *The Randlords. The Men Who Made South Africa*. London: Winfield.
- Wicker, H.-R., C. Bolzmann, R. Fibbi, K. Imhof, und A. Wimmer (Hrsg.), 1996: *Migration, Ethnizität und Staat. Das Fremde in der Gesellschaft*. Zürich.
- Wilke, Jürgen, 1996: *Status und Medienprominenz*. S. 99-105 in: Kurt Imhof, und Peter Schulz (Hrsg.): *Politisches Raisonement in der Informationsgesellschaft*. Reihe "Mediensymposium Luzern", Band 2. Zürich: Seismo.
- Woods, Donald, 1987: *Biko*. London: Penguin Books.

Danksagung

Für kritische Hinweise bei der Entstehung dieser Arbeit danke ich in erster Linie Kurt Imhof, Matthias Kunz, Patrik Ettinger, Mark Eisenegger und allen Mitarbeitern des Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) des Soziologischen Instituts (SIUZ) der Universität Zürich.

Ein besonderer Dank gebührt aber meiner Ehefrau Malini Merkofer-Naidoo, die mich beim Verfassen dieser Arbeit immerzu unterstützt und in meinem Vorhaben bekräftigt hat.

Curriculum Vitae

Name: Merkofer
Vorname: Philipp
Geburtsdatum: 6. Juli 1967
Bürgerort: Kaisten/AG
Wohnsitz: Unit 3027 Moor Park, 83 Katherine Street, Sandown, 2196, Johannesburg, Südafrika.

Ausbildung, Studium, Forschungstätigkeit:

1974-1979: Primarschule in Birr.
1979-1980: Sekundarschule in Lupfig.
1980-1984: Bezirksschule in Brugg.
1984-1988: Kantonsschule in Wettingen.

1988-1989: Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Hochschule St. Gallen.
1989-1997: Studium der Soziologie, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und Volkswirtschaft an der Universität Zürich.

1992-1994: Mitarbeit am Nationalfondsprojekt "Krise und sozialer Wandel – Analyse von Medienereignissen in der Schweiz".
1994: Mitarbeit am Forschungsprojekt "Fremdenfeindlichkeit und Fremdenangst: Zur Semantik des Fremden im öffentlichen Diskurs" am Soziologischen Institut (SIUZ) der Universität Zürich.
1996: Lizentiatsarbeit zum Thema Apartheid in Südafrika unter dem Titel "Die Universalisierung des «Rassischen»".
1997-2002: Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) des Soziologischen Instituts (SIUZ) der Universität Zürich.
1998: Projektleiter des fög-Projekts "Medienresonanz politischer Kampagnen zur Genschutz-Initiative. Eine Analyse der Medienresonanz von politischen Akteuren und ihren «Framing»-Prozessen im Vorfeld der Abstimmung über die Genschutz-Initiative vom 7. Juni 1998" (Untersuchung für den WWF).
1999-2001: Projektleiter des fög-Projekts "Event-Monitor: Ein Instrument zur Erfassung und Auswertung von media-
len Events in den elektronischen Medien" (Untersuchung für das Bundesamt für Kommunikation (BAKOM)).
1998-2002: Mitarbeit am fög-Projekt "Issue Monitoring: Ein Früherkennungssystem für Chancen und Risiken" (Untersuchung für die UBS und die Departemente VBS und UVEK).
2001-2003: Mitarbeit am Nationalfondsprojekt "Die Beziehungen der Schweiz zum südafrikanischen Apartheid-
regime in der öffentlichen politischen Kommunikation der Schweiz zwischen 1948 und 2001" (NFP42+ Schweiz-Südafrika).
Seit 2004: Mitarbeiter von Accenture Research in Johannesburg, Südafrika.